

**Quellen zur Geschichte  
des Parlamentarismus und der politischen Parteien**

**ERSTE REIHE**

# Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

**Erste Reihe**

**Von der konstitutionellen Monarchie  
zur parlamentarischen Republik**

Im Auftrage der Kommission  
für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien

herausgegeben von

**Werner Conze    Erich Matthias    Georg Winter**

**BAND 1/I**

**Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18**

**Erster Teil**



**DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF**

# **Der Interfraktionelle Ausschuß**

## **1917/18**

**ERSTER TEIL**

bearbeitet von **Erich Matthias**

unter Mitwirkung von **Rudolf Morsey**



**DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF**

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn

1959

Gesamtherstellung: Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany

## Inhalt des ersten Teils

	Seite
Vorwort der Herausgeber . . . . .	VII
<b>Einleitung</b>	
A. Die Entstehung des Interfraktionellen Ausschusses . . . . .	XI
B. Eigenart, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Interfraktionellen Ausschusses . . . . .	XXXV
C. Die Quellen . . . . .	XXXIX
D. Zur Auswahl der Dokumente . . . . .	XLVIII
E. Zur Einrichtung der Edition . . . . .	LIII
Verzeichnis der Archivalien . . . . .	LVI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur . . . . .	LVIII
Verzeichnis der Dokumente . . . . .	LXIII
<b>Abschnitt I: Die Friedensresolution</b>	
Dokumente 1—25 . . . . .	3
<b>Abschnitt II: Der Siebenerausschuß</b>	
Dokumente 26—43 . . . . .	119
<b>Abschnitt III: Von Michaelis zu Hertling</b>	
Dokumente 44—108 . . . . .	213
<b>Abschnitt IV: Nach der Herbstkrise</b>	
Dokumente 109—129 . . . . .	603

## Inhalt des zweiten Teils

	Seite
Verzeichnis der Dokumente . . . . .	VII
<b>Abschnitt V: Um den Frieden von Brest-Litowsk</b>	
Dokumente 130—184 . . . . .	3
<b>Abschnitt VI: Die Kühlmann-Krise</b>	
Dokumente 185—205 . . . . .	373
<b>Abschnitt VII: Das Ende der Kanzlerschaft Hertlings</b>	
Dokumente 206—258 . . . . .	469
Sprecher- und Teilnehmerverzeichnis für die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses . . . . .	799
Register . . . . .	801

## Vorwort der Herausgeber

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, bisher unzugängliche oder noch unerschlossene Geschichtsquellen, die in ihren Arbeitsbereich fallen, zu veröffentlichen, um damit der Forschung zu dienen und ihr neue Impulse zu vermitteln. Die erste Reihe der „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, zu der das zweibändige Dokumentenwerk über den Interfraktionellen Ausschuß der Mehrheitsparteien des Reichstages 1917/18 den Auftakt gibt, hat die innenpolitischen Auseinandersetzungen und Kräfteverlagerungen auf dem Wege Deutschlands von der Verfassungskrise des Kaiserreiches zur parlamentarischen Republik zum Gegenstand. Der verfassungsgeschichtlich besonders bedeutsame Zeitraum des Übergangs zu einem neuen Regierungssystem, auf den sich die Reihe konzentriert, wird zeitlich durch die Daily-Telegraph-Affäre 1908 und die Annahme der Weimarer Verfassung durch die Nationalversammlung 1919 begrenzt. Obgleich es nahe gelegen hätte, diese beiden Zäsuren der Entwicklung auch im Titel der Reihe erscheinen zu lassen, wurde davon Abstand genommen, um die Planung nicht zu schematisch einzuengen. So setzt beispielsweise die in Vorbereitung befindliche Edition der Sitzungsprotokolle der sozialdemokratischen Reichstags- und Nationalversammlungsfraktion bereits mit dem Jahre 1898 ein, da dieser geschlossene Bestand, bei dem im übrigen das Schwergewicht — sowohl der inhaltlichen Ergiebigkeit als auch dem Umfang nach — eindeutig auf der Zeit von 1917 bis 1919 liegt, als Ganzes zugänglich gemacht und beim Abdruck nicht auseinandergerissen werden soll. Auch in einigen anderen Fällen — insbesondere bei solchen Vorhaben, bei denen die Auswahl der Dokumente nach dem Provenienzprinzip erfolgt — wird es sich nicht vermeiden lassen, den zeitlichen Rahmen zu überschreiten, der indes für die Gesamtkonzeption der Reihe verbindlich bleibt.

Diese Konzeption, der umfassende archivalische Nachforschungen und Bestandsaufnahmen vorausgingen, strebt danach, durch thematisch und chronologisch aufeinander abgestimmte Editionen den vielschichtigen Prozeß der Parlamentarisierung gleichsam einzukreisen, wobei auch die retardierenden Momente nicht vernachlässigt werden sollen. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, auf eine systematisch aufgebaute und alle Phasen der Entwicklung gleichmäßig berücksichtigende Geschichte der Parlamentarisierung in Dokumenten hinzuarbeiten, die Geschichtsschreibung durch Quellenabdruck zu ersetzen versuchen würde. Die Themenwahl und die Reihenfolge der Bände richten sich nach den vordringlichen Bedürfnissen der Forschung, denen die Herausgeber der Reihe entgegenkommen möchten, soweit es die Quellenlage gestattet.

Dieser Gesichtspunkt war auch ausschlaggebend für die Entscheidung, das Editionsunternehmen mit den beiden Bänden über den Interfraktionellen Ausschuß zu beginnen, durch die ein Stück historisches Neuland erschlossen wird. Dabei war es eine glückliche Fügung, daß neben den kurzschriftlichen Aufzeichnungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Südekum auch umfangreiche Niederschriften des fortschrittlichen Abgeordneten Haußmann und des

Zentrumsabgeordneten Erzberger über die Sitzungen des Ausschusses zur Verfügung standen und daß das Verhältnis der Nationalliberalen zu den Mehrheitsparteien sowie die Problematik ihrer zeitweiligen Mitarbeit im Ausschuß u. a. durch aufschlußreiche Schriftstücke aus dem Nachlaß Stresemanns belegt werden konnten. Damit war die Grundlage für eine auch methodisch besonders reizvolle Edition gegeben, die allerdings — zumal noch eine Reihe von anderen Überlieferungen wichtige Ergänzungen ermöglichten — einen so erheblichen Umfang gewonnen hat, daß auf den ersten Blick die Frage auftauchen könnte, ob es nicht angebracht gewesen wäre, die Fülle des Stoffes mit Hilfe von Regesten und Kürzungen zu reduzieren. Die besondere Bedeutung des Themas für die innenpolitische Entwicklung zum Parlamentarismus ließ jedoch anfängliche Bedenken zurücktreten. Dabei fiel auch die Überlegung ins Gewicht, daß gerade diese Edition sich nicht nur an den Historiker wenden dürfe, sondern ebenso die Belange verschiedener anderer Disziplinen, vor allem des Staats- und Verfassungsrechts, der Parteisoziologie und der politischen Wissenschaft, zu berücksichtigen habe. So wäre eine engere Auswahl bzw. eine nur auszugsweise Wiedergabe vieler Zeugnisse — die zudem teilweise für den Einzelforscher kaum zugänglich sind — in jedem Falle problematisch gewesen. Bereits eine flüchtige Durchsicht der Bände erweist, daß mit ihnen nicht nur ein wesentlicher Schritt zu einer neuen Quellengrundlage für die Schlüsseljahre 1917/18 getan wird, der vor allem die vielzitierte These von der Improvisation der Weimarer Demokratie von neugewonnenen Aspekten her zu überprüfen und zu modifizieren erlaubt, sondern daß das dargebotene Material in mancher Hinsicht auch paradigmatischen Wert besitzt. Zeigt es doch beispielsweise das von latenten Spannungen erfüllte Zusammenwirken verschiedener Parteien in einer Koalition oder zumindest in einem koalitionsähnlichen Verband und die vielfältigen Voraussetzungen der Integrationsvorgänge im parlamentarischen Bereich sowie im Spannungsfeld von Parlament und Regierung aus einer so intimen Nähe, wie es bisher für keinen anderen Abschnitt der deutschen parlamentarischen Geschichte möglich war, weil gleichwertige Quellen in einem entsprechenden Ausmaß fehlen.

Die vorliegenden Bände wären nicht zu denken ohne eine jahrelange intensive Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem Bundesarchiv, die sich für beide Teile als fruchtbar erwiesen hat. An dieser Stelle sei dem Leiter der Nachlaßabteilung des Bundesarchivs, Herrn Oberarchivrat Dr. Mommsen, herzlich gedankt, dessen tätige Anteilnahme wesentlich dazu beigetragen hat, diesem Werk eine befriedigende Quellengrundlage zu verschaffen. Unser Dank gilt ferner den Besitzern von Nachlässen in Privathand sowie den Leitern und Mitarbeitern der übrigen Archive, die das Unternehmen hilfsbereit unterstützt und gefördert haben. Bedingt durch die editionstechnischen Schwierigkeiten, das notwendige Ausmaß der Kommentierung und die laufende Einbeziehung von neuhinzukommenden Überlieferungen, erwies es sich als unerlässlich, die Arbeit an der Edition auf mehrere Schultern zu verteilen. So ist nicht zuletzt allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Forschungsstelle der Kommission für ihre Hilfe zu danken.

## **Einleitung**



## A. Die Entstehung des Interfraktionellen Ausschusses

Am Nachmittag des 6. Juli 1917 versammelten sich 17 Abgeordnete, Vertreter der Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei, der Mehrheitssozialdemokratie, des Zentrums und der Nationalliberalen, im Hauptausschußzimmer des Reichstagsgebäudes, um über ein gemeinsames Vorgehen ihrer Parteien in den Fragen der Kriegszielpolitik und der innenpolitischen „Neuorientierung“ zu verhandeln. Diese erste Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses begründete die Zusammenarbeit von Fortschrittlichen, Sozialdemokraten und Zentrum in einer Reichstagsmehrheit, die als Mehrheit der Friedensresolution in die Geschichte eingegangen ist. Trotz aller Gegensätze und Spannungen, die innerhalb der beteiligten Parteien herrschten und ihr Verhältnis zueinander belasteten, blieb diese Reichstagsmehrheit bis zur Novemberrevolution erhalten. Selbst nach der Ablösung des parlamentarischen Kabinetts des Prinzen Max von Baden, in dem das Zusammenwirken der Mehrheitsparteien, die nunmehr zu Regierungsparteien im Sinne des Wortes geworden waren, seinen Höhepunkt gefunden hatte, durch die sozialistische Regierung der Volksbeauftragten, machte sich ihr Einfluß teils latent, teils offen weiter bemerkbar. Damit darf die Weimarer Koalition von 1919 als direkte Nachfolgerin der Reichstagsmehrheit der beiden letzten Kriegsjahre und der 6. Juli 1917 als ihr eigentlicher Geburtstag gelten. Die Verhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses, der kein offizieller Ausschuß des Reichstags, sondern ein Koordinierungsorgan der Mehrheitsparteien war, nehmen zu einem guten Teil die Probleme dieser Parteigruppierung vorweg; und in der schwankenden, zwiespältigen Einstellung der Nationalliberalen zur Mehrheit, an deren interfraktionellen Besprechungen sie sich zeitweise — unter vorwiegend außenpolitisch begründeten Vorbehalten — beteiligten, kündigt sich bereits die Problematik der späteren Großen Koalition an.

Der Übergang zu einem parlamentarisch verantwortlichen Reichskabinetts im Oktober 1918, der eine Änderung des Regierungssystems bedeutete und sich unter entscheidender Mitwirkung der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution vollzog, steht am Abschluß der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung des Bismarckreiches, die sich als ein langwieriger Prozeß darstellt, dessen beherrschende Elemente von Anfang an in der Verfassungsstruktur vorgegeben waren. Schon lange vor Ausbruch des Weltkriegs war sichtbar geworden, in welche Richtung die fortschreitende Veränderung der Verfassungswirklichkeit<sup>1)</sup> strebte, die einerseits durch eine zunehmende unitarische Umbildung des Herrschafts- und Verwaltungsapparats im Reich<sup>2)</sup>, andererseits durch das Vordringen des Reichstags bestimmt wurde. Aber wenn sich auch die machtpolitischen Gewichte in mancher Hinsicht verschoben, änderte sich nichts an der Tatsache, „daß der Staatsapparat und die führende Schicht an konservative Traditionen gebunden blie-

---

<sup>1)</sup> Vgl. neuerdings Werner Frauendienst, „Demokratisierung des deutschen Konstitutionalismus in der Zeit Wilhelms II“, in: „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, Bd. 113, 1957, S. 721—746.

<sup>2)</sup> Dazu besonders Rudolf Morsey, „Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867—1890“ (Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung 3), Münster 1957.

ben“.<sup>3)</sup> Indessen wuchsen die Widersprüche zwischen der politischen und der sozialen Verfassung des Kaiserreiches, die wie ein Alpdruck über dem politischen Leben der Nation lagen, ohne daß sich eine Lösung abgezeichnet hätte.

Die durch die Daily-Telegraph-Affäre von 1908 ausgelöste Krise<sup>4)</sup> war ein Sturmzeichen. Trotz aller erregten Worte fand sich jedoch keine parlamentarische Kräftegruppierung, die bereit gewesen wäre, ernsthaft den Kampf um eine Demokratisierung und Parlamentarisierung der Reichsverfassung aufzunehmen und die Schaffung eines dem Reichstag rechtlich und politisch verantwortlichen Reichsministeriums zu erzwingen. Noch weniger waren die Voraussetzungen für eine revolutionäre Lösung der Krise gegeben, obgleich die bloße Existenz der sozialdemokratischen Millionenorganisationen den herrschenden Kräften in Staat und Gesellschaft als alles überschattende Gefahr erschien.<sup>5)</sup> Die in immer stärkerem Maße als notwendig empfundene Reform der Bismarckschen Verfassung wurde vertagt, wenn auch „die allgemeine Erschütterung der bestehenden Konstitution“ offenkundig geworden war.<sup>6)</sup> Auch daß Bülow gehen mußte, als die von ihm geschaffene Konstellation der Blockmehrheit zerbrach, bedeutete keine einschneidende Wendung in der Verfassungsentwicklung. Denn schon seit Bismarck hatte es sich erwiesen, daß kein Kanzler auf die Dauer gegen die Parlamentsmehrheit regieren konnte. Entscheidend war, daß der Reichstag nach wie vor keinen richtungsbestimmenden Einfluß auf die Politik des Reiches auszuüben vermochte und daß seine Macht, wie Ludwig Bergsträsser es einmal ausgedrückt hat, „negativ“ blieb; „d. h. sie konnte wohl verhindern, daß gewisse Maßnahmen getroffen wurden; aber sie hatte noch keinen selbstschöpferischen Charakter“.<sup>7)</sup> Der Reichstag hatte zwar durch die Daily-Telegraph-Affäre einen Machtzuwachs erzielt; jedoch die Vorstellung, daß sie selbst einmal berufen sein könnten, verantwortliche Regierungsämter auszufüllen, blieb den bürgerlichen wie den sozialistischen Parteiführern gleich fremd; und dem Gedanken der Demokratie fehlte es weiterhin an werbender Kraft, so sehr auch die Mißstim-

---

<sup>3)</sup> Hans-Günter Zmarzlik, „Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909—1914“ (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11), Düsseldorf 1957, S. 143.

<sup>4)</sup> Vgl. zuletzt Wilhelm Schüssler, „Die Daily-Telegraph-Affaire. Fürst Bülow, Kaiser Wilhelm und die Krise des Zweiten Reiches 1908“ (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 9), Göttingen 1952; Hiller S. 119 ff.

<sup>5)</sup> Für die Entwicklung der Sozialdemokratie vgl. die glänzende Studie von Carl E. Schorske, „German Social Democracy 1905—1917. The Development of the Great Schism“ (Harvard Historical Studies LXV), Cambridge/Mass. 1955; dazu meine kritische Auseinandersetzung mit den Resultaten in „Neue Politische Literatur“, Jg. III, 1955, Sp. 355 ff. Ferner zur Frage des revolutionären Charakters der Partei Erich Matthias, „Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkriege“, in: „Marxismusstudien. Zweite Folge“ (Schriften der Evangelischen Studiengemeinschaft 5), Tübingen 1957, S. 151 ff.

<sup>6)</sup> So Sigmund Neumann, „Die deutschen Parteien“, Berlin 1932, S. 118.

<sup>7)</sup> Ludwig Bergsträsser, „Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland“, in: „Handbuch der Politik“ I, 3. Aufl. Berlin u. Leipzig 1920, S. 334. Vgl. die Schrift Bergsträssers, „Die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland“ (Geschichte und Politik 13), Laupheim/Württ. 1954, S. 14, deren erster Teil sich eng an seinen Handbuchbeitrag anlehnt.

mung wuchs.<sup>8)</sup> Die einmal aufgeworfene Frage nach einer grundsätzlichen Änderung der Machtverteilung — die abgesehen von einer definitiven Beschränkung der kaiserlichen Prerogative eine Schmälerung der Rechte der Bundesstaaten und die Ablösung der durch das Dreiklassenwahlrecht garantierten konservativen Vorherrschaft in Preußen bedingt hätte — sollte allerdings nicht mehr zur Ruhe kommen, bis sie der Weltkrieg einer Lösung entgegentrieb.

Das Wort von der innenpolitischen „Neuorientierung“, die der Krieg unvermeidlich im Gefolge haben müsse, fiel bereits wenige Monate nach Kriegsausbruch. Wie Scheidemann und Graf Westarp übereinstimmend berichten, hat es der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Clemens Delbrück, in einer Parteiführerbesprechung Anfang November 1914 gebraucht, bei der es ihm darum ging, eine innenpolitische Debatte im Plenum des Reichstags zu verhindern.<sup>9)</sup> Auch der Ausspruch des Kaisers vom 1. August, daß er keine Parteien mehr kenne, sondern nur noch Deutsche, verhüllte „nur die Sorgen vor den innenpolitischen Rückwirkungen des beginnenden Existenzkampfes“<sup>10)</sup>, der „jenen Zersetzungsprozeß, der . . . schon kennzeichnend für die innerpolitische Situation der letzten Vorkriegsjahre gewesen war“, wie ein Katalysator beschleunigte.<sup>11)</sup> Der Burgfrieden zwischen den Parteien vermochte die inneren Gegensätze notdürftig zu überdecken, aber nicht auszulöschen; und der Streit, der sich 1916 um die Kriegsziele und den U-Bootkrieg zu entfesseln begann, erwies endgültig, wie brüchig er war. Gleichzeitig machten sich Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung der Volksmassen bemerkbar. Das hatte einmal eine wachsende Radikalisierung im Lager der Arbeiterschaft und die Spaltung der Sozialdemokratie zur Folge. Zum ändern sah sich der Kaiser nicht zuletzt durch den zunehmenden Druck der öffentlichen Meinung veranlaßt, Hindenburg und Ludendorff, von denen weite Teile des Volkes Wunder erwarteten, an die Spitze der Obersten Heeresleitung zu berufen.<sup>12)</sup> Dieser vom Kaiser nur widerwillig ver-

---

<sup>8)</sup> Hier ist besonders auf das formelle Wahlbündnis von Sozialdemokraten und Fortschrittlern bei den Reichstagswahlen von 1912 und auf das Ergebnis der Wahlen, das die Sozialdemokraten zur stärksten Partei im Reichstag machte, zu verweisen; ferner auf die Zabern-Affäre von 1913, die erstmals zur Annahme eines Mißbilligungsantrags gegen den Kanzler im Reichstag führte. Vgl. Bergsträsser, Parteigeschichte S. 216 ff. sowie Rosenberg, Entstehung S. 57 ff., der die Daily-Telegraph-Affäre, die Wahlen von 1912 und den Zabernstreit als „typische Vorgänge einer vorrevolutionären Epoche“ bezeichnet und die unbeweisbare These vertritt, daß sich, wenn es nicht zum Kriege gekommen wäre, „die Konflikte zwischen der kaiserlichen Regierung und der großen Mehrheit des deutschen Volkes immer mehr . . . bis zu einer direkten revolutionären Lage“ gesteigert hätten. Zur Zabern-Affäre auch Zmarzlik a.a.O. S. 114 ff. und Bachem VIII S. 406 ff. über die vom Zentrum eingenommene Stellung, die im Hinblick auf die Mehrheitsbildung von Juli 1917 besondere Beachtung verdient.

<sup>9)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 310 ff.; WUA 7/I S. 274 (Scheidemann); Westarp II S. 219.

<sup>10)</sup> Theodor Eschenburg, „Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik“ (Geschichte und Politik 10), Laupheim/Württ. o. J., S. 21.

<sup>11)</sup> Zmarzlik a.a.O. S. 143. Vgl. auch Payer S. 21f.

<sup>12)</sup> Dazu Bethmann II S. 45 f.: „Der Feldmarschall von Hindenburg ist von Tannenberg an lebendiges Symbol deutschen Volksglaubens gewesen . . . Daß nur er uns aus der Umstrickung aller Fronten siegreich hinausführen könne, war Glaube und Zuversicht der Nation. Um seine größte Kraft hätte das Volk sich betrogen gefühlt, wenn nicht ihm unsere militä-

fügte Wechsel der militärischen Führung<sup>13)</sup> bedeutete in seinen Auswirkungen eine schwerwiegende Veränderung des Verfassungszustandes. Damit zeitigte der durch den Krieg ausgelöste und beschleunigte fundamentale Demokratisierungsprozeß als erstes großes Ergebnis keine Verfassungsreformen im demokratischen Sinne, sondern er begünstigte eine Entwicklung, durch die die oberste Gewalt de facto an die OHL. überging. Sie erlangte diktatorische Macht und wurde in den Jahren 1917/18 zum gewichtigsten Gegenspieler der Reichstagsmehrheit.<sup>14)</sup>

Aber auch der Reichstag, der bei Kriegsbeginn dem Bundesrat bereitwillig weitgehende Vollmachten erteilt hatte, setzte im Oktober 1916 eine gewichtige Erweiterung seiner Kompetenzen durch. Der Haushaltsausschuß wurde ermächtigt, auch während der Vertagung des Parlaments „zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges“ zusammenzutreten.<sup>15)</sup> Damit war ein Instrument dauernder Kontrolle geschaffen, das es dem Reichstag ermöglichte, nicht nur bei den Beratungen über den Etat des Auswärtigen Amtes, sondern ständig, wenn immer es ihm beliebte, zur Außenpolitik Stellung zu nehmen. Diese Wandlung des Haushaltsausschusses zum sogenannten Hauptausschuß, deren Tragweite sich in den folgenden beiden Jahren erwies, stellte, wie Bredt richtig sah, „zweifelloso einen Fortschritt in der Richtung auf das parlamentarische Regime“ dar.<sup>16)</sup> Der Widerspruch, der in dieser doppel-

---

rischen Geschehnisse anvertraut wurden . . . Die psychologische Bedeutung dieser Momente war ungeheuer. Ich habe sie im Sommer 1916 dem Kaiser mit einer Eindringlichkeit vorge stellt, die nicht wohl zu überbieten war.“ Vgl. WUA 7/I S. 227 (Bergsträsser).

<sup>13)</sup> Vgl. neuerdings von Müller S. 216 f. Unter dem 28. 8. 1916 notierte der Marinekabinettschef: „Die Entschließung hat den Kaiser, wie mir Lyncker sagte, Tränen gekostet“; und zwei Tage später vertraute er seinem Tagebuch an, daß der Kaiser „Kater wegen Weggang von Falkenhayn“ habe: „Als ihn der Kanzler damit tröstet, daß er doch aus den Zeiten ersehen müsse, welcher Jubel über Hindenburgs Ernennung herrsche, antwortete der Kaiser: ‚Die Stimmung des Volkes ist mir ganz egal!‘ Darauf ist ihm aber der Reichskanzler die Antwort nicht schuldig geblieben.“

<sup>14)</sup> Vgl. Eschenburg a.a.O. S. 22 f.; Rosenberg, Entstehung S. 115 ff.

<sup>15)</sup> Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 319 sowie — für die Annahme des Antrags am 27. 10. 1916 — Sten. Berichte Bd. 308 S. 1857.

<sup>16)</sup> Vgl. Bredt S. 45 ff.; Frauendienst a.a.O. S. 744; Deuerlein S. 197 ff.; Westarp II S. 245 ff. Dazu auch der Bericht des badischen Bundesratsgesandten Nieser vom 31. 10. 1916 — eigenhändiges Konzept im General-Landesarchiv Karlsruhe, Archiv der Gesandtschaft Berlin 37 — über die Sitzung des Bundesratsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom Vortage, in dem es abschließend heißt: „Nachdem hiermit die Erörterung über die beiden vom Kanzler zur Sprache gebrachten Punkte zum Abschlusse gelangt war, erwähnte Graf Hertling vor dem Schluß der Sitzung — gewissermaßen pro domo des Bundesratsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten sprechend — noch den vom Reichstag gewünschten Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Der Kanzler betonte dem gegenüber, daß er sich gegen die Einrichtung eines solchen besonderen Ausschusses verwahrt, aber sich einverstanden damit erklärt habe, daß der Budget-Kommission auch während einer Vertagung Informationen über die auswärtigen Angelegenheiten gegeben werden, wie er — der Kanzler — dies seither gegenüber den Parteiführern getan habe. In Friedenszeiten sei eine solche Regelung zwar nicht erträglich, im Kriege aber sei sie verständlich, weil allgemeinen Empfindungen entsprechend; allerdings hätten die recht langstieligen Verhandlungen auch ihre großen Schattenseiten. Letzteres unterstrich noch Exzellenz Helfferich, der mitteilte, daß das zugestandene Beispiel bereits recht unliebsame Folgen erzeuge, insofern, als jetzt bereits

poligen Entwicklung — einerseits Konzentration der Macht bei der OHL., andererseits Erweiterung der Kompetenzen des Reichstags — lag, wirkte sich zunächst nicht aus, da sich zu dieser Zeit sowohl in der Frage der Kriegsziele als auch in der des U-Bootkrieges eine Mehrheit des Reichstags in Übereinstimmung mit der OHL. befand.<sup>17)</sup>

Das Jahr 1917 begann mit einer erheblichen Verschlechterung der innenpolitischen Atmosphäre, die in der Ernährungsnot des „Kohlrübenwinters“ ihre Hauptursache hatte. In dieser Situation wurde es von der gesamten Linken mit Einschluß der Nationalliberalen als schwere Provokation empfunden, daß die preußische Regierung dem Abgeordnetenhaus den schon vor Kriegsausbruch in den Kommissionen beider Häuser beratenen Entwurf eines Familienfideikommißgesetzes wieder vorlegte, dessen weitere Behandlung bisher aus Rücksicht auf den Burgfrieden zurückgestellt worden war.<sup>18)</sup> Dieses Vorgehen, das die Konservativen — die sich durch die vage Ankündigung einer nach dem Kriege beabsichtigten Wahlrechtsreform in der Thronrede vom Januar 1916, durch das Vereinsgesetz und verschiedene andere der Linken entgegenkommende Maßnahmen erbittert fühlten — versöhnen sollte, entsprach Bethmann Hollwegs „Politik der Diagonale“.<sup>19)</sup> Es führte jedoch nur zu einer tieferen Erschütterung des Burgfriedens und bewirkte insbesondere, daß die Forderung nach einer noch während des Krieges einzubringenden Wahlrechtsvorlage sowohl in den Debatten des Abgeordnetenhauses als auch des Reichstags wieder auflebte und mit der naheliegenden Begründung vertreten wurde, eine solche im Interesse fast der ganzen Bevölkerung liegende Reform könne den Burgfrieden kaum ärger belasten als ein nur wenigen privilegierten adligen Familien zugute kommendes

---

eine Anzahl anderer Kommissionen gleichfalls während einer Vertagung weiter verhandeln wollten. Dieser Modus sei für die Reichsleitung und die Führung der Reichsgeschäfte unerträglich, und wenn der Reichstag, um seinen Willen durchzusetzen, den Weg der Vertagung ohne kaiserliche Ordre wähle, so bleibe nur übrig, die Vertretung der Reichsleitung auf einzelne vortragende Räte zu beschränken oder von der Schließung des Reichstags wieder regelmäßiger Gebrauch zu machen.“

<sup>17)</sup> Für die Bedeutung der Erklärung der Zentrumsmitglieder des Hauptausschusses vom 7. 10. 1916 (bei Bredt und Rosenberg irrtümlich: 16. 10.) zum „rücksichtslosen U-Bootkrieg“ vgl. Bredt S. 68: „Staatsrechtlich konnte das nur bedeuten, daß der Reichskanzler sich der Obersten Heeresleitung fügen sollte, und im Falle, daß er die Verantwortung dafür nicht tragen konnte, seinen Abschied zu nehmen hatte. Anders ist die Resolution nicht zu deuten . . . Mit dieser Resolution des Zentrums war die Zeit des Burgfriedens vorbei und die Frage des parlamentarischen Regiments angeschnitten. Es war jetzt zum ersten Male eine Reichstagsmehrheit vorhanden, die etwas Bestimmtes wollte, und diese Mehrheit stand im Bunde mit der Obersten Heeresleitung gegen die Reichsleitung. Allerdings hat sich diese Konstellation nicht gehalten und die Entscheidung fiel erst dann, als das Zentrum umschwenkte und sich einer neuen Konstellation anschloß, die nicht mehr mit der Obersten Heeresleitung Hand in Hand ging.“ Ferner Rosenberg, Entstehung S. 137 f.; Bethmann II S. 127 f.; Helfferich S. 357; WUA 7/II S. 313 f.; Willy Bongard, „Die Zentrumsresolution vom 7. Oktober 1916“, Diss. phil. Köln 1937 (unter ausgiebiger Benutzung der Hauptausschußprotokolle, jedoch in den Schlußfolgerungen konjunkturbedingt politisierend und daher nur kritisch zu benutzen); Schulthess 1916/I S. 448.

<sup>18)</sup> Dazu ausführlich Ludwig Bergsträsser, „Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917“, Tübingen 1929, S. 108 ff.

<sup>19)</sup> Dieser Terminus bei Bethmann II S. 35.

Fideikommißgesetz. So hatte der Kanzler in seinem Bestreben, allen Gruppen durch Zugeständnisse gerecht zu werden und sie damit der Kriegspolitik der Reichsleitung zu verpflichten, selbst den Anlaß für eine Aktualisierung der preußischen Wahlrechtsfrage gegeben, dieser neuralgischsten Frage der deutschen Innenpolitik, die schon vor dem Kriege die Massen am meisten erregt hatte.<sup>20)</sup> Überdies trugen die Ablehnung des deutschen Friedensangebots<sup>21)</sup>, der Übergang zum uneingeschränkten U-Bootkrieg und der Bruch mit den Vereinigten Staaten das ihre dazu bei, die inneren Gegensätze zu verschärfen.

Die Erregung wuchs, als das preußische Herrenhaus, das Anfang März zu einer Neuregelung der Diäten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Stellung zu nehmen hatte, diesen an sich belanglosen Anlaß zu einem heftigen Angriff auf Demokratie und Parlamentarismus ausnutzte.<sup>22)</sup> Bethmann Hollweg, der eine offene Krise herannahen fühlte und der wachsenden Radikalisierung der Arbeitermassen entgegenzuwirken suchte, hatte sich schon am 27. Februar im Reichstag vorsichtig zu der Notwendigkeit einer inneren Neuordnung bekannt, die auch der Arbeiterschaft den ihr gebührenden Platz im Leben der Nation einräume und bei der es ausschließlich darum gehe, „den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk ist“.<sup>23)</sup> Jetzt bekräftigte der Reichskanzler dieses Bekenntnis mit einer Rede im Abgeordnetenhaus am 14. März, in der er betonte: „... wären wir nicht gewillt, alle die Folgerungen, die sich aus dem Erleben dieses Krieges ergeben, entschlossen zu ziehen in allen Fragen unseres politischen Lebens, in der Regelung des Arbeiterrechts, in der Regelung des preußischen Wahlrechts, bei der Ordnung des Landtages im ganzen . . . , dann gehen wir inneren Erschütterungen entgegen, deren Tragweite kein Mensch übersehen kann. Ich werde diese Schuld nicht auf mich laden.“ Und er fügte hinzu: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt, wehe dem Staatsmann, der glaubt, daß wir nach einer Katastrophe, wie sie die Welt überhaupt noch nicht gesehen hat, deren Umfang wir Mitlebenden und Mithandelnden überhaupt noch nicht verstehen können, der nach einer solchen Katastrophe glaubt, er könnte einfach wieder anknüpfen an das, was vorher war . . .“<sup>24)</sup>

Obgleich die Konservativen die Rede des Kanzlers als Kampfansage auffaßten, war sie keineswegs als Auftakt für eine einseitig linksorientierte Politik gedacht. Es kam Bethmann in erster Linie darauf an, zu beruhigen und auszugleichen. Aber mit Worten und Vertröstungen auf die Zeit nach dem Kriege, so ernst sie auch gemeint waren, ließ sich der immer deutlicher sichtbar werdende Zerfall

---

<sup>20)</sup> Für das Drängen von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite in den ersten Kriegsjahren vgl. Bergsträsser a.a.O. S. 90 ff. Durch die Thronrede vom Januar 1916 erreichte es Bethmann, wie Bergsträsser a.a.O. S. 102 feststellt, „daß die preußische Wahlrechtsfrage als akutes politisches Problem für ein volles Jahr von der Oberfläche“ verschwand.

<sup>21)</sup> Vgl. Wolfgang Steglich, „Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden. Untersuchungen zu dem Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916“ (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 28), Göttingen 1958.

<sup>22)</sup> Vgl. Bergsträsser a.a.O. S. 113 ff.; Bredt S. 159 ff.

<sup>23)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 309 S. 2375.

<sup>24)</sup> Vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. Sp. 5257 f.

der inneren Einheit des deutschen Volkes nicht mehr aufhalten und zurückdämmen. Das war um so weniger möglich, als unmittelbar nach der Rede Bethmanns vom 14. März die Nachricht vom Ausbruch der russischen Revolution nach Deutschland drang. Damit kam von außen her ein neuer Faktor ins Spiel, dessen Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung der kommenden Monate kaum zu überschätzen ist.

Bei allen Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Konservativen gewann jetzt die Überzeugung die Oberhand, daß die notwendigen Reformen nicht bis nach dem Kriege aufgeschoben werden dürften und sofort etwas geschehen müsse, um einer revolutionären Zuspitzung der Lage vorzubeugen. Ende März beschloß das Plenum des Reichstags mit großer Mehrheit die Einsetzung eines Verfassungsausschusses.<sup>25)</sup> „Die russische Revolution hatte zuwege gebracht, was bisher in Deutschland in drei Kriegsjahren nicht zu erreichen gewesen war. Die Umgestaltung Deutschlands stand plötzlich auf der Tagesordnung.“<sup>26)</sup>

Als sich Anfang April eine weitere Verschärfung der inneren Spannungen abzeichnete, die durch eine spürbare Herabsetzung der Brot ration bedingt war, versuchte Bethmann die Auswirkung dieser psychologisch besonders schwerwiegenden Maßnahme<sup>27)</sup> durch eine kaiserliche Kundgebung aufzufangen, deren Zweck es sein sollte, das „weichende Vertrauen“<sup>28)</sup> im Volke neu zu beleben. Gegen große Widerstände setzte er die Osterbotschaft durch<sup>29)</sup>, die jedoch mit ihren Zusagen in der preußischen Wahlrechtsfrage, die durch die Ereignisse der letzten Monate mehr denn je zu einer „deutschen Frage“<sup>30)</sup> geworden war, auf halben Wege stehen blieb. Auch die Berufung einzelner Parlamentarier in die Reichsleitung und in die preußische Regierung wurde in der Folgezeit erwogen.<sup>31)</sup> Doch hielt der Kanzler tiefgreifende Eingriffe in das komplizierte Verfassungsgefüge des Reiches in der Kriegszeit für gefährlich und unangebracht. Daher glaubte er auch die Aktivität des neuen Verfassungsausschusses bremsen zu müssen<sup>32)</sup>, der sich Anfang Mai konstituierte und durch einen gemeinsamen Antrag von Zentrum, Fortschrittlern und Nationalliberalen sogleich die zentralen Fragen der parlamentarischen Verantwortlichkeit von Kanzler und

---

<sup>25)</sup> Für den Verlauf der Debatte im Reichstagsplenum am 29. und 30. 3. 1917 vgl. Bredt S. 162 ff.

<sup>26)</sup> Rosenberg, Entstehung S. 146.

<sup>27)</sup> Vgl. August Skalweit, „Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft“ (Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden: Wirtschaftsgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie), Stuttgart, Berlin, Leipzig und New Haven 1927, S. 210 ff.

<sup>28)</sup> Bethmann II S. 183.

<sup>29)</sup> Vgl. Bergsträsser a.a.O. S. 130 ff., besonders über die Widerstände im preußischen Staatsministerium und von militärischer Seite sowie den Einspruch des Kaisers gegen Bethmanns ursprüngliche Absicht, die Zusage — nicht nur des allgemeinen, direkten und geheimen, sondern — auch des gleichen Wahlrechts in die Botschaft aufzunehmen. Dazu auch die Ausführungen Bergsträssers im Untersuchungsausschuß, WUA 7/I S. 237 ff.; Bredt S. 164 f.

<sup>30)</sup> So Stresemann am 29. 3. 1917 im Reichstagsplenum; Sten. Berichte Bd. 309 S. 2855. Vgl. Bergsträsser a.a.O. S. 127, 156; WUA 7/II S. 317.

<sup>31)</sup> Vgl. Bethmann II S. 219 f.; Helfferich S. 436 f.

<sup>32)</sup> Vgl. Bethmann II S. 182 f., 192 f.; Helfferich S. 435 ff.; WUA 7/I S. 355 (Herz: „Die Leidensgeschichte dieses Verfassungsausschusses kann man aus dem Memoirenwerk Helfferichs herauslesen.“) und S. 280 f. (Scheidemann); Scheidemann, Zusammenbruch S. 168 ff.

Staatssekretären sowie der kaiserlichen Kommandogewalt zur Debatte stellte.<sup>33)</sup> Die vornehmlich auf den Ausgleich der auseinanderstrebenden Kräfte abgestimmte politische Linie Bethmanns mußte, wie er rückblickend feststellte, den einen „zu zaudernd“, den anderen „zu entgegenkommend“ erscheinen.<sup>34)</sup> Auf der einen Seite erweckte seine Haltung bei der gemäßigten Linken illusionäre Erwartungen, denen er kaum gerecht werden konnte. Andererseits konnte er nicht verhindern, daß sich die übermächtige OHL., der schon die Osterbotschaft als „Kotau vor der russischen Revolution“<sup>35)</sup> erschien, trotz seiner auch ihr gegenüber bewiesenen Konzessionsbereitschaft immer schroffer gegen ihn wandte.<sup>36)</sup> Das erklärt zumindest zu einem Teil die verwirrende Konstellation, der er im Juli zum Opfer fiel.

Von dem Drängen der Parteien nach sofortigen Reformen, das sich seit Mitte März bemerkbar machte, zur Bildung der Reichstagsmehrheit im Juli führt ein gerader Weg. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann, der aus der Rede Bethmanns vom 14. März, mit der sich der Kanzler „offen auf die linke Seite gestellt“ habe, die von diesem gewiß nicht beabsichtigte Konsequenz zog, daß der „Machtkampf“ nun „mitten im Kriege unter Führung des Reichskanzlers“ beginne<sup>37)</sup>, erörterte bereits am 20. März in einer Fraktions-sitzung die Voraussetzungen einer linksorientierten Regierungsmehrheit, für welche die „Richtung Scheidemann unentbehrlich“ sei. Aber es müsse auch versucht werden, „Fäden zum vernünftigeren Teil der Nationalliberalen“ und des Zentrums zu knüpfen.<sup>38)</sup> Eine ebenfalls aus diesen Tagen stammende Notiz Haußmanns betont entsprechend:

„Da von der Bildung einer parlamentarischen Linken, ihrer Stärke, ihrer Einsicht und ihrem Einfluß die einzige Gewähr einer vaterländisch richtigen inneren und äußeren Politik abhängt, ist die Verbindung mit den links und rechts der Fortschrittlichen Volkspartei stehenden vorwärtsgerichteten Parteien und Politikern nicht zu vernachlässigen, insbesondere auch eine Annäherung der Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen — auch der christlich-sozialen — zu unterstützen.“<sup>39)</sup>

<sup>33)</sup> Vgl. Bredt S. 165 f.; Rosenberg, Entstehung S. 147 f.; Wolfgang Haußmann, „Die Durchsetzung des parlamentarischen Systems im deutschen Kaiserreich“, Diss. jur. Heidelberg 1927, S. 47 ff.

<sup>34)</sup> Bethmann II S. 174. Dazu die folgende Äußerung Scheidemanns im Untersuchungsausschuß, WUA 7/I S. 277: „Bethmann Hollweg war in einer furchtbaren Lage, denn er mußte schweigen, entweder hätte er uns oder die Leute von rechts verletzt. Das veranlaßte ihn natürlich immer, den Mund zu halten, zu lavieren und sich zwischen Szylla und Charybdis hindurchzubewegen.“

<sup>35)</sup> Bethmann II S. 191 mit der Anmerkung, so habe sich Ludendorff wörtlich Wahnschaffe gegenüber geäußert.

<sup>36)</sup> A.a.O. S. 218 berichtet Bethmann, er habe Ende Juni noch einmal versucht, „durch rückhaltlose Aussprache eine Kooperation der beiden obersten Gewalten herbeizuführen.“

<sup>37)</sup> Haußmann S. 91 (Brief vom 15. 3. 1917). In dem gleichen Brief, a.a.O. S. 92, findet sich der Passus: „Mit Riezler besprach ich die Lage. Er will morgen mit mir im Hotel konferieren nebst Payer und Liesching zum Zwecke der Zusammenfassung der Linken!!“

<sup>38)</sup> Nachlaß Haußmann 25, stichwortartige eigenhändige Aufzeichnung über seine eigenen Ausführungen in der Sitzung.

<sup>39)</sup> Nachlaß Haußmann 25, eigenhändiger Entwurf mit der nachträglich hinzugefügten Überschrift: „Notiz für eine Fraktionsanregung März 1917“.

An Theodor Wolff, der ihm gegenüber hervorgehoben hatte, daß das „Berliner Tageblatt“ in der „Betonung des parlamentarischen Systems mehr mit den Stresemannschen Nationalliberalen“ als mit der „in dieser Frage zu sehr zögernden Fortschrittlichen Volkspartei“ zusammengehe<sup>40)</sup>, schrieb Haußmann am 14. April 1917:

„Wir verlangen beide, Sie und ich, eine neue Regierungsweise, aber wir beide werden sie nicht als ein Geschenk betrachten, das uns die Regierung in den Schoß legen kann. Was geschaffen werden muß und von uns geschaffen werden muß, ist die Linke, die eine linksgerichtete Regierung stützen kann.

Der Versuch, das parlamentarische Regiment in Deutschland einzuführen, ist bei dem Mangel hierzu erzogener Parlamentarier — die Anwesenden nicht ausgenommen — nicht so ganz einfach, ganz abgesehen von dem traditionellen und tendenziös geschürten Mißtrauen des deutschen Philistertums und Beamtenvolks. Fest steht, daß der Versuch steht und fällt mit dem Zusammenarbeiten der Volkspartei und der Partei Scheidemann. Aber man wird bei der im Hinterhalt lauernden konservativen und Zentrums-Partei den Versuch machen müssen, die Linke auf eine Basis zu stellen, die Stresemann, Junck und Schiffer umfaßt. Will man diese aber mit Mannschaft bei der Linken halten, so ist politische Voraussicht geboten und deswegen auch die Unterlassung besonders zugespitzter Formulierungen in den Verfassungsforderungen. Diese werden von selbst nachfolgen müssen, wenn eine Linke sich gebildet und den Feuerseggen der Wähler erhalten hat. Wahrscheinlich scheidet der Versuch, mit den Nationalliberalen oder ihrem Flügel zu kooperieren — aber der Versuch muß ehrlich gemacht werden u. öffentlich scheitern, wenn der Versuch mit einer demokratischen Linken für den ersten Wahlgang nicht zu vielen Aber begegnen soll — schon um der Reichsregierung die Sympathieunterstützung zu ermöglichen.

Also Hauptziel: Erleichterung der Bildung einer Linken, die gar nicht anders kann, als die Konsequenz aus ihrer Existenz zu ziehen . . .“<sup>41)</sup>

Haußmann verkennt also keineswegs die Schwierigkeiten, die einer Mehrheitsbildung entgegenstehen. Er bezieht zwar zunächst das Zentrum, auf dessen Arbeitnehmerflügel er Unterstützung für eine die Sozialdemokratie mit umfassende Gruppierung zu finden hofft, in seine Überlegungen ein, rechnet jedoch noch nicht damit, daß es sich für eine klar nach links orientierte Mehrheit gewinnen lassen werde. Auch sein Urteil über die Chancen für eine dauerhafte Verbindung mit den Nationalliberalen — das sich im Verlauf der folgenden Entwicklung weitgehend bestätigen sollte — lautet weitgehend skeptisch.

Charakteristisch für die zwispältige Haltung der Nationalliberalen ist ein aufschlußreicher Brief Stresemanns vom 9. April 1917 an Bassermann<sup>42)</sup>, in dem er gegenüber dem Parteiführer, der eine Parlamentarisierung der Reichsverfassung schroff ablehnte, das Vorgehen der nationalliberalen Fraktion im Reichstag am 29./30. März verteidigt. Stresemann geht von der schlechten Ernährungslage in den Städten und von den Streiks und Ausschreitungen, zu denen es bereits gekommen war, aus. Unter diesen Verhältnissen, die „gerade unsere industriellen Kreise mit Ausnahme der Herren in Westfalen, die nicht sehen wollen“, mit den größten Bedenken für die Zukunft erfüllten, sei die Fraktion zu der Überzeugung

---

<sup>40)</sup> Nachlaß Haußmann 117, Brief Wolffs vom 10. 4. 1917.

<sup>41)</sup> Nachlaß Haußmann 117, Durchschlag.

<sup>42)</sup> Nachlaß Stresemann 170 (6879), Durchschlag.

gelangt, „daß jetzt die nur auf die Ernährung gerichteten Gedanken abgelenkt werden mußten durch eine politische Tat“. Wenn sowohl von seiten des revolutionären Rußland als auch von amerikanischer Seite fortgesetzt bekundet werde, daß der Kampf dem „autokratisch regierten Deutschland“ gelte, würden die Massen auf die Dauer nicht unbeeindruckt bleiben können. Dabei läßt Stresemann jedoch keinen Zweifel daran, daß er selbst nicht in erster Linie aus taktischen Gründen für das parlamentarische System, das „doch nicht nur die volle Parlamentsherrschaft“ bedeute, eintrete. So notwendig ihm jedoch eine „freiheitliche Neuorientierung“ erscheine, die das „heutige Regierungssystem mit seiner beinahe absoluten Monarchie“ beseitigen und zumindest ermöglichen müsse, den Kanzler durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen, so wenig sei ihm an einem „kritiklosen Zusammengehen“ und an einer „Verbrüderung mit der Fortschrittspartei“ gelegen. Es folge aus der „Struktur unserer Partei . . ., daß wir leider weder zur Linken, noch zur Rechten stets ganz gehören“.

Diese strukturbedingte Zwiespältigkeit der nationalliberalen Politik zeigte sich am deutlichsten in den Gegensätzen zwischen der Reichstagsfraktion und der innenpolitisch weiter nach rechts orientierten preußischen Landtagsfraktion. Sie drückte sich aber auch in den Spannungen innerhalb der Reichstagsfraktion aus, die bis in den Herbst 1918 hinein auch dann, wenn sie in innerpolitischen Fragen Anlehnung nach links suchte, immer bemüht blieb, ihre Verbindung zu den Konservativen nicht abreißen zu lassen, mit denen die Fraktionsmehrheit in der Kriegszielpolitik zusammenging.<sup>43)</sup>

In dieser Hinsicht weicht das Verhalten der Nationalliberalen, die im Juli 1917 eine Unterstützung der Friedensresolution ablehnten, jedoch in den ersten Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses, an denen sie teilnahmen, weit stärker als die Resolutionsparteien auf eine sofortige Parlamentarisierung drängten<sup>44)</sup>, von den allgemeinen Tendenzen der parteipolitischen Entwicklung

<sup>43)</sup> Über die Richtungen innerhalb der Nationalliberalen Partei im Kriege vgl. WUA 7/II S. 214 ff. (Richthofen), 300 ff. (Stresemann); Rosenberg, Entstehung S. 108 f., 147; Erwin Gugelmeier, „Das schwarze Jahr (1917—1918). Erlebtes aus dem letzten Kriegsjahr, im Reichstag und Baltenland, in Hauptquartier und Heimat“, Freiburg 1926, S. 18 ff.; Gustav Wittig, „60 Jahre nationale und liberale Politik“, Berlin 1927, S. 71 ff.

<sup>44)</sup> Vgl. die Ausführungen Richthofens und Stresemanns im Untersuchungsausschuß, WUA 7/II S. 219 ff. und 302 ff.; ferner Bergsträsser, Parteigeschichte S. 242. Anfang Juli 1917 war zwar ein erheblicher Teil der Fraktion — nicht die Majorität, wie es nach Bergsträssers Darstellung zu vermuten wäre — von der Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens überzeugt, hielt jedoch eine Friedenskundgebung des Reichstags für inopportun. Dieser Meinung war auch Richthofen, der allerdings die Fraktion dahin zu drängen versuchte, die Resolution in Kauf zu nehmen, die Zustimmung aber von dem geschlossenen Eintreten der Mehrheitsparteien für eine sofortige Parlamentarisierung abhängig zu machen. Dazu zwei undatierte eigenhändige Entwürfe Richthofens zu Fraktionsentschlüssen im Nachlaß Richthofen 6, die unmittelbar vor dem Ausscheiden der Nationalliberalen aus dem Interfraktionellen Ausschuss entstanden sein dürften. Der erste dieser Entwürfe lautet: „Die Fraktion wolle beschließen, ihre Vertreter bei der interfraktionellen Besprechung zu folgender Erklärung zu ermächtigen: Die Fraktion strebt nach einem baldigen, unseres Vaterlandes Zukunft sichern Frieden und nach Erhaltung der Einigkeit unseres Volkes bis zum Ende des Krieges. Die Fraktion vermag eine Möglichkeit, diese Ziele zu verwirklichen, nur bei Gestaltung eines anderen Verhältnisses zwischen Regierung und Reichstag zu erblicken. Dieses muß auf dem [nächstes Wort hs. eingefügt] sofortigen Eintritt von Vertrauensmännern der Fraktionen

im ersten Weltkrieg ab. Der kennzeichnende Zug dieser Entwicklung war die weitgehende Identifizierung der innenpolitischen mit den außenpolitischen Zielsetzungen, die im Laufe des Krieges immer deutlicher hervortrat und besonders vom Frühjahr 1917 ab zum entscheidenden Kriterium für die parteipolitische Frontenbildung wurde.<sup>45)</sup> Generell gesehen, fielen das Bekenntnis zu einem „Verständigungsfrieden“ und das innenpolitische Streben nach Demokratisierung — d. h. in erster Linie Parlamentarisierung der Reichsregierung und Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts — ebenso zusammen, wie das Verlangen nach einem „Siegfrieden“ sich zumeist mit dem Widerstand gegen eine innenpolitische „Neuorientierung“ deckte. Auf dieser Linie vollzog sich auch die Mehrheitsbildung im Juli, bei der sich das Zentrum einmal mehr als „die parlamentarisch ausschlaggebende Macht“<sup>46)</sup> erwies<sup>47)</sup>, die es — abgesehen von der Zeit des Bülowblocks — seit der Reichskanzlerschaft Hohenlohes ständig gewesen war.<sup>48)</sup>

Die Stellung des Zentrums zu den Fragen der Kriegsziele und der inneren Reformen war, schon bedingt durch die heterogene Sozialstruktur seiner Wählerschaft, sehr uneinheitlich.<sup>49)</sup> In der Wahlrechtsfrage bestanden zwischen der Reichstagsfraktion und der Abgeordnetenhausfraktion ähnliche Spannungen wie bei den Nationalliberalen. Die Haltung der Reichstagsfraktion zur Parlamentarisierung blieb bis zum Schluß des Krieges durch starke föderalistische Hem-

---

der Mehrheit in die Regierung aufgebaut sein. Die Fraktion ist sich bewußt, daß eine solche Neuordnung nur auf Grund eines Einvernehmens der Mehrheitsfraktionen über die wichtigsten Fragen der äußeren und inneren Politik durchführbar ist. Sie ist bereit, um dies zu erreichen, schwere Opfer an Anschauungen zu bringen, in der Erwartung, daß eine Neuformung der Regierung sichere Gewähr für Entschlossenheit, Festigkeit und Geschicklichkeit verbürgen werde. Sie stimmt daher unter Voraussetzung gleichzeitiger Umwandlung der Regierung der vorgeschlagenen Resolution zu und erklärt außerdem, . . . [Punkte im Or.]. Sie ist bereit, ihre Vertreter zusammen mit denen der 3 anderen Fraktionen zum Reichskanzler behufs Mitteilung des Vorstehenden zu entsenden und den Reichskanzler zu fragen, ob er unbedingt auf diesen Boden trete. Anderenfalls müßte die Fraktion ihre Erklärung in Form einer Adresse S. M. dem Kaiser übermitteln.“

In dem zweiten Entwurf heißt es: „1. Reform der Regierung nicht wegen des annexionslosen Friedens. 2. Annexionsloser Frieden vielmehr unsere Konzession zur Errichtung der gemeinsamen Plattform für die parlamentarische Reform der Regierung. Preußisches Wahlrecht.“ — Wenn Richthofen im Untersuchungsausschuß erklärte, die Überzeugung, „daß nunmehr ein erheblicher Schritt im Sinne einer Parlamentarisierung des Deutschen Reiches vorwärts getan werden müsse“, sei für die Fraktion „das einigende Moment“ gewesen, so wäre allerdings dazu zu bemerken, daß Parlamentarisierung für die nationalliberalen Reichstagsabgeordneten zugleich — und für einen erheblichen Teil der Fraktion sogar in erster Linie — Beseitigung Bethmanns bedeutete.

<sup>45)</sup> Vgl. Bethmann II S. 31; Rosenberg, Entstehung S. 138 f.; Matthias S. 11.

<sup>46)</sup> Neumann a.a.O. S. 39.

<sup>47)</sup> Vgl. WUA 7/I S. 87, 223 (Bredt).

<sup>48)</sup> Für die Entwicklung des Zentrums in der Zeit Wilhelms II vgl. besonders die Ausführungen Martin Spahns im Untersuchungsausschuß, WUA 7/II S. 227 ff., 367; dazu auch Rosenberg, Entstehung S. 44 ff.

<sup>49)</sup> Vgl. die den Nachlaß Bachem benutzende Studie von John K. Zeender, „The German Center Party during World War I. An Internal Studie“, in: „The Catholic Historical Review“, Vol. XLII, 1957, S. 441—468.

mungen belastet, wie sie zu einem geringeren Grade auch bei manchen, besonders südwestdeutschen Vertretern der Fortschrittspartei wirksam waren.<sup>50)</sup> In bezug auf die Kriegsziele hatte die Majorität der Fraktion bisher im wesentlichen mit den Konservativen und den Nationalliberalen übereingestimmt. Doch seit dem Frühjahr 1917 bereitete sich in dieser Frage eine Wendung vor, die den entscheidenden Anstoß für eine Kräfteverschiebung nach Links innerhalb der Fraktion gab, den Einfluß der konservativen Zentrumsführung zurückdrängte und das Bündnis mit Sozialdemokraten und Fortschrittlern in der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution ermöglichte. Diese Schwenkung — die, als sie im Juli sichtbar wurde, zunächst allgemein überraschend wirkte, zumal sie im Widerspruch zur Haltung des größten Teils der Zentrumspreste<sup>51)</sup> stand — vollzog sich unter Führung des Abgeordneten Erzberger. Erzberger war in den ersten Kriegsjahren als Annexionspolitiker hervorgetreten, hatte inzwischen jedoch ein realistischeres Urteil über die schwierige militärische und außenpolitische Lage Deutschlands gewonnen und die Konsequenzen daraus gezogen. Als sich der Reichstag Anfang Juli 1917 nach sechswöchiger Pause wieder versammelte, war er zu der Überzeugung gelangt, daß sich Parlament und Reichsleitung sowohl aus Rücksicht auf die Stimmung im Lande als auch aus außenpolitischen Erfordernissen klar zu dem Programm eines annexionslosen Verständigungsfriedens bekennen mußten.<sup>52)</sup>

Die Tatsache, daß die Anregung zu einer Friedenskundgebung des Reichstags von Erzberger ausging, hat ihm von seiten der politischen Rechten, deren Angriffe sich zu Anfang der Weimarer Zeit zu einem erbarmungslosen Kesseltreiben steigerten, auch den Vorwurf eingebracht, er sei von außen an ihn herandringenden Einflüssen erlegen und habe die Geschäfte des Vatikans und der Donau-Monarchie besorgt.<sup>53)</sup> Seine Kenntnis von einer beabsichtigten Friedensvermittlung des Papstes<sup>54)</sup> und seine Verbindungen zum Wiener Hof und zu

---

<sup>50)</sup> Scheidemann berichtet, daß er am 1. 7. 1917 im Reichstag eine Unterredung mit Payer und Erzberger gehabt habe, die beide „aus den gleichen partikularistischen Gesichtspunkten“ über seinen am gleichen Tage erschienenen Artikel „Reich schaffe Recht!“ ungehalten gewesen seien und ein Eingreifen des Reichstags in der preußischen Wahlrechtsfrage als Einmischung in die Angelegenheiten der Bundesstaaten abgelehnt hätten. Vgl. WUA 7/I S. 280; Scheidemann, Zusammenbruch S. 83. Ferner WUA 7/II S. 218 (über Erzbergers Einschätzung der innenpolitischen Schwierigkeiten bei einer Verfassungsänderung).

<sup>51)</sup> Vgl. Bachem IX S. 453; Hans Illich, „Über die Haltung der Zentrumspreste zur Parlamentarisierung 1917/18 mit besonderer Berücksichtigung der ‚Kölnischen Volkszeitung‘“, Diss. phil. Würzburg 1932.

<sup>52)</sup> Nachdem bereits Bachem IX S. 433 ff. sich ausführlich mit der Vorgeschichte der Friedensresolution und den Beweggründen Erzbergers auseinandergesetzt hat, liegt jetzt mit dem Buch von Klaus Epstein, „Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy“, Princeton/New Jersey 1959, das die Nachlässe Erzberger und Bachem sowie andere unveröffentlichte Quellen benutzt, eine Darstellung vor, die den Wandel der Auffassungen Erzbergers sorgfältig untersucht und in dieser Frage ein abschließendes Urteil gestattet. S. auch die Rezension von Rudolf Morsey in „Neue Politische Literatur“, Jg. 4, 1959, Heft 8/9.

<sup>53)</sup> Dazu u. a. die Angriffe Helfferichs in der „Kreuz-Zeitung“ vom Juli 1919, die in seiner Broschüre „Fort mit Erzberger!“ (Flugschriften des „Tag“ 8) Berlin 1919, gesammelt sind, sowie Erzberger-Prozeß passim.

<sup>54)</sup> Vgl. unten, bes. auch Anm. 77.

österreichischen Regierungsstellen<sup>55)</sup>, die ihm zu einem ungeschminkten Bild von dem Schwächezustand der auf einen schnellen Frieden drängenden verbündeten Macht verholfen hatten, trugen zweifellos das ihre zur Entstehung seines Plans bei. Aber ausschlaggebend sind diese Faktoren nicht gewesen; und die Unterstellung, Erzberger habe habsburgische oder vatikanische Politik betrieben, stellt sich bei einer historischen Analyse seiner Beweggründe als unsinnig heraus. Es war ein ganzes Bündel von Motiven, das ihn zu seiner Initiative bewog, die als Schlußfolgerung aus einem Gesamtbild der inneren und äußeren Lage erscheint, bei dem Erzberger nicht zuletzt als Leiter des von ihm im amtlichen Auftrage geleiteten Nachrichten- und Propagandabüros auf bessere Informationsmöglichkeiten zurückgreifen konnte, als sie irgendeinem anderen Abgeordneten zur Verfügung standen. Entscheidende Bedeutung für die Revision seiner Auffassungen ist seinen Gesprächen über die Kriegslage mit Generalmajor Max Hoffmann im März<sup>56)</sup> und mit Oberst Bauer, dem Vertrauten Ludendorffs, am 10. Juni beizumessen. Seine Zweifel, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg, auf den sich die Hoffnungen des Volkes konzentrierten, nicht imstande sein werde, gemäß den Voraussagen der militärischen Führung noch im Jahre 1917 den Frieden herbeizuführen, verdichteten sich nach der Unterredung mit Bauer zur Gewißheit.<sup>57)</sup> Hinzu kam die immer schwieriger werdende Ernährungs-

<sup>55)</sup> Die Vorwürfe gegen Erzberger wurden scheinbar durch eine Rede Czernins vom 11. 12. 1918 gestützt, in der er ausgeführt hatte: „Einer meiner Freunde hatte auf mein Ersuchen mehrere Unterredungen mit den Herren Südekum und Erzberger und bestärkte sie durch meine Schilderung unserer Lage in ihren Bestrebungen zur Erreichung der bekannten Friedensresolution. Es war auf Grund dieser Schilderungen, daß die beiden genannten Herren die Reichstagsresolution für einen Verständigungsfrieden durchsetzten.“ Zitiert nach Bachem IX S. 449, der zurecht kritisch bemerkt, daß „das letztere zu stark aufgetragen“ sei; vgl. Czernin S. 211 ff. Bei dem von Czernin erwähnten Verbindungsmann dürfte es sich um den ukrainischen Abgeordneten Ritter v. Wassilko handeln, der auch am 28./29. 8. 1917 Erzberger und Südekum aufsuchte; vgl. Nr. 41a Anm. 3. Über einen Kontakt mit Wassilko Ende Juni oder Anfang Juli finden sich allerdings weder im Nachlaß Erzberger noch im Nachlaß Südekum Hinweise. Für die zwischen Erzberger und Czernin im April 1917 in Wien getroffene Vereinbarung, über Wassilko, der regelmäßig zwischen Berlin und Wien hin- und herreiste, in Verbindung miteinander zu bleiben, vgl. Epstein S. 173.

<sup>56)</sup> Vgl. die Ausführungen Richthofens im Untersuchungsausschuß über seine zusammen mit Erzberger unternommene Reise nach Ober-Ost, WUA 7/II S. 217 f. Dazu Hoffmann I S. 157 ff., 161 ff. sowie — über seinen Briefwechsel mit Erzberger in den folgenden Monaten — S. 166 ff. Am 13. 6. registriert Hoffmann (S. 169) den Eingang eines „sehr interessanten“ Briefes von Erzberger über die gespannte auswärtige Lage: „Sehr verständig und durchaus nicht so übertrieben optimistisch, wie er sonst ist.“ Unter dem 26. 6. heißt es (S. 170): „Was die Beseitigung ‚gewisser Leute‘ anlangt, so deutete mir Erzberger gestern telephonisch an, daß auch seine Geduld zu Ende, und daß er auch für einen Wechsel sei. Er wollte mir seine Gründe noch schreiben.“ Am 15. 8. (S. 177) kommentiert Hoffmann einen Brief Erzbergers mit dem Satz: „Der Mann wird nachgerade gemeingefährlich“, und spricht weiter von „seiner albernern Friedensresolution“. Im März 1918 läßt Hoffmann schließlich den Zentrumspolitiker zum „Genossen Erzberger“ (S. 190) avancieren.

<sup>57)</sup> Vgl. Epstein S. 186 f., der die Aufzeichnungen Erzbergers über die Unterredung vom 10. 6. 1917 und eine zweite Besprechung mit Bauer am 19. 6. benutzt hat. Dazu auch der Briefwechsel zwischen Erzberger und Bauer im Juni/Juli; Nachlaß Erzberger 18 und Nachlaß Bauer 19. Am 6. 7. schrieb Bauer an Erzberger, der Kanzler haben dem Kaiser „gegenüber erklärt, Ihr Umfall, d. h. Ihr Eintreten für einen Verzichtfrieden sei durch Äußerungen von mir hervorgerufen, die ich zu Ihnen über unsere schlechte Munitionslage gemacht hätte.

und Wirtschaftslage. In dieser Situation drohte die Gefahr, daß die Mehrheitssozialdemokratie, gedrängt durch die Stimmung der Massen und die Konkurrenz der Unabhängigen, in der Julitagung des Reichstags die Kriegskredite verweigern werde. Wie Erzberger nachträglich betont hat, war die von ihm vorgeschlagene Friedenskundgebung nicht zuletzt dazu bestimmt, der Absplitterung der Sozialdemokraten mit Hilfe einer Formel vorzubeugen, die ihnen einerseits „die Annahme der Kredite ermöglichte, andererseits aber den Reichstag und die Regierung nicht an die starre russische Formel festknüpfte“. <sup>58)</sup>

Die Führer der Mehrheitssozialdemokraten befanden sich in der Tat in einem fast ausweglos erscheinenden Dilemma. Sie hatten seit Kriegsbeginn im Prinzip am Programm eines Verständigungsfriedens ohne Eroberungen festgehalten, sich jedoch jahrelang mit den zweideutigen Erklärungen des Kanzlers zufrieden gegeben, auf dessen Friedenswillen sie vertrauten, obgleich er in seinen Äußerungen zur Kriegszielfrage klare außenpolitische Entscheidungen vermieden und statt dessen innenpolitische Kompromisse gesucht hatte. Nach Ausbruch der russischen Revolution hatten sich die Sozialdemokraten gemäß der Friedensformel des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats, die ihrer Grundauffassung entsprach, zu einem „gemeinsamen Frieden . . . ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen“ bekannt. <sup>59)</sup> Sie verzichteten zwar ebenso wenig wie die Unabhängigen auf den Effekt, ihre Forderungen nach inneren Reformen und nach einem klaren Friedensprogramm der Reichsleitung durch drohende oder warnende Hinweise auf Rußland zu unterstreichen, taten jedoch gleichzeitig von sich aus alles, was in ihrer Kraft stand, um einer revolutionären Entwicklung in Deutschland entgegenzuwirken. Auf der einen Seite schreckten sie aus Rücksicht auf die Landesverteidigung davor zurück, ihre Stärke im Reichstag voll auszunutzen und ließen sich mehr und länger als die Abgeordneten jeder anderen Partei von den Fesseln des Burgfriedens hemmen. Andererseits sahen sie sich gezwungen, immer offener von der Reichsleitung abzurücken, so daß sie sich in

---

Exzellenz Ludendorff hat mir Aufklärung befohlen . . .“ In seiner Antwort vom 8. 7. bestritt Erzberger es als „vollkommen unzutreffend, daß ich einem ‚Umfall‘ in meinen Ansichten über Kriegsende vollzogen habe“ und bestätigte Bauer, daß seine Angaben über die Munitionsversorgung „meine politische Stellungnahme in keiner Weise beeinflusst“ hätten. Bauer erstattete am 9. 7. eine dienstliche Meldung „Betr. der Entstehung meiner Bekanntschaft mit dem Abg. Erzberger und des Inhalts der Besprechungen mit ihm“; Nachlaß Bauer 19. Der Briefwechsel vom 6./8. 7. wurde durch Hindenburg abschriftlich an den Chef des Militärkabinetts mit der Bitte übersandt, „Seiner Majestät in geeigneter Form Kenntnis zu geben“; Entwurf des Begleitschreibens mit dem Datum 19. 7. und den Paraphen Hindenburgs (mit Datum: 20. 7.) und Ludendorffs im Nachlaß Bauer a.a.O. Am 20. 7. wünschte Bauer brieflich Erzberger „gute Erholung“ und gab gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, „daß Sie danach bald mit neuer Kraft für des Vaterlandes Wohl weiter schaffen können. Sie können auf Ihren Urlaub die Befriedigung mitnehmen, Entscheidendes geleistet zu haben und wenn, wie ich glaube, nunmehr eine festere innere und äußere Politik und eine größere Einmütigkeit des deutschen Volkes einsetzen wird, so werden Sie, hochverehrter Herr Abgeordneter, auch daran hervorragenden Anteil haben.“

<sup>58)</sup> Brief Erzbergers an den Gesandten von Bergen vom 25. 2. 1918, Durchschlag im Nachlaß Erzberger 23; ohne Nennung des Adressaten abgedruckt bei Erzberger S. 266 ff. Dazu Epstein S. 189 f.

<sup>59)</sup> Gemeinsamer Beschluß von Parteiausschuß, Parteivorstand, Reichstags- und preußischer Landtagsfraktion vom 19. 7. 1917; abgedruckt im Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 36.

mancher Beziehung der Linie der USPD näherten, die ihrerseits ebenfalls auf dem Boden der parlamentarischen Opposition verharrte und trotz aller aggressiven Töne keine Neigung zeigte, das russische Beispiel nachzuahmen.<sup>60)</sup> Als sich der mehrheitssozialdemokratische Parteiausschuß am 26. Juni 1917 versammelte, kam er nach einer erregten Diskussion, in der die schwierige Lage der Partei offen zutage trat, zu der „einmütigen Auffassung“, die Fraktion müsse ihre endgültige Stellungnahme zu den Kriegskrediten davon abhängig machen, daß die Reichsleitung „zu der Forderung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates eine einwandfreie Erklärung abgibt, und daß sie ebenso klar und entschieden sich über die Ausgestaltung der inneren Politik Deutschlands aussprechen soll“.<sup>61)</sup>

Noch am Abend des gleichen Tages unterrichteten Scheidemann und David den Kanzler über die Ergebnisse der Parteiausschußsitzung. Bethmann Hollweg, so notierte Scheidemann<sup>62)</sup> im Anschluß an die Unterredung, sei „von vornherein sehr kleinlaut“ gewesen, und sowohl David als auch er hätten den Eindruck gewonnen, daß der Kanzler „die Lage als rettungslos ansieht und unter allen Umständen Schluß machen will. Er scheint sogar bereit, Elsaß-Lothringen wenigstens teilweise zu opfern, wenn dadurch der Frieden herbeigeführt werden kann. Ich sprach im Verlauf der Unterhaltung von der Lebensmittelnot, die zur Hungersnot geworden sei; von den schlechten Ernteaussichten, den Streiks und Krawallen, und von der Unmöglichkeit, einen vierten Kriegswinter auszuhalten. Auch David, der im Parteiausschuß noch sehr wacker im Sinne des Ausharrens, wenn es unbedingt erforderlich sei, gesprochen hatte, schilderte grau in grau.“ Zum Schluß sei verabredet worden, dem Kanzler noch vor seiner Abreise ins Hauptquartier am 28. Juni den sozialdemokratischen Standpunkt in einer Denkschrift zu übermitteln.<sup>63)</sup>

In einer Besprechung im Reichsamt des Innern am 30. Juni und in einer Konferenz der Parteiführer beim Reichskanzler am 2. Juli wiederholten die sozialdemokratischen Fraktionsvertreter ihre Forderungen. Der für sie enttäuschende Verlauf dieser beiden Sitzungen geht aus den Tagebuchaufzeichnungen Scheidemanns und Davids ungeschminkt hervor. Über die Besprechung vom 30. heißt es im Kriegstagebuch Davids:

---

<sup>60)</sup> Vgl. Matthias S. 11 f.

<sup>61)</sup> „Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 26. Juni 1917 im Reichstag“ (als Manuskript gedruckt), S. 39 (Zusammenfassung Eberts; ein formeller Beschluß wurde nicht gefaßt).

<sup>62)</sup> „Glocke“ S. 148 f.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 160 f. Dazu Nachlaß David, Kriegstagebuch, 26. 6. 1917: „7 Uhr mit Scheidemann beim Kanzler. Will Auskunft über Stockholm. Spreche meine sehr pessimistische Auffassung aus; verlange klares Bekenntnis zur russischen Plattform und innere Tat. Einzige Hoffnung noch Entwicklung der russischen Demokratie. Lege Abtastung in der elsass-lothringischen Frage nahe. — Memorandum Vorschlag.“

<sup>63)</sup> Wortlaut der von den Vorständen der Partei und der Reichstagsfraktion unterzeichneten Denkschrift bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 161 ff. Vgl. Nachlaß David, Kriegstagebuch, 27. 6. 1917: „Vormittags: Gradnauer bringt seinen Entwurf der Denkschrift an Kanzler und Hauptquartier; ich verarbeite ihn mit dem meinen“; 28. 6. 1917: „Vormittags: Besprechung und Fertigstellung der Denkschrift an den Kanzler. Im wesentlichen einig. Fortfall der Erklärung des weiteren Durchhaltens.“

„Scheidemann, Ebert und ich legen die Notwendigkeit großer Schritte im Innern und in der Friedenspolitik dar, sonst Zusammenbruch. — Die Bürokraten spinnen ihren alten zähen Schleim. Hoffnungslos.“<sup>64)</sup>

Über die Parteiführerkonferenz vom 2. Juli, in der sich auch die Hoffnungen, die von sozialdemokratischer Seite noch auf den Kanzler gesetzt wurden, als trügerisch zu erweisen schienen, enthält das Tagebuch Davids folgende Notizen:

„Kanzler appellierte an Einigkeit, stahlharte Nerven usw., lehnt Bekenntnis zur Petersburger Friedensformel ab und bringt nichts von Neuorientierung. Versagt vollkommen. Alles war vergebens. Er ist im Hauptquartier offenbar gar nicht mit verschiedenen Vorschlägen gekommen. Der Geist Helfferichs spricht aus ihm. Ein unentschiedener bürokratischer Kleber. — Die Reden sämtlicher Parteien (Scheidemann, Payer, Dove, Müller-Meinigen, Spahn, Erzberger) außer den Konservativen (Westarp u. Roesicke) atmen Pessimismus; sie scheinen sich innerlich stark unserer Friedensformel genähert zu haben. Aber sie schieben taktische Motive vor, um eine offene Erklärung abzulehnen. — Ich spreche spät, lange und sehr eindringlich. Man gibt mir unter vier Augen recht, aber —. Das Schicksal geht seinen Gang. — Ich betone stark: Hier politisierendes Hauptquartier und hier Parlament; dazwischen hin und her pendelt der Kanzler.“<sup>65)</sup>

Fraglos wird das Urteil Davids dem Kanzler, der sich in den letzten Junitagen vergeblich bemüht hatte, sich mit der OHL. zu verständigen und sie von der Notwendigkeit innenpolitischer Reformen zu überzeugen, nicht gerecht. Ausschlaggebend waren jedoch nicht die Motive, die hinter den Ausführungen Bethmanns standen, sondern der Eindruck, den sie auf die sozialdemokratischen Führer machen mußten. Sie entnahmen aus ihnen, daß die Reichsleitung auch weiterhin versuchen werde, klaren Entscheidungen auszuweichen. In der Tat kam, wie Helfferich berichtet, der Reichsleitung die plötzliche Einberufung des Reichstags zu Anfang Juli, die notwendig geworden war, weil dem Reichsschatzamt die Kriegskredite ausgingen, sehr ungelegen. Habe doch gerade der Verlauf der vorangegangenen Tagung gezeigt, „wie sehr auch der Reichstag und seine Parteien unter dem nervenzerrüttenden Einfluß der allgemeinen Hochspannung standen und wie sehr man, trotz aller Bemühungen um eine enge Fühlung, auf Unberechenbares gefaßt sein mußte“. Daher habe er, Helfferich, sich auch bei seinen Besprechungen mit den Parteiführern in den letzten Junitagen „für eine möglichst kurze Tagung unter Ausschluß aller inneren Streitfragen“ eingesetzt.<sup>66)</sup> Auf der gleichen Linie lag es, wenn Bethmann Hollweg in sonderbarer psychologischer Fehleinschätzung der Situation den Hauptausschußverhandlungen fernblieb und sich lediglich durch Helfferich, Capelle und Zimmermann vertreten ließ, weil er es vermeiden wollte, „durch seine Anwesenheit . . . eine große politische Debatte zu provozieren“.<sup>67)</sup> Aber bei dem Ausmaß der im Lande herrschenden

<sup>64)</sup> Nachlaß David, Kriegstagebuch, 30. 6. 1917. Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 82 f., wo es u. a. heißt: „Als sei ein Gespenst durch den Saal gehuscht, guckten mich die Regierungsvertreter an, als ich ganz kühl bemerkte — bei der Frage des heiß ersehnten Friedensschlusses —: ‚Wenn der Reichskanzler, den ich gewiß hoch schätze, morgen ginge, so würde das den Frieden auch erleichtern! Ich setze voraus, daß ein besserer kommen müßte.‘“

<sup>65)</sup> Nachlaß David, Kriegstagebuch, 2. 7. 1917. Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 84.

<sup>66)</sup> Helfferich S. 437 f.

<sup>67)</sup> A.a.O. S. 439.

Vertrauenskrise war die von der Reichsleitung eingeschlagene Taktik nur dazu angetan, eine selbständige Initiative des Parlaments geradezu herauszufordern. Diese Vertrauenskrise beschränkte sich nicht nur auf die Anhängerschaft der beiden sozialdemokratischen Parteien, sondern hatte die große Mehrheit des Volkes erfaßt, die zwar noch nicht mit einer Niederlage rechnete, aber auch keinen Weg mehr sah, den Krieg durch einen Sieg der deutschen Waffen zu beenden. Auch die Abgeordneten der bürgerlichen Mittelparteien standen zu sehr unter dem Druck der allgemeinen Not und Mißstimmung, um sich mit ausweichenden Erklärungen zufrieden geben zu können; auf allen lastete der nahende vierte Kriegswinter; wenn sich auch Erzberger besonders gut informiert zeigte, so waren doch die Illusionen über die militärische Lage allgemein geringer geworden; und die Zweifel in die schnelle Wirksamkeit des U-Bootkrieges hatten immer weiter um sich gegriffen. Die pessimistischen Reden auf der Parteiführerkonferenz vom 2. Juli, aus denen David entnahm, daß sich die Vertreter der Mittelparteien „innerlich stark unserer Friedensformel genähert“ hätten, machen die Ausgangskonstellation deutlich, aus der innerhalb von wenigen Tagen die Reichstagsmehrheit der Friedensresolution erwuchs, die das Eigengewicht des Reichstags auf eine für die deutsche parlamentarische Geschichte ungewöhnliche und neuartige Weise zur Geltung zu bringen und die Reichsleitung an die Beschlüsse des Parlaments zu binden versuchte.

Wie sehr die Entwicklung auf eine Mehrheitsbildung hindrängte, zeigen einige Artikel der „Frankfurter Zeitung“ aus den ersten Julitagen. Am Morgen des 6. Juli — des Tages der großen Rede Erzbergers und der ersten interfraktionellen Sitzung, über die noch zu sprechen sein wird — betonte das Blatt:

„Denn wenn der Reichstag praktische Arbeit leisten, wenn er nicht wie früher nur Reden halten, sondern Positives schaffen will, dann braucht er eines: eine feste, zum Handeln entschlossene Mehrheit. Daran, daß er dieses Problem der Mehrheitsbildung nicht zu lösen vermochte, hat vor dem Kriege der Reichstag, hat unsere ganze innere Politik gekrankt. Jetzt ist Hoffnung, daß es anders werde. Die Konservativen helfen auch dazu; sie machen jede Mehrheitsbildung nach rechts unmöglich. So bleibt den anderen Parteien, die handeln wollen, weil sie die Notwendigkeit, daß gehandelt werde, erkennen, nur die eine Möglichkeit des Zusammengehens mit der Linken. Schon im Mai haben die Verhandlungen des Reichstags im Ausschuß und im Plenum diese Gruppierung ergeben: daß die Konservativen gänzlich isoliert waren, daß die anderen Parteien sich für positives Handeln verständigten. Die neue Tagung des Reichsparlaments soll dies bekräftigen und verwirklichen. Mag auch nicht alles, was man wünschte, dabei sofort in die Tat umgesetzt werden — ein Anfang soll gemacht werden. Das ist das Entscheidende. Die Bildung einer Reichstagsmehrheit, die etwas will, die sich auf ein positives Aktionsprogramm einigt und auf seiner Durchführung besteht, wäre der erste und wichtigste Fortschritt, den wir brauchen.“<sup>68)</sup>

An sich läge der Gedanke nahe, daß der anonyme Verfasser bereits im Besitz intimer Informationen über die sich ankündigenden Ereignisse gewesen sein könnte. Das ist jedoch unwahrscheinlich, da der Artikel sich auf die Behandlung der innenpolitischen Probleme beschränkt und — unter Berufung auf die von Delbrück verfaßte und neben anderen von Harnack, Meinecke und Troeltsch

---

<sup>68)</sup> „Frankfurter Zeitung“, 6. 7. 1917, 1. Morgenblatt.

mit unterzeichnete Erklärung Berliner Gelehrter<sup>69)</sup>, „die entgegen ihrer früheren Auffassung jetzt die unverzügliche Vorlage eines Entwurfs zur preußischen Wahlrechtsreform mit dem allgemeinen, direkten, geheimen und auch gleichen Wahlrecht fordern“<sup>70)</sup> — die Wahlrechtsreform in den Mittelpunkt stellt. Diese „Forderung der Stunde“ wird als der gegebene Kristallisationspunkt für eine Mehrheitsbildung angesehen, die eine intensivere Fortsetzung der innenpolitischen Zusammenarbeit der bürgerlichen Links- und Mittelparteien mit der Sozialdemokratie, wie sie sich schon in der Maitagung abgezeichnet hatte, verbürgen sollte. Mit einem gemeinsamen Vorgehen der Parteien in den Kriegszielfragen glaubte die Zeitung hingegen nicht rechnen zu dürfen.

Am Vortage<sup>71)</sup> hatte sie ausdrücklich daran erinnert, daß der Standpunkt des Reichskanzlers, als er am 15. Mai in Beantwortung einer konservativen und einer sozialdemokratischen Interpellation eine Aussprache über die Kriegsziele der Reichsleitung ablehnte, „von der großen Mehrheit des Reichstages durch eine gemeinsame Erklärung der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen und des Zentrums gebilligt worden“ sei. Auch in dieser Tagung werde die Sozialdemokratie mit der Forderung, daß die Reichsleitung sich zu der Formel „ohne Annexionen und Entschädigungen“ bekennen müsse, wieder „alleinstehen, wie am 15. Mai, denn auch dort, wo man über den Inhalt dieses zukünftigen Friedens anders denkt als die Parteien der Rechten, hält man es nach wie vor für falsch, die Regierung zur Kundgebung einer solchen Friedensformel zu drängen.“

Hier versagt also die kluge Prognose der „Frankfurter Zeitung“. Denn gerade der Plan einer — sich allerdings nicht an die russische Formel klammernden — Friedenskundgebung wurde zum Grundstein der Julimehrheit, wenn er auch Hand in Hand mit den innenpolitischen Forderungen, bei denen Sozialdemokraten, Fortschrittler und Zentrum — im Gegensatz zu den Nationalliberalen — das Hauptgewicht auf die preußische Wahlrechtsfrage und nicht auf die Parlamentarisierung legten, erörtert wurde.<sup>72)</sup> Daß die Mehrheitsparteien die Reichsleitung auf ein außenpolitisches Programm festzulegen versuchten, ohne sich zunächst einmal reale politische Macht zu verschaffen, unterstreicht nur die

---

<sup>69)</sup> Die zuerst in den „Preußischen Jahrbüchern“, Bd. 196, 1917, S. 156 und dann am 3. 7. 1917 im „Vorwärts“ veröffentlichte Erklärung ist neuerdings wieder abgedruckt bei Friedrich Meinecke, „Politische Schriften und Reden“, hsgn. und eingeleitet von Georg Kotowski, Darmstadt 1958, S. 194.

<sup>70)</sup> „Frankfurter Zeitung“ a.a.O.

<sup>71)</sup> A.a.O. 5. 7. 1917, 2. Morgenblatt.

<sup>72)</sup> Rosenberg, Entstehung S. 157 bezeichnet es als den Hauptfehler der Aktion Erzbergers, daß dieser „den wirklichen Gegner am 6. Juli nicht offen genannt“, sondern „sich mit einigen versteckten Andeutungen gegen die Oberste Heeresleitung“ begnügt habe; der zweite Fehler Erzbergers habe darin gelegen, „daß er nicht mit allen Kräften die Bildung einer parlamentarischen Reichsregierung aus der neuen Mehrheit erstrebte. Der nationalliberale Abgeordnete v. Richthofen bemühte sich, Erzberger auf diesen Weg zu drängen.“ Dazu die Ausführungen Richthofens im Untersuchungsausschuß, WUA 7/II S. 218. Ferner das Urteil Dittmanns, a.a.O. S. 361: Wer Erzberger gekannt habe, müsse sich darüber klar sein, daß er „auf weite Sicht gearbeitet“ habe; er sei jedoch zu optimistisch gewesen: „Erzberger ist nur die Erreichung der ersten Etappe seines Ziels gelungen; er hat die Friedensresolution durchgesetzt. Es ist ihm aber nicht gelungen, seinen Mann [den Fürsten Bülow] an den Kanzlerposten zu bringen. Da ist der Plan stecken geblieben, und daher konnte er sich nicht mehr auswirken.“

konstituierende Bedeutung von Erzbergers Resolutionsvorschlag für die Mehrheitsbildung.<sup>73)</sup> Aber wenn auch die Initiative Erzbergers und die unablässige Aktivität, mit der er die sich anbahnende Entwicklung vorwärtstrieb, nicht unterschätzt werden dürfen, so wäre es doch verfehlt, Mehrheit und Friedensresolution primär als sein Werk anzusehen.<sup>74)</sup> Beides konnte nur Wirklichkeit werden, weil die Voraussetzungen für die neue Parteigruppierung seit dem Frühjahr herangereift waren; und Erzberger war nur darum imstande, die Majorität der Zentrumsfraktion mit sich zu reißen, weil auch bei der Anhängerschaft des Zentrums zu diesem Zeitpunkt der Friedenswille übermächtig geworden war und in der Fraktion eine Resonanz fand, die das Gewicht des linken Flügels schlagartig vergrößerte.<sup>75)</sup>

Der erste, den Erzberger von seiner geplanten Initiative unterrichtete, war sein Freund und Fraktionskollege Müller-Fulda. Wie dieser später vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags aussagte<sup>76)</sup>, traf er am 2. Juli um acht Uhr morgens Erzberger im Reichstagsgebäude „und besprach mit ihm die ungünstige Stimmung, welche vielfach in Folge der Lebensmittelnot herrsche“. Erzberger habe erklärt, daß Deutschland, wenn es wirklich wolle, den Frieden haben könne, und die beabsichtigte Friedensvermittlung des Papstes erwähnt; „es käme jetzt darauf an, diese durch eine Kundgebung des Reichstags für einen annexionslosen Frieden zu unterstützen.“<sup>77)</sup> Darauf habe er, Müller-Fulda, den Vorschlag ge-

<sup>73)</sup> Über die psychologische und soziologische Konstellation, auf der die Mehrheitsbildung vom Juli 1917 beruhte, vgl. Rosenberg, Entstehung S. 156 sowie seine Ausführungen im Untersuchungsausschuß, WUA 7/I S. 250 ff., wo die Einigung der Mehrheit auf ein außenpolitisches Programm — trotz des von Rosenberg stark betonten Fehlens der machtpolitischen Voraussetzungen für einen solchen Schritt — als „in der deutschen Vergangenheit bis dahin beispiellos“ und als „ein völliges Novum in der Geschichte Deutschlands“ gekennzeichnet wird.

<sup>74)</sup> Scheidemann, Zusammenbruch S. 85 unterstreicht Erzbergers „Beweglichkeit und seine gute Nase für reife Situationen“; daß man ihn nicht als „Vater der Friedensresolution“ bezeichnen könne, gehe schon „aus unsern immer wiederholten Forderungen hervor“. Vgl. WUA 7/I S. 282 f. Der Sachverständige Hobohm vertrat im Untersuchungsausschuß die Auffassung, daß „das Nichtmehrkönnen des Proletariats den Hauptanstoß für die Entstehung der Friedensresolution gegeben“ habe; dazu auch die folgende Anm. — Der Text der Resolution ist eine Gemeinschaftsarbeit, an der Erzberger selbst nur geringen Anteil gehabt hat; vgl. unten Anm. 77 sowie Nr. 1a Anm. 25.

<sup>75)</sup> Vgl. u. a. Erzberger-Prozeß S. 761, Aussage des Zentrumsabgeordneten Giesberts, der, wie er betonte „die Friedensresolution aus innerer Überzeugung mitgemacht“ hatte, und weiter erklärte, „daß im Ruhrgebiet die Stimmung zusammenzubrechen drohte. Zu mir kamen die Bergleute mit Tränen in den Augen und sagten: „Kollege, wir können nicht mehr arbeiten, die Ernährung ist so schlecht . . . Und wenn wir diese Resolution nicht gehabt hätten, dann wäre uns die Geschichte im Ruhrgebiet zusammengebrochen.“ Dazu Rosenberg, Entstehung S. 156 über die „Stimmung der katholischen Arbeiter und Bauern“, die von Erzberger richtig eingeschätzt worden sei.

<sup>76)</sup> WUA 7/I S. 284 f.

<sup>77)</sup> Dieser Zusammenhang wird auch in Briefen Müller-Fuldas an Bachem vom 29. 6. 1923 und vom 17. 7. 1930 (Nachlaß Bachem 104) hervorgehoben; ebenfalls in einem Brief Bells an Bachem vom 5. 2. 1932 und in seiner Bachem übersandten Aufzeichnung vom 2. 2. 1932 (Nachlaß Bachem 89). — Besonderes Interesse verdient eine Bemerkung Müller-Fuldas in dem angeführten Schreiben vom 17. 7. 1930 über die — nach Bachem IX S. 435 f. und 450 — von Erzberger und Müller-Fulda ursprünglich vorgeschlagene knappe Formulierung (für den Wortlaut s. Nr. 1a Anm 25), die dem als Nr. 25a abgedruckten ersten Entwurf der

macht<sup>78)</sup>, „Vertreter der friedenswilligen Parteien durch den Abg. von Payer zu einer Besprechung einladen zu lassen“ und davon Payer<sup>79)</sup> durch den fortschrittlichen Abgeordneten Waldstein unterrichten lassen.

Auch in der Vorbesprechung der Zentrumsmitglieder des Hauptausschusses am 3. Juli sprach Erzberger von der Notwendigkeit, „daß der Reichstag als Vertretung des deutschen Volkes zur Friedensfrage Stellung nehme“.<sup>80)</sup> Seine Ausführungen im Hauptausschuß vom gleichen Tage<sup>81)</sup> waren darauf abgestellt, die Reichsleitung zu drängen, von sich aus eindeutige Erklärungen über die Chancen des U-Bootkrieges und die Friedenspolitik abzugeben. Sie bewegten sich in der gleichen Richtung wie seine vorausgegangenen Besprechungen mit Vertretern der Reichsleitung, in denen er immer wieder auf den „Ernst der Lage“ hingewiesen und ein „positives Programm der Regierung“ gefordert hatte.<sup>82)</sup> Jedoch ließen die unbefriedigenden Antworten Helfferichs und Capelles<sup>83)</sup> auf die im Fragetenor vorgetragene Rede Erzbergers nur den Schluß zu, den schon der Verlauf der Parteiführerbesprechung am Vortage vermuten ließ, daß nämlich der Kanzler und seine Berater weder die Warnungen der sozialdemokratischen

---

Friedensresolution vom 6. 7. 1917 noch vorangegangen sein soll: „Aufgeschrieben war sie allerdings von mir, verfaßt aber vom päpstlichen Nuntius (im Wortlaut des Antrages), von dem ich sie durch Erzberger erhalten hatte.“ Dieser von Müller-Fulda 1930 aus dem Gedächtnis mitgeteilte Sachverhalt ließ sich bisher nicht überprüfen. Auf keinen Fall wäre es jedoch angebracht, ihn zu überschätzen, zumal auch Czernin es für sich in Anspruch genommen hat, die Grundgedanken der Friedensresolution konzipiert zu haben; vgl. Czernin S. 212 f. Sowohl die von Czernin angeführten Punkte als auch die angeblich auf Pacelli zurückgehende knappe Formulierung enthalten nichts, was nicht in der Luft lag und nicht auch schon in den innerdeutschen Diskussionen — besonders von sozialdemokratischer Seite, jedoch auch von anderen Anhängern eines Verständigungsfriedens — vorgebracht worden war. Daß der erste Entwurf der Friedensresolution (Nr. 25a) nicht auf einer den Mehrheitsparteien von außen präsentierten Vorlage beruht, zeigt der Verlauf der ersten interfraktionellen Besprechung am 6. 7. 1917, in der von Angehörigen der verschiedenen teilnehmenden Fraktionen Formulierungsvorschläge gemacht wurden; vgl. Nr. 1a. An den Arbeiten der in dieser Sitzung eingesetzten Unterkommission, die für den ersten Entwurf verantwortlich zeichnete, nahm Erzberger, der verhindert war, im übrigen überhaupt nicht teil; vgl. Nr. 1a Anm. 25, Nr. 2 Anm. 5 sowie Scheidemann, Memoiren II S. 35.

<sup>78)</sup> In diesem Punkte weicht Müller-Fuldas Brief an Bachem vom 29. 6. 1923 von seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß ab: „Der Interfraktionelle Ausschuß wurde seinerzeit von Payer auf mein Ersuchen berufen (Erzberger gab aber die Anregung dazu)“. In einem ebenfalls an Bachem gerichteten Brief vom 17. 6. 1923 hatte es geheißen: „Den Interfraktionellen Ausschuß habe ich s. Zt. mit Erzberger, Payer, Waldstein zuerst angeregt“; beide Briefe im Nachlaß Bachem 104.

<sup>79)</sup> Müller-Fuldas Angabe, daß Payer am 2. 7. 1917 „nicht anwesend“ gewesen sei, entspricht nicht den Tatsachen; vgl. die oben mitgeteilte Niederschrift Davids über die Parteiführerkonferenz beim Reichskanzler, an der Payer teilgenommen hat. Demnach ist zu vermuten, daß es Müller-Fulda nur nicht gelungen ist, Payer zu erreichen, obwohl dieser in Berlin weilte.

<sup>80)</sup> So Giesberts in einem nach seinen eigenen Angaben am 8. 10. 1917, „also einige Monate nach den Vorgängen“, aus dem Gedächtnis diktierten Exposé über die Entstehung der Friedensresolution, dessen erster Teil von ihm in seiner Zeugenaussage im Erzberger-Prozeß verlesen wurde; Erzberger-Prozeß S. 758. Vgl. Erzberger S. 235 sowie seine zusammenfassende „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917 im Nachlaß Erzberger 18.

<sup>81)</sup> HA 163. Sitzung, 3. 7. 1917; bei Erzberger S. 235 ebenso wie in seiner in der vorigen Anm. zitierten „Aufzeichnung“ irrtümlich: „Mittwoch, den 4. Juli“; die gleiche Fehldatierung bei Bredt S. 72 und in verschiedenen anderen Veröffentlichungen.

<sup>82)</sup> „Aufzeichnung“ Erzbergers a.a.O.

<sup>83)</sup> HA 163. Sitzung, 3. 7. 1917

Führer noch die Erzbergers für schwerwiegend genug erachteten<sup>84</sup>), um von ihrer Beschwichtigungs- und Vertröstungstaktik abzugehen. Daraus zog Erzberger die Konsequenz, daß der Reichstag nunmehr selbständig handeln und notfalls der Reichsleitung seine Auffassung aufzwingen müsse. In diesem Sinne sprach er am 4. und 5. Juli mit dem fortschrittlichen Abgeordneten Haußmann und mit den sozialdemokratischen Abgeordneten Südekum und Cohen-Reuß. Cohen-Reuß forderte in der sozialdemokratischen Fraktionssitzung vom 5. Juli mit aller Schärfe:

„Die Regierung muß die Kriegsziele deklarieren. Dann bewillige ich die Kredite; sonst nicht. Aber die Ablehnung müßte in Verbindung mit anderen Parteien geschehen. Gestern hat mir Erzberger gesagt, als ich ihm die Sache schilderte, daß er die Dinge bis ins einzelne genau so sehe. Auch in Kreisen von Offizieren usw. habe er dieselbe Auffassung gefunden. Man könne vielleicht, da er die Mehrheit des Zentrums hinter sich habe, gemeinsam die Kredite an Erklärungen binden.“<sup>85</sup>)

In der anschließenden Diskussion ging Heine, der die Auffassung vertrat, daß die Sozialdemokratie auf keinen Fall der Versuchung nachgeben dürfe, die Kredite abzulehnen, aber gleichzeitig der Reichsleitung ausdrücklich das Mißtrauen gegen ihre „wahnsinnige und verbrecherische Politik“ aussprechen müsse, auf die von Cohen-Reuß mitgeteilte Anregung Erzbergers ein, dessen Absichten er mißtraute:

„Ich wünschte diese rücksichtslose Androhung wirksamer zu machen durch Verbindung mit anderen Parteien. Es wäre dreimal so wirksam, wenn wir auch andere noch hätten. Das können wir aber nur bei Bewilligung, nicht bei Verweigerung. Erzberger ist nicht ernst zu nehmen. Das würde Erzberger sehr passen, uns in die Verweigerung hineinzuhetzen, aber dann selbst sich zurückzuziehen. Leuten, die aus dieser Schule kommen,

<sup>84</sup>) Auf eine Anfrage Michaelis' vom 26. 7. 1917, Ausfertigung im Nachlaß Erzberger 5, antwortete Erzberger am 1. 8.: „Vor der Einleitung meiner Aktion im Reichstage sprach ich eingehend über die Grundzüge derselben mit dem früheren Reichskanzler, mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, des Inneren, des Reichsschatzamt und der Kolonien; ich habe sämtlichen Herren keinen Zweifel über die Notwendigkeit der Aktion gelassen und mehreren wörtlich gesagt: ‚Ich stelle mich an die Spitze der Opposition.‘ Allerdings gewann ich den Eindruck, daß einzelne der Herren die Tragweite meiner Absichten nicht voll überblickten, während andere (z. B. Exzellenz Dr. Solf) ganz klar sahen und nach meiner Unterredung auch mit Herrn von Bethmann Hollweg darüber sich unterhielten.“ Eigenhändiges Konzept und maschinenschriftliche Abschrift im Nachlaß Erzberger 5; vgl. den bei Erzberger S. 251 zitierten Auszug. Dazu Erzberger-Prozeß S. 718 ff. (Aussage Solfs). Epstein S. 192 f. (bes. Fußnote 25), der auch das Stenogramm des Erzberger-Prozesses sorgfältig ausgewertet hat, kommt zu der Schlußfolgerung: „Erzberger's relationship to the government just before the July crisis may be summarized in this way: Erzberger expressed his general dissatisfaction about governmental policies to several high officials at various times in June. He did not give specific warning about his July 6 action. The problem of when precisely Erzberger turned against Bethmann is insoluble since his conduct showed some ambiguity even during the July crisis.“ Daß Bethmann von der „im Munde eines Zentrumsführers auffälligen“ Hauptausschußrede Erzbergers vom 6. Juli (vgl. unten) tatsächlich überrascht worden ist — er gewann den Eindruck, „daß aus einem mit weitem Vertrauen bedachten Anhänger über Nacht ein persönlicher Gegner geworden war“ — kann keinem Zweifel unterliegen; vgl. Bethmann II S. 224 f.; Erzberger S. 257; „Aufzeichnung“ Erzbergers vom 15. 7. 1917 a.a.O.; Bredt S. 73. Für den Anteil Erzbergers am Sturz Bethmanns vgl. Epstein S. 191 ff.

<sup>85</sup>) Nachlaß Südekum 63, stenographische Niederschrift über die Fraktionssitzung vom 5. 7. 1917.

traue ich nicht über den Weg. Da müssen wir vorsichtig sein. Ich habe auch nicht den Wunsch, mich mit dem Zentrum zu verbrüdern. Wenn es uns folgt, dann auch. Viel näher liegt es, mit den Fortschrittlichen es zu versuchen. Wenn Payer usw. nicht folgen, dann haben wir deren Anhänger auf unserer Seite.“<sup>86)</sup>

Ähnlich skeptisch äußerte sich David gegenüber Südekum, der am 5. Juli früh eine Unterredung mit Erzberger gehabt hatte:

„Morgens mit Erzberger gesprochen“, heißt es in einer stenographischen Aufzeichnung Südekums, „ob es nicht an der Zeit sei, daß etwa 15 bis 20 entschlossene Abgeordnete aus den Parteien vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie zusammentreten und der Regierung erklären sollten, daß sie die Kredite nicht bewilligen werden, wenn nicht die Regierung die Erklärung abgibt, sie wolle sich zur russischen Formel (vorbehalten den Wortlaut) bekennen, um auf diese Weise den Frieden herbeizuführen. Weiter sollen der Regierung die nötigen Forderungen auf dem Gebiete der inneren Politik vorgelegt werden.“

Über diese Sache habe ich mit David und Ebert gesprochen. Erzberger hat Müller-Fulda ins Vertrauen gezogen und ihn veranlaßt, die Mittelparteien zu bearbeiten. David warnte vor der Gefahr, daß wir bei dieser Sache isoliert werden könnten.

Die Abgeordneten Kiel, Blunck, Waldstein von der Fortschrittlichen Volkspartei machten mir spontan ungefähr denselben Vorschlag.

Nachmittags kurze Unterredung mit Wahnschaffe, der auch anerkannte, daß die Lage sehr gespannt sei. Wiederum darauf hingewiesen, daß Helfferich ‚unmöglich‘ sei.“<sup>87)</sup>

Ebenfalls am 5. Juli wurde Haußmann von Erzberger mitgeteilt,

„daß er einen großen Stoß gegen Capelle und gegen die leichtfertigen Hoffnungs-erweckungen auf U-Bootsieg bis Juli-August vorhabe und den Hauptausschuß zu einer Aktion gegen den Annexionsfrieden und für den offen erklärten Verteidigungskrieg bringen wolle . . . Er wisse mich mit der Grundtendenz: kein Annexionsfriede! einig und hoffe auf unsere Mitarbeit. Ich sage dies zu und erwähne die Eindrücke aus Bern, woher ich eben komme. Wir besprechen, daß Mitglieder der verschiedenen Parteien, mit Ausnahme der Konservativen und der Haasegruppe, baldigst zu vertraulichen Besprechungen zusammentreten sollen. Ich bekräftige diesen Pakt durch Handschlag, den ersten mit Matthias Erzberger.“<sup>88)</sup>

Auf Grund dieser Unterredung erklärte sich Haußmann in der bis abends gegen elf Uhr andauernden Fraktionssitzung der Fortschrittler für „sondierende Besprechungen“ mit anderen Fraktionen:

„Die Bildung einer Linken unter Zuziehung des Zentrums sei möglich, sie müsse aber zuerst eine gemeinsame Kriegs- und Friedensplattform bekommen. An dem Mangel einer solchen würde sie auseinanderfallen, wenn man die inneren Reformen zur Konkordienformel mache.“<sup>89)</sup>

---

<sup>86)</sup> Nachlaß Südekum a.a.O.; vgl. SPD-Fraktion 5. 7. 1917, wo es u. a. heißt: „Ich lehne das Zentrum nicht ab, aber ich habe keine Spur von Hoffnung auf das Zentrum. Aber ich denke dabei an die Fortschrittspartei. Gewiß, es gibt Kreise unter ihnen, die ganz chauvinistisch sind, aber es gibt auch einflußreiche Kreise unter ihnen, die es nicht sind.“

<sup>87)</sup> Nachlaß Südekum 63, stenographische Niederschrift; vgl. Nachlaß David, Kriegstagebuch, 5. 7. 1917: „Südekum über Erzbergers Pläne auf gemeinsame Beschlußfassungen. Ich bin zunächst sehr skeptisch.“

<sup>88)</sup> Haußmann S. 96.

<sup>89)</sup> A.a.O. S. 96 f.

Nachdem auch Waldstein über seine „Besprechung mit Müller-Fulda, der gemeinsame Aussprache zwischen einzelnen gewünscht habe“<sup>90)</sup>, berichtet hatte, stellte Naumann einen „formellen Antrag, den Vorstand mit interfraktionellen Besprechungen über die Bedingungen der Kriegskreditbewilligungen zu beauftragen“. Dieser Beschluß fand in abgeänderter Form — nach Streichung der Worte „über die Bedingungen der Kriegskreditbewilligungen“ — einstimmige Annahme.<sup>91)</sup> Am nächsten Vormittag, noch vor Beginn der Hauptausschußsitzung, setzte sich Payer mit Schiffer, Scheidemann und Spahn in Verbindung. Bereits für den gleichen Nachmittag wurde eine Sitzung von Vertretern der Sozialdemokraten, der Fortschrittler, des Zentrums und der Nationalliberalen verabredet.<sup>92)</sup>

Dieser ersten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses ging die aufsehenerregende Rede Erzbergers in der Hauptausschußsitzung am Vormittag des 6. Juli<sup>93)</sup> voraus, in der er den Vorschlag einer Reichstagsentschließung zur Friedensfrage zur Diskussion stellte und abschließend betonte:

„Gewiß könne Deutschland keinen Unterwerfungsfrieden abschließen, der sein Volk ruiniere, aber unerbittlich und kalt müßten auch aus den gegebenen Verhältnissen mit dem Verstande die politischen Konsequenzen gezogen werden, auch für die ganze innere Politik, sowohl in der Wahlrechtsfrage wie in der Frage der engeren Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlament. Nie dürfe unser Volk dem Reichstag das grausame Wort entgegenschleudern: ‚Zu spät!‘“

Daß Erzbergers Rede allgemein als Überraschung und Sensation wirkte, erscheint nach dem Verlauf, den die Hauptausschußsitzungen an den vorangegangenen Tagen genommen hatte, zunächst schwer verständlich. Nach seinem ersten Vorstoß am 3. Juli und nach den Ausführungen der Sozialdemokraten Noske<sup>94)</sup> und Hoch<sup>95)</sup> war zu erwarten, daß sich die Angriffe steigern würden. Dabei konnte das Verhalten der Reichsleitung<sup>96)</sup> nur dazu angetan sein, die Auslösung einer Explosion zu beschleunigen, die bereits in der Luft lag. Es steht allerdings fest, daß der Großteil der eigenen Fraktion Erzbergers von seinem neuen Vorstoß nicht vorher unterrichtet war.<sup>97)</sup> Hatte er doch in der Fraktions-

---

<sup>90)</sup> Nachlaß Haußmann 151, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript. Der Passus ist im Original gestrichen und beim Abdruck der Aufzeichnung über die Fraktionssitzung in den „Schlaglichtern“ ausgelassen; vgl. Haußmann S. 97.

<sup>91)</sup> Haußmann S. 97; vgl. Heuss S. 383 und Payer S. 29, der die Fraktionssitzung irrtümlich auf den 6. 7. 1917 datiert. Ferner Bredt S. 73, der zu Unrecht annimmt, daß auf Grund der fortschrittlichen Anregung bereits am 5. 7. die erste interfraktionelle Besprechung stattgefunden habe. Das ist schon darum ausgeschlossen, weil die fortschrittliche Fraktion bis in die Nacht hinein tagte.

<sup>92)</sup> Vgl. Haußmann S. 97; Payer S. 29.

<sup>93)</sup> HA 166. Sitzung, 6. 7. 1917; abgedruckt bei Bredt S. 108 ff.

<sup>94)</sup> HA 164. Sitzung, 4. 7. 1917.

<sup>95)</sup> HA 165. Sitzung, 5. 7. 1917; bei Bredt S. 72 irrtümlich auf den 4. 7. datiert.

<sup>96)</sup> Vgl. u. a. die Bemerkung Stresemanns, daß „niemand gewußt habe, wie die Regierung selbst zu den außenpolitischen und innerpolitischen Dingen stehe“ in seiner als Nr. 16b abgedruckten Aufzeichnung, die Stresemann auch bei seiner Vernehmung im Prozeß Erzberger—Helfferich benutzt und teilweise wörtlich zitiert hat; vgl. Erzberger-Prozeß S. 723 ff.

<sup>97)</sup> Für den Kreis der Informierten vgl. Epstein S. 192.

sitzung am Vorabend, in der das preußische Wahlrecht behandelt wurde, vergeblich versucht, eine allgemeine Besprechung der politischen Lage zu veranlassen.<sup>98)</sup> Dagegen war die fortschrittliche Fraktion schon auf die kommenden interfraktionellen Verhandlungen über „eine gemeinsame Kriegs- und Friedensplattform“ eingestellt; und in der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion waren immerhin die Grundzüge der von Erzberger angekündigten Aktion zur Sprache gekommen. Jedoch vermochte erst seine Rede vom 6. Juli das sozialdemokratische Mißtrauen gegen das Zentrum und nicht zuletzt gegen ihn selbst so weit auszuräumen, daß ein ehrliches Bündnis als möglich und greifbar nahe empfunden wurde.<sup>99)</sup> Die Sozialdemokraten fühlten sich auf einmal aus der Zwangslage erlöst, die noch ihre Fraktionssitzung vom 5. Juli beherrscht hatte. Wenn Ebert am folgenden Tage betonte, es sei „eine vollständige neue parlamentarische Situation“ durch Erzbergers Rede herbeigeführt worden<sup>100)</sup>, so wird dadurch schlagend ihre außerordentliche Wirkung belegt, die sich auf alle gleichmäßig erstreckte und — nach Bredt — darauf beruhte, daß „die nackte brutale Wirklichkeit“ noch niemals so deutlich ausgesprochen worden sei, wie es jetzt geschah. „Was die meisten fühlten, aber noch nicht zu sagen wagten, wurde hier mit einem Male kurz und bündig vor Augen geführt. Für die Linksstehenden war es eine Art Bankerotterklärung, für die Rechtsstehenden war es eine Art von Sakrileg, was hier mit einem Male geschah. Für die Regierung schließlich war es ein Schlag, den man kaum zu parieren wußte, weil man Tatsachen nicht anführen konnte und Vertröstungen nicht mehr verfangen.“<sup>101)</sup>

---

<sup>98)</sup> Bestätigt durch Giesberts, Erzberger-Prozeß S. 759, 761. Vgl. Erzberger S. 255 und seine „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917, aus der hervorgeht, daß er zwar beabsichtigte, die Fraktion vorzubereiten, jedoch nicht — wie es in seinem Buch heißt — seinen „ganzen Plan zu entwickeln“ versuchte: „In der Fraktionssitzung vom 5. Juli unterstützte ich den Antrag des Abgeordneten Becker, sofort in die Besprechungen über die politische Lage einzutreten mit der ausdrücklichen Motivierung, daß sehr Wichtiges beschlossen werden müsse und Eile notwendig sei. Die Fraktion lehnte meinen Antrag ab und beschloß, zunächst die Wahlrechtsfrage zu behandeln. In der gesamten Fraktion meinen Plan in allen Einzelheiten klarzulegen, war mir ein Ding der Unmöglichkeit, zumal aus der Mai-Sitzung der Fraktion bedauerliche Indiskretionen begangen worden sind und ich deshalb öffentlich als Flaumacher angegriffen wurde (Kölnische Volkszeitung), obwohl ich die volle Wahrheit gesagt habe und schon damals dringend warnte, die Formel ‚ohne Annexionen, ohne Kontributionen‘ abzulehnen, da man nicht wissen könne, wie sich der Krieg weiter entwickle. Absoluteste Geheimhaltung war die erste, von mir klar überlegte Voraussetzung zum Gelingen des so notwendigen Werkes.“ Dazu Epstein S. 193.

<sup>99)</sup> Vgl. Erzberger-Prozeß S. 766, Aussage Davids: Erzbergers Rede „hatte für uns eine außerordentliche Bedeutung, weil damit plötzlich uns die Aussicht eröffnet wurde, eine Mehrheit des Reichstags auf eine Erklärung in unserem Sinne vereinigen zu können, und damit als Voraussetzung ja wohl auch einer entsprechenden Erklärung der Regierung.“

<sup>100)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 6. 7. 1917.

<sup>101)</sup> Bredt S. 73. Vgl. auch Payer S. 29 f., der von „einem mir kaum verständlichen Grad von Aufregung“ spricht und fortfährt: „Daß endlich einmal das, was die meisten doch schon seit langem mehr oder weniger deutlich fühlten, aber im Interesse der Verteidigung zurückhalten zu müssen glaubten, nun in der wenn auch beschränkten Öffentlichkeit des Ausschusses im Zusammenhang und mit der ausgesprochenen Tendenz, eine Änderung der bisherigen Politik herbeizuführen, dargelegt worden war, das war ein Ereignis; es war fast, wie wenn den Abgeordneten eine Binde von den Augen genommen worden wäre.“

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Rede Erzbergers, die auf eine Klärung der Fronten drängte und in der sich ein neues Selbstbewußtsein des Parlaments ankündigte, wurden am Nachmittag des 6. Juli die interfraktionellen Besprechungen aufgenommen<sup>102)</sup>, zu denen die Einladungen bereits ergangen waren. Die damit beginnende Zusammenarbeit der Mehrheitsparteien, an der sich zunächst auch die Nationalliberalen beteiligten, leitete einen neuen Abschnitt in den Beziehungen zwischen Parlament und Reichsleitung ein, für dessen historische Beurteilung die hier vorgelegte Dokumentation eine neue Quellengrundlage schafft.

Sie unterrichtet umfassend über die Verhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses und die Politik der Reichstagsmehrheit bis zum Ende der Kanzlerschaft Hertlings, wobei die zum Abdruck gelangenden Dokumente, abgesehen von wenigen Ausnahmen, erstmals veröffentlicht werden. Für die von den Mehrheitsparteien getragene parlamentarische Regierung des Prinzen Max von Baden ist ein besonderer Band vorgesehen, der neben Niederschriften über die interfraktionellen Besprechungen in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum Ausbruch der deutschen Novemberrevolution vornehmlich die Protokolle der Sitzungen des Kriegskabinetts zugänglich machen soll.

---

<sup>102)</sup> Vgl. Nr. 1a.b.

## **B. Eigenart, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Interfraktionellen Ausschusses**

Diese Einleitung muß es sich versagen, einer Auswertung der dargebotenen Quellen vorzugreifen. So kann sie weder eine kritische Endsumme aus den mitgeteilten Dokumenten ziehen, noch Struktur und Funktion des Interfraktionellen Ausschusses als einer neuen Institution im parlamentarischen Bereich abschließend zu analysieren versuchen. Gleichwohl erscheinen einige Bemerkungen über Charakter, Zusammensetzung und Arbeitsweise dieses Ausschusses unerläßlich.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß der Interfraktionelle Ausschuß nicht mit den offiziellen Reichstagsausschüssen verwechselt werden darf, die mit speziellen Aufgaben betraute Instrumente des Gesamtparlaments darstellen und grundsätzlich von allen Fraktionen des Hauses nach Maßstab ihrer Kopfstärke beschickt werden.<sup>1)</sup> Hier handelt es sich dagegen um eine von einer bestimmten parlamentarischen Parteiengruppierung geschaffene informale Einrichtung, die in erster Linie dazu dienen soll, das Vorgehen der Fraktionen aufeinander abzustimmen.

---

<sup>1)</sup> Für die Entwicklung der Parlamentsausschüsse im kaiserlichen Deutschland vgl. Bruno Dechamps, „Macht und Arbeit der Ausschüsse. Der Wandel der parlamentarischen Willensbildung“ (Parteien — Fraktionen — Regierungen IV), Meisenheim/Glan 1954, S. 57 ff. Ferner die in Anm. 13 zitierte Studie von Heuss.

Als am 6. Juli 1917 die interfraktionellen Besprechungen begannen, dachte wohl noch keiner der Teilnehmer daran, daß sich aus diesen aus aktuellem Anlaß improvisierten ad-hoc-Verhandlungen so etwas wie ein ständiger Koordinationsausschuß entwickeln würde. Daher könnten auch Zweifel aufkommen, ob es gerechtfertigt ist, bereits vom 6. Juli an von einem interfraktionellen „Ausschuß“ zu sprechen. Jedoch die Beratungen zwischen den Vertretern der Mehrheitsparteien institutionalisierten sich wie selbstverständlich und ohne daß ein Einschnitt zu erkennen wäre, der den Übergang von einer lockeren zu einer festeren Form der Zusammenarbeit anzeigt. Vom 6. bis zum 20. Juli fanden die interfraktionellen Besprechungen Tag für Tag statt; und als im August der Hauptausschuß wieder berufen wurde, ergingen gleichzeitig auch Einladungen zu einer Sitzung des „Ausschusses der Mehrheitsparteien“.<sup>2)</sup> Wenn wir uns also die synonymen Termini „Ausschuß der Mehrheitsparteien“ und „Interfraktioneller Ausschuß“ — letzterer bürgerte sich erst allmählich ein — zu eigen machen, können wir sie ohne Bedenken schon vom 6. Juli an verwenden, zumal die neue Einrichtung den Charakter des Improvisierten, der ihr aus ihrer Anfangsphase anhaftete, niemals ganz abgestreift hat.

Der erste Vorsitzende des Ausschusses war nicht, wie nach unserer bisherigen Kenntnis angenommen werden mußte, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, von Payer, sondern der Zentrumsführer Spahn. Payer hatte zwar zu der ersten Sitzung eingeladen und er fungierte auch von Anfang an der Reichsleitung gegenüber als Sprecher der interfraktionellen Konferenz, jedoch den Vorsitz hatte er abgelehnt und an Spahn „als den Vorsitzenden der Budgetkommission“, wie Haußmann notierte, „abgeschoben“.<sup>3)</sup> Erst nach Spahns „Erkrankung und Übertritt ins Ministerium“<sup>4)</sup> ging der Vorsitz an Payer über. Nach seiner Berufung zum Vizekanzler im November 1917 übernahm ihn Fehrenbach, der als Nachfolger Spahns Vorsitzender der Zentrumsfraktion und des Hauptausschusses geworden war. Fehrenbach behielt den Vorsitz bis zu seiner Wahl zum Reichstagspräsidenten im Mai 1918 und wurde dann durch den Fraktionsvorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei, Fischbeck, abgelöst.<sup>5)</sup> Im übrigen ist aus den Niederschriften über die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses häufig nicht zu erkennen, wer die Verhandlungen leitete. In vielen Fällen waren die offiziellen Vorsitzenden des Ausschusses nicht anwesend. So fehlte der schwer erkrankte Payer während der ganzen wichtigen Verhandlungsperiode im Herbst 1917. Wenn damals Trimborn „als stellvertretender Vorsitzender der Zentrumfraktion“<sup>6)</sup> interemistisch den Vorsitz übernahm, womit er also nur den ebenfalls abwesenden Fehrenbach vertrat, und wenn für den zeitweise auch fehlenden Trimborn dann der Nationalliberale Rießler als Ältester der Anwesenden einsprang<sup>7)</sup>, so zeigt sich darin am besten, wie unsystematisch die Frage des Vorsitzes gehandhabt wurde.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 27 Anm. 5.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 1a bes. Anm. 3.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 108. Spahn wurde am 5. 8. 1917 zum preuß. Justizminister ernannt; für seine Erkrankung am 12. 7. 1917 vgl. Nr. 11a Anm. 34.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 189 a.b Anm. 26.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 109 Anm. 5.

<sup>7)</sup> A.a.O.

Die Eigenart des Interfraktionellen Ausschusses als einer informalen Einrichtung ohne Geschäftsordnung und ohne abgegrenzten Aufgabenbereich spiegelt sich auch in seiner Zusammensetzung, bei der kaum zwischen festen, offiziell von ihren Fraktionen delegierten Mitgliedern und nur gelegentlichen Teilnehmern an den Sitzungen unterschieden werden kann. Nach dem Ausscheiden der Nationalliberalen am 12. Juli 1917 belief sich der Mitgliederbestand auf dreizehn Personen, von denen auf die Fortschrittler, die den amtierenden Vorsitzenden stellten, fünf, auf Zentrum und Sozialdemokraten je vier entfielen. Mit den Namen dieser dreizehn Mitglieder — zu denen ein weiterer nicht dem Ausschuss angehörender Sozialdemokrat und der zwar gelegentlich anwesende, jedoch ebenfalls nicht zum Ausschuss gerechnete elsässische Abgeordnete Hauß traten — wurde auch die Friedensresolution im Plenum eingebracht.<sup>8)</sup> Für die Folgezeit hingegen erscheint es kaum noch möglich, den Kreis der festen Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses zu fixieren. Wie Payer zutreffend in seinen Erinnerungen festhält, nahm man „es im allgemeinen nicht pedantisch, wenn von der einen oder anderen Partei einer mehr oder weniger anwesend war oder wenn die Vertreter wechselten; nach Köpfen abgestimmt sollte und konnte ja doch nicht werden.“<sup>9)</sup> Nur die Sozialdemokraten ließen es so gut wie immer bei ihren ursprünglichen vier Vertretern bewenden, während von den Fortschrittlern und vom Zentrum bis zu sieben und von den Nationalliberalen, die sich vom August 1917 bis Anfang 1918 wieder beteiligten, sogar bis zu acht Fraktionsvertreter in einzelnen interfraktionellen Sitzungen auftauchten. So vermittelt der Interfraktionelle Ausschuss den Eindruck eines zwar nur — in erster Linie führenden — Mitgliedern bestimmter Fraktionen offenstehenden und in dieser Hinsicht exklusiven, jedoch keineswegs streng in sich abgeschlossenen und fest abgegrenzten Kreises. Obgleich sich einerseits auf diese Weise die Gesamtzahl der an den interfraktionellen Besprechungen beteiligten Personen zunehmend vergrößerte, ist andererseits nicht zu übersehen, daß der tonangebende „innere Kreis“ des Ausschusses, der die Zusammenarbeit der Fraktionen wesentlich trug und der sich auch während der größten Belastungsproben, denen die Mehrheit ausgesetzt war, bemühte, die Verbindungen nicht abreißen zu lassen und wieder zu festigen, im großen und ganzen konstant blieb.

Insgesamt haben in dem Zeitraum vom 6. Juli 1917 bis zum Ausbruch der Novemberrevolution über hundert Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses stattgefunden, die aufgrund der verfügbaren Unterlagen registriert werden konnten. Aber wenn auch angenommen werden darf, daß es dem vorliegenden Dokumentenwerk gelungen ist, alle wichtigen und für die historische Forschung aufschlußreichen Sitzungen zu erfassen, so kann doch keine Gewähr dafür übernommen werden, daß es eine lückenlose Übersicht bietet. Wie Fischbeck im April 1918 an Stresemann schrieb, ergingen die Einladungen zu interfraktionellen Besprechungen in den Sitzungsperioden des Reichstages „häufig ganz formlos“; „man vereinbarte während der Plenarsitzungen Konferenzen, die sofort stattfanden.“<sup>10)</sup> Bei einem solchen Verfahren muß damit gerechnet werden, daß über

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 21a.b und Nr. 25e.

<sup>9)</sup> Payer S. 37.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 180.

manche mündlich verabredeten und formlos durchgeführten interfraktionellen Sitzungen von keinem der Anwesenden Aufzeichnungen angefertigt oder überliefert worden sind. Überhaupt läßt sich schwer eine Grenze zwischen mehr oder minder zufällig zustande gekommenen Gesprächen, zu denen sich einzelne Vertreter der Mehrheitsparteien zusammenfanden, und regelrechten Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses ziehen.<sup>11)</sup> Das gilt um so mehr, als sich die interfraktionellen Sitzungen durchweg in sehr lockerer Form abwickelten. Diesem Arbeitsstil entspricht auch, daß in keiner Periode der Wirksamkeit des Interfraktionellen Ausschusses offiziell Protokoll geführt worden ist.<sup>12)</sup> Zwar wurden hin und wieder Pressecommuniqués vereinbart und häufig gelangten auch unkontrollierte, nicht immer zuverlässige Nachrichten in die Zeitungen; aber einen zureichenden Einblick in den Gang der Verhandlungen können nur die privaten Aufzeichnungen aus dem Kreise der Beteiligten vermitteln.

Ogleich der Interfraktionelle Ausschuß im parlamentarischen Leben formal keinen Platz einnahm und die Fraktionen, aus denen er sich rekrutierte, nicht geneigt waren, ihn mit festen Befugnissen auszustatten und als eine Art von Überfraktion anzuerkennen, erlangte er schnell beträchtliches Eigengewicht. Darauf deutet schon die absolute Zahl der nachgewiesenen Sitzungen hin. Noch aufschlußreicher ist es, wenn man den Rhythmus, in dem diese Sitzungen stattfanden, mit dem der Sitzungen des Reichstagsplenums und des als eine Art von „Plenum-Ersatz“<sup>13)</sup> fungierenden Hauptausschusses vergleicht. Wie sich dabei ergibt, versuchte der Interfraktionelle Ausschuß nicht nur in den Sitzungsperioden der offiziellen Gremien die Voraussetzungen für ein aufeinander abgestimmtes Verhalten der Mehrheitsparteien zu schaffen. Gerade in politisch zugespitzten Lagen trat er auch dann in Aktion, wenn weder Plenum noch Hauptausschuß versammelt waren und auch die Fraktionen infolgedessen ausgeschaltet blieben.<sup>14)</sup> Das beste Beispiel dafür bietet die Herbstkrise 1917, wo für die Zeit vom 22. Oktober bis zum 9. November 15 interfraktionelle Sitzungen zu verzeichnen waren und permanent zwischen Vertretern des Interfraktionellen Ausschusses und der Reichsleitung verhandelt wurde. In dieser Situation repräsentierte allein der Ausschuß — als Vertretung einer auch die Nationalliberalen miteinbegreifenden Dreiviertelmehrheit des Reichstages — der Reichsleitung gegenüber den Machtanspruch und den Einfluß des Parlaments.

Die Vorgänge während der Herbstkrise des Jahres 1917 sind charakteristisch für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Reichsleitung und Reichstag in den beiden letzten Kriegsjahren.<sup>15)</sup> War zunächst das Plenum zugunsten des Hauptausschusses zurückgetreten, in dem es jederzeit möglich war, die Ver-

---

<sup>11)</sup> Dazu u. a. Nr. 15 Anm. 3.

<sup>12)</sup> Nur in einem Fall, am 28. 9. 1918, wurde ein Protokoll ausgefertigt, das zur Übersendung an Hertling bestimmt war; s. Nr. 240. Für die von Südekum nach Abschluß der Herbstkrise von 1917 abgefaßten maschinenschriftlichen Aufzeichnungen vgl. unten S. XLI bes. Anm. 9.

<sup>13)</sup> Diese Charakterisierung bei Theodor Heuss, „Der Parlaments-Ausschuß“, in: „Zum Neubau der Verfassung“, hsg. von Fritz Berber, Berlin 1933, S. 139.

<sup>14)</sup> Zur Frage der „Ausschaltung der Fraktionen“ vgl. Nr. 178.

<sup>15)</sup> Dazu auch Heuss a.a.O. S. 139 f.

handlungen für vertraulich zu erklären, so erwies sich auch dieses Gremium noch als zu groß, um wirkliche Vertraulichkeit zu sichern. Zwar sah sich die Reichsleitung genötigt, dem sich sowohl in innen- als auch außenpolitischen Fragen steigenden Macht- und Verantwortungsanspruch des Reichstags in immer weitergehendem Maße entgegenzukommen; aber das Schwergewicht verlagerte sich zunehmend auf Besprechungen in kleinerem Kreise, die einen intimen und zum großen Teil ausgesprochen informellen Charakter besaßen. Dieser Tendenz entsprachen der Siebenerausschuß, die häufiger einberufenen Parteiführerkonferenzen, die regelmäßige Unterrichtung der Parteiführer während der Brester Verhandlungen im Auswärtigen Amt und schließlich die zahlreichen Unterredungen, die einzelne Abgeordnete oder kleine Gruppen von Parteivertretern teils aus eigener Initiative, teils im Auftrage ihrer Fraktionen oder des Interfraktionellen Ausschusses mit Angehörigen der Reichsleitung führten. Bei einer solchen Verfahrensweise mußten auch die Vollsitzungen der Fraktionen an Bedeutung verlieren, während der Einfluß der auch während der Vertagung des Plenums und des Hauptausschusses in Berlin anwesenden führenden Abgeordneten wuchs, die sich im Falle der Mehrheitsparteien wiederum zu gemeinsamen Beratungen im Interfraktionellen Ausschuß zusammenfanden.

Aus alledem geht hervor, daß die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Reichstages und die noch unveröffentlichten amtlichen Protokolle der Hauptausschußsitzungen das politische Geschehen im parlamentarischen Bereich nur unzureichend aufzuhellen vermögen und daß dem komplizierten, vielfädigen Netz der informellen Beziehungen zwischen Reichstag und Reichsleitung, in dem der Interfraktionelle Ausschuß eine Schlüsselstellung einnahm, für die innenpolitische Entwicklung der Jahre 1917/18 entscheidende Bedeutung beizumessen ist.

### C. Die Quellen

Unsere bisherige Kenntnis über die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses und seine Rolle in der politischen Geschichte der Jahre 1917/18 beruhte auf einer sehr schmalen Quellengrundlage, die im wesentlichen von den Veröffentlichungen Erzbergers und Scheidemanns sowie den von Ulrich Zeller aus dem Nachlaß Haußmanns herausgegebenen Aufzeichnungen und Briefen gebildet wurde.

Scheidemann publizierte 1920 in einer sozialistischen Zeitschrift Tagebuchaufzeichnungen<sup>1)</sup> über „die Vorgeschichte und das Zustandekommen der Juli-resolution“, die über die „wichtigeren politischen Besprechungen“, an denen er in der Zeit vom 26. Juni bis zum 17. Juli 1917 teilgenommen hatte, berichten. Diese Aufzeichnungen, zu denen es in der Vorbemerkung heißt, daß sie „entweder während der Besprechungen oder im Laufe des gleichen, spätestens aber am nächsten Tage“ entstanden seien<sup>2)</sup>, sind — abgesehen von der weggefallenen

---

<sup>1)</sup> Philipp Scheidemann, „Die Friedensresolution. Tagebuchblätter“, in: „Die Glocke“, Jg. 6, 1920, S. 147—153, 175—179, 203—207, 232—247.

<sup>2)</sup> A.a.O. S. 147.

Eingangspartie, einigen weiteren Kürzungen und gelegentlichen geringfügigen Redigierungen — wörtlich in das 1921 erschienene Kriegsbuch Scheidemanns „Der Zusammenbruch“ übernommen worden.<sup>3)</sup> Auch die „Schlaglichter“ Haußmanns enthalten eine ähnliche geschlossene Folge von Tagebuchaufzeichnungen für die Julikrise<sup>4)</sup>, während sie — ebenso wie die Veröffentlichungen Scheidemanns<sup>5)</sup> — über die anderen Perioden der Tätigkeit des Interfraktionellen Ausschusses entweder überhaupt nicht oder doch nur lückenhaft unterrichten. Erzbergers „Erlebnisse im Weltkrieg“ ergänzen zwar die Mitteilungen Scheidemanns und Haußmanns recht glücklich; aber auch sie geben nur ein sehr unvollständiges Bild.

Wie unbefriedigend wir bisher über den Interfraktionellen Ausschuß, den Verlauf seiner Verhandlungen und die Politik der Mehrheitsparteien informiert waren, kann durch nichts so sehr ins rechte Licht gerückt werden wie durch die neuerschlossenen Dokumente aus den Nachlässen beteiligter Parlamentarier. Dabei ist es zu bedauern, daß die Originalaufzeichnungen Scheidemanns als vernichtet gelten müssen. Auf Grund verschiedener Bemerkungen Scheidemanns<sup>6)</sup> läßt sich vermuten, daß sie einen erheblichen Umfang gehabt haben; an ihrem Quellenwert kann nach den veröffentlichten Proben nicht gezweifelt werden.<sup>7)</sup> Hingegen war es möglich, für diese Edition in erheblichem Ausmaß auf die Nachlässe Haußmann und Erzberger zurückzugreifen, deren Bedeutung allerdings, was den Interfraktionellen Ausschuß angeht, von dem Nachlaß Südekum weit übertroffen wird.

### *Nachlaß Südekum*

Der umfangreiche Nachlaß des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Albert Südekum besteht überwiegend aus stenographischen Aufzeichnungen, Notizen, Artikelmanuskripten und Entwürfen, darunter zahlreichen Niederschriften protokollartigen Charakters über Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses.

<sup>3)</sup> Scheidemann, Zusammenbruch S. 82 ff. Die Aufzeichnung vom 27. 6. 1917, „Glocke“ S. 147 bis 149, über die Parteiausschußsitzung und die Unterredung mit dem Reichskanzler am Vortage, wurde von Scheidemann, soweit sie das Gespräch mit Bethmann betrifft, in einem anderen Kapitel des „Zusammenbruchs“ (S. 160 f.) verarbeitet; zu beachten ist die falsche Datierung.

<sup>4)</sup> Haußmann S. 95 ff.

<sup>5)</sup> Scheidemanns „Zusammenbruch“ enthält außer den genannten Aufzeichnungen zur Julikrise keine eingehenderen Informationen über den Interfraktionellen Ausschuß, der auch in den Memoiren II relativ knapp behandelt wird. Immerhin bieten sie Auszüge aus Tagebuchaufzeichnungen oder sich an Tagebuchaufzeichnungen anlehrende Schilderungen über einzelne interfraktionelle Sitzungen, Fraktionssitzungen, Besprechungen mit Vertretern der Reichsleitung usw., die in seinem ersten Erinnerungswerk nicht berücksichtigt worden sind. Hinzuweisen ist ferner auf Scheidemanns Mitteilungen im Untersuchungsausschuß, bei denen er vielfach Tagebuchaufzeichnungen benutzte und teilweise auch vorlas, die sich allerdings in manchen Fällen mit den in seinen Büchern veröffentlichten überschneiden. Vgl. u. a. WUA 7/I S. 75, 283, 285 ff., 288 ff., 295 ff.; WUA 7/II S. 21, 23 ff., 26, 39 ff., 104 ff.

<sup>6)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. VII (er stütze sich auf die „von ihm nahezu sechs Jahre lang gemachten Aufzeichnungen“); WUA 7/II S. 39, 41, 106.

<sup>7)</sup> Anzumerken wäre, daß Scheidemanns Datierungen häufig unzuverlässig sind.

Südekum hat dem Ausschuß während der ganzen Zeit seines Bestehens angehört und nur verhältnismäßig wenige Sitzungen versäumt. Seine Niederschriften haben zwar nicht den Rang von wörtlichen Protokollen, sind jedoch weit ausführlicher als die überlieferten Notizen und Aufzeichnungen anderer Teilnehmer. Daß man auch im Ausschuß die stenographischen Fähigkeiten Südekums schätzte und in ihm zumindest zeitweise so etwas wie einen inoffiziellen Protokollführer sah, geht daraus hervor, daß er in der Sitzung vom 9. November 1917 unter allgemeiner Zustimmung gebeten wurde, eine „geschichtliche Darstellung“ der interfraktionellen Verhandlungen während der Herbstkrise abzufassen.<sup>8)</sup> Diese Darstellung, die in Form einer geschlossenen Reihe von maschinenschriftlichen Aufzeichnungen über die Sitzungen vom 22. Oktober bis zum 9. November 1917 im Nachlaß Südekum überliefert ist<sup>9)</sup>, sollte den beteiligten Fraktionen zum internen Gebrauch überlassen werden. So lautete jedenfalls der Beschluß des Ausschusses. Die maschinenschriftlichen Aufzeichnungen stellen der Sache nach freie, sprachlich geglättete und gekürzte Übertragungen der von Südekum in den Sitzungen angefertigten Stenogramme dar. Dabei sind Ausführungen einzelner Redner oft sehr knapp zusammengefaßt, manchmal auch ganz weggelassen. Häufig interpretiert und verdeutlicht die maschinenschriftliche Fassung den Wortlaut des Stenogramms, das seinerseits einen detaillierten und plastischen Eindruck von dem Gang der Verhandlungen und dem Tenor der einzelnen Diskussionsbeiträge vermittelt. Bei einem Vergleich beider Versionen ergibt sich, daß es nicht möglich ist, die eine der anderen vorzuziehen, daß jede in ihrer Art unentbehrlich erscheint und daß sie miteinander und nebeneinander die größte historische Aussagekraft haben. Daher sind in diese Edition für die Zeit der Herbstkrise sowohl wortgetreue Übertragungen der Originalstenogramme Südekums als auch seine unter Zugrundelegung der Stenogramme angefertigten maschinenschriftlichen Aufzeichnungen aufgenommen worden. Dieser Weg konnte um so unbedenklicher eingeschlagen werden, als für die übrigen Sitzungsperioden des Ausschusses nur Stenogramme vorliegen.

Die Übertragung der hier veröffentlichten stenographischen Niederschriften Südekums über die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses und der übrigen Teile seines stenographischen Nachlasses wurde im Auftrage des Bundesarchivs und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien von einer Gruppe erfahrener Parlamentsstenographen besorgt. Dabei ergaben sich mancherlei besondere Probleme, zu denen die folgenden Ausführungen von Oberregierungsrat a. D. Ludwig Krieger<sup>10)</sup>, in dessen Hand die Leitung und Koordinierung der Übertragungsarbeiten lag, Stellung nehmen:

---

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 103a.b.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 103a.b Anm. 22.

<sup>10)</sup> Früher Direktor des Stenographenbüros des Reichstags, bis 1953 Leiter des Stenographischen Dienstes beim Deutschen Bundestag. Neben Krieger waren an den Übertragungsarbeiten der frühere Leiter des Stenographischen Dienstes beim Hessischen Landtag Karl Froherz, der frühere Kölner Stadtstenograph Joseph Brandenburg und ein weiterer ehemaliger Parlamentsstenograph, der nicht genannt werden möchte, beteiligt.

Die Originalstenogramme Dr. Südekums sind in Systemformen der Gabelsbergerschen Stenographie niedergeschrieben worden, die im wesentlichen den „Dresdener Beschlüssen“ des Stenographentags der Gabelsbergerschen Schule von 1857 entsprechen. Von den späteren Stenographentagen dieser Schule angenommene Systemänderungen („Wiener Beschlüsse“ von 1895 und vor allem „Berliner Beschlüsse“ von 1902), die genauere Regeln insbesondere zur Unterscheidung von Konsonanzen und Silben sowie über die Vokalbezeichnung aufstellten, wurden von Südekum nicht berücksichtigt, wenn er sich auch der alten Schreibweise von 1857 mit gewissen individuellen Abweichungen bediente.

Seine stenographischen Aufzeichnungen sind im allgemeinen formschön, sauber und deutlich geschrieben, in den Tagebüchern, Aufsatz- und Briefentwürfen am Schreibtisch naturgemäß mit größerer Akribie als bei den unter Zeitdruck und deshalb flüchtiger nachzuschreibenden Reden und Diskussionsbemerkungen in Verhandlungen. Weil die Stenogramme nur für den eigenen Gebrauch, nicht aber zur Abschrift durch andere Personen bestimmt waren, konnte er sich — z. B. bei der Schreibweise von Eigennamen, bei der Behandlung von Flexionsendungen usw. — unbedenklich gewisse Freiheiten und Ungenauigkeiten erlauben. Daraus ergaben sich für die nachträglichen Übersetzer manchmal Zweifel hinsichtlich der Genauigkeit des Wortlauts, die jedoch bei dem Gesamtumfang des zur Verfügung stehenden Schriftmaterials kaum ins Gewicht fallen, zumal sie meist nur Nebensächlichkeiten betreffen. Auch die gelegentlich vorkommenden Auslassungen von Pluralendungen bei Substantiven und Adjektiven führten nur relativ selten zu Übersetzungszweifeln. Zu den individuellen Schreibeigen tümlichkeiten Südekums gehört die fortgesetzte (auch nach den Dresdener Beschlüssen von 1857 systemwidrige) Schreibung des stenographischen Zeichens für den Buchstaben l im Wortauslaut mit einem Ausstrich (korrekt zu lesen: „le“). Bei gewöhnlichen Texten entstehen daraus keine Schwierigkeiten der Entzifferung, wohl aber bei unbekanntem Eigennamen. Auch sonst tauchen bei Eigennamen, soweit es sich nicht um bekanntere Namensträger handelt, häufig Zweifel über die buchstäbliche Schreibung auf.

In den meisten Fällen konnten auch gewagtere, eigenwillige redeschriftliche Kürzungen eindeutig geklärt werden. Gleichwohl blieben in einzelnen Fällen verschiedene Lesarten möglich. Beispielsweise hat Dr. Südekum die Worte „sozialdemokratisch“, „sozialistisch“ und „sozialpolitisch“ in seinen Stenogrammen nur selten buchstaben genau ausgeschrieben. Bei der wiederholt von Südekum verwandten Kürzung „so<sup>tsch</sup>“ kann keine der denkbaren drei Lesarten ausgeschlossen werden, wenn nicht der Textzusammenhang eine eindeutige Klärung erlaubt.

Soweit die Stenogramme Südekums unrichtige grammatikalische Konstruktionen enthalten, können diese entweder auf rednerischen Folgewidrigkeiten im Satzbau oder auf Schreibirrtümern beruhen, wie auch sonst des öfteren offensichtliche Verschreibungen festzustellen sind. Weil das Nachschreiben von Reden in der Weise erfolgt, daß die gehörten Worte immer erst eine gewisse, wenn auch nur kurze Zeitspanne nach ihrem Erklingen, aber beim gleichzeitigen Anhören und geistigen Erfassen schon neuer Worte und Gedanken niedergeschrieben werden und die stenographischen Wortbilder ohnehin räumlich enger und zeitlich rascher aufgezeichnet werden müssen als langschriftliche Schriftzüge, sind Nachwirkungen bereits kurz vorher niedergeschriebener bzw. Vorwirkungen beim Niederschreiben schon gehörter, aber erst etwas später zu fixierender Redeteile bei Verhandlungsniederschriften leichter möglich als bei langschriftlichen Aufzeichnungen, die in der Regel bei ruhigerer Konzentration erfolgen können. Das Verhören und Verschreiben vollzieht sich dabei nach gewissen Gesetzmäßigkeiten, die von Sprachwissenschaftlern und Psychologen schon vor Jahrzehnten erforscht worden

sind.<sup>11)</sup> So ergeben sich in der stenographischen Verhandlungspraxis erfahrungsgemäß gelegentlich sogenannte Dubletten, d. h. die irrtümliche zweimalige Schreibung des gleichen Wortes in ziemlich engem Abstand voneinander im Redetext, wobei an der einen Stelle ein anderes, meist der Schreibform und dem Sprachklang nach ähnliches Wort zu stehen hätte, aber infolge der wechselseitigen Beeinflussung irrtümlich noch einmal ein Wort niedergeschrieben wird, das an einer benachbarten Textstelle erklungen ist und nur zu ihr paßt.

Südekums stenographische Niederschriften lassen erkennen, daß er die entwicklungsgeschichtliche Form des Gabelsbergerschen Systems von 1857 und dessen allgemeine Kürzungsmethoden so sicher beherrschte, daß er langsamen Reden wohl wortwörtlich zu folgen, schneller vorgetragene Ausführungen aber wenigstens in ihrem wesentlichen Gedankeninhalt und unter enger Anlehnung an die Wortwahl der Redner aufzuzeichnen vermochte. Von ihm aufgenommen und hinterlassene Originalstenogramme schnellerer Reden — z. B. eines Vortrags Wilhelm Liebknechts vom 28. Juli 1900 in Dresden<sup>12)</sup> — zeigen jedoch die Grenzen, die er sich selbst bei Ausnutzung an sich möglicher redeschriftlicher Vorteile ziehen mußte und an die auch die nachstehend veröffentlichten Stenogramme gebunden bleiben.

### *Nachlaß Haußmann*<sup>13)</sup>

Die von Zeller in den „Schlaglichtern“ abgedruckten Tagebuchaufzeichnungen des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Conrad Haußmann zur Julikrise 1917, die neben den ebenfalls veröffentlichten parallelen Niederschriften Scheidemanns und den in diesem Band erstmals zugänglich gemachten Stenogrammen Südekums das wichtigste Zeugnis für die Anfangszeit des Interfraktionellen Ausschusses darstellen, reichen vom 5. bis zum 21. Juli.<sup>14)</sup> Ihnen liegt ein zusammenhängendes maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript zugrunde, das in einem Durchschlag, der Haußmann als Arbeitsexemplar gedient hat, im Nachlaß Haußmann überliefert ist.<sup>15)</sup> Wie die zahlreichen eigenhändigen Redigierungen und Einschübe zeigen, hat Haußmann das Manuskript sorgfältig überarbeitet. Daneben weist es redaktionelle Eingriffe von der Hand Zellers auf, die jedoch, abgesehen von verschiedenen Kürzungen, in der Regel geringfügig sind und zumeist den Text nur sprachlich glätten. Über die Entstehungszeit des von dem späteren Bearbeiter gekürzten, aber sonst im wesentlichen unverändert veröffentlichten Manuskript sind wir durch Briefe Riezlers, den ein freundschaftliches Verhältnis mit Haußmann verband, unterrichtet. Riezler fragte am

---

<sup>11)</sup> So u. a. von Rudolf Meringer und Karl Mayer in „Versprechen und Verlesen“ (IV: „Wie man sich verschreibt“), Stuttgart 1885, S. 151 ff.

<sup>12)</sup> Nachlaß Südekum 82a.

<sup>13)</sup> An dieser Stelle ist Herrn Rechtsanwalt Robert Haußmann und Herrn Justizminister Dr. Wolfgang Haußmann, beide in Stuttgart, dafür zu danken, daß sie die Benutzung des Nachlasses ihres 1921 verstorbenen Vaters gestattet und damit diese Edition gefördert haben. Ferner gilt unser besonderer Dank Herrn Dr. Dr. Max Miller, Direktor des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, das den Nachlaß Haußmann verwahrt, sowie Herrn Dr. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, der ein detailliertes Inventar angefertigt hat, das die Erschließung wesentlich erleichterte.

<sup>14)</sup> Haußmann S. 95 ff.

<sup>15)</sup> Nachlaß Haußmann 151.

25. Juli 1917 bei Haußmann an, ob er die „Geschichte des Sowjet“<sup>16)</sup> inzwischen aufgezeichnet habe und ihm vor seiner, Riezlers, für den 5. August geplanten Reise nach Stockholm „Abschrift für mich persönlich“ übersenden könne.<sup>17)</sup> Am 4. August traf das Manuskript bei Riezler ein, wie aus seinem Dankbrief hervorgeht, in dem er sich „aufs äußerste gerührt durch die rechtzeitige Ankunft des dicken Convolut“ zeigte und hinzufügte: „Es ist sehr gut, daß sie das gleich aufgezeichnet haben, nur so hat's die Frische und hält die Stimmung fest.“<sup>18)</sup> Bei der Abfassung des Manuskripts konnte Haußmann sich auf eigenhändige Niederschriften über Sitzungen und wichtige Unterredungen, an denen er beteiligt war, stützen, die, soweit es sich um interfraktionelle Besprechungen handelt, fast lückenlos überliefert sind.<sup>19)</sup> Wie die Diktion dieser oft sehr flüchtigen Notizen zeigt, in denen die Ausführungen einzelner Redner stichwortartig festgehalten oder nur angedeutet werden, müssen sie durchweg schon während der Sitzungen angefertigt worden sein. Die vorliegende Edition stellt in einigen Fällen den Wortlaut der eigenhändigen Notizen dem Text des maschinenschriftlichen Tagebuchmanuskripts gegenüber, um einen Einblick in seine Entstehungsgeschichte zu vermitteln und deutlich zu machen, in welchem Ausmaß die ursprünglichen Notizen nachträglich ergänzt worden sind.<sup>20)</sup> Zwischen den Notizen und dem maschinenschriftlichen Tagebuchmanuskript steht ein handschriftliches Tagebuchmanuskript, von dem jedoch nur der letzte Teil<sup>21)</sup> überliefert ist und das dem unredigierten Text des maschinenschriftlichen Manuskripts bis auf wenige Abschreibfehler entspricht. In dem erhaltenen Teil wechseln die Handschriften Haußmanns und seiner Frau, die auch in anderen Fällen Aufzeichnungen nach seinem Diktat niedergeschrieben oder auslaufende Briefe und andere Schriftstücke für ihn kopiert hat, miteinander ab.

Mit ähnlicher Sorgfalt abgefaßte und überarbeitete Aufzeichnungen hat Haußmann für die übrigen Sitzungsperioden des Interfraktionellen Ausschusses nicht angefertigt. Für die Herbstkrise 1917 liegen wieder eigenhändige Notizen aus den Sitzungen<sup>22)</sup> vor, die — ebenso wie zwei zusammenfassende Manuskripte über die innenpolitische Entwicklung<sup>23)</sup> — in den „Schlaglichtern“ nicht berücksichtigt sind. Für die Zeit vom 21. September bis zum 10. November 1918 ist zwar ein geschlossenes maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript überliefert, das jedoch im Gegensatz zu dem Manuskript über die Julikrise 1917 in der Hauptsache wortgetreue Abschriften eigenhändiger Notizen Haußmanns aus interfraktionel-

<sup>16)</sup> Für die ironische Charakterisierung des Interfraktionellen Ausschusses als „Sowjet“ oder „Arbeiter- und Soldatenrat“ vgl. Nr. 37 Anm. 16, Nr. 55a bes. auch Anm. 2, Nr. 107.

<sup>17)</sup> Nachlaß Haußmann 26.

<sup>18)</sup> A. a. O.

<sup>19)</sup> Nachlaß Haußmann 28.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 4a.b, Nr. 18a.b, Nr. 20a.b.

<sup>21)</sup> Nachlaß Haußmann 151, nicht eingehaftete Anlage. Das Manuskript berücksichtigt die Zeit vom 13. 7., beginnend mit der interfraktionellen Besprechung am Abend dieses Tages (vgl. Haußmann S. 127), bis zum 21. 7. 1917. Die ersten Seiten sind von XI bis XIV durchpaginiert; während vom 18. 7. ab Seitenziffern fehlen.

<sup>22)</sup> Nachlaß Haußmann 26; die Aufzeichnungen sind abgedruckt im Abschnitt IV.

<sup>23)</sup> Abgedruckt als Nr. 107 und 108.

len Besprechungen, Fraktions- und Kabinettsitzungen aneinanderreihet.<sup>24)</sup> Auszüge aus diesem Manuskript hat Zeller zugänglich gemacht. Damit sind die Schwerpunkte des im Nachlaß Haußmann befindlichen Quellenmaterials zur Geschichte des Interfraktionellen Ausschusses und zur Politik der Mehrheitsparteien umrissen. Hinzu kommt allerdings — neben vereinzelt Aufzeichnungen über weitere Sitzungen — der gewichtige Briefwechsel Haußmanns, der, wie unsere Edition belegt, von erheblicher Bedeutung für das Thema ist. Abschließend muß bemerkt werden, daß die Originale einiger von Zeller abgedruckter Dokumente im Nachlaß Haußmann nicht mehr vorhanden waren. Darüber wird jeweils in den Fußnoten Auskunft gegeben, die im übrigen zusammen mit den Kopfregeften detailliert darüber Rechenschaft ablegen, wie weit das durch den Rückgriff auf den Nachlaß neuerschlossene Material über die verdienstvolle Ausgabe Zellers, für die der Interfraktionelle Ausschuß nur einen Teilaspekt bedeutete, hinausführt.

### *Nachlaß Erzberger*

Der Nachlaß Erzberger, der sich jetzt im Bundesarchiv befindet, ist bis 1955 von einem engen Freund Erzbergers, Dr. Josef Hammer, verwahrt worden, der, als er nach 1933 eine Beschlagnahme glaubte fürchten zu müssen, die Papiere, die er für unbedeutend hielt, vernichtete, um die übrigen leichter retten zu können. Der überlieferte, immer noch umfangreiche Restnachlaß, den neuerdings Epstein sorgfältig für seine Erzberger-Biographie ausgewertet hat, erstreckt sich im wesentlichen auf die Jahre 1914 bis 1918 und umfaßt das Rohmaterial für „Erzbergers Erlebnisse im Weltkrieg“.<sup>25)</sup> Über die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses während der Julikrise 1917 enthält der Nachlaß nur spärliches Material, wie übrigens auch das Kapitel über die Friedensresolution in seinen Memoiren, das sich teilweise eng an eine zusammenfassende „Aufzeichnung“ vom 15. Juli<sup>26)</sup> anlehnt. Dagegen wird der Verlauf der Herbstkrise 1917 durch zahlreiche maschinenschriftliche Einzelaufzeichnungen über interfraktionelle Besprechungen und über Unterredungen, die Erzberger entweder allein oder zusammen mit anderen Mitgliedern des Mehrheitsausschusses mit Vertretern der Reichsleitung führte, beleuchtet.<sup>27)</sup> Für die Zeit vom 28. Oktober bis zum 9. November liegt darüber hinaus eine zusammenfassende Aufzeichnung vor, der die einschlägigen Einzelaufzeichnungen als Grundlage gedient haben.<sup>28)</sup> Während der Zeit der Brester Verhandlungen hat Erzberger nur relativ wenige Aufzeichnungen über interfraktionelle Besprechungen angefertigt, darunter allerdings eine für die Geschichte des Ausschusses unentbehrliche über die wichtige Sitzung vom 5. Februar 1918, über die keine Niederschrift von anderer Seite bekannt ist.<sup>29)</sup> Der Schwerpunkt für 1918 liegt jedoch bei den Aufzeichnungen über die

---

<sup>24)</sup> Nachlaß Haußmann 147—149.

<sup>25)</sup> Vgl. Epstein S. 439.

<sup>26)</sup> Nachlaß Erzberger 18. Vgl. Erzberger S. 251 ff.

<sup>27)</sup> Vgl. Nr. 105 Anm. 1.

<sup>28)</sup> Nr. 105.

<sup>29)</sup> Nr. 155.

Tätigkeit des Ausschusses während der Kühlmann-Krise und in der Schlußphase der Kanzlerschaft Hertlings. Art und Umfang vieler Aufzeichnungen Erzbergers über interfraktionelle Besprechungen und andere Sitzungen lassen vermuten, daß sie nicht aus dem Gedächtnis — wenn auch noch am gleichen Tage — diktiert worden sind, sondern daß ihnen in den Sitzungen niedergeschriebene Notizen zugrunde gelegen haben müssen. Diese Annahme wird durch die überlieferten stichwortartigen eigenhändigen Notizen aus der zweiten Sitzung des Siebenerausschusses gestützt, die wir neben der entsprechenden maschinenschriftlichen Aufzeichnung abdrucken.<sup>30)</sup> Soweit die in dieser Ausgabe veröffentlichten nachgelassenen Dokumente von Erzberger bei der Abfassung seiner Weltkriegserinnerungen herangezogen und — meist in sehr knapper Form — verarbeitet worden sind, wird ihnen in Fußnoten der Text des Erinnerungsbuches gegenübergestellt, wobei die Aufmerksamkeit auf charakteristische Akzentverlagerungen und sachliche Abweichungen gelenkt wird, die einen aufschlußreichen Einblick in die Entstehungsgeschichte der Memoiren gewähren. Zum Schluß muß noch die Frage gestreift werden, ob Erzberger seine Aufzeichnungen in der Regel für den eigenen Gebrauch angefertigt hat, oder ob sie von vornherein auch zur Unterrichtung anderer Personen und Stellen bestimmt waren. Diese Frage ergibt sich zwangsläufig, da einzelne Niederschriften auch in anderen Überlieferungen auftauchen und der Nachlaß von einem erheblichen Teil der Aufzeichnungen nur Durchschläge enthält. Bei den vielfältigen Verbindungen und politischen Kontakten Erzbergers läge es nahe, hier mit aller Vorsicht einige Vermutungen zu äußern, die sich jedoch nach der Quellenlage bisher nicht endgültig erhärten lassen.

### *Nachlaß David*

Der Nachlaß des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Eduard David, der wie Erzberger, Haußmann und Südekum dem Interfraktionellen Ausschuß in der ganzen Zeit seines Bestehens angehört hat, besteht ausschließlich aus den Kriegstagebüchern, von denen das in Stolzescher Stenographie abgefaßte Original nur für die Jahre 1914 bis 1916 überliefert ist. Das Tagebuch für 1917/18 ist während des zweiten Weltkrieges verlorengegangen; jedoch war bereits vorher eine wiederum stenographische Abschrift der wesentlichen Teile von dritter Hand angefertigt worden, die das Bundesarchiv — ebenso wie die ersten Teile des Tagebuches — hat übertragen lassen. Die Auskünfte, die das Tagebuch über interfraktionelle Sitzungen und andere für die Politik der Mehrheitsparteien wichtige Besprechungen und Konferenzen, an denen David teilgenommen hat, bietet, sind zwar durchweg außerordentlich knapp; doch in einzelnen Fällen stellen sie die einzige Überlieferung dar. Im übrigen bringen sie, soweit sie sich nicht darauf beschränken, das bloße Stattfinden einer Sitzung oder Besprechung zu registrieren, in ihrer Art charakteristische Zusammenfassungen der Verhandlungsergebnisse, die das eigene Urteil Davids akzentuiert hervortreten lassen.

---

<sup>30)</sup> Nr. 42a. b.

### *Sonstige Überlieferungen*

Besondere Bedeutung für die vorliegende Edition haben noch die Nachlässe der nationalliberalen Parlamentarier Stresemann und von Richthofen. Die daraus abgedruckten oder für die Kommentierung herangezogenen Schriftstücke lassen das zwiespältige Verhältnis der Nationalliberalen zum Interfraktionellen Ausschuß und zur Mehrheit erkennen, denen Stresemann als unentwegter Annexionist reservierter gegenüberstand als sein schon früh von der Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens überzeugter Fraktionskollege, wengleich beide eine Parlamentarisierung befürworteten. Auf die übrigen benutzten Nachlässe von Abgeordneten, Politikern, hohen Staatsbeamten und Offizieren braucht nicht im einzelnen eingegangen zu werden. Wenn ihnen auch eine Reihe von wichtigen ergänzenden Dokumenten und wertvolles Material für die Kommentierung zu verdanken sind, so fallen sie doch gegenüber den bisher genannten und näher beschriebenen Überlieferungen im Rahmen dieser Quellenveröffentlichung insgesamt nur wenig ins Gewicht.

Leider war es nicht möglich, die amtlichen Überlieferungen in dem erwünschten und an sich geplanten Umfange herauszuziehen. Die Bestände Reichstag, Reichskanzlei, Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsamt des Innern im DZA Potsdam (ehemaliges Reichsarchiv)<sup>31)</sup> sowie die Akten des Preußischen Staatsministeriums und des Geheimen Zivilkabinetts im DZA Abt. Merseburg (ehemaliges Geh. Preuß. Staatsarchiv), die hauptsächlich von Interesse waren, konnten zwar noch teilweise gesichtet werden. Allein die Benutzung mußte Ende 1957 abgebrochen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren nur wenige Dokumente abgeschrieben oder fotokopiert worden, so daß die Potsdamer und Merseburger Bestände praktisch ausfielen. Dieser Verlust konnte durch andere, uneingeschränkt zugängliche Archivalien — wie die im Besitz des Hauptstaatsarchivs Stuttgart befindlichen Abschriften von Hauptausschußprotokollen, die Abschriften einer Reihe für die innenpolitische Entwicklung der Jahre 1917/18 wesentlicher Dokumente, deren Originale in Potsdam verwahrt werden, im Reichskanzleibestand des Bundesarchivs und den Nachlaß des Unterstaatssekretärs im preußischen Staatsministerium Heinrichs — nur zu einem geringen Teil ausgeglichen werden. Dagegen führte die Benutzung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn, die vor allem die Erschließung der zum Abdruck gelangten Protokolle über die Parteiführerbesprechungen während der Brest-Litowsker Verhandlungen ermöglichte, weitgehend zu den erhofften Ergebnissen.<sup>32)</sup>

---

<sup>31)</sup> Vgl. „Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam“ (Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs 1), Berlin 1957, S. 37 f., 42 ff., 58 ff.

<sup>32)</sup> Dem Politischen Archiv, insbesondere Herrn Dr. Hans Philippi, haben wir für die bei der Quellenerschließung gewährte Hilfe zu danken.

## D. Zur Auswahl der Dokumente

Der Grundstock dieser Dokumentation besteht aus einer lückenlosen Reihe von Niederschriften beteiligter Parlamentarier über alle nach den zugänglichen Quellen *nachweisbaren Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses*. Bereits gedruckte Zeugnisse wurden nur in Ausnahmefällen, sofern keine andere Überlieferung vorlag oder bisher nur Auszüge veröffentlicht waren, als selbständige Dokumente aufgenommen, dafür jedoch regelmäßig in den Fußnoten berücksichtigt. Konnten mehrere Niederschriften über ein und dieselbe Sitzung neu erschlossen werden, was gerade bei wichtigen Sitzungen häufig der Fall war, so werden die verschiedenen Versionen nebeneinander wiedergegeben, und zwar, wo immer Art und Umfang der Aufzeichnungen es gestatteten, parallel zueinander in mehrspaltigem Druck. Auf diese Weise wird ein Vergleich der Varianten erleichtert, die sich nicht nur gegenseitig ergänzen, sondern darüber hinaus zeigen, wie sich die Verhandlungen über einen Vorgang in den Aufzeichnungen führender Vertreter der verschiedenen Parteien der Mehrheit jeweils differenziert niederschlagen. Besonders aus dem letzten Grunde wurden alle Varianten als gleichrangig behandelt und auch die nur in Fußnoten berücksichtigten, der Memoirenliteratur entnommenen Parallelfassungen möglichst im Wortlaut angeführt.

Die nächste Gruppe von Dokumenten umfaßt *Aufzeichnungen über Besprechungen zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien und dem jeweiligen Reichskanzler sowie anderen Stellen der Reichsleitung*. Für viele derartige Besprechungen sind wir allerdings allein auf die Niederschriften über die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses angewiesen, in denen meist über Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen berichtet wurde. Die aufgenommenen Dokumente, die zum großen Teil dem Nachlaß Erzbergers zu verdanken sind, berücksichtigen sowohl von einzelnen — nicht immer durch einen Auftrag des Interfraktionellen Ausschusses oder ihrer Partei legitimierten — Vertretern der Mehrheitsparteien geführte Unterredungen als auch Besprechungen, bei denen sich der Ausschuß durch mehrköpfige, aus Vertretern aller beteiligten Fraktionen zusammengesetzte Delegationen repräsentieren ließ. Hinzu kommen zwei Konferenzen in größerem Kreise, wo der Ausschuß als solcher der Reichsleitung und der OHL. (am 14. 7. 1917) bzw. nur der Reichsleitung (am 19. 6. 1918) gegenübertrat.<sup>1)</sup> Für die Besprechung mit Vertretern der Mehrheit beim Reichskanzler am 15. 9. 1918 konnte neben einer Aufzeichnung Erzbergers auch eine parallele Aufzeichnung aus den Akten der Reichskanzlei<sup>2)</sup> wiedergegeben werden. Daß es sich hierbei leider um einen Einzelfall handelt, ist durch den Ausfall der Potsdamer Bestände bedingt.

Nicht minder wichtig für ein Urteil über die Politik der Reichstagsmehrheit und für eine realistische Einschätzung des Einflusses, den der Interfraktionelle Ausschuß ausüben vermochte, sind die in dieser Quellenveröffentlichung zugänglich gemachten *Aufzeichnungen über allgemeine Parteiführerkonferenzen*, wie sie beim Reichskanzler, beim Vizekanzler oder im Auswärtigen Amt stattfanden

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 19 und Nr. 189a. b.

<sup>2)</sup> Nr. 221b.

und zu denen nicht nur Vertreter der Mehrheit, sondern auch der übrigen Parteien des Reichstags geladen wurden. Schon die Tatsache, daß sich die Reichsleitung immer häufiger genötigt sah, derartige Besprechungen einzuberufen, ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß es seit dem Juli 1917 eine — wenn auch nicht sonderlich feste — ständige Reichstagsmehrheit gab, deren Glieder ihre Politik mit mehr oder weniger Erfolg zu koordinieren versuchten. Bei den mitgeteilten Dokumenten dominiert die amtliche Überlieferung, die jedoch, wieder wegen des Fehlens der in Potsdam lagernden Akten, insgesamt nur in sehr unbefriedigendem Ausmaß zur Geltung kommt. Immerhin war es möglich, einige wenige Aufzeichnungen aus den Akten der Reichskanzlei abzdrukken. In diesem Zusammenhang sind die Protokolle über die beiden Sitzungen des *Siebenerausschusses* hervorzuheben, die jeweils zusammen mit den entsprechenden Niederschriften eines Parlamentariers (Stresemann bzw. Erzberger) und eines Bundesratsgesandten (Sieveking) wiedergegeben werden.<sup>3)</sup>

Das Streben nach einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle über die Außenpolitik und nach außenpolitischer Mitbestimmung, das am Anfang der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution stand und im August 1917 zur Berufung des Siebenerausschusses führte, wurde auch *in der Periode der Brester Verhandlungen* zumindest äußerlich durch *häufige Parteiführerbesprechungen* anerkannt, in denen sich Staatssekretär von Kühlmann oder Unterstaatssekretär von dem Bussche den Vertretern des Reichstags stellten. Obgleich die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes aufgefundenen Protokolle über diese Sitzungen zum Teil einen erheblichen Umfang haben, werden sie unverkürzt publiziert. Das erschien aus verschiedenen Gründen notwendig. Einmal würden viele in den Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses diskutierten Fragen ohne Kenntnis der Protokolle der vom Auswärtigen Amt veranstalteten Parteiführerkonferenzen im dunkeln bleiben. Zum anderen zeigen diese Protokolle, in welchem Umfang und auf welche Weise die Parteiführer von der Reichsleitung über Stand und Probleme der Brester Verhandlungen informiert wurden, wobei nicht zuletzt das, was verschwiegen und verharmlost wurde, für das historische Urteil aufschlußreich sein dürfte.<sup>4)</sup> Erst dadurch wird es möglich, die Haltung der Parteien zu den aktuellen Fragen des Selbstbestimmungsrechts und zum Brester Frieden, der die Mehrheit so schwer belastete, daß sie vorübergehend kaum noch mehr bedeutete als eine Fiktion, ins rechte Licht zu rücken. Daß die Protokolle darüber hinaus unsere Kenntnis der außenpolitischen Zusammenhänge bereichern, ist eine nicht unwillkommene Zugabe.

Zu den bisher skizzierten Gruppen von Aufzeichnungen treten in beschränktem Umfang *ergänzende Dokumente*, die nach einem strengen Maßstab ausgewählt wurden. Zunächst waren die für die Tätigkeit des Ausschusses repräsentativen Zeugnisse zu berücksichtigen, die, unabhängig davon, ob sie bereits gedruckt vorlagen, unentbehrlich erschienen; darunter u. a. die Texte der Friedensreso-

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 40a—c und Nr. 42a—d.

<sup>4)</sup> Scheidemann erklärte vor dem Untersuchungsausschuß, WUA 7/I S. 299, daß „die Vorgänge, die sich in Brest-Litowsk abspielten, . . . den Reichstagsvertretern auch niemals vollkommen wahrheitsgemäß geschildert worden“ seien.

lution vom Juli 1917<sup>5)</sup> und des Programms und der Völkerbundsresolution der Mehrheitsparteien vom 30. September 1918<sup>6)</sup>, die nebst den vorangegangenen Entwürfen mitgeteilt werden, sowie die bisher unbekannt, für die Vorgeschichte des Programms bedeutsamen Entwürfe zu einer Denkschrift der Mehrheitsparteien.<sup>7)</sup> Weiter wurden Briefe, Aufzeichnungen, Memoranden und in wenigen Fällen auch Artikelmanuskripte aus den benutzten Nachlässen beteiligter Parlamentarier aufgenommen, die zumeist die Niederschriften über die Ausschußsitzungen unmittelbar ergänzen oder wichtige Bindeglieder darstellen. Dabei wurde besonderes Gewicht darauf gelegt, das Verhältnis der Nationalliberalen zur Mehrheitspolitik und zum Ausschuß zu dokumentieren.<sup>8)</sup> Hinzu kommen einzelne Stücke aus den nur zu einem geringen Teil zugänglichen Akten der Reichskanzlei, aus den Nachlässen des Prinzen Max von Baden, des auf dem konservativen Zentrumsflügel stehenden Reichstagsabgeordneten Graf Galen, des Obersten Max Bauer und des Generalmajors von Haefen, einige Aufzeichnungen und Protokollentwürfe aus dem Nachlaß des Unterstaatssekretärs im preußischen Staatsministerium Heinrichs und schließlich eine Reihe von Berichten des bayrischen Gesandten Graf Lerchenfeld aus dem September 1918. Soweit diese Dokumente nicht, wie beispielsweise die Aufzeichnung Bauers über den Sturz Bethmanns<sup>9)</sup>, dazu dienen, bestimmte Vorgänge zu erhellen, tragen sie vor allem dazu bei, die Auswirkungen der vom Interfraktionellen Ausschuß koordinierten Politik der Reichstagsmehrheit sichtbar zu machen. Hier sind besonders das Protokoll über ein so ungewöhnliches Ereignis wie die gemeinsame Besprechung der Staatssekretäre im Reich und der preußischen Staatsminister vom 30. September 1917<sup>10)</sup>, das im Nachlaß Heinrichs überliefert ist, und die Denkschrift Lewalds über die Frage einer Änderung der Artikel 9 und 21 der Reichsverfassung vom 28./29. September 1918<sup>11)</sup> zu erwähnen, die als Schlüsseldokumente für die verfassungsgeschichtliche Entwicklung anzusprechen sind.

Bei den Grundlinien, denen die Auswahl<sup>12)</sup> folgt, konnte das Urteil des Bearbeiters über die Bedeutung einzelner Stücke nur bei der Gruppe der ergänzenden Dokumente nennenswerten Einfluß gewinnen, während im übrigen nach festgelegten formalen Prinzipien vorgegangen wurde. Die Sammlung der abgedruckten Nieder-

---

<sup>5)</sup> Nr. 25a—e.

<sup>6)</sup> Nr. 255a—c und Nr. 256a—d.

<sup>7)</sup> Nr. 228a, b.

<sup>8)</sup> In diesem Zusammenhang verdient die als Nr. 112 abgedruckte Aufzeichnung Richthofens über die Sitzung der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses vom 14. 11. 1917 besondere Beachtung.

<sup>9)</sup> Nr. 17.

<sup>10)</sup> Nr. 73.

<sup>11)</sup> Nr. 246a, b.

<sup>12)</sup> In mancher Hinsicht vergleichbar sind die methodischen Fragen, die bei der Bearbeitung eines neueren französischen Quellenwerks gelöst werden mußten, das die Sitzungen der Generalstände in der Zeit vom 5. Mai bis zum 27. Juni 1789 behandelt, für die keine offiziellen Protokolle vorliegen: „Recueil de Documents relatifs aux Séances des Etats Généraux, Mai—Juin 1789“, herausgegeben von Georges Lefebvre und Anne Terroine, Bd. I: „Les Préliminaires — La Séance du 5 Mai“, Paris 1953. Zum Editionsverfahren vgl. auch die Bemerkungen von G. Lefebvre in „Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte“, Bd. 12, 1954, S. 231 ff.

schriften über die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses strebt Vollständigkeit an und darf, wenn es auch denkbar wäre, daß noch weitere Nachlässe von Ausschußmitgliedern auftauchen könnten, im wesentlichen als abgeschlossen gelten.<sup>13)</sup> Hinsichtlich der Aufzeichnungen über Besprechungen zwischen Vertretern der Reichstagsmehrheit und der Reichsleitung und über allgemeine Parteiführerkonferenzen hätte ein ähnliches Ergebnis nur dann erreicht werden können, wenn die amtliche Überlieferung unbeschränkt zugänglich gewesen wäre. Hier ist es vor allem zu bedauern, daß die einschlägigen Niederschriften aus den Akten des Vizekanzlers von Payer, der im November 1917 als Vertrauensmann der Mehrheitsparteien in die Reichsleitung berufen worden war, unberücksichtigt bleiben mußten.

Bedingt durch die Stellung des Interfraktionellen Ausschusses im Wechselspiel der politischen Kräfte und die unentwirrbare Verknüpfung der innenpolitischen Fragen mit denen der Außenpolitik, gibt das vorliegende Quellenwerk einen ungemein vielfältigen und fazettenreichen Einblick in das politische Geschehen der Jahre 1917/18. So bietet es nicht nur eine neue Grundlage für die Beurteilung der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung zum Parlamentarismus, sondern kann auch zur Klärung von zahlreichen Einzelfragen aus den verschiedensten Bereichen beitragen. Aber gerade der Reichtum des Materials läßt es um so deutlicher verspüren, daß die archivalischen Überlieferungen für die politische Geschichte des ersten Weltkrieges noch immer nur zu einem geringen Teil erschlossen sind. Daher sei in diesem Zusammenhang auf einige in Vorbereitung befindliche bzw. jüngst erschienene Studien und Editionen hingewiesen, die wichtige Primärquellen auswerten oder publizieren und die Dokumentation über den Interfraktionellen Ausschuß in Teilaspekten unmittelbar ergänzen. Das gilt in besonderem Maße für die Erzbergerbiographie Klaus Epsteins<sup>14)</sup>, für die von Wolfgang Mommsen geplante umfassende Edition des Erzberger-Nachlasses<sup>15)</sup> und die kommende Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Hertling und Lerchenfeld durch Ernst Deuerlein.<sup>16)</sup> Auch zu den von Walter Görlitz herausgegebenen Tagebuchaufzeichnungen des Marinekabinettschefs Admiral von Müller, die über Vorgänge im kaiserlichen Hauptquartier unterrichten und ihren Verfasser als scharfsichtigen Beobachter der politischen Entwicklung ausweisen,

<sup>13)</sup> Hermann Cardauns, „Adolf Gröber“ (Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern 30) M.Gladbach 1921, S. 128 f., teilt mit, daß Gröber „eine Menge von Aufzeichnungen über Vorstands- und Fraktionssitzungen des Zentrums, interfraktionelle Besprechungen, Sitzungen des Haupt- und Reichshaushaltsausschusses [sic!], fast ausnahmslos aus dem September 1918“, hinterlassen habe. Jedoch habe sich „die Hoffnung auf wertvolle Aufschlüsse über Gröbers Stellung vor dem großen Zusammenbruch“ nicht bestätigt: „Es sind ganz flüchtig mit Bleistift hingeworfene Protokollentwürfe, zuweilen kaum leserlich . . .“

<sup>14)</sup> S. oben S. XXII Anm. 52.

<sup>15)</sup> Herr Oberarchivrat Dr. Mommsen hat unsere Edition trotz seines eigenen Vorhabens großzügig gefördert, so daß eine elastische Abgrenzung der Bereiche möglich war.

<sup>16)</sup> Das Manuskript, in das uns Herr Dr. Deuerlein freundlicher Weise Einblick gewährt hat, konnte leider nicht mehr zur Kommentierung herangezogen werden, da der erste Band bereits umbrochen war. Von Interesse sind in unserem Zusammenhang in erster Linie die Briefe aus der Zeit vom 22. 6. bis zum 26. 10. 1917, aus denen u. a. hervorgeht, wie eingehend Lerchenfeld im September/Oktobre von Erzberger über die Vorgänge im Interfraktionellen Ausschuß informiert worden ist.

ergeben sich mancherlei Bezüge.<sup>17)</sup> Eine Auswahl von Dokumenten aus den reichen Beständen der Zentralarchive Potsdam und Merseburg sowie anderer Archive der DDR versprechen die seit langem angekündigten drei Bände zu dem Thema „Die große sozialistische Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen auf Deutschland“, die in den von Leo Stern herausgegebenen „Archivalischen Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ erscheinen sollen; die vorweg als Separatdruck veröffentlichte umfangreiche Einleitung Sterns kann ernsthaftes wissenschaftliches Interesse nicht beanspruchen.<sup>18)</sup>

Nachdem Werner Conzes Buch „Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg“<sup>19)</sup> vorliegt, hat jetzt Fritz Fischer — als Vorstudie zu einem größeren Werk — einen Aufsatz über die Kriegszielpolitik<sup>20)</sup>, der ausschlaggebende Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung vor allem der letzten Kriegsjahre zukommt, publiziert, während Wolfgang Steglich seiner Untersuchung zum Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916<sup>21)</sup> eine Studie über die päpstliche Friedensaktion folgen lassen wird.<sup>22)</sup> Das in der Weimarer Zeit aus politischen Rücksichten nicht veröffentlichte Manuskript eines Bandes des Werks des Untersuchungsausschusses über den Frieden von Brest-Litowsk gibt Werner Hahlweg heraus. Dieser Band soll durch Verweisungen eng mit dem entsprechenden Abschnitt der vorliegenden Veröffentlichung verklammert werden und ebenfalls in den „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ erscheinen.

Aus der weiteren Planung dieser Reihe sind — neben dem bereits in anderem Zusammenhang genannten Band über die Regierung des Prinzen Max von Baden und einer sich daran anschließenden Ausgabe der Sitzungsprotokolle des Rats der Volksbeauftragten — die vorgesehenen Editionen der Sitzungsprotokolle der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Verhandlungsstenogramms der Zentralvorstandssitzung der Nationalliberalen Partei vom 23. 9. 1917 zu erwähnen. Ferner ist die Veröffentlichung der Hauptausschußprotokolle von 1916 bis 1918 in Aussicht genommen, die als besonders dringlich angesehen werden muß, jedoch noch eine längere Zeit der Vorbereitung benötigt. Die zuletzt angeführten Quellen wurden hier laufend zur Kommentierung herangezogen; Auszüge aus sozialdemokratischen Fraktionsprotokollen haben überdies in Einzelfällen, wenn über eine interfraktionelle Sitzung keine anderweitige Niederschrift überliefert war, auch als Dokumente Aufnahme gefunden.

<sup>17)</sup> „Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Alexander von Müller 1914—1918“, mit einem Vorwort von Sven v. Müller, hsgn. von Walter Görlitz, Göttingen 1959.

<sup>18)</sup> Leo Stern, „Der Einfluß der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung“, Berlin 1958.

<sup>19)</sup> Köln und Graz 1958.

<sup>20)</sup> Fritz Fischer, „Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914—1918“, in: „Historische Zeitschrift“, Bd. 188, 1959.

<sup>21)</sup> S. oben S. XVI Anm. 21.

<sup>22)</sup> In diesem Zusammenhang ist auch auf die folgenden Dissertationen zu verweisen: Karl-Heinz Janßen, „Die Kriegsziele der Bundesstaaten (1914—1918)“, Diss. phil. Freiburg/Br. 1957 (Maschinenschrift, hekt.); Lilli Lewerenz, „Die deutsche Politik im Baltikum 1914 bis 1918“, Diss. phil. Hamburg 1958 (Maschinenschrift); Emanuel Geiss, „Der polnische Grenzstreifen 1914—1918“, Diss. phil. Hamburg 1959 (Maschinenschrift).

## E. Zur Einrichtung der Edition

Sowohl die Aufgabe der Veröffentlichung, die Rolle des Interfraktionellen Ausschusses im Ablauf der Ereignisse sichtbar zu machen, als auch der Charakter der zugrunde liegenden Quellen ließen eine — von der Provenienz unabhängige — durchgehende *chronologische Anordnung der Dokumente* als selbstverständlich erscheinen. Bei Niederschriften über Sitzungen und Unterredungen war jeweils der Tag, an dem die Sitzung bzw. Unterredung stattfand, für die Eingruppierung maßgebend, auch wenn die Niederschriften in manchen Fällen nachweislich erst im Abstand von Tagen oder Wochen angefertigt worden sind.<sup>1)</sup> Briefe und Telegramme sind in der üblichen Weise nach dem Ausgangsdatum eingeordnet.

Beim Abdruck *mehrerer Niederschriften über dieselbe Sitzung* oder verschiedener Versionen eines anderen Schriftstücks *unter einer Dokumentennummer* werden die — vielfach in parallelen Spalten wiedergegebenen — Varianten durch *kleine lateinische Zusatzbuchstaben* unterschieden.

Auf *Ortsangaben in den Überschriften* konnte in der Mehrzahl der Fälle, nämlich überall dort, wo es hätte *Berlin* heißen müssen, verzichtet werden. Andere Orte sind jeweils in Klammern hinzugefügt. Bei Unterredungen oder Briefwechseln von Abgeordneten mit Mitgliedern der Reichsleitung bzw. Offizieren enthalten die Überschriften neben den Namen auch die Amtsbezeichnungen (oder Dienst-ränge) der Partner auf beiden Seiten, während sonst im allgemeinen nur die Namen genannt werden.

Die *Angaben über den archivalischen Befund in den Kopfregesten* beschränken sich in der Regel auf die Kennzeichnungen „Maschinenschrift“, „Durchschlag“, „eigenhändig“ oder „Stenogramm“.<sup>2)</sup> Die in der Editionstechnik gebräuchliche Unterscheidung von Konzepten, Entwürfen, Reinschriften und Ausfertigungen bot bei der Eigenart der mitgeteilten Aufzeichnungen und Notizen zumeist keine Möglichkeit für eine einwandfreie Klassifizierung der Druckvorlagen und wurde nur in den Fällen angewandt, wo sie wirklich einer Klärung des Sachverhalts dienen konnte. Bei im Nachlaß des Empfängers aufgefundenen Briefen und Telegrammen von dritten Personen handelt es sich stets, falls nicht ausdrücklich anders angegeben, um Ausfertigungen. Bei Durchschlägen im Nachlaß des Absenders ist anzunehmen, daß sie dem Wortlaut der abgegangenen Ausfertigung entsprechen. Sicherheit darüber besteht jedoch nur dann, wenn die Ausfertigung selbst vorliegt. Sonst muß immer damit gerechnet werden, daß sie durch eigenhändige Zusätze erweitert sein könnte.

Die *Texte der Dokumente* werden grundsätzlich unverkürzt und nur ausnahmsweise in Form von in sich geschlossenen Auszügen wiedergegeben. Auf den Bearbeiter zurückgehende *Auslassungen*, die sich trotzdem nicht ganz vermeiden ließen und beispielsweise dann erfolgten, wenn ein bereits mitgeteiltes Schrift-

<sup>1)</sup> Wie die von Südekum auf Grund seiner vorliegenden Stenogramme angefertigten maschinenschriftlichen Aufzeichnungen zur Herbstkrise 1917 und Haußmanns maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript für den Juli 1917; vgl. oben S. XLI und XLIIIf.

<sup>2)</sup> Bei den aus dem Nachlaß Südekum abgedruckten Stenogrammen sind in den Kopfregesten in Klammern Namensschiffren eingefügt, die sich jeweils auf den Stenographen beziehen, der für die Richtigkeit der Übertragung verantwortlich zeichnet; vgl. oben S. XLI Anm. 10.

stück im Wortlaut als Einschub in einem zeitlich späteren Dokument wiederkehrt oder wenn Worte oder Teile von Sätzen nicht zu entziffern

[...] waren, sind durch *von eckigen Klammern eingeschlossene Punkte* kenntlich gemacht. Auch alle vom Bearbeiter vorgenommenen *Ergänzungen und Berichtigungen* des Textes stehen in *eckigen Klammern*, wobei, falls es sich nicht um bloße Zusätze handelt, der ursprüngliche Wortlaut in textkritischen Anmerkungen gesichert wird. Die *Rechtschreibung* wurde nach den geltenden Regeln normalisiert. Falsch geschriebene *Eigennamen* sind stillschweigend berichtigt worden, wenn keine Zweifel an der Identität der genannten Personen bestanden. Eine durchgehende Normalisierung der *Zeichensetzung* erschien bei der vorliegenden Edition nicht angebracht, da sie in zu vielen Fällen — besonders bei flüchtig und oft ohne jede Rücksicht auf Interpunktion niedergeschriebenen Aufzeichnungen oder nur aus Stichworten bestehenden Notizen — definitive interpretierende Eingriffe in den Text bedingt hätte, die für den Leser nicht zu erkennen gewesen wären. Überdies gibt gerade die fehlende oder willkürliche Zeichensetzung einen lebendigen Eindruck von der Eigenart der Druckvorlagen. Demgegenüber war allerdings zu bedenken, daß ein ungegliederter originalgetreuer Abdruck das Verständnis mancher Dokumente sehr erschwert oder gar unmöglich gemacht hätte. Daher wurden, wenn immer es im Interesse der Lesbarkeit geboten war, *an Stelle fehlender Satzzeichen Schrägstriche* eingefügt. *Hervorhebungen in den Druckvorlagen* durch Unterstreichung oder Sperrung, die auf die Verfasser der Schriftstücke zurückgehen, wurden übernommen und sind einheitlich in *gesperrtem* Druck wiedergegeben. *Hervorhebungen des Bearbeiters*, die sich niemals auf den Inhalt der Dokumente beziehen, sondern ausschließlich dazu dienen, textkritisch interessante Sachverhalte — wie stenographische Einschübe in einem langschriftlichen Text oder bei einem früheren Abdruck ausgelassene Wendungen — zu kennzeichnen, erscheinen im *Kursivdruck*. Bei Protokollen und protokollartigen Aufzeichnungen werden die Namen der *Sprecher*, unabhängig von der Art der Wiedergabe in der Druckvorlage, durch Fettdruck hervorgehoben. Zu den *Anmerkungs-ziffern* im Text ist zu bemerken, daß sich einzelne Ziffern jeweils mehrfach, an verschiedenen Stellen eines Dokuments, die den gleichen Kommentar erfordern, wiederholen können und so die fortlaufende Reihenfolge der Ziffern unterbrechen. *Varianten*, die parallel zueinander in *mehrspaltigem* Druck wiedergegeben werden, sind — bis auf einige Ausnahmen, in denen dieses Verfahren nicht anwendbar war — in bezug auf die Anmerkungen als Einheit behandelt, so daß gleiche Anmerkungs-ziffern in parallel gedruckten Dokumenten auch jeweils auf die gleiche Anmerkung verweisen.

Der formale Charakter der mitgeteilten Dokumente, die nicht immer leicht zu erkennende Interdependenz der Geschehnisse und die Vielfalt der oft weitgehend unbekanntem Einzelheiten machten eine gründliche *Kommentierung in den Anmerkungen* erforderlich. Sie enthalten zunächst den *textkritischen Apparat* zu den einzelnen Dokumenten. Weiterhin wurde, wie schon an anderer Stelle betont, eine umfassende Berücksichtigung der *gedruckten Parallelüberlieferungen* für notwendig gehalten, da sich das Gesamtbild, das diese Publikation zeichnet, aus

dem Ineinandergreifen der verschiedenen — sich gegenseitig ergänzenden und bestätigenden, in entscheidenden Details voneinander abweichenden und den Standpunkt der an den Ereignissen beteiligten Verfasser spiegelnden — Überlieferungen ergibt. Bei den *Informationen*, die die Anmerkungen zu den im Text berührten Zusammenhängen bieten, konnte häufig auf ungedruckte Quellen zurückgegriffen werden. Auch die *zeitgenössische Presse*, deren Quellenwert nicht unterschätzt werden darf, wurde in erheblichem Ausmaß zur Kommentierung herangezogen. Ferner bringen die Anmerkungen zahlreiche *gegenseitige Verweisungen*, die die abgedruckten Dokumente miteinander verklammern und dadurch die Benutzung erleichtern. Am Schluß des zweiten Bandes sind ein *Sprecher- und Teilnehmerverzeichnis* für die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses in der Zeit vom 6. Juli 1917 bis zum 30. September 1918 in Tabellenform und ein ausführliches *Gesamtregister*, das sowohl Sachbezüge als auch Personen und geographische Begriffe berücksichtigt, angefügt.

# Verzeichnis der Archivalien

## I. Nachlässe

Nachlaß Bauer	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Max Bauer
Nachlaß Berg	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Friedrich von Berg
Nachlaß David	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Eduard David
Nachlaß Erzberger	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Matthias Erzberger
Nachlaß Galen	Privatbesitz, Nachlaß Friedrich Graf von Galen
Nachlaß Gothein	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Georg Gothein
Nachlaß Haeften	Privatbesitz, Nachlaß Hans von Haeften
Nachlaß Haußmann	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Nachlaß Conrad Haußmann
Nachlaß Heinrichs	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Adolf Heinrichs
Nachlaß Hoffmann	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Max Hoffmann
Nachlaß Prinz Max	Privatarchiv Schloß Salem, Nachlaß Prinz Max von Baden
Nachlaß Payer	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Friedrich von Payer
Nachlaß Richthofen	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Hartmann Frhr. von Richthofen
Nachlaß Schiffer	Hauptarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 92, Nachlaß Eugen Schiffer
Nachlaß Stresemann	Mikrofilm, Nachlaß Gustav Stresemann (zitiert mit Faszikel- und Filmnummer)
Nachlaß Südekum	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Albert Südekum
Nachlaß Schwertfeger	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Bernhard Schwertfeger (= Abschriften aus dem Nachlaß Rudolf von Valentinis)

## II. Parteiakten

Nationalliberale Partei	Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 45/I, Nationalliberale Partei
SPD-Fraktion	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Sitzungsprotokolle der Reichstagsfraktion der SPD (zitiert mit Datum der Sitzung)

## III. Amtliche Überlieferung

BGStA München, Politisches Archiv	Bayerisches Geheimes Staatsarchiv München, Akten des Politischen Archivs, Reihe VII
Bundesarchiv, R 43/II	Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 43/II, Akten der Reichskanzlei
DZA Merseburg, Preußisches Staatsministerium	Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, Rep. 90, Akten des Preußischen Staatsministeriums
DZA Merseburg, Zivilkabinetts	Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, Rep. 89 H, Akten des Geheimen Zivilkabinetts

## Verzeichnis der Archivalien

---

DZA Potsdam,  
Reichskanzlei

Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Akten der Reichskanzlei

HA

Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 130, Akten des Württembergischen Staatsministeriums V. X a 30: Verhandlungen des Ausschusses für den Reichshaushalt, Abschriften (zitiert mit Nummer und Datum der Sitzung)

Politisches Archiv

Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv, Akten betr. Weltkrieg

## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- |                                     |   |
|-------------------------------------|---|
| Amtliche Kriegs-<br>Depeschen       | Amtliche Kriegs-Depeschen. Nach Berichten des Wolff'schen Telegr.-Bureaus. Bd. 7. 8. Berlin o. J. [1917/18].  |
| Amtliche Urkunden                   | Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs hrsg. vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern. 2. verm. Aufl. Berlin 1924.   |
| Anlagen zu den Sten.<br>Berichten   | Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode. II. Session. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Berlin 1914-18.  |
| Bachem                              | Karl <i>Bachem</i> : Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815—1914. 9 Bde. Köln 1927-32.  |
| Oberst Bauer                        | Oberst [Max] <i>Bauer</i> : Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen. 2. Aufl. Tübingen 1921.   |
| Bergsträsser, Partei-<br>geschichte | Ludwig <i>Bergsträsser</i> : Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 8. u. 9. völlig Neubearb. Aufl. München 1955.  |
| Bernstorff                          | Johann-Heinrich Graf von <i>Bernstorff</i> : Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege. Berlin 1920.  |
| Bethmann                            | Theobald von <i>Bethmann Hollweg</i> : Betrachtungen zum Weltkriege. 2 Tle. Berlin 1919-22.   |
| Bonhard                             | Otto <i>Bonhard</i> : Geschichte des Aldeutschen Verbandes. Leipzig, Berlin 1920.   |
| Braun                               | Magnus Frhr. von <i>Braun</i> : Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen. Stollhamm 1955.   |
| Bredt                               | Johann Viktor <i>Bredt</i> : Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg. Gutachten. (Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Bd. 8). Berlin 1926.   |
| Conze, Polnische Nation             | Werner <i>Conze</i> : Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 4). Köln, Graz 1958.   |
| Czernin                             | Ottokar Graf von <i>Czernin</i> : Im Weltkrieg. 2. Aufl. Berlin, Wien 1919.   |
| Deuerlein                           | Ernst <i>Deuerlein</i> : Der Bundesratsausschuß für die Auswärtigen Angelegenheiten 1870—1918. Regensburg 1955.   |
| Deutsche Dokumente                  | Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes. 4 Bde. Berlin 1922.   |
| Diplomatie der Neuzeit              | W. M. <i>Chwostow</i> und I. I. <i>Minz</i> : Die Diplomatie der Neuzeit [1872 bis 1919]. Hrsg. W. P. <i>Potjomkin</i> . (Geschichte der Diplomatie 2). Moskau 1947.  |
| Direnberger                         | Erwin <i>Direnberger</i> : Die Beziehungen zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsleitung von 1914—1918. Phil. Diss. Würzburg 1934. Berlin 1936.   |
| Drahn                               | Ernst <i>Drahn</i> : Brest-Litowsk. Reden, Aufrufe und Manifeste der russischen Volkskommissare Trotzki, Lenin, Joffé, Radek u. a. m. anläßlich der russisch-deutschen Friedensverhandlungen im Winter 1917/18. Nach russischen und anderen Quellen gesammelt und zusammengestellt. (Kleine revolutionäre Bibliothek 2/3). Berlin 1920. |

## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

---

- Drucksachen Pr. Abg.-Hs. Sammlung der Drucksachen des Preußischen Hauses der Abgeordneten (Anlagen zu den Stenographischen Berichten). 22. Legislaturperiode. III. Session 1916—18. Berlin 1916-18.
- Epstein Klaus *Epstein*: Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy. Princeton 1959.
- Erzberger Matthias *Erzberger*: Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart, Berlin 1920.
- Erzberger-Prozeß Der Erzberger-Prozeß. Stenographischer Bericht über Verhandlungen im Beleidigungsprozeß des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den Staatsminister a. D. Dr. Karl Helfferich. Berlin 1920.
- „Glocke“ Philipp *Scheidemann*: Die Friedensresolution. Tagebuchblätter. In: Die Glocke. Jg. 6. Berlin 1920.
- Görlitz Walter *Görlitz*: Hindenburg. Ein Lebensbild. Bonn 1953.
- Goldschmidt Hans *Goldschmidt*: Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Von Bismarck bis 1918. Berlin 1931.
- Gothein Georg *Gothein*: Warum verloren wir den Krieg? 2. völlig umgearb. u. erw. Aufl. Stuttgart, Berlin 1920.
- Gratz und Schüller Gustav *Gratz* [und] Richard *Schüller*: Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns. Mitteleuropäische Pläne. (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie). Wien, New Haven 1925.
- Groener Wilhelm *Groener*: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg. Hrsg. von Friedrich Frhr. *Hiller von Gaertringen*. (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 41). Göttingen 1957.
- Groener-Geyer Dorothea *Groener-Geyer*: General Groener. Soldat und Staatsmann. Frankfurt a. M. 1955.
- Haußmann Conrad *Haußmann*: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. von Ulrich *Zeller*. Frankfurt a. M. 1924.
- Helfferich Karl *Helfferich*: Der Weltkrieg. Ausgabe in einem Band. Karlsruhe 1919.
- Herre Paul *Herre*: Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik. München 1954.
- Hertling Karl Graf von *Hertling*: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. Br. 1919.
- Herzfeld, Sozialdemokratie Hans *Herzfeld*: Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg. Leipzig 1928.
- Heuss Theodor *Heuss*: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 2. neubearb. Aufl. Stuttgart, Tübingen 1949.
- Hiller Friedrich Frhr. *Hiller von Gaertringen*: Fürst Bülow's Denkwürdigkeiten. Untersuchungen zu ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer Kritik. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 5). Tübingen 1956.
- Hoffmann Max *Hoffmann*: Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Hrsg. von Karl Friedrich *Nowak*. 2 Bde. Berlin 1929.
- Hohlfeld Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung. Hrsg. Johannes *Hohlfeld*. Bd. 1. 2. Berlin 1951.
- Holoch Anita *Holoch*: Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nach der Reichsverfassung von 1871 und sein Wirken. Phil. Diss. Freiburg 1950 [Maschinenschrift].
- Hoop Edward *Hoop*: Die Innenpolitik der Reichskanzler Michaelis und Graf Hertling. Phil. Diss. Kiel 1951 [Maschinenschrift].

## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- |                                |   |
|--------------------------------|---|
| Hutten-Czapski                 | Bogdan Graf von <i>Hutten-Czapski</i> : Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. 2 Bde. Berlin 1936.   |
| Jäckh                          | Ernst <i>Jäckh</i> : Der goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers. Stuttgart 1954.  |
| John                           | Volkwart <i>John</i> : Brest-Litowsk. Verhandlungen und Friedensverträge im Osten 1917 bis 1918. (Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkriegs). Stuttgart 1937.  |
| Kreppel                        | J. <i>Kreppel</i> : Der Friede im Osten. Noten, Manifeste, Botschaften, Reden, Erklärungen, Verhandlungsprotokolle und Friedensverträge mit der Ukraine, Rußland und Rumänien. Wien 1918.   |
| Kruck                          | Alfred <i>Kruck</i> : Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890—1939. (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz 3). Wiesbaden 1954.   |
| Kühlmann                       | Richard von <i>Kühlmann</i> : Erinnerungen. Heidelberg 1948.  |
| Kuhl                           | Hermann von <i>Kuhl</i> : Der Weltkrieg 1914—18. 2 Bde. Berlin 1929.  |
| Lewerenz                       | Lilli <i>Lewerenz</i> : Die deutsche Politik im Baltikum 1914—1918. Phil. Diss. Hamburg 1958 [Maschinenschrift].  |
| Ludendorff, Kriegführung       | Erich <i>Ludendorff</i> : Kriegführung und Politik. 2. durchges. Aufl. Berlin 1922.   |
| Ludendorff, Kriegserinnerungen | Erich <i>Ludendorff</i> : Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. 4. Aufl. Berlin 1919.   |
|                                | Erich <i>Ludendorff</i> — s. a. Urkunden der OHL  |
| Matthias                       | Erich <i>Matthias</i> : Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945. Eine Übersicht. (Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung: Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte 11). Tübingen 1954.                              |
| Prinz Max                      | Prinz <i>Max von Baden</i> : Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927.   |
| Michaelis                      | Georg <i>Michaelis</i> : Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. Berlin 1922.  |
| Milatz                         | Alfred <i>Milatz</i> : Der Frieden von Brest-Litowsk und die deutschen Parteien. Phil. Diss. Hamburg 1949 [Maschinenschrift].   |
| Moser                          | Otto von <i>Moser</i> : Die obersten Gewalten im Weltkrieg. Das Werk der Staatsmänner, Heerführer, Parlaments-, Presse- und Volksführer bei der Entente und bei den Mittelmächten. Stuttgart 1931.  |
| von Müller                     | Georg Alexander von <i>Müller</i> : Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914—1918. Hrg. von Walter <i>Görlitz</i> . Göttingen, Berlin, Frankfurt 1959. |
| R. Müller, Kaiserreich         | Richard <i>Müller</i> : Vom Kaiserreich zur Republik. 2 Bde. (Wissenschaft und Gesellschaft 3.4). Wien 1924/25.   |
| V. Naumann, Dokumente          | Victor <i>Naumann</i> : Dokumente und Argumente. Berlin 1928.   |
| V. Naumann, Profile            | Victor <i>Naumann</i> : Profile. 30 Porträt-Skizzen aus den Jahren des Weltkrieges nach persönlichen Begegnungen. München, Leipzig 1925.  |
| Nicolai                        | Walter <i>Nicolai</i> : Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg. Berlin 1920.  |
| Niemann, Kaiser und Revolution | Alfred <i>Niemann</i> : Kaiser und Revolution. Berlin 1922.   |
| Niemann, Revolution            | Alfred <i>Niemann</i> : Revolution von oben — Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914 bis 1918. Berlin 1928.   |

## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Payer** Friedrich von *Payer*: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt a. M. 1923.
- Preller** Ludwig *Preller*: Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949.
- Protokoll SPD-Parteitag 1917** Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917. Berlin 1917.
- Revolutionäre Ereignisse** Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918. Beiträge zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Hrsg. vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter Redaktion von Albert *Schreiner*. (Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Reihe 1: Allgemeine und deutsche Geschichte Bd. 6). Berlin 1957.
- Rosenberg, Entstehung** Arthur *Rosenberg*: Die Entstehung der deutschen Republik. Berlin 1928.
- Rosenberg, Geschichte** Arthur *Rosenberg*: Geschichte der deutschen Republik. Karlsbad 1935.
- Kronprinz Rupprecht** Kronprinz *Rupprecht von Bayern*: Mein Kriegstagebuch. Hrsg. von Eugen *Frauenholz*. 3 Bde. Berlin 1929.
- Scheidemann, Memoiren** Philipp *Scheidemann*: Memoiren eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Dresden 1928.
- Scheidemann, Zusammenbruch** Philipp *Scheidemann*: Der Zusammenbruch. Berlin 1921.  
Philipp *Scheidemann* — s. a. „Glocke“
- Schiffer** Eugen *Schiffer*: Ein Leben für den Liberalismus. Berlin 1951.
- Schulthess** Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Wilhelm *Stahl*. Neue Folge. Jg. 33.34. 1917-18. München 1920/22.
- Schwertfeger, Weltkriegsende** Bernhard *Schwertfeger*: Das Weltkriegsende. Gedanken über die deutsche Kriegführung 1918. 4. Aufl. Potsdam 1937.
- SPD-Protokoll 23. 9. 1918** Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteausschusses und der Reichstagsfraktion. Montag, den 23. September 1918, im Reichstagsgebäude zu Berlin. Berlin o. J. [1918].  
SPD — s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1917
- Stegemann, Erinnerungen** Hermann *Stegemann*: Erinnerungen aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1930.
- Sten. Berichte** Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode. II. Session. Stenographische Berichte. Berlin 1914-18.  
Sten. Berichte — s. a. Anlagen zu den Sten. Berichten
- Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs.** Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. 22. Legislaturperiode. III. Session 1916/18. Berlin 1916-18.  
Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. — s. a. Drucksachen Pr. Abg.-Hs.
- Thaer** Albrecht von *Thaer*: Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915—1919. Hrsg. von Siegfried A. *Kaehler*. (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Phil.-Hist. Klasse 3. Folge Nr. 40) Göttingen 1958.
- Tirpitz** Alfred von *Tirpitz*: Politische Dokumente. 2 Bde. Bd. 2: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege. Hamburg 1926.

## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

15. Untersuchungsausschuß Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung nebst Beilagen. 2 Bde. [1.—15. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses]. Berlin 1920.
- Urkunden der OHL Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. Hrsg. von Erich *Ludendorff*. Berlin 1920.
- Ursachen und Folgen Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. u. Bearb. Herbert *Michaelis* und Ernst *Schraepler*. 3 Bde. Berlin 1958.
- Valentini Rudolf von *Valentini*: Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel des Wirklichen Geheimen Rats Rudolf von Valentini dargestellt von Bernhard *Schwertfeger*. Oldenburg 1931.
- Varain Heinz Josef *Varain*: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890—1920). (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 9). Düsseldorf 1956.
- Vertrags-Ploetz Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz, ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte, Vereinbarungen, Manifeste und Memoranden. T. 2: 1493—1952. Bearb. von Helmuth *Rönnefarth*. Bielefeld 1953.
- Volkman, Marxismus Erich Otto *Volkman*: Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege. Berlin 1925.
- Walz Erhard *Walz*: Reichsleitung und Heeresleitung in der Periode des Friedens von Brest-Litowsk. Der Konflikt über die Ost-Annexionen. Phil. Diss. Berlin 1936. Teildr. Düsseldorf 1936.
- Werner Lothar *Werner*: Der Alldutsche Verband 1890—1918. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Deutschland in den Jahren vor und während des Weltkrieges. (Historische Studien 278). Berlin 1935.
- Westarp Kuno Graf von *Westarp*: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. 2 Bde. Berlin 1935.
- Westfront Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918. (Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Die militärischen Operationen zu Lande 14). Berlin 1944 (1956).
- Wheeler-Bennett John W. *Wheeler-Bennett*: Brest-Litovsk. The Forgotten Peace March 1918. London 1956.
- Kronprinz Wilhelm Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen hrsg. von Karl *Rosner*. Stuttgart, Berlin 1922.
- Wippermann Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Begr. Karl Wippermann. Hrsg. Friedrich *Purlitz*. Jg. 33.34. 1917/18. Leipzig o.J.
- WUA Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918. Bd. 1—12/I. Berlin 1925-30.  
Das Werk des Untersuchungsausschusses — s. a. Bredt und 15. Untersuchungsausschuß
- Zeman Germany and the Revolution in Russia 1915—1918. Documents from the Archives of the German Foreign Ministry. Edited by Z. A. B. *Zeman*. London 1958.

## Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle*)	Seite
<b>I. Die Friedensresolution</b>			
1	6. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . .	3
		b) <i>David</i> . . . . .	12
—	6. 7. 1917	Erster Entwurf der Friedensresolution — s. Nr. 25a	
2	7. 7. 1917, vorm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . .	13
		b) <i>David</i> . . . . .	13
3	7. 7. 1917, nachm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . .	14
		b) <i>David</i> . . . . .	16
4	8. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Haußmann</i> . . . . .	17
		b) <i>Haußmann</i> . . . . .	17
		c) <i>David</i> . . . . .	21
5	9. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . .	22
		b) <i>David</i> . . . . .	27
—	9. 7. 1917	Zweiter Entwurf der Friedensresolution — s. Nr. 25b	
6	10. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . .	28
		b) <i>David</i> . . . . .	32
—	10. 7. 1917	Dritter Entwurf der Friedensresolution — s. Nr. 25c	
7	11. 7. 1917	Sitzung des Seniorenkonvents <i>Haußmann</i> . . . . .	33
8	11. 7. 1917	Friedberg (Bad Kissingen) an Stresemann <i>Stresemann</i> . . . . .	33
9	11. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	34
10	11. 7. 1917	Unterredung der Abg. <i>Haußmann</i> und Payer mit Staats- sekretär Helfferich <i>Haußmann</i> . . . . .	45
11	12. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . .	47
		b) <i>David</i> . . . . .	61
—	12. 7. 1917	Vierter Entwurf der Friedensresolution — s. Nr. 25d	
12	13. 7. 1917, vorm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	62

\*) Die durch Kursivdruck hervorgehobenen abgekürzten Quellenbezeichnungen weisen auf die jeweils in den Kopfgregesten nachgewiesene archivalische oder literarische Überlieferung hin.

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
13	13. 7. 1917	Unterredung des Abg. Haußmann mit Staatssekretär Zimmermann <i>Haußmann</i> . . . . .	65
14	13. 7. 1917, nachm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	67
15	13. 7. 1917, abends	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Haußmann</i> . . . . .	71
16	Juli 1917	Aufzeichnung des Abg. Stresemann über den Sturz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg a) <i>Stresemann</i> . . . . . b) <i>Stresemann</i> . . . . .	73 74
17	Juli 1917	Aufzeichnung Oberstleutnant Bauers über den Sturz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg <i>Bauer</i> . . . . .	81
18	14. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Haußmann</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . . c) <i>David</i> . . . . .	84 84 86
19	14. 7. 1917	Konferenz der Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses mit Reichskanzler Michaelis, Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff <i>Haußmann</i> . . . . .	87
20	15. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Haußmann</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . . c) <i>David</i> . . . . .	99 99 100
21	16. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Haußmann</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . . c) <i>David</i> . . . . .	101 101 102
—	17. 7. 1917	Endgültige Fassung der Friedensresolution — s. Nr. 25e	
22	17. 7. 1917	Unterredung des Abg. Scheidemann mit Reichskanzler Michaelis <i>Scheidemann</i> . . . . .	103
23	17. 7. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Scheidemann</i> . . . . .	106
24	21. 7. 1917	Unterredung der Abg. Erzberger, David, Naumann und van Calker mit Reichskanzler Michaelis <i>Erzberger</i> . . . . .	107
25	6.—17. 7. 1917	Entwürfe und endgültige Fassung der Friedensresolution a) Erster Entwurf — 6. 7. 1917 <i>Haußmann</i> . . . . . b) Zweiter Entwurf — 9. 7. 1917 <i>Haußmann</i> . . . . . c) Dritter Entwurf — 10. 7. 1917 <i>Haußmann</i> . . . . . d) Viertes Entwurf — 12. 7. 1917 <i>Haußmann</i> . . . . . e) Endgültige Fassung — 17. 7. 1917 <i>Reichstagsdrucksache</i> . . . . .	110 110 110 110 114

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
----------	-------	------------------------	-------

## II. Der Siebenerausschuß

26	14. 8. 1917	Haußmann (Tieringen) an Erzberger <i>Haußmann</i> . . . . .	119
27	16. 8. 1917	Erzberger an Haußmann (Tieringen) <i>Haußmann</i> . . . . .	120
28	20. 8. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>David</i> . . . . .	121 125
29	21. 8. 1917, vorm.	Besprechung des Reichskanzlers Michaelis mit den Fraktionsvorständen <i>Stresemann</i> . . . . .	126
30	21. 8. 1917, vorm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	128
31	21. 8. 1917, nachm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . .	133 137
32	22. 8. 1917, nachm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	138
33	22. 8. 1917, abends	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	141
34	24. 8. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	146
35	24. 8. 1917	Besprechung von Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei a) <i>Haußmann</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . .	151 152
36	26. 8. 1917	Stresemann an Prof. Meyersahm (Kiel) <i>Stresemann</i> . . . . .	156
37	August 1917	„Der Reichsrat“, Artikelmanuskript Stresemanns <i>Stresemann</i> . . . . .	158
38	28. 8. 1917	Haußmann (Stuttgart) an Dr. Guido Leser (Heidelberg) <i>Haußmann</i> . . . . .	162
39	28. 8. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	164
40	28. 8. 1917	Erste Sitzung des Siebenerausschusses a) <i>Stresemann</i> . . . . . b) <i>Sieveking</i> . . . . . c) <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	168 168 174
41	10. 9. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Scheidemann</i> . . . . . b) <i>David</i> . . . . .	181 183
42	10. 9. 1917	Zweite Sitzung des Siebenerausschusses a) <i>Erzberger</i> . . . . . b) <i>Erzberger</i> . . . . . c) <i>Sieveking</i> . . . . . d) <i>Reichskanzlei</i> . . . . .	184 184 195 199
43	25. 9. 1917	Besprechung mit den Parteiführern beim Reichskanzler a) <i>Reichskanzlei</i> . . . . . b) <i>Stresemann</i> . . . . .	204 209

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
----------	-------	------------------------	-------

### III. Von Michaelis zu Hertling

44	6. 10. 1917	Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion <i>SPD-Fraktion</i> . . . . .	213
45	6. 10. 1917	Unterredung des Abg. Haußmann mit Oberstleutnant von Haeften <i>Haußmann</i> . . . . .	214
46	8. 10. 1917	Bericht des Abg. Ebert in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Sitzung des Interfraktio- nellen Ausschusses am 7. 10. 1917 <i>SPD-Fraktion</i> . . . . .	215
47	8. 10. 1917	Unterredung des Abg. Haußmann mit Staatssekretär Graf Roedern <i>Haußmann</i> . . . . .	217
48	10. 10. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Haußmann</i> . . . . .	218
49	12. 10. 1917	Unterredung des Abg. Haußmann mit Staatssekretär Helfferich <i>Haußmann</i> . . . . .	221
50	13. 10. 1917	Südekum an Ebert (Würzburg) <i>Südekum</i> . . . . .	224
51	13./16. 10. 1917	Mitteilungen Payers an Haußmann (Stuttgart) über seine Unterredung mit Reichskanzler Michaelis am 10. 10. 1917 <i>Haußmann</i> . . . . .	227
52	14. 10. 1917	Haußmann an Payer (Stuttgart) <i>Haußmann</i> . . . . .	228
53	17. 10. 1917	Trimborn berichtet Erzberger über seine Unterredung mit Reichskanzler Michaelis am 12. Oktober <i>Erzberger</i> . . . . .	230
54	20. 10. 1917	Erzberger an Fehrenbach (Freiburg i. Br.) <i>Erzberger</i> . . . . .	232
55	22. 10. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . . e) <i>Stresemann</i> . . . . .	233 233 233 248 250
56	22. 10. 1917	Haußmann informiert Oberstleutnant von Haeften über das Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen <i>Haußmann</i> . . . . .	252
57	23. 10. 1917, vorm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . .	253 253 253 263
58	23. 10. 1917	Unterredung der Abg. Trimborn, Fischbeck, Stresemann und Südekum mit dem Chef des Zivilkabinetts, von Valentini, in Potsdam <i>Südekum</i> . . . . .	265

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
59	23. 10. 1917, abends	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . .	267 267 267 267
60	23. 10. 1917	David (Wiesbaden) an Südekum <i>Südekum</i> . . . . .	274
61	24. 10. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . .	275 275 275 275
62	25. 10. 1917	Unterredung des Abg. Erzberger mit dem Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller <i>Erzberger</i> . . . . .	299
63	25. 10. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . .	301 301 301 316
64	25. 10. 1917	Wolfgang Heine an Südekum <i>Südekum</i> . . . . .	318
65	27. 10. 1917	Liesching an Gothein (Greifswald) <i>Gothein</i> . . . . .	321
66	28. 10. 1917	Unterredung des Abg. Erzberger mit dem Grafen Hertling <i>Erzberger</i> . . . . .	322
67	28./29. 10. 1917	Tagebuchartige Notizen Haußmanns <i>Haußmann</i> . . . . .	324
68	29. 10. 1917	Unterredung des Abg. Erzberger mit dem Grafen Hertling <i>Erzberger</i> . . . . .	326
69	29. 10. 1917	Denkschrift Erzbergers über die Trennung des Reichs- kanzleramts vom preußischen Ministerpräsidium <i>Erzberger</i> . . . . .	327
70	29. 10. 1917	Unterredung des Abg. Erzberger mit Staatssekretär Solf <i>Erzberger</i> . . . . .	333
71	29. 10. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . . e) <i>David</i> . . . . .	334 334 334 359 362
72	30. 10. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Erzberger</i> . . . . .	363 363 370
73	30. 10. 1917	Besprechung der Staatssekretäre und der preußischen Staatsminister <i>Heinrichs</i> . . . . .	373

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
74	30. 10. 1917	Unterredung des Abg. Erzberger mit Staatssekretär von Kühlmann a) <i>Erzberger</i> . . . . .	380 381
75	31. 10. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Erzberger</i> . . . . . d) <i>Stresemann</i> . . . . . e) <i>Richthofen</i> . . . . . f) <i>David</i> . . . . .	385 385 405 407 408 408
76	1. 11. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . .	409 409 409 409
77	2. 11. 1917	Unterredung des Abg. Erzberger mit Reichskanzler Graf Hertling <i>Erzberger</i> . . . . .	427
78	2. 11. 1917	Antwort des Staatssekretärs von Kühlmann auf eine Anfrage des Abg. Erzberger <i>Erzberger</i> . . . . .	429
79	2. 11. 1917	Sitzung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei <i>Haußmann</i> . . . . .	430
80	2. 11. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Erzberger</i> . . . . .	433 434
81	2. 11. 1917	Haußmann an Ebert <i>Haußmann</i> . . . . .	434
82	2. 11. 1917	Haußmann an Payer <i>Haußmann</i> . . . . .	435
83	3. 11. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . .	438 438 438 438
84	3. 11. 1917	Stresemann an Erzberger <i>Stresemann</i> . . . . .	453
85	4. 11. 1917	Haußmann an Payer (Stuttgart) <i>Haußmann</i> . . . . .	453
86	4. 11. 1917	Unterredung des Abg. Erzberger mit Reichskanzler Graf Hertling <i>Erzberger</i> . . . . .	456
87	5. 11. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Haußmann</i> . . . . . c) <i>Erzberger</i> . . . . .	459 459 459
88	5. 11. 1917	Schreiben der Vertreter der Mehrheitsparteien an Reichskanzler Graf Hertling <i>Erzberger</i> . . . . .	473

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
89	5. 11. 1917	Unterredung Erzbergers mit Stresemann und Friedberg und gemeinsamer Besuch Erzbergers und Stresemanns bei Reichskanzler Graf Hertling <i>Erzberger</i> . . . . .	474
90	5. 11. 1917	Stresemann an den bayerischen Reichsrat Franz von Buhl (Deidesheim) <i>Stresemann</i> . . . . .	476
91	6. 11. 1917	Unterredung der Abg. Erzberger und Stresemann mit Reichskanzler Graf Hertling <i>Erzberger</i> . . . . .	478
92	6. 11. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . . e) <i>Stresemann</i> . . . . .	480 480 480 480 510
93	6. 11. 1917	Entwurf eines an den Reichskanzler gerichteten Antrages zur polnischen Frage <i>Haußmann</i> . . . . .	511
94	6. 11. 1917	An Liesching übersandte Aufzeichnung Haußmanns über die Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei gegenüber Reichskanzler Graf Hertling <i>Haußmann</i> . . . . .	512
95	6. 11. 1917	Unterredung der Abg. Erzberger, Ebert, Rießler und Liesching mit Staatssekretär von Kühlmann <i>Erzberger</i> . . . . .	513
96	6. 11. 1917	Telephongespräch zwischen Stresemann und Erzberger <i>Erzberger</i> . . . . .	513
97	7. 11. 1917	Unterredung des Abg. Erzberger mit Staatssekretär von Kühlmann <i>Erzberger</i> . . . . .	516
98	7. 11. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . . c) <i>Haußmann</i> . . . . . d) <i>Erzberger</i> . . . . .	517 517 517 517
99	7. 11. 1917	Telephonische Mitteilung des Abg. Erzberger für Staatssekretär von Kühlmann <i>Erzberger</i> . . . . .	546
100	7. 11. 1917	Unterredung der Abg. Erzberger, Ebert, Fischbeck und Stresemann mit Staatssekretär Graf Roedern <i>Erzberger</i> . . . . .	546
101	8. 11. 1917	Unterredung der Abg. Erzberger, Ebert, Fischbeck und Stresemann mit den Staatssekretären von Kühlmann und Graf Roedern <i>Erzberger</i> . . . . .	549
102	9. 11. 1917	Unterredung der Abg. Ebert, Erzberger, Liesching und Stresemann mit den Staatssekretären von Kühlmann und Graf Roedern <i>Erzberger</i> . . . . .	551
103	9. 11. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Südekum</i> . . . . .	553 553

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
104	9. 11. 1917	Stresemann an Stöve <i>Stresemann</i> . . . . .	558
105	9. 11. 1917	Aufzeichnung Erzbergers über den Verlauf der Kanzlerkrise vom 28. 10. bis zum 9. 11. 1917 <i>Erzberger</i> . . . . .	560
106	11. 11. 1917	Aufzeichnung Stresemanns über den Verlauf der Kanzlerkrise vom 9. 10. bis zum 9. 11. 1917 <i>Stresemann</i> . . . . .	569
107	November 1917	Aufzeichnung Haußmanns über den Verlauf der Kanzlerkrise vom 9. 10. bis zum 9. 11. 1917 <i>Haußmann</i> . . . . .	584
108	November 1917	Manuskript Haußmanns über die innenpolitische Entwicklung seit Juli 1917 <i>Haußmann</i> . . . . .	596

#### IV. Nach der Herbstkrise

109	12. 11. 1917	Erzberger an Stresemann <i>Stresemann</i> . . . . .	603
110	13. 11. 1917	Haußmann (Stuttgart) an Prof. Anschütz (Heidelberg) <i>Haußmann</i> . . . . .	604
111	14. 11. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Richthofen</i> . . . . .	606
112	14. 11. 1917	Aufzeichnung Richthofens über die Sitzung der national-liberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses <i>Stresemann/Richthofen</i> . . . . .	606
113	15. 11. 1917	Erklärung Stresemanns für den Kronprinzen über seine Haltung zu einer etwaigen Wiederberufung Bethmann Hollwegs <i>Stresemann</i> . . . . .	609
114	16. 11. 1917	Unterredung Erzbergers mit dem Frhrn. von Maltzahn <i>Erzberger</i> . . . . .	610
115	16. 11. 1917	Erklärung Erzbergers für den Kronprinzen über seine Haltung zu einer etwaigen Wiederberufung Bethmann Hollwegs <i>Erzberger</i> . . . . .	611
116	16. 11. 1917	Telegrammwechsel zwischen Erzberger und Trimborn (Köln/Unkel) <i>Erzberger</i> . . . . .	612
117	16. 11. 1917	Erzberger an Frhrn. von Maltzahn <i>Erzberger</i> . . . . .	613
118	17. 11. 1917	Frhr. von Maltzahn an Oberstleutnant Bauer <i>Bauer</i> . . . . .	613
119	17. 11. 1917	Erzberger an Scheidemann <i>Stresemann</i> . . . . .	614
120	18. 11. 1917	Prof. Anschütz (Heidelberg) an Haußmann (Stuttgart) <i>Haußmann</i> . . . . .	615
121	23. 11. 1917	Stresemann an Erzberger <i>Stresemann</i> . . . . .	616

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
122	25. 11. 1917	Haußmann (Stuttgart) an Fischbeck <i>Haußmann</i> . . . . .	617
123	26. 11. 1917	Erzberger an Stresemann <i>Stresemann</i> . . . . .	618
124	27. 11. 1917	Besprechung der Abg. Erzberger, Fischbeck, Stresemann, Ebert und Scheidemann mit Staatssekretär von Kühlmann <i>Scheidemann</i> . . . . .	619
125	28. 11. 1917	Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen <i>Südekum</i> . . . . .	620
126	28. 11. 1917	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	622
127	20. 12. 1917, vorm.	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses a) <i>Südekum</i> . . . . . b) <i>Richthofen</i> . . . . .	626 635
128	20. 12. 1917	Liesching an Haußmann (Stuttgart) <i>Haußmann</i> . . . . .	636
129	20. 12. 1917, abends	Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses <i>Südekum</i> . . . . .	638

**Berichtigung:**

**Auf S. 417 dieses Bandes ist die Anmerkung 25 (zu Dokument Nr. 76 a-d) zu streichen.**

**I.**

**Die Friedensresolution**



## 1.

## 6. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Ia: Nachlaß Südekum 63, Stenogramm (Fr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Private Besprechung 6. Juli 1917“<sup>2)</sup>

**Payer:** Erörterung, wie weit wir innerpolitisch zusammengehen können, und dann auch die Friedensfrage.

(Spahn übernimmt den Vorsitz.)<sup>3)</sup>

**Payer:** Zunächst preußisches Wahlrecht. Sucht eine gemeinsame Formel. Minimum: die Formulierung, die in der Kommission entworfen war. Das ist gescheitert.<sup>4)</sup> Also etwas Neues.

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 99—101; Payer S. 30 f.; Erzberger S. 258; Scheidemann, Zusammenbruch S. 85—87; Scheidemann, Memoiren II S. 34 f.; SPD-Fraktion, 6. 7. 1917.

<sup>2)</sup> Nach Haußmann S. 99 traten die Fraktionsvertreter um 15 Uhr 30 im Hauptausschußzimmer zusammen; er verzeichnet als erschienen: „von der Volkspartei Payer, Gothein, Haußmann, Müller-Meinigen, von den Sozialdemokraten Scheidemann, Ebert, David, Südekum, von den Nationalliberalen Schiffer, Junck, Richthofen, Stresemann, Calker, vom Zentrum Spahn, Erzberger, Müller-Fulda, Fehrenbach.“ — Nach Scheidemann, Zusammenbruch S. 86 begann die Sitzung bereits um 15 Uhr. Er nennt die gleichen Anwesenden wie Haußmann, jedoch irrtümlich an Stelle von Junck „Dr. Funk“; so auch noch in seinen Memoiren II S. 34.

<sup>3)</sup> S. dazu die irreführende Darstellung bei Payer S. 30: „Nachmittags traten einladungsgemäß die Führer der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen zusammen, konstituierten sich ohne viel Umstände als ‚Interfraktioneller Ausschuß‘, ernannten mich zu ihrem Vorsitzenden und traten sofort in eine eingehende Besprechung der Lage ein.“ Auch die Version der „Schlaglichter“ Haußmanns, S. 99: „Payer leitet ein; Spahn bittet ihn, den Vorsitz zu übernehmen, den dieser nach kurzer Erörterung annimmt“, ist nicht korrekt und geht auch nicht auf Haußmann selbst zurück. Im maschinenschriftlichen Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, lautet der letzte Teil des Satzes vielmehr: „... .., den dieser an Spahn als den Vorsitzenden der Budgetkommission abschiebt.“ Sachlich damit übereinstimmend die eigenhändige Aufzeichnung aus der Sitzung, Nachlaß Haußmann 28: „Spahn präsierte / Payer leitete ein / Sämtliche Anwesende ergriffen das Wort.“ In der „Aufzeichnung“ Erzbergers vom 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18, ist ebenfalls vermerkt, daß die am 6. 7. 1917 aufgenommenen interfraktionellen Besprechungen „unter Exz. Spahn stattfanden“.

<sup>4)</sup> Payer und die folgenden Diskussionsredner beziehen sich auf die Sitzung des Verfassungsausschusses vom gleichen Vormittag. Vgl. Haußmann S. 98: „Neuneinviertel Uhr Verfassungsausschuß. Preußisches Wahlrecht. Müller-Meinigen hatte eine Konkordienformel tags zuvor fest vereinbart mit Nationalliberalen, Sozialdemokraten und Zentrum. Es sollte nur abgestimmt und nicht gesprochen werden. Die Konservativen, Westarp, Dietrich, v. Graefe bringen einen Gegenantrag ein, welcher die das gleiche Wahlrecht umschreibende Wendung der Formel ‚volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in den Einzelstaaten‘ im Müllerschen Antrag — gewählt, um Zentrum und Nationalliberale und dadurch eine große Mehrheit zu gewinnen [im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, ursprünglich: ‚zu sichern‘; durch Zeller handschriftlich berichtigt] — dadurch ironisiert, daß die ‚volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung als durch die einzelstaatlichen Verfassungen bereits verbrieft‘ erklärt wird. Unmutige Debatte. Landsberg erklärt die Annahme der Müllerschen Resolution, weil dieser ausdrücklich erklärt habe, daß er unter voller staatsbürgerlicher Gleichheit insbesondere das allgemeine gleiche Wahlrecht verstehe und weil die Nationalliberalen dazu geschwiegen haben. Sofort erklärt Schiffer, nun nicht schweigen zu können, und

**Junck:** Gescheitert am Begriff der staatsbürgerlichen Gleichheit. Ist darunter das gleiche Wahlrecht gemeint? Kompromiß liegt auf der Hand: Das gleiche Wahlrecht für Preußen; die anderen Staaten dann herauszulassen. Die Erklärung von Lewald<sup>5)</sup> ging dahin, daß der Reichskanzler sich damit einverstanden erklärt.

**Schiffer:** Keine Ablehnung des gleichen Wahlrechts beabsichtigt. Das Spatium, das blieb, war ja nicht mehr tragfähig. Es war natürlich das gleiche Wahlrecht.

**Haußmann:** Stärkste Anstrengungen zu machen, um noch einmal eine gemeinsame Form zu finden.

**Erzberger:** Die alte Formel wäre eine Basis. Das Zentrum kann nicht über die Fraktion des Landtags hinweggehen; das kann die Fraktion des Zentrums nicht tun.<sup>6)</sup> Das Amendement kann zurückgezogen werden.

**David:** Die Bemerkung ist nun einmal gemacht worden. Der ganze Kampf um die Sache geht anscheinend weiter. Das Ziel, die Sache aus dem inneren Kampfe herauszubringen, scheint nicht erreicht zu werden. Die Sache geht, wenn „Preußen“ in der Resolution stehen bleibt. Das Reichstagswahlrecht für Preußen ist doch Programmpunkt der Zentrumsparlei. Auch die Nationalliberalen wollen ja die Sache; also können sie auch die Form wollen.

**Stresemann:** schlägt vor, die Sache zu machen. Jetzt nur nicht wieder auseinanderfallen! Zur Regierung gehen und ohne weiteres fordern, daß man losgeht im Herbst.

**Haußmann:** weist auf eine perfide Resolution der Konservativen hin.<sup>7)</sup>

**David:** Das Wahlrecht wird kommen. Die Streitfrage muß aber aus der inneren Diskussion hinaus. Das große Ziel ist nur zu erreichen, wenn man über die Formel hinweggeht.

---

verliert: Die Mehrzahl seiner Freunde in der Reichstagsfraktion seien gegen jede Bevorzugung des Besitzes [im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript: „jedes Besitzes“] und Einkommens, wollen aber Altersstimmen offen lassen. Großer Krach. Unnötiger Zorn der Sozi, Schadenfreude der Konservativen. Neuer Antrag Landsberg: „Gleiches Wahlrecht“ in den Antrag ausdrücklich aufzunehmen. Volkspartei stimmt zu, Nationalliberale und Zentrum lehnen ab. Da der Antrag dadurch in die Minderheit kommen würde und der unerwünschteste Effekt einträte, beantragen wir Vertagung der Sitzung, die gegen die Stimmen der Konservativen beschossen wird. Neue Sitzung auf Samstag vormittag anberaunt. Steigerung der Nervosität.“ — S. auch Schulthess 1917/I S. 356 ff., 508 ff., 668 f. (dort auch Wortlaut der von Müller-Meinigen eingebrachten Konkordienformel).

<sup>5)</sup> Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern, Regierungsvertreter im Verfassungsausschuß.

<sup>6)</sup> In der Landtagsfraktion des Zentrums befand sich eine Reihe entschiedener Gegner des gleichen Wahlrechts. Vgl. Bredt S. 182; Bachem VIII S. 237 f.; für die Hintergründe s. Bergsträsser, Parteigeschichte S. 204, 219. Nach Westarps Ausführungen im Untersuchungsausschuß, WUA 7/I S. 99, wurde „in den Monaten vom April bis Juni 1917 im Abgeordnetenhaus unter Führung und auf Anregung meines Freundes Heydebrand und unter führender Mitarbeit der Konservativen eine grundsätzliche Einigung von vier Parteien (Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Zentrum) auf ein Pluralwahlrecht“ erzielt. Vgl. Westarp II S. 267 f.; WUA 7/I S. 231; WUA 7/II S. 195 f.; Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17 Bd. 5 Sp. 5869 ff. (Geschäftsordnungsdebatte am 2. 5. 1917).

<sup>7)</sup> S. Anm. 4.

**Fehrenbach:** Wir stehen auf dem Standpunkte von 1906.<sup>8)</sup> Wir können aber nicht über die preußische Fraktion hinweggehen. Wenn wir aber auf der Grundlage der alten Resolution eine Einigung erzielen, dann erwartet man eine Vorlage im Sinne dieser Situation.

**Schiffer:** Wir haben die Sachlage, daß unsere preußische Fraktion einen anderen Beschluß gefaßt hat.<sup>9)</sup> Der Streit geht jetzt nur noch um die Form.

**Südekum:** macht den Vorschlag, von einer Resolution überhaupt abzusehen und den Kanzler zur Erklärung zu veranlassen.

**Payer:** macht den Vorschlag, die Worte: „gleiches Wahlrecht“ in die Osterbotschaft einzufügen.<sup>10)</sup>

**Erzberger:** Wenn wir weitergehen — was auch schon Spahn gesagt hat —, dann geht es nicht. Also festhalten am Wortlaut der Resolution!

**Gothein:** Die Initiative muß beim Reichstag liegen. Es ist für den gesamten Eindruck besser, wenn der Reichstag vorangeht. Also entweder alte Resolution —<sup>11)</sup>

**Ebert:** hat den Wortlaut ursprünglich für richtig gehalten. Aber nach Differenzen ist es schwer, mit dem Wortlaut auszukommen. Vielleicht so: Zunächst beim Wortlaut bleiben; dann den Kanzler veranlassen, zur Sache sich zu erklären.

**Schiffer** schließt sich an.

Ein Beschluß wurde nicht gefaßt in dieser Frage.<sup>12)</sup>

## 2.) Friedensfrage.

**Südekum** liest die Ausführung von **Erzberger** vor.<sup>13)</sup> Und **Erzberger** sagt weiter: Rechtsstandpunkt des 1. August, unter Berücksichtigung der Machtverschiebung

<sup>8)</sup> Vgl. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1905/06 Bd. 3 Sp. 3779 (Dr. Porsch, unter Verweis auf die Ausführungen des Reichstagsabg. Graf Hompesch am 7. 2. 1906), 3783, 3995 ff., 4058, 4062 f.; Bachem VI S. 216 f.

<sup>9)</sup> Vgl. Bergsträsser, Parteigeschichte S. 245; s. auch oben Anm. 6.

<sup>10)</sup> Der betreffende Passus in der Osterbotschaft vom 7. 4. 1917 lautet: „Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner die unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben.“ — Zitiert nach Hohlfeld II S. 345 ff. Zur Geschichte der Osterbotschaft vgl. Ludwig Bergsträsser, „Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917“, Tübingen 1929.

<sup>11)</sup> Der Satz bricht im Stenogramm mit einem Gedankenstrich ab.

<sup>12)</sup> Haußmann S. 99 faßt den ersten Teil der Diskussion folgendermaßen zusammen: „Die Debatte wendet sich zuerst den inneren Fragen (preußisches Wahlrecht und Verfassungsausschuß) zu und droht an der Redigierung der Verfassungsresolution hängen zu bleiben. Ich verlange Übergang zum Auswärtigen und werde von Erzberger kräftig unterstützt.“ In Haußmanns eigenhändiger Aufzeichnung aus der Sitzung, Nachlaß Haußmann 28, heißt es unter Punkt I: „Zuerst Einmütigkeit: dem Kanzler die Möglichkeit einer Erklärung für das preuß. allg. gleiche Wahlrecht zu schaffen. Nationallib. u. Zentrum wollen den Eindruck, einen Druck auf ihre Landtagsfraktionen auszuüben vermeiden u. erst dem Kanzler offen folgen.“ — Vgl. auch unten Anm. 37, da Haußmanns Aufzeichnungen und die auf Grund der Aufzeichnungen angefertigten „Tagebuch“-Niederschriften sich nicht streng an die Reihenfolge der Besprechung der verschiedenen Verhandlungsthemen halten.

<sup>13)</sup> S. HA 166. Sitzung, 6. 7. 1917. Die Ausführungen Erzbergers sind abgedruckt bei Bredt S. 108 ff. Südekum hat vermutlich seine eigenen stenographischen Notizen aus der Hauptausschußsitzung vom 6. 7. vorgelesen, die im Nachlaß Südekum 63 aufgefunden wurden.

gen. Im Reichstage müßte dann eine Erklärung kommen. Diese Erklärung müßte amtlich weitergegeben werden durch die Diplomatie. Hier kommt es zunächst auf die Willenskundgebung an. Wenn der Reichskanzler gesprochen hat, muß eine Antwort aus dem Reichstag erfolgen.

**Richthofen:** Erzberger will den Frieden. Geht das mit der heutigen Regierung? Oder müßte erst die Regierung geändert werden? Kann Zimmermann z. B. einen Frieden mit den Vereinigten Staaten machen? Darüber müssen wir doch uns selbst klar werden. Auch in dieser Frage ist Offenheit die Hauptsache. Darüber müßten wir uns aussprechen.

**Erzberger:** möchte sich darüber nicht äußern. Die Hauptsache ist die Sache.

**Stresemann:** Vollkommen offen sprechen. Erzberger muß noch mehr sagen. Wenn die Dinge so liegen, wie Erzberger gesagt hat, dann macht man mit der Erklärung nur eine Halbheit. Die Regierung muß gezwungen werden, Folge zu leisten. Ist der Kanzler in der Lage, den Effekt nach außen zu erzielen? Ist es dann nicht notwendig, einen Akt zu schaffen, der mehr wirkt: Erneuerung der Regierung unter Hinzuziehung der Parlamentarier. Der Reichstag kann alles, was er will! Eine Resolution genügt nicht. Änderung im Personal ist notwendig.<sup>14)</sup>

**Südekum** will auch personelle Änderungen.

**Gothein:** Wenn die Erklärung Eindruck machen soll, dann dürfen wir nicht auf die Machtverhältnisse Rücksicht nehmen. Zimmermann ist natürlich nicht haltbar. Die Wirkungen des U-Boot-Krieges sehe ich nicht so pessimistisch an, wie Erzberger, und es ist besser, wir beendigen jetzt den Krieg. Durchaus bereit sein, mitzumachen.

**Erzberger:** In der Schweiz hat mir Wolff-Metternich<sup>15)</sup> gesagt: Seien Sie überzeugt: Sie mögen machen was Sie wollen, ohne Änderung des Systems der Regierung bekommen Sie keinen Frieden; wenn Sie es nicht in diesem Jahre ändern, dann kostet es im nächsten Jahre die Hohenzollern-Dynastie. Auch Fürst Bülow steht genau auf demselben Standpunkt: Ohne Änderung des Systems in Deutschland kommen wir nicht durch.

Die Geschichte von Bernstorff<sup>16)</sup> trug er vor. Ich bin der Überzeugung, daß eine Art von parlamentarischer Regierung mit einer solchen Erklärung uns noch in diesem Jahre den Frieden bringt.<sup>17)</sup>

<sup>14)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 86; Payer S. 30 („Gegen Bethmann Hollweg erfolgte dabei sofort, wohl ganz den Erwartungen Erzbergers entsprechend, ein scharfer Vorstoß unter nationalliberaler Führung.“).

<sup>15)</sup> Graf Paul Wolff-Metternich, 1901—1912 deutscher Botschafter in London, 1915—1916 in Konstantinopel.

<sup>16)</sup> Johann-Heinrich Graf v. Bernstorff, 1908—1917 deutscher Botschafter in Washington.

<sup>17)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 86: „Erzberger schildert nun die zweideutige Art, in der die deutsche Regierung Wilson behandelt hat, der bereit gewesen sei, Ende vorigen Jahres eine intensive Friedensvermittlung zu unternehmen. Er habe schließlich Bernstorff geradezu hinausgeworfen.“ S. dazu Bernstorff S. 353 ff.; 15. Untersuchungsausschuß I (bes. S. 81 ff.) und II (bes. S. 599 ff., 759 ff.); Erzberger S. 219 f., 231.

**Payer:** Unsere Erklärung muß unzweifelhaft klarstellen, was wir wollen. Die Machtverhältnisse müssen ausscheiden. Wir müssen als Parlament eine Aktion einleiten. Die Welt muß sehen, daß die Initiative vom Parlament ausgeht. Ohne Deutelei. Bloß keine Phrasen. Ausgleichsfrieden. Verzicht auf jede Eroberung unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit.

**Müller-Meinigen** geht auf die Erklärung des Gesandten in Belgien am 5. August 1917 ein.<sup>18)</sup>

**von Richthofen:** Nicht auf die theoretische Bahn schieben. Es kommt darauf an: Wir müssen den Eindruck erregen und feststellen, daß eine Art von Regierungswechsel eingetreten ist und daß die leitenden Stellen von Vertrauenspersonen der großen Parteien besetzt sind. Wie sich das im einzelnen macht, ist nicht sehr schwierig. Mit einer Kabinettsorder ist die Sache gemacht; Staatssekretär-Kollegium. Etwas Unangenehmeres, als ein solcher Wechsel, für die Feinde kann nicht gedacht werden.

**Erzberger:** Die Oberste Heeresleitung steht solchen Gedanken nicht fern. Darin erblickt man eine starke militärische Entlastung. Durch Kabinettsorder könnte ein Kriegsrat gebildet werden. Die Leute sollen natürlich nicht aus dem Parlament mehr ausscheiden; [Art. 9]<sup>19)</sup> der Verfassung, Also: Erklärung in Verbindung mit Personalwechsel.

**Haußmann:** Weitgehende Übereinstimmung ist schon hergestellt. Die sachliche Beurteilung ist sehr erheblich übereinstimmend gewesen. Herr Stegemann (Schweizer)<sup>20)</sup> hat seine Ansicht mitgeteilt.

Wie taktisch am zweckmäßigsten vorzugehen? Da muß man mit den verantwortlichen Herren reden. Man darf nichts übereilen. Man muß auch den anderen Staaten die Möglichkeit geben, ihren Standpunkt einzunehmen. Die Reichsregierung muß auf unseren Standpunkt treten.

<sup>18)</sup> So deutlich im Stenogramm, obgleich Datum und Jahreszahl offensichtlich falsch sind. Wahrscheinlich bezieht sich Müller-Meinigen auf eine Erklärung des deutschen Gesandten in Belgien von Anfang August 1914, und Südekum hat mechanisch 14 durch 17 ersetzt. Am 5. 8. 1914 hatte jedoch der Gesandte in Belgien Brüssel schon verlassen, nachdem ihn der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes am 4. 8. noch angewiesen hatte, er möge, „auch nachdem Einmarsch erfolgt ist, . . . dauernd Standpunkt vertreten, daß Deutschland jederzeit bereit ist, Belgien Bruderhand zu reichen und über annehmbaren modus vivendi zu verhandeln.“ Vgl. Deutsche Dokumente IV Nr. 805 und 845.

<sup>19)</sup> Im Stenogramm: „§ 7“. Hier liegt ein Irrtum oder eine Verschreibung vor. Erzbergers Ausführungen beziehen sich auf Art. 9, in dem es heißt: „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein.“

<sup>20)</sup> Besonders als Kriegsschriftsteller bekanntgewordener Publizist deutscher Herkunft, mit dem Haußmann am 1. 7. 1917 in Bern eine Unterredung gehabt hatte, über die eine ausführliche Aufzeichnung Haußmanns, und zwar in doppelter Ausfertigung, im Nachlaß Haußmann 24 und 29 vorliegt. Für die enge freundschaftliche Verbindung zwischen Stegemann und Haußmann vgl. Haußmann S. 58, 85, 130, 137 und 171 sowie die Erinnerungen Stegemanns, die eine ganze Anzahl seiner Kriegsbriefe an Haußmann zitieren, wobei die Kontakte des Sommers 1917 jedoch nicht berücksichtigt sind. Zu Stegemanns Beurteilung der Kriegslage im Sommer 1917 s. auch V. Naumann, Dokumente S. 272.

Die Frage, an das Hauptquartier zu kommen, ist sehr zu überlegen. [An den]<sup>21)</sup> Kaiser kann man Adressen senden, auch durch Deputation. Die gemeinsame Übereinstimmung dieser Herren wird sich schnell auch den Fraktionen mitteilen.<sup>22)</sup> Ist es nicht richtiger, zunächst mit den Fraktionen die wichtige Sache zu besprechen? Der Reichskanzler kann danach weder am Montag noch am Dienstag eine Rede halten.

**Spahn** behält sich für die Fraktion alles vor.<sup>23)</sup>

**David**: Zwei Fragen: Zunächst fehlt noch das Fundament unseres Vorgehens, die Verständigung über die Formel. Nach der Rede von Erzberger ist die Möglichkeit dazu gegeben. Unterstreicht die Darlegungen von Stegemann, die Haußmann vorgetragen hat.

Die Formel müßte ganz klar und ehrlich und offen sein. Auch die Entente dürfte nicht an ihr vorüber können. Da ist die Linie der russischen Revolution noch immer das beste. Keine Gebietseroberung und keine Entschädigung.<sup>24)</sup> Das richtet sich auch gegen England.

Wenn wir diese Formel gefunden haben, dann ist die Personalfrage schon halb gelöst. Bethmann macht wohl mit. Aber Helfferich? Zimmermann?

„Gegen die Entente-Auffassung vom Kriege. Zurückgreifen auf den 4. August. Keine Eroberungen, keine Entschädigung; nur Lebensrechte verteidigen und keine Lebensrechte verletzen. Wenn nicht — dann Kampf bis zum äußersten.“

Gedanke einer Adresse an den Kaiser ist immerhin erwägenswert; angesichts der Notlage unseres Reichs würde auch unsere Fraktion nichts dagegen einzuwenden haben.

<sup>21)</sup> Im Stenogramm: „Mit dem“.

<sup>22)</sup> Vgl. Haußmann S. 100: „Ich sprach die lebhafteste Genugtuung über den Verlauf der ersten Sitzung aus, der weitere folgen müßten. Es sei in unserem Kreise eine weitgehende Einigung über die drängenden Hauptfragen rasch erzielt worden, weil selbständig bei all den Parteien eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassung über die Kriegslage sich eingestellt habe, woraus sich die Folgerungen von selbst ergeben werden. Falls die Reichsregierung Widerstand bei Vertretung unserer Forderungen fände, so käme eine Adresse an den Kaiser in Betracht, die nach der Geschäftsordnung auch persönlich überreicht werden könne.“ S. dazu auch die eigenhändige Aufzeichnung aus der Sitzung, Nachlaß Haußmann 28: „Haußmann / Es ist in unserem Kreis eine weitgehende Einigung weil die weitgehende Auffassungsübereinstimmung über die Kriegslage hergestellt ist. Aus dieser ergeben sich die Konsequenzen / Frieden, aber taktisch / ev. Adresse an Kaiser.“

<sup>23)</sup> Vgl. Haußmann S. 100: „Spahn und Fehrenbach sprachen aus, daß sie selbstverständlich erst ihre Fraktion über die Resolution hören müßten, mit deren Tendenz die anwesenden Fraktionsvertreter einverstanden seien; mit dem Schritt beim Reichskanzler, betreffend die innere Politik, sei die große Mehrheit jedenfalls einverstanden.“

<sup>24)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 86: „David verlangte, ganz im Sinne der Fraktion, eine deutliche Erklärung, wie sie der russische Arbeiter- und Soldatenrat formuliert hat.“ Für die Stellung der Mehrheitssozialdemokratie zur russischen Friedensformel s. auch Erich Matthias, „Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten“ (Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung, Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte 11), Tübingen 1954, S. 13, 112.

„Wir wenden uns gegen die auch neuerdings noch von feindlichen Staatsmännern kundgegebene Auffassung, als ob Deutschland Kriegsziele verfolge, die die Rechte und Freiheiten anderer Völker mit Eroberung und Vergewaltigungsabsichten bedrohten.

Für uns gilt nach wie vor die zu Beginn des Krieges abgegebene Erklärung: ‚Uns treibt nicht Eroberungssucht‘. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg zum Schutze der Unversehrtheit unseres Reichs.“

**Gothein:**

„Der Reichstag erklärt, daß er auch am Schluß des dritten Kriegsjahres lediglich zur Verteidigung seiner Freiheit und Unversehrtheit, wie derjenigen seiner Verbündeten, die Waffen ergriffen hat. Jederzeit zum Frieden dieser Ziele [bereit]. Recht der vollen Meistbegünstigung.“<sup>25)</sup>

**van Calker:** Für eine Wirkung ist die Erwähnung von Elsaß-Lothringen notwendig. Es muß wenigstens genannt werden. Ich hatte die Hoffnung, zu einer Aufteilung zu kommen. Aber ich glaube, diejenigen, die den Gedanken gehabt haben, müssen ihn aufgeben; aus innerpolitischen und außenpolitischen Gründen. Unsere Feinde wollen Elsaß-Lothringen erobern; daß sie es nicht können, hoffen wir. Aber wenn wir heute eine Erklärung abgeben, daß Elsaß-Lothringen als autonomer Bundesstaat im Deutschen Reiche bleiben soll — das wird auch auf Frankreich und auf die anderen Ententestaaten wirken. Diese Erklärung muß neben der Resolution abgegeben werden.<sup>26)</sup>

**Gothein:** Wir müssen fordern die Aufhebung des Belagerungszustandes.

**Stresemann:** Entscheidung der Fraktion vorbehalten.<sup>27)</sup> Grundsätzlich hatte ich einen anderen Standpunkt. Wenn wir in der Lage wären, den Frieden zu diktieren, dann hätten wir Land genommen und uns nicht aus doktrinären Bedenken [abhalten lassen].<sup>28)</sup> Ich bin heute der Auffassung, daß wir Verständigungsfrieden haben müssen. Die militärische Lage sehe ich nicht so schlecht

<sup>25)</sup> Vgl. Haußmann S. 100: „Zur Abfassung einer Plattform betreffend Kriegs- und Friedenspolitik wurde die Einsetzung einer Unterkommission beschlossen, in welche Erzberger, Richthofen, Gothein, David gewählt wurden, die bereits während der Verhandlung Formulierungen vorgelegt hatten. Der gemeinschaftliche Text sollte am anderen Morgen achteinhalb Uhr vorgelegt werden.“ Erzberger S. 258 berichtet, daß er an den Arbeiten dieser Unterkommission infolge starker Inanspruchnahme durch die Verhandlungen innerhalb der Zentrumsfraktion u. andere Besprechungen nicht teilnehmen konnte, „so daß der erste Entwurf, der meine volle Unterstützung fand, ohne mich ausgearbeitet wurde.“ Für die Verhinderung Erzbergers s. auch David in WUA 7/I S. 283. — Nach Bachem IX S. 435 f. soll ursprünglich Erzberger gemeinsam mit Müller-Fulda eine Fassung der Resolution vorgeschlagen haben, die kurz und bündig lautete: „Wir führen den Krieg nur zur Verteidigung unseres Vaterlandes; wir lehnen jeden Gedanken an Annexionen und Kontributionen ab und erstreben einen Frieden der Verständigung.“ Vgl. auch a.a.O. S. 450 (der erste Entwurf des Textes gehe auf Müller-Fulda zurück).

<sup>26)</sup> Vgl. Haußmann S. 100; Scheidemann, Zusammenbruch S. 86.

<sup>27)</sup> Vgl. Haußmann S. 100: „Schiffer und Stresemann gaben die gleiche Erklärung wie Spahn und Fehrenbach für die nationalliberale Partei und über ihre persönlich zustimmende Auffassung ab, Junck und Richthofen sprachen die bestimmte Hoffnung aus, die Mehrheit ihrer Fraktion für die Resolution zu gewinnen.“

<sup>28)</sup> Im Stenogramm: „weggelassen“.

an. Für mich ist entscheidend, was über Skandinavien und die Schweiz in diesen Tagen gesagt wurde. Namentlich aus der Schweiz kamen bedenkliche Nachrichten. Steins<sup>29)</sup> Nachricht von der Absicht der Neutralen, sich zu einem Bund gegen Deutschland zusammenzuschließen wegen des U-Boot-Krieges.

Schlimm ist, daß gerade die russische Offensive gekommen ist. Sehr unerfreulich ist auch die Frage, daß gerade Lloyd George<sup>30)</sup> und Ribot<sup>31)</sup> jetzt über Regierungswechsel gesprochen haben.

Die Frage der inneren Zustände in Deutschland wird im Ausland in den Vordergrund geschoben. Die innere Frage ist also wichtiger, als die Erklärung selbst. Eine Änderung unseres Regierungssystems würde viel mehr wirken. Das würde für Wochen im Mittelpunkt der ganzen Welterörterung stehen. Was sollte dann Wilson noch sagen? Man muß deshalb diese Frage ganz [von Grund aus]<sup>32)</sup> behandeln.

Über den Kanzler denke ich anders, als die meisten anderen Herren. Alle Erklärungen des Herrn von Bethmann stehen gegen ihn. Geht man diese Sache durch, dann darf man auch dieser Frage des Kanzlerpostens nicht aus dem Wege gehen. Schließlich trägt er doch die Verantwortung.

Frage an die Sozialdemokratie: Wie stehen Sie zu einer Selbständigkeit von Kurland?

Kerenskis Äußerung über Armenien: „Armenien wird nie wieder türkisch“. Auch die belgische Frage muß erwogen werden: Wir wünschen kein Aufmarschgebiet für unsere Feinde in Belgien.<sup>33)</sup>

David verweist auf die Darlegungen von Stockholm.<sup>34)</sup>

Schiffer weist auf Bulgarien hin, das unzweifelhaft Eroberungen machen will.

Gothein: Schutz der nationalen Minderheiten.

van Calker: Die zeitliche Frage ist wichtig. Wir müssen absolute Ruhe für unsere Aktion haben. Jede Erklärung, die wir abgeben oder die von der Regierung ab-

<sup>29)</sup> Gemeint sein könnte sowohl der den Nationalliberalen nahestehende Prof. Ludwig Stein als auch der preußische Kriegsminister Generalleutnant v. Stein.

<sup>30)</sup> Engl. Premierminister.

<sup>31)</sup> Franz. Ministerpräsident.

<sup>32)</sup> Wortlaut unsicher, im Stenogramm nicht eindeutig zu entziffern.

<sup>33)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 86 f.: „Stresemann hält seine grundsätzliche Auffassung über die flandrische Küste, Kurland usw. aufrecht; er gibt seine entsprechenden Pläne aber auf, weil er nicht mehr glaubt, daß deren Durchführung möglich ist. Übrigens sei es selbstverständlich, daß weder er noch ein anderer, — wenn er nicht auf dem Boden der Erklärung stehe, — in ein parlamentarisches Ministerium eintreten könne. Es bestehe jetzt tatsächlich die Gefahr, daß alle Neutralen gegen uns Front machen könnten, weil sie der U-Bootkrieg dazu zwingt. Eine Erklärung, wie die projektierte, erscheine ihm nicht zeitgemäß, sie erscheine ihm direkt gefährlich angesichts der russischen Offensive. Diese habe Erfolge gehabt, die in Paris ungeheuerlich gefeiert wurden. Er möchte gern wissen, wie die Sozialdemokraten sich [„Glocke“ S. 153 stattdessen: „wie wir Sozis uns“] stellen zu der Frage: können wir Kurland auf dem Wege der Verständigung bekommen?“

<sup>34)</sup> Vgl. die kritische Analyse bei Matthias a.a.O. S. 16 ff. Das Stockholmer Memorandum der SPD vom 12. 6. 1917 ist mehrfach abgedruckt, u. a. Scheidemann, Zusammenbruch S. 135 ff.; Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 39 ff.

gegeben wird, wird eine andere Bedeutung haben, wenn die Personaländerung bereits vollzogen ist.

Graf Czernin sagt, daß keine Erklärung Bethmanns Wirkung macht im Auslande. Czernin meinte, daß das Ausland heute annimmt, wenn „wir“ irgendeine Aktion im Sinne des Friedens machen, dann sagen die Deutschen: Jetzt können wir hohe Forderungen stellen. Czernin meint: Solange das Ausland den Erklärungen nicht glaubt, solange kommen wir nicht zu Verhandlungen.

Also: Wenn wir eine Erklärung abgeben, wenn sie in Zusammenhang gebracht wird mit Personaländerungen, dann erst nach der Änderung. Hinzu kommt auch, daß [sie]<sup>35)</sup> dann nicht unter dem Eindruck der russischen Offensive vollzogen ist.<sup>36)</sup>

**David:** Gegen Schiffer; für uns ist das Selbstbestimmungsrecht nicht sehr gefährlich, wohl aber für die Russen.

**Richthofen:** Wie wollen wir weiter prozedieren. Wir dürfen die Erklärung auch nicht überschätzen. Aber dann werden die ganzen feindlichen Regierungen auf die Sache losgehen, und es wird wenig davon übrig bleiben. Im Inneren wird es heftige Kämpfe geben. Unsere Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben, die den Frieden gar nicht machen kann — einer solchen Regierung in einer solchen Erklärung etwas Neues zu geben, hat ja eigentlich gar keinen Zweck. Daher muß die andere Frage in den Vordergrund geschoben werden: Parlamentarisches System. Haben wir gemeinsame Formel und Programm für die Herstellung des Friedens und die Aufgaben während des Friedens? Wenn ja, dann müssen wir hingehen und erklären, daß wir die Regierung in die Hand nehmen wollen. Das ist das einzige, was wir machen können.

**Schiffer:** Ich bitte wegen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker recht vorsichtig zu sein.

**David:** Richthofens Vorschlag, eine Plattform für die äußere und innere Politik zu schaffen, und die Erklärung, daß die Parteien auch die Regierung übernehmen wollen, ist eine ungeheuerliche Tat. Ich schrecke davor nicht zurück. An welche Adresse ist das zu richten? An den Kaiser. Wir sind aber zunächst da, um mit dem Kanzler zu verhandeln. Ich gebe zu bedenken, daß man zunächst mit dem Kanzler verhandelt. Wenn nicht, dann über den Kanzler hinaus.

**Payer** will, daß man wenigstens wegen des preußischen Wahlrechts mit dem Kanzler reden sollte.<sup>37)</sup>

<sup>35)</sup> Im Stenogramm: „man“.

<sup>36)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 87: „v. Calker: wir können erklären, was wir wollen; das Ausland glaubt nicht daran, wenn wir nicht einen Personenwechsel vornehmen [„Glocke“ S. 153: „bekommen“].“

<sup>37)</sup> Haußmann S. 99 f. faßt seinen Eindruck über den zweiten Teil der Debatte dahin zusammen, daß sie sich bald „in festem, einheitlichem Rahmen“ bewegt habe: „Nach drei Stunden ist Einigkeit aller siebzehn Mitglieder erzielt. Der Reichstag soll ein Programm aufstellen: Verteidigungskrieg, keine Zwangsannexionen und Kontributionen, Fortsetzung des Krieges bis zu diesem Ziel mit voller geschlossener Kraft, parlamentarische Regierungsweise. Dem Kanzler Bethmann Hollweg soll eine Erklärung für das preußische allgemeine Wahlrecht durch einen Beschluß der vier Parteien ermöglicht werden. Insbesondere die nationalliberalen und Zen-

**Scheidemann:** Wir haben heute abend eine Unterredung mit dem Kanzler.<sup>38)</sup>  
(Payer ist dann wegen des Wahlrechts zum Kanzler gegangen.)<sup>39)</sup>

trums-Reichstagsabgeordneten wollen diese Form, damit die Initiative in Preußen von der Regierung ergriffen werde, in welchem Falle ihre preußischen Landtagsfraktionen der Regierungspolitik sich anschließen und ein unmittelbarer Druck auf sie seitens des Reichstags vermieden erscheine.

Weiterhin wurde gemeinsames Vorgehen für eine Autonomie der Reichslande für nötig erklärt, und zwar auf Anregung des nationalliberalen Abgeordneten van Calker . . . — S. dazu auch die sehr knappe eigenhändige Aufzeichnung aus der Sitzung, Nachlaß Haußmann 28, die den Hauptpunkt der Verhandlungen zwischen den Parteien auf folgende kurze Formel bringt: „II. Verteidigungskrieg nicht Eroberungskrieg, Anstreben eines Friedens jetzt. Der Reichstag soll eine Erklärung zuerst gegenüber dem Reichstag abgeben.“ Vgl. auch oben Anm. 12.

<sup>38)</sup> Vgl. Haußmann S. 100: „Scheidemann begrüßt mit Freuden die Zusammenkunft und teilt mit, daß er und Ebert auf ihren Wunsch heute abend von Bethmann Hollweg empfangen werden, um die Auffassung ihrer Partei darzulegen.“ — Jedoch wurden erst in der sich an die interfraktionelle Besprechung anschließenden mehrheitssozialdemokratischen Fraktions-sitzung Ebert, Scheidemann, David, Hoch und Hoffmann-Kaiserslautern offiziell für die Unterredung mit dem Kanzler bestimmt. Am 7. berichtete Hoch in der Fraktion über das Ergebnis der Aussprache. Vgl. SPD-Fraktion, 6. u. 7. 7. 1917, sowie Bethmann II S. 225 f. — Außer Payer — als Sprecher der vier Parteien — und der sozialdemokratischen Delegation empfing Bethmann Hollweg nach der interfraktionellen Sitzung, laut Bredt S. 75, auch noch den Zentrumsabgeordneten Spahn u. den Nationalliberalen Schiffer; vgl. auch Helfferich S. 444 f. Die von Bredt a.a.O. auf etwa 18 Uhr verlegte Unterredung des Kanzlers mit Erzberger fand in Wirklichkeit bereits am Frühnachmittag statt; s. dazu die sachlich voneinander abweichenden Berichte bei Bethmann II S. 224 f. und Erzberger S. 257 f., wo 15 Uhr als Termin genannt ist. Der betreffende Passus des Erzbergerschen Buches stimmt sachlich mit seiner „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18, überein; jedoch wird hier die Unterredung bereits unter 14 Uhr 45 registriert.

<sup>39)</sup> Bei Payer S. 30, der den „ungewöhnlich frischen, unternehmenden, noch etwas aufgeregten Zug im Ganzen“ hervorhebt, heißt es, man habe ihn beauftragt, „sofort zum Reichskanzler zu gehen und ihm zu erklären, daß man ihn in der Frage des preußischen Wahlrechts zu unterstützen bereit sei, aber auch von ihm schleunigste Erledigung derselben erwarte. Ich hatte, als ich unmittelbar nachher mich zur Erledigung dieses Auftrags als der Vertreter von vier Parteien, die zusammen über mehr als zwei Dritteile der Reichstagsstimmen verfügten, in die Wilhelmstraße begab, das Gefühl, daß im Verhältnis des Reichstags zur Reichsregierung ein neuer Abschnitt begonnen habe.“ — Vgl. Haußmann S. 100 f.: „Payer wurde beauftragt, sofort zu Bethmann Hollweg zu gehen und namens der vier Parteien die Forderungen betreffend das preußische Wahlrecht und parlamentarische Neuorientierung bekanntzugeben . . . Payer empfiehlt, nicht ihn, sondern Ebert und Scheidemann über das Ergebnis der heutigen interfraktionellen Besprechung berichten zu lassen. Ebert lehnt dies ab und alle Anwesenden erteilen nochmals Payer den Auftrag. Damit war Payer zum Wortführer der Vertreter von vier Parteien und damit der Reichstagsmehrheit berufen. Schluß sechs Uhr.“

**1b: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 6. 7. 1917.**

Nachmittags: Besprechung der 4 Parteien (Payer, Gothein, Müller[-Meiningen], v. Richthofen, Junck, Calker, Erzberger, Fehrenbach, Spahn, Ebert, Scheidemann, Südekum, David).<sup>1)</sup> Beschluß auf 1. Gemeinsame Friedenszielresolution. 2. Umgestaltung der Regierung. Subkommission: Richthofen, Gothein, David<sup>2)</sup>: Entwurf einer Resolution.

<sup>1)</sup> David berücksichtigt nicht alle Teilnehmer; vgl. Nr. 1a Anm. 2.

<sup>2)</sup> Erzberger ist nicht berücksichtigt; vgl. Nr. 1a Anm. 25.

## 2.

## 7. 7. 1917, vorm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

2a: Nachlaß Südekum 63, Stenogramm (Fr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Unterredung bei Spahn<sup>2)</sup>, 7. Juli 1917, ½9 Uhr.“

Payer referiert über die Unterredung mit dem Kanzler, der entgegenkommende Erklärung abgeben will.

David liest dann die gemeinsame Erklärung<sup>3)</sup> vor, die die Unterkommission<sup>4)</sup> ausgearbeitet hat<sup>5)</sup> und die der Reichstag abgeben soll.

Junck weist auf die großen Schwierigkeiten in der Fraktion hin. Ganz und gar unverständlich ist die Fraktion für die Dinge, die im „Werden“ sind. Es sei ganz ausgeschlossen, mit einer solchen Erklärung jetzt hervorzukommen.

Calker meint, bei ruhiger Entwicklung werde man zu einem besseren Resultat kommen.<sup>6)</sup>

Spahn: Noch keine Entscheidung in der Zentrumsfraktion. Noch keine Mitteilung der Erklärung.<sup>7)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 101 f.

<sup>2)</sup> In Spahns Zimmer im Reichstagsgebäude, vgl. Haußmann S. 101.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 25a.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 1 Anm. 25.

<sup>5)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, findet sich unter dem Datum 6. 7. 1917, 21 Uhr, folgende gestrichene Partie: „Bericht an die näheren Fraktionskollegen und mit Gothein, der die Fertigstellung der hauptsächlich von Richthofen und David redigierten Resolution meldet, Dove und Waldstein bei Rheinwein bis tief in die Nacht auf dem Dachgarten der Deutschen Gesellschaft [von 1914] unter klarem Abend- und Nachthimmel.“

<sup>6)</sup> Vgl. Haußmann S. 101: „Junck, Calker und Richthofen erklären: Wir haben unserer Fraktion, die gestern abend tagte, Mitteilung von der Konferenz gemacht, konnten ihr aber von dem Entwurf noch nicht berichten, da die Stimmung unserer Fraktionsgenossen noch nicht reif für ein gemeinsames Vorgehen auf dieser Grundlage ist; wir haben aber Hoffnung, sie dafür zu gewinnen.“ — Der Passus ist leicht redigiert aus der eigenhändigen Aufzeichnung über die Konferenz bei Spahn, Nachlaß Haußmann 28, übernommen.

<sup>7)</sup> Die interfrakt. Sitzung wurde wegen des Beginns der Hauptausschußverhandlungen (9 Uhr 15) auf nachmittags vertagt.

2b: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 7. 7. 1917.

Vorher<sup>1)</sup> im Zimmer Spahns Besprechung der „Verschwörer“. Mit den Nationalliberalen sieht es flau aus. Auch Zentrum?

<sup>1)</sup> Vor der Sitzung des Hauptausschusses; vgl. Nr. 2a Anm. 7.

## 3.

## 7. 7. 1917, nachm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

3a: Nachlaß Südekum 63, Stenogramm (Fr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Geheime Verhandlung 7. Juli 1917“.<sup>2)</sup>

**Erzberger** würde die erste Formulierung der Erklärung für gut halten.<sup>3)</sup> Erklärung des Reichstags, die als Basis für eine Regierungserklärung dienen kann.<sup>4)</sup>

**Spahn** legt eine zweite Fassung der Erklärung vor; sie stammt von Richthofen.

**David:** Es ist verkehrt, wenn man die Konservativen mit heranziehen wollte. Deshalb ist die zweite Fassung, die das wohl erstrebt<sup>5)</sup>, nicht annehmbar.

**Haußmann:** Formal: Wenn der Reichskanzler unsere Resolution annehmen würde, wäre es das beste.

**Payer:** Einheitlichkeit ist nicht möglich, und es ist notwendig, daß eine Opposition bestehen bleibt. Aber mit der Regierung müssen wir natürlich zur Übereinstimmung kommen; denn sonst ist es ganz verfehlt. Sachlich können wir uns wohl mit dem Reichskanzler [verständigen]. Wie kann man die Sache der Welt bekanntgeben? Entweder der Reichskanzler sagt es, und wir schließen uns dem an, oder wir gehen ohne Rücksicht auf den Reichskanzler los und bringen von uns aus etwas mit demselben Gedankengang zustande. Der erste Weg scheint mir besser. Dann wäre eine gute Formel nach außen gefunden. Wenn wir von uns aus vorgehen würden, so glauben viele, wird es im Ausland besser wirken. Aber das scheint mir nicht besser zu sein.<sup>6)</sup>

**Gothein:** Daß die Zustimmung des Reichskanzlers zu erlangen ist, glaube ich als

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 103—105; SPD-Fraktion, 7. 7. 1917; Scheidemann, Zusammenbruch S. 87.

<sup>2)</sup> Nach Haußmann S. 103: 15 Uhr; nach Ebert, SPD-Fraktion, 7. 7. 1917: 16 Uhr.

<sup>3)</sup> Der Entwurf ist abgedruckt bei Haußmann S. 104 f.; vgl. Nr. 25a. Nach Payer S. 31 stammt die Grundlage des Entwurfs von Gothein. Jedoch dürfte der Anteil Davids (s. seine improvisierten Formulierungen in Nr. 1) nicht geringer zu veranschlagen sein. Ferner ist auf die wesentliche Beteiligung Richthofens (vgl. Nr. 2 Anm. 5) zu verweisen.

<sup>4)</sup> Zur Haltung der Zentrumsvertreter (Erzberger, Spahn, Fehrenbach, Müller-Fulda) in dieser Sitzung s. die eingehenderen Ausführungen von Ebert, SPD-Fraktion, 7. 7. 1917. Vgl. auch Haußmann S. 103: das Zentrum müsse erst das Ergebnis der Fraktionssitzung abwarten, aber die Haltung der großen Mehrheit stehe fest.

<sup>5)</sup> Vgl. Westarp II S. 350: „Am Nachmittag des 7. 7. 1917 trat trotz meiner scharfen Vormittagsrede Schiffer an mich mit der Frage heran, ob die Konservativen bereit seien, an einer gemeinsamen Fassung der Resolution mitzuarbeiten und teilte mir Entwürfe mit. Ich ging sachlich auf diese Entwürfe ein und erklärte mich, natürlich unter Aufrechterhaltung unseres eigenen Standpunktes, zu einem Versuch der Mitarbeit bereit. Schiffer sagte weitere Nachricht zu, die aber nicht erfolgt ist. Im Ernst dachte niemand an die Möglichkeit unserer Mitarbeit.“

<sup>6)</sup> Nach Haußmann S. 104 berichtete Payer im Verlauf der Sitzung über seinen Besuch bei Bethmann am Vorabend, der „die Kenntnisgabe des Standpunktes der vier Parteien betreffend das preußische Wahlrecht und Parlamentarisierung entgegengenommen, aber noch keine Erklärung gegeben habe. Er (Payer) hat persönlich aus der Unterhaltung den Eindruck gewonnen, daß der Kanzler das gleiche Wahlrecht in allernächster Zeit bringen wolle und werde.“

sicher anzunehmen. Es ist also wohl richtig, mit dem Kanzler zu verhandeln. Was dann den weiteren Weg anlangt, so hat der Payersche Vorschlag seine Vorzüge; aber er ist etwas gekünstelt und schwach. Auch die Wirkung auf das Ausland ist größer, wenn der Reichstag aus sich heraus die Resolution einbringt und der Kanzler dazu Stellung nimmt. Initiative dem Reichstag.

**Richthofen:** So einfach liegen die Verhältnisse in der nationalliberalen Fraktion nicht. Das Interesse ist bei uns nicht sehr groß. Aber es ist doch die Möglichkeit vorhanden, wenn sich die anderen drei Parteien einigen.<sup>7)</sup> Ausgeschlossen ist aber, daß der Reichskanzler die Initiative hat. Die Schwierigkeiten sind bei meiner Fraktion nach wie vor außerordentlich groß. Es muß immer wieder gedrückt werden auf Umänderung der Regierung! Es darf keine Hilfe für diese Regierung werden. Es muß eine Art Kriegsrat oder so etwas gebildet werden.

**David:** Hier muß das Parlament führend sein. Es kommt auch in Betracht die Stellung des Kanzlers; sie ist erschüttert.

**Erzberger:** Das Parlament hat die Initiative ergriffen, und wir müssen uns auch der Verantwortung bewußt sein. Im Ausland wirkt der Reichstag überhaupt nicht. Friedensbewegung wird gestärkt; Rußland kommt in wenigen Wochen auf unsere Seite! Nicht gegen die Regierung; aber keine sachlichen Wünsche der Regierung weiter berücksichtigen. Wir haben die Verantwortung, und die geschichtliche Wahrheit erfordert, daß wir so verfahren.

**Fehrenbach:** Die Konservativen dürfen nicht mitmachen. Diese Aktion kann nur gemacht werden, wenn im übrigen annähernd der ganze Reichstag zustimmt.

**Haußmann** schlägt vor, den Verfassungsausschuß beschließen zu lassen unter dem Vorbehalt, daß es das gleiche Wahlrecht bedeutet und widrigenfalls freie Hand bedeutet.

**Ebert:** Dieser Vorschlag ist sehr schwer durchführbar.

**Payer:** Helfferich wollte nicht an die Interpellation am Montag<sup>8)</sup> heran.

---

<sup>7)</sup> Zur Ergänzung s. Haußmann S. 103: „Junck erklärt, daß die Nationalliberalen erst abends Fraktionssitzung haben und vorher keine Erklärung abgeben können. Ein Teil der Fraktion fürchte, daß die Resolution Bethmanns Stellung befestige und deshalb weigern sie sich, für die Resolution zu stimmen. Schiffer erklärt, die Resolution und die bisherige Haltung der Partei kontrastiere. Richthofen tritt dem entgegen.“ — Im maschinenschriftlichen Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, schließt sich der folgende, nicht in die „Schlaglichter“ übernommene Satz an: „Calker bedauert, daß die Stellung zum Kanzler viele seiner Parteigenossen von einer Resolution abhalte, die doch eigentlich in der Richtung von Bethmannscher Politik liege.“ — S. dazu auch die Ausführungen Eberts, SPD-Fraktion, 7. 7. 1917, der feststellte, daß bei den Nationalliberalen die Dinge am unsichersten lägen.

<sup>8)</sup> Die Diskussion drehte sich um die von Müller-Meinigen im Verfassungsausschuß eingebrachte Konkordienformel zur Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten; s. Nr. 1 Anm. 4. Vgl. Helfferich S. 438: „Es gelang mir nicht ohne Mühe, am Nachmittag des 2. Juli eine Einigung darüber herbeizuführen, daß die Erörterung der einzelstaatlichen Wahlrechte zurückgestellt werden sollte; dafür konnte ich auf Grund meiner inzwischen mit den Bundesregierungen geführten Verhandlungen eine entgegenkommende Erklärung hinsichtlich der Vermehrung der Mandate der großen Reichstagswahlkreise in Aussicht stellen.“

Sozialdemokratie stimmt zu, den Haußmannschen Vorschlag zu versuchen. Payer wird beauftragt, den Kanzler zu informieren.<sup>9)</sup>  
Vertagt auf Sonntag 12 Uhr.<sup>10)</sup>

- <sup>9)</sup> Vgl. Ebert, SPD-Fraktion, 7. 7. 1917: „v. Payer ist beauftragt, dem Kanzler zu erklären, daß sich die Leitungen der vier Fraktionen heute auf diese Erklärung [Friedensresolution] geeinigt haben; er wird ihm auch den Wortlaut der Erklärung geben.“ — Für das Ergebnis der interfrakt. Sitzung vom 7. 7. nachm. s. ferner die sich anschließenden Darlegungen Eberts in der SPD-Fraktion. Es sei erwogen worden, dem Kanzler nahezu legen, in seiner Rede im Plenum sich von vornherein auf den Boden der Resolution der Mehrheitsparteien zu stellen, worauf die vier Parteien ihn kräftig unterstützen würden. Diese Auffassung sei jedoch „einmütig abgelehnt“ worden. Der Reichstag müsse „seine eigene Initiative wahren, aus historischen wie aus politischen Gründen. Die Reichsregierung mag sich dann anschließen.“ Weiterhin sei man sich bewußt, „daß die unausbleibliche Konsequenz aus dieser Situation die Einführung des parlamentarischen Systems, die Parlamentarisierung der Staatssekretäre sein würde.“ Darüber solle am folgenden Tage weiter gesprochen werden. In der Wahlrechtsfrage bestehe Einigkeit darüber, daß man so schnell wie möglich eine Erklärung haben wolle. Nach dem, was Payer berichtet habe (s. Anm. 6), sei zu erwarten, „daß das freie Wahlrecht gewährt wird. Hoffentlich täuschen wir uns da nicht.“ — Ähnlich auch Scheidemann, Zusammenbruch S. 87: „Während in den vorausgegangenen Besprechungen nur von einem Personenwechsel gesprochen war, ist daraus jetzt das parlamentarische System geworden. Dafür bin ich selbstverständlich durchaus, aber von heute auf morgen, so fürchte ich, kann man das mit allen seinen Konsequenzen kaum durchsetzen.“
- <sup>10)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 87: „Es wird eine Sitzung verabredet für Sonntag 12 Uhr, weil die Nationalliberalen Zeit haben müssen, um ihren Umfall, wenn er überhaupt in der Kriegszielfrage möglich ist, vorzubereiten.“

**3b: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 7. 7. 1917.**

Nachmittags: Besprechung der 4 Parteien. Resolution scheint nicht auf großen Widerstand zu stoßen. Jedoch Nationalliberale? — Payer soll Kanzler informieren.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Im Kriegstagebuch Davids heißt es weiter: „Fraktionssitzung: Bericht über Besprechung mit dem Kanzler. Verlesung der Resolution. Große Überraschung und Freude.“ Vgl. dazu Nr. 3a Anm. 9.

## 4.

## 8. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

**4a:** Nachlaß Haußmann 28, eigenhändig mit Tinte.<sup>1)</sup> Überschrift: „Vertrauensmännerkonferenz 8. 7. 17 12 Uhr.“<sup>2)</sup>

**Spahn:** Reichskanzler hat Bedenken, daß die Resolution<sup>4)</sup> in einigen Punkten als Proklamierung des Zusammenbruchs wirken würde<sup>6)</sup>

Will den Passus über Grenzen wegen Italiens weglassen / den Schlußpassus verstärken

**Junck:** Paasche soll referieren  
Paasche spricht sich in unsicherer Weise dagegen aus<sup>8)</sup>

**4b:** Haußmann S. 106—108; ergänzt nach dem maschinenschriftlichen Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151.<sup>1)</sup>

Zwölf Uhr. Parteivertreterkonferenz. Es erscheinen auf Einladung als Vertreter der „deutschen Fraktion“<sup>3)</sup> Wangenheim und Behrens. Zuerst teilt Spahn mit, daß er die Resolution dem Reichskanzler mitgeteilt habe (wozu ein Auftrag nicht erteilt war)<sup>5)</sup>. Bethmann Hollweg habe Bedenken, die Resolution könnte in einigen Punkten als Proklamierung des Zusammenbruchs wirken.<sup>6)</sup> Er will den Passus über die Grenzen, Italiens wegen, weglassen und den Schlußpassus verstärken. Die Nationalliberalen sind zahlreich erschienen.<sup>7)</sup> Junck erklärt gereizt: Geheimrat Paasche soll referieren. Paasche referiert unsicher und verschwommen mit einerseits und andererseits. Die Fraktion könnte für eine Fassung eintreten etwa in der Fassung: „unter Ablehnung des Gedankens unsererseits, den Krieg zum Zweck erzwungener Gebietserwerbung fortzusetzen.“<sup>8)</sup> Junck ruft aus:

„Herr Paasche soll doch einfach sagen, daß er gegen die Resolution und das Zusammengehen war; deshalb habe ich ge-

<sup>1)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 87 f.; Erzberger S. 259.

<sup>2)</sup> Im Or. links oben am Rande des Blattes die eigenhändige Bemerkung Haußmanns: „Ludendorff erscheint“.

<sup>3)</sup> Fraktioneller Zusammenschluß: Deutsche Reichspartei (Frei-Konservative), Wirtschaftl. Vereinigung, Deutsche Reformpartei, Deutsch-Hannoveraner, Bayerischer Bauernbund u. Abg. ohne Parteizugehörigkeit.

<sup>4)</sup> Im Or. mit blauem Farbstift unterstrichen.

<sup>5)</sup> Im Gegensatz dazu die in Nr. 3 Anm. 9 zitierte Erklärung Eberts vor der SPD-Fraktion.

<sup>6)</sup> Vgl. Bethmann II S. 225 f.; HA 167. Sitzung, 7. 7. 1917.

<sup>7)</sup> S. dazu Scheidemann, Zusammenbruch S. 87: „Es stellte sich heraus, daß die bisherigen Delegierten der Nationalliberalen nicht im Auftrage ihrer Fraktion, sondern auf eigene Faust gehandelt hatten. Am 9. Juli soll bei den Nationalliberalen die Entscheidung fallen.“

<sup>8)</sup> Dazu eine eigenhändige Notiz im Nachlaß Haußmann 28: „Erklärung der Nationalliberalen am 8. Juli / mit Ablehnung des Gedankens unsererseits den Krieg fortzusetzen zum Zwecke erzwungener Gebietserwerbung erstrebt.“

**Richthofen** führt aus, daß Nationallib[erale] nur mittun können, wenn gleichzeitig ein Systemwechsel eintritt

#### Müller[-]Meinungen

**Ebert** appelliert ausgezeichnet an die Nationalliberalen

#### Südekum

**Erzberger:** Stein hat die Herren H. u. L.<sup>9)</sup> hierher<sup>10)</sup> / Wir sind gerne bereit, einem Ausschuß Auskunft zu geben

Sie wollten mit dem Parlament einig gehen / Sie sind gestern wieder abgereist. Bethmann hat falsch referiert<sup>11)</sup>, es sei eine plötzliche Erregung<sup>12)</sup>

beten, daß er hier erscheine.“ **Richthofen** führt aus, daß die Nationalliberalen nur mittun können, wenn gleichzeitig ein parlamentarischer Systemwechsel ein-trete.

**Ebert** appelliert in ausgezeichneter Weise an die Nationalliberalen und lädt sie ein, sich von der Mehrheitsbildung nicht auszuschließen.

**Erzberger**, wie immer mit Tatsachen und Neuigkeiten operierend, teilt mit: Der Kriegsminister Stein hat die Herren Hindenburg und Ludendorff, hierher zu kommen.<sup>10)</sup> Sie erschienen. Sie waren gerne bereit, einem Ausschuß Auskunft zu geben, nur nicht gerade im Haupt-ausschuß, weil, so wurde mir gesagt, sie sich nicht von Ledebour anpöbeln lassen wollten.

Sie möchten mit dem Parlament einig gehen. Bethmann Hollweg hat dem Kaiser unrichtig über die parlamentarische Lage referiert:<sup>11)</sup> es handle sich bei den Vorgängen im Hauptausschuß und

<sup>9)</sup> Im Or. hinter H. u. L. (= Hindenburg und Ludendorff) gestr.: „zuerst“.

<sup>10)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 87 f.: „Erzberger konnte folgendes berichten: der Kriegsminister von Stein hat Hindenburg und Ludendorff telephonisch nach Berlin gerufen. Ihre Anwesenheit sei erforderlich, weil sich hier merkwürdige Dinge abspielten“. Bethmann Hollweg bekam Wind von der Sache. Er ließ den Kaiser, der ebenfalls nach Berlin kam, schon auf dem Bahnhofe abfangen und sofort zu sich dirigieren. Damit hatte er schon gesiegt. Er fragte den Kaiser, was die beiden Heerführer hier wollten; der Reichstag habe keinerlei Differenzen mit der Heeresverwaltung; was an politischen Meinungsverschiedenheiten vorhanden sei, gehe ihn an, nicht [„Glocke“ S. 176: „nichts“] aber die beiden. — Der Kaiser hat darauf Hindenburg und Ludendorff sofort wieder fortgeschickt. — Nebenbei: Hindenburg und Ludendorff hatten sich an Erzberger gewandt und ihn wissen lassen, daß sie gern bereit seien, mit den Fraktionsführern zu beraten. Um keinen Kompetenzkonflikt heraufzubeschwören, empfehle es sich vielleicht, diese Besprechungen nicht im Reichstage, sondern im Generalstabsgebäude abzuhalten. — Ins Parteibureau ist dann noch ein Offizier gekommen, der dort Ebert antraf, um ihn zu fragen, ob er nicht mit mir zusammen mit Ludendorff reden wollte. Ebert hat zugesagt und mir telegraphiert. Wir trafen uns abends im Hotel Exzelsior. Inzwischen waren Hindenburg und Ludendorff aber bereits wieder abgereist [„Glocke“ S. 176: „abgedampft“].“ — Vgl. ferner Bethmann II S. 227 ff.; WUA 7/I S. 288; Erzberger S. 259; Haußmann S. 109; Valentini S. 158.

<sup>11)</sup> Erzberger S. 259 stellt apodiktisch fest, daß das Vertrauen zum Reichskanzler „aufs heftigste erschüttert“ worden sei. Diese Wendung findet sich wörtlich auch in seiner „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18, und ist dort noch schroff verstärkt. Erzbergers Urteil trifft jedoch auf die Gesamtheit des Interfrakt. Ausschusses zweifellos nicht zu.

<sup>12)</sup> Vgl. Bethmann II S. 228.

der Parteivertreterkonferenz um eine plötzliche Erregung, die bald zurückgehen werde<sup>12)</sup>, während es sich in Wahrheit um den Willen zu einer bestimmten Politik im Parlament handelt. Der Kaiser sei erstaunt gewesen über das Erscheinen der Herren des Hauptquartiers und darüber, daß sie innere Politik machen. Sie seien alsbald wieder zurückgekehrt.

**Payer** stellt fest, was er namens unseres Ausschusses dem Kanzler mitgeteilt habe; er habe, der Wahrheit entsprechend, am Freitag abend gesagt, daß an diesem Tag eine Erregung geherrscht habe, die im gleichen Grade nicht anhalten werde.

**Haußmann:** Die Nationalliberalen zwingen eine übereilte Behandlung auf / selbständig, aber nicht händelsüchtig / denn was sich gegen Bethmann richtet, richtet sich mittelbar gegen Kaiser u. Ludendorff u. darum wollen wir eine Resolution, die als Brücke zu einer anderen Politik dient

**Haußmann:** Die Nationalliberalen wollen plötzlich einen „Systemwechsel“ und dann erst zu der Resolution Stellung nehmen. Das überstürze oder verzögere unzumutbar. Ein Systemwechsel sei nicht in ein paar Tagen durchzuführen. Was als erstes nützlich sei, sei eine Kundgebung des Reichstags zu einer klaren, besonnenen Politik einer festen Mehrheit: das sei nach außen und innen ein Bedürfnis. Wolle man gegen Bethmann vorgehen, weil er die Widerstände beim Kaiser in den inneren Fragen nicht rasch genug überwinde, so gehe man damit gegen den Kaiser und den Geist des Hauptquartiers vor. Diesen Konflikt aufzureißen, sei heute nicht die Stunde. Die Resolution wolle nicht einen Bruch, sondern der Reichsregierung und damit dem Kaiser, wie Hindenburg und Ludendorff eine Brücke für eine richtige Politik schlagen. Er lade die Nationalliberalen dringend ein, sich nicht von dieser in Gegenwart und Zukunft wichtigen Willenskundgebung des Reichstags auszuschließen. Die vorgeschlagene Änderung sei nicht glücklich.

**Paasche** lenkt ein, verlangt Audienz beim Kaiser

**Paasche** lenkt ein, er sei nicht gegen eine gemeinsame Resolution, aber richtiger wäre, beim Kaiser eine Audienz zu erbitten, was er vor Jahren einmal getan.

**Erzberger** referiert nochmals über den Hergang beim Kaiser / der sei erstaunt gewesen über das Erscheinen der Herren des Hauptquartiers u. daß sie innere Politik machen

**Payer** referiert über sein Referat beim Kanzler

**Calker:** mir ist es gleich welche Resolution u. mit welcher Mehrheit. Unordnung u. Direktionslosigkeit

**Gothein:** Majoritätsministerium

**Junck:** Über Resolution können wir uns einigen, aber sie hat für mich gar keinen Wert, wenn wir nicht eine Erneuerung der Regierung / nicht bloß Dekorationsstücke eintritt. 4 Vertreter an den Reichskanzler u. wenn er nicht zustimmt<sup>13)</sup>, ihn um Audienz beim Kaiser bitten.

**Südekum:** Nicht für „Kronrat“, der sich freilich zum Ministerium entwickelt.

**Erzberger:** Reihenfolge — klipp u klar: Nationalliberale bis 5 Uhr dann 6 Uhr, — Kanzler

**van Calker:** Mir ist gleich, welche Resolution und mit welcher Mehrheit, aber die Unordnung und Disziplinlosigkeit muß aufhören (es war nicht zu erkennen, ob er diejenige seiner Fraktion meinte).

**Gothein** erklärte, das einzige Hilfsmittel zu klaren Verhältnissen sei ein Majoritätsministerium; auch ein Reichskronrat könnte so gestaltet werden, daß er materiell und entwicklungsgeschichtlich uns vorwärts brächte.

**Junck:** Über die Resolution können wir uns einigen, aber sie hat für mich gar keinen Wert, wenn wir nicht eine Erneuerung der Regierung erhalten, nicht bloß Dekorationsstücke. Er schlägt vor, alsbald vier Vertreter an den Reichskanzler mit dieser Forderung zu schicken und, wenn er nicht zustimmt, ihn aufzufordern, für die vier Vertreter um eine Audienz beim Kaiser zu bitten.

[*Südekum ist nicht für einen Kronrat, der sich freilich zum Ministerium entwickeln würde.*]<sup>14)</sup>

**Erzberger:** Wir müssen bei der bisherigen Reihenfolge bleiben. Die Nationalliberalen sollen sich bis fünf Uhr über ihre Haltung zur Resolution schlüssig werden, man müsse klipp und klar handeln.

<sup>13)</sup> Im Or. gestr.: „durch“.

<sup>14)</sup> Ergänzt nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151; jedoch ist dort, abweichend von Nr. 4a, die Stellungnahme Südekums zwischen Gothein und Junck eingefügt. Der Passus ist im Or. gestrichen, und zwar vermutlich von Zeller.

**Payer:** Was wollen wir? Wenn Kanzler mit der Resolution einverstanden ist

**Junck:** Ich stimme nicht für die Resolution, ohne Erneuerung der Regierung

**Erzberger:** Vertagung bis die Nationalliberalen Beschluß gefaßt

**Haußmann:** ja nur soll[en] sich die Nationalliberale[n] auch über das Friedensprogramm des neuen Ministeriums einig [werden], obwohl sie selbst noch nicht darüber einig<sup>15)</sup>

<sup>15)</sup> Bricht im Or. im Satz ab.

**Payer:** Dazu müssen wir wissen, was wir wollen und was die Konsequenz davon ist, wenn der Kanzler mit der Resolution einverstanden ist, oder wenn er uns eine Erklärung nicht sofort gibt.

**Junck:** Ich stimme, wie ich bestimmt wiederhole, nicht für die Resolution, wenn nicht vorher eine Erneuerung der Regierung eingetreten ist.

**Erzberger** beantragt Vertagung, bis die Nationalliberalen einen Beschluß gefaßt haben.

**Haußmann** stimmt dem zu, nur sollen sich die Nationalliberalen auch über das Friedensprogramm des neuen Ministeriums aussprechen und sich einig werden, auch wenn sie die bisherige Regierung entfernen wollen, ehe sie sich über die Hauptfrage einig sind.

Vertagung nachmittags drei Uhr.

4c: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 8. 7. 1917.

12 bis 2 1/2 Uhr: Dritte Besprechung der 4 Parteien. Mitteilung, daß der Kanzler den Kaiser gegen das parlamentarische System scharf macht und die Rückreise Ludendorffs und Hindenburgs, die gekommen waren, um mit dem Parlament Fühlung zu nehmen, ins Hauptquartier veranlaßt habe. Große Entrüstung. Entschluß, den Mann unschädlich zu machen. Ablehnung des Gedankens, ihm den Vortritt mit der Erklärung zu lassen. Das Parlament darf sich nicht mit ihm diskreditieren. Verständigung über den Wortlaut. Keine wesentlichen Änderungen. Die Nationalliberalen stark uneinig. Ihnen ist es in erster Linie um Beseitigung Bethmanns und parlamentarische Regierungsbildung zu tun.

## 5.

## 9. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

5a: Nachlaß Südekum 62, Stenogramm (Kr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Geheimsitzung 9. Juli 1917.“<sup>2)</sup>

**Calker** gibt bekannt, daß die Nationalliberalen die Erklärung nicht durchbringen. Aber: Parlamentarisierung der Regierung und dann Erklärung, daß der Krieg nicht weitergeführt werden soll zum Zwecke gewaltsamer Gebietserwerbung. Das wäre wohl der einzige Satz, der einstweilen gemacht werden könnte.

**Junck**: Lange und bewegte Sitzung. Wir können uns nicht von Fraktionen wegen an der Erklärung beteiligen. Wir sind aber der Ansicht, daß viel wichtiger die Frage der Parlamentarisierung der Regierung ist, und wir sind mit erheblicher Mehrheit ermächtigt worden, daß sich unsere Partei daran beteiligen wird; auch daran, dies vom Reichskanzler zu fordern. Wenn eine Regierung zustande kommen sollte mit Parlamentariern und sie ihre Politik in dem Sinne entwickeln würde, wie sie hier niedergelegt ist, daß dann Schwierigkeiten nicht erhoben werden würden. Die Regierung würde dann die Unterstützung der Nationalliberalen haben.<sup>3)</sup>

**Erzberger**: Die Differenz ist nicht sehr groß, sondern nur der Weg ist verschieden.

**Richthofen**: Wir würden aber nicht für eine Erklärung sein im Reichstag. Wenn die Regierung in diesem Sinne eine Erklärung derart abgibt, würde die Partei zustimmen.

**Spahn**: Damit läßt sich jetzt nichts machen.

**Gothein**: Man kann eine parlamentarische Regierung nur schaffen, wenn wir eine gemeinsame Plattform haben. Die ist jetzt nicht da. Diese Regierung kann nicht

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 110—112; SPD-Fraktion, 9. 7. 1917.

<sup>2)</sup> Haußmann S. 110: nachmittags.

<sup>3)</sup> Vgl. Haußmann S. 110: „Die Nationalliberalen kommen aus ihrer Sitzung und Junck teilt mit, die Fraktion habe mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, die Resolution nicht zu unterstützen; sie verlange sofortige Erneuerung der Regierung und Parlamentarisierung. Er fügt unter Bezugnahme auf die Anfrage (Haußmanns) am Schluß der letzten Sitzung hinzu: „Ich kann als Ansicht der Fraktion hinzusetzen, daß, wenn eine neue Regierung zustande käme, unsere Partei eine Politik, wie sie in der Resolution niedergelegt ist, nicht bekämpfen und ablehnen würde.“ — S. ferner Scheidemann, Zusammenbruch S. 88: „Die Nationalliberalen sitzen und beraten von 4—6 Uhr. — Sie lehnen die Teilnahme ab. Es ist ihnen zunächst darum zu tun, Bethmann Hollweg wegzubringen, alles andere ist ihnen vorläufig einerlei [„Glocke“ S. 176 statt „einerlei“: „Wurst“].“ — Bei Hugo, „Die politische Krisis“ (s. Nr. 16b Anm. 1) heißt es: „Nach interfraktionellen Beratungen, die am Sonnabend, Sonntag und Montag vormittag stattfanden, hat die Reichstagsfraktion Montag, den 9. Juli, nachmittags in dreistündiger Beratung die Lage eingehend erörtert und den Beitritt zur Kriegszielforderung einstimmig [sic!] abgelehnt. Einige Abgeordnete erklärten sich grundsätzlich mit der Formel einverstanden, schlossen sich dann aber in der Ablehnung des Beitritts den übrigen an.“

bis zum Donnerstag geschaffen werden. Länger können wir die Sache nicht hinausschieben. Ich meine, wir können deshalb vielleicht doch den Weg gehen: unter Verzicht auf das Mitstimmen der Nationalliberalen trotzdem die Erklärung machen, dann Parlamentarisierung machen und dann doch weitergehen.<sup>4)</sup>

**Fehrenbach:** Die Erklärung ist ein Akt nach außen. Die Parlamentarisierung ist ein Akt der inneren Politik. Jetzt brauchen wir aber notwendig, nachdem wir 8 Tage lang über die Sache verhandelt haben, eine Kundgebung für das Ausland. Ohne diese können wir nicht auseinandergehen. In dieser kurzen Zeit bringen wir aber die Parlamentarisierung nicht zustande.

Wenn wir ohne die Nationalliberalen vorgehen würden, dann würden diese grundlegend einverstanden sein. Haben sich die Herren diesen Gedanken durchgedacht? Es wäre dann doch eine indirekte Zustimmung.

**Ebert:** Das Verhalten der nationalliberalen Fraktion ist nicht recht verständlich. Sie wollen eine parlamentarische Regierung, aber in den wichtigsten politischen Fragen, die zur Erörterung stehen, haben sie keine Stellung genommen. Wir wollen Klärung schaffen und dann neue Regierung. Sie sagen: das Programm wollen wir nicht, aber eine neue Regierung würden wir haben wollen.<sup>5)</sup>

**David:** Das Hauptmotiv der Nationalliberalen bei dieser Beschlußfassung ist wohl das, daß ihnen die neuen Männer die Hauptsache sind. Die Möglichkeit wollen sie verhüten, daß die alten Männer die Erklärung fressen würden und dann bleiben würden. Das wollen sie nicht. Ohne neue Männer würde es eine Festigung Bethmanns. Sie würden den neuen Männern ein Vertrauensvotum geben. Nun ist die Frage der neuen Männer. Heute abend ist Kronrat. Die Sache kommt heute zur Entscheidung. Dort ist man sehr geneigt, gleich gründliche Arbeit zu machen. Wenn der Reichskanzler die Leute aus dem Hauptquartier hat wieder weggehen lassen, dann geht er auch. Außerdem kommt die amerikanische Sache in Frage.<sup>6)</sup> Das hat die Oberste Heeresleitung nicht gewußt, das ist ohne ihr Wissen geschehen. Diese Sache muß sich klären. Damit ist die Bildung einer neuen Regierung aktuell. Und man sollte beides in einem Zuge machen.

**Paasche:** Die Fraktion hat wohl nicht ausschließlich nach diesen Motiven gehandelt. Aber ich darf nicht verhehlen, daß die Mehrheit deswegen nicht mit-

---

<sup>4)</sup> Vgl. Nachlaß Haußmann 28, eigenhändige Aufzeichnung aus der Sitzung: „Gothein: Zuerst Resolution, bis übermorgen ist die Parlamentarisierung nicht möglich.“

<sup>5)</sup> Vgl. Haußmann S. 111: Fehrenbach und David hätten ausgeführt, die Nationalliberalen wollten „neue Personen ohne sachliche Richtlinien für deren Zusammenarbeiten unter sich und mit einer Reichstagsmehrheit“. Dieser Satz, der auf folgenden Passus in der eigenhändigen Aufzeichnung aus der Sitzung, Nachlaß Haußmann 28, zurückgeht: „Fehrenbach u. David: die Nationalliberalen wollen neue Männer“, entspricht nach der sten. Niederschrift Südekums mehr den Ausführungen Eberts als denen Fehrenbachs oder Davids.

<sup>6)</sup> Für den Zusammenhang vgl. Bernstorff S. 358 ff.; 15. Untersuchungsausschuß I (insbes. S. 81 ff., 119 ff., 237 ff., 517 ff.) und II (S. 599 ff., 759 ff., sowie die einschlägigen Beilagen); Helfferich S. 372 ff.; Erzberger S. 218 ff.; Urkunden der OHL S. 410 f. (David); M. J. Bonn, „So macht man Geschichte“, München 1953, S. 169 ff.

gemacht hat, weil es ein Unfall ist. Ich nehme an, daß trotzdem eine Verständigung möglich sein würde.<sup>7)</sup>

**Erzberger:** Wie denken sich die Nationalliberalen die Sache: wollen sie nicht mit in die neue Regierung?

**Paasche:** Wir würden der neuen Regierung keine Schwierigkeiten machen.

**Payer:** Auf die Festigkeit der Nationalliberalen können wir uns nicht verlassen. Mir scheint das Richtige zu sein, daß man so nicht verfährt. Man kann keine Regierung verlangen, wenn in der entscheidendsten Frage keine Klarheit herrscht. Wenn Sie uns nicht in Aussicht stellen können, daß Sie das dann unterschreiben können, dann ist keine Möglichkeit vorhanden. Die Einigung muß vorausgehen, ehe wir die Regierung verlangen können.<sup>8)</sup>

**Stresemann:** Man sagt, es sei inkonsequent, Regierung zu erstreben und sich dann nicht festzulegen. Aber es wird zweierlei erreicht: erst die Parlamentarisierung, dann Wahlrecht in Preußen, dann auch Verfassungsfrage. In den Kriegszielfragen aber müssen Sie eine Nuancierung vertragen. Wir weisen Fortsetzung des Krieges zurück zum Zwecke zwangsweiser Gebietserwerbung. Im übrigen kommt es auf die praktische Zusammenarbeit an. Wir müssen die Leute an den Tisch heranziehen. Wenn das geschieht, dann wird die Sache schon gehen. Die Differenz ist gar nicht so stark. Denn wenn wir grundsätzlich anderer Meinung wären, dann könnten wir gar nicht mitmachen.

**Schiffer:** Wir haben die Parlamentarisierung der Regierung von jeher gefordert, weil wir glaubten, daß dem Inland und dem Ausland gegenüber die Einigkeit des Volks nur so zum Ausdruck kommt. Das muß unserer Meinung nach geschehen. Deshalb konnte uns in dem Bestreben, das zu erreichen, der jetzige Gegenstand nicht irremachen. Aber die Erklärung gibt uns sehr große Schwierigkeit. Diese Formulierung macht außerordentlich viel Schwierigkeiten. Wenn es aber gelingen sollte, die Regierung zu parlamentarisieren, so würden wir uns dem nicht versagen, obschon diese Erklärung die Grundlage der Regierungsprogramme ist. Wir sind dann bereit, Frieden in dieser Weise zu machen.<sup>9)</sup>

<sup>7)</sup> Zur Ergänzung s. Haußmann S. 111: „Paasche wiederholt und umschreibt die Erklärung Juncks, tritt für Parlamentarisierung ein und schließt wörtlich: ‚Es ist allerdings nicht logisch, für das parlamentarische System einzutreten und die Mehrheit nicht herstellen.‘“ — Das Zitat stimmt mit der eigenhändigen Aufzeichnung aus der Sitzung, Nachlaß Haußmann 28, bis auf eine Abweichung (statt „System“: „Regime“) überein.

<sup>8)</sup> Vgl. Haußmann S. 111: „Payer wendet sich scharf gegen das Widerspruchsvolle in der Haltung der Nationalliberalen, die keine Politik, aber ein paar neue Männer verlangen und der ganzen Aktion einen persönlichen Charakter geben, ohne daß eine sachliche und politische Förderung dadurch erzielt werde.“ In der Vorstufe, eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28, nur die knappe Angabe: „Payer: Scharf gegen nationallib. Widerspruch.“

<sup>9)</sup> Haußmann S. 111 verzeichnet als wörtliche Äußerung Schiffers: „Wir sind bereit, im Rahmen der Resolution Politik zu machen“ (eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28: „Schiffer: wir sind im Rahmen bereit.“), und fügt kommentierend hinzu: „Hier erscheint am 9. Juli zum erstenmal die Wendung ‚im Rahmen der Resolution‘, deren sich der neue Reichskanzler am 19. im Reichstag bedient hat, mit dem Hinzufügen: ‚Wie ich sie auffasse.‘“

Deshalb glaube ich, wir tun gut, wir warten ab, was heute abend geschieht.

**Spahn:** muß fort, zur Fraktionssitzung.<sup>10)</sup>

**Gothein:** Es hängt jetzt von der Zentrumsfraktion ab, auch ob die geschlossene nationalliberale Fraktion bereit ist, mit den anderen Parteien diese Erklärung einzubringen. Wir können einfach nicht mehr zurück. Wir müssen mit der Sache heraus. Und deshalb müssen wir diese Sache machen. Und davon wird sich hoffentlich das Zentrum überzeugen. Dann fördern wir gleichzeitig die Parlamentarisierung. Dann ist nicht ausgeschlossen, daß Mitglieder der Nationalliberalen, die in der Vergangenheit keine Erschwerung haben, diese Plattform annehmen und an der Regierung teilnehmen. Das ist der einzige Weg.<sup>11)</sup> Denn die Parlamentarisierung vorher bis Donnerstag<sup>12)</sup> zu machen, ist tatsächlich unmöglich. Deshalb meine ich, wir müssen jetzt zum Schluß kommen.

**Erzberger:** Weiterberatung hat keinen Zweck. Heute abend wissen wir die Geschichte in Preußen.<sup>13)</sup> Morgen abend können wir eine parlamentarisierte Regierung haben. Bis morgen abend. Das müssen wir die entscheidenden Stellen wissen lassen. Wir tagen morgen in der Kommission ruhig bis 2 [Uhr].

**Junck:** Wenn der entscheidenden Stelle das Ergebnis mitgeteilt wird, dann muß gesagt werden, daß die ganze Nationalliberale Partei darin zustimmt.<sup>14)</sup>

**David:** Ich sehe die Verhandlungen noch nicht für gescheitert an. Ich halte rasche Wandlung der Regierung für möglich. Wenn das einmal konstatiert wird als das Resultat unserer Verhandlung, so ist das sehr wichtig. Der Kronrat<sup>13)</sup> muß

<sup>10)</sup> Um 17 Uhr fand eine Vorstandssitzung der Zentrumsfraktion statt, in der der bei Erzberger S. 261 mitgeteilte Beschluß (bei Bredt S. 78 irrtümlich auf den 7. 7. datiert) gefaßt wurde: „Die Zentrumsfraktion des Reichstags sieht das Verbleiben des Herrn von Bethmann Hollweg im Reichskanzleramt angesichts des Umstandes, daß er beim Ausbruch des Krieges die Reichsgeschäfte führte, als eine Erschwerung der Herbeiführung des Friedens an; sie überläßt es jedoch dem pflichtmäßigen Ermessen des Reichskanzlers, zu welchem Zeitpunkt er seinen Rücktritt nimmt.“ In der sich anschließenden Fraktionssitzung erhob sich nach Erzberger (S. 261 sowie „Aufzeichnung“ v. 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18) kein Widerspruch gegen diese Kundgebung.

<sup>11)</sup> Vgl. Haußmann S. 111, wo ganz anders akzentuiert wird: „Gothein: Zuerst muß die Resolution beschlossen und die materielle Grundlage für eine Mehrheitsbildung in der alles beherrschenden Frage hergestellt werden. Die Nationalliberalen lehnen ab, mitzumachen; vielleicht ist es besser für die Wirkung und das bessere Verständnis der Resolution, wenn die Nationalliberalen die Resolution nicht mit einbringen.“ Die eigenhändige Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, bringt unter Gothein nur: „Es ist vielleicht besser die Nationalliberalen machen nicht mit.“

<sup>12)</sup> Vgl. die Äußerung Gotheins zu Beginn der Sitzung, daß man die Sache nicht länger als bis Donnerstag hinausschieben könne. Am Donnerstag, den 12. Juli, fand jedoch gar keine Plenarsitzung des Reichstages statt.

<sup>13)</sup> Bezieht sich auf den für den 9. 7., 18 Uhr, einberufenen Kronrat. Haußmann S. 115 vermerkt jedoch erst unter dem 10. 7., abends: „Es wird bekannt, daß ein Kronrat stattgefunden hat . . .“

<sup>14)</sup> S. die eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28: „Junck: Die ganze nationallib. Partei mit [allen gegen] 3 S[timmen].“ Vgl. oben Anm. 3; in der Tagebuchniederschrift sind zwei verschiedene Äußerungen Juncks zusammengezogen.

wissen, daß das das Wichtigste ist. Daß das so überaus schwierig ist, kann ich mir nicht denken. Der Kaiser muß dann berufen.

**Haußmann:** In die Aktion müssen wir also ohne große Mehrheit eintreten. Das wird der Regierung sehr angenehm sein. Dann wird der Berg eine kleine Maus geboren haben.<sup>15)</sup>

**Schiffer:** Die Sache liegt so: ich begreife eigentlich nicht, wie man jetzt einen Beschluß fassen kann, der in untrennbarem Zusammenhang mit der Sache steht. Wenn die Regierung geändert wird, dann ändert sich alles. Wenn wir dann mitmachen, so wäre es politisch verfehlt, diese Chance aus der Hand zu geben. Wenn morgen bekannt wird, daß die Regierung geändert wird, dann ist das Volk zufrieden. Erst abwarten, wie der Regierungswechsel wirkt.

**Ebert:** So, wie jetzt die Sache vorgetragen worden ist, ist es eigentlich eine Umkehrung der ganzen Aktion. Wir wollten für den Reichstag Initiative. Darüber müßten wir uns klar sein: wir lassen die Dinge laufen, wie sie sich jetzt im Regierungsschoße vollziehen. Wenn die neue Regierung kommt, dann weiß man nicht, ob man mit unserem Programm etwas anfangen kann. Das Programm ist aber das erste. Ich bin überzeugt, die Herren Stresemann und seine Freunde werden sich doch nicht einigen auf unser Programm.

**Müller-Meinigen:** Ich möchte fragen: Woher haben Sie eigentlich die Gewißheit der neuen Regierung? Wie sieht denn die neue Regierung aus? So kommen wir aber wahrhaftig nicht weiter. Morgen Sitzung.

**Payer:** Morgen weitermachen.

**Erzberger:** Unter uns müssen wir das Einigende zusammenfassen. Heute abend noch Reichskanzler wissen lassen, daß wir die Parlamentarisierung verlangen, und zwar alle vier Parteien. Da haben wir eine rasche Entscheidung des Reichskanzlers.

**Payer:** So kann man auch nicht vorgehen: Parlamentarisierung ohne Programm wird nicht gehen.

**Schiffer:** Payer soll nicht hingehen und Pistole auf die Brust setzen.

**Müller-Meinigen:** Wir wollen keine Konzessionsschulzen haben. Keine Halbheit. Wir müssen also wissen, was wir wollen. Wir müssen eine vollständige Verbreiterung des preußischen und Reichsministeriums haben.

**Payer:** Nach meiner Meinung können wir das nicht machen, wie es vorgeschlagen wurde. Wir sind hier versammelt zu einer Resolution über die Kriegsziele. Daran können wir mitarbeiten. Wenn wir aber zustimmen, daß der Reichskanzler wissen muß, daß das von den vier Parteien gewünscht wird, dann wird die Sache auf den Kopf gestellt. Die Frage der Parlamentarisierung ist dem Volk im großen ganzen ganz Wurst. Das Volk will jetzt mehr das Ende des Krieges sehen und

<sup>15)</sup> Vgl. Haußmann S. 111: „Haußmann begrüßt das offene Einschwenken der Nationalliberalen zum parlamentarischen System und bedauert das Abschwenken von der unter national-liberaler Mitarbeit entworfenen Resolution. Ohne sachliche Klarheit würden wir in eine unklare Krisis treiben, die Konfusion erzeuge, als Schwäche wirke und keine reine Lösung ermögliche.“ — Die eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28 bricht mit dem Wort „Resolution“ ab; bis dahin lehnt sich der zitierte Passus über seine Ausführungen eng an sie an.

darüber Klarheit bekommen. Also lieber der Regierung gar keine Mitteilung machen. Und morgen fortsetzen.

**Ebert:** Parlamentarisierung ist bedeutungsvoll. Aber wir können nicht zustimmen, daß so verfahren wird, wie hier gesagt wird. Das Programm müssen wir vorher haben. Dazu brauchen wir auch die Zustimmung der Fraktionen.

**David:** Die Frage müßte natürlich beantwortet werden vor dem Kanzler und vor dem Volk. Die neuen Männer müssen dann mit einem Programm auftreten. Wenn die Nationalliberalen sagen, daß sie dann dieses Programm akzeptieren würden, so wäre das ein Weg. Wenn Payer meinte, die Hauptsache sei die Friedensförderung durch eine Erklärung, — aber auch die neue Erklärung wird den Frieden nicht fördern, wenn Männer am Steuer bleiben, die auch mit einer solchen neuen Erklärung nichts machen können. Die Frage der neuen Männer ist mit der Erklärung sachlich eng verknüpft. Die Frage kann natürlich nicht mit einem Schlag vollkommen erreicht werden. Der springende Punkt ist nicht, daß Parlamentarier Beamte werden; nein, die müssen im Parlament bleiben. Das sind ganz andere Minister als bisher. Dann stehen und fallen sie mit dem Vertrauen der Fraktionen. Die Bürokraten spielen ja eine bedauerliche Rolle uns gegenüber. Eine solche Mischung würde die Sache binnen kurzem zur vollen Homogenität treiben.

**Schiffer:** Ich teile die Auffassung vollkommen. Es handelt sich jetzt darum, daß das Neue das ist, daß er als Vertrauensmann seiner Partei eintritt. Es ist auch aus technischen Gründen nicht möglich, alle aus dem Parlament zu nehmen. Aber es genügt auch schon ein starker parlamentarischer Einschlag. Der Gang der Dinge ist der gewesen: wir schlugen vor, von einer Beschlußfassung abzusehen. Und wenn die Regierung fragt, warum, daß ihr dann gesagt wird, daß wir eine Beschlußfassung vorher nicht für geeignet erachten.

**Gothein:** Grundsätzlich auf Parlamentarisierung.

Sitzung soll von Spahn berufen werden.<sup>16)</sup>

<sup>16)</sup> In der Sitzung wurde nach Scheidemann, Zusammenbruch S. 88 ferner über die Formulierung der Friedensresolution beraten: „Geraufe friedlicher Art um die Stilisierung der Erklärung.“ Der Text des Entwurfes nach dem Stande vom 9. 7. wird mitgeteilt bei Haußmann S. 111 f.; unten abgedruckt als Nr. 25b.

**5b: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 9. 7. 1917.**

Verhandlung der 4 Parteien. Die Nationalliberalen wollen die Resolution nicht vor der Änderung des Regierungssystems schlucken; sind aber bereit, einer Regierung beizutreten, die sie als Grundlage für die Friedenspolitik akzeptiert, und ihr das Vertrauen auszusprechen. Gegensatz zwischen Ebert und mir; Ebert besteht darauf: erst Erklärung, dann Regierung.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Im Kriegstagebuch Davids heißt es ferner: „Fraktionsvorstandssitzung darüber [vgl. Nr. 5a Anm. 1]. Proletarische Enge u. Starre; Haften an Worten und Formeln. Fraktions-sitzung: nur Mitteilungen über die Situation. Ebert berichtet optimistisch.“

## 6.

## 10. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

6a: Nachlaß Südekum 62, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Geheimsitzung 10. Juli 1917, nachmittags ½4 Uhr“.

An der Versammlung nehmen schon Mitglieder verschiedener Parteien teil, z. B. Hauß von den Elsässern; Seyda von den Polen; von Wangenheim.<sup>2)</sup>

Zunächst redaktionelle Anstrengungen.<sup>3)</sup>

Seyda: noch nicht beteiligt, aber kann die Polen noch nicht festlegen; persönlich den Eindruck: mir Erklärung sehr sympathisch, aber ich weiß nicht, ob meine Freunde doch bei der Sonderstellung, die sie als polnische Partei hier im Reichstag einnehmen, in der Lage sein werden, einer solchen gemeinsamen Erklärung zuzustimmen.<sup>4)</sup>

Junck: Gestern ist die Teilnahme an der Erklärung abgelehnt worden. Wir sind bereit, diese Erklärung noch einmal der Fraktion vorzulegen und den Beitritt zu erzielen. Wie verhält sich die Deutsche Fraktion?

von Wangenheim: Bei den Beratungen der Fraktion hat es sich darum gehandelt, ob Bedenken bestehen, daß zwei Herren teilnehmen; Fraktion als solche noch nicht geladen und noch keine Stellung genommen. Wird der Fraktion vorzulegen sein. Glaube, sagen zu können, daß die Stimmung in der Fraktion geteilt ist. Diejenigen, die grundsätzlich geneigt sind, werden sich an der Änderung eines Wortes nicht stoßen. Die anderen werden gar nicht mitmachen. Das Zahlenverhältnis ist ungefähr halb und halb. Auch in den einzelnen Gruppen ist die Stimmung geteilt. Die Welfen werden alle dafür stimmen. In der Reichspartei gibt es einige, die dagegen sind. Die große Mehrheit der Wirtschaftlichen Vereinigung wird dafür stimmen, wenn auch einzelne dagegen sind.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 113—115; Scheidemann, Zusammenbruch S. 89 (falsch datiert auf 11. 7. 17); SPD-Fraktion, 10. 7. 1917.

<sup>2)</sup> Vgl. Haußmann S. 113, der dieselben Namen nennt und bei v. Wangenheim bemerkt: „für einen Teil der deutschen Fraktion.“

<sup>3)</sup> Vgl. Haußmann S. 113: „Es wird zuerst eine neue Fassung der Resolution, die im wesentlichen auf redaktionellen Änderungen des Abgeordneten Haußmann beruht, angenommen“. — Der Entwurf der Resolution in der Fassung vom 10. 7. 1917 ist abgedruckt bei Haußmann S. 113 f. Vgl. Nr. 25c.

<sup>4)</sup> Vgl. Haußmann S. 114: „Die Resolution ist mir sympathisch, ich muß aber die Zustimmung meiner Freunde vorbehalten, die mir fraglich ist, weil kein Satz über die ‚Selbstbestimmung der Völker‘ aufgenommen ist.“ Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, ist abweichend nur „Selbstbestimmung“ in Anführungszeichen eingeschlossen. Die eigenhändige Aufzeichnung aus der Sitzung, Nachlaß Haußmann 28, bricht mitten im Satz ab: „Mir sympathisch, aber Vorbehalt“. Scheidemann, Zusammenbruch S. 89 berichtet, Seyda habe ihm abends mitgeteilt, daß „in ihrer Besprechung, an der Daszynski teilgenommen habe, . . . Stimmenthaltung beschlossen worden“ sei.

<sup>5)</sup> Vgl. Haußmann S. 114: „Die deutsche Fraktion ist geteilt, in ihr die Welfen einstimmig für die Resolution, die Freikonservativen und Wirtschaftliche Vereinigung je hälftig.“ In der eigenhändigen Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, heißt es: „Freikonservative u. wirtschaftl[iche Vereinigung] prinzipiell geteilt.“

Stresemanns Frage an die Konservativen, ob sie es verantworten würden, einen solchen Frieden abzulehnen, hat auf unsere Partei Eindruck gemacht.

**Hauß:** Ich kann erklären, daß meine Freunde einstimmig dem Antrag zustimmen werden.

**Ebert:** Wenn die Nationalliberalen nochmals zu verhandeln wünschen, so ist dagegen nichts einzuwenden, obgleich ich keine große Hoffnung habe. Bei uns lebhaft Beunruhigung über das Verhalten der National[liberal]en.<sup>6)</sup> Wir meinen: wenn die Aktion gelingt, dann muß man verlangen, daß derjenige National[liberal]e, der in die Regierung eintritt, sich für dieses Programm erklären muß. Und die Fraktion darf keine Schwierigkeiten machen. Wenn das nicht erfolgt, könnten wir nicht mitmachen und nicht eintreten in die Regierung.<sup>7)</sup>

**Junck:** Ich halte das für zweifellos.

**Calcker:** Ich halte es auch für selbstverständlich.

**David:** Ich möchte doch die National[liberal]en bitten, wenn sie noch mehrere Exemplare vorlegen, nicht an den einzelnen Sätzen ändern zu lassen.

**Zu den Polen:** Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn auch die Polen sich anschließen. Der Wortlaut gibt keinerlei Bedenken. Die Aktion bedeutet für Polen auch eine andere Regierung und ein anderes Programm. Wenn sie sich enthalten oder dagegen stimmen, dann wird Verdacht erregt.

**Paasche:** Noch eine Frage: Wie soll das weitere Vorgehen sein? Wenn ein Teil von uns dafür stimmt, was tun Sie dann? Oder wenn wir ablehnen? Soll dann die Erklärung an das Haus gehen von den anderen Parteien aus? Im Hause dürfen wir zum Teil für die Erklärung stimmen, das ist uns schon zugesagt worden.<sup>8)</sup>

**Fehrenbach:** Das Zentrum will nur mitmachen, wenn auch die National[liberal]en mitmachen, damit auch die großen Parteien jetzt beieinander bleiben. Die Zentrumsfraktion muß sich deshalb vorbehalten, über diese Frage nochmals zu entscheiden. Wie sie sich entscheidet, kann ich noch nicht sagen. Aber persönlich meine ich: wenn alle übrigen Parteien mitmachen außer den Konservativen, wenn von den Nationalliberalen auch mindestens eine gewisse Anzahl mitmacht, wenn von der Deutschen Fraktion die Mehrheit mitmacht, Polen, Elsässer mit-

---

<sup>6)</sup> Daß mit der im Südekum-Stenogramm auch im folgenden wiederholt angewandten Abkürzung „die Nationalen“ jeweils die Nationalliberalen gemeint sind, geht aus dem Zusammenhang zweifelsfrei hervor.

<sup>7)</sup> Vgl. Haußmann S. 114: „Die gestrigen Erklärungen der Nationalliberalen, wonach sie die Resolution nicht annehmen, aber in die sofort zu erneuernde Regierung mit einem Mitglied eintreten wollen, nötigt mich zu erklären: Wir müssen verlangen, daß dasjenige Mitglied der Nationalliberalen Partei, das in die Regierung eintritt, für dieses Programm eintritt. Sonst könnten wir die neue Regierung nicht unterstützen und nicht in sie eintreten.“

<sup>8)</sup> Vgl. Haußmann S. 114: „Zunächst müsse er das Zentrum fragen, ob es für die Resolution eintrete, auch wenn die Nationalliberalen sie nicht unterstützen, was früher als Voraussetzung der Zustimmung des Zentrums angegeben sei.“ In der eigenhändigen Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, nur: „Paasche fragt wegen des Zentrums.“

machen, — dann wird es immerhin eine solche Mehrheit geben, daß die Wirkung nach dem Inland und dem Ausland nicht fehlen wird. Dann wird nur ein Bruchteil des Reichstags gegen die Erklärung stimmen. Eine sichere Zusage der Zentrumsfraktion kann ich noch nicht geben.<sup>9)</sup>

**Paasche:** Ein Scheitern dieser Aktion würde unendlichen Schaden nach dem Ausland hin machen.<sup>10)</sup>

**Seyda:** Parlamentarische Regierung. Wie steht es damit? Ich möchte Näheres darüber hören.

**Erzberger:** Ich nehme an, daß jeder Mann, der berufen wird, sich auf unser Programm festlegen muß.

**Ebert:** Seyda und den übrigen wollen wir sagen: in der Tat ist darüber nichts anderes gesprochen worden als dies: wir wollen eine sichere Regierung für dieses Programm haben; deshalb verlangen wir, daß Parlamentarier in die Regierung berufen werden.<sup>11)</sup> Diese Parlamentarier sollen Vertrauensleute<sup>12)</sup> ihrer Fraktionen sein.

**Fischbeck:** Jeder wird sich also fragen, mit wem die einzelnen zusammengehen wollen; deshalb muß also auch der Nationalliberale sich auf den Boden dieser Erklärung stellen.<sup>13)</sup>

**Seyda:** Ich finde nichts in dem Programm, was sich auf Polen bezieht.

<sup>9)</sup> Vgl. Haußmann S. 114: „Wir werden um neun Uhr in unserer Fraktion darüber beraten. Meine persönliche Ansicht ist: Wenn alle anderen Parteien und ein Teil der Nationalliberalen mitmachen, dann wird das Zentrum die Resolution mit einbringen. Eine offizielle Erklärung könne er noch nicht abgeben, er möchte aber die Hoffnung aussprechen, daß sich die Nationalliberalen nicht plötzlich zurückziehen.“ — Die eigenhändige Aufzeichnung aus der Sitzung, Nachlaß Haußmann 28, weicht in der Zeitangabe: „um 7 Uhr“, ab.

<sup>10)</sup> Zum Verhalten der Nationalliberalen in der Sitzung s. auch den burschikosen Kommentar Scheidemanns, Zusammenbruch S. 89: „Interessant war in der Sitzung die Haltung [„Glocke“ S. 177 statt dessen: „das Gegacker“] der Nationalliberalen. Paasche kam immer wieder auf die Ministerposten zurück. Wir spannten ihn auf die Folter. Minister kann nur werden, wer sich glatt auf den Boden unserer Erklärung stellt. Er nahm Junck, van Calker und von Richthofen ins Schlepptau, um sie erneut in die nationalliberale Fraktion zu führen. — Es war vergeblich. Die Schwerindustriellen wollen wohl einen Vertreter im Ministerium haben, aber keinen ‚Scheidemann-Frieden‘, wie Paasche ziemlich offen bekannt hatte.“

<sup>11)</sup> Vgl. Haußmann S. 114: „Eine Mitwirkung der Parlamentarier muß die Durchführung dieses Programms sichern.“ In der eigenhändigen Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, stärker: „Wir verlangen, daß die Durchführung dieses Programms durch Mitwirkung der Parlamentarier gesichert wird.“

<sup>12)</sup> Im Stenogramm gestrichen: „des Parlaments und“.

<sup>13)</sup> Vgl. Haußmann S. 114: „Man kann keine gemeinschaftliche Aktion machen, wenn die Nationalliberalen nicht Antwort auf die Frage geben, ob ein Mitglied ihrer Partei in der Regierung die Politik der Resolution loyal unterstütze.“ — In der eigenhändigen Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, nur: „Fischbeck: Fragt Nationallib[erale]“. — Haußmann S. 115 zitiert auch die bei Südekum fehlende Antwort Paasches: „Es ist selbstverständlich, daß der eintretende Nationalliberale auf den Boden der Resolution tritt“, die wörtlich mit seiner eigenhändigen Aufzeichnung übereinstimmt.

**David:** Eine Regierung, die dieses Programm annimmt und von den Parteien getragen ist, eine demokratisch-parlamentarische Regierung, wird auch für Polen, sowohl für die deutschen Polen wie auch für die Gestaltung Polens beim Frieden von größter Bedeutung sein. Da sind doch große Unterschiede möglich.

**Erzberger:** Die vierte Teilung Polens ist durch dieses Programm ausgeschlossen.

**Hauß:** Dasselbe käme also auch für uns in Betracht.

**von Wangenheim:** Die Regierung muß sich auch auf den Boden dieser Erklärung stellen; das ist für uns eine Bedingung.

**Payer:** Wie soll es weitergehen? Im Ausschuß?<sup>14)</sup> In der Vollversammlung? Wer soll begründen? Wie soll die Debatte laufen?

**Erzberger:** Wir warten die Erklärung der Regierung ab, die Bethmann zugesagt hat.<sup>15)</sup>

**Ebert:** Man muß Beschluß der Nationalliberalen abwarten.<sup>16)</sup>

**Haußmann:** Die Wichtigkeit der Aktion tritt immer stärker hervor. Schon die Stellung der Elsässer und der Deutschen Fraktion, Wir sollten im Plenum einbringen, aber dem Ausschuß Mitteilung davon machen.<sup>17)</sup>

**Scheidemann:** Wir sollten nicht an den Ausschuß gehen mit der Sache. Wenn wir beraten, gibt es allerlei Debatten und Zusatzanträge. Dann sitzen wir wieder und balgen uns herum. In diesem Falle ist es taktisch klug, wenn wir nicht noch einmal in den Ausschuß gehen.

**von Wangenheim:** schließt sich dem durchaus an. Das Gewicht im Ausland ist viel größer, wenn das Plenum gleich losgeht. Keinerlei Diskussion über diese Erklärung, das verschlechtert den Eindruck.

**Erzberger:** Im Ausschuß zunächst Kredite bewilligen, vorbehaltlich natürlich dieser Erklärung. Dann dafür sorgen, daß man möglichst wenig spricht. Weil die

<sup>14)</sup> Hauptausschuß.

<sup>15)</sup> S. HA 168. Sitzung, 9. 7. 1917. Gegen Ende der Hauptausschußsitzung äußerte Bethmann Hollweg: „... Ich würde aber sehr dankbar sein, wenn die Herren, die die Kundgebung vorbereiten, bevor sie abgeschlossen wird, mir Gelegenheit geben, auch meine Ansicht darüber zu äußern, da es ja auch jedenfalls der Wunsch des Herrn Abg. Erzberger ist, eine Übereinstimmung zwischen der Regierung und dem Reichstag herzustellen.“

<sup>16)</sup> S. dazu SPD-Fraktion, 10. 7. 1917 (Bericht Scheidemanns): van Calker habe „heute abend mitgeteilt“, die Nationalliberalen bestünden auf Regierungsänderung, würden aber „die Kriegszielerklärung . . . wohl nicht mitmachen.“

<sup>17)</sup> Vgl. Haußmann S. 115: „Wir sollten noch heute erfahren, wie das Zentrum sich endgültig stellt. Es erscheine ausgeschlossen, daß sich das Zentrum von seinen guten Gründen nur hier und nicht auch in der Öffentlichkeit leiten lassen werde, gleichviel welche Haltung nach dem eingetretenen Schwanken die ganze oder halbe Fraktion der Nationalliberalen einnehmen werde. Nach außen wichtig sei die Zustimmung der Elsaß-Lothringer. Er rege an, die Resolution erst im Plenum einzubringen, unterzeichnet von der Parteivertreterkonferenz, nicht vom Hauptausschuß. Dies findet Zustimmung.“ — Die eigenhändige Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, enthält folgende Stichworte: „Wir müssen heute erfahren wie das Zentrum stimmt / Wichtig Elsässer-Zustimmung / Erst Vorlegung ans Plenum nicht Hauptausschuß / Namentliche Abstimmung / Unterzeichnung durch die Verständigungskonferenz nicht durch“ (bricht im Satz ab).

Fraktionserklärungen alles wieder abschwächen. Wenn die Konservativen dagegen sind, werden sie sich auf schriftliche Erklärung beschränken.

**Ebert:** Wenn wir über die Kommission<sup>18)</sup> schlüssig werden wollen, dann müssen wir auch die Wahlrechtsfrage geklärt haben.<sup>19)</sup> Diese Regierungserklärung müssen wir vorher haben. (Die Kredite sind der Kommission überhaupt nicht überwiesen.) Ich möchte nicht empfehlen, daß überhaupt nicht geredet wird. Wir schränken uns ein, die anderen dürfen reden, wenn sie wollen.

**David:** Die Frage der Unterschrift ist auch noch nicht geklärt. Unterschrift der Führer oder sämtlicher Mitglieder? Was soll gemacht werden? Die 300 Mitglieder — das ist natürlich das Wirkungsvollste.

**Haußmann:** Namentliche Abstimmung.<sup>20)</sup>

<sup>18)</sup> D. h.: über das Vorgehen der Mehrheitsparteien im Hauptausschuß.

<sup>19)</sup> Vgl. dazu Haußmann S. 116 über den Vorschlag, den er Scheidemann, Südekum, David und Ebert in der Parteivertreter-Konferenz in bezug auf das Vorgehen im Verfassungsausschuß gemacht habe.

<sup>20)</sup> Zur Ergänzung s. Haußmann S. 115: „Haußmann erhält den Auftrag, mit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wegen ihrer Haltung zur Resolution zu verhandeln.“

**6b: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 10. 7. 1917.**

Nachmittags: Besprechung der 4 Fraktionen nebst Polen, Elsässern und Welfen. Die Polen enthalten sich, offenbar ihrem Ideal Großpolen zuliebe.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Das Kriegstagebuch Davids fährt fort: „Gespräch mit Payer. Berichtet und empfiehlt einen Reichskronrat mit 5 Parlamentariern. Ist gegen die parlamentarische Regierungsbildung; Rettung Bethmanns. Demgegenüber betone ich Notwendigkeit richtiger parlamentarischer Minister. — Ebert, der zum Kanzler geht, versagt darin auch; ich suche ihm die Bedeutung der Regierungsumbildung klarzumachen.“

## 7.

## 11. 7. 1917: Sitzung des Seniorenkonvents

Nachlaß Haußmann 28, eigenhändig mit Bleistift. Überschrift: „Senior[en-]Conv[ent] 11. 7. 17.“<sup>1)</sup>

**Carolath:** Ich möchte erst nach Westarp sprechen

**Westarp:** Wir verlangen Besprechung der Kreditvorlage, damit keine Bedingungen daran geknüpft

**Carolath:** Keine verhandlungsfähige Regierung

**Spahn:** Verhandlungsfähige Regierung / Ausfluß einer aufgeregten Stimmung

**Schiele:** Kredite jeder Regierung bewilligen

**Scheidemann:** Nicht Kreditvorlage vorwegnehmen / nicht anerkennen, daß wir keine verhandlungsfähige Regierung haben

**Westarp:** Der Grund, daß wir keine verhandlungsfähige Regierung haben, scheint mir gegenüber der Kreditvorlage<sup>2)</sup> nicht zutreffend. Eindruck der Verzögerung ist Abhängigmachung von Bedingungen

**Carolath** verteidigt sich

**Mertin:** Verabschiedung der Kreditvorlage heute<sup>3)</sup>

- <sup>1)</sup> Die 114. Sitzung des Plenums wurde am 11. 7. 1917, 15 Uhr 27, eröffnet. Demnach wäre die Sitzung des Ältestenrats, in der über die Tagesordnung des Plenums beraten wurde, auf den Vormittag oder den Frühhachmittag zu verlegen. Für den Zusammenhang vgl. die zunächst vorgesehene Tagesordnung, Sten. Berichte Bd. 310 S. 3548, und die Geschäftsordnungsdebatte zu Beginn der 114. Sitzung, a.a.O. S. 3550 ff.
- <sup>2)</sup> Im Or.: „Gegenüber der Kreditvorlage gegenüber“.
- <sup>3)</sup> Im Plenum wurde die Beratung der Kreditvorlage durch Mehrheitsbeschluß von der Tagesordnung abgesetzt; vgl. Sten. Berichte a.a.O. S. 3552.

## 8.

## 11. 7. 1917: Friedberg (Bad Kissingen) an Stresemann

Nachlaß Stresemann 172 (6881), Telegramm, Ausfertigung.

Warne dringend vor jeder Resolution sei es mit anderen oder selbständig / Massenfucht aus der Partei unausbleiblich / müßte eventuell meine Parteiämter<sup>1)</sup> niederlegen da [ich] eine Politik nicht vertreten kann die sachlich unrichtig und als Charakterschwäche oder Strebertum ausgelegt wird / Friedberg.<sup>2)</sup>

- <sup>1)</sup> Stellvertretender Parteivorsitzender (am 23. 9. 1917 als Nachfolger Bassermanns zum 1. Vorsitzenden gewählt), Vorsitzender der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses.
- <sup>2)</sup> Am 12. 7. 1917 richtete Friedberg ein zweites Telegramm, Nachlaß Stresemann 172 (6881), aus Bad Kissingen an Stresemann: „Zum Verständnis halte [es für] besser gar keine Erklärung wenn möglich abzugeben sondern dies neuer Regierung überlassen.“

## 9.

## 11. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 62, Stenogramm (Kr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Geheimsitzung vom 11. Juli 1917“.<sup>2)</sup>

**Fehrenbachs**<sup>3)</sup> Formel: Über die Geeignetheit des Kanzlers bestehen Meinungsverschiedenheiten. Jetzt nicht Rücktritt nötig. Aber wenn Friedenshindernis, dann zurück. Entweder selbst oder auf unsere Forderung.<sup>4)</sup>

Wahlrecht hätte schon längst gegeben werden sollen.<sup>5)</sup> Wenn jetzt nur unter Druck der Sozialdemokratie dem Anschein nach, ist bedauerlich, aber Schuld der Regierung. Schaden aber jedenfalls geringer als der Schaden, der durch Kreditverweigerung der Sozialdemokraten geschehen würde.

Sie wollen wohl am nächsten Freitag vorgehen.<sup>6)</sup> Die Form ist nicht das Entscheidende. Parlamentarisierung: eine Anzahl von Vertrauensmännern der Parteien sollen in die preußischen Ministerien und die Reichsämtler kommen. Sie wollen den Willen der Parteien in der Regierung vertreten. Ernennungsrecht des Kaisers wird nicht angezweifelt. Auswahl der Männer: Regierung soll sich die Leute suchen, aber dann mit den Parteien ins Einvernehmen setzen.<sup>7)</sup>

**Schiffer:**<sup>8)</sup> Ich weiß nicht, ob es möglich ist, daß noch eine weitere Änderung des

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 117—119; Scheidemann, Zusammenbruch S. 90—92 (falsch datiert); Scheidemann, Memoiren II S. 39 (falsch datiert).

<sup>2)</sup> Nach Haußmann S. 117 begann die Sitzung 16 Uhr 30.

<sup>3)</sup> Bericht Fehrenbachs über eine Aussprache mit Unterstaatssekretär Wahnschaffe. Vgl. Haußmann S. 117; Scheidemann, Zusammenbruch S. 90.

<sup>4)</sup> Vgl. den Beschluß des Vorstands der Zentrumsfraktion vom 9. 7. 1917 in Nr. 5 Anm. 10.

<sup>5)</sup> Nachdem der Kronrat vom 9. 7. 1917 vorangegangen war, erfolgte am 11. 7. der königliche Erlaß über die geplante Einführung des gleichen Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhaus.

<sup>6)</sup> Im Stenogramm: „vorgehen würden“.

<sup>7)</sup> Scheidemann, Zusammenbruch S. 90 notiert kurz: „Fehrenbach hat Wahnschaffe gegenüber den Standpunkt vertreten: schnellstens Heranziehung von Parlamentariern in Ministerposten und als Staatssekretäre“, während bei Haußmann S. 117 ausführlicher berichtet wird: „Er, Fehrenbach, habe mit aller Bestimmtheit den Eindruck mitgenommen, daß das preußische Ministerium den Auftrag habe, das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in einem Entwurf vorzulegen. Betreffend die Parlamentarisierung habe er verlangt, daß Parlamentarier in Preußen und im Reich in die Ministerien berufen werden, welche die Regierung auswählt, aber erst nach Rücksprache mit den parlamentarischen Parteien. Bezüglich Bethmann Hollwegs habe er den Standpunkt seiner Partei dahin ausgesprochen und auch hier festzuhalten: „Der Reichskanzler soll nicht verdrängt werden, solange er kein Hindernis des Friedens ist. Wenn er das ist, wird er selbst den Zeitpunkt des Rücktritts wählen, sonst würden wir im allgemeinen Interesse darauf zurückkommen.“ — Zu beachten ist auch der sich an den zitierten Passus, der bis auf sachlich unwesentliche Redigierungen der eigenhändigen Aufzeichnung aus der Sitzung im Nachlaß Haußmann 28 entspricht, anschließende Kommentar zur Haltung des Zentrums und der Nationalliberalen gegenüber Bethmann Hollweg.

<sup>8)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 90: „Die Nationalliberalen erscheinen wieder auf der Bildfläche: Schiffer, Junck, Richthofen. Sie wollen noch einmal verhandeln [,Glocke“ S. 177 statt „verhandeln“: „kuhhandeln“].“

Entwurfs bewilligt werden könnte. Wir suchen immer noch eine Vereinigung wegen des Eindrucks auf das Ausland. Wir legen Wert auf den Gedanken, daß wir nicht von vornherein auf Gebietserwerbungen usw. verzichten, sondern daß wir nur darauf verzichten, sie auf dem Wege des Zwangs durchzuführen, sondern nur auf dem Wege der Verhandlung. (Die Vorschläge sind bereits abgelehnt worden.)<sup>9)</sup>

**Ebert:** Gerade an dieser Partie der Erklärung nichts zu ändern. Aussprache in der Fraktion stieß schon auf Schwierigkeiten. Wenn im Sinn noch Änderungen vorgenommen werden würden, dann würden wir keine Zustimmung mehr erzielen. Im Gegenteil: ein Wort ist ausgefallen. Wirtschaftlich.

**Richthofen:** macht auch noch einen kleinen Vorschlag.

**Fehrenbach:** Das Zentrum hat noch keine endgültige Stellung genommen. Erst wieder Fraktionssitzung morgen vormittag 11 Uhr (12. Juli). Glaubt sagen zu können, daß wir gemeinschaftlich mit den anderen Parteien die Erklärung einbringen und vertreten.<sup>10)</sup>

**Junck:** Bei uns war die Meinung vertreten, das Zentrum würde es nicht machen ohne die Nationalliberalen. Die Lage hat sich wesentlich verändert zugunsten der Erklärung. „Wir machen es mit.“

**Schiffer:** Sachlich sind eigentlich wenig trennende Momente vorhanden. Ich bin nicht der Meinung, daß die Fassung unsere Wünsche zum Ausdruck bringt. In schwierigen Situationen kommt unter Umständen viel auf die Fassung an. Manchmal kann man durch eine andere Formulierung über Schwierigkeiten hinwegkommen.

**Haußmann:** Wenn die Herren noch einen Gedanken wünschen, den wir schon ausgedrückt haben, nur noch deutlicher, so müssen wir uns das doch ernstlich überlegen. Aber keine redaktionellen Änderungen zumuten, die die Erklärung verschlechtern. Wir wollen nicht die Meinung aufkommen lassen, als ob wir die Nationalliberalen verdrängen wollten.<sup>11)</sup>

<sup>9)</sup> Vgl. Haußmann S. 117: „Schiffer erklärt, daß die Nationalliberalen die Resolution dann erwägen würden, wenn die Stelle von den ‚erzwungenen Gebietserweiterungen‘ geändert und gesagt würde, daß Deutschland den Krieg nicht zum Zwecke von Annexionen weiterführe. Er kommt damit auf den von Paasche früher gemachten Vorschlag zurück und fragt nach der Entschließung des Zentrums.“ In der eigenhändigen Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, nur: „Schiffer neue Vorschläge.“ — Vgl. ferner Scheidemann, Zusammenbruch S. 90: „Schiffer, dem man zu verstehen gibt, daß nichts Wesentliches mehr an der Erklärung geändert werden könne, wünscht vom Zentrum zu wissen, ob es an seinem Beschluß festhalte, die Erklärung nur dann mitzumachen, wenn auch die Nationalliberalen mitmachen.“

<sup>10)</sup> Vgl. Haußmann S. 118: „Ich glaube den Herren sagen zu können, daß wir die Resolution annehmen und einbringen, auch wenn die Nationalliberalen nicht mitmachen.“ — Vgl. ferner Scheidemann, Zusammenbruch S. 90: „Das Zentrum, das diesen Beschluß tatsächlich gefaßt hatte, um die Nationalliberalen dauernd unter Druck halten zu können, spannte die Nationalliberalen auf die Folter. Fehrenbach sagte: ja, der Beschluß besteht noch. Schiffer: Wir nehmen an, daß der Beschluß bestehen bleibt; er war ja bei unseren Fraktionsberatungen von der größten Bedeutung. — Fehrenbach: ich will nicht prophezeien, aber ich glaube, daß meine Fraktion, nachdem die Dinge sich derart entwickelt und geklärt haben, den Beschluß aufheben wird!“

<sup>11)</sup> Vgl. Haußmann S. 118: „Wir wollen den Nationalliberalen redaktionell, aber nicht materiell weiter entgegenkommen. Der Schiffersche Vorschlag enthalte das unkluge und nicht annehm-

**Müller-Meinigen:** warnt vor Quertreibereien.

(Die Nationalliberalen werden also nochmals versuchen —)<sup>12)</sup>

**Payer:**<sup>13)</sup> erörtert die Frage eines „Kriegsrates“; als Ersatz für Parlamentarisierung. Eine Einrichtung, daß alle wichtigeren Beschlüsse der Regierung nur im Zusammenhang mit der Volksvertretung gemacht würden. Ich bin persönlich dafür. Die Welt würde doch erheblich größeres Vertrauen zur Regierung haben, wenn sie unserer engen und intimen Kontrolle untersteht.<sup>14)</sup>

**Südekum:** legt ungefähr Programm dar.<sup>15)</sup>

**Gothein:** Parlamentarisierung nur möglich mit Reform des Bundesrates und mit Reichsministerien. Das ist das Ziel. Aber das läßt sich nicht im Handumdrehen machen. Nun läßt sich jetzt zur Not machen, daß einfach durch Übung die Staatssekretäre zu kollegialen Sitzungen zusammentreten, in denen alle wichtigen Fragen erörtert werden. Das wäre die eine Voraussetzung. Die zweite: entweder die einzelnen Parteien schicken Staatssekretäre in die Regierung; aber das ist schwer, weil die Staatssekretäre nicht politisch sind, sondern Fachminister sind. Das Auswärtige müßte wohl in den Händen eines Diplomaten liegen. Reichsjustiz läßt sich ersetzen, ebenso Post. Inneres läßt sich in drei Teile teilen, und ich halte das für erwünscht. Es hat aber Bedenken, Helferich vollständig abzusagen, weil er für den Frieden notwendig ist. Wenn die Sache so gemacht wird, daß kollegiale Verfassung eingeführt wird, dann läßt es sich machen, daß Staatssekretäre ohne Portefeuille ernannt werden aus den Parteien. Es läßt sich aber auch machen, daß Vertrauensmänner der Parteien diesen Beratungen beiwohnen. Entschließungen können da nicht getroffen werden. Das hätte aber doch den

---

bare Anerkenntnis, daß der Krieg bisher für Annexionen geführt worden sei.“ In der eigenhändigen Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, nur: „Wir wollen den Nationalliberalen redaktionell entgegenkommen.“

<sup>12)</sup> S. auch Scheidemann, Zusammenbruch S. 90: „Schiffer, den ich als klugen Menschen sehr hochschätze, nahm seine beiden Genossen wieder mit ab, um noch einmal in der nationalliberalen Fraktion sein Glück zu versuchen. Nach etwa einer Stunde kam Richthofen, um offiziell mitzuteilen, daß seine Fraktion die Beteiligung ablehne, die Abstimmung aber freigebe.“ In der Erstveröffentlichung, „Glocke“ S. 178, schließt sich der Satz an: „Also endlich sind wir die Schaukelfritzen los. —“

<sup>13)</sup> Für den folgenden Teil der Debatte vgl. die Zusammenfassung bei Haußmann S. 118: „Die Verhandlungen wenden sich der Frage verfassungsmäßiger Änderungen zu. Payer ist für einen Kriegsrat mit Parlamentariern, Südekum hat Bedenken und stellt Spezialforderungen. Gothein hält dereinstige Umwandlung des Bundesrates in ein Oberhaus, jetzt Einsetzung parlamentarischer Staatssekretäre, auch ohne Portefeuille, für das Richtige. David spricht gegen provisorische Lösungen, Müller-Meinigen hält ein Reichsministerium für richtig, aber die bundesstaatlichen Widerstände zurzeit für unüberwindlich.“ — Für die detaillierte eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28 vgl. Anm. 14, 15, 16, 19, 21.

<sup>14)</sup> Die eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28 bringt nur das Stichwort: „für Kriegsrat“.

<sup>15)</sup> Vgl. die eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28: „Beirat genügt nicht aber Mindestforderung / Vorsitzender müßte preuß[ischer] Minister u. in der Reichsregierung sein / Eine Behörde / Im dauernden Konnex, keine ernsthaften Beschlüsse ohne ihre Kenntnis / Wöchentliche Sitzungen / Delegierter im Hauptquartier / Zwei Herren die Ressorts überwachen.“

Vorteil, daß die Vertrauensmänner der Politik über alle Fragen zu hören sind. Sind sie nicht einverstanden, dann würden sie ausscheiden, und dann hätte man die Krise. Den Kriegsrat halte ich für nicht ganz gangbar. Die Akteneinsicht müßte selbstverständlich gegeben werden; auch Delegierter im Hauptquartier wäre gut, wenn auch damit nicht viel zu erreichen sein würde. Mein Weg wäre wohl praktischer.<sup>16)</sup>

**David:** Die zukünftige organische Neuordnung der Reichsregierung werden wir sofort anspeien<sup>17)</sup> müssen. Die Frage, was wir jetzt rasch tun können und wie diese Krise abschließen soll: da ist der Gedanke eines Rates als Kriegersatz angeregt worden. Ich halte diesen Ersatz für außerordentlich schlecht. In der ersten Form sollte es nur ein gelegentlicher großer Rat sein, an dem die Regierung usw. teilnehmen sollten. Das würde gar keine Garantie bieten, daß die Politik nach innen und außen im Sinne der Mehrheit geleitet würde.

Das gibt uns nicht die Sicherungen, daß wirklich die Regierung im Sinne des Mehrheitswillens führt. Das, was Südekum daraus gemacht hat, ist etwas sehr viel Schwereres, als ein parlamentarisches Ministerkollegium zu machen. Das wäre ein Parlamentsrat, der mit weitgehenden Rechten des Eingriffs in die Reichsmaschine selbst als höchste Kontrollinstanz aufgerichtet würde. Aber wenn es Sicherheit schaffen sollte, müßte es ähnliche Rechte haben. Ich bin der Meinung, daß es nötig ist, uns doch etwas an das Bestehende anzuschließen: keinen neuen Rat, keinen Beirat, sondern in die Regierung selbst unsere Männer hinein. In einer Form, wie es sich jetzt rasch und ohne Verfassungsänderung machen läßt. Diese Form ist gegeben. Die heutigen Staatssekretäre stehen gar nicht in der Verfassung. Es liegt kein verfassungsmäßiges Hindernis vor, Staatssekretäre aus dem Parlament zu ernennen. Der Kaiser hat das Ernennungsrecht. Diese Staatssekretäre würden nicht in die Ämter eintreten, denn das ist schwer zu machen, sondern sie würden Minister ohne Portefeuille sein, aber dann an den regelmäßig einzurichtenden kollegialen Beratungen mit den übrigen Staatssekretären und dem Reichskanzler teilnehmen. Durch ihre Stellung also Beigeordnete, nicht als eingeladene Gäste. Diese ganze bürokratische Geschichte könnte dann nicht mehr an sie heran. Dieses Kollegium, das dann in häufigen und regelmäßigen Sitzungen

<sup>16)</sup> Vgl. die eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28: „Bundesrat = Oberhaus / Kollegiales Reichsministerium / Jetzt sind Staatssekretäre Fachministeriums [sic!] / Auswärtiges durch / Staatssekretär ohne Portefeuille / Nicht Kontrolle aller Ressorts.“ — Vgl. auch Haußmann S. 112 f. über die Fraktionssitzung vom 10. 7. 1917: „In der Volkspartei wird Bericht über die Vertreterkonferenz erstattet, der Liesching den Namen ‚Arbeiter- und Soldatenrat‘ beilegt, der in der Folge *allgemein* [im Text der „Schlaglichter“: „manchmal“; berichtigt vom Bearbeiter nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151] benützt wird, insbesondere auch in den Besprechungen Bethmann Hollwegs. Die Fraktion nimmt zu dem Problem der Forderung des parlamentarischen Systems nach eingehender Debatte erstmals im Wege einer Abstimmung unter einstimmiger Zustimmung Stellung. Ein Antrag Gothein lautet, es solle durch Berufung von Parlamentsmitgliedern in die Regierungsstellen in geeigneter Weise eine Verbindung zwischen Regierung und Reichstag hergestellt werden.“ — Im Nachlaß Haußmann 28 findet sich auf einer Reichstagsbriefkarte der folgende eigenhändige Entwurf: „10. 7. 17 / Die Fraktion der F.V.P. erklärt: Der Eintritt von Vertrauensmännern des Reichstags in die Reichsregierung ist ein nationales Bedürfnis und ein Gebot der Stunde. C. Haußmann.“

<sup>17)</sup> So im Stenogramm. Zu erwarten wäre sinngemäß: „anstreben“ oder ähnlich.

die politische Lage zu verfolgen hat, alle großen Fragen der Politik zu besprechen und die Entscheidungen vorzubereiten hat — ganz gleich, ob durch Mehrheitsabstimmungen oder nicht —: das Ganze ist ja kein Kampf des Parlaments gegen die Krone und die Kronrechte, sondern Kampf gegen die Bürokratie und deren Machtvollkommenheit. Dann hätten wir die Kontrolle. Diese parlamentarischen Staatssekretäre, die im Parlament bleiben, würden einen engen Kontakt mit ihren Parteien darstellen und den ganzen Einfluß des Parlaments mitbringen und würden die politischen Direktiven mit zu geben haben. Das, glaube ich, würde uns eine Sicherung gewähren. Das würde auch nach außen hin von eminenter Wirkung sein.

Im Inland wäre das eine ganz andere Stellung des Parlaments und auch eine Garantie dem Auslande gegenüber.

Bethmann ist nach außen ungemein stark diskreditiert. Die norwegische Sache ist geradezu furchtbar.<sup>18)</sup> Die skandinavischen Länder sind in einer Weise gegen Deutschland jetzt eingestellt. Dynamit in Füllfederhaltern, Briketts mit Dynamit usw. Daß Zimmermann bleibt, ist ganz unmöglich. Augenblicklich ist die Reichsleitung im Ausland vollkommen diskreditiert. Wenn wir nur die Resolution schaffen, ohne daß wir auch sonstige Hilfsmittel ergreifen, Parlamentarisierung, dann ist nichts zu erreichen. Das Ausland weiß auch, daß wir den Kristiania-Fall<sup>18)</sup> kennen, und sie warten nun, was dabei herauskommt. Diese Regierung wäre dadurch gewissermaßen nach außen neu aufgebügelt, und das Parlament wäre diskreditiert.

Wenn wir einen Rat schaffen, der nach was aussieht und innerlich doch nichts ist, dann schaffen wir die Verantwortung des Parlaments für diese Regierung. Und dann wäre schon besser gar nichts.<sup>19)</sup>

**Fehrenbach:** In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister. Damit erschweren wir den Erfolg in der anderen Sache in außerordentlichster Weise. Da ist nichts zu machen. Lassen wir doch die Finger davon; das bringen wir nicht zuwege.

**Müller-Meinigen:** Fürchterliche Schwierigkeiten bei der praktischen [Durchführbarkeit].<sup>20)</sup> Wir können die Sache bloß auf dem Wege des kollegialen Reichsministeriums machen; aber das dauert lange. Der Weg, den Südekum gezeigt hat, wird nicht dahin führen. Sein Beirat würde verflucht an die früheren Beiräte erinnern. Bei dieser Kontrolle würde wohl nichts herauskommen. Davids Vorschlag ist ein Weg; ob er möglich ist, ist zweifelhaft. Ob es rätlich ist, diese Parlamentarier in Ämter zu nehmen, ohne daß sie ein Amt haben, weiß ich nicht recht. Vielleicht sind sie dann nur im luftleeren Raum.

Vorschlag mit Staatskriegsrat: das ist lediglich eine Notmaßregel, bloß für

<sup>18)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 637 f. und 1917/II S. 659, 665, 680 ff.; ferner HA 163. Sitzung, 3. 7. 1917.

<sup>19)</sup> Vgl. die eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28: „David — lange Ausführung für volle Arbeit“.

<sup>20)</sup> Im Stenogramm: „Schwierigkeit“.

die Zeit des Krieges. Ich komme zurück auf die Schaffung eines kollegialen Reichsministeriums. Das geht nicht von heute auf morgen.<sup>21)</sup>

**Südekum:** legt nochmals dar.<sup>22)</sup>

**Payer:** Die Frage der Parlamentarisierung kann nicht so nebenbei durchgeführt werden. Das ist eine Frage, die überaus schwer sein wird. Der Gedanke an die zukünftige Parlamentarisierung und der andere Gedanke, ob man nicht jetzt ein Provisorium schaffen kann, — das muß auseinandergehalten werden. Die Herren betonen den bundesstaatlichen Charakter des Reichs viel zu wenig. Sie betonen immer den Charakter von England oder Frankreich. Die Macht liegt bei uns im Bundesrat, nicht bei den Staatssekretären. Wir müßten also eigentlich in den Bundesrat unsere Vertreter schicken. Das geht aber wieder nicht.

Was die Herren vorschlagen: David will eigentlich kein Provisorium (soll doch eins sein). Er will keinen Beirat, sondern Staatssekretäre aus dem Parlament. Da er aber weiß, daß man keine politischen Minister haben kann, während die Verwaltung durch Unterstaatssekretäre gemacht wird, so sucht er nach einer besonderen Form; er will also Staatssekretäre ohne Portefeuille. Was sollen die für eine Stellung haben? Sie müßten Beamte werden; damit würden sie schon einen Teil ihrer eigenen Selbständigkeit verlieren und den Zusammenhang mit dem Parlament (Parlament, nicht der einzelnen Fraktion). Wie sollten sie wirken ohne Amt? Ein Minister ist noch ohne Portefeuille möglich, wo die Entscheidung beim Ministerrat liegt. Dort können sie wenigstens bei der Schlußberatung einwirken. Aber bei uns haben die Staatssekretäre das nicht. Man müßte also hier eine Verpflichtung konstruieren, daß die Staatssekretäre auch kollektiv beraten. Aber in der Praxis hat keiner in die Sache der anderen hineinzureden. Am wenigsten verspreche ich mir von den Männern ohne Amt. Die Macht liegt in der Arbeit. Wer bloß berät, hat keine Macht. David meint, wenn die an den kollegialen Beratungen teilnehmen würden, dann würden sie politische Direktiven geben können. Aber diese schätze ich geringer ein, als sie bei einem besser organisierten Beirat hervorkommen würden. Wenn man ihnen eine Revisionsgewalt geben würde, wie würde sie ausgeübt werden? Korrespondenz und Akteneinsicht macht es allein auch nicht. Ohne Fachkenntnis kann man Facharbeit nicht kontrollieren. Die politische Direktive kann man in einem anderen Organ ausüben.

Ich stehe Südekum viel näher. Der Vorsitzende als Minister und Staatssekretär hätte doch auch keinen Stuhl. Da scheint der Reichskanzler der viel richtigere Vorsitzende zu sein.

Das müßte eine Art Behörde sein. Ganz richtig finde ich das. Die Leute sollen keine Beamten sein. Es gibt Behörden, in die man solche Leute hineinbringen könnte. Sie müßten gleichberechtigt mit den anderen Behörden sein. Sie könnten auch in dauerndem Konnex mit den Staatssekretären und mit dem Reichskanzler

---

<sup>21)</sup> Vgl. die eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28: „Müller — Reichsministerium.“ Es folgen dann untereinander geschrieben noch folgende Namen: „Payer / Südekum / Haußmann / Gothein / David“; jedoch fehlt jede Notiz über die Ausführungen der genannten Sprecher.

<sup>22)</sup> Vgl. Anm. 15.

sein. Sie müßten regelmäßige Sitzungen halten. Ob man auch einen der Männer ins Hauptquartier schicken sollte, — der Mann würde mir leid tun. Dann kommt Südekum auf den Gedanken, daß die Delegierten auch die einzelnen Verwaltungen kontrollieren sollten. Das kann ich mir nicht vorstellen. Hier differieren wir. Damit wird man nichts erreichen. Deshalb auch mal den Gedanken nachdenken: man schafft eine Behörde, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers steht. Sie soll die Entscheidung treffen in den wichtigsten Sachen, Krieg und Frieden, sie soll mit beeinflussen und mit fassen helfen. In diese Behörde würde ich hineinsetzen als gleichberechtigte Mitglieder: Staatssekretäre, einige Vertreter des Bundesrates, noch einige Mitglieder des Hauptquartiers hineinnehmen und einige Parlamentarier. Diese Behörde wäre nicht zu groß. Sie würde regelmäßig zusammentreten. Diese Behörde würde einen ziemlich weitgehenden Einblick haben und auch Einfluß. Da steckt materielle Macht dahinter.

Das kann man machen, wenn man es loslöst von der späteren Frage der Parlamentarisierung. Wer hätte noch vor vierzehn Tagen geglaubt, daß wir so weit kommen würden?

**Richthofen:**<sup>23)</sup> Die Fraktion hat mit Mehrheit beschlossen, Ihnen keine weiteren Vorschläge zu machen, hat aber die Abstimmung freigegeben.

**Haußmann:** Norwegische Frage:<sup>18)</sup> das ist schon immer geschehen. Das ist auch in Amerika geschehen. Das ist alles Mache der Marine.

Zu der anderen Frage dürfen wir uns die Schwierigkeiten nicht zu klein, aber auch nicht zu groß vorstellen. Reichsministerium wäre das beste. Aber jetzt nicht zu erreichen. Deshalb aber nicht zum Nullpunkt kommen, sondern etwas anderes suchen und finden. Der Staatssekretär a latere hat kein Ernennungsrecht; damit fehlt ihm aber die Macht. Die Fähigkeit des gesunden Menschenverstandes hat aber doch in anderen Ländern sehr viel geleistet.

Was jetzt aus dem Parlament kommt, bringt ein höheres Maß von Vertrauen mit. Aber sicher ist, daß das, was wir jetzt machen können, nur ein Provisorium sein kann. Ein Kriegsorgan könnte geschaffen werden.

Die Hauptmacht einer solchen Einrichtung wäre das Rücktrittsrecht, namentlich der kollektive Rücktritt. Auf dem Wege zwischen Südekum und Payer sollten wir weiterarbeiten. Wenn wir das gemeinsam vertreten, wenn die wertvolle Mitarbeit des Zentrums uns dabei blühte, dann hätten wir starken Einfluß auf die Regierung. Nichts, was man nicht sachlich vertreten kann. Es muß als ehrlicher und neuer Versuch der Erneuerung in Deutschland erscheinen.

<sup>23)</sup> S. Anm. 12. Vgl. Hugo, „Die politische Krisis“ (s. Nr. 16b Anm. 1): „Am Dienstag sind dann neue interfraktionelle Besprechungen [s. Nr. 6] abgehalten worden, die zu einer geringen Abänderung der ersten Formel und dann zu einer nochmaligen Aufrollung der Frage in der nationalliberalen Reichstagsfraktion führten. Nach eingehenden Beratungen lehnte die Fraktion in ihrer überwiegenden Mehrheit am Mittwoch, dem 11. Juli, endgültig den Beitritt zu der Erzbergerschen Kriegszielformel ab. Der Minderheit wurde die Abstimmung im Plenum des Reichstags, falls es zu einer solchen kommen sollte, freigestellt. Damit war die erstrebte Parteikombination unter Einschluß der Nationalliberalen nicht zustande gekommen und das Zentrum ist damit vor die Frage gestellt, ob es nunmehr an der einmütigen Unterstützung der Erzbergerschen Friedensformel teilnehmen will. Zur Stunde [13. 7. 1917, mittags] liegen Entschlüsse darüber noch nicht vor.“

**Gothein:** Der Weg der Staatssekretäre aus dem Parlament, die sogar Ressorts haben, ist durchaus gangbar. An und für sich würde der Weg also gangbar sein. Post, Justiz, Inneres dreiteilen. Da würden insgesamt vier Posten für Parlamentarier gehen.

Aber der Weg hat bloß dann einen Sinn, wenn eine kollegiale Verfassung wenigstens durch Übung eintritt. Ich halte es für mindestens so notwendig, daß man im Bundesrat anfangen muß. Das muß das Revirement in Preußen bringen.

Dann ist der Weg von Payer offen. Da liegt die Macht und der Einfluß der Parteien offen zutage. Rücktrittsrecht ist sehr wichtig und sehr stark. Die Regierung kann nur dann stark sein, wenn sie Rückhalt im Parlament hat.

Wenn es ein Provisorium ist, dann muß es doch schnell gemacht werden.

**David:** Südekums und Payers Vorschläge sind noch sehr weit auseinander.

Payers Behörde würde alle höchsten Instanzen in sich vereinigen. Das wäre der höchste Staatsrat. Er würde die höchsten Entscheidungen treffen. In einem solchen Rat würden die sechs Delegierten des Parlaments ohnmächtige Geschöpfe sein. Sie würden das Parlament binden, aber sie wären als die Außenseiter in diesem Kollegium, das sich zusammensetzt aus lauter Funktionären, eine ohnmächtige Minderheit. Die sechs Mitglieder aus dem Parlament sind ohne Zusammenhang. Sie sind gar nicht präsent. Sie müßten in Berlin wohnen. Wie könnte man das erwarten für eine Sache, die keine regelmäßige Arbeit ist. Wenn der Rat alle vierzehn Tage zusammenkommt, — ja, wie erfahren sie dann etwas? Dann sollen sie evtl. verlangen, daß der Reichstag zusammenkommt. Das wäre dann der Konflikt!

Was Südekum gedacht hat, ist ein ständiger Rat, nur aus Parlamentariern. Das ist ganz etwas anderes. Das wäre ein neuer Ausschuß. Der könnte nicht unter dem Vorsitz des Reichskanzlers tagen. Er müßte natürlich Kompetenzen haben! Das wäre keine Lösung.

Ich glaube, mit meinem Vorschlag etwas viel Leichteres vorzuschlagen. Ich glaube, hinter Fehrenbach zurückbleiben zu sollen. Der will preußische Minister und Staatssekretäre.

Weil ich das für zu schwierig hielt, weil ich glaube, daß jetzt keine reinen Arbeitsminister aus dem Parlament gewählt werden können. Mein Vorschlag ist viel leichter als jeder Rat und auch als der Fehrenbachsche Vorschlag. Politische Köpfe als Mitarbeiter an den politischen Fragen in die Reichsregierung. Der Payersche Vorschlag könnte daneben bestehen.

Mein Vorschlag ist also der ständige Südekumsche Rat in anderer Form. Alles, was gesagt worden ist, daß diese politischen Delegierten des Reichstags da eine schlechte Rolle spielten, alles halte ich für hinfällig und von falscher Voraussetzung ausgehend. Die Macht haben die politischen Köpfe, die die politischen Direktiven geben. Unser Schaden ist, daß die Arbeitsminister zugleich politische Funktionen ausüben sollen, denen sie nicht gewachsen sind. Wir haben keine Männer, die das Zeug haben, politisch große Fragen zu lösen, die politische Programme haben. Das ist unser Fehler.

Wenn sie hineinkommen, dann haben sie in allen entscheidenden politischen Fragen die Stimmungen und Entscheidungen in ihre Hand bekommen. Ihre Stellung ist nicht schlechter, sondern sehr viel stärker als die der Beamten.

Verfassungsrechtliche Schwierigkeiten stehen meinem [Vorschlag]<sup>24)</sup> durchaus nicht entgegen. Der jetzige Zustand entspricht gar nicht der Verfassung. Der Einwurf von Payer, daß diese beratende Konferenz der Staatssekretäre der Autokratie des Kanzlers gegenüberstünde, der sagen könnte, daß er macht, was er wolle; das fällt sachlich zusammen, weil er es nicht gegen das Parlament machen kann.

Der Bundesrat: An den Bundesrat kommen die wichtigen Entscheidungen gar nicht. Jedenfalls nicht die der auswärtigen Politik.<sup>25)</sup> Sie fallen in dem engen Kreis des Reichskanzlers. Der Bundesrat ist gar keine Instanz. Sie wird gar nicht recht gefragt. In allen entscheidenden Fragen spielt der Bundesrat gar keine Rolle.

Daß diese Parlamentarier Beamtencharakter annehmen, das ist nur die eine Seite. Sein wirklicher Charakter ist der des Vertrauensmanns der Volksvertretung. Wenn die Vertreter der Mehrheit einig sind, dann können die Bürokraten gar keinen Widerstand leisten.

Wirkung nach außen: Es kommt neben der Sicherung für uns auf die Fassade nach außen an. Wird die Fassade nicht geschaffen, dann wird das, was wir tun, schon nur die halbe Wirkung haben. Was jetzt gemunkelt wird, wird allemal Postulat. Das wird deutlicher ausgesprochen werden. Desto schwieriger wird bei uns die Umwandlung. Je länger das hinausgezögert wird, um so schwerer wird es als Hindernis der Friedensverhandlungen. Dem muß man vorweggreifen, indem man das bereits schafft, indem man zunächst einmal die Fassade aufrichtet. Im Inland steht dem nichts im Wege, und für das Ausland ist es das erste Signal.

**Scheidemann:** Ich fürchte, daß wir hier vor der Gefahr stehen wie in Frankfurt 1848. Payer hat schon gesagt, wie wir die Debatte angefangen haben. Wir haben damals damit begonnen, uns zu verständigen auf eine Plattform, die nach außen günstig wirken soll. Am besten, wenn eine Mehrheit des Reichstags sich zusammenfindet. Dann Reform im Innern. Dann wurde gefragt: Ist das zu machen mit den Männern, die da vorhanden sind? Aus den „Männern“ wurde dann die Debatte [um das parlamentarische]<sup>25a)</sup> System. Man soll die Situation ausnutzen. Aber besteht die praktische Möglichkeit? Wir wollen das alle, kollegiales Reichsministerium. Die Schwierigkeiten scheinen mir zu groß, innerhalb von zwei bis drei Wochen das alles machen zu können. Die Verfassungsschwierigkeiten sind riesengroß. Dann sind Vorschläge gemacht worden provisorischer Art. Der Beirat ist abgelehnt worden.

Dauids Vorschlag ist wesentlich anders; aber auch ich glaube, wieder an das erinnern zu sollen, was Fehrenbach mit Wahnschaffe besprochen hat. Also aus dem Parlament heraus Staatssekretäre nehmen, und solinge die Sache wohl am

<sup>24)</sup> Im Stenogramm: „Zustand“.

<sup>25)</sup> Vgl. Deuerlein bes. S. 222 ff.

<sup>25a)</sup> Im Stenogramm: „aus dem parlamentarischen“.

besten zunächst. Darauf sollten wir zunächst hinwirken. Also zunächst müßte Zimmermann weg aus Rücksicht auf Norwegen und ebenso Capelle. Darüber besteht auch Einigkeit zwischen uns.

Die Behörde von Payer würde ziemlich schwierig werden.

Vorschlag: Der Reichskanzler ist in dieser Frage bockbeinig; er will es dem Kaiser nicht vorschlagen. Bei der Machtfülle des Kaisers, und da niemand an ihn herankommt, wäre es gut, das zu durchkreuzen und den Kaiser zu informieren. Was weiß der Kronprinz?

Ist es nicht geradezu eine Pflicht, zu verlangen, daß der Kaiser durch uns informiert wird? Kollege von Payer ist durchaus der Mann dazu. Dann müssen neue Männer durch den Kaiser her. Die neuen Männer könnten wohl nicht alle aus dem Parlament genommen werden.

Im übrigen aber sollte man gleich an die Arbeit gehen, um vorzubereiten, daß beim nächsten Zusammensein des Reichstags wir fix und fertig mit unseren Plänen sein müßten. Ein Mann müßte das ausarbeiten, und dann müßte der Verfassungsausschuß das durchberaten. Der Kaiser muß wissen, was vorgeht. Das ist das einzige, was wir jetzt erreichen können.<sup>26)</sup>

<sup>26)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 90—92 (Hervorhebungen durch *Kursivdruck* nach „Glocke“ S. 178 f.):

„Ich führte u. a. aus: Nicht debattieren und theoretisieren wie 1848 in der Paulskirche. Was wir schließlich wollen, wissen wir: das konsequent durchgeführte parlamentarische System. Aber wie kommen wir dazu? Vor acht Tagen hat noch keiner von uns daran gedacht, *jetzt* an die Parlamentarisierung heranzukommen. Wir verlangten strikte dies: Klarheit im Kriegsziel und gleiches Wahlrecht in Preußen. Als wir uns darüber einig waren, wurde in bezug auf das Kriegsziel die Frage aufgeworfen: Geht's mit *den* Männern? Nein, einige müssen fort und durch neue ersetzt werden. — Aus den paar Männern, die mit Rücksicht auf das Ausland ausgetauscht werden sollten, wurde plötzlich das parlamentarische System. Aus der Debatte ging hervor, wie enorm große Schwierigkeiten dem bei uns zulande entgegenstehen, so daß es unmöglich erscheint, in ein oder zwei Wochen alle Widerstände gesetzlicher und persönlicher Art zu überwinden. Jedenfalls müssen wir die Situation ausnutzen und so *schnell als möglich* ein brauchbares Provisorium schaffen, bis wir das parlamentarische System [„Glocke“ S. 178 statt „das parlamentarische System durchsetzen“: „das Ganze durchsetzen“] durchsetzen können. Beirat? Nein! Provisorium, wie es David und Payer vorschlagen? Im Notfall. Das Wichtigste zur Stunde bleibt die Berufung neuer Männer wegen der Wirkung auf das Ausland: Zimmermann muß gehen wegen der Kristianiaaffäre; Capelle auch. Die neuen Männer müssen berufen werden im Einvernehmen mit dem Reichstage. Nun weiter: Der Reichskanzler soll Gegner der Parlamentarisierung sein. Um ihm wirksam entgegenzutreten zu können, müssen wir die Schwierigkeiten und angeblichen Unüberwindlichkeiten, von denen geredet wird, genau kennen. Von Wichtigkeit ist die Stellungnahme des Kaisers angesichts der großen Macht, die er nun einmal hat. Je nach der Art seiner Information wird er so oder so entscheiden; das ist direkt verhängnisvoll. Denn wer informiert ihn? Bethmann Hollweg hat ihm, wie man sagt, einen Gipsverband angelegt, so daß niemand an ihn herankommen könnte. Man *muß* dem Kaiser aber offen berichten, wie es im Lande aussieht. Er muß aufgeklärt werden über die Not und die Notwendigkeiten. Dann sträubt er sich vielleicht nicht, freiwillig zuzugestehen, was er in kurzer Zeit wird geben müssen. Ich schlage vor, v. Payer zum Kaiser zu schicken, damit er ihm in unserm Namen und Auftrage ganz reinen Wein einschenkt. Im übrigen also: sofort neue Männer, auch solche selbstverständlich aus dem Parlament, dann muß der Verfassungsausschuß Vorlagen machen und dann in wenigen Wochen, wenn alles Schlag auf Schlag gehen kann, ganze Arbeit. Wir versäumen mit einigen Wochen nichts; wir nützen sie zu gründlicher Vorbereitung. Unsere Macht wird immer größer, nicht etwa geringer. Je größer die Not wird, um so höher steigt die Macht des Reichstags gegenüber der Regierung. —

**Müller-Fulda:** Endgültig anzustreben das parlamentarische System. Das geht nicht ganz rasch. Wir müssen auf Scheidemanns Vorschlag eingehen.<sup>27)</sup> Gegen Dekorationsbeiräte, die tatsächlich nichts zu sagen haben. Da schrecken die Spuren. Die Entlassungen müssen sofort vorgenommen werden. Dann neue Männer, zum Teil aus dem Parlament oder aus den Parteien.

**Fischbeck:** Die Schwierigkeiten sind groß. Aber wenn das parlamentarische System angestrebt wird, dann darf man nicht immer sagen, daß man zu Fachministern keine Parlamentarier machen könne.<sup>28)</sup> Man braucht nicht immer ein „Fachmann“ zu sein.

Im übrigen: Es ist alles richtig — das soll hinausgeschoben werden. Ich habe nur die eine Befürchtung: wenn wir die Erklärung allein beschließen und das Parlament geht dann auseinander, dann sagt man draußen, daß das nur eine Deklamation sei. Wir müssen eine Schildwache haben, die dahintersteht. Das brauchen wir dem Inland gegenüber und auch dem Ausland gegenüber. Es ist auch Mißtrauen in die Tatkraft des Reichstags vorhanden. Dieselben Männer können also nicht bleiben. Wir müssen deshalb jetzt gleichzeitig irgendeine Garantie dafür haben, daß das Parlament an der Regierung beteiligt ist, damit wir eine Kontrolle für die Ausführung dieser Erklärung haben.

Wenn in dem provisorischen Rat auch die Konservativen sitzen, dann würde für mich die Sache wertlos sein. Es muß eine Mehrheitsvertretung sein.

In einen Kriegsrat würden natürlich auch die Konservativen hineingehen, — das geht nicht!

Das Maßgebende ist, daß die Leute unter sich einig sind. Die Mitglieder des Parlaments müssen unter sich zusammentreten und einen gemeinsamen Willen unter sich festsetzen und ihn auch durchsetzen. Ob sie Staatssekretäre werden oder parlamentarischer Ausschuß, darauf kommt es eigentlich nicht an. Aber wir müssen einen Schritt in der Richtung auf das parlamentarische System machen. Das erst gibt Vertrauen nach innen und nach außen.

Will der Reichskanzler dahin eine Erklärung in seiner Rede abgeben? Wenn das nicht der Fall ist, dann habe ich die allerschwersten Bedenken dagegen, daß die Erklärung allein kommt. Das preußische Wahlrecht muß kommen und die Zusage auf das Programm. Staatssekretäre ohne Portefeuille.

---

Meine Vorschläge fanden allgemeine Zustimmung.“ Der sich im Erstdruck, „Glocke“ S. 179, anschließende Passus ist nicht in den „Zusammenbruch“ übernommen: „Müller-Fulda und Fischbeck, die nach mir zu Worte kamen, stimmten ihnen sofort zu. — Am 12. Juli, nachmittags, 3 Uhr, soll eine weitere Sitzung sein. — Abends 8 Uhr hatten Ebert und ich eine Besprechung im Bundesratszimmer mit Helfferich, Roedern und Wahnschaffe.“

<sup>27)</sup> Vgl. Anm. 26.

<sup>28)</sup> Zur Ergänzung s. Haußmann S. 118: „David formuliert den Antrag: ‚Der Reichstag hält es im Interesse einer engeren ständigen Verbindung zwischen Reichsleitung und Volksvertretung für geboten, alsbald Männer aus dem Kreise seiner Mitglieder zu Staatssekretären mit oder ohne Portefeuille zu ernennen, deren Aufgabe es sein soll, in regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen mit den übrigen Staatssekretären und dem Reichskanzler alle wichtigen politischen Fragen zu beraten. (Den Staatssekretären sind alle die zur Verhandlung kommenden Fragen betreffenden Akten zugänglich zu machen.‘ Die Debatte wird abgebrochen.“ — In der eigenhändigen Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, wird der Antrag nicht erwähnt. Vgl. Anm. 21.

**Müller-Meinigen:** möchte den Vorschlag Scheidemann aufnehmen. Sollen wir nicht die Sache vorbereiten durch Bestimmung von drei oder vier Herren, die die Fassungen vorbereiten?

**Südekum:** Unmittelbare Berührung mit dem Kaiser.

**David:** Unmittelbare Berührung mit dem Kaiser. Vier Herren sollen dem Kaiser Klarheit schaffen. Diese Deputation müßte dem Kaiser natürlich bestimmte Vorschläge machen. Unbeschadet der definitiven Regelung, die kommen muß und auch eingeleitet werden soll, sollte jetzt schon in Vorschlag gebracht werden ein rasches Provisorium, und da halte ich an meinen Vorschlägen fest.<sup>28)</sup>

**Ebert:** Wir können jetzt keine Beschlüsse fassen.

**Gothein:** Warum sollen wir nicht gleichzeitig verlangen sofort einige Staatssekretariate? Ebenso in Preußen.

**David:** Wenn das zu schwierig wäre, dann Staatssekretär ohne Portefeuille.<sup>29)</sup>

(Vertagt: 3 Uhr nachmittags morgen.)

<sup>28)</sup> Vgl. David, Kriegstagebuch, 11. 7. 1917: „Nachmittags: Besprechung der drei Fraktionen über die Parlamentarisierung. Payer's Generalkriegsrat. Südekum: parlamentarischer ständiger Kontrollrat. — Mein Vorschlag mehr Widerspruch als Zustimmung. Kein klarer Entschluß. Plan, zum Kaiser zu gehen.“

## 10.

### 11. 7. 1917: Unterredung der Abg. Haußmann und Payer mit Staatssekretär Helfferich

Haußmann S. 118 f.; Nachlaß Haußmann 151, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup>

Sechs Uhr. Staatssekretär Helfferich mit Staatssekretär Graf Roedern und Unterstaatssekretär Wahnschaffe konferieren namens des Reichskanzlers mit Vertretern der Mehrheitsparteien je getrennt.<sup>2)</sup> Für die Volkspartei waren Payer und ich geladen, vorher Spahn und Erzberger<sup>3)</sup>, nachher Ebert und Scheidemann.<sup>4) 5)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Helfferich S. 449.

<sup>2)</sup> Vgl. Nachlaß Haußmann 28, eigenhändige Aufzeichnung vom 11. 7. 1917: „Konferenz bei Helfferich, Roedern Wahnschaffe / hatten Payer u. Haußmann zuvor Erzberger u. Spahn dann Ebert u. Scheidemann in den Bundesrat bestellt.“ S. dagegen Anm. 3.

<sup>3)</sup> Nach Helfferich S. 449: Spahn und Fehrenbach. Erzberger S. 261 f. registriert für den 11. 7., 17 Uhr, eine Besprechung mit Valentini.

<sup>4)</sup> Vgl. Scheidemann, „Glocke“ S. 179: „Abends 8 Uhr hatten Ebert und ich eine Besprechung im Bundesratszimmer mit Helfferich, Roedern und Wahnschaffe.“

<sup>5)</sup> Vgl. Helfferich S. 449: „Noch am Mittwoch, 11. Juli, erklärten mir die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten, kein Interesse an einem Kanzlerwechsel zu

**Helfferich** macht gegen die Friedensresolution einige resignierte Einwendungen taktischer Art. Zur Neuorientierung trägt er vor: Die Reichsregierung wolle im Reich die *vergrößerten Kreise*<sup>6)</sup> gewähren, in Preußen das gleiche Wahlrecht. Sie wolle nicht nur keinen Anstand an einem Parlamentarier nehmen, sondern darauf achten, daß auch Parlamentarier in oberste Reichsämter berufen werden. Das Reichsamt des Innern solle wegen seiner Größe in mehrere Ämter geteilt werden. In dem Sozialamt wäre aber ein Sozialdemokrat zu großen Konflikten ausgesetzt. Ferner solle ein „Rat“, in den fünf Vertreter der großen Parteien, fünf Vertreter des Bundesrates und fünf Staatssekretäre berufen werden, unter dem Vorsitz des Kanzlers die Hauptfragen verantwortlich mitberaten, und zwar schon vor gesetzgeberischer oder verwaltungsmäßiger Ausgestaltung.<sup>7)</sup>

**Haußmann** hebt hervor, daß es sich bei dem Vorschlag nicht um Vertretung der Mehrheitsparteien in der Regierung, sondern um eine Art partielles Koalitionsministerium handeln würde, was Helfferich bejaht, und verlangt Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung, letzten Satz, den Helfferich verteidigt, soweit es sich um Staatssekretäre handele.<sup>8)</sup>

**Payer** spricht aus, daß er, wie schon endgültig erklärt, kein Staatssekretariat annehme.

**Haußmann** exemplifiziert, daß Payer in der Regierung für diese viel wertvollere Dienste leisten könnte, wenn er nicht aus dem Parlament ausscheiden müßte. Man hat aus der Verhandlung denselben Eindruck, daß Bethmann und Helfferich bestimmt im Amte zu bleiben glauben.

---

haben. Für das Zentrum gab mir in Gegenwart des Abgeordneten Dr. Spahn der Abgeordnete Fehrenbach ein Resümee wieder, in dem er nach einer langen Aussprache in der Fraktion deren Meinung zusammengefaßt habe. Das Resümee lautete etwa: Das Zentrum sähe in seiner großen Mehrheit kein Bedenken gegen das Verbleiben des Kanzlers im Amte. Die Fraktion vertraue jedoch darauf, daß der Kanzler, falls sich herausstellen sollte, daß seine Person eine Erschwerung für Friedensverhandlungen sei, daraus die Konsequenzen ziehen werde. Sogar von den Konservativen, den erklärten Bethmann-Gegnern, gewann ich den Eindruck, daß sie für eine geräuschlose Erledigung der Kriegskredite unter Zurückstellung ihrer Wünsche nach einem Kanzlerwechsel zu haben sein würden.“ Für die Haltung der Zentrumsfraktion s. auch Nr. 5 Anm. 10 und Nr. 9 Anm. 7.

<sup>6)</sup> So im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151; Haußmann S. 118 stattdessen: „die andere Wahlkreiseinteilung“.

<sup>7)</sup> Vgl. Nachlaß Haußmann 28, eigenhändige Aufzeichnung vom 11. 7. 1917: „Friedensfrage / Wahlrecht Federstrich — wann / wann vergrößerte Kreise / Parlamentarismus: „[Anführungszeichen nicht sicher zu erkennen] Keinen Anstand an einem Parlamentarier u. sogar darauf achtet, daß ein Parlamentarier genommen wird / Reichsamt / Sozialamt Erwart[un]g ein Soz[ialdemokrat] / ein Rat / die 5 großen Parteien / 5 aus Bundesrat u. Staatssekretäre / auf ein angemessen hohes Piedestal gestellt[.]“

<sup>8)</sup> Vgl. Nachlaß Haußmann 28, eigenhändige Aufzeichnung vom 11. 7. 1917: „müssen die Parlamentarier ausscheiden? tritt Mehrheitsministerium oder Koalitionsministerium ein? / Payer antwor[t]e[t] / Haußmann verlangt insbesondere Aufhebung von Art. 9 letzter Satz.“

## 11.

## 12. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

11a: Nachlaß Südekum 62, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Geheimsitzung 11.“<sup>2)</sup> Juli 1917“.<sup>3)</sup>

Die Konservativen und Nationalliberalen wollen mit verschiedenen Resolutionen Stimmen unserer Erklärung wegfangen. Das Zentrum macht mit. Die Gefahr liegt darin, daß die Konservativen jetzt krebsergehen.<sup>4)</sup>

David bringt Calker mit.<sup>5)</sup>

Ebert übernimmt die Leitung.

**Scheidemann** fragt, ob die Anwesenheit van Calkers Sinn hat. Wenn er eine neue Resolution propagiert, dann hat das doch keinen Sinn.

**Calker:** Hätte am liebsten eine einheitliche Aktion gehabt. Ist zerfallen in verschiedene Aktionen. Fraktion hat abgelehnt. Nun fragt es sich: was ist für die Fraktion denn das Richtige? Mir scheint, ich muß eine Stellungnahme der Fraktion suchen, die wenigstens einigermaßen den Grundgedanken bezüglich des Friedens ausdrückt. Zu diesem Zwecke will ich meinen Freunden eine Resolution vorschlagen. Aber es ist nicht eine Aktion, die gegen Sie gerichtet sein kann, sondern die parallel mit Ihnen gehen würde. (Schiffer und Junck kommen herein.)

**Müller-Meinigen** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur sagen, daß ich nach Lektüre der Resolution Calker dies als eine neue Verwirrung ansehe.

**David:** Ich kenne keine neue Resolution und weiß davon nichts. Ich nahm auch nicht an, daß wir heute noch über eine Resolution sprechen wollten. Ich hatte nur an Umbildung der Reichsverfassung gedacht. Ich nahm an, daß die Nationalliberalen bei diesem Teile unserer Aufgabe mit uns zusammenarbeiten würden. Das ist mein Anlaß gewesen, die Herren zu bitten, den Kontakt nicht zu verlieren.

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 120—123 und Payer S. 34 f.

<sup>2)</sup> So im Stenogramm. In der eigenhändigen Aufzeichnung Haußmanns aus der Sitzung, Nachlaß Haußmann 28, ebenfalls ursprünglich 11. 7.; mit Blei in 12. 7. berichtigt. Das Datum der Sitzung ist jedoch nicht fraglich, da es sich eindeutig um den Tag der Unterredung mit dem Kronprinzen handelt.

<sup>3)</sup> Sitzungsbeginn nach Haußmann S. 120: 15 Uhr.

<sup>4)</sup> Offenbar Südekums Beurteilung der Situation, die er seiner Niederschrift über den Gang der Verhandlungen des Ausschusses voranschickt.

<sup>5)</sup> Zur Ergänzung s. Haußmann S. 120: „van Calker fragt an, ob die Nationalliberalen noch mitverhandeln können, er setze seine Bemühungen, die Nationalliberalen umzustimmen, fort. Haußmann beantragt zur Geschäftsordnung, die Erklärung Calkers über letzteren Punkt zuzulassen, ohne Präjudiz der Frage, ob die Nationalliberalen bei den Weiterverhandlungen der geeinten Mehrheitsparteien zuzulassen seien.“ — Die eigenhändige Aufzeichnung im Nachlaß Haußmann 28 zitiert van Calker u. Haußmann in der gleichen Reihenfolge, deutet jedoch darauf hin, daß Haußmann vor van Calker das Wort nahm: „Haußmann zuvor: Eine Erklärung Calkers zulassen, ohne Präjudiz der Frage ob die N[ational]l[iberal]en bei den Weiterverhandlungen zugelassen.“

**Ebert:** Ich bin der Meinung, daß wir mit den Herren von der nationalliberalen Partei auch die Frage der Parlamentarisierung nur dann gemeinsam erledigen können, wenn auch über die Friedensfrage Einigkeit vorhanden ist.<sup>6)</sup>

**David:** Für die Arbeit, die dem Verfassungsausschuß bleibt, kommen die Nationalliberalen doch wieder in Betracht.

**Gothein:** Wir haben gewiß den Wunsch, daß diejenigen Herren von der national-liberalen Partei, die auf dem Boden unserer Erklärung stehen, später auch an der Parlamentarisierung beteiligt werden. Da wir wissen, daß die Fraktion auseinandergeht, so besteht für die Herren, die bei uns mitmachen, kein Hindernis der Mitarbeit. Aber wenn eine neue Resolution eingebracht wird, dann würde das Verwirrung bringen, und das würde die Möglichkeit der gemeinsamen Arbeit nur stören.<sup>7)</sup>

**Junck:** Von einer Resolution ist nach meiner Meinung gar keine Rede.

**Calker:** Das ist ein Versuch von mir ganz allein.

**Ebert** schließt sich **Gothein** an.

**David:** Wenn **Calker** noch neue Resolution bringt, dann würde das die Sache sehr erschweren.

(Die Nationalliberalen gehen ab.)

#### Frage der Parlamentarisierung:

Es liegen zwei Vorschläge vor: Müller-Meinungen und Südekum.

#### Müller-Meinungen:

- 1) Als bald eine Deputation an den Kaiser, bestehend aus je einem Mitglied der drei großen Parteien der Mehrheit. Volle Aufklärung.
- 2) Dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Mehrheit der Ansicht ist, daß die Stellung der Staatssekretäre des Auswärtigen und der Marine unhaltbar geworden ist.<sup>8)</sup>
- 3) Dem Kaiser und dem Reichskanzler kundzutun, daß enge Zusammenarbeit von Regierung und Reichstag auch durch Einberufung von Mitgliedern gesichert werden muß.
- 4) Die Prüfung der staatsrechtlichen Frage einer Subkommission von drei Mitgliedern zu übertragen, die Anträge für den Verfassungsausschuß vorbereiten soll.

**Südekum:** trägt sein Memorandum vor.<sup>9)10)</sup>

<sup>6)</sup> Vgl. Haußmann S. 120: „Das Programm haben die Nationalliberalen abgelehnt, also ist keine Basis gemeinsamer Weiterverhandlungen.“

<sup>7)</sup> Vgl. Haußmann S. 120: „Gothein empfiehlt unter Zustimmung von Ebert, mit denjenigen Nationalliberalen über die Parlamentarisierung zu verhandeln, die auf dem Boden der Friedensresolution stehen.“

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 9 bes. auch Anm. 18.

<sup>9)</sup> Vgl. Nachlaß Haußmann 28, eigenhändige Aufzeichnung: „Müller[-Meinungen] beantragt eine Resolution / Südekum beantragt eine Resolution.“ — Der in der folgenden Anmerkung wiedergegebene Text der Resolution Südekums fehlt in der eigenhändigen Aufzeichnung und steht im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, dem die „Schlaglichter“ folgen, am Schluß der Sitzung, was dem zeitlichen Ablauf nicht entspricht.

<sup>10)</sup> S. Haußmann S. 121—123: „Südekum legt einen formulierten Antrag vor: ‚Die vereinigten Parteien stellen als ihre Meinung fest:“

**Payer:** Die Regierung ist noch nicht so weit niedergedrungen, daß sie das annehmen müßte. Aber auch was von Müller-Meinigen vorgebracht worden ist, macht den Eindruck, als ob wir auf einmal das Bedürfnis hätten, unsererseits die Regierung in die Hand zu nehmen. Da sind Fragen mit einer Schnelligkeit gelöst und behandelt, die mir nicht sympathisch ist.

1. Die Regierung hat die gemeinsame Erklärung über die Friedensziele in klaren und unzweideutigen Worten als ihr eigenes Programm öffentlich anzuerkennen.
2. Zur Verstärkung des Eindrucks dieser Erklärung im Inland wie im Ausland haben mindestens die Staatssekretäre des Auswärtigen und der Marine ihre Ämter zu verlassen.
3. Über die Geeignetheit des Reichskanzlers zur Weiterführung der Geschäfte auch nach Anerkennung des Friedensprogrammes bestehen in den Parteien Meinungsverschiedenheiten. Überwiegend ist indessen die Ansicht, daß der Rücktritt des Kanzlers zurzeit nicht nötig sei. Wenn aber die Weiterführung der Geschäfte durch den jetzigen Reichskanzler zu einem Friedenshindernis werden sollte, behalten sich die Parteien vor, eine Mahnung zum Rücktritt an ihn zu richten.
4. In den Parteien überwiegt die Ansicht, daß die zurücktretenden Staatssekretäre des Auswärtigen und der Marine durch Fachmänner zu ersetzen seien.
5. Dagegen sollten die anderen Staatssekretariate durch Vertrauensmänner der Parteien besetzt werden.
6. Das Reichsamt des Innern soll dabei zweckmäßig in zwei oder drei Ämter zerlegt werden. Es ist die Auffassung der Parteien, daß der jetzige Staatssekretär die Handelsabteilung als selbständiges Staatssekretariat übernehmen sollte.
7. Zur Verstärkung des politischen Einschlages in der Regierung ist die Ernennung von zwei oder drei Staatssekretären ohne Portefeuille ins Auge zu fassen.
8. Die Parteien stehen auf dem Standpunkt, daß die Parlamentarisierung der Regierung durch die Schaffung von verantwortlichen Reichsministerien anzustreben sei. Die vorgeschlagene Aufnahme von Vertrauensmännern der Parteien in die Regierung wird daher nur als Provisorium angesehen.
9. Ein Mittel zur Anbahnung der notwendigen Reform sehen die Parteien in der Einführung von regelmäßigen kollegialen Beratungen zwischen dem Kanzler und den Staatssekretären.
10. Als provisorische Maßnahme wäre auch die Schaffung eines Reichsrates anzusehen.
11. Dem Reichsrat würden angehören: a) zehn Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstags; b) Kanzler und Staatssekretäre (6—8); c) ein Vertreter des Großen Hauptquartiers — im ganzen also siebzehn bis neunzehn Personen.
12. Die Geschäftsordnung des Reichsrates sollte enthalten:
  - a) der Reichsrat ist eine kollegiale, beratende Behörde;
  - b) sie hat für sich selbst oder ihre delegierten Mitglieder das Recht der Akteneinsicht und der Auskunftseinholung;
  - c) der Reichsrat hält regelmäßige und nach Bedarf außerordentliche Sitzungen;
  - d) auf Antrag von einem Drittel der Mitglieder muß der Vorsitzende eine Sitzung berufen;
  - e) dem Reichsrat werden alle Gesetzentwürfe und alle internationalen Verträge zur gutachtlichen Vorberatung vorgelegt; er kann alle Vorgänge aus dem Geschäftskreis der Reichsverwaltung zum Gegenstand seiner Tätigkeit machen;
  - f) die Mitglieder des Reichsrates erhalten für ihre Tätigkeit keinerlei Besoldung, aber Ersatz ihrer Auslagen; sie haben Anspruch auf Stellung von Unterpersonal.
13. In Preußen, wo das gleiche Wahlrecht mit möglichster Beschleunigung einzuführen wäre, soll
14. der Ministerwechsel dazu benützt werden, eine Anzahl von Vertrauensmännern der Parteien in die Ministerien zu berufen.

Berlin, 12. Juli 1917.““

Ich glaube, daß keine Deputation als Forderung nötig ist. Aber es wird wohl so kommen, daß der Kaiser das verlangt. Aber als Mehrheitsparteien sollten wir keine solche Frage in Lauf bringen. Unsere Mehrheit ist sehr schwach. Wir könnten ja eine Reichstagsdeputation hinschicken, weil wir die Mehrheit sind. Jetzt, wo die sachlichen Krisen gelöst zu sein scheinen, wenn dann diese auftaucht, was macht das für einen Eindruck?! Jetzt soll das Ministerstürzen offiziell betrieben werden. Bei Capelle liegt die Unschuld klar zutage.<sup>11)</sup> Er wußte nichts von der Sache.

So etwas kann man nur durch die Fraktionen machen. Die Regierung hat in allen großen Fragen uns entsprochen. Wir bringen mehr heim, als irgendeiner erwartet hatte. Und da erheben wir noch ganz andere Forderungen. Dieses werden wir nicht erzwingen.

Gegen die zweite [Forderung]<sup>12)</sup> von Müller hätte ich an sich nichts.

Dritte Forderung: Vorbereitung von Verfassungsanträgen. Während des Krieges werden diese Fragen nicht gelöst werden. Da sind Schwierigkeiten, die jetzt nicht gelöst werden können.

Ich habe mir die Sache etwas anders vorgestellt: Jetzt über die Resolution einig, daß wir uns über die Einbringung einigen im Plenum oder im Ausschuß; daß wir uns verständigen, daß wir möglichst wenig reden, daß aber jeder Fraktion das Recht zustehen soll, alle ihre Wünsche vorzutragen.

Sie werden sehen, Sie kommen keinen Schritt weiter, wenn wir hier als die Vertreter einer bescheidenen Mehrheit so weitgehende Forderungen aufstellen.

**Müller-Meinungen** (zur Geschäftsordnung): Ich habe nur niedergelegt, worin wir gestern vollkommen einig waren. Über die beiden Staatssekretariate waren wir vollkommen einig.

**Payer**: hält irrtümlich die Anträge für eine Resolution für das Plenum.

**Ebert**: Die Schriftstücke sind nur eine Grundlage zu Verhandlungen. Wir müssen zu einem positiven Ergebnis kommen.

1) Verständigen, ob es nicht zweckmäßig ist, unsere Erklärung so bald wie möglich in die Öffentlichkeit zu bringen.

2) Bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien hat die Regierung positive Vorschläge gemacht und gesagt, was sie will.<sup>13)</sup> Das müßte erst verhandelt werden.

ad 1) Ich bin stutzig geworden, als ich hörte, daß Gegenaktionen im Gange sind.

Westarp und Pfleger haben eine Resolution und Calker auch eine. Ich befürchte, daß doch eine Reihe von Kollegen da verwirrt werden können und der einheitliche Charakter der Bewegung gestört wird. Da wäre es doch wohl besser, die

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 9 Anm. 18.

<sup>12)</sup> Im Stenogramm: „Form“.

<sup>13)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 10. 7. 1917 über die Unterredung Eberts mit dem Kanzler am gleichen Tage; ferner Scheidemann, Zusammenbruch S. 89, der als Datum der Unterredung irrtümlich den 11. 7. angibt. — Vgl. auch Nr. 10.

Erklärung morgen dem Ausschuß vorzulegen.<sup>14)</sup> Wenn es Beschlüsse des Hauptausschusses sind, dann kann man nicht so leicht Verwirrung im Plenum schaffen. ad 2) Die Blätter umschreiben unsere Erklärung immer weiter. Sie kennen den Wortlaut ja doch.

**Scheidemann:** Wenn wir es in den Ausschuß bringen, dann müssen wir [damit rechnen, daß] sie<sup>15)</sup> in der ganzen Berliner Presse steht.

Dann notwendig: es wäre besser, zu berichten über die Unterredungen mit Helfferich usw.<sup>16)</sup> und über den Kronprinzen.<sup>17)</sup> Im Zusammenhang mit der Friedenserklärung ist es unbedingt nötig, daß Zimmermann geht. Nach der Unschuld Capelles fragt niemand im Auslande.

**Gothein:** Zur Veröffentlichung brauchen wir die Einwilligung des Zentrums. Der Beschluß betrifft auch die Parlamentarisierung. Es wird gut sein, die Erklärung im Hauptausschuß einzubringen. Dazu müssen wir aber vollzählig sein. Es muß auch richtig abgestimmt werden. Am sichersten ist natürlich das Einbringen im Plenum.

**David:** Es wird zweifellos, sobald die Erklärung in den Hauptausschuß kommt, eine kritische Debatte entstehen. Wir können das nicht verhindern. Da sind auch in einzelnen Parteien Dissidenten. Dann liegt die Sache in der Öffentlichkeit. Wir wissen auch noch nicht, ob die Sache schon am Sonnabend erledigt werden kann. Eventuell Kanzlerwechsel, der nicht außerhalb der Möglichkeit liegt. Vorher könnte das ja nicht erledigt werden. Das fürchte ich. Dann setzte auch wüste Hetze der Alldeutschen ein.

Man sollte daher bei dem Beschluß bleiben, die Sache nur in das Plenum zu bringen. Allerdings ist die Sache selbst schon einigermaßen bekannt; aber das ist noch keine authentische Kundgebung nach außen.

Der Eindruck der Zerrissenheit ist auch nicht günstig auf die Regierung. Vielleicht morgen nur Bericht des Kanzlers hören und dann rasch Schluß machen.<sup>18)</sup>

**Haußmann:** Es kommt noch hinzu, daß die Unterschriften der Parteien der Einbringer zu der Interpellation des Willens erheblich sind. Das wird verwischt, wenn es als Kommissionsantrag an das Haus kommt. Die Nichtunterzeichnung durch die Konservativen und durch die Nationalliberalen trägt zur Verdeutlichung des Willens der Erklärung bei. Das wird verwischt durch den Antrag der Kommission.

<sup>14)</sup> Nach Haußmann S. 120 beantragten Müller-Meiningen, Südekum und Ebert, „die Resolution *baldigst* [ergänzt vom Bearbeiter nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151] im Hauptausschuß einzubringen und ohne Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln.“ — Die eigenhändige Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, bringt direkt nach dem in Anm. 9 zitierten Passus: „Ebert: Resolution baldigst im Hauptausschuß u. öffentlich.“

<sup>15)</sup> D. h.: die Friedensresolution der Mehrheitsparteien.

<sup>16)</sup> Vgl. Nr. 10.

<sup>17)</sup> Unterredung des Kronprinzen mit Parteivertretern am Vormittag des 12. Juli; s. auch Anm. 28.

<sup>18)</sup> Vgl. Nachlaß Haußmann 28, eigenhändige Aufzeichnung: „David: Erst im Plenum.“

Wir sollten die Plenarberatung so gestalten, daß das Einbringen, Zahl der Unterschriften und Abstimmung gleichzeitig ins Ausland kommt.<sup>19)</sup>

**von Wangenheim:** Die Voraussetzung zur Zustimmung von vielen ist, daß sich die Regierung auf den Boden der Erklärung stellt. Nun mag ja zur Zeit unsicher sein, ob wir morgen und übermorgen noch mit dem Reichskanzler Bethmann zu rechnen haben. Das ist ein Moment der Unsicherheit. Deshalb ist es notwendige Voraussetzung für die Aktion, daß wir wissen, ob Bethmann bleibt oder nicht. Früher ist eine Einbringung der Resolution nicht wohl möglich. Damit fällt aber die Möglichkeit der Behandlung im Hauptausschuß.<sup>20)</sup> Morgen kommt ja dann die Erklärung des Kanzlers im Hauptausschuß. Bei der Deutschen Fraktion ist der Wunsch ausgesprochen worden, noch Worte hinzuzusetzen: „zu kämpfen bis auf den letzten Blutstropfen“. Natürlich sind Abänderungen jetzt schwer. Aber vielleicht stimmen dann doch noch mehr Abgeordnete dafür.

**Fischbeck:** Möchte auch nicht in die Kommission mit der Erklärung. Der Mehrheitswille muß deutlich bleiben, und der wird verwischt. Nun aber: wann ins Plenum? Wir müssen die Erklärung des Reichskanzlers morgen früh abwarten. Wenn er bleibt — und er wird ja wohl bleiben, solange der Reichstag zusammen ist —, dann morgen abend Erklärung heraus.

**Scheidemann:** Es geht mit dem Ausschuß nicht. Nach außen hin wichtiger, wenn es erst ins Plenum geht. Wir haben eigentlich die Garantie, daß sich die Regierung auf den Boden der Erklärung stellt. Es ist kein Zweifel, daß, wenn ein anderer kommt, dieser sich auch auf den Boden der Erklärung stellt. Denn sonst hätte man doch die anderen Konzessionen gemacht.<sup>21)</sup> Also Einbringen in der entscheidenden Sitzung. Nur Fraktionsvorstand unterzeichnen und dann namentliche Abstimmung.

**Payer** schließt sich dieser Meinung an. Der Reichskanzler kann natürlich schwer zu einer Erklärung Stellung nehmen, die er nicht offiziell kennt. Ich habe ihm mein Handexemplar zur Verfügung gestellt. Er wird wohl erklären, daß er in dieser Richtung gehen will. Wenn er das nicht erklärt, dann wird sich die Regierung doch auf den Boden der Erklärung stellen. Ich kann ihn aber ausdrücklich danach fragen.

Wir sollten sie vollständig fertigstellen und unterzeichnet mit den Namen der Fraktionsführer am Sonnabend früh herausbringen. Die Worte „bis zum letzten Blutstropfen“ sollte man nicht mehr aufnehmen.

Im Plenum sollte die Erklärung begründet werden? Sollen wir uns an der Dis-

<sup>19)</sup> Vgl. Haußmann S. 120: „Haußmann empfiehlt Einbringung erst im Plenum, weil einmal die Parteien zur Interpretation des Geistes der Aktion wichtig und die gleichzeitige Mitteilung der Annahme und des Stimmverhältnisses politisch nützlich sei.“ — S. dazu die eigenhändige Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28: „Haußmann: Erst im Plenum weil die Parteien zur Interpretation wichtig, die zeitlich gleichzeitige Mitteilung der Annahme u. die Zahl der Stimmen die Aktion trägt.“

<sup>20)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, gestrichen: „von Wangenheim: Plenum —“. Gleicher Wortlaut in der eigenhändigen Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28.

<sup>21)</sup> So im Stenogramm; dem Zusammenhang nach wäre hinter „Konzessionen“ eine Negierung zu erwarten.

kussion beteiligen? Eine Begründung sollte man auf das Formelle beschränken. Materielle Begründung ist sehr schwer. Das würde nur Widerspruch auslösen „Vier Fraktionen haben sich zusammengefunden, man glaube, der Sache am besten zu dienen, wenn man das, was alle für richtig halten, zusammenfaßt in dieser Erklärung.“ Das wird man nicht entbehren können; aber sowie man in die Materie eingeht und nur einen Satz begründen will, dann explodiert die Sache nach dem Ausland wieder, daß wir nie wissen, ob wir nicht Unheil anstellen. Was die Diskussion anlangt, so weiß ich nicht, welchen Umfang sie annehmen wird. Die Konservativen werden reden und die Unabhängigen auch. Wir müssen uns darüber schlüssig werden, ob wir den Kampf aufnehmen oder nicht. Nehmen wir ihn auf, dann stehen wir vor denselben Schwierigkeiten wie bei der Begründung. Denn dann haben wir es noch weniger in der Hand. Wir werden wohl darauf möglichst verzichten müssen, uns in die Polemik einzulassen. Dritte Frage: wollen wir nebenher noch eine Diskussion haben? Es wäre zu erwägen, ob wir nicht ein größeres Interesse haben, durch möglichst frühen Schluß der Verhandlungen der Sache ein rasches Ende zu bereiten. Dann könnten wir die Sache in einer einzigen Sitzung beenden.

Ich habe nicht den Eindruck, daß eine Reichskanzlerkrise besteht. Aber das würde auch nicht von heute auf morgen gehen. Wir werden deshalb, da wir doch in der Sache drin sind, die Geschichte durchführen.

**von Wangenheim:** Keine Regierung könnte sich auf einen anderen Standpunkt stellen als die Mehrheit des Reichstags. Möglichst rasches Einbringen der Erklärung.

**Gothein:** Ich möchte zur Erwägung stellen, gerade weil die Deutsche Fraktion nicht mit unterzeichnen kann, sie von Mitgliedern des Verständigungsausschusses<sup>22)</sup> unterzeichnen zu lassen. Das hat auch viel für sich. Das macht unter Umständen einen besseren Eindruck. Dann kommen auch die Elsässer dazu. Morgen abend der Presse geben. Früher ist nicht möglich. Ich bin nicht für eine gemeinsame Erklärung, sondern für kurze Erklärungen aller zustimmenden Parteien. Wir müssen an den gemeinsamen Erklärungen vorbeikommen. Dann aber rasches Ende der Debatte. Aber wir können nicht wissen, wie die Erklärungen von der Rechten und von der äußersten Linken und von den Polen laufen. Die Polen wollen freundliche Erklärung dazu geben. Es wäre erwünscht, wenn von den verschiedenen Seiten betont würde, daß wir alle ein selbständiges Polen wünschen, natürlich nur aus Russisch-Polen bestehend. Dann würden vielleicht die Polen doch noch dafür stimmen. Vielleicht sollte ein einziger vorsichtiger Mann den Konservativen erwidern. Die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen sollten wir vielleicht noch hineinnehmen, da wir es nur aus Rücksicht auf die Nationalliberalen ausgelassen haben.

**David:** Ist es denn notwendig, daß der Reichskanzler morgen spricht? Wenn er spricht, haben wir die Debatte und können dann den Wortlaut der Erklärung auch nicht zurückhalten. Es genügt, wenn er uns oder einem unserer Vertreter mitteilt, daß er auf dem Boden der Erklärung steht. Dann brauchte er nicht in den Ausschuß zu kommen.

<sup>22)</sup> = Interfraktioneller Ausschuß.

Dann kommt die Frage, wie der Hauptausschuß seine Arbeiten abschließt. Dann kann morgen erklärt werden, daß die Arbeiten erledigt sind, der Berichtstatter kann dann dem Plenum Bericht geben. Der Ausschuß würde also nur förmlich tagen.

Verhandlung im Plenum: Zwei Punkte: Bericht und Kreditvorlage. Sollen verbunden werden. Wie wäre es, wenn wir sie trennten? Wenn die Diskussion an unsere Erklärung anknüpfen müßte.

Wir stehen vor der Schwierigkeit, die Diskussion über die Sache selbst einzudämmen. Da müssen die Redner sich so wenig wie möglich auf eine Interpretation einlassen.

Die Frage der Unterschriften löst sich am besten, wenn die Verhandelnden hier unterzeichnen. Das würde einen sehr guten Eindruck machen. Damit würde die Sache über die drei Parteien hinausgreifen.

**Scheidemann:** Wir sollten uns verständigen, daß nur kleine Reden gehalten werden. Ungefähr zwanzig Minuten. Ich empfehle dringend, auf den Inhalt der Erklärung überhaupt nicht einzugehen. Darüber der Freude Ausdruck geben usw. Wenn wir gar nicht reden, dann macht das einen schlechten Eindruck draußen.<sup>23)</sup>

**Haußmann:** Mit der Arbeitsgemeinschaft verhandelt.<sup>24)</sup> Habe den Inhalt vorgelesen aber nicht übergeben. Er<sup>25)</sup> war sehr dankbar dafür. Die Fraktion hat verhandelt. Die Fraktion habe gesagt, bevor sie den Wortlaut nicht vor sich habe, könne sie sich nicht endgültig entscheiden; Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen habe Bedenken erregt. „Wir haben große Bedenken gegen das Mitmachen, lehnen aber noch nicht endgültig ab und bitten, uns auf dem Laufenden zu halten.“ Bitte, Text mitteilen zu dürfen und mitteilen zu dürfen, daß Nationalliberale abgelehnt haben.

Über die Verhandlung im Ausschuß habe ich sagen wollen, was David darlegte.

<sup>23)</sup> Vgl. Haußmann S. 120 f.: „Beschuß: Einbringung erst im Plenum und überhaupt keine weitere Hauptausschußsitzung, sondern Vertagung. Über die formelle Behandlung und Regie einigt man sich einer Anregung Scheidemanns entsprechend auf kurze Parteireden, ohne eine differentielle Interpretation zu geben, die sich auch seitens der Regierung nicht empfehle. Im übrigen sollen die Parteiredner ihre Befriedigung über den Wahlrechtsverlaß, ihren Wunsch baldiger Durchführung sowie ihre Ansicht über die Krisis und das Bedürfnis der Parlamentarisierung aussprechen.“ — So auch die eigenhändige Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28: „Beschuß: Im Plenum / Scheidemann. Kurze Reden ohne über den Inhalt einzugehen / [die folgenden Notizen, bei denen keine Sprecher angegeben sind, beziehen sich offenbar nicht mehr auf die Ausführungen Scheidemanns, sondern auf die sich im Südekum-Stenogramm anschließende Stellungnahme Haußmanns und die weitere Debatte] Formelle Behandlung / Keine Interpretation we[der] durch Partei noch Kanzler / Wahlrechtsbefriedigung / Krisis u. Parlamentarisierung.“

<sup>24)</sup> Vgl. Nr. 6 Anm. 20.

<sup>25)</sup> Hugo Haase, der Fraktionsvorsitzende der Unabhängigen. Haußmann S. 115 notiert am 10. 7. 1917: „Abends sieben Uhr. Besprechung mit Haase von der Arbeitsgemeinschaft, der sich für erste Orientierung bedankt und Stellungnahme nach Kenntnis des definitiven Textes vorbehält.“

Bei der Behandlung im Plenum sollen wir uns kurz halten. Beschluß spricht für sich selbst. Interpretation ist gefährlich.

Nun kommt aber der große politische Stoff der Krise selbst! Darüber muß doch etwas gesagt werden!<sup>26)</sup>

**Fischbeck:** Wir müssen natürlich kleine Reden halten. Wir müssen z. B. über das preußische Wahlrecht sprechen.<sup>26)</sup>

**Payer:** Übereinstimmung darüber vorhanden: morgen abend herausgeben. Weiter dahin, daß morgen Ausschußverhandlungen kurz sein sollen. Einer von uns soll von dem Reichskanzler die Erklärung verlangen, ob er zustimmen würde oder nicht. Diese Erklärung würde dann gegeben werden. Wir sind dann der Meinung, daß er nicht zu kommen brauche.

Im Plenum dann so: jede Fraktion schickt einen Redner vor.

**Gothein:** Wenn wir Eindruck erzielen wollen, dann muß Zimmermann fort.

**Ebert:** Wenn nicht durch den Abgang Zimmermanns Klarheit vor dem Plenum geschaffen wird, dann wird es im Plenum selbst behandelt. Die Unabhängigen werden darüber sicher sprechen. Die Sache wird aber eingeschränkt, wenn Zimmermann vorher erledigt ist.

(Payer soll hingehen zum Reichskanzler.)

Überaus gefährlich wäre, wenn der Kanzler in seiner Rede eine Interpretation dieser Erklärung versuchen wollte.<sup>26)</sup> Dann wäre alles zerschlagen. Also auch der Reichskanzler muß sich von einer Deklaration und Verallgemeinerung fernhalten. Das muß dem Kanzler gesagt werden. — Wenn wir noch eine Verständigung mit den Polen finden könnten, dann wäre das sehr gut. Wirkung auf das Ausland wäre sehr gut. Jetzt ist es schlecht, in diese Erklärung etwas hineinzubringen. Das Selbstbestimmungsrecht wird nicht gut laufen. „Kulturelle Autonomie.“ Wenn das nicht, dann in den Reden. Die einzelnen Parteien könnten dann ja Erklärungen abgeben. Die Parteien stimmen da völlig überein. Sicherung der kulturellen Rechte der Volkssplitter, die zu unserem Reiche gehören. Das würde vielleicht die Polen beruhigen.

**David:** Die Gefahr, daß der Kanzler das interpretiert, muß unterstrichen werden. Er muß die größte Vorsicht üben. Denn er ist diskreditiert<sup>27)</sup>: Kundgebung des Reichstags, der sich die Regierung anschließt.

Die Frage Zimmermann kann man zur Entscheidung drängen, daß Payer namens der hier zusammensitzenden Parteien noch einmal die Sache als offiziellen Auftrag ausspricht, im Zusammenhang damit, daß die Erklärung keine Wirkung haben kann, solange dieses Hindernis besteht.

**von Wangenheim:** Wenn die Reden für die Polen eintreten sollen, dann könnte man wohl die Unterschrift der Polen haben.

(Gothein soll die Polen zu gewinnen versuchen.)  
Morgen abend in die Fraktionen.

<sup>26)</sup> S. auch Anm. 23.

<sup>27)</sup> „diskreditiert“ im Stenogramm undeutlich und in sich korrigiert; andere u. U. mögliche Lesarten (wie: „dispensiert“ oder „disponiert“) würden jedoch keinen Sinn ergeben.

## Parlamentarisierung:

**Payer:** Der Kronprinz forschte nach meiner Meinung über den Kanzler.

**David:** berührte auch diese Frage; beschränkte sich aber nicht darauf, sondern ging auf alles das ein, was hier im Ausschuß behandelt wurde.<sup>28)</sup>

**Payer:**<sup>29)</sup> Soll die Parlamentarisierung kommen, soll dann ein Antrag gemacht werden? Die Regierung erkennt das Bedürfnis eines näheren Zusammenhangs zwischen Regierung und Reichstag an. Wird wohl erklären, daß sie die Absicht hat, Parlamentarier in die Regierung aufzunehmen. Aber jetzt im Augenblick diese Frage nicht lösbar und daher Zeit, um diese Vorschläge zu behandeln. Das wird man ihr kaum verwehren können. Sie wird dann wohl sagen, daß sie diese Parlamentarisierung jetzt nicht machen könne; da aber das Bedürfnis des näheren Anschlusses namentlich während des Krieges und während der Friedensverhandlungen sich in den Vordergrund dränge, so sei sie bereit, „Ersatz“ zu schaffen: sie werde also in Aussicht nehmen und vorschlagen, ein Kollegium mit hoher autoritärer Stellung (durch Stellung seiner Mitglieder) zu schaffen, das unter dem Vorsitz des Reichskanzlers aus fünf Reichstagsabgeordneten, den Staatssekretären, fünf Vertretern der verbündeten Regierungen usw. bestehen sollte. Vielleicht auch noch Reichstagspräsidium. Wir sollten das nicht unterschätzen. Die Mitglieder sind alle gleichberechtigt. Wenn ein solches Kollegium alles behandelt, dann hat es schon Einfluß. Niemals will Roedern einen Beirat.

Er will die Verantwortung über die neuen Steuern in der bisherigen Weise nicht mehr tragen. Alle diese Dinge könnten zur Besprechung kommen. Im übrigen wird es dann natürlich eine Sache der Vertreter sein. Wenn man fünf bescheidene Vertreter hinschickt, dann wird nichts daraus werden. Dies ist die erste Gelegenheit, zum ersten Male in den Bundesrat hineinzublicken.<sup>30)</sup>

<sup>28)</sup> Vgl. Haußmann S. 121: „Payer und David berichten über die Kronprinzenunterredung, Payer nur über den äußeren Hergang. Ich hatte ihn vorher veranlaßt, den Inhalt einer sofort von mir hergerufenen Stenographin zu diktieren. David hatte sich fünfviertelstündig über die ganze Lage ausgesprochen.“ Die eigenhändige Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, bringt bei David die Zeitangabe: „4/5 Stunden!“ — Zu den Gesprächen des Kronprinzen mit den Parteivertretern bemerkt Haußmann S. 120 kommentierend: „Die Eingeladenen waren zum Teil scharf feindlich gegen Bethmann (Westarp, Mertin und Stresemann), zum Teil kritischer als ihre Gesamtfraktion (Erzberger, David), nur Payer war auf seiten Bethmanns. Die Auswahl hatte also schon eine Vorentscheidung gebracht.“ — Vgl. Payer S. 31 ff.; Erzberger S. 262 (geht auf die „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18, zurück, die jedoch in einigen Punkten detaillierter ist); Erzberger-Prozeß S. 712, 726, 728 ff.; Urkunden der OHL S. 408 ff.; Oberst Bauer S. 141 f.; Valentini S. 164 f.; Helfferich S. 450; Westarp II S. 357 ff.; Bethmann II S. 234; WUA 2 S. 153 (Aufzeichnung Bethmanns vom 14. 7. 1917: „die Auswahl war wahrscheinlich von Maltzahn getroffen“); Herre S. 89 f.; WUA 7/I S. 16, 104, 359; WUA 7/II S. 398 f.; WUA 8 S. 79 f., 167 f.; ferner die zusammenfassende Darstellung bei Rudolf Koschnitzke, „Die Innenpolitik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg im Weltkrieg“, Phil. Diss. Kiel 1952, S. 270 ff.

<sup>29)</sup> Vgl. Haußmann S. 121: „Man wendet sich der Besprechung des etwaigen neuen Organs zu, das ich im Einverständnis mit dem sachlich skeptischen Abgeordneten David als ‚Reichsregierungsrat‘ ansprechen möchte.“

<sup>30)</sup> Vgl. Nachlaß Haußmann 28, eigenhändige Aufzeichnung: „Payer empfiehlt den neuen Rat.“

**David:** Das Wichtigste nach außen ist, daß das Parlament dauernd mit in die Staatsmaschine greift; das wird nicht erreicht. Der Reichstag muß mit Garant für die Durchführung der Plattform sein. Das muß klargestellt werden. Dieser Zweck wird nicht erreicht. Was nützt ein Beirat, der im Grunde nichts anderes ist als das, was wir schon haben. Es ist doch nichts anderes. Wieder eine Gelegenheit, alles vorzutragen, was uns drückt, und den Herren ins Gewissen zu reden. Das können wir auch in den Ausschüssen. Die Absicht des Grafen Roedern zeigt schon die Gefahr. Wenn das nötig ist, dann soll dazu ein besonderer Ausschuß eingesetzt werden.

Das Verhältnis eines solchen Beirats zum Hauptausschuß ist auch zweifelhaft. Der kann ständig tagen; er sollte es auch tun. Er kann Regierung und Bundesrat heranziehen. Es würde neben den Hauptausschuß noch ein Ausschuß gesetzt, der zwischen allem steht, die Sache wird immer komplizierter, und etwas Greifbares kommt nicht heraus. Die Mitglieder sollen einen Rang haben: Exzellenz? Das würde der Sache vielleicht sogar das Stigma des Komischen anhängen. Wir haben dann für die einzelnen inneren Fragen besondere Beiräte: Ernährungsbeirat, Hilfsdienst, Gewerbebeirat, Übergangswirtschaftsbeirat, — was soll da noch ein Beirat <sup>31)</sup> Man könnte an einen engeren Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten denken. Volle Akteneinsicht. Das wäre ein Schritt gegen die Geheimdiplomatie. Das wäre eine Sache, die ganz unabhängig von diesem Vorschlag ist. Aber wir brauchen mehr, nach außen hin. Die Frage des parlamentarischen Systems, des Einflusses der Volksvertretung auf die Regierung, ist von größter Bedeutung für den Friedensschluß. Daher: schon jetzt sollte e[twas] Greifbares und Sichtbares gemacht werden.

Der Reichskanzler und andere machen Widerstand; aber im Grunde genommen wollen sie ja doch dasselbe.

Die Fehrenbachsche Formel<sup>32)</sup> ist gestern angenommen worden. Ich habe Staatssekretäre ohne Portefeuille vorgeschlagen. Daneben könnte noch der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zugezogen werden. Dann hat man den Rat und zugleich die Fassade der Parlamentarisierung. Das ist das Entscheidende. Mein Vorschlag läßt sich ohne Verfassungsänderung durchführen, weil die Staatssekretäre keine Bundesratsmitglieder zu sein brauchen.

**Müller-Fulda:** Die Herren sind noch nicht fertig. Es sind beinahe 100 Männer zusammen.<sup>33)</sup> Das dauert sehr lange. Antwort erst morgen früh 10 Uhr. Bisher ist über die Erklärung noch nicht gesprochen worden. Man werde ihr mit großer Mehrheit zustimmen. Auch ohne die Bedingung der Mitunterzeichnung durch die Nationalliberalen.

<sup>31)</sup> Vgl. Nachlaß Haußmann 28, eigenhändige Aufzeichnung: „David: Der Rat ist schon durch die Konservativen kompromittiert / präjudiziert den Reichstag / Rang?“ — S. auch Anm. 29.

<sup>32)</sup> Vgl. Nr. 9.

<sup>33)</sup> Die Ausführungen Müller-Fuldas beziehen sich auf die Sitzung der Zentrumsfraktion, der nach dem „Nachtrag zum Reichstags-Handbuch der 13. Legislaturperiode“, Berlin 1916, S. 33 90 Mitglieder (Stand vom 26. 4. 1916) angehörten. Auch Haußmann S. 123 berichtet, daß die Zentrumsfraktion fast vollständig versammelt gewesen sei.

Über die Parlamentarisierung sind die Ansichten sehr verschieden. Große Mehrheit: man sollte sich nicht in die Rechte der Krone einmischen. Auch nicht in das Recht des Kaisers. Man müßte das beschränken auf Ratschläge und Wünsche.

Im übrigen ist sehr wenig Stimmung für Parlamentarisierung der Regierung vorhanden. Man fürchtet die außerordentlichen Schwierigkeiten, und allenfalls könnte man sich auf die Formel Fehrenbach<sup>32)</sup> einigen. Aber eine Entscheidung ist darüber noch nicht erfolgt. Man ist schon befriedigt, daß sich die Regierung auf den Boden der Erklärung stellen wird und daß sie das preußische Wahlrecht gemacht hat.<sup>34)</sup>

**Haußmann:** Es dürfte dann nicht passieren, daß die Regierung einen Vorschlag macht und daß wir ihr dann im Plenum das zerschlagen. Da müßte man doch mit den Herren wissen, wieweit wir zusammengehen wollen.

**Müller-Fulda:** Über die Fragen des parlamentarischen Beirats sollte noch eine besondere Besprechung stattfinden, weil das eine ganz neue Sache ist, die noch kaum bekannt ist. Damit sollte man sich besonders befassen.

**Ebert:** Bei diesen Beratungen sollte man ernstlich erwägen, ob unserem Wunsche nicht Rechnung getragen werden kann, daß die Abgeordneten, die in diesen Ausschuß berufen werden, auf dem Standpunkt unserer Erklärung stehen. Ein Konservativer könnte nicht hineinkommen.

**Payer:** Da hält man noch an der Anschauung fest, daß das nur eine Überwachung für die Ausführung der Resolution sein soll. Das ist es aber nicht. Was die Re-

<sup>34)</sup> Für Verlauf und Ergebnis der Fraktionssitzung, in der sich das Zentrum gegen eine kleine Minderheit dahin aussprach, den Kanzler fallen zu lassen, und daraufhin fast geschlossen die Friedensresolution billigte, vgl. Erzberger S. 262 (daneben ist die „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18, heranzuziehen); Haußmann S. 123 f.; Helfferich S. 451; Payer S. 34 f. Bemerkenswert ist auch die Erinnerung Schiffers, „Um Bassermann und Bethmann“, in: „Historisch-Politisches Archiv“, Bd. 1, 1930, S. 193—203 (Zitat S. 198): „Noch am Vormittag des letzten Tages erklärte Trimborn, daß das Zentrum Bethmann halten würde. Allerdings sagte mir unmittelbar darauf Erzberger, als ich ihm dies mitteilte, mit höhnischem Lachen, ich solle nur die Sitzung seiner Fraktion am Nachmittag um 3 Uhr abwarten. In dieser Sitzung, in der Spahn einen schweren Ohnmachtsanfall erlitt, wurde Bethmann gepfört.“ Wichtig für die Haltung des Zentrums erscheint ferner Martin Spahn, „Friedensresolution und päpstliche Friedensvermittlung“, in: „Hochland“, Jg. 24/II, 1927, S. 561—580 (Zitat S. 572 f.): „Der eine der beiden Männer, die in den vergangenen Jahren die politische Leitung des Zentrums innegehabt hatten, Adolf Gröber, schwebte ebenfalls durch eine Brandwunde in Lebensgefahr. Auch der andere, Peter Spahn, war erkrankt in der entscheidenden Zeit und hielt sich nur unter dem Aufgebot der letzten Kräfte noch einige Tage aufrecht. Gröber mahnte vom Krankenzimmer aus, ganz in der Richtung der früher vom Zentrum für gut befundenen Politik, daß der durch die Spaltung und den Mißerfolg in Stockholm niedergedrückten Sozialdemokratie das Rückgrat gebrochen werden müsse. Sie müsse sich entweder verpflichten, alle Kreditforderungen zu bewilligen, die bis zur Beendigung des Krieges notwendig würden, oder der Reichstag sei aufzulösen. Sein Mitführer warnte die Fraktion in ihren Sitzungen, so eindringlich es ihm gegeben war, vor dem Gedanken der Friedensentschließung. Dem Rate des Kanzler, daß der Reichstag jede große Aussprache im Augenblick meiden und die angeforderten Kredite rasch genehmigen müsse, sei zu folgen. Keinesfalls dürfe der Kanzler vom Reichstag aus gestürzt werden. Aber seine und die Stimme des Freundes fanden kein Gehör mehr. Die Oberste Heeresleitung leistete den Jungen Beistand.“

gierung vorschlägt, das soll losgelöst sein von der Erklärung und soll sich auf alle Fragen beziehen. Wenn das der Fall ist, dann ist nicht zu vermeiden, daß man der Volksvertretung in ihrer Gesamtheit die Möglichkeit gibt, sich daran zu beteiligen. Man kann die Konservativen nicht auf die Dauer von der Mitberatung ausschließen.

**Gothein:** Parlamentarismus heißt Vertretung der Mehrheit, nicht des gesamten Reichstags. Deshalb läßt gerade der Vorschlag der Regierung alles zu wünschen übrig. Auf dem Wege ist herzlich wenig zu erreichen. Mit dem Einblick in die Geheimakten auch nicht. Es ist immer noch der beste Weg, die elf Posten<sup>35)</sup> mit Vertretern der Mehrheit zu besetzen. In vierzehn Tagen ließe sich da alles machen. Nur auf diese Weise läßt es sich machen. Dann kommen wir auch um die Staatssekretäre ohne Portefeuille herum. Aber schlimmstenfalls auch noch Staatssekretäre ohne Portefeuille. Das muß klipp und klar ausgesprochen werden; darüber muß der Reichstag mit dem Kaiser sprechen. Das ist der einzige Weg.

**Scheidemann:** Im wesentlichen einverstanden. Der Staatsrat: Es kann sich nur darum handeln, zunächst einen Ersatz zu schaffen. Dieser Ersatz hat eine besondere Aufgabe: den Krieg zu Ende zu bringen auf Grund unserer Erklärung. Wenn wir aber mitmachen, dann nicht in der Zusammensetzung der Regierung. Denn dann erreichen wir das gar nicht. In dem Augenblick, wo die Erklärung fällt, macht sie Eindruck. Wenn aber alles bleibt, dann macht das gar nichts. Wenn aber der Beirat gemacht wird, dann steht die Tatsache fest, daß, wenn es nur Leute aus der Mehrheit sind, auch noch Eindruck gemacht wird. Sonst aber nicht. Unter normalen Verhältnissen wäre der Vorschlag der Regierung durchführbar. Jetzt geht es nicht, aus allen Parteien Leute zu nehmen. Da gehören nur Mehrheitsvertreter hin.

**Payer:** Die Herren reden von einer Vertretung der Mehrheit. Das heißt Ausscheiden der Konservativen und aller Gegner unserer Erklärung. Das halte ich für unmöglich. Was sind denn wir für eine Mehrheit? Wir finden uns ja nur in der einen Frage zusammen.

Sollen wir durch eine Resolution die Parlamentarisierung in den Lauf bringen? Im Sinne der Formel Fehrenbach. Dazu wäre aber die Zustimmung der Freunde Fehrenbachs nötig.

**David:** Das sollten wir gar nicht ins Auge fassen. Das ist eine markante Kundgebung zugunsten der Parlamentarisierung. Der Verfassungsausschuß sollte erwägen, ob er in der Zwischenzeit nicht arbeiten kann. Wir sollten im Verfassungsausschuß diese Frage sofort ernsthaft in Arbeit nehmen. Damit wir nicht dem Zwang von außen nachgeben müssen.

<sup>35)</sup> Nach den von Haußmann (s. Nr. 10) aufgezeichneten Ausführungen Helfferichs sollten dem „Rat“ 5 Vertreter der großen Parteien, 5 Staatssekretäre, 5 Vertreter des Bundesrates und der Kanzler als Vorsitz angehören. Wenn die von Südekum notierte Zahl zuverlässig ist, könnte also Gothein bei den „elf Posten“, die mit Vertretern der Mehrheit zu besetzen seien, nur den Reichskanzler, die 5 für den Rat vorgesehenen Staatssekretäre und die 5 Parteivertreter gemeint haben.

**Haußmann:** Im Vorschlag der Regierung ist in der Sache ein kollektives Reichsministerium<sup>36)</sup> eingerichtet. Und da sind mit gleichem Recht Reichstagsabgeordnete hinzugezogen. Wir können das nicht einfach ablehnen, sondern müssen es sachlich beraten.<sup>37)</sup>

**Müller-Meinigen:** Habe mit Fehrenbach über Verfassungsausschuß auch [gesprochen]<sup>38)</sup>; kleiner Ausschuß. Fehrenbach sagte: großes praktisches Bedenken. Gröber ist so eingeschossen in die ganze Materie und will diese Geschichte unter allen Umständen selbst machen.

**David:** Haußmann akzeptiert meinen Vorschlag und setzt darauf noch den Gedanken des Rates auf. Ich habe immer disputiert, daß dieser Rat nur ein Ersatz der parlamentarischen Staatssekretäre. — — —<sup>39)</sup>

**Payer:** Die Regierung hat angeboten zu erklären: Bedürfnis wird anerkannt besseren Zusammenhangs; geeignetes Mittel anerkannt: Aufnahme von Parlamentariern in die Reichsregierung und in die preußische Regierung. Das ist die Grundlage, auf der wir jetzt stehen.

[**Südekum**]:<sup>40)</sup> Richthofen Mitteilungen:<sup>41)</sup> Fraktion hat Valentini benachrichtigt<sup>42)</sup>, daß Kanzler nicht mehr zu halten sei; auch Helfferich ist brieflich benachrichtigt worden, daß dieser Schritt getan worden ist.<sup>43)</sup>

<sup>36)</sup> Vgl. Nr. 10.

<sup>37)</sup> Vgl. Nachlaß Haußmann 28, eigenhändige Aufzeichnung: „Nicht vorgetragen / Haußmann[:] neue Form Bundesrat / Schafft kollegiale Beratung / Mehrheit der Reichstagsabgeordneten / Friedensteilnahme und dessen Vorbereitung, Staatssekretäre a latere / Wirkung aufs Ausland / Berufung von Staatssekretären / jeder ein Reichskanzler / Art. 9 [Absatz] 2.“ — Das Südekum-Stenogramm läßt es fraglich erscheinen, ob sich das „Nicht vorgetragen“ auf die folgenden Notizen bezieht. Haußmann scheint danach seinen Gedanken gang zumindest teilweise im Ausschuß erörtert zu haben.

<sup>38)</sup> Im Stenogramm: „vorgetragen“.

<sup>39)</sup> Bricht im Stenogramm mit drei Gedankenstrichen ab.

<sup>40)</sup> Die folgenden Notizen sind im Stenogramm eingerückt. Es ist zu vermuten, daß sich in ihnen Südekums Mitteilungen an den Ausschuß und seine eigene Beurteilung der Lage vermengen.

<sup>41)</sup> Vgl. Haußmann S. 121: „Südekum [der offenbar die Sitzung vorübergehend wegen der Rücksprache mit Richthofen verlassen hatte] erscheint und teilt mit: Richthofen läßt sagen, die Nationalliberalen möchten den Verhandlungen über die Parlamentarisierung anwohnen, und meldet weiter: die Nationalliberalen haben an das Zivilkabinett des Kaisers einen Brief im Sinne einer Entlassung Bethmanns und an Helfferich eine Abschrift [s. dazu Anm. 43] geschickt.

Man hört später, daß Schönaich-Carolath ersteren Brief persönlich überbracht habe.“ — In der eigenhändigen Aufzeichnung, Nachlaß Haußmann 28, heißt es: „. . . die Nationalliberalen möchten bei Parlamentarisierung mitwirken.“ Der folgende Satz (bis „geschickt“; damit bricht die handschriftl. Aufzeichnung ab) ist im Tagebuchttext nur geringfügig redigiert.

<sup>42)</sup> Vgl. auch Valentini S. 165 und Haußmann S. 123.

<sup>43)</sup> S. dazu Helfferich S. 451: Er habe am Nachmittag ein Schreiben Stresemanns erhalten, der ihn unter Bezugnahme auf die Unterredung vom Vormittag (a.a.O. S. 449) den Beschluß der nationalliberalen Fraktion mitgeteilt habe, „durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden, den Prinzen Schönaich-Carolath, dem Chef des Zivilkabinetts des Kaisers mitteilen zu lassen, daß nach ihrer Ansicht eine Lösung der Krisis ohne den Rücktritt des Reichskanzlers nicht denkbar sei.“ — Vgl. den stenographischen Entwurf dieses Briefes im Nachlaß Stresemann 172 (6881). Es handelt sich also nicht, wie Haußmann (vgl. Anm. 41) berichtet, um die Helfferich zugeleitete „Abschrift“ eines Briefes an Valentini; im übrigen wird bei Valentini S. 165 in Verbindung mit dem Empfang Schönaichs die Überreichung eines Briefes gar nicht erwähnt.

Also: Ludendorff, Stresemann und Westarp gegen Reichskanzler.  
Das wird schlimmste Krisis.

**Gothein:** Wenn das der Fall ist, dann muß die Verfassung geändert werden. Deshalb ist es die dringende Aufgabe des Verfassungsausschusses, daß er schleunigst den Antrag annimmt, den Schlußsatz zu streichen.<sup>44)</sup>

**Payer:** Gegen diese Streichung sträubt sich einmal die Regierung. Die Regierung ist doch erstmal auf dem richtigen Wege. Die Streichung kann doch nicht mehr durchgesetzt werden.

Den Gedanken des Kronrates sollte man nicht von vornherein abweisen, weil die Mitglieder dort viel lernen.

#### Wahlrechtsfrage:

**Ebert:** Die Wahlrechtserklärung läßt die Möglichkeit offen, daß alles erst nach dem Kriege gemacht wird. Über den Termin ist nichts gesagt worden. Payer soll fragen, wie sich der Reichskanzler die Durchführung denkt. Wir haben im Ausschuß „sofort“ verlangt. Mit dem bloßen Versprechen ist nichts getan.<sup>45)</sup>

<sup>44)</sup> Gemeint ist Art. 9 der Verfassung, dessen Schlußsatz lautet: „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein.“ Nur so erklärt sich die folgende Äußerung Payers, daß man den Gedanken des Kronrats nicht von vornherein abweisen solle.

<sup>45)</sup> Haußmann S. 123 bringt nach dem Memorandum Südekums (s. oben, Anm. 10) noch die Schlußfloskel: „Das Zentrum hat Fraktionssitzung auf sechs Uhr anberaumt. Die Sitzung wird abgebrochen.“ Aus dem Stenogramm Südekums (s. oben, Müller-Fulda) geht jedoch hervor, daß die Zentrumsfraktion bereits während der Sitzung des Interfrakt. Ausschusses zusammengetreten war.

11b: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 12. 7. 1917.

Nachmittags: Besprechung der drei Parteien. Abscheidung der nationalliberalen Dissidenten; Eberts Bockigkeit. — Frage der Parlamentarisierung: Payer und Ebert für den Kronrat. Ich für Staatssekretäre ohne Amt. Langes Hin- und Herreden. Einig im Ziel, aber Auseinanderfallen über die rasche Realisierung. Hinter Payer steckt offenbar Bethmann usw.

## 12.

## 13. 7. 1917, vorm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 62, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Geheimsitzung 13. Juli 1917.“<sup>2)</sup>

**Payer referiert:**<sup>3)</sup> Der Reichskanzler habe es nicht für richtig gehalten, ohne den Kaiser vorzugehen. Habe dem Kaiser Vortrag gehalten.<sup>4)</sup> Kaiser hat sich an Hindenburg gewandt und ihn um Meinung gefragt. Hindenburg geantwortet:

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 124 f. Vgl. David, Kriegstagebuch, 13. 7. 1917: „ $\frac{1}{2}$ 10: Besprechung der drei Parteien. Beschluß, mit Ludendorff und Hindenburg nur zusammen zu verhandeln. Ich verhindere, daß man den Hauptausschuß zu materieller Beratung kommen läßt. Diskussion, dagegen Ebert. Informiere Mendel für die B[erliner] Z[eitung] gegen die verwirrende Notiz des B[erliner] T[ageblatts].“

<sup>2)</sup> Nach Haußmann S. 124: 9 Uhr 30.

<sup>3)</sup> Payer, der vom Interfrakt. Ausschuß beauftragt worden war, zum Kanzler zu gehen (vgl. Nr. 11), hatte zunächst mit Helfferich verhandelt, da Bethmann (s. Anm. 4) sich zum Vortrag beim Kaiser begeben hatte. Helfferich S. 451 berichtet, daß ihm Payer, „der von den Mehrheitsparteien beauftragt war, die Resolution dem Kanzler zu überreichen, erklärte . . ., es sei an der Resolution kein Wort zu ändern. Auch habe er den Auftrag, vom Kanzler zu verlangen, daß er in seiner im Reichstag abzugebenden Erklärung die Resolution glatt annehme, ohne irgendeinen erklärenden oder umschreibenden Zusatz, auch ohne jede Berufung auf seine bisherige Politik.“ Helfferich, der sich auch Payer gegenüber kategorisch gegen dieses Ansinnen verwahrt haben will, schickte die Friedensresolution an den Kanzler „mit der dringenden Bitte, sich nicht auf diese Resolution festzulegen.“ — Hierzu ist zu bemerken, daß Payer bereits zuvor dem Kanzler sein Handexemplar der Resolution zur Verfügung gestellt hatte (vgl. Nr. 11). — Wie Helfferich S. 451 f. weiter ausführt, habe der Kanzler Payer für 21 Uhr zu sich gebeten. Er selbst sei gleich nach Abschluß der Unterredung mit Payer, 20 Uhr 30, zu Bethmann gefahren und habe ihn in dem Beschluß, auf seinem Rücktritt zu bestehen, bestärkt. Als Payer im Reichskanzlerhause eintraf, um sich des Auftrages der Mehrheitsparteien zu entledigen, habe ihm der Kanzler mitgeteilt, „daß die Resolution in der vorliegenden Fassung unannehmbar sei, und daß sich am nächsten Tage Gelegenheit geben werde, die Sache in Berlin unter Mitwirkung von Hindenburg und Ludendorff zu besprechen.“ — Vgl. auch die in Anm. 6 zitierte Version Bethmann Hollwegs.

<sup>4)</sup> Am 12. 7. 1917, 19 Uhr. Vgl. WUA 2 S. 153 f. (Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 14. 7. 1917) und Bethmann II S. 235 f. Bei diesem Vortrag erfuhr der Kanzler erst offiziell von den Abschiedsgesuchen Hindenburgs und Ludendorffs. Inoffiziell war er jedoch, nach Valentini S. 164, schon am Vormittag auf dem Umwege über München unterrichtet worden; Hindenburg u. Ludendorff hatten den dortigen Militärbeauftragten von ihrem geplanten ultimativen Vorgehen in Kenntnis gesetzt. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf das Vorgehen der OHL., daß auch Stresemann sich bereits am Vormittag des 12. 7. Helfferich gegenüber (vgl. Nr. 16 und Helfferich S. 449 f.) auf die Entscheidung der Militärs berief, die auf die Haltung der Nationalliberalen nicht ohne Einfluß bleiben könne. Diese Unterredung, an der von nationalliberaler Seite neben Stresemann noch Schiffer und List teilnahmen, ist auch bei Schiffer (s. Nr. 11 Anm. 34) a.a.O. S. 197 f. geschildert. Aus den Ausführungen Schiffers, der erklärt haben will, „daß Stresemann nur für seine Person und nicht im Namen der Fraktion spreche“, geht ebenfalls hervor, daß zumindest Stresemann von den Absichten der OHL. früher unterrichtet war als die Reichsleitung.

habe Bedenken bezüglich des dritten Satzes, erster Satz des Abs. 2: hier die Worte: ———<sup>5)</sup> fallen.<sup>6)</sup>

Allerschwerste Bedenken gegen den folgenden Satz: „Annexionen“.<sup>7)</sup> Hindenburg sei der Meinung, daß, wenn der Reichstag einen solchen Satz beschließe und die Reichsleitung dem beitrete, dadurch eine Herabsetzung der Schlagfertigkeit der Armee zu befürchten sei. Endlich sehr bedauert, daß nicht ein Dankeswort für die Armee Platz gefunden habe. Bethmann hoffe noch auf Verständigung. Es sei veranlaßt<sup>8)</sup>, daß Hindenburg und Ludendorff hierher kommen am

<sup>5)</sup> Langer Gedankenstrich im Stenogramm.

<sup>6)</sup> Die von Hindenburg beanstandeten Wendungen lassen sich nach diesen Angaben nicht korrekt identifizieren, stehen jedoch sachlich fest. Hindenburg hat am 12. 7. 1917 zweimal dem Kaiser gegenüber zur Friedensresolution Stellung genommen; und zwar zunächst, veranlaßt durch eine Intervention des preußischen Kriegsministers von Stein, mit einem um 18 Uhr 25 aus dem Großen Hauptquartier abgegangenen Fernschreiben (abgedruckt in Urkunden der OHL S. 407), in dem die Resolution ohne Kritik an einzelnen Wendungen abgelehnt wird. Im Verlauf des Kanzlervortrages bemerkte dann der Kaiser, wie Bethmann Hollweg in seiner Aufzeichnung vom 14. 7. 1917 (WUA 2 S. 154; vgl. Anm. 4) schildert, „die Friedensresolution des Reichstags sei, wie ihm der Kronprinz mitgeteilt habe, zu schlapp. Jedenfalls müsse Hindenburg dazu gehört werden. Übrigens kenne er selbst die Resolution ja noch gar nicht. (Letzteres war falsch, denn zwei Tage vorher hatte ich ihm an derselben Stelle des Parks von Bellevue in Gegenwart von Valentini die Resolution vorgelesen, allerdings mit dem Bemerkem, daß vielleicht noch einige Korrekturen, aber im Sinne größerer Entschlossenheit angebracht werden würden. Damals hatte Seine Majestät der Resolution ausdrücklich zugestimmt und mich ermächtigt, auch im Reichstage meine Zustimmung zu erklären. Nur an dem Worte ‚Verständigungsfrieden‘ hatte er sich als unklar gestoßen.) Ich ließ die Resolution kommen, las sie vor, der Kaiser schwieg zu ihr, ließ sie aber sofort an Hindenburg zur Äußerung telephonieren. Nach einer halben Stunde war die telephonische Antwort da, die dahin lautete, daß ein Dank an die Armee, wie ihn die konservative Resolution enthalte, bitter vermißt werde, und daß im zweiten Absatz die Worte ‚der Verständigung und‘ sowie der Satz: ‚Mit einem solchen Frieden . . . unvereinbar‘ gestrichen werden müßten. Bleibe der letztere Satz stehen, so werde die Stoßkraft und Widerstandsfähigkeit der Armee erschüttert werden. Seine Majestät stimmte diesem Votum zu und beauftragte mich, es den beteiligten Parlamentariern mitzuteilen.“ In der Aufzeichnung Bethmann Hollwegs heißt es weiter, daß er unmittelbar nach dem Vortrag beim Kaiser mit Payer zusammengetroffen sei (vgl. auch Anm. 3), „der mir im Auftrag der drei Parteien die Resolution überbrachte. Ich teilte ihm das Votum Hindenburgs unter dem Hinzufügen mit, daß ich mich ihm als dem zuständigen Ausdruck der Ansicht der Armee anschließe und regte an, daß Mitglieder der beteiligten Parteien mit Hindenburg und Ludendorff selbst sprechen möchten, die am Tage darauf in Berlin eintreffen würden. Herr von Payer nahm diese Anregung zustimmend auf und glaubte, daß sich auch die Sozialdemokraten noch beeinflussen lassen könnten. Er selbst habe alle seine Mittel erschöpft, um der Resolution einen kräftigen Ton zu geben.“ — Vgl. Bethmann II S. 229 f. sowie die vagen Angaben bei Payer S. 35.

<sup>7)</sup> Der Terminus „Annexionen“ taucht in keinem der bekannten Entwürfe zur Friedensresolution auf.

<sup>8)</sup> Vgl. Haußmann S. 124: „Der Vorsitzende Payer teilt mit, daß Hindenburg und Ludendorff nach Berlin zurückgekehrt seien und mit Parlamentariern über die Zweckmäßigkeit der Resolution persönlich sprechen wollen, wie ihm von der Reichsregierung (Helfferich [s. dagegen Anm. 3 und 6]) eröffnet worden sei. Es habe die Absicht bestanden, Parlamentarier aller großen Fraktionen des Reichstags gleichzeitig zu der Besprechung einzuladen. Er habe dies für unzweckmäßig erklärt, da die Mehrheit zwar selbstverständlich bereit sei, die Gründe der Obersten Heeresleitung entgegenzunehmen, aber nicht gleichzeitig mit den Minderheitsvertretern zu debattieren.“

heutigen Tage, um [sich] durch seine Vermittlung mit den Parlamentariern zu verständigen. Dabei wollen die beiden Herren den Versuch machen, mit uns eine neue Formulierung der Punkte herbeizuführen. Vielleicht läßt sich noch eine Fassung finden, auf die sich die Reichsleitung verständigen könnte.

**Erzberger:** Daraus ergibt sich, daß heute vormittag die Kommission<sup>9)</sup> nicht tagen kann.

**Payer:** Wir waren der Meinung, man solle die Teile der Arbeit, die sich nicht auf die Resolution beziehen, bearbeiten, unter Ausschluß der Erklärung. Da im Ausschuß nur Vertagung beschlossen sei<sup>10)</sup>, sollte man wenigstens einen Redner sprechen lassen.

**Erzberger:** Ich halte das für sehr unzweckmäßig. Die Herren wollen mit uns sprechen, da müssen wir erst warten.

**Ebert:** Über die Amerikasache<sup>11)</sup> könnte man Aufschluß entgegennehmen. (Das gibt aber Debatte!)

(Hindenburg und Ludendorff wollen nicht im Hauptausschuß verhandeln.)  
Der Reichskanzler will die Sache in die Hand nehmen.

**Scheidemann:** Wenn die beiden Herren<sup>12)</sup> mit uns verkehren, so wird das geschehen mit einem immer allein oder mit einer Fraktion allein. Da besteht Gefahr. Hindenburg legt Wert auf die ———<sup>13)</sup> Hauptsache!<sup>14)</sup> Auf dem Gebiete dürfen wir nicht nachgeben! Die Hauptsache müssen wir unter allen Umständen gemeinsam machen. Dank an die Truppen, darüber läßt sich reden. Auch auf die „Verständigung“<sup>15)</sup> legen wir Wert.

**Payer:** Wenn die Herren auf eine Neufassung der Erklärung hinarbeiten wollen, so müssen sie das mit uns allen gemeinsam machen.

**Müller-Meinigen:** Wir legen Gewicht darauf, daß der Ausschuß zusammen mit den Herren verhandeln kann. Das soll dem Reichskanzler gesagt werden.<sup>16)</sup>

**David:** Wir sind einig, daß wir nur in dieser Form über die Fassung sprechen lassen: mit dem Ausschuß<sup>17)</sup> verhandeln. Es wird aber auch nützlich sein, daß wir die Reichstagsverhandlungen morgen sistieren.

<sup>9)</sup> Hauptausschuß.

<sup>10)</sup> Vgl. HA 169. Sitzung, 10. 7. 1917.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 5 Anm. 6.

<sup>12)</sup> Hindenburg und Ludendorff.

<sup>13)</sup> Langer Gedankenstrich im Stenogramm.

<sup>14)</sup> D. h.: die Friedensresolution.

<sup>15)</sup> Für Ludendorffs Bedenken gegen den Terminus „Frieden der Verständigung“ im Text der Resolution vgl. z. B. Erzberger S. 264.

<sup>16)</sup> Vgl. Haußmann S. 125 (der *kursiv* gesetzte Teil ist ergänzt nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, und dort gestrichen): „Müller-Meinigen regt an, vorzuschlagen, daß alle Mitglieder der Mehrheitskonferenz eingeladen werden sollen. Dem stimmt die Konferenz zu [und würde es für noch richtiger halten, wenn die Vertreter der Reichstagsmehrheit nicht ins Generalstabsgebäude geladen würden]. Der Vorsitzende verständigt hiervon die Reichsregierung, für welche in diesen Tagen Helferich auftritt. (Es heißt, der Kriegsminister sei entlassen.)“

<sup>17)</sup> Interfrakt. Ausschuß.

**Erzberger:** Dem Reichskanzler sollte gesagt werden, daß wir auch die Stunde [bald]<sup>18)</sup> wissen [müssen]. Etwa um 3 bis 4 Uhr. Der ganze Ausschuß.

**Ebert:** Wenn wir jetzt die Beratung des Ausschusses<sup>19)</sup> von neuem vertagen, dann wird das in der Presse wieder Anlaß zu allerhand Vermutungen geben.

Nachmittag 4 Uhr.<sup>20)</sup>

<sup>18)</sup> Nicht zu entziffern. Die Version „bald“ ist jedoch dem Schriftbild des Stenogramms nach möglich und dem Zusammenhang nach wahrscheinlich.

<sup>19)</sup> Hauptausschuß, der 10 Uhr 05 zusammentrat und sich um 11 Uhr vertagte. S. HA 170. Sitzung, 13. 7. 1917.

<sup>20)</sup> Zur Ergänzung s. Haußmann S. 125: „Wegen Hauptausschuß wird die Verhandlung abgebrochen.“

Fehrenbach sagte mir, für die Resolution sei in der gestrigen Sitzung das Zentrum mit allen gegen zwei Stimmen definitiv eingetreten, dann fügte er im Weggehen hinzu: „Ich traue einigen Leuten nicht ganz“. Ich fragte nicht, ob er das auf den eben vorbeigehenden Abgeordneten Erzberger beziehe.“ — Aus einer gestrichenen Partie des maschinenschriftl. Tagebuchmanuskripts, Nachlaß Haußmann 151 S. 252a (die eingefügten Blätter 252 a—d entstammen einem früheren Tagebuchdiktat und trugen ursprünglich die Paginierung 2—5), geht hervor, daß Pfleger u. Schwarze-Lippstadt in der Zentrumsfraktion gegen die Resolution stimmten.

### 13.

#### 13. 7. 1917: Unterredung des Abg. Haußmann mit Staatssekretär Zimmermann

Haußmann S. 125 f.; ergänzt nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript im Nachlaß Haußmann 151.<sup>1)</sup> — Ergänzungen durch *Kursivdruck* hervorgehoben und, soweit im Or. gestrichen<sup>2)</sup>, durch eckige Klammern gekennzeichnet.

Elf Uhr Besprechung mit Zimmermann. Referat über meine Schweizer Eindrücke [und Aufträge Schultheß<sup>3)</sup>, Hoffmann<sup>4)</sup>, Stegemann]. Zimmermann *erstaunt, daß Stegemann so ungünstige Eindrücke hat.*<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> S. 252 a—d; vgl. Nr. 12 Anm. 20.

<sup>2)</sup> Bei den Streichungen scheint es sich um Eingriffe Zellers zu handeln.

<sup>3)</sup> Edmund Schultheß war 1917 Schweizer Bundespräsident; vgl. die Aufzeichnung Haußmanns über sein Gespräch mit Schultheß Anfang Juli 1917 in Bern, Nachlaß Haußmann 56.

<sup>4)</sup> Arthur Hoffmann, bis Juni 1917 Schweizer Bundesrat (Außenminister), war aus außenpolitischen Rücksichten zurückgetreten. Vgl. Stegemann, Erinnerungen S. 376 ff.

<sup>5)</sup> Vgl. die Aufzeichnung über die Unterredung mit Stegemann am 1. 7. 1917 im Nachlaß Haußmann 24 (s. auch Nr. 1 Anm. 20), die Haußmann mit dem Vermerk versehen hat, er habe sie am 15. 7. 1917 Ludendorff vorgetragen. Über die Unterredung mit Ludendorff wird bei Haußmann S. 137 f. berichtet, jedoch mit erheblichen Abweichungen vom maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, in dem es u. a. heißt (Abweichungen und beim Abdruck ausgelassene Partien durch *Kursivdruck* hervorgehoben und, soweit im Or. gestrichen, durch eckige Klammern gekennzeichnet): „Ludendorff empfängt mich artig; ich lese ihm meinen Aufschrieb über meine *Unterredung mit Stegemann* [Haußmann S. 138: „meine

Zimmermann erzählt mir mit lebhaftem Händedruck die amerikanische Sache<sup>6)</sup>, [Bernstorff habe Erzberger nicht die hiesige Lage mitteilen können.

Vor<sup>7)</sup> dem 28. Januar 1917 habe Bernstorff telegraphiert, Oberst House die Friedensbedingungen für Wilson, der neue Friedensanregungen geben wolle, erbeten, wir sind hier im Reichstag aus der Budgetkommission im kleinen<sup>8)</sup> hinübergegangen und haben mitgeteilt, daß wir Wilson freundlich danken und die Friedensbedingungen vertraulich mitteilen wollen, aber zugleich mitteilen, daß wir den U.Bootkrieg beginnen werden, weil wir schon am 16. Januar die Orders an die U.Boote auf 31. Januar 1917 gegeben haben und nicht mehr zurückrufen konnten. Wir seien aber bereit, den U.Bootkrieg einzustellen, wenn Wilson eine Friedensaktion in Fluß bringe.<sup>9)</sup>

Wilson hörte Bernstorff gar nicht mehr an und nahm die Friedensbedingungen nicht ab, weil inzwischen der U.Bootbeschluß telegraphisch bekannt geworden war.] und sagt dann:<sup>10)</sup> „Die Wilhelmstraße war gegen den U-Bootkrieg und hat sich schließlich ungern dazu drängen lassen von denen, die sie jetzt angreifen: [„An Norwegen<sup>11)</sup> bin ich ganz unschuldig. Der Zwischenfall ist übrigens nach einer heutigen Note beigelegt. Der Admiralstab trägt allein die Verantwortung.“].

Hält Ihre Partei mein Ausscheiden für nötig?“

„Alle Parteien. Die Nationalliberalen greifen jetzt auch den Reichskanzler wegen Amerika an.“

„Der Reichskanzler ist nicht mehr haltbar.“

„Dann ist aber Ihr Rücktritt unvermeidlich.“

„Meinen Sie?“

„Sicher.“

---

Schweizer Eindrücke“] vor. Er hört sehr aufmerksam zu, sagt bei der Stelle ‚Schützengraben zwischen Lausanne und Bern‘ [zu dieser Wendung im Or. eine eigenhändige, mit Bleistift geschriebene Fußnote Zellers, die inhaltlich auf die Aufzeichnung Haußmanns über die Unterredung mit Stegemann zurückgeht: ‚Stegemann hatte von der Möglichkeit gesprochen, daß die amerikanischen Truppen, vermischt mit französischen, an der welschen Grenze der Schweiz angesetzt werden. Einer Armee von 800000 Mann, mit der modernsten Artillerie ausgerüstet, werde die Schweiz nicht an der Grenze die Spitze bieten sollen. Der Schützengraben werde zwischen Lausanne und Bern durchlaufen.‘] ‚das wird stimmen‘, und erklärt am Schluß ‚Es war mir interessant das zu hören, aber Stegemann beurteilt die Lage doch zu ungünstig, wie schon früher.‘ ‚Aber er hat, sage ich, nicht zu ungünstig geurteilt, als er im Februar erklärte, der U-Bootkrieg bringe nicht bis zum Juli die Aushungerung Englands.‘

Ludendorff entgegnet: ‚Der Hauptwert des U-Bootkrieges, weshalb ich mich für ihn erklärte, ist eingetreten, die Verminderung der Munition an den Fronten [durch den Munitionsverbrauch sämtlicher Schiffe].‘“

<sup>6)</sup> S. Nr. 5 Anm. 6.

<sup>7)</sup> Neben den folgenden Zeilen am Rande des Or. ein Strich und ein Fragezeichen, offenbar von Zeller herrührend.

<sup>8)</sup> Nach „im kleinen“ im Or. Textlücke in Wortlänge.

<sup>9)</sup> Bezieht sich offenbar auf die „Geheimsitzung“ mit den Mitgliedern des Hauptausschusses am 31. 1. 1917. Vgl. 15. Untersuchungsausschuß II S. 613 ff.; Helfferich S. 374.

<sup>10)</sup> „und sagt dann:“ im Or. handschriftlich von Zeller eingefügt.

<sup>11)</sup> S. Nr. 9 Anm. 18.

„Wissen Sie, dieser Stresemann, ich will kein Wort gebrauchen, es ist unerhört. Er greift jetzt an und hat im Dezember gejubelt über eine Torpedierung, weil sie den amerikanischen Krieg unvermeidlich mache.“

„Ja, das Widerspruchsvollste, was denkbar, leistet Stresemann und die National-liberalen. Ich habe loyal mit Ihnen gesprochen —“

„Ja.“

„— und werde Sie unterrichten, wenn etwas besonderes Neues in Beziehung auf Ihre Person eintritt.“

Er dankte mit lebhaftem Händedruck.

#### 14.

#### 13. 7. 1917, nachm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 62, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup> Überschrift: „13. Juli, nachmittags 4 Uhr“.

Ludendorff will jetzt mit einem allein sprechen, der ihm erst einmal einen allgemeinen Vortrag hält.

Zweck der Besprechung ist, daß nur der Ausschuß über seine Erklärung verhandeln soll, nicht Vertreter aller Parteien.<sup>2)</sup>

**Erzberger:** Die Einladungen können nicht so gemacht werden. Wir müssen das Recht haben, zu bestimmen, wer geladen werden soll.<sup>3)</sup>

**Haußmann:** Der Besuch rückt, wenn die Herren in den Generalstab gehen, in ganz neue Beleuchtung. Wenn alle Parteien auf Vorladung im Generalstab erscheinen, so erscheint die Tätigkeit des Reichstags nicht im Sinne einer Parlamentarisierung, sondern die ganze Sache nimmt einen sehr anderen Charakter an.<sup>4)</sup> Der Besuch kurz nach Entlassung von Bethmann<sup>5)</sup> gibt zu Mißdeutung Anlaß.

**David:** In dieser Lage haben wir alle das gleiche Interesse, unsererseits bei dieser

<sup>1)</sup> Vgl. Haußmann S. 126 f.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 92.

<sup>2)</sup> Bis hierher Vorbemerkung Südekums, die den Ausgangspunkt der Verhandlungen skizziert. Haußmann S. 126 notiert unter dem 13. 7. 1917, 15 Uhr 30: „An die Parteivorstände und je ein weiteres von ihnen zu bezeichnendes Mitglied sind auf fünf Uhr Einladungen zu Hindenburg und Ludendorff eingetroffen.“

<sup>3)</sup> Zur Ergänzung s. Haußmann S. 126: „Erzberger teilt mit, daß, wie er zuverlässig erfahre, soeben dreieinhalb Uhr das Entlassungsgesuch Bethmanns unterzeichnet worden sei.“ — Vgl. dazu Erzberger S. 263: Der politische Berater des Kronprinzen, Freiherr v. Maltzahn, habe ihm „in den Nachmittagsstunden“ mitgeteilt, daß der Kaiser das Entlassungsgesuch Bethmann Hollwegs genehmigt habe. — In der „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18, wird der Zeitpunkt der Orientierung durch Maltzahn auf 15 Uhr 30 präzisiert.

<sup>4)</sup> Vgl. Haußmann S. 126: „Haußmann äußert lebhaftes Bedenken, daß in diesem Augenblick der Reichstag durch Deputation im Generalstab erscheine. Der Schein nach außen sei gefährlich.“

<sup>5)</sup> Zum Vorgang der Entlassung Bethmanns vgl. Bethmann II S. 236; Valentini S. 167; Helfferich S. 452; WUA 2 S. 153 ff. (Aufzeichnung Bethmanns vom 14. 7. 1917); Bredt S. 79 ff.

Aktion weiter mit dabei zu sein und nicht alles geschehen zu lassen in den Kreisen der Militär- und Zivilbürokratie. Wir müssen auf unserem Standpunkt verbleiben. Wir haben nicht Kanzlersturz im Auge gehabt, sondern dem Kanzler ein innerpolitisches und außenpolitisches Programm zu geben. Wir haben dafür zu sorgen, daß der neue Mann von vornherein von uns aus die gleiche Situation vorfindet, daß er von uns nicht akzeptiert werden kann, wenn er nicht unser Programm annimmt. Das müssen wir die andere Seite wissen lassen. Wir müssen zum mindesten mitsprechen bei der Ernennung des neuen Kanzlers. Wir dürfen darüber die entscheidende Instanz nicht im unklaren lassen. Wenn jetzt ein Mann käme, der nach der alldeutschen Seite willkommen ist, dann wäre die Krise ein Sieg jener Richtung. Unsere Schwäche ist das, daß die Mehrheit des Reichstags keinen Kandidaten hat. Gegen uns, solange wir geschlossen sind, kann kein neuer Mann arbeiten.<sup>6)</sup>

**Gothein:** Es wäre unbedingt notwendig, eine derartige Erklärung dem Stellvertreter des Reichskanzlers zu übermitteln, der sie an die höchste Stelle weitermeldet. Wenn jetzt ein Mann der anderen Richtung herankommt, dann haben wir den Konflikt. Das ist gegenwärtig eine Unmöglichkeit.

**Erzberger:** Ich stimme dem bei. Hat es einen Zweck, das den Stellvertreter des Reichskanzlers wissen zu lassen? Chef des Zivilkabinetts.<sup>7)</sup> Obwohl er keine Stelle im Reiche hat. Ich halte es für undenkbar, daß ein Mann gegen uns kommt.

**Payer:** Der Kaiser hat die Erklärung bekommen. Dieser der Obersten Heeresleitung; Hindenburg einige Einwendungen. Angesichts dieser Lage kann der Reichskanzler die Erklärung nicht unterzeichnen. Er hat darauf die Oberste Heeresleitung herziert. Die Herren sollten eigentlich nur mit uns — dem Interfraktionellen Ausschuß — verhandeln.

**Erzberger:** Um so mehr haben wir die Verpflichtung, das in bestimmtester Form die entscheidenden Stellen wissen zu lassen. Die neue Regierung sollte dieses Programm als ihr Programm aufnehmen. Dann werden auch die Nationalliberalen zustimmen. Darauf müßten wir hinarbeiten. Ein Abschwenken von den Forderungen der inneren Reform ist unmöglich. Viel wichtiger ist die Friedenskundgebung. Wir müssen unser Veto anmelden.

**Ebert:** Ich bin auch der Meinung, daß die jetzige Lage überaus bedenklich ist. Auch die Lage des Reichstags wird nicht günstiger. Schnell handeln. Also dem Kaiser schnell zur Kenntnis bringen, daß die Mehrheit entschlossen zum Friedensprogramm steht. Aber auch in die Presse geben.<sup>8)</sup> Personen wollen wir nicht nennen und auch nicht diskutieren. Das Programm ist das Entscheidende.

**Payer:** Zum Valentini zu gehen, ist sehr bedenklich; wenn der Kaiser den Eindruck gewinnt, daß wir Einfluß gewinnen sollen, dann würde das vielleicht nach hinten hinausgehen. Ich bin bloß für Veröffentlichung.<sup>9)</sup> Man kann auch ein

<sup>6)</sup> Vgl. Haußmann S. 126: „Die Lage ist zweifellos höchst kritisch, wir sollten jetzt über den Nachfolger beraten.“

<sup>7)</sup> Vgl. Haußmann S. 126: „Wir sollten unser Programm Valentini vorlegen.“

<sup>8)</sup> Vgl. Haußmann S. 126: „Wir sollten unser Programm dem Kaiser und der Presse übergeben.“

<sup>9)</sup> Vgl. Haußmann S. 126: „Nur der Presse.“

Exemplar dem Helfferich übermitteln. Die Kandidaten müssen wissen, was sie von uns zu halten haben.

**David:** Wir sollten auch den Schritt bei Valentini tun.

(Jungheim<sup>10)</sup> meldet, wann die Parteien antreten sollen.)<sup>11)</sup>

Wir könnten jetzt die Militärs von unserem Plan unterrichten. Die National-liberalen haben sich auch an den Kaiser gewandt.<sup>12)</sup> Sie haben damit den Erfolg gehabt. Wenn es bloß in der Presse veröffentlicht wird, dann kann es noch mehr schlecht auf den Kaiser wirken.

**Müller-Meinigen:** Wir sollten die Militärdiktatur nicht anerkennen durch Mitteilung des Programms an Hindenburg. Ich wende mich entschieden gegen den Fehler, Ludendorff als offiziellen Reichskanzler anzuerkennen.

**Erzberger:** Wir geben die Publikation an den Stellvertreter des Reichskanzlers mit der Bitte, sie an den Kaiser gelangen zu lassen. Das ist gesetzlich anerkannt. Er muß es weitergeben. Dann publizieren.<sup>13)</sup>

<sup>10)</sup> Direktor beim Reichstag.

<sup>11)</sup> Vgl. Haußmann S. 126: „Geheimrat Jungheim erscheint und teilt mit, daß die Vertreter der drei Parteien je auf fünfeinviertel Uhr, fünfeinhalb Uhr und fünfdreiviertel Uhr ins Generalstabsgebäude geladen seien. (Große Heiterkeit.)“ Ferner s. Scheidemann, Zusammenbruch S. 92, dessen Zeitangaben von denen Haußmanns jeweils um eine Viertelstunde abweichen: „Etwa um ½5 Uhr kommt Geheimrat Jungheim zu uns ins Zimmer, um uns zu Hindenburg einzuladen: ‚Um 5 Uhr die Herren [‚Glocke‘ S. 203 statt ‚Herren‘: ‚beiden‘] Fortschrittler, 5¼ die Zentrumsherren, 5½ die Sozialdemokraten.‘ Wir lachen hell auf. Dann wird allen Ernstes erwogen, ob man nicht darauf verzichten soll, auf eine solche Art militärischer Vernehmung einzugehen. — In der Annahme, daß da irgendein Kommißkopf nach Schema F, wie beim Stiefelappell, verfahren habe, erklären wir uns bereit, ins Generalstabsgebäude zu kommen. Payer und Fischbeck zuerst [‚Glocke‘ S. 203 statt ‚zuerst‘: ‚stiefeln los‘]. Kurz darauf auch Erzberger und Meyer-Kaufbeuren [sic! richtig: Mayer]. Dann gehen Ebert und ich. Wir gingen recht früh, um uns von Payer und Fischbeck informieren zu lassen, während Erzberger und Meyer [sic!] ‚vernommen‘ würden.“ — Die diesem Abschnitt vorangehende Äußerung Scheidemanns, Zusammenbruch a.a.O.: „Wir sprechen den Männern [‚Glocke‘ S. 203: ‚den . . . Männern‘] der Fortschrittlichen Volkspartei noch einmal Mut zu, damit sie sich nicht breitschlagen lassen, wenn wir von den beiden obersten Heerführern empfangen werden“, findet in den Niederschriften Südekums und Haußmanns keine Bestätigung.

<sup>12)</sup> David bezieht sich auf die Intervention Schönaich-Carolaths bei Valentini am 12. 7.; vgl. Nr. 11.

<sup>13)</sup> Vgl. Haußmann S. 126: „Erzberger beantragt, die Resolution dem Kaiser durch Helfferich unterbreiten zu lassen und an die Presse zu geben.“ — Haußmann S. 126 f. teilt weiter mit: „Der Antrag wird angenommen. Payer empfiehlt statt Übersendung Überreichung an Helfferich. Der Begleitbrief wird sofort entworfen: ‚Die unterzeichneten Parteien unterbreiten das angeschlossene Programm, das sie gegenüber jedem Reichskanzler, unbekümmert um seine Person, im Reichstag vertreten werden.‘“ — Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, fehlen die Anführungszeichen. Es handelt sich auch um kein wörtliches Zitat. Für den Wortlaut des nicht abgesandten Briefes an Helfferich vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 97: „Eurer Exzellenz unterbreiten die unterzeichneten Parteien den beilegenden Beschluß als ihr Kriegszielprogramm, das sie gegenüber jedem Reichskanzler zu vertreten beschlossen haben, mit dem Ersuchen, es Seiner Majestät dem Kaiser unverzüglich vorlegen zu wollen.“

Es liegt in der Absicht der Antragsteller, die Erklärung mit einer besonderen Anerkennung für die Leistungen des Heeres und der Marine zu verbinden.

Die Mehrheit setzt sich aus folgenden Teilen des Reichstags zusammen: Fraktion des Zentrums, Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, Fraktion der Sozialdemokratie, einer An-

**Ebert schlägt vor, die 15-Minuten-Besprechungen abzulehnen.<sup>14)</sup>**

**Payer widerrät dem. Die Leute wissen nicht, wie sie sich zu bewegen haben.**

**Erzberger: Wie handeln wir weiter?<sup>15)</sup>**

**Es wird zunächst nichts publiziert.<sup>16)</sup>**

zahl von Mitgliedern der Deutschen Fraktion und anderen Mitgliedern.“ — Obgleich dieser Entwurf bei Scheidemann mit dem richtigen Datum (13. 7.) versehen ist, verlegt er seine Entstehung auf den 14. 7. 1917. In Scheidemanns Memoiren II S. 40 f. wird auch der Empfang der Parteiführer bei Hindenburg fälschlich auf den 14. 7. und die Entstehung des Briefentwurfs überdies von der Nachmittagssitzung des Interfraktionellen Ausschusses in die Abendsitzung verlegt. Es besteht jedoch kein Grund, an der Richtigkeit der von Scheidemann, Zusammenbruch S. 97 mitgeteilten Details zu zweifeln: Südekum, der beauftragt worden sei, das Schreiben fertigzumachen, habe es „im Reichstage selbst tippen lassen. Die Absendung erübrigte sich später, so daß ich den für Helfferich bestimmten Bogen nebst der Kopie hiernach einheften kann.“ Die Schriftstücke seien ihm von Südekum für sein Tagebuch übergeben worden. — Die Version, in der Haußmann den Entwurf zitiert, geht offenbar auf die folgende eigenhändige Notiz im Nachlaß Haußmann 28 zurück: „Entwurf der Erklärung an Helfferich / Die unterzeichneten Parteien unterbreiten den angeschlossenen [große Lücke im Text] als Programm, das sie gegenüber jedem Reichskanzler unbekümmert um Person / 13. Juli 1917“.

<sup>14)</sup> Vgl. Anm. 11.

<sup>15)</sup> Im Stenogramm gestrichen: „Wir bleiben“. — Da Südekums Niederschrift über den Verlauf der Sitzung an dieser Stelle abbricht, erscheint es möglich, daß der Entwurf des Briefes an Helfferich (vgl. Anm. 13) erst jetzt formuliert worden ist.

<sup>16)</sup> Vgl. David, Kriegstagebuch, 13. 7. 1918: „4 Uhr: Besprechung der Parteien. Beschluß, dem Kaiser unser Programm mitzuteilen. Kein neuer Mann, der es nicht akzeptiert. — Ludendorff und Hindenburg wollen die Parteien einzeln hören, nachdem gegen Gesamtberatung alle Parteien von uns Einspruch erhoben.“ Zur Ergänzung s. Haußmann S. 127: „Die Delegierten kehren um sechs Uhr und sieben Uhr in die Konferenz zurück und berichten: Hindenburg und Ludendorff seien konziliant und die Aussprache interessant gewesen. Weil die von Payer und Fischbeck länger gedauert, haben Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam konferiert. Hindenburg verlangte von Payer ‚mehr Pfeffer‘ in der Resolution.“

Helfferich, der anwesend war, sagte nachher, Payer und Scheidemann hätten eindrucksvoll gesprochen.“ — Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 94: „Wir gingen sofort wieder in den Reichstag, um uns, wie verabredet war, weiter zu besprechen. Statt um 6¼ Uhr kamen wir infolge der langen Dauer der Unterhaltung erst um 7½ Uhr zusammen.“ Scheidemann leitet unmittelbar zu den Abendbesprechungen (s. Nr. 15) über, die jedoch nach Haußmann S. 127 erst 20 Uhr 15 begannen. — Entgegen dem Wunsch des Mehrheitsausschusses hatten Hindenburg und Ludendorff auch Vertreter anderer Parteien empfangen. Die Namen der beteiligten Parlamentarier sind aufgeführt bei Bredt S. 83 f. Anm. 50. Für den Verlauf s. Urkunden der OHL S. 412—417 (Niederschrift des Majors v. Harbou); Payer S. 35 ff. (falsch datiert auf 14. 7.; Hindenburg u. Ludendorff hätten sich nicht grundsätzlich gegen die Resolution ausgesprochen, sondern eine „schneidigere Fassung“ gewünscht, „was wir unsererseits durchaus nicht ablehnten, sondern bei den weiteren in Aussicht genommenen Besprechungen im Interfraktionellen Ausschuß zu befürworten versprochen. ‚Mehr Pfeffer, mehr Pfeffer‘ war die eindringliche Mahnung, mit der uns Hindenburg entließ.“); Erzberger S. 264 (Ludendorffs Bedenken gegen den Terminus „Verständigungsfrieden“, lieber „Friede des Ausgleichs“); Scheidemann, Zusammenbruch S. 92 ff. (Ludendorff und Hindenburg hätten empfohlen, die Erklärung „positiver“ zu fassen. „Beim Weggehen sprach Helfferich zu mir: ‚Also wir verhandeln noch wegen der Erklärung?‘ Ich: ‚Nein, Exzellenz, wegen der Erklärung gibt’s nichts mehr zu verhandeln.“); Scheidemann, Memoiren II S. 39 f. (falsch datiert auf 14. 7.); SPD-Fraktion, 19. 7. 1917; Helfferich S. 453 f. (bestätigt den Wortwechsel mit Scheidemann, auf dessen Bemerkung „Verhandeln können wir, aber geändert kann nichts mehr werden“, er entgegnet habe: „Das ist nicht das letzte Wort.“); Westarp II S. 468 f.; Braun S. 115.

## 15.

## 13. 7. 1917, abends: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Haußmann S. 124; Nachlaß Haußmann 151, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup>

Achteinviertel Uhr.<sup>2)</sup> Parteivertreterkonferenz, nur von Scheidemann, Südekum, Müller-Fulda, Gothein und Haußmann besucht.<sup>3)</sup>

Die nationalliberale „Achtuhr-Abendzeitung“<sup>4)</sup> veröffentlicht unsere Resolution in der vorletzten Fassung.<sup>5)</sup>

Die letzte Beschlußfassung über Veröffentlichung durch die Konferenz<sup>6)</sup> war stillschweigend noch vorbehalten geblieben.<sup>7)</sup>

Südekum gibt mit Zustimmung von Gothein und Einholung derjenigen von Erzberger, aber nicht von Payer<sup>8)</sup>, der weggegangen war, den Text an das

<sup>1)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 94 f.

<sup>2)</sup> Für die abweichende Zeitangabe Scheidemanns s. Nr. 14 Anm. 16.

<sup>3)</sup> Payer S. 37 bestreitet, daß es sich um eine offizielle Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses gehandelt habe: „Nach dem durch den Weggang der sämtlichen Parteiführer [zu der Besprechung mit Hindenburg und Ludendorff] notwendig gewordenen Schluß“ der Nachmittags-sitzung seien „noch einige Angehörige der Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie, soviel ich weiß zufällig ausgesprochene Friedensfreunde, im Gespräch miteinander zurückgeblieben . . .“ — Dazu ist zu bemerken, daß von den Teilnehmern an den Besprechungen mit den Heerführern Scheidemann auch die Abendsitzung besuchte. In Scheidemanns Schilderung dieser Sitzung, Zusammenbruch S. 94 heißt es: „Payer und Fischbeck fehlten; Erzberger mußte in seine Fraktion.“ Die Wiederaufnahme der Besprechungen war nach Scheidemann (s. Nr. 14 Anm. 16) verabredet worden.

<sup>4)</sup> Das Blatt war nicht zugänglich. Wahrscheinlich handelt es sich jedoch um die Version der Friedensresolution, die auch die „Frankfurter Zeitung“ am 14. 7. 1917 (Nr. 192, 2. Morgenblatt) verbreitete und die bei Schulthess 1917/I S. 686 bereits unter dem Datum 11. 7. „nach Blättermeldung“ abgedruckt ist. Diese Version entspricht trotz zahlreicher Abweichungen im einzelnen grob der zweiten Fassung des Entwurfs; s. Nr. 25b.

<sup>5)</sup> Nach Payer S. 37 platzte in die Unterhaltung der Anwesenden „plötzlich die Nachricht herein“, das „Organ der Unabhängigen oder irgendein anderes radikales Abendblatt“ habe „indiskreterweise den Wortlaut der Resolution, ich glaube nicht in ihrer letzten, sondern in einer früheren Fassung, abgedruckt“. Die Anwesenden — „man nahm es im allgemeinen nicht pedantisch, wenn von der einen oder anderen Partei einer mehr oder weniger anwesend war oder wenn die Vertreter wechselten; nach Köpfen abgestimmt sollte und konnte ja doch nicht werden“ — hätten es bei dieser Sachlage, „nachdem das einmal geschehen war und mit Rücksicht auf die übrige Presse“, für richtig gehalten, „nun den Wortlaut, der jetzt wohl doch nicht mehr abgeändert werden könne, auch offiziell zu veröffentlichen, obwohl die Schlußredaktion dem Ausschuß förmlich / vorbehalten worden war.“

<sup>6)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, „Konferenz“ leicht mit Bleistift unterstrichen. Auf diese Unterstreichung geht offenbar die Sperrung im Text der „Schlaglichter“ zurück.

<sup>7)</sup> S. dagegen Payer S. 37: „Es war selbstverständlich strengste Geheimhaltung der Öffentlichkeit, vor allem der Presse gegenüber vereinbart gewesen.“ — Vgl. Nr. 14.

<sup>8)</sup> S. dazu Payer S. 37: „Meine anwesenden Freunde glaubten sogar, die Erklärung abgeben zu können, daß bei dieser Sachlage [s. Anm. 5] auch ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Veröffentlichung zustimmen würde, wenn ich anwesend wäre. Das war nun allerdings nicht meine Ansicht von der Sache . . .“

Wolffsche Telegraphenbureau<sup>9)</sup>, nachdem ein von Südekum entworfener Schlußsatz angefügt worden war<sup>10)</sup>, nämlich ein Wort des Dankes und der Bewunderung für das Heer, um etwas „mehr Pfeffer“ hineinzubringen.<sup>11)</sup> Der Brief an Helfferich wird sistiert.<sup>12)</sup>

<sup>9)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 94 f.: „Da wir Hindenburg alle unter dem Eindruck verlassen hatten, daß er zwar nicht erbaut über die Resolution, vielleicht sogar unangenehm berührt war, sich aber damit doch abgefunden hatte, trugen wir kein Bedenken, den Beschluß zu fassen, die Resolution nunmehr zu veröffentlichen. Südekum sollte W.T.B. informieren.“ — Vgl. Anm. 5.

<sup>10)</sup> Die mit Bleistift niedergeschriebene Notiz Haußmanns, Nachlaß 28, mit der Überschrift: „Verst[ändigungs-]Ausschuß 13. Juli Abends“ enthält außer den Namen der Anwesenden nur den „Entwurf eines Schlusses zur Resolution 13. Juli 1917 nachdem Hindenburg ‚mehr Pfeffer‘ verlangt hatte“: „Der Reichstag weiß sich in dieser Bekundung eins [berichtigt aus ursprünglich: ‚einig‘] mit denen, die in heldenhaftem Kampf [berichtigt aus: ‚den heldenhaften Männern, die in heldenhaftem Kampf‘] das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.“

<sup>11)</sup> Für den Veröffentlichungsvorgang vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 95: „Ich besorgte den Text in den Vorwärts, weil ich weiß, daß bei dem frühen Redaktionsschluß der Vorwärts die Nachricht durch W.T.B. zu spät erhalten würde. In der Nacht wurde ich aus dem Schläfe herausgeklungelt. Südekum telephonierte: Helfferich und Wahschaffe hätten Einspruch erhoben gegen die Veröffentlichung, da doch verabredet sei, am nächsten Tage weiter zu verhandeln. Das bestritt ich entschieden und bestand auf Veröffentlichung. Südekum hatte offenbar schon weitgehende Zusagen gemacht. Denn er machte Bedenken geltend. Wenn es richtig sei, daß Hindenburg und Ludendorff Einspruch erhoben hätten, sollten wir es doch nicht auf einen Bruch ankommen lassen usw. Ich: ich für meine Person habe allein überhaupt nicht das Recht, die Publikation zu verhüten. Wenn Du noch mit anderen darüber verhandeln willst, dann bitte ich ausdrücklich zu sagen, daß ich für die Veröffentlichung bin. Er wollte sich noch mit David in Verbindung setzen und die Fortschrittler zu erreichen suchen, von denen er wisse, daß sie bei Luther und Wegner sitzen.“ — Damit übereinstimmend, Haußmann S. 127: „Zehn Uhr. Payer ist nachts im Restaurant über die Veröffentlichung höchst ungehalten und erwägt Niederlegung des Vorsitizes, weil es ihm gegenüber Hindenburg unloyal erscheint.“

Elf Uhr. Das Wolffsche Bureau hat Bedenken, die Resolution weiterzugeben. Südekum telephonierte nachts elf Uhr mit der Reichskanzlei des entlassenen Kanzlers und mit Ludendorff und sistiert die Veröffentlichung. Im ‚Vorwärts‘ aber war die von Scheidemann gleichzeitig dorthin gebrachte Resolution schon gedruckt.“ — Nach Scheidemann, Zusammenbruch S. 95 war „W.T.B. . . . von Ludendorff, wie berichtet wurde, veranlaßt worden, die Veröffentlichung zu unterlassen.“ Nach Helfferich S. 454 ordnete dagegen der „neue Reichskanzler . . . an, daß Wolff ersucht werden solle, die Verbreitung zu unterlassen und durch Rundruf die Presse zu bitten, von einer Veröffentlichung der Friedensresolution, falls ihr diese von anderer Seite zugehen sollte, Abstand zu nehmen.“ — Scheidemann, Zusammenbruch S. 101 f. druckt die Friedensresolution nach dem Wortlaut der Veröffentlichung im „Vorwärts“ ab. Dabei folgt der einleitende Absatz dem eigenhändigen „Entwurf der Veröffentlichung 13. Juli nachmittags“ im Nachlaß Haußmann 28: „Die Mehrheit des Reichstags die sich zusammensetzt aus den [gestr.: ‚Parteien‘] Fraktionen des Zentrums der Fortsch[rittlichen] Volksp[artei] der Sozialdem[okraten] der Elsaß-Lothringer, eines Teils der Deutschen Fraktion u. [gestr.: ‚den‘] einzelnen Mitgliedern anderer Fraktionen hat sich auf das folgende Friedensprogramm geeinigt, das sie dem Reichstag zur Beschlußfassung vorlegen wird:“

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 14 Anm. 13.

## 16.

**Juli 1917: Aufzeichnung des Abg. Stresemann über den Sturz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg**

**16a: Nachlaß Stresemann 172 (6881), Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Material für die Darstellung der Krisis“.**

Hinweis Erzbergers auf falsche Auffassung von Nadelziffern in Admiralstab.  
Vorbereitung beim Kanzler, mein Hinweis auf Notwendigkeit sofortiger Inangriffnahme der preußischen Wahlreform.  
Vorstoß Erzbergers im Reichstag.  
Ankunft von Hindenburg und Ludendorff in Berlin.  
Meine Unterredung mit Ludendorff.  
Zusammensein Erzberger, Stresemann, Oberstleutnant Bauer, Leutnant Schlubach, Hauptmann von Harbou.  
Bericht des Reichskanzlers beim Kaiser.  
Zweite Zusammenkunft mit Erzberger.  
Unterredung des Kronprinzen mit den Parteiführern.  
Beschluß der Fraktionen betr. Bethmann.  
Bericht über Fraktionsbeschluß an Kronprinzen.  
Zusammenstoß mit Helfferich wegen Hindenburgs und Ludendorffs.  
Telegramm Ludendorffs an Bethmann.  
Telegraphisches Abschiedsgesuch Hindenburgs und Ludendorffs an den Kaiser.  
Kriegsminister von Stein schließt sich den Abschiedsgesuchen an.  
Kaiser beruft Hindenburg und Ludendorff nach Berlin.  
Vortrag beim Kaiser: Kronprinz, Kriegsminister, Hindenburg, Ludendorff.  
Rücktritt genehmigt.

<sup>1)</sup> Das Or. ist datiert; jedoch läßt sich auf der Mikroaufnahme nur der Rest des Datums — „[. . .] 7. [19]17“ — erkennen. — Für die Kommentierung und Datierung der in der Zusammenstellung berücksichtigten Vorgänge vgl. Nr. 16b mit den zugehörigen Anm.

16b: Nachlaß Stresemann 172 (6881), Maschinenschrift. <sup>1)</sup> Überschrift: „Zur Kanzlerkrise“; handschriftl. Datierung: „Mitte Juli 1917“.

Der Vorstoß des Abgeordneten Erzberger im Hauptausschuß des Reichstages<sup>2)</sup> hatte zur Folge, daß Feldmarschall von Hindenburg und Exzellenz Ludendorff am 7. Juli<sup>3)</sup> in Berlin eintrafen.<sup>4)</sup> Im Auftrage Ludendorffs suchte mich Leutnant Schlubach<sup>5)</sup> im Reichstag auf und bat mich, den Herren der Obersten Heeresleitung ein Bild der Sachlage zu geben. Ich traf im Generalstabsgebäude Herrn Hauptmann von Harbou, Herrn Oberstleutnant Bauer und kurz darauf Exzellenz Ludendorff selbst. Ich entwickelte den Herren die Situation und wies darauf hin, daß die Entfernung des Reichskanzlers das wichtigste Gebot sei, um wieder Ruhe im Lande zu schaffen. Der Reichskanzler habe bei den Vorbesprechungen mit den Parteiführern<sup>6)</sup> jedes Programm vermissen lassen, trotzdem ihm schon bei dieser Vorbesprechung klar gewesen sein mußte, daß die Sozialdemokratie die Kredite unter Umständen verweigern würde, und trotzdem Beanstandungen der Berechnung der<sup>7)</sup> Vernichtung der englischen Welttonnage schon damals sehr lebhaft auftauchten. Der Reichskanzler habe bei den Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages ständig gefehlt<sup>8)</sup>, habe sich

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 17. Von nationalliberaler Seite liegt ferner unter dem Titel „Die politische Krisis“ ein als „vertraulich“ gekennzeichnetes gedrucktes Rundschreiben des Generalsekretärs der Partei, Dr. Hugo, vom 13. 7. 1917 vor, das den Verlauf der Krise bis zum 13. 7. mittags schildert; s. Nachlaß Stresemann 172 (6881).

<sup>2)</sup> Am 6. 7. 1917; vgl. Nr. 1 bes. Anm. 13. — Erzberger hatte vorher schon am 3. 7. im Hauptausschuß zur Frage des U-Boot-Krieges das Wort ergriffen, „und zwar“, wie es in seiner „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18, heißt, „in fragender Form (siehe Rede [HA 163. Sitzung, 3. 7. 1917]). Die Antwort der Regierungsvertreter Staatssekretär Helfferich und Admiral von Capelle war im höchsten Grade unbefriedigend. Beide Herren stellten eine neue Berechnung über den U-Bootkrieg auf und verfielen in denselben Fehler wie im Frühjahr. Staatssekretär Helfferich schätzte den derzeitigen Bestand der englischen Handelsflotte auf 15 Millionen Tonnen, rechnete dabei 7 Millionen Tonnen für rein militärische Zwecke ab, so daß 8 Millionen übrig blieben. Von diesen würden pro Monat mindestens 500 000 Tonnen versenkt und so kam er wieder zu der Berechnung, daß England in 6 Monaten um Frieden bitten müsse. Staatssekretär von Capelle sprach sich ähnlich aus. In allen diesen Berechnungen zeigte sich derselbe Rechenfehler, der schon im Januar 1917 von der Regierung begangen wurde. Die Regierungsvertreter entwickelten kein positives Programm, sondern hatten nur das eine Wort: „aushalten, durchhalten.“ An diese Darstellung lehnt sich Erzberger S. 253 ff. an; in beiden Fällen ist die Rede irrtümlich auf den 4. 7. datiert.

<sup>3)</sup> Im Or. ursprünglich 6. Juli, handschriftlich in 7. berichtet.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 4 und Nr. 17.

<sup>5)</sup> Mitarbeiter des damaligen Oberstleutnants Bauer. Vgl. Oberst Bauer S. 174.

<sup>6)</sup> Vgl. Helfferich S. 439: der Kanzler habe sich „in einer vertraulichen Besprechung mit den Fraktionsführern am Vormittag des 2. Juli eingehend über die gesamte Lage ausgesprochen“; ferner SPD-Fraktion, 4. 7. 1917 und unten Anm. 9.

<sup>7)</sup> „Berechnung der“ im Or. handschriftlich eingefügt.

<sup>8)</sup> Nach Helfferich S. 439 wollte Bethmann Hollweg „es vermeiden, durch seine Anwesenheit im Hauptausschuß eine große politische Debatte zu provozieren, die auch bei Proklamierung der Vertraulichkeit angesichts der erfahrungsgemäß durchlässigen Wände des Sitzungssaals nur inopportun und schädlich sein konnte. Leider hat er mit seinem Fernbleiben diesen Zweck nicht erreicht.“

lediglich durch Zimmermann und Helfferich vertreten lassen, um selbst außerhalb der Schußweite zu bleiben und so sei der Vorstoß von Erzberger möglich gewesen, da niemand gewußt habe, wie die Regierung selbst zu den außenpolitischen und innerpolitischen Dingen stehe.<sup>9)</sup> Mein in der Vorbesprechung ausgesprochener Rat, möglichst sofort eine Wahlrechtsvorlage an den preußischen Landtag gelangen zu lassen, um der Krone nicht dieses Zugeständnis abzwängen zu lassen, habe vom Reichskanzler überhaupt keine Beantwortung erfahren. Jetzt sei dreierlei notwendig: Erstens die Zusage einer Wahlrechtsvorlage im Herbst. Zweitens die Parlamentarisierung der Regierung durch Berufung von Abgeordneten in Ministerstellen, über die ich schon im Großen Hauptquartier mit Ludendorff gesprochen hatte, ferner vor allem ein Kanzlerwechsel.

Ludendorff nahm seiner Gewohnheit gemäß in wenigen Sätzen sofort in Fragestellung zu meinen Ausführungen Stellung. Wie ich aber von seiner Umgebung hörte, beabsichtigte er, bei der Nachmittags-Audienz, die er beim Kaiser um 1/24 Uhr hatte<sup>10)</sup>, dem Kaiser diese Gesichtspunkte zu unterbreiten, vor allem aber auf die Entlassung des Kanzlers zu drängen.

Die Audienz des Feldmarschalls und Ludendorffs nahm aber einen eigenartigen Verlauf. Der Kaiser empfing die Herren sehr freundlich und sagte, er könne ihnen mitteilen, daß die Krise beendet sei, der Kanzler sei bei ihm gewesen<sup>11)</sup> und habe ihm gesagt, er — der Kanzler — werde am Montag eine Rede halten und darauf würden die Parteien ihm ihr Vertrauen aussprechen. Der Vorstoß Erzbergers sei nicht ernst zu nehmen, es handele sich um eine parlamentarische Auflehnung, wie sie oft vorkomme, die Sache sei im wesentlichen beigelegt. Daraufhin erklärte der Feldmarschall, wenn eine Krise nicht vorhanden sei, habe auch ihr Verweilen in Berlin keinen Zweck. Die Herren reisten in derselben Nacht nach Kreuznach ab. In Berlin verblieben Herr Oberstleutnant Bauer von der Obersten Heeresleitung und mit ihm Herr Leutnant Schlubach und mit ihm — Schlu-

<sup>9)</sup> Vgl. Hugo, „Die politische Krisis“ (s. Anm. 1): „Schon bei den Vorbesprechungen, die der Reichskanzler von Bethmann Hollweg mit den Vertretern der Parteien vor Beginn der Reichstagstagung [vgl. Anm. 6] abhielt, zeigte sich klar und deutlich die scharfe Oppositionsstellung der Sozialdemokratie. Die Möglichkeit eines neuen Winterfeldzuges, die gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Ernährungsfragen und andere Umstände der allgemeinen Unzufriedenheit boten der Oppositionsstimme einen günstigen Nährboden. Auch schon bei den Verhandlungen mit dem Reichskanzler wurden viele scharfe Worte von demokratischer Seite gegen diejenigen, welche eine Beendigung des Krieges durch die Unterseebootoffensive in Aussicht gestellt hatten, gebraucht. Der Reichskanzler verhielt sich der Kritik gegenüber vollkommen passiv und entwickelte weder ein Programm der Außenpolitik, noch nahm er irgendwie zu den innerpolitischen Fragen Stellung. Infolgedessen begann der Hauptausschuß seine Beratungen ohne jede politische Direktive. Auch nahm der Reichskanzler zunächst an den Beratungen überhaupt keinen Anteil, sondern überließ es seinen Staatssekretären, sich mit den oppositionellen Strömungen im Hauptausschuß auseinanderzusetzen.“

<sup>10)</sup> Nach Valentini S. 158 waren Hindenburg und Ludendorff zu 16 Uhr ins Schloß Bellevue bestellt worden. Vgl. Nr. 4 bes. Anm. 10.

<sup>11)</sup> Nach Valentini S. 158 begab sich der Kaiser unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin um 15 Uhr 30 zum Kanzler. Vgl. auch Nr. 4 Anm. 10.

bach — und Herrn Erzberger hatte ich am nächsten Abend<sup>12)</sup> bei Hiller eine Zusammenkunft, der eine zweite am Sonntag Abend<sup>13)</sup> im Automobilklub<sup>14)</sup> folgte. Es schien nämlich sowohl den Herren der Obersten Heeresleitung wie mir notwendig, die Rolle festzustellen, die Erzberger namentlich in bezug auf den Kanzler spielte.

Am Tage der Ankunft Ludendorffs hatte ich bereits um 1/29 Uhr<sup>15)</sup> mit Erzberger und Oberstleutnant Bauer eine Zusammenkunft. Hierbei fragte ich Erzberger, ob er den Vorstoß im Auftrage des Kanzlers unternommen hätte oder nicht. Erzberger bemerkte hierauf lachend, daß davon gar keine Rede sein könne, er erzählte auch später, daß der Kanzler ihn zu sich gebeten<sup>16)</sup> und ihm Vorwürfe darüber gemacht und gesagt habe, er überfalle ihn, wie Ziethen aus dem Busche. Wahnschaffe grüße ihn — Erzberger — schon nicht mehr. Zum Beweis, daß er in bezug auf seinen Vorstoß nichts zu verheimlichen habe, lud mich Erzberger ein, an der Besprechung<sup>17)</sup> mit Oberstleutnant Bauer teilzunehmen. Ich stellte ihm hierbei die Frage, ob er den Abgang Bethmanns für notwendig halte, er erklärte dies entschieden. Wir einigten uns dahin, daß für den Fall dieses Abganges Bülow der geeignetste Nachfolger wäre. Bei den Zusammenkünften bei Hiller und im Automobilklub vereinbarten wir, daß alles getan werden müßte, um Bethmanns Abdankung zu erzwingen. Erzberger war sehr optimistisch und meinte, daß Bethmann bis zum Dienstag besorgt sein würde, da er ja gar kein Vertrauen

<sup>12)</sup> „am nächsten Abend“ ist irreführend. Die erwähnte Zusammenkunft bei Hiller fand bereits am Abend des 7. Juli statt. Vgl. Nr. 17.

<sup>13)</sup> 8. 7. 1917.

<sup>14)</sup> Bei Haußmann S. 108 f. heißt es: „Während der Verhandlung [des Interfraktionellen Ausschusses am 8. 7. 1917] ging ich auf den Flur, um zu telephonieren, traf dort Dr. Goldmann, den ausgezeichneten Vertreter der [Wiener] ‚Neuen Freien Presse‘, sprach ein paar Worte mit ihm und er sagte: ‚Es ist, wie ich zuverlässig erfahren habe und wie ich Ihnen doch schon im Mai aus dem Munde von Oberst Hoffmann mitteilte, nicht richtig, daß Ludendorff gegen das parlamentarische System ist.‘ Das Gespräch war halblaut geführt, der zweite Halbsatz etwas lauter. Da erhob sich ein junger Offizier, der sechs Schritte entfernt von der Türe gesessen war, und sagte laut und bestimmt zu uns herüber: ‚Das ist nicht richtig, Ludendorff ist nicht gegen das parlamentarische System, ich weiß es sicher von ihm selbst, ich habe dreimal mit ihm darüber gesprochen.‘ Wir klärten ihn auf, daß er die Äußerung nicht richtig gehört habe, und er wiederholte in einer überraschenden Geflissentlichkeit seine Angaben und seine authentische Kenntnis.“ An dieser Stelle schließt sich im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, der folgende, im Or. gestrichene Passus an: „Ich sprach mit Goldmann, der Offizier schrieb auf einen Zettel, den er mir offen übergab, zwei Worte und bat mich, sie dem Abgeordneten Erzberger zu übergeben. Die großgeschriebenen Worte lauteten: ‚Paßt Ihnen Automobilklub zum Frühstück [sic!] und [Eugen] Zimmermann [s. Nr. 17], wenn er mitkommt?‘ Ich reichte den Zettel Erzberger, der eben sprach, als er endet, über den Tisch.“

<sup>15)</sup> Es ließ sich nicht feststellen, ob Stresemann, dessen Darstellung sich nicht streng an die zeitliche Reihenfolge der Ereignisse hält, am 7. 7. 1917 an zwei Zusammenkünften mit Erzberger und Oberst Bauer teilgenommen hat. Der Formulierung nach könnte man annehmen, daß Erzberger und Stresemann sich bereits am frühen Vormittag um 8 Uhr 30 zum erstenmal mit Bauer getroffen haben. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß sich die Zeitangabe „1/29 Uhr“ auch auf die erwähnte Aussprache am Abend bei Hiller beziehen könnte.

<sup>16)</sup> Am 6. 7. 1917, nachmittags. Vgl. Erzberger S. 257 f. und Bethmann II S. 224.

<sup>17)</sup> S. Anm. 15.

bei den Fraktionen mehr habe und da er auch nicht auf den Boden seiner Friedensresolution treten könne. Am Montag früh erfolgte mein Vorstoß im Hauptausschuß<sup>18)</sup> gegen den Kanzler. Ich warf ihm vor, daß er schuld sei an dem Zusammenbruch der politischen Verhandlungen im Hauptausschuß, daß seine Politik von Mißerfolg zu Mißerfolg führe, daß er weder ein inneres noch ein außenpolitisches Programm habe, daß er nicht fähig sei, den Frieden zu schließen, wobei ich in sonderheit auf die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten hinwies, ferner stellte ich seine Glaubwürdigkeit in bezug auf seine wiederholten Behauptungen wegen Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung in Frage.

Der Kanzler erwiderte äußerst erregt: Wenn man ihn beseitigen wolle, solle man ihm das sagen, dann gehe er vorher, und bemühte sich in einer dreiviertelstündigen Rede die Angriffe dialektisch abzutun, ohne daß er jedoch irgend welchen Beifall erhielt mit Ausnahme von der Zustimmung in der Fortschrittspartei.

Hierbei muß ich einschalten, daß ich in der ersten interfraktionellen Besprechung<sup>19)</sup>, der einzigen, an der ich teilnahm, wiederholt darauf hingewiesen hatte, daß es die erste Pflicht der Mehrheitsparteien sei, den Kanzler zu beseitigen, da er ein Hindernis für den Frieden sei. Erzberger stimmte mir in dieser Beziehung zu, allerdings ziemlich lau, die Fortschrittliche [Volkspartei] widersprach, von den Sozialdemokraten schien Südekum meiner Ansicht zu sein, während die andern sich zurückhielten. In jener Montagssitzung des Haushaltsausschusses schickte ich nach meiner Rede, die bei mehreren meiner Fraktionskollegen, z. B. Schwabach, lebhaften Widerspruch fand, einen Zettel zu Erzberger mit den Worten: „Wenn ich meine Fraktion in der Kanzlerfrage hinter mich bekommen will, müssen Sie mir stark sekundieren.“ Trotzdem erwähnte Erzberger in seiner Rede<sup>18)</sup> den Namen des Kanzlers kaum, so daß diese Sekundierung ausfiel. Andererseits blieb auch jede Vertrauensäußerung für Bethmann aus. David ironisierte den Kanzler<sup>18)</sup>, indem er sagte, der Kanzler wolle zwischen links und rechts hindurchlavieren, bei einer solchen Politik gelange man zwar in die Mitte, aber die Mittelpartei schien der Meinung zu sein, daß man auch von dieser Mitte noch weiter lavieren könne. Fehrenbach, der nach Erzberger für das Zentrum sprach<sup>18)</sup>, verhielt sich ebenfalls sehr zurückhaltend, indem er sagte, seine Fraktion wisse sich von jeder persönlichen Animosität gegenüber dem Kanzler frei, sie müsse es dem Kanzler überlassen, zu entscheiden, ob seine bisherige Tätigkeit und seine wiederholten Kriegszielerklärungen in Zukunft ein Hindernis des Friedens bildeten. Wenn er dem Wunsche der Mehrheit entgegenkomme, könne man ja auch mit diesem Kanzler leben, im übrigen müsse er sich diese Frage selbst beantworten.

Bei den Parteien des Zentrums und der Sozialdemokratie hatte inzwischen die Mitteilung, daß der Kanzler den Kaiser so falsch informiert hätte, ziemliche Erregung verursacht<sup>20)</sup> und trug zu der Mißstimmung gegen den Kanzler bei. Trotzdem wäre seine Stellung wahrscheinlich gefestigt geblieben, zumal er den

<sup>18)</sup> Vgl. HA 168. Sitzung, 9. 7. 1917.

<sup>19)</sup> Am 6. 7. 1917. Vgl. Nr. 1.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 4 bes. auch Anm. 11.

Kaiser zur Konzessionierung des gleichen Wahlrechts gedrängt hatte, wenn der Kaiser nicht den Wunsch gehabt hätte, mit dem Kronprinzen über diese Frage zu verhandeln.<sup>21)</sup> Von seiten des Herrn Oberstleutnant Bauer und des Freiherrn von Maltzahn<sup>22)</sup> wurde dem Kronprinzen nahegelegt, eine Anzahl von Parlamentariern zu empfangen.<sup>23)</sup> Der Kronprinz stellte an alle Herren die Frage, wie sie sich zu einem Kanzlerwechsel stellen würden. Soweit ich unterrichtet bin, haben mit Ausnahme des Herrn von Payer alle empfangenen Herren die Notwendigkeit des Kanzlerwechsels dem Kronprinzen vor Augen geführt — David von dem Standpunkt aus, daß ein Wechsel des Kanzlers den Frieden beschleunige. Ich habe dem Kronprinzen gegenüber dieselben Gründe angeführt, wie in der Ausschußsitzung, habe aufs entschiedenste darauf hingewiesen, daß ich die größte Gefahr im Verzuge sehe für die künftigen Tagungen des Reichstages, wenn dieser Mann bliebe.

Inzwischen war auch in der nationalliberalen Partei die Stimmung gegen den Kanzler eine stärkere geworden und hatte schließlich zu dem Beschluß geführt, der gegen drei Stimmen gefaßt wurde, daß Prinz Carolath Herrn von Valentini erklären sollte, die Lösung der Krise sei nur möglich, wenn der Kanzler ginge.<sup>24)</sup> Dieser Beschluß wurde in der Presse bekannt und wirkte wie eine Bombe, zumal man die Nationalliberalen auf Grund der Stellungnahme der Herren Schiffer und Junck eigentlich mehr für Kanzlerfreunde angesehen hatte. Der Beschluß war dadurch zustande gekommen, daß sich auch Herr von Richthofen entschieden auf den Standpunkt stellte, mit diesem Kanzler ginge es nicht mehr. Am Abend desselben Tages, an dem in der nationalliberalen Fraktion dieser Beschluß gefaßt wurde, beschloß die Zentrumsparlei mit allen [gegen] sieben Stimmen in demselben Sinne.<sup>25)</sup>

Inzwischen waren Hindenburg und Ludendorff erneut nach Berlin gekommen<sup>26)</sup> und nun vollzog sich das Schicksal des Kanzlers, der es inzwischen doch noch

<sup>21)</sup> Für die Aussprache, die der Kronprinz gleich nach seiner Ankunft in Berlin am 11. 7. 1917, vormittags, mit dem Kaiser hatte, vgl. Valentini S. 162; Herre S. 87 f.; WUA 2 S. 152 f. (Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 11. 7. 1917). Oberst Bauer S. 141 berichtet, daß er die Berufung des Kronprinzen veranlaßt habe.

<sup>22)</sup> Der Kronprinz besprach sich am 11. 7. 1917, nachmittags, mit Bauer und Maltzahn. Vgl. Herre S. 89 und Valentini S. 163 f. Nach Nr. 17 hatte auch bereits am Vormittag eine Unterredung zwischen Bauer und dem Kronprinzen stattgefunden.

<sup>23)</sup> Am Vormittag des 12. 7. 1917. Vgl. Nr. 11 bes. Anm. 28.

<sup>24)</sup> Vgl. Hugo, „Die politische Krisis“ (s. Anm. 1): „Die nationalliberale Reichstagsfraktion blieb bei der Meinung, daß nur ein neuer Mann die politische Führung der Regierung ersprießlich übernehmen könne. In der Fraktionssitzung vom Donnerstag, dem 12. Juli, hat die Fraktion deshalb gegen 4 [sic!] Stimmen diese ihre Anschauung in einem Beschluß niedergelegt und von der Tatsache dem Kaiser durch den Chef des Zivilkabinetts und dem Reichskanzler durch den Staatssekretär Dr. Helfferich Mitteilung werden lassen.“ — Vgl. ferner Nr. 11 bes. auch Anm. 41—43.

<sup>25)</sup> Der Beschluß der Zentrumsfraktion vom 12. 7. 1917 ist bei Erzberger S. 262 zitiert: „Die Zentrumsfraktion sieht in dem weiteren Verbleiben des Herrn von Bethmann Hollweg im Reichskanzleramt eine Erschwernis für Herbeiführung des Friedens. (Mit allen gegen 2 Stimmen.) Aus diesem Grund hat die Zentrumsfraktion keine Veranlassung, den Reichskanzler zu halten.“ (Mit allen gegen 7 Stimmen.)“ — Vgl. Nr. 11 bes. Anm. 33 und 34.

<sup>26)</sup> Am 13. 7. 1917. Vgl. Nr. 17.

verstanden hatte, den Kaiser für sich einzunehmen. Der Kronprinz erbat sich<sup>27)</sup> von Westarp, Erzberger und mir eine schriftliche Bestätigung der Stellung der Fraktion zum Kanzler und ging mit dieser zum Kaiser.<sup>28)</sup> Vielleicht hätte selbst diese erneute Erklärung der Fraktionen den Kaiser noch nicht ganz schwankend gemacht, wenn nicht die Oberste Heeresleitung ihrerseits zuletzt zum äußersten Mittel gegriffen hätte. In einem am Tage vor dem Kanzlersturz<sup>29)</sup> nachmittags 1/4 Uhr von Kreuznach aus aufgegebenen Telegramm<sup>30)</sup> teilten der Generalfeldmarschall von Hindenburg und Exzellenz Ludendorff mit, daß sie den Kaiser um Entbindung von ihren Ämtern ersuchten, da es ihnen nicht möglich sei, mit Bethmann länger zusammen zu arbeiten. Gleichzeitig bat der Kriegsminister Freiherr von Stein aus demselben Grunde um seine Entlassung. Die Krise war damit auf die Spitze getrieben.

Am Vormittage dieses Tages versuchten die Herren Helfferich<sup>31)</sup> und Roedern trotzdem noch den Kanzler zu retten und es fand eine Besprechung statt, in der die Herren zusammen mit Herrn Wahnschaffe auf die nationalliberale Fraktion einzuwirken suchten, den Kanzler wenigstens bei den Debatten im Plenum nicht anzugreifen und teilten mit, daß sich die übrigen Fraktionen mit dem Bleiben des Kanzlers ausgesöhnt hätten. Hierauf fragte ich Helfferich, ob er auch dann ein Bleiben des Kanzlers für möglich halte, wenn Hindenburg und Ludendorff gingen, indem ich ihm gleichzeitig sagte, daß ich gute Nachrichten darüber hätte,

<sup>27)</sup> Am 13. 7. 1917, vormittags, durch Vermittlung von Maltzahns. Vgl. Erzberger S. 263; Westarp II S. 359; Herre S. 94.

<sup>28)</sup> Der Kronprinz berichtete zunächst brieflich; und zwar wurde sein Brief, nach Herre S. 94, 10 Uhr 30 [nach Nr. 17 abgesandt um 10 Uhr] dem Kaiser zugeleitet; die Audienz beim Kaiser mit Hindenburg und Ludendorff habe sich um 11 Uhr [nach Nr. 17: 10 Uhr 45] angeschlossen.

<sup>29)</sup> 12. 7. 1917.

<sup>30)</sup> S. dagegen Urkunden der OHL S. 406 (Aktenauszug über die Kanzlerkrise): „2.50 nachmittags überreichte Hauptmann v. Hülsen die ihm chiffriert zugegangenen Telegramme des Herrn Generalfeldmarschalls und des Generals Ludendorff über die Absendung der Abschiedsgesuche dem General Frhrn. v. Lyncker.“ — Sollten die Telegramme tatsächlich bereits 2 Uhr 50 in den Händen Lynckers gewesen sein, so erscheint es verwunderlich, daß dieser erst am Abend den Kaiser über die Abschiedsgesuche der Generale unterrichtete. Vgl. Valentini S. 166; WUA 2 S. 154 (Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 14. 7. 1917); Herre S. 92 f.; Nr. 12 Anm. 4. — Das Abschiedsgesuch Ludendorffs ist abgedruckt in Urkunden der OHL S. 407.

<sup>31)</sup> Helfferich S. 449 f. berichtet, daß er am 12. 7. 1917, vormittags, von Schiffer, Stresemann und List aufgesucht worden sei: „Dr. Stresemann erklärte, ein großer Teil seiner Partei betrachte Bethmanns Abgang als eine Notwendigkeit. Dr. Schiffer machte nur den Einwand, daß nicht alle in der Partei so dächten. Auf meinen Hinweis auf die außenpolitischen Umstände, die im gegenwärtigen Moment gegen einen Kanzlerwechsel und für eine glatte Bewilligung des Kriegskredits sprächen, machte Herr Dr. Stresemann etwa folgende Bemerkung: Für die Haltung der nationalliberalen Fraktion gegenüber Herrn von Bethmann müsse doch auch die Stellungnahme der Obersten Heeresleitung von großer Bedeutung sein. Es könne auf seine Fraktion nicht ohne Eindruck bleiben, wenn er heute genötigt sei, ihr mitzuteilen, daß der General Ludendorff entschlossen sei, seinen Abschied zu nehmen, wenn Bethmann Kanzler bleibe.“

Jetzt sah ich allerdings jede Hoffnung schwinden, die Situation zu halten und in einer Lage, in der alles auf innere Festigkeit und Geschlossenheit ankam, einen Kanzlerwechsel zu vermeiden. Zunächst weigerte ich mich, an die Richtigkeit der Information des Herrn Dr. Stresemann zu glauben; im übrigen würde ich sofort den Kanzler veranlassen, sich mit dem General Ludendorff unmittelbar in Verbindung zu setzen.“

daß die Herren ihre Ämter zur Verfügung stellen würden, wenn Bethmann bliebe. Ich konnte ihm dies um so mehr sagen, als Ludendorff mir gegenüber geäußert hatte: „Wenn dieser Kanzler bleibt, verlieren wir den Krieg, auch wenn wir uns totsiegen.“ Helfferich war außerordentlich empört, schlug mit der Faust auf den Tisch und sagte, es sei geradezu unerhört, derartige Gerüchte zu verbreiten. Er werde sofort zum Kanzler gehen und dieser werde an Ludendorff telegraphieren und eine kategorische Äußerung von Ludendorff verlangen, ob er je eine solche Äußerung abgegeben hätte. Ich sagte ihm, daß zu seiner Erregung gar kein Grund vorhanden sei, es sei nicht unerhört, daß solche Gerüchte verbreitet würden, die ich aus allererster Quelle hätte, sondern unerhört sei, daß ein Mann wie Bethmann das Deutsche Reich an den Abgrund bringe, anstatt zu gehen. Wenn jetzt in dieser kritischen Zeit noch der Fortgang von Hindenburg und Ludendorff käme, bedeute das das Ende Deutschlands. Anscheinend sei ja auch Herrn von Bethmann seine Person wichtiger als das Reichsinteresse. Helfferich entschuldigte sich dann mehrmals und betonte, daß seine Ausführungen sich nicht gegen mich richten, sondern gegen jene Ausstreungen. Er verließ unsere Besprechung, bei der Graf Roedern verblieb, anscheinend um sich sofort zum Kanzler zu begeben und das Telegramm an Ludendorff zu verfassen. Ich verließ die Sitzung ebenfalls bald und begab mich zum Großen Generalstab, wo ich den Herren von dem Vorgefallenen Kenntnis gab. Es wurde sofort nach Kreuznach telephoniert und Ludendorff spielte nun den letzten Trumpf aus, indem er, ohne erst das Telegramm des Kanzlers abzuwarten, die Lage mit Hindenburg besprach und 3 Uhr 30 das Telegramm an den Kaiser abging<sup>30)</sup>, worin beide Herren die Kabinettsfrage stellten.

Der Audienz bei dem Kaiser<sup>32)</sup> wohnten der Kronprinz, Hindenburg, Ludendorff und der Kriegsminister von Stein bei. Der Kronprinz unterbreitete die Erklärungen der Fraktion und erklärte seinem Vater, daß seiner Meinung nach der Kanzler nicht mehr in seinem Amte bleiben könne, nachdem drei Fraktionen sich gegen ihn erklärt hätten. Die Militärs unterstützten diese Auffassung auf das nachdrücklichste und daraufhin entschied sich der Kaiser für die sofortige Entlassung von Bethmann, dem um 1 Uhr mittags von Valentini mitgeteilt wurde<sup>33)</sup>, daß der Kaiser das von ihm vorher eingereichte — aber zunächst wohl nur formelle — Abschiedsgesuch genehmigt hätte.

---

<sup>32)</sup> 13. 7. 1917, vormittags. Vgl. Anm. 28.

<sup>33)</sup> Vgl. WUA 2 S. 154 f. (Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 14. 7. 1917).

## 17.

**Juli 1917: Aufzeichnung Oberstleutnant Bauers über den Sturz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg**

Nachlaß Bauer 16, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Eigenhändige Überschrift: „Bethmann Hollwegs Sturz, Juli 1917.“

6. 7. Nachmittag Telegramm des Kriegsministers. „Der Reichstag verlange Orientierung durch die O.H.L.“<sup>2)</sup> Erzberger habe die Regierung scharf angegriffen.  
Der Kaiser auf Reise in Wien, von wo er am 7. 7. in Berlin ankam, sofort Fahrt Hindenburg und Ludendorffs nach Berlin. Ich voraus.
7. 7. Vortrag<sup>3)</sup> bei Seiner Majestät.<sup>4)</sup> Abgeblitzt, da der Reichskanzler<sup>5)</sup> die Lage ganz rosig geschildert hatte. Hindenburg und Ludendorff fahren abends zurück. Ich blieb. Abends bei Hiller Besprechung mit Schlubach, Erzberger, Stresemann, von Harbou.

<sup>1)</sup> Eigenhändiges Konzept im gleichen Faszikel. Bei der abgedruckten maschinenschriftl. Übertragung sind, abgesehen von unbedeutenden Redigierungen und der Auflösung von zahlreichen, im Konzept verwandten Abkürzungen, keine inhaltlichen Veränderungen festzustellen. — Vgl. Bauer S. 141 f.; Urkunden der OHL S. 404 ff. (Aktenauszug über die Kanzlerkrise); Nr. 16a und b.

<sup>2)</sup> Vgl. Braun S. 111: Wie Major von Olberg ihm, Braun, erzählt habe, habe „das Große Hauptquartier . . . gestern [6. 7. 1917] den Bericht über den Vormittag um 1 Uhr vom Kriegspresseamt und um 5 Uhr vom Kriegsminister von Stein gehabt“. — Im Nachlaß Bauer 11 befindet sich ein von Olberg gezeichnetes, an die Abteilung III B der OHL. gerichtetes Fernschreiben des Kriegspresseamts (laut Eingangsstempel am 6. 7. 1917 14 Uhr 18 aufgenommen, daneben handschriftlicher Vermerk „An 2 [Uhr] 45 Nachm.“), in dem folgendermaßen über die Vorgänge im Hauptausschuß am Vormittag des gleichen Tages berichtet wird: „Sozialdemokratischer Sprecher Ebert hatte bei Beginn der Beratungen erklärt, wir seien am Ende unserer Kraft. Erzberger hatte Mißerfolg des U[-]Bootkrieges behauptet, beide sich für schleunigen Frieden ausgesprochen. Heute deutet Erzberger unzweifelhaft die Absicht an weitere Kriegskredite zu verweigern wenn nicht die Sicherheit nachgewiesen wird, nach weiterem Kriegsjahre um so viel besseren Frieden zu erreichen, daß weitere ungeheure Opfer an Volkskraft wettgemacht würden. Er behauptet auf Grund von phantastischen Zahlen, daß U[-]Bootkrieg England auch in einem Jahre keinen furchtbaren Schaden tun werde, und meint, daß an den Landfronten die Lage nicht günstiger für uns werden könne, sondern schlechter. Staatssekretär Zimmermann warnt ernstlich dem Auslande gegenüber Schwäche und Mangel an Siegeswillen zu zeigen. Helfferich versucht statistisch Erfolg des U[-]Bootskriegs nachzuweisen.

Sozdem. Ebert verlangt Erscheinen des Reichskanzlers, und wünscht Erscheinen eines verantwortlichen Vertreters der O.H.L., der sachgemäße Auskunft geben könne. Nationalliberaler Stresemann, Hauptverfechter des Durchhaltens zum starken Frieden, wünscht ebenfalls dringend Anwesenheit eines verantwortlichen Vertreters der O.H.L., da einige Worte des Reichskanzlers oder einige Sätze des Kriegsministers nicht genügten vor so ersten Entscheidungen ein Bild von der militärischen Lage zu geben. Der Wunsch schien allgemein geteilt zu werden.

Da der Umfall des Zentrums auch einen Teil der Nationalliberalen mit sich reißt, erscheint starke Gegenwirkung durch O.H.L. notwendig und aussichtsvoll. Nächste Sitzung morgen Sonnabend 9 Uhr vormittags.“

<sup>3)</sup> Zu ergänzen: Hindenburgs und Ludendorffs.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 16b bes. auch Anm. 10.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 16b bes. auch Anm. 11.

8. 7.—10. 7. Besprechungen mit Erzberger und Stresemann<sup>6)</sup> in Absicht:

- 1.) Die Parteien so festzulegen, daß sie die Regierung mit Bethmann Hollweg auch nach dessen Zugeständnissen ablehnen.
- 2.) Die Friedensresolution zu ändern, gleichzeitig aber ihre Durchbringung möglichst zu verhindern.

Schlubach<sup>7)</sup> und Zimmermann<sup>8)</sup> sehr tätig, „Tag“ und „Lokal-Anzeiger“<sup>9)</sup> sehr scharf. Das Verbot der Zeitungen verhindert. Mit Heydebrand, Westarp<sup>10)</sup>, Hugenberg<sup>11)</sup>, Röchling<sup>12)</sup> Besprechungen im gleichen Sinn,

<sup>6)</sup> Für die Besprechung am 8. 7. 1917 im Automobilklub s. Nr. 16b bes. auch Anm. 14.

<sup>7)</sup> S. Nr. 16b Anm. 5.

<sup>8)</sup> Eugen Zimmermann, Generaldirektor des Scherl-Verlages, mit dem Bauer in enger Verbindung stand. Vgl. Oberst Bauer S. 134, 144. — Von Eugen Zimmermann ist im Nachlaß Bauer 16 eine aufschlußreiche maschinenschriftl. Aufzeichnung (mit Stempel „Aktentotiz“ und Vertraulichkeitsvermerk) über seine Unterredung mit Staatssekretär Zimmermann am 28. 6. 1917, nachmittags, erhalten. In dieser Aufzeichnung heißt es u. a., Staatssekretär Zimmermann habe sein Bedauern über die veränderte Haltung des Scherl-Verlages, insbesondere seines Leiters, zum Ausdruck gebracht. Dem Vorwurf, daß Einflüsse der Schwerindustrie dafür maßgebend gewesen seien, begegnet Eugen Zimmermann mit der Bemerkung, daß der Kanzler und Staatssekretär Zimmermann über die Besitzverhältnisse genau orientiert seien und auch wüßten, wann der Besitzwechsel eingetreten sei [vgl. auch Anm. 11]; „es sei keine Änderung unserer Haltung angeordnet worden, sondern ich hätte sie ohne jede Anregung von irgendeiner Seite vorgenommen, weil meine politische Überzeugung es mir verbietet, eine ruinöse Politik mitzumachen.“ Auf Eugen Zimmermanns scharfe Angriffe gegen Bethmann Hollweg und sein energisches Eintreten für Bülow „erzählte [Staatssekretär Zimmermann] dann, Hindenburg und Ludendorff würden, falls es doch zum Kanzlerwechsel kommen sollte, von entscheidendem Einfluß sein, das stände jetzt schon fest. Sie wollten aber, das wisse er genau, unter keinen Umständen Bülow haben.“ Sie wollten vielmehr einen General, und zwar hätten sie zuerst an Gallwitz, dann an Beseler gedacht, die aber beide fallen gelassen worden wären. In seinem Schlußresümee erklärt Eugen Zimmermann, er sei zu dem Eindruck gelangt, daß der Staatssekretär unter keinen Umständen eine neue Kanzlerschaft Bülows wolle. — Der Aufzeichnung ist die Abschrift eines Briefes Eugen Zimmermanns vom 5. 6. 1917 beigegeben, in dem er Staatssekretär Zimmermann um eine private Unterredung gebeten hatte. Auf dieser Abschrift findet sich folgende von H[arbou] gezeichnete handschriftliche Notiz, die zu der Aufzeichnung Eugen Zimmermanns Stellung nimmt: „1. Wir wären nicht gegen B[ülow]. 2. Wir haben nicht auf Annexionen verzichtet, sind aber jeder Präzisierung unserer Wünsche ausgewichen. Wir können den Leuten jetzt nicht sagen, was wir wollen.“ Links daneben „Schlubach“ [in anderer Handschrift] und „erl[edigt] 4. VII. H[arbou]“.

<sup>9)</sup> „Der Tag“ und „Berliner Lokal-Anzeiger“ erschienen im Scherl-Verlag. — Vgl. in diesem Zusammenhang Valentini S. 164: „Um 10 Uhr [am 12. 7. 1917] war ich nach Bellevue befohlen, wo der Kaiser sich mir und dem General Lyncker gegenüber über die unerhörten Artikel Eugen Zimmermanns im Lokalanzeiger und [Georg] Bernhards in der Vossischen Zeitung beschwerte. Wir mußten den General v. Kessel kommen lassen, um ihn namens des Kaisers zu einer strengeren Handhabung der Zensur aufzufordern, wozu dieser sich aber in Fragen der Politik nicht für zuständig erklärte.“

<sup>10)</sup> Bei Westarp II S. 354 heißt es: „Die von vielen Seiten unterstützte Absicht Fürst Bülows, sich an seine [Bethmann Hollwegs] Stelle zu setzen, trat an mich durch den Oberst Bauer heran, der die Kandidatur Fürst Bülows mit besonderem Eifer betrieb. Von ihm erfuhr ich, daß auch die OHL. sie wünsche.“ A.a.O. S. 356 berichtet Westarp, Bauer und Stresemann hätten ihn „bei ihren Verhandlungen vom 7. 7. 1917 aus dem Spiel“ gelassen, „deshalb war ich am 9. 7. 1917 durch Stresemanns und Erzbergers Angriff auf v. Bethmann [im Hauptausschuß] nicht minder überrascht als die Mehrzahl der Zuhörer.“

<sup>11)</sup> Alfred Hugenberg, 1909—1918 Vorsitzender des Direktoriums der Firma Krupp, hatte 1916 den Scherl-Verlag erworben.

<sup>12)</sup> Karl Röchling, nationalliberales Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Die engen Beziehungen Bauers zu Röchling gehen aus der Korrespondenz im Nachlaß Bauer hervor.

zugleich mit dem Hinweis, nicht zu extrem zu sein. Die Sozis durch von Haefthen<sup>13)</sup> bearbeitet.

10. 7.<sup>14)</sup> Kronrat Bethmann Hollwegs<sup>15)</sup>, um sich zu retten.<sup>16)</sup> Gleiches Wahlrecht, Parlamentarier. Fünf widersprechende Minister sollten fallen (Loebell, von Stein darunter). Der Reichskanzler wollte am 11. 7. reden. Dies durch die Parteien verhindert.<sup>17)</sup>
11. 7. Vormittag den Kronprinzen gesprochen<sup>18)</sup>, und die Lage geschildert, es galt die Parlamentarier zu empfangen. Der Kronprinz beim Kaiser.<sup>19)</sup> Ablehnend, namentlich mit Rücksicht auf Österreich.<sup>20)</sup>
12. 7. Vormittag Empfang der Parlamentarier beim Kronprinzen.<sup>21)</sup> Ich führte Protokoll. (1. Anlage)<sup>22)</sup> Diese[s] Nachmittag vom Kronprinzen an Seine Majestät übergeben.<sup>23)</sup> Abends beschlossen die Parteien, nicht mit Bethmann Hollweg weiter zu regieren.<sup>24)</sup>
13. 7. 8 Uhr vormittags zum Kronprinzen. Mitteilung über die Parteibeschlüsse. Die schriftliche Bestätigung durch Landrat von Maltzahn eingeholt.<sup>25)</sup> Brief an Seine Majestät vorgeschlagen.<sup>26)</sup> Abgesandt um 10 Uhr. 10 Uhr 45 vormittags Eintreffen von Hindenburg und Ludendorff, die Abschied erbeten hatten<sup>27)</sup>, falls Bethmann Hollweg bliebe. 10 Uhr 45<sup>26)</sup> Empfang beim Kaiser, der erklärte, Bethmann Hollweg ist entlassen.

<sup>13)</sup> Im Or. „Haefden“; es besteht jedoch kein Zweifel, daß der Leiter der Militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, v. Haefthen, gemeint ist. — Für die Berichterstattung v. Haefthens aus Berlin an die OHL. in diesen Tagen vgl. Urkunden der OHL S. 405 f. (Aktenauszug über die Kanzlerkrise).

<sup>14)</sup> Richtig: 9. 7. 1917.

<sup>15)</sup> Protokoll des Kronrats vom 9. 7. 1917 im DZA, Abt. Merseburg, Rep. 90a BIII 2c Nr. 3. Vgl. auch Westarp II S. 350 ff.; Valentini S. 160; Bethmann II S. 220 f.; Helfferich S. 445 f.

<sup>16)</sup> Vgl. dagegen die Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 11. 7. 1917; WUA 2 S. 152 f.

<sup>17)</sup> Vgl. auch Nr. 7.

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 16b Anm. 22.

<sup>19)</sup> Vgl. Nr. 16b Anm. 21.

<sup>20)</sup> Im Or. gestrichen: „Abfend]s Beschluß der Parteien nicht mit B[ethmann] H[ollweg] zu regieren.“ — Vgl. unten (12. 7.).

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 11 bes. Anm. 28 und Nr. 16b.

<sup>22)</sup> Abgedruckt in Urkunden der OHL S. 408 ff.

<sup>23)</sup> Vgl. Herre S. 91 f. und Urkunden der OHL S. 406 (Aktenauszug über die Kanzlerkrise).

<sup>24)</sup> Vgl. Nr. 16b bes. auch Anm. 24 und 25.

<sup>25)</sup> Vgl. Nr. 16b bes. auch Anm. 27.

<sup>26)</sup> Vgl. Nr. 16b Anm. 28.

<sup>27)</sup> Vgl. Nr. 16b bes. auch Anm. 30 und 31.

## 18.

## 14. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

18a: Nachlaß Haußmann 28, eigenhändig mit Tinte.<sup>1)</sup> Überschrift: „V[erständigungs-]A[usschuß] 14. 7. 1917.“

Anwesend: Südekum / Scheidemann / Ebert / David / Payer / Fischbeck / Haußmann / Erzberger / Mayer / Wangenheim<sup>2)</sup>

Südekum referiert über die Sistierung der Publikation der Resolution<sup>3)</sup> / er habe mit Ludendorff nachts 11.30 telephoniert, der ihm gesagt habe / So wie die Resolution vorliegt kann sie die oberste Heeresleitung (noch) nicht anerkennen, es soll um 5 Uhr heute bei Helfferich, die Einladungen sind unterwegs, zu einer Tasse Tee<sup>4)</sup>

18b: Haußmann S. 128 f.; Nachlaß Haußmann 151, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup>

Zehn Uhr Parteivertreterkonferenz. Die Person des Nachfolgers ist noch nicht bekannt. Ich teile mit, daß<sup>3)</sup> der Nachfolger gestern ernannt worden ist und die Ernennung heute mittag mit der Entlassung Bethmanns publiziert wird. Den Namen durfte ich noch nicht nennen.<sup>4)</sup>

Südekum berichtet über die Veröffentlichungsvorgänge.<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 95—97.

<sup>2)</sup> Nach Scheidemann, Zusammenbruch S. 96 muß auch der Abg. Bruhn von der „Deutschen Fraktion“ (Angehöriger der „Deutschen Reformpartei“) an der Sitzung teilgenommen haben,

<sup>3)</sup> „daß“ bei Haußmann S. 128 gesperrt, im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift unterstrichen.

<sup>4)</sup> Vgl. Haußmann S. 128: er habe morgens von Riezler erfahren, daß Michaelis „bereits Freitag am späten Abend“ zum Kanzler ernannt worden sei. In der Reichskanzlei sei die vollendete Tatsache in der Nacht bekannt geworden. Unter der Zeitangabe 14. 7., 12 Uhr, registriert Haußmann S. 129, er habe Payer und Erzberger, „der dringend nach dem Namen fragt“, die Ernennung Michaelis' mitgeteilt. — S. dagegen die irrtümliche Darstellung bei Erzberger S. 264: „Am Abend [des 13. 7.] erst wurde zur allgemeinen Überraschung bekannt, daß der bisherige Unterstaatssekretär und Reichskommissar für Volksernährung, Michaelis, zum Reichskanzler ernannt worden sei . . .“ Dieser Irrtum geht wahrscheinlich auf seine „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18, zurück, wo — völlig korrekt — notiert ist: „Freitag abend wurde . . . Michaelis . . . ernannt.“ Von „wurde bekannt“ ist hier noch keine Rede. — Für die Ernennung Michaelis' zum Reichskanzler, die allgemeine Überraschung auslöste, vgl. u. a. Valentini S. 168 ff.; Helfferich S. 453; WUA 2 S. 154 f. (Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 14. 7. 1917); Michaelis S. 321 ff.; Groener S. 359 f.; Bredt S. 84 f.; Herre S. 98 f. Die Vorgeschichte der Berufung ist bis heute noch nicht befriedigend aufgeklärt. Neuerdings hat Magnus Frhr. v. Braun das Verdienst für sich in Anspruch genommen, auf Michaelis als Kanzlerkandidaten aufmerksam gemacht zu haben. Vgl. dazu Braun S. 113 ff.

<sup>5)</sup> Im Or. mit Rotstift unterstrichen.

<sup>6)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 95 f.: „Südekum berichtete über die Vorgänge in der Nacht wie folgt: Er wurde nachts gegen 11 Uhr angerufen von Legationsrat Rietzler [richtig: Riezler], der erstaunt gefragt habe, wieso das W.T.B. die Veröffentlichung der Resolution übernehmen könne. Die Verhandlungen seien doch, wie ihm berichtet wurde, noch nicht abgeschlossen; sollten vielmehr morgen weitergehen. — Südekum habe darauf gesagt, er kenne eine solche Verabredung nicht und habe keine Vollmacht, die Veröffentlichung durch W.T.B zu inhibieren. Darauf habe Rietzler [sic!] erneut behauptet, es sei ausdrücklich festgesetzt

**Payer protestiert gegen Publikation<sup>7)</sup>**

Erzberger berichtet über seine Besprechung mit Hindenburg u. Ludendorff heute früh<sup>8)</sup>, daß er (Erz[berger]) ihm erklärt habe, eine Abänderung der Resolution sei ausgeschlossen, höchstens, wenn der neue Kanzler den Standpunkt akzeptiere u. der Reichstag ein Vertrauensvotum gibt.

Hindenburg sagte darauf, nein, das ist uns unwillkommen, wenn sie dem neuen Kanzler gleich Daumenschrauben anlegen, dann lieber das Votum des Reichstags<sup>9)</sup>

**Haußmann zu der persönlichen Frage****Payer protestiert lebhaft.<sup>7)</sup>**

Erzberger berichtet, daß er heute früh nochmals im Generalstab Hindenburg und Ludendorff gesprochen hat.<sup>8)</sup> Er habe erklärt, eine Abänderung der Resolution sei jetzt unmöglich, höchstens wenn der neue Reichskanzler die Formel akzeptiere, könne der Reichstag daraufhin ein Vertrauensvotum geben und auf die selbständige Einbringung der Resolution verzichten.

Hindenburg habe erwidert: „Nein, das ist uns unwillkommen, wenn Sie dem neuen Reichskanzler gleich Daumenschrauben anlegen, dann lieber das Votum des Reichstags.“<sup>9)</sup>

worden, am kommenden Tage nochmals zu verhandeln. Südekum habe gesagt, daß er sich weiter erkundigen würde. Daraufhin habe er Scheidemann angerufen. Scheidemann habe definitiv abgelehnt, irgend etwas zu tun, wodurch die Veröffentlichung aufgehalten werden könne. Eine solche Abrede, wie sie Rietzler [sic!] angedeutet habe, bestehe nicht. Südekum habe sich darauf an Dr. David telephonisch gewandt. David habe nach längerer Aussprache ihm empfohlen, sich an Ludendorff zu wenden, um eine Verständigung herbeizuführen. Südekum habe darauf aufmerksam gemacht, daß das allerdings sehr schwer sei, wenn nun Ludendorff verfüge, die Resolution wird nicht veröffentlicht? Trotzdem habe er in seiner Ratlosigkeit sich an Ludendorff in der Nacht noch gewandt. Die Folge sei gewesen, daß Ludendorff es für richtig gehalten habe, die Veröffentlichung aufzuhalten, da Helfferich die Herren, die gestern bei Hindenburg und Ludendorff gewesen seien, für Sonnabend um 5 Uhr zu einer Besprechung noch einmal einladen wolle. Hindenburg lege großen Wert darauf, daß die Erklärung nicht in der vorliegenden Form veröffentlicht werde, so könne sie die Oberste Heeresleitung nicht unterzeichnen.“ — Vgl. auch Nr. 15 Anm. 11.

<sup>7)</sup> Scheidemann, Zusammenbruch S. 95 bemerkt zu der Reaktion Payers: „Payer ist wütend, daß wir die Veröffentlichung ohne seine Zustimmung beschlossen hätten.“ — Für die Motive Payers vgl. Payer S. 37: er habe die Veröffentlichung „für im höchsten Grad überstürzt und bedenklich“ gehalten; hätte man nämlich, „wie es besprochen war, zugewartet, so hätte man die Wünsche der Obersten Heeresleitung bezüglich des Tones wohl noch berücksichtigen können, vielleicht wäre das auch von sachlichem Vorteil gewesen.“

<sup>8)</sup> Vgl. auch Erzberger S. 264: Ludendorff habe jetzt „mehr Bedenken als tags zuvor“ gegen die Resolution geäußert. In der „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917, Nachlaß Erzberger 18, heißt es, Ludendorffs Bedenken seien „viel lebhafter“ gewesen.

<sup>9)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 96: „Erzberger stellte fest, daß er nichts von einer neuen Verhandlung wisse. Hindenburg und Ludendorff hätten nur den Wunsch ausgesprochen, die Resolution etwas positiver zu gestalten. Heute morgen habe er auf Einladung der beiden Herren eine neue Unterredung mit ihnen gehabt. Dabei habe er wiederum nicht den Eindruck gewonnen, als ob die Herren sich irgendwie verletzt oder brüskiert fühlten.“ — Den weiteren Verlauf der Diskussion stellt Scheidemann, a.a.O. S. 96 f. folgendermaßen dar: „Ich schilderte darauf den Verlauf der Dinge und wiederholte ganz ausdrücklich, daß von einer neuen Verhandlung absolut nicht geredet werden könne, soweit sich Helfferich auf eine nicht existierende Abrede von gestern berufe. Südekum berief sich daraufhin auf Wahnschaffe. Dieser habe ihm in der Nacht gesagt, daß Helfferich bereits neue Einladungen an die Vertreter der Mehrheitsparteien habe ergehen lassen. Bruhn [s. Anm. 2] meint, es sei doch vielleicht nach dem Gang der Dinge möglich, eine neue Verbindung mit den Herren zu suchen und, da es ihm nicht ausgeschlossen erscheine, den Wortlaut doch mit ihrem Einverständnis festzustellen. David sagt nochmals gegenüber v. Payer: Wir waren gestern abend einfach gezwungen, die Veröffent-

**Mayer:** Wir können uns nicht mehr auf den Standpunkt stellen, daß wir jeder Regierung [gegenüber] das Programm festhalt[en]

**Haußmann** hält das für eine entscheidende Erklärung

**Mayer:** Nein, sachlich stehe[n] ich u. das Zentrum auf dem Standpunkt der Unabänderlichkeit der Resolution, nur staatsrechtlich / Mitteilung an Helfferich<sup>10)</sup> habe ich verlassen<sup>11)</sup>

**Payer:** An eine Änderung der Resolution denke ich jetzt nicht mehr<sup>12)</sup>

**Haußmann:** Vertagung bis morgen / jeden Tag 11 Uhr / angenommen. Es wird heute noch der neue Reichskanzler ernannt

Beschluß: 10 Uhr.

**Mayer-Kaufbeuren** bemerkt, daß jetzt aus staatsrechtlichen Gründen das Schreiben an Helfferich<sup>10)</sup> nicht mehr abgehen könne. Auf dem Standpunkt der Resolution stehe das Zentrum jetzt erst recht unabänderlich.

**Payer** stimmt dem zu.<sup>12)</sup>

Eine Mitteilung wegen Besprechung mit Hindenburg ist bis zwölf Uhr nicht eingetroffen.

**Haußmann** beantragt zu vertagen, bis die Ernennung des neuen Kanzlers publiziert sei, und in den folgenden Tagen je um zehn Uhr sich regelmäßig zu versammeln. Dies wird zum Beschluß erhoben.

lichung zu beschließen, nachdem bereits die Leipziger Neuesten Nachrichten, das 8-Uhr-Abendblatt und die Kriegszeitung [gemeint sein könnte die „Liller Kriegszeitung“] die Resolution, und zwar nicht in der letzten Fassung, veröffentlicht hatten. Er ist gegen neue Verhandlungen. Es sei notwendig, nunmehr schnell die Resolution offiziell zu publizieren.“ — Daran schließt sich bei Scheidemann die von ihm falsch eingeordnete Entstehungsgeschichte des Entwurfs eines Briefes an Helfferich (vgl. Nr. 14 Anm. 13) an.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 14 Anm. 13.

<sup>11)</sup> So im Or.

<sup>12)</sup> Vgl. dazu Payer S. 37 f.: Da seine sofortigen Versuche, die Veröffentlichung noch telephonisch aufzuhalten, keinen Erfolg gehabt hätten, sei auch „ein nachträgliches öffentliches Herumkorrigieren an der Resolution . . . nun begreiflicherweise ausgeschlossen“ gewesen. Ihm sei die „unangenehme Aufgabe“ erwachsen, „der Obersten Heeresleitung den Hergang zu erklären und Fischbeck und mich zu entschuldigen, daß wir nicht, wie in Aussicht genommen, die Ansicht der Herren zum Ausdruck bringen konnten.“

18c: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 14. 7. 1917.

11 Uhr: Besprechung der 3 Fraktionen. Schilderung des Hergangs in der Nacht durch Südekum. Erzberger war eben bei Ludendorff; hatte den Eindruck, daß die Sache abgeschlossen. Demgegenüber Payer, erregt über seine Übergehung. Mißverständnis. Er hatte bei Wahnschaffe Aussprache der Mehrheitsparteien über die Resolution mit Ludendorff und Hindenburg angeregt. — Der neue Mann: Michaelis — ganz über den Kopf des Reichstags.

## 19.

### 14. 7. 1917: Konferenz der Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses mit Reichskanzler Michaelis, Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff

**Haußmann S. 130—137; ergänzt und berichtigt nach dem handschriftl. und dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, beide Nachlaß Haußmann 151.<sup>1)</sup> — Ergänzungen und Berichtigungen durch *Kursivdruck* hervorgehoben; im Or. gestrichene Partien durch eckige Klammern gekennzeichnet.**

Fünf Uhr im Reichsamt.<sup>2)</sup> Vom Ausschuß sind Müller-Meinungen, Müller-Fulda, Fehrenbach und Mayer-Kaufbeuren nicht erschienen, weil sie, ehe die Einladung eingetroffen, abgereist waren. In dem schönen Garten ist seit einer halben

<sup>1)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 98—102 (falsch datiert auf 15. 7.); Scheidemann, Memoiren II S. 42—45 (falsch datiert auf 15. 7.); Erzberger S. 264 f.; Payer S. 39 f.; Helfferich S. 454; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 364; David, Kriegstagebuch, 14. 7. 1917; SPD-Fraktion, 19. 7. 1917; ferner die zusammenfassende Schilderung bei Hoop S. 33 ff.

<sup>2)</sup> Zur Vorgeschichte der Sitzung vgl. Helfferich S. 454: „In der Frühe des 14. Juli teilte mir der neue Kanzler mit, daß er versuchen wolle, die Friedensresolution durch eine eigene Erklärung überflüssig zu machen [vgl. dazu Nr. 25e Anm. 5a]. Ebenso telephonierte mir der General Ludendorff, daß er trotz der illoyalen Veröffentlichung der Resolution im ‚Vorwärts‘ die für den Nachmittag in Aussicht genommene Besprechung mit den Vertretern der Mehrheitsparteien für zweckmäßig halte, um einige Änderungen durchzusetzen.“ Dagegen erklärt Ludendorff a.a.O. S. 364: „Unsere Teilnahme an den weiteren parlamentarischen Besprechungen im Reichsamt des Innern über die Friedensresolution war von dem neuen Reichskanzler angeregt worden. Ich bat ihn, davon Abstand zu nehmen. Das Gefühl, daß wir unsere Aufgabe mit dem vorhergegangenen Tage beendet hätten und nur in den politischen Wirrwarr hineinkämen, beherrschte mich. Der Reichskanzler blieb bei seiner Bitte stehen. Wir wollten ihn, so weit es uns möglich war, bei Übernahme der schweren Erbschaft stützen und entschlossen uns, seinem Wunsche zu entsprechen. Es lag uns zugleich daran, dadurch Dr. Michaelis zu zeigen, welchen Wert wir auf vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung legten.“ — S. auch Payer S. 39: „Auf Veranlassung und in Gegenwart des neu ernannten Reichskanzlers, wie die ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung‘ meldete...“ — Haußmann S. 129 registriert: „Ein Uhr. Es trifft im Hotel ein eiliges Schreiben von Geheimrat Jungheim ein:

„Exzellenz Helfferich hat Sie auf heute nachmittag fünfeinviertel Uhr zu einer Besprechung nach dem Reichsamt des Innern eingeladen. Anwesend sind die Herren, die die Resolution verfaßt haben.“

Mündlich wurde mitgeteilt, daß Generalfeldmarschall Hindenburg und Ludendorff erscheinen werden. Das Erscheinen des neuen Reichskanzlers war nicht mitgeteilt, weil offenbar beim Erlaß der Einladung noch nicht bekannt. Helfferich sagte mir abends, daß Hindenburg die beschlossene Besprechung wegen der Veröffentlichung der Resolution wieder abgesagt und erst nachher darauf zurückgekommen sei, was die späte Mitteilung verursacht habe.

Formell ist also eine ‚Konferenz der Obersten Heeresleitung mit dem Ausschuß der Mehrheitsparteien in einem Reichsamt der Zivilverwaltung‘ [die Anführungszeichen sind in das maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, mit Bleistift eingefügt; das folgende „bevorstehend“ ebenfalls mit Bleistift in der Handschrift Haußmanns, statt ursprünglich: „erreicht“] bevorstehend.“

— Scheidemann, Zusammenbruch S. 98 berichtet: „Im Laufe des 15. [sic!] Juli [,Glocke“ S. 232 statt „des 15. Juli“: „des gestrigen Tages“] rief mir Jungheim zu, daß mich Helfferich für nachmittags 5 Uhr zu sich bitten lasse.“ In seinen Memoiren II S. 42 heißt es dagegen: „Am 15. [sic!] Juli wurde ich telephonisch gebeten, in das Reichsamt des Innern zu kommen, es handele sich um äußerst wichtige Dinge.“

Stunde Hindenburg und Ludendorff mit Helfferich, denen sich bald hernach auch Dr. Michaelis zugesellt hat. Wir treffen die Herren und werden ohne Förmlichkeit mit Handschlag vorgestellt. Man geht in Gruppen durch die belaubten Wege, ich zuerst mit Michaelis. Er lehnt Glückwunsch ab. Scheidemann gesellt sich zu uns, ich lasse ihn mit Michaelis allein<sup>3)</sup>, da dieser unorientiert, unpolitisch und nicht fesselnd war.<sup>4)</sup>

Als ich allein weitergehe, steht Hindenburg groß und mit gespreizten Beinen im Gespräch mitten im Wege. Ich höre zu. Wesen, Art des Sprechens und Gesichtsausdruck sind bestimmt und gewinnend, die Züge und Kinn, wenn er spricht, etwas feiner<sup>5)</sup>, die Warzen und die Bartverlängerung viel kleiner, das Auge tiefer und größer als auf den meisten Bildern.

<sup>3)</sup> Scheidemann traf nach seinem Bericht, Zusammenbruch S. 98—100, etwas verspätet ein und „stieß“ im Park zunächst „auf Hindenburg, Ludendorff, Helfferich und Michaelis. [„Glocke“ S. 232 fährt fort: „Die Herren grüßten sehr freundlich. Michaelis wünschte ich Glück.“ — Nicht in den „Zusammenbruch“ übernommen.] In diesem Augenblick kam [„Glocke“ S. 232: „stieß“] die andere Gruppe zu uns: Payer, Haußmann, Ebert, Erzberger, Wahnschaffe usw. Als ich mich diesen zuwenden wollte, bat mich Hindenburg zu bleiben. Wir wechselten einige Worte unpolitischer Art, dann nahm Michaelis mich am Arm und führte mich davon, zum großen Erstaunen der anderen. Er: ‚Ich muß gleich mit Ihnen reden, Herr Scheidemann. Was man den Scheidemann-Frieden nennt, mach’ ich morgen, wenn ich kann. Aber was machen wir mit dieser Resolution?‘ Dabei schlug er auf den Vorwärts vom 14. Juli, in dem die Kriegszielresolution abgedruckt war. Ich: ‚Das ist doch eine vortreffliche Plattform, Exzellenz.‘ Er: ‚Nein, nein, die Resolution ist mir unbequem, sie fesselt mich zu sehr, das hat Ihnen Hindenburg gestern doch auch schon gesagt.‘

Nun gab es eine lange, wohl 25 bis 30 Minuten dauernde Unterhaltung über die Bedeutung der Resolution. Ich setzte ihm Satz für Satz in seiner Bedeutung auseinander. ‚Verständigen Sie sich über dies und jenes zum Vorteil des Reiches, dann soll und wird Ihnen niemand Vorwürfe machen.‘ — Er: ‚Ja, das Verständigen geht schließlich an, obwohl mir das Wort Ausgleich besser gefiele, die [„Glocke“ S. 232: „aber die“] ‚Vergewaltigung‘ ist furchtbar. Die kleinste Konzession wird man doch als Vergewaltigung verschreien und ablehnen, wenn die Gegner sich auf diese Resolution berufen. Ich kann Ihnen nähere Mitteilungen nicht machen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß ich vielleicht schon in kürzester Zeit ‚verhandeln‘ kann.‘ ‚Man fühlt in weitem Bogen‘, — dabei machte er mit dem rechten Arm eine weit ausholende Geste — ‚mehr kann ich nicht sagen. Aber das weiß ich, daß mir dann diese Resolution sehr unbequem ist.‘ — Ich suchte ihn wieder zu beruhigen und für die Resolution zu gewinnen. — Er: ‚Ich war der Meinung, daß Sie und die Oberste Heeresleitung über die Resolution vollkommen einig seien. Hätte ich gewußt, daß das nicht der Fall ist, so würde ich mich sehr besonnen haben, bevor ich das Amt annahm.‘ — Ich: ‚Ja, wenn Sie annahmen, daß die Oberste Heeresleitung und wir vollkommen einig seien und Sie nahmen das Amt an, dann ist doch daraus zu schließen, daß Sie selbst keine Bedenken haben würden, auf den Boden der Resolution zu treten.‘ — Er: ‚Ich habe sie ja gar nicht gekannt. Überhaupt bin ich leider nicht so im Bilde wie Sie und die übrigen Herren. Ich bin doch infolge der vielen Arbeit bisher eigentlich nur als Zeitgenosse neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen.‘ — [„Glocke“ S. 233 fügt hier in Klammern ein: „Sehr schön gesagt! Später hat er die Äußerung im größeren Kreise wiederholt, was mir lieber war. Wer würde mir geglaubt haben, wenn ich über die Äußerung berichtet hätte!“] Er zu mir: ‚Jedenfalls ist es verständig, daß wir uns noch besprechen, bevor ich rede.‘ — Ich: ‚Es ist mir lieb, daß Sie mir das sagen, sonst hätte ich Sie darum gebeten. Mit Ihrem Herrn Vorgänger habe ich mich bei wichtigen Ereignissen wiederholt ausgesprochen, bevor wir redeten.‘ — Er: ‚Nun ja, das halte ich auch für nötig.‘ —

<sup>4)</sup> Von „da“ ab im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift in der Handschrift Haußmanns; hinter „und“ gestrichen: „uninteressant ist“.

<sup>5)</sup> „und Kinn“ und „etwas“ (statt gestrichen: „viel“) im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift eingefügt.

Ich erzähle Hindenburg von Stegemanns zweitem Band<sup>6)</sup> — er unterbricht mich: „Stegemann schreibt ja fabelhaft schön“ —, er habe mir vor wenigen Tagen gesagt, der zweite Band werde zu seiner eigenen Überraschung militärisch interessanter als der erste, und das Schönste sei der gescheiterte erste Angriff Hindenburgs auf Warschau und der strategische Rückzug<sup>7)</sup>, „das sei die militärisch größte und genialste Leistung der Kriegsgeschichte aller Zeiten und aller Völker“.<sup>8)</sup> „Das freut mich, daß Stegemann diesen Teil des Feldzuges hervorhebt. Ich habe erst letzter Tage mit dem General<sup>9)</sup> wieder besprochen, daß wir diesen Warschauer Abschnitt für ganz besonders wichtig halten und stolz darauf sind; denn wir hatten hier seitens des Gegners einen genialen Plan zu kreuzen. Dieser Nikolajewitsch<sup>10)</sup> ist schon ein sehr hervorragender Führer gewesen und bei einem solchen Gegner und unter den herrschenden Umständen das Heer aus der Umschlingung zurückzuführen, ohne einen Mann und eine Kanone einzubüßen, das war etwas.“

Es wurden Imbiß und Bowle geboten, die Gruppen waren alle zusammengekommen und Helfferich lud ein zu sitzen. Wir setzten uns auf die weißen Gartenbänke unter einer Linde um einen Tisch in weitem Kreis<sup>11)</sup>: Hindenburg, Michaelis, Haußmann, Ludendorff, Gothein, Fischbeck, David, Südekum, Payer, Erzberger, Helfferich.<sup>12)</sup>

Der Reichskanzler benutzte eine Pause und richtete das Wort an uns<sup>13)</sup>: Er sei erst wenige Stunden Reichskanzler, er könne zu den politischen Hauptproblemen noch nicht sofort bindend Stellung nehmen. „Ich bin bisher als gewöhnlicher Zeitgenosse neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen und habe mich nur wie ein Zeitungsleser auf dem Laufenden zu halten gesucht.“<sup>14)</sup><sup>15)</sup> Die Fragen,

<sup>6)</sup> Hermann Stegemann, „Geschichte des Krieges“, Bd. I—IV, Stuttgart und Berlin 1917—21; das Vorwort des 2. Bandes ist vom 2. 10. 1917 datiert.

<sup>7)</sup> Im Oktober 1914.

<sup>8)</sup> So im maschinenschriftlichen Tagebuchmanuskript; bei Haußmann S. 130 stattdessen: „das sei eine der militärisch größten und genialsten Leistungen der Kriegsgeschichte.“

<sup>9)</sup> Ludendorff.

<sup>10)</sup> Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, russischer Oberbefehlshaber bis 5. 9. 1915.

<sup>11)</sup> Vgl. auch Scheidemann, Zusammenbruch S. 100 und Payer S. 39 f. Payer bezeichnet die Stimmung als ursprünglich „allseits schon wegen der am Abend zuvor vorzeitig erfolgten Veröffentlichung der Friedensresolution und wegen der Vorkommnisse bei Bethmann Hollwegs Beseitigung fühlbar zurückhaltend, ja frostig“. Als man sich um den Tisch versammelt habe, „entspann sich allmählich eine politische Unterhaltung . . .“

<sup>12)</sup> Die Fußnote bei Haußmann S. 131: „Der Name Scheidemanns ist hier aus Versehen nicht genannt“, fehlt im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript. Im handschriftl. Tagebuchmanuskript hatte Haußmann die parlamentarischen Teilnehmer — unter Berücksichtigung Scheidemanns — ursprünglich am Anfang der Niederschrift über die Sitzung aufgeführt, dann jedoch wieder gestrichen.

<sup>13)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 100: „Den Vorwärts in der Hand, begann Michaelis zu reden.“

<sup>14)</sup> Anführungszeichen hinter „gesucht“ ergänzt nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript.

<sup>15)</sup> Vgl. Anm. 3; ferner Payer S. 40: Michaelis „hatte, was sich natürlich schnell herumredete, bereits Scheidemann persönlich das Geständnis abgelegt, er sei bisher nur als Zeitgenosse neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen, und sprach sich jetzt auch im größeren Kreise in ähnlichem Sinne aus.“

die Ihre Resolution aufwirft, werde ich selbstverständlich genau prüfen und zu demselben verantwortliche Stellung nehmen, heute kann und will ich das noch nicht. Ich will nur an dieser Besprechung zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien und den Herren der Obersten Heeresleitung teilnehmen. Ich glaubte, ehe ich hierher kam, daß keine Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Teilen mehr bestehe, denn es ist mir vor Übernahme meines Amtes gesagt worden, die Oberste Heeresleitung und die Vertreter der Mehrheitsparteien seien in der Sache der Resolution, die ich noch nicht gelesen hatte, einig geworden. Nun sehe ich, daß das nicht zutrifft. Wenn ein Gegensatz entstände und daraus politische Schwierigkeiten, die ich nicht beheben könnte, so wäre die Konsequenz, daß ich nach sechstägiger Kanzlerschaft vor der Donnerstagsitzung des Reichstags, in der ich sprechen soll, zu Seiner Majestät gehen und um Enthebung vom Amte bitten müßte.<sup>16)</sup> Ich meine nun aber, daß die Resolution [*den Unterhändlern Deutschlands auf der dereinstigen Friedenskonferenz einen zu engen Spielraum gewährt u. daß deshalb die Stelle über „erzwungene Gebietserwerbungen u. Vergewaltigung“ besser weggelassen würde, obwohl auch ich der Ansicht bin, daß ein Friede der Versöhnung und nicht der Annexionen im Interesse Deutschlands gelegen ist.*]<sup>17)</sup> deshalb nicht eingebracht werden müßte, weil auch ich mich dahin aussprechen werde<sup>18)</sup>, daß wir keinen Eroberungskrieg, sondern einen Verteidigungskrieg führen, nicht Annexionen, sondern eine Versöhnung anstreben. Durch eine solche Regierungserklärung könnte im ganzen Reichstag und gerade auch mit den Parteien, die Sie vertreten, eine einheitliche Linie hergestellt werden, was im Interesse Deutschlands geboten erscheint.<sup>19)</sup><sup>20)</sup>

**David**<sup>21)</sup> erwidert, und zwar in ausgezeichnet klarer und knapper Form. Er führte die Gründe auf, die es allerdings im Interesse Deutschlands notwendig erscheinen lassen, daß Reichsregierung und Mehrheit sich vollständig einigen auf ein Programm, das den Frieden näher bringe, indem es den Entstellungen der Absichten Deutschlands den Boden entziehe. Dieses Programm, vom Reichstag aufgestellt und von der Regierung gebilligt, werde seinen Eindruck nicht verfehlen, einmal

<sup>16)</sup> Vgl. Erzberger S. 264f.: „... der neue Reichskanzler [teilte] zu unserer Überraschung mit, daß er bei Annahme des Amtes von einem ganz falschen Standpunkt ausgegangen sei; er habe gemeint, daß zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichstagsmehrheit vollkommene Übereinstimmung bestehe; das sei zu seinem lebhaften Erstaunen nicht der Fall; daraus entstünden neue Schwierigkeiten.“

<sup>17)</sup> Im handschriftl. Tagebuchmanuskript gestrichen.

<sup>18)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript leicht mit Bleistift unterstrichen, bei Haußmann S. 131 gesperrt.

<sup>19)</sup> Bei Haußmann S. 131 nach „erscheint“ Anführungszeichen, die jedoch im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript fehlen. S. auch Anm. 14.

<sup>20)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 100: Michaelis „wiederholte alles, was er zu mir schon gesagt hatte. Neu: Ob es nicht möglich sei, von der Abstimmung über die Resolution abzusehen, wenn seine Rede uns und Hindenburg befriedige.“

<sup>21)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 100: „Wir fielen sofort über ihn [Michaelis] her: Erzberger, David und ich. Davon könne keine Rede sein. Wenn wir die Resolution jetzt nicht einbrächten, würden die unabhängigen Sozialisten sie einbringen, wahrscheinlich etwas verändert, aber immerhin so, daß wir dafür stimmen müßten.“ S. dazu die von den Unabhängigen am 19. 7. 1917 eingebrachte Resolution, Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 321 S. 1757, Drucksache Nr. 950.

auf das deutsche Volk, dem wir die stärksten Entbehrungen auferlegen müssen und dem wir deshalb beweisen sollten, daß wir uns von utopischen und annexionistischen Plänen offen<sup>22)</sup> lossagen, dann auf die Neutralen, deren Stimmung ein furchtbares Gewicht in der schwankenden Waagschale des Friedens bilde, und endlich bei den breiten Volksschichten der feindlichen Länder, die mit ihrem latenten Friedensbedürfnis so lange keinen einheitlichen Druck auf die Regierung ausüben, als nicht unzweideutig die Eroberungsabsicht der Alldeutschen dementiert sei.<sup>23)</sup> Nicht eine Einigkeit des ganzen Reichstags auf eine verschwommene, wohlmeinende und vieldeutige Formel bringe uns vorwärts, sondern eine klare eindeutige EntschlieÙung, wie sie jetzt vorliege, die offen den Gedanken der Thronrede, daß wir keinen Eroberungskrieg führen, sondern nur das Vaterland verteidigen wollen, dies aber bis aufs Äußerste, so klar zum Ausdruck bringe, daß die Gegner dieser Auffassung isoliert werden. Gerade die Initiative der Mehrheitsparteien erleichtere der Regierung, auf diesen Boden zu treten und werde größeres Zutrauen erwecken.

**Erzberger**<sup>21)</sup> erklärt, die Resolution müsse eingebracht und angenommen werden. Nur dann, wenn die Regierung und der Reichskanzler in seiner Rede die Formel *selbst*<sup>24)</sup> aussprechen wollte, könnte vielleicht die Einbringung unterbleiben und ein Vertrauensvotum der Reichstagsmehrheit in Anlehnung an jenen Passus an die Stelle treten.<sup>25)</sup>

**Payer** spricht sich gleichfalls für die Resolution aus, will aber die Auffassung des Reichskanzlers zu dem Vorschlag Erzbergers hören.<sup>25)</sup>

Nachdem **Scheidemann**<sup>21)</sup> die Anregung Erzbergers abgelehnt und **Helfferich**<sup>25)</sup>

<sup>22)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript leicht mit Bleistift unterstrichen, bei Haußmann S. 132 gesperrt.

<sup>23)</sup> Vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 364: „Bei der Zusammenkunft war uns äußerst bemerkenswert, daß die Notwendigkeit der Friedensresolution von den Mehrheitsparteien mit der inneren Stimmung begründet wurde. Nur so könne die Masse zum weiteren Durchhalten befähigt werden, falls der erwünschte Friede nicht käme. Das war ein trübes Stimmungsbild und noch erheblich schlechter, als ich erwartet hatte. Gleichzeitig drang die Hoffnung auf einen feindlichen Zusammenbruch durch. Die russischen Sozialisten wollten die übrigen Ententestaaten zur Verzichtleistung zwingen. Im übrigen kam Neues nicht zur Erörterung.“

<sup>24)</sup> Ergänzt nach dem handschriftl. Tagebuchmanuskript, wahrscheinlich bei der Schreibmaschinenabschrift versehentlich ausgelassen.

<sup>25)</sup> Vgl. Helfferich S. 454: „Die Besprechung fand in zwangloser Form bei mir im Garten des Reichsamts des Innern statt. Ich suchte die Sache so zu führen, daß die Parteien im Falle einer sie befriedigenden Erklärung des Kanzlers auf die verschiedenen Resolutionen — es lag auch eine der Konservativen und der Nationalliberalen vor — verzichteten. Es schien einen Augenblick lang, als ob ich damit Erfolg haben sollte. Herr von Payer, der als Vertrauensmann des Mehrheitsblockes durch die vorzeitige Veröffentlichung der Resolution sich in einer sehr schiefen Position fühlte — die Veröffentlichung war übrigens ohne sein Wissen geschehen —, suchte offensichtlich einen anständigen Ausweg; sogar Herr Erzberger schien für einen Augenblick schwankend zu werden und es für einen gangbaren Weg zu halten, nach der Rede des Kanzlers — Verständigung über diese vorausgesetzt — über alle vorliegenden Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen. Aber die Sozialdemokraten blieben steif. Schließlich erklärte Herr Michaelis, er sehe ein, daß kaum mehr etwas zu machen sei, und er glaube sich mit der Resolution abfinden zu können.“

— ohne sich festzulegen und ohne Stellung zu nehmen<sup>26)</sup> — Bedenken gegen die Resolution im jetzigen Zeitpunkt als rationes dubitandi geltend gemacht hatte, führte Generalfeldmarschall **Hindenburg** aus: Er wolle die Besorgnisse der Heeresverwaltung aussprechen, dies sei der einzige Grund seines Erscheinens und die Ursache, warum er im gegenwärtigen Zeitpunkt geglaubt habe, sich „einmischen“ zu dürfen. Drei Gründe seien für seine Haltung maßgebend, die er kurz und offen hervorhebe:<sup>27)</sup> 1. Die Unterhändler haben auf der Friedenskonferenz zu wenig Spielraum und gebundene Marschroute, wenn man den Satz gegen die „erzwungenen Gebietsabtretungen“ und „Vergewaltigungen“<sup>28)</sup> stehen lasse. 2. Der Satz verhindere die Erzwingung von Gebietserweiterungen und die „strategischen Sicherungen durch Grenzverrückung“ und entziehe uns damit einen Schutz gegen einen neuen Krieg oder einen Vorteil in dem neuen Kriege. 3. Es werde bei einem Teil des Offizierskorps die unentbehrliche Kampfesenergie nachlassen, wenn man ihnen sage, daß auf den Vorteil von Eroberungen im voraus verzichtet sei, und damit schädige man den Geist des Offizierskorps. Auch nachdem er die Gründe der Herren Abgeordneten angehört und erwogen habe, meine er, es solle zum mindesten jener Satz, der auf zwangsweise Gebietserweiterung verzichte, aus der Resolution wegbleiben.<sup>29)</sup>

**Dr. Michaelis** erwidert: Die Reichsregierung könne, auch abgesehen von den Einwendungen der Heeresleitung, deren Urteil sie aber<sup>30)</sup> ein großes Gewicht beilegen müsse, den Inhalt der Resolution sich nicht formell aneignen und aus eigener Initiative vorbringen und damit in den Verdacht kommen, sie suche ein

<sup>26)</sup> Die in Gedankenstriche eingeschlossene Bemerkung im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift in der Handschrift Haußmanns.

<sup>27)</sup> Dieser Satz ist im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift von Haußmann eingefügt. Auch die folgenden Ausführungen sind stark von Haußmann (ebenfalls mit Bleistift, eine stilistische Veränderung mit Tinte) redigiert; vor der Redigierung lautete der Text folgendermaßen: „Einmal haben die Unterhändler auf der Friedenskonferenz zu wenig Spielraum und gebundene Marschroute, wenn man den Satz von den ‚erzwungenen Gebietsabtretungen‘ und ‚Vergewaltigung‘ stehen lasse. Zum zweiten verhindere der Satz die strategischen Sicherungen durch Grenzverrückung und entziehe uns damit einen Schutz gegen einen neuen Krieg oder einen Vorteil in diesem neuen Krieg. Zum dritten aber werde bei einem Teil des Offizierskorps die unentbehrliche Kampfesenergie nachlassen, wenn man ihnen sage, daß auf den Vorteil von Eroberungen zum Voraus verzichtet sei, und damit schädige man den Geist des Offizierskorps. Auch nachdem er die Gründe der Herr[e]n angehört und erwogen, meine er, es solle zum mindesten jener Satz aus der Resolution wegbleiben.“ Haußmann S. 133 folgt dem redigierten Schreibmaschinenmanuskript bis auf zwei unwesentliche Abweichungen (unter 2. fällt ein unnötig wiederholtes „verhindere“ weg und wird aus dem „Krieg“ des Manuskripts „Kriege“).

<sup>28)</sup> Berichtigt nach dem handschriftl. Tagebuchmanuskript. Maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript und „Schlaglichter“ statt dessen „Vergewaltigung“. S. auch vorige Anm.

<sup>29)</sup> Vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 364: „Der Generalfeldmarschall sprach sich nochmals als ältester Vertreter der Obersten Heeresleitung gegen die Resolution aus“. Scheidemann, Zusammenbruch S. 100: „Hindenburg: ‚Wenn sie nur ein bißchen fester wäre; sie ist mir, nehmen Sie mir das nicht übel, zu weich. Können Sie denn das mit der Vergewaltigung nicht herauslassen? Das wird im Heere nicht gut wirken.‘“ Dazu vgl. auch Haußmanns Darstellung in seinem Schreiben vom 5. 8. 1919 an Ludendorff, in: „Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit“, hrsg. von seinen Freunden, Frankfurt a. M. 1923, S. 102.

<sup>30)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript statt „aber“ zuerst: „übrigens“. — Eigenhändig von Haußmann geändert.

Vertrauensvotum des Reichstags zu erlangen.<sup>31)</sup> Er müsse überhaupt die Resolution im einzelnen prüfen, in jeder Wendung seien besondere Überlegungen ausgedrückt, an welchen die Herren tagelang gearbeitet haben, er müsse diese Erwägungen nachprüfen.

**Haußmann:** Der Herr Reichskanzler lege der redaktionellen Fassung ein zu großes Gewicht bei. Diese könne geändert werden. Das Wesentliche aber sei die Ablehnung von Eroberungsabsichten. Um ein offenes Einschlagen in die von der Volksvertretung gebotene Hand, um ein offenes Bekenntnis zu dieser Politik, einer klugen, maßvollen und rechtzeitigen Friedensannäherung, handle es sich.<sup>32)</sup> Zu diesem Hauptpunkt habe der Reichskanzler, unabhängig von der Resolution des Reichstags, bei Annahme seines Amtes innerlich Stellung nehmen müssen. Er habe ja auch tatsächlich Stellung genommen gegen Eroberung und für Versöhnung und sich nur unentschieden in der Verwirklichung und Betätigung dieser Politik erklärt.<sup>33)</sup>

Höchst willkommen sei an dieser Aussprache die zutage getretene allseitige<sup>34)</sup> Übereinstimmung in der materiellen<sup>34)</sup> Frage, daß Deutschland innerlich bereit sei, heute einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen abzuschließen. Das sei auch der Standpunkt des Generalfeldmarschalls soeben gewesen, nur darüber, ob es opportun sei, das im voraus jetzt auszusprechen, diese Politik offen zur Richtschnur zu nehmen<sup>35)</sup>, gehen die Meinungen jetzt auseinander. (Hindenburg nickt zustimmend.)<sup>36)</sup> Über<sup>37)</sup> die taktische Seite haben wir die Gründe der Obersten Heeresleitung mit höchstem Interesse angehört. Von militärischer Art sei nur der zweite und dritte Grund oder eigentlich nur der letzte Grund.

Wenn ein Teil<sup>34)</sup> der Offiziere<sup>34)</sup>, wie uns von der *zuständigsten*<sup>38)</sup> Stelle verbürgt werde, in ihrem Kriegselan<sup>34)</sup> von dem Verlangen nach Eroberung und der Vorstellung fremden Landerwerbs abhängig sei, so sei doch in der Begründung selbst das Anerkenntnis enthalten, daß dies nur bei einem Teil des Offizierskorps zutreffe, der andere Teil der deutschen Offiziere entnehme die Ausdauer und die

<sup>31)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript ursprünglich: „ . . . nicht formell aneignen, aus eigener Initiative vorbringen und dann ein Zutrauensvotum des Reichstags zu erlangen suchen.“ — Von Haußmann eigenhändig mit Bleistift geändert.

<sup>32)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript zunächst: „Um die offene Einschlagung, um ein offenes Bekenntnis zu dieser Politik handle es sich.“ — Mit Bleistift von Haußmann geändert und erweitert.

<sup>33)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript zunächst: „Er habe auch Stellung genommen gegen Eroberung und für Versöhnung.“ — Mit Bleistift von Haußmann geändert und erweitert.

<sup>34)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift unterstrichen, bei Haußmann S. 134 gesperrt.

<sup>35)</sup> Von „diese“ bis „zu nehmen“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift eingefügt.

<sup>36)</sup> Im handschriftl. und zunächst auch im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript: „nickt zusammen“. — Mit Kopierstift von Haußmann berichtigt.

<sup>37)</sup> Dieser und der folgende Satz wegen der ungeschickten Erstformulierungen im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript stark von Haußmann mit Bleistift redigiert.

<sup>38)</sup> Bei Haußmann S. 134: „zuständigen“; jedoch sowohl im handschriftl. als auch im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript: „zuständigsten“.

Kraft zu seinen außerordentlichen Leistungen dem Gedanken an die Vaterlandsverteidigung und würde durch den Gedanken, daß über diese hinaus Eroberungen gemacht werden sollen, im Opfermut nicht gestärkt, sondern eher geschwächt.<sup>39)</sup> Dasselbe gelte noch viel mehr für die Mannschaft in ihrer übergroßen Mehrheit. Also komme, auch vom streng militärischen Standpunkt<sup>40)</sup> aus, jenem moralischen<sup>41)</sup> Grund wegen der in ihm enthaltenen Gegen Gründe für sich allein ausschlaggebende Bedeutung<sup>42)</sup> nicht zu.

Die Sicherung des Grenzschutzes falle, soweit es sich um rein<sup>43)</sup> örtliche Verschiebungen ohne Länderannexion handele, an sich nicht unter den Gedanken der Resolution; gerade hier soll dem Verständigungsversuch der Unterhändler Spielraum gelassen werden. Ob nicht die moderne Technik Grenzschutzmöglichkeiten geschaffen habe, die den Vorteil eines Landstreifens ganz oder teilweise ausgleichen, müssen andere untersuchen. Sicher<sup>44)</sup> aber sei, daß, wenn man wegen des Wunsches, für den nächsten Krieg bessere Bedingungen zu schaffen, den jetzigen Erschöpfungskrieg hinausrücke und zu keinem rechtzeitigen Friedensbeginn komme, die Rechnung falsch sei.

Der erstangeführte Grund des Generalfeldmarschalls aber, man solle die Unterhändler Deutschlands ohne gebundene Marschroute zur dereinstigen Konferenz lassen, sei nicht militärisch, sondern politisch<sup>45)</sup> und rechtsgeschäftlich, also jedem Anwalt und Geschäftsmann gegenwärtig. Wenn man aber wegen abschreckend hoher Forderungen den Gegner gar nicht an den Vergleichstisch heranbringe und dann den zweifelhaften Prozeß in letzter Instanz verliere, dann sei man kein<sup>45)</sup> erfolgreicher Anwalt.

Der angeführte Grund<sup>46)</sup> habe für die Abgeordneten<sup>47)</sup> um so größeres Gewicht, als wir uns in der Reichstagsmehrheit drei<sup>48)</sup> Jahre lang von ihm haben leiten lassen. Nach drei Kriegsjahren aber seien die drei Parteien selbständig und ein

<sup>39)</sup> „dem Verlangen nach Eroberung und“, „Begründung“ (statt ursprünglich: „Mitteilung“) und „die Ausdauer u[nd]“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift eingefügt.

<sup>40)</sup> „vom streng militärischen Standpunkt“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift unterstrichen.

<sup>41)</sup> „moralischen“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift eingefügt.

<sup>42)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript gestrichen: „wohl“.

<sup>43)</sup> „rein“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift eingefügt.

<sup>44)</sup> Dieser Satz im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift von Haußmann am Rande der Seite eingefügt.

<sup>45)</sup> Der Schluß des Absatzes ist im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift von Haußmann eingefügt; „kein“ fehlt im Manuskript, wurde jedoch bei Haußmann S. 135 sinngemäß ergänzt.

<sup>46)</sup> Statt „Der angeführte Grund“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript: „er“; dieses „er“ schloß sich ursprünglich direkt an „politisch“ (vgl. vorige Anm.) an: „... nicht militärisch, sondern politisch, er habe ...“

<sup>47)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript an Stelle von „die Abgeordneten“ zunächst: „uns“. — Von Haußmann mit Bleistift berichtet.

<sup>48)</sup> „drei“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift eingefügt.

Teil von ihnen viel früher zu der Überzeugung gekommen<sup>49)</sup>, daß die bisherige Taktik, „aus Taktik“<sup>50)</sup> die eigenen wahren<sup>51)</sup> Absichten nicht auszusprechen<sup>52)</sup> und über sie Inland und Ausland in einem verwirrenden Dunkel zu lassen, im Reichsinteresse wegen der steigenden Verantwortlichkeit nicht fortgesetzt werden soll.<sup>53)</sup> Mit diesem Schritt des Reichstags werde, genau betrachtet, der Reichsregierung eine höchst willkommene Vollmacht für den künftigen Friedensschluß und auch der Obersten Heeresleitung mittelbar ein Riesendienst<sup>54)</sup> geleistet. Für uns Laien wenigstens liege für das vierte Kriegsjahr die Sache so:

Es ist nicht sicher, ob der Feldzug mit einem militärischen Sieg durch Offensive im Westen zum Abschluß gebracht werden kann. Wir Laien glauben zu beobachten, daß die Aufrechterhaltung der siegreichen Defensivkraft das Hauptaugenmerk der Obersten Heeresleitung ist und sein muß. Das heißt, die Offensive ist auch dort möglich, aber die Opfer an Mannschaft und Munition wären so groß, daß die siegreiche Defensivkraft dadurch in bedenklicher Weise<sup>55)</sup> gefährdet werden könnte, ganz abgesehen von der Frage, ob die Erweiterung des Okkupationsgebietes ohne Einnahme des feindlichen Zentralpunktes das Kriegsende bedeuten würde. Bei dieser militärischen Lage muß es der Obersten Heeresleitung selber im höchsten Grade erwünscht sein, wenn die Politik nach den Riesenleistungen des Heeres zur Friedensbeschleunigung auch etwas beiträgt. Dies kann, wie die Dinge liegen, nur durch Lockerung der Kriegsstimmung in den Ententeländern und Stärkung ihrer kriegsmüden Bevölkerungsteile oder ihrer vernünftigen Politiker geschehen.<sup>23)</sup>

Wir sind hierhergekommen mit dem Wunsche, in unserer Überzeugung durch den Generalfeldmarschall Hindenburg<sup>56)</sup> erschüttert zu werden. Das ist nicht eingetreten.

Die<sup>57)</sup> drei Gründe seien für die Politik des militärischen Weitermachens ohne politischen Friedensversuch, der, wenn er geschickt und einheitlich gemacht werde, Aussichten biete und wenn er mißlinge, die Stimmung in Deutschland einiger und die im Ausland uneiniger mache, nicht durchschlagend. Durchschlagend aber sei nach der Meinung der Abgeordneten der Gegengrund: Wir

<sup>49)</sup> „aber“ und „ein Teil von ihnen viel früher“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift eingefügt.

<sup>50)</sup> Anführungszeichen im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift ergänzt.

<sup>51)</sup> „wahren“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift ergänzt.

<sup>52)</sup> Der folgende Teil des Satzes, bis einschließlich „zu lassen“, im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift eingefügt.

<sup>53)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript ursprünglich: „sollte“; mit Bleistift korrigiert.

<sup>54)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript statt „Riesendienst“ ursprünglich: „Dienst“. — Mit Bleistift von Haußmann geändert.

<sup>55)</sup> „in bedenklicher Weise“ von Haußmann im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Blei- und Tintenstift eingefügt.

<sup>56)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript: „durch . . . Hindenburg“ mit Bleistift von Haußmann ergänzt.

<sup>57)</sup> Der ganze Absatz im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von Haußmann mit Bleistift am Rande der Seite eingefügt. Die Sperrung entspricht der Unterstreichung im Or. (bei Haußmann S. 136 nur „Weitermachens ohne“ gesperrt).

müssen Friedensverhandlungen einleiten, solange wir militärisch stark, noch ein Jahr lang militärisch stark sind. Denn die Verhandlungen werden lange hingezogen, und wer vor ihrem Abschluß nicht mehr militärisch stark sei, der sei verloren. Jetzt seien wir noch militärisch stark, aber höchstens noch ein Jahr. Deshalb sei jetzt der Zeitpunkt zum Handeln für den politischen Leiter und das Parlament, zur Entlastung des Heeres.

Für den Schritt der Reichstagsmehrheit spreche noch ein weiterer wichtiger Grund<sup>58)</sup>, den der Abg. Erzberger neulich im Hauptausschuß<sup>59)</sup> besonders hervorgehoben hat: wir müssen damit rechnen, daß Österreich-Ungarn am 1. August den U-Bootwechsel präsentiert und die Reichsregierung drängt.<sup>60)</sup> Österreich-Ungarn sei kein Jahr mehr stark, Türkei und Bulgarien auch nicht, und wenn sie erschöpft seien, seien auch wir geliefert. Denn nicht der stärkste, sondern der schwächste Bundesgenosse bestimme die Dauer des Erschöpfungskrieges. Es bedeute eine Entlastung für Deutschland, wenn es Österreich auf die im Juli von der Mehrheit des Reichstags eingeschlagene und von ihr angenommene Politik als Antwort hinweisen könne.

**Gothein und Fischbeck** wiesen kurz auf die Haltung von Bulgarien und Österreich-Ungarn hin, worauf General **Ludendorff** ganz kurz aussprach, er habe von Generalfeldmarschall **Arz**<sup>61)</sup> und bulgarischen Heerführern völlig beruhigende Erklärungen über ihr Ausharren erhalten. **Hindenburg** erwiderte nicht [*u. man war nicht gewiß, ob dies eine Zustimmung oder Ablehnung bedeute*].<sup>62)</sup>

Man sprach von dem Tag, an welchem der Reichskanzler reden solle; **Südekum** erklärte den bisherigen Plan, zuerst das Reedereigesetz<sup>63)</sup> und dann erst die politische Debatte zu bringen, für unmöglich. Man verständigte sich auf Donnerstag<sup>64)</sup> und der Reichskanzler erklärte, er werde die Gründe, die er gehört habe, nochmals nachprüfen, er habe den Eindruck, daß ihn von der Mehrheit keine wesentlichen Punkte trennen, wenngleich er die Fassung seiner Zustimmung sich vorbehalten müsse.<sup>65)</sup>

<sup>58)</sup> Im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript „spreche“ mit Bleistift aus „spricht“ berichtet, „weiterer wichtiger“ eigenhändig eingefügt.

<sup>59)</sup> Vgl. HA 166. Sitzung, 6. 7. 1917.

<sup>60)</sup> Der folgende Satz im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript mit Bleistift von **Haußmann** eingefügt.

<sup>61)</sup> Arthur Frhr. **Arz** von **Straussenburg**, österr.-ungar. Generaloberst und seit 2. 3. 1917 Chef des Generalstabes.

<sup>62)</sup> Ab „Hindenburg“ im maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript von **Haußmann** mit Bleistift ergänzt und von „u. man“ ab wieder gestrichen.

<sup>63)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3566.

<sup>64)</sup> 19. 7. 17. S. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3570 ff.

<sup>65)</sup> Für den Fortgang der Debatte vgl. auch die Darstellung **Scheidemanns**, Zusammenbruch S. 100 f.: „Lange, lange Debatte, ohne daß Neues zutage gefördert worden wäre. — **Michaelis** schließlich, der Zeitgenosse: Er wolle eine Rede ausarbeiten und sich mit **Hindenburg** telephonisch zu verständigen suchen. ‚Dann will ich mit einem oder zwei Herren — ich habe zuerst an Herrn **Scheidemann** gedacht — diese Rede durchsprechen. Ich werde es hoffentlich fertigbringen, so zu reden, daß ich Sie zufriedenstelle, ohne wörtlich zu sagen, was in der Resolution steht. So kann vielleicht alles zum guten Ende geführt werden.‘ — **David** hakte sofort ein: Keine Zweideutigkeit, daran ist das vorige System gescheitert. — **Erzberger**: Ja,

Die Einzelunterhaltungen begannen. Ich sagte dem neben mir sitzenden General Ludendorff, daß ich Hindenburg von Stegemanns zweitem Band habe berichten können und auch ihm Mitteilung machen könnte, die ich von Stegemann vor 14 Tagen mündlich erhalten habe. Er interessierte sich dafür und<sup>66)</sup> bat mich, am andern Morgen um einhalb zehn Uhr zu ihm zu kommen.<sup>67)</sup>

Man erhob sich und trennte sich mit Handschlag in der Ansicht, eine materiell vollständige und nur vielleicht formell noch bedingte Übereinstimmung zwischen dem neuen Kanzler, Hindenburg und Ludendorff<sup>68)</sup> und der Reichstagsmehrheit erzielt zu haben.

nicht verkrachen lassen, denn wenn die Sozialdemokraten die Kredite ablehnen, dann ist es vorbei. — Alle schauten nach Hindenburg und Ludendorff. Hindenburg murmelte mit einem Blick auf Erzberger leise, aber doch so, daß es alle verstanden haben; „Das können sie doch nicht, sie können doch nicht das Vaterland im Stich lassen.“ — Michaelis verspricht, die beiden Herren am Dienstag zu sich zu bitten. — Im Aufstehen: Allgemeines Einverständnis, daß nun die Resolution durch Wolff veröffentlicht werden soll.“ Vgl. ferner Erzberger S. 265: „Sämtliche Parteivertreter ließen dem Reichskanzler darüber keinen Zweifel aufkommen, daß irgendeine Abweichung von dem Inhalt der Resolution einen neuen Konflikt schaffen müsse; denn die Mehrheit sei entschlossen, an ihrem Standpunkt unter allen Umständen festzuhalten, worauf der Reichskanzler sich bereit erklärte, bis Mitte der nächsten Woche den Parteivertretern jenen Teil seiner Rede, der sich auf die Kriegsziele erstreckte, zu unterbreiten. Die Parteivertreter erklärten übereinstimmend, daß, wenn Konservative und Alldeutsche der Rede des Reichskanzlers offensichtlich im Reichstag zustimmen würden, dies große politische Konsequenzen nach sich ziehen müßte; jetzt müsse unter allen Umständen Klarheit geschaffen werden; denn das bisherige System sei an der Unklarheit über die Friedensziele und an dem steten Schwanken zugrunde gegangen. Der Reichskanzler stimmte dem bei mit der Erklärung, daß er sein Amt in steter Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung führen wolle. Großes Vertrauen brachte niemand dem neuen Mann entgegen.“ Dazu die „Aufzeichnung“ vom 15. 7. 1917 im Nachlaß Erzberger 18, die inhaltlich kaum Neues bringt; dort heißt es u. a.: Michaelis „schlägt vor die Resolution der Mehrheit alsbald zu veröffentlichen.“

<sup>66)</sup> Ergänzt nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript; Haußmann S. 137 statt dessen: „... berichten können. Er bat ...“

<sup>67)</sup> S. Nr. 13 Anm. 5.

<sup>68)</sup> Für die Stellungnahme Ludendorffs s. Scheidemann, Zusammenbruch S. 101 f.: Ludendorff habe am Schluß der Sitzung, schon während des allgemeinen Aufbruchs, festgestellt, „daß er nur gegen die Veröffentlichung eingeschritten sei, weil Wahnschaffe es gewünscht habe. — Dann klemmte Ludendorff, der mit mir einen Schritt zur Seite getreten war, das Monokel ins rechte Auge und sagte: ‚In den Schlußsätzen meinte Hindenburg, sei noch eine Zweideutigkeit, die Sie wohl ändern könnten.‘“ Ludendorff habe den „Vorwärts“ vor sich gehabt und sei fortgefahren, die Schlußsätze werde jeder „so deuten, als ob die Oberste Heeresleitung mit ‚dieser Bekundung‘, also der ganzen Resolution, einverstanden sei, das ist aber doch nicht der Fall. Deshalb müssen Sie den Schluß mindestens ändern. Eine kleine Gruppe hatte sich um uns gebildet — neue Verlegenheit. Da kam mir ein rettender Gedanke. Ich schlug vor, einen neuen Absatz mit den Worten: ‚In seiner Einigkeit . . .‘ beginnen zu lassen und dann den folgenden Satz direkt anzuhängen und zu sagen statt ‚in dieser Bekundung‘: ‚Darin‘, dann bezieht sich der Satz nicht mehr auf die ganze Resolution, sondern nur auf die Einigkeit, die uns unüberwindlich macht, und daß wir darin gewiß mit der Obersten Heeresleitung einig sind — Ludendorff lachte nun aus vollem Halse. So hat also die Oberste Heeresleitung sogar aktiv bei der Redaktion der Bekundung mitgearbeitet. — Nach zirka 2½stündiger Besprechung trennten wir uns.“ Hier schließt sich in der „Glocke“ S. 235 folgende, in eckige Klammern gesetzte Bemerkung an, die leicht redaktionell verändert und ohne Datum und Signierung im „Zusammenbruch“ als Fußnote wiederkehrt: „So viel ich weiß, hat bisher kein Mensch den Unterschied zwischen dem Schluß der Resolution in der ‚Vorwärts‘-Veröffentlichung und

Dieser Eindruck wurde vor allem auch dadurch verstärkt, daß Michaelis erklärt hatte, es sei ihm vor Annahme des Amtes mitgeteilt worden, die Oberste Heeresleitung sei mit den Mehrheitsparteien über die Resolution einig geworden. Da er Freitag am späten Abend das Reichskanzleramt annahm, nachdem dreieinhalb Uhr die Entlassung Bethmanns unterzeichnet war und Hindenburg-Ludendorff von fünf Uhr fünfzehn an bis sechs Uhr fünfundvierzig mit Payer-Fischbeck, dann mit Erzberger-Scheidemann konferiert hatten<sup>69)</sup>, von diesen aber keinerlei Mitteilung an Michaelis gelangt war, so mußte von Ludendorff gemeldet worden sein, die Oberste Heeresleitung habe sich mit den Mehrheitsparteien ausgesprochen und verständigt. Da aber alle Mehrheitsvertreter auf dem Standpunkt der Resolution beharrt haben, konnte jene Mitteilung nur heißen, daß Ludendorff die Resolution für annehmbar hielt oder tolerare potest.<sup>70)</sup>

---

der vom Reichstag angenommenen Formulierung gemerkt. 11. 3. 1920. Sch.“ — Von Südekum liegt ein stenographisches Artikelmanuskript vom 27. 3. 1924 unter dem Titel „Der Mann mit dem historischen Recht / Ludendorff“, Nachlaß Südekum 2, vor, in dem es u. a. heißt, es sei „die reine Wahrheit, daß beide Generale, wiederholt vom Kanzler unterstützt, zwar einem gewissen (und nach ihrer bisherigen Haltung namentlich in der belgischen Frage leicht verständlichen) Mißbehagen Ausdruck verliehen, auch die politische Verantwortung abzulehnen beflissen waren, aber beide erklärten, sie könnten sich sehr wohl mit dem Ziel abfinden, wenn der Wortlaut an einigen Stellen geändert werde, wenn, wie der Feldmarschall das ausdrückte, ‚mehr Pfeffer‘ in das Gericht gegeben werde. Dazu herrschte auf der Seite der Reichstagsabgeordneten jede Bereitwilligkeit. Der Wortlaut wurde an einigen Stellen geändert. Ich wurde damit betraut, diese Änderungen schriftlich festzulegen. Als das schon geschehen war, die Herren sich schon erhoben hatten, wünschte General Ludendorff noch die Zerlegung eines Absatzes in zwei Absätze, um den Sinn schärfer und klarer hervortreten zu lassen. Auf dem Tisch im Gartenzimmer des Reichsamts habe ich dann, unter Zustimmung der anderen Beteiligten, nach dem Diktat des Generals auch diese Änderung noch angebracht, ehe ich verabredungsgemäß den Wortlaut persönlich dem Wolffschen Büro überbrachte, wo ihn der diensttuende Abendredakteur in der Urschrift aus meiner Hand entgegennahm.“ Ähnlich spricht sich Südekum auch in dem stenographischen Entwurf eines Briefes an Hauptmann Westphal vom 4. 9. 1918, Nachlaß Südekum 58, aus: „Ich selbst habe mit General Ludendorff dem Text der EntschlieÙung die letzte Form gegeben . . .“ — Offensichtlich falsch ist die Behauptung Ludendorffs, Kriegserinnerungen S. 364, daß er „nur die neben mir sitzenden Herren der Mehrheitsparteien darauf“ hingewiesen habe, „daß in der Resolution jede Bezugnahme auf das Heer fehle. Die Herren nahmen infolgedessen noch einen Satz auf, der dem Heere den Dank des Volkes aussprach.“ — Für die Entstehung dieses Schlußsatzes, der im „Vorwärts“ bereits enthalten war, vgl. Nr. 15 bes. Anm. 10. Der Wortlaut änderte sich hernach bis auf die von Scheidemann geschilderte Ersetzung von „in dieser Bekundung“ durch „darin“ nicht mehr; jedoch wurde, wiederum der Version Scheidemanns entsprechend, der Schlußsatz des vorletzten Absatzes zum Anfangssatz des letzten. Vgl. auch Nr. 25e. — Bemerkenswert ist, daß Ludendorff beim Auseinandergehen Erzberger noch gebeten haben will, „die Friedensresolution zu verhindern.“ Vgl. ferner Gothein S. 168.

<sup>69)</sup> Vgl. Nr. 14 bes. Anm. 16.

<sup>70)</sup> Am folgenden Tage (Sonntag, 15. 7.) fand im Garten des Reichsamts des Innern eine parallele Besprechung Michaelis' und der Heerführer mit Vertretern der Rechtsparteien statt. Vgl. Westarp II S. 468 ff.; Schiffer S. 54 f.; Helfferich S. 454.

## 20.

## 15. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

**20a:** Nachlaß Haußmann 28, eigenhändig mit Tinte.<sup>1)</sup> Überschrift: „Berlin 15. VII. 1917 / Sonntag 10 Uhr / V[erständigungs-] A[usschuß] Besprechung“.

1. Zitierung des Reichskanzler[s]. Ich bin bisher als gewöhnlicher Zeitgenosse neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen u. habe mich nur wie ein Zeitungsleser auf dem laufenden zu halten gesucht.<sup>2)</sup> Zweifel betr. des neuen Reichskanzlers

2. Allgemeine Ansicht, daß Hintze für das Auswärtige ganz ungeeignet ist in „Rußland“<sup>3)</sup>

Haußmann beantragt man solle den Reichskanzler<sup>4)</sup> warnen.

Erzberger will die B.Z. zu einer Äußerung veranlassen.

**20b:** Haußmann S. 139; Nachlaß Haußmann 151, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript.

Zehn Uhr Parteivertreterkonferenz. Austausch der einheitlichen Eindrücke über die Konferenz mit dem neuen Reichskanzler und Hindenburg-Ludendorff. Die ersten Ausführungen des Reichskanzlers „Zeitgenosse“ und „Amtsannahme in der Meinung der Einigung“ werden von Erzberger und andern kommentiert.<sup>2)</sup>

Die Zweifel, ob Michaelis die Aufgabe, die für einen einzelnen zu groß und zu verwickelt sei, durchführen könne, sind allgemein.

Die Debatte wendet sich der Besetzung des Auswärtigen Amtes zu. Der von der alldeutschen Presse empfohlene Hintze wird wegen seiner Diskreditierung bei der gegenwärtigen russischen Regierung als unmöglich erkannt.<sup>3)</sup>

Erzberger will die B.Z.<sup>5)</sup> informieren. Es wird beschlossen, den Reichskanzler durch

<sup>1)</sup> Auf der Rückseite des Or. flüchtige Bleistiftnotiz: „Ludendorff hat nach Freitag[-]Besprechung telephonierte / man sei einig? / Kanzler 1) Schweiz 2) nicht England schwächen / Lob Bülow und Michaelis am 11. 12. in Lokalanzeiger.“

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 19.

<sup>3)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 19. 7. 1917, Bericht Scheidemanns: „Als der Gedanke von der beabsichtigten Berufung Herrn von Hintzes ins Auswärtige Amt bekannt wurde, sind wir uns sofort klar geworden, daß das nicht geschehen dürfe, da seine Haltung während der russ[ischen] Rev[olution] 1905 ihn zum Verhandeln mit der russ[ischen] Reg[ierung] ganz ungeeignet mache.“

<sup>4)</sup> Hinter „Reichskanzler“ ist im Or. „zu“ eingefügt, ohne daß jedoch „man solle“ gestrichen wurde.

<sup>5)</sup> Berichtigt nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151. Bei Haußmann S. 139 statt dessen: „Berliner Zeitungen“. Diese Auflösung stellt in der Sache eine vielleicht mögliche, jedoch keineswegs wahrscheinliche Interpretation dar. — „B. Z.“ ist die übliche Abkürzung für „Berliner Zeitung am Mittag“.

**Haußmann** will auch wegen Polens u. Elsaß[-]Lothringens die Stellungnahme des Kanzlers rechtzeitig beeinflussen.<sup>7)</sup>

### 3. Stellung zu den Nationalliberalen.

**Ebert** beantragt sie nicht beizuziehen. **Erzberger** erklärt: sie haben alles erschwert u. gekreuzt u. sind an Michaelis schuld.

### 4. Im September wieder zusammenkommen

5. Wahlrechtsfrage [A]usschuß<sup>8)</sup> / nicht einberufen / etwaige Anträge im Plenum an den Ausschuß<sup>9)</sup>

den Vorsitzenden Payer über den Wortlaut seiner künftigen Erklärungen zu der Resolution befragen zu lassen, damit wir vor Überraschungen und Vieldeutigkeiten gesichert seien.<sup>6)</sup>

**Haußmann** bittet, daß an einem der kommenden Tage in unserer Konferenz „Polen“ und „Elsaß-Lothringen“ besprochen und darüber mit dem neuen Reichskanzler in bestimmter Weise geredet werde.<sup>7)</sup>

Weiterhin wird die Frage der künftigen Beratungen mit den Nationalliberalen besprochen. **Ebert** beantragt, die Nationalliberalen nicht beizuziehen. **Erzberger** erklärt: „Die Nationalliberalen haben alles gekreuzt und erschwert und sind an Michaelis schuld.“

Es wird beschlossen, von der Beziehung der Nationalliberalen abzusehen.

Ferner wird beschlossen, alle etwa von anderer Seite in der Debatte des Plenums eingebrachten Anträge zur inneren Politik dem Verfassungsausschuß zu überweisen, die Einberufung des Reichstags im September herbeizuführen und die Tagung des Hauptausschusses und des Verfassungsausschusses an einem früheren Zeitpunkt in Aussicht zu nehmen bzw. offen zu lassen.<sup>9)</sup>

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 21 bes. Anm. 3.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 24.

<sup>8)</sup> Im Or. eindeutig: „Wahlrechtsfrausschuß“, in einem Wort geschrieben.

### 20c: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 15. 7. 1917.

10 Uhr: Interfraktionelle Besprechung. — Kandidatur Hintze für das Auswärtige Amt zu bekämpfen. — Direktiven für die Presse, namentlich die liberale, zu schaffen. — Payer soll mit Wahnschaffe sprechen betreffend Donnerstag Verhandlung. Mehrheit entschlossen, fest zu bleiben.

## 21.

## 16. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

**21a:** Nachlaß Haußmann 28, eigenhändig mit Bleistift. Überschrift: „V[erständigungs-] Aussch[uß] 16. Juli 1917“.

**Erzberger:** Resolution einbringen

**Haußmann:** Einbringen u. zwar heute<sup>1)</sup> die Resolution / unterschrieben

- a) Verständigungsausschuß
- b) u. Unterstützung

**Bruhn<sup>2)</sup>** referiert[:] Reichskanzler hat für die Politik der Resolution sich gestellt. Ebenso wie Hindenburg. Er will vom Siegeswollen sprechen.

Bruhn<sup>2)</sup> will gehen

**Payer** } sprechen für sein  
**Scheidemann** } Verbleiben

**Mayer:** warten

**Erzberger:** wir bekommen 10 Stimmen mehr, also warten bis Donnerstag

**Payer:** warten bis Rücksprache mit dem Reichskanzler<sup>3)</sup>

**21b:** Haußmann S. 140; Nachlaß Haußmann 151, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript.

Parteivertreterkonferenz. **Erzberger** beantragt die Resolution entsprechend früherem Beschluß beim Plenum einzubringen und zwar heute.

**Haußmann** stimmt zu, beantragt Unterschrift aller Mitglieder der Konferenz und Unterstützung durch Unterschriften der Fraktionsmitglieder, damit mit Erscheinen die Mehrheit verbürgt sei.

**Mayer-Kaufbeuren** empfiehlt abzuwarten.

**Erzberger:** Wir bekommen zehn Stimmen weniger als Unterstützung, wenn wir telegraphisch anfragen müssen und nicht die Donnerstagsfraktion abwarten.

**Payer** empfiehlt zu warten bis nach seiner Besprechung mit dem Reichskanzler.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> S. Anm. 4

<sup>2)</sup> Im Or. irrtümlich: Bruhns. Gemeint ist jedoch zweifellos der Abg. Wilhelm Bruhn von der Deutschen Fraktion (Deutsche Reformpartei), der nach Scheidemann auch an der Sitzung des Interfrakt. Ausschusses vom 14. 7. 1917 teilgenommen hatte (vgl. Nr. 18 Anm. 2 und 9).

<sup>3)</sup> Die Besprechung Payers mit dem Kanzler fand noch am gleichen Tage statt. Vgl. Haußmann S. 140 f.: „Neun Uhr [abends]. Payer teilt den Inhalt seiner Besprechung mit dem Reichskanzler Michaelis mit, der die einzelnen Wendungen seiner Rede zu der Resolution vorbehaltlich Schlußredigierung mitgeteilt und nochmals angeregt hat, von der Resolution abzusehen. Die ‚Wendungen‘ (cf. 17. 7. 17) sind nicht ungünstig, spielen aber überall mit leichten Differenzierungen. Payer hat den Kanzler aufgefordert, Zentrum und Sozialdemokratie seine Wünsche vor der Konferenz unmittelbar zu sagen. Erzberger und Scheidemann sind auf morgen neun Uhr zu ihm geladen.“ — Die Einschaltung „cf. 17. 7. 17“ deutet darauf hin, daß Haußmann auch über die Verhandlungen vom 17. 7. Aufzeichnungen angefertigt haben muß, die

**Fischbeck:** die Zahl der Unterstützenden wird nur 210

Beschluß heute die Resolution einzubringen<sup>4)</sup><sup>5)</sup>

**Fischbeck:** Die Zahl der Unterstützenden wird zweihundertzehn sein.

Beschluß: heute die Resolution einzubringen mit den Unterschriften der dreizehn Mitglieder der Konferenz, ergänzt durch einen Sozialdemokraten (Molkenbuhr) und den Elsässer Hauß.<sup>4)</sup><sup>5)</sup>

jedoch trotz des Hinweises weder in den Faszikeln 151 (Tagebuchmanuskript) noch 28 (Friedensresolution, in erster Linie handschriftl. Aufzeichnungen) auftauchen. Payer selbst, S. 40 f., berichtet nur sehr allgemein, daß ihn Michaelis nach der Konferenz vom 14. 7. (vgl. Nr. 19), „wie ich vermute, in meiner Eigenschaft als Vorsitzenden des Interfraktionellen Ausschusses, mehrmals zu sich“ gebeten habe, „um sich von mir Bescheid über alle möglichen politischen und parlamentarischen Fragen geben zu lassen, wozu ich natürlich gerne bereit war.“ „Seine Unsicherheit und Unklarheit“ habe Michaelis dazu gezwungen, „wozu er sich auch von sich aus bereit erklärte, die Erklärungen, die er im Plenum abgeben sollte, vorher geradezu zu formulieren, — namentlich die Sozialdemokraten [bezieht sich wahrscheinlich auf Scheidemann, vgl. Nr. 22] waren dabei von einer reizenden Unbefangenheit. So kam es — ein von den konservativen und militärischen Stürzern Bethmann Hollwegs nicht beabsichtigter Effekt —, daß zum ersten Mal, seit das Deutsche Reich bestand, wenn man sich natürlich auch unter der Hand sonst schon mit einzelnen Parteien verständigt haben mag, die Parteien sozusagen offiziell dem Kanzler das Konzept seiner Antrittsrede revidierten.“ Auch die Memoiren Michaelis' (S. 326) sind für die detaillierte Durchleuchtung des historischen Verlaufs unergiebig: Da er sich darüber klar gewesen sei, „daß die Resolution in dieser Form von mir nicht angenommen werden konnte“, habe er sich nach „tagelangen Verhandlungen mit den Parteiführern von rechts [vgl. dazu Westarp II S. 471 f.] und links . . . nur dazu bereit erklärt, meinerseits in meiner ersten Reichstagsrede die Kriegsziele zu umschreiben, wie ich sie der Kriegslage und unserer Würde entsprechend uns zu stecken für richtig erachtete und wie ich sie andererseits im Rahmen der Resolution für erreichbar hielt. Den hierauf bezüglichen Teil meiner Rede legte ich im voraus . . . schriftlich fest und gab ihn auch einigen Parteiführern bekannt.“

<sup>4)</sup> Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 321 S. 1747, Drucksache Nr. 933, mit der Datierung 17. 7. 1917. Für das Ergebnis der namentlichen Abstimmung am 19. 7., bei der 212 Ja-Stimmen (gegenüber 126 für Nein, 17 Enthaltungen u. 2 ungültige Stimmen) erzielt wurden, vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3598 ff.

**21c:** Nachlaß David, Kriegstagebuch, 16. 7. 1917.

10 Uhr: Interfraktionelle Besprechung. Bruhn berichtet über die gestrige Besprechung der Minderheitsvertreter mit dem Kanzler und den Herren der Obersten Heeresleitung. Man sucht eine Brücke; Schiffer dafür, Westarp dagegen. Die Deutsche Partei konzentriert sich rückwärts; Bruhn selbst erklärt, daß er gegen die Resolution stimmen werde. Verabschiedet sich aus dem Komitee. — Beschluß, die Resolution beim Reichstag einzubringen mit den Unterschriften des Komitees gegen Payer u. Mayer-Kaufbeuren. Erzberger scheint noch entschlossen zu sein. Jedoch?

## 22.

## 17. 7. 1917: Unterredung des Abg. Scheidemann mit Reichskanzler Michaelis

Scheidemann, Zusammenbruch S. 102—105; Erstabdruck: „Glocke“ S. 235—237.<sup>1)</sup>

Vormittags  $\frac{3}{4}$  9 Uhr auf Einladung bei dem neuen Reichskanzler Michaelis.<sup>2)</sup> Was er mir sagte, lasse ich auf der Maschine tippen und hier einheften. Er machte auf mich heute den Eindruck eines willensstarken Mannes, der der Überzeugung lebt, daß er schließlich alles kann, wenn ihn ein Höherer auf einen Posten stellt. Manche Wendungen in seiner Rede klangen direkt weltfremd und ließen deutlich erkennen, wie recht er gehabt hat mit seiner Bemerkung, daß er bisher nur als Zeitgenosse neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen sei. Er ist gar nicht im Bilde, hat keine Ahnung von der Stimmung im Auslande; anderenfalls wären seine Wendungen von Sieg und Siegesbewußtsein vollkommen unverständlich. Auf meine Einwendungen und Bitten um Änderung oder gänzliches Streichen bemerkte er: „Gut, ziehen wir den Zahn noch heraus“. Als ich in den Vorsaal zurücktrat, nahm ich schnell Gelegenheit, den harrenden Erzberger<sup>3)</sup> zu informieren, damit er an den kritischen Stellen gut nachhelfen konnte. Erzberger

<sup>1)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 45—47 (inhaltlich keine erwähnenswerten Abweichungen, lehnt sich, abgesehen von einigen Auslassungen, eng an den Text des „Zusammenbruchs“ an); WUA 7/I S. 292 (der von Scheidemann zitierte Auszug aus seinem „Maschinendiktat“ ist bis auf kleine sprachliche Abweichungen, die den Inhalt nicht berühren, korrekt wiedergegeben); SPD-Fraktion, 19. 7. 1917. — Die Datierung der Unterredung ergibt sich aus den in Nr. 21 Anm. 3 angeführten Tagebuchaufzeichnungen Haußmanns. Sie deckt sich mit Scheidemanns Äußerung im Untersuchungsausschuß, WUA 7/I S. 293: „Payer war, glaube ich, am Abend vorher schon bei Michaelis gewesen.“ Dagegen beruht die Angabe a.a.O. S. 292 (er wolle nun schildern, wie mit Michaelis die Rede vorbereitet wurde, die dieser „am nächsten Tage“ halten sollte) auf einem Gedächtnisfehler. Die Datierung im „Zusammenbruch“ (S. 102: „10. Juli 1917“) ist nur als Druckfehler zu erklären; jedoch auch das Datum in der „Glocke“ S. 235, wo der 16. 7. angegeben wird, ist falsch; ebensowenig ist es richtig, daß Michaelis, wie es in den Memoiren II S. 45 heißt, Scheidemann schon am Morgen „des nächsten Tages“ nach der Konferenz im Garten des Reichsamts des Innern (s. Nr. 19) zu sich bitten ließ.

<sup>2)</sup> Michaelis erwähnt die Besprechungen mit den Parteiführern nur generell; vgl. Nr. 21 Anm. 3. Dagegen greift er bei der Verteidigung seiner Rede vom 19. 7. 1917 (Michaelis S. 329) auf die von ihm zuvor nicht behandelte Konferenz vom 14. 7. (s. Nr. 19) zurück, um zu beweisen, daß „selbst Scheidemann . . . eine Auffassung [hatte], welche keineswegs dem strikten Wortlaut der Resolution entsprach. Ich fragte ihn gelegentlich der Vorbesprechungen im Garten des Reichsamts des Innern, ob er denn wirklich, wenn zum Beispiel Rußland unter dem Druck einer ihm ungünstigen Kriegslage sich bereit finden lassen würde, eine Entschädigung für die in Ostpreußen angerichteten Verwüstungen zu leisten, dies nicht gutheißen und annehmen würde. Er antwortete, daß, wenn Rußland dazu bereit sei, es sich doch um keinen Gewaltfrieden, sondern um einen Verständigungsfrieden handele, und daß der Verständigungsfrieden das sei, was er wolle. Hieraus ergab sich klar, daß schon vor Fassung der Resolution im Reichstag Abgeordnete auch der politischen Richtung eines Scheidemann sich ihre innere Stellungnahme zum Inhalt der Kundgebung vorbehielten.“

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 21 Anm. 3. Erzberger S. 266 berichtet, daß „zwischen dem Reichskanzler und den Mehrheitsparteien vollkommene Übereinstimmung über dessen Rede herbeigeführt worden“ sei und spricht von „dem vereinbarten Text“ der Kanzlerrede, ohne jedoch seine eigene Unterredung mit Michaelis nur zu erwähnen. — Nach seinen Ausführungen im Untersuchungsausschuß, WUA 7/I S. 293, will Scheidemann „vor der Tür“ zu Erzberger etwa gesagt haben: „Klammern Sie sich nicht an den und den Teil, da habe ich schon eingehakt, gehen Sie auf die und die Dinge mehr ein, damit er sich in unserem Sinne äußert.“

berichtete später, daß Michaelis schon an den verschiedensten Stellen von mir beanstandete Passagen und Wörter entweder weggelassen oder geändert hatte. — Ich lasse hier das eben erwähnte Maschinendiktat folgen:

„Ebert<sup>4)</sup> hatte die Einladung zu spät erhalten<sup>5)</sup>, so daß ich allein bei Michaelis war. Michaelis sagte mir, mit dem Manuskript seiner Rede in der Hand, u. a. folgendes: Sie werden einsehen, daß ich in meiner Rede natürlich auch Rücksicht nehmen muß auf das Heer und die Stimmung im Heere. Ich werde die Leistungen der Truppen anerkennen, dann auf den Krieg selbst verweisen und die Frage aufwerfen, wie lange noch? Dann will ich sprechen von unseren großen Siegen, daß wir uns militärisch behauptet hätten, trotzdem England die ganze Welt gegen uns aufgehetzt habe. In diesem Siegesbewußtsein könnten wir offener reden als alle anderen. Hier erhob ich energischen Widerspruch. Jede Erklärung der Friedensbereitschaft sei von vornherein zwecklos, wenn wir mit unseren Siegen und unserem Siegesbewußtsein auftrumpfen. Keines der anderen Länder, die ernstlich in Betracht kommen, fühlt sich besiegt, würde sich aber schwer verletzt fühlen, wenn in der Weise geredet wird, wie er es beabsichtigte. Michaelis sah mich ziemlich erstaunt an, strich dann aber allerlei weg und machte sich Notizen an den Rand. Dabei sagte ich ihm, er könne vielleicht feststellen, daß wir einer großen Übermacht gegenüber uns immer erfolgreich behauptet hätten; alles, was darüber hinausgehe, sei m. E. in unserer Situation von Übel. Michaelis trug dann einige nichtssagende Sätze vor und kam schließlich dazu, fester zu umschließen, was er will. Wir müßten unsere Reichsgrenzen für alle Zukunft sichern und ebenso die Lebensbedingungen unseres Volkes. Wir wollten einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs, einen Frieden, der die dauernde Versöhnung der Völker ermöglicht. Wir könnten nicht erneut einen Frieden anbieten, nachdem wir erst vor einem halben Jahre mit unserer Friedenshand ins Leere gegriffen hätten. Kämen die anderen mit irgendwelchen Friedensangeboten, so sei Deutschland sofort bereit zu Verhandlungen, wie das ja oft genug ausgesprochen sei.

Er fügte dann hinzu: Ich will dieses Kapitel schließen mit dem Satz: „Unsere Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution erreichen.“ Damit konnte ich mich einverstanden erklären, da er bestimmt sagte, daß er darüber hinaus nicht gehen könne, weil er es für absolut schädlich hielt, und auch sofort die heftigsten Konflikte mit der Obersten Heeresleitung haben würde. Mehr könne man aber auch nicht verlangen, als daß er sage, er wolle nichts, was über den Rahmen der Resolution hinausginge.

Ich fragte ihn dann, was er über die innere Politik zu sagen gedenke. Darauf antwortete Michaelis: Sie müssen mir Zeit lassen. Ich bin jetzt drei Tage im Amt und muß mich doch erst einmal umsehen. Ich bin kaum einigermaßen informiert. Jedenfalls werde ich sagen, daß es meine feste Absicht ist, die Beziehungen zwischen Volksvertretern und Regierung lebensvoller und wirksamer zu ge-

<sup>4)</sup> Vgl. WUA 7/I S. 292: „Ebert hatte ich gebeten, mit zu Michaelis zu gehen, was Michaelis akzeptierte.“

<sup>5)</sup> Nach SPD-Fraktion, 19. 7. 1917 ist es nicht unwahrscheinlich, daß es am 18. 7. nochmals zu einer Besprechung mit dem Kanzler gekommen ist, an der Ebert beteiligt war. Anschließend an den Bericht Scheidemanns heißt es: „Ebert geht ergänzend noch einmal auf die gestrige eingehende Besprechung mit dem Kanzler über die ganze Situation ein.“

stalten.<sup>6)</sup> — Ich antwortete ihm darauf: „Viel ist das nicht.“ Aber da bereits die neuen Herren, Erzberger<sup>3)</sup> usw., die draußen warteten, wiederholt angemeldet wurden, ging ich nicht näher auf die inneren Angelegenheiten ein, sondern suchte noch einiges über seine Pläne in bezug auf die Besetzung des Staatssekretärs für das Auswärtige Amt zu erfahren.<sup>7)</sup> Ich warf die Frage auf, wen er für das Staatssekretariat des Äußeren zu berufen gedenke.<sup>8)</sup> Es sei das doch zweifellos der wichtigste Posten. Da er neu in das Amt hineinkomme, sei es für ihn gewiß von größter Wichtigkeit, einen tüchtigen Mann gerade für dieses Amt zur Seite zu haben. Michaelis antwortete: Diese Frage ist noch unentschieden. Keine der Personen, die bisher in der Öffentlichkeit genannt wurden, wird in Betracht kommen. Bei dem einen machen es persönliche und bei dem anderen sachliche Gründe nicht wahrscheinlich, daß sie berufen werden. Ich bin gewillt, alles einzustellen auf die Wirtschaftsfragen nach dem Kriege, die für Deutschland von der größten Bedeutung sind. „Da kommt es nicht darauf an, Leute zur Seite zu haben, die als Diplomaten in Gummischuhen aufgewachsen sind; es sind da Männer notwendig, die etwas vom Wirtschaftsleben verstehen. Und da muß ich mich erst gründlich umsehen. Ich will Ihnen sagen, wie ich so etwas aufzuziehen pflege. Ich werde im Auswärtigen Amt alle Woche zweimal mehrstündige Sitzungen abhalten, in denen eingehend die brennenden Fragen besprochen werden sollen. Bei dieser Gelegenheit werde ich sehr schnell sehen, wer etwas kann und wer nichts kann. Es wird Ihnen ja nicht unbekannt geblieben sein, daß im Auswärtigen Amt eine erhebliche Anzahl von Nulpen sitzen. Ich werde, sobald ich darüber im klaren bin, sehr schnell reine Bahn machen. Ich hoffe, auch die Herren zu überzeugen, daß es nur darauf ankommt, Verstand zu haben, weniger darauf, Diplomatie in Gummischuhen gelernt zu haben.“ — Ich wünschte ihm Glück zu seinen Plänen und verabschiedete mich schnell, um draußen noch eine Minute zu gewinnen, Erzberger<sup>3)</sup> gewisse Fingerzeige zu geben.

<sup>6)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 19. 7. 1917: Michaelis habe in diesem Zusammenhange auch erklärt, er wolle sich „über die eine Frage, daß er auf dem Boden der Botschaft stehe, die das gleiche Wahlrecht verlange, . . . bejahend äußern.“

<sup>7)</sup> „Glocke“ S. 236 bringt diesen Satz in Klammern.

<sup>8)</sup> Über die Stellung des Mehrheitsausschusses zu der Kandidatur von Hintzes vgl. Nr. 20. — Haußmann hatte am 15. 7., 20 Uhr 30, eine Besprechung mit Helfferich in dessen Privatwohnung, wo — nach dem handschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151 — „die Annahme des Auswärtigen durch ihn“ besprochen wurde (Haußmann S. 140 und maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151 nur: „Wir besprechen die Annahme.“). Es ist also durchaus möglich, obgleich es aus der Niederschrift Scheidemanns nicht klar hervorgeht, daß er bei seiner Unterredung mit Michaelis am 17. 7. bereits über die in Aussicht genommene Kandidatur Helfferichs unterrichtet war. Nach Helfferich S. 470 f. ist ihm am Montag, dem 16. 7., definitiv das Auswärtige Amt angeboten worden. Für den „folgenden Tag“, also den 17. 7., verzeichnet er: „Es war bereits etwas über die Absicht, mir das Auswärtige Amt zu übertragen, durchgesichert. In der interfraktionellen Kommission, die in Permanenz tagte, entstand große Erregung, als Herr Erzberger bestätigte, daß diese Absicht bestehe. Noch am gleichen Tage begann gegen mich in der Presse ein wahres Trommelfeuer.“ In dem Bericht Scheidemanns vor der SPD-Fraktion am 19. 7. 1917 heißt es nach der Erwähnung der Kandidatur v. Hintzes (s. Nr. 20 Anm. 3): dann sei „das Gerücht von der Berufung Helfferichs“ aufgetaucht; „auch da“ hätten „die geeinigten Parteien“ beim Kanzler „sofort Einspruch erhoben“. Wenn auch dieser „nicht sehr erbaut von unserm Eingreifen“ gewesen sei, sei es doch gelungen, „auch Helfferich unschädlich zu machen“. Jetzt werde wahrscheinlich „einer der auswärtigen Botschafter das wichtige Amt bekommen.“

## 23.

## 17. 7. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Scheidemann, Zusammenbruch S. 105; Erstabdruck: „Glocke“ S. 237.<sup>1)</sup>

17. Juli 1917.<sup>2)</sup> In der interfraktionellen Sitzung berichteten nach mir Payer und Erzberger über ihre Besprechungen mit Michaelis.<sup>3)</sup> Eine große Überraschung bereitete uns Erzberger, nachdem er festgestellt hatte, daß Michaelis zweifellos eine Anzahl der von Payer und mir beanstandeten Stellen geändert oder gestrichen habe: Wenn ein Reichskanzler so, wie er in Aussicht gestellt habe, gehen wolle, sei die Frage zu erwägen, ob ihm der Reichstag nicht ein Vertrauensvotum ausstellen solle!<sup>4)</sup> — Wir Sozialdemokraten (*Ebert, David, Südekum und ich*)<sup>5)</sup> sprachen uns entschieden gegen ein Vertrauensvotum aus, ebenso Fischbeck.<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 47 f. und WUA 7/I S. 293 f.

<sup>2)</sup> Obgleich allgemein Scheidemann gegenüber in Datierungsfragen größte Vorsicht geboten ist, läßt sich aus den Aufzeichnungen Haußmanns (s. Nr. 21 Anm. 3) mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß die interfrakt. Sitzung, in der Payer, Scheidemann und Erzberger über das Ergebnis ihrer Besprechungen mit Michaelis berichteten, am 17. 7. stattgefunden hat.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 21 Anm. 3 und Nr. 22; ferner WUA 7/I S. 293 f. (Scheidemann): „Später haben die Herren Erzberger und Payer im Interfraktionellen Ausschuß berichtet, da stellte sich heraus, daß sie genau dieselben Erlebnisse hatten wie ich, er hatte von Erzberger und mir einiges akzeptiert. Payer . . . war in manchen Dingen großzügiger als andere und hörte gern vom Sieg reden! Bei all seiner ehrlichen Friedensliebe befürchtete er immer, wir könnten uns den Feinden gegenüber vielleicht etwas vergeben, wenn wir nicht eine feste Sprache führten.“ — In Scheidemanns Memoiren II S. 48 entsteht ein irreführender Eindruck über die eindeutig feststehende Reihenfolge des Empfangs der Abgeordneten durch Michaelis (am Abend des 16. 7. Payer, am 17. 7. morgens Scheidemann und Erzberger). Payer, so heißt es dort, sei im großen und ganzen zufrieden gewesen, während Erzberger noch mancherlei am Manuskript des Kanzlers beanstandet hätte. „Es stellte sich allerdings heraus, daß Michaelis jedem folgenden Herrn den Text seiner Rede bereits so erläuterte, wie er ihn nach den vorhergemachten Einwendungen geändert hatte.“ S. dagegen die in Nr. 22 Anm. 1 zitierte Äußerung Scheidemanns.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 19; danach hat Erzberger diesen Vorschlag bereits einmal am 14. 7. gemacht. Nach Haußmann S. 140 hat Helfferich darauf am 15. 7. während eines privaten Gesprächs (s. Nr. 22 Anm. 8) ihm gegenüber geäußert: „. . . Michaelis hätte von seinem Standpunkt auf den Vorschlag Erzbergers ‚Vertrauensvotum‘ eingehen sollen.“

<sup>5)</sup> Ergänzt nach „Glocke“ S. 237 (auch dort in Klammern).

<sup>6)</sup> Nach dem Kriegstagebuch Davids haben auch am 18., 19. und 20. 7. 1917 Sitzungen des Interfrakt. Ausschusses stattgefunden:

18. 7.: „Das Treiben geht weiter. Die Mehrheitsparteien bleiben fest. Die Nationalliberalen arbeiten für die Verschleimung und Rettung ihres Gesichts. Ich verlange nochmalige Sicherung. Großer Schrecken bei den anderen Parteien in der interfrakt. Besprechung angesichts der Möglichkeit der Kreditablehnung. Ebert soll nochmals zum Kanzler gehen.“

19. 7.: „9 Uhr interfrakt. Besprechung. Gott sei Dank, daß die Notizen der Morgenzeitungen über Verschleimungsoperation falsch waren. Eberts Bericht über die gestrige Rücksprache mit dem Kanzler. Bestätigt und verstärkt durch Erzberger. Bruhs Bericht über die Beratung am Sonntag zwischen den Rechtsparteien, Kanzler und Oberster Heeresleitung beruhigend. Wir versprechen, der Fraktion die Bewilligung vorzuschlagen.“

20. 7.: „9 Uhr interfrakt. Besprechung: Polenfrage; Delegation zum Kanzler. . . 3 Uhr interfrakt. Besprechung: Elsaß-Lothringen: Beschluß auf selbständigen Bundesstaat.“

## 24.

**21. 7. 1917: Unterredung der Abg. Erzberger, David, Naumann und van Calker  
mit Reichskanzler Michaelis**

Nachlaß Erzberger 18, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler am 21. Juli 1917“.

Gemäß dem Beschluß der interfraktionellen Konferenz<sup>2)</sup> wurden die Abgeordneten Erzberger, Dr. David, Naumann und van Calker<sup>3)</sup> gebeten, mit dem Reichskanzler Rücksprache zu nehmen über die künftige Gestaltung Polens, Litauens und Elsaß-Lothringens. Die Konferenz dauerte von 9<sup>3</sup>/<sub>4</sub> bis 10<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr<sup>4)</sup>, an der außer dem Herrn Reichskanzler auch Unterstaatssekretär Wahnschaffe teilnahm. Abgeordneter Naumann trug die Unhaltbarkeit der Verhältnisse in Polen vor<sup>5)</sup> und forderte die sofortige Erfüllung der Postulate des Warschauer Staats-

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 166; Haußmann S. 141; WUA 7/I S. 152, 157.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 20 und Nr. 23 Anm. 6.

<sup>3)</sup> Nach Erzberger S. 166 hatte sich der nationalliberale Abg. und Straßburger Universitätsprofessor van Calker den Vertretern der Mehrheitsparteien angeschlossen. Die gleichen 4 Parlamentarier nennt auch David im Untersuchungsausschuß, WUA 7/I S. 152 und 157, als Teilnehmer an der Besprechung.

<sup>4)</sup> Haußmann S. 141 registriert unter dem 21. 7., 10 Uhr 30: „Gothein berichtet über den Besuch der Deputation bei Michaelis, der über Polen nach erstattetem Bericht über unsere Auffassung sich zurückhaltend geäußert habe, bezüglich Elsaß-Lothringens aber die Aufteilung als überholt und die Autonomie für richtig erklärt habe.“ D. h., daß Haußmann bereits jetzt einen Bericht aus zweiter Hand erhalten haben will, woraus sich eine erhebliche Differenz in bezug auf den Zeitpunkt der Besprechung ergibt.

<sup>5)</sup> Im Nachlaß Gothein wurde ein Brief Naumanns an Gothein vom 19. 7. 1917 aufgefunden, in dem ebenfalls zu dieser Frage Stellung genommen wird: „Da die provisorische russische Regierung die Aufstellung einer polnischen Armee innerhalb des russischen Heeres in die Wege geleitet hat, so ist anzunehmen, daß wir in nicht ferner Zeit einer national-polnischen Truppenbewegung gegenüberstehen. Von russischer Seite wird angegeben, daß sich etwa 600 000 polnische Wehrfähige auf russischem Gebiet befinden. Diese Ziffer wird in den Kreisen des Warschauer Staatsrates als übertrieben angesehen, immerhin aber hält man auch dort eine russisch-polnische Armee von zirka 350 000 Köpfen für möglich, da bisher von der russischen Heeresleitung die Polen wegen Verdächtigkeit im Hinterlande verwendet und dadurch geschont wurden.“

Der russische Minister für Polen, Lednicki, Mitglied der provisorischen Regierung, sieht für seine Person den Staatsrat in Warschau für die gegebene Vertretung der polnischen Nation an und benutzt, soviel wir wissen, seine Stellung zur Verhinderung der Einsetzung einer polnischen Regierung durch Rußland. Wie lange aber der Widerstand dieses einen Mannes erfolgreich sein kann, ist sehr zweifelhaft. Auf der vom 16. bis zum 22. Juni abgehaltenen Delegationsversammlung der polnischen Soldaten in Petersburg hat man nach langen Debatten einen unklaren und doppeldeutigen Entschluß gefaßt dahingehend, daß zwar die politische Leitung der polnischen Nation in Warschau sei, daß man aber innerhalb der russischen Armee polnische Armeeteile gründen müsse. Als Ehrenpräses dieser polnischen Armeeteile in russischen Händen ist der aus dem Warschauer Staatsrat wieder ausgetretene vielgenannte Brigadier Pilsudski gewählt worden. Eine Antwort Pilsudskis auf diese Erwählung scheint noch nicht vorzuliegen. Die russische Regierung hat den polnischen Armeeteilen aus ihren Beständen alte polnische Fahnen und Benennungen gegeben.

rates vom Mai 1917.<sup>6)</sup> Abg. **Erzberger** schloß sich dem an und kam auf Litauen<sup>7)</sup> zu sprechen. Er wünschte die sofortige Einberufung einer litauischen Nationalversammlung, um einen vollständig unabhängigen Staat Litauen ins Leben zu rufen. Durch geschickte Verhandlungen würde es möglich sein, als Staatsform ein Herzogtum zu erreichen. Als Ziel müßte angesehen werden, daß der deutsche Kaiser Herzog von Litauen würde.<sup>8)</sup> Dr. **David** unterstützte diesen Antrag. Der **Reichskanzler** erklärte, daß er momentan nicht in der Lage sei, Stellung zu nehmen. Nächsten Dienstag lasse er sich von sämtlichen in Betracht kommenden Behörden Vortrag halten. Die Minderheitsparteien hätten gleichfalls um eine Rücksprache gebeten, um ihren gegenteiligen Auffassungen Ausdruck zu geben. Klar sei, daß eine definitive Entscheidung über die Polenpolitik getroffen werden müsse. Ohne seine endgültige Stellungnahme vorweg zu nehmen, wollte er doch erklären, daß er in seiner Eigenschaft als Oberpräsidialrat<sup>9)</sup> in Breslau reichlich Gelegenheit gehabt hätte, sich mit der Polenfrage zu befassen. Er sei in Übereinstimmung mit dem Oberpräsidenten Graf Zedlitz auf dem Boden gestanden, daß mit Gewalt die Polenfrage nicht zu lösen sei.<sup>8)</sup> Kirchliche, Schul- und Nationalitätenwünsche müßten berücksichtigt werden und es<sup>10)</sup> müsse ein Verhältnis geschaffen werden, das Deutschland dauernd sichere. Er habe bisher keinen Grund gehabt, von dieser seiner bisherigen Auffassung abzugehen, wolle sich

---

Gleichzeitig erscheinen Bemühungen auf französischer Seite, eine polnische Armee in Frankreich aufzustellen . . .

Es erscheint notwendig, daß sich die Mehrheit des Reichstags mit der polnischen Angelegenheit befaßt, da offenbar die deutsche Reichsregierung bisher nicht imstande gewesen ist, in polnischen Angelegenheiten irgendeine Sache schnell zu erledigen. Was bisher zur Aufrichtung einer polnischen Armee im Anschluß an den deutschen Heeresverband geschehen ist, ist bedauerlich wenig. Soviel mir bekannt ist, sind die vorhandenen Legionen durch die endlich erreichte Eidesformel nur teilweise befriedigt. Die Legionäre österreichischer Staatsangehörigkeit müssen ausscheiden, und eine Minderheit hat offen verweigert, den Eid zu schwören. Die Werbetätigkeit der Werbungskommissariate ist unter der Begründung, daß jetzt alle Kräfte zur Ernte notwendig seien, eingestellt worden. Ein Aufruf des Staatsrates bietet geringe Aussichten.

Bei dieser Sachlage kann nur helfen, daß die deutsche und die österreichische Militärverwaltung unverzüglich sich dahin verständigen, der polnischen Heeresbildung keinerlei Schwierigkeiten mehr in den Weg zu legen, im Gegenteil sie durch Gewährung von Material und Persönlichkeiten in jeder Weise zu unterstützen. Gleichzeitig müssen die Verhältnisse der künftigen polnischen Regierung soweit geklärt werden, daß man nicht fernerhin den Satz hört: Wir können nicht den Eid leisten einem Staat, der nicht besteht.

Da die Formel ‚ohne Annexionen‘ sicherlich nicht heißen soll, daß für die Polen das frühere Schicksal wiederkehrt, so ist es notwendig, ihre Befreiung endlich auch von unserer Seite ernsthaft vorzubereiten, weil sie sonst zu unserem Schaden gegen uns gemacht werden wird.“

<sup>6)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 795; Conze, Polnische Nation S. 281 ff.; Hutten-Czapski II S. 351 ff.; Walther Recke, „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik“, Berlin 1927, S. 280 ff. — Für die von den Mehrheitsparteien in der Besprechung mit Michaelis erhobenen Forderungen s. auch die Ausführungen Davids, WUA 7/I S. 152, die jedoch einer kritischen Überprüfung bedürfen.

<sup>7)</sup> S. auch Erzberger S. 185 ff. für seine Aktivität in der litauischen Frage seit Mitte 1917.

<sup>8)</sup> Am Rande der Seite neben diesem Satz im Or. ein senkrechter handschriftl. Strich.

<sup>9)</sup> Vgl. Michaelis S. 200 ff.

<sup>10)</sup> Dieser Satz ist im Or. bis einschließlich „es“ handschriftl. unterstrichen.

aber noch nicht definitiv auseinandersetzen. Der wirtschaftliche Verteilungsplan, wie er für Deutschland gemacht ist, soll auch für die besetzten Gebiete gelten, um die große Hungersnot abzuhalten.

Diese Ausführungen haben auf die Anwesenden einen recht günstigen Eindruck gemacht.<sup>11)</sup> Der Reichskanzler sagte rasche Entscheidung zu.

Abg. **Erzberger** referierte über die elsäß-lothringische Frage.<sup>12)</sup> Er teilte dem Reichskanzler mit, daß in der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses<sup>13)</sup> diese Frage behandelt werden würde. Abg. **Hauß** werde einen Antrag stellen, Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat mit monarchischer erblicher Spitze zu gestalten.<sup>14)</sup> Werde Elsaß-Lothringen vollkommen freier Bundesstaat, so sei nicht nur auf die Zustimmung nahezu der gesamten reichsländischen Bevölkerung zu rechnen, sondern man dürfe sich der berechtigten Hoffnung hingeben, daß hierdurch auch in Frankreich die Kriegswut gebrochen würde. Friedliebende Franzosen würden diese Lösung ohne weiteres als eine Brücke zu einer friedlichen Verständigung ansehen. Wie die Dinge heute liegen, würde hierfür eine große Mehrheit im Reichstag sich ergeben. Die Zentrumsfraktion selbst habe noch keine Stellung genommen, namentlich ein Drittel Bayern haben sich freie Stellungnahme vorbehalten; er hoffe aber, in kürzester Zeit die endgültige Stellungnahme mitteilen zu können. 189 Abgeordnete seien im Reichstag gegen die Teilung der Reichslande.<sup>8)</sup> Die Schwierigkeiten im Bundesrat seien bekannt. Das wirksamste Mittel gegen die Kriegswut in Frankreich sei, Elsaß-Lothringen vollkommene Unabhängigkeit im Rahmen des Deutschen Reiches als freier Bundesstaat zu geben.<sup>15)</sup> Die Abgeordneten **van Calker** und **David** unterstützten diesen Wunsch auf das lebhafteste. Der **Reichskanzler** dankte, daß man ihn jetzt schon auf diese wichtige Frage hingewiesen habe. Er werde im Haushaltsausschuß die Stellungnahme der Regierung mitteilen.<sup>16)</sup><sup>17)</sup>

<sup>11)</sup> Vgl. Anm. 4.

<sup>12)</sup> Erzberger S. 164 ff. teilt auszugsweise ein längeres Schreiben mit, in dem er bereits am 20. 7. 1917 den Reichskanzler darauf hingewiesen habe, „daß der heutige unfertige Zustand von Elsaß-Lothringen direkt kriegsverlängernd wirke.“ — Durchschlag im Nachlaß Erzberger 32.

<sup>13)</sup> Die nächste (171.) Sitzung des Hauptausschusses fand am 21. 8. 1917 statt. Die elsäß-lothringische Frage wurde jedoch nicht behandelt.

<sup>14)</sup> Vgl. auch die Ausführungen Davids im Untersuchungsausschuß, WUA 7/I S. 157.

<sup>15)</sup> Im Or. neben dem letzten Teil dieses Satzes, ab „Lothringen“, am Rande der Seite ein senkrechter handschriftl. Strich.

<sup>16)</sup> Nach Erzberger S. 166 soll Michaelis „eine alsbaldige Vorlage“ im Sinne der Erzbergerschen Eingabe (s. Anm. 12) zugesagt und auf das Bestimmteste erklärt haben, „daß, bis spätestens Weihnachten die ganze Frage geregelt sein würde.“ Friedrich Naumann berichtete am 25. 7. an Payer nach Stuttgart über die Aussprache (Heuss S. 393): „Der Herr Reichskanzler wird dafür sorgen, daß er im August beim Zusammentritt der Haushaltskommission in der Lage ist, eine bestimmte Meinung zu vertreten. Schon jetzt sagte er, daß der Gedanke der Teilung des Reichslandes an verschiedene Bundesstaaten sich als innerpolitisch unmöglich erwiesen habe. Es wurde über den schwebenden Charakter des Begriffes Autonomie geredet.“ — Vgl. auch Anm. 4.

<sup>17)</sup> Vgl. auch David, Kriegstagebuch, 21. 7. 1917: „9¼ Uhr mit Naumann, Erzberger u. v. Calker beim Reichskanzler. 1. Polenfrage: Naumann, Erzberger und ich. Auch Litauen. Schleunigstes Eingreifen. 2. Elsaß-Lothringen. Erzberger, Calker und ich. Ankündigung der Aktion, die von den Elsässern ausgehen soll. — Ich ergänze durch Mitteilung über unsere Erfahrungen in Stockholm. — Kanzler sachlich und aufnehmend.“

## 6.—17. 7. 1917: Entwürfe und endgültige Fassung der Friedensresolution

25a.	25b.	25c.	25d.
<p>6. 7. 1917: Erster Entwurf</p> <p>Haußmann S. 104 f.; Nachlaß Haußmann 151, maschinenschriftliches Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup></p>	<p>9. 7. 1917: Zweiter Entwurf</p> <p>Haußmann S. 111 f.; Nachlaß Haußmann 151, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> — Zusätze und Veränderungen gegenüber dem 1. Entwurf durch <i>Kursivdruck</i> hervorgehoben.</p>	<p>10. 7. 1917: Dritter Entwurf</p> <p>Haußmann S. 113 f.; Nachlaß Haußmann 151, maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript.<sup>1)</sup> — Zusätze und Veränderungen gegenüber dem 2. Entwurf durch <i>Kursivdruck</i> hervorgehoben.</p>	<p>12. 7. 1917: Vierter Entwurf</p> <p>Nachlaß Haußmann 28, Manuskriptdruck.<sup>1)</sup> — Redaktionelle Veränderungen gegenüber dem 3. Entwurf durch <i>Kursivdruck</i> hervorgehoben, Sperrungen wie im Or.</p>
<p>Angesichts der immer wieder von Staatsmännern des feindlichen Auslandes aufgestellten Behauptung, das deutsche Volk bedrohe mit seinen Kriegszielen die Rechte und Freiheiten anderer Völker und trage sich mit Eroberungs- und Vergewaltigungsabsichten, erklärt der Reichstag:</p>	<p><i>An der Schwelle des vierten Kriegsjahres</i> erklärt der Deutsche Reichstag:</p>	<p>Der Reichstag erklärt:</p>	<p>Der Reichstag erklärt:</p>
<p>Auch am Schluß des dritten Kriegsjahres steht das deutsche Volk auf dem Standpunkt vom 4. August 1914: „Uns treibt nicht Eroberungssucht.“ Nur zur Verteidigung seiner Freiheit, Selbständigkeit und Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes wie der gleichen Interessen seiner Verbündeten führt es die Waffen.</p>	<p><i>Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch heute noch der Satz:</i> „Uns treibt nicht Eroberungssucht.“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, der Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes<sup>2)</sup> hat es die Waffen ergriffen. Unter Ablehnung des Gedankens an erzwungene Gebietserwerbungen<sup>3)</sup> erstrebt der Reichstag einen Frieden</p>	<p>Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres der Grundsatz: „Uns treibt nicht Eroberungssucht.“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, der Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.</p>	<p>Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede „Uns treibt nicht Eroberungssucht.“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, der<sup>2)</sup> Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.<sup>3)</sup></p>

Unter Ablehnung des Gedankens zwangsweiser Gebiets-erwerbungen und der Vergewaltigung des Rechts anderer Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung erstrebt der Reichstag einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind aufgezwungene Kriegsentschädigungen und andere wirtschaftliche Vergewaltigungen unvereinbar. Unter keinen Umständen rechtfertigt die Frage finanzieller Entschädigungen eine Verlängerung des Krieges.

<sup>1)</sup> Mitgeteilt in der Niederschrift über die Nachmittagssitzung des Interfrakt. Ausschusses am 7. 7. 1917, in der der Entwurf durchgesprochen wurde. Vgl. Nr. 3. Ferner liegen der 1. Entwurf (ohne Abweichung) und eine Vorstufe dazu (Wortlaut s. folgende Anm.) in Niederschriften von der Hand Richthofens im Nachlaß Richthofen 6 vor; beide Schriftstücke sind nachträglich auf den 7. 7. 1917 datiert. — Zur Entstehung des 1. Entwurfes vgl. Nr. 1 bes. auch Anm. 24 und 25; Nr. 2 bes. auch Anm. 5; Nr. 3 bes. auch Anm. 3.

der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind *politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen* unvereinbar; die Frage finanzieller Entschädigungen *rechtfertigt eine Verlängerung des Krieges nicht*.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 5 Anm. 16. — Für die nicht korrekte Wiedergabe dieser Fassung in der Presse vgl. Nr. 15 Anm. 4.

<sup>2)</sup> Weggefallen: „wie der gleichen Interessen seiner Verbündeten“; vgl. Nr. 25a.

<sup>3)</sup> Weggefallen: „und der Vergewaltigung des Rechts anderer Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung“; vgl. Nr. 25a.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker; mit einem solchen Frieden sind *erzwungene Gebietserwerbungen, politische<sup>2)</sup> oder finanzielle Vergewaltigungen* unvereinbar.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Nach Haußmanns Zeugnis beruht die 3. Fassung im wesentlichen auf von ihm vorgenommenen redaktionellen Änderungen. Vgl. Nr. 6 Anm. 3.

<sup>2)</sup> Weggefallen: „wirtschaftliche“; vgl. Nr. 25b.

<sup>3)</sup> Für den weggefallenen Satz vgl. Nr. 25b.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, *wirtschaftliche* oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

<sup>1)</sup> Ursprünglich wohl als endgültige Fassung gedacht. Der Interfrakt. Ausschuß hatte am 12. 7. 1917 den Beschluß gefaßt, die Resolution im Plenum einzubringen. Vgl. Nr. 11. — Das vorliegende Exemplar enthält eigenhändige Redigierungen und Zusätze Haußmanns, durch die der Wortlaut der Erklärung auf den Stand der als Nr. 25e abgedruckten endgültigen Fassung gebracht wird. S. die folgenden Anm.

<sup>2)</sup> Eigenhändige Korrektur Haußmanns, statt „der“: „für die“.

<sup>3)</sup> „Waffen ergriffen“ von Haußmann unterstrichen; am Rande der Seite, allerdings über „für die“ (s. Anm. 2), eigenhändig und ebenfalls unterstrichen: „kämpft.“ Es ist also wahrscheinlich erwogen worden, ob man nicht „hat Deutschland die Waffen ergriffen“ durch „kämpft Deutschland“ ersetzen solle.

Ebenso weist der Reichstag alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker auch nach dem Kriege ausgehen. Nur wenn der Wirtschaftsfriede der Beendigung des Krieges folgt, können die Wunden, die er der ganzen Welt geschlagen, geheilt und einem dauernden freundschaftlichen Zusammenleben der Völker der Boden bereitet werden.

Von diesen Erwägungen und Zielen geleitet wird der Reichstag tatkräftig die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen fördern, die einen dauernden Frieden zu verbürgen geeignet sind.

Solange aber die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden zurückweisen und Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungs- und Vergewaltigungszielen bedrohen, ist das deutsche Volk entschlossen, zusammenzustehen zur Verteidigung seines Rechts auf Leben und Entwicklung. Das

Ebenso weist der Reichstag alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker auch nach dem Kriege ausgehen. *Nur der Wirtschaftsfriede mit der Freiheit der Meere nach der Beendigung des Krieges<sup>4)</sup> wird einem<sup>5)</sup> freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.*

Von diesen Erwägungen und Zielen geleitet wird der Reichstag tatkräftig die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen fördern.<sup>4)</sup> Solange aber die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden zurückweisen und Deutschland und seine Verbündeten mit *Eroberung und Vergewaltigung* bedrohen, ist das deutsche Volk entschlossen, *unerschütterlich* zusammenzustehen und *auszuharren* zur Verteidigung seiner und seiner Verbündeten Rechte auf Leben und Entwicklung. Das deutsche Volk

*Der Reichstag weist alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker<sup>4)</sup> nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.*

*Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.*

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, ist das deutsche Volk wie ein Mann entschlossen, zusammenzustehen und *unerschütterlich* auszuharren, bis seine und seiner

Der Reichstag weist *auch* alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann *zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen*, bis seine<sup>4)</sup> und seiner

∞ deutsche Volk weiß, daß es in seiner Einigkeit unüberwindlich ist.<sup>2)</sup>

<sup>2)</sup> Eine im Nachlaß Richthofen aufgefundene Vorstufe zum 1. Entwurf (s. Anm. 1) lautet:

„Der Reichstag, das bevorstehende Ende des dritten Kriegsjahres vor Augen, bekundet von neuem sein unerschütterliches Bekenntnis zu dem am 4. August 1914 festgelegten Kriegsziel: ‚Unstreibt nicht Eroberungslust.‘ Zur Verteidigung von Haus und Hof, von Weib und Kind hat das deutsche Volk die Waffen erhoben und führt sie noch heute.

Unsere Feinde werden das deutsche Volk jeder Zeit zu Verhandlungen bereit finden, die auf Grundlage eines sich vor jeder politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung eines anderen Volkes fernhaltenden Friedens beruhen.

Solange aber die Staatsmänner der feindlichen Regierungen einen solchen Frieden ablehnen und unser Volk mit der Vernichtung seiner Lebensbedingungen bedrohen, wird das deutsche Volk bis zum letzten Mann für seine Freiheit, Selbständigkeit und Entwicklungsmöglichkeit kämpfen. Das deutsche Volk weiß, daß es in seiner Einigkeit unüberwindlich ist.“

weiß, daß es in seiner Einigkeit unüberwindlich ist.

<sup>4)</sup> Für die weggefallene Partie vgl. Nr. 25a.

<sup>5)</sup> Weggefallen: „dauernden“; vgl. Nr. 25a.

Verbündeten Rechte auf Leben und Entwicklung gesichert sind. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich.

<sup>4)</sup> Weggefallen: „auch“; vgl. Nr. 25b.

Verbündeten Rechte<sup>5)</sup> auf Leben und Entwicklung gesichert sind.<sup>6)</sup> In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich.<sup>7)</sup>

<sup>4)</sup> Eigenhändige Korrektur Haußmanns, statt „seine“: „sein“.

<sup>5)</sup> Eigenhändige Korrektur Haußmanns, statt „Rechte“: „Recht“.

<sup>6)</sup> Eigenhändige Korrektur Haußmanns, statt „sind“: „ist“. Dahinter handschriftl. redaktionelles Zeichen für Beginn eines neuen Absatzes.

<sup>7)</sup> Eigenhändig von Haußmann angefügt: „Der Reichstag weiß sich [gestr.: „in dieser Bekundung“] darin [„darin“ am Rande, offensichtlich erst später eingefügt] eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.“

## 25e.

## 17. 7. 1917: Endgültige Fassung

Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 321 S. 1747, Drucksache Nr. 933.<sup>1)</sup> Überschrift: „Resolution zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1917 — Nr. 889 der Drucksachen —“. — Zusätze und redaktionelle Veränderungen gegenüber dem 4. Entwurf<sup>2)</sup> durch *Kursivdruck* hervorgehoben.

Dr. David. Ebert. Erzberger. Fehrenbach. Fischbeck. Gothein. Hauß. Haußmann. Dr. Mayer (Kaufbeuren). Molkenbuhr. Müller (Fulda). Dr. Müller (Meiningen). v. Payer. Scheidemann. Dr. Südekum.<sup>3)</sup> Der Reichstag wolle beschließen:

Der Reichstag erklärt<sup>4)</sup>:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht“. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung<sup>5)</sup> der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.<sup>5a)</sup>

<sup>1)</sup> Die Resolution wurde in der Plenarsitzung des Reichstags vom 19. 7. 1917 angenommen. Vgl. Nr. 21 Anm. 4. — Der Abdruck bei Schulthess 1917/I S. 692 entspricht dem Wortlaut in den Sten. Berichten Bd. 310 S. 3573 (vgl. Anm. 9 und 10); das Datum: 13. 7. 1917, ist also irreführend (s. Anm. 2 und 8); der Abdruck bei Wippermann 1917/II, 1 S. 72 enthält eine ganze Reihe von Fehlern und ist daher für wissenschaftliche Zwecke nicht benutzbar.

<sup>2)</sup> Zwischen dem 4. Entwurf und der amtlichen Fassung steht die am 14. 7. 1917 vom „Vorwärts“ veröffentlichte und bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 101 f. abgedruckte Fassung vom 13. 7., abends; für die geringfügigen Abweichungen s. Anm. 4, 6, 8.

<sup>3)</sup> Für die Zusammensetzung der Gruppe der Antragsteller s. Nr. 21b.

<sup>4)</sup> Im „Vorwärts“ (s. Anm. 2) durch einen einleitenden Absatz ersetzt. Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 101 und Nr. 15 Anm. 11.

<sup>5)</sup> Bei Scheidemann, Zusammenbruch S. 101: „... der Verständigung, der dauernden Versöhnung...“. Dieser Fehler geht auf die Abschrift Scheidemanns zurück; „Vorwärts“ (vgl. Anm. 2) wie Nr. 25e und die Entwürfe.

<sup>5a)</sup> Die beiden letzten Absätze dieser Fassung sind in einer im Nachlaß Stresemann 175 (6884) befindlichen handschriftlichen Aufzeichnung, die „Entwurf Helfferich“ überschrieben und nachträglich falsch „Sept. 1917?“ datiert ist, in folgendem Satz zusammengefaßt, der einige vom Text der Mehrheitsparteien abweichende, bezeichnende Zusätze und Sinnänderungen enthält: „An diesem Standpunkt festhaltend, erstrebt der Reichstag in Übereinstimmung mit dem Kaiser und den Verbündeten Regierungen einen Frieden, der auf die dauernde

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis *sein* und seiner Verbündeten *Recht* auf Leben und Entwicklung gesichert ist.<sup>6)</sup>

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich.<sup>7)</sup> *Der Reichstag weiß sich darin<sup>8)</sup> eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf<sup>9)</sup> das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volks<sup>10)</sup> ist ihnen sicher.*

---

Versöhnung der Völker abzielt, einen Frieden, der jede Vergewaltigung ausschließt und im Wege der Verständigung Art und Maß der für das deutsche Volk nötigen Sicherheiten und des wirtschaftlichen Ausgleichs in einer künftige Kriege ausschließenden Weise feststellt.“ Diese Fassung steht vermutlich mit der von Michaelis geplanten Erklärung (vgl. Nr. 19 Anm. 2), die die Friedensresolution überflüssig machen sollte, in Zusammenhang, von der Helferich nach seiner Angabe am Morgen des 14. 7. erfahren hatte; vgl. Helferich S. 454.

<sup>6)</sup> In der „Vorwärts“-Fassung (s. Anm. 2) beschließt erst der folgende Satz diesen Absatz. Für die Änderung der Absatzenteilung am 14. 7. vgl. Nr. 19 Anm. 68. — Vgl. auch Nr. 25d Anm. 6.

<sup>7)</sup> Für die Entstehung der folgenden beiden Sätze, die nach Haußmann auf Südekum zurückgehen, vgl. Nr. 15 bes. auch Anm. 10. — Ferner Nr. 25d Anm. 7.

<sup>8)</sup> „Vorwärts“-Fassung (s. Anm. 2) statt „darin“: „in dieser Bekundung“. Für die Änderung am 14. 7. vgl. Nr. 19 Anm. 68. — Vgl. auch Nr. 25d Anm. 7.

<sup>9)</sup> Sten. Berichte Bd. 310 S. 3573: „Kämpfe“.

<sup>10)</sup> Sten. Berichte a.a.O.: „Volkes“.



## II.

### Der Siebenerausschuß



## 26.

## 14. 8. 1917: Haußmann (Tübingen) an Erzberger

Nachlaß Haußmann 18, Durchschlag.<sup>1)</sup>

Freundlichen Dank für Ihr Telegramm<sup>2)</sup>, das mich über Ihre Auffassung in willkommener Weise informiert. Ich neige der Ansicht zu, daß, wenn der Hauptausschuß auf Ende August einberufen wird, unsere interfraktionelle Konferenz gleichfalls eine oder zwei Sitzungen halten soll. Es liegt wieder recht viel neuer Stoff vor. Im Elsaß scheint man die Sache von oben herunter anstatt von unten herauf machen zu wollen, was ein verhängnisvoller Fehler wäre. Die Veröffentlichungen von Gerard<sup>3)</sup> und die stammelnde Antwort der Norddeutschen Allgem. Zeitung<sup>4)</sup> sind peinlich. Man wird vielleicht nicht im Hauptausschuß, weil dann die Angelegenheit doch durchsickert, aber seitens unserer Mehrheitskonferenz bitten müssen, uns authentisch Auskunft über die Besprechungen und Depeschenwechsel mit Österreich aus dem Juli 1914<sup>5)</sup> zu geben, damit wir in der Lage sind, die Position Deutschlands aus Überzeugung kräftig zu vertreten.

Es wäre mir wichtig, Ihre Ansicht kennenzulernen.

<sup>1)</sup> Anrede fehlt auch im Or. — Die Antwort Erzbergers s. Nr. 27.

<sup>2)</sup> Telegramm Erzbergers (Offenburg) an Haußmann (Tübingen) vom 12. 8. 1917, Ausfertigung im Nachlaß Haußmann 26: „Brief mit bestem Dank soeben hier erhalten / Bin Montag Berlin / Rückwärts gibt es nicht / vorwärts zum Frieden bleibt die Parole. Abg. Erzberger.“ Auf dem Telegrammformular befindet sich folgende eigenhändige Notiz Haußmanns: „Kurt Hahn [Vertrauter des Prinzen Max von Baden; nach dem maschinenschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, war Hahn am 17. 7. 1917 Haußmann in der ‚Deutschen Gesellschaft‘ von Dernburg vorgestellt worden] / Hotel Marquardt / Erhielt soeben [gestr.: von Erzberger] folgende Depesche: Dies bestätigt meine Auffassung. Haußmann.“ — Das Telegramm Erzbergers stellt die Antwort auf einen Brief Haußmanns vom 6. 8. 1917 dar (eigenhändige Ausfertigung im Nachlaß Erzberger 56, auf der Rückseite Konzept des oben mitgeteilten Telegramms in der Handschrift Erzbergers), in dem es heißt: „Wie kommt es, daß die ‚Riedlinger Zeitung‘ gegen die Reichstagsresolution schreibt, die sich als ein zweifellos richtiger Schritt schon heute u. vollends in der Zukunft erweist u. erweisen wird. Wenn die Wirkung nicht sofort u. in stärkerem Grad eindrückt, so sind die Anhängsel des Reichskanzlers [bezieht sich vermutlich auf die Wendung „wie ich sie auffasse“ in der Stellungnahme Michaelis' zur Friedensresolution am 19. 7. 1917; vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3572] wesentlich daran schuld, von denen wir wissen, wer sie veranlaßt hat.“

Die Fortschrit[tliche] V[olks-]P[artei] wird auf dem Standpunkt der Resolution beharren. Ich wünsche das Gleiche von Ihren Parteigenossen. Die Septembertagung wird politisch werden.“

<sup>3)</sup> James Gerard, ehemaliger amerikanischer Botschafter in Berlin. Vgl. Schulthess 1917/II S. 1000 ff. und HA 173. Sitzung, 23. 8. 1917.

<sup>4)</sup> Vom 13. 8. 1917. Vgl. Schulthess 1917/II S. 1000 ff.; ferner HA 173. Sitzung, 23. 8. 1917.

<sup>5)</sup> Vgl. dazu: „Die Österreichisch-Ungarischen Dokumente zum Kriegsausbruch“, Berlin 1923; Deutsche Dokumente I—IV; Roderich Gooss, „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges“, 2. Aufl., Wien 1919.

Die Rede von Fehrenbach aus Freiburg<sup>6)</sup> habe ich mit Interesse gelesen. Ich denke er wird an Stelle Spahns von Ihrer Partei als Vorstand<sup>7)</sup> vorgeschlagen werden.

Meine Adresse ist bis zum 22. Aug. „Tieringen, O.A. Balingen“.

Mit koll[egialer] Hochachtung

<sup>6)</sup> In einer öffentlichen Versammlung Anfang August 1917 (über den großen Einfluß, den die Drohung der sozialdem. Fraktion ausgeübt habe, sie würde eventuell die Kriegskredite ablehnen, wenn der Reichstag in der Friedensfrage nicht Farbe bekennen würde); vgl. Schulthess 1917/I S. 687.

<sup>7)</sup> Für den Hauptausschuß.

27.

16. 8. 1917: Erzberger an Haußmann (Tieringen)

Nachlaß Haußmann 26, Maschinenschrift.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Nachdem Seine Heiligkeit in die Friedensaufforderung bestimmte Vorschläge aufgenommen hat<sup>1)</sup>, halte ich es für dringend notwendig, daß der Ausschuß<sup>2)</sup> bald<sup>3)</sup> zusammenkommt. Wir können uns nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen und dann immer nur kritisieren, sondern wir haben das Recht und die Pflicht positiv mitzuarbeiten. Auch sonst liegt genügend neuer Stoff vor, wie Sie ganz recht sagen.

Was Sie über die Vorgänge im Juli 1914 sagen, findet meine vollkommene Unterstützung. Dieselben bedürfen einer eingehenden Untersuchung und es wird sich dabei zeigen, daß weite Kreise auch unter den Abgeordneten sich in einem schweren Irrtum befinden. Kurzum, die Gesamtlage ist so, daß wir bald zusammenkommen müssen und ich werde dieserhalb mit dem stellvertretenden Vorsitzenden<sup>4)</sup> Herrn Abgeordneten Südekum sprechen.

In kollegialer Begrüßung

M. Erzberger

Mitglied des Reichstags<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Der Friedensvorschlag des Papstes „An die Häupter der kriegführenden Völker!“ vom 1. 8. 1917, der Kaiser und Reichskanzler offiziell am 15. 8. überreicht worden war, ist abgedruckt bei Wippermann 1917/II, 1 S. 349 ff. und in Urkunden der OHL S. 423 ff.

<sup>2)</sup> Hauptausschuß.

<sup>3)</sup> „Ausschuß bald“ im Or., vermutlich von Haußmann, mit Rotstift unterstrichen.

<sup>4)</sup> Des Hauptausschusses. — Spahn, der bisher den Vorsitz des Hauptausschusses innegehabt hatte, mußte nach seiner Ernennung zum preußischen Justizminister aus dem Reichstag ausscheiden.

<sup>5)</sup> Am 18. 7. 1917 richtete Erzberger an Haußmann folgendes, nach Tieringen adressiertes Telegramm, das sich im Nachlaß Haußmann 26 befindet: „Anwesenheit dringend erwünscht / Innere und äußere Fragen wichtigster Art werden beraten. Abg. Erzberger.“ Von der Einberufung des „Ausschusses der Mehrheitsparteien“ für den 20. 8. 1917, 14 Uhr, wurde Haußmann durch ein am 16. 7. an seine Stuttgarter Adresse abgegangenes Telegramm des Reichstagsbüros verständigt; Ausfertigung im Nachlaß Haußmann 28.

## 28.

## 20. 8. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

28a: Nachlaß Südekum 56, Stenogramm (Kr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Sitzung des Ausschusses der Mehrheitsparteien vom 20. August [19]17“.

Payer eröffnet 2 Uhr. Dankt den Herren für Erscheinen.<sup>2)</sup>

Südekum legt die Vorgeschichte der Einberufung dar.<sup>3)</sup>

Naumann macht Mitteilung von der Stellung der Obersten Heeresleitung zur Resolution der Mehrheit: Verbot an die Zeitschriften, von der Zustimmung der West[-]Heeresleitung<sup>4)</sup> Mitteilung zu machen.

<sup>1)</sup> Vgl. WUA 7/II S. 135 f.

<sup>2)</sup> Die Nationalliberalen waren zu der Sitzung eingeladen worden. Stresemann entschuldigte sein Fernbleiben in einem Brief an Erzberger vom 18. 8. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 174 (6883), mit der Begründung, daß er „zu einer Sitzung des Hannoverschen Provinzialvorstandes der nationalliberalen Partei mit dem Mittagszug nach Hannover fahren“ müsse. Hingegen nahmen Junck und Richthofen (vgl. unten) teil.

<sup>3)</sup> Nämlich der Einberufung des Hauptausschusses auf den 21. 8. 1917. Vgl. dazu Westarp II S. 477; HA 173. Sitzung, 23. 8. 1917; Nr. 26 und Nr. 27. — Stresemann fragte am 17. 8. 1917 telegraphisch bei List und Schönaich-Carolath an, ob sie mit der Einberufung der nationalliberalen Fraktion für Dienstag (21. 8.) vormittag einverstanden seien. Er halte den Zusammentritt der Fraktion für notwendig; denn Erzberger habe ihm mitgeteilt, „daß Hauptausschuß Frage des gesamten Regierungswechsels und Papstnote behandeln“ solle; das Zentrum habe am 18. 8. Fraktionssitzung. Am 18. 8. schrieb Stresemann an den Justizrat Dinkgraeve in Aurich: „Vom Direktor des Reichstages wurde mir mitgeteilt, daß irgend welche Anträge auf Einberufung des Hauptausschusses nicht vorlägen. Wie mir mein Kollege Schiffer heute morgen noch sagte, ist man auch in den Kreisen der Regierung durch die Zusammenberufung des Hauptausschusses vollkommen überrascht. Auch der Präsident des Reichstages war nicht unterrichtet, daß Herr Dr. Südekum die Einberufung vor hatte. Anscheinend liegt hier ein neues Zusammenwirken des Zentrums und der Sozialdemokratie vor, welche im Anschluß an die Friedensnote des Papstes eine neue Aktion zu beabsichtigen scheinen. Demgegenüber ist natürlich höchste Vorsicht geboten, und da ich nach dem Tode Bassermanns wohl in auswärtigen Fragen die Fraktion im wesentlichen führen werde, muß ich auf dem Platze sein, und damit fallen leider alle Reisevorbereitungen ins Wasser.“ Durchschlag dieses Briefes und maschinenschriftl. Konzept der Telegramme an List und Schönaich im Nachlaß Stresemann 174 (6883).

<sup>4)</sup> Eine „West-Heeresleitung“ als Kommandobehörde existierte nicht. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß dieser Terminus hier als Synonym für OHL. benutzt ist. Denn nach der Auffassung der Mehrheitsabgeordneten kam die Stellungnahme Hindenburgs und Ludendorffs zur Friedensresolution am 14. 7. 1917 einer „Zustimmung“ gleich; vgl. Nr. 19 bes. auch Anm. 65 und 68. Vorstellbar wäre aber auch, daß die Ausführungen Friedrich Naumanns sich auf die Heeresgruppe Kronprinz beziehen. Kronprinz Wilhelm hatte zwar keineswegs der Veröffentlichung der Friedensresolution zugestimmt, sich jedoch mit einer im Juli 1917 — unmittelbar nach der Berufung Michaelis' — entstandenen Denkschrift, die er dem Kaiser, dem Reichskanzler und der OHL. einreichte, für den Gedanken eines „Verständigungsfriedens“ eingesetzt. In dieser Denkschrift, die bei Kronprinz Wilhelm S. 161 ff. auszugsweise abgedruckt ist, heißt es unter anderem: „Diktieren unsere Gegner den Frieden, dann ist der letzte Buchstabe hohenzollernscher, preußischer und deutscher Geschichte mit dem gleichen Federstrich geschrieben. Dazu darf es nicht kommen, und daher ist es unsere Pflicht, wenn es sein muß, auch auf einen Verständigungsfrieden einzugehen.“ Die erste Fassung der Denkschrift, bei deren Formulierung Victor Naumann beteiligt war, ist wiedergegeben bei V. Naumann,

**David:** Will zuerst die Frage des neuen Kabinetts<sup>5)</sup>, dann gleich Auswärtiges; da zuerst die Papstnote.<sup>6)</sup>

**Erzberger:** Damit einverstanden: zuerst die neuen Männer. Ob sich aber die Frage der Parlamentarisierung davon trennen läßt, ist zweifelhaft. Die Frage der Behandlung der Resolution wird dann beim Auswärtigen zu behandeln sein.

**Fehrenbach:** stimmt Erzberger zu. Die militärische Lage sollte vor dem Auswärtigen behandelt werden, weil sie die Grundlage ist.

**Gothein:** Da der Reichskanzler hat veröffentlichen lassen, daß er über die Papstnote sprechen will<sup>7)</sup>, so wird man ihn nicht daran hindern können.

**Erzberger:** Die offiziöse Ankündigung seiner Rede über die Papstnote war sehr unglücklich! Wir können dem Kanzler sehr gut nahelegen, daß wir eine andere Tagesordnung haben wollen.

**Mayer-Kaufbeuren:** Das Zentrum will die Frage Elsaß-Lothringen zunächst nicht verhandeln, bevor nicht die Antworten der Entente und der deutschen Regierung auf die Papstnote vorliegen.

**Gothein** bedauert diesen Beschluß. Elsaß-Lothringen ist brennend.<sup>8)</sup> Wir brauchen eine Erklärung des elsäß-lothringischen Landtages, daß sie ein selbständiger Bundesstaat werden wollen.

**Hauß:** Eine Verständigung zwischen den Kriegführenden kann nicht erfolgen, ohne daß das Land selbst vorher gesagt hat, was es will. Gerade die Papstnote zwingt uns, rasch zu handeln. Wir sollen hier den Antrag stellen, das Land zum Bundesstaat zu machen, daß der Ausschuß den Antrag sympathisch aufnimmt und daß dann der Elsaß-Lothringen-Landtag spricht. In Elsaß-Lothringen ist durch Zensur verboten, zu sagen, was es will. Das muß aber geschehen. In Elsaß-Lothringen hofft man jetzt auf die Autonomie. Man hofft jetzt auf den Ausschuß! Geschieht nichts, dann wird die Folge eine starke Enttäuschung sein. Von hier aus muß die Frage angepackt werden, und zwar rasch.

**Fehrenbach:** Die elsäß-lothringische Frage droht infolge der Äußerung des Kollegen Mayer-Kaufbeuren einen sehr großen Umfang anzunehmen. Die Zentrumsfraktion hat sich noch nicht festgelegt. Zunächst kommt morgen die elsäß-lothringische Frage noch nicht zur Erörterung.<sup>9)</sup> Darüber wollen wir in einem späteren Zeitpunkt sprechen. Behandeln wir zunächst das, was in den allernächsten Tagen geschafft werden muß.

---

Dokumente S. 463; zur Entstehungsgeschichte und für die friedensfreundliche Haltung des deutschen Kronprinzen und des Kronprinzen Rupprecht von Bayern s. auch V. Naumann, Dokumente S. 262 ff. (Brief an Hertling vom 21. 7. 1917) und ders., Profile S. 131 ff. Vgl. ferner Czernin S. 94 ff. sowie Kronprinz Rupprecht II S. 221 und 226 („14. Juli 1917 . . . Eben wird die Kriegszielerklärung bekannt, auf die sich die Mehrheitsparteien . . . geeinigt haben. Gegen den Inhalt . . . habe ich nichts einzuwenden, wohl aber gegen den Zeitpunkt, zu dem sie veröffentlicht wurde.“).

<sup>5)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 744 ff.; Helfferich S. 471 f.; Michaelis S. 36 f.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 27 Anm. 1.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 30 und Nr. 31b.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 24.

<sup>9)</sup> Die elsäß-lothringische Frage wurde im Hauptausschuß erst wieder am 28. 9. 1917 aufgegriffen. Vgl. HA 180. Sitzung und WUA 7/I S. 285.

**David:** Wir haben bereits über die Frage verhandelt und haben dem Reichskanzler schon eine Meldung darüber gemacht.<sup>8)</sup> Sachlich waren wir der Meinung von Hauß. Wir müßten unter uns über die Behandlung der Papstnote klar sein. — Wir müssen auch die polnische und litauische Frage behandeln. Darüber haben wir auch dem Kanzler Mitteilung gemacht, daß wir darüber sofort sprechen wollten.<sup>8)</sup> Parlamentarisierung später behandeln.

**Naumann:** Die besetzten Gebiete müssen als besonderer Punkt behandelt werden. Wir sollten noch eine andere Frage erörtern: In Ungarn will man die Selbständigkeit der ungarischen Armee mit ungarischer Heeressprache.<sup>10)</sup> — Hauß will alle Elsässer einladen auf Mittwoch.

### Die Papstnote.

**Payer** meint, daß wir eigentlich erst mal abwarten können, was die anderen sagen, da wir ja schon im voraus uns auf denselben Boden gestellt haben.

**Gothein:** Eine freundliche Begrüßung der Redner aller Mehrheitsparteien wäre wohl empfehlenswert.

**David:** Die Note bewegt sich auf dem Boden unserer Resolution. Frieden der Verständigung und der Dauer. Dafür sind ja auch die Nationalliberalen.<sup>11)</sup> Die Regierung muß diesen Grundgedanken begrüßen und sich zur Idee des Verständigungsfriedens bekennen. Der Kanzler sollte sich zur Begrüßung des Grundgedankens verstehen im Rahmen unserer Resolution.

**Erzberger:** Für den Reichstag liegt die Sache ziemlich einfach. Der Beschluß vom 19. Juli liegt vor. Die Regierung sollte sich nicht auf alle einzelnen Punkte der Note festlegen. Antwortnote nur in Fühlung mit dem Reichstag.

**Richthofen:** Welchen Einfluß wird der Reichstag auf die Gestaltung der Antwort nehmen? Das ist der kritische Punkt. Da kommen wir wieder auf die Frage der Parlamentarisierung!

**David:** Zunächst haben wir noch eine Frage, die wir entscheiden können: Soll die Note vor oder nach der Antwort der Entente von uns gegeben werden? Unsere Regierung sollte nicht davor zurückschrecken, sofort zu antworten. Aber wie werden wir Einfluß üben? Vielleicht werden wir eine Unterkommission einsetzen dafür.

**Junck:** Es wäre Aufgabe der Herren beim Reichskanzler<sup>12)</sup>, ihn zu bitten, sich möglichst wenig festzulegen und abzuwarten, was weiter geschehen wird. Wir müssen uns aber über die einzelnen Punkte aussprechen. Ist auf dieser Basis eine Verständigung überhaupt möglich?

**Fehrenbach:** Ich bin der Meinung, daß wir uns über den Zeitpunkt noch nicht äußern. Über die einzelnen Vertragsmodalitäten wollen wir uns später unterhalten; aber der Hauptinhalt ist in unserer Resolution niedergelegt. Jetzt haben

<sup>10)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang Oskar Regele, „Feldmarschall Conrad“, Wien und München 1955, S. 439 f.

<sup>11)</sup> Vgl. die Erklärung der Nationalliberalen in der Reichstagssitzung vom 19. 7. 1917; Sten. Berichte Bd. 310 S. 3585.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 29 und Nr. 30.

wir die günstige Gelegenheit, in die Sache selbst hineinzureden, auch ohne Parlamentarisierung. Aber diesen Moment dürfen wir nicht vorübergehen lassen. Die Regierung kann diesen Schritt nicht tun ohne intime Fühlung mit dem Reichstag. Unterausschuß ist zu bestellen! Dann wird die Regierung vielleicht sagen: besser wäre dann die Parlamentarisierung.

**Haußmann:** Eine diskrete Behandlung der Sache direkt mit der Regierung ist im höchsten Grade erwünscht. Wenn wir ihm<sup>13)</sup> morgen sagen, er solle möglichst wenig sagen, dann kommt aus dem Hauptausschuß wieder nichts heraus! Das ist auch kein guter Dienst für den Papst. Wenn man ihn nämlich nur lobt, dann reklamiert man ihn für die Mittelmächte. Der Kanzler kann nur einmal antworten, in der Note selbst, und zwar erst nach Übereinstimmung mit dem Reichstag. Also muß man erst etwas anderes im Ausschuß behandeln als die Note.

**Erzberger:** Der Verlauf der Debatte gibt den Ausführungen von Haußmann recht. Wir sollten dem Kanzler sagen, daß er morgen noch nicht zur Papstnote sprechen könne. Gleichfalls sagen wir ihm, daß in ständiger Fühlungnahme mit dem Hauptausschuß die ganze Antwortnote durchgesprochen wird. Dann kommen wir aus der verfahrenen Situation heraus.

**Richthofen:** Dann ist aber die Frage der Parlamentarisierung als erste zu behandeln und die Wahl des Unterausschusses.

**David:** Das Bild hat sich etwas verschoben. Man kann nicht ganz daran vorübergehen.

**Herold:** Der Reichskanzler sollte sich auch nicht zu freundlich zur Papstnote stellen. Wenn wir einen Unterausschuß ernennen, dann wird die Fühlung sehr gut erhalten, vielleicht besser als durch die Parlamentarisierung. Vielleicht sollte man diese Unterkommission unter der Hand machen, oder durch formellen Beschluß des Ausschusses.<sup>14)</sup>

**Gothin:** Alle unsere Aktionen waren zu diplomatisch; da hat das Ausland immer gesagt, wir machten keinen Ernst. Der Kanzler muß klipp und klar sprechen. Die Frage des Unterausschusses ist gefährlich. Keine Subkommission: aus unserer Mehrheit heraus ist ein Ausschuß bereit, mit dem Kanzler die Feststellung der Note zu machen. Wir müssen dann also den Ausschuß aus den Mehrheitsparteien wählen.

**Junck:** Der Reichskanzler will morgen die Stellung Deutschlands festlegen! Er will sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen. Er wird wohl auch wieder mit seiner Idee kommen, einen Reichsrat<sup>15)</sup> einzusetzen.

**Payer:** Der richtige Weg wäre wohl, wenn der Kanzler mit einem einzigen Satz seine Freude aussprechen würde darüber, daß die päpstliche Note sich auf den Boden unserer Resolution stellt. Ob er so handeln will, weiß ich nicht. Zu den

<sup>13)</sup> Dem Reichskanzler.

<sup>14)</sup> Hauptausschuß.

<sup>15)</sup> Vgl. Nr. 9, Nr. 10 und Nr. 11. In einem eigenhändigen Brief Fischbecks an Haußmann vom 30. 7. 1917, Nachlaß Haußmann 114, der Haußmann über den Stand der „Neuordnung der Dinge“ orientiert, heißt es u. a., daß man in der Regierung die Idee des Reichsrats fallen gelassen habe; er (Fischbeck) habe auch nicht daran zweifeln lassen, „daß wir Gegner dieses Instituts sind.“

Einzelheiten soll er noch nicht Stellung nehmen. Er soll sich noch nicht festlegen. Der Reichskanzler wird nicht bloß mit der Mehrheit arbeiten wollen, sondern will wohl auch die Minderheiten hören. Morgen können wir davon aber noch nicht reden.

**Ebert:** Ich bedaure, daß die Sache so gelaufen ist. Wenn wir im Ausland Vertrauen gewinnen wollen, so müssen wir zeigen, daß das Parlament entscheidenden Einfluß hat. Daran zweifelt man eben. Deshalb muß zum Ausdruck gebracht werden, daß der Reichstag gewillt ist, entschieden seinen Einfluß geltend zu machen. Der Kanzler darf dann also nicht reden. Parlamentarisierung und dann Einsetzung eines Ausschusses.

**Erzberger:** Der Kanzler hat das Bestreben, die Führung zu behalten. Wir wollen aber keine feste Marschrouten, ohne sie zu erkennen. Ergibt sich eine Differenz mit dem Kanzler, dann muß morgen die Sitzung ausfallen.

**Haußmann:** Wenn der Reichskanzler zur päpstlichen Note spricht, dann kommt es nur auf Belgien an. Sagt er darüber etwas, ohne sich mit uns verständigt zu haben, so sprengt das die ganze Gemeinschaft. Deshalb müssen wir die Bitte aussprechen, er möchte uns mitteilen, was er zur Note sagen will.

**David:** Wenn der Reichskanzler sich nicht in der Linie bewegt, wie wir es wünschen, dann wird die Folge sein, dann wird eine scharfe außenpolitische Debatte einsetzen. Oder er darf es zunächst nicht tun.

**Richthofen:** Die Rede des Reichskanzlers liegt fertig vor. Wenn die Erklärungen nicht genügen, wenn sie uns festlegen wollen, dann ist ein Konflikt: dann nicht Sitzung stattfinden lassen.

**Mayer-Kaufbeuren:** Bei der Frage der Parlamentarisierung kommt es auf die Frage des Vizekanzlers.

28b: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 20. 8. 1917.

2 Uhr: Interfraktionelle Besprechung. Unklarheit. Mein Plan: Vorstoß gegen die Alldeutschen; Friedensresolution.

## 29.

21. 8. 1917, vorm.: Besprechung des Reichskanzlers Michaelis  
mit den Fraktionsvorständen

Nachlaß Stresemann 174 (6883), eigenhändig mit stenographischen Einschüben. Überschrift: „Besprechung bei Michaelis“.<sup>1)</sup> Nachträgliche handschriftl. Datierung „1916“ und „Aug./Sept. [19]17?“. — Stenographische Einschübe durch *Kursivdruck* hervorgehoben.

Hinweis auf Aufsatz „Vorwärts“.<sup>2)</sup> 24. Juli<sup>3)</sup> Frage an Michaelis wie er sich stelle. Kundgebung<sup>4)</sup> könne nur begrüßt werden.

[Michaelis:]<sup>5)</sup> *Ich stand unter dem Eindruck, man identifiziere mich völlig mit der Resolution. Diesem Eindruck wolle er entgegenreten.*<sup>6)</sup> Reichstag 19./20.7) Juli.<sup>8)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. WUA 7/II S. 136 (= SPD-Fraktion, 24. 8. 1917), Bericht Eberts über die „Besprechung des Kanzlers mit sämtlichen Fraktionsvorständen“. Ferner Helfferich S. 477. — Nach der telegraphischen Einladung, Nachlaß Stresemann 174 (6883), war die Sitzung auf 9 Uhr vormittags einberufen.

<sup>2)</sup> Am 20. 7. 1917 hatte der „Vorwärts“ erklärt, daß Michaelis mit seiner Reichstagsrede vom 19. 7. „die Macht der Tatsachen anerkannt und das Friedensprogramm des Reichstags angenommen“ habe. Als Redner habe er zwar enttäuscht („Geheimratsrede“), doch „im ganzen hat man den Eindruck eines Mannes, der tastend seinen Weg sucht. Er wird es nicht leicht haben.“ Zitiert nach „Frankfurter Zeitung“, 20. 7. 1917, Abendblatt. — Am 29. 7. begrüßte der „Vorwärts“ — wie die „Frankfurter Zeitung“, 30. 7. 1917, Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 29. 7.), meldete —, daß sich der Kanzler beim Empfang der Pressevertreter am 28. 7. klar zum Friedensprogramm des Reichstags bekannt habe. — Einer dieser beiden „Vorwärts“-Artikel ist wahrscheinlich gemeint.

<sup>3)</sup> Das Datum ist vermutlich nicht korrekt. Die von Stresemann mitgeschriebene Bemerkung könnte sich auf die Konferenz im Garten des Reichsamts des Innern am 14. 7. 1917 beziehen; vgl. Nr. 19 bes. auch Anm. 65. Denkbar wäre ferner eine Anspielung auf die Ausführungen Michaelis' beim Empfang der Pressevertreter am 28. 7. 1917; vgl. „Frankfurter Zeitung“, 29. 7. 1917, 2. Morgenblatt (WTB-Bericht) und Schulthess 1917/I S. 731.

<sup>4)</sup> D. h.: die Friedensresolution.

<sup>5)</sup> Obgleich im Or. eine Sprecherangabe fehlt, können die folgenden Ausführungen Michaelis zugeschrieben werden, während die Frage nach der Urheberschaft der von Stresemann stichwortartig notierten einleitenden Äußerungen offen bleiben muß.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 30.

<sup>7)</sup> Michaelis hatte nur in der Plenarsitzung vom 19. 7. 1917 das Wort ergriffen.

<sup>8)</sup> Vgl. WUA 7/II S. 136 (s. Anm. 1): Der Kanzler habe „eine bemerkenswerte Erklärung darüber abgegeben, wie er in seiner Rede zur Friedensresolution der Mehrheit am 19. Juli zu der vielumstrittenen Wendung ‚wie ich sie auffasse‘ gekommen ist. Er habe aus dem Hause heraus den Eindruck gehabt, daß er im Sinne auch vieler Einbringer der Resolution reden würde, wenn er doch nicht die reine, vorbehaltlose Zustimmung zur Resolution aussprechen würde. Da sei er impulsiv, ohne daß er sie vorher in das Manuskript seines Vortrages aufgenommen, zu jener Einschaltung gekommen. Es sollte damit aber an den Vereinbarungen, die er mit den Mehrheitsvertretern getroffen, nichts geändert werden.“ — Übereinstimmend Helfferich S. 477: „Die Mehrheitsparteien stellten ferner den Kanzler wegen der Worte ‚wie ich sie auffasse‘ in seiner Reichstagserklärung vom 19. Juli zur Rede. Der Kanzler erklärte, daß diese Worte eine Augenblickseingebung gewesen seien und daß es ihm ferngelegen habe, die Loyalität gegenüber den Mehrheitsparteien zu verletzen.“ — Vgl. ferner die nachträgliche Interpretation des Vorgangs bei Michaelis S. 328 f.

Also Papstnote kurz nach R[eichstag]sresolution / Anregung *sympathisch begrüßen*. Objektive Beurteilung.<sup>9)</sup> [*Beantwortung*]<sup>10)</sup> *beabsichtigt nicht auf einzelne materielle Dinge einzugehen.*<sup>11)</sup> *Wir werden Friedenshand, die uns entgegengestreckt wird, nicht ausschlagen.*

**Ebert:** Man soll warten bis Bundesgenossen sprechen.

**Erzberger:** Zurückhaltende Zustimmung.

Mertin

Payer

**Mayer-Kaufbeuren:** *Es muß der Eindruck vermieden werden, als ob Deutschland dringend den Frieden wünsche.* Österreich darf nicht allzu laut zustimmen.

**David:** Note entspricht früheren Beschlüssen des Parlaments.

Michaelis

Paasche

**Erzberger:** Subkommission betr. Beantwortung der Papstnote.<sup>12)</sup>

**Fehrenbach:** *Sympathische Begrüßung in möglichst zurückhaltender Form. Der Reichskanzler wird Gewicht darauf legen, nicht ohne Fühlungnahme mit der Volksvertretung an die Beantwortung heranzutreten.*

[Schönaich-]Carolath

<sup>9)</sup> Erzberger berichtet in einem Brief an Pacelli vom 21. 8. 1917, Durchschlag im Nachlaß Erzberger 18, daß sich Michaelis in der vertraulichen Besprechung mit den Parteiführern „naturgemäß viel freier als im Hauptausschuß“ geäußert habe. Er habe „mit allem Nachdruck . . . die Objektivität“ des Heiligen Stuhls hervorgehoben. Die Antwort Czernins [bezieht sich wahrscheinlich auf Michaelis' Brief an Czernin vom 17. 8. 1917; im vollen Wortlaut mitgeteilt bei Czernin S. 214—218, auszugsweise bei Michaelis S. 333—335] sei noch nicht eingetroffen. Über den weiteren Verlauf der Besprechung heißt es, daß „nur die Konservativen einen Vorbehalt betreffs der materiellen Zustimmung zur Friedenskundgebung“ gemacht hätten. Michaelis habe auf seinen, Erzbergers, Vorschlag auch zugestimmt, dem Reichstag Gelegenheit zur Mitarbeit an der Antwort auf die Papstnote zu geben. „Das Konzept für die Antwort der deutschen Regierung“, betont Erzberger, „soll ich gemeinsam mit Herrn Baron von Bergen aufstellen. Ich glaube sagen zu dürfen, daß es dann so ausfällt, daß die Friedensaktion Aussicht auf Erfolg hat.“ — Es dürfte unwahrscheinlich sein, daß Michaelis bzw. Kühlmann Erzberger diesen Auftrag in der Sitzung erteilt hat, obgleich der Wortlaut des Briefes für diese Annahme sprechen könnte. In dem Antwortbrief Pacellis vom 24. 8. 1917 heißt es, die Antwortnote solle „in allgemeinen Ausdrücken gehalten sein, ohne in Einzelheiten einzugehen.“ Darauf bezieht sich ohne Zweifel der folgende Passus bei Erzberger S. 276: „Es war mir angedeutet worden, daß die Antwortnote wohl in allgemeinen Ausdrücken gehalten werden könne, ohne in Einzelheiten einzugehen, daß aber die Annahme im Prinzip ausgesprochen werden müsse. Darüber verständigte ich mich mit dem Staatssekretär von Kühlmann.“ Vgl. dazu Anm. 11.

<sup>10)</sup> Nach dem stenographischen Schriftbild des Or. als „Veränderung“ entziffert, sinngemäß jedoch nur „Beantwortung“ oder „Antwort“ möglich.

<sup>11)</sup> Nach Deuerlein S. 298 hatte Michaelis bereits am 20. 8. 1917 im Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten erklärt: „Der Papst erwarte nicht, daß bei der Beantwortung der Note auf Einzelheiten eingegangen werde. Er erwarte nur eine allgemein zustimmende Antwort auf den allgemeinen Friedensvorschlag.“ Im gleichen Sinne referierte der Hanseatische Gesandte Sieveking am 25. 8. 1917 die Mitteilung des Kanzlers (zitiert nach Hoop S. 50): „die Kurie habe vertraulich gebeten, die Antwort ganz allgemein zu fassen und ausdrücklich ersucht, nicht auf materielle Fragen einzugehen.“ — Vgl. auch Anm. 9.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 28 und Nr. 30.

**Mertin:** *Es wäre unverantwortlich, wenn eine Fühlung mit dem Reichstag nicht erfolgte.*

**Michaelis**<sup>13)</sup>

<sup>13)</sup> Vgl. David, Kriegstagebuch, 21. 8. 1917: „Vormittags: Vertrauliche Besprechung der Parteiführer bei Michaelis. Seine Entschuldigung des ‚wie ich sie auffasse‘.“ Zum Ergebnis der Konferenz vgl. auch WUA 7/II S. 136 (s. Anm. 1): „Mit großem Nachdruck sei dann bei dieser Besprechung mit dem Reichskanzler von den Mehrheitsparteien das Begehren vertreten worden, einen entscheidenden Einfluß auf die Beantwortung der Papstnote auszuüben. Der Kanzler habe zusagend geantwortet; aber er wolle sich das nicht abtrotzen lassen, sondern man solle das seiner Initiative überlassen.“ Ferner Helfferich S. 477: „In der vertraulichen Vorbesprechung, die am 21. August stattfand, war die Papstnote und die auf sie von der deutschen Regierung zu erteilende Antwort natürlich der wichtigste Gegenstand. In der Ablehnung einer Preisgabe Elsaß-Lothringens bestand Einigkeit. Dagegen gingen die Meinungen in der belgischen Frage erheblich auseinander.“

### 30.

#### 21. 8. 1917, vorm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 56, Stenogramm (Kr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Sitzung vom 21. August. Mehrheitskommission.“

**Payer:**<sup>2)</sup> Der Kanzler will reden<sup>3)</sup> über die Situation, und zwar nicht vertraulich. Auch die Diskussion soll nicht vertraulich sein. Er wird auch auf die päpstliche Kundgebung zu sprechen kommen, aber nur mit zwei kurzen Bemerkungen: nicht von den Mittelmächten veranlaßt, sondern Sympathie mit dieser Friedenskundgebung ausdrücken. Weiter will er nichts sagen. Dann sollen die Parteiführer womöglich noch kürzer als er dazu Stellung nehmen. Beschluß: weitere Behandlung der Friedensfrage zurückzustellen. Wir haben diese Zurückstellung für notwendig erachtet, weil noch die Bundesgenossen gefragt werden müssen und weil jetzt eigentlich die Regierungen der Entente Stellung nehmen müßten. Wir haben noch angeregt, daß die Regierung Fühlung behalten soll mit der Volksvertretung bei der Beantwortung der Note. Erzberger hat einen Unterausschuß<sup>4)</sup> vorgeschlagen. Dagegen sind Bedenken erhoben. Der Reichskanzler hat gesagt, daß es in seiner Absicht liege, bei der Beantwortung Fühlung mit der Volksvertretung zu halten. Über die Form dieser Fühlungnahme könnten wir uns im Laufe dieser Tage verständigen.

**Ebert** fragt nach der Einschaltung.<sup>5)</sup>

**Payer:** Da hat er eine etwas gewundene Erklärung gegeben.<sup>6)</sup> Keine Illoyalität beabsichtigt. Die mißverständliche Auffassung ist ihm schmerzlich. Er hat nur

<sup>1)</sup> Vgl. WUA 7/II S. 135 f.

<sup>2)</sup> Berichtet über die Unterredung des Kanzlers mit den Fraktionsvorständen. Vgl. Nr. 29.

<sup>3)</sup> Im Hauptausschuß, der am gleichen Tage 14 Uhr 15 zusammentrat.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 28 und Nr. 29.

<sup>5)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3572 („wie ich sie auffasse“).

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 29 bes. auch Anm. 8.

das Gefühl gehabt, das sich ihm auch noch während der Rede aufgedrängt habe, daß er sich nicht identifizieren will mit der Kundgebung des Reichstags, sondern daß er eine selbständige Stellung einnehmen müsse. Die Form hat er ziemlich preisgegeben. Man hat ihm gesagt, daß man darüber sehr verstimmt gewesen ist, über die Abweichung. Er hat sich auf mangelnde parlamentarische Erfahrung berufen. — Die Veröffentlichung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung<sup>7)</sup> wurde von allen Seiten als unrichtig bezeichnet. Das ist von der Presseabteilung geschehen. Ohne Wissen des Reichskanzlers und ohne Wissen des Auswärtigen Staatssekretärs.

Die Konservativen haben sich für den Fall, daß der Versuch gemacht würde, die päpstliche Kundgebung materiell für die Friedensfrage zu verwerten, vorbehalten zu erklären, daß sie sich durch Einzelheiten nicht für gebunden erachten.<sup>8)</sup>

**David:** Die Erklärungen der Parteiführer sind doch wohl so gedacht, daß sie einen Punkt der Tagesordnung für sich bilden?

**Payer:** Das ist eigentlich nicht beabsichtigt.

**Haußmann:** Was will der Reichskanzler über das Auswärtige sagen?

**Payer:** Das hat er nicht gesagt. —

**Haußmann:** Die Welt wartet doch auf eine Rede von Michaelis.

**Gothein:** Hat er sich über die Frage Belgien geäußert? — Antwort<sup>9)</sup>: Nein, kein Wort.<sup>10)</sup> — Auf diesem Gebiete müssen wir volle Klarheit haben.

**Südekum** vermißt die Frage nach einer klaren Erklärung des Reichskanzlers. Schlechter Eindruck im Ausland.

**Herold:** Man sollte das Ministerium nicht zu sehr schlechtmachen. Es muß freie Kritik geübt werden, aber maßvoll. Die Verhandlungen müßten vertraulich sein. Aber selbst wenn sie vertraulich sind, muß man sich die größte Beschränkung auferlegen. Die wichtigsten Dinge müssen im engsten Rahmen der Unterkommission verhandelt werden.

**Payer:** Wir haben den Auftrag korrekt erfüllt. Wir haben die beiden Punkte erreicht: keine Erklärung über die Papstnote, Mitarbeit des Parlaments bei der Note.<sup>11)</sup>

**Gothein:** Die Diskussion über die auswärtige Politik wird demnach vorläufig vertagt. Was die Frage des Ministeriums anlangt, so würde ich nicht für zweckmäßig halten eine Kritik der berufenen Personen. Aber ich meine, mit aller Entschiedenheit sollten wir den Standpunkt vertreten, daß derartige Halbheiten

<sup>7)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 19. 8. 1917, 2. Morgenblatt (WTB-Meldung aus Berlin vom 18. 8.): „Die ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung‘ schreibt: In der für nächsten Dienstag [21. 8.] anberaumten Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags wird der Reichskanzler das Wort nehmen und sich auch, wie wir hören, zu der Kundgebung des Papstes äußern.“ — Vgl. ferner Nr. 28 und Nr. 31b.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 29 Anm. 9; ferner HA 171. Sitzung, 21. 8. 1917.

<sup>9)</sup> Antwort Payers auf die Frage Gotheins.

<sup>10)</sup> S. dagegen Nr. 29 Anm. 13 (Helfferich), wo allerdings von einer Stellungnahme des Kanzlers nicht ausdrücklich die Rede ist.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 28 und Nr. 29.

kein Vertrauen im Inland und Ausland erwecken.<sup>12)</sup> Der Reichstag muß hier reden. Der einzige Weg ist, daß eine Anzahl von Vertrauensmännern der Mehrheitsparteien — nicht im Sinne einer Politik der Diagonale — tatsächlich als Staatssekretäre ohne Portfeuille ins Ministerium eintreten. Gleichzeitig muß Vorsorge getroffen werden, daß diese Staatssekretäre in gemeinsamer Beratung die wichtigsten Dinge behandeln. Dadurch kommen sie wenigstens zur Kenntnis der Sachen, und als Vertrauensmänner können sie jederzeit ausscheiden und dadurch Einfluß gewinnen.

**David:** Die Behandlung der Papstnote hatten wir nicht als wünschenswert angesehen. Man ist sich jetzt über einen Mittelweg einig geworden. Nun die Frage Belgien. Hat die größte Bedeutung; namentlich deswegen aktuell geworden,

<sup>12)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang den bereits zitierten Brief Fischbecks an Haußmann vom 30. 7. 1917 (s. Nr. 28 Anm. 15). Dort heißt es: „... In den nächsten Tagen wird ja nun die Neuordnung der Dinge im Reich definitiv erfolgen. Man hat diesmal die Höflichkeit gehabt, uns unter dem Siegel allerstrengster Diskretion von den Absichten und in Aussicht genommenen Personen zu unterrichten. Die Berufung von Parlamentariern scheidet aus.“ Weiterhin berichtet Fischbeck über die zukünftige Stellung Helfferichs als Vizekanzler und die Teilung des Reichsamts des Innern. Ob Wallraf und Schwander annehmen würden, habe bei seiner Abreise aus Berlin noch nicht festgestanden. Schwander sei als „Parteigenosse“ zu begrüßen. Kühlmann werde annehmen. — Ferner die massive Kritik Dernburgs (Berlin) in einem umfangreichen Brief an Haußmann vom 6. 8. 1917 (4 Schreibmaschinenseiten, Eilboten, Einschreiben; Nachlaß Haußmann 114). Dernburg erklärt, das Resultat der Ernennungen sei folgendes:

1. Auch nicht die kleinste Konzession an den Parlamentarismus; man habe überlegterweise den preuß. Parlamentarier ins Reich und den Reichstagsabg. nach Preußen genommen.
2. „Offenbarer Versuch, Zentrum und Nationalliberale mit Ämtern zu bestechen. Zur Zentrums- patronage muß in Zukunft neben dem Preußischen Justizministerium auch das Reichsamt des Innern, das der ziemlich klerikale Wallraf bekommen hat, gerechnet werden, also grundsätzlicher Versuch, eine Mehrheit der Linken nicht zustande kommen zu lassen, divide et impera!“
3. Entwicklung aller Ämter nach rechts. Mit Ausnahme von Sydow und Spahn sei die Neuorientierung „durch ein streng konservatives Ministerium“ in Preußen ausgedrückt. Hinzu komme, daß Michaelis vorerst nicht, mindestens nicht im Herbst, das preuß. Wahlrecht bringen wolle.

Im Reich habe sich gar nichts geändert. Ob Kühlmann selbständig sei und sich durchsetzen könne, wisse man noch nicht. Helfferich könne überall eingreifen und habe keine Verantwortung; er habe das ganze Ministerium zurechtgemacht. „Die ganze Sache ist weder für den Kanzler, noch für Herrn Helfferich, noch für das Große Hauptquartier, noch für das Zivilkabinett kreditabel. Infolgedessen lacht doch die ganze Welt, um eine tiefe Verstimmung zu verdecken; es wird aber nicht lange dauern, so gibt diese die Signatur . . .“ Die drei Resolutionsparteien müßten 1. jetzt zusammenstehen, 2. den Posten des Staatssekretärs ohne Portfeuille und Vertreters des Reichskanzlers ablehnen; dann könne „man mit dem Ausland reden, ohne sich ohne weiteres lächerlich zu machen . . .“.

Schönaich-Carolath urteilte in einem Brief an Richthofen vom 6. 8. 1917, Ausfertigung im Nachlaß Richthofen 6, folgendermaßen: „Nun hat der Berg die Maus geboren. Ein lächerlicher Vorgang, dazu sind vier Wochen Überlegung notwendig gewesen. Es wird in weitesten Kreisen große und berechtigte Enttäuschung hervorrufen, bei mir nicht, denn ich habe nichts erwartet. Der neue Herr, welcher sich mit Parlamentariern umgeben wollte, hat ja mit großer Geschicklichkeit gerade den Reichstag nahezu völlig ausgeschaltet. Es wird sich nur fragen, ob letzterer das mit der Ruhe und Ergebenheit hinnimmt, wie dies vorausgesetzt zu werden scheint.“

weil Asquith in seiner letzten Rede<sup>13)</sup> dreimal die Frage gerichtet hat, wie die deutsche Regierung zu dieser Frage stehe. Dies muß beantwortet werden. Aber am besten im Zusammenhang bei der Beantwortung der Papstnote! Dann haben wir auch den Einfluß auf die Gestaltung dieser Antwort. Darum auch heute diese Sache herauszulassen. Dabei wird auch am besten eine Erklärung hinsichtlich Belgiens abgegeben werden. Kommen wir unvorbereitet in die Frage Belgiens hinein, dann wird nichts herauskommen, was die Friedensbewegung in England fördert.

Dann bleibt die allgemeine politische Debatte unter Ausschaltung der Papstnote einschließlich Belgiens, Polens und Elsaß-Lothringens. Was bleibt dann noch? Diese Debatte wird eine Auseinandersetzung gegen die Alldeutschen im Lande sein, die alles getan haben, um gegen die Reichstagsmehrheit zu wählen. In diesem Teile müßte die Debatte nicht vertraulich geführt werden. Dabei wird man auch auf die U-Boot-Frage eingehen müssen. Helfferich hat seine Zahlen der Öffentlichkeit mitgeteilt und hat dadurch das Bild zerstört, das im Ausschuß gegeben worden war.<sup>14)</sup> Seine Darstellung läuft darauf hinaus, die Illusion des Publikums wieder aufzubauen. Darauf stützen sich dann die Alldeutschen. Im engsten Zusammenhang stehen dann damit die Äußerungen des Reichskanzlers der Berliner Presse gegenüber, die bestätigen, daß Czernin auf dem Boden der Reichstagsresolution steht. Michaelis hat sich dagegen verwahrt, daß er nicht auf dem Boden der Resolution stehe.<sup>15)</sup>

Die Frage der Parlamentarisierung sollte man aus dieser Erörterung herauslassen und sollte sie besonders behandeln.

**Liesching:** Die Rede des Reichskanzlers über die auswärtige Politik wird sich vermutlich auf ein paar nichtssagende Redensarten beschränken. Das wird keinen Anlaß zu einer langen Debatte geben. Wir werden an die auswärtige Politik später herantreten. Es wird nicht zu umgehen sein, daß in dieser Tagung des Ausschusses das Verhältnis der Zivilgewalt zur Militärgewalt gerade im Anschluß an die Resolution noch einmal zur Sprache kommt. Die Militärverwaltung wirkt an der Front gegen die Resolution.<sup>16)</sup> Ich halte es für zweckmäßig, daß das gründlich besprochen wird.

Wenn die U-Boot-Frage erneut aufgerollt wird, dann muß wieder vertraulich verhandelt werden. Dann kann die Frage der Parlamentarisierung nicht im Rahmen dieser Debatte erörtert werden.

**Herold:** Wenn über die Friedensresolution geredet wird, so kann das ruhig öffentlich geschehen. Es ist von großer Bedeutung, welche Stellung die Nationalliberalen bei dieser Erörterung einnehmen. Sie haben sich ja formell nicht an-

<sup>13)</sup> Am 26. 7. 1917 im Unterhaus. Vgl. Schulthess 1917/II S. 315 f.; dazu auch Haußmann S. 144.

<sup>14)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 752; Erzberger S. 226; HA 172. und 173. Sitzung, 22. und 23. 8. 1917.

<sup>15)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 731 und 1917/II S. 164. S. auch Nr. 29 Anm. 3.

<sup>16)</sup> Vgl. HA 172. und 173. Sitzung, 22. und 23. 8. 1917; ferner HA 187. Sitzung, 8. 10. 1917; Sten. Berichte Bd. 310 S. 3714 ff. (6. 10. 1917), 3765 ff. (9. 10. 1917); Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 366 f., 386 f.; Nicolai S. 119 ff.

geschlossen, obschon ihre eigene Erklärung<sup>17)</sup> verwandt ist. Bei der Fühlungnahme, hat Gothein vorgeschlagen, sollten nur die Mehrheitsparteien sein<sup>18)</sup>; aber wenn es sich um den Frieden handelt, da haben doch alle Parteien ein großes Interesse daran.

**Haußmann:** Wir kommen jetzt auf ein Gleis der heutigen Verhandlungen, das mir unzweckmäßig erscheint. Michaelis beging einen Fehler mit der Papstnote<sup>19)</sup> und ist dadurch genötigt, ein Kollektivurteil abzugeben, das keine Nuancierung kennt. Er verführt uns, auf denselben Boden zu treten. Das präjudiziert uns. Da die päpstliche Note beinahe alle auswärtigen Fragen behandelt, so wäre damit eine Nichtbehandlung aller wichtigen Fragen nötig. Wir sind dann genötigt zu einer Verteidigung unserer früheren Haltung. Das führt zu nichts. Wenn das in die Öffentlichkeit hinausgeht, dann gewinnt das Ansehen des Reichstags ganz gewiß nicht. Die Abwehr der Alldeutschen könnte ein einziger Redner übernehmen im Auftrag der drei Parteien.

Wenn man über die auswärtige Politik sprechen will und die wichtigsten Punkte nicht berühren darf, dann gibt es eine ganz farblose Äußerung. Dann ist es viel richtiger, Herrn Michaelis allein reden zu lassen. Und dann wieder beraten.

**Naumann:** Wollte ungefähr dasselbe sagen. Schlage vor: wir einigen uns, Auskünfte über eine Reihe konkreter Dinge der auswärtigen Politik zu verlangen, aber die allgemeinen Fragen noch zurückzulassen. Als Fragen konkreter Art halte ich: Sonderstellung der Bulgaren; ob und welche Vorbesprechungen mit gewissen Kreisen der Rumänen stattgefunden haben; dann die kommende Verschiebung zwischen Österreich und Ungarn; dann Auskunft über die U-Boot-Frage; Helfferich muß seine Angaben mit den Angaben von Lloyd George vergleichen.<sup>20)</sup>

**David:** Die Friedensfrage wird bei der Erörterung der Friedensresolution behandelt werden können.

<sup>17)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3585. Von einer Verwandtschaft mit der Resolution der Mehrheitsparteien könnte allerdings nur in Hinblick auf einen Absatz der Erklärung gesprochen werden („Aber auch heute noch bekennen wir uns zu dem Satz der Thronrede . . .“).

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 28.

<sup>19)</sup> Vgl. oben, bes. auch Anm. 7.

<sup>20)</sup> Vgl. HA 172. und 173. Sitzung, 22. und 23. 8. 1917. — Für das Geheimabkommen zwischen Deutschland und Bulgarien vom 6. Sept. (24. Aug.) 1917 vgl. Vertrags-Ploetz S. 254 und Hohlfeld II S. 319. In diesem Zusammenhang auch Erzberger S. 265: „Der Verzicht auf Annexionen [durch die Friedensresolution] hatte unter meinen bulgarischen Freunden eine gewisse Unruhe hervorgerufen, worauf ich ihnen deponierte, daß der Schlußsatz, der für Deutschland und seine Verbündeten das Recht auf Leben und Entwicklung forderte, für Bulgarien die Vereinigung aller Bulgaren in einem Staat bedeute, worauf dort Beruhigung eintrat.“

## 31.

## 21. 8. 1917, nachm. : Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

31a: Nachlaß Südekum 56, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Nachmittagssitzung“.

Die Nationalliberalen haben über die Beteiligung beraten.<sup>2)</sup> Es ist beschlossen worden, daß 5 Herren<sup>3)</sup>, je nach Bedarf, offiziell beauftragt worden sind, sich zu beteiligen.

**Ebert** regt an, über Parlamentarisierung zu sprechen. Regt die Frage der Teilung des Reichsamts des Innern an. Jetzt Zweiteilung: Wirtschaftsamt und Allgemeines Amt.<sup>4)</sup> Wir haben immer angestrebt ein Reichsarbeitsamt, für große sozialpolitische Aufgaben.<sup>5)</sup>

**Gothein**: Habe schon früher diese Idee angeregt.

**Scheidemann**: Roedern hat vorgeschlagen Einteilung in zwei Teile: Kulturfragen, Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte die zweite Abteilung sein.

**Fehrenbach**: Bei der jetzigen Teilung der Ämter bleibt beim Politischen Amt verhältnismäßig wenig.

**David**: Die Politische Abteilung wird doch nicht so ausgehöhlt sein. Sie hat an sich noch sehr viele Aufgaben. Es wäre doch besser, eine Dreiteilung stattfinden zu lassen. Jede Abteilung müßte eine Persönlichkeit zum Leiter haben, der die volle Verantwortung trägt. Die Stellung Helferichs<sup>6)</sup> ist sehr merkwürdig. Der zukünftige Leiter des verkleinerten Politischen Amts des Reichsamts des Innern sollte auch der Vertreter des Reichskanzlers sein. Dann wäre der besondere Vertreter nicht zu rechtfertigen.

**Liesching**: Trotz der Auskünfte von Scheidemann scheint mir die Frage noch ziemlich ungeklärt, wie eigentlich die Teilung der Arbeit sein wird. Was soll die neue Stellung des Vizekanzlers? Welcher Arbeitsstoff? Wer bekommt eigentlich die Übergangswirtschaft? Daß sie nicht so bleiben kann, das ist schon feststehend. Aber wer soll es werden?

<sup>1)</sup> Vgl. WUA 7/II S. 135 f.; für die Ausführungen Haußmanns in dieser Sitzung s. Nr. 31b.

<sup>2)</sup> S. Schulthess 1917/I S. 755, 21. 8. 1917: „Aus der natl. Fraktion des Reichstags erhält das ‚WTB.‘ folgende Mitteilung: Im Hinblick auf die kommenden großen Aufgaben, namentlich auf dem Gebiet der Gesetzgebung im Innern, deren Lösung die Fühlungnahme innerhalb einer großen Mehrheit des Reichstags erfordert, ist die natl. Fraktion bereit, sich an den interfraktionellen Besprechungen zu beteiligen, unbeschadet der vollen Selbständigkeit ihrer Entschlüsse, insbesondere auf dem Gebiet der gegenwärtigen auswärtigen Politik.“ — Vgl. WUA 7/II S. 135.

<sup>3)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 22. 8. 1917, Abendblatt: Die nationalliberale Fraktion habe dem „Vorwärts“ zufolge fünf Mitglieder in den Interfraktionellen Ausschuß delegiert, nämlich Stresemann, van Calker, v. Richthofen, Junck und Keinath. — Junck und Richthofen hatten bereits am 20. 8. an der Sitzung des Ausschusses teilgenommen. Vgl. Nr. 28 bes. auch Anm. 2.

<sup>4)</sup> S. Nr. 28 Anm. 5; vgl. Hoop S. 70.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 9, Nr. 10 und Nr. 11 bes. Anm. 10. — S. auch die Hinweise in Sten. Berichte Bd. 314 (Sachregister) S. 6654.

<sup>6)</sup> Vgl. Helferich S. 471; Goldschmidt S. 120; Hoop S. 70, 73 f.; Sten. Berichte Bd. 310 S. 3683 ff.; Nr. 30 Anm. 12.

**Junck:** Wir werden uns mit der Frage ganz eingehend zu beschäftigen haben. Im Herbst kommt eine neue Budgetvorlage dafür. Wir sollten die Frage der Staatssekretäre ohne Portefeuille besprechen. Sonst läßt sich nicht viel gegen die jetzt vorgebrachte Regelung sagen.

**Südekum:** Längere Ausführungen über die neue Regierung.<sup>7)</sup>

**Fehrenbach:** Stellung des Vizekanzlers. Diese Stelle kann man nur mit den größten Bedenken bewilligen. Helfferich kann in alles hineinregieren. Es ist auch ein<sup>8)</sup> Amt geplant.<sup>7)</sup>

**Naumann:** Vizekanzler: Friedensschluß ist Arbeit des Kanzlers. Was ist dabei sein Organ? Doch wohl Reichskanzlei. Die Situation Helfferich hängt damit drin. Dann tritt Auswärtiges Amt in eine Art von Hilfsaktion zur Reichskanzlei. Geschäftskreis Helfferichs: alles, was zur Friedensvorbereitung gehört und zu den Beziehungen zu den Bundesgenossen.<sup>9)</sup> Der Reichskanzler kennt nichts von auswärtiger Politik. Er braucht Hilfsmänner. Deshalb muß ich beinahe die Ergänzung wünschen. Zum Verkehr mit dem Parlament eignet sich Helfferich nicht gut; aber für diesen Friedensschluß kann er vielleicht Gutes leisten. Wir können heute noch keine Regierung selbst vorschlagen. Deshalb bleiben wir vorläufig in Mischformen. Deshalb lehnen wir alles ab, was von unserem Ziele abführen kann. Daher Ablehnung eines<sup>10)</sup> Ausschusses des Reichstages.<sup>11)</sup> Das führt uns der Sache nicht näher. Staatssekretäre ohne Portefeuille, ohne bestimmten Arbeitskreis, würden sehr unglückliche Geschöpfe sein. Wir sollen uns hier so ineinander einarbeiten, daß der Versuch gemacht wird, alle Opfer bereits unter uns zu bringen. Die Regierung wird unser Vertrauen brauchen. Namentlich gegenüber der Heeresleitung. Auch in Geldsachen wird sie es brauchen. Wir werden das Vertrauensvotum bekommen, ohne daß wir es deklarieren. Dann wird nicht mehr die Frage des Gesamtministeriums an uns kommen. Dann statuieren wir diesen Ausschuß als eine politische Tatsache.

**Gothein:** Die jetzige Zusammensetzung der neuen Regierung ist ein Hohn und ein Schlag ins Gesicht des Reichstags. Das muß auch kräftig gesagt werden. Das war eine Schwächung der Friedensaktion des Reichstages. Der Reichstag muß seine Stellung wahren. Was speziell Helfferich anlangt, so stimme ich Naumann zu. Wir können den Mann jetzt sehr schwer entbehren. Wir müssen Staatssekretäre ohne Portefeuille schaffen, um Einfluß zu gewinnen.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 31b.

<sup>8)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Ernährungs“. — Es ist also nicht ersichtlich, von welchem geplanten Amt die Rede war.

<sup>9)</sup> In einer vertraulichen Aussprache mit Haußmann am 21. 7. 1917 äußerte Helfferich, wie es im handschriftl. Tagebuchmanuskript, Nachlaß Haußmann 151, heißt (bei Haußmann S. 142 fehlt der zitierte Abschnitt): „Ich weiß nicht ob [man] ein[en] Botschafterposten od[er] ein Staatssekretariat ohne Portefeuille im Auge hat, denn der Kaiser u. Kanzler wie Bethmann Hollweg legen Wert auf die Kontinuität u. meine Mitwirkung bei den Friedensverhandlungen namentlich ihrem wirtschaftlichen Teil.“ — Dazu auch Helfferich S. 470 f.

<sup>10)</sup> Im Stenogramm gestr.: „erweiterten“.

<sup>11)</sup> Vgl. HA 171. Sitzung, 21. 8. 1917: Michaelis erklärte, daß er bereit sei, mit dem Hauptausschuß „unter Umständen in einer Sonderform, über die wir uns noch verständigen können, wegen der weiteren Verhandlungen bis zur Erteilung der Antwort [an den Papst] enge Fühlung zu halten“.

**David:** Fall Helfferich: Ist der böse Geist der inneren Politik; auch in der auswärtigen Politik sehr gefährlich. Am meisten scheint er gewandt zu sein im Verkehr mit dem Kaiser. Das ist das Geheimnis seiner Macht. Die Gefahr des jetzigen Systems liegt im Verhältnis der Persönlichkeiten der Minister zum Kaiser. Seine Stellung ist fast unhaltbar. Diese Lösung halte ich weder in der Person noch in der Konstruktion für glücklich. Er kann auch keinen Menschen gewinnen. Ich glaube auch, daß wir nicht mit einem Sprung in ein volles Parlamentsministerium kommen werden. Also Mischform. In einer solchen Übergangsform haben die Staatssekretäre ohne Portefeuille eine große Bedeutung. Das ist eine große Erleichterung für den Übergangszustand. Wir müßten uns auf den Punkt einigen: das Entscheidende ist, daß die Männer aus dem Parlament Abgeordnete bleiben, Mitglieder des Reichstags, nicht das Mandat preisgeben.<sup>12)</sup>

**Stresemann:** Es wäre wünschenswert, die Hemmnisse zu beseitigen, die gegen Ministerwerdung von Abgeordneten bestehen. Unbefriedigend war bisher, daß die Vertrauensmänner in der Regierung immer die Fühlung mit der Partei verloren haben.

In bezug auf Helfferich bin ich anderer Meinung. Ich gebe vieles zu, was gegen ihn vorgebracht ist. Man braucht ihn aber für die Friedensverhandlungen. Will deshalb den Posten nicht streichen.

Der engere Konnex zwischen Regierung und Reichstag läßt sich wohl herstellen durch einen Ausschuß! Reichsrat.<sup>13)</sup> Bisher kann die Regierung keine vertraulichen Mitteilungen mehr machen. Aber im Reichsrat könnte man das wohl. Aber auch für Staatssekretäre ohne Portefeuille.

**Haußmann:** Nachdem die Nationalliberalen auch zustimmen, daß man § 9<sup>14)</sup> streicht, wird das wohl der Weg sein, der uns zum parlamentarischen System führen kann. Das Hindernis liegt vorläufig beim Zentrum. Das müßte sich wohl bald entscheiden. Dann könnte die Sache im Verfassungsausschuß rasch behandelt werden. An und für sich müssen wir jetzt etwas tun. Die ersten Schritte des Kanzlers sind durchaus unzulänglich gewesen. Wir müssen gemeinsam aus-

<sup>12)</sup> In diesem Zusammenhang ist ein eigenhändiger Brief Davids an Haußmann vom 30. 7. 1917, Nachlaß Haußmann 114, von besonderem Interesse, in dem es heißt: „Die Rede des neuen Kanzlers zu den Berliner Pressevertretern [am 28. 7. 1917] scheint Ihre Befürchtungen, die ich teilte, zu entkräften. Halten wir weiter fest zusammen, so zwingen wir die Zivil- und Militärgewaltigen zu einer klaren Politik im Sinne unserer Resolution. Sehr wertvolle Hilfe leistet uns dabei Czernin.“

Auch in Sachen der Parlamentarisierung halte ich mit Ihnen einheitliches Vorgehen für dringend notwendig. Die gemeinsame Parole muß m. E. sein: Kein Abgeordneter der Mehrheit nimmt einen Regierungsposten an um den Preis der Aufgabe seiner Parlamentsmitgliedschaft. Das Verbleiben im Parlament muß die *conditio sine qua non* sein. Von da aus entwickelt sich alles andere mit zwingender Notwendigkeit in der Richtung auf völlige Parlamentarisierung. Andernfalls wird das bürokratische Regierungssystem nur neu poliert und befestigt.

Es wäre sehr gut, wenn Sie auf Erzberger, Fehrenbach, Schiffer u. a. in diesem Sinne einwirken wollten. Gelingt es, die Mehrheit auf diesen Grundsatz zu einigen, dann ist die Hauptsache gewonnen.

Sollte die Regierung sich jetzt noch nicht dazu verstehen wollen, dann bleibt sie vorläufig besser allein. Die Ereignisse werden bald den Tag heraufführen, wo sie dies und mehr anbietet.“

<sup>13)</sup> Vgl. das als Nr. 37 abgedruckte Artikelmanuskript Stresemanns.

<sup>14)</sup> Art. 9 der Reichsverfassung.

sprechen, daß die bisherige Lösung der Krisis uns nicht entspricht. Da haben drei Sätze im Namen aller eine größere Bedeutung als die längsten Ausführungen der einzelnen Redner.<sup>7)</sup>

**Fehrenbach:** Das Zentrum ist noch nicht dazu gekommen, seine Stellung zu § 9<sup>14)</sup> zu nehmen.

**Payer:** Es ist erfreulich, daß wir uns zu nähern beginnen. Wir sind uns einig, daß das, was bisher gemacht wurde, uns nicht genügt. Es scheint, daß wir uns noch werden einigen können, daß § 9<sup>14)</sup> beseitigt werden muß. Wenn das ist, dann sieht man eigentlich einen Weg. Bisher hat man an einen Kriegsrat oder so etwas gedacht. Wenn § 9<sup>14)</sup> fällt, dann können Staatssekretäre ohne Portefeuille geschaffen werden.

**Richthofen:** Wir müssen doch bald zu einer Entscheidung kommen. Der Reichskanzler hat ja heute schon davon gesprochen<sup>11)</sup>, daß das Parlament zur Papstnote zugezogen werden soll. Da müssen wir einhaken. Es ließe sich vielleicht auch noch ein Mittelweg finden. Wenn man auf das Ziel lossteuert, dann brauchen ja die Sekretäre zunächst keine Mitglieder des Bundesrats zu werden.

**David:** Wenn wir die Frage für so weit reif erachten, dann müßten wir den Kanzler davon unterrichten in diesem Sinne. Damit würden wir die Sache aktuell machen. Heute früh war der Gedanke, daß Unterkommission<sup>15)</sup> angeregt worden ist. Unterkommission ist aber kein Mehrheitsorgan, sondern ein Organ des Ausschusses. Wir müssen aber auf Mehrheitspolitik abkommen. Was die Vertraulichkeit anlangt, so sollte sie ergänzt werden durch rechtzeitige Informationen der Presse, um eine wirkliche öffentliche Meinung herzustellen.

**Fehrenbach:** Bei dem Spezialfall der Papstnote ist es wohl besser, es bei einem Unterausschuß aus allen Parteien zu belassen.

**Liesching:** Schon die einfache Ernennung zum Staatssekretär hätte zur Folge, daß das Mandat verloren geht. Man müßte die Form des Kommissariats nehmen.

**Fehrenbach:** Elsaß-Lothringen: Zentrum werde für selbständigen Bundesstaat stimmen. Aber die 13 Abgeordneten<sup>16)</sup> müssen einstimmig dafür sein. Auch die beiden Kammern müssen mit Mehrheit sich auf diesen Standpunkt stellen. Und drittens: erbliche Monarchie. Und dabei eventuell auch Haus Wittelsbach.<sup>17)</sup>

<sup>15)</sup> Vgl. Nr. 30 bes. auch Anm. 4.

<sup>16)</sup> Die zu diesem Zeitpunkt dem Reichstag angehörenden Abgeordneten der elsass-lothringischen Wahlkreise.

<sup>17)</sup> Vgl. Erzberger S. 158 ff.; Hoop S. 136: Die bayerische Regierung habe am 1. 8. 1917 in einer Denkschrift unter Ablehnung sämtlicher Einwände das ganze Elsaß für Bayern gefordert. Hoop beruft sich auf Ch. Schmidt, „Die geheimen Pläne der deutschen Politik in Elsaß-Lothringen (1915—1918)“, Paris 1923, S. 94 ff.

31b: Nachlaß Haußmann 26, Maschinenschrift. Überschrift: „In der Mehrheitskommission Dienstag 21. Mai [sic!] 1917“.<sup>1)</sup>

**Haußmann:**<sup>2)</sup> Südekum hat erklärt, die Neubesetzung der Ämter sei keine Parlamentarisierung, sondern das Gegenteil einer solchen. Fehrenbach hat ausgesprochen<sup>3)</sup>, er teile vollständig die Ansicht Südekums; namens meiner Freunde spreche ich aus<sup>3)</sup>, daß es sich hierbei nicht um eine neue Regierungsart, sondern um eine minderwertige politische Schiebung gehandelt hat. Die bisherigen Schritte des Ministeriums Michaelis haben ihm kein politisches Vertrauen bei den Mehrheitsparteien und nach den Erklärungen der Nationalliberalen auch bei diesen nicht erworben.<sup>3)</sup> Dazu kommt die heutige Rede von Michaelis.<sup>4)</sup> Ein hervorragender Nationalliberaler, der in unserer Sitzung anwesend ist, hat mir gesagt, die Rede sei pueril gewesen. Wenn ich mich bemühe, kein so schroffes Wort zu gebrauchen, so muß ich doch sagen, die Rede war vollkommen ungenügend und unzulänglich. Die Norddeutsche Allgemeine kündigt eine Kanzlerrede über die päpstliche Note an<sup>5)</sup>, ohne daß der Kanzler, wie er heute früh glaubhaft versichert hat, etwas davon weiß und ohne daß er den Zeitpunkt hierüber zu reden, für gekommen hält. Er redet dann aber doch darüber, um nichts-sagendes zu sagen, oder vielmehr Schädliches. Denn die Papstnote im allgemeinen in Deutschland für sympathisch zu erklären, sekundiert durch solches Lob den Absichten der päpstlichen Note in ungeschickter Weise. Und die Versicherung, der Papst habe „spontan“ gehandelt, ist täppisch. Daß Herr Michaelis die Worte gebrauchte: „Auf die Form der Note hatten wir keinen Einfluß“<sup>6)</sup>, ist ihm Gottlob noch von einem meiner Freunde als bedenklich vorgestellt und für die Presse von ihm geändert worden, bleibt aber eine höchst auffällige Wendung. Der allgemeine Eindruck hat sich heute sehr verstärkt, daß der neue Politiker unsicher, unfertig und provisorisch ist.

**David**<sup>7)</sup> sagte unter großer Heiterkeit: „Wenn man einen von uns in diesem Ausschuß vor sechs Wochen gefragt hätte, ob er Reichskanzler werden wolle, so hätte jeder in erfreulicher Bescheidenheit sich sehr besonnen. Wenn man aber hinzugesetzt hätte, sonst würde es Unterstaatssekretär Michaelis, dann würde jeder gesagt haben: Nun, dann will ich es auch einmal probieren.“

<sup>1)</sup> Überschrift im Or. eigenhändig mit Bleistift, „1917“ mit Blaustift eingefügt.

<sup>2)</sup> Sprecherangabe „Haußmann“ im Or. eigenhändig mit Bleistift.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 31a.

<sup>4)</sup> Vgl. HA 171. Sitzung, 21. 8. 1917.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 30 Anm. 7.

<sup>6)</sup> Vgl. HA a.a.O.: „Ich konstatiere als eine nackte unbedingt wahre Tatsache, daß die Note, wie sie der Papst an die kriegführenden Mächte gerichtet hat, seiner spontanen Entschliebung entspricht, und daß wir auf diese Note, die an die kriegführenden Mächte gekommen ist, keinen Einfluß gehabt haben. Daß das so ist, entspricht nicht bloß den Tatsachen, sondern auch der inneren Wahrscheinlichkeit.“ — Vgl. auch Schulthess 1917/I S. 758.

<sup>7)</sup> Die Bemerkung Davids ist in Nr. 31a nicht berücksichtigt.

## 32.

## 22. 8. 1917, nachm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 56, Stenogramm (Kr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Sitzung der Mehrheitsparteien. 22. August 1917“.

Payer eröffnet die Sitzung, um die Vorgänge des Vormittags<sup>2)</sup> zu erörtern.

**Haußmann:** Was der Reichskanzler gesagt hat, stimmte nicht mit dem überein, was er gestern gesagt hat.<sup>3)</sup> Die Behauptung, daß Differenzen zwischen den Mitgliedern der Mehrheit bestanden hätten<sup>2)</sup>, muß widerlegt werden, im Interesse der Mehrheit und der historischen Wahrheit. Tatsächlich haben wir keine Schwankung innerhalb der Mehrheit gehabt. Hier sind wir im allerstärksten Maße engagiert. Bei Hindenburg hat er erklärt, daß er geglaubt habe, es sei eine Einigung bereits vollzogen.<sup>4)</sup> Es ist ihm ganz klar gesagt worden, daß die Resolution nötig sei, keine Schwankung war vorhanden, vollständige Geschlossenheit unserer Meinungen war ihm klar gemacht. Über unsere Auffassung konnte er nicht im Zweifel sein. Das ist ein weiteres Unrecht, das er begeht.

Dann hat er am Schluß der Debatte gesagt, daß er sich eine gewisse selbständige Stellung vorbehält, aber man hatte den Eindruck, daß er einschwenken würde für uns.<sup>4)</sup> Dann hat man das Wort vom „Rahmen“<sup>5)</sup> erfunden. Zuerst hat es der Kollege Schiffer im Reichstag<sup>6)</sup> gebraucht. Wir haben diesen Ausdruck akzeptiert mit all den Interpretationen, die in der Vorgeschichte liegen.

Nun hat er<sup>7)</sup> das Ungeschickteste getan: er hat versucht, sich von uns weg zu interpretieren. Das ist nicht für uns, sondern international für das Reich und für das Ansehen der Volksvertretung wichtig. Deswegen scheint mir: die Aufgabe ist, daß wir aussprechen, daß er bei Führung der Geschäfte den Beschluß des Reichstags vom 19. Juli auszuführen [hat]. Das Bedenken ist die Haltung der Nationalliberalen, von denen wir uns leider trennen mußten.<sup>8)</sup> Aber heute sind wir als Mehrheit engagiert, und da müssen die Nationalliberalen mitmachen.

**Erzberger:** Noch keine endgültige Stellung zu diesem Vorschlag. Wir sollten darauf dringen, daß der Reichskanzler einfach zurücknimmt, was er gesagt hat. Er hat uns nie sagen lassen, daß er nicht auf dem Boden der Resolution [steht].<sup>9)</sup> Wenn er das gesagt hätte, wäre er nicht zum Reden gekommen. Dieser Satz:

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 38.

<sup>2)</sup> Vgl. HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917.

<sup>3)</sup> In der Vorbesprechung mit den Fraktionsführern. Vgl. Nr. 29 und Nr. 30.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 19.

<sup>5)</sup> Vgl. die Rede Michaelis' am 19. 7. 1917; Sten. Berichte Bd. 310 S. 3572.

<sup>6)</sup> Weder im Plenum noch im Hauptausschuß, sondern in der Sitzung des Interfrakt. Ausschusses am 9. 7. 1917. Vgl. Nr. 5 Anm. 9.

<sup>7)</sup> Michaelis.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 9 und Nr. 11.

<sup>9)</sup> Im Stenogramm: „gekommen“.

„Ich stehe nicht auf dem Boden der Resolution“<sup>10)</sup> ist das Entscheidende. Das hat er früher nicht gesagt. Deshalb müssen wir auch feststellen, daß er es nicht getan hat. Das muß er aus der Welt schaffen. Wenn Haußmanns Antrag gebracht wird, dann kommt es in die ganze Welt, und dann ist Deutschland ganz verhandlungsunfähig. Das internationale Risiko kann niemand übernehmen. Er kann auch nachgeben, weil er ja „möglichst schnell zum Frieden kommen will“<sup>11)</sup> Die Hauptsache ist dann die Antwort auf die Papstnote.

**Südekum:** Er muß weg.

**David:** Was er neulich<sup>12)</sup> als Erklärung gegeben hat, stimmt nicht mit dem überein, was er heute gesagt hat. Heute ist er in der Tat von dem Boden der Resolution abgerückt. Vorher hatte er gesagt, er wolle nicht allzuviel abhängig erscheinen. Erzberger hatte früher den Eindruck gehabt, der Mann stehe auf dem Boden der Resolution.<sup>13)</sup> Das wurde dann schließlich anders dargestellt.

Was jetzt tun? Eine Resolution Haußmann ist ein vorgehaltener Stock! Schärfste Krisis würde daraus folgen. Ihn zu veranlassen, seinerseits Erklärungen abzugeben, die klares Bekenntnis zur Resolution sind, — daran glaube ich nicht. Macht er es, „das Wesentliche Ihrer Resolution akzeptiere ich, das war auch unsere Meinung“ — Verständigungsfrieden, Ablehnung gewaltsamer Abtrennungen —, wenn er das macht: dann wäre das wohl das Beste; wir sind doch mal im Kriege. Es würde die Unzuverlässigkeit wieder vor alle Welt hinstellen. Das wäre das Schlimmste. Aber wir wollen ihn zur Einsicht bringen? Wie wollen wir die Debatte führen? Da müßte man alles andere ausschalten. Was wollen wir zu seinem Text tun? Stimmen wir ihm zu, dann ist die Diskussion über die Sache auch erledigt. Stimmen wir ihm nicht zu, dann ist eine Rettung kaum noch möglich. Es wäre nur möglich, daß man vorher mit ihm noch einmal Fühlung nähme und die Situation mit ihm bespräche und ihm die Konsequenzen klarlegte.

**Payer:** Auf den Vorschlag Haußmann kann ich nicht treten. Jetzt können wir nicht Kanzlersturz betreiben. Das hat eine ungeheure Verantwortlichkeit, namentlich für die, die den Frieden betreiben. Was wir von ihm verlangen müssen, ist das, daß er auf dem Boden des Verständigungsfriedens steht. Das hat er nicht bestritten. Sein Streben ist nur immer, recht zu behalten. Er kann sich noch helfen. Sollen wir dieses Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung, das er in Aussicht gestellt hat<sup>14)</sup>, in die Luft sprengen? Zweifellos war er nicht korrekt, aber er ist auch in einer schweren Lage. Er ist kein Politiker. Wenn er es uns ermöglicht, mit [ihm]<sup>14a)</sup> zusammenzuarbeiten, dann sollten wir das nicht unmöglich machen. Was die Abstimmung anlangt, so bin ich für Geheimhaltung.

<sup>10)</sup> Vgl. HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917: Er, Michaelis, habe es abgelehnt, sich „pure auf den Boden der Resolution zu stellen“. Er habe auch den Parteivertretern nicht zugesagt (vgl. Nr. 22), „daß ich in der Reichstagsitzung sagen würde: die Reichsregierung werde sich auf den Boden der Resolution stellen, sondern daß ich sagen würde: diese Ziele, wie ich sie eben da[r]gelegt habe, lassen sich im Rahmen Ih[rer] Resolution erreichen.“ — Vgl. auch die Apologie Michaelis' in seinen Erinnerungen S. 328 f.

<sup>11)</sup> Vgl. sinngemäß HA a.a.O.; Erzberger zitiert jedoch nicht nach dem Wortlaut des Protokolls.

<sup>12)</sup> Am 19. 7. 1917 im Plenum; vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3570 ff.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 23.

<sup>14)</sup> Vgl. HA 171. Sitzung, 21. 8. 1917 und HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917.

<sup>14a)</sup> Im Stenogramm: „uns“.

**Gothein:** Den Weg, etwas zu erreichen, sehe ich darin, daß vorher noch einmal gesprochen wird. Anders ist nichts zu erreichen. Er muß korrigieren, was er gesprochen hat. Wenn er das Stenogramm<sup>15)</sup> vorlegt, dann ist nichts mehr zu machen. Will man den Versuch machen, ihn zu halten, denn darauf kommt es hinaus, dann muß man mit ihm sprechen. Die Situation verträgt keine Politik mehr der Diagonale. Daraus kommt die ganze innere Unehrlichkeit. Ich halte den Mann für unfähig, einen Frieden herbeizuführen. Da wäre es vielleicht das Beste, sofort reinen Tisch zu machen. Hier ist der vollständige Schiffbruch des Versuchs, einen Bürokraten an die Spitze des Reichs in dieser Zeit zu stellen. Von dem, was geschehen ist, sickert doch manches durch.

**Erzberger:** Wir haben unserer Fraktion mitgeteilt, der Kanzler stehe auf dem Boden der Resolution. Jetzt sagt der Mann das Gegenteil. Die Fraktion kann dadurch das Vertrauen zu den Vermittlern verlieren. Wenn er heute nicht nachgibt im vorherigen Gespräche, dann muß zunächst vertraulich debattiert werden. Welche Folgen das haben wird, das weiß ich noch nicht.

**Ebert:** Ich habe dem Mann von vornherein mit Mißtrauen entgegengestanden, deshalb war ich auch sehr vorsichtig. Wir sind in eine furchtbare Situation in unserer Fraktion gekommen. Denn von seiner Erklärung hing die Stellung zu den Krediten ab.<sup>16)</sup> Trotzdem soll man jetzt nicht mit dem Mann abrechnen. Es steht mir das Interesse des Landes an erster Stelle. Die Geschichte verlangt auch von uns, daß wir uns rechtfertigen. Die beiden Sätze: „nicht auf dem Boden der Resolution“ — „Schattierungen in der Mehrheit“.<sup>17)</sup> Beides ist falsch. Diese beiden Gesichtspunkte sollen in Form einer Erklärung zum Ausdruck gebracht werden. Wie er dann seine Rede formuliert, das ist ziemlich einerlei. Aber man soll sich nicht täuschen. Was er gesagt hat, kommt doch hinaus!

**Haußmann:** Jetzt ist ausgesprochen, daß das Vertrauen allseitig zu ihm verloren ist. Nationalliberale haben sich noch nicht an der Debatte beteiligt. Es ist aber ausgesprochen, daß dieser Kanzler mit seiner eigenen Volksvertretung nicht mehr auf vertrauensvollem Fuße verhandeln kann. Also kann er die Geschäfte des Reiches nicht mehr weiter führen in dieser furchtbaren Zeit. Die Konservativen wollen die Veröffentlichung<sup>18)</sup>, weil sie ihn in Anspruch nehmen wollen<sup>19)</sup>, ohne zu fühlen, daß sie ihn absägen, wenn der Vorgang öffentlich wird.

Nur die Frage: soll das Parlament als solches aussprechen, daß das so nicht mehr weitergeht? Die Gegner meines Antrages sagen, man solle ihn einladen, daß er revoziert. Das ist nur eine andere Form. Wenn er jetzt zurückhält, dann ist er auch noch bei den Konservativen untendurch. Wir sind einig, daß er nicht haltbar ist. Nur sprechen wir darüber, ob wir ihm einen bestimmten Beschluß vorlegen wollen oder ob wir es ihm überlassen wollen, daß er sich selbst zurückzieht. Gerade wenn man an den Frieden denkt, dann muß man auf klare Stellung drängen.

<sup>15)</sup> D. h. die für die Presse bestimmte Fassung der Kanzlerrede. Vgl. HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917.

<sup>16)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 19. 7. 1917.

<sup>17)</sup> Vgl. sinngemäß HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917.

<sup>18)</sup> Das ist aus dem Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses nicht ohne weiteres zu entnehmen. Vgl. HA a.a.O.; s. auch die Darstellung bei Westarp II S. 477 f.

<sup>19)</sup> Vgl. Westarp II S. 478.

Antrag: Reichskanzler zu ersuchen, seine Stellung zu dem Beschluß vom 19. Juli authentisch festzustellen.

Liesching: Die Wirkung auf das Ausland ist gefährlich. Wenn die Vorwürfe der Zweideutigkeit so klar zugegeben werden, wie es heute geschah, dann ist die Lage nicht haltbar. Eventuell dürfen wir nicht mehr mit ihm verhandeln.

Payer wird ihm<sup>20)</sup> Eventualantrag Haußmann vortragen.<sup>21)</sup>

<sup>20)</sup> Michaelis.

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 33 und Nr. 38.

### 33.

#### 22. 8. 1917, abends: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 56, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Mehrheits-Ausschuß. Abend 22. August“.

Payer lehnt zunächst den Vorsitz ab<sup>1)</sup> und legt seine Sache dar: Konflikt wegen der Erklärung Eberts.<sup>2)</sup> Ich bin dann<sup>3)</sup> zum Reichskanzler gegangen, und er war ganz willig, unserem Ansinnen zu entsprechen. Was er<sup>4)</sup> erklärt hat, hat sich gedeckt mit dem, was ich im Auftrag dieses Verständigungsausschusses<sup>5)</sup> verlangt habe. Er hat erklärt, daß er nichts anderes habe sagen wollen, von dem, was er am 19. Juli gesagt hat. Er hat erklärt, daß er am 19. Juli festhalte. Weiter hat er gesagt, daß seine Stellung schon daraus hervorgehe, daß er Einladungen<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 38.

<sup>2)</sup> In der Nachmittagsitzung des Hauptausschusses. S. HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917: „Die Vertreter der Parteien, die die Reichstagerklärung vom 19. Juli 1917 eingebracht haben, stellen fest:

1) In den Vorverhandlungen, die über die Resolution zwischen den Vertretern der beteiligten Parteien und dem Herrn Reichskanzler seinerzeit stattgefunden haben, konnte nach den ausgetauschten Erklärungen keiner derselben annehmen, daß der Kanzler sich nicht auf den Boden der Reichstagsentschließung stellen werde.

2) Die Bemerkung des Herrn Reichskanzlers, daß innerhalb der Mehrheitsvertreter sachliche Differenzen über die Auffassung der Resolution zutage getreten seien, ist unzutreffend. Alle beteiligten Partevertreter waren sich über den unzweideutigen Sinn und Inhalt ihrer Entschließung völlig einig.“ Vgl. WUA 7/II S. 136; ferner Nr. 38.

<sup>3)</sup> Im Anschluß an die interfrakt. Sitzung [s. Nr. 32], die in der Mittagspause stattgefunden hatte. Die Sitzung des Hauptausschusses war 13 Uhr 55 unterbrochen worden und wurde 16 Uhr 40 wieder eröffnet. Vgl. HA a.a.O.

<sup>4)</sup> Michaelis, in der Nachmittagsitzung des Hauptausschusses. Vgl. HA a.a.O.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 32.

<sup>6)</sup> Vgl. HA a.a.O.: Daß er nicht die Absicht gehabt habe, von seinen Darlegungen am 19. Juli abzuweichen, gehe auch aus der Tatsache hervor, „daß ich bereits heute vormittag die Einladung zu Besprechungen habe ergehen lassen, die die von mir als erwünscht bezeichnete engste Fühlungnahme zwischen mir und dem Reichstage herstellen sollen, und zwar zunächst für die Verhandlungen über die Antwort, die der Kurie auf die Friedensnote des Papstes zu erteilen ist, eine Antwort, die nur getragen sein kann von dem Streben nach einem Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, wie er in der Resolution der Mehrheitsparteien des Reichstags am 19. Juli seinen Ausdruck gefunden hat.“ — S. auch die Ausführungen Michaelis' in der Vormittagsitzung, wo er von „einem Gremium, das wir zweckentsprechend ausgestalten, brennende Fragen wie diese hier zu besprechen“, von „einer engeren Organisation, über die wir uns noch zu unterhalten haben werden“, gesprochen hatte. — Vgl. WUA 7/II S. 137 und Helferich S. 478.

gemacht habe. Nach meinem Empfinden hat er damit alles getan, was wir verlangten. Aber die Zeit war schon sehr weit vorgeschritten. Auch die [Antwort auf die] zweite Anfrage<sup>7)</sup> hätte er leicht geben können, denn seine Äußerungen bezüglich der verschiedenen Schattierungen haben sich auf die Einzelheiten der Frage bezogen. In der Sitzung<sup>8)</sup> kam dann die Erklärung Eberts.<sup>2)</sup> Der Kanzler fühlt sich verletzt, und ich ziehe die Konsequenzen, indem ich den Vorsitz in dieser Kommission niederlege. Denn man kann nicht verlangen, daß jemand erleben muß, daß er so desavouiert wird. Die Erklärung trug einen feindseligen Charakter. Ich habe mir überlegt, ob wir nicht dem Reichskanzler eine Aufklärung darüber schuldig sind, wieso es möglich war, daß wir ein so widerspruchsvolles Benehmen an den Tag legten. Es läßt sich vielleicht ein Ausweg finden, daß ein Teil der Herren offenbar nicht richtig verstanden hat, was er verlesen hat und gemeint hat, daß er festhalten wollte an den Erklärungen von heute morgen, während es sich um den 19. Juli handelte. Deshalb zur Diskussion stellen, ob man nicht dem Reichskanzler eine Erklärung und Genugtuung schuldig ist.

**Erzberger:** Dankbar Payer für das Geschick, mit dem er die Erklärung<sup>9)</sup> herausgeholt hat. Aber die Erklärung, wenn sie auch gut ist, so habe ich sie nicht ganz verstanden.<sup>10)</sup> Wie kamen wir denn zu dem Schritt? Wir wußten nicht, ob Payer Erfolg haben würde. Wir wollten auch Klarheit über die beiden Punkte.<sup>2)</sup> Wir hatten uns auf die Erklärung<sup>2)</sup> geeinigt. Ich sehe den Nachteil nicht für so groß an, wenn man dem Reichskanzler die Erklärung abgibt. Der Reichskanzler darf auch nicht empfindlich sein, weil er uns auch Schwierigkeiten gemacht hat. Insofern ist für uns die Erklärung Eberts sehr wichtig. Bittet Herrn von Payer, nicht die Konsequenz zu ziehen. Keine Absicht, die Arbeit zu erschweren.

**Ebert:** Es ist ein recht unglücklicher Tag. Als wir nachmittags zum Schluß in ein paar Minuten zur Verständigung kamen, frug ich Payer und hatte den Eindruck, als ob er selbst sagte, daß es sich um zwei Aktionen handle.<sup>1)</sup> Ich habe das von vornherein beabsichtigt gehabt. Die beiden Punkte mußten richtiggestellt werden. Einige Kollegen haben mich dann gebeten, die Erklärung zu formulieren. Ich habe mich dann verständigt mit den anderen Parteien. Haußmann hat sich reserviert gehalten, bis Payer kam.<sup>1)</sup> Ich habe die Erklärung Michaelis<sup>9)</sup> falsch aufgefaßt. Dann habe ich die Erklärung<sup>2)</sup> abgegeben. Was erklärt worden ist, sind wir uns selbst schuldig. Seine Rede<sup>11)</sup> hat uns in die allergrößten Schwierigkeiten gebracht. Unsere Erklärung<sup>2)</sup> ist sachlich gehalten und stellt nur fest, worauf es uns ankommt. Aber ich habe nicht im geringsten daran gedacht, damit irgend etwas zu machen, was [geeignet war,] Payer Verlegenheiten zu bereiten. Nach der Richtung hat mir alles fernelegen, was Payer verletzen könnte. Darum

7) Bezieht sich auf den 2. Punkt der Erklärung Eberts; s. Anm. 2.

8) Nachmittagssitzung des Hauptausschusses.

9) Die Erklärung Michaelis' in der Nachmittagssitzung des Hauptausschusses. Vgl. auch Anm. 6.

10) Westarp II S. 477 faßt seinen Eindruck dahin zusammen, daß Michaelis am Nachmittag eine Erklärung abgegeben habe, „die sich von derjenigen des Vormittags kaum unterschied“. — Der Wortlaut des Protokolls (HA a.a.O.) läßt jedoch, zumindest in der Akzentuierung, das Entgegenkommen an die Mehrheitsparteien deutlich hervortreten.

11) In der Vormittagssitzung des Hauptausschusses. Vgl. HA a.a.O. und Nr. 32.

dringend bitten, keine Konsequenzen zu ziehen. Auch nach außen schlimm. Auch bin ich bereit, dem Kanzler eine Erklärung zu geben.

**Payer:** Ich beschwere mich nur über Mangel an Rücksicht auf mein Mandat. Wenn ich gewußt hätte, daß man noch nebenher eine solche Erklärung abgeben wollte, dann hätte ich abgelehnt.<sup>12)</sup> Wenn ich jetzt nicht mehr die Neigung habe, den Vorsitz zu führen, so hängt das zusammen mit einem früheren Vorgang. Kommt zurück auf den früheren Vorgang mit der Veröffentlichung der Resolution.<sup>13)</sup> Das Risiko ist immer vorhanden. Das geht aber.<sup>14)</sup>

Ich habe nicht den Eindruck, daß dem Mann damit gedient ist, daß man sich bloß entschuldigt. Das hilft dem Mann gegen uns gar nichts. Seine Stellung muß natürlich leiden unter dem feindseligen Angriff. Die Form der Genugtuung muß deshalb feierlich sein.

**Haußmann:** Ich habe Bedenken gehabt, weil ich erst abwarten wollte, bis Payer komme. Als Payer zurückkam, lag die Erklärung vor ihm. Payer hat das durchgelesen. Nun ging das so schnell, daß, als Ebert aufgerufen wurde, Payer noch leise sagte: „Die erste Nummer geht jetzt nicht mehr“.<sup>1)</sup> Unzutreffend an der Mitteilung des Herrn Ebert ist, daß ich selbst [ihn]<sup>15)</sup> aufgefordert habe, vorzulesen.

**Fehrenbach:** Ich habe oben von der Sache nichts gewußt, bis oben.<sup>16)</sup> Ich habe aber zugestimmt, nachdem ich es gehört hatte. Ich habe mit Ebert gesprochen und sagte, wir wollten uns zufriedengeben, wenn der Kanzler eine richtige Erklärung abgäbe. Die Erklärung des Kanzlers ist nicht richtig verstanden worden.<sup>17)</sup> Da ist das alles erklärlich. Der zweite Punkt<sup>2)</sup> mußte auch festgestellt werden. Das Schicksal der Unterhändler ist nun einmal so, daß es nicht leicht ist. Mit einer feierlichen Genugtuung für den Reichskanzler, das will mir auch nicht passen! Man kann ihm ruhig sagen, daß man ihm nicht wehtun würde. Man kann es bewenden lassen bei der Form, daß einer dem Helferich sagt, wie die Geschichte gekommen ist. Man weiß auch nie, was dabei von Helferich ausgeht.

**Payer:** Der Unterstaatssekretär Graevenitz<sup>18)</sup> will mit mir reden. Das möchte ich wahrnehmen.<sup>19)</sup>

<sup>12)</sup> D. h.: abgelehnt, zum Kanzler zu gehen.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 15 und Nr. 18.

<sup>14)</sup> So im Stenogramm. Wahrscheinlich ist der Satz verstümmelt und sollte schließen: „geht aber nicht“, „geht aber auf keinen Fall“, oder ähnlich.

<sup>15)</sup> Im Stenogramm: „daß ich selbst nicht aufgefordert habe“. Die doppelte Verneinung („Unzutreffend“ und „nicht“) verleiht jedoch Haußmanns Äußerung einen falschen Sinn. Der Vorgang an sich ist klar; vgl. Nr. 38.

<sup>16)</sup> D. h.: bis zur Abgabe der Erklärung durch Ebert im Hauptausschuß. Das Wort „oben“ bezieht sich auf die im zweiten Obergeschoß des Reichstagsgebäudes gelegenen Ausschußzimmer.

<sup>17)</sup> Vgl. oben (Erzberger, dazu Anm. 10).

<sup>18)</sup> Nachfolger Wahnschaffes als Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei und vertrauter Mitarbeiter Michaelis'. S. Michaelis S. 282, 383 f.

<sup>19)</sup> Payer muß sich für kurze Zeit aus der Sitzung entfernt haben. Im folgenden referiert er die Darlegungen Graevenitz'.

— — Mittlerweile beim Reichskanzler gewesen. Er ist ziemlich verletzt. Er habe große Schwierigkeiten mit der Schlußwendung<sup>20)</sup> seiner Rede. Ich<sup>21)</sup> habe ihm<sup>22)</sup> gesagt, wir<sup>23)</sup> besprechen uns darüber, ob man ihm<sup>24)</sup> nicht eine Genugtuung in Form einer Erklärung geben könnte. Damit wäre er<sup>24)</sup> ja im allgemeinen zufriedengestellt. Er<sup>24)</sup> müsse gegen außenhin eine gewisse Deckung finden. Er<sup>25)</sup> meint, [daß] morgen früh beim Beginn der Sitzung kurze Erklärung erfolge.

**David:** Wir wollten nur einen Schutz gegen die Kanzlerrede. Es war nicht Mangel an Rücksicht auf ihn<sup>21)</sup>, sondern Mangel an Organisation. Gegen solche Zufälle müssen wir uns besser schützen. Vier Herren müssen bestimmt werden, die oben<sup>26)</sup> rasch zusammentreten können, um der Situation gewachsen zu sein. Bittet ihn<sup>21)</sup> dringend, Vorsitz zu behalten. Wenn eine einfache Erklärung die Lage retten kann, dann würde ich diesen Ausweg beschreiten.

**Scheidemann:** Ich verstehe, daß sich Payer verletzt fühlt. Was die Erklärung anlangt: der Reichskanzler hat uns jetzt viermal hineingelegt. 1.) in seiner Rede.<sup>27)</sup> 2.) gestern morgen hat er eine Erklärung abgegeben, wie das gekommen sei.<sup>28)</sup> 3.) Heute früh hat er anders geredet.<sup>29)</sup> 4.) Heute nachmittag hat er sich wieder mißverständlich ausgedrückt. Einem solchen Manne gegenüber brauchen wir keine besonderen Erklärungen abzugeben. Nur um Payer zu schützen. Nicht beim Reichskanzler abbitten. Das hat er nicht verdient. Heute abend kann man das wohl sagen. Der Vorschlag David ist nicht durchführbar.

**Fehrenbach:** legt einen Vorschlag vor, eine Erklärung abzugeben.

Die<sup>30)</sup> Abgabe meiner Erklärung von gestern zu Ziffer 1<sup>2)</sup> erfolgte auf Grund<sup>31)</sup>/ Die von Herrn Kollegen Ebert gestern abgegebene Erklärung der Mehrheitsparteien zu Ziffer 1<sup>2)</sup> erfolgte auf Grund einer mißverständlichen Auffassung der unmittelbar vorausgegangenen Erklärung des Herrn Reichskanzlers, wie sie auch bei anderen Mitgliedern des Ausschusses zutage trat.

Nachdem uns aber der genaue Wortlaut der Erklärung des Reichskanzlers dahin vorliegt<sup>32)</sup>, sehen wir uns veranlaßt festzustellen, daß<sup>33)</sup> eine Notwendigkeit zur<sup>34)</sup> Abgabe<sup>31)</sup>

<sup>20)</sup> D. h.: mit der Redigierung für die Veröffentlichung.

<sup>21)</sup> Payer.

<sup>22)</sup> Graevenitz.

<sup>23)</sup> Der Interfrakt. Ausschuß.

<sup>24)</sup> Michaelis.

<sup>25)</sup> Wahrscheinlich Michaelis, u. U. auch Graevenitz.

<sup>26)</sup> S. Anm. 16.

<sup>27)</sup> Am 19. 7. 1917 im Plenum.

<sup>28)</sup> In der Vorbesprechung mit den Fraktionsführern. Vgl. Nr. 29 und Nr. 30.

<sup>29)</sup> Im Hauptausschuß. Vgl. HA a.a.O. und Nr. 32.

<sup>30)</sup> Es ist nicht unwahrscheinlich, daß bei den folgenden Bemühungen Fehrenbachs, eine Erklärung zu formulieren, auch andere Sitzungsteilnehmer eingegriffen haben.

<sup>31)</sup> Stenogramm bricht im Satz ab.

<sup>32)</sup> Im Stenogramm gestr.: „nehmen wir keinen Anstand“.

<sup>33)</sup> Im Stenogramm gestr.: „für uns“.

<sup>34)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Abgabe jener Erklärung zu Ziffer 1 nicht vorgelegen hat“. — Ersetzt durch folgende, wiederum gestrichene Fassung: „Hervorhebung dieser Tatsache nicht vorgelegen hat“.

Wäre uns der genaue Wortlaut vorgelegen, so hätten wir die Notwendigkeit der Abgabe einer solchen Erklärung zu Ziffer 1 nicht abgegeben.<sup>35)36)</sup>

**Mayer-Kaufbeuren:** Nicht eine feierliche Erklärung, sondern [es genügt,] wenn das im Laufe einer Rede des Kollegen Ebert abgegeben wird. Gemeinsame Erklärungen sollen in Zukunft immer nur durch Payer abgegeben werden.

**Payer:** Ich kann noch nicht auf diesen Vorschlag eingehen. Das scheint mir nicht das Geeignete zu sein. Wichtiger für mich ist die Erklärung für den Reichskanzler. Wir haben auch eine Pflicht gegen uns zu erfüllen. Also bleibt nichts anderes übrig, als eine Erklärung abzugeben. Das kann man auch am Anfang tun, dann ist die Geschichte aus der Welt. Ich möchte mich dafür aussprechen, so wie Fehrenbach gesagt hat. Damit hängt auch meine eigene Stellung zusammen. Ich persönlich brauche nicht gedeckt zu werden. Dann kann ich auch den Vorsitz behalten.

**David:** Die Fehrenbachsche Erklärung bezieht sich nur auf den ersten Punkt, nicht auf den zweiten Punkt, und das ist auch richtig. Der zweite Punkt bleibt in jedem Falle für uns bestehen. Der erste Punkt ist auch insofern ganz unverständlich geworden, als der Text der Mitteilungen des Reichskanzlers nichts mehr enthält „vom Boden der Resolution“. <sup>37)</sup> Für uns ist die Deckung gegeben durch unsere Erklärung. Das ist erreicht, daß wir gedeckt sind.

**Ebert:** Auf diesen Boden kann ich mich nicht stellen. Wenn diese Erklärung abgegeben werden soll, so muß sie ein anderer abgeben. Sachlich ist die Stellung gerechtfertigt. Der Mann hat gesagt heute morgen, —<sup>38)</sup> Wenn die Mehrheitsparteien sich nicht zu der Erklärung verstanden hätten, dann hätten wir von Fraktionen wegen dasselbe sagen müssen. Der zweite Teil<sup>2)</sup> ist überhaupt notwendig, auch nach seiner Erklärung. Ich bin bereit, alles zu tun, was möglich ist, um Herrn Payer Genugtuung zu geben. Dem Kanzler gegenüber nicht.

**Payer:** Ich möchte keine Pression ausüben. Aber es ist klar, wenn mit dem Kanzler die Sache nicht ins Reine zu bringen ist, dann ist es mit mir auch nicht möglich.

**Junck** macht darauf aufmerksam, daß die Presse schon wieder alles gebracht

<sup>35)</sup> So die wörtliche Übertragung des Stenogramms.

<sup>36)</sup> Die Erklärung wurde am folgenden Tag von Haußmann, zu Beginn seiner Hauptausschlußrede, in folgendem Wortlaut abgegeben: „Die von Herrn Kollegen Ebert gestern abgegebene Erklärung der Mehrheitsparteien zu Ziffer 1) beruhte auf einer auch bei anderen hervorgetretenen mißverständlichen Auffassung der unmittelbar vorangegangenen Erklärung des Herrn Reichskanzlers.

Hätte dieses Mißverständnis nicht bestanden, so wäre die Notwendigkeit für diese Gegenklärung nicht vorgelegen.“ Vgl. HA 173. Sitzung, 23. 8. 1917. — Im Wortlaut übereinstimmend: eigenhändige Reinschrift des Entwurfs im Nachlaß Haußmann 28. Jedoch statt „dieses Mißverständnis“: „das Mißverständnis“, und mit dem Zusatz: „... — wie ich namens der Mehrheitsparteien erklären kann“. Ein erster Entwurf, der eine Reihe von Streichungen und Redigierungen enthält, ist angeheftet.

<sup>37)</sup> D. h.: der der Presse übergebene Text der Ausführungen des Reichskanzlers am 22. 8. 1917, vormittags. Vgl. Schulthess 1917/I S. 763; dagegen Nr. 32 Anm. 10.

<sup>38)</sup> Langer Gedankenstrich im Stenogramm.

hat.<sup>39)</sup> Jetzt tritt er<sup>40)</sup> auf den Boden der Mehrheitsresolution.<sup>41)</sup> Zu Ziffer 1<sup>2)</sup> kann man eine Erklärung abgeben, und zwar in der ausführlichen Form. Wenn Verhandlungen sind, dann soll keine Erklärung nebenbei gemacht werden. Das macht die Verhandlungen unmöglich.

**Erzberger:** Nachdem aus der vertraulichen Sitzung heraus ein Bruch der Discretion gekommen ist<sup>39)</sup>, ist eine neue Situation geschaffen. Anknüpfend daran kann der Vorsitzende das Nötige sagen.

**Fehrenbach:** Was die Presse Falsches berichtet, geht uns nichts an. Als Vorsitzender kann ich die Erklärung nicht abgeben. Erster Redner ist Herr Haußmann: der könnte doch zu Anfang seiner Rede<sup>39)</sup> dem Sinn nach sagen, was ich vorgeschlagen habe. Dadurch bekommt es einen weniger auffälligen Charakter. Wenn der erste Redner die Erklärung abgibt, dann hat auch der Reichskanzler seine Genugtuung.

**David:** Ich wollte einen Vorschlag machen. Da wäre es auch richtig, wenn dann auch der Bericht der Presse als Ausgangspunkt genommen wird.

**Payer:** So leichten Kaufes kommen wir nicht heraus. Wer die Sache sagen soll, ist gleichgültig. Auch Haußmann kann es sagen; aber doch in einer wirklichen Form einer Erklärung.

Haußmann<sup>42)</sup>

<sup>39)</sup> Vgl. die ausführliche Geschäftsordnungsdebatte über Indiskretionen gegenüber der Presse am folgenden Tage; HA 173. Sitzung, 23. 8. 1917.

<sup>40)</sup> Michaelis.

<sup>41)</sup> Vgl. Anm. 6. S. auch Schulthess 1917/I S. 763.

<sup>42)</sup> Der Name Haußmann steht ohne weitere Hinzufügung im Stenogramm in besonderer Zeile, aber nicht mit der Unterstreichung, die sonst den neuen Redner angibt. Es ist also fraglich, ob Haußmann noch selbst das Wort ergriffen hat. Unter Umständen wollte Südekum nur den Beschluß des Ausschusses festhalten, daß Haußmann die Erklärung abgeben solle.

### 34.

#### 24. 8. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 70, Stenogramm (Fr.). Überschrift: „Verhandlungen der Vereinigten Parteien 24. August 1917 nachmittags“.

**Payer:** [Ich] habe zu berichten, ob wir einen gemeinsamen Antrag zur Zensurfrage und zur Frage des Versammlungsrechts einbringen können.<sup>1)</sup> Entwurf von Erzberger, dem Scheidemann und Payer glaubten zustimmen zu können. Aber die Nationalliberalen haben darauf aufmerksam gemacht, daß der zweite Teil nicht so ginge (allgemein ganzes Versammlungsrecht). Es fragt sich, ob Streikversammlungen in den Munitionsgegenden unter allen Umständen [geschützt werden] sollen.<sup>2)</sup> Wir haben uns dahin geeinigt, daß wir den ersten Teil gemein-

<sup>1)</sup> Im Hauptausschuß.

<sup>2)</sup> Im Stenogramm: „schützen sollen“.

sam eingebracht haben.<sup>3)</sup> Den zweiten Teil habe ich an Scheidemann zurückgegeben.<sup>4)</sup> Evtl. habe ich vorgeschlagen, die Sozialdemokratie solle den Antrag allein einbringen, den wir evtl. unterstützen.

**Fehrenbach:** Helfferich sagte schon, daß die unbedingte Versammlungsfreiheit nicht gegeben werden könne.

**Gothein:** Aber irgend etwas muß auf diesem Gebiete geschehen. Siehe z. B. zweites Generalkommando.<sup>5)</sup> Dort haben nur die Konservativen das Recht der Versammlung.

**Junck:** Wir sollten in derselben Art vorgehen, wie nach dem Gesetz von 1916<sup>6)</sup>, wo es mehr negativ ausgedrückt ist: kann nur beschränkt werden, wenn es sich tatsächlich um die Sicherheit der Landesverteidigung handelt. Absolute Versammlung[s]freiheit<sup>7)</sup>

[nicht identifizierbarer Sprecher: . . .] Das<sup>8)</sup> Zentrum ist der Meinung, daß man zuerst mit Gröber sprechen müsse. Es hat sich wohl Gröber in einem Sinne geäußert, daß wir vorangehen könnten. Deshalb sollten wir jetzt einen gemeinsamen Antrag stellen auf Aufhebung des § 9<sup>9)</sup> Abs. 2. — Oder sollen wir es im Verfassungsausschuß<sup>10)</sup> beruhen lassen? Was man dem Verfassungsausschuß nehmen und auf anderem Wege erledigen kann, erleichtert die Lage gegenüber der Reichsregierung; denn der Verfassungsausschuß steht in einem unglücklichen Renommee.

**Fehrenbach:** Gröber ist dagegen, daß der Paragraph aufgehoben wird. Er habe aber schon früher erklärt, daß er der Linken aus einem anderen Vorgehen keinen Vorwurf machen würde; also könnten wir mitmachen. Das Zentrum würde sich nicht absondern. Ob wir jetzt einen Antrag stellen sollen? Ich möchte sagen, es im Verfassungsausschuß weiterlaufen zu lassen.<sup>10)</sup> Es steht nur die Neu-

<sup>3)</sup> Der von Erzberger, Payer, Scheidemann und Schönaich-Carolath am 24. 8. 1917 im Hauptausschuß eingebrachte Antrag wurde am 29. 8. vom Ausschuß beraten und angenommen. Vgl. HA 174. und 178. Sitzung.

<sup>4)</sup> Der Antrag Scheidemann u. Gen. wurde am 24. 8. 1917 im Hauptausschuß eingebracht, am 29. 8. beraten und vom Ausschuß abgelehnt. Vgl. HA 174. und 178. Sitzung.

<sup>5)</sup> Generalkommando des II. Armeekorps in Stettin.

<sup>6)</sup> Es kann nur das Gesetz betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und Belagerungszustandes vom 4. 12. 1916, RGBl. S. 1329, gemeint sein, dessen § 1 folgenden Wortlaut hatte: „Gegen einen Deutschen ist die Anordnung der Haft oder einer Aufenthaltsbeschränkung durch die vollziehende Gewalt auf Grund des Belagerungs- oder Kriegszustandes nur dann zulässig, wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich ist.“

<sup>7)</sup> Zwischen Bl. 7 und 8 der Südekumschen Stenogrammkladde ist ein Blatt herausgerissen. Der größte Teil des Randes ist jedoch erhalten geblieben. Folgende Zeilenanfänge konnten entziffert werden: „Absolute Versammlungs“ / „Payer:“ / „Militärs liegt“ / „Payer“ / „einiges“ / „und wie“ / „Bezeichnung“ / „Zentrum“ / „aber wenn“ / „Führer“.

<sup>8)</sup> Erstes Wort von Bl. 8 der Stenogrammkladde (s. Anm. 7).

<sup>9)</sup> Art. 9 der Reichsverfassung.

<sup>10)</sup> Der Verfassungsausschuß nahm am 27. 9. 1917 nach längerer Aussprache den von Nationalliberalen, Fortschrittlern und Sozialdemokraten gestellten Antrag auf Streichung des Schlußsatzes Art. 9 der Reichsverfassung: „Niemand kann zugleich Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein“, mit 15 gegen 12 Stimmen an. Von den beiden Zentrumsvertretern stimmte einer für den Antrag und einer enthielt sich der Stimme. Vgl. Schulthess 1917/I S. 821.

bildung der Regierung auf der Tagesordnung.<sup>11)</sup> Deshalb wäre es besser, keinen formellen Antrag zu stellen.

**Südekum** schlägt vor, den Beschluß zu fassen im Budgetausschuß. Evtl. Resolution.

**Keinath:** In dieser Zeit handelt es sich darum, das Unbefriedigende wieder gutzumachen. Man muß Neues schaffen. Eine Schwierigkeit wird darin liegen, daß die Fraktionen jetzt nicht zusammen sind. Aber im Zentrum sind die Schwierigkeiten wohl schon überwunden. Bei uns liegt es ähnlich. Eine sehr große Mehrheit wird heute schon dafür zu haben sein. Aber formell sollte man nicht vorgehen. Deshalb würde es wohl genügen, wenn das zum Ausdruck käme, daß die bisherige Lösung als unbefriedigend betrachtet wird und daß man die Forderung des Paragraph 9<sup>9)</sup> Abs. 2 aufstellen würde, um Parlamentariern den Eintritt in die Regierung zu ermöglichen.<sup>12)</sup> Wie ist es mit Lieschings Vorschlag der kommissarischen Betrauung<sup>13)</sup> von Regierungsmännern? Mir ist es das Wesentliche, daß wir praktisch vorwärts kommen.

**Junck:** Artikel 9 hat nicht zur Folge, daß der Berufene sein Mandat verliert, sondern daß er nicht Mitglied des Bundesrats werden kann. Es müßte natürlich auch [Art. 21]<sup>14)</sup> beseitigt werden: „Amt, folglich Verlust des Mandats“. Artikel 9 Abs. 2 würde einen gewissen Einbruch in das Reich des Bundesrats bedeuten. Deshalb sind sie dagegen. Es gibt also einen großen politischen Kampf. Das hindert mich aber nicht. Die grundsätzliche Bedeutung des § 9<sup>9)</sup> ist sehr groß, weil damit gezeigt wird, daß wir die Bahn frei machen wollen. Da wäre es allerdings notwendig, davon zu reden und zum mindesten anzukündigen.<sup>12)</sup>

**Gothein:** Ich bin auch der Meinung, daß die jetzigen Ministerernennungen ein Schritt waren in unserer Richtung; aber ein falscher Schritt. Einwirkung auf das Ausland ist brennend und notwendig. Man muß mehr tun, als Erklärungen abzugeben und Reden zu halten. Deshalb Beseitigung des § 9.<sup>9)</sup> Aber wichtiger noch ist, daß wir die Forderung Liesching erheben.<sup>13)</sup> Bei dieser Sache haben wir den Vorteil, daß wir eine Neuwahl überhaupt nicht brauchen. Jetzt ist nötig kommissarische Staatssekretäre. Dadurch sind wir auch viel leichter daran. Es sind auch Übergangssachen. Man belastet auch den Reichssäckel nicht damit.

**Calker:** Mir erscheint Art. 17<sup>15)</sup> zunächst praktisch von größerer Bedeutung.

**Südekum:** Erst Parlamentarisierung, dann § 17.<sup>15)</sup> Kommissarische Staatssekretäre.

<sup>11)</sup> Vgl. HA 175. Sitzung, 25. 8. 1917.

<sup>12)</sup> Vgl. HA a.a.O., besonders die Ausführungen Payers und Stresemanns.

<sup>13)</sup> Vgl. auch HA a.a.O. (Payer).

<sup>14)</sup> Im Stenogramm: „§ 17<sup>14)</sup>. Obgleich Art. 17 der Reichsverfassung, Satz 2 (vgl. Anm. 15) von wesentlicher Bedeutung für die Parlamentarisierung war, ergibt der Zusammenhang klar, daß hier Art. 21, Satz 2 gemeint ist.

<sup>15)</sup> Es ist wahrscheinlich, jedoch nicht mit Sicherheit nachweisbar, daß Art. 17 wiederum mit Art. 21 verwechselt worden ist. — Art. 17, Satz 2 hat folgenden Wortlaut: „Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.“ Der Schluß des Satzes (ab „welcher“) wurde am 28. 10. 1918 durch Reichsgesetz gestrichen.

**Payer:** Bei uns herrscht Einverständnis, daß man entschlossen ist, den Art. 9 aufzuheben. Die Frage ist bloß, ob wir dazu einen eigenen Antrag einbringen sollen, oder Verfassungsausschuß.<sup>10)</sup> Vielleicht Resolution. Vielleicht bloß Erklärungen.

**Fehrenbach:** Ich muß auch Rücksicht auf die Bayern nehmen.

**Payer:** Kommissarische Staatssekretäre. Gedanke: Vorläufig eine Beziehung zwischen Reichsregierung und Parlament dadurch herzustellen, daß man eine Reihe von Reichstagsabgeordneten zu Staatssekretären ohne Portefeuille bestellt. Dazu dann den Gedanken, daß man sie nicht zu Beamten machen soll, sondern bloß zur kommissarischen Verwaltung.<sup>13)</sup> Dann verlieren sie ihren Sitz nicht. Jede Fraktion kann das als Ausweg betonen.

**Stresemann:** Die Frage Helfferich wird als Personenfrage doch wohl morgen nicht angeschnitten.

**Fehrenbach:** Ich kann den Vorschlag nur unterstützen. Die letzte Ministerstürzerei ist noch zu kurz. Darüber haben schon manche gewisse Bedenken bekommen. Auf Persönliches nicht einlassen. Auch da sind ja die Meinungen über Helfferich geteilt. Auch keinen persönlichen Kampf gegen den Reichskanzler. Ich halte ihn für einen ehrlichen Mann, mit dem wir noch arbeiten können. Wir sollten die Lage nicht erschweren.

**Payer:** Ich bin davon ausgegangen, daß wir bloß die Sache selbst behandeln sollten. Schon in der Frage Helfferich würde die Mehrheit hintereinander<sup>16)</sup> kommen. Es würde mir leid tun, wenn wir die Kraft Helfferichs beim Frieden vermissen müßten.

**Haußmann:** Die Frage, ob man Persönliches bespricht, berührt mich nicht. Aber ich habe die Meinung, daß die Schlappe des Reichskanzlers so schlimm ist, daß das Parlament dazu nicht schweigen kann. Das entspricht nicht den Interessen des Volkes. Aber ob das morgen der richtige Zeitpunkt ist, das weiß ich nicht.

**Payer:** Über einen Angriff auf Michaelis müßte eine vorherige Einigung zustande kommen. Das könnte nicht von einer einzigen Partei ausgehen.<sup>17)</sup>

**Payer:** Elsaß-Lothringen ist noch nicht referiert. Beim Reichskanzler<sup>18)</sup> hat sich die Sache so abgespielt, daß er die Frage angeregt hat, und zwar in dem Sinne, daß auch er an dem Gedanken [Interesse] gezeigt hat, daß man einen selbst-

<sup>16)</sup> So deutlich im Stenogramm.

<sup>17)</sup> Unter den Ausführungen Payers im Stenogramm ein leichter Trennungsstrich, der vielleicht eine Pause oder auch nur den Übergang zu einem anderen Thema andeutet.

<sup>18)</sup> Am 22. 8. 1917, abends. Vgl. Nr. 38; SPD-Fraktion, 24. 8. 1917; „Frankfurter Zeitung“, 23. 8. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 22. 8.: für „heute abend“ sei eine Besprechung mit den Vertretern der Fraktionen über die Beantwortung der Friedensnote des Papstes anberaumt worden); a.a.O., 24. 8. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 23. 8.: bei dem Empfang, der am Vorabend beim Reichskanzler stattgefunden habe, sei u. a. der bei der großen politischen Debatte am 19. 7. 1917 durch Payer angeregte Gedanke diskutiert worden, „daß zum Zwecke der engeren Verbindung zwischen Reichsregierung und Reichstag in den Fragen der großen Politik eine Art Reichsrat gebildet werden möchte, der vor der Entscheidung gutachtlich gehört werden sollte“). Ferner David, Kriegstagebuch, 22. 8. 1917: „Abends: beim Kanzler. Freie Kommission über E[lsaß-]L[othringen].“

ständigen Bundesstaat machen werde. Die Führer der Parteien sollen noch wieder mit ihm zusammenkommen. So lange würden wir die Sache im Ausschuß ruhen lassen.<sup>19)</sup>

**Hauß:** Reichskanzler und Elsässer waren zusammen.<sup>20)</sup> Er hat ergänzt, daß er uns bat, man möchte vorerst von der Besprechung im Ausschuß<sup>21)</sup> absehen. Die Mehrheitsparteien wissen, was sie wollen, und sie würden dann eingehend ihren Standpunkt darlegen, und er könne nichts sagen. Das wäre unangenehm, weil er die Frage im Bundesrat noch nicht fertig habe. Er sei auch noch nicht mit dem Hauptquartier im Reinen. Im Hauptquartier wohl kein Widerstand gegen den Plan. Er hat versichert, daß das kein Retardieren der Frage sei, sondern nur in das ordnungsmäßige Gleis bringen. Er hofft, beim Zusammentritt des Plenums mit der Sache fertig zu sein, so daß die gesetzgeberische Aktion dann einsetzen könnte. Aus der Besprechung von Einzelheiten habe ich entnommen, daß er recht guten Willens ist.

**Haußmann:** Bei der elsässischen Sache bitte ich, die drei Punkte vor allem im Auge zu behalten: Autonomie, Besetzung der Ämter durch Landeseingeborene, drittens die ganze Sache aus der Initiative von Elsaß-Lothringen; Befreiung vom Belagerungszustand, damit die Bevölkerung zum Ausdruck kommen kann.

**Payer:** Bei den besetzten Gebieten<sup>22)</sup> nehme ich an, daß wir dabei nicht über die Friedensziele debattieren. Es handelt sich um die Verwaltungsmaßregeln.

**Südekum** weist auf die Mehrheits-Resolution hin.

**Payer:** Bei der Beantwortung der Papstnote kommt das zur Sprache.

Montag um 9 Uhr.<sup>23)</sup>

<sup>19)</sup> Die elsäß-lothringische Frage wurde im Hauptausschuß erst am 28. 9. 1917 mit einem Antrag Hauß, der jedoch zurückgestellt wurde, wieder aufgegriffen. Vgl. HA 180. Sitzung. Für die Verschleppung des Problems s. auch Erzberger S. 166 ff.

<sup>20)</sup> Empfang der elsäß-lothringischen Reichstagsmitglieder am 23. 8. 1917.

<sup>21)</sup> Hauptausschuß.

<sup>22)</sup> Vgl. HA 177. Sitzung, 28. 8. 1917.

<sup>23)</sup> Für Montag, den 27. 8. 1917, liegt von keiner Seite ein Bericht über eine interfraktionelle Besprechung vor; es wird jedoch auch nirgends darauf hingewiesen, daß die Sitzung ausgefallen sei.

## 35.

## 24. 8. 1917: Besprechung von Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei

35a: Nachlaß Haußmann 25, eigenhändig mit Tinte.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung von Volkspartei-abgeordneten“. Eigenhändige Datierung: „Freitag 24. [August] Abend“<sup>2)</sup> und „Juli [sic!] 1917“.<sup>3)</sup>

[Haußmann:]<sup>4)</sup> Haltung / Zurückhaltung nach Bethmanns Beseitigung / Doppelte Zurückhaltung nach seiner Rede<sup>5)</sup> / Dreifache Zurückhaltung nach der Ämterbesetzung<sup>6)</sup> / Mißtrauen nach seiner Entgleisung<sup>7)</sup>

Payer:<sup>8)</sup> Es hat ja keinen Wert über diese Personenfrage zu reden / Wir werden ja sehen, ob wir mit ihm auskommen können / Stellung scheint mir einfach zu sein / Er ist nun einmal da<sup>9)</sup>

[Haußmann:]<sup>4)</sup> Er hat sich<sup>10)</sup> wehe getan / [der]<sup>11)</sup> Mehrheit<sup>10)</sup> wehe getan / Dem Parlament wehe getan / gewunden, daß man nicht mehr wußte<sup>12)</sup> / berechnete Empörung<sup>12)</sup> / Deutschland wehe getan / Konsequenz — kraftlos / Es war kläglich, unehrlich u. ungeschickt / Schaden für das Reich / Friedenschance versäumt<sup>13)</sup> / Konflikt mit Hauptquartier — Nein / Nie für Druck so empfindlich<sup>14)</sup>

Dove: Daß wir dem Mann mit alleräußerstem Mißtrauen entgegenkommen müssen<sup>15)</sup>

Vertrauen od[er] Nichtvertrauen

Der Reichstag ein entscheidendes Wort mit zu sprech[en]

Zu einem Frieden der Verständigung wie sie durch die Resolution nahe gelegt sind

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 38.

<sup>2)</sup> Im Or. mit Bleistift.

<sup>3)</sup> Im Or. mit Bleistift.

<sup>4)</sup> Obgleich kein Sprecher angegeben, mit Sicherheit als Stichworte zu Haußmanns eigenen Ausführungen anzusehen. S. Nr. 35b und Nr. 38.

<sup>5)</sup> Michaelis' Rede im Plenum am 19. 7. 1917.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 28 bes. auch Anm. 5; Nr. 30 bes. auch Anm. 12; Nr. 31a.b; ferner die kritischen Ausführungen der Vertreter der Mehrheitsparteien im Hauptausschuß am 25. 8. 1917 (175. Sitzung).

<sup>7)</sup> Am 22. 8. 1917, vormittags, im Hauptausschuß. Vgl. Nr. 32 bes. Anm. 10.

<sup>8)</sup> „Payer“ (Sprecherangabe) nachträglich mit Bleistift eingefügt.

<sup>9)</sup> Es folgen einige im Or. gestrichene Worte, die schwer leserlich sind. Möglicher Wortlaut: „genau wie angegeben war“.

<sup>10)</sup> Im Or. gestr.: „blamiert“.

<sup>11)</sup> Im Or.: „Die“.

<sup>12)</sup> Im Or. am linken Rande der Seite.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 38.

<sup>14)</sup> Möglicherweise zu interpretieren: ein Konflikt des Reichstages mit der OHL. sei nicht ernstlich zu befürchten, da diese für Druck nie so empfindlich gewesen sei wie zur Zeit.

<sup>15)</sup> Die folgenden Bruchstücke gehören vermutlich noch zu den Ausführungen Doves, obgleich — nach den Abständen zwischen den einzelnen Teilen im Or. — die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß auch andere Sprecher berücksichtigt sein könnten. — Vgl. Nr. 38.

Um Gottes willen, jetzt keinen Kanzler stürzen

[Haußmann:]<sup>16)</sup> Päpstliche Note / Elsaß-Lothringische Frage /  
Parlamentarisierung / durch Hinnahme / eine Zweideutigkeit / in der euro-  
p[äischen]<sup>17)</sup>

<sup>16)</sup> Von hier ab beziehen sich die Stichworte wieder auf eigene Ausführungen Haußmanns; vgl. Nr. 35b und Nr. 38.

<sup>17)</sup> Or. bricht mitten im Wort ab.

**35b: Nachlaß Haußmann 137, Maschinenschrift. Überschrift: „Abgeordneter Haußmann: In der Besprechung der Abgeordneten des Landtags und des Reichstags von der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, vom 24. August 1917.“**

[Haußmann:] Es ist von den Vorrednern eine Stimmung ausgesprochen worden, die soeben der Herr Abgeordnete Dove dahin charakterisiert hat: „daß wir dem Mann mit dem alleräußersten Mißtrauen entgegenkommen müssen.“ Ich teile diese Auffassung und meine nur abweichend von den Herren, daß wir daraus die klaren Konsequenzen ziehen müßten, und daß die bisherige Behandlungsart politisch nicht richtig war, weil sie uns präjudizierte, indem sie die Ziehung der Konsequenzen im entscheidenden Moment unterlassen hat.

Als Gründe dieser Unterlassung sind vorhin angeführt worden: Materiell will Michaelis jetzt entgegenkommen

- 1.) in der Antwort auf die päpstliche Note, unter Mitwirkung des Parlaments,
- 2.) in der Autonomie von Elsaß-Lothringen,
- 3.) in der Parlamentarisierung.

All das ist kein ausschlaggebender Grund, denn die Antwort auf die päpstliche Note wird ohnehin entgegenkommend ausfallen müssen, schon weil Österreich-Ungarn sicher präjudiziert, ebenso Bulgarien, dessen vorläufige Äußerungen weit staatsmännischer als die naive Vorbemerkung von Michaelis. Die Autonomie von Elsaß-Lothringen muß gleichfalls kommen, nachdem Bayern seinen Annexionsanspruch endlich als uneinsichtig und friedenserschwerend aufgegeben hat, wie mir Bethmann schon sagte, und das Flickwerk von Parlamentarismus, das vor 14 Tagen gemacht worden ist, wird von jedem Nachfolger grundsätzlich verbessert werden müssen. Die Hauptsache aber ist: Michaelis hat kein Vertrauen bei keinem Abgeordneten der Mehrheitsparteien und im Herzen auch nicht mehr bei den konservativen Abgeordneten, die das Versagen der letzten Tage mit erlebt haben. Er ist kein Staatsmann, er ist kein führender Geist, er ist ohne Geschick und voll Ungeschick. Das allein genügt, um ihn unhaltbar zu machen. Aber schlimmer ist die unheilvolle Zweideutigkeit, deren Zeugen wir geworden sind, und die sich fortwährend häuft. Erst sagt er unseren Vertretern vor dem 19. Juli auf Verlangen den Wortlaut seiner Rede<sup>1)</sup> und schiebt nachträglich den Satz ein<sup>2)</sup>, der erlaubt, eine Übereinstimmung oder eine Nichtübereinstimmung

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 22 und 23.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 29 Anm. 8 und Nr. 30 Anm. 5.

zu behaupten, obwohl der Wortlaut der Resolution und die solidare Auslegung aller, unterzeichnet in der gemeinschaftlichen Besprechung, der Hindenburg und Ludendorff anwohnten, jede Zweideutigkeit verboten.<sup>3)</sup> Dann sagte er, darüber koramiert, unseren Vertretern, er habe den Satz improvisiert, nur um zu betonen, daß die Resolution nicht von ihm verfaßt sei und legt damit den kritischen Satz zustimmend aus. Nun im Hauptausschuß<sup>4)</sup> sagte er, der Satz habe betonen sollen, daß er „nicht auf dem Boden der Resolution stehe und dies auch ausgesprochen habe“. Damit will er sich von dem Vorwurf der Mentalreservation befreien, indem er den Vorbehalt nicht nur gedacht, sondern in den Vorverhandlungen ausgesprochen habe. Dies ist völlig unrichtig und wird von ihm auf Vorhalt aller Vertreter auch nicht mehr aufrechterhalten. Er wünscht „Vertraulichkeit“ dieser Erklärungen und benützt die Bewilligung dieses Wunsches dazu, um den Wortlaut seiner Erklärungen im vertraulich geltenden Protokoll zu ändern. Aber schmerzlicher ist, daß jener Erklärungsversuch die Behauptung einer durch den eingeschobenen Satz beabsichtigten Abweichung zu Gehör aller Parteien aufgestellt hat, und sich damit zu einem Vorbehalt bekannte, der nicht ausgesprochen worden ist, mental war.

In der Nachmittagssitzung trat der Kanzler dann freilich den Rückzug auf die alte Linie und auf den Boden unserer Resolution an.<sup>5)</sup> Um diesen mühsamen und komplizierten Vorgang zu verstehen, müssen Sie wissen: Der Mehrheits-Ausschuß war vor der Sitzung zusammengetreten<sup>6)</sup> und hatte allseitig den lebhaftesten Unmut und das höchste Befremden geäußert. Ich habe dann den Antrag gestellt, die Mehrheitsparteien sollten kollektiv den Kanzler ersuchen, „seine Auffassung zu dem unzweideutigen Beschluß des Reichstags vom 19. Juli [19]17 authentisch festzustellen“. Dies war angenommen auch von Payer, der mit meinem Einverständnis erklärte, davon müsse man den Kanzler schon vor der Sitzung in Kenntnis setzen. Dies geschah.<sup>7)</sup> In einer halbstündigen Verhandlung erklärte der Kanzler sich bereit, 1.) zu erklären, daß er an seinem Standpunkt vom 19. Juli festhalte, und 2.) in der Antwort auf die Papstnote sich zu einem Verständigungs- und Ausgleichsfrieden, wie in der Resolution vom 19. Juli bereit zu erklären. Dies verlas bei dem Wiedereintritt in den Ausschuß der Kanzler mit leiser Stimme. Sofort erhielt der Abgeordnete Ebert das Wort, der inzwischen eine doppelte Verwahrung redigiert, die Zustimmungen Erzbergers und die meinige mit dem Vorbehalt meinerseits, Payers Einwilligung abzuwarten, aufgesetzt hatte. Payer, eben erst eingetreten, überflog die Ebert'sche Erklärung und flüsterte demselben zu: „Ziffer 1 kommt jetzt in Wegfall.“ Ebert aber war schon in der Verlesung begriffen. Durch die Verlesung der beiden Erklärungen des Kanzlers und Eberts war die Debatte zunächst erschöpft, da man die Worte des Kanzlers nicht verstanden hatte.<sup>8)</sup>

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 19.

<sup>4)</sup> S. Nr. 32 Anm. 10.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 33 bes. auch Anm. 6.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 32.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 33 bes. auch Anm. 3.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 33.

Man hatte versäumt, nachdem er gesprochen hat[te], seitens der Mehrheitsparteien eine Unterbrechung der Sitzung und erneute Beratung herbeizuführen. Im Vertreter-Ausschuß<sup>9)</sup> nach der Hauptausschuß-Sitzung<sup>8)</sup> stellte sich Payer auf den Standpunkt, es sei nicht loyal gegen ihn gewesen, die Erklärung zu verlesen, nachdem man ihn habe verhandeln lassen, und er sich in der Verhandlung auf den Standpunkt gestellt habe, die Worte des Kanzlers enthalten die authentische Feststellung der Auffassung des Kanzlers zu dem unzweideutigen Beschluß. Payer legte deshalb den Vorsitz nieder, und wir hatten eine interne Präsidentenkrisis, zu deren Behebung ich mich entschloß, anderen Tags zu erklären, daß die Ziffer 1 der Ebert'schen Erklärung nicht verlesen worden wäre, wenn man den Kanzler verstanden hätte.

Das sind ja aber ganz untergeordnete Dinge. Die Hauptsache ist, ob die authentische Feststellung genügt und ob sie die unerhörte Erschwerung unserer Politik ungeschehen macht. Das ist nicht der Fall, und deshalb wollte ich, als ich in der Früh des nächsten Tags als erster Redner materiell zum Wort kam, die Konsequenz aus der Situation ziehen und den Reichskanzler auffordern, entweder nach parlamentarischem Grundsatz die Vertrauensfrage zu stellen, die ich verneine, oder nach unparlamentarischem System dem Kaiser zu melden, was vorgefallen und daß sein Vertrauen eine Erschütterung erfahren hat.

Payer, auf den ich die ganze Nacht hindurch vergeblich gewartet hatte, weil er mit anderen Vertretern zu einer Konferenz über Elsaß-Lothringen<sup>10)</sup> schon zuvor zum Reichskanzler geladen war, erhob Einspruch, weil man noch keine Zeit gehabt habe, dies vertraulich zu beraten. Ich mußte mich diesem Argument der Disziplin fügen und habe es getan<sup>11)</sup>, aber ich halte die Taktik und Politik Payers, sich mit der Sache abzufinden, für falsch und für schädlich.

Der Reichskanzler hat sich wehe getan, der Mehrheit wehe getan, dem Parlament wehe getan und Deutschland wehe getan. Dafür müssen wir Sinn und Ausdrucksmittel haben. Die verwirrende Blamage hat sich halböffentlich vollzogen. Die Welt hat erfahren, daß er sich von der Resolution zurückzuziehen versucht hat und Vorbehalte in seine Erklärungen erneut hineingetragen hat. Die Rückkehr zu seiner Haltung vom 19. Juli ist die Rückkehr zu einer zweideutigen Erklärung, die er selbst als solche charakterisiert hat. Das Versprechen, die Papstnote gemäß der Resolution zu beantworten, hebt nur einen Bruchteil des Unheils auf. Ja, wenn nicht die Alldutschen ihm geraten und befohlen hätten, von der Resolution abzurücken und ihn dadurch bei der Entente, zu deren Gehör die Resolution gesprochen war, in den Verdacht der Hinterhältigkeit gebracht hätten, mit dem der kriegswütende Teil der Gegner die Friedenslust ihrer Bevölkerung niederpeitschen wollen. Es ist eine Unklarheit und Verschwommenheit hergestellt, die ein Unglück für Deutschland ist. Kein Mensch kann diese Zusammenhänge auch nur dem eigenen Volk verständlich machen. Die Ehrlichkeit des deutschen Wortes kann jetzt bequem in Zweifel gezogen werden, nachdem wir selbst an dem Wort des Reichskanzlers zweifeln müssen, um nicht mehr zu sagen.

<sup>9)</sup> Interfraktioneller Ausschuß.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 34 bes. auch Anm. 18 und Nr. 38.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 33 Anm. 36.

Dabei handelt es sich nicht, wie oberflächliches Urteil behaupten wird, um Nebendinge, sondern um eine Hauptsache, sogar um die Hauptsache. Denn die Hauptsache ist die überzeugende und überzeugte Versicherung, daß Deutschland keine Eroberungspläne verfolge und nicht mit solchen herausplatzen werde, wenn der gutgläubige Gegner seine Regierung an den Verhandlungstisch gebracht habe.

Noch eine zweite Wirkung ist unausbleiblich. Die Reichstagsmehrheit flößte Respekt ein, weil sie ohne Zweideutigkeit gesprochen hat. Wenn sie Zweideutigkeiten des Vollstreckers ihres Beschlusses duldet, so bringt sie sich selbst in den Verdacht der Zweideutigkeit. Sie bringt sich aber auch um den Kredit, selbst friedliche Volkspolitik zu machen, worin in dem Stadium der Überlegung, in dem sich große Schichten der Ententevölker befinden, ein psychologisches Beruhigungsmittel gelegen ist. Die feste Stellungnahme gegen den Kanzler hätte am Tag nach seinem öffentlichen Schwächeanfall erfolgen sollen, wie ich es wünschte und aussprechen wollte.

Die anderen Mehrheitsparteien wären mitgegangen, sie wollten nur nicht allein vorangehen. Erzberger nicht, weil er nicht gewohnheitsmäßiger Kanzlerstürzer werden will, und weil er von Michaelis jetzt eine prompte und entgegenkommende Haltung gegen die Papstnote erwartet. Die Sozialdemokratie nicht, weil sie von dem geschwächten Michaelis politische Zugeständnisse sicherer erwartet, als von dem ihr unbekanntem Nachfolger, der, wie sie meint, vom Hauptquartier in einem dem Parlament abgeneigten Sinn gewählt und beeinflußt werde. Ich glaube an die Einsicht von Kaiser und Hauptquartier, daß Michaelis sich seiner Stellung nicht als gewachsen zeigt, daß er einen schweren Schaden angerichtet, daß statt einer latenten Krisis eine rasche Wiedergutmachung durch einen ehrlichen und fähigen Mann, der sich offen auf die Mehrheit stützt, von der Stunde und vom Reichsinteresse gefordert wird. Zaudern bedeutet den Kriegsherbst und Kriegswinter. Der Friede des Jahres 1918 wird nach neuen Riesenopfern nicht besser als der Friede des Jahres 1917.

Dies ist mein Votum.

## 36.

26. 8. 1917: Stresemann an Prof. Meyersahm<sup>1)</sup> (Kiel)

Nachlaß Stresemann 174 (6883), Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Professor!

Verzeihen Sie, wenn ich auf Ihr Telegramm auch nur im Telegrammstil antworte, aber ich muß mich aus Mangel an Zeit konzentrieren.

Der Beschluß der Fraktion wegen Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen<sup>2)</sup> ist von allen entsprechenden Mitgliedern gegen die Stimme von Hirsch-Essen<sup>3)</sup> gefaßt. Sie ersehen daraus, welche Bedeutung fast die ganze Fraktion der Beteiligung beilegte.

Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir uns die Selbständigkeit unserer Entschlüsse in allen Fragen, insbesondere aber in den außenpolitischen, vorbehalten.<sup>2)</sup>

Daß das keine leere Phrase ist, haben Sie wohl aus meinen Ausführungen im Hauptausschuß zur auswärtigen Lage<sup>4)</sup> ersehen. Die „Frankfurter Zeitung“ quittierte bereits darüber, indem sie erklärte, der Nachfolger Bassermanns führe die Fraktion auf der Grundlage der nackten Anerkennung der Machtpolitik in den alten Bahnen weiter.<sup>5)</sup>

Auf dem Gebiete der inneren Politik haben wir schon manches Unheil durch unsere Teilnahme verhütet. Die alten Mehrheitsparteien hätten die Entgleisung von Michaelis<sup>6)</sup> sicher benutzt, um unser Reich wieder in eine Krise zu stürzen, man verlangte die sofortige Berufung von Staatssekretären, man wollte Helfferich von seinem Amte entfernen.<sup>7)</sup> Unserem Widerspruch ist es zu verdanken, daß die gestrigen Verhandlungen<sup>8)</sup> ruhig und ohne Schädigung des Reiches vorstatten gegangen sind. Auf dem Gebiet des Belagerungszustandes wollte man von der Regierung die Freigabe aller Versammlungen erzwingen<sup>9)</sup>; unser Widerspruch hat die Einbringung eines derartigen Antrages verhindert. Infolge unserer Teilnahme gewannen die gemäßigten Elemente im Zentrum und in der Fortschrittspartei an Boden, ohne unsere Teilnahme würden die radikalen

1) Mitglied des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei.

2) S. Nr. 31a Anm. 2.

3) Wilhelm Hirsch, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1901, am 19. 1. 1916 für den verstorbenen Abg. Wamhoff in den Reichstag gewählt.

4) Vgl. HA 173. Sitzung, 23. 8. 1917; ferner „Nationalliberale Correspondenz“, 24. 8. 1917, wo die Rede Stresemanns irrtümlich auf Mittwoch, also den 22. 8., verlegt wird.

5) Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 24. 8. 1917, Abendblatt: „Herr Stresemann, der designierte Nachfolger Bassermanns . . . bekannte sich auch gestern zu reiner Machtpolitik, wodurch er die Friedensresolution seiner eigenen Partei zu einem Prunkstück nationalliberaler Konsequenz erhob.“

6) Vgl. HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917; dazu Nr. 32.

7) Vgl. Nr. 34.

8) Vgl. HA 175. Sitzung, 25. 8. 1917.

9) Vgl. Nr. 34 bes. auch Anm. 3 und 4.

Elemente Erzberger, Scheidemann, Haußmann und Gothein die Lage beherrschen, und da die Regierung wegen der Rücksicht auf die zum Generalstreik neigenden Arbeiter ziemlich machtlos ist oder sich machtlos fühlt, sobald die Sozialdemokratie auch noch aus bürgerlichen Kreisen von uns Sekurs bekommt, würden wir einer radikalen Mehrheit die Reichsgeschäfte ausliefern. Dies zu verhindern, ist unsere Pflicht.

Wir haben also in nationalen Fragen die Konservativen nicht isoliert und die Verbindung mit den Elementen des Zentrums aufrechterhalten, die bereit sind, mit uns gegen einen Verzichtfrieden zu arbeiten. Innerpolitisch haben wir die Möglichkeit, gegenüber dem Radikalismus zu bremsen.<sup>10)</sup>

Die interfraktionellen Besprechungen selber stellen im übrigen keine Mehrheitsbildung dar. Der Vorsitzende, Herr von Payer, hat die Verhandlungen selber dahin gekennzeichnet, daß die bei den Besprechungen Anwesenden keinen Ausschuß oder Fraktion darstellten, auch keine Abstimmung vornähmen, sondern nur feststellen könnten, ob und in welchen Punkten man einig sei.<sup>11)</sup> Uns von solchen Besprechungen aber auszuschalten wäre gleichbedeutend mit völliger Einflußlosigkeit in einer Zeit, in der es notwendig ist, daß die gemäßigten Elemente nicht von dem Radikalismus an die Wand gedrückt werden.

Ich bin gern damit einverstanden, daß Sie eine solche Erklärung den dortigen Parteifreunden bekanntgeben, bitte dies aber nicht mit meinem Namen zu tun, sondern so, daß Ihnen die Erklärung von führenden Fraktionsmitgliedern gegeben sei.

Unsere Trauerfeier für Bassermann findet am 22. September, die Sitzung des Zentralvorstandes am 23. September in Berlin statt. Ich freue mich, Sie bei dieser Gelegenheit wieder begrüßen zu können und bin inzwischen

mit den besten Empfehlungen  
Ihr ergebener

<sup>10)</sup> In einem Brief an Justizrat Dinkgraeve in Aurich vom 18. 8. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 174 (6883), erklärte Stresemann: „Das Schwierige in der Stellung eines Reichstagsabgeordneten liegt ja mit darin, daß es viele Dinge gibt, über die man öffentlich nicht schreiben und sprechen darf, die aber den Untergrund für manche Handlungen bieten, die wieder dem Außenstehenden unverständlich sind. Wenn heute selbst konservativ gerichtete Staatssekretäre einem unter vier Augen sagen, daß sie die Parlamentarisierung wünschen, weil sie Angst davor haben, daß die persönliche Politik des Kaisers Deutschland unendlich schaden kann, so kann man sich das zwar im vertrauten Kreise erzählen, darf aber als monarchischer Mann die wesentlichste Begründung für den Schrei nach Parlamentarisierung nicht in die Öffentlichkeit bringen. Ebenso versteht man draußen nicht, daß wir in bezug auf unsere Kriegsziele etwas weniger stark den Eroberungsgedanken betonen, würde aber unsere Stellung wahrscheinlich besser verstehen, wenn wir offen sagen könnten, daß uns Österreich-Ungarn zeitweilig mit dem Abspringen gedroht hat, so daß wir vor der Frage standen, ob wir etwa unsere Bundesgenossen verlieren und uns [sic!] dann ganz allein in der weiten Welt weiter kämpfen und unter Umständen zugrunde gehen sollten.“

<sup>11)</sup> Vgl. Payer S. 37.

## 37.

## August 1917: „Der Reichsrat“, Artikelmanuskript Stresemanns

Nachlaß Stresemann 165 (6874), Maschinenschrift. Überschrift: „Der Reichsrat. Von Dr. Gustav Stresemann, Mitglied des Reichstags“. Handschriftlich als „Z[eit][un]gsm[anuscript]“<sup>1)</sup> gekennzeichnet und auf „August 1917“ datiert.<sup>2)</sup>

Die Verhandlungen des Hauptausschusses des Deutschen Reichstags haben vorläufig das Ergebnis hervorgebracht, daß ein Gremium von vierzehn Mitgliedern zur Beratung der Antwortnote an den Papst eingesetzt worden ist.<sup>3)</sup> Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers werden sich am 28. August diese sieben Mitglieder des Bundesrats und sieben Mitglieder des Reichstags versammeln, um gemeinsam zu beratschlagen, in welcher Form Deutschland zu der Friedensnote des Herrschers der katholischen Kirche Stellung nehmen soll. Zum ersten Male wird der Reichstag in dieser Form mitberatend zur Entscheidung über derartige weltpolitische Fragen zugezogen. Von der Art und Weise des Zusammenwirkens in dieser Frage soll die Ausbildung dieser Institution vielleicht zu einer Art Reichsrat für spätere Zeiten abhängig gemacht werden.

Viel Spott und Hohn ist über das neue Gehilde ausgegossen worden, ehe es noch zum ersten Male in Wirksamkeit trat. In unserer schnellebigen Zeit, in der auch mit uns die Sonnenpferde der Zeit, wie von unsichtbaren Geistern gepeitscht, mit unseres Schicksals leichtem Wagen durchgehen, sind viele geneigt, das Errengene als geringfügig anzusehen.<sup>4)</sup> Wenn man aber den Blick nur wenige Jahre rückwärts schauen läßt, was ist dann in diesem Deutschland und Preußen alles vorgegangen! Ein Sozialdemokrat als Unterstaatssekretär<sup>5)</sup> im Kriegswirtschaftsamt<sup>6)</sup>, fortschrittliche<sup>7)</sup> Oberbürgermeister werden auf Minister-

<sup>1)</sup> Ob der vorliegende Artikel im Druck erschienen ist, ließ sich nicht feststellen.

<sup>2)</sup> Das Manuskript muß nach der Hauptausschußsitzung vom 25. 8. 1917 und vor der ersten Sitzung des Siebenerausschusses am 28. 8. 1917 entstanden sein, mit großer Wahrscheinlichkeit also am 26. oder 27. 8.

<sup>3)</sup> Vgl. HA 175. Sitzung, 25. 8. 1917.

<sup>4)</sup> In einem Brief Stresemanns an List (Reutlingen) vom 16. 8. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 174 (6883), heißt es: „In der Beurteilung der innerpolitischen Lage stimme ich Dir vollkommen zu. Wir dürfen jetzt nicht im Sinne Richthofens schreien, daß das Parlament nicht genügend gestärkt sei, die Leute werden uns sonst scheu. Schließlich haben wir doch auch in den letzten Wochen und Monaten mehr erreicht, als sich der ganze linke Flügel vor Jahren träumen ließ: allgemeines Wahlrecht in Preußen, also Zertrümmerung der konservativen Vorherrschaft, ein Sozialdemokrat als Unterstaatssekretär, nationalliberale Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und Staatssekretäre, zwei Oberbürgermeister als kommende Minister und dazu der Reichsrat. Wir können also vorläufig zufrieden sein und müssen jetzt nach dieser Richtung hin etwas bremsen.“ — Es ist bemerkenswert, daß Stresemann am 16. 8. den „Reichsrat“ bereits als feststehende Tatsache behandelt.

<sup>5)</sup> Dr. August Müller, bevorstehende Ernennung angekündigt am 5. 8. 1917, ernannt am 5. 9. 1917.

<sup>6)</sup> Korrekt: Kriegsernährungsamt.

<sup>7)</sup> Gemeint ist der Straßburger Bürgermeister Schwander, der als vorgesehener Leiter des Reichswirtschaftsamtes am 5. 8. 1917 zunächst zum Unterstaatssekretär ernannt worden war. — Vgl. Nr. 30 Anm. 12.

posten berufen, in Preußen ein Staatsministerium, in dem zum ersten Male konservativer Einfluß nicht prävaliert<sup>8)</sup>, im Hauptausschuß des Reichstages eine Debatte, die sich mit der Form der Regierung in einer Weise beschäftigt, die das kommende Übergewicht an der willensfähigen Mehrheit über die Regierung erkennen läßt, und bei einer weltpolitischen Aktion an Stelle der geheimen Diplomatie ein Zusammenwirken zwischen Vertrauensmännern der Fraktionen, dem Bundesrat und dem Reichskanzler!<sup>3)</sup> Man kann in geistreichen politischen Feuilletons Jahrhunderte der Entwicklung leicht in wenigen Sätzen überspringen, aber man darf nicht erwarten, daß man eine Staatsform in Deutschland so wie ein Gewand von einer Nacht bis zum Tage vertauschen kann. Noch wissen wir nicht, wohin die Entwicklung letzten Endes sich wendet, aber die Entwicklung selber kennzeichnet sich am Horizont ab.

Ohne an Parteidogmen zu kleben, sehe ich auch für meine eigene persönliche Stellung diese Entwicklung am besten aufgehoben, wenn sie sich nach den Grundsätzen bewegt, die in einer Konferenz der Landesvorsitzenden der national-liberalen Partei<sup>9)</sup> in die Worte gekleidet wurde: Ohne Übertragung des parlamentarischen Systems fremder Länder ein enges vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen Regierung und Parlament sicherzustellen. Die ersten Anfänge zu einem solchen Zusammenwirken glaubte der Reichskanzler Dr. Michaelis darin zu finden, daß er Mitglieder der verschiedensten Fraktionen in Ministerposten und ähnlich geordnete berief. Der Reichsrat oder wie man das kommende Gremium nennen mag, sollte die Ergänzung zu diesen Berufungen sein. Nach zwei Richtungen ist hieran Kritik geübt worden: an dem fehlenden Konnex zwischen den in die Regierung eintretenden Parlamentariern, die der parlamentarischen Wirksamkeit entrissen werden, und an dem Gebilde des Reichstags, das als eine Herabdrückung des Einflusses des Reichstags angesehen wird. Dringend ist der Ruf erhoben worden, statt dessen die Führer der Parteien zu Staatssekretären ohne Portefeuille zu berufen und damit die Zeit des Parlamentarismus in Deutschland einzuleiten, wobei über die Zweifelsfrage debattiert wird, ob eine derartige Berufung von Staatssekretären bedingt, daß sämtliche Parteien dabei berücksichtigt würden, oder ob man sich auf die Mehrheitsparteien zu beschränken habe.<sup>10)</sup> Schon in früheren Zeiten sind gelegentlich Parlamentarier in die Regierung [berufen] worden, nicht weil, sondern obwohl sie Parlamentarier waren. Der deutsche Liberalismus kann vielfach nur mit Bedauern auf diese Entwicklung zurückblicken. Gar zu oft bewahrheitete sich das Wort, daß man einen Liberalen zum Minister machen kann, ohne deshalb einen liberalen Minister zu machen. Während konservatives Selbstbewußtsein

<sup>8)</sup> Der Reichstagsabg. des Zentrums Peter Spahn war am 5. 8. 1917 zum preußischen Justizminister ernannt worden.

<sup>9)</sup> Am 16. 6. 1917 in Berlin. Vgl. Schulthess 1917/I S. 641 f., dort auch der Wortlaut der von der Konferenz angenommenen Entschliebung: „... 2. Die Landesvorsitzenden sind mit der Reichstagsfraktion [vgl. Schulthess 1917/I S. 483] der Ansicht, daß eine zweckmäßige Neuordnung des politischen Lebens im Reiche eingeleitet werden muß, und daß es dazu eines engeren Zusammenwirkens zwischen Parlament und Regierung und eines stärkeren parlamentarischen Einflusses auf die letztere bedarf, ohne daß dadurch die Herbeiführung einer Parlamentsherrschaft nach fremdem Muster erstrebt werden soll.“

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 30, Nr. 31a. b und Nr. 34.

in aner kennenswerter Weise die Zugehörigkeit zur Partei auch in der Ministerlaufbahn praktisch durchaus betonte, war der Zusammenhang zwischen den wenigen Konzessionsliberalen und ihren Parteifreunden oft gelöst. Diese alten Zeiten sind dahin, Ähnliches ist heute von den Männern, die berufen sind, nicht zu besorgen. Aber ganz falsch würde man die Bewegung, die in allen außerkonservativen Kreisen besteht, einschätzen, wenn man glaubte, daß es sich um Befriedigung persönlicher Bedürfnisse handelte, daß man der Öffentlichkeit nur ein Schaugericht darbieten wolle. Was hier vorschwebt, ist in den Worten des engeren Verhältnisses zwischen Regierung und Volksvertretung keine Phrase.

Wir stehen vor der größten Belastungsprobe, die jemals ein Volk ausgehalten hat, an Kämpfen und blutigen Verlusten an der Front, an Entbehrungen hinter der Front. Wir werden vor großen Aufgaben stehen in der Zeit nach dem Kriege: Wirtschaftsfragen, soziale Gesetzgebung, die gewaltige Steuerpolitik. Die Politik, die dann getrieben werden wird, kann nicht in der Weise vor sich gehen, daß die Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit nach einer Mehrheit im Parlament suchen muß, wobei sie vielleicht manchmal an das Faustwort gemahnt wird: Auch auf Parteien, wie sie heißen, ist heutzutage kein Verlaß.<sup>11)</sup> Es ist auch kein erhebendes Schauspiel, daß große Finanzvorlagen völlig verändert aus der Kommission des Reichstages herausgehen und durch Steuern, wie durch Umsatzsteuer, doch der Begriff des aus momentanen Erwägungen heraus gewonnenen Experiments in unsere Steuergesetzgebung hineingetragen wird. Diese großen Fragen müssen aus der Zufallswirkung heraus gelöst werden. Die Vorlagen müssen fertig und der parlamentarischen Kämpfe ledig sein, wenn sie an das Parlament gelangen.

Dazu ist aber nötig, daß Vertrauensmänner des Parlaments in der Regierung mitwirken und gleichzeitig den Zusammenhang mit ihren Fraktionen behalten. Dem steht heute der Artikel 9 der Reichsverfassung entgegen, welcher bestimmt, daß niemand gleichzeitig Mitglied des Reichstages und des Bundesrats sein kann. Die großen staatsrechtlichen Schwierigkeiten, welche sich aus der gleichzeitigen Zugehörigkeit zum Bundesrat und zum Reichstag ergeben, sind nicht zu verkennen. Aber es muß versucht werden, diese Hemmungen zu beseitigen, und der Weg muß entweder in der [Änderung] des Artikels 9 der Reichsverfassung oder in einer Stellung der zu ernennenden Staatssekretäre geschaffen werden, welche diesen, ohne dem Bundesrat anzugehören, doch die Möglichkeit gibt, durch ihre Nichtzugehörigkeit zum Bundesrat [in]<sup>12)</sup> ihrer Wirksamkeit nicht beschränkt zu sein.

Strittig bleibt ja die Frage, ob Staatssekretäre ohne Portefeuille den Zusammenhang zwischen den Fraktionen und der Regierung besser bewahren als das von dem Reichskanzler vorgeschlagene System der Berufung von Angehörigen aller Parteien in die verantwortliche Reichsregierung und der Schaffung eines Reichsrats, an dem die Parteiführer mit Mitgliedern des Bundesrats zu den großen Aufgaben der äußeren und inneren Politik Stellung nehmen. Mir ist persönlich der Staatssekretär ohne Portefeuille keine wünschenswerte Erscheinung des politi-

<sup>11)</sup> Goethe, Faust II, 1. Akt, 2. Szene.

<sup>12)</sup> Im Or.: „und“.

schen Lebens. Er kann akzeptiert werden als ein Provisorium für eine Übergangszeit, in der alles im Werden ist. Er erscheint mir als ein der Festigkeit entbehrendes Gebilde in normalen Zeiten der Gesetzgebung.

Es fehlt nicht an Versuchen, die Mehrheitsparteien des Reichstags zur Macht aufzupeitschen und ihnen darzulegen, daß die Zeit gekommen sei, wo sie die Regierung in die Hand nehmen und den Mehrheitswillen der Volksvertretung zum Ausdruck bringen könnten. Mir erscheint eine derartige Mehrheitsregierung in der Kriegszeit nicht gangbar zu sein. Wir sehen, daß die parlamentarisch regierten Länder heute empfinden, daß sie die Anspannung aller Kräfte brauchen, um ihrerseits ihr Durchhalten sicherzustellen. Sollen wir in einer Zeit, in der Herr Kerenski die Kadetten in sein Ministerium zurückberuft<sup>13)</sup>, den Fehler machen, eine einseitige Mehrheitsregierung aufstellen zu wollen? Ich habe keine Bedenken vom Standpunkt des Burgfriedens, der zerlöchert ist wie ein Sieb. Aber ich wehre mich dagegen, daß das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr“, das einstmals den politischen Boykott gegenüber der Sozialdemokratie aufhob, heute zunichte gemacht werden soll, indem man den politischen Boykott gegen die konservative Partei proklamiert. Ich warne vor den Rückwirkungen, die das auf weite Kreise des deutschen Volkes, das nicht nur aus Großstädtern besteht, machen würde. Überstürzen wir nicht Entwicklungen, die im Werden sind und ihren Weg finden werden. Freuen wir uns, daß der politische Boykott gegen alle Parteien jetzt aufgehoben worden ist und versuchen wir, was bei der Lösung, die gegenwärtig gefunden ist, an praktischer Arbeit geleistet werden kann. Geht der Weg nicht zum Reichsrat, sondern zu den parlamentarischen Staatssekretären, so wird die Entwicklung das bald weisen. Aber erwecke man nicht den Eindruck draußen, als wenn die Fortschritte gering wären, die Deutschland-Preußen in den letzten Monaten gemacht hat. Wir verstärken damit nur die Agitation unserer Feinde, die schon bisher ein Zerrbild deutschen Wesens in der Welt verbreitet haben und nicht zugestehen wollten, daß innerlich Deutschland viel freier war als alle diejenigen, die nur besser verstanden haben, die Außenfassade ihres Hauses zu schmücken, während ihre innere Einrichtung die Solidarität nicht aufwies, die wir unser eigen nannten. Was wir jetzt brauchen ist Stetigkeit und Ruhe im Innern. Was vermieden werden muß ist eine Häufung von Konflikten und Krisen. Von dem Weg, der zur Zusammenarbeit zu einem engen Weg zwischen Volksvertretung und Regierung führt, ist heute nicht mehr abzuweichen, und das Übrige können wir der Entwicklung überlassen.

<sup>13)</sup> Zur Umbildung der Prov. Regierung am 6. 8. 1917 vgl. Schulthess 1917/II S. 720 f.

## 38.

## 28. 8. 1917: Haußmann (Stuttgart) an Dr. Guido Leser (Heidelberg)

Nachlaß Haußmann 26, Abschrift, die ersten beiden Absätze in Maschinenschrift, das Folgende in fremder Handschrift mit Tinte. Eigenhändige Überschrift<sup>1)</sup>: „Abschrift des Briefs von C. Haußmann an Lesers über die August[-]Tagung des Interfrakt. Ausschusses in Berlin“.

Gestern kam ich aus der Gletschermühle in Berlin zurück. Es war wieder ein politisches Erlebnis.

Michaelis erklärte, er habe den Vertretern der Mehrheitsparteien vorher erklärt, „er stehe nicht auf dem Boden der Resolution“. Aufschrei der Mehrheit. Er behauptete ferner, es seien Schattierungen der Mehrheit bei den Verhandlungen hervorgetreten. Protest. In einer erregten Debatte stellten die Redner der Mehrheit die völlige Unrichtigkeit dieser Behauptung fest. Darauf hielt Mich[aelis] die Behauptung nicht aufrecht. Aber er hatte damit den Worten: „wie ich sie auffasse“ die Auslegung einer Mentalreservation gegeben.<sup>2)</sup> Beratung der Mehrheitsparteien. Annahme des Vorschlags Haußmann: Den Kanzler aufzufordern: seine Auffassung zu dem unzweideutigen Beschluß des Reichstags v. 19. Juli authentisch zu interpretieren.<sup>3)</sup>

Das wird ihm [vor]<sup>4)</sup> der Nachmittagssitzung mitgeteilt von Payer, als Vorsitzendem.<sup>5)</sup>

Er<sup>6)</sup> erklärt, er halte an seinen Erklärungen vom 19. Juli fest und werde in seiner Antwort auf die Papstnote einen Verständigungs- und Ausgleichsfrieden, wie ihn die Resolution vorschläge, befürworten.<sup>7)</sup>

Payer akzeptiert diese Erklär[un]g ohne Rücksprache.

Die Mehrheitsparteien (Ebert, Erzberger) haben inzwischen ohne Payer<sup>8)</sup> eine Deklaration verfaßt, der ich zustimmte, vorbehaltlich Payers Äußerung.

Michaelis hat seine Nachmittagserklärung<sup>7)</sup> so rasch und leis verlesen, daß Payer die Ebertsche Erklärung nur überfliegen konnte und flüsterte: Ziff. 1 paßt nicht mehr.

Aber schon war Ebert aufgerufen und verlas.<sup>9)</sup> Payer hält sich für desavouiert. Die weitere Debatte anderer Fraktionen umgeht den Punkt.

Abends Mehrheitssitzung:<sup>10)</sup> Payer legt Vorsitz nieder und ist gekränkt, während wir es über seine Präjudizierung hätten sein können.

Payer formuliert eine Einrenkung, niemand will sie vorbringen. Ich als nächster Redner vom andern Tag übernehme es, um das Zwischenspiel einer Mehrheits-

<sup>1)</sup> Im Or. mit Tinte; „Interfrakt.“ mit Blaustift eingefügt, „August“ rot unterstrichen.

<sup>2)</sup> Vgl. HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917; dazu Nr. 32 bes. auch Anm. 10.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 32.

<sup>4)</sup> Im Or.: „von“.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 33 bes. Anm. 3.

<sup>6)</sup> Michaelis.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 33 bes. auch Anm. 6.

<sup>8)</sup> Im Or. mit Blaustift unterstrichen.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 33 Anm. 2.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 33.

vorsitzkrise zu vermeiden, aber mit dem unbedingten Entschluß, Michaelis materiell den Vorwurf der Schädigung unserer Politik zu machen und das Vertrauen als verloren zu bezeichnen.

Arbeite das in der Nacht aus und warte auf Payer, der mit den andern [Fraktionsvorständen]<sup>11)</sup> wegen Elsaß-Lothringen zum Kanzler geladen und zum Bier dabehalten wurde.<sup>12)</sup>

Andern Morgens vor der Sitzung treffe ich endlich Payer, teile ihm meine Absicht mit, er erhebt Protest, da ich „nicht ohne Parteiberatung“ das Vertrauen aufsagen dürfe.

Ich werde unmittelbar darauf aufgerufen und muß eine um die Hauptpunkte geköpfte Rede halten.<sup>13)</sup>

Der Augenblick war verpaßt, wo man das parlamentarische System tatsächlich einführen konnte.

Das war Donnerstag. In der Freitagabendfraktion<sup>14)</sup> erhebe ich Klage gegen Payer, daß er falsch geführt habe. Die schwach vertretene Fraktion ist opportunistisch, wir sollen, nachdem es geschehen, uns beruhigen und lieber nicht wegen der Resolution eine Kanzlerkrise hervorrufen. Man könne nicht wissen etc.

So macht Gewissen Feige aus uns allen,  
Und Unternehmungen voll Mark und Nachdruck,  
Durch diese Rücksicht aus der Bahn gelenkt,  
Verlieren so der Handlung Namen.<sup>15)</sup>

Im Fall des Vorgehens wäre Michaelis heute nicht — in Belgien<sup>16)</sup> und mit höchster Wahrscheinlichkeit derjenige Kanzler, den ich, einst mit Payer, im Auge hatte.<sup>17)</sup>

Das ist die Tragik in der Politik. Man mußte aus Opportunität radikal sein.<sup>18)</sup> Aus England sind Depeschen bei uns eingelaufen, daß Asquith und starke Teile seiner Partei, sekundiert von Balfour — wenn Belgien frei gegeben wird — eine „Veränderung der internationalen Lage“ offen aussprechen werden.<sup>19)</sup>

Indem ich schreibe, wird die Papstnote in Berlin besprochen<sup>20)</sup> im Gremium, wo Wiener sitzt, weil Payer in Kissingen.

Auf Willen und Stil der Antwortnote kommt verantwortungsvoll viel an, nämlich der 4. Kriegswinter.

<sup>11)</sup> Im Or.: „den anderen Vorstand“.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 34 bes. Anm. 18.

<sup>13)</sup> Vgl. HA 173. Sitzung, 23. 8. 1917; dazu Prinz Max S. 139 f.

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 35.

<sup>15)</sup> Shakespeare, Hamlet, 3. Akt, 1. Szene. Im gleichen Wortlaut zitiert bei Haußmann S. 146 (Brief an seinen Sohn Robert vom 28. 8. 1917). — In beiden Fällen sind nach der ersten Zeile zwei Zeilen ausgelassen:

„So macht Gewissen Feige aus uns allen.  
Der angeborenen Farbe der Entschliebung  
wird des Gedankens Blässe angekränkt,  
und Unternehmungen . . .“

<sup>16)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 776; a.a.O. 1917/II S. 578; Michaelis S. 332 (über seinen Besuch an der Westfront Ende August).

<sup>17)</sup> Prinz Max v. Baden. Vgl. Haußmann S. 185, 212; Prinz Max S. 121 ff.

<sup>18)</sup> Vgl. Haußmann S. 146.

<sup>19)</sup> Vgl. Haußmann S. 144 und Prinz Max S. 132 ff.

<sup>20)</sup> S. Nr. 40.

## 39.

## 28. 8. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.). Überschrift: „Sitzung der Mehrheitsparteien vom 28. August 1917, morgens 9 Uhr. Erörterung über die Papstnote“.

**Erzberger:** Zunächst Formalien. Kanzler wird eine Geschäftsordnung vorschlagen. Wenn darin eine Meinungsäußerung der Kommission extrahiert werden soll, so können wir uns darauf nicht einlassen. Wir vertreten etwas, die Bundesratsmitglieder vertreten eigentlich nichts.<sup>1)</sup> Eine Meinungsäußerung kann nur so festgelegt werden, daß gesagt wird: Mehrheit oder Minderheit des Reichstages vertreten diesen oder jenen Standpunkt.

Soll die Antwort in Einzelheiten eingehen oder nur generell? Ich bin für generelle Antwort, aber die Stellungnahme zur belgischen Frage muß erfolgen. Schließlich zur Friedensfrage. Papstnote, Asquith hat die Frage gestellt.<sup>2)</sup> Privatim weiß ich auch, daß, wenn Deutschland die Erklärung abgibt, daß es bedingungslose Wiederherstellung Belgiens wolle, sofort Friedensverhandlungen kommen können.<sup>3)</sup> Will man den Frieden, dann muß man klare Antwort geben. Nach diesen Richtlinien sollte das Konzept ausgearbeitet werden.

**Gothein:** Es ist vielleicht verfrüht, sich festzulegen auf Einzelheiten oder nicht. Aber belgische Frage muß klipp und klar behandelt werden. Verhältnisse in England sind so, daß Asquith starken Vorstoß gegen Lloyd George macht; die Arbeiterpartei läßt sich leiten von der belgischen Frage. Wenn Michaelis schon auf Asquith<sup>2)</sup> geantwortet hätte, dann wären wir schon weiter. Die Stellungnahme muß auch öffentlich gemacht werden.

<sup>1)</sup> Vgl. die Ausführungen Michaelis', HA 175. Sitzung, 25. 8. 1917, über Zusammensetzung und Kompetenz der „freien Kommission“: „Es soll eine freie Kommission beim Reichskanzler gebildet werden zunächst zu einem bestimmten Zweck, nämlich zur Beratung der Antwort auf die päpstliche Friedensnote. In diese Kommission sollen seitens der großen Parteien des Reichstags im ganzen 7 Mitglieder delegiert werden, 2 seitens des Zentrums und der sozialdemokratischen Partei, je einer seitens der konservativen und nationalliberalen und Fortschrittlichen Volkspartei. In gleicher Weise sollen 7 Mitglieder des Bundesrats in diese Kommission delegiert werden. Der Reichskanzler wird in dieser Kommission den Vorsitz führen. Diese Kommission ist, wie gesagt, als eine freie Kommission gedacht und untersteht nicht den parlamentarischen Geschäftsordnungsbestimmungen. Die Mitglieder sind also nicht aufzufassen als Vertreter der Regierungen, denen sie angehören und nicht als Vertreter der Parteien, von denen sie delegiert sind. Sie sollen mit dem Reichskanzler zusammentreten als Staatsmänner, die wegen ihrer Erfahrung und wegen ihrer Praxis dazu berufen sind, in den großen und wichtigen Fragen, die uns beschäftigen, zusammen mit dem Reichskanzler die Richtlinien zu beraten, in denen wir uns zu bewegen haben. Die Ordnung ist als ein Versuch gedacht. Ob die Kommission auf die Dauer beizubehalten ist, wie sie auszugestalten ist, wenn sie beizubehalten ist, und wie ihre Zuständigkeiten alsdann zu umgrenzen sind, wird die Zukunft ergeben.“ S. dazu die Kritik Payers, Davids, Erzbergers und die positivere Beurteilung Stresemanns in der gleichen Sitzung des Hauptausschusses.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 30 bes. Anm. 13.

<sup>3)</sup> Vgl. Erzberger S. 207, über seine Verbindung zu dem belgischen Gesandten in Bern.

**Erzberger:** Über die belgische Frage sollte man im Hauptausschuß nicht mehr viel reden.<sup>4)</sup>

**David:** Im Hauptausschuß sollte man sich Zurückhaltung auferlegen. Heute nachmittag sollte man aber mit großer Energie auf klare Antwort in der belgischen Frage [dringen].<sup>5)</sup> Die große Entscheidung in England hängt davon ab. Unsere Erklärung wird das stärkste Moment für pazifistische Bewegung werden. Es wäre von ungeheurer Bedeutung, wenn auch die Nationalliberalen überzeugt werden könnten, daß der Friede von dieser Frage abhängt.

**Keinath:** Wie stehen die Mehrheitsparteien der Resolution zur Frage der Wiederherstellung? Was die belgische Frage sonst anlangt, so können wir keine bestimmte Erklärung abgeben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß von der belgischen Wiederherstellung der Frieden abhängt. Aber kein einheitlicher Standpunkt der Fraktion. Immerhin glaube ich sagen zu können, daß unsere Fraktion wohl nicht so sehr festhalten wird an einer politischen Beherrschung Belgiens, wohl aber großen Wert legen wird auf Sicherung gegen englische und französische Beherrschung; sie möchten auch gewisse Garantien dafür haben. Es hängt sehr viel davon ab, was man von der anderen Seite erwarten darf.

**Gothein:** Was die Frage der Wiederherstellung anlangt, so ist sie auch brennend; aber in Deutschland nicht sehr behandelt. Ich habe vorgeschlagen, daß die Wiederherstellung der eigentlichen Kriegsschäden gemeinsame Sache sein solle, nach irgendeinem Schlüssel. In Österreich ist man sehr geneigt, auf diesen Boden [zu treten].<sup>6)</sup>

Was die Garantien für Belgiens Unabhängigkeit von England und Frankreich anlangt, so müssen wir darauf bestehen, daß die Scheldemündung in holländischer Hand bleibt.

**Naumann:** Sehr großes Gewicht, ob es möglich ist, daß die Nationalliberalen mit uns zusammengehen können oder nicht. Der Gegenstoß gegen „Preisgabe“ von Belgien wird sehr schwer sein. Wir werden den Leuten das nicht klar machen können, daß wir Belgien hergeben müssen; daher psychologische Bearbeitung notwendig. Wieweit liegt in der Sache ein Sühne- oder Bußbekenntnis? Ist es eine moralische Demütigung? Dieser Punkt darf nicht umgangen werden. Für England ist es der Hauptpunkt!

**Rießler:** Ich glaube, daß wir jede Forderung auf Ersatz an Belgien aufs entschiedenste ablehnen werden, und zwar mit Rücksicht auf rein rechtlichen Gesichtspunkt. Wir haben zweimal während des Krieges Belgien erklärt, daß wir bei freiem Durchzug Schadenersatz gewähren würden.<sup>7)</sup> Das ist zurück-

<sup>4)</sup> Vgl. HA 177. Sitzung, 28. 8. 1917. Fehrenbach konstatierte zu Beginn der Sitzung, daß keine Wortmeldungen über Belgien vorlägen.

<sup>5)</sup> Im Stenogramm: „gegeben wird“.

<sup>6)</sup> Im Stenogramm: „getreten“.

<sup>7)</sup> Bezieht sich vermutlich 1. auf das deutsche Ultimatum vom 2. 8. 1914, das am 3. 8. abgelehnt wurde (vgl. Belgisches Graubuch 1914 Nr. 20 und 22; Deutsche Dokumente II S. 98 ff. und IV S. 48) und 2. auf die deutsche Mitteilung, die dem belgischen Gesandten im Haag über den holländischen Außenminister zugeleitet und von ihm am 9. 8. 1914 nach Brüssel weitergegeben wurde (vgl. Graubuch Nr. 60, 62, 63, 64; und für die Ablehnung nach Stellungnahme der Alliierten a.a.O. Nr. 65, 68, 69, 71, 72, 73).

gewiesen worden. Von diesem Gesichtspunkt aus hat Belgien kein Recht, aufs neue Ersatz zu fordern. Keine Macht in der Welt wird imstande sein, uns Sicherung gegen England und Frankreich zu gewähren. Die Macht Englands und Frankreichs ist so stark, daß jeder Vertrag Belgien nicht abhalten wird, sich in die Arme der Westmächte zu werfen. Daher: Autonomie-Erklärung des flandrischen Teils von Belgien, als Sicherung für Deutschland. Der Raad von Flandern<sup>8)</sup> würde jederzeit eine solche Erklärung abgeben. Erlangen wir nicht nur eine Verwaltungstrennung, sondern eine Autonomie-Erklärung, die auch im Herzen des Volks haften bleibt, dann allerdings haben wir in bezug auf den einen Teil eine Sicherung.

**Südekum:** Längere Ausführungen.

**Erzberger:** Reparation: Eine Erklärung darüber, daß wir sie geben, halte ich jetzt nicht für notwendig. Es genügt: vollkommene Unabhängigkeit von allen Mächten. Neutralitätsvertrag von 1839<sup>9)</sup> verpflichtete Belgien zum Widerstand. Belgien wird aufgebaut, entweder durch deutsches Kapital oder das Entente-Kapital. Das müssen wir beachten. Sicherungen: keine Armee, keine Festungen, Unabhängigkeit der Flamen von den Wallonen. Auf Grund unseres Vorschlages können wir jede einzelne Frage immer wieder aufrollen. Wir kommen um die klare Antwort nicht herum.

**David:** Erfreuliches Ergebnis, daß Einmütigkeit herrscht und daß National-liberale [erklären], im Hauptpunkt<sup>10)</sup> mit uns zu gehen. In der Papstnote steht, daß die Unabhängigkeit nach beiden Seiten bleiben muß. Entschädigungsfrage braucht nicht erörtert zu werden. Die Papstnote drückt auch das Notwendige aus. Ist es eine S[einer] H[ei]l[igkeit] ?<sup>11)</sup> Das kann nicht so aufgefaßt werden. Aktenstück 155 in unserem Blaubuch.<sup>12)</sup>

**Gothein:** Wir sind dadurch nicht mehr gebunden, weil England in den Krieg eingetreten ist. Wir brauchen jetzt nicht in Einzelheiten einzugehen, wir müssen an die Frage selbst unter allen Umständen heran. Es werden besonders hervorgehoben werden die U-Boot-Stützpunkte: das stimmt nicht, weil die großen U-Boote weit genug vorbrechen können.

**Scheidemann:** Differenzen bestehen nur in Einzelheiten. Größtes Interesse, überhaupt Friedensverhandlungen zu bekommen. Daher nicht in der Antwort auf Einzelheiten eingehen. Man sollte auf die idealen Momente in der Note etwas eingehen. Bethmann hat ja mal so etwas angedeutet.

<sup>8)</sup> Vgl. die Erklärung des Rats von Flandern zur päpstlichen Friedensnote vom 25. 8. 1917, Schulthess 1917/II S. 577. Zur Entstehung des Rats und für die deutsche Flamenpolitik s. Bredt S. 288 f. und WUA 12/I S. 104 ff.

<sup>9)</sup> Londoner Protokoll vom April 1839; s. Vertrags-Ploetz S. 145 f.

<sup>10)</sup> Im Stenogramm: „erklärt, sich im Hauptpunkt“.

<sup>11)</sup> Wahrscheinlich zu interpretieren: Ist das die Auffassung des Papstes oder was steht sonst hinter dem Belgien betreffenden Passus der Papstnote?

<sup>12)</sup> D. h. der deutschen Ausgabe des engl. Blaubuches: „Englisches Blaubuch“, hrsg. vom Ausw. Amt, Berlin 1917 (1. Aufl. 1914). Unter Nr. 155 ist ein Telegramm von Sir Edward Grey an den englischen Geschäftsträger in Brüssel, Sir F. Villiers, vom 4. 8. 1914, abgedruckt, in dem Belgien neben militärischem Beistand „eine Garantie, die Unabhängigkeit und Integrität Belgiens für die Zukunft zu wahren“, angeboten wird.

**Wiemer:** Scheidemann hat das schon ausgeführt: diese Fragen mit möglichst warmem Ton zu behandeln. Überhaupt sehr warme Tonart empfehlenswert. Unabhängigkeit Belgiens nach allen Seiten. Daneben würde ich auch noch von der Freiheit der Meere etwas sprechen.

**Junck:** Wir können nicht über Stresemann disponieren; aber wir sind geneigt zur prinzipiellen Räumung Belgiens, aber Vorbehalt der wirklichen Unabhängigkeit Belgiens, international gesichert. Es handelt sich um Kriegswinter oder nicht.

**Rießler:** Freiheit der Meere. Heute hat auch England ein starkes Interesse daran, daß diese Frage geregelt wird.

**Gothein:** Freiheit der Meere ist die Frage der U-Boote.

**Keinath:** Bei der Erklärung dürfen keine Einzelheiten angeführt werden, in denen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

**Scheidemann:** Die Nationalliberalen dringend bitten, auf die Dinge in Wilhelmshaven<sup>13)</sup> hinzuweisen.

<sup>13)</sup> Vgl. WUA 9/I bes. S. 3 ff.; ferner: WUA 9/II; WUA 10; Wilhelm Dittmann, „Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918“, Berlin 1926, bes. S. 6 ff.; Heinrich Neu, „Die revolutionäre Bewegung auf der deutschen Flotte 1917—1918“, Stuttgart 1930, bes. S. 32 ff.; Hans-Joachim Bernhard, „Die Entstehung einer revolutionären Friedensbewegung in der deutschen Hochseeflotte im Jahre 1917“, in: „Revolutionäre Ereignisse“, S. 89 ff.; derselbe, „Unveröffentlichte Dokumente zum Aufstand in der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917“, in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, Jg. 5, 1957, S. 1053 ff.

## 40.

## 23. 8. 1917: Erste Sitzung des Siebenerausschusses

40a: Nachlaß Stresemann 174 (6883), eigenhändig mit stenographischen Einschüben.<sup>1)</sup> Überschrift: „Freie Kommission 23. August 1917“. — Stenographische Einschübe durch *Kursivdruck* hervorgehoben.

40b: Staatsarchiv Bremen, Berichte des Hanseischen Gesandten in Berlin Dr. Sieveking (Nr. 230); im Wortlaut als Anlage I der ungedruckten Dissertation von Hoop beigegeben.<sup>1)</sup>

**Kühlmann:** Zwischenbescheid. Initiative begrüßt.

Innere Einheit mit Verbündeten.

Koalitionskrieg [Bulgarien *hat den Krieg nicht erklärt an Amerika*]<sup>7)</sup>.

Gedankenaustausch mit Bulgarien und Türkei.

Entente soll Vorhand haben.

Österreich wird sich auf große Gesichtspunkte beschränken.

König von England hat durch Depesche Papst gedankt. Engl. Diplomatie war Schritt nicht unerwünscht.

Thema: Soll kaiserl. Regierung *sich bei Beantwortung der päpstlichen Note auf die großen grundsätzlichen Fragen beschränken oder soll auf einzelne Punkte eingegangen werden.*

Streng vertraulich!

In der heutigen ersten Sitzung des freien Ausschusses<sup>2)</sup>, an der auch Reichstagspräsident Kaempf sowie Helfferich<sup>3)</sup>, Kühlmann, Wallraf, Graevenitz<sup>4)</sup>, Major<sup>5)</sup> von Winterfeldt, der bekannte frühere Militärattaché in Paris, der als Vertreter des Hauptquartiers zum Kanzler kommandiert ist und Legationssekretär v. Prittwitz als Protokollführer teilnahmen, gab zunächst Kühlmann einen kurzen Überblick über die Geschichte der päpstlichen Note. Sie ist auch dem Kaiser besonders übergeben worden<sup>6)</sup>, der die päpstliche Initiative dankbar begrüßt und erwidert hat, die Regierung sei angewiesen, in eine materielle Prüfung der Angelegenheit einzutreten. Der König von England scheint ebenfalls dem Papst schriftlich für den Empfang der Note gedankt zu haben. Die Reichsleitung betrachtet es als ihre Hauptaufgabe, die innere Einheit und Geschlossenheit Deutschlands und seiner Bundesgenossen klar in die Erscheinung treten zu lassen und deshalb die Note, wenn möglich mit gleichen Worten, jedenfalls aber im gleichen Sinne zu beantworten. Das würde

<sup>1)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 106—108; Scheidemann, Memoiren II S. 66—68; Erzberger S. 276; Westarp II S. 535; WUA 7/II bes. S. 22 f. und 39; Bredt S. 143 f.; sowie die zusammenfassende Schilderung bei Fr. v. Lama, „Die Friedensvermittlung Papst Benedikt XV. und ihre Vereitelung durch den deutschen Reichskanzler Michaelis (August—September 1917)“, München 1932, S. 108 ff.

<sup>2)</sup> Über den Zeitpunkt der Sitzung und die Teilnehmer vgl. Nr. 40c.

<sup>3)</sup> S. dagegen Helfferich S. 479, der sich nur an eine einzige Sitzung des Siebenerausschusses, und zwar die vom 10. 9. 1917, erinnert, an der er aber nicht teilgenommen habe.

<sup>4)</sup> Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei.

<sup>5)</sup> Richtiger Dienstgrad für 1917: Oberst.

<sup>6)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 750 und 1917/II S. 540.

<sup>7)</sup> Eckige Klammern wie im Or.

Türkei: Freiheit der Meere ängstet  
Türkei.

einen nicht zu unterschätzenden diplomatischen Gewinn für die künftigen Verhandlungen bedeuten. Wir sind deshalb mit unseren Verbündeten in einen Gedankenaustausch über die Note eingetreten. Für Bulgarien und die Türkei ergab sich der Anlaß dazu von selbst, da die Kurie uns um Übermittlung der Note an diese Staaten ersucht hatte. Beide haben sie im allgemeinen sympathisch begrüßt und stehen bezüglich der Antwort in dauernden engsten Verhandlungen mit uns. Der Zar von Bulgarien wird sich wahrscheinlich als Katholik auch noch persönlich durch einen Zwischenbescheid unmittelbar an den Papst wenden. Besonders lebhaft gehen die Verhandlungen zwischen uns und Österreich-Ungarn hin und her. Es erscheint uns wünschenswert, der Entente bei dem Spiel die Vorhand zu lassen und sie so in eine unbequeme taktische Lage zu bringen, da sie, wenn sie ablehnt, als Störenfried gebrandmarkt würde, während sie sich sonst auf den Boden der päpstlichen Kundgebung stellen und das Wort Frieden, das sie bisher abgelehnt hat, amtlich in den Mund nehmen muß. Auch in Österreich besteht die Meinung, wie es zweckmäßig erscheint, uns in der Antwort auf die allgemeinen großen Grundsätze zu beschränken und es zu vermeiden, auf einzelne Punkte einzugehen, bezüglich derer eine vorbehaltlose Einigung zwischen den vier Verbündeten Schwierigkeiten bereiten würde, das könnte den Eindruck nur beeinträchtigen.

Belgien hat nach dem telegraphischen Ausgang anscheinend nur in einem Zwischenbescheid die päpstliche Note willkommen geheißen.

England hat in einer für seine Lage auffallenden Weise den Empfang der Note äußerst zuvorkommend bestätigt. Der englische Gesandte in Rom hat bei der Übermittlung der Note eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt, was darauf schließen läßt, daß der Schritt der Kurie der englischen Diplomatie nicht unangenehm ist.

Die heftige Abweisung der Note durch die französische Presse darf nicht zu Schlüssen über die endgültige Stellung Frankreichs verleiten, das sich nicht den Luxus einer eigenen Politik leisten kann, sondern völlig von England abhängt.

Dasselbe gilt für Italien. Man darf aber wohl annehmen, daß der Papst sich nicht zu der Initiative entschlossen hätte, wenn er eine schroffe Ablehnung von seiten der italienischen Regierung erwartet hätte.

Der Staatssekretär betonte, es handle sich nun heute um die Frage, ob die Antwort auf die Note sich auf die großen grundsätzlichen Fragen beschränken solle, oder ob Strömungen bestehen, die ein Eingehen auf einzelne Punkte wünschenswert erscheinen lassen. Die Türkei hat in dieser Beziehung schon Bedenken bezüglich der Freiheit der Meere geäußert, da dieser Grundsatz nach der amerikanischen Auslegung die Internationalisierung des Bosphorus und der Dardanellen bedeuten würde.

**Kaempf:** Wie steht Rußland [?]

**Kühlmann:** Ich kann keine Auskunft geben.

**Scheidemann:** Note begrüßen und nur große Gesichtspunkte. Moralische, sentimentale Ideen / Sicherungen für künftigen Frieden. Belgien.<sup>8)</sup>

**Wiemer:** Es muß wieder ein Völkerrecht aufgebaut werden. Telegramme aus England betr. Belgien idealist. Gesichtspunkte.

[**Kühlmann:**] Über die Haltung der russischen Regierung ist nichts bekannt.

In der darauf folgenden Erörterung wurde von den meisten Rednern, zuerst von **Scheidemann**, bemerkt, daß unsere Stellung zu dem belgischen Problem in der Antwort unter allen Umständen klar präzisiert werden müsse, wenn es überhaupt zu Friedensverhandlungen kommen solle. In dieser Beziehung müsse unbedingt Klarheit geschaffen werden.<sup>8)</sup>

Außerdem legten die meisten Redner Wert darauf, daß man sich mit den idealen Gesichtspunkten, von denen die Note getragen ist, insbesondere der Hervor-

<sup>8)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 107: „In der folgenden Aussprache war ich der erste Redner. Ich betonte, daß es empfehlenswert sei, bei der Beantwortung der Note die idealen Gesichtspunkte hervorzuheben: Sicherung des Friedens, Schiedsgerichte usw. Alle diese Fragen seien von uns im Gegensatz zu dem Verhalten der Entente viel zu nebensächlich behandelt worden. Die Note müsse freudig begrüßt und als eine gute Grundlage für die angeregten Verhandlungen bezeichnet werden. Als Spezialpunkt müsse Belgien behandelt werden. Belgien sei der Angelpunkt, deshalb müsse klipp und klar gesagt werden, daß Deutschland bereit sei, Belgien zu räumen.“

- 1) *Große Gesichtspunkte*
- 2) *Koalitions-Krieg*<sup>9)</sup>
- 3) Belgien
- 4) Els[äß-]Lothringe[n]<sup>10)</sup>

**Fehrenbach:** 1) Ideale Worte.  
 2) Allgemeine Gesichtspunkte zustimmen  
 3) Praevenire  
 4) Belgien<sup>10)</sup>

**Westarp:** Gegen belgische Formulierung in Papstnote.<sup>11)</sup>

**Stresemann**<sup>12)</sup>

hebung des Rechtes gegenüber der Macht, einverstanden erklären solle.<sup>10)</sup>

Von den Abgeordneten warnte nur **Westarp** sehr entschieden vor einer Festlegung bezüglich Belgiens<sup>11)</sup>, und über die Stellung zur belgischen Frage entspann sich dann eine längere zum Teil recht lebhaftete Erörterung.

**Stresemann** wies mit Recht darauf hin,

<sup>9)</sup> „Große“ und „Koalitions“ nicht ganz sicher zu entziffern.

<sup>10)</sup> Nach Scheidemann, Zusammenbruch S. 107 sprach Wiemer, der als Vertreter für Payer (s. Nr. 40c Anm. 1 und Nr. 38) an der Sitzung teilnahm, „in ähnlichem Sinne, wünschte aber auch ein Wort über die Freiheit der Meere. — Fehrenbach schloß sich mir an; von Belgien müsse klar gesagt werden: Wir gehen hinaus.“ — Für die Stellungnahme Wiemers vgl. auch WUA 7/II S. 22: „Ich habe . . . die Auffassung vertreten, daß die Friedensaktion unterstützt werden solle, und ich habe meine Meinung dahin ausgesprochen, daß ohne eine Erklärung über Belgien die Verhandlungen keine Aussicht auf Erfolg haben würden.“

<sup>11)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 107: „Westarp will der Entente den Vortritt lassen; wir müßten ruhige Nerven behalten. Er ist für die Betonung der idealen Gesichtspunkte, will aber vermeiden, daß daraus eine Festlegung für die Zukunft hervorgeht, die uns nachteilig sein könnte. Nur allgemeine Gesichtspunkte, also auch nichts von Belgien. Es sei für ihn klar, daß Belgien zukünftig entweder unter Englands oder unter unserer Vorherrschaft stehen werde.“ — Westarp II S. 535 berichtet, daß er „dem allgemeinen Wunsche, unsere Antwort möge die idealistischen Gesichtspunkte möglichst hervorkehren“, . . . mit dem Vorbehalt“ zustimmte, „daß dadurch keine Festlegung erfolgen dürfe“. Den Sozialdemokraten sowie Erzberger und Wiemer, die kategorisch den Verzicht auf Belgien verlangten, habe er „drei- bis viermal in Repliken das Wort nehmend“, widersprochen, „wobei ich unter Darlegung aller Gründe an dem belgischen Kriegsziel festhielt. Aber, auch wenn ich versuche, mich auf den Standpunkt der Mehrheit zu stellen, so könne ich es doch nur für einen schweren Fehler halten, so werde man bei den Friedensverhandlungen und später jeden Versuch freundschaftlicher Annäherung Belgiens oder der Vlamen an uns als einen Verstoß gegen diesen Grundsatz lebhaft bekämpfen.“ Erzberger, Scheidemann und Ebert meinten, es käme alles darauf an, erst einmal an den Verhandlungstisch heranzukommen; ich erwiderte, viel wichtiger sei, daß das unter Bedingungen geschehe, die für uns vorteilhaft seien und uns die Wahrung unserer Lebensinteressen ermöglichen.“

<sup>12)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 107f.: „Stresemann: Nur allgemeine Gesichtspunkte! Aber wenn über Belgien gesprochen wird, dann auch über Flandern, damit die Flamen von den Wallonen nicht dauernd unterdrückt werden.“ — Vgl. auch WUA 7/II S. 23.

daß man auch den Fall ins Auge fassen müsse, daß die päpstliche Note keinen Erfolg hätte. Deshalb müßte man für Belgien bestimmte Garantien fordern.<sup>13)</sup>

**Erzberger:** Für päpstliche Friedensformel gegenüber Belgien<sup>13)</sup>

**Ebert:** Belgien betr. „Liebling der Welt.“

Wir wären geschädigt, wenn wir *Belgien wirtschaftlich abhängig machen.*

Flandrische Küste [Kanonen].<sup>14)</sup> U-Boote, hatten in Flandern keinen Stützpunkt.

Sicherung des Weltverkehrs während des Krieges.<sup>15)</sup>

**Kaempff:** Elsaß-Lothringen.<sup>16)</sup>

Andere wie **Kaempff** meinten, man dürfe, wenn man auf Belgien eingehe, auch Elsaß-Lothringen nicht unerwähnt lassen, um den deutschen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen.<sup>16)</sup>

<sup>13)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 108: „Erzberger: Die Antwort muß ganz allgemein gehalten sein. Die päpstlichen Formeln über Belgien sind für uns sehr gut.“

<sup>14)</sup> Eckige Klammern wie im Or.

<sup>15)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 108: „Ebert schloß sich diesem [s. Anm. 13] an.“ — Anschließend führt Scheidemann „aus meinen Aufzeichnungen noch folgende bemerkenswerte Szene an: v. Westarp wiederholte seine Rede und betonte ausdrücklich, daß er allerdings Belgien unter deutsche Vorherrschaft bringen wolle. Er beharre auf dem Standpunkt, den der Abgeordnete Spahn im Reichstag [am 5. 4. 1916 im Plenum; die Reichstagsrede Spahns ist zitiert bei Bredt S. 297] vertreten habe ... — Erzberger: v. Westarp habe sich auf eine Äußerung Spahns im Reichstag berufen. Spahn habe aber damals einen falschen Zungenschlag gehabt: Er habe sagen sollen: Belgien soll wirtschaftlich, politisch und militärisch nicht in die Hände unserer Gegner kommen. Statt dessen habe er gesagt: Belgien soll wirtschaftlich, politisch und militärisch in unsere Hand kommen. Der nächste Redner, ein Sozialdemokrat, habe die Äußerung sofort festgehalten, und dadurch sei eine Korrektur der Spahnschen Erklärung im Stenogramm zur Unmöglichkeit geworden. Dieser Darstellung Erzbergers widersprach keiner der anwesenden Herren. Der Reichskanzler resümierte das Ergebnis der Aussprache und stellte eine weitere Sitzung zur Besprechung der endgültigen Antwort in Aussicht.“ A.a.O. S. 108 f. druckt Scheidemann die briefliche Stellungnahme Spahns, die auf Grund der Veröffentlichung eines Tagebuchauszuges im „Vorwärts“ vom 2. 8. 1919 erfolgte, ab. Spahn erklärt, von einem „falschen Zungenschlag“ könne keine Rede sein. Die Fraktion habe sich „zu meiner Formulierung zustimmend geäußert, ich habe sie aber abgeschwächt wiedergegeben, indem ich sie als Folgerung Bethmann Hollwegs aus seiner Äußerung, daß Belgien nicht ein Bollwerk des Gegners bleiben solle, ausgesprochen habe.“

<sup>16)</sup> Scheidemann erwähnt in seinen Memoiren II S. 67, offenbar auf den im „Zusammenbruch“ nicht ausgewerteten Teil seiner Originalaufzeichnungen zurückgreifend (s. vorige Anm.), daß „Kaempff, der nicht minder tapfer sein wollte als Stresemann, ... auch über Elsaß-Lothringen geredet haben [wollte], wenn über Belgien geredet wird.“

**Wiemer:** Flandern kann vorbehalten bleiben.

**Scheidemann:** Flamen.

Elsaß-Lothringen.

Nicht auseinandergehe[n.]

Abrüstung.

**Erzberger:**

**Stresemann:**<sup>17)</sup> Flandern / Trumpfkarte „ähnlich“. Osten. Was wollen wir. Wirkliche Neutralität. Freiheit der Meere.

**Boden:** Praevenire.

Antwort bedingten Charakter / Abrüstungsgedanke nur ganz allgemein idealistisch. Freiheit der Meere. Verzicht auf Entschädigung nicht aussprechen.

Auf belgische Frage materiell nicht festlegen. Räumung *aussprechen und sagen, daß man keine territorialen Absichten hat.*<sup>18)</sup>

**Biegeleben:** Auf Grundgedanken Abrüstung wird man eingehen müssen.<sup>18)</sup>

Von Bundesratsmitgliedern kamen zum Schluß nur **Boden, Biegeleben** und ich zum Wort.<sup>18)</sup>

[**Sievekink:**] Ich erklärte kurz, daß ich es mit Genugtuung begrüße, wenn man sich von Reichs wegen in der Antwort auf allgemeine Gesichtspunkte beschränke, und ich warnte dringend davor, auf Einzelheiten einzugehen, da man sich dadurch nur die Hände für die künftigen Vertragsverhandlungen binden würde. Die ganze Erörterung zeige, daß schon über Einzelheiten, die einzubeziehen wären, große Meinungsverschiedenheit herrsche. Die Papstnote enthalte meines Erachtens nur eine Aufforderung, sich in Friedensverhandlungen einzulassen, und behalte in den einzelnen Punkten, über die sich die Kriegführenden ins Einvernehmen setzen sollten, ausdrücklich deren Entscheidung vor. Im Auswärtigen Amt schein man ja auch nicht anzunehmen, daß eine Erklärung über Belgien die unbeweisbare Voraussetzung dafür bilde, daß es überhaupt zu Verhandlungen komme, da man,

<sup>17)</sup> Die folgenden Stichworte im Or. rechts am Rande der Seite. Daß sie sich auf eigene Ausführungen Stresemanns beziehen, ergibt sich aus Scheidemann, Memoiren II S. 67 f., wo es heißt, Stresemann habe nochmals das Wort gegen Erzberger, „soweit dieser für die vollkommene Unabhängigkeit Belgiens eintrete“, ergriffen, sowie aus Nr. 40c.

<sup>18)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 68: „Die Bundesratsmitglieder Boden, Biegeleben, Sievekink gefielen sich in der Rolle vorsichtiger ‚Diplomaten‘: für sie war Belgien heißer Brei.“

wenn irgend möglich, das erste Wort den Gegnern lassen wollte.<sup>18)</sup>

Der Kanzler dankte schließlich für die Aussprache und stellte eine zweite Beratung in Aussicht, sobald die Antworten unserer Verbündeten eingegangen seien.<sup>19)</sup> Er gedenkt nächsten Montag, den 3. September, aus Belgien zurückzukommen und meinte, die nächste Sitzung werde nicht vor 14 Tagen stattfinden.

<sup>18)</sup> Vgl. WUA 7/II S. 39, Scheidemann: In seinen Notizen sei noch „Bezug genommen auf ein Resümee, das der Herr Reichskanzler gegeben hat am Schluß der ersten Sitzung des Siebenerausschusses. . . . Der Herr Reichskanzler hat damals zusammenfassend folgendes erklärt: Es besteht wohl Einverständnis:

1. im allgemeinen mit den Ausführungen Kühlmanns,  
— der durchaus mit uns in der Grundauffassung einig gegangen ist;  
(Zuruf: In welcher Sitzung?)  
— in der ersten Sitzung vom 28. August: ‚Wir geben Belgien heraus‘, das war unsere Grundauffassung;
2. besonders zu betonen sind die idealistischen Gesichtspunkte;  
— das war eine Anregung, die ich damals als der erste Redner gegeben hatte. Ich habe gesagt: Das Ausland weist fortwährend auf alle möglichen ‚idealen Gesichtspunkte‘ hin, wir verstehen das eigentlich gar nicht so, die müssen auch einmal erwähnt werden. Weiter:
3. nichts tun, was die Verhandlungen behindern könnte.
4. Faßt die Anregungen über Belgien so auf, daß wir Friedensverhandlungen gefährden, wenn wir von Belgien nichts sagen.
5. Zunächst abwarten, was unsere Bundesgenossen sagen.
6. Demnächst weitere Beratung auf Grund der eingelaufenen Berichte unserer Verbündeten.“  
— Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 68.

**40c:** DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei 2447, Maschinenschrift mit handschriftlichen Einschüben. Überschrift: „Verzeichnis der Teilnehmer an der Sitzung des ‚Freien Ausschusses‘ beim Herrn Reichskanzler für die Beratung der Friedensnote der Päpstlichen Kurie am Dienstag den 28. August 1917, nachmittags 4 Uhr.“

Anwesend:

I. Mitglieder des Reichstags:<sup>1)</sup>

Sozialdemokraten:	Ebert und Scheidemann
Zentrum:	Fehrenbach und Erzberger
Fortschr. Volkspartei:	Wiemer <sup>1)</sup> (für Payer) <sup>2)</sup>
Nationalliberale:	Dr. Stresemann
Konservative:	Graf Westarp.

<sup>1)</sup> Nach Schulthess 1917/I S. 776 wurden von den Parteien als Stellvertreter bestimmt: Trimborn und Herold (Ztr.), David und Molkenbuhr (Soz.), Prinz zu Schönauich-Carolath (Natl.), Wiemer (Fortschrittl. Vp.) und Roesicke (Kons.).

<sup>2)</sup> „(für Payer)“ handschriftlich eingefügt.

II. Mitglieder des Bundesrats:<sup>3)</sup>

Für Bayern:	Graf Lerchenfeld
„ Sachsen:	v. Nostitz-Drzewiecki
„ Württemberg:	Dr. Frhr. v. Varnbüler
„ Baden:	v. Brandenstein (für Dr. Nieser)
„ Hessen:	Dr. Frhr. v. Biegeleben
„ Großh. Sachsen:	(für Exz. Paulssen)
„ Hansestädte:	Dr. Sieveking.

## III. Außerdem:

Staatssekretär d. A.A. v. Kühlmann  
 „ d. R.A.d.I. Exz. Helfferich<sup>4)</sup>  
 Unterstaatssekretär im R.A.d.I. Wallraf  
 Reichstagspräsident Exz. Dr. Kaempf.<sup>5)</sup>

## IV.

Unterstaatssekretär v. Graevenitz  
 Legationssekretär v. Prittwitz  
 Oberst v. Winterfeldt.<sup>6)</sup>

**Der Herr Reichskanzler:<sup>7)</sup>** Einleitungsworte des Herrn R[eichs]k[anzlers].

**Exz. v. Kühlmann:** über die Beantwortung der vatikanischen Note. Kurzes Exposé über die Lage. Zwischenbescheid durch S.M. an Papst ist erfolgt.<sup>8)</sup> Auch von König v. England geschehen. Vorteil liegt darin, die Note und Antwort genau studieren zu können. Entschlossenheit des Vierbundes ist zu betonen, möglichst ähnlich antworten.

Vorläufige Äußerungen Bulgarien und Türkei liegen vor. Zar Ferdinand wohl auch Zwischenbescheid. Mit Österreich lebhafter Gedankenaustausch.

- a) Vorschlag: Entente Vorhand überlassen.
- b) Antwort auf die großen Prinzipien beschränken.

Noch nicht einig sind wir mit Österreich.

<sup>3)</sup> Nach Schulthess 1917/I S. 776 waren von den Mitgliedern des Bundesrates vom Kanzler eingeladen worden: Graf Lerchenfeld (Bayern), v. Nostitz-Drzewiecki (Sachsen), Frhr. v. Varnbüler (Württemberg); miteinander abwechseln in der Teilnahme an den Sitzungen sollten sich die Vertreter von Mecklenburg (Frhr. v. Brandenstein) und Baden (Nieser), von Hessen (Frhr. v. Biegeleben) und Oldenburg (v. Eucken-Addenhausen), der Vertreter der thüringischen Staaten (Paulssen) und der von Braunschweig-Anhalt (Boden), der der Hansestädte (Sieveking) und der von Elsaß-Lothringen (Nobis). — Den Vorsitz führe der Reichskanzler, der in seiner Person auch Preußen vertrete. Die Gesandten und Bevollmächtigten zum Bundesrat nähmen nach der „Vossischen Zeitung“ nicht als Vertreter ihrer Staaten, sondern als in politischen Geschäften erfahrene Staatsmänner teil. — S. dazu die in Nr. 39 Anm. 1 zitierten Ausführungen Michaelis' im Hauptausschuß.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 40a. b Anm. 3.

<sup>5)</sup> Nach Schulthess a.a.O. hatte der Präsident des Reichstags das Recht, mit beratender Stimme an den Sitzungen teilzunehmen.

<sup>6)</sup> Die letzten beiden Zeilen handschriftlich eingefügt.

<sup>7)</sup> Der Reichskanzler ist in der Anwesenheitsliste nicht aufgeführt.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 40a. b Anm. 6.

Gegner: Wir wissen, daß Belgien einen Vorbescheid gegeben hat. Allgemeines Willkommen heißen. England wie gesagt sofort Courtoisiedepesche. Es besteht Eindruck, daß der vatikanische Schritt der englischen Diplomatie nicht unangenehm. Frankreich: Ablehnende Haltung der Presse hat nichts zu sagen. Italien: Da Fäden mit Vatikan vorhanden, so nicht anzunehmen, daß Papst ohne Fühlungnahme mit Italien gehandelt hätte.

Thema: Soll die Regierung sich auf die großen Fragen beschränken, oder auf einzelne Fragen eingehen. In letzterem liegt Gefahr, z. B. Freiheit der Meere wird von Türkei wegen Dardanellen besonders aufgefaßt.

**Der Herr Reichskanzler:** Eröffnung der Diskussion.

**Exz. Kaempf:** Rußland?

**Exz. v. Kühlmann:** Haltung unbekannt. Englischer Einfluß in Petersburg groß.

**Exz. Kaempf:** Wünschenswert allgemeine Form der Antwort.

**Scheidemann:** Allgemeine Form der Antwort. Hauptgewicht bei der Antwort auf die idealistische Seite. Spätere Sicherung des Friedens. Eindruck auf Entente erwartet. Erinnerung an Bethmann'sche Ideen.

Über Belgien sollen wir Stellung präzisieren, Klärung.<sup>9)</sup>

**Dr. Wiemer:** stimmt Scheidemann zu. In[-]den[-]Vordergrundstellen<sup>10)</sup> der idealistischen Wendungen. Die Note klingt ja an deutsche Äußerungen an. „Recht und Macht“. Notwendigkeit das Gemetzel zu beenden — Anklang an Friedenskundgebung. Moralische Seite in den Vordergrund. Völkerrechtliche Seite berücksichtigen, auch Abrüstungsideen mit einer Formel begrüßen. Formulierung so, daß Türkei nicht beeinträchtigt in ihren Sonderinteressen. Ersatz der Schäden und Kosten: Möglichkeit gegenseitiger Verzicht — vielleicht Vorurteile für Deutschland — vielleicht besser darauf nicht zunächst eingehen.

Belgien: Es muß klar gesagt werden.

Asquith's Frage im Unterhause<sup>11)</sup> gibt Kenntnis von Telegrammen von Fraktionsfreunden über Friedensstimmung in England. Anti-Oorlogs-Raad hat in Telegramm aus England (Buxton) dargelegt: Klärung über Belgien erforderlich. Weiteres Telegramm: Bestätigt dies.<sup>12)</sup> Auch in konservativen Kreisen scheint Annäherung gewünscht. In England haben Erwägungen im Sinne des Friedens Platz ergriffen.

Die Note des Papstes gibt Handhabe zu unserem Entgegenkommen.<sup>13)</sup>

**Fehrenbach:** 1. wie Scheidemann: idealistische Berücksichtigung.

2. wie Kühlmann: Allgemeine Antwort.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 40a. b Anm. 8.

<sup>10)</sup> Die letzten beiden Worte handschriftlich eingefügt.

<sup>11)</sup> Am 26. 7. 1917; vgl. Schulthess 1917/II S. 316.

<sup>12)</sup> Nach der „Frankfurter Zeitung“ (2. Morgenblatt), 25. 8. 1917 (Privattelegramm aus Den Haag vom 24. 8.), hatte der niederländische „Anti-Oorlogs-Raad“ zwei Telegramme des liberalen pazifistischen Parlamentariers Lord Courtney erhalten, in denen die Botschaft des Papstes gelobt und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die päpstliche Note Antworten der kriegführenden Länder hervorrufen werde, „die gute Folgen für den Frieden haben werden“.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 40a. b Anm. 10.

3. wünschenswert, wenn wir den feindlichen Mächten das Praevenire zuspielden könnten. Aber kommt man damit weiter?

4. Belgien, das ist die Hauptsache: wenn wir darüber einig sind, daß die Anschauung des Papstes unserer [Auffassung] entspricht, dann besser zustimmen, um damit den ersten großen Schritt zum Frieden zu tun.<sup>13)</sup>

**Westarp:** Einverstanden, daß Entente vortritt. Entente hat wohl ein größeres Interesse als wir, entgegenkommend zu antworten.<sup>14)</sup> Zustimmend dem Vorstellen der idealistischen Momente. Es muß dabei vermieden werden, daß wir uns festlegen. Einverstanden, daß wir allgemein antworten. Gegen Einzelheiten, auch nicht Belgien. Westarp und seine Partei sind nicht mit dem Papstvorschlag einverstanden. Unabhängigkeit Belgiens Utopie, — es gibt nur Belgien unter unserer oder englischer Oberhoheit. Eventuell selbständiges Flamenland. Auch vom Standpunkt Andersdenkender<sup>15)</sup> will er die Konzession nicht machen, weil wir uns die Hände binden für den diplomatischen Kampf. Belgien kann sonst nicht als Faustpfand verwandt werden.<sup>16)</sup>

Höchstens: Räumung der besetzten Gebiete wird zur Diskussion gestellt.<sup>17)</sup>

**Dr. Stresemann:** Allseitige Zustimmung zu allgemeiner Antwort. Gleichheit des Handelns. Fall berücksichtigen, daß die Note kein Erfolg wird, daher Antwort so, daß das Vertrauen unserer Bundesgenossen nicht erschüttert [wird].

Belgien. Wegen Unterhaus in England (Asquith)<sup>11)</sup> wollen viele Klärung. Dafür wenn wir uns einigen können. Am 3. 9. 1916 Flamenempfang durch Bethmann.<sup>18)</sup> Flamenantwort an Papst<sup>19)</sup> unterstützt uns im Wunsch nach anderen Garantien. Wenn wir von Belgien sprechen, müssen wir Flamen berücksichtigen.

„Strittige territoriale“ Fragen zwischen Frankreich und Deutschland können wir nicht ablehnen.<sup>20)</sup>

**Erzberger:** Allgemeine Antwort. Belgien muß berücksichtigt werden. Das „Setzen an Friedentisch“ muß erreicht<sup>21)</sup> werden.

Gleiches Ziel wie Papst. Die alten Verträge<sup>22)</sup> haben keine Garantie gegeben. Es muß ein neues Belgien mit neuen<sup>23)</sup> Garantien gemacht werden (unabhängig gegen alle).<sup>24)</sup> Es bindet uns nicht die Hände. Solche Erklärung hindert nicht

<sup>14)</sup> Die letzten beiden Worte handschriftlich eingefügt.

<sup>15)</sup> Dieses Wort handschriftlich eingefügt.

<sup>16)</sup> Die letzten beiden Worte handschriftlich berichtigt aus: „angewandt“.

<sup>17)</sup> Vgl. Nr. 40a. b Anm. 11.

<sup>18)</sup> Nicht ermittelt. Ein Datierungsirrtum erscheint nicht ausgeschlossen. Vgl. WUA 12/I S. 105 über den Empfang einer Abordnung des Rats von Flandern durch Bethmann Hollweg am 3. 3. 1917.

<sup>19)</sup> Am 25. 8. 1917 hatte der Rat von Flandern eine Erklärung zur Friedensnote des Papstes vom 1. 8. 1917 veröffentlicht; vgl. Schulthess 1917/II S. 577.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 40a. b Anm. 12.

<sup>21)</sup> Handschriftlich berichtigt aus: „erwähnt“.

<sup>22)</sup> Handschriftlich berichtigt aus: „Vorschriften“.

<sup>23)</sup> „mit neuen“ handschriftlich eingefügt statt: „unabhängig gegen alle“. Vgl. die folgende Anm.

<sup>24)</sup> Die in Klammern gesetzten Worte handschriftlich eingefügt.

unsere Bewegungsfreiheit. Entwaffnung, Regelung der Flamenfrage. Entfestigung. Alles dies kann im Rahmen der Papstnote erreicht werden. Passus über Belgien ist nötig. Kann so formuliert werden, daß unsere Interessen gewahrt.<sup>25)</sup>

**Ebert:** Belgien ist Kardinalfrage. Mitteilungen<sup>26)</sup> Wiemers sind ihm bestätigt. Unterhaus (Asquith)<sup>11)</sup> bedeutungsvoll. Belgien ist der Liebling der Welt. Wir kommen nicht zu Verhandlungen ohne Klärung der Frage. Bisher Regierung, wir wollen nicht annectieren, das genügt nicht.<sup>27)</sup> Es muß gesagt werden, daß wir Belgien nicht vergewaltigen wollen.

Flandrische Küste [hat] militärisch nicht die Bedeutung wie Westarp meint. Zuerst ja, aber die großen [U-Boote] mit großem Radius brauchen sie nicht.<sup>28)</sup> In der Antwort Belgien erwähnen, klar und unabhängig allerdings mit Wendung, daß Unabhängigkeit nach beiden Seiten. Bitte an Regierung: Erwägen, es ist der Angelpunkt, sonst ist Aktion vorbei.

Freiheit der Meere: Große Bedeutung. Sicherung des Weltverkehrs während des Krieges und sonst.<sup>29)</sup>

**Westarp:** Gegensatz zu Erzberger unüberbrückbar. „Ich will die Abhängigkeit Belgiens von Deutschland.“ Daher Papstnote[n]wendung nicht geeignet. Auf alle Fälle Fehler, dies Faustpfand aus der Hand zu geben. Zu England-Nachrichten: Mag sein, daß bei Verzicht England auf Verhandlungen eingeht. Dann kann es nicht mehr. Dann können wir aber auch mehr erhalten. Freiheit der Meere: Wie zu erreichen?

Ebert durch Verträge.

Erzberger: Redewendung Meerengen<sup>30)</sup>, die auf<sup>31)</sup> beiden Seiten einer Macht gehören besonders regeln.<sup>32)</sup> Ja.<sup>33)</sup>

**Exz. Kaempff:** Allgemeine Antwort. Friedentisch. Belgien. Unabhängigkeit gegen alle.<sup>32)</sup> Resultat möglich? Vielleicht nicht. Aber es kann erwähnt werden. Wenn Belgien erwähnt wird — dann auch Elsaß-Lothringen!<sup>34)</sup>

**Dr. Wiemer:** Wir wollen jetzt gar keine Konzessionen machen, die wir etwa später nicht<sup>35)</sup> machen würden. Annexionswünsche Belgiens sind in Deutschland erstorben. Auch nicht von Konservativen. Polemisiert gegen Westarp. Kann die Forderung Westarps durchgesetzt werden? Es genügt nicht, wenn wir sagen, daß wir über Belgien bei Verhandlungen sprechen. Es ist ein einziger Weg zum Friedentisch. Im Rahmen dieser Wendung vieles erfüllbar über Flamen usw. Flamenfrage in der Note?

<sup>25)</sup> Vgl. Nr. 40a.b Anm. 13.

<sup>26)</sup> Die Pluralendung „-en“ handschriftlich ergänzt.

<sup>27)</sup> Zu interpretieren ist: die bisher von der Regierung ausgegebene Parole „wir wollen Belgien nicht annectieren“, genügt nicht.

<sup>28)</sup> Vgl. Nr. 40a (Ebert).

<sup>29)</sup> Vgl. Nr. 40a.b Anm. 15.

<sup>30)</sup> Die folgenden beiden Worte „daß festgehalten“ handschriftlich gestrichen.

<sup>31)</sup> Handschriftlich berichtigt aus: „von“.

<sup>32)</sup> Die letzten beiden Worte handschriftlich eingefügt.

<sup>33)</sup> Vgl. Nr. 40a.b Anm. 15.

<sup>34)</sup> Vgl. Nr. 40a.b Anm. 16.

<sup>35)</sup> Die letzten drei Worte handschriftlich geändert aus: „immer später noch“.

Elsaß-Lothringen erwähnen. Keine strittigen Fragen zwischen uns und Frankreich.

**Erzberger:** Freiheit der Meere nicht erwähnen. Belgien. Die ganze Aktion hängt davon ab.

Gegen Westarp. Wenn wir das anstreben: Fortsetzung des Krieges und neuer Krieg.

**Stresemann:**<sup>36)</sup> Autonomie Flanderns Ziel — dies Ziel für uns. Keine Neutralität der Bevölkerung gegen uns in Belgien zu erwarten.

Wir haben dort Feinde. Dies zu verringern: Flamenpolitik. Päpstliche Formel genügt ihm nicht. Entfestigung, Freiheit des Hafens usw. aber kein autonomes Flandern ist in diesem Rahmen enthalten. Diese Frage kann vielleicht in der Antwort beim Punkt Armenien erwähnt werden. Wie<sup>37)</sup> vielleicht demgegenüber: Flamen, dann vielleicht hat die Sache keinen Erfolg, dann Flamen in der Luft. Freiheit der Meere ist zu erwähnen. Die „ähnliche“ Herausgabe der deutschen Kolonien wird erörtert.<sup>38)</sup>

**Westarp:** Wiemer. Konservative hätten gesagt: Keine Annexion. Wir wollen keine Angliederung aber Zwischenstufen. Was wir brauchen in Belgien muß gesagt werden. Ich kann Wiemer nicht zugeben, daß unsere Lage irgendwie Anlaß gebe, auf<sup>39)</sup> den Gedanken zu verzichten, Belgien zu beherrschen. Meine Ansicht bedingt nicht Fortsetzung des Krieges ad infinitum.

**Scheidemann:** Westarp will etwas, wogegen sich Resolution wendet. Dauer des Aushaltens. Gegen Westarp. Wir müssen auf<sup>39)</sup> anständige Weise Schluß machen.

**Flandern:** Der Rat von Flandern ist ein künstliches Gebilde ohne Hinterleute. Elsaß-Lothringen. Nicht davon sprechen! Denn in der Note steht ja nichts davon. Wir können hier den Text des Papstes übernehmen. Wir müssen in die Verhandlungen hineinkommen, daher geschickte Antwort. Deutliche Formulierung der idealistischen Sache.

**Erzberger:** Contra Westarp: Die Spahn'sche Erklärung ist überholt durch Friedensresolution im Mai und 19. Juli 1917.<sup>39a)</sup>

**Zentrumsfraktion:** Belgien soll nicht in die Hände der Gegner gelegt werden (wirtschaftlich, politisch, militärisch).

Belgien muß geklärt werden. Päpstliche Formel gibt uns genügende Bewegungsfreiheit. Abhängigkeitsfrage Belgiens keine Lebensfrage Deutschlands.

**Dr. Stresemann:** Elsaß-Lothringen kann nicht unerwähnt bleiben, weil Papst ausdrücklich Deutschland und Frankreich erwähnt.

<sup>36)</sup> Handschriftlich berichtigt aus: „Scheidemann“.

<sup>37)</sup> Handschriftlich berichtigt aus: „Nur“.

<sup>38)</sup> Vgl. Nr. 40a. b Anm. 17.

<sup>39)</sup> Handschriftlich berichtigt aus: „durch“.

<sup>39a)</sup> So im Or. Erzberger bezieht sich außer auf die Friedensresolution vom 19. 7. 1917 wahrscheinlich auf seine eigene Erklärung zur belgischen Frage im Hauptausschuß vom 3. Mai 1917, s. Schult-hess 1917/I S. 475

Vorbehalt ist nötig, damit uns nicht Unehrllichkeit vorgeworfen werden kann. Flamen: Ernste Mitteilung. Versammlung in Brügge, Antwerpen, Gent. Rat in Flandern hat Hinterleute.

Abrüstungsfrage. Wie steht Reichsregierung? Unsere Lage.

**Westarp:** Meine Auffassung kein Rückzugsgefecht. Innere Überzeugung. Weite Kreise hinter sich. Elsaß-Lothringen: Schweigen, wenn ganz allgemein erwidert wird. Falls aber Belgien (wie Kaempf), dann auch Elsaß-Lothringen. Tendenz des Papstes gegen uns. Es kommt alles darauf an, daß wir in einer Situation in die Verhandlungen hineinkommen, die uns die Wahrung unserer Lebensinteressen ermöglicht.

**Exz. Boden:** Feinden Praevenire lassen, Antwort für uns maßgebend. Belgien: Kardinalpunkt. Nicht festlegen. Wiederholung der alten Versicherungen genügt.<sup>40)</sup>

**Exz. v. Biegeleben:** Abrüstung. Wir müssen darauf eingehen.<sup>41)</sup> Belgien Kardinalpunkt. Bedenken gegen die päpstliche Formulierung. Belgien darf sich nicht freiwillig an die andern anschließen können. Stimmt Westarp zu in der Idee. Aber läßt sich der Wunsch Westarps erreichen? Auf diese Weise kein Frieden. Bedenken gegen die Erwähnung der Flamenfrage.<sup>40)</sup>

**Erzberger:** Friedentisch, deswegen nicht über Belgien schweigen.

**Dr. Stresemann:** Bei völliger Unabhängigkeit kann Belgien ein Bündnis gegen uns eingehen.

**Exz. Sieveking:** Begrüßt den von Kühlmann vorgeschlagenen modus procedendi.<sup>42)</sup> Gegen Einzelfragen. Keine vorherige Festlegung. Belgien nicht berühren in Antwort.<sup>40)</sup>

**Der Herr Reichskanzler:**

- I. Einverständnis über allgemeine Beantwortung und idealistische Bemerkungen.
- II. Man will Antwort so formulieren, daß man sich an den Tisch setzt. Was muß man erwähnen, was nicht?
- III. In nächster Sitzung<sup>43)</sup> Stellung der Regierung.
- IV. Keine Geschäftsordnung.
- V. Nächste Sitzung wird 4 Tage vorher angesagt.<sup>44)</sup>

<sup>40)</sup> Vgl. Nr. 40a .b Anm. 18.

<sup>41)</sup> „eingehen“ handschriftlich berichtigt aus: „einstehen“.

<sup>42)</sup> „procedendi“ handschriftlich berichtigt aus „praecedendi“.

<sup>43)</sup> 10. 9. 1917; vgl. Nr. 42a-d.

<sup>44)</sup> Vgl. Nr. 40a .b Anm. 19.

## 41.

## 10. 9. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

41a: Scheidemann, Memoiren II S. 71—73.<sup>1)</sup> Überschrift: „Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 10. September 1917“.

... **Erzberger** teilt mit<sup>2)</sup>, daß er mit **Kühlmann** geredet habe.<sup>3)</sup> Er wußte aber nur, wie sich sehr schnell herausstellte, was das **Auswärtige Amt** mit der **Kurie** vereinbart hat.<sup>4)</sup> Er ist infolgedessen gänzlich damit einverstanden, daß nunmehr unsere Forderung, daß **Belgien** in der Antwort erwähnt werden

1) Nach den vorangehenden Ausführungen Scheidemanns in seinen Memoiren II S. 70 handelt es sich um eine seinen Tagebüchern entnommene Aufzeichnung. Durch ... am Anfang und am Ende des zitierten Abschnitts weist Scheidemann darauf hin, daß er seine Originalaufzeichnungen über die Interfrakt. Sitzung vom 10. 9. 1917 nur in gekürzter Form zugänglich macht. — Vgl. WUA 7/II S. 40 und 105 f.

2) Vgl. WUA 7/II S. 40, Scheidemann: „Herr Erzberger hat in derselben Sitzung über eine Aussprache mit Kühlmann gesprochen, d. h. er hat sie nur erwähnt und stellte sich auf Kühlmans Seite. Ich hatte den Eindruck, daß Herr v. Kühlmann dem Herrn Erzberger nicht alles gesagt hatte, was er mir mitteilte, denn Erzberger machte gar keine detaillierten Mitteilungen.“ — Im gleichen Sinne auch a.a.O. S. 105.

3) Vgl. Erzberger S. 276 f.: „Graf Czernin ließ mich in jenen Tagen wissen, daß auch er der Auffassung sei, daß in die deutsche Antwort ein Abschnitt über die volle Selbständigkeit Belgiens aufgenommen werden müsse. Um dies zu erreichen, hatte ich am 30. August eine längere Unterredung mit Staatssekretär von Kühlmann, der in der belgischen Frage sich auf meinen Standpunkt stellte; denn er habe vor Übernahme seines Amtes dem Reichskanzler gesagt, daß Belgien vollständig und unabhängig wiederhergestellt werden müsse; der Kampf hierüber werde zwar innerpolitisch ein äußerst heftiger werden, aber er müsse jetzt durchgeföhrt werden. Nur wünsche er zwei Vorfragen zu lösen, indem er auf diplomatischem Wege festzustellen versuche, welche neuen Sicherungen die feindlichen Mächte für die vollkommene Unabhängigkeit Belgiens geben wollten und ob die feindlichen Mächte nach der deutschen Erklärung über Belgien bereit seien, sofort in Friedensverhandlungen einzutreten. Ich sah das nur als eine Frage der Taktik an, da man im Prinzip einig sei.“ — Aus dem Nachlaß Erzberger 18 geht hervor, daß der ukrainische Abgeordnete Ritter v. Wassilko als Mittelsmann zwischen Czernin und Erzberger fungierte. Erzberger zeichnet auf, Wassilko habe ihn am 28. 8. 1917 im Auftrage von Czernin dringend darum gebeten, daß ein Passus über die volle Selbständigkeit Belgiens in die deutsche Antwort auf die Papstnote aufgenommen würde. Am 29. 8. suchte Wassilko nochmals Erzberger und — wie dieser vermerkt: aus taktischen Gründen — auch Südekum auf. Am 11. 9. 1917 ließ Czernin dann Erzberger durch Wassilko vor einem doppelten Spiel der deutschen Regierung warnen, da nach seiner Ansicht Michaelis' Forderungen in bezug auf Belgien zum Scheitern der Friedensverhandlungen führen müßten.

4) Vgl. den Bericht Scheidemanns über seine Aussprache mit Kühlmann am 9. 9. 1917, Zusammenbruch S. 111: Kühlmann habe ihm erklärt: „Da ich mehr Schwierigkeiten mache, als er vorausgesehen habe, müsse er mir mehr sagen. Die Kurie sei informiert über die Antwort an den Papst und vollkommen damit einverstanden. Die Kurie bestehe in keiner Weise darauf, daß über Belgien in der Antwort öffentlich geredet werde. Es fänden zwischen ihm und dem vatikanischen Staatssekretär zurzeit Verhandlungen über Belgien statt, so daß auch der Papst vollkommen informiert sei über die Absichten der deutschen Regierung. Er wiederhole, daß die Kurie gar keine andere Antwort erwarte, als er sie dem Siebenerausschuß am 10. ds. Mts. vorlegen werde.“ Vgl. dazu auch Nr. 29 Anm. 9 und 11.

müsse, fallengelassen wird. — **Scheidemann** sagte in seinem Bericht<sup>5)</sup> über die Auseinandersetzung mit **Kühlmann** u. a.:

„Die einzige Möglichkeit, auf die Erwähnung Belgiens zu verzichten, wäre die, daß ausdrücklich in der Antwort festgestellt wird, was die Regierung in der Friedensfrage auch tun möge, sie werde sich unter allen Umständen an die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli halten.<sup>6)</sup> Außerdem sei es empfehlenswert, die ganze Antwort so zu formulieren, daß deutlich zum Ausdruck kommt, wie sie unter unserer Mitwirkung entstanden ist. Das werde die Bedeutung der Antwort für das Ausland erhöhen. Voraussetzung sei, daß der Inhalt der Note im ganzen dergestalt sei, daß wir auch die Verantwortung mit übernehmen können.“ — **Gothein** war sehr ungehalten über den Gang der Dinge und sprach sich ungefähr so aus, wie ich tags zuvor gegenüber **Kühlmann**. — **Ebert** sprach in gleicher Weise. Nach dem Reichstagsbeschluß vom 19. Juli wisse doch alle Welt, daß an eine Vergewaltigung Belgiens nicht gedacht werden könne, also sollte man es auch sagen. — **Erzberger** wiederholt, daß er bereit sei, alle Konzessionen zu machen, allerdings auch unter der Voraussetzung, wie **Scheidemann** es vorgeschlagen habe, daß eine Berufung auf den Reichstagsbeschluß stattfindet. — **von Payer**:<sup>7)</sup> „Auch er sei überzeugt, daß wir zu Verhandlungen kaum kommen könnten, bevor über Belgien öffentlich Klarheit geschaffen sei. Es erscheine ihm nach dem Gehörten aber fraglich, ob die Antwortnote jetzt noch die beste Stelle sei, von der aus öffentlich über Belgien Erklärungen abgegeben werden. Wenn die Hypothesen **Kühlmanns**<sup>8)</sup>, von denen

<sup>5)</sup> Vgl. **Scheidemann**, Zusammenbruch S. 109—113. — Im Untersuchungsausschuß, WUA 7/II S. 101, erklärte **Kühlmann**, daß **Scheidemann** in den zitierten Tagebuchaufzeichnungen seine Äußerungen, insbesondere die über die Absprache mit der Kurie (s. vorige Anm.), nicht zuverlässig wiedergegeben habe. Dabei teilte er jedoch mit, er habe „keinerlei Aufzeichnungen über diese Unterredung gehabt“ und er könne auch „im Detail nicht rekonstruieren, was ich ihm [**Scheidemann**] gesagt habe“. A.a.O. S. 111 räumt er ein, daß er — weil man „den allergrößten Wert auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie“ habe legen müssen — sich „trotz der großen außenpolitischen Bedenken entschlossen [habe], in einem Privatgespräch dem Herrn Abgeordneten **Scheidemann** in einer vorsichtig abgewogenen Weise Einblicke in unsere diplomatische Tätigkeit zu geben, die weiter gingen als die Einblicke, die ich den Anhängern irgendeiner anderen Partei zu geben für notwendig hielt.“ **Kühlmanns** Ausführungen sprechen also indirekt für die weitgehende Zuverlässigkeit **Scheidemanns**, der selbst a.a.O. S. 104 **Kühlmann** gegenüber feststellt, daß er seine Aufzeichnungen „nicht etwa acht oder auch nur einen Tag später . . ., sondern unmittelbar nachher“ angefertigt habe. Vgl. weiter a.a.O. S. 105.

<sup>6)</sup> Aus dem Bericht **Scheidemanns** (Zusammenbruch a.a.O.) geht nicht hervor, daß er diese Forderung bereits in der Besprechung mit **Kühlmann** präzisiert hat.

<sup>7)</sup> Vgl. auch WUA 7/II S. 40, wo **Scheidemann**, in fast wörtlicher Übereinstimmung, die Ausführungen **Payers** referiert; ferner a.a.O. S. 106: „Im Anschluß an meine Rede hat Herr v. **Payer** zu vermitteln versucht; aus allem, was Herr v. **Payer** sagt, geht klar und deutlich hervor, daß ich genau so, wie ich es damals und heute geschildert habe, über die Unterredung mit Herrn v. **Kühlmann** berichtet habe.“

<sup>8)</sup> Vgl. **Scheidemann**, Zusammenbruch S. 110: „**Kühlmann**: . . . Die Dinge hätten sich in der letzten Zeit so gestaltet, daß wir in der Tat unsere einzige Karte aus der Hand geben würden, wenn wir die vom Siebenerausschuß verlangte Erklärung über Belgien öffentlich abgeben. Ich warf hier ein, daß er es mir nicht übernehmen solle, wenn ich ihm sage, daß das die ganze alte Rederei in neuer Aufmachung sei.“

Scheidemann gesprochen hat, einen Untergrund hätten, so müsse man Kühlmann recht geben. Er wolle sich also seine endgültige Stellungnahme vorbehalten für den Nachmittag. Vielleicht gehe Kühlmann etwas mehr aus sich heraus. Auf jeden Fall akzeptiere er Scheidemanns Vorschlag, der die Bezugnahme auf den 19. Juli verlangt.“ — **Fehrenbach** sprach sich ähnlich aus. Das Mißtrauen, das wir bisher gehabt haben, und das dem Reichskanzler gegenüber noch gewachsen sei, mahne uns zur Vorsicht. Dieses Mißtrauen sei Kühlmann gegenüber nicht am Platze. — **David**: „Wenn vertrauliche Auskünfte an den Kardinal-Staatssekretär gegeben werden, so sollte man dies dem Siebener-Ausschuß mitteilen, damit er informiert sei.“ — **Erzberger**: „Die Regierung müsse dem Ausschuß klaren Wein einschenken, wie sie materiell über Belgien der Kurie gegenüber sich ausspreche. Mit dieser Forderung müssen wir einig sein. Außerdem halte er es für notwendig, daß in der Antwort gesagt werde, sie sei in Gemeinschaft mit der Volksvertretung gemacht worden.“ — Nach längerer Debatte, an der sich, teils wiederholt, **Fehrenbach**, **Dr. Junck** und **Fischbeck** beteiligten, erklärte ich [**Scheidemann**]: „Was soll geschehen, wenn die Reichsregierung sich in jeder Beziehung ablehnend verhält? Das bedeutet meines Erachtens den Bruch zwischen ihr und uns. Jedenfalls muß ich für meine Fraktion vorbehalten, daß wir uns reiflich überlegen werden, ob wir im Siebener-Ausschuß bleiben können, wenn die Regierung auf unsre Ratschläge nicht hört . . .“<sup>9)</sup>

---

Er fiel mir sofort ins Wort und sagte: Bitte, ich kann nur hypothetisch folgendes sagen: Wenn z. B. jetzt Deutschland und England den Wunsch hätten, sich gegenseitig unter Vermittlung des Königs von Spanien oder der Königin von Holland über Belgien zu unterhalten, würden Sie es dann nicht auch als töricht bezeichnen müssen, vor Beginn dieser Verhandlungen durch eine öffentliche Erklärung die Verhandlungen überflüssig zu machen? Im übrigen wolle er sagen, daß vollkommene Übereinstimmung bei allen in Betracht kommenden Stellen der Regierung über die belgische Frage bestehe. Es sei ganz selbstverständlich für die Regierung, daß in bezug auf Belgien so verfahren werden müsse, wie es durch die Resolution des Reichstags vom 19. Juli klar verlangt würde und wie es auch im Siebenerausschuß in der jüngsten Sitzung klar vertreten worden sei.“ Scheidemann a.a.O. S. 112 berichtet weiter, daß ihm Kühlmann, als er sich immer noch nicht habe überzeugen lassen, schließlich eröffnet habe, daß „in drei bis vier Wochen . . ., wie ich Ihnen bestimmt versichern kann, Verhandlungen zwischen England und uns über die belgische Frage im Gange“ sein würden. „Sie werden zugeben, daß unter diesen Umständen es doch wirklich eine Torheit wäre, die Verhandlungen unmöglich zu machen, dadurch, daß wir in der Antwort an den Papst aller Welt sagen, worüber wir uns unterhalten wollen.“

<sup>9)</sup> Im Untersuchungsausschuß, WUA 7/II S. 106, betonte Scheidemann: „Fest steht aber, daß Erzberger mit den Herren im Interfraktionellen Ausschuß noch privatim gesprochen haben mußte, denn als wir im Siebener-Ausschuß am Nachmittag [s. Nr. 42 a—d] zusammengekommen waren, stellte sich heraus . . ., daß Ebert und ich allein standen. Die Herren waren einverstanden, nichts über Belgien zu sagen; sie akzeptierten nur unsere Forderung: Hinweis auf die Friedensresolution.“

41b: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 10. 9. 1917.

11 Uhr: Interfraktionelle Konferenz. — Papstnote, Belgien.

## 42.

## 10. 9. 1917: Zweite Sitzung des Siebenerausschusses

42a: Nachlaß Erzberger 18, eigenhändig mit Bleistift!<sup>1)</sup> Überschrift: „10. 9.“

42b: Nachlaß Erzberger 18, Maschinenschrift, mit eigenhändigen Korrekturen.<sup>1)</sup> Überschrift: „Bericht über die 2. Sitzung des freien Siebener-Ausschusses beim Reichskanzler / Montag, 10. September“.

Kanzler: Verbündete Reg[ierun]g[en].  
Mit[tei]l[un]g über Fass[un]g

Reichskanzler Dr. Michaelis eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß die notwendige Fühlungnahme mit [den verbündeten] Regierung[en]<sup>2)</sup> vor sich gegangen sei.

Kühlmann: Entwurf ohne allerhöchste Genehm[i]g[un]g<sup>3)</sup> — Gelegenheit zu äußern — Große Zahl von Stellen zu fragen — Koalitionskrieg, nicht als Einzelmacht — Grundlegend wichtige Kundg[e]b[un]g mit allen 4 gleichmäßig — keine materielle Streich[un]g — Besonders eng mit Öster[rei]ch, auch als kath. Großmacht — sehr eingehend Grundsätze und Wortlaut — rückhaltlose Zustimmung[i]m[un]g sicher, warme Worte der Zustimmung gefunden<sup>4)</sup> — Auch Bulgarien und Türkei<sup>5)</sup> („Freiheit der Meere“<sup>6)</sup>) / Gegner: Amerika sattsam bekannte Note<sup>7)</sup> — feste Zuversicht, daß Keil aussichtslos ist. England betrifft, Sicherheit den Schluß, vatikanisch[er] Schritt nicht gegen Willen England[s] — Anzeichen vorhanden, einflußreiche Kreise Englands heute anders zur Weltlage stehen als vor ein[i]ge[r] Zeit — Gewisse Kreise für Vermittl[un]gsfrieden, — Zu-

Staatssekretär von Kühlmann: Der Entwurf zur Beantwortung der päpstlichen Friedenskundgebung sei fertiggestellt und harre der allerhöchsten Genehmigung.<sup>3)</sup> Der Ausschuß habe noch Gelegenheit, sich vorher zu äußern. Eine große Zahl von Stellen sei vorher zu fragen gewesen. Deutschland führe den Krieg nicht als Einzelmacht, sondern als Koalitionskrieg. Eine solche grundlegende wichtige Kundgebung, wie die Antwortnote müsse mit allen Verbündeten vorher durchbesprochen werden. Besonders eng sei die Fühlung mit Österreich gewesen, das auch als katholische Großmacht ein besonderes Interesse an der Beantwortung habe. Aus Österreich seien Worte der rückhaltlosen Zustimmung zu unserem Entwurfe gekommen.<sup>4)</sup> Bulgarien und die Türkei stimmten gleichfalls zu, wenn sie auch einen anderen Ton wählten.<sup>5)</sup> Gegenüber der Antwortnote Wilsons<sup>7)</sup> habe er die

<sup>1)</sup> S. dazu die knappe Zusammenfassung bei Erzberger S. 278 f. Neben Nr. 42c und d vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 113 f.; derselbe, Memoiren II S. 73—81; Westarp II S. 536 f.; WUA 7/II bes. S. 24 f., 41; Bredt S. 145; v. Lama (s. Nr. 40a.b Anm. 1) S. 201—205. — Für den Zeitpunkt der Sitzung und die Teilnehmerliste s. Nr. 42d.

<sup>2)</sup> Im Or.: „der Regierung“. — Daß sich der Passus auf die „verbündeten Regierungen“ bezieht, geht aus Nr. 42d zweifelsfrei hervor.

<sup>3)</sup> Vgl. Michaelis S. 338, 351.

<sup>4)</sup> Vgl. Erzberger S. 278; dagegen V. Naumann, Dokumente S. 273, 278 (Czernin sei über den Text der deutschen Antwortnote nicht besonders erfreut gewesen). — Für den Text der österreichischen Antwort s. Schulthess 1917/II S. 174 ff.

<sup>5)</sup> Vgl. den Text der Antwortnoten bei Schulthess 1917/II S. 822 ff., 832 f.

<sup>6)</sup> S. Nr. 42c.

<sup>7)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 901 ff.

nahme der Friedenssti[mmun]g erkennbar — Frankreich genieße wenig Sympathien<sup>8)</sup> — sekundäre Stell[un]g ein — Text verlesen<sup>9)</sup> — mühsames Kompromiß, darum alle Änder[un]gsvorschl[ä]ge eingehend überlegen<sup>10)</sup> — 1. Raum — 2. Volk 3. Recht 4. Schutz — 5. Schiedsgerichtsbar[ar]k[ei]t<sup>11)</sup> 6. befriedigende Daseinsbed[in]g[un]g[en] für jedes Volk — 7. auch uns[er]r[e]n Gegn[er]n u. geeignete Grundgesetze<sup>12)</sup> für Frieden. Auf Einzelheiten nicht eing[egan]gen, wegen 1) Bundesgenossen — 2) Kurie befried[i]gend<sup>13)</sup> — Atmosphäre der Möglichkeit der Annäher[un]g der Kabinette — wenn einen, dann andere; also auch Belgien nicht — Belgien: mindestens denselben Ernst, aber nicht geboten. Nicht sehr absolut sein, ohne Vorbehalt — geht nicht, da Faustpfand sonst an Wert verliert — gegenüber Forderungen der Gegner — starke diplomatische Waffe — nähern uns dem Moment der Verhandlungen — auch ohne Antwort auf Belgien<sup>15)</sup> — Kardinalstaatssekretär Anfrage über Belgien — ganz vertraulich —<sup>16)</sup> Papstnote gewisse Früchte getragen —<sup>17)</sup> Ein Geg-

Zuversicht, daß der Versuch, einen Keil zwischen Kaiser und Volk zu treiben, aussichtslos sei. Was England betreffe, so dürfe man mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß der vaticanische Schritt nicht gegen den Willen Englands erfolgt sei. Es seien auch Anzeichen dafür vorhanden, daß einflußreiche Kreise Englands heute anders zur Weltlage stehen als vor einiger Zeit; beachtenswerte Kreise seien dort für einen Vermittlungsfrieden. Die Zunahme der Friedensstimmung in England sei unverkennbar. In Frankreich mache sich allerdings weniger Friedensliebe geltend, aber das spielt jetzt eine sekundäre Rolle. Der Text unserer Antwort<sup>9)</sup> sei ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Stellen. Man möge sich, bevor man Änderungen vorschläge, alles eingehend überlegen und auf Einzelheiten nicht so sehr eingehen, schon weil wiederum die Bundesgenossen<sup>14)</sup> gefragt werden müssen. Auf der anderen Seite sei es die Absicht der Kurie gewesen, eine Atmosphäre der Geneigtheit der Annäherung der verschiedenen Kabinette zu schaffen. Wenn Deutschland auf einen Punkt näher eingehe, so würden seine Ver-

<sup>8)</sup> Soll heißen: in Frankreich genieße der Friedensgedanke wenig Sympathien.

<sup>9)</sup> Kühlmann verlas den Entwurf. S. Nr. 42c und Nr. 42d bes. auch Anm. 6 sowie Scheidemann, Zusammenbruch S. 113.

<sup>10)</sup> Die im folgenden aufgezählten Punkte skizzieren den Gedankengang der deutschen Antwortnote. Abgedruckt bei Schulthess 1917/I S. 801 f. und bei Michaelis S. 338 ff.

<sup>11)</sup> „Schiedsgerichtsbarkeit“ unsicher.

<sup>12)</sup> „Grundgesetze“ unsicher.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 41 bes. Anm. 4.

<sup>14)</sup> Eigenhändig berichtet aus: „Volksgenossen“.

<sup>15)</sup> Vgl. Nr. 41 Anm. 8. — Für die Konzeption Kühlmanns in der Friedensfrage und die von ihm dem spanischen Gesandten in Brüssel, Villalobar, zuge dachte Vermittlermission s. vor allem: Friedrich Meinecke, „Kühlmann und die päpstliche Friedensaktion von 1917“, in: „Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften“, Phil.-Hist. Klasse 17, Berlin 1928, S. 174 ff.; Kühlmann S. 470 ff.; Max Graf Montgelas, „War im Sommer 1917 ein Verständigungsfriede möglich?“, in: „Berliner Monatshefte“, Jg. 10/II, 1932, S. 648 f.; WUA 7/II S. 66 ff. (Kühlmann).

<sup>16)</sup> Kühlmann bezieht sich auf den Brief Pacellis vom 30. 8. 1917, abgedruckt u. a. bei Michaelis S. 342 ff. Die Frage, auf welchem Tage dieser Brief in Berlin eingegangen ist, wann ihn der offizielle Empfänger Michaelis und wann ihn Kühlmann in die Hände bekommen hat, kann hier nicht erörtert werden. S. dazu: WUA 7/II S. 28 (Bredt); Michaelis S. 342; Meinecke a.a.O. S. 178; v. Lama a.a.O. S. 154 ff.; Montgelas a.a.O. S. 647.

<sup>17)</sup> Vgl. auch Scheidemann, Memoiren II S. 75: „Zwischen ihm [Kühlmann] und dem Kardinalstaatssekretär werde gerade über Belgien vertraulich verhandelt.“

ner fr[a]g[t] nach unserm Kri[e]gsziele i[n] | bündeten auf andere Punkte mehr zu  
Belgien / Bitte um Vertrauen<sup>18)</sup> — | rückgreifen und dann kämen sofort

<sup>18)</sup> Kühlmann münzt also den Brief Pacellis vom 30. 8. 1917, in dem unzweideutig „eine bestimmte Erklärung“ über Belgien gefordert wird, in einen Erfolg seiner Politik um. Da der Brief nicht im Wortlaut mitgeteilt wurde, konnte den Abgeordneten seine Bedeutung kaum klar werden. Scheidemann („Papst, Kaiser und Sozialdemokratie in ihren Friedensbemühungen im Sommer 1917“, Berlin 1921, S. 25) stellt „als absolut sicher“ fest, „daß der Staatssekretär v. Kühlmann wiederholt in der kritischen Zeit versichert hat: die Kurie sei informiert und vollkommen einverstanden mit dem, was Deutschland über Belgien sagen wolle. Der Papst erwarte keine andere Antwort auf die belgische Frage.“ Auf dieser Linie bewegen sich auch Kühlmans Ausführungen vor dem Siebenerausschuß. Obgleich Pacelli, als ihm der mit dem Siebenerausschuß abgesprochene Entwurf der deutschen Antwortnote vertraulich mitgeteilt worden war, sofort seiner größten Bestürzung über die Inhaltslosigkeit der Antwort Ausdruck gab und die Kurie weiterhin auf eine Erklärung über Belgien als *conditio sine qua non* für den Erfolg der päpstlichen Friedensvermittlung drang, wurde die deutsche Antwortnote am 19. 9. 1917 datiert „und jedenfalls gleich danach . . . — ungeändert trotz der Bitten und Warnungen der päpstlichen Diplomatie“ (Meinecke a.a.O. S. 184) — abgesandt. In der Hoffnung, daß die deutsche Regierung trotzdem noch die geforderte Erklärung über Belgien abgeben würde, teilte die Kurie am 21. 9. mit, sie werde die offizielle deutsche Antwort vorerst geheimhalten. Ungeachtet dessen beantwortete Michaelis am 24. 9., gebunden an die Instruktionen des Kronrats vom 11. 9. und in Konsequenz der Faustpfandtheorie Kühlmans, den vertraulichen Brief Pacellis vom 30. 8. 1917 dahin, daß „wir . . . im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage [sind], . . . eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu geben“ (zitiert nach Bredt S. 147). „Das war“, wie Bredt S. 147 feststellt, „die eigentliche Antwort auf die Papstnote, neben jener formellen aber nichtssagenden vom 19. September!“ Und a.a.O. S. 149 heißt es: „Das war ganz einfach die Negation der Friedensresolution und die Desavouierung des Reichstags mit seinem Siebener-Ausschuß“, der in dem irrigen Glauben belassen worden sei, die Antwort auf die Papstnote enthalte mit dem allgemeinen Verweis auf die Friedensresolution (s. unten) auch zugleich den glatten Verzicht auf Belgien und werde auch der Kurie genügen. Tatsächlich sei jedoch die päpstliche Friedensaktion „sofern . . . [sie] wirklich geeignet war, einen Erfolg herbeizuführen“ (Bredt a.a.O.), durch den Brief Michaelis' vom 24. 9. endgültig zunichte gemacht worden. — Gegen Bredt hat zuerst Meinecke betont, daß nach Kühlmans eigenen Intentionen der umstrittene Brief vom 24. 9. 1917 im Sinne der am 10. 9. mit dem Siebenerausschuß vereinbarten offiziellen Antwortnote an die Kurie interpretiert werden müsse. Es dürfte auch feststehen, daß für das Vorgehen in der belgischen Frage in erster Linie nicht Michaelis sondern Kühlmann, dem der Kanzler weitgehend freie Hand ließ, verantwortlich zu machen ist. Kühlmann wiederum handelte nach einer festen taktischen Konzeption, ohne daß er etwa den bewußten Vorsatz gehabt hätte, den Reichstag zu desavouieren. Das zeigen nicht zuletzt die vorliegenden Niederschriften über die 2. Sitzung des Siebenerausschusses. Die wissenschaftliche Diskussion über die Gesamtproblematik ist jedoch bis heute noch zu keinem befriedigenden Abschluß gelangt. Neben der Studie Meineckes, dem Gutachten Bredts, der sich anschließenden Diskussion im Untersuchungsausschuß (WUA 7/I und vor allem II), dem Aufsatz des Grafen Montgelas, dem in seiner überspitzten konfessionellen Tendenz abwegigen, jedoch wohlinformierten Buch v. Lamas vgl. dazu Erzberger S. 277 ff.; Scheidemann, Memoiren II S. 81 ff.; Urkunden der OHL S. 426 ff.; Martin Spahn, „Die päpstliche Friedensvermittlung“, Berlin 1919, S. 133 ff.; derselbe, „Friedensresolution und päpstliche Friedensvermittlung“, in: „Hochland“, Jg. 24/II, 1927, S. 561 ff.; V. Bredt, „Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion“, in: „Preußische Jahrbücher“, Bd. 206, 1926, S. 180 ff.; derselbe, „Michaelis und Kühlmann“, a.a.O., Bd. 207, 1927, S. 1 ff. Ferner die folgenden Veröffentlichungen aus jüngster Zeit: Maximilian v. Hagen, „Die päpstliche Friedensvermittlung 1917“, in: „Historische Zeitschrift“, Bd. 177, 1954, S. 517 ff.; Wilhelm Michaelis, „Der Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion von 1917“, in: „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“, Jg. 7, 1956, S. 14 ff. (dazu eine Ergänzung a.a.O., S. 128); Ernst Schütte,

„Reichst[a]gsresolution als absolute Richtschnur für belgische Fr[a]g[e]n dienen wird“

scharfe Gegensätze zum Ausdruck. Das eben wolle die Kurie vermieden sehen.<sup>13)</sup> Aus diesem Grunde sei in der Note auch nicht auf Belgien eingegangen, obwohl es in der letzten Sitzung viel gewünscht worden sei. Man könne die belgische Frage nicht kurz und plötzlich ohne gewisse vorhergehende Schritte anschneiden, da Belgien als Faustpfand hohen Wert für uns habe, welchen es verliere, wenn man offen seine Karten auf den Tisch lege, namentlich dann, wenn die Forderungen der Gegner noch sehr hoch seien. Eine solche starke diplomatische Waffe könne er gerade jetzt, wo wir uns dem Moment der amtlichen Friedensverhandlungen näherten, nicht aus der Hand geben.<sup>15)</sup> Der<sup>19)</sup> Kardinalstaatssekretär habe schon eine ganz vertrauliche Anfrage über die Stellungnahme der Deutschen Regierung zu Belgien an den Reichskanzler gerichtet und dies auf Grund einer Anfrage einer feindlichen Macht, welche unser Kriegsziel wissen wolle und besonders unsere Stellungnahme zu Belgien.<sup>16)</sup> So habe die Papstnote bereits gewisse Früchte gezeigt.<sup>17)</sup> In der Behandlung der belgischen Frage bitte er um Vertrauen.<sup>18)</sup> Er könne heute nur in Übereinstimmung mit sämtlichen Organen der Deutschen Regierung sagen, daß die Reichstagsresolution vom 19. Juli als absolute Richtschnur für die Lösung der belgischen Frage zu gelten habe.<sup>20)</sup>

**Kaempf:** vollem Umfang gebill[igt] — bittet aber um Aufschluß über Stell[un]g bet[reffend] Belgien — Wie steht es mit Elsaß[-]Loth[rin]g[e]n.<sup>21)</sup>

Präsident **Dr. Kaempf** billigte die Note im vollen Umfange. Er bat aber um Aufschluß über die materielle Stellungnahme bezüglich Belgiens; ferner wie stehe es mit der elsäß-lothringischen Frage?<sup>21)</sup>

„Noch einmal: Der Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion von 1917“, a.a.O., S. 293 ff., mit anschließender Stellungnahme von Wilhelm Michaelis, S. 297 ff., und Schlußbemerkungen von Karl Dietrich Erdmann, S. 304 ff.; Ernst Deuerlein, „Zur Friedensaktion Papst Benedikts XV. (1917)“, in: „Stimmen der Zeit“, Bd. 155, 1954/55, S. 241 ff. (mit bisher unveröffentlichten Dokumenten aus bayerischen Aktenbeständen).

<sup>19)</sup> Dieser wichtige Satz ist bei Erzberger S. 278 fast wörtlich übernommen worden.

<sup>20)</sup> Im Or. handschriftl. unterstrichen.

<sup>21)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 75 f.: „Kaempf murmelt etwas von Asquiths Frage im Unterhaus über das Schicksal Belgiens und sprach auch etwas Unverständliches über die Stuttgarter Rede des Reichskanzlers, in der von der Teilung Elsaß-Lothringens die Rede war. — Es folgte nun eine unwesentliche Debatte über Elsaß-Lothringen, an der sich der Reichskanzler und Graf Lerchenfeld beteiligten.“ — Für die Stuttgarter Rede vgl. Schulthess 1917/I S. 793.

**Kanzler:** bereit, in neue Erwäg[un]gen betr. E[lsaß]-L[othringen] für Möglichkeit des Friedensschluss[es] — im Gange — nach allen Richt[un]gen noch offen —<sup>23)</sup>

**Graf Lerchenfeld:** noch offen — für Bayern eine deutsche Fr[a]ge — keine bayer[ische] — Bundesrat noch nicht befragt — deutsch bleibt, Weg der beste — stimmt betr[effend] Belgien zu — nicht vorzeitig — „Belgien wird wieder hergestellt.“ — sonst Schwäche —

**Scheidemann:** Belgien absolut notwendig, da sonst keine Brücke zum Frieden — (Asquith) Wenn Resolution „absolute Richtschnur“, dann alles bekannt, Belgien ist Faustpfand — sonst Triumph der Alldeutschen — Geduld ist fast zu Ende —<sup>24)</sup> Ausland glaubt, daß D[eu]tschland] zwi[e]g[e]s[i]cht[i]ge<sup>25)</sup> Politik treibe — Reichst[a]gsbeschluß muß hingewiesen werden —<sup>26)</sup>

Reichskanzler Dr. Michaelis erklärte, daß er zugesagt habe, in neue<sup>22)</sup> Erwägungen betr. die definitive Gestaltung der verfassungsrechtlichen Frage in Elsaß-Lothringen einzutreten, um die Möglichkeit des Friedensschlusses zu beschleunigen. Die Vorarbeiten seien im Gange, aber er habe sich nach allen Richtungen die Wege noch offen behalten.<sup>23)</sup>

Bayer. Gesandter Graf von Lerchenfeld knüpfte an letzteres an und betonte: für Bayern sei die elsass-lothringische Frage eine deutsche Frage, keine bayerische. Der Bundesrat sei noch nicht gefragt worden. Der beste Weg der Lösung der elsass-lothringischen Frage sei der, daß das Land deutsch bleibe. Was die Aufnahme eines Passus über Belgien betrifft, so sei er mit der Regierung einig; man dürfe nicht zu vorzeitig öffentlich Stellung nehmen, denn es sei doch klar, daß Belgien wieder hergestellt werden müsse.

Abg. Scheidemann (Soz.) hält eine Erklärung über Belgien in der Note für absolut notwendig, da sonst keine Brücke zum Frieden geschlagen würde. Wenn die Reichstagsresolution „absolute Richtschnur“ sein müsse, sei doch aller Welt bekannt, was Deutschland mit Belgien vorhabe. Enthält die Antwort über Belgien nichts, so würden die Alldeutschen dies als einen Triumph ihrer Politik ansehen und das würde die Geduld der weitesten Kreise auf eine harte Probe stellen.<sup>26)</sup>

<sup>22)</sup> Eigenhändig berichtet aus: „definitive“.

<sup>23)</sup> Vgl. Nr. 34 bes. auch Anm. 19.

<sup>24)</sup> Hinter dem Gedankenstrich im Or. gestr.: „Stimmung im He[er]“.

<sup>25)</sup> „zwiegesichtige“ unsicher.

<sup>26)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 76: „Scheidemann trat energisch für die Erwähnung Belgiens ein und führte alle Gründe an, die seiner Überzeugung nach eine bestimmte Erklärung verlangen. Die Gründe, die der Staatssekretär heute gegen die Erwähnung Belgiens angeführt habe, seien nicht durchschlagend. Wenn er andere Gründe, die uns vielleicht überzeugen könnten, habe, so müsse er sie sagen. (Ich hoffte, ihn damit herauszulocken.)“ Der folgende Absatz lehnt sich eng an die entsprechende Partie im „Zusammenbruch“ S. 113, die Scheidemann als „wörtlich nach meinen Aufzeichnungen“ bezeichnet, an: „v. Kühlmann schwieg sich aber aus, weil er längst gemerkt hatte, daß er die Mehrheit des Ausschusses schon gewonnen hatte. Ich schloß mit der Bemerkung, daß wir auf Beachtung unserer Wünsche im Siebenerausschuß dringen müßten; wir legten keinen Wert darauf, die Verantwortung mit zu tragen für Entscheidungen, auf die wir dort keinen ausschlaggebenden Einfluß gehabt hätten.“

**Fehrenbach:** ist mit allgemeinen Ausfüh[r]un[g]e[n] einverstanden — Belgien: zufrieden mit Kühlmann, — da neues Schreiben Kurie<sup>16)</sup> vorliegt — Kernpunkt sei, daß bet[reffend] Belgien Übereinsti[mmun]g zwischen Regierung und Reichst[a]gsmehrheit.<sup>27)</sup>

**Kanzler:** belgische F[ra]ge klargestellt — daß für Belg[ien] R[e]g[lieru]n[g] Übereinstimmung mit der Mehrheit des Reichst[a]gs handeln, Wege der Regie[r]un[g] überlassen —<sup>28)</sup>

**Stresemann:** mit Ton einverstanden — Belgien soll nicht in Antwort behandelt werden — Schreiben der Kurie<sup>16)</sup> — stärker Beto[nu]ng der Volksvertre[t]un[g]<sup>29)</sup>

**Payer:** würdigen Ton gehalten — Lärm der Alldeutschen sei sicher — Über Belgien nunmehr Einig[ei]t zwischen R[e]gie[r]un[g] und Reichst[a]g / Wenn nichts gesagt, dann Verstimmung über Belgien

**Abg. Fehrenbach (Zentr.)** ist mit dem allgemeinen Ton der Antwortnote zufrieden. Nach dem von der Kurie eingegangenen Schreiben<sup>16)</sup> sei die Stellungnahme bezüglich Belgiens sehr erleichtert; man könne jetzt darüber schweigen. Wichtig sei, daß in der belgischen Frage volle Übereinstimmung zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit bestehe. — Der Reichskanzler möge dies auch seinerseits bestätigen.<sup>27)</sup>

**Reichskanzler Dr. Michaelis:** Die belgische Frage sei nunmehr endgültig klargestellt. Zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit bestehe hierin volle Übereinstimmung. Man möge es aber der Regierung überlassen, welche Methode der Weiterbehandlung sie für richtig halte.<sup>28)</sup>

**Abg. Stresemann (natl.)** ist mit dem Grundgedanken der Note einverstanden. Es sei nicht notwendig, jetzt über Belgien etwas zu sagen, nachdem das vertrauliche Schreiben des Kardinalstaatssekretärs eingegangen sei.<sup>16)</sup> Wohl möchte er stärker betonen die Mitarbeit der Volksvertretung an der Note.<sup>29)</sup>

**Abg. von Payer (Volkspart[ei]):** Die Antwort sei in einem durchaus würdigen Ton gehalten. Wenn über Belgien nichts aufgenommen würde, so sei der Lärm der Alldeutschen groß, denn die Öffentlich-

<sup>27)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 113: „Fehrenbach machte sofort große Konzessionen . . . Er unterstützte aber den von mir ausgesprochenen Wunsch, daß in präziser Wendung auf die Stellungnahme der Mehrheit des Reichstags Bezug genommen werde. Dadurch könnten wohl auch die sozialistischen Bemerkungen des Anscheins alldeutscher Erfolge beseitigt werden . . .“

<sup>28)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 76: „Der Reichskanzler: ‚Er sei sich vollkommen einig mit v. Kühlmann, daß die belgische Frage klargestellt werden muß. Zweifelhaft aber sei es, ob das in der Antwort auf die Papstnote geschehen könne.‘“

<sup>29)</sup> Scheidemann, Memoiren II S. 76 f. hält fest: „Stresemann kommt auf die Flamenfrage zurück und wünscht zu wissen, ob Michaelis der gleichen Meinung wie Bethmann Hollweg sei. (Michaelis hat auf diese Frage keinerlei Antwort gegeben.) Die Regelung der Flamenfrage stehe seines Erachtens nicht im Widerspruch zu den Beschlüssen vom 19. Juli.“ Vgl. Westarp II S. 536 f.: „Stresemann fragte, ob die Zusicherungen an die vlämische Bewegung noch beständen und meinte, wenn die belgische Frage erwähnt werde, müßten sie aufrechterhalten werden.“

im Volke — Reichstagsresolution soll erwähnt werden —<sup>30)</sup>

**Erzberger:** Ton sehr gut — Belgien materiell ganz einig / wichtigste Kundgeb[un]g der R[e]gier[un]g / formell muß Regier[un]g Freiheit haben, zumal Kurie vertrauliche Anfrage richtete. Reichst[a]gs-Resolution muß stärker betont werden<sup>32)</sup> — Reichst[a]g könne sprechen / Antwort<sup>33)</sup> zustimmen im S[e]pt[ember], dann sei aller Welt klar —<sup>34)</sup>

keit erfahre ja nicht, daß die Einigung zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit da sei. Die Verstimmung innerhalb des deutschen Volkes werde immer größer. Die Reichstagsresolution vom 19. Juli müßte unter allen Umständen in der Antwort erwähnt werden.<sup>30)</sup>

**Abg. Erzberger (Zentr.):** Gedankengang und Ton der gesamten Antwortnote seien ausgezeichnet. Die wichtigste Förderung des Friedens habe die Deutsche Regierung durch die heute erfolgte Note und die Erklärung über Belgien<sup>31)</sup> unternommen. Da in der belgischen Frage die Reichstagsresolution absolute Richtschnur sei, so herrsche zwischen der Mehrheit des Reichstages und der Regierung volle Übereinstimmung. Was die formelle Behandlung der belgischen Frage in der Note betreffe, so müsse die Regierung volle Freiheit haben, zumal nach der vertraulichen Anfrage der Kurie. Die Reichstagsresolution müsse allerdings in der Antwort zustimmend erwähnt werden.<sup>32)</sup> Wenn man Bedenken habe, daß durch das Schweigen über Belgien die Annexionisten

<sup>30)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 77: „v. Payer: ‚Die Alldeutschen werden kaum zufrieden sein mit der Note. Daß sechs von den sieben Ausschußmitgliedern die belgische Forderung stellten, hatte seine guten Gründe! . . . Es wird alles von der Bevölkerung erwartet. Sonst schein eine große Verstimmung im Volke sicher zu sein. Freilich komme es darauf an, wie man Belgien erwähnte. Wenn man beispielsweise sagt, unter Berufung auf die Reichstagsresolution vom 17. Juli, das gilt auch für Belgien, so habe man wohl alles getan, was man zur Zeit zu sagen braucht.‘ Er unterstreicht als eine wertvolle Erklärung die Worte von Kühlmann: ‚Die Reichstagsresolution vom 19. Juli gilt der Regierung als absolute Richtschnur.‘“

<sup>31)</sup> „und die Erklärung über Belgien“ eigenhändig von Erzberger eingefügt.

<sup>32)</sup> Vgl. Erzberger S. 279.

<sup>33)</sup> Im Or. zuerst „Beschuß“; gestrichen und durch „Antwort“ ersetzt.

<sup>34)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 113: „Erzberger: Ich halte die Erklärung, daß die Resolution absolute Richtschnur für die Regierung sei, für die ernstvollste, die seit drei Jahren abgegeben wurde. Vor zehn Tagen sei das Verlangen, eine öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben, berechtigt gewesen, heute nicht mehr.“ Die Wiedergabe der Erzbergerschen Ausführungen in Scheidemanns Memoiren II S. 77 lehnt sich an diesen Wortlaut an, ist jedoch nicht in direkter Rede gehalten; statt „ernstvollste“: „wertvollste“. — Martin Spahn („Die päpstliche Friedensvermittlung“ S. 114 f.) glaubt aus der von Scheidemann referierten Bemerkung Erzbergers („vor zehn Tagen . . .“) entnehmen zu können, daß Erzberger nicht nur von dem Vorliegen des Pacellibriefes vom 30. 8. 1917 Kenntnis gehabt, sondern auch seinen genauen Inhalt gekannt habe. Selbst wenn das, was sich bisher nicht hat erhärten lassen, der Fall gewesen sein sollte, ändert das nichts daran, daß Erzberger fest mit einer befriedigenden vertraulichen Erklärung der deutschen Regierung über Belgien — als Ergänzung zu der offiziellen Antwort auf die Papstnote — gerechnet hat. Sonst wäre sein Taktieren im Siebenerausschuß und sein Verhalten in der Folgezeit (vgl. Erzberger S. 280, dazu auch die einschlägigen Dokumente im Nachlaß Erzberger) gar nicht zu verstehen.

**Ebert:** hält Antwort für sehr gut — Über Belgien müsse Klarheit gegeben werden, selbst auf Gefahr hin, daß über E[lsaß-]L[othringen]<sup>36)</sup> und Trentino etwas<sup>37)</sup> gesagt werden müsse — Regierung ist doch auch einig mit Belgien<sup>38)</sup> — Keine Antwort schadet im Innern und im Ausland — Kurie lege sicher auch hohen Wert auf Antwort über Belgien — Alldeutsche Treibereien auch im Heere schädigen unser Vaterland —<sup>39)</sup>

**Graf Westarp:** Ton keine Bedenken — Papstnote entspreche den deutschen Interessen nicht — hat Bedenken gegen Abrüstung — Belgien soll auch vertraulich nicht zu offen an die Kurie weiterg[e]g[e]ben werden — Resolution vom 19. Juli keine geeignete Unterlage betr. deutschen Ford[erun]gen über Belgien —<sup>41)</sup>

erfreut seien, so schlage er vor, daß der Reichstag nach seinem Zusammentritt [seine]<sup>35)</sup> Billigung zur Antwortnote der Regierung ausspreche. Die Mehrheitsparteien könnten dies klar tun und dann sehe alle Welt, wie die deutsche Regierung über Belgien denke.<sup>34)</sup>

**Abg. Ebert (Soz.):** Über Belgien müsse in der Note Klarheit geschaffen werden, denn ein Schweigen schadet im In- und Ausland. Die alldeutschen Treibereien gingen dann weiter und schädigten das deutsche Interesse.<sup>39)</sup>

**Abg. Graf Westarp (kons.):** Die Papstnote entspreche nicht den deutschen Interessen. Er habe Bedenken über den Passus wegen der Abrüstung. Über Belgien solle man auch nicht in vertraulicher Weise allzuviel an die Kurie weitergeben. Die Resolution vom 19. Juli bilde heute die geeignete Grundlage<sup>40)</sup> um die notwendigen deutschen Forderungen über Belgien durchzusetzen.<sup>41)</sup>

<sup>35)</sup> Im Or. statt „seine“: „und“. — Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob es sich um einen Konstruktionsfehler im Satzbau handelt, oder ob nach „Zusammentritt“ ein Teil des Satzes versehentlich ausgelassen worden ist.

<sup>36)</sup> „EL“ unsicher.

<sup>37)</sup> Die beiden letzten Worte unsicher.

<sup>38)</sup> „mit Belgien“ unsicher.

<sup>39)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 77: „Ebert verlangt Hinweis auf den 19. Juli in einer Form, die es leicht mache, unsere Stellungnahme Belgien gegenüber zu erkennen. Was der Papst über Belgien in seiner Note gesagt habe, sei durchaus verständlich. Er könne nicht zugeben, nach dem, was er heute hier gehört habe, daß die Sachlage eine andere sei als vor zehn Tagen. Das mindeste sei die von Scheidemann zuerst aufgestellte und dann von Payer bereits akzeptierte Form in Anlehnung an die Resolution vom 19. Juli. Dies gelte auch in bezug auf Belgien.“

<sup>40)</sup> S. dagegen Nr. 42a und Anm. 41.

<sup>41)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 77 f.: „v. Westarp: ‚Das endgültige Urteil müsse er sich vorbehalten, bis er die Note habe lesen können. Gegen den gesamten Ton habe er keine Bedenken. Wenn aber in der Antwortnote stehe, wie er glaube gehört zu haben, daß die Papstnote eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen sei, dann müsse er dem widersprechen. Er sehe in der Papstnote eine geeignete Grundlage, durch die deutsche Interessen gewahrt werden, nicht. Auch die Wendungen über die Rüstungsverständigung seien ihm sehr bedenklich. Selbstverständlich sei, daß die Regierung sogar erklärt habe, auch in bezug auf Belgien sei ihr die Resolution absolute Richtschnur. Für mich ist sie das nicht. Er müsse sich vorbehalten, gelegentlich öffentlich zu erklären, in welchen Punkten er die Antwort nicht habe gutheißen können.“

Gesandter von Nostitz stimmt zu, will auch nichts über Belgien sagen —

Gesandter von Eucken schließt sich dem an. Man muß auch den Reichst[a]gsbeschuß nicht anführen, — letzterer sei ein Internum.

**Scheidemann:** Die Papstnote müsse als geeignete Grundlage angesehen werden / Die Reichstagsresolution müsse erwähnt werden.<sup>42)</sup>

St[aats-]S[ekretär] **Kühlmann** rät dringendst ab, Belgien zu erwähnen — hier-[an] muß er festhalten. Belgien ist die Brücke zum Frieden, aber geben Sie Bewegungsfreiheit — Nur in der Fr[a]ge der Methode seien Differenzen — die Reichstagsresolution dagegen könne erwähnt

Sächsischer Gesandter von Nostitz stimmte dem Entwurf der Note zu und will auch über Belgien nichts in der Note gesagt haben.

Oldenburgischer Gesandter von Eucken schließt sich dem an. Man möge auch den Reichstagsbeschuß nicht in die Antwortnote aufnehmen, da sonst dieser Reichstagsbeschuß eine Art internationaler Aktion würde; heute sei er eine interne Aktion.

Abg. **Scheidemann** (Soz.) entgegnet Graf Westarp, daß die Papstnote gewiß eine geeignete Aktion für Herbeiführung des Friedens sei, aber die Reichstagsresolution müsse erwähnt werden.<sup>42)</sup>

Staatssekretär von Kühlmann riet dringend ab, Belgien in der Note zu erwähnen. Belgien sei zwar die Brücke zum Frieden, aber die Diplomatie müsse volle Bewegungsfreiheit haben. Die Reichstagsresolution zu erwähnen sei er bereit.<sup>43)</sup>

---

Einige Bundesratsmitglieder sprechen sich im Sinne Kühlmans aus.“ — Ferner Westarp II S. 536: „Ich bestritt, daß der Verzicht auf Belgien uns dem Frieden näher bringen werde. Die Bezeichnung Belgiens als Faustpfand habe doppelten Inhalt. Sie besage, daß man in dem Besitz des Pfandes bleiben wolle, solange die eigene Forderung nicht erfüllt ist, und sich daran schadlos halten werde, falls die Erfüllung endgültig nicht erfolgt. Man entwerfe aber selbst das Pfand, wenn man von vornherein betone, man werde es unter allen Umständen herausgeben, weil man sich grundsätzlich dazu verpflichtet fühle oder dem Besitz keinen Wert für das eigene Interesse beilege. Deshalb warne ich die Regierung, in den vertraulichen Mitteilungen, die sie in Aussicht genommen habe, zu weit zu gehen.“

<sup>42)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 78 f.: „Scheidemann: ‚Ich behalte mir auch noch einmal nachdrücklich vor, daß wir eine endgültige Entscheidung erst treffen können, wenn wir den Text vor Augen haben. v. Westarp habe gesagt, daß er sich vorbehalten müsse, öffentlich Stellung zu nehmen und daß er gegen eine Wendung sei in dem Sinne, daß die Antwort unter Mitwirkung des Ausschusses zustande gekommen sei. Das gehe nur, wenn Einstimmigkeit bestehe. Hier zeige es sich, wie falsch es sei, überhaupt Vertreter, die nicht auf dem Boden der Beschlüsse vom 19. Juli stehen, in diesen Ausschuß delegiert zu haben. Es sei ganz selbstverständlich, daß eine Einstimmigkeit dann niemals zu erzielen sei, wenn man in ein solches Gremium, das auf Grund eines bestimmten Programms arbeite, das auch für die Regierung absolute Richtschnur sei, Männer wähle, die dieses Programm ablehnen. Darüber müsse einmal Klarheit geschaffen werden, wie wir uns da verhalten sollen. Wenn die Antwort heute endgültig festgestellt werden soll, dann verlange er zunächst eine Erklärung der Regierung; sonst könnte er eine bestimmte Zusicherung nicht geben; halte es aber für möglich, daß wir unter Umständen öffentlich feststellen müßten, die Erklärung sei gegen unseren Widerspruch angenommen.““

<sup>43)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 79: „Kühlmann: ‚Es sei ungemein schwer, alle die Herren zu befriedigen. Leider könne er auch nicht auf die Anregungen von Payer eingehen, auch nur in kursorischer Weise über Belgien zu sprechen. Er wolle ausdrücklich feststellen: ich bin mit den Herren Ebert und Scheidemann sachlich durchaus einverstanden. Alles, was sie

werden, hierin könne er Entgegenkommen zeigen —<sup>43)</sup>

Auf Anfrage<sup>44)</sup> von Kaempff<sup>45)</sup> stellte St[aats-]Sek[retär] von Kühlmann fest, daß je nach der Gesamtsituation D[eutschland] dem Vatikan [über] wichtige vertrauliche<sup>46)</sup> Punkte Aufschluß gebe; in diesen Ford[erun]gen werde nichts lieg[e]n, was den Frieden verzöger[n] könnte —<sup>47)</sup>

Auf Anfrage<sup>44)</sup> von Reichstagspräsident Dr. Kaempff<sup>45)</sup> stellte Staatssekretär von Kühlmann fest, daß Deutschland dem Vatikan nicht nur in allgemeinen Wendungen sagen werde, daß die Resolution absolute Richtschnur für die Lösung der belgischen Frage sei, sondern daß sie dem Vatikan über alle wichtigen Punkte in der belgischen Frage Aufschluß geben werde. Unter dem, was Deutschland für Belgien fordern werde, ist nichts, was den Frieden irgendwie verzögern könnte.<sup>47)</sup>

materiell über Belgien gesagt haben, ist vollkommen richtig. Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und mir bestehen nur in bezug auf die Methoden. Es sei auch vollkommen richtig, wenn wir gesagt hätten, ohne Belgien keine Brücke zu den anderen. Aber das ist es ja gerade, worauf es ankomme. Diese Brücke wünsche er nicht zu zerschlagen. Deshalb bitte er dringend, nicht auf der Erwähnung Belgiens zu beharren. Wir sollten mehr Vertrauen zur Regierung haben. — (Scheidemann: „Das haben wir nicht.“)

Kühlmann: „Ja! So eng die Beziehungen zwischen der Regierung und dem Reichstag auch sein mögen, in der Methode müssen Sie der Regierung freie Hand lassen, sonst ist sie ja vollständig gelähmt.“

- <sup>44)</sup> Nach Scheidemann, Memoiren II S. 79 f., nahmen noch Payer, Stresemann, v. Westarp und Graf Lerchenfeld vor Kaempff das Wort: „v. Payer: „Ich hätte die Erwähnung Belgiens gewünscht, aber wenn Bezug genommen wird auf den 19. Juli, dann glaube ich, können auch die Sozialdemokraten ihre Bedenken fallenlassen und zustimmen. Wie soll verfahren werden nach dem Verhalten von v. Westarp, wenn wir nicht einstimmig sind? Es muß dann eine Form gefunden werden, in der von der Mitarbeit oder Fühlungnahme gesprochen wird und jedem einzelnen muß selbstverständlich das Recht zustehen, mindestens in den Fraktionen zu erklären, daß er gegen diesen oder jenen Beschluß gewesen sei.“

Stresemann stimmt dem zu.

v. Westarp erklärt noch einmal, daß er das Recht in Anspruch nehme, öffentlich zu erklären, wenn er in Einzelheiten nicht einverstanden sei.

Graf Lerchenfeld: „Wir haben doch keine Abstimmung hier. Die Regierung will aus der Aussprache nur möglichst genau erfahren, wie die Vertreter des Reichstages stehen. Wenn Erklärungen abgegeben werden sollten, so dürfte das auf keinen Fall geschehen in einer Form, die das Reich schädigen könne.“

— Vgl. auch Westarp II S. 537: „Auf Vorschlag v. Payers einigte man sich schließlich auf die Aufnahme des Satzes, „daß es der deutschen Regierung am Herzen liege, im Einklang mit der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.“ Stresemann und ich behielten uns vor, öffentlich bekanntzugeben, daß wir der Erwähnung der Friedensresolution in der Antwort an den Papst widersprochen hatten. Ich habe davon im Reichstag und in der Presse oft Gebrauch gemacht.“

— S. auch Anm. 48.

- <sup>45)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 80: „Kaempff: „Ich glaube, so resümieren zu können: die Reichsregierung will den Beschluß vom 19. Juli auch in bezug auf Belgien als absolute Richtschnur nehmen.““
- <sup>46)</sup> „vertrauliche“ unsicher.
- <sup>47)</sup> Die Antwort Kühlmanns fehlt bei Scheidemann, Memoiren II S. 80; er führt jedoch vor Michaelis noch Ebert als Sprecher an: „Ebert: „Bevor wir endgültig Stellung nehmen, noch eine Frage: Wir könnten uns vielleicht auf die Vorschläge Kühlmanns einlassen, wenn zugesagt wird, daß deutlich Bezug genommen wird auf die Friedensresolution vom 19. Juli.““

Kanzler: wird die Friedenskundg[e]b[un]g des Reichst[a]g[s] in die Antwort aufnehmen, aber nichts über Belgien<sup>48)</sup><sup>49)</sup>)

Reichskanzler Dr. Michaelis teilte als seinen Entschluß mit, daß er die Friedenskundgebung des Reichstages in die Antwort an den Papst aufnehmen werde, daß er dann aber über Belgien speziell nichts sagen werde.<sup>48)</sup>

Damit erklärte sich der Ausschuß einverstanden.<sup>49)</sup>

<sup>48)</sup> S. dazu die für die Haltung der Nationalliberalen aufschlußreichen Ausführungen Stresemanns in der Zentralvorstandssitzung der Nationalliberalen Partei am 23. 9. 1917 (nach dem Stenogramm der Verhandlungen, Nationalliberale Partei 155): „Die Papstnote ist in einer Weise beantwortet worden, die vielleicht Befremden erregt hat. Aber ich möchte dazu zweierlei Bemerkungen machen. Einmal steht heute in den Morgenzeitungen, sie sei in die Welt gegangen unter Zustimmung aller Fraktionen im Siebener-Ausschuß. Das ist ein Irrtum. Nachdem durch ein ganz unglückseliges taktisches Manöver des jetzigen Reichskanzlers der 19. Juli, der in dem Entwurf der Resolution nicht darin war, glücklich hineingebracht worden ist, und zwar in seinem eigenen Schlußwort, habe ich mich für verpflichtet gehalten, unter diesen Umständen auf Streichung des Satzes zu bestehen, daß diese Resolution in Übereinstimmung mit sämtlichen Vertretern der Parteien angenommen sei, und diesem Widerspruch hat sich Graf Westarp seinerseits angeschlossen. Ich bedauere außerordentlich, daß die Reichsregierung sich diese neue Vinkulierung selber auferlegt hat, nachdem es an sich gelungen war, eine Übereinstimmung sämtlicher Fraktionen über den übrigen Inhalt zu schaffen, ein Zeichen dafür, daß der neue Herr Reichskanzler in taktischer Beziehung bei der Behandlung des Parlaments sehr selten eine glückliche Hand bisher gezeigt hat.

Was über Abrüstung und Schiedsgerichte gesagt worden ist, ist in der Form, in der es gesagt worden ist, erträglich. Daran würde ich auch bitten, nichts zu kritisieren, wenn man einmal glaube, daß dadurch die Grundlage für Friedensverhandlungen gegeben ist. Der Satz: ‚soweit nicht Lebensbedingungen von Deutschland in Frage kommen‘ [sinngemäße, jedoch nicht wörtliche Zitierung der deutschen Antwortnote] deckt uns ja nach jeder Richtung, und da soll man auch nicht jedes Wort unter die kritische Lupe nehmen . . .

Bei den Verhandlungen über die Papstnote war es die sozialdemokratische Auffassung: Belgien und seine Preisgabe muß hinein. Daß wir uns dagegen wehrten, veranlaßte Zentrum und Fortschrittler, davon zurückzustehen, und so haben wir auf diesem Wege mehreres abgewehrt. Wir haben uns gesagt: Wir können, wenn einmal eine so starke Mehrheit besteht, nun nicht das Deutsche Reich in den nächsten Wochen einfach der Willkür einer solchen Mehrheit überlassen, ohne unseren Einfluß da geltend zu machen.“ — Vgl. auch Anm. 44.

<sup>49)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 80 f.: „Reichskanzler: ‚Ich darf wohl feststellen, daß im allgemeinen hier Ihre Zustimmung zu der Resolution zum Ausdruck gekommen ist. Es wird gewünscht, daß Bezug genommen wird auf die Friedensresolution des Reichstags. Damit sind wir einverstanden. Ich werde also eine entsprechende Wendung in die Antwort hineinarbeiten lassen. Belgien soll dann im speziellen nicht erwähnt werden. Dagegen wird gewünscht, daß festgestellt wird, die Antwort ist in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes verfaßt worden.‘ Damit ist man einverstanden.

Ebert und Scheidemann verabredeten mit Kühlmann, daß sie noch Einblick in die Note nehmen dürfen, bevor sie veröffentlicht wird, um feststellen zu können, ob die Erwähnung der Friedensresolution auch an geeigneter Stelle erfolgt.

v. Kühlmann bittet die beiden, sich mit Herrn v. Bergen, der der Redakteur der Note sei, in Verbindung zu setzen. —“

42c: Staatsarchiv Bremen, Berichte des Hansischen Gesandten in Berlin Dr. Sieveking (Nr. 294 vom 11. 9. 1917); im Wortlaut als Anlage 2 der ungedruckten Dissertation von Hoop beigegeben.<sup>1)</sup>

Streng vertraulich!

In der gestrigen Sitzung des freien Ausschusses beim Reichskanzler betonte **Kühlmann**, bevor er den Entwurf der Antwort auf die Papstnote vorlas, noch einmal mit Nachdruck, daß es von größtem Wert sei, wenn der Vierbund bei der Beantwortung der päpstlichen Note geschlossen auftrete, und sich den Gegnern unzweideutig als Koalition darstelle. Natürlich könne die Form nicht bei allen Antworten dieselbe sein. Der Sultan werde dem Papst anders schreiben als wir. Aber um so wichtiger sei es, daß sämtliche vier Antworten sich auf den gleichen Grundlinien bewegten, jede materielle Abweichung würde den Gegnern nur ein Zeichen von Uneinigkeit und Schwäche sein und ihnen neue Waffen gegen uns in die Hand geben. Man habe deshalb mit den Bundesgenossen, und zwar besonders eingehend mit Österreich-Ungarn verhandelt und erfreulicherweise völlige Übereinstimmung in bezug auf Grundsatz und Wortlaut der Antwortnoten erzielt. Österreich-Ungarn habe besonders warme Worte dafür gefunden, daß wir die von ihm entwickelten Gesichtspunkte gebührend berücksichtigt hätten. Ebenso sei die Türkei dankbar, daß wir ihren Wünschen hinsichtlich der Nichterwähnung der Freiheit der Meere Rechnung getragen hätten, und endlich habe Bulgarien rückhaltlose Zustimmung zu den Grundlinien erklärt.

Von den Gegnern habe bisher nur Amerika sich gerührt. Man dürfe die Zuversicht hegen, daß der amerikanische Versuch, einen Keil zwischen Regierung und Volk in Deutschland zu treiben, von vornherein zur Aussichtslosigkeit und zum Scheitern verurteilt sei und nur um so engeren Zusammenschluß zwischen beiden herbeiführen werde. Daß sich in England allmählich in der Stille ein Umschwung in der Stimmung vollziehe, könne dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen. Das ganze Verhalten der englischen Diplomatie, insbesondere die Geschäftigkeit des Gesandten beim Vatikan<sup>2)</sup>, lasse darauf schließen, daß der Vatikan den Schritt mit seiner Note jedenfalls nicht gegen Englands Willen getan habe. Es seien Anzeichen, allerdings vorläufig auch nicht mehr als Anzeichen dafür vorhanden, daß einflußreiche Kreise in England jetzt anders als noch vor kurzem zur Weltlage stehen und einen Vermittlungsfrieden, einen Frieden auf mittlerer Linie, nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Ob Lloyd George, Curzon<sup>3)</sup>, Milner<sup>4)</sup> und Genossen auf diesem Boden stehen, sei fraglich, aber gewisse Friedensströmungen seien in England unverkennbar. Bezeichnend dafür sei auch das scharfe Vorgehen der Regierung gegen die pazifistische Bewegung und die damit im Zusammenhang stehende Verurteilung Morels zu 6 Monaten Gefängnis.<sup>5)</sup> Aus Frankreich lauteten die Nachrichten allerdings sehr wenig

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 42a. b bes. auch Anm. 1.

<sup>2)</sup> John Francis Charles, Count De Salis.

<sup>3)</sup> George Nathaniel Curzon, Lord President of the Council von Dez. 1916—Jan. 1919.

<sup>4)</sup> Alfred Viscount Milner, Dez. 1916—April 1918 Minister ohne Geschäftsbereich, April 1918—Januar 1919 Kriegsminister. — Im Or. irrtümlich: „Millaer“.

<sup>5)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 335.

günstig. Alles weise dort auf eine schwere innerpolitische Krise hin, die im Scheitern des Ministeriums Ribot<sup>6)</sup> ihren Ausdruck finde. Allein Frankreich nehme gegenüber England nur eine sekundäre Stellung ein. Der englische Einfluß in Paris sei ungleich größer als umgekehrt der französische in London.

Der Entwurf habe zahlreiche Stellen durchlaufen und stelle in seiner jetzigen Gestalt ein mühsam zustande gekommenes Kompromiß dar. Es wäre deshalb lebhaft zu begrüßen, wenn etwa gewünschte Änderungen aufs sorgfältigste geprüft würden, denn auch die kleinste Änderung müsse wiederum die ganze Stufenleiter der Instanzen durchlaufen und könne dadurch die Antwort erheblich verzögern oder gar gefährden, andernfalls würde sie unverzüglich zur allerhöchsten Genehmigung vorgelegt werden.

Die Antwort<sup>7)</sup> ist an den Kardinal-Staatssekretär Gasparri gerichtet und verbreitet sich zunächst unter dem Ausdruck von Achtung und Dankbarkeit für die Bestrebungen der Kurie, die Leiden des Krieges zu mildern und die Völker einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, über die hierfür in der Papstnote aufgestellten Grundsätze und den kriegführenden Parteien gemachten Vorschläge. Sie weist darauf hin, daß die Regierung des Kaisers sich von Anfang an von denselben Grundsätzen und Bestrebungen habe leiten lassen, wie schon aus der Thronrede vom 25. Juni 1888 gleich nach der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. hervorgehe.<sup>8)</sup> Die Vorschläge des Papstes zur Herabminderung der Streitkräfte und pflichtgemäßen Aufrufung von Schiedsgerichten werden sympathisch begrüßt, dagegen wird auf Einzelheiten nicht eingegangen.

Kühlmann bemerkte hierzu, daß zwar in der letzten Sitzung vier oder fünf Mitglieder des Reichstages — ausgenommen war Graf Westarp, in gewissem Sinne auch Stresemann — gewünscht hätten, daß wenigstens unsere Stellung zur belgischen Frage näher gekennzeichnet würde, weil sie befürchteten, daß dies die einzige Möglichkeit wäre, um überhaupt zu Friedensverhandlungen zu kommen.<sup>9)</sup> Man habe diesen Wunsch besonders sorgfältig geprüft und eingehend erwogen, sei aber nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gekommen, daß ihm nicht stattgegeben werden solle. Zunächst hätten sämtliche Bundesgenossen sich dagegen ausgesprochen. Außerdem sei nichts weiter notwendig, als daß die Antwort den wesentlichen Zwecken genüge, die die Kurie mit ihrer Note im Auge gehabt hat. In dieser Beziehung seien wir vertraulich darüber unterrichtet, daß der Papst lediglich unter den kriegführenden Mächten eine Atmosphäre habe schaffen wollen, in der eine Annäherung der Kabinette und eine Erörterung der vorbereitenden Punkte für Friedensverhandlungen möglich sei. Mehr verlange die Note nicht.<sup>10)</sup> Außerdem sei es unvermeidlich, wenn man Belgien erwähne auch andere Punkte, z. B. Elsaß-Lothringen aufzunehmen. Österreich hätte sofort eine Verwahrung wegen des Trentino, die Hohe Pforte wegen Armeniens,

<sup>6)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 436 f.

<sup>7)</sup> S. Nr. 42a. b Anm. 10.

<sup>8)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 105 (VII. Legislaturperiode, IV. Session 1888/89, Bd. 1) S. 1 und Schulthess 1888 S. 98 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 40a. b.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 29 Anm. 9 und 11; Nr. 41 bes. auch Anm. 4; Nr. 42a. b bes. auch Anm. 18.

Bulgarien einen Vorbehalt bezüglich der Verteidigung aller bulgarischen Völker, verlangt. Dadurch wären sofort die Punkte, die trennend zwischen den Völkern stehen, hervorgehoben. Auch sei es praktisch unmöglich, hier die vier Bundesgenossen unter einen Hut zu bringen. Ohne Gebundenheit der Bundesgenossen habe sich kein Weg finden lassen. Eine solche vielfach verklausulierte Erklärung würde aber völlig unwirksam sein. Die Befürchtung der Gegner, wir könnten uns in Belgien einnisten, sei eine der wenigen diplomatischen Waffen, die wir in der Hand hätten, um unsere Kolonien und die Freiheit der hohen See, auch die von den Franzosen besetzten Teile des Elsaß wieder zu erlangen und uns vor der Abschnürung vom Überseehandel nach dem Frieden zu sichern. Die Gegner würden auch ohne weiteres die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen unterstützen. Durchschlagend für die Entschließung der Regierung sei deshalb gewesen, keine Karte vorzeitig aus der Hand zu geben. Lord Cecil<sup>11)</sup> habe gesagt, wir näherten uns der letzten Phase des Krieges. Er, der Staatssekretär, habe im Reichstagsausschuß seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß wir in das letzte Kriegsjahr eingetreten seien.<sup>12)</sup> Der Augenblick der Verhandlung rücke deshalb immer näher. Wir träten allmählich aus dem rudimentären Stadium öffentlicher Friedenskundgebungen in das Stadium diplomatischer Verhandlungen ein und da sei es nicht richtig, wenn man glaube, man rücke diese Verhandlungen in nebelhafte Ferne, wenn die belgische Frage nicht erwähnt würde. Die Kurie habe das auch nicht erwartet. Gasparri habe vielmehr den Kanzler vertraulich wissen lassen, er würde es begrüßen, wenn er in ebenso vertraulicher Form über unsere Absichten bezüglich Belgiens unterrichtet werden könne. Die Papstnote habe, wie die Kurie klar zu erkennen gab, schon ihre Früchte getragen. In gewissen Kreisen bei unseren Gegnern sei der Wunsch rege geworden zu erfahren, wie wir uns zu dem belgischen Problem stellten. Für die Kreise, die ein solches Verlangen zu erkennen gäben, bedeute das ein großes Wagnis; denn würde das bekannt, so würden die Kriegshetzer sofort wieder Oberwasser bekommen und der Faden, der sich eben anzuspinnen schien, wäre wieder zerschnitten. Die Ausführung des Staatssekretärs schien darauf hinzudeuten, daß die Wünsche aus dem gegnerischen Lager durch Vermittlung einer neutralen Macht zu unserer Kenntnis gelangt sind. Kühlmann betonte schließlich, daß der Reichskanzler sich bei der vertraulichen Beantwortung dieses Fühlers rückhaltlos auf den Boden der Reichstagsresolution stelle und diese zur unbedingten Richtschnur seiner Erklärung machen werde.

Präsident **Kaempf** wies darauf hin, daß Asquith kürzlich im Unterhause ausdrücklich erklärt habe, Deutschland solle sich klar über seine Kriegsziele in Belgien aussprechen.<sup>13)</sup> Er fragte ferner, ob der Kanzler tatsächlich, wie die Zeitungen meldeten, die Umwandlung Elsaß-Lothringens in einen Bundesstaat bestimmt in Aussicht gestellt habe.<sup>14)</sup>

<sup>11)</sup> Lord Robert Cecil, engl. Blockademinister von Dez. 1916—Jan. 1919.

<sup>12)</sup> Vgl. HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917.

<sup>13)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 316.

<sup>14)</sup> S. Nr. 42a. b Anm. 21.

Der **Kanzler** erwiderte darauf<sup>15)</sup>, daß die elsäß-lothringische Frage unzweifelhaft für den Friedensschluß von großer Bedeutung sei und daß er sich deren Lösung besonders angelegen sein lasse. Er habe aber lediglich den Pressevertretern erklärt, daß über die Frage eingehend verhandelt werde. Dagegen habe er nicht gesagt, daß die Lösung auf die Schaffung eines selbständigen Bundesstaates gestellt sei. Die Frage sei vielmehr noch offen.

Das gab **Graf Lerchenfeld** Veranlassung zu erklären, daß die elsäß-lothringische Frage für Bayern ausschließlich eine deutsche Frage, aber nicht eine spezifisch bayrische sei. Bayern wolle kein Geschenk vom Deutschen Reich. Elsaß-Lothringen sei deutsch und bleibe deutsch. Wie das am besten zu erreichen sei, müsse die Zukunft lehren. Bayern nehme an den Verhandlungen nur im Rahmen der Reichsinteressen teil. Im übrigen erklärte Lerchenfeld, der zu der Sitzung aus seinem Urlaub herübergekommen war, daß er ursprünglich auch gemeint habe, man könne nicht umhin, Belgien in der Antwort an den Papst zu erwähnen. Er habe sich aber nach näherer Überlegung davon überzeugt, daß wir damit eine wertvolle Karte aus der Hand geben würden, was uns nur als Schwäche gedeutet werden könnte, und er könne deshalb die Entschlüsse der Reichsleitung nur vollkommen billigen.

Dieser Auffassung schlossen sich in mehr oder weniger ausführlicher Darlegung **Fehrenbach, Payer, Stresemann, Erzberger** und **Westarp** an. **Scheidemann** und **Ebert** versuchten, ihren entgegengesetzten Standpunkt weiter zu verteidigen, indem sie namentlich auf die Entwicklung im Innern hinwiesen. Die Volkstimmung sei gegenwärtig so trübe bei uns, daß schwere Unruhen zu befürchten wären, wenn wir nicht endlich bestimmt zur belgischen Frage Stellung nähmen. Außerdem wünschten sie, zumal die Regierung im Auslande wenig Vertrauen genieße, daß sie sich in der Antwort unzweideutig auf den Boden der Reichstagsresolution stelle.

Die **Regierung** wies darauf hin, daß in der Antwort von einer Fühlung zwischen Regierung und Volksvertretung die Rede sei, und das wurde schließlich als ausreichend anerkannt<sup>16)</sup>, besonders da **Westarp** und **Stresemann** erklärten, daß sie und ihre Parteien eben nicht auf dem Boden der Reichstagsresolution ständen. Der **Kanzler** dankte schließlich der Versammlung für ihre Mitarbeit und erklärte ihre Aufgabe für erfüllt, behielt sich aber vor, sie auf Wunsch bei weiteren wichtigen Fragen wieder einzuberufen.

<sup>15)</sup> „Der Kanzler erwiderte darauf“ bei Hoop ausgelassen.

<sup>16)</sup> S. dagegen Nr. 42a .b bes. auch Anm. 48 und 49.

42d: DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei 2447, Maschinenschrift mit handschriftlichen Einschüben. Überschrift: „Sitzung des Freien Ausschusses im Reichskanzlerpalais am 10. September 1917, Nachm. 4 Uhr.“<sup>1)</sup>)

Anwesend:

Der Herr Reichskanzler,	}	Mitgl. des Reichstags <sup>2)</sup> )
Abgeordneter Ebert,		
„ Scheidemann,		
„ Fehrenbach,		
„ Erzberger,		
„ von Payer,		
„ Dr. Stresemann,	}	Mitgl. des Bundesrats <sup>2)</sup> )
„ Graf v. Westarp,		
Bevollmächtigter zum Bundesrat Graf Lerchenfeld		
„ von Nostitz-Drzewiecki,		
Militärbevollmächtigter Generalmajor Faber du Faur,		
Bevollmächtigter z. Bundesrat v. Brandenstein,		
„ v. Eucken-Addenhausen,	}	
„ Boden,		
„ Dr. Sieveking,		

Außerdem:<sup>3)</sup>)

Staatssekretär v. Kühlmann,  
 Unterstaatssekr. Wallraf,  
 Präsident des Reichstags Dr. Kaempf,  
 Unterstaatssekr. v. Graevenitz,  
 Oberst v. Winterfeldt,  
 Leg. Sekr. v. Prittwitz.

**R[eichs]k[anzler]:** Verhandlungen mit verbündeten Regierungen abgeschlossen.

**Kühlmann:** Entwurf der Note fertig. Besonderes Interesse Österreichs an der Note als katholische Großmacht. Rückhaltlose Zustimmung der Österreicher. Bulgarien und Türkei ebenfalls zustimmend.

Gegner: Antwort hat bisher nur Amerika gegeben. Einigkeit in Deutschland erforderlich.

England. Verhalten des englischen Gesandten am Vatikan<sup>4)</sup>) beweist, daß der Schritt des Papstes nicht gegen englischen Willen erfolgt. Es sind Anzeichen vorhanden, daß heute in England einflußreiche Kreise Vermittlungsfrieden nicht mehr so wie früher von der Hand weisen. Verurteilung Morels<sup>5)</sup>) bezeichnend. Frankreich. Sekundäre Rolle in der Entente.

<sup>1)</sup> „Nachm. 4 Uhr“ handschriftlich angefügt.

<sup>2)</sup> Diese drei Worte sowie die vorstehende Klammer handschriftlich nachgetragen.

<sup>3)</sup> Dieses Wort handschriftlich eingefügt.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 42c Anm. 2.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 42c Anm. 5.

Text der Note wird vorgelesen.<sup>6)</sup>

Einzelheiten sind nicht berührt:

1. weil Bundesgenossen es so wünschen,

2. weil eine Note erforderlich ist, die den wesentlichen Zwecken<sup>3)</sup> der Kurie entspricht, d. i. die richtige Atmosphäre zu schaffen.

Durch Erwähnung von Einzelheiten wäre gerade das trennende Moment erneut in den Vordergrund getreten.

Wenn diese Punkte 1) und 2) nicht vorlägen, würde doch Erwähnung einzelner Fragen nicht praktisch sein.

Belgien: Die Gegner befürchten, daß wir uns dort festsetzen könnten, das ist eine Waffe für uns: die anderen haben einen Teil von Elsaß, Kolonien, Wirtschaftspläne, Unterstützung der französischen Ansprüche.

Wenn wir offiziell heute erklären, daß wir Belgien hergeben, haben wir am Friedentisch keine Karten mehr.

Gegenbemerkung: Wenn wir Belgien nicht erwähnen, Friede in weiter Ferne. — Nein. Kurie erwartet nicht, daß wir uns über Belgien offiziell äußern. Kurie hat uns zu erkennen gegeben, daß auch bei einem unserer Gegner Neigung festgestellt, zu ermitteln, wie wir uns zur belgischen Frage stellen. Bitte um Vertrauen. Man kann in diesem vertrauten Kreise nicht alles besprechen.

Die Reichstagsresolution wird uns bei Behandlung der belgischen Frage auf dem angedeuteten Wege leiten.

**Kaempf:** Beantwortung der Papstnote durch allgemeine Formeln, die das letzte Mal gewünscht, im Entwurf berücksichtigt.

Belgien: Erschrocken über die Angaben in den Zeitungen über Belgien. erinnert an die Asquith'sche Frage über Belgien. Wie soll der Faden angesponnen<sup>7)</sup> werden mit der Kurie?

Grundlagen der Verhandlungen?

Elsaß-Lothring. Frage. Wie steht der Fall?

**R[eichs]k[anzler]:** Ich habe in der letzten Sitzung noch nicht gesagt, daß meine Erwägung wegen Elsaß-Lothringen abgeschlossen sei.

**Lerchenfeld:** Elsaß-Lothringen ist für Bayern eine deutsche Frage. Ich habe zuerst<sup>8)</sup> auch gedacht man müsse vielleicht über Belgien etwas sagen. Aber jetzt stimme ich dem Staatssekretär zu.

**Scheidemann:** Wir müssen bei unserem Verlangen beharren, daß Belgien erwähnt werden muß.

Wir geben uns keine Waffe mit einer solchen Erklärung aus der Hand. Die Regierung kann den ausgesprochenen Wunsch nicht unberücksichtigt lassen. Man wird das Nichterwähnen Belgiens als ein Nachgeben gegen eine bestimmte Richtung innerhalb Deutschlands auslegen. Mißtrauen wird Folge sein.

<sup>6)</sup> Neben dieser Zeile, die handschriftlich eingefügt ist, findet sich am linken Seitenrand die handschriftliche Bemerkung: „Ist noch beizufügen / anheften!“ — Der beigefügte Text der Antwortnote entspricht mit Ausnahme von 2 unbedeutenden stilistischen Veränderungen dem Abdruck bei Schulthess 1917/I S. 801 f.

<sup>7)</sup> „Faden angesponnen“ handschriftlich berichtet aus: „Frieden“.

<sup>8)</sup> „zuerst“ handschriftlich berichtet aus: „das letzte Mal“.

Österreich steht vor dem Zusammenbruch.

In der Note sollte auf den Reichstagsbeschluß verwiesen werden.

Auch diese Note Werk von Regierung und Volksvertretung, sollte erwähnt werden.

**Fehrenbach:** Einverständnis mit Ton und Ausführungen der Note. Streitfrage nur: Sollen wir Belgien erwähnen. Man wollte Belgien erwähnen, sagte man neulich[:]<sup>9)</sup>

1) ohne diesen Punkt bringt man die Feinde nicht an den Beratungstisch,  
2) durch Belgiens Hervorhebung wollte man die Übereinstimmung von Regierung und Volksvertretung in den Kriegszielen dokumentieren.

Neigt Kühlmanns Ansicht zu bei aller [Würdigung]<sup>10)</sup> Scheidemanns.

Wir wollen dem Staatssekretär seine Aufgabe nicht erschweren.

Frage: Wird es ohne Belgiens Erwähnung nicht gelingen, unsere Feinde an den Friedentisch zu bringen.

Vielleicht II. Schriftstück wegen Belgien an Kurie, das nicht veröffentlicht wird. Feststellung der Übereinstimmung der Reichsregierung mit Volksvertretung hinsichtlich Belgiens.

Ev. einverstanden, daß Belgien nicht erwähnt. Aber es muß erwähnt werden, daß Regierung mit Volksvertretung übereinstimmt, betreffend Resolution vom 19. Juli. Dies vielleicht Weg zur Einigung.

**R[eichs]k[anzler]:** Belgien muß klargestellt werden. Erwähnen? Nein. Aber wir müssen uns hinsichtlich Belgiens äußern, daß wir mit Reichstagsmehrheit einig. Aber nicht auf diese Weise. Das muß dem Staatssekretär überlassen werden, freie Hand zu haben.<sup>11)</sup>

**Stresemann:** Mit Note in ihrer Formulierung einverstanden.

Belgien: R[eichs]k[anzler] soll mitteilen, wie er zur flämischen Frage steht. Erwähnung in Note?

Unterstützt Kühlmann. Asquiths Frage<sup>12)</sup> vielleicht nur gestellt<sup>13)</sup>, um Englands Position zu erleichtern.

Wir müssen auf unsere Bundesgenossen Rücksicht nehmen. Einverständnis zwischen Regierung und Parlament muß zum Ausdruck kommen.

**Payer:** Keine Einwendung gegen Notentext.

Belgien: Es besteht im Lande eine große Unsicherheit überall über das, was wir in Belgien wollen. Zügellose Agitation der Alldeutschen, die an Boden gewinnt, weil man nicht weiß, was die Regierung will.

Wenn Belgien nicht erwähnt, Mißstimmung. Man wird denken, daß Unklarheit über Kriegsziele fortbesteht.

Einverständnis, daß man keinesfalls auf Details in belgischer Frage eingehen könnte.

<sup>9)</sup> Am 28. 8. 1917; vgl. Nr. 40a—c.

<sup>10)</sup> Im Or. versehentlich: „Würde“.

<sup>11)</sup> Der hieran anschließende Satz „Es soll zum Ausdruck kommen, daß in Note zum Ausdruck kommt, daß Regierung mit Mehrheit übereinstimmt“ handschriftlich gestrichen.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 40c Anm. 11.

<sup>13)</sup> „nur gestellt“ handschriftlich berichtigt aus: „um“.

Allgemeine Erwähnung?

Empfehle Bezugnahme auf Reichstagsresolution incl. Belgien.

Materielles Einverständnis über Belgien.

Zwist formeller Art: Er sieht keine Vinkulierung der Regierung in der Erwähnung Belgiens.

Notwendig: Hinweis auf Mitarbeit des Reichstags bei Antwortnote.

**Erzberger:** Allgemeiner Ton gut.

Belgien: Erklärung der Regierung über Belgien ist ein Gewinn. Soll das öffentlich bekannt sein? Nein, wegen der vertraulichen Anfrage durch vertrauliche Antwort keine innerpolitischen Gründe maßgebend.

Erwähnung der Mitarbeit der Volksvertretung bei Note genügt im Text. Resolution des 19. Juli soll erwähnt werden in irgend einer kurzen Form.

**Ebert:** Wunsch nach Vorlage von Texten, Reichstagsresolution muß hinein. Wichtigkeit der belgischen Frage. Wenn über Belgien Klarheit geschaffen wird, evtl. auch Wiederholung unserer Stellung wegen Elsaß-Lothringen. Kein Trumpf wird aus der Hand gegeben.

Asquithsche Frage.<sup>12)</sup> Wirkung einer Erklärung über Belgien im Inland und Ausland. Wir leisten der englischen Friedensströmung eine größere Kraft durch Klarheit über Belgien. Wir versteifen uns nicht durch die Form. Vorschlag Payer wird unterstützt.

Kenntnis des Wortlauts der Äußerung der Kurie.

Böse Stimmung im Innern. Unser Volk muß Sicherheit haben, daß auch die deutsche Regierung keine Verantwortung für Fortsetzung (Alldeutsche Treiberei, auch im Heer, bedenklich!) des Krieges trifft.

**Westarp:** Heute kein endgültiges Urteil, weil Note nur vorgelesen. Keine Bedenken gegen Ton. Abrüstungsfrage. Soll sie Gegenstand der Friedensverhandlungen sein. Bedenken dagegen.

Belgien: Verweist auf letzte Sitzung. Keine Erwähnung einzelner Punkte.

Wunsch: Karte Belgien auch der Kurie gegenüber nicht leicht ausspielen. „Ich sehe in der Resolution von 19. Juli keine geeignete Grundlage für Belgien.“

Allerdings auch hier keine Klärung der Details.

Keine Bezugnahme auf die Resolution in der Note.

Mitarbeit des Ausschusses zu erwähnen nur insoweit möglich, insoweit Einigkeit im Ausschuß vorhanden.

Stimmung im Lande: Ebert und Scheidemann stimmt nicht.<sup>14)</sup>

**Nostitz:** Allgemeiner Ton der Note einverstanden. Verbündete sind wichtig. Keine Karten aus der Hand geben.

Nichterwähnung Belgiens hindert nicht Friedentisch.

Asquith Frage kein Gewicht.

**v. Eucken:** Erwähnung der Reichstagsentschließung involviert, daß die Zustimmung der Regierung zur Resolution kein Internum mehr bleibt.<sup>15)</sup>

<sup>14)</sup> Zu interpretieren: die Mitteilungen Eberts und Scheidemanns über die Stimmung im Lande stimmen nicht.

<sup>15)</sup> „bleibt“ handschriftlich verbessert aus: „bleibe“.

**Scheidemann:** Wir können uns nur mit Vorbehalt äußern, da der Text nicht vorhanden. Der Vorschlag Payer ist unser Minimum (Bezugnahme auf Resolution auch soweit Belgien in Betracht kommt).

„Mitarbeits“-Erklärung? Ist das möglich, wenn keine Einstimmigkeit? Ist die heutige Sitzung definitiv?

**Kühlmann:** Schwierigkeit der Vervielfältigung des Entwurfs wegen Geheimhaltung.

**Wünsche:** I. Belgien soll erwähnt werden. Erwähnung empfiehlt sich nicht, auch nicht Vorschlag Payer. (Dies nicht ausreichend.)

Die belgische Frage ist die Brücke. Gerade deswegen keine Erwähnung. Materiell: mit Scheidemann einverstanden.

Methode: Scheidemann hat Unrecht.

Bewegungsfreiheit — ebenso wie Gegner (Balfour!). Es gibt Perioden der Annäherung. Es war eine öffentliche. Es kommt eine vertrauliche.

Das Parlament darf nicht in die Details der Exekutive eingreifen.

II. Es kann der Wunsch hinsichtlich der Mitarbeit des Reichstags erfüllt werden.

**Payer:** Verteilung und Einziehung der Texte beim Ausschuß.<sup>16)</sup>

**Belgien:** Bezugnahme auf die Friedensresolution genügt; es kann dann kein Zweifel über Belgien bestehen. Diese Konzession genügt.

**Mitarbeit:** Innerhalb der Fraktionen muß man erklären können, daß man dem oder jenem nicht zugestimmt habe.

**Stresemann:** Mehrheit dafür, daß Belgien nicht erwähnt. Mitarbeit hat auf alle Fälle stattgefunden, auch wenn einige Anwesende nicht zustimmen.

**Westarp:** Vorbehalt.<sup>17)</sup> Stresemann muß sich erweitern. Man muß auch öffentlich sagen können, daß man nicht einverstanden.

**Lerchenfeld:** Charakter der Versammlung: Wir können nicht abstimmen. Kein Protokoll. Es darf nichts<sup>18)</sup> in die Öffentlichkeit dringen was Deutschland schadet.

**Kaempff:** Resultat:

I. Regierung gewillt, die Resolution als Richtschnur zu nehmen.

II. Dies nicht noch äußern.

**Kühlmann:** (auf Frage Kaempff).

In Äußerungen zu Vatikan können wir auch materiell uns über Belgien auslassen, dann werden auch Gegner sich ein Bild machen.

**Kaempff:** Ist bekannt, daß die vertraulichen Bedingungen an Wilson Folgen gehabt haben?

**Kühlmann:** Nein.

**Ebert:** Nicht einverstanden mit den taktischen Erwägungen über Belgien. Verständigungsmöglichkeit über Redaktion.<sup>19)</sup>

<sup>16)</sup> Bezieht sich auf die Vervielfältigung des Entwurfs der Antwortnote.

<sup>17)</sup> Hinter „Vorbehalt“ handschriftlich gestrichen: „Westarp“.

<sup>18)</sup> Handschriftlich berichtigt aus: „nicht“.

<sup>19)</sup> Der letzte Satz handschriftlich eingefügt. Der danach folgende Satz „Wenn erklärt wird, daß Reichstagsmehrheit“ handschriftlich gestrichen.

**R[eichs]k[anzler]:**

I. Zustimmung zum Notentext.

II. Wunsch: Erwähnung der Friedenskundgebung des Reichstags. — Ja.<sup>20)</sup>

III. Erwähnung Belgiens will ich Sr. Majestät nicht vorlegen.

IV. Mitarbeit-Erwähnung, die Form die im Entwurf [des] Staatss[e]kr[etärs] vorliegt,<sup>21)</sup> genügt vielleicht.

V. Das Recht, hinterher Stellung zu nehmen für die, die nicht zustimmen, selbstverständlich.

**Stresemann:** Mitteilung über den Ausschuß in Nord. Allg. Zeitung.

Zugesagt.

<sup>20)</sup> In einer Niederschrift Westarps über eine Besprechung mit Stresemann am 21. 9. (Westarp II S. 490) heißt es, Stresemann habe seine Fühlung mit den Mehrheitsparteien als „sehr mangelhaft“ bezeichnet; „allerdings suche er [Stresemann] gelegentlich den Verkehr mit Erzberger, um von ihm Nachrichten zu erhalten.“ Nach den weiteren Ausführungen Stresemanns habe es Erzberger scharf kritisiert, daß Michaelis und Kühlmann „die Erwähnung der Friedensresolution in der Antwortnote an den Papst bei der Sitzung des Siebener-Ausschusses sofort und ohne Notwendigkeit konzediert hätten.“

<sup>21)</sup> „im Entwurf [des] Staatss[e]kr[etärs]“ handschriftlich eingefügt.

## 43.

**25. 9. 1917: Besprechung mit den Parteiführern beim Reichskanzler**

43a: DZA Potsdam, Akten der Reichskanzlei 2447, Maschinenschrift mit handschriftlichen Einschüben. Überschrift: „Besprechung mit den Parteiführern am 25. September 1917, 5 ½ p. m.“<sup>1)</sup>

## Anwesend:

Der Reichskanzler	Abg. Giesberts
Exzellenz Helfferich	„ Fehrenbach
„ Graf v. Roedern	„ Erzberger
„ v. Kühlmann	„ Trimborn
„ Wallraf	„ Scheidemann
von Winterfeldt <sup>2)</sup>	„ Ebert
[Unter-]St[aats-]S[ekretär] v. Graevenitz	„ Frhr. v. Schele
Landrat Frhr. v. Braun	„ v. Trampczynski
Abg. Graf Westarp	„ Hauß
„ Dr. Roesicke	„ Herold
„ Exz. v. Payer	„ Warmuth
„ Fischbeck	„ Seyda
„ Prinz Carolath	Präsident Exz. Kaempf
„ Dr. Junck	Vize-Präs. Dove
„ Dr. Stresemann	Leg. Sekr. v. Prittwitz <sup>2)</sup>
„ List	

<sup>1)</sup> Die Zeitangabe „5 ½ p.m.“ handschriftlich angefügt.

<sup>2)</sup> Diese Zeile handschriftlich eingefügt.

**Der Reichskanzler:** Bericht der O.H.L. (vorgelesen).<sup>3)</sup> Äußere Politik erübrigt sich heute. Staatssekretär oder Reichskanzler werden im Ausschuß darüber sprechen.<sup>4)</sup> Über die Frage der konkreten Ziele werde ich folgendermaßen mich äußern: (vorgelesen).

Bitte im Interesse der Förderung von möglichen Verhandlungen die skizzierte Zurückhaltung im Ausschuß zu üben.

**Fehrenbach:** Spricht über die Festsetzung der Tagung des Hauptausschusses.

**Scheidemann:** In der Sitzung des [Siebenerausschusses]<sup>5)</sup> ist von der Regierung erklärt worden<sup>6)</sup>, daß sie in der belgischen Frage<sup>7)</sup> materiell mit uns übereinstimmt. Es erscheint besser, die vorgelesene Erklärung des Reichskanzlers über Belgien nicht abzugeben, sonst entstehen neue Zweideutigkeiten.

**Der Reichskanzler:** Keine Zweideutigkeit. Wenn Wunsch besteht, daß über Belgien nichts gesagt werden soll, so ist mir das sehr recht.<sup>8)</sup>

**Exz. Kaempff:** Spricht über<sup>9)</sup> Formalien der Anberaumung des Hauptausschusses.

**Scheidemann:** Spricht zum gleichen Thema wie Kaempff.

**Erzberger:** Spricht zum gleichen Thema wie Kaempff. Über Belgien nicht sprechen, denn die Antwort an den Papst genügt.<sup>10)</sup> Sonst nur Zweideutigkeiten.

**Exz. v. Payer:** Spricht zu den Formalien (Nachtragsetat).<sup>11)</sup>

Es wäre ein Fehler, über Belgien im Detail zu sprechen. Besser auch keine allgemeinen Erwähnungen durch den Reichskanzler.

**Exz. Kaempff:** Spricht über Formalien.

**Stresemann:** Er schließt sich Payer an in der Frage Belgien und spricht über Formalien.

**Graf Westarp:** Spricht über Formalien.

Dazu, ob<sup>12)</sup> über Belgien gesprochen werden soll oder nicht<sup>13)</sup> kann ich selbst nicht Stellung nehmen.

Fraktion muß entscheiden.<sup>2)</sup>

**Scheidemann:** Spricht über Formalien.

<sup>3)</sup> Es handelt sich vermutlich um die durch WTB. am 25. 9. verbreitete amtliche Kundgebung aus dem Großen Hauptquartier, in der Hindenburg „in voller Übereinstimmung mit der Reichsleitung“ erklärte, „daß wir wirtschaftlich und militärisch für weiteren Kampf und Sieg gerüstet sind.“ Vgl. Schulthess 1917/I S. 815.

<sup>4)</sup> Am 28. 9. nahmen der Reichskanzler und Staatssekretär v. Kühlmann im Hauptausschuß zur auswärtigen Politik Stellung; vgl. HA 180. Sitzung.

<sup>5)</sup> Im Or.: „7-Ausschuß“.

<sup>6)</sup> 10. 9. 1917; vgl. Nr. 42a—d.

<sup>7)</sup> „in der belgischen Frage“ handschriftlich eingefügt.

<sup>8)</sup> „recht“ handschriftlich berichtet aus: „wohl“.

<sup>9)</sup> Nach „über“ handschriftlich gestr.: „die“.

<sup>10)</sup> Im Or. handschriftlich unterstrichen.

<sup>11)</sup> Am 26. 9. behandelte der Reichstag u. a. in erster Lesung einen Gesetzentwurf „betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalt für 1917 (Nr. 1025 der Anlagen)“; vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3624 ff. Vgl. HA 179. Sitzung, 27. 9. 1917.

<sup>12)</sup> Die beiden letzten Worte handschriftlich eingefügt.

<sup>13)</sup> „gesprochen werden soll oder nicht“ handschriftlich eingefügt.

**Fehrenbach:** Spricht über Formalien.

Über Belgien lieber nichts, ist richtig. Wenn aber nichts gesagt wird, was wird das Ausland sagen? Wird das nicht als Zweideutigkeit ausgelegt werden? Es kann ein Hinweis nötig werden auf unsere Stellungnahme.

v. **Schele:** Über Belgien allein kann nicht gesprochen werden.

v. **Gamp:** Polemisiert dagegen, daß nicht alle Mitglieder des Reichstags über den [Siebenerausschuß]<sup>5)</sup> informiert.

Exz. **Kaempff:** Spricht hierzu.

**Der Reichskanzler:** Erbittet baldmöglichst Orientierung wegen Ansetzens<sup>14)</sup> des Nachtragsetats.<sup>11)</sup>

**Fehrenbach:** Spricht zu Formalien.

**Der Reichskanzler:** Spricht zu Formalien.

**Scheidemann:** Aussprache über die besetzten Gebiete? Das muß wohl im Hauptausschuß vorkommen.

**Fehrenbach:** Spricht über Formalien.

**Prinz Carolath:** Spricht über Formalien.

Der Seniorenkonvent soll alles entscheiden. Die Debatte über Polen ist abgeschlossen, nicht aber Belgien.

Exz. **Helfferrich:** Spricht über Formalien.

V[ize-]Präs[ident] **Dove:** Spricht über Formalien.

Erst Nachtragsetat<sup>11)</sup>, danach<sup>15)</sup> Fortsetzung der früheren Besprechungen.

**Fehrenbach:** Spricht über Formalien.

**Prinz Carolath:** Spricht über Formalien.

v. **Gamp:** Beunruhigung in landwirtschaftlichen Kreisen wegen Bevorzugung der besetzten Gebiete in Zufuhr in künstl. Dünger.

**Graf Westarp:** Spricht über Formalien.

**Scheidemann:** Spricht über Formalien.

Was bedeuten die Vorgänge in Litauen<sup>16)</sup> usw.?

**Der Reichskanzler:** Die Regierung wird gern Auskunft geben.

**Erzberger:** Erbittet Schriftmaterial (Verordnungen Polen<sup>17)</sup> und Litauen<sup>16)</sup>).

**Der Reichskanzler:** Ja.

**Scheidemann:** Spricht über Stimmung in Riga. Fragen der Selbständigkeit.

**Fehrenbach:** Bedenken Elsaß-Lothringen zu behandeln?<sup>18)</sup>

**Der Reichskanzler:** Verhandlungen über Elsaß-Lothringen sind im Gange. Nicht erwünscht in der Öffentlichkeit zu reden.

**Fehrenbach:** Spricht über Elsaß-Lothringen.

**Ebert:** Wir brauchen Informationen für die Fraktionen!

<sup>14)</sup> Handschriftlich berichtigt aus: „Ansehens“.

<sup>15)</sup> „danach“ handschriftlich berichtigt aus: „dann an“.

<sup>16)</sup> Wahl und Tagung des Litauischen Landesrats in Wilna vom 18.—23. 9. 1917; vgl. Schulthess 1917/II S. 736.

<sup>17)</sup> Vgl. a.a.O. S. 804 f.

<sup>18)</sup> Gemeint: im Hauptausschuß.

**Der Reichskanzler:** Rußland, Litauen.

Über die Zukunft kann man nicht sprechen; wohl aber über die getroffenen Maßnahmen.

**Ebert:** Was ist die Richtung unserer Politik im Osten?

**Exz. Helfferich:** Polen.

**Exz. v. Kühlmann:** Litauen, Kurland.

**Der Reichskanzler:** Informationsmaterial wird gegeben werden.<sup>19)</sup>

**Fehrenbach:** Was soll geschehen im Ausschuß? Was soll geschehen im Plenum?

**Ebert:** Argentinien?<sup>20)</sup> Schweden?<sup>21)</sup> Abkommen mit der Schweiz?<sup>22)</sup> Kohlenfrage in Holland?<sup>23)</sup>

**Exz. v. Kühlmann:** [Erklärt sich bereit,] Ebert-Fragen im Ausschuß zu behandeln. Argentinien<sup>20)</sup> (Luxburg<sup>24)</sup>, Toro<sup>25)</sup>). Schweiz.<sup>22)</sup> Holland.<sup>23)</sup>

**Prinz Carolath:** Kohlenlieferung nach der Schweiz.<sup>22)</sup>

**Exz. v. Kühlmann:** Kohlenüberwachungskommission besteht in der Schweiz.<sup>26)</sup>

**Prinz Carolath:** Nahrungsmittellieferung[en] aus Holland?

Sind sie eingeschränkt?

**Exz. v. Kühlmann:** Kredit-Schwierigkeiten.

**Exz. Helfferich:** Nahrungsmittelsicherung und Kreditbeschaffung. 50 Millionen Mark pro Monat muß durch Kohlenlieferung beschafft werden.

**Stresemann:** Ist<sup>27)</sup> Bagdad-Expedition gestört durch Explosion in Haidar-Pascha?<sup>28)</sup> Explosion in Trosburg.<sup>29)</sup>

<sup>19)</sup> Die letzten drei Worte handschriftlich eingefügt.

<sup>20)</sup> Vom 20.—27. 9. fanden in der argentinischen Kammer und im Senat Beratungen statt über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland (Fall Luxburg; vgl. Anm. 24), der von der Kammer am 25. 9. beschlossen, von der Regierung aber abgelehnt wurde; vgl. Schulthess 1917/II S. 928 f., 931.

<sup>21)</sup> Ebert bezog sich auf die schwedische Stellungnahme vom 19. 9. zum Fall Luxburg (s. Anm. 24); vgl. a.a.O. S. 624.

<sup>22)</sup> Durch das 3. deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen vom 20. 8. 1917 war die Lieferung von deutscher Kohle und die Gewährung eines schweizerischen Kredits an das Reich geregelt worden; vgl. a.a.O. S. 559 f.

<sup>23)</sup> Verhandlungen über deutsche Kohlenlieferungen an Holland im August hatten zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt; vgl. a.a.O. S. 591. Dazu vgl. die Ausführungen von Michaelis im Hauptausschuß am 28. 9. 1917; HA 180. Sitzung.

<sup>24)</sup> Über den „Fall Luxburg“ (Veröffentlichung von erbeuteten, vom schwedischen Außenministerium beförderten chiffrierten Telegrammen des deutschen Gesandten in Argentinien, Graf Luxburg, durch das amerikanische State Department) vgl. Schulthess 1917/I S. 795 f.

<sup>25)</sup> Der argentinische Dampfer „Toro“ war durch deutsche Kriegsschiffe versenkt worden, worauf die deutsche Regierung die Zahlung einer Entschädigung zugesagt hatte; vgl. a.a.O. S. 781. Am 30. 8. war der „Fall Toro“ beigelegt worden; vgl. Schulthess 1917/II S. 928.

<sup>26)</sup> Die letzten vier Worte handschriftlich angefügt.

<sup>27)</sup> Die beiden folgenden Sätze mit Ausnahme des Wortes „Bagdad-Expedition“ handschriftlich.

<sup>28)</sup> Haidar-Pascha, Vorort von Konstantinopel, Ausgangspunkt der Bagdad-Bahn in Richtung Mesopotamien. Über die seit 1916 wieder aufgenommene Fortsetzung des Bahnbaues vgl. Kuhl I S. 102. Eine Explosion in Haidar-Pascha ist nicht zu ermitteln.

<sup>29)</sup> „Trosburg“ fraglich, da schwer entzifferbar, aber durch Nr. 43b (Anm. 3) gesicherte Lesart. Ein Irrtum erscheint jedoch nicht ausgeschlossen. Gemeint sein könnte Troisdorf bei Köln, der Sitz der Dynamit AG vorm. Alfred Nobel & Co.

**Exz. v. Kühlmann:** Antwort wegen Haidar-Pascha.

**Der Reichskanzler:** Nachtragsetats-Fragen ?<sup>11)</sup>

**Ebert:** Erhöhung der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer.<sup>30)</sup>

**Exz. Roedern:** Erhöhung der Beamten erfolgt.

**Exz. Wallraf:** Familienunterstützung<sup>30)</sup> muß<sup>31)</sup> erhöht werden. Wie ?

**Giesberts:** Preiserhöhung.

**Erzberger:** Erhöhung des Soldes der Soldaten.<sup>32)</sup> Ledernot — Aufklärung.

**Exz. Helfferich:** Aufklärung wird erfolgen.

**Graf Westarp:** Rohstoff-Versorgung.

**Der Reichskanzler:** Erklärung hierzu steht bevor.<sup>33)</sup>

—?—:<sup>34)</sup> Nähfadenfragen.

**Der Reichskanzler:** Es wird sich erst allmählich ergeben was im Plenum und Ausschuß vorkommen soll.

**Ebert:** Wegen<sup>35)</sup> Agitation im Heere wird Interpellation erfolgen.<sup>36)</sup> Klagen über die Handhabung des Vereinsgesetzes durch die Generalkommandos.

**Der Reichskanzler:** Material hierzu wird gesammelt.

**Giesberts:** Ersatz für Hilfsdienstgesetz nach dem Kriege erforderlich.

**Exz. Helfferich:** Frage wird geprüft.

—?—:<sup>34)</sup> Landarbeiter-Verhältnisse.

**Stresemann:** Beabsichtigt Interpellation: Zwangssyndikate nach dem Kriege.<sup>37)</sup><sup>38)</sup>

<sup>30)</sup> In der Sitzung des Hauptausschusses am 29. 9. 1917 stand als Punkt 4 auf der Tagesordnung: „Familienunterstützungen“; vgl. HA 181. Sitzung.

<sup>31)</sup> Handschriftlich berichtet aus: „nicht“.

<sup>32)</sup> Als Punkt 2 der Tagesordnung in der Sitzung des Hauptausschusses am 29. 9. (vgl. Anm. 30) wurde behandelt: „Löhnung der Soldaten“.

<sup>33)</sup> In der Sitzung des Hauptausschusses am 2. 10. 1917; vgl. HA 183. Sitzung.

<sup>34)</sup> So im Or.

<sup>35)</sup> „Wegen“ handschriftlich eingefügt.

<sup>36)</sup> Am 8. 10. 1917 im Hauptausschuß; vgl. HA 187. Sitzung.

<sup>37)</sup> Am 2. 10. 1917 im Hauptausschuß behandelt; vgl. Anm. 33.

<sup>38)</sup> Über den Verlauf dieser Sitzung vgl. auch den Brief Lerchenfelds an Hertling vom 26. 9. 1917 bei Deuerlein, Briefwechsel Hertling—Lerchenfeld: „In den letzten Tagen haben über die auswärtige Lage wieder Besprechungen mit den Reichstagsführern stattgefunden. Dabei hat sich zu der nicht geringen Überraschung des Staatssekretärs ergeben, daß sämtliche Parteiführer einschließlich von Scheidemann sich übereinstimmend dafür ausgesprochen haben, von Belgien solle überhaupt nicht gesprochen werden. Im Reichstag besteht überhaupt die Absicht, die bestehenden Differenzen möglichst wenig in die Erscheinung treten zu lassen. Ob und wie weit dies gelingt, bleibt freilich noch fraglich, denn vor der letzten Tagung hieß es auch so und dann genügte eine Rede Erzbergers, um den Konflikt zum Ausbruch zu bringen.“

43b: Nachlaß Stresemann 175 (6884), eigenhändig mit stenographischen Einschüben.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung 25. September 1917“. — Stenographische Einschübe durch *Kursivdruck* hervorgehoben.

[Stresemann:] Haidar-Pascha.<sup>2)</sup>  
Trosburg.<sup>3)</sup>

Michaelis: Präzise Kriegsziele.

Balfour:<sup>4)</sup> *Unsere Haltung gegenüber Belgien wird kein Hinderungsgrund zum Frieden sein.*

Belg[ische] Frage ein *Trumpf in unserer Hand.*<sup>5)</sup>

1) Papstnote

2) Elsaß-Lothringe[n]

3) Polen

4) Baltische Provinzen.

Comité für den Osten.

Argentinien Rückwirkung auf Schweden.<sup>6)</sup>

Schweiz. *Deutschland* [liefert] *die Kohle* [für] *Schweiz-Kredit.*<sup>7)</sup>

*Bedeutende Lieferungen aus der Schweiz.*

Holland.

[Ebert:]<sup>8)</sup> 1) K[riegs]zielagitiation im Heer.

2) Handhabung des Versammlungsrechts<sup>9)</sup> durch Generalkommandos.

Giesberts: Arbeitskammergesetz.<sup>10)</sup>

<sup>1)</sup> Rechts oben auf der Seite handschriftlich: „Stresemann“.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 43a Anm. 28.

<sup>3)</sup> Handschriftlich berichtet aus „Trosdorf“. Vgl. Nr. 43a Anm. 29.

<sup>4)</sup> Vermutlich Anspielung auf Balfours Rede zur Kriegszielfrage im Unterhaus am 30. 7. 1917; vgl. Schulthess 1917/II S. 321 ff. — Trotz des Doppelpunktes sind die folgenden Ausführungen nicht Balfour, sondern wahrscheinlich Michaelis zuzuschreiben.

<sup>5)</sup> Für die folgenden Ausführungen sind die Sprecher nicht mit Sicherheit zu ermitteln.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 43a Anm. 21 und 24.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 43a Anm. 22.

<sup>8)</sup> Der Sprecher ist durch Nr. 43a identifiziert.

<sup>9)</sup> Berichtet aus: „Vereinsrechts“.

<sup>10)</sup> Der Name ist im Or. in runde Klammern gesetzt und dem Wort „Arbeitskammergesetz“ nachgestellt.



### **III.**

**Von Michaelis zu Hertling**



## 44.

## 6. 10. 1917: Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

SPD-Fraktion. Überschrift: „Sitzung v. 6. Oktober 1917.“

Molkenbuhr eröffnet die Sitzung und schildert kurz die nach der heutigen Alldeutschendebatte im Plenum<sup>1)</sup> vorliegende Situation. Die Vertreter der Mehrheitsparteien treten heute noch zusammen<sup>2)</sup>, um zu dem Verhalten und den Erklärungen der Regierung<sup>3)</sup> Stellung zu nehmen.

Da keine beschlußreife Situation vorliegt, vertagt sich die Fraktion auf Montag den 8. vorm. 11 Uhr.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3714 ff.

<sup>2)</sup> Ob der Interfraktionelle Ausschuß am 6. 10. 1917 zusammengetreten ist, ließ sich nicht feststellen. Die nächste nachgewiesene Sitzung fand am 7. 10. statt. Vgl. Nr. 46.

<sup>3)</sup> Bezieht sich auf das Nichterscheinen des Reichskanzlers im Plenum (vgl. SPD-Fraktion 8. 10. 1917 und Helfferich S. 495, 496 f.) sowie auf die Ausführungen des Kriegsministers von Stein (Sten. Berichte Bd. 310 S. 3723 ff.) und des Staatssekretärs Helfferich (a.a.O. S. 3725 ff.). Vgl. Helfferich S. 494 ff.

<sup>4)</sup> Am Abend des gleichen Tages fand eine Besprechung der Mehrheitsparteien beim Reichskanzler statt (vgl. Nr. 46, wo indes weder der Teilnehmerkreis angegeben noch Elsaß-Lothringen als Verhandlungsgegenstand genannt ist), über die Erzberger in einem Brief vom 6. 10. an Nuntius Pacelli in München, Durchschlag im Nachlaß Erzberger 11/I, folgendermaßen berichtet: „Heute fand erneut eine Besprechung der Mehrheitsparteien beim Reichskanzler statt und zwar wegen der elsäß-lothringischen Frage. Der Reichskanzler erklärte, er habe Rücksprache genommen mit den Vertretern der Königreiche und des Großherzogtums Baden, sei jedoch nicht zu abschließenden Urteilen gelangt. Vielmehr hätten sich die gesamten Regierungen dagegen erklärt, jetzt eine Änderung in den Verhältnissen Belgiens [so im Or. Wie der Zusammenhang zeigt, muß es heißen: Elsaß-Lothringens] eintreten zu lassen. Einig seien die Regierungen auch dahin, daß die ganze Angelegenheit nicht in Verbindung mit dem Friedensschluß gebracht werden könne. Die Bedingungen für eine Autonomie seien noch nicht festgelegt. In den weiteren Vorarbeiten werde er enge Fühlung mit den Regierungen behalten. Bis Dezember glaube er eine Vorlage fertigstellen zu können. Die Mehrheitsparteien erklärten sich damit einverstanden.“ — Vgl. demgegenüber Erzberger S. 167: „Anfang Oktober 1917 erklärte mir der Reichskanzler, er habe Rücksprache mit den Vertretern der Königreiche und des Großherzogtums Baden genommen, sei jedoch noch zu keinem abschließenden Urteil gelangt; diese Regierungen hätten sich dagegen erklärt, jetzt eine Änderung in den staatsrechtlichen Verhältnissen [Elsaß-Lothringens] eintreten zu lassen; jedoch würde bis Dezember die Vorlage von ihm fertiggestellt werden.“

In diesen Zusammenhang gehört eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“, 2. 10. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 1. 10.), wonach die Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten Hertling in Berlin „mit Besprechungen, die in nächster Zeit beim Reichskanzler mit den elsäß-lothringischen Abgeordneten und wahrscheinlich auch im Bundesrat stattfinden werden“, zusammengebracht werde.

## 45.

## 6. 10. 1917: Unterredung des Abg. Haußmann mit Oberstleutnant von Haeften

Nachlaß Haußmann 29, eigenhändig mit Bleistift. Überschrift: „6. Oktober 1917“.

Ich war zum dritten Mal bei Herrn v. Haeften.<sup>1)</sup> Das erste Mal 31. Sept., dann als er am 3. Okt. eben von Hindenburgs Geburtstag aus dem Hauptquartier zurückkam, wo er meine Eindrücke über die Unhaltbarkeit der inneren Lage Ludendorff mitteilte u. meine Bitte um Beschleunigung der Stegemannschen Korrekturen zum Bd. II<sup>2)</sup> auf Weihnachten unterstützte. Er überbrachte mir die Mitteilung, daß Hauptmann Schäfer vom G[roßen] H[aupt-]Q[uartier] direkt zu Stegemann zu[r] Beschleunigung fahre u. daß Exz. Ludendorff ausdrücklich bestimmt habe, das geschehe nur wegen der Vermittlung von R[echts-]Anwalt Haußmann.

Weiterhin hat v. Haeften von Ludendorff die Genehmigung eingeholt u. erhalten, daß ich für meine Reichstagsrede zum Kapitel der Schuld<sup>3)</sup> das publizistische Material, das die „Militär[ische] Stelle beim Auswärt[igen] Amt[“] gesammelt hat, einsehen dürfe, was mir der Angestellte der Stelle Kurt Hahn dann gesichtet u. zusammengestellt überbrachte u. wovon ich große Teile als hervorragend schlüssig erkannte. Ich versprach v. Haeften auch seine jüngste Publikation über Moltke in der Nacht vom 30./31. Juli 1914 ausdrücklich in meiner Reichstagsrede zu verwerten.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Seit Juli 1916 Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes. — Haußmann schrieb seinem Sohn Robert am 28. 8. 1917 (s. Haußmann S. 145): „Ich habe auch die Bekanntschaft des Vertreters Hindenburg-Ludendorffs beim Auswärtigen Amt gemacht und einen sehr gebildeten Offizier kennen gelernt. Er hat meinen Sonntagsartikel ins Hauptquartier geschickt.“

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 19 bes. auch Anm. 6.

<sup>3)</sup> Am 10. 10. 1917. Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3822 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. Sten. Berichte a.a.O. S. 3825. Auf der gleichen Seite wird auch ein Artikel des Majors Nicolai erwähnt. — Vgl. dazu die folgende eigenhändige Aufzeichnung über die Vorgeschichte der Reichstagsrede im Nachlaß Haußmann 29: „Berlin 4. Oktober 1917 / Durch R[eichstags-] Abg. van Calker bat mich Major Nicolai / Chef des Nachrichtenwesens / um eine Besprechung im Reichstag, u. teilte mit: Er habe gehört ich werde über die ‚Schuldfrage‘ im Weltkrieg reden. Er habe darüber auch Beobachtungen u. neuerdings eine Aufzeichnung gemacht für die Presse, möchte aber um meinen Rat bitten.“

Ich sah den Aufschrieb durch / empfahl eine Stelle zu ändern, sie ohne Namen aber mit Angabe der Dienststelle in die Frank[urter] Z[eit]un[g] Sonntagsblatt zu geben, worauf ich sie erwähnen werde.

So geschah es.

6. Okt. / Hahn teilte mir mit, daß das Kriegsministerium die militär[ische] Stelle gebeten habe, dem Kriegsminister eine Antwortrede auf die Rede des Abg. Haußmann betr. Schuldfrage u. die letzten Julitage 1914 zu entwerfen. Die militär[ische] Stelle beauftragte mit der Ausarbeitung ihren Angestellten Dr. Kurt Hahn, der mir Material zu meiner Rede aus dem Material der militär[ischen] Stelle gegeben hatte, meine Rede aus intensiver Mitarbeit kannte u. nun dienstlich die Antwort zu machen den Auftrag erhielt!!

Am 8. Okt. las mir Hahn die Antwortrede des Kriegsministers auf meine Rede vor! Die Antwort war ausgezeichnet.

Am 6. Oktober teilte ich ihm mit, daß ich von der Fraktion als Redner zum Auswärtigen definitiv bestimmt sei, was er lebhaft begrüßte.

Wir besprachen die innere Lage, er erinnerte an meine richtigen Voraussagen über die fortdauernde Krisenhaftigkeit. Er erklärte, daß „unsere Lösung d. h. die von Ihnen, mir u. Hahn“ als die einzig richtige bestätigt sei u. man müsse für dieselbe in richtiger Weise eintreten. Solf habe gegen Prinzen Max einige Bedenken geäußert, er sei zu weich.

Ich erwiderte, der Prinz sei weniger weich als Solf, der sich selbst doch als einen sehr ernsthaften Kanzlerkandidaten sehe. Die Lösung habe ich dadurch erleichtern wollen, daß nicht eine Abstimmung im Plenum die Lage verschärfe. Das Richtigeste wäre der freiwillige Rücktritt von Michaelis. Ich diktierte ihm 5 Punkte, die er wie ich meinte Ludendorff telephonieren sollte. Er war von der Richtigkeit meiner Punktationen so überzeugt, daß er sofort zu Oberst [von] Winterfeldt<sup>5)</sup> fuhr, der sie Michaelis nahelegen sollte. Dieser hat dann, wie mir v. H. telephonierte abgelehnt.

---

Nachher am 9. Okt. fragte mich im Reichstag Oberst[leutnant] Waitz nach meiner Rede. Ich sagte ich werde den Kriegsminister um eine Äußerung wegen der Mobilmachung von der Tribüne ersuchen falls er es wünsche. Oberst[leutnant] Waitz sagte mir Antwort darauf zu, unterließ sie mir zu geben. Infolgedessen fragte ich nicht ausdrücklich an. Der Kriegsminister antwortete nicht u. die famose Rede ist ungehalten. C. H.“

<sup>5)</sup> Vertreter der OHL. beim Reichskanzler.

#### 46.

### 8. 10. 1917: Bericht des Abg. Ebert in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 7. 10. 1917

SPD-Fraktion. Überschrift: „Sitzung vom 8. Oktober 1917“. — Auszug aus dem Protokoll.

Gestern habe eine interfraktionelle Sitzung der Fraktionsvertreter stattgefunden, an der auch die Nationalliberalen teilgenommen. v. Payer erstattete hier Bericht über das Resultat einer Besprechung<sup>1)</sup> mit dem Reichskanzler<sup>2)</sup>, die noch am Samstagabend<sup>3)</sup> stattgefunden.

Der Kanzler ist bereit, heute in einer Sitzung eingehend und frei sich zu erklären.<sup>4)</sup>

Die interfraktionelle Konferenz ist sich dann übereinstimmend klar geworden, daß man dem Kanzler mitteilen müsse, wie man sich zu einer Erklärung von ihm stelle und was man von ihr erwarten müsse.

<sup>1)</sup> Im Or. gestr.: „der Frakt[ions-]Führer“.

<sup>2)</sup> Vgl. auch Nr. 44 Anm. 4.

<sup>3)</sup> 6. 10. 1917.

<sup>4)</sup> Vgl. HA 187. Sitzung, 8. 10. 1917.

Die Konferenz hat dann eine schriftlich fixierte Erklärung<sup>5)</sup> ausgearbeitet, die dem Kanzler, der inzwischen ins Hauptquartier abgereist ist<sup>6)</sup>, nachgesandt worden ist.

Ebert verliest diese Erklärung und fügt hinzu: Nicht nur Zentrum und Freisinn, auch die Nationalliberalen haben erklärt, daß sie dieses Vorgehen heute mit aller Kraft in ihren Fraktionen als gerechtfertigt vertreten werden. Die Stellungnahme der Fraktionen bleibe nun abzuwarten.<sup>7)</sup>

Die Vertreter unserer Fraktion haben dann jedoch erklärt, daß es mit dieser Stellungnahme des Reichstags allein nicht getan sein könne. Das Auftreten der Regierungsvertreter am Sonnabend sei ein so provokatorisches gewesen, daß nur Beruhigung geschafft werden könne, wenn der Kriegsminister<sup>8)</sup> beseitigt würde und ebenfalls Herr Helfferich; es sei um jeden Tag schade, daß Herr Helfferich länger im Amte bleibe.

Allgemein hat man dem zugestimmt und ausgeführt, es sei unverantwortlich, daß solch ungeeignete, in der Behandlung des Reichstags unfähige Leute an der Spitze solcher Ämter stehen.

Es ist dann beschlossen worden, im Plenum zu beantragen, den geforderten Nachtragsetat dem Hauptausschuß zu überweisen<sup>9)</sup>, so daß man Gelegenheit habe, hier alle die in Betracht kommenden Fragen erneut zu erörtern und erneut auch zur Frage des Vizekanzlers<sup>10)</sup> Stellung zu nehmen.

<sup>5)</sup> Der Wortlaut liegt nicht vor. Vgl. dazu „Frankfurter Zeitung“, 9. 10. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 8. 10.): „Die interfraktionellen Besprechungen im Reichstage haben zu einem gemeinsamen Beschluß der Parteien des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen darüber geführt, daß vom Reichskanzler unzweideutige Erklärungen dahin gefordert werden sollen, daß jede politische Agitation im Heere und jede Förderung der Vaterlandspartei durch Zivil- und militärische Behörden unbedingt verboten sein soll.“

<sup>6)</sup> Valentini S. 174 bestätigt die Reise Michaelis' ins Hauptquartier, irrt sich jedoch im Datum. Der Kanzler kann am 6. 10. 1917 noch nicht in Kreuznach gewesen sein, da seine Anwesenheit in Berlin bis zum Abend dieses Tages verbürgt ist. Am 8. 10., nachmittags, sprach er im Hauptausschuß. Michaelis kann also nur in der Zwischenzeit von anderthalb Tagen von Berlin abwesend gewesen sein. — Braun S. 151 registriert: „Der Kanzler fährt heute [6. 10.] ins Große Hauptquartier, um die Lösung des polnischen Problems zu fördern.“ — Die Abreise am Samstagabend wird auch durch die „Kölnische Volkszeitung“ vom 8. 10. 1917 (Nr. 789) bestätigt.

<sup>7)</sup> Am 8. 10. 1917, 10 Uhr 17, vertagte sich der Hauptausschuß nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte „mit Rücksicht auf die gleichzeitig stattfindenden Fraktionssitzungen“ und trat nachmittags, 15 Uhr 06, wieder zusammen. — Vgl. HA 187. Sitzung, 8. 10. 1917.

<sup>8)</sup> General v. Stein.

<sup>9)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3758 ff. (8. 10. 1917). Graf Westarp widersprach dem von Payer gestellten Antrag mit folgender Begründung: „Der Herr Abgeordnete v. Payer hob hervor, daß sein Vorschlag im Seniorenkonvent [der am 8. 10. 1917, 11 Uhr 30, zusammengetreten war] besprochen sei. Das ist richtig. Ich habe im Seniorenkonvent auch widersprochen, verrate aber wohl kein Geheimnis, daß der Plan so, wie er uns hier entwickelt worden ist, schon vor den Beratungen im Seniorenkonvent in interfraktionellen Besprechungen festgesetzt war. Ich möchte hier feststellen, daß wir an diesen interfraktionellen Besprechungen nicht teilgenommen haben.“

<sup>10)</sup> Die Sozialdemokraten lehnten den Nachtragsetat wegen der Schaffung des Vizekanzlerpostens ab. Vgl. die Rede Davids im Plenum am 11. 10. 1917; Sten. Berichte Bd. 311 S. 3882 ff.

Ferner solle beantragt werden, die Interpellationsdebatte im Plenum erst morgen fortzusetzen und sie dann an die Spitze der Tagesordnung zu stellen.<sup>11)</sup>

Der Haushaltsausschuß würde dann sofort heute nachmittag zusammentreten.<sup>7)</sup> Erledigt sich die Sache nicht zur Zufriedenheit der Mehrheitsparteien, dann wollen sie am Schlusse der Debatten im Plenum die verlesene Erklärung abgeben. Die Regierung wäre dann vor dem Auslande unmöglich, sie müsse abtreten. —

<sup>11)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3761.

#### 47.

### 8. 10. 1917: Unterredung des Abg. Haußmann mit Staatssekretär Graf Roedern

Nachlaß Haußmann 29, eigenhändig mit Bleistift. Überschrift: „Montag 8. Okt. 1917“.

Ich sprach mit Graf Roedern / Es war während der Hauptausschußsitzung in die der Nachtragsetat auf Veranlassung des Mehrheitspartei[en]ausschusses durch Payer zurückgewiesen war.<sup>1)</sup> Roedern hoffte auf Begleichung der Schwierigkeiten.

Ich sagte: Die äußeren können zurückgestellt werden. Aber die innere [Lage] ist unheilbar.

Wieso?

Michaelis ist unheilbar.

Aber wer dann?

Michaelis ist unhaltbar u. seine Regierungsmethode auch. Der der kommt muß anders regieren u. darf es nicht zulassen, daß die Mehrheit von einer patronisierten Partei<sup>2)</sup> angespien wird, wegen der Politik, die die Regierung latent als die allein mögliche erkannt u. in der Papstnote[n]antwort u. der vorangehenden Staatssekretärskonferenz sich vorgezeichnet hat. Sie müssen das besser wissen als ich.

Ja, gewiß, aber wer soll es besser machen.

Ob Fürst oder Graf oder Sozialdemokrat ist mir gleich, es muß nur eine Mehrheitspolitik grundsätzlich im Interesse der Einheit mutig gemacht werden.

Ich hatte die Worte gesprochen, um die Möglichkeit einer Kanzlerschaft des Prinzen Max<sup>3)</sup> als der Demokratie annehmbar empfinden zu lassen u. habe die Beisätze nur gemacht, um das sachliche Bedürfnis dadurch zu betonen u. um nicht die Kandidatur des Prinzen gleichsam aufzustellen.

Nun merkte ich aber plötzlich daß das Wort „Graf“ in den Ohren des Grafen Gedankengänge in anderer Richtung auslöste u. er scheint gemeint zu haben, ich böte ihm durch die Blume die Kanzlerkandidatur an. Ich gab dem Gespräch eine andere Wendung u. wir schieden, nachdem ich meinen Hauptzweck erreicht

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 46 bes. auch Anm. 9.

<sup>2)</sup> Gemeint ist die am 2. 9. 1917 begründete „Deutsche Vaterlandspartei“. Vgl. Schulthess 1917/I S. 782 ff. und — für die Tagung der Vaterlandspartei in Berlin am 24. 9. 1917 — S. 811 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. auch Nr. 45.

hatte, ihn darüber zu unterrichten, daß die Abstimmung über den Nachtrags-  
etat die Absicht hatte, einen Konflikt wegen des Kriegsministers zu umgehen,  
daß wir aber dem Ministerium Michaelis mit offenem Mißtrauen gegenüber-  
stehen.

## 48.

## 10. 10. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Haußmann 26, eigenhändig mit Bleistift.<sup>1)</sup> Irrtümlich datiert auf: „9. Oktober“<sup>2)</sup>; Über-  
schrift (mit Blaustift): „I. A.“

Südekum: Der Mann<sup>3)</sup> macht unerhört.<sup>4)</sup>

Fehrenbach: Das Material<sup>5)</sup> genügt nicht nach dem bisherig[en] / Es ist trostlos.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 107; Haußmann S. 147 (Brief an Hans Delbrück vom 11. 10. 1917); „Frankfurter  
Zeitung“, 11. 10. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 10. 10.: „Deutscher  
Reichstag“).

<sup>2)</sup> Die richtige Datierung ergibt sich aus den in Anm. 1 zitierten Quellen. — Westarp II S. 627  
erklärt allerdings, daß er in der Reichstagssitzung vom 9. 10. 1917, „ohne Widerspruch zu  
finden“, festgestellt habe, „daß dieses gemeinsame Vorgehen in einer interfraktionellen Be-  
sprechung beschlossen worden war, die während der Reden der drei Unabhängigen und einer  
Erwiderung v. Capelles stattgefunden haben muß.“ Das Protokoll der Sitzung bestätigt je-  
doch die Behauptung Westarps nicht, während am 8. 10. eine ähnliche Äußerung von ihm  
verzeichnet wird, so daß der Gedanke einer Verwechslung naheliegt; vgl. Nr. 46 Anm. 9.  
Eine formlose Besprechung zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien während der Sitzung  
des Plenums am 9. 10. könnte trotzdem stattgefunden haben, ist aber nicht sicher nach-  
zuweisen. Vgl. Anm. 8.

<sup>3)</sup> Reichskanzler Michaelis.

<sup>4)</sup> Zu interpretieren: „benimmt sich unerhört“, oder ähnlich.

<sup>5)</sup> Bezieht sich auf die von Michaelis und v. Capelle in der Reichstagssitzung vom 9. 10. 1917  
erhobenen Beschuldigungen. Michaelis, Sten. Berichte Bd. 310 S. 3773, hatte u. a. erklärt,  
wenn ihm der Abg. Dittmann sein Wort entgegengehalten habe, daß er „mit voller Objek-  
tivität allen Parteien und Richtungen gegenüberstehen wolle“, so habe Dittmann seinen  
einschränkenden Zusatz vergessen: „Ich habe gesagt, allen politischen Parteien und Richtun-  
gen, sofern sie nicht den Bestand des Deutschen Reichs und staatsgefährdende Ziele verfolgen.  
Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser  
Linie.“ Unmittelbar nach dem Kanzler nahm Capelle das Wort, a.a.O. S. 3774 f., und ver-  
breitete sich über die Unruhen in der Marine, für die er die USPD verantwortlich machte.  
Es stehe „aktenmäßig fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstage im Fraktionszimmer  
der Unabhängigen Sozialdemokraten den Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogt-  
herr seine Pläne vorgetragen und Billigung gefunden“ habe. Nachdem David und die drei  
angegriffenen Unabhängigen gesprochen hatten, präziserte v. Capelle, a.a.O. S. 3788 f., seine  
Vorwürfe durch die Verlesung von Auszügen aus kriegsgerichtlichen Vernehmungsprotokollen,  
die nach seiner Ansicht ausreichten, die Einwirkung der unabhängigen Abgeordneten auf  
Sache und Reichspietsch zu erhärten. Michaelis, der im Verlauf der Sitzung noch zweimal  
sprach, a.a.O. S. 3799 und 3804 f., identifizierte sich praktisch mit den Ausführungen des  
Staatssekretärs. — Vgl. auch Wilhelm Dittmann, „Die Marine-Justizmorde von 1917 und  
die Admirals-Rebellion von 1918“, Berlin 1926, S. 78 ff.; WUA 9/I bes. S. 90 ff.; Helfferich  
S. 501; Michaelis S. 363 ff.; Westarp II S. 624 ff.; W. G. Brjunin, „Der erste Widerhall in der  
deutschen Arbeiterklasse auf die Große Sozialistische Oktoberrevolution und den Friedens-  
vorschlag der Sowjetregierung“, [Ost-]Berlin 1957, S. 10 f. Ferner die in Nr. 39 Anm. 13  
zitierte Literatur.

**Erzberger:** Wir können nicht durch Abstimmung stürzen.<sup>6)</sup> Aber wir [müssen]<sup>7)</sup> diesen Wechsel haben u. das Michaelis persönlich sagen / Ein Vertreter der Obersten Heeresleitung sagte, sie haben kein weiteres Material, gemeinsam 3 Leute sofort zu Michaelis.

**Gothein:** während Davids Rede stimmt[e] Erzberger zu.<sup>8)</sup>

**Rießler:** Wir waren alle absolut in der Fraktion einig, daß dieser Mann absolut unmöglich ist / Wir gefährden die Zukunft des Vaterlands. Kühlmann Mitteilung für den Kaiser instruieren<sup>9)</sup> / Den Kaiser bitten lassen die Parteien [zu] hören. Die Anklage<sup>5)</sup> ist eine Irreführung des R[eichs-]T[ags].

<sup>6)</sup> Der von den Unabhängigen eingebrachte Mißtrauensantrag gegen den Kanzler wurde am 9. 10. gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Vgl. Sten. Berichte a.a.O. S. 3806 und Schulthess 1917/I S. 878. Die Mehrheitsparteien votierten also — wie beim Nachtragsetat (vgl. Nr. 46 Anm. 10) — nicht einheitlich.

<sup>7)</sup> Im Or.: „muß“.

<sup>8)</sup> Diese Äußerung kann sich kaum auf den Inhalt von Davids Reichstagsrede am 9. 10. 1917 beziehen. Verständlicher wäre ein Hinweis auf die Ausführungen Eberts in der gleichen Sitzung, Sten. Berichte a.a.O. S. 3794, in denen energisch der Rücktritt der Regierung gefordert wurde. Ist einerseits die Möglichkeit einer Verwechslung dieser beiden Reden nicht auszuschließen, so könnten andererseits die Stichworte auch auf eine formlose interfraktionelle Besprechung „während Davids Rede“ hindeuten. S. dazu Anm. 2.

<sup>9)</sup> Vgl. Haußmann S. 148 (Brief an Hans Delbrück vom 11. 10. 1917): „Wenn der Kaiser hier wäre, könnte er den Kanzler und den Reichstagspräsidenten zum Bericht auffordern. Er ist auf dem Balkan. Herr v. Kühlmann, den ich und andere baten, zu berichten, hat ausdrücklich erklärt, daß das nicht seines Amtes und nicht die Aufgabe seines Ressorts sei, obwohl ich ihm ein Telegramm von schwerer Kanzlerkrise nach Konstantinopel prophezeit habe.“ — S. dagegen Kühlmann S. 496 f. über seine Abreise am Abend des 9. 10. 1917: „Nun war es aber auch allerhöchste Zeit für mich geworden, zum Bahnhof zu fahren, sollte ich das Zusammenreffen mit dem Kaiser in Wien nicht versäumen. Auf dem Wege die große Reichstagstreppe hinunter war ich umgeben von einer Menge Parlamentarier, die alle noch aufgeregter auf mich einsprachen und mich bis an den Schlag des Autos begleiteten. Die verschiedenen Abgeordneten der Mehrheitsparteien, am eindringlichsten der demokratische Abgeordnete Haußmann, wiesen darauf hin, daß nach dieser höchst unglücklichen Debatte das politische Ansehen des Reichskanzlers Michaelis zu stark erschüttert worden sei, als daß er Kanzler bleiben könne. Ich wurde gebeten, da ich ja am nächsten Tag den Kaiser sehen würde, ihm zu berichten, und ich sagte den Parlamentariern zu, ihn über die heutige Debatte eingehend zu informieren.“ Der Kaiser habe eine eingehende Diskussion jedoch zunächst mit der Bemerkung abgeschnitten: „Die Einzelheiten erzählen Sie mir einmal später.“ Es habe sich aber „keine Gelegenheit mehr ergeben, den Monarchen für einige Zeit allein sprechen zu können, und so konnte ich mich des Auftrags der führenden Parlamentarier erst entledigen, als ich mit dem Kaiser zusammen im Auto allein zur Heerschau auf das Schlachtfeld von Philippi fuhr.“ Für den Verlauf des Gesprächs vgl. Kühlmann S. 501 f. — Bei Valentini S. 174 heißt es: Kühlmann habe „uns“, als er am 10. 10. 1917 in Wien in den Hofzug einstieg, gesagt, „daß er die Stellung des Kanzlers für unhaltbar halte“. Damit ist jedoch keineswegs belegt, daß Kühlmann sich auch dem Kaiser gegenüber sofort in dieser Weise ausgesprochen hat. Es erscheint durchaus möglich, daß er zunächst, wie Haußmann berichtet, das Ansinnen der Abgeordneten ablehnte und erst im Verlauf der Reise seinen Entschluß revidierte. Haußmann hat den Durchschlag des zitierten Briefes an Delbrück (Nachlaß Haußmann 29) eigenhändig mit dem Vermerk versehen, daß Delbrück den Brief Valentini „vorgelegt“ habe. — Delbrück hat indes, wie aus einem Schreiben Delbrücks vom 12. 10. an Valentini (maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Schwertfeger 323) hervorgeht, diesen Brief Haußmanns nicht weitergeleitet, sondern sich in seinem Schreiben an Valentini darauf berufen, den Inhalt teilweise referiert und sich abschließend seinerseits nachdrücklich für die Kanzlerschaft des Prinzen

**Richthofen :**

**Haußmann:**<sup>10)</sup> Fehrenbach / Payer / Ebert / Rießer / 4 Herren<sup>11)</sup>, nicht durch Kühlmann / nicht stürzen durch Votum / aber Raterteil[un]g<sup>11)</sup> / Keine Märtyrer, für Munitionsarbeiter, vor dem Parteitage nicht im Reichstag<sup>12)</sup> / aber Ratschlag / Auch Capelle ist erledigt / Sie<sup>13)</sup> wollten eine Sensation machen u. machten sie falsch.

**Payer:** wir waren einig, daß das Material gegen die unabhängig[en] Sozialdemokraten / Morgen zum Reichskanzler.

**Junk:** Wir müssen Capelle fragen, ist neues Material, sonst wäre es furchtbar. Die Ächtung einer ganzen Partei.<sup>14)</sup>

**Herold** stimmt mit Vorbehalt bei.<sup>15)</sup>

Max von Baden eingesetzt. Am 17. 10. machte Delbrück den Kabinettschef auf Haußmanns Reichstagsrede vom 10. 10. (vgl. Nr. 52 Anm. 12) aufmerksam, „die in den Zeitungen so schlecht wiedergegeben war, daß sie Euer Exzellenz vielleicht entgangen ist.“ Vgl. ferner Nr. 107 Anm. 37.

- <sup>10)</sup> Die folgenden vier Namen im Or. über den Ausführungen Haußmanns. Das Schriftbild läßt nicht eindeutig erkennen, ob Haußmann sich diese Namen für seine anschließenden Ausführungen vornotiert hat, oder ob sie etwa von Richthofen in die Debatte geworfen sind. Für die erste, m. E. wahrscheinlichere Möglichkeit spricht auch Haußmanns Verfahrensweise in ähnlich gelagerten Fällen.
- <sup>11)</sup> Vgl. Nr. 51 und Nr. 107; ferner Haußmann S. 147 (Brief an Delbrück vom 11. 10. 1917): „Die Vertreter der vier Parteien sind gestern zusammengetreten: Mehrheit plus der Nationalliberalen, und haben den Schaden einheitlich festgestellt. Ihre Vorstände wollten und sollten heute gemeinschaftlich zum Kanzler, um zu raten. Der Rat konnte aber nur auf Abschied lauten. Die Nationalliberalen traten über Nacht von diesem Entschluß zurück, wahrscheinlich nach Rücksprache mit Mitgliedern des Zentrums, das dann auch zurücktrat, um nicht den Schein der Ministerstürzerei auf sich zu nehmen. Diese Furcht vor dem Schein beraubt den Staat und den Kaiser eines wichtigen Dienstes, denn die loyale Beratung des Kanzlers durch die Parteien, die mehr als drei Viertel des Reichstags hinter sich haben, hätte dem Kanzler und dem Kaiser die schwere Pflichterfüllung erleichtert und die Grundlagen für den Neubau eines Ministeriums unter loyalem Zusammenwirken der jetzigen Regierung, fast aller Parteien des Reichstags mit Krone und Bundesrat ermöglicht.“ — S. in diesem Zusammenhang auch „Frankfurter Zeitung“ (vgl. Anm. 1), wo es nur heißt, die Vertreter der Mehrheitsparteien seien zusammengetreten und hätten beraten, „ob der Reichstag sich mit dieser Sache und namentlich mit den gegen drei seiner Mitglieder erhobenen Beschuldigungen befassen soll, aber man ist noch zu keinem Entschluß gekommen . . .“. Daß etwa der Gedanke aufgetaucht sein könnte, den Kanzler zu stürzen, wird ausdrücklich dementiert.
- <sup>12)</sup> Vgl. Haußmann S. 148 (Brief an Delbrück vom 11. 10. 1917): „Welche Richtlinien soll man der öffentlichen Meinung und der bürgerlichen Presse geben? Soll man alles dem sozialdemokratischen Parteitag [in Würzburg, 14.—20. 10. 1917] und den Unabhängigen, die sich als Märtyrer gerieren, weil die Regierung ohne kriminelle Beweise öffentlich angeklagt hat, überlassen? Eine schleichende Krisis vermehrt die Verwirrung . . . Wenn jetzt nicht ein glücklicher Wurf gelingt, so wird im Januar ein Ministerium Scheidemann anklöpfen.“
- <sup>13)</sup> Michaelis und v. Capelle.
- <sup>14)</sup> Friedrich Naumann hatte in seiner Reichstagsrede vom 9. 10. 1917, Sten. Berichte Bd. 310 S. 3795, erklärt: „Wenn eine ganze Partei von Männern, deren eigene Mitglieder und Söhne fürs Vaterland kämpfen müssen, mit einem Generalbann belegt wird mitten im Kriege, so kann dafür die Volksvertretung keinen Sinn haben.“ Ähnlich auch a.a.O. S. 3794 Ebert. Für die Rede Naumanns vgl. Heuss S. 394 ff.
- <sup>15)</sup> Für die Haltung des Zentrums vgl. auch Anm. 11.

Abends 7 Uhr<sup>16)</sup>

**Payer** — „man hat Verschwörer gespielt“ / Besuch bei Michaelis<sup>17)</sup> um ihm zu sagen, daß seine Natur zu kurz sei u. zu sagen, daß es so nicht weiter geh[e].  
**Gothein**: Capelle ist unmöglich / U-Boote.<sup>18)</sup>

**Haußmann**: Dem Rat zuwider<sup>19)</sup> heimlich den Vorstoß g[egen] Haase gemacht.

**Ebert**: Payer u. ich habe[n] gesagt<sup>20)</sup>, man solle keine Todesurteil[e]<sup>21)</sup> vollstrecken.

**Südekum**: Ein Staatssekretär sagte, wir müssen / Michaelis für ungeeignet erklärt.

<sup>16)</sup> Es war nicht festzustellen, ob die Sitzung um 19 Uhr noch einmal offiziell aufgenommen wurde, oder ob die Abendbesprechung privaten Charakter hatte.

<sup>17)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 12. 10. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 11. 10.), berichtet: „Der Reichskanzler hat gestern [10. 10.] Abend Herrn von Payer empfangen. Wie wir glauben, nicht als Abgesandten der Mehrheitsparteien, als der er ja gewissermaßen schon beglaubigt ist, sondern wohl mehr zu einer persönlichen Aussprache. Einen bestimmten Auftrag der Mehrheitsparteien hatte Herr v. Payer, soviel man weiß, nicht . . .“. — Aus den von Haußmann notierten Stichworten geht nicht hervor, ob Payer bereits bei Michaelis gewesen war oder nur den für den gleichen Abend bevorstehenden Besuch ankündigte. Da noch eine besondere Aufzeichnung Haußmanns vom 13. 10. über den Besuch Payers bei Michaelis vorliegt, dürfte das Letzte wahrscheinlicher sein. Vgl. Nr. 51; ferner Nr. 107.

<sup>18)</sup> Vgl. u. a. Erzberger S. 225, 228, 254 ff. und Westarp II S. 526 ff.

<sup>19)</sup> Bezieht sich auf die Besprechung mit den Parteiführern am 25. 8. 1917. Vgl. Michaelis S. 362 f., 364; Westarp II S. 624 f. (irrtümlich: 28. 8.); Dittmann a.a.O. S. 65; WUA 9/I S. 89 f.; WUA 9/II S. 67, 123; Brjunin a.a.O. S. 11 (auf Grund einer Aufzeichnung über die Besprechung in den Akten der Reichskanzlei).

<sup>20)</sup> In der Besprechung mit den Parteiführern. Vgl. vorige Anm. — Die Namen der Anwesenden sind bei Westarp a.a.O. und im WUA 9/II S. 67 aufgeführt.

<sup>21)</sup> Im Or. gestr.: „unterzeich[nen]“.

## 49.

## 12. 10. 1917: Unterredung des Abg. Haußmann mit Staatssekretär Helfferich

Nachlaß Haußmann 29, eigenhändig mit Bleistift. Überschrift: „Freitag 12.<sup>1)</sup> Oktober 1917 5 Uhr nachmittags / Bei Helfferich“.

Er<sup>2)</sup> gab mir sofort zu, es geht so nicht mehr, Michaelis kann nicht bleiben u. sagte: Nachdem Herr v. Payer gestern<sup>3)</sup> mit ihm gesprochen hat habe ich heute auch mit ihm gesprochen u. es ihm gesagt, ich bin soweit gegangen als man gehen kann ohne brutal zu werden. Er hat jetzt angefangen ernst zu werden. Aber er

<sup>1)</sup> Im Or. korrigiert aus: 11. — Es ließ sich nicht eindeutig feststellen, ob die Unterredung tatsächlich Freitag, den 12. Oktober — oder, was allerdings weniger wahrscheinlich ist, bereits Donnerstag, den 11. — stattgefunden hat. S. auch Anm. 3, 9 und 10.

<sup>2)</sup> Helfferich.

<sup>3)</sup> Der Besuch Payers bei Michaelis fand bereits am 10. 10. 1917 statt, also — falls Haußmann die vorliegende Aufzeichnung nicht falsch datiert haben sollte (s. Anm. 1) — nicht „gestern“, sondern bereits „vorgestern“.

hat keine volle Vorstellung von seiner eigenen Stellung. Er will nach Kurland.<sup>4)</sup> Der Kaiser ist auf dem Balkan. Bis er zurückkommt wird es der 20. od[er] 21. Okt.<sup>5)</sup> so lang[e] wird nichts Entscheidendes geschehen. Aber wer?

Und was? sage ich.

Das Was ist gegeben, es hat sich gezeigt, daß es so nicht geht. Also frage ich wer? Zuerst muß das Was? offen u. grundsätzlich ausgesprochen werden, erst dann kann gesagt werden Wer und mit wem? Bisher hat man sich immer um die klare Situation herumgeholfen und hat sie dadurch unklar gemacht. Gerade der Kaiser muß auch den Dingen scharf ins Auge sehen: Es muß anders regiert werden u. [dazu]<sup>6)</sup> bedarf es seines Willen — weil was kommt ohne Konflikt kommen sollte, im Interesse der äußeren u. inneren Politik.<sup>7)</sup> Mit dem Kaiser aber ist die notwendige Änderung jetzt zu ordnen, nicht nach dem Krieg, weil dann die Kämpfe viel heißer werden, die jetzt unter der Einsicht der Lage u. des allgemeinen Schadens allseits gemäßigt werden können / Jetzt muß es gemacht werden. Im März pocht das Ministerium Scheidemann an die Pforte, jetzt noch nicht.<sup>8)</sup> Die Not des Winters treibt die Arbeiter u. darum zunehmend auch ihre Abgeordnete[n] auf die Seite Ledebours. Die Vorgänge gestern<sup>9)</sup> u. vorgestern<sup>10)</sup> sind auch darum so ungeschickt u. unwillkommen weil es eine Art Solidarität der Sozialdemokratie aus einem formalen Grund der Abwehr zu weitgehender Angriffe provoziert, die eine Neigung zu materieller Annäherung begünstigt.

Capelle ist, sagte Helfferich, ein sehr guter Marinesekretär u. er erzählte wie er<sup>2)</sup> als Schatzsekretär in die U-Bootfrage um Bethmann zu sukkurieren hereingekommen sei.<sup>11)</sup> Ich habe schon manchmal gedacht, ob die Entwicklung meiner Stellung ohne das nicht anders gekommen wäre u. auch ob ich nicht mit Bethmann hätte gehen sollen.

Das war auch mein Gedanke, über dessen vertrauliche Aussprache zu Payer mich dieser hart angelassen hat am 13. Juli. Jetzt aber müssen Sie gerade Sie in dokumentarischer Form die Forderung der Lage formulieren, schon damit Sie in dieser Reibung nicht dauernd verbraucht werden.

Ich weiß ja gar nicht ob ich bleibe, sagte er.

Gerade dann u. deshalb. Hätten Sie im Juli die Forderung der inneren u. äußeren Lage vertreten u. wären gegangen, dann würde Sie jetzt alles wieder rufen, das Parlament u. der Kaiser, der, ich sage es noch einmal, vor die Situation gestellt werden muß.

<sup>4)</sup> Michaelis besuchte vom 14.—21. 10. 1917 die besetzten Gebiete im Osten. Vgl. Schulthess 1917/I S. 907.

<sup>5)</sup> Der Kaiser traf am 21. 10. 1917 wieder in Berlin ein. Vgl. Schulthess 1917/II S. 833.

<sup>6)</sup> Im Or.: „dadurch“.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 11.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 12.

<sup>9)</sup> Am 11. 10. 1917 lehnten die Mehrheitssozialdemokraten gemeinsam mit den Unabhängigen den Nachtragsetat ab. Vgl. Nr. 46 Anm. 10.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 5 und 6.

<sup>11)</sup> Vgl. Helfferich bes. S. 318 ff.

Natürlich muß der Kaiser vor die Situation gestellt werden, bestätigte Helfferich. Es muß auch sein Verhältnis zum Parlament anders werden.

Ich habe es doch angebahnt, durch die Zusammenkunft im Reichsamt des Innern.<sup>12)</sup> Niemand wollte dran. Michaelis sagte, er sei noch nicht eingezogen. Aber damals hat der Kaiser mit den Parlamentariern kein politisches Wort gesprochen.

Daran sind die Parlamentarier schuld, der Kaiser geht auf alles ein u. hat es ganz gern, wenn er auf einen Gegenstand angesprochen wird, aber sie schwiegen alle, sobald er schwieg. Ich war ja immer dabei. Auch wenn der Kaiser sehr forscht, ist es oft um eine Verlegenheitspause zu füllen u. den Schein der Schüchternheit zu vermeiden. Denn es ist in ihm eine latente Schüchternheit.

Wer wäre jetzt sein bester Kanzler? Bülow, den viele nennen nicht.

Bülow nicht, schon wegen Österreichs nicht.<sup>13)</sup> Aber wer?

Vielfach wird Kühlmann genannt. Ich habe diesem selbst gesagt, ich würde den Aufstieg nach 3 Monat[en] nicht für die beste Lösung halten.

— Kühlmann kann im Frieden Kanzler werden, jetzt wäre es zu früh. Man spricht vom Prinzen Max von Baden. Ich kenne ihn, es ist ein in staatlichen Dingen kluger u. sehr gebildeter Mann, aber es ist wegen seiner Stellung als künftiger Großherzog ausgeschlossen.

Helfferich sah mich prüfend an, ich nahm den Gegenstand nicht auf.

Aber wer? fuhr er fort. Ich weiß niemand, wissen Sie jemand?

Ich sprach Bernstorff, Solf u. Roedern durch u. sagte: Wir werden keinen überragenden Mann, der allen als erstklassig willkommen ist, finden, wir müssen uns mit einem Mann begnügen, der erheblich weniger Unzulänglichkeiten hat als Michaelis — aber eben weil er nicht in sich allein das Vertrauen verkörpern wird, muß er eine Richtung u. ein Programm und eine Anzahl von Männern in der Regierung haben die eine einheitliche Zusammenarbeit verbürgen u. deshalb bitte ich noch einmal, daß Sie das, was nach Ihren Erfahrungen sachlich u. richtungsmäßig nottut niederschreiben u. vorlegen, nicht öffentlich, aber so daß Sie u. wir uns später darauf beziehen können.

<sup>12)</sup> Am 20. 7. 1917. Vgl. u. a. Helfferich S. 473; Braun S. 119 ff.; Erzberger S. 52 ff.; Scheidemann, Memoiren II S. 53 ff.; Westarp II S. 473 f.; Schiffer S. 57 f.; Payer S. 42 ff.

<sup>13)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 115: ein ihm seit vielen Jahren befreundeter Schriftsteller, der über gute Beziehungen zu Wien verfügte, habe Ende Oktober 1917 ihm gegenüber erklärt, Bülow sei für die Österreicher „als deutscher Reichskanzler vollkommen unmöglich, nachdem er als Botschafter in Rom ‚halb Österreich an die Italiener auszuliefern bereit war, um die Italiener aus dem Kriege herauszuhalten‘.“ Vgl. auch Nr. 55d Anm. 2.

## 50.

## 13. 10. 1917: Südekum an Ebert (Würzburg)

Nachlaß Südekum ad 11, Durchschlag.<sup>1)</sup>

Lieber Ebert!

Gestern, Freitag nachmittag, kam August Müller<sup>2)</sup> zu mir und teilte mir mit, daß der Reichskanzler bei einer Unterredung, die er mit ihm gehabt hatte, den Wunsch geäußert habe, noch vor dem Beginn des Würzburger Parteitags<sup>3)</sup> mit einem von uns zu sprechen. Er habe daran gedacht, Dich einzuladen, aber erfahren, daß Du bereits von Berlin abgereist seiest. Unter diesen Umständen wende er sich an mich.

In Übereinstimmung mit Müller war ich der Ansicht, daß ich der Anregung als Privatmann ungeachtet der Vorkommnisse vom Dienstag<sup>4)</sup> folgen könne. Ich bin darauf abends bei Michaelis gewesen und gebe Dir in kurzen Zügen den Inhalt der Unterredung, die ich ausdrücklich als eine private bezeichnet habe, wieder, schon damit ich selbst eine Aufzeichnung davon besitze.

Michaelis begrüßte mich mit der Bemerkung, daß es ihm außerordentlich leid tue, wenn er durch das Vorkommnis vom Dienstag und durch Capelles und seine eigenen Worte der Partei für die Würzburger Tagung Schwierigkeiten bereitet habe. Er wünsche sehnlichst, daß die Partei, ganz gleich wie die Krise in Berlin gelöst werde, sich nicht auf eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen jede Reichsregierung während der Kriegszeit festlege. Ein solches Verfahren würde er in seinen Konsequenzen für sehr verderblich halten.

Nachdem ich selbst dann in kurzen Worten dargelegt hatte, daß in der Tat durch das planlose und gefährliche Vorbrechen vom Dienstag die ganze politische Lage in Grund und Boden verfahren sei, und daß ich nur von einem radikalen Wechsel in der Methode und in den Personen eine Besserungsmöglichkeit erblicken könne, sagte er, daß er auch gegen eine Erörterung darüber, ob er persönlich bleiben könne oder gehen müsse, nichts einzuwenden habe. Würde ihm auch das Scheiden aus dem Amt nach so kurzer Zeit selbstverständlich schwer fallen, so sei er, falls es im Interesse des Reiches und des Volkes liege, doch selbstverständlich dazu bereit.

Aber auch diejenigen, die ihm die Eignung zum Kanzlerposten absprechen müßten sich doch die Frage der Nachfolge rechtzeitig vorlegen. An und für sich halte er die Kombination Michaelis-Kühlmann für eine durchaus zweckmäßige und auch erfolgversprechende. Allerdings sei ja dieser Erfolg durch die vielen Zwischenfälle der letzten Zeit zweifellos in Frage gestellt. Wenn man heute als seinen möglichen Nachfolger den Fürsten Bülow bezeichne, so sei das grotesk; Bülow sei als Kanzler nach seiner festen Überzeugung völlig unmöglich. Aber

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 55c.

<sup>2)</sup> Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, Sozialdemokrat.

<sup>3)</sup> 14.—20. 10. 1917.

<sup>4)</sup> 9. 10. 1917. Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 5.

auch Kühlmann könne nicht Reichskanzler werden, denn er sei als Bayer und als ein Mann mit starkem liberalen Einschlag ganz außerstande, die preußische Wahlrechtsreform im Abgeordneten- und Herrenhause durchzubringen. Das sei aber eine Aufgabe, die in ihrer Art ebenso wichtig sei wie die Vorbereitung des Friedens, wenn auch natürlich das zweite in den Vordergrund gestellt werden müsse. Nun halte er Kühlmann in der Friedensfrage für erstklassig, und für sich selbst glaube er sagen zu können, daß er die preußische Wahlrechtsreform mit Hilfe von Drews<sup>5)</sup> sicher durchsetze. Das könne nur ein Preuße und nur jemand, der auch die Landräte und ihren Anhang im Lande kenne und zu behandeln verstehe.

Neben der preußischen Wahlrechtsreform sei er ganz besonders auf ein großes sozialpolitisches Reformprogramm eingestellt. Freilich habe er davon bisher nichts verlauten lassen können, und das sei für ihn natürlich sehr schmerzlich gewesen. Einmal nämlich sei er in der ganzen Zeit fortwährend von schwierigen und großen Aufgaben in Anspruch genommen gewesen, und dann hätte er natürlich auch den Amtsantritt von Schwander<sup>6)</sup> abwarten müssen. Er habe aber bereits mit Schwander mehrfach über ein solches Reformprogramm gesprochen und sei festen Willens, es demnächst vorzulegen.

Wie immer es auch mit diesem sozialpolitischen Programm, über das er wenn möglich noch mit Robert Schmidt<sup>7)</sup> sprechen wolle, sich gestalte, so sei er über eins klar: vor dem 5. Dezember<sup>8)</sup> müßte die Lage völlig bereinigt werden. Die heute vollständig mangelnde Fühlung zwischen Regierung und dem Parlament, namentlich auch den einzelnen Parteien, solle auf der ganzen Linie hergestellt werden. Wenn es bisher nicht geschehen sei, so trage daran seine eigene Überlastung und die Unerfahrenheit oder Ungeeignetheit seiner Mitarbeiter die Schuld.

Ich nahm diese Eröffnung über die preußische Wahlreform, sozialpolitisches Programm, Fühlungnahme usw. zur Kenntnis und suchte ihm dann klarzumachen, daß es damit allein nicht getan sei, daß vielmehr auch in den rein politischen Fragen eine Weiterbildung unerläßlich erscheint. Darauf erklärte der Kanzler, daß nach seiner Auffassung eine eigentliche Parlamentarisierung während des Krieges unmöglich sei. Er könne sie sich nur vorstellen als das Ergebnis eines großen Wahlkampfes, der unter diesem Zeichen geführt werden müsse. Dazu müßten erst die Feldgrauen wieder in die Heimat zurückgekehrt sein. Übrigens seien ja auch die Verhältnisse im Reichstag bei uns einer parlamentarischen Regierung wenig günstig: in den letzten Wochen sei der Block der Mehrheitsparteien bei den drei entscheidenden Anlässen des Schiffahrtsgesetzes<sup>9)</sup>, des

<sup>5)</sup> Preußischer Innenminister seit 5. 8. 1917.

<sup>6)</sup> Als Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes. Vgl. Schulthess 1917/I S. 744 und 928 f.

<sup>7)</sup> Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften und sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter.

<sup>8)</sup> Ursprünglich vorgesehener Termin für den Wiederezusammentritt des Reichstagsplenums. Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3938 f. (11. 10. 1917).

<sup>9)</sup> Der Entwurf „eines Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte“ wurde am 11. 10. 1917 vom Reichstag in dritter Beratung gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen. Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3878 f. und Schulthess 1917/I S. 895 f.

Nachtragsetats<sup>10)</sup> und des Mißtrauensvotums<sup>11)</sup> auseinandergefallen. Mit einer solchen Mehrheit könne er keine Parlamentarisierung durchführen, selbst wenn er sie sonst zurzeit für möglich halte. Angesichts der Unsicherheit des Mehrheitsblocks bleibe ihm auch garnichts anderes übrig, als sich doch immer noch mit einer Schulter nach rechts anzulehnen.

Ich habe natürlich nicht verfehlt, auf das Schiefe und Irrige dieser Auffassung hinzuweisen, ohne daß ich mir aber schmeicheln dürfte, einen erheblichen Eindruck auf den Mann gemacht zu haben.

Das Gespräch wandte sich dann den Personalfragen zu, indem Michaelis meiner und der Partei Ansicht über Helfferich erbat. Ich verfehlte nicht, ihn darauf hinzuweisen, daß mir eine solche Erkundigung reichlich spät zu erfolgen scheine, und daß sie wohl zweckmäßiger an einem früheren Zeitpunkt hätte erfolgen müssen. Im übrigen habe ich aber ganz ungeschminkt dargelegt, was wir an Herrn Helfferich auszusetzen haben und für meine eigene Person hinzugefügt, daß ich mir ein Zusammenarbeiten mit ihm nicht als ersprießlich vorstellen könnte. Ich fügte dem noch hinzu, daß ich ein Gerücht vernommen hätte, der Kanzler wolle sich durch Opferung von Capelle und Helfferich wieder regierungsfähig machen. Ohne auf die Sache näher eingehen zu wollen, möchte ich ihm doch andeuten, daß die Kernfrage dadurch kaum berührt werde.

Damit waren wir wieder auf dem Ausgangspunkt der ganzen Erörterung angelangt, nämlich bei der Frage, ob er selbst die Regierung weiterführen könne. Er sagte mir dann, daß er seine Reise nach Kurland<sup>12)</sup> nicht aufgeben wolle, weil er auf diese Weise ein paarmal Gelegenheit erhalte, stundenlang ganz allein die Dinge zu überlegen, wozu es in Berlin ihm an Möglichkeit fehle. Ein Kanzlerwechsel vor der Rückkehr des Kaisers<sup>13)</sup> sei überdies ausgeschlossen, und bis dahin hätten ja auch die verschiedenen Parteien noch Gelegenheit, unter sich die Frage zu erörtern. Er wünschte dann uns zu unseren Arbeiten in Würzburg besten Erfolg und bat mich noch einmal, in dem eingangs erwähnten Sinne mit darauf hinzuwirken, daß keine unbedingte Festlegung der Partei auf Oppositionsstellung ohne Rücksicht auf die Art der Regierung erfolge.

Ich kann wegen der dringend notwendigen Arbeiten an der Kommunalen Praxis<sup>14)</sup> erst am Montag abend in Würzburg eintreffen und sende Dir daher diese Aufzeichnungen, denen ich im übrigen wohl kein Wort hinzuzufügen brauche, und die Du mit der selbstverständlichen Diskretion nur im engeren Kreis verwenden wirst, durch Eilboten zu.

Auf Wiedersehen in Würzburg!

Mit freundlichem Gruß  
Dein

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 46 Anm. 10.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 6.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 49 Anm. 4.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 9 und Nr. 49 Anm. 5.

<sup>14)</sup> Südekum war Herausgeber der sozialdemokratischen Zeitschrift „Kommunale Praxis“.

## 51.

**13./16. 10. 1917: Mitteilungen Payers an Haußmann (Stuttgart)  
über seine Unterredung mit Reichskanzler Michaelis am 10. 10. 1917**

Nachlaß Haußmann 29, eigenhändig mit Bleistift, Aufzeichnung vom 13. 10. mit einem Nachtrag vom 16. 10. Überschrift: „Stuttgart 13. Okt.<sup>1)</sup> [19]17“.

Payer teilt mir mit[:]

Stresemann u. Trimborn haben nach unserem Beschluß od[er] Konstatierung v[om] 10. Okt. wonach je 1 Vorstand jeder der 4 Parteien k o l l e k t i v zu Michaelis gehen u. ihm g e m e i n s a m das Unhaltbare seiner Kanzlerschaft erklären sollten, abgesagt mitzugehen.<sup>2)</sup> Trimborn wolle in einigen Tagen allein gehen.<sup>3)</sup>

Payer wurde zum Reichskanzler gebeten in einer Spezialsache<sup>4)</sup> u. hat nach deren Erledigung offen seine Ansicht über die Unhaltbarkeit der Lage u. des Ministeriums mitgeteilt.<sup>5)</sup> Natürlich habe das namens eines Einzelnen nicht so nachdrücklich geschehen können wie wenn 4 Parteivorstände [. . .]<sup>6)</sup> gekommen wären. Aber er habe für jeden politisch Fühlenden keinen Zweifel über alle Konsequenzen gelassen, die sich in dieser Lage nicht abweisen lassen. Michaelis habe immer vom letzten Anlaß<sup>7)</sup> gesprochen u. Capelle die Schuld gegeben, während er, Payer, einen Überblick über die ganze Entwicklung seit Juli gegeben habe.

Nachher am 16. Okt. teilte mir Payer telephon[jisch] mit, Helfferich habe soeben telegraphisch<sup>8)</sup> bei ihm angefragt, ob Michaelis ihm (Payer) den stellvertretenden

<sup>1)</sup> Haußmann schrieb Delbrück am 11. 10. 1917 (vgl. Haußmann S. 148), er wolle noch „bis morgen abend“ in Berlin bleiben. Die Nachschrift zu dem als Nr. 52 abgedruckten Brief an Payer verzeichnet jedoch noch für den 13. 10., 7 Uhr 30 morgens, ein Telephongespräch mit Kurt Hahn, so daß mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß Haußmann zu diesem Zeitpunkt die Reise nach Stuttgart noch nicht angetreten hatte.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 48 bes. auch Anm. 11.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 53, Nr. 55a—c und Nr. 55e.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 17.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 48 und Nr. 107.

<sup>6)</sup> Im Or. unleserliches Wort; könnte nach dem Schriftbild „allein“ heißen, was jedoch keinen Sinn ergäbe.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 5.

<sup>8)</sup> S. die Ausfertigung des Telegramms vom 16. 10. 1917 im Nachlaß Payer 6: „BZ am Mittag schreibt heute im Anschluß an Ausführungen Börsenzeitung von heute vormittag, in politischen Kreisen sei Nachricht verbreitet, Reichskanzler habe dem Vorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei Herrn von Payer die Stelle des Vizekanzlers angeboten. Ich darf anheimstellen, ob Sie dieses sehr positiv auftretende Gerücht, das mir auch gestern schon von ernsthafter Seite zugetragen worden ist, von sich aus berichtigen wollen. Erbitten Antwort als Reichsdiensttelegramm. Staatsminister Dr. Helfferich.“

Kanzlerposten angeboten habe, wie in der B.Z.<sup>9)</sup> stehe, er (Payer) habe dies wahrheitsgetreu verneint.<sup>10)</sup>

<sup>9)</sup> „Berliner Zeitung am Mittag“.

<sup>10)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 19. 10. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 18. 10.): „Der Reichstagsabgeordnete v. Payer hat das Gerücht, ihm sei vom Kanzler die Stelle des Vizekanzlers angetragen worden, in einer Form, die Zweifel eigentlich nicht zuläßt, als jeder Begründung entbehrend bezeichnet. Die Verbreiter des Gerüchtes, die daraus ganz bestimmte Folgerungen auf die Unhaltbarkeit der Stellung des Reichskanzlers und seines Stellvertreters hergeleitet hatten, bleiben trotzdem dabei, daß Dr. Michaelis seinen unter vielen Mühen vom Reichstage bewilligten Vizekanzler preisgeben wollte, um sich zu halten. Ob er den Posten Herrn v. Payer oder einem anderen angeboten habe, sei gleichgültig . . . Man darf sicher sein, daß er ihn niemanden angeboten hat.“

## 52.

## 14. 10. 1917: Haußmann an Payer (Stuttgart)

Nachlaß Haußmann 29, Abschrift von fremder Hand (mit Bleistift), mit einer eigenhändigen Nachschrift. Überschrift: „14. X. [19]17 / Abschrift! / an Geh.Rat v. Payer M.d.R.“

Lieber Freund, die Dinge sind [zu sehr] im rollen, als daß, wie Helfferich meinte<sup>1)</sup>, die Rückkehr aus Byzanz<sup>2)</sup> abgewartet werden kann.

Ludendorff trifft heute in Berlin ein. Er kennt genau die Auffassung der Linken.<sup>3)</sup> Prof. Delbrück, den ich als staatsmännisch u. frei in diesen Wochen kennen lernte, besitzt meinen Brief über die communis opinio aller Parteien u. Staatssekretäre von der Unhaltbarkeit des Ministeriums Michaelis.<sup>4)</sup> Die Nachfolger-Namen, die genannt werden, habe ich ohne Kommentar aufgezählt.<sup>5)</sup> Den Deinen habe ich unterschlagen, weil mein Brief an das Zivilkabinett (in Sofia)

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 49.

<sup>2)</sup> D. h.: die Rückkehr des Kaisers von seiner Reise in die Türkei und nach Bulgarien. — Vgl. Nr. 49 Anm. 5.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 45.

<sup>4)</sup> In dem bereits mehrfach zitierten Brief an Delbrück vom 11. 10. 1917, abgedruckt bei Haußmann S. 146 ff., heißt es: „Der Kanzler Michaelis gilt bei sämtlichen Parteien — bei der konservativen habe ich nur Vermutungen — und allen ihren einzelnen Mitgliedern als absolut unhaltbar und unmöglich. Dieselbe Auffassung herrscht in allen Ressorts bis hinauf zu den Staatssekretären und Ministern. Ein Hereinnehmen von neuen Personen ist ausgeschlossen, weil Persönlichkeiten nicht mehr beitreten werden.“

<sup>5)</sup> Der Brief selbst enthält in der abgedruckten Fassung (s. vorige Anm.) keine Namen von Kanzlerkandidaten. — Vgl. zu dieser Frage Haußmann S. 148 f. (Brief an seinen Sohn Robert vom 21. 10. 1917): „Fürst Bülow bemüht sich krampfhaft und hat in seiner längst wuselnden Klientel u. a. auch Herrn Erzberger, wenn auch wohl nur zu einundfünfzig Prozent. Weiter ambitioniert Kühlmann, der dem Innern wohl nicht gewachsen ist, Helfferich, der zu viel Gegnerschaft und zu wenig Richtung hat, Solf, der im Ausland akkreditiert ist, aber zu wenig Kraftproben gegeben hat. Die Lösung, die ich Dir nannte, ist die beste geblieben.“

Ich bin mit Payer und [Friedrich] Naumann entschieden für diese Lösung [d. h. für eine Kanzlerschaft des Prinzen Max]. Es wäre ein neuer Abschnitt.“

abgesandt wurde<sup>6)</sup>, u. weil in dem Begleitschreiben Delbrücks zweifellos bemerkt sein wird, daß der Vetter des Professors Alt-Staatssekretär Delbrück<sup>7)</sup> ihm auf Ratserholung erklärt habe, „aus dem Parlament kommt nur ein Mann in Frage: Payer.“

Es ist nicht bloß möglich, sondern wahrscheinlich u. beabsichtigt, den Prinzen Max von Baden zu ersuchen, seinen Rat zu geben u. dieser wird dann Parlamentarier zu Rat ziehen.

Wiederum wahrscheinlich ist es, daß die Befragten Payer, Fehrenbach, Schiffer u. David sein werden.

Von weiterem rede ich nicht, um nicht in den Verdacht der politischen Romanschriftstellerei bei Dir zu geraten.

Mit Kühlmann hatte ich vor 8 Tagen gesprochen. Er sagte mir, er werde über Elsaß-Lothringen reden, um die Franzosen in diesem Stadium zu desillusionieren. Ich sagte ihm, daß ich das von links her auch beabsichtige. Darauf erwiderte er: „das ist sehr gut, dann kann ich es leiser tun, was viel nützlicher ist.“ Ich machte darauf mit ihm einen Pakt, daß ich die Forderung Asquiths<sup>8)</sup> auf Herausgabe von Elsaß-Lothringen als „Kampfansage auf Tod u. Leben“ bezeichnen und zurückweisen werde, was er ausdrücklich billigte u. bis Dienstag<sup>9)</sup> vergessen hat. Zuletzt sprach ich ihn kurz vor seiner Rede<sup>10)</sup> u. sagte ihm, was er bezweifelte, daß ihn in Sofia das Telegramm von der „schwersten Kanzlerkrisis“ erreichen werde<sup>11)</sup>, dann soll[e] er ja dem Kaiser die Wahrheit von ihrer Unheilbarkeit nicht verschweigen. Ich sagte ihm auch, daß er papabilis sei, aber mehr Autorität im A.A., wie als Kanzler habe.

Das Auswärtige Amt sagt, sie seien von meiner Rede<sup>12)</sup> überrascht, sie „habe ihnen einen großen Dienst getan.“ Sie erscheint in Rohrbachs „Deutscher Politik“<sup>13)</sup> u. das Amt hat 1000 Exemplare davon bestellt.

M[it] Gr[uß]  
Dein Nac.<sup>14)</sup>

NB. Am 13. Okt. früh 7<sup>30</sup> telephonierte mir K. Hahn die Tatsachen, die hier berichtet sind u. frug mich ob ich mich mit seiner Idee Payer als Vizekanzler

<sup>6)</sup> Vgl. Anm. 2 sowie für die Richtigstellung der Behauptung Haußmanns Nr. 48 Anm. 9 und Nr. 107 Anm. 37.

<sup>7)</sup> Klemens (seit 1916: von) Delbrück, 14. 7. 1909 bis 22. 5. 1916 Staatssekretär des Reichsamts des Innern.

<sup>8)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 337 f. und 341 f.

<sup>9)</sup> 9. 10. 1917. Für die Reichstagsrede Kühlmanns vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3811 ff.

<sup>10)</sup> Kühlmann behauptet, noch beim Verlassen des Reichstags am 9. 10. 1917 mit Haußmann gesprochen zu haben. Vgl. Nr. 48 Anm. 9.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 9.

<sup>12)</sup> Am 10. 10. 1917. Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3822 ff. — Zur Entstehungsgeschichte vgl. Nr. 45 bes. auch Anm. 4.

<sup>13)</sup> „Deutsche Politik“, hrsg. von Ernst Jäckh, Paul Rohrbach und Philipp Stein, Jg. 2, 1917/II, S. 1342 ff., unter dem Titel „Die Schuldigen am Kriege“.

<sup>14)</sup> Die Zwillinge Friedrich (gest. 1907) und Conrad Haußmann wurden im engen Familien- und Freundeskreis mit ihren Kinderspitznamen Nic und Nac genannt. Vgl. auch Erich Dombrowski, „Nic und Nac“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8. 2. 1957.

zu berufen einverstanden erklären könne. Ich erklärte ihm, daß dies seit zwei Tagen mein eigener Gedanke sei, weil Payer kein Ressortportefeuille annehmen werde u. als Vizekanzler dem Ministerium Max die demokratische Farbe u. Sprache geben werde. Ich trug noch andere Männer auf die Liste, ich schlug Fehrenbach, Ebert u. Junck vor, er erklärte, es sei einfacher Schiffer aufrücken zu lassen u. Ebert nicht der Fraktion zu entziehen. C H

## 53.

17. 10. 1917: Trimborn berichtet Erzberger über seine Unterredung  
mit Reichskanzler Michaelis am 12. Oktober

Nachlaß Erzberger 22, maschinenschriftl. Reinschrift und maschinenschriftl. Entwurf mit eigenhändigen Bleistiftkorrekturen und Ergänzungen.<sup>1)</sup> Überschrift: „Unterredung mit Geheimrat Trimborn am 17. Oktober 1917“.

Geheimrat Dr. Trimborn referierte über seine Besprechung mit dem Reichskanzler am Freitag, den 12. Oktober.

Der Reichskanzler habe ihn um  $\frac{1}{2}$ 8 Uhr zu sich gebeten, da er am Samstag verreise.<sup>2)</sup> Geheimrat Trimborn erklärte, daß er dem Reichskanzler über die Gesamtsituation erschöpfenden Bericht erstattet habe, mit der Erklärung, daß so wie bisher die Geschäfte des Reichs nicht weiter geführt werden könnten, wenn nicht das deutsche Volk unheilbaren Schaden erleiden sollte. Der Reichskanzler erwiderte, daß er auch dieser Auffassung sei, er glaube aber, daß er der Situation Herr werden würde. Er wolle mit den einzelnen Parteien ein bestimmtes, erschöpfendes Programm verabreden und nach diesem arbeiten.<sup>3)</sup> Bis Dezember werde er für volle Klarheit sorgen.<sup>4)</sup>

Geheimrat Trimborn erwiderte, daß zur Erreichung dieses Zieles auch Opfer gebracht werden müßten. Der Reichskanzler meinte, das sei gewiß, aber nur so weit, wie Staatsnotwendigkeiten nicht in Betracht kämen.<sup>5)</sup> Geheimrat Trimborn antwortete, das sei selbstverständlich, die Sozialdemokraten verlangten auch keinerlei derartige<sup>6)</sup> Opfer. Es müßte aber in Erwägung gezogen werden,

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 289 sowie Nr. 55a—c und Nr. 55e.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 49 Anm. 4.

<sup>3)</sup> Vgl. Erzberger S. 289: Michaelis habe Trimborn erklärt, „er sei überzeugt, daß er der Gesamtsituation Herr werden würde; er wolle mit den einzelnen Parteien ein bestimmtes Programm verabreden und bis Dezember volle Klarheit schaffen; er würde auch das persönliche Opfer seines Rücktritts bringen, wenn er zu der Überzeugung komme, daß er seiner Stellung nicht gewachsen sei; doch rechne er auf ein gutes Zusammenarbeiten mit dem Reichstag; mit der Führerschaft der Sozialdemokratie [sic!] habe er bereits Rücksprache genommen.“

<sup>4)</sup> Der letzte Satz im Entwurf eigenhändig.

<sup>5)</sup> Im Entwurf ursprünglich: „wie eine Staatsnotwendigkeit in Betracht komme“; eigenhändig korrigiert.

<sup>6)</sup> Im Entwurf ursprünglich: „sonstige Opfer“; eigenhändig korrigiert.

daß unter Umständen persönliche Opfer zu bringen seien. Auch der Reichskanzler selbst müßte sich mit dem Gedanken tragen, ein persönliches Opfer zu bringen. Falls der Reichskanzler zu der Überzeugung gelange, daß er nicht geeignet sei, die Geschäfte weiter zu führen, müßte er sein Amt niederlegen.

Der Reichskanzler erwiderte, er würde dieses Opfer<sup>7)</sup> auch bringen, wenn er zur Überzeugung komme, daß er seiner Stelle nicht gewachsen sei.<sup>8)</sup> Er habe schon die einleitenden Maßnahmen getroffen, um ein gutes Zusammenarbeiten von Reichstag und Reichsregierung herbeizuführen. Er habe auch die Hoffnung, daß es dazu kommen werde. Mit einem der Führerschaft der Sozialdemokraten nicht angehörigen Abgeordneten<sup>9)</sup> habe er bereits eine Aussprache gehabt. Den Namen des Abgeordneten<sup>10)</sup> nannte der Reichskanzler nicht.

Der Reichskanzler betonte, daß er vollkommen auf dem Boden der Reichstagsresolution vom 19. Juli stehe, er sei auch Anhänger des gleichen Wahlrechts und werde dies mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck bringen. Einen Kampf auf diesem Gebiet scheue er nicht. Geheimrat Trimborn meinte, daß von Seiten des Zentrums nichts besonderes mehr zu unternehmen sei, man könne die Verhältnisse ruhig sich entwickeln lassen.

Der Reichskanzler erklärte auch, wenn er jetzt zurücktrete, wer denn dann sein Nachfolger werden solle? Wenn wieder ein Beamter komme, so gerate dieser zweifellos in dieselbe Situation wie er.<sup>11)</sup>

Trimborn meinte, daß die Zentrumspresse nur referierend über die Vorgänge in der übrigen Presse sich verhalten soll. Der überreife Apfel werde von selbst abfallen. Graf Roedern als Nachfolger sei ihm<sup>12)</sup> aber gar nicht angenehm und verdiene keine Unterstützung.

---

<sup>7)</sup> Im Entwurf ursprünglich: „das Opfer“; eigenhändig korrigiert.

<sup>8)</sup> Im Entwurf ursprünglich: „wenn er zu dieser Überzeugung käme.“ — Eigenhändig korrigiert und ergänzt.

<sup>9)</sup> S. dagegen Anm. 3.

<sup>10)</sup> Südekum. Vgl. Nr. 50.

<sup>11)</sup> Der folgende Absatz im Entwurf eigenhändig.

<sup>12)</sup> Michaelis. Vgl. Nr. 55a. b.

54.

20. 10. 1917: Erzberger an Fehrenbach (Freiburg i. Br.)

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Kollege,

Ihre Depesche habe ich erhalten. Hoffentlich ist die Erkältung nicht schlimm und stellt nur einen vorübergehenden Zustand dar.

Aus allen Fraktionen der Mehrheitspartei heraus wurde die Sitzung<sup>1)</sup> gewünscht. Ich werde Sie über den Verlauf der Sitzung wenn nötig telegraphisch auf dem Laufenden halten. Sollte die große Krisis kommen, womit ich zur Stunde rechne, so werde ich dringend depeschieren, damit Sie doch, wenn Ihre Gesundheit es gestattet, hierher kommen möchten. Es steht dann zu viel auf dem Spiele. Bestimmtes kann derzeit nicht gesagt werden, da alles von der Rückkehr des Kaisers<sup>2)</sup> abhängt.

Mit herzlichem Gruß

Mitglied des Reichstags.

<sup>1)</sup> Der Interfraktionelle Ausschuß war zum 22. 10. 1917 einberufen worden. Liesching richtete am 20. 10. aus Berlin folgendes Telegramm an Haußmann in Stuttgart (Ausfertigung im Nachlaß Haußmann 26): „Ich habe für Dich Einladung zum Sowjet auf Montag 11 Uhr erhalten. Wenn Du nicht kommst, werde ich hingehen.“

<sup>2)</sup> Von seiner Reise nach Bulgarien und in die Türkei, 11.—21. 10. 1917. Vgl. Schulthess 1917/I S. 895 und 1917/II S. 824 und 833.

## 22. 10. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

55a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Sitzung vom 22. Oktober  
1917. Arbeiter- und Soldatenrat.“<sup>2)3)</sup>

Trimborn leitet die Verhandlungen.<sup>5)</sup>  
Trimborn: Ursprünglich in corpore hinzugehen.<sup>6)</sup> Dann ist das unterlassen worden. Einzelne Herren sind dagewesen. Berichtet über sein Gespräch mit Michaelis.<sup>7)</sup> Hatte die Fraktion nicht gefragt, aber Stimmung genau gekannt: unter keinen Umständen Ministerstürzerei. Danach auch Verhalten eingerichtet. Nicht gesagt, daß er gehen müsse. Aufs äußerste unzufrieden mit der gegenwärtigen Lage. Er sehe ein, daß große Schwierigkeiten ent-

55b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung  
vom 22. Oktober 1917.“<sup>3)</sup>

Anwesend: Trimborn, Erzberger, Rießler, Richthofen, Junck, Keinath, Stöve, Fischbeck, Haußmann, Südekum.<sup>4)</sup>

Den Vorsitz führt Trimborn.<sup>5)</sup> T. berichtet zunächst über seine Unterredung mit dem Kanzler.<sup>7)</sup> Er hatte vorher seine Fraktion nicht gefragt, kannte aber Stimmung genau: das Zentrum wollte unter keinen Umständen Ministersturz betreiben. Danach Verhalten eingerichtet und nicht etwa gesagt, daß M. gehen müsse, aber ausgedrückt, daß seine Partei aufs äußerste unzufrieden mit gegenwärtiger Lage sei. M. erklärte, er sähe ein, daß große Schwierigkeiten entstanden seien, schob

55c: Nachlaß Haußmann 26, 2 Teilniederschriften, eigenhändig mit Bleistift.<sup>1)</sup>  
Überschriften: „I. A. 22. Oktober 1917 I“  
und „I. A. 22. Okt. 1917 II“.<sup>3)</sup>

Trimborn: Am 12. Oktober<sup>7)</sup> / Wir waren der Meinung gemeinsam hinzugehen<sup>6)</sup> / Wir haben den Vorbehalt gemacht, die Fraktion zu fragen. Dazu war es mir zu heikel / Ich habe mich informiert  
Ich sagte ihm, das wir mit der gegenwärtigen Lage aufs Äußerste unzufrieden seien.  
Er schob auf Capelle.<sup>8)</sup>  
So kann die Sac[he]  
Ich werde alles daransetzen um Klärung zu schaffen bis 5. Dez.<sup>9)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 55d und e.

<sup>2)</sup> Vgl. Haußmann S. 112 (Tagebuchaufzeichnung vom 10. 7. 1917: Liesching habe den interfraktionellen Konferenzen den Namen „Arbeiter- und Soldatenrat“ beigelegt); Scheidemann, Zusammenbruch S. 92 (Tagebuchaufzeichnung vom 14. 7. 1917: „... Arbeiter- und Soldatenrat, wie wir scherzhafterweise die Konferenzen der Vertreter der Mehrheitsparteien nennen“); Westarp II S. 349 („im parlamentarischen Jargon“).

<sup>3)</sup> Sitzungsbeginn 11 Uhr, vorm. Vgl. Nr. 54 Anm. 1 und Nr. 55d. S. ferner Nachlaß Südekum 15, Telegramm Frau Südekums an ihren Mann (Würzburg) vom 19. 10. 1917: „Montag 11 Uhr interfraktion[elle Sitzung] Erz[berger] wünscht Deine Anwesenheit.“

<sup>4)</sup> Außer den Genannten nahmen noch Stresemann und Liesching an der Sitzung teil.

<sup>5)</sup> Wegen der Erkrankung Payers. Vgl. Haußmann S. 150.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 48 bes. auch Anm. 11.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 53.

<sup>8)</sup> Vgl. Anm. 30; ferner Nr. 51 und Nr. 107.

<sup>9)</sup> S. Nr. 50 Anm. 8.

standen seien, schob alles auf Capelle<sup>8)</sup>, mehr als begründet. So kann die Geschichte nicht bleiben: unter allen Umständen müssen Sie Wandel schaffen. Alles daransetzen, um Klarheit zu schaffen; er wollte alles tun. Sie müßten sich mit der Sozialdemokratie stellen, denn ohne die geht es absolut nicht. Das sei selbstverständlich. Da müsse er seiner Meinung nach gewisse Opfer bringen. Bestimmte Marschroute fixiert werden. Festes Programm. Erster Punkt Klarheit in Elsaß-Lothringen.<sup>10)</sup> [Trimborn] sagte: Für die Klärung der Situation müssen Sie jedes Opfer bringen. Wenn das notwendig ist, dann müssen Sie eventuell auch gehen. Eindruck: Er muß zur Klarstellung kommen, oder daß er selbst geht. Dann kam er auf den Nachfolger. Scheint von Roedern die Meinung zu haben, daß er nicht mehr ist als er selbst.

**Südekum:** berichtet ebenfalls.<sup>12)</sup>

das aber mehr als begründet auf Capelle.<sup>8)</sup> Trimborn verlangte gründlichen Wandel, an den alles gesetzt werden müsse, auch der Abgang des Kanzlers. M. versprach alles zu tun. T. legte dar, daß es wesentlich auf das Verhältnis des Kanzlers zur Sozialdemokratie ankomme. Ohne ein solches gutes Verhältnis sei die Politik absolut nicht zu führen. M. sagte, das sei selbstverständlich für ihn, und er sei auch bereit, um das Ziel zu erreichen, gewisse Opfer zu bringen. Es müßte eine bestimmte Marschroute fixiert werden, ein festes Programm. 1. Punkt sei Elsaß-Lothringen.<sup>10)</sup> Trimborns Eindruck im ganzen: M. weiß, daß Klarheit geschaffen werden muß, oder daß er selbst gehen muß. Bei der Besprechung etwaiger Nachfolger erklärte M. K.<sup>11)</sup> für unmöglich, Roedern nur für einen Notbehelf, nicht besser als er selbst, da ebenfalls Beamter.

**Südekum** berichtet danach ebenfalls über die Unterredung mit dem Kanzler.<sup>12)</sup>

Sie müssen [versuchen,] sich mit den Soz. Dem. in Verbindung zu setzen.

Er sehe ein, daß er da Opfer bringen [müsse] u. eine feste Marschroute, ein Programm

Es muß jedes Opfer von Ihnen gebracht werden.

Kühlmann unmöglich.

**Südekum:** Ich kam nach Trimborn.<sup>12)</sup> Er bat mich her, weil Ebert zu schroff gewesen sei.<sup>13)</sup> Ich nur als Privatperson. Kernfrage, sagte ich, sei sein Verbleiben. Er sagte mir: Ich sehe ein, daß schwere Fehler gemacht sind u. daß meine Stellung unhaltbar ist, wenn nicht Änderung einträte. Er glaube aber die Mittel in der Hand zu haben um Klärung herbeizuführen.

Schuld: Capelle<sup>8)</sup> der über seinen Rahmen gegangen [sei].<sup>14)</sup>

Meinen Sie daß mein Rücktritt nötig / Es wäre mir schmerzlich zurücktreten zu müssen, bevor ich das ausgeführt.

Ich halte die Nachfolge Bülow's für eine politische Absurdität.

Kühlmann Bayer! Aber ich werde das preuß. Landtagswahlrecht durchführen, ich kann es, ich kenne die Landräte. Ich muß doch immer mit einer Schulter mich an Konservativen anlehnen können u. kann daher nicht eine Politik der Mittelparteien machen.

Ich habe mich durchgerungen zu der Überzeugung, daß eine andere Politik als die der Resolution v[om] 19. Juli nicht möglich ist / Dieselbe Ansicht hat Kühlmann.

Ich will vor den Reichstag treten mit einem sozialdemokr. Programm.

Ich frug<sup>15)</sup>, er sagte Näheres kann ich [nicht] sagen, ehe ich mit Schwander sprach, den ich erst 2mal sprach.

Wünschte guten Erfolg auf dem Parteitag.<sup>16)</sup> Wenn Sie mein Verbleiben nicht für möglich halten, bitte ich es mir zu sagen.

**Stresemann:** Im Vorstand der Fraktion<sup>17)</sup> über Kanzlerwechsel gesprochen. Einmütig: Sachlich die Lage unmöglich, der

**Stresemann** teilt mit, daß im Vorstand und in der Fraktion<sup>17)</sup> über Kanzlerwechsel gesprochen und einmütig fest-

**Stresemann:** Wir wollten nicht durch ein gemeinsames Votum stürzen.<sup>18)</sup> Ich habe es verschoben, weil Trimborn

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 24, Nr. 28 Anm. 9 und Nr. 34 Anm. 19.

<sup>11)</sup> Kühlmann.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 50.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 8.

<sup>14)</sup> Im Or.: „sind“.

<sup>15)</sup> Südekum erkundigte sich nach dem Stande der geplanten sozialpolitischen Maßnahmen, die in das Ressort Schwanders fielen. Vgl. Valentini S. 175 über sein Gespräch mit Michaelis am 22. 10. 1917,

der gehofft habe, „durch die Vermittlung der Gewerkschaftsführer auf die Führer der sozialdemokratischen Partei . . . zu seinen Gunsten einwirken zu können.“ Ferner Westarp II S. 491 f.; Helfferich S. 508; Brecht S. 102.

<sup>16)</sup> Sozialdemokratischer Parteitag in Würzburg vom 14.—20. 10. 1917.

<sup>17)</sup> Es läßt sich nicht entscheiden, welche der beiden Versionen die sachlich zutreffende ist.

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 11 und Nr. 106.

Mann kann nicht mehr erscheinen. Vermeiden: Mehrheitsparteien ihn zu stürzen.<sup>18)</sup> Dann kam auch die Frage der Nachfolge. Stresemann würde ihm zum Ausdruck gebracht haben, daß er unmöglich vor dem Parlament erscheinen könne. Er müsse Initiative ergreifen, damit Kaiser Zeit hat, sich mit den Fraktionen zu verständigen. Die Berichte verschieben den Eindruck sehr zuungunsten. Er muß sich sagen, daß er auf diese Weise mit der Sozialdemokratie nicht wieder zurechtkommt. Das wird ein viel schlimmerer Zusammenbruch als die letzten Szenen.<sup>24)</sup> Ob er die preußische Wahlreform machen kann, das ist noch sehr die Frage. Deshalb der Meinung, daß man darauf hinwirken müsse, daß er vor dem Reichstag zurücktritt.

**Haußmann:** Payer war beim Kanzler<sup>25)</sup> und hat ihm unsere Auffassung mitgeteilt.

gestellt sei, aus sachlichen Gründen könne M. nicht mehr vor dem Reichstag erscheinen. Vermieden solle aber der Anschein werden, als ob die Mehrheitsparteien ihn stürzten.<sup>18)</sup> Bei einer für den 23. Oktober<sup>21)</sup> in Aussicht genommenen Unterredung will Stresemann zum Ausdruck bringen, daß M. unmöglich noch einmal vor dem Parlament erscheinen könne; er müsse vielmehr die Initiative ergreifen, damit der Kaiser Zeit habe, sich nach einem Nachfolger umzusehen und dabei die Fraktionen zu hören. Die beiden gehörten Berichte hätten seinen ungünstigen Eindruck von M. noch verstärkt. Der Kanzler müsse sich sagen, daß er auf diese Weise mit der Sozialdemokratie nicht wieder zurechtkommen könne, und das sei ein viel schlimmerer Zusammenbruch als die letzten Szenen im Reichstag.<sup>24)</sup> Es sei auch noch sehr die Frage, ob M. die preußische Wahlreform machen könne. Deshalb müsse man darauf hinwirken, daß er schleunigst abtrete.

sagte, er gehe in nächster Woche; als ich ihn<sup>19)</sup> anrief, war er in Kurland.<sup>20)</sup> Ich hätte ihm gesagt, daß es unmöglich<sup>22)</sup> ist, daß er am 5. Dez.<sup>9)</sup> wieder vors Parlament trete u. der Krone die Freiheit<sup>23)</sup> schaffen müsse, wegen des Nachfolgers. Seine ganze Politik leidet an Unwahrheit.

**Haußmann:** Payer war dort<sup>25)</sup>, hat freundschaftlich in der Form, aber sehr bestimmt in der Sache die Ansicht ihm mitgeteilt, die wir alle am 10. Okt. gemeinsam hatten.

Es ist bedauerlich, daß Unklarheit dadurch eintrat, daß nicht kollektiv gehandelt wurde / Wir haben Einigkeit über die Unhaltbarkeit u. über die Notwendigkeit.

**Südekum:** trägt noch nach, daß der Kanzler falsche Schlüsse gezogen hat aus dem Nichteintreten der „Drohung“ der vier Parteien.<sup>19)</sup>

**Richthofen:** Eigenartiges Verhalten in der Sache Capelle.<sup>8)</sup> Aus allen Gründen ist Rücktritt von Capelle<sup>20)</sup> nicht zugänglich, nicht im Interesse der Sache. Darüber hat auch der Admiralstab den Kaiser nicht im Zweifel gelassen. Stresemann will morgen zum Reichskanzler gehen.

**Erzberger:** Der Kanzler hat nicht den Eindruck, daß er sein Abschiedsgesuch einreichen sollte. Bei sämtlichen Bundesstaaten<sup>27)</sup> hat man aber den Eindruck, daß es geschehen müsse!

**Trimborn:** Zur jetzt geschaffenen Situation. Wie läuft das Duell Michaelis-Capelle aus? Die Militärs und die Marine,

**Richthofen** weist auf das üble Verhalten von M. in der Sache Capelle hin.<sup>8)</sup> Aus vielen Gründen sei Capelles Rücktritt<sup>20)</sup> zurzeit nicht nützlich, darüber habe auch Admiralstab den Kaiser nicht im Zweifel gelassen.

**Erzberger:** Der Kanzler hat nicht den Eindruck, daß er seinen Abschied nehmen müsse, wohl aber habe man in sämtlichen Bundesstaaten<sup>27)</sup> den Eindruck, daß es schnell sein müsse.

**Trimborn** sagt, unter diesen Umständen sei Ausgang des Duells M.[-]C. von Wichtigkeit. Militär und Marine auf Seiten

**Südekum:** Aus dem Wegbleiben der Deputation<sup>6)</sup> schloß er, daß man davon abgekommen sei.

**Richthofen** fragt Stresemann.

**Stresemann** sagt, er gehe morgen hin.<sup>21)</sup>

**Liesching:** Payer hat am 10. abends bei dem Kanzler<sup>25)</sup> gesagt, daß am anderen Tag die Vertreter der 4 Parteien zu ihm kommen werden.<sup>9)</sup>

<sup>19)</sup> Michaelis.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 49 Anm. 4.

<sup>21)</sup> Stresemann suchte den Kanzler noch am 22. 10. 1917, abends, auf. Vgl. Nr. 57a—c.

<sup>22)</sup> Im Or. gestr.: „unhalt[bar]“.

<sup>23)</sup> Im Or. gestr.: „geben“.

<sup>24)</sup> Am 9. 10. 1917 im Plenum. Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 5, 8, 9 und 14.

<sup>25)</sup> Am 10. 10. 1917. Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 17 und Nr. 51.

<sup>26)</sup> Capelle hatte am 13. 10. 1917 seinen Rücktritt angeboten. Vgl. Schulthess 1917/I S. 906.

<sup>27)</sup> Vgl. Helfferich S. 508 (über die Stellungnahme des Grafen Lerchenfeld).

Holtzendorff<sup>28)</sup> und Ludendorff, stehen auf der Seite von Capelle. Michaelis wird dabei wohl den Kürzeren ziehen. Deshalb werden weitere Bemühungen bei Michaelis, ihn zu stürzen, unnötig sein, denn es ist besser, wenn er [durch]<sup>29)</sup> sich selbst fällt.

**Stresemann:** Auch Stellung von Capelle ist unhaltbar! Unterredung zwischen Capelle und Michaelis wegen Vossischer Zeitung!<sup>30)</sup> Der Kaiser wird die Parteiführer zusammenberufen.<sup>31)</sup> Die Herren sollten sich dann auch beim Kaiser offen aussprechen.

**Haußmann:** Die Frage Michaelis ist reif. Nach dieser Seite hin brauchen wir nicht mehr zu schieben. Wenn Stresemann sagt, daß alles so geblieben ist wie am 10. dieses Monats<sup>6)</sup>, dann ist wichtiger Boden gegeben, daß bei der Neubesetzung auch der Reichstag nicht umgangen werden kann.

Capelles. M. werde wohl den kürzeren ziehen, und es bedürfe keiner besonderen Anstrengungen, um seinen Sturz herbeizuführen.

**Stresemann** verweist darauf, daß auch C. Stellung unhaltbar sei. Zwischen C. und M. habe es eine Unterredung wegen einer Notiz in der Vossischen Zeitung<sup>30)</sup> gegeben, worin C. vorgeworfen worden sei, seine Instruktionen überschritten zu haben. Sie habe nur aus drei Sätzen bestanden: C.: „Stehen Sie hinter der Notiz in der Vossischen Zeitung?“ M.: „Ja wohl.“ C.: „Dann erkläre ich Sie für einen ganz illoyalen Menschen.“

Darauf sei C. abgegangen und habe ein motiviertes Abschiedsgesuch eingereicht<sup>28)</sup>, in Wirklichkeit eine Anklageschrift gegen M.

Nach seiner Information werde der Kaiser die Parteiführer zusammenberufen.<sup>31)</sup> Diese sollten sich dann aber auch beim Kaiser offen aussprechen, was nur bei Einzelunterredungen möglich sei.

**Haußmann:** Besonderer Druck gegen M. scheine nicht mehr nötig. Wenn Stresemann ihm sage, daß noch alles so sei wie am 10. Okt.<sup>6)</sup>, werde selbst M. begreifen, daß er gehen müsse. Das Wichtigste sei, daß bei der Neubesetzung Reichstag nicht umgangen werden könne.

**Stresemann:** auch Capelle ist auch unhaltbar.

Ich<sup>31)</sup> frage Sie<sup>32)</sup>, ob Sie die Notiz in der Voß<sup>30)</sup> veranlaßten / Ja / Dann sage ich Ihnen daß ich Sie für einen ganz illoyalen Mann halte.

Parteiführer sollen vom Kaiser empfangen werden<sup>33)</sup> / Eventuell sollte

**Haußmann:** [Stresemann] soll hin u. sagen, daß die Auffassung heute genau so ist wie am 10. Okt.<sup>6)</sup> damit aus der Nichtausführung keine falschen Schlüsse gezogen [werden]<sup>34)</sup> / Dadurch wird die Beratung des Kanzlers als Pflichtenkreis des Parlaments betont u. damit präjudiziell

**Erzberger:** Könnte Stresemann nicht schon heute hingehen?<sup>28)</sup> Morgen könnte es schon zu spät sein. Das Entscheidende ist nicht, ob der Kaiser die Parteiführer hört, sondern wir sollten darauf bestehen, daß der neue Mann mit uns spricht! Praktisch kann man mit dem Kaiser nicht viel machen. Wir müssen mit dem neuen Mann ein Programm bis zum Kriegsende aufstellen. Das können wir mit dem Kaiser nicht erreichen, wohl aber mit dem neuen Mann. Haben wir die Möglichkeit, uns materiell zu einigen über den Nachfolger? Können wir uns nicht auf eine Liste einigen?

**Richthofen:** Angelegenheit Capelle. Warnt davor, die Frage mit in Angriff zu nehmen; das muß Sache des Nachfolgers sein.

**Keinath:** Wir bringen keine Lösung der Krisis, wenn wir nicht das ganze Ver-

**Erzberger** wünscht, daß Stresemann schon heute<sup>21)</sup> zu M. gehe, weil morgen vielleicht zu spät. Entscheidend sei nicht, ob Kaiser Parteiführer höre, sondern daß wir darauf bestehen, der neue Mann müsse mit uns sprechen. Programm mit dem neuen Mann bis zum Kriegsende. Das könne man vom Kaiser nicht, wohl aber vom neuen Kanzler erreichen. Könnten wir uns auf ein Minimalprogramm und auf eine Kandidatenliste einigen?

**Keinath** sieht wichtigstes in Änderung des ganzen Verfahrens. Kaiser müsse gesagt

festgelegt wird, daß das Parlament vor dem Nachfolger gehört wird.<sup>35)</sup>

**Erzberger:** Der Mann soll zuerst mit Parteiführern reden.

Beim Kaiser nur einheitlich reden / Wir tragen<sup>36)</sup> Verantwortung.

**Keinath:** Das Regierungssystem muß geändert werden. Dem Kaiser soll gesagt

<sup>28)</sup> Chef des Admiralstabes.

<sup>29)</sup> Im Stenogramm: „von“.

<sup>30)</sup> Die „Vossische Zeitung“ war nicht zugänglich. — Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 12. 10. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 11. 10. 1917): „Es scheint, daß nach Darstellungen, die in parlamentarischen Kreisen seit gestern aufgetaucht sind und auch schon einen Weg in einzelne Blätter gefunden haben, das Auftreten des Staatssekretärs v. Capelle in der Sitzung von vorgestern nicht auf einer Vereinbarung mit dem Reichskanzler beruhte, und daß die Äußerungen, die er gegen die drei bekannten Mitglieder der un-

abhängigen sozialdemokratischen Fraktion getan hat, nicht der Absicht und den Erwartungen des Reichskanzlers entsprachen.“

<sup>31)</sup> Capelle.

<sup>32)</sup> Michaelis.

<sup>33)</sup> S. Nr. 55d bes. Anm. 2.

<sup>34)</sup> Im Or.: „wird“.

<sup>35)</sup> Ende der 1. Teilniederschrift Haußmanns.

<sup>36)</sup> Im Or. gestr.: „einheitlich“.

fahren ändern. Beim Kaiser muß gesagt werden, daß der neue Mann sich verständigen müsse mit den Parteien.

**Südekum:** nennt die Kandidaten<sup>37)</sup> und spricht gegen Bülow.<sup>38)</sup>

**Fischbeck:** hält auch Besprechung der Personen für nötig: Katze die Schelle umhängen. Wir werden gefragt! Die preußische Wahlrechtsfrage muß sehr genau untersucht werden! Es gehen Dinge vor, die noch sehr viele Befürchtungen hervorrufen. Im Staatsministerium sind noch sehr schwere Widerstände zu überwinden. Keine Verbindung mit der Herrenhaus-Frage.

Roedern und Solf halte ich nicht für geeignet. Gegen Bülow außerordentliche Bedenken. In der neuen Auflage seines Buchs<sup>40)</sup> stellt er die weitgehendsten Eroberungspläne auf. Nun soll er das alles abschwören! Ob er dann das nötige Vertrauen gewinnen kann im Ausland, das ist mindestens fraglich! Auch die ganze Art der Agitation von Bülow ist sehr wenig anmutig; daraus spricht wohl etwas Senilität.

**Rießer:** Wer vorläufig den Auftrag zur Kabinettsbildung übernimmt, muß vorher offiziell mit den Parteien Fühlung

werden, daß jeder Kandidat sich mit den Parteien verständigen müsse.

**Südekum** erklärt, daß man doch nicht immer um die Personen herumreden solle und nennt die Kandidatenliste<sup>37)</sup>, dabei die Bedenken gegen Bülow scharf betonend.<sup>38)</sup>

**Fischbeck** begrüßt, daß mit Hinweis auf diese Liste der Katze die Schelle umgehängt sei. Wir würden sicher nach Personen gefragt werden. Bei der Auswahl Rücksicht auf preußische Wahlreform, weil Verschleppungsabsichten offenbar. Roedern und Solf kaum geeignet, gegen Bülow schwere Bedenken, Hinweis auf sein Buch<sup>40)</sup>, Hakatist<sup>41)</sup>, mangelndes Vertrauen im In- und Auslande, auffallend und bedenklich seine jetzige Agitation.

**Rießer:** Jeder Kandidat muß vorher offiziell mit den Parteien Fühlung nehmen. Roedern wäre sehr sympathisch, hat auch

werden daß der neue Mann mit den Parteien zuerst verhandelt.

**Südekum:** Kandidaten.<sup>37)</sup> Verständigungsfriede / Programm für Kriegszeit / Bülow<sup>38)</sup> nicht kriegsverkürzend, er [würde eine]<sup>39)</sup> ganz außerordentliche Belastungsprobe für uns sein. Solf u. Roedern wären viel annehmbarer / Kühlmann als Bayer weniger.

**Fischbeck:** Roedern liberalisiert / Solf? Bülow.

**Rießer:** Roedern Dilettant in der auswärtigen Politik. Helfferich für Bülow bei Philippi.

nehmen. Personen: Roedern ist im äußersten Maße sympathisch, wird auch nach innen die nötige Festigkeit haben beim preußischen Wahlrecht; aber Diplomat ist er nicht. Das ist sehr schwer belastend. Solf kenne ich nicht genügend. Bülow: für senil halte ich ihn nicht. Für die preußische Wahlreform<sup>42)</sup> halte ich ihn für am besten. Da ist er der Mann.

**Haußmann:** Die Personenfrage wird uns nicht einigen können.<sup>43)</sup> Jeder hat starke Bedenken gegen sich. Auch Bülow wird stärksten Widerspruch finden. Payer würde aufs allerschärfste widersprechen. Die Stimmung in der Sozialdemokratie ist noch viel schlimmer, als Südekum sagte, auch im Zentrum. Alle Parteien würden sehr starke Vorbehalte machen. Wir müssen aber die Gewähr der Dauerhaftigkeit in sich tragen. Hierzu ist nötig, daß wir auch mit der Krone und Obersten Heeresleitung im Willen der Unter-

Festigkeit in preußischer Frage, aber kein Diplomat, Solf nicht genügend bekannt. Bülow für preußische Frage<sup>42)</sup> am besten, da geradezu der Mann.

**Haußmann:** Personenfrage wird uns einanderbringen.<sup>43)</sup> Bülow wird stärksten Widerstand finden, Payer würde dem auf das schärfste widersprechen. Stimmung in Sozialdemokratie sicherlich sehr schlimm, auch im Zentrum; alle Parteien würden starke Vorbehalte machen müssen, uns käme es aber gerade auf die Gewähr der Dauerhaftigkeit des neuen Ministeriums an. Deshalb nötig, daß wir auch mit Krone und oberster Heeresleitung im Willen der Unterstützung des neuen Kanzlers einig seien. Bei dieser Lage das

**Haußmann:** Mit Keinath einverstanden / Auf die Dauerhaftigkeit kommt es an<sup>43)</sup> / Diese hängt von Bedingungen ab / Krone, O.H.[L.] und Parlament [müssen]<sup>44)</sup> einig sein [und] den Mann unterstützen u. die Sozialdemokraten müssen Angriffe unterlassen.

Programm / Durch den Mann mit uns, dies muß dem Kaiser einheitlich gesagt werden / neues Verfahren, dabei soll das Parlament ein geschichtliches Verdienst haben.

<sup>37)</sup> Für die Kandidatenliste s. auch Nr. 55e.

<sup>38)</sup> Zur Kandidatur Bülows vgl. Hiller S. 74 ff.; Hoop S. 104 ff.; Erzberger S. 289, 291; Scheidemann, Memoiren II S. 108 ff.; Haußmann S. 148 f.; Westarp II S. 483, 489, 490 f., 494 f.; Valentini S. 177 f., 179 f.; Helfferich S. 508; WUA 7/II S. 222 ff., 304 f., 382; Braun S. 125 f., 152, 156.

<sup>39)</sup> Im Or.: „wäre ein“.

<sup>40)</sup> Fürst Bülow, „Deutsche Politik“, in: „Deutschland unter Wilhelm II.“, Bd. I, Berlin 1914; als bearbeitete Sonderausgabe unter dem gleichen Titel: Berlin 1916.

<sup>41)</sup> Hakatisten = Bezeichnung für die Anhänger des 1894 begründeten Deutschen Ostmarkenvereins. Nach dem Namen der Gründer: v. Hanseemann, Kennemann, v. Tiedemann.

<sup>42)</sup> Zur Wahlrechtspolitik Bülows in seiner Kanzlerzeit vgl. u. a. Fritz Hartung, „Deutsche Geschichte 1871—1919“, 6. Neubearb. Aufl., Stuttgart 1952, S. 268 f.

<sup>43)</sup> Von fortschrittlicher Seite, besonders von Haußmann, wurde die Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden angestrebt, dessen Parteigänger sich jedoch sehr zurückhielten, zumal Prinz Max keine öffentliche Propagierung seiner Kandidatur wünschte. Vgl. Haußmann S. 149 (Brief an seinen Sohn Robert vom 21. 10. 1917); Helfferich S. 508; Prinz Max S. 151. Ferner Nr. 48 Anm. 9.

<sup>44)</sup> Im Or.: „muß“.

stützung dieses Mannes einig sind. Bei dieser Lage ist das Wichtigste: die Tatsache eines neuen Systems. Wenn er mit den Parteien Richtlinien bespricht, dann ist das etwas Neues.<sup>45)</sup>

**Südekum:** weist auf Konservative ... hin.<sup>46)</sup> Koalitionsministerium.<sup>47)</sup>

**Erzberger:**<sup>48)</sup> 1.) Michaelis unmöglich. Wechsel möglichst bald geboten. 2.) Kaiser aus eigener Initiative sollte diesen Wechsel vollziehen. 3.) Künftiger Reichskanzler wegen Schwierigkeit nur der geschickteste Diplomat. 4.) Vor endgültiger Übernahme Besprechung mit den Parteiführern wegen Programm für Kriegszeit. Persönlichkeiten: stehen im Hintergrund. Das System ist das Wichtigste. Der beste Kandidat wäre Bassermann.<sup>50)</sup>

Diplomat ist nötig. Deshalb auch Graf Roedern, Hatzfeldt<sup>51)</sup> usw. ausscheiden, Wermuth.<sup>52)</sup>

Was bleibt übrig? Kühlmann ist geeignet. Aber die Reichskanzlerschaft und preußisches Ministerpräsidium müßten dann getrennt werden. Dafür sind auch die Konservativen zu haben. Dann ist aber der Ministerpräsident der Stärkere. Deshalb ist Kühlmann nicht möglich.

Wichtigste: Tatsache eines neuen Systems. Wenn Kanzler-Kandidat mit den Parteien Programm vereinbart, dann ist das etwas Neues.<sup>45)</sup>

Südekum erwähnt das Gerücht, daß man die Absicht habe, Koalitionsministerium zu machen.<sup>47)</sup> Dieser Plan scheint völlig verfehlt, weil in preußischer Frage Einigung mit Konservativen unmöglich. Wichtig deshalb genaue Übereinstimmung der Mehrheitsparteien in einigen wichtigen Programmpunkten.

**Erzberger:**<sup>48)</sup> formuliert das Mindestprogramm etwa in folgender Weise: 1. Michaelis unmöglich, Wechsel muß möglichst bald eintreten; 2. Kaiser sollte diesen Wechsel aus eigener Initiative vollziehen; 3. Wegen der Schwierigkeit der internationalen Lage und aus Rücksicht auf Frieden sollte neuer Kanzler der geschickteste Diplomat sein; 4. Vor endgültiger kaiserlicher Entschließung bei Besetzung muß Kandidat mit Parteiführern Programm für Kriegszeit vereinbaren. — Die Persönlichkeiten seien nicht das Wichtigste. Bester Kandidat wäre heute eigentlich Bassermann<sup>50)</sup> gewesen. Diplomat nötig, deshalb Roedern, Hatzfeldt<sup>51)</sup>, Wermuth<sup>52)</sup> undenkbar. Kühlmann geeignet, aber nur möglich, wenn Kanzleramt und Minister-Präsidium getrennt werden, wofür auch Konservative zu haben. Dann aber preußischer Minister-

Bülow von Payer scharf abgelehnt / bei Philippi sehen wir uns wieder.

Stresemann soll für seine Partei zu Michaelis gehen und<sup>45)</sup>

**Erzberger:**<sup>48)</sup>

1. Michaelis unmöglich.

2. S.M. sollte aus eigener Initiative im eigenen deutschen u. monarchischen Interesse [diesen Wechsel vollziehen].<sup>49)</sup>

3. Der geschickteste Diplomat.

4. Vor endgültiger Übernahme Aussprache mit Reichstagsführer[n].

Kühlmann wäre der geeignetste / kommt aber nicht in Betracht. Solf würde ich für geeignet halten / glänzender Redner.

Bülow sehr geeignet.<sup>53)</sup>

§ 153<sup>56)</sup> / Arbeitskammergesetz<sup>55)</sup> / Zensur Oberpräsidenten / Wahlrecht<sup>54)</sup> / 19. Sept. 1917 / vor endgültiger kaiserlicher Entschließung betreff[en]d der Kanzleramtübernahme die Parteiführer hören.

Solf würde ich für geeignet halten. Diplomatische Befähigung. Mit ihm könnte man zusammenarbeiten. Gesinnung ebenfalls gut. Bernstorff und Brockdorff scheiden aus wegen preußischer Wahlrechtsfrage.

Bülow hat jetzt wohl die meisten Punkte im Rennen.<sup>53)</sup> Er ist nicht senil. Er würde auch festes Programm mit den Parteien machen. Für preußisches Wahlrecht ist er der Geeignetste.

Personenfrage nicht das Entscheidende. Deshalb Programm.

Im Innern: rasche Durchführung der beiden Botschaften des Kaisers<sup>54)</sup> und loyal. Das sollte bis Weihnachten gemacht werden. Arbeitskammergesetz<sup>55)</sup>,

präsident der stärkere. Deshalb Kühlmann unmöglich. Solf wäre geeignet, diplomatische Befähigung, Gesinnung ebenfalls gut. Bernstorff und Brockdorff scheiden wegen preußischer Frage aus. Bülow bis jetzt die meisten Punkte<sup>53)</sup>, nicht senil, wäre auch für festes Programm mit Parteien und für preußische Frage der geeignetste Mann. Wichtigstes bleibt aber doch Programm. Im Innern: Rasche und loyale Durchführung kaiserlicher Botschaften<sup>54)</sup> bis etwa Mitte Weihnachten<sup>57)</sup>; Arbeitskammer-Gesetz<sup>55)</sup>, § 152/153<sup>56)</sup>, politische Zensuraufhebung, wobei vielleicht Übertragung an Oberpräsidenten denkbar. Im Äußern: Antwort auf Papstnote Grundlage des Zusammen-

<sup>45)</sup> Für die Ausführungen Haußmanns vgl. auch Nr. 107.

<sup>46)</sup> Bezeichnung der Auslassung durch . . . wie im Stenogramm.

<sup>47)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang Westarp II S. 490 f. (Niederschrift über Unterhaltung mit Stresemann am 21. 9. 1917): Stresemann habe ihm die Frage vorgelegt, „ob wir ins Koalitionsministerium unter Bülow bis zu David eintreten würden . . .“; ferner Stresemann, „Die Herbstkrise“, in: „Macht und Freiheit“, Vorträge, Reden u. Aufsätze von G. Stresemann, Halle 1918, S. 143 ff.

<sup>48)</sup> Für die Ausführungen Erzbergers vgl. Nr. 55d mit den einschlägigen Anmerkungen.

<sup>49)</sup> Im Or.: „dieser Wechsel zu vollziehen“.

<sup>50)</sup> Der nationalliberale Parteiführer Ernst Bassermann war am 24. 7. 1917 in Baden-Baden gestorben.

<sup>51)</sup> Hermann Fürst von Hatzfeldt, Herzog zu Trachenberg, ehemaliges freikonservatives Reichstagsmitglied, Oberpräsident der Provinz Schlesien von 1894—1903, Führer der „neuen“ Fraktion des preußischen Herrenhauses.

<sup>52)</sup> Adolf Wermuth, Oberbürgermeister von Berlin, 1909—1912 Staatssekretär des Reichsschatzamts.

<sup>53)</sup> Erzberger und Stresemann waren die Hauptverfechter der Kandidatur Bülows. Vgl. Anm. 38.

<sup>54)</sup> Osterbotschaft (vom 7. 4. 1917) und Wahlrechtserlaß (vom 11. 7. 1917) Wilhelms II. Vgl. Schulthess 1917/I S. 398 f. und 687 f.

<sup>55)</sup> Vgl. die in den Sten. Berichten Bd. 314 (Sachregister) S. 6321 angeführten Stellen; zur Vorgeschichte insbesondere die Begründung des Regierungsentwurfs vom 19. 4. 1918; Anlagen zu den Sten. Ber. Bd. 324 Drucksache Nr. 1490. Ferner: Stresemann a.a.O. S. 148 f., 151.

<sup>56)</sup> Für den Wortlaut der Gewerbeordnung vgl. Reichsgesetzblatt 1900 S. 871 ff. Die Paragraphen 152 und 153 betreffen das Koalitionsrecht. § 153 wurde durch Reichsgesetz vom 22. 5. 1918 aufgehoben; s. Reichsgesetzblatt 1918/I S. 423. Vgl. die in den Sten. Berichten Bd. 314 (Sachregister) S. 6411 f. angeführten Stellen; sowie Stresemann a.a.O. S. 149, 151. Zu der weniger erörterten Problematik des § 152 Abs. 2 vgl. Sten. Berichte Bd. 312 S. 4838, 4840, 4843; neuerdings Varain S. 101 Anm. 3 (mit Literaturangaben).

<sup>57)</sup> So im Or.

§ 153.<sup>56)</sup> Politische Zensur aufzuheben. Alle diese Fragen werden auf den Oberpräsidenten übertragen.

Äußeres: Antwort auf Papstnote.

Dazu müßte dann auch noch der eine oder andere Parlamentarier ins Kabinett aufgenommen werden.

**Richthofen:** So ähnlich muß mit dem Kaiser gesprochen werden. Ich hielte Koalitionsministerium<sup>47)</sup> für richtig. Aber das muß man verschieben, bis das preußische Wahlrecht fertig ist. Trotz aller Bedenken halte ich Bülow für den Geeigneten. In der Zusammensetzung seines Kabinetts würde er mit den Parteien sehr zusammenarbeiten. Endlich auch sehr geeignet, um das Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung<sup>58)</sup> herzustellen. Aber ich versteife mich nicht darauf; nur möchte er von auswärtigen Dingen etwas verstehen. Da wäre Solf sehr geeignet.<sup>58a)</sup>

**Stresemann:** Zur Personenfrage: gegen Solf starkes Bedenken: Anfrage wegen Kandidatur und dann bei der preußischen Wahl! Stimmt für konservativ, während Bethmann für freisinnig stimmte.

Für preußisches Wahlrecht Bülow<sup>53)</sup> der beste. Auch auf das Ausland wirkt er nicht so schlecht, wie man meint.

arbeitens. Zur Stärkung der Zusammenarbeit noch einer oder anderer Parlamentarier ins Ministerium.

**Richthofen** hält Koalitionsministerium<sup>47)</sup> für richtig, aber erst nach preußischem Wahlrecht. Bülow trotz allen Einwendungen geeignetster Mann. Würde bei Kabinettsbildung mit Parteien zusammenarbeiten, auch gut angeschrieben bei Heeresleitung.<sup>58)</sup> Aber immerhin nicht notwendig Bülow, da auch Solf sehr geeignet.<sup>58a)</sup>

**Stresemann:** Starke Bedenken gegen Solf, der unzuverlässig sei. Habe bei Nationalliberalen wegen eines Mandats angeklopft und dann als Staatssekretär bei preußischer Landtagswahl konservativ gewählt, während der konservative Bethmann den fortschrittlichen Kandidat gewählt habe. Für preußisches Wahlrecht Bülow<sup>53)</sup> der beste, auch Wirkung im Auslande nicht so schlimm wie angedeutet, da in Italien und Frankreich sehr angesehen.

**Richthofen** Koalitionsministerium<sup>47)</sup> / Bülow — Autorität.<sup>58a)</sup>

**Stresemann:** Solf hat für Konservative gestimmt / Für Bülow.<sup>53)</sup>

**Keinath:** Im Urteil über Solf stimme ich mit Stresemann überein. Unsicherer Kantonist! Von Bülow hoffe ich nichts Gutes. Aber es kann niemand gegen die beiden Stellung nehmen. (**Trimborn:** Bülow ist bei uns persona ingratiſſima, was auch Erzberger sagen möchte.<sup>59)</sup>) [**Keinath:**] Im Punkte der Parlamentarisierung wollen wir auch für die Zeit nach dem Kriege etwas weiter kommen. Ein Koalitionsministerium<sup>47)</sup>, wenn es angeregt würde, sollte man nicht ablehnen, denn dann würden wir uns ins Unrecht setzen.

**Keinath:** Beurteilt Solf ebenfalls ungünstig, unsicherer Kantonist. Hoffte von Bülow nichts Gutes, dennoch könne man gegen die beiden schwer Stellung nehmen. **Trimborn** sagt in einem Zwischenruf, daß Bülow, wenn auch Erzberger etwas anderes sage, bei seiner Partei persona ingratiſſima.<sup>59)</sup> **Keinath** fährt fort, daß bei dieser Gelegenheit zwar das Programm nur für die Kriegszeit gemacht werden könne, daß man aber in der Frage der Parlamentarisierung, Kanzlerbesetzung usw. auch für die Zukunft etwas herausholen müsse. Ein Koalitionsministerium<sup>47)</sup> dürften wir nicht von vornherein ablehnen, weil wir sonst uns ins Unrecht setzten.

**Keinath:** Nicht für Solf, nicht für Bülow / Ich möchte die Parlamentarisierung als Hauptpunkt aufnehmen.

<sup>48)</sup> Für die Haltung der OHL. gegenüber Bülow im Juli 1917 vgl. Urkunden der OHL S. 406; Bauer S. 144; Groener S. 360; Braun S. 114; WUA 7/II S. 359 ff. Bei Westarp II S. 483 heißt es: „Hinter den Kulissen wurde schon seit September die Kandidatur Fürst Bülows mit noch größerem Eifer betrieben als im Juli. Wir verhielten uns ebenso wie die OHL. durchaus ablehnend . . .“; vgl. dazu die Niederschrift über die Unterredung Westarps mit Ludendorff a.a.O. S. 489 f. Braun S. 156 notiert für Ende Oktober 1917: Bülow, der mit allen Mitteln für seine Kandidatur arbeite, verspreche „den Konservativen das Sozialistengesetz, den Sozialdemokraten den Zukunftsstaat. Dem Sozialdemokraten Heine hat er dessen Programm versprochen, darüber hinaus aber noch allerhand konzediert, wie zum Beispiel die Umwandlung der Militärverwaltung besetzter Gebiete in Zivilverwaltung. Heine hatte nichts Eiligeres zu tun, als alle diese Mitteilungen der Obersten Heeresleitung zu übersenden. Damit ist Bülow natürlich endgültig erledigt, hat sich aber auch sonst durch seinen übertriebenen Eifer geradezu lächerlich gemacht, wie heute ein Artikel des ‚Vorwärts‘ bezeugt.“ Für die Unterredung Heines mit Bülow am 17. 10. 1917 vgl. Nr. 64.

<sup>58a)</sup> In einem Brief an Schönaich-Carolath, Durchschlag im Nachlaß Richthofen 6, berichtet Richthofen, in der „interfraktionellen Sitzung [vom 22. 10. 1917 sei] eine völlige Einigung über das aufzustellende Programm erzielt worden. Dieses umfaßt vier Punkte. 1. Grundlage der äußeren Politik soll die Antwortnote an den Papst bilden. 2. Das gleiche Wahlrecht in Preußen soll rasch und loyal durchgeführt werden. 3. Die politische Zensur soll prinzipiell fallen, soweit sie aufrecht erhalten werden muß, zivilen Instanzen übertragen werden. 4. Die §§ 152—53 der Gewerbeordnung (Koalitionsgesetz) sollen aufgehoben, ein Arbeitskammergesetz eingebracht werden. Das ist alles. Die Vertreter der vier Parteien waren darüber einig, daß damit das Programm erschöpft sein sollte für die Kriegsdauer. Auch die Sozialdemokraten erhoben dagegen keinen Einwand.“ — In dem gleichen Brief spricht sich Richthofen auch über die Kandidatenfrage aus; vgl. Nr. 63a—c Anm. 59.

<sup>59)</sup> Vgl. Valentini S. 177 und Helfferich S. 508.

**Stöve:** Der Kaiser wird die Herren nacheinander bei sich sehen. Dabei kommt es auf die Sache an, nicht so sehr auf Personen. Aber wenn der Kaiser Namen nennt, was will man dann sagen? Dann wird womöglich der Name Helfferich herauskommen. Dann müßten wir doch wohl sagen, daß das nicht geht.

**Junck:** Helfferich wäre gradezu eine Verhöhnung des Parlamentes. Ich bin erschrocken über die Empfehlung von Bülow. Der Persönlichkeit wohnt nicht das ethische Schwergewicht inne, das wir in dieser Zeit brauchen. Bülow, Hakatist<sup>41)</sup> usw. / würde kriegsverlängernd wirken. Solf wäre vorzuziehen. Selbst Kühlmann vorzuziehen.

**Haußmann:** stimmt mit Junck über Bülow überein. Der Punkt 2 ist nicht richtig von Parlamentsseite aus. Der dritte Punkt ist rein auf Bülow zugeschnitten.

**Erzberger:** Wir haben also wieder keinen Kandidaten! Übriggeblieben ist eigentlich Solf!

**Südekum** warnt noch einmal vor Bülow.

**Trimborn** unterstreicht das auch. Trimborn stellt fest: Wenn Kaiser ruft, werden wir einheitlich reden: 1.) Der neue Mann muß mit den Parteien vorher sprechen.

**Stöve:** Man müsse sich darauf einrichten, daß der Kaiser Namen nennen und Namen hören wolle. Wenn keine Einigung möglich sei, werde Kaiser vielleicht auf Helfferich verfallen. Deshalb wichtig, ihm von vornherein zu sagen, daß Helfferich unmöglich.

**Junck:** Helfferich geradezu Verhöhnung des Parlaments. Über Empfehlung von Bülow erschrocken. Persönlichkeit ohne ethisches Schwergewicht. Würde kriegsverlängernd wirken. Solf vorzuziehen, sogar auch Kühlmann.

**Haußmann** ebenfalls stark gegen Bülow; Punkt 3 des Programms auf Bülow zugeschnitten.

**Erzberger:** Wir hätten wieder keinen Kandidaten. Am besten sei noch Solf abgeschnitten.

**Südekum** warnt nochmals vor Bülow, und

**Trimborn** unterstreicht das. Feststellungen des Vorsitzenden: Wenn Kaiser Parteiführer beruft, dann soll einheitlich folgendes vertreten werden: 1. Der

**Stöve:** Gegen Helfferich.

**Junck:** Gegen Bülow / Kein ethisches Schwergewicht.

**Haußmann:** gegen Ziff[er] 2 u. 3 von Erzbergers Antrag / cf Beilage<sup>60)</sup> / 3 sei so geschickt wie wenn es von dem geschicktesten Diplomaten redigiert sei auf Bülow zugespitzt / für Junck.

**Erzberger:** Jetzt haben wir niemand / Es bleibt nur Solf.

**Südekum:** Bülow würde in meiner Partei auf unüberwindliche Schwierigkeit stoßen.<sup>61)</sup>

**Trimborn:** Bei meiner Partei wäre auch stärkster Widerspruch gegen Bülow / Gegen Helfferich / nein niemals.<sup>62)</sup>

(Vor endgültiger kaiserlicher Entschlie-  
ßung!) 2.) Koalitionsministerium nicht  
widersprochen; 3.) Helfferich ist ganz un-  
möglich. „Nein Niemals!“<sup>62)</sup> Dann kommt  
das Programm.

neue Mann muß vorher offiziell mit den  
Parteien sprechen. 2. Dem Vorschlag  
eines Koalitionsministeriums nicht formal  
widersprechen, zumal Konservative we-  
gen des Programms doch nicht mit-  
machen könnten. 3. Helfferich für ganz  
unmöglich erklären. 4. Das Programm für  
innere und äußere Politik wie oben dar-  
gelegt vertreten.

Schluß  $\frac{1}{2}$ 2 Uhr. Nächste Sitzung 24. Ok-  
tober  $\frac{1}{2}$ 11 Uhr.<sup>63)</sup>

<sup>60)</sup> S. Nr. 55d Anm. 3—7.

<sup>61)</sup> Im Or.: „stoßen würden“.

<sup>62)</sup> S. Nr. 55d bes. Anm. 10.

<sup>63)</sup> S. dagegen Nr. 55d: „Dienstag [23. 10.], vormittags 11 Uhr“.

55d: Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 22. Oktober vormittags 11 Uhr“.

Die interfraktionelle Sitzung, an welcher Vertreter des Zentrums, der National-liberalen, der Volkspartei und der Sozialdemokraten teilnahmen, wünschte zunächst, daß Abgeordneter Dr. Stresemann sich heute noch zum Reichskanzler begeben solle, um diesem den Standpunkt seiner Fraktion klar zu legen, der dahin geht, daß der Reichskanzler vor dem nächsten Zusammentritt des Reichstages um seine Entlassung einkommen möge. Gleichzeitig möge Abgeordneter Stresemann mitteilen, daß sämtliche 4 Parteien auf demselben Standpunkt ständen und der Reichskanzler sich keiner Täuschung hingeben könne, darüber, daß die Krisis nur durch seinen Rücktritt zu lösen sei.

Es wurde dann von Dr. Stresemann mitgeteilt, daß ein Mitglied der kaiserlichen Familie in Aussicht gestellt habe, die Parteiführer würden vom Kaiser empfangen werden.<sup>2)</sup> Auf Vorschlag des Abg. Erzberger einigte man sich auf 4 Punkte<sup>3)</sup>, die man bei einer Unterredung dem Kaiser vorlegen wolle:

- 1) Die Reichskanzlerschaft von Dr. Michaelis müsse als unmöglich bezeichnet werden. Ein Wechsel ist möglichst bald vor dem nächsten Zusammentritt des Reichstages im Reichsinteresse geboten.<sup>4)</sup>
- 2) Seine Majestät der Kaiser sollte aus eigener Initiative sowohl im deutschen, wie im monarchischen Interesse diesen Wechsel vollziehen.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Die vorliegende Aufzeichnung ist inhaltlich verarbeitet bei Erzberger S. 289 f.

<sup>2)</sup> Der Schwager des Kaisers, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, schrieb am 12. 10. 1917 von Schloß Primkenau aus an Stresemann (eigenhändige Ausfertigung und fehlerhafte maschinenschriftl. Abschrift des Briefes im Nachlaß Stresemann 175 (6884)), er habe vor seiner Abreise aus Berlin erfahren, „daß der Reichskanzler beabsichtigte, mit den Parteiführern noch einmal Fühlung zu nehmen, ob er seine Stellung noch festigen kann, ein Bemühen, das ich sehr skeptisch aufgefaßt habe. Ich habe in Potsdam darauf gedrungen, daß S.M. bei seiner Rückkehr [s. Nr. 54 Anm. 2] möglichst die Parteiführer empfängt, ein Bestreben in welchem ich vom Minister des Innern [Drews] energisch unterstützt werde.“ Der Brief geht ferner auf die Nachfolgerfrage ein. Dabei bringt der Herzog die Sprache auf den sächsischen Staatsminister Graf Vitzthum, den er trotz einiger Bedenken für geeignet hält: zwar sei seine evangelische Richtung ein Hindernis für das Zentrum und seine ablehnende Haltung gegenüber dem Liberalismus belaste ihn gleichfalls. „Ich kenne Christoph Vitzthum aber sehr genau, wir waren zusammen auf der Schule und haben zusammen das Abiturium gemacht . . . Bei S.M. ist er persona grata. Könnten Sie bei den Parteien feststellen ob unüberwindliche Schwierigkeiten vorhanden . . .“ Zu einer Kandidatur Bülow, der namentlich nicht genannt wird, heißt es: „Die eine Persönlichkeit wird wohl keinesfalls von S.M. akzeptiert werden, abgesehen von den Schwierigkeiten mit Österreich . . .“. Vgl. auch Nr. 49 Anm. 13.

<sup>3)</sup> Die folgenden „Leitsätze“ und das sich anschließende „Programm“ der Mehrheitsparteien werden bei Erzberger S. 289 in Form eines Zitats wiedergegeben, weichen jedoch im Wortlaut z. T. erheblich von der vorliegenden Niederschrift ab. Inhaltlich ergeben sich keine Widersprüche. Die vier Punkte der Leitsätze sind auch im Nachlaß Haußmann 26 überliefert, und zwar in einem maschinenschriftlichen Manuskript mit eigenhändiger Überschrift Haußmanns (mit Bleistift): „Entwurf von Erzberger zu Gunsten von Bülow den wir ablehnten / CH“.

<sup>4)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 3): „muß als unmöglich“ und „dringend geboten“. Der ganze Punkt 1 ist mit Bleistift durchgestrichen; dafür hinter der Ziffer der Vermerk von fremder Hand: „Wenn gefragt“.

<sup>5)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 3): „besonders im monarchischen Interesse“; „eigener“ mit Rotstift unterstrichen.

3) Als künftiger Reichskanzler kann bei der Gestaltung der Reichsverfassung, den Schwierigkeiten der äußeren Lage und den Erfahrungen mit dem jetzigen Reichskanzler nach nur ein guter Kenner des Auslandes, also ein Diplomat, in Betracht kommen.<sup>6)</sup>

4) Der künftige Reichskanzler muß vor endgültiger kaiserlicher Entschliebung über die Übernahme des Amtes offizielle Aussprache mit den Parteien<sup>7)</sup> halten, um ein tunlichst einheitliches Programm bis Kriegsende festzustellen.

Diese 4 Leitsätze wurden einhellig<sup>8)</sup> gebilligt. Das Programm<sup>3)</sup>, das der Reichskanzler mit den Parteien zu besprechen und durchzuführen habe, soll folgende Punkte umfassen:

a) In der auswärtigen Politik, in der Frage der Beendigung des Krieges stellt sich der neue Reichskanzler auf die Antwort der deutschen Regierung vom 19. September zur Friedenskundgebung Seiner Heiligkeit, des Papstes.

b) Die preußische Wahlreform muß gemäß der Osterbotschaft und der kaiserlichen Kundgebung vom Juli 1917 loyal und rasch durchgeführt werden.

c) Die politische Zensur muß beseitigt werden und die Einmischung des Heeres in die Politik aufhören.

d) An sozialen Gesetzen ist zu fordern: 1. der Erlaß des Arbeits-Kammer-Gesetzes, 2. Beseitigung des § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung (Boykott-Paragraph).<sup>9)</sup>

Sämtliche Parteivertreter erklärten, daß dieses Programm für die Dauer des Krieges als ausreichend angesehen werden könne und von allen Parteien verlangt werde.

Wenn der Kaiser in der Unterredung auf die Bildung eines Koalitions-Ministeriums zu sprechen komme, so mögen die Parteiführer sich zu diesem Gedanken zustimmend äußern. Ob die Konservativen eintreten oder nicht, könnte man diesen überlassen. Die Mehrheitsparteien würden jedenfalls diesen kaiserlichen Vorschlag nicht ablehnen.

Was die in Betracht kommende Persönlichkeit für den Kanzlerposten betrifft, so wurde übereinstimmend betont, daß die Festlegung auf das Programm der Kernpunkt sei und daß man die Auswahl der Persönlichkeit dem Kaiser überlassen wolle. Wenn der Kaiser aber Staatssekretär Helfferich als etwaigen Kanzler nennen würde, so gelte diesem Kandidaten gegenüber die Kühlmann'sche Formel „Nein, nein niemals!“<sup>10)</sup>

<sup>6)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 3): „der Schwierigkeit der inneren [sic!] Lage und den Erfahrungen mit dem jetzigen Reichskanzler nur der geschickteste Diplomat in Betracht kommen.“

<sup>7)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 3): „vor endgültiger Übernahme seines Amtes Aussprachen mit den Führern [mit Rotstift unterstrichen] der Parteien“.

<sup>8)</sup> S. dagegen Anm. 3 und Nr. 55a—c.

<sup>9)</sup> Bei Erzberger S. 290 ebenfalls: § 152 Absatz 2. Gemeint ist jedoch offensichtlich § 153 (vgl. Nr. 55a—c bes. auch Anm. 56), obgleich, wie sich nach Nr. 55b und Nr. 55a—c Anm. 58a schließen läßt, beide Paragraphen in der Debatte zur Sprache gekommen sein dürften.

<sup>10)</sup> Bezieht sich auf Kühlmanns Stellungnahme zur elsäß-lothringischen Frage im Plenum des Reichstags am 9. 10. 1917 (vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3812): „Auf die Frage: kann Deutschland in Elsaß-Lothringen Frankreich irgendwelche Zugeständnisse machen? — haben wir nur eine Antwort: nein! niemals!“ Es ist nicht ausgeschlossen, daß Erzberger mit dem Gebrauch der „Kühlmanschen Formel“ zugleich auf Kühlmanns Abneigung gegen Helfferich anspielt; vgl. dazu Kühlmann S. 474 f. und 512.

Sämtliche Kandidaten, welche sich nur auf innerpolitischem Gebiete betätigt haben (Graf Roedern, Oberbürgermeister Wermuth, Fürst Hatzfeldt) wurden als nicht in Betracht kommend bezeichnet.

Staatssekretär Solf fand bei geringem Widerspruch eine sympathische Aufnahme. Staatssekretär von Kühlmann würde allgemein als Reichskanzler begrüßt werden; man äußerte nur Bedenken, ob er als Bayer geeignet sei, die preußische Wahlreform durchzuführen. Fürst Bülow wurde teils warm befürwortet, teils energisch abgelehnt. Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, daß man kaum damit rechnen dürfe, daß die sozialdemokratische Partei sich mit dieser Wahl abfinden würde. Auch von anderen Parteien wurden lebhaft Bedenken gegen diese Kandidatur vorgetragen, während eine Reihe von Teilnehmern sich für Fürst Bülow entschieden aussprach. Man kam zum Schluß darin überein, die Personenfrage, abgesehen von Dr. Helfferich, nicht in den Vordergrund zu stellen. Nächste Sitzung findet Dienstag, vormittags 11 Uhr statt. Sämtliche Sitzungen sollen vertraulich behandelt werden.

55e: Nachlaß Stresemann 173 (6882), *eigenhändig mit stenographischen Einschüben. Irrtümliche Datierung: „19. 7. 1917“.* — Stenographische Einschübe durch *Kursivdruck* hervorgehoben.

**Trimborn:**<sup>1)</sup> *Unter keinen Umständen Ministerstürzerei. Mit gegenwärtiger Lage [ . . . ]<sup>2)</sup> unzufrieden. Kann am 5. Dez[em]b[er] nicht wiederkommen.<sup>3)</sup> Er will Klärung schaffen.*

Elsaß-Lothringen / Sozialdemokratie / Würzb[ur]ger Parteitag. Kühlmann.<sup>4)</sup>  
Kaiser / *Der neue Mann soll sich mit der Parteiführung in Verbindung setzen.*  
Solf: *konservativ.*

**Südekum:**<sup>5)</sup> *Capelle / Bülow politische Absurdität.*

Schulter Anlehnung *an* Konservative.<sup>6)</sup>

Sozialpolitik / preuß. Wahlreform

**Stresemann:**

[**Richthofen:** *Mitteilung von Erzberger*]<sup>7)</sup>

<sup>1)</sup> Stichworte, die sich auf den Bericht Trimborns über seinen Besuch bei Michaelis am 12. 10. 1917 beziehen. Vgl. Nr. 55a—c.

<sup>2)</sup> Im Or. unentzifferbar.

<sup>3)</sup> D. h.: Michaelis könne am 5. Dezember nicht wieder vor dem Reichstag erscheinen. Vgl. Nr. 50 Anm. 8.

<sup>4)</sup> Nach Nr. 55a—c kann der folgende Passus, der im Or. am rechten Rande der Seite steht, nicht mehr Trimborn zugerechnet werden. Der erste Teil würde am ehesten Ausführungen, die Erzberger und Keinath im Verlauf der Sitzung machten, entsprechen, während sich die Bemerkung „Solf: konservativ“ auf eigene Ausführungen Stresemanns beziehen könnte.

<sup>5)</sup> Stichworte, die sich auf den Bericht Südekums über seinen Besuch bei Michaelis am 12. 10. 1917 beziehen. Vgl. Nr. 55a—c.

<sup>6)</sup> Nach Nr. 55c hatte Michaelis zu Südekum gesagt, er müsse sich mit einer Schulter an die Konservativen anlehnen können. Vgl. auch Nr. 50.

<sup>7)</sup> Eckige Klammern wie im Or.

Keinath:<sup>8)</sup> Michaelis: 19. Dez[em]b[er] 1917.

Südekum:<sup>9)</sup> Bülow, Kühlmann, Roedern, Solf, Wermuth, Lerchenfeld, Weizsäcker, Hatzfeldt, Hertling, Brockdorff[-]Rantzau<sup>10)</sup>

[Trimborn:]<sup>11)</sup> 1) vor endgültiger kaiserl. Entschließung Fühlung.

2) Versuch Koalitionsministeriums / 3) Helfferich, nein niemals.<sup>12)</sup>

Programm.<sup>13)</sup>

Antwortnote Papst im Sinne eines Verständigungsfriedens.

Wahlreform loyal und schnell.

Polit. Zensur.

Soziale Frage / Arbeitskammer / Aufhebung [§] 153. Abs. 2.<sup>14)</sup><sup>15)</sup>

<sup>8)</sup> Die folgende Bemerkung wird im Or. durch eine Klammer Keinath zugeordnet, der zwar auch in Nr. 55a—c als Sprecher auftritt, ohne daß jedoch durch diese Niederschriften der Sinn der Notiz Stresemanns erhellt würde.

<sup>9)</sup> Liste der Kanzlerkandidaten. Vgl. Nr. 55a—c.

<sup>10)</sup> Im Or. am linken Rande der Seite eingerahmt: „19. Juli 1917“; fraglich, ob Südekum zuzuordnen, wahrscheinlich nachträglich eingefügt.

<sup>11)</sup> Für die Zusammenfassung der Ergebnisse der Sitzung durch Trimborn vgl. Nr. 55a—c.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 55d Anm. 10.

<sup>13)</sup> Für das zunächst von Erzberger formulierte Programm vgl. Nr. 55a—d.

<sup>14)</sup> § 153 der Gewerbeordnung. Dieser Paragraph besteht jedoch nur aus einem Absatz. Vgl. dazu Nr. 55a—c Anm. 56.

<sup>15)</sup> In einem Brief an Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein (Schloß Primkenau) vom 23. 10. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 175 (6884), dem er eine nicht überlieferte Niederschrift über seine Unterredung mit Reichskanzler Michaelis am Abend des 22. 10. 1917 (vgl. Nr. 57a—d) beilegte, berichtete Stresemann folgendermaßen über das Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen: „Die vertretenen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, erklärten es als unbedingt notwendig, daß der Burgfrieden wieder hergestellt und eine reibungslose Erledigung der parlamentarischen Geschäfte bis zum Frieden sichergestellt würden. Dem neuen Reichskanzler sollte als Programm, zu dem er sich verpflichtete, folgendes vorgelegt werden:

1. Der Reichskanzler erklärt, daß er auf dem Boden der Antwortnote der deutschen Regierung an Seine Heiligkeit, den Papst, steht.
2. Er verbürgt sich für loyale und schleunige Erledigung der preußischen Wahlreform.
3. Er erklärt sich damit einverstanden, daß die Zensurangelegenheiten den Generalkommandos entnommen und den Oberpräsidien übertragen werden.
4. Er verpflichtet sich, im Laufe der nächsten Session dem Reichstag ein Arbeitskammergesetz und ein Gesetz zur Beseitigung des § 153 Abs. 2 [s. Anm. 14] vorzulegen.

Wenn dieses Programm angenommen würde, wollte sich auch die Sozialdemokratie damit einverstanden erklären, von allen weiteren Forderungen abzusehen. Der Verfassungsausschuß würde damit auch erledigt sein, die Frage der Parlamentarisierung bis zum Frieden zurückgestellt und der Burgfrieden bis zu gewissen Grenzen durchaus wieder hergestellt sein. Seine Zustimmung zu Punkt 1) und 2) ist eigentlich selbstverständlich, da der neue Kanzler seine Tätigkeit unmöglich damit beginnen kann, etwa zu erklären, daß er der Antwort an den Papst nicht zustimme oder daß er entgegen dem Kaiserwort sich gegen die Durchführung der preußischen Wahlreform sträuben würde. Die beiden letzteren Forderungen: Arbeitskammergesetz und Beseitigung des § 153 Abs. 2 [s. Anm. 14] sind schließlich sogar solche, denen die konservative Fraktion unter gewissen Verhältnissen zustimmen könnte.

In bezug auf die Personenfrage war eine Einheitlichkeit der Auffassungen nicht vorhanden. Von sozialdemokratischer Seite wurde Herr Dr. Solf sehr propagiert. An Kühlmann hatte man dagegen gar kein Interesse, weil man erklärte, er könne die preußische Wahlreform als Bayer

10 Uhr.<sup>16)</sup>

nicht durchführen, denn so viel Rücksicht müsse man auf den Landtag nehmen, so daß man einem mit preußischen Verhältnissen völlig unbekanntem Mann die Lösung der Wahlreformfrage übertrage. Dadurch dürfte die Kandidatur Kühlmann, weil sie gar keinen Boden innerhalb der Fraktionen hätte, erledigt sein. Für Bülow trat außer den Nationalliberalen Erzberger mit großer Wärme ein, während Trimborn und Dr. Südekum einige Bedenken geltend machten. Allgemein wurde dabei aber betont, daß er unzweifelhaft einer unserer gewandtesten Diplomaten sei und auch die preußische Wahlreform am reibungslosesten durchführen könnte. Soweit man von einer übereinstimmenden Meinung sprechen kann, einigte man sich schließlich dahin, lediglich dieses Programm in den Fraktionen durchzusetzen und bei etwaiger Berufung durch den Kaiser die Bitte zum Ausdruck zu bringen, daß der neue Mann sich auf dieses Programm verpflichten möchte, während man dem Kaiser in der Ernennung der Persönlichkeit selbst keineswegs vorgreifen wolle. Die Kandidatur des Fürsten Hatzfeldt, welche erwähnt wurde, wurde nicht ernst genommen.“

<sup>16)</sup> Bezieht sich wahrscheinlich auf den Termin der nächsten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses. Vgl. die abweichenden Angaben in Nr. 55b und Nr. 55d.

## 56.

### 22. 10. 1917: Haußmann informiert Oberstleutnant von Haeften über das Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen

Nachlaß Haußmann 54, Maschinenschrift. Überschrift eigenhändig mit Bleistift: „Äußerung bei Oberstleutnant v. Haeften kurz nach dem 22. Okt. [19]17“.<sup>1)</sup>

Herr Haußmann sagt:

Es ist, nachdem ich heute<sup>1)</sup> wieder einer zweieinhalbstündigen Aussprache der Vertreter der vier Parteien Volkspartei, Nationalliberale, Zentrum und Sozialdemokratie beigewohnt habe, mir zur vollen Gewißheit geworden:

- 1) Daß Michaelis von allen gemeinsam als absolut unhaltbar angesehen wird.
- 2) Daß für den Fürsten Bülow die Linke überhaupt nicht zu haben ist und vom Zentrum nur der Abgeordnete Erzberger, während die Nationalliberalen gespalten sind, ein Teil lebhaft für Bülow, ein anderer lebhaft gegen ihn.
- 3) Von den Staatssekretären als Kanzler fand nur Solf einigen Anklang.
- 4) Den Namen des Prinzen Max<sup>2)</sup> haben wir absichtlich überhaupt nicht genannt, es ist meine Überzeugung, daß, wenn er das Vertrauen der Krone findet, er das Vertrauen auch einer großen Mehrheit im Reichstag erhalten wird, wie sich in programmatischen Besprechungen mit Parteiführern sehr rasch herausstellen wird.

<sup>1)</sup> Die richtige Datierung — 22. 10. 1917 — ergibt sich aus dem Inhalt der Aufzeichnung (vgl. Nr. 55a—d) in Zusammenhang mit der Angabe: „heute“.

<sup>2)</sup> Für die Einwirkung v. Haefdens auf Ludendorff zugunsten der Kandidatur des Prinzen Max im Oktober 1917 vgl. Prinz Max S. 147. S. auch Nr. 45 und Nr. 52.

## 23. 10. 1917, vorm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

57a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup>  
Überschrift: „23. Oktober 1917“.

**Stresemann:** Gestern abend 7 Uhr bei M.<sup>3)</sup> Zum Ausdruck gebracht, daß National-liberale schwerste parlamentarische Kämpfe voraussehen, wenn keine Klärung. Zwei Möglichkeiten: Verständigung mit den Parteien oder Abgang. Nach Südekums Erklärungen<sup>4)</sup> keine Möglichkeit. Unstimmigkeiten zwischen ihm und Capelle. Formal tragen.<sup>6)</sup> Aber was vorgebracht wurde, eigentlich nur zwei Gesichtspunkte: Mangel an Regie, Nicht-verstehen mit Parlament umzugehen. Das läge auch am Parlament. Man habe ihn noch gar nicht zur sachlichen Arbeit kommen lassen. Viel vor auf innerem und

57b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 23. Oktober 1917“.

Anwesend: Dieselben.<sup>2)</sup>

**Stresemann** am 22. abends 7 Uhr bei M.<sup>3)</sup>/ referiert: Nationalliberale voraussehen schwerste parlamentarische Kämpfe, wenn keine Klärung. Zwei Möglichkeiten: Verständigung mit Parteien oder Abgang. Nach Ausgang des Würzburger Parteitags<sup>5)</sup> anscheinend keine Möglichkeit einer Verständigung. Dazu Unstimmigkeit zwischen M. und C. M. sagt, daß er die formale Verantwortung für den Zwischenfall voll trage, belastet aber C.<sup>6)</sup> Was gegen ihn vorgebracht würde, sei eigentlich nur Mangel an Regie und mangelhafter Umgang mit Parlament. Das liege auch am Parlament. Man habe ihn noch gar nicht

57c: Nachlaß Haußmann 29, eigenhändig mit Bleistift.<sup>1)</sup> Überschrift: „23. X. 1917“.

**Stresemann:** Ich war bei dem Kanzler gestern abend 7 Uhr / Ich sagte ihm, nach der Haltung der Sozialdemokraten sei er nicht haltbar / Mangel an Regie u. Nicht-umgehenkönnen mit dem Parlament. Auch am Parlament / Man habe ihn noch nicht zum arbeiten kommen lassen. Er werde sozialpolit[ische] Vorlagen.<sup>7)</sup> Er habe die Gewerkschaften empfangen<sup>8)</sup>, die ihm für Schwander<sup>9)</sup> dankten / Nützlicher als Kampf um Verfassungsfragen / Auslandspolitik jetzt reif im Rahmen / Ob ein Wechsel bessern werde, würde zu bezweifeln sein / Er werde dem Kaiser berichten, in seiner Hand liege die Ent-

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 57d; ferner Nr. 106 und Nr. 107.

<sup>2)</sup> S. Nr. 55b bes. auch Anm. 4.

<sup>3)</sup> Michaelis.

<sup>4)</sup> Nach Nr. 57d bezieht sich der Passus auf die Erklärungen Südekums in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 22. 10. 1917 (vgl. Nr. 55a—e, bes. Nr. 55c); s. dagegen Nr. 57b.

<sup>5)</sup> Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1917 bes. S. 453 f. (Schlußwort Scheidemanns).

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 55a—c bes. auch Anm. 30 und Nr. 107.

<sup>7)</sup> Im Or. Fehlkonstruktion: „Er werde ein sozialpolit. Vorlagen war.“

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 57d; ferner Nr. 55a—c Anm. 15.

<sup>9)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 744, 928 f. Schwander war am 5. 8. 1917 vorläufig zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern ernannt worden und wurde durch Erlaß vom 21. 10. 1917 zum Leiter des aus diesem Ressort ausgeschiedenen Reichswirtschaftsamtes berufen.

äußerem Gebiet. Sozialdemokratisches Programm.<sup>10)</sup>

Hat mit Vertretern der Gewerkschaft gesprochen<sup>8)</sup>, Dank für Schwander<sup>9)</sup>, in praktischer Arbeit sehen sie etwas Ersprießlicheres als im Kampf im Verfassungsleben.

Auch auf Außenpolitik gewisse Dinge zur Entscheidung reif im Rahmen der Mehrheitsresolution. Auch hier Einverständnis möglich. Ob Wechsel besser wird, müsse er bezweifeln. Neuer Mann müsse von vorn anfangen. Entscheidung beim Kaiser. Vortrag / [abhängig]<sup>12)</sup> machen vom Kaiser.

Notwendig Programm! Keine neuen Stürme im Dezember<sup>13)</sup>, weil kriegsverlängernd. — Allein im Auftrag der [National-]Liberalen, nicht als Mehrheitspolitiker. Aus gestrigen Verhandlungen müsse er annehmen, daß [er] in bezug auf Sozialdemokratie sich täusche.

**Erzberger:** Kaiser wird wohl kaum die Parteiführer empfangen. Heute politische Besprechungen beim Kaiser. August Eulenburg<sup>14)</sup> ist heute beim Kaiser.

zur sachlichen Arbeit kommen lassen. Er habe viel vor auf innerem und äußerem Gebiete. Sozialpolitisches Programm. Habe mit Vertretern der Gewerkschaften gesprochen<sup>8)</sup>, die ihm für Berufung Schwanders<sup>9)</sup> gedankt hätten und in praktischer Arbeit etwas sehr viel Ersprießlicheres sähen als im Kampf um Verfassungsfragen. Auch auf außenpolitischem Gebiet seien gewisse Dinge zur Entscheidung reif, die im Rahmen der Mehrheitsresolution ausgeführt werden könnten. Es sei also auch hier ein Einverständnis möglich. Er müsse bezweifeln, daß ein Wechsel etwas bessern werde, denn neuer Mann müsse alles wieder von vorn anfangen. Entscheidung liege beim Kaiser, und er werde entsprechenden Vortrag halten. Daß ein Programm notwendig sei, sehe er ein. Auf keinen Fall dürften im Dezember<sup>13)</sup> neue Stürme auftreten, weil sie kriegsverlängernd wirken. Stresemann erwiderte darauf, daß M. sich offenbar über Stimmung in Parteien, namentlich in Sozialdemokratie, täusche.

**Erzberger** berichtet darauf, Kaiser werde wohl kaum Parteiführer empfangen. Am selben Tage seien politische Besprechungen beim Kaiser.

scheidung / Er frug nicht nach Nachfolger / Wir werden eine Niederschrift austauschen.<sup>11)</sup>

**Erzberger:** Der Kaiser wird die Parteiführer wahrscheinlich nicht empfangen, aber den Hausminister.<sup>14)</sup> Der Kaiser komme mit Stimmung himmelhoch aus dem Zirkus von Konstantinopel.<sup>15)</sup>

**Richthofen:** Eulenburg sprach mit uns u. Bülow, dann mit Bülow allein, der nachher sichtlich befriedigt war.

**Fischbeck:** Auch in Kreuznach<sup>16)</sup> geschrieben<sup>17)</sup>, Eindruck Michaelis unmöglich. Nicht der Kaiser solle Parteiführer berufen, sondern solle sich Persönlichkeiten aussuchen, aber vor Ernennung solle sich dieser Mann mit den Parteien ins Einvernehmen setzen. Das liegt im Rahmen dessen, was wir erstrebt haben.

**Erzberger:** Nachdem erfahren, daß Parteiführer nicht berufen werden, erhebt sich für uns Schwierigkeit. Wen ernennt der Kaiser?

**Haußmann:** Michaelis glaubt immer noch, daß er bleiben könne. Auch [in] Deutsche Tageszeitung wird gearbeitet gegen Wechsel: „französische Zustände“.<sup>18)</sup> Nach Stresemanns Aussagen hat Kanzler falsch verstanden, indem er meint, die anderen Parteien seien günstig gestimmt. Grund-

**Fischbeck** sagt, daß auch in Kreuznach<sup>16)</sup> über alle Fragen gesprochen worden sei, Eindruck dort, daß M. unmöglich sei. Auf Besprechung Kaisers mit Parteiführern lege er<sup>18)</sup> wenig Wert, viel mehr darauf, daß neuer Mann sich mit Parteien ins Einvernehmen setze. Das sei auch das Ziel der Mehrheitsparteien.

**Erzberger** fragt, was nun geschehen solle, nachdem angenommen werden könne, daß Kaiser Parteiführer nicht hören wolle. Wie könne man erfahren, ob Wechsel eintreten solle, und wen Kaiser ernennen wolle?

**Haußmann:** M. glaube immer noch, daß er bleiben könne. Auch Deutsche Tageszeitung arbeite gegen Wechsel mit der Losung „keine französischen Zustände“.<sup>19)</sup> Nach Stresemanns Mitteilungen glaube M., Sitz des Widerstands gegen ihn sei nur Sozialdemokratie. In Wirklichkeit

**Fischbeck:** In Kreuznach<sup>16)</sup> ist die Meinung, daß zuerst ein Mann berufen werde

**Haußmann:** Stresemann hat den Michaelis nicht genügend aufgeklärt wenn er ihn wegen der Sozialdemokratie für unhaltbar erklärt / Man soll im Innern die Lösung erleichtern, aber die Regie oben muß den Vorteil [wahrnehmen]<sup>20)</sup> zu zeigen, daß es nicht absolutistisch zugeht.

<sup>10)</sup> „Sozialdemokratisches Programm“ wahrscheinlichste Lesart; jedoch wäre „Sozialprogramm“ nicht völlig ausgeschlossen.

<sup>11)</sup> Aus dem Durchschlag des Anschreibens, Nachlaß Stresemann 176 (6885), geht hervor, daß Stresemann die von ihm angefertigte Niederschrift am 23. 10. 1917 dem Kanzler übersandt hat. Weitere Exemplare schickte er am 23. 10. an Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein und am 24. 10. an Friedberg; vgl. Nachlaß Stresemann 175 (6884) und 176 (6885). Der Nachlaß Stresemann enthält jedoch weder den Entwurf noch einen Durchschlag der Niederschrift.

<sup>12)</sup> Im Stenogramm: „unabhängig“. Wie die übrigen Fassungen, Nr. 57 b—d, zeigen, liegt zweifellos ein Schreibfehler vor.

<sup>13)</sup> Nach dem Wiederezusammentritt des Plenums, der ursprünglich für den 5. 12. 1917 vorgesehen war. S. Nr. 50 Anm. 8.

<sup>14)</sup> Vgl. auch Valentini S. 177 (über die Teilnahme des Hausministers Graf Eulenburg an den politischen Besprechungen mit dem Kaiser am Abend des 23. 10. 1917).

<sup>15)</sup> S. Nr. 54 Anm. 2.

<sup>16)</sup> Bei der OHL.

<sup>17)</sup> Sinn unklar. Könnte u. U. zu interpretieren sein, daß ihm — Fischbeck — ein Gewährsmann aus dem Hauptquartier geschrieben habe. — Fischbeck hatte an der Frontreise der Abg. im September teilgenommen und war am 20. 9. mit der Reisegruppe in Kreuznach gewesen. Vgl. WUA 7/I S. 382 ff.

<sup>18)</sup> Ludendorff?

<sup>19)</sup> Bezieht sich auf die gleichzeitige Regierungskrise in Frankreich. Vgl. Schulthess 1917/II S. 456 ff.

<sup>20)</sup> Im Or.: „wahrnimmt“.

gedanke: ich komme jetzt erst mit meinen großen Trümpfen und gehe deshalb nicht. Die Meinung aller Urteilsfähigen ist die Unmöglichkeit dieser Regierung. Auch ins Ausland ist das gegangen. Der Versuch, dieses Ministerium ohne innere Disziplin zu halten, ist eine klägliche Erscheinung. Wer was tun kann, der soll es tun. Im Reichstag entgleist, daher Reichstag bestes Urteil; deshalb Eindruck halb absolutistischer Zustände, wenn der Reichstag wieder ausgeschaltet wird.

**Südekum:** Zweideutigkeit, August Eulenburg<sup>21)</sup> / Einbringung der Wahlrechtsvorlage.

**Erzberger:** Täuschung von Michaelis über Zusammenarbeit mit dem Parlament. Beim besten Willen geht es nicht. Schon weil er dieser Auffassung ist, muß er weg. Wenn er dieser Meinung ist, dann durfte er nicht nach Kurland<sup>24)</sup> gehen, sondern mußte Programm in dieser Zeit machen. Wechsel muß rasch geschehen, weil jetzt

aber auch bei allen anderen Mehrheitsparteien. Grundgedanke seiner Äußerungen zu den Abgeordneten sei immer der, er komme jetzt erst mit seinen großen Trümpfen und wolle deshalb nicht gehen. Alle Urteilsfähigen in der Meinung von Unmöglichkeit dieser Regierung einig. Auch ins Ausland ist diese Auffassung gedrungen. Versuch, dieses Ministerium ohne innere Kraft zu halten, sei klägliche Erscheinung. M. sei im Reichstag entgleist, daher habe Reichstag bestes Urteil über seine Qualifikation. Werde Reichstag jetzt wieder ausgeschaltet, dann Eindruck halb absolutistischer Zustände im Auslande.

**Südekum** weist auf die neue Zweideutigkeit in den Worten von M. hin, wenn der behauptet habe, Gewerkschaften legten nur Wert auf kleine sozialpolitische Änderungen. M. suche Notwendigkeit weiterer Amtsführung durch Hinweis auf preußische Wahlvorlage zu beweisen, dabei aber bemerkenswert, daß starke Kräfte gegen loyale Durchführung der Kaiser-Botschaften am Werke. Besondere Aufmerksamkeit daher auch in diesem Punkt notwendig.

**Erzberger:** M. täusche sich über Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Parlament. Beim besten Willen gehe es nicht. Schon weil er das nicht einsehe, müsse er fort. Wenn er Überzeugung hegte, daß Weiterarbeit möglich sei, hätte er nicht nach Kurland<sup>24)</sup> gehen dürfen, sondern Zwischenzeit zu ernsthaften Verhandlungen

**Südekum:** Schmidt<sup>22)</sup> sagte mir[:] was mir Michaelis sagte<sup>23)</sup> ist völlig ungenügend.

**Erzberger:** Michaelis kann mit dem Reichstag nicht arbeiten / unmöglich. Wir haben eine verhandlungsunfähige Regierung.

Hauptpunkt: Wie bringt man es an den Kaiser[?]

Regierung verhandlungsunfähig ist. Mit wem soll denn verhandelt werden? Jetzt muß es gemacht werden. Wie bringt man das zur Kenntnis der maßgebenden Stelle? Wenn Kaiser nicht Parteiführer beruft, was dann? (Trimborn: Durch Lerchenfeld?) Durch Valentini. Eventuell schriftlich. Am besten ganz klar: Vor endgültiger kaiserlicher Entschliebung usw.<sup>26)</sup> ... bis Kriegsende. Beide Teile gebunden. Auch mündlich möglich.

**Rießer:** Verschiedene Männer, die mitstürzen würden, beeinflussen den Kaiser, ihn zu halten. (Helfferich!)<sup>27)</sup> — Starke Tendenz, diese Sache unter völliger Ausschaltung des Parlaments zu machen! Der Kaiser starker Mann, geschwellt von der Reise!<sup>15)</sup> Wenn wir das machen, was Erzberger sagt, ob das zum Erfolge führen wird. Wenn es nicht dazu führt? Ist es dann klug, das Nein zu provozieren?

über Programm benützen müssen. Ein Wechsel müsse auch aus [außenpolitischen]<sup>25)</sup> Gründen rasch kommen, weil die jetzige Regierung verhandlungsunfähig sei. Mit wem solle jetzt etwa Ausland verhandeln? Wie bringe man das alles zur Kenntnis oberster Stelle. Es sei nur möglich durch Valentini, evt. schriftlich, am besten in ganz klarer Form, daß Kaiser vor endgültiger Besetzung neuen Mann anweisen solle, festes Programm bis Kriegsende mit Parteien zu besprechen. Dann seien Regierung und Parlament gebunden und gedeihliches Arbeiten möglich.

**Rießer:** Verschiedene Männer, so Helfferich<sup>27)</sup>, die mitstürzen müßten, beeinflussen Kaiser, jetzt M. zu halten. Starke Tendenz, Krise so oder so ohne Mitwirkung des Reichstags zu beenden. Kaiser komme mit Hochgefühlen von Orientreise<sup>15)</sup> zurück. Deshalb jetzt vermutlich schwierig zu behandeln. Daher fraglich, ob Erzbergers Vorschlag zum Ziel führe. Wenn aber Mißerfolg, was dann? Vielleicht unangenehm, ein Nein zu provozieren.

<sup>21)</sup> S. Anm. 14.

<sup>22)</sup> Robert Schmidt, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, seit 1903 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin.

<sup>23)</sup> Vgl. oben (Stresemann, zu Beginn der Sitzung) und Nr. 57d.

<sup>24)</sup> Michaelis hatte vom 14.—21. 10. 1917 die besetzten Ostgebiete besucht.

<sup>25)</sup> Im Or.: „außerpolitischen“.

<sup>26)</sup> Kennzeichnung der Auslassung durch ... wie im Stenogramm.

<sup>27)</sup> Vgl. Helfferich S. 506 f.: Er habe Valentini gegenüber, der ihn am 24. 10. 1917 besucht habe, einerseits den Standpunkt vertreten, daß der gegebene Anlaß für eine Verabschiedung von Michaelis denkbar ungeeignet sei, andererseits jedoch offen ausgesprochen, daß auf die Dauer der Kanzler nicht zu halten sein werde.

**Richthofen:** Die Verantwortung ist denn doch zu groß, als daß wir auf Absage Wert legen dürften. Verbalnote! Wir müssen Mund aufmachen.

**Stresemann:** Gegen Haußmanns Auffassung von der falschen Auffassung des Kanzlers. Das ist nicht möglich nach meiner Unterredung. In weitesten Kreisen des Volkes überhaupt große Unruhe über seine Tätigkeit. Ich werde über Unterredung schriftlich auch Hofstellen berichten.

Was weiter tun? Ich fürchte, wenn Kaiser zurückkommt nach Reise, dann wird er Empfindung haben, daß Parlament unangenehme Kritiker seien. Aber seine Familie wird ihn aufklären.<sup>29)</sup> Beschränken auf folgendes: Valentini sagen, daß, wenn Wechsel kommt, dann mit Führern zu besprechen das neue Programm mit dem neuen Mann. Das soll jede Fraktion einzeln machen. Dann wird Kaiser nicht gedrängt, er hat vollkommen freie Hand.

**Erzberger:** Gesondert machen. Müßte heute gemacht werden. Erklärung gleichlautend.

**Richthofen:** Wir müssen jetzt handeln. Verantwortung viel zu große, als daß Rießers Bedenken wegen eines Mißerfolgs ausschlaggebend wären. Dann Verantwortung ganz auf anderer Seite.

**Stresemann:** Nach meiner Unterredung kann M. über Stimmung aller Parteien nicht im Zweifel sein. Ebenso wenig darüber, daß breiteste Kreise des Volkes überhaupt große Unruhe über seine Tätigkeit empfinden. Er habe Unterredung mit M. schriftlich aufgezeichnet und werde Text nach Austausch auch an entscheidende Hofstelle weitergeben. Schwierig, was jetzt zu tun? Kaiser werde in jetziger Hochstimmung Parlament als lästige Kritiker empfinden. Kaiserliche Familie werde ihn indessen aufklären.<sup>30)</sup> Am besten sei, Valentini zu sagen, daß, wenn ein Wechsel komme, vorherige Besprechung neuen Mannes mit Parteien nötig sei. Das solle jede Fraktion einzeln V. mitteilen. So behalte Kaiser völlig freie Hand und könne sich nicht gedrängt fühlen.

**Erzberger:** Am besten sei in der Tat gesondertes Vorgehen, an dem aber unbedingt alle Parteien beteiligt sein müßten. Es müsse auch am selben Tage geschehen, weil sonst Entscheidung vielleicht schon gefallen sei.

**Südekum:** Sozialdemokratie immer gegen Benutzung des Zivilkabinetts, daher Bedenken gegen vorgeschlagenen Weg. Ab-

**Stresemann:** Die Auffassung Haußmanns, daß er nicht deutlich gesprochen habe, sei unrichtig, er habe Michaelis auch darauf hingewiesen, daß ihm von der Volkspartei am 10. Okt. die Abstimmung<sup>28)</sup> interpretiert worden sei, die einem Mißtrauen gleich komme.<sup>29)</sup>

Schriftlich an Valentini.

**Erzberger** stimmt zu.

sonderung der Sozialdemokratie bei einer etwa beschlossenen Aktion indessen offensichtlich auch bedenklich. Weil Parteiführer abwesend, würde er persönlich Verantwortung für Zersplitterung der Mehrheit in dieser Frage für größer halten als Verantwortung für Gang zu Valentini. Aber Entscheidung darüber überhaupt erst möglich, wenn schriftlich niedergelegt sei, was Inhalt der Unterredung bilden solle. Erklärungen müßten in allen wesentlichen Punkten gleichlautend sein.

**Richthofen:** Man sollte mitteilen, daß die Fraktion Michaelis schon gesagt hat, was man denkt. Denn . . . , wenn Majestät zum Wechsel entschließt, . . . dann usw.<sup>28)</sup>

**Trimborn:** Nach Vorschlag Stresemann keine Programmpunkte zu erwähnen. Das halte ich auch für richtig. Offizielle Festlegung ist kaum möglich von Fraktions wegen. Also mündlich.

**Richthofen:** Man solle ausdrücklich mitteilen, daß Fraktionen M. bereits gesagt hätten, daß sie Verbleiben im Amt für unmöglich halten.

**Trimborn:** Südekums Einwände verständlich. Es sei nicht beabsichtigt, irgend eine Fraktion festzulegen, sondern Gang zu V. müsse evt. in allen Fraktionen als Privatschritt vertreten werden. Immerhin sei mündliches Verfahren dem brieflichen vorzuziehen. Schließe sich Südekums Vorschlag wegen schriftlicher Fixierung der Grundlinien der Verhandlungen an.

**Richthofen:** mitteilen, was man dem Reichskanzler gesagt hat.

<sup>28)</sup> Vom 9. 10. 1917, über das von den Unabhängigen eingebrachte Mißtrauensvotum. Vgl. Nr. 48 Anm. 6.

<sup>29)</sup> Bezieht sich auf die Reichstagsrede Haußmanns vom 10. 10. 1917, in der es u. a. hieß: „Ich darf auch ausdrücklich hinzufügen, daß wir bei unseren gestrigen Erklärungen und unseren Abstimmungen uns von dem Entschluß haben leiten lassen, die Krisenhaftigkeit nicht in die Formen des Konflikts überzuführen, weil es für Deutschland kein Heil wäre. (Sehr gut! links.) Aber daraus sollen auch bei der Regierung keine falschen Schlüsse gezogen werden. . . .“ — Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 bes. S. 3829 f.

<sup>30)</sup> Vgl. Nr. 55d Anm. 2. — Die Bemerkung könnte sich weiterhin auf die Intervention des Kronprinzen beziehen, der am 23. 10. 1917 einen bei Herre S. 118 f. referierten Brief an den Kaiser richtete; dazu auch Valentini S. 177, wo es heißt, daß der Kaiser „einen Brief des Kronprinzen erhalten hatte, der Michaelis fallen ließ und Bülow als Nachfolger empfahl.“

<sup>31)</sup> Kennzeichnung der Auslassung durch . . . wie im Stenogramm.

**Haußmann:** Soll man nicht intern unsere Auffassungen aussprechen und sagen, daß man nicht Schritte in dem Moment weiter tun wolle, daß man aber davon ausgeht, daß die Parteiführer gehört werden. Am besten ist wohl ein gemeinsamer Beschluß. Dieses Schriftstück wäre dann eine Unterlage. Verschiedene Formen des Durchsickerns oder Bekanntmachens lassen sich denken.

**Südekum:** Erst fixieren, dann erst entschließen, wie vorzugehen. Meine Partei gegen den Weg über Valentini.

Nach Rücksprache von Vertretern der verschiedenen Parteien<sup>33a)</sup> mit dem Herrn Reichskanzler über die gesamte äußere und innere<sup>34)</sup> Lage sind wir gemeinschaftlich zu der folgenden Auffassung gelangt:

Sollte Seine Majestät der Kaiser zu dem Entschluß kommen, einen Kanzlerwechsel eintreten zu lassen, so dient es dem höchsten Staatsinteresse<sup>35)</sup>, für ruhige innerpolitische Entwicklung bis Kriegsende volle Gewähr zu schaffen<sup>36)</sup>; nur hierdurch kann diejenige Geschlossenheit hergestellt werden, deren das<sup>37)</sup> Volk in

**Haußmann** spricht sich in gleicher Weise aus. Eine gemeinsame Festlegung des Verhandlungsgegenstandes schließe auch spätere Zwickigkeiten zwischen Mehrheitsparteien über Vorgehen aus.

Es erfolgt dann die Festlegung dessen, was evtl. durch vier Herren bei Valentini vorgetragen werden soll:

Nach Rücksprache von Vertretern der verschiedenen Parteien mit dem Herrn Reichskanzler über die gesamte äußere und innere Lage sind wir gemeinschaftlich zu folgender Auffassung gelangt:

Sollte der Kaiser zu dem Entschluß kommen, einen Kanzlerwechsel eintreten zu lassen, so dient es dem höchsten Staatsinteresse, für ruhige innerpolitische Entwicklung bis zum Kriegsende volle Gewähr zu schaffen. Nur hierdurch kann diejenige Entschlossenheit hergestellt werden, deren das Volk in Waffen und in der Heimat

**Haußmann:** Schriftlich fixieren was unsere Auffassung ist u. das oben wissen lassen, ohne Antragsform.

**Südekum:** Ich hätte nichts gegen ein Mitgehen zu Valentini, aber gegen einen Antrag namens der Partei. Wir wollen es formelhaft festlegen. Ich habe einen genauen Aufschrieb meiner Unterredung mit Michaelis.<sup>32)</sup>

Gemeinsame Redaktion einer internen Erklärung, die ich halb nach meinen laut diktierten Vorschlägen halb nach Vorschlägen von Trimborn u. a. niederschrieb / Anlage I.<sup>33)</sup>

Waffen und in der Heimat<sup>33)</sup> dringend bedarf. Der Weg zu diesem Ziel ist eine vertrauensvolle Verständigung über<sup>39)</sup> die<sup>40)</sup> äußere und innere Politik des Reichs bis zum Kriegsende.<sup>41)</sup> Die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Monate sind<sup>42)</sup> auf den Mangel einer solchen Verständigung zurückzuführen. Seine Majestät den Kaiser bitten wir [daher]<sup>43)</sup>, vor der von ihm zu treffenden Entschliebung<sup>44)</sup> die für die Leitung der Reichsgeschäfte in Aussicht genommene Persönlichkeit zu beauftragen<sup>45)</sup>, sich mit dem Reichstag zu besprechen.<sup>46)</sup>

dringend bedarf. Der Weg zu diesem Ziele ist eine vertrauensvolle Verständigung über die äußere und innere Politik des Reiches bis zum Kriegsende. Die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Monate sind auf den Mangel einer solchen Verständigung zurückzuführen. Den Kaiser bitten wir daher, vor der von ihm zu treffenden Entschliebung die für die Leitung der Reichsgeschäfte in Aussicht genommene Persönlichkeit zu beauftragen, sich mit dem Reichstag zu besprechen.

<sup>32)</sup> Vgl. Nr. 50.

<sup>33)</sup> Eigenhändiges Konzept und Durchschlag der maschinenschriftlichen Reinschrift (mit der Datierung: „23. X. 1917. 12 Uhr“) im Nachlaß Haußmann 29; bis auf eine Abweichung („Vertretern verschiedener Parteien des Reichstags“) wörtlich übereinstimmend mit Nr. 57a. — Bei Prinz Max S. 148 wird der Text der „Verbalnote“ zwar in der Sache richtig, jedoch nicht wortgetreu wiedergegeben und Haußmann irrtümlich als alleiniger Verfasser bezeichnet.

<sup>33a)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Zentrum, Sozialdemokratie, Volkspartei, Nationalliberale“.

<sup>34)</sup> Im Stenogramm ursprünglich: „innere und äußere“; von Südekum umgestellt. Dahinter gestr.: „politische“.

<sup>35)</sup> Im Stenogramm gestr.: „zur Herstellung“.

<sup>36)</sup> Im Stenogramm gestr.: „nur hierdurch kann insbesondere auch nach innen“. Das letzte Wort ist zweifelhaft, könnte u. U. auch als „außen“ gelesen werden.

<sup>37)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Vaterland in dieser schweren Zeit“.

<sup>38)</sup> Im Stenogramm gestr.: „in dieser schweren Zeit“.

<sup>39)</sup> Im Stenogramm gestr.: „das, was bis zum Kriegsende geschehen und unterbleiben soll“.

<sup>40)</sup> Im Stenogramm gestr.: „innere und äußere Politik“.

<sup>41)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Wie gerade die letzten Monate gezeigt haben, ist es der Mangel einer solchen Verständigung, der innerpolitisch die in den letzten Monaten aufgetretenen Schwierigkeiten“.

<sup>42)</sup> Im Stenogramm gestrichen: „zurückzuführen“.

<sup>43)</sup> Im Stenogramm: „daß er“; berichtigt nach Nr. 57b, auch in allen anderen Wiedergaben „daher“. Dahinter gestr.: „ein vor seiner Entschliebung“.

<sup>44)</sup> Im Stenogramm gestr.: „den“.

<sup>45)</sup> Im Stenogramm gestr.: „ein solches Programm mit den Parteien des Reichstages zu vereinbaren / Richtlinien / entsprechende Richtlinien mit den Parteien des Reichstages zu vereinbaren / mit den Volksvertretern / dem Reichstag zu vereinbaren.“

<sup>46)</sup> Die Erklärung ist im gleichen Wortlaut abgedruckt bei Helfferich S. 505 und bei Schulthess 1917/I S. 930 (auf den von Haußmann bei der Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs am 6. 1. 1918 mitgeteilten Text zurückgehend). Bei Erzberger S. 290 (ebenso Nr. 57d) zwei sachlich unerhebliche Abweichungen. S. ferner Anm. 33.

Was soll nun geschehen?<sup>47)</sup>

In der noch folgenden kurzen Besprechung über den Weg des Vorgehens traten die drei bürgerlichen Parteien entschieden für mündliches Verhandeln mit Valentini ein und Südekum gab in Konsequenz seiner vorausgehenden Erklärung seine Einwilligung dazu, als Privatperson ebenfalls mitzugehen.<sup>47)</sup>

Von dieser wird dann beschlossen, hiervon Valentini mündlich Mitteilung zu geben u. als eine Verbalnote den Text zu übergeben, dies soll Trimborn überreichen, es [sollen]<sup>48)</sup> auch Fischbeck, Südekum u. Stresemann zu Valentini gehen.<sup>47)</sup>

Es wird an diesen telephoniert. Er ist den ganzen Tag in Potsdam. Es wird nach Potsdam angefragt. Es wird gemeldet, daß Valentini ausgegangen ist u. in einer halben Stunde Mitteilung geben wird.<sup>49)</sup> 2 [Uhr] 28 Zug.<sup>50)</sup>

Zusammenkunft um 7 Uhr.<sup>51)</sup>

<sup>47)</sup> In einem Schreiben Richthofens an Schönaich-Carolath vom 26. 10. 1917 (s. Nr. 55a—c Anm. 58a), in dem Richthofen dem von Berlin abwesenden Fraktionskollegen auf dessen Bitte hin einen „kurzen Abriß der Vorgänge“ mitteilte, hieß es u. a.: „Nachdem sich nach der Rückkehr des Reichskanzlers herausgestellt hatte, daß Dr. Michaelis an einen Rücktritt nicht denke und die Situation von der leichten Seite nehmen wollte, traten wir auf Anregung, insbesondere des Herrn Erzbergers, zu der ersten interfraktionellen Sitzung [22. 10.; vgl. Nr. 55a—e] zusammen, an die sich dann verschiedene andere an gereiht haben. Es waren alle vier Parteien durch zwei bis drei Abgeordnete vertreten. Man war in voller Übereinstimmung der Meinung, daß Michaelis unbedingt weg müsse, daß mit ihm ein weiteres ersprießliches Arbeiten undenkbar sei. Die Herren Trimborn, Payer und Südekum waren bei ihm gewesen, um ihm das auseinanderzusetzen. Auch Stresemann [am 22. 10.; vgl. Nr. 57a—d] ist nach der Rückkehr des Kanzlers aus Kurland denselben Weg gegangen. Allen Vieren hat er gesagt, daß er diese ablehnende Haltung eigentlich nicht ganz verstehe, daß seine Absichten sich mit den politischen der Mehrheitsparteien deckten und daß die Entscheidung ausschließlich beim Kaiser ruhe. Mit Rücksicht auf diese merkwürdige Sachlage wurde beschlossen, einen Schritt bei Exzellenz von Valentini zu tun.

Zu diesem Zwecke wurde, wie ich glaube sehr geschickter Weise, eine Verbalnote aufgesetzt, in welcher betont worden ist, daß alles darauf ankomme, jeden weiteren Konflikt zu vermeiden, ein klares Programm für die Dauer des Krieges innerpolitisch aufzustellen, um so auch nach innen die erforderliche Ruhe und Sicherheit zu haben, und in dem zum Schluß zur Erreichung dieses Ziels der Kaiser gebeten wurde, für den Fall eines Kanzlerwechsels dem neuen Kanzler vor der endgültigen Ernennung Gelegenheit zu geben, sich mit den Parteien über das zukünftige Programm zu verständigen.“

<sup>48)</sup> Im Or.: „soll“.

<sup>49)</sup> Vgl. Valentini S. 175: „Um die Mittagszeit erhielt ich in Potsdam die telephonische Anfrage, ob ich die vier Reichstagsabgeordneten Trimborn, Stresemann, Fischbeck und Südekum, die mir im Auftrage der ‚interfraktionellen Kommission‘ eine Mitteilung für den Kaiser machen wollten, um 4 Uhr in Potsdam empfangen wolle. Nach meiner Auffassung war ich durch meine Stellung verpflichtet, jeden Besucher zu empfangen, der durch meine Vermittlung eine Bitte oder ein Anliegen an die Krone zu bringen wünschte.“

<sup>50)</sup> S. Nr. 58.

<sup>51)</sup> 19 Uhr. S. Nr. 59 a—c.

57d: Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Die interfraktionelle Besprechung / Dienstag, 23. Oktober 1917.“

Abgeordneter Stresemann referiert über seine Unterredung mit dem Reichskanzler, welche gestern abend um 7 Uhr stattfand. Er teilt mit, daß er dem Reichskanzler namens seiner Fraktion eröffnet habe, daß für den Dezember die schwersten innerpolitischen Kämpfe zu erwarten seien. Nur zwei Wege scheinen noch offen zu sein: Entweder die Verständigung des Reichskanzlers mit den Parteien, besonders mit der Sozialdemokratie. Er glaube aber, daß nach den bestimmten Erklärungen der Sozialdemokraten und auch nach dem, was der Abgeordnete Südekum am Vormittag in der interfraktionellen Besprechung<sup>2)</sup> erklärt habe, keine Aussicht vorhanden sei, daß dieser Weg mit Aussicht auf Erfolg besritten werden könnte. Es bleibe also nur der zweite Ausweg übrig: Eine Änderung in der Person des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler erwiderte, daß sich wohl Unstimmigkeiten zwischen ihm und Marinestaatssekretär<sup>3)</sup> Capelle ergeben hätten. Er, der Reichskanzler, trage dafür aber lediglich die formale Verantwortung. Was man ihm vorwerfe sei Mangel an Regie. Diesen gebe er zu. Aber auch der Reichstag sei sehr empfindlich, wenn Regierungsvertreter entgleisten. Er werde im Dezember ein sozialpolitisches Programm vorlegen und sich mit den Gewerkschaften verständigen. Diese sozialen Forderungen seien wichtiger als alle Verfassungsfragen. Dann würden die Parteien von selbst wieder zusammengeführt werden. Er habe eine außenpolitisch große Frage zur Entscheidung reifen gemacht. Wenn ein Wechsel eintrete, so müsse der neue Herr doch wieder eine Verständigung mit den Parteien suchen, und das bessere an der Situation nichts. Im übrigen habe der Kaiser zu entscheiden. Er werde es vom Vorgehen des Kaisers abhängig machen, ob er bleibe oder nicht.<sup>4)</sup>

Der Abgeordnete Stresemann erklärte, daß er seine Ausführungen in einer Niederschrift festgelegt habe, um jegliches Mißverständnis auszuschließen.<sup>5)</sup>

Bei der Besprechung wurde zunächst mitgeteilt, daß der Reichskanzler mit den sozialdemokratischen Abgeordneten Schmidt<sup>6)</sup>, Professor Francke<sup>7)</sup> und Heinemann<sup>8)</sup> über das soziale Programm gesprochen habe. Die beiden letzteren Herren

<sup>1)</sup> Die Aufzeichnung ist verarbeitet bei Erzberger S. 290.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

<sup>3)</sup> Im Or. ursprünglich: „Unterstaatssekretär“; eigenhändig von Erzberger berichtigt.

<sup>4)</sup> Vgl. Erzberger S. 290: „Trotz erneuter Vorstellungen beim Reichskanzler Michaelis blieb dieser im Amte und erklärte nur, er werde sein weiteres Verbleiben vom Verhalten des Kaisers abhängig machen.“

<sup>5)</sup> S. Nr. 57c Anm. 11.

<sup>6)</sup> S. Nr. 57c Anm. — Robert Schmidt war der einzige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete unter den drei genannten Verhandlungspartnern.

<sup>7)</sup> Prof. Ernst Francke, Herausgeber der „Sozialen Praxis“ und Generalsekretär der „Gesellschaft für soziale Reform“.

<sup>8)</sup> Dr. Hugo Heinemann, langjähriger Rechtsberater der Freien Gewerkschaften. — Nach Westarp II S. 491 erklärte ihm Michaelis am 28. 10. 1917: „Syndikus Heinemann von den Gewerkschaften habe ihm [Michaelis] mündlich und schriftlich — der Kanzler zeigte Sätze aus dem Bericht — gesagt, in der Reichstagspartei [d. h.: der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion] herrsche die Phrase, er möge nicht soviel darauf geben, die Gewerkschaften würden die Partei an der positiven Stellungnahme und Arbeit festhalten.“

haben demselben zugestimmt, der Gewerkschaftsdirektor Schmidt<sup>6)</sup> hat keinen Zweifel gelassen, daß eine Verständigung mit den Sozialdemokraten ausgeschlossen sei.<sup>9)</sup>

Von anderer Seite<sup>10)</sup> wurde mitgeteilt, es gehe der Plan um, daß der jetzige Reichskanzler noch die Wahlreform einzubringen habe und dann erst zurücktreten solle. Einmütig wurde darauf hingewiesen, daß die Wirkung im In- und Ausland es erfordere, daß die Krisis alsbald zu lösen sei.<sup>11)</sup> Der Reichskanzler und Staatsminister Graf Eulenburg seien heute zum Vortrag nach Potsdam gefahren.<sup>12)</sup>

Von anderer Seite<sup>13)</sup> wurde noch mitgeteilt, daß man in Kreuznach bei der Obersten Heeresleitung der Ansicht sei, daß nicht der Kaiser selbst die Parteiführer empfangen solle, sondern daß der vom Kaiser in Aussicht genommene neue Reichskanzler mit den Parteiführern verhandeln solle.

Einstimmig wurde die heutige Regierung als nicht verhandlungsfähig bezeichnet und das erheische einen sofortigen Wechsel. Da der Empfang beim Kaiser nicht feststand, so wurde einmütig beschlossen, sich mit dem Chef des Zivilkabinetts in Verbindung zu setzen. Die Herren Trimborn, Südekum, Fischbeck und Stresemann werden sich im Laufe des heutigen Tages zu Herrn von Valentini, der in Potsdam weilt, begeben. Für diese Besprechung wurden einhellig Richtlinien festgestellt in folgender Niederschrift:<sup>14)</sup>

„Nach Rücksprache von Vertretern der verschiedenen Parteien mit dem Herrn Reichskanzler über die gesamte äußere und innere Lage sind wir gemeinschaftlich zu folgender Auffassung gelangt:

Sollte Seine Majestät der Kaiser zu dem Entschluß kommen, einen Kanzlerwechsel eintreten zu lassen, so dient es dem höchsten Staatsinteresse, für eine ruhige<sup>15)</sup> innerpolitische Entwicklung bis zum Kriegsende volle Gewähr zu schaffen. Nur hierdurch kann diejenige Geschlossenheit hergestellt werden, deren das Volk in Waffen und in der Heimat dringend bedarf. Der Weg zu diesem Ziel ist eine vertrauensvolle Verständigung über die äußere und innere Politik des Reiches bis zum Kriegsende. Die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Monate sind auf den Mangel einer solchen Verständigung zurückzuführen.

<sup>6)</sup> Vgl. Erzberger S. 290: „... die Versuche, die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf seine [Michaelis'] Seite zu ziehen, endigten mit einem völligen Fiasko.“

<sup>10)</sup> Durch Südekum. Vgl. Nr. 57a. b.

<sup>11)</sup> Vgl. Erzberger S. 290: „Der weitere Vorschlag, daß der jetzige Reichskanzler noch die preussische Wahlreform verabschieden und dann zurücktreten solle, wurde gleichfalls abgelehnt und erneut beschlossen, daß die jetzige Regierung nicht als verhandlungsfähig angesehen werden könne und ein sofortiger Wechsel notwendig sei.“

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 57a—c Anm. 14.

<sup>13)</sup> Durch Fischbeck. Vgl. Nr. 57a—c.

<sup>14)</sup> Im gleichen Wortlaut bei Erzberger S. 291 abgedruckt.

<sup>15)</sup> Bei Südekum und Haußmann: „für ruhige“; vgl. Nr. 57a—c.

Seine Majestät den Kaiser bitten wir daher, vor der von Ihm zu treffenden Entscheidung<sup>16)</sup> die für die Leitung der Reichsgeschäfte in Aussicht genommene Persönlichkeit zu beauftragen, sich mit dem Reichstag zu besprechen.“

Der Abgeordnete Trimborn, als Vertreter der stärksten Fraktion, soll diese Niederschrift Herrn Kabinettschef von Valentini überreichen. Es wurde nochmals ausdrücklich festgestellt, daß die Herren keine Persönlichkeit als Nachfolger nennen sollen, damit nicht in irgendeiner Form in die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers eingegriffen würde.

<sup>16)</sup> Bei Südekum und Haußmann: „Entschliebung“; vgl. Nr. 57a—c.

## 58.

### 23. 10. 1917: Unterredung der Abg. Trimborn, Fischbeck, Stresemann und Südekum mit dem Chef des Zivilkabinetts, von Valentini, in Potsdam

Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besuch bei von Valentini in Potsdam 23. Oktober 1917“.

Trimborn, Fischbeck, Stresemann und Südekum fuhren 2 Uhr 28 nach Potsdam, nachdem sie vorher telephonisch beim Chef des Zivilkabinetts angemeldet waren. Es wurde vereinbart, daß die Teilnehmer, nach Fraktionsstärke geordnet, einzeln mit Valentini verhandeln sollten. Trimborn solle dann den oben wiedergegebenen Text der Vereinbarung schriftlich überreichen.<sup>2)</sup> Wie weit die einzelnen Teilnehmer in der Unterredung auf Programm oder Personalfrage eingehen sollten, blieb ihnen überlassen, jedoch mit der Generalregel, sich möglichst auf die Erklärung selbst zu beschränken.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Valentini S. 175—177 und Nr. 59a—d. Ferner Haußmann S. 151 f.; Erzberger S. 291; Helfferich S. 505 f.

<sup>2)</sup> Vgl. Valentini S. 175: „Trimborn sprach nicht nur für das Zentrum, sondern übergab mir namens der übrigen Vertreter der sogenannten ‚Mehrheitsparteien‘ — der Reichstag selbst war nicht versammelt — eine Niederschrift, die in der Bitte gipfelte, ‚der Kaiser möchte, falls er sich zu einem Wechsel in der Person des Kanzlers entschließen sollte, die von ihm gewählte Persönlichkeit anweisen, sich vor der definitiven Ernennung mit den Vertretern der Mehrheitsparteien in Verbindung zu setzen, um tunlichst ein gemeinsames Programm zu vereinbaren.“ — Die Anführungszeichen im Text sind irreführend, da es sich bei Valentini um kein wörtliches Zitat aus der von Trimborn überreichten „Verbalnote“ der Mehrheitsparteien handelt. Vgl. Nr. 57a—d.

<sup>3)</sup> S. auch Haußmann S. 151 f. (Brief an Prof. Delbrück vom 25. 10. 1917): „Wir baten gemeinsam die Vertreter von vier Parteien, dem Chef des Zivilkabinetts reinen Wein einzuschenken. Das geschah, und damit kein Mißverständnis über jene loyale Absicht aufkomme, hinterließen wir an Seine Majestät im Wortlaut eine Bitte, die . . . ‚berechtigt und in der Form loyal‘ auch streng innerhalb der Kompetenz des Reichstags gehalten war . . .“

Im übrigen bin gerade ich es gewesen, der im interfraktionellen Ausschuß immer wieder betonte, wir wollen und sollen keine Vorschläge machen, weil dies das wichtigste Recht des Kaisers

Nach späterem Austausch über den Gang der Unterredung ergibt sich ungefähr folgendes Bild: Alle Vertreter haben zum Ausdruck gebracht, daß der Kernpunkt der ganzen innerpolitischen Situation das Verhältnis zwischen Regierung und Sozialdemokratie sei; ferner daß sie persönlich und auch von Fraktionen wegen an ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen M.<sup>4)</sup> und Reichstag nicht zu glauben vermöchten; daß sie wiederholt[e] innere Krisen als kriegsverlängernd ansehen und daher möglichst vermieden wissen wollten; daß der Weg dazu in einem Kanzlerwechsel und in Vereinbarungen zwischen neuem Kanzler und Reichstag gefunden werden könne. V.<sup>5)</sup> ließ bei jedem einzelnen erkennen, daß er von der Notwendigkeit des Wechsels nicht überzeugt sei. M. habe ihm am 22. Oktober<sup>6)</sup> ausdrücklich erklärt, die jetzigen Schwierigkeiten im Reichstag könne er leicht beheben, zur Verabredung eines bindenden Programms sei er jederzeit bereit. Unter solchen Umständen sei es für ihn, V., schwer, überhaupt die Frage eines Kanzlerwechsels zu erörtern, zumal er dann auch wünschen müsse, daß Mehrheit ihm Kandidaten vorschlage. Südekum hat in seiner Unterredung seinerseits auf diese Bemerkung erwidert, daß er nicht autorisiert sei, über Personenfragen zu sprechen und die Verantwortung für solche Vorschläge nicht auf sich nehmen könne; eine solche Verschiebung der Verantwortlichkeit bei sonstiger Beibehaltung bisherigen Systems sei auch nicht angängig: entweder wirkliche Parlamentarisierung oder Weitertragen der Verantwortlichkeit für Auswahl der leitenden Personen durch den Kaiser. Sozialdemokratie prinzipiell für Parlamentarisierung. Jetziger Versuch, leitenden Mann mit Parlament in nähere Verbindung zu bringen nur entsprungen aus Sorge über Ausgang des Krieges. Alle Einzelheiten wegen etwa zu formulierenden Programms vorbehalten.<sup>7)</sup>

---

mittelbar einschränkt. Ich habe nachträglich Vorwürfe von meinem Parteifreund [Fischbeck] erhalten, weil er von Valentini nach Namen gefragt worden sei.“ — Stresemann, Die Herbstkrisis S. 140 (s. Nr. 55 a—c Anm. 47) betont, es sei „unwahr, daß ... die Fraktionen des Reichstags versucht hätten, einen Nachfolger für Michaelis zu präsentieren ... Als der Besuch bei Herrn von Valentini stattfand, sind diejenigen Männer, die bei ihm waren, sich darüber einig gewesen, ihm auf seine Frage zu antworten, daß die Ernennung des Nachfolgers ... Sache des Kaisers wäre. Für den Fall einer direkten Aufforderung des Kaisers wären die Parteien bereit gewesen, der Frage des Vorschlags einer Kandidatur näherzutreten.“ — Vgl. Nr. 57a—d.

4) Michaelis.

5) Valentini.

6) Vgl. Valentini S. 175; s. auch Nr. 55a—c Anm. 15.

7) Valentini S. 175 ff. stellt den Gang der Verhandlungen, die „in durchaus angemessenen Formen“ verlaufen seien, ausführlich dar. Er betont, daß er sich „im wesentlichen rezeptiv“ verhalten, jedoch darauf hingewiesen habe, „daß die Ansicht von der Unzulänglichkeit des Kanzlers von der Krone nicht geteilt werde.“ Während Trimborn, Stresemann und Fischbeck dies zwar bedauert hätten, „aber die Fortführung des Amtes durch Michaelis nicht direkt für ausgeschlossen zu halten schienen“, habe Südekum erklärt, „daß seine Partei schlechterdings nicht mehr mit Michaelis arbeiten könne.“ Die Sozialdemokratie habe schon auf ihrem Würzburger Parteitag den Abgang von Michaelis fordern müssen, „um die Partei in voller Geschlossenheit bei der bisher befolgten Kriegspolitik zu halten.“ Valentini registrierte es als bemerkenswert, „daß die Herren auch in dem mehr inoffiziellen Teil der Unterhaltung jede Berührung der etwaigen Kandidatenfrage vermieden. Ich hatte den Eindruck, daß sie mit Ausnahme von Stresemann absolut keinen zu nennen wußten.“

## 23. 10. 1917, abends: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

59a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.). Überschrift: „Abends 23. Oktober 1917“.

Trimborn erzählt zunächst seine Erlebnisse bei Valentini. Eindruck: durchaus den Michaelis halten! „Das Aufgezeichnete ist durchaus korrekt und loyal, das kann ich direkt dem Kaiser vorlegen.“<sup>6)</sup> Der Besuch sei sehr angenehm gewesen.

<sup>1)</sup> „Infolge einer sehr heftigen Erkältung“; vgl. Nr. 61b Anm. 3.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 58.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 55 a—c.

<sup>5)</sup> Vgl. auch Valentini S. 175.

<sup>6)</sup> S. Valentini S. 177: Er habe „sofort schriftlich an den Kaiser unter Beifügung der mir übergebenen Niederschrift“ berichtet und sei „um 9 Uhr abends“, also noch am 23. 10., zum mündlichen Vortrag in das Neue Palais befohlen worden. Der Kaiser habe zwar durchaus gebilligt, daß Valentini die Parlamentarier empfangen hatte, „war aber, wie er schon schriftlich an den Rand der Niederschrift vermerkt hatte,

59b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift. Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 23. Oktober 1917, abends 7 Uhr“.

Die Vertreter der Parteien versammelten sich abends 7 Uhr mit Ausnahme von Stresemann, der verhindert war<sup>1)</sup>, nochmals im Reichstag, um über das Ergebnis der Besprechung mit Valentini zu berichten.<sup>2)</sup>

Trimborn berichtete über seinen Eindruck, daß man zunächst an M. festhalten wolle. V. habe hinzugefügt: „Das Aufgezeichnete ist durchaus korrekt und loyal, das kann ich direkt dem Kaiser vorlegen.“<sup>6)</sup> Der Besuch sei ihm sehr willkommen, und er stehe einer

<sup>3)</sup> Valentini.

59c: Nachlaß Hausmann 29, eigenhändig mit Bleistift. Überschrift: „23. X. 1917“.

Trimborn referiert[:] Von Michaelis rede ich<sup>3)</sup> nicht. Ruhe ist nötig / Wir sind einig. Was ist ein Programm? Aufzählung.<sup>4)</sup> Zensur geht leich[t] / Arbeiterprogramm ist ja Michaelis' Programm.<sup>5)</sup>

geneigt, ihre Bitte als Verstoß gegen die Verfassung aufzufassen, da diese die Entlassung und Ernennung des Kanzlers ganz in sein Ermessen stellt.“ Wie Valentini fortfährt, pflichtete er zwar prinzipiell dem Kaiser bei, habe aber mit dem Eindruck nicht zurückgehalten, daß er die Stellung Michaelis' für erschüttert ansehe. „Ich vertrat dabei in Übereinstimmung mit Eulenburg, Helfferich usw. die Auffassung, daß Michaelis jetzt nicht fallen gelassen werden dürfe, wo sein Abgang als Nachgeben gegen die Sozialdemokratie erscheinen würde . . .“ — Zu dem staatsrechtlichen Problem, das durch das Vorgehen der Mehrheitsparteien aufgeworfen wurde, vgl. auch Helfferich S. 506.

59d: Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift. Überschrift: „Die interfraktionelle Besprechung am 23. Oktober 1917 abends 7 Uhr“.

Der Zweck der Besprechung war die Entgegennahme der Berichte der vier Herren, welche nachmittags die gewünschte Unterredung mit dem Chef des Zivilkabinetts von Valentini in Potsdam hatten.

Abg. Trimborn referierte, daß die ganze Aktion programmäßig verlaufen sei. Er sei als erster bei Valentini gewesen und habe ihm erklärt, die Entscheidung über den Verbleib des Reichskanzlers Michaelis im Amt überlassen wir dem Kaiser, was wir aber fordern,

näheren Verbindung des Kaisers mit dem Parlament sympathisch gegenüber.

Was die da verlangen ist durchaus berechtigt / Das ist in der Form sehr loyal. Das kann ich dem Kaiser vorlegen.<sup>6)</sup>

Das will ich dem Kollegen Haußmann mitteilen.

das ist, daß Ruhe und Sicherheit im innerpolitischen Leben unseres Volkes bis zum Kriegsende geschaffen wird. Darüber sind die vier Parteien sich vollkommen einig. Sie haben ihre Gedanken in dem Schriftsatz, den er überreichte, niedergelegt. Valentini fragte, wie sich die Parteien das Programm denken. Trimborn teilte es mit<sup>4)</sup>, wobei er<sup>3)</sup> bei „Aufhebung der Zensur“ beifällig nickte. Valentini erklärte, niemand könne das Programm besser durchführen als Michaelis, er ist für die Sozialreform.<sup>5)</sup> Aus der ganzen Unterredung gewann Trimborn den Eindruck, daß Valentini den Kanzler halten wolle. Trimborn: Kann Michaelis dieses Programm durchführen? Er ist der Aufgabe kaum gewachsen, er wird sich keine Mehrheit schaffen können. Exzellenz Valentini sagte, daß der Wunsch, vor der Ernennung mit dem neuen Herrn zu sprechen, durchaus berechtigt sei. Er sei dankbar für den Besuch. Der Schriftsatz sei derartig, daß er ihn direkt dem Kaiser vorlegen könne.<sup>6)</sup> Die Herren kamen wie gerufen, er hoffe, auch künftig die Beziehungen weiter pflegen zu können.

Auch aus den Mitteilungen der anderen Teilnehmer ergab sich Ähnliches.

Südekum: -----<sup>7)</sup>

Südekum: Ich bin für mich da. Michaelis sagte:<sup>8)</sup> Ich fühle mich vollkommen Herr der Lage, die Mißstimmung des Reichstags ist leicht zu überwinden.

Der Forderung unserer Eingabe könne er<sup>8)</sup> zustimmen.

Politisch sei der Mann unmöglich — sagte ich.

Dann kommen wir zu französischen Zuständen.<sup>9)</sup>

Es handelt sich jetzt darum, nicht zu französ. Zuständen zu kommen.

Wen haben Sie? Bisher haben Sie negativ

Wen haben Sie Exzellenz / Graf Roedern, Solf.

Gegen Bülow oder Helfferich / finden stärksten Widerstand.<sup>11)</sup>

Ich[:] Warum frug man nicht vorher[?]

Er: Ja, Sie wissen ja, wie es ging, Michaelis ist doch ein Mann.

Abg. Dr. Südekum erklärte, der Kernpunkt des politischen Problems sei, zur Verteidigung unseres Vaterlandes das Volk einig zusammenzuhalten. Zur Erreichung dieses Zieles stehe Michaelis hindernd im Wege, er sei nicht haltbar. Valentini unterbrach: Michaelis habe ihm heute gesagt<sup>8)</sup>, daß er sich völlig Herr der Lage fühle und er werde ein Zusammenarbeiten mit dem Reichstag leicht herstellen können. Südekum erklärte; das ganze Verhalten des Reichskanzlers [seit seinem Amtsantritt]<sup>10)</sup> habe ihn um dessen politischen Kredit gebracht. Ein Zusammenarbeiten mit dem Reichstag besonders mit der Sozialdemokratie sei ganz unmöglich. Valentini: Wenn alle zwei oder drei Monate ein neuer Reichskanzler kommt, treibe man französischen Zuständen entgegen.<sup>9)</sup>

beck, Stresemann und Südekum habe sich „Herr von Valentini sehr entgegenkommend benommen. Er betonte allerdings, daß ein so schneller Wechsel doch sehr viel mißliches habe, daß man damit in französische Zustände kommen könnte etc. Er berührte auch die Nachfolgerfrage und betonte ihre Schwierigkeit.“

<sup>10)</sup> Im Or.: „mit seinem Amtsaustritt“.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

<sup>7)</sup> So im Or.

<sup>8)</sup> Vgl. Valentini S. 175, über die Unterredung mit Michaelis am 22. 10. 1917, nachmittags. Die Zeitangabe „heute“ in Nr. 59d wäre also wahrscheinlich zu korrigieren.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 57a—c bes. Anm. 19. — In dem bereits zitierten Brief Richtofens an Schönaich-Carolath vom 26. 10. 1917 (s. Nr. 55a—c Anm. 58a) heißt es: Bei den Unterhaltungen mit Trimborn, Fisch-

Wir unterstützen jeden, er darf sogar von Adel sein.

Er: Sie stellen ein Ultimatum!

Ich: Bitte sehr, wir sprechen nur konditionell. Wir halten also ein Zusammenarbeiten mit M. für unmöglich.

Südekum: Gerade damit es nicht zu französischen Zuständen komme, habe man den heutigen Schritt unternommen. Valentini: Wen haben Sie als Nachfolger? Der Reichstag kritisiere nur. Südekum: Ich weiche dieser Frage nicht aus, aber zuerst ist es Ihre Aufgabe für den Nachwuchs zu sorgen, denn Sie haben dem Kaiser die Vorschläge zu unterbreiten, aber ich sage in aller Ruhe, daß Graf Roedern und Solf als Reichskanzler erheblich besser wären, als Michaelis. Valentini: Darüber läßt sich reden. Südekum: Helfferich und Bülow werden zweifellos die schärfste Opposition unserer Partei bedeuten.<sup>11)</sup> Valentini: Für Sie müßte Michaelis doch besonders sympathisch sein, da er aus bürgerlichen Verhältnissen hervorgegangen ist. Südekum: Wir unterstützen jede vernünftige und klare Politik unbekümmert um die Herkunft des Kanzlers. Valentini: Soll denn Ihr Vorgehen eine Art Ultimatum bedeuten? Südekum: Unter keinen Umständen. Der Kaiser trägt allein die Verantwortung, wir wollen nur warnen und erklären jetzt schon, daß ein Zusammenarbeiten mit Michaelis unmöglich ist.

Fischbeck: Große Teile von dem wiederholt. Payer habe schon Unmöglichkeit auseinandergesetzt.<sup>12)</sup> „Sie müßten den geeigneten Mann nennen.“ Nannte auch Bülow. „Scheidet doch aus.“ „Michaelis sei doch vielleicht noch möglich.“ Nein! Niemals. Die Schweinerei mit dem preußischen Wahlrecht.

Fischbeck sagte, er habe auf V.'s Bemerkung, M. sei vielleicht doch noch möglich, nachdrücklich betont, nein, niemals. Habe auch auf die anscheinend geplanten Schiebungen mit dem preuß. Wahlrecht aufmerksam gemacht.

Fischbeck: Ich bezog mich auf die Mitteilung Payers an Michaelis.<sup>12)</sup>

Er[:] Wir hängen nicht an Michaelis. Aber wen / Bülow scheidet doch aus.<sup>13)</sup>

Darin bestärkte [ich] ihn / Michaelis sei ganz unmöglich. Ich kam auf Bethmann Er sprach davon, daß es sehr zu bedauern daß wir diesen großen Mann verloren haben.<sup>15)</sup>

Er: Worte Michaelis seien zu reparieren.

Ich: Sobald als möglich / Jetzt komme ein Mantelgesetz<sup>16)</sup> im

Abg. Fischbeck erklärte, Abg. von Payer habe dem Reichskanzler bereits die Unhaltbarkeit seiner Lage dargestellt.<sup>12)</sup> Es sei ganz unmöglich, daß Michaelis am [5.]<sup>14)</sup> Dezember im Reichstag erscheine, darüber sei sich seine Partei vollkommen klar. Valentini: Wir hängen nicht an Michaelis. Aber wer soll Nachfolger werden? Dann nannte Valentini eine Reihe von Namen, die in der Presse auch genannt worden sind. Bei Nennung des Namens des Fürsten Bülow sagte er, „na, der schaltet

<sup>12)</sup> Am 10. 10. 1917. Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 17 und Nr. 51.

<sup>13)</sup> Vgl. Valentini S. 177.

<sup>14)</sup> Im Or.: 3. Dezember. Es liegt jedoch offensichtlich ein Irrtum vor. S. Nr. 50 Anm. 8.

<sup>15)</sup> Vgl. Valentini S. 176: „Nicht uninteressant war mir, daß Trimborn und Fischbeck für Bethmann Worte hoher Anerkennung fanden und ein gewisses Bedauern durchblicken ließen, daß ihre Parteien sich schließlich an dem Drängen auf seine Entlassung beteiligt hätten.“

<sup>16)</sup> Michaelis S. 365 f. führt zu dem während seiner Amtszeit im preußischen Staatsministerium ausgearbeiteten Wahlgesetzentwurf aus, daß „die Bedenken, die gegen die zugesagten Neuerungen sprachen“, desto schwerer geworden seien, „je länger wir . . . berieten“. „Das gleiche Wahlrecht mußte in Preußen die Zahl der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus auf weit über hundert bringen . . . Uns wurde deshalb klar, daß wir sowohl in das Wahlgesetz als in die Herrenhausvorlage tunlichst alle Kautelen hineinbringen müßten, die wenig-

stens einigermaßen geeignet wären, die radikalen Wirkungen einzuschränken (z. B. höheres Alter, längerer Wohnsitz als Bedingung der Wahlfähigkeit, Verkoppelung des Wahlgesetzes mit der Herrenhausvorlage, in der Weise, daß beide Gesetze nur gleichzeitig in Kraft treten sollten).“ Die Frage, welche Veränderungen die Ende November 1917 veröffentlichte und am 5. 12. 1917 in erster Lesung im Abgeordnetenhaus beratene Wahlrechtsvorlage nach dem Rücktritt Michaelis' im einzelnen erfuhr, ließe sich erst nach Einsicht in die Akten des preußischen Staatsministeriums beantworten. Der „Vorwärts“ meldete bereits am 30. 10. 1917, daß die Regierung „drei getrennte Vorlagen“ einbringen werde, „von denen eine die Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten, die zweite die Zusammensetzung des Herrenhauses betrifft, während die dritte das Budgetrecht des Herrenhauses erweitert“; „ein zusammenfassendes Mantelgesetz für die drei Vorlagen“, heißt es ausdrücklich, „wird nicht eingebracht werden.“ Vgl. auch „Frankfurter Zeitung“, 30. 10. 1917, Abendblatt. Für den Wortlaut der definitiv eingebrachten Vorlagen s. Drucksachen Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 7 Nr. 698.

[Trimborn:] Stresemann: Der Verlauf ist ähnlich. Auch er hat ihm gesagt, daß Lage unhaltbar sei. Hat auch wieder gesagt: Es ist nicht so schlimm.

Trimborn war von Stresemann autorisiert, mitzuteilen, daß auch Str. die Lage als völlig unhaltbar erklärt habe, nachdem V. gemeint habe, es sei nicht so schlimm.

preuß. Wahlrecht. — Das treffe ihn.<sup>17)</sup>

Er: Wenn es nicht eine ganz hervorragende Person sei haben wir in zwei Monaten die gleiche Sache.

Ich: Nein, wir werden ihn unterstützen.

Trimborn: Stresemann sagte ihm, Michaelis sei unhaltbar. Er scheitere schon an der Sozialdemokratie.

Das ist allerdings der Haken.

aus<sup>13)</sup>.<sup>13)</sup> Fischbeck sagte, daß seine Partei auch Bedenken gegen diesen Kandidaten hätte, aber Michaelis sei ganz unhaltbar. Valentini: Bethmann Hollweg sei doch eine große politische Persönlichkeit gewesen, an der man viel verloren habe.<sup>15)</sup> Fischbeck: Michaelis zu halten sei ganz unmöglich. Es fehle ihm jedes Verständnis für Politik. Es sei auch wünschenswert, daß die Änderung bald vollzogen werde. Valentini: Dann kommt in zwei Monaten wieder dieselbe Geschichte. Fischbeck: Das ist ganz ausgeschlossen, die Parteien wollen mit dem Reichskanzler zusammenarbeiten.

Valentini dankte für den Besuch.

Abg. Stresemann konnte nicht erscheinen. Für ihn teilte Trimborn mit, daß die Unterhaltung ähnlich verlaufen sei. Stresemann habe erklärt, daß die Auffassung der Nationalliberalen sei, daß Michaelis unmöglich im Amt verbleiben könne und daß es ausgeschlossen sei, eine Verständigung im Reichstag herbeizuführen. Das scheiterte schon an der Stellung der Sozialdemokratie. Valentini: Ja, das ist der Haken!

**Trimborn:** Im allgemeinen können wir zufrieden sein. Was machen wir jetzt? Morgen ist der entscheidende Tag. Morgen sind auch Herren gebeten. Wann kommen wir zusammen?

Vollkommene Übereinstimmung hat sich ergeben der Parteien.

**Trimborn** teilte dann noch mit, daß für den 24. Oktober eine Reihe von anderen Männern zum Kaiser gebeten seien, es sei daher notwendig, wegen der etwa fallenden Entscheidungen am 24. nachmittags erneut zusammenzukommen. Er stelle ausdrücklich eine vollkommene Übereinstimmung zwischen den Parteien während des bisherigen Verlaufs der Verhandlungen fest.

Neue Sitzung 24. Oktober 4 Uhr nachmittags.

**Erzberger:** Morgen fällt die Entscheidung. Lerchenfeld wird gehört.

**Haußmann:** Morgen 3 Uhr / Preßnotiz dann aufsetzen — Valentini fragen.

Es wurde verabredet, die nächste Sitzung morgen nachmittag 4 Uhr zu halten.

Über die Nachfolgerschaft hat nach den Mitteilungen von Stresemann Exz. von Valentini nicht gesprochen.

<sup>17)</sup> Dem Schriftbild des Or. nach müßte die gesamte, durch „Ich:“ eingeleitete Notiz sich auf Äußerungen Fischbecks beziehen. Jedoch läßt sich nicht ausschließen, daß es sich auch um einen etwa folgendermaßen verlaufenen Wortwechsel handeln könnte:

Fischbeck: Michaelis müsse „sobald als möglich“ abtreten.

Valentini: Aber gerade „jetzt komme ein Mantelgesetz im preuß. Wahlrecht“.

Fischbeck: „Das treffe ihn“ (Michaelis) selbst.

## 60.

## 23. 10. 1917: David (Wiesbaden) an Südekum

Nachlaß Südekum 18, eigenhändig mit Tinte. Faltbrief<sup>1)</sup> mit rotem postamtlichem Klebestreifen: „Durch Eilboten. Exprès.“

Lieber Freund!

Da Ebert mich auslachte, als ich ihm sagte, ob er nicht mit nach Berlin wolle, da ohne ihn und Scheidemann, Du ebensogut uns alle vertreten konntest — da ich zudem den fröhlichen Abend mit einer Verschlimmerung meines Katarrhs bezahlen mußte — so ging ich zur Kur einige Tage hierher.<sup>2)</sup> Lese nun, daß Ihr euch mit der Frage des Nachfolgers befaßt habt. Darüber sprach ich gestern mit Ebert: Von allen erscheint mir Prinz Max von Baden in der gegebenen Situation noch der beste (Stellung zum Kaiser = Vizekaiser. Machtverhältnis zu den Kreuznachern).<sup>3)</sup> Er müßte natürlich klares demokratisches Programm anerkennen und entsprechende Zusammensetzung der Reg[ierun]g vornehmen. — Die anderen Genannten sind zu einseitig erfahren resp. ohnmächtig als Personen gegenüber Kaiser & O.H.L. Bülow ist für uns ausgeschlossen auch nach Meinung Eberts, der gegen Prinz Max keine besonderen Einwendungen machte. Er brachte selbst die Sprache auf ihn.

Dein E[duard] D[avid].

Erst berufener wäre Fehrenbach.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Nach Poststempel eingegangen in „Zehlendorf (Wannseebahn) 24. 10. 17. 2—3 N.“

<sup>2)</sup> Am gleichen Tage, 23. 10. 1917, telegraphierte David an Südekum: „Wenn notwendig bitte Nachricht Wiesbaden Hotel Regina / sonst Rückkehr Sonnabend.“ — Ausfertigung des Telegramms im Nachlaß Südekum 18.

<sup>3)</sup> Haußmann, der sich mit dem größten Nachdruck für die Kandidatur des Prinzen Max einsetzte, schrieb am 21. 10. 1917 an seinen Sohn Robert: Er sei mit Payer und Naumann „entschieden für diese Lösung . . .

Sie muß aber die Gewähr der Dauerhaftigkeit haben. Dazu bedarf es des offenen Einvernehmens mit dem Hauptquartier und mit der Sozialdemokratie! . . . es handelt sich darum, daß Hindenburg und Ludendorff mit der Demokratie einen ehrlichen Pakt schließen, dessen Ausdruck ein Mehrheitsministerium, also das parlamentarische System, und dessen leitender Kanzler ein süddeutscher Prinz wäre.“ — Der Brief ist abgedruckt bei Haußmann S. 148 ff.

<sup>4)</sup> Im Or. neben den Initialen.

## 24. 10. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

61a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.). Überschrift: „24. Oktober 1917“.

**Trimborn:** Weiß irgendeiner was?

**Erzberger:** Die Ernennung der Staatssekretäre<sup>4)</sup> bedeutet nichts Politisches. Valentini ist heute hier. Auch bei Helfferich<sup>5)</sup>, hat aber über die Krisis nichts Weiteres gesagt. Zum Vortrag beim Kaiser ist bis jetzt niemand gebeten.<sup>6)</sup>

61b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift. Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 24. Oktober 1917. 4 Uhr nachmittags.“

Es fehlt Stresemann wegen Krankheit.<sup>3)</sup>

**Erzberger:** Die inzwischen erfolgte Ernennung der Staatssekretäre<sup>4)</sup> keine politische Bedeutung. Bisher niemand zum Vortrag beim Kaiser gebeten.<sup>6)</sup>

61c: Nachlaß Haufmann 26, eigenhändig mit Bleistift. Überschrift: „I. A.<sup>1)</sup> / 24. Oktober 1917“.

**Trimborn:** Es ist nichts bekannt.

61d: Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>2)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung am Mittwoch, dem 24. Oktober“.

Aus den eingehenden Referaten der Abgeordneten der verschiedenen Parteien ergab sich folgendes Bild: Man hat derzeit den Eindruck, daß Reichskanzler Michaelis in seinem Amt gehalten werden soll und zwar hauptsächlich von Kabinettschef Exzellenz Valentini, der seinen eigenen Fehler in der Berufung dieser Person nicht eingestehen wolle.<sup>7)</sup> Dazu komme,

<sup>1)</sup> „I.A.“ mit Blaustift.

<sup>2)</sup> In teilweise wörtlicher Anlehnung verarbeitet bei Erzberger S. 291.

<sup>3)</sup> Vgl. Nachlaß Stresemann 176 (6885), Brief an Trimborn vom 24. 10. 1917: „Infolge einer sehr heftigen Erkältung konnte ich heute meine Wohnung nicht verlassen und deshalb auch an den interfraktionellen Besprechungen nicht teilnehmen.

Ich höre nun, daß beabsichtigt ist, das Resümee unserer Verhandlungen in der Presse zu veröffentlichen. An sich habe ich dagegen kein Bedenken, möchte aber doch bitten, davon solange abzusehen, bis ich meinerseits mich noch mit den zu erreichenden Vorstandsmitgliedern der nationalliberalen Fraktion ins Einvernehmen gesetzt habe. Ich

halte mich für verpflichtet, Ihnen dies mitzuteilen, da ich nicht weiß, ob mein Gesundheitszustand mir erlauben wird, morgen zu der Besprechung zu kommen.“ — Der Fraktionsvorstand wurde von Stresemann für den 30. 10., 16 Uhr, einberufen.

<sup>4)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 928 f.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 57a .b Anm. 27.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 59a .b (Mitteilung Trimborns).

<sup>7)</sup> Nach seiner eigenen Darstellung ging es Valentini hauptsächlich darum, daß Michaelis' Abgang nicht „als Nachgeben gegen die Sozialdemokratie erscheinen“ dürfe. Vgl. Nr. 59a—d Anm. 6.

**Haußmann:** Nach der Scheidemannschen Rede<sup>8)</sup> würde man jetzt einem solchen Druck nicht weichen, und man wird bis auf weiteres Michaelis halten.

**Erzberger:** Wegen der Unabhängigen dürfe ein deutscher Reichskanzler nicht zurücktreten.<sup>9)</sup>

**Gothein:** Man will das so wenden, daß man dem Reichstag eine Niederlage beibringen will. Krisis bei der nächsten Kreditvorlage. Dann Niederlage der Sozialdemokratie durch Bildung einer anderen Mehrheit.<sup>10)</sup> Die Gefahren, die dann damit verbunden sind. Was, wenn der Reichstag dann doch zusammenhält? Sollen die Führer nicht um Audienz beim Kaiser nachsuchen? Wenn die Führer das tun, dann würde auch eine Reihe von Staatssekretären sich daran beteiligen.

**Erzberger:** Hauptschwierigkeit ist die, daß der Reichstag wohl fähig sei, einen Mann zu stürzen, aber unfähig, neuen Mann zu bringen. Daraus ergibt sich der Schluß, einem solchen indirekt<sup>11)</sup> geäußerten Wunsch nicht entgegenzutreten, son-

**Haußmann:** Aus Hofkreisen Mitteilung, daß man nach der Scheidemannschen Drohrede in Würzburg<sup>8)</sup> einem solchen Druck nicht weichen, sondern M. bis auf weiteres halten wolle.

**Erzberger** ergänzt, daß verlautet, es sei unangängig, einen Reichskanzler über die Unabhängigen fallen zu lassen.<sup>9)</sup>

**Gothein:** Offenbar das Bestreben, Reichstag eine Niederlage beizubringen. Viele Kreise erhoffen Krisis bei nächster Kreditvorlage. Dann Ausschaltung der Sozialdemokratie durch Bildung einer anderen Mehrheit.<sup>10)</sup> Schildert die Gefahren, die damit verbunden. Reichstag könne dagegen nur fest zusammenhalten. Sollen nicht Führer Audienz beim Kaiser nachsuchen? An einer solchen Aktion würden auch mehrere Staatssekretäre sich beteiligen.

**Erzberger:** Hauptschwierigkeit liege darin, daß immer behauptet wird, Reichstag könne zwar stürzen, aber keinen neuen Mann bringen. Deshalb müßten wir Versuch machen, einen etwa geäußerten Wunsch nach Kandidatenliste zu erfüllen.

**Haußmann:** Michaelis soll gehalten werden, weil man auf Scheidemanns Rede<sup>8)</sup> nicht nachgeben könne.

**Gothein** bestätigt dies, man will bis zur nächsten Kreditbewilligung warten, um die Sozialdemokraten abzusprennen.<sup>10)</sup>

**Erzberger:** man sagt wir seien negativ aber nicht positiv einig.

daß Kräfte am Werke seien, welche dem Reichstag eine Niederlage beifügen wollen, welche eine neue Mehrheit im Dezember schaffen wollten; eine Mehrheit ohne die Sozialdemokraten, die heute geschlossen gegen Michaelis stünden, da die Sozialdemokraten unter der Kanzlerschaft Michaelis nicht mehr mit den bürgerlichen Parteien arbeiten würden.<sup>10)</sup> Dieses Stimmungsbild ergab sich aus den Ausführungen der Vertreter der Parteien. Ein Zentrumsabgeordneter führte aus, daß eine solche Lösung den Ruin des Reiches darstelle. An keiner Stelle dürfe man sich darüber täuschen, daß der Krieg verloren sei, wenn die Sozialdemokratie und mit ihr die Arbeitermassen auch nur in eine passive Resistenz übergehen. Die Reichstagsmehrheit und der Reichstag selbst würden durch einen solchen Ausgang als völlig bedeutungslos im In- und Ausland dastehen. Das kriegshetzerische Ausland würde in ein großes Geschrei ausbrechen und die Forderung nach Vernichtung des preußischen Militarismus erst recht erhoben werden. Das Verbleiben von Michaelis im Amte würde unter

dern zu versuchen, ihn zu erfüllen. Denn jetzt, wenn alles scheitert, dann ist das nicht nur für das Reich eine äußerst schwere Belastung, sondern für den Reichstag eine politische Blamage, Wasser auf Mühle der Vaterlandspartei.

Wenn jetzt alles scheitert, nicht nur äußerst schwere Belastung für Reich, sondern auch politische Blamage für Reichstag und Stärkung der Vaterlandspartei.

allen Umständen kriegsverlängernd wirken. Die Sozialdemokraten haben bisher im Kriege für das Vaterland gearbeitet, ohne Bedingungen aufzustellen, welche nicht auch von den bürgerlichen Parteien aus eigener Überzeugung mitvertreten worden seien. Nur wenn die Sozialdemokratie dazu übergehen wollte, Bedingungen zu stellen, welche die bürgerlichen Parteien nach ihren Überzeugungen nicht annehmen könnten, sei ein Bruch gerechtfertigt. Keinerlei Anlaß liege dazu vor, eine solche Aussicht in den Bereich der Möglichkeit zu stellen. Wenn die Sozialdemokratie sich jetzt in den Staat eingliedere, so dürften die bürgerlichen Parteien unter keiner Regierung die Politik der Abstoßung treiben. Es sei ein Verbrechen am Vaterland, wenn Pläne weiter verfolgt würden, um der Sozialdemokratie die Mitarbeit unmöglich zu machen. Dieses Verbrechen

<sup>8)</sup> S. Nr. 57b Anm. 5.

<sup>9)</sup> So auch Helfferich S. 506 f.: Bei seiner Unterredung mit Valentini am 24. 10. habe er sich bestimmt dahin ausgesprochen, „daß Herr Michaelis“, auch wenn er auf die Dauer nicht als Kanzler zu halten sei, „nicht vor den Triumphwagen der Unabhängigen Sozialdemokraten gespannt werden dürfe.“

<sup>10)</sup> Vgl. Haußmann S. 152 (Brief an Prof. Delbrück vom 25. 10. 1917): „Die Sozialdemokraten aus der Gemeinschaft zu stoßen, nachdem sie sich eben zum erstenmal grundsätzlich zu soliderer Betrachtung entschlossen haben, wenn auch unter auftrumpfenden Worten, wäre der größte Fehler, gerade auch für Deutschlands Kriegsinteressen.“ — S. auch Anm. 12.

<sup>11)</sup> „indirekt“ unsicher.

**Südekum:** Fehrenbach!<sup>13)</sup>

**Südekum:** hat aus anderer Quelle ähnliche Mitteilungen über Lage erhalten. Kandidatennennung nicht eigentlich Aufgabe des Reichstags, sofern bisheriges System grundsätzlich beibehalten wird. Immerhin nicht abgeneigt, auch Liste aufzustellen. Kein bisher genannter Kandidat vereinige alle Parteien auf sich. Es gäbe aber eine Reihe, auf die sich jeweilig die Mehrheit der Parteien einigen könnte. Man solle auch wenigstens einen Parlamentarier mit nennen, Fehrenbach<sup>13)</sup> dazu wohl der geeignetste. Vorwärts habe schon 24. Okt. ausgedrückt, daß parteipolitisch Sozialdemokratie Isolierung vertragen könne. Allgemeinpolitische Folgen einer solchen Lage seien den Parteien bekannt, die daraus ihre Schlüsse ziehen müßten. Gesamtergebnis von Würzburg<sup>15)</sup> ermögliche zweifellos Zusammengehen auf Grund eines Minimalprogramms, falls die anderen Mehrheitsparteien dazu entschlossen. In der Presse sei nachdrücklich der Auffas-

**Südekum:** Wir sind nicht einig genug / Wir sind am kritischen Punkt angelangt.<sup>14)</sup>

sei um so größer, wenn das leitende Motiv nur dies sei, einige unfähige Staatsmänner in ihrem Amt zu halten.<sup>12)</sup>

Ein sozialdemokratischer Redner erklärte: die Sozialdemokratie habe ihre Mitarbeit für die Dauer des Krieges zugesagt.<sup>15)</sup> Sie werde auch künftig keine Bedingungen stellen, welche die bürgerlichen Parteien nicht aus eigener Überzeugung vertreten könnten. Vom parteipolitischen Standpunkt könnte es der Sozialdemokratie willkommen sein, in die Opposition überzugehen. Damit sei die Parteispaltung schnellstens beseitigt, das Reich käme aber in einen Zustand, dessen Ende er hier nicht ausmalen wolle. Aus den gestrigen Äußerungen von Kabinettschef Valentini habe es sich ergeben, daß man dem Reichstag hauptsächlich vorwerfe, daß er in Krisenzeiten keine positiven Vorschläge habe, Staatssekretär Dr. Solf sei kein Mann, der Reichskanzler werden könne. Das Parlament müsse in seinen eigenen Reihen Umschau halten, um geeignete Vorschläge auf Wunsch zu machen. Der geeignete Mann hierfür erscheine ihm der Abgeordnete

sung entgegenzutreten, daß die Krisis nur ein Duell M.<sup>16)</sup> gegen Sozialdemokratie sei. Aus bisherigen Erklärungen ergäbe sich, daß sämtliche Mehrheitsparteien Zusammenarbeit mit M. auch abgesehen von Verhältnis zu Sozialdemokratie für unmöglich ansehen.

**Richthofen:** Die Umgebung des Kaisers steht auf dem Standpunkt, dem Reichstag sei nicht nachzugeben.<sup>17)</sup> Das gelingt nicht. Dann also Krisis im Dezember. Viele wollen die Kreditverweigerung im Dezember, andere Gruppierung im Reichstag. Wer auf anderem Standpunkt steht, daß für den Ausgang des Krieges eine Absen-

**Richthofen:** Umgebung des Kaisers wolle Reichstag nicht nachgeben.<sup>17)</sup> Dann also Krisis im Dezember. Hinarbeit auf Kreditverweigerung Sozialdemokratie, andere Gruppierung im Reichstag, daher wegen der offensichtlichen Gefahren notwendig, daß Mehrheit fest auf ihrem Vorgehen beharre. Dazu möglichst klares und

**Richthofen:** Klar u. offen u. ohne Schleier

Fehrenbach.<sup>13)</sup> Er sei Mitglied der stärksten Partei, habe größte politische Beweglichkeit und vereinige in sich alles, was man vom Reichskanzler verlangen könne.

Ein nationalliberaler Redner meinte: Wir fühlen jetzt im kritischen Moment, der Reichstag kann nicht nachgeben. Der Kaiser werde es gewiß wegen einer persönlichen Frage nicht auf das äußerste treiben.

Mitarbeit unmöglich machen wollten. Die Vertreter der anderen Parteien stimmten diesen Darlegungen zu. Um eine verhandlungsfähige Regierung zu bilden kam man überein, dem Kaiser, falls er die Parteiführer um ihre Ansicht fragen würde, den Abgeordneten Fehrenbach als Kanzler zu bezeichnen.“

<sup>12)</sup> Vgl. Erzberger S. 291: „Neben den Versuchen des Kabinettschefs, der seinen eigenen Fehler bei der Berufung von Michaelis nicht eingestehen wollte, traten an diesem Tage Kräfte auf, die dem Reichstag eine Niederlage bereiten wollten durch Schaffung einer neuen Mehrheit ohne die Sozialdemokraten, da diese unter der Kanzlerschaft Michaelis mit den bürgerlichen Parteien nicht mehr zusammengehen wollten. Ich führte demgegenüber aus, daß eine solche Lösung den Ruin des Reiches bedeute, da der Krieg restlos verloren sei, wenn die Sozialdemokratie und mit ihr die Arbeitermassen auch nur in eine passive Resistenz übergingen; im jetzigen Augenblick wirke ein Sieg des preußischen Militarismus nur kriegsverlängernd. Die Sozialdemokratie habe bisher keine Bedingungen für ihre Mitarbeit gestellt, welche die bürgerlichen Parteien nicht nach eigener Überzeugung hätten annehmen können; wenn die Sozialdemokratie sich jetzt in den Staat eingliedern, müßten die bürgerlichen Parteien alles tun, um dieses große politische Werk zu fördern, während es ein Verbrechen am Vaterland sei, Pläne zu verfolgen, die der Sozialdemokratie die

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 60; s. auch vorige Anm.

<sup>14)</sup> Im Or. folgen Notizen, die an die Ausführungen Südekums anknüpfen und von Hausmann als Konzept für seinen späteren Diskussionsbeitrag benutzt wurden.

<sup>15)</sup> Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1917, bes. die Ausführungen Davids als Berichterstatter der Reichstagsfraktion (S. 316 ff.) und die anschließende Diskussion, sowie die dem Antrag Löbe und Genossen (S. 217 f.) zugrundeliegende Resolution zur Kreditbewilligung (S. 487 f.).

<sup>16)</sup> Michaelis.

<sup>17)</sup> Vgl. Valentini S. 177; Helfferich S. 506 f.; Westarp II S. 492 f.

tierung der Sozialdemokratie die äußerste Gefahr mit sich bringt, der muß bei unserem Vorgehen auch beharren. Was dann am besten? Es wäre da doch wohl möglichst klar und offen vorzugehen. Es wäre an der Zeit, die Öffentlichkeit zu unterrichten. Vielleicht ganz gut, den Text der Öffentlichkeit mitzuteilen! Unsere Position kann sich da nur aufs äußerste verstärken. Wenn es uns nicht gelingt, uns auf eine Person zu verständigen, dann wird unsere Position schwächer, und wir werden unterliegen.<sup>18)</sup> Wir dürfen nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Die Verfassung nicht verletzen.

**Trimborn:** Ich habe die allergrößten Bedenken, Namen zu nennen ohne Aufforderung des Kaisers. Wenn ein gemeinschaftlicher Kandidat benannt werden soll, dann Fraktionen zu befragen.

**Erzberger:**<sup>19)</sup> Wir sind heute in einer schwierigeren Lage als am 19. Juli. Ohne positives Resultat dürfen wir nicht auseinandergehen. Das wäre erster Anfang einer neuen Mehrheitsbildung. Eine Mehrheitsbildung

offenes Vorgehen nötig; Öffentlichkeit unterrichten, Text der Mitteilung an Valentini und Programm mitteilen. Das würde Position verstärken. Auf Wunsch Kandidatenliste aufstellen und betonen, daß Verfassung nicht verletzt wird.<sup>18)</sup>

**Trimborn:** Ohne Wunsch des Kaisers keine Kandidatenliste. Kandidatenliste nur nach der Befragung der Fraktionen.

**Erzberger:**<sup>19)</sup> Nicht ohne positives Resultat auseinandergehen, denn das wäre bereits Anfang neuer Mehrheitsbildung. Mehrheit ohne Sozialdemokratie großes Unglück. Wenn Sozialdemokratie Forderungen

**Trimborn:** Nur auf Anfrage u. dann nur wenn Partei gehört.

**Erzberger:**<sup>19)</sup> Majorität möglichst nicht ohne Sozialdemokratie / Abdrängung der Sozialdemokratie verbrecherische Dummheit. Die Sozialdemokratie kann sich mit Michaelis verständigen? Nein / [Die]

Von einem Zentrumsabgeordneten wurde erklärt: Namen für einen künftigen Reichskanzler möge man ohne Aufforderung des Kaisers nicht nennen. Ergehe eine solche Aufforderung, so müßten erst die Fraktionen gehört werden.

Ein anderer Zentrumsredner<sup>19)</sup> betonte auch nachdrücklich, daß der Ausschluß der Sozialdemokratie von der Mitarbeit der Ruin des Reiches sei. Der heutige Reichskanzler sei unmöglich. Man habe heute

ohne Sozialdemokratie, die bisher die Kredite bewilligt hat, würde ich für ein Unglück halten. Mehrheitsbildung wegen Forderungen, die die bürgerlichen Parteien nicht mitmachen könnten, würde ich mitmachen. In einer solchen Lage Vorschub leisten, daß die Sozialdemokraten durch persönliche Manöver abgedrängt werden könnten, würde ich für eine Katastrophe halten. Wenn es im Dezember dazu führt, wegen einer politischen Null, so

aufstellte, die nicht wenigstens von einigen bürgerlichen Parteien mitgemacht werden könnten, so wäre auch für ihn Anschluß an neue Mehrheit unabweisbar. Aber einem solchen Plan Vorschub zu leisten, daß Sozialdemokratie durch persönliche Manöver abgedrängt würde, würde er für Katastrophe halten. Wenn man in gewissen Kreisen zum Zwecke Isolierung Sozialdemokratie im Dezember wegen einer politischen Null Krise herbeiführen

Partei<sup>20)</sup> muß die Unabhängigen wenn sie ungenügend angegriffen werden, verteidigen.

Auch Verständigung mit Sozialdemokratie kann für uns nicht [genügen].<sup>21)</sup>

Schwacher Punkt: Kein Name. Bis Dezember katastrophale Krisis.

eine verhandlungsunfähige Regierung. Zu erwägen sei, ob die Mehrheitsparteien die Niederschrift, welche sie gestern Valentini überreichten, nicht veröffentlichten wollen, nachdem sie dies vorher dem Kabinettschef mitgeteilt hätten. Es sei falsch, zu behaupten, daß Reichskanzler Michaelis nur deshalb nicht im Amte bleiben könne, weil er sich mit der Sozialdemokratie nicht verstehe. Von keinem bürgerlichen Abgeordneten könne er heute

<sup>18)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang den Brief Richthofens an Schönaich-Carolath vom 26. 10. 1917 (s. Nr. 55a—c Anm. 58a), in dem er u. a. ausführt: „Einen gewissen Raum in den [interfraktionellen] Besprechungen hat natürlich die Kandidatenfrage eingenommen. Genannt wurden Bülow, Kühlmann, Solf, Roedern und Fehrenbach. Auf wen die Umgebung des Kaisers endgültig verfällt, erscheint noch fraglich. Eine zeitlang hatte man den Eindruck, daß Solf Favorit sei. Jetzt aber scheinen mir Bülows Chancen zu wachsen. Ich hatte mit ihm bereits eine annähernd drei Stunden dauernde Konferenz und höre, daß er auch bereits Erzberger, Fischbeck [vgl. Hiller S. 74], Wolfgang Heine [am 17. 10. 1917; vgl. Nr. 64 Anm. 4], David [nach Westarp II S. 490 hatte bereits im September 1917 eine Unterredung zwischen Bülow und David stattgefunden] empfangen hat und wahrscheinlich morgen [nach Scheidemann, Memoiren II S. 111 ff. wäre die Unterredung noch auf den 26. 10. 1917 zu datieren] Scheidemann sehen wird. Die Haltung von Michaelis ist wirklich kläglich. Wenn er wenigstens zusammen mit Capelle seine Demission angeboten und damit den Kaiser vor die Wahl gestellt hätte. Etwas Subalterneres kann man sich kaum vorstellen. Daß er sich wird halten können, erscheint mir eigentlich ausgeschlossen. Wir würden dann zu den schwersten Konflikten kommen und weder dem Kaiser noch der Obersten Heeresleitung wäre damit gedient, während im Falle eines Abgangs sich eine große geschlossene Mehrheit auf Grund eines ver-

ständigen äußeren und inneren Programms zusammenstellt, und die innere Ruhe garantiert. Diejenigen Kreise, die ihn halten wollen, und die wohl vor allem in der Nähe des Hofes zu suchen sind, arbeiten mit dem Gedanken, daß alsdann die Sozialdemokraten im Dezember gegen die Kriegskredite stimmen würden, worauf dann die Reichstagsmehrheit zerfallen müßte, dann müßte eine neue, ausschließlich bürgerliche Mehrheit gebildet werden. Vaterlandspartei??!! Auch wird von dieser argumentiert, daß das Wahlrecht doch nicht durchginge und dann der geeignete Augenblick wäre um Michaelis fallen zu lassen. In diesem oder ähnlichen Sinne scheint Helfferich zu arbeiten, der ja zweifellos mit Michaelis fallen würde. Das ungefähr ist die Situation, von der ich nicht sage, daß sie sich bis Dienstag [30. 10. 1917; für diesen Tag hatte Stresemann den Fraktionsvorstand berufen; vgl. Anm. 1] allzusehr ändern wird.“

<sup>19)</sup> Vgl. den in Nr. 61d nach dem einleitenden Abschnitt wiedergegebenen Diskussionsbeitrag Erzbergers. Wie die entsprechenden Parteien bei Südekum und Haußmann zeigen, hat Erzberger die beiden Diskussionsbeiträge in seiner Niederschrift offenbar miteinander vermischt. — S. auch Anm. 12.

<sup>20)</sup> Im Or.: „Der Partei“.

<sup>21)</sup> Im Or.: „genügend“.

zu handeln, dann wäre das ein Verbrechen am Vaterland. Welche Verdienste hat denn Michaelis? Die Frage spitzt sich so zu. Das geht aber nicht. Kann die Sozialdemokratie sich mit Michaelis verständigen? Ich sage nein!

Michaelis hat die Unabhängigen mit mangelnden Beweisen außerhalb des Rechtes gestellt. Kann die Mehrheit der Sozialdemokratie, die auf ihre Wähler Rücksicht nehmen muß, einen solchen Mann unterstützen, der diejenigen, die eine Gefahr für die Partei sind<sup>23)</sup>, ...nein! Die Wirkung wäre, daß die Wähler zu den Unabhängigen abschwenken würden. Dazu kommt die Festlegung in Würzburg. Das gibt die Unmöglichkeit. Ich halte es für falsch, die Frage des Verbleibens von Michaelis auf die Sozialdemokratie zuzuspitzen. Haben wir denn Vertrauen zu ihm? Nein. Wenn Michaelis sich mit der Sozialdemokratie verständigt, dann sind wir Bürgerlichen auch noch nicht zufrieden. Die Entscheidung über Michaelis sollte nicht lediglich in die Hände der Sozialdemokratie gelegt werden. Das könnten wir nur, wenn wir die Überzeugung hät-

wolle, so sei das Verbrechen am Vaterland. Sozialdemokratie kann sich mit M. nicht mehr verständigen. M. hat Unabhängige mit mangelnden Beweisen außerhalb des Rechtes gestellt. Die Mehrheit der Sozialdemokratie, die auf Wähler Rücksicht nehmen muß, kann keinen Mann unterstützen, der ihre schlimmsten Feinde in eine so günstige Lage gebracht hat. Würde die Sozialdemokratie am 10. Oktober<sup>22)</sup> anders gehandelt haben, dann würden Wähler zu Unabhängigen abschwenken. Daher Festlegung in Würzburg.<sup>24)</sup> Falsch, die Frage des Verbleibens von M. auf Sozialdemokratie zuzuspitzen. Denn auch andere Parteien kein Vertrauen zu ihm. Selbst wenn M. sich mit Sozialdemokratie verständige, dann die anderen Mehrheitsparteien auch noch nicht zufrieden. Wir haben nicht die Überzeugung, daß M. Geschäfte führen könnte, selbst wenn er sich, was unmöglich ist, mit Sozialdemokratie einigte. Wenn bekannt würde, daß wir unsere Stellung zu M. von dieser Verständigung mit Sozialdemokratie abhängig gemacht hätten, so wäre das Abkündigung der bürgerlichen Parteien; das mache er nicht mit.

ein Vertrauensvotum erhalten. Daraus müßte man auch die Konsequenzen ziehen. Wenn der Kaiser Vorschläge für einen Nachfolger erbitte, so würden diese ohne weiteres gegeben werden.

ten, daß er deren Geschäfte führen könnte. Wenn es bekannt wird, daß wir es abhängig gemacht hätten von der Verständigung mit der Sozialdemokratie, so ist das die Abdankung der bürgerlichen Parteien vor der Sozialdemokratie; das mache ich nicht mit. So steht die Frage. Daher nicht alles auf die Sozialdemokratie abschieben. — Veröffentlichung nur mit Genehmigung von Valentini.

Unser schwacher Punkt ist der, daß wir nur negativ vorgegangen sind. Wir können dem Kaiser nichts vorschlagen, aber wenn der Kaiser fragt, wie Valentini gefragt hat<sup>25)</sup>, so ist die Voraussetzung gegeben, ihm eine Person zu bezeichnen. — Wenn Michaelis bleibt, dann ist die Regierung im Ausland verhandlungsunfähig. Denn das wäre ein Sieg des Militarismus; Weiterführung des Kampfes wegen des Sieges von Potsdam und der Militärs. Es ist nicht aussichtslos, einen gemeinsamen Kandidaten zu nennen. Wenn die Krisis zur schleichenden wird, dann im Dezember Katastrophe, das

Unser schwacher Punkt sei, daß nur negativ vorgegangen. Wir können Kaiser nicht vorschlagen, aber wenn er fragt, wie V. gefragt hat<sup>25)</sup>, so ist Voraussetzung eben, Personen zu bezeichnen. Veröffentlichung Schriftwechsel mit V. nur mit dessen Zustimmung. Bleibe M., dann Regierung im Ausland verhandlungsunfähig. Das wäre Sieg des Militarismus. Dann Weiterführung des Kampfes gegen Potsdam. Es ist nicht aussichtslos, gemeinsam Kandidaten zu nennen. Wenn jetzt Krise verschleppt, dann im Dezember Katastrophe, die zur Militär-Diktatur führen kann. Also nach Fühlung mit Fraktionen evtl. auch bestimmte Persönlichkeiten nennen.

<sup>22)</sup> Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 5 und 6.

<sup>23)</sup> Kennzeichnung der Auslassung durch . . . Stenogramm.

<sup>24)</sup> S. Nr. 57b Anm. 5.

<sup>25)</sup> Vgl. Nr. 58 und Nr. 59a—d.

kann zur Militärdiktatur führen. Nicht zurückschrecken davor, nach Fühlung mit den Fraktionen auch bestimmte Persönlichkeiten zu nennen.

**Stöve:** Wir sprechen jeder für uns selbst. Persönlich dem beitreten, was Erzberger sagte. Ich glaube, der Reichstag würde tatsächlich auf halbem Wege stehen bleiben und Armutszeugnis ausstellen, wenn er nicht weiter geht. Daher Veröffentlichung des Schriftstücks an Valentini. Wenn nicht schwerwiegende Bedenken bei ihm dagegen vorliegen. Außerhalb des Reichstags ungünstige Urteile wegen lediglich negativer Haltung.<sup>27)</sup> Das ist eigentlich alles wahr. Deshalb schon immer das Gefühl gehabt, wir müssen Positives tun. Das liegt in der Personenfrage. Es ist nicht Aufgabe des Reichstags, eine Liste aufzustellen. Aber wenn gefragt, und das wird einmal kommen!, und darauf müssen wir vorbereitet sein. Trimborn hat recht, daß die hier Versammelten ohne die Fraktionen keinen Vorschlag machen können. Aber die Fraktionen werden natürlich uns fragen. Wir sollten uns nicht scheuen, Personen zu nennen, die Liste

**Stöve** tritt dem bei. Reichstag würde Armutszeugnis sich ausstellen, wenn nicht weitergeht. Daher Veröffentlichung Schriftstücks an V. mit dessen Zustimmung. Außerhalb des Reichstags ungünstiges Urteil wegen negativer Haltung<sup>27)</sup>, deshalb positive Schritte in Personenfrage. Natürlich Fraktionen vorher fragen. Auch nichtamtliche Personen und Parlamentarier vorschlagen, Kaufmannschaft usw. Müssen den Boden der Politik 4. August weiterhin festhalten und dürfen ihn der Sozialdemokratie nicht unter den Füßen wegziehen lassen. Allgemeine Übereinstimmung, daß M. unfähig und schädlich. Das auch öffentlich mitteilen.

**Stöve:** [Der Reichstag]<sup>26)</sup> würde auf halbem Weg stehenbleiben u. sich ein Armutszeugnis geben. Deshalb Schriftstück veröffentlichen wenn nicht schwerwiegende Gegen Gründe von Valentini geltend gemacht werden / Man sagt uns ihr seid nur negativ.<sup>27)</sup> Das müssen wir widerlegen.

Eventuell Outsider.

Fehrenbach wäre mir auch passend, auch andere, auch aus der Kaufmannschaft.

Es wäre noch eine Vorarbeit zu leisten / Mit der Auffassung Erzbergers betr. Sozialdemokraten bin ich einverstanden.

Ein nationalliberaler Redner schloß sich dem an und unterstützte eine Kandidatur Fehrenbach.

kann auch lang sein. Müssen es denn durchaus solche Leute sein, die schon ewig in der Gegenwart genannt werden? Gibt es denn unter den 70 Millionen Menschen gar keinen anderen? Wenn Südekum einen<sup>28)</sup> genannt hat, dann habe ich auch schon daran gedacht. Es können auch andere genannt werden. Gibt es denn in der Kaufmannschaft, in anderen Berufen keine Männer, die man vorschlagen könnte?

Wegen der sozialdemokratischen Vorlagen mit Erzberger übereinstimmend. Die Sozialdemokratie vertritt nicht Außerdeutsche, sondern Deutsche. Begrüßte 4. August. Den Boden müssen wir ihr weiterhin bereithalten und nicht unter den Füßen wegziehen. Wenn alles das, was Montag vor acht Tagen<sup>29)</sup> geschehen ist im Reichstag [nicht berücksichtigt würde,] so hätten schon die Unterhaltungen mit Michaelis<sup>30)</sup> und Valentini<sup>25)</sup> deutlich gezeigt, daß eine grund-

<sup>26)</sup> Im Or.: „Des Reichstags“.

<sup>27)</sup> Vgl. z. B. „Frankfurter Zeitung“, 23. 10. 1917, 2. Morgenblatt: „Es ist eine etwas seltsame Situation, daß die Mehrheit offenbar auf den Rücktritt des gegenwärtigen Kanzlers hinzuwirken entschlossen ist, einen bestimmten Nachfolger aber nicht bezeichnen kann, und daß vielmehr, wie hinlänglich bekannt ist, innerhalb dieser Mehrheit selbst

von einzelnen Führern für verschiedene Kandidaten sehr verschiedener Prägung hingearbeitet wird . . .“

<sup>28)</sup> Nämlich Fehrenbach; s. auch Anm. 13.

<sup>29)</sup> Am 9. 10. 1917 im Plenum. Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 5.

<sup>30)</sup> Vgl. Nr. 48 bes. auch Anm. 17; Nr. 50; Nr. 51; Nr. 53; Nr. 55a—e; Nr. 57a—d.

falsche Meinung bei Michaelis besteht über die Reichsleitung, die schon allein genügt, ihn zu entfernen. Deshalb muß ein Mann, dessen Nichteignung [erwiesen ist,] beseitigt werden, ehe es zu spät ist, bevor weitere Schädigungen von ihm ausgehen.

**Trimborn:** Wenn die kaiserliche Entscheidung kommt, was dann?

**Erzberger:** Nach dem gestrigen Schritt ist es unmöglich, daß Michaelis ohne weiteres im Amte bleibt. Er kann nur im Amte bleiben, [wenn es ihm gelingt,] sich mit den Parteien zu verständigen. Anders wäre Konflikt mit dem Reichstag.

**Liesching:** Was geschieht nun eigentlich? Die Frage, daß Michaelis gehen muß, ist keine Frage der Mehrheitsparteien als Parteien, sondern die Mehrheit des Reichstags ist derselben Meinung, auch die Konservativen.<sup>33)</sup> Während in den ersten Tagen nach der Krisis ein Teil der alldeutschen Blätter die Sache so darzustellen suchte, daß die Parteien schuld seien, hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß die

Auf Frage **Trimborns**, wenn Kaiser sich ohne weiteres für M. ausspreche, betont **Erzberger**, daß nach Schritt bei V.<sup>31)</sup> M. doch nur bleiben könne nach Versuch einer Verständigung mit Parteien, weil sonst Konflikt mit Reichstag.

**Liesching:** Frage M. ist keine Sache der Mehrheits-Parteien, sondern Reichstag ist beinahe einmütig übereinstimmend, daß M. unmöglich. M. und C. haben Tatbestand des Landesverrats am 10. Oktober erfüllt.<sup>34)</sup> Können deshalb nicht im Amte bleiben. Daher kann ganze Frage von der Sozialdemokratie losgelöst werden. Zustand, daß wir keinen Tag sicher vor neuen Fehlern sind, überhaupt nicht ertragbar. Wenn Kaiser

**Trimborn:** was wollen wir tun? Ich meine, die Antwort des Kaisers abwarten.

**Erzberger:** Nein.

**Liesching:** Kanzler und Capelle haben [sich eines Delikts]<sup>32)</sup> des Verrats militär[ischer] Geheimniss[e] schuldiggemacht.<sup>34)</sup> Ich halte Michaelis als unerträglich für die Volkspartei. Kaiser soll die Reichstagsabgeordnete[n] empfangen. Wir sollten uns auf einen Namen [einigen].<sup>35)</sup> Trennung des Kanzlers u. des preuß. Ministerpräsidenten.

Von einem volksparteilichen Abgeordneten wurde erklärt: Michaelis kann unter keinen Umständen bleiben, da er absolut unfähig ist. Man muß an den Kaiser herantreten, daß er die Parteiführer empfangen. Ein Kollektivschritt sei notwendig. Eine Kandidatur Fehrenbach sei sehr sympathisch, nur kann er als Badener die preußische Wahlreform nicht durchführen. Man müßte dann das Ministerpräsi-

Schuld die Regierung trägt. M. und C. haben den Tatbestand des Landesverrates glatt erfüllt.<sup>34)</sup> Können die im Amte bleiben? Was hat uns das im Ausland geschadet! Damit komme ich zu der Feststellung, daß für uns die Frage von der Sozialdemokratie ganz losgelöst ist. Wir sind ja keinen Tag sicher vor dem Reichskanzler. Der Zustand ist überhaupt nicht ertragbar. Wenn richtig ist, daß der Kaiser zunächst ablehnt, so erhebt sich Frage, ob wir nicht bei Valentini anregen sollten, ob nicht der Kaiser die Führer direkt empfangen sollte. Ob das wieder getrennt geschieht oder nicht, das ist eine Frage. Von diesem Gesichtspunkt aus — Wohl des Vaterlandes — ist es vielleicht zweckmäßig, eine Kollektivvorstellung an den Kaiser zu

M. halten will, dann zu erwägen, Anregung bei V.<sup>31)</sup>, ob nicht Kaiser Führer direkt empfangen will. Wohl des Vaterlandes erheischt Kollektivvorstellung beim Kaiser. Dabei Frage der Nachfolge nicht unbedingt notwendig, aber besser vorbereiten. Weil keine Partei-sache, deshalb Schritt gemeinsam. In den Fraktionen über Namen einigen. Wenn Fehrenbach genannt wird, dann Trennung von Kanzler und Ministerpräsidenten erwägen. In normalen Zeiten wäre das unmöglich, im Kriege wohl angängig. Daher auch preußisches Ministerpräsidium entsprechend zu besetzen.

dium und die Reichskanzlerschaft trennen.

<sup>31)</sup> Valentini.

<sup>32)</sup> Im Or.: „haben ein Delikt“.

<sup>33)</sup> Für die Stellung der Konservativen zu Michaelis vgl. Westarp II S. 483 ff. Charakteristisch erscheint der Brief Heydebrands an Westarp vom 29. 10. 1917, a.a.O. S. 495 f., in dem es heißt: Man könne Michaelis „aus formellen und sachlichen Gründen“ nur raten, dem „Druck der Erpressermehrheit“ nicht nachzugeben. „Es mag sein, daß er endgültig nicht der rechte Mann am Platze ist, aber dafür liegen zur Zeit doch derartig maßgebende Gründe noch nicht vor, daß wir über die staatsrechtlich hoch bedenkliche Bewegung gegen ihn wegsehen oder uns gar dabei beteiligen könnten.“

Manches von ihm gefällt ja auch uns nicht, aber eine assistentia passiva dürfte doch wohl für uns das Richtige sein, zumal ein uns ganz genehmer kommender Mann wohl nicht in Aussicht steht . . . Mit der Haltung der „Kreuz-Zeitung“ in Sachen der sogenannten Michaelis-Krisis bin ich ganz einverstanden.“ — S. in diesem Zusammenhange auch Nr. 52 Anm. 4.

<sup>34)</sup> Bezieht sich auf die Ausführungen Michaelis' und Capelles über die Marineunruhen am 9. 10. 1917 im Plenum. Vgl. Nr. 48 Anm. 5. — Die Datierung 10. 10. in Nr. 61b beruht offensichtlich auf einem Irrtum.

<sup>35)</sup> Im Or.: „nennen“.

bringen. Die Frage der Nachfolgerschaft brauchte dabei gar nicht erwähnt werden. Man müßte sie allerdings vorbereiten. Der Schritt sollte gemeinsam sein. Es ist keine Partei-sache, sondern eine allgemeine Sache. In zweiter Linie müssen wir unter uns in Verbindung mit den Fraktionen uns über Namen einigen. Wenn Fehrenbach genannt wird, dann Frage der Trennung der Kanzlerschaft und des Ministerpräsidiums. In normaler Zeit wäre das unmöglich, im Kriege wäre es möglich, wenn Homogenität zwischen den beiden Männern gesucht wird. Deshalb müssen wir aber eventuell die Frage der Person des preußischen Ministerpräsidenten mit erwägen.

**Keinath:** Der Grund zu der großen Besorgnis scheint mir noch nicht vorzuliegen. Der Kaiser schreckt immer vor Entscheidungen zurück und bemüht sich, Dinge hinauszuziehen. Daß Michaelis bleiben könne bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags, halte ich deshalb noch nicht für möglich. Wenn Entscheidung für C. gefallen, dann wäre sie auch schon gegen Michaelis getrof-

**Keinath:** Kaiser schreckt offenbar vor Entscheidung zurück, will hinausziehen. Daß M. bis Dezember bleibt, halte er für unmöglich. Wenn Entscheidung gegen C. falle, dann wäre sie auch schon gegen M. getroffen.<sup>36)</sup> Kollektivschritt bei Kaiser jetzt Ministerstürzerei. Daher noch abwarten, aber Öffentlichkeit unterrichten. Nur nicht zur Kandidatennennung treiben lassen, weil das Machi-

**Keinath:** Noch kein Grund zum Vorgehen / Massen machen Schwierigkeiten.

Von nationalliberaler Seite wurde ferner erklärt: Staatssekretär Capelle könne ebenso wenig bleiben wie Reichskanzler Michaelis<sup>36)</sup> / noch weniger beide nebeneinander.

fen.<sup>36)</sup> Bei einer solchen Lage müssen wir kaltes Blut behalten. Wenn wir jetzt in diesem Augenblick einen Kollektivschritt beim Kaiser unternehmen, dann ist das Ministerstürzerei. Wir müssen abwarten, aber die Öffentlichkeit unterrichten. Was Kandidat anlangt, so habe ich große Bedenken, sich dahinein treiben zu lassen, durch Machinationen der feindlichen Richtungen. Wir übernehmen Verantwortung für Person, die wir gar nicht übernehmen können und gar nicht kennen. Das wollen die anderen. In anderen Staaten handelt es sich um Namen aus dem Parlament. Wenn wirklich der Kaiser fragen wollte, so könnte man darauf antworten, daß sich die Parteien beschränken wollen wie im Schriftstück. Auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers würden die Parteien beraten. Sich festlegen zu lassen für außerhalb stehenden Kandidaten, ist sehr gefährlich.

**Trimborn:** schließt sich an. Drei Eventualitäten:  
1.) Kaiser sagt, Michaelis bleibt. Läßt ihn bedingungslos an der Stelle. Was machen? Wir können da nichts machen.

nation feindlicher Richtung ist. Wir sollen Verantwortung für Personen übernehmen, die wir gar nicht kennen. Wenn Kaiser wirklich fragen sollte, so könnte man antworten, daß sich Parteien auf das im Schriftstück Niedergelegte beschränken wollen. Auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers würden Parteien allerdings beraten, könnten sich aber nicht auf Kandidaten außerhalb des Parlaments festlegen.

**Trimborn:** Legt dar, daß drei Möglichkeiten bestehen:  
1. Kaiser läßt M. bedingungslos an der Stelle. Wir müssen uns dann mit zwei Punkten trösten:

**Trimborn:** Wie Keinath. Wir haben ein Programm von Michaelis erwirkt, das ist ein Vorteil. Ich habe einen taktische[n] Zug gemacht, indem ich die Verständigung mit der Sozial-

Ein Zentrumsredner glaubte die Situation dahin feststellen zu können. Es seien 3 Möglichkeiten denkbar:  
1.) Entweder bleibt Michaelis; dann könne man nichts tun,

<sup>36)</sup> Vgl. Nr. 55a—c bes. Anm. 26 und 30.

Dann müssen wir uns trösten mit zwei Punkten:

- a) Programm, das unseren Anschauungen entspricht. Papstnote, Wahlreform, Äußerung von Drews<sup>38)</sup>: sozialdemokratische Politik.<sup>39)</sup> Da ist viel erreicht.
- b) Wir haben ihn nicht veranlaßt zu bleiben, wir haben alles getan, um ihn zu beseitigen. Für künftige Mißstände tragen wir keine Verantwortung. Also die Position ist für uns ganz günstig.

2.) Kaiser sagt Michaelis: Verständigen Sie sich mit den Parteien von neuem. Diese Eventualität habe ich immer im Auge gehabt. Wir haben die Sozialdemokratie nicht in den Vordergrund gedrückt, sondern die Lage hat das so mit sich gebracht. Sie hat ihm Mißtrauen ausgedrückt.<sup>40)</sup> Sie hat [sich] auf dem Parteitag festgelegt.<sup>7)</sup>

Das liegt bei keiner anderen Partei vor. Daher Notwendigkeit besonderen Verhaltens gegenüber der Sozialdemokratie. Wenn die Sozialdemokratie nochmal versuchen will, dann können wir es auch nochmal tun.

a) Er muß das Programm anerkennen, womit immerhin viel erreicht ist,

b) wir stellen fest, alles getan zu haben, um ihn zu beseitigen, tragen also für künftige Krisen keine Verantwortung. Auch dadurch unsere Position günstig.

2. Kaiser beauftragt M. mit Verständigung mit den Parteien. Das hat größte Wahrscheinlichkeit für sich. Dann wird Sozialdemokratie in den Vordergrund gedrückt, nicht durch uns, sondern durch ganze Lage. Sie hat Mißtrauensvotum ausgesprochen<sup>40)</sup>, sich auf Parteitag festgelegt.<sup>7)</sup> Keine andere Partei legte sich fest. Daher Verständigung notwendig mit Sozialdemokratie. Sollte Sozialdemokratie noch einmal einen Versuch mit M. machen, dann könnten übrige Mehrheitsparteien nichts dagegen sagen. Tatsächlich nur Kanzler möglich, der sich auf Linksmehrheit stützt, denn weil Wahlreform wesentlicher Programmpunkt ist, so ist Kombination mit der Rechten ausgeschlossen. Er stehe auch persönlich mit vollem Herzen auf der Seite einer Linksmehrheit.

3. Kaiser läßt M. gehen. Dann

dem[okratie] verlangt [habe]<sup>37)</sup> / Kühlmann besser als Fehrenbach.

höchstens ein Programm aufstellen und erklären, daß wir nicht glaubten, daß Reichskanzler Michaelis es durchführen könne.

2.) Dr. Michaelis verständigt sich mit den Parteien, zunächst mit der Sozialdemokratie, da diese das Mißtrauensvotum<sup>40)</sup> eingebracht hat; dann aber auch mit den anderen Parteien. Ohne eine Linksmajorität geht es nicht.

3.) Der Kanzler bekommt seine Entlassung. Dann möge man das andere abwarten, da zweifellos der neue Mann mit dem Reichstag in Verbindung trete. Der Reichstag müsse dann auch nach Rücksprache mit den Fraktionen einen Mann nennen. Bei aller Wertschätzung für Abgeordneten Fehrenbach müsse der Redner doch sagen, daß es dann besser sei, daß ein Diplomat von uns bezeichnet werde. Er schlage dann Staatssekretär Exzellenz von Kühlmann vor. Dieser sei eher in der Lage, die preußische Wahlreform durchzuführen.<sup>41)</sup>

Ich halte einen Kanzler nur für möglich, der sich auf eine Linksmehrheit stützt. Denn das wesentlichste Programm ist die Wahlrechtsreform, das schließt jede Kombination mit der Rechten aus. Ich stehe auch mit dem Herzen auf dieser Kombination.

3.) Er sagt, er läßt ihn gehen. Dann müssen wir abwarten, was geschehen wird, nachdem wir das Schriftstück überreicht haben. Wenn der Kaiser auf eine Mahnung hören will, dann wird er auf unseren Boden treten.

Sollen wir Namen nennen? Wir können auf alle Fälle uns darüber unterhalten. Aber das hat keine große praktische Bedeutung. Wenn man mal trennen will, dann gehört ein Diplomat an den Posten des Kanzlers.<sup>41)</sup>

**Haußmann:** Unsere Lage ist gar nicht schlimm. Wir sind in

Wirkung unseres Schriftstücks abwarten. Will er unsere Meinung hören, dann tritt er damit auf unseren Boden. Sollen wir dann Namen nennen? Viel Zweck hat es für uns nicht. Jedenfalls Fraktionen hören. Geeignet für Kanzlerposten am besten ein Diplomat, namentlich wenn man an Trennung vom Minister — Präsidium denkt.<sup>41)</sup>

**Haußmann:** Unsere Lage gar nicht schlimm. Öffentlich mit-

**Haußmann:**<sup>42)</sup> Fehrenbach / Der Kaiser hat keine gute[n]

Ein Mitglied der Volkspartei meinte, der Reichstag sei in

<sup>37)</sup> Vgl. Nr. 53 und Nr. 55a—c.

<sup>38)</sup> Dr. Arnold Bill Drews, seit 1914 Unterstaatssekretär im preuß. Ministerium des Innern, seit August 1917 Innenminister.

<sup>39)</sup> Vgl. auch Nr. 55c (Südekum): Michaelis habe ihm gegenüber geäußert, er wolle „mit einem sozialdemokratischen Programm“ vor den Reichstag treten.

<sup>40)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 6.

<sup>41)</sup> Bemerkenswert ist die Widersprüchlichkeit der Motive, die für die Berufung Kühlmanns (der in Nr. 61a und b nicht namentlich genannt

wird) angeführt werden. Wenn in Nr. 61b, jedoch nicht im Stenogramm Nr. 61a, von einer möglichen Trennung von Reichskanzleramt und Ministerpräsidium die Rede ist, während es in Nr. 61d heißt, Kühlmann sei eher als Fehrenbach in der Lage, die preußische Wahlreform durchzuführen, so zeigt sich deutlich, daß hier interpretatorische Zusätze der Verfasser der Niederschriften (Südekum und Erzberger) eingeflossen sind.

<sup>42)</sup> Die folgenden Notizen Haußmanns stehen im Original an anderer Stelle, und zwar oben zwischen Südekum und Richthofen. S. auch Anm. 14.

einer schönen Position. Regierung beinahe rettungslose Lage.<sup>43)</sup> Zunächst ist wieder festgestellt, daß Michaelis auch die geringste Warenkunde<sup>44)</sup> vermissen läßt. Er weiß nicht, was eine seidene Schnur ist. Gegenüber einer Kundgebung von vier Parteien weiß er nicht, was er tun soll. Die Krone wird schwächer, wenn sie sich mit Michaelis solidarisch erklärt. Der Kaiser hat offenbar keine Ratgeber. Ehe wir<sup>45)</sup> nach der Veröffentlichung fragen, müssen wir fragen: haben wir eine Antwort zu erwarten? Vielleicht morgen: ob Antwort zu erwarten sei. Sagt er ja, dann nicht vorher veröffentlichen. Bekommt man eine Antwort, dann wird beides zusammen veröffentlicht. Daß wir keine Namen genannt haben, erscheint einzig richtig.<sup>46)</sup> Das war nur die Falle: erst divide und impera; zweitens Eingriffe in die Kronrechte.

Unser Beschluß ist eine gute Sache. Aus diplomatischen Kreisen habe ich Zustimmung erhalten.

Frage der Namen: wir sind in überraschender Weise nahegekommen. National[liberal]e und Sozialdemokraten schla-

teilen, daß zu M. auch nicht das geringste Vertrauen. Beweist auch jetzt völlige politische Verständnislosigkeit. Krone wird geschwächt, wenn solidarisch mit M. Kaiser offenbar keine Ratgeber. Ehe wir Schriftstück veröffentlichen, feststellen<sup>45)</sup>, ob Antwort zu erwarten. Nachher Veröffentlichung mit Antwort. Keine Namen nennen, denn Einigung schwer möglich, und zweitens liefern wir Gegnern Vorwand, von Eingriffen in Kronrechte zu sprechen.<sup>46)</sup> Unser Schritt in Potsdam hat gut gewirkt, wie auch diplomatische Kreise anerkennen. Im übrigen in Kandidatenfrage überraschende und erfreuliche Annäherung zwischen den Parteien.

Berater / Michaelis versteht nicht was eine seidene Schnur ist.

Südekum beweist, daß er unparteiisch

Wenn wir Namen nennen, wird das als Eingriff proklamiert.<sup>46)</sup> Wir wollen nur sachlich gerecht sein / Bülow gilt als absolut ausgeschlossen.

Wir können und müssen passive Resistenz zunächst üben. Die Regierung ist [in] einer rettungslose[n] Lage<sup>43)</sup> / Defensiv / Der Beschluß gut / auf Aufforderung ein paar Namen Rücksprache<sup>47)</sup> wegen Veröffentlichung

einer sehr guten Position. Die Regierung sei in die Defensive gedrängt.<sup>43)</sup> Dr. Michaelis fehle der Grundbegriff der politischen Warenkunde, sonst müßte er wissen, was eine seidene Schnur bedeute. Die Aufforderung von Valentini, Namen zu nennen, sehe er als eine Falle an<sup>46)</sup>, welche geeignet sei, die Majorität zu sprengen. Er empfehle, wenn Namen verlangt würden, die Kandidatur Fehrenbach, schon deshalb, damit ein Name aus dem Parlament genannt würde.

gen vor einen Zentrumsmann.  
Das ist sachlich.

**Rießer:** Habe vorgestern bereits gesagt<sup>43)</sup>, daß nach meinen Informationen man uns in die Lage schieben will, Personen zu nennen. Ich sehe die Lage sehr ernst an. Ganz bedenklich. Bin Überzeugung, daß man Michaelis, grade weil das Parlament nicht will, halten will. Die Eventualitäten, die Trimborn auseinandergesetzt hat, sind ganz gut. Aber wir können dann doch noch etwas machen. Wenn man uns nicht antwortet, dann müssen wir fragen, was tun wir? Wenn wir einen derartigen Anlauf genommen haben, dann ist es unmöglich, die Sache versickern zu lassen. Das wäre unwürdig des Parlaments. Das schädigte den Reichstag unheimlich. Das schadet auch im Ausland! Wir können ruhig einen oder zwei Tage warten. Wir können verlangen, daß Kaiser Führer aller Parteien

**Rießer:** Wir sollen in Lage geschoben werden, Personen zu nennen. Überzeugt, daß M. gehalten wird, gerade weil Parlament nicht will. Trimborns drei Möglichkeiten an sich richtig, Lage aber nicht so einfach. Nach unserem Anlauf dürfen wir Sache nicht versickern lassen, denn das schadet Reichstag, schadet Deutschland auch im Auslande. Erst Antwort abwarten, dann aber verlangen, daß Kaiser Führer aller Parteien höre. Bei Nationalliberalen kein einziger, der M. noch für möglich hält.

**Rießer:** Den Kaiser besuchen.

Ein nationalliberaler Abgeordneter unterstützte den Vorschlag eines Kollektivschrittes beim Kaiser. Unter keinen Umständen dürfe die Krisis versickern.

<sup>43)</sup> Vgl. Haußmann S. 150 (Brief an seine Frau vom 24. 10. 1917: er habe sich gegen „eine Politik der Ungeduld“ ausgesprochen) und S. 153 (Brief an Prof. Delbrück vom 25. 10. 1917: „Schon die Nichtunterstützung der Regierung ist letal für eine Regierung im vierten Kriegsjahre, vollends für eine Regierung wie die des sechsten Kanzlers.“).

<sup>44)</sup> „Warenkunde“ im Stenogramm undeutlich, jedoch durch die Niederschrift Erzbergers (Nr. 61d) bestätigt.

<sup>45)</sup> Bei Valentini.

<sup>46)</sup> Vgl. Nr. 58 Anm. 3.

<sup>47)</sup> Mit Valentini.

<sup>48)</sup> In Nr. 55a—e nicht festgehalten.

über die Lage hören wird. Bei uns kein einziger, der Michaelis noch für möglich hält. Nach zwei Tagen anregen, daß Kaiser die Führer sämtlicher Parteien [hört]!<sup>49)</sup>

**Erzberger:** Das ginge, wenn nicht in diesen zwei Tagen Kaiser Michaelis nochmals bestätigt. Dann wären wir erst recht die Stänker.<sup>50)</sup> Dann sind wir nachher diejenigen, die eine neue Kanzlerkrise anfangen. Was bedeutet das?

Deshalb wäre die Bitte an Valentini angebracht, uns ständig auf dem Laufenden zu halten. Hat selbst die Anregung dazu gegeben.

Trimborn kann das fragen. Referiert und bittet aufs neue, keinen endgültigen Schritt zu machen, ohne Rücksprache. Damit ist wenigstens Valentini gebunden, daß man nicht Michaelis wieder bestätige. Wenn er mit Bedingungen bleibt, dann kommt es zum Kanzlerwechsel. Gefahr nur, wenn er bedingungslos bleibt. Das Reich steht auf dem Spiele. Viele Männer sind am Werke, die den Konflikt wollen! Staatssekretäre sagen, daß die Vaterlandspartei bis Dezember stark

**Erzberger:** Wir könnten wohl noch zwei Tage warten, wenn nicht inzwischen Kaiser M. nochmals bestätigte. Deshalb Ersuchen an V., uns ständig auf dem laufenden zu halten. Dazu hat er selbst Anregung gegeben. Trimborn soll fragen und aufs neue hinweisen, daß kein Schritt ohne Rücksprache mit Parlament gemacht wird. Dann ist wenigstens V. gebunden, daß man M. nicht einfach wieder bestätigt. Bleibt M. unter Bedingungen, dann kommt es doch zum Kanzlerwechsel, Gefahr nur, wenn er bedingungslos bleibt. Schildert die Lage des Reichs. Weite Kreise wollen Konflikt. Staatssekretäre haben ihm gesagt, daß Vaterlandspartei bis Dezember stark genug zum Konflikt zu sein hofft. Dem entgegenzuwirken. Daher erneute Aussprache mit V. Wenn Kaiser Namen hören wolle, dann auch dazu mit Fraktionen bereit. Konsequente Fortsetzung

**Erzberger:** Nein — Trimborn soll morgen vormittag Valentini bitten, ihn auf dem Laufenden [zu] halten u. sagen wenn S. M. wünsche daß wir einen Namen nennen werden wir dies tun.

Ein Zentrumsredner machte folgende Vorschläge:

1) Abgeordneter Trimborn als Vertreter der stärksten Fraktion müsse sich heute oder morgen zu Kabinettschef Valentini begeben, um die Frage, was auf den gestrigen Besuch bei Valentini hin geschehen soll, zu stellen.

2) Er möge Exzellenz Valentini erklären: Nachdem derselbe von 2 Abgeordneten<sup>51)</sup> gewünscht habe, Namen für den künftigen Reichskanzler zu erfahren, habe er zu erklären, daß die Parteien gern bereit seien, auf Wunsch des Kaisers solche zu nennen.

3) Ein Verbleiben von Dr. Michaelis hielten alle Parteien für ganz unmöglich, und sie lehnten alle Verantwortung aus einem solchen Entschluß ab. Sie würden sich vollkommen frei in allen Fragen sehen.

Was die Namen für den künftigen Reichskanzler selber betreffe, so möge man an erster

genug sei zum Konflikt im Dezember. Dem müssen wir entgegenwirken durch Aussprache mit Valentini. Dann fragen. Dann sagen, wenn der Kaiser Wert darauf legt, Namen zu hören, dann würde man auch bereit sein, Kandidaten zu nennen. Können wir nicht versuchen, uns auf einige Namen zusammenzufinden? Ganz offen, daß nicht Fehrenbach, sondern Diplomat vom Fach notwendig wäre. Warum denn nicht Kühlmann?<sup>52)</sup> Dann könnte man in Preußen Vizepräsidenten machen.<sup>54)</sup> Etatmäßige Stelle ist vorhanden. Dann fallen die Bedenken gegen die Trennung weg. Würde Kühlmann für sehr geeignet halten.

Also praktischer Vorschlag: morgen bei Valentini zu fragen nach der Sache. Nur konsequente Fortsetzung des Angefangenen.

**Trimborn:** Wenn Michaelis herauskommt, dann sind wir frei!

des Angefangenen. Für Kanzler am besten Diplomat, vielleicht Kühlmann.<sup>52)</sup>

**Trimborn:** Wenn M. bedingungslos bleibt, dann sind wir in unseren Aktionen auch frei.

Stelle Staatssekretär von Kühlmann<sup>52)</sup> nennen und an zweiter Stelle Abgeordneten Fehrenbach. Werde Ersterer vom Kaiser gewählt, so könne ja Letzterer Vizekanzler<sup>53)</sup> werden. Das sei ein gutes Kompromiß, auf das sich alle Parteien einigen könnten.

**Trimborn:** Ich will gehen / Bei Michaelis alle Verantwortung ablehnen / Fragen ob wir Ant-

<sup>49)</sup> Im Stenogramm: „hörte“.

<sup>50)</sup> Im Stenogramm: „als die Stänker“.

<sup>51)</sup> Nach Nr. 59a—d von Südekum (vgl. c und d) und Fischbeck (vgl. a. c. d).

<sup>52)</sup> Vgl. Erzberger S. 290: „Die meisten Sympathien der Mehrheitsparteien hatte damals Staatssekretär von Kühlmann.“

<sup>53)</sup> S. dagegen Nr. 61a.

<sup>54)</sup> Vgl. auch Nr. 69 (Denkschrift Erzbergers).

**Südekum:** Unabhängige.<sup>55)</sup>  
Schließt sich Frage an.

**Richthofen:** Wir können uns bei Michaelis nicht beruhigen. So geht es nicht. Wir wollen uns verständigen, daß Trimborn sagt: 1.) Wir erwarten, auf dem Laufenden gehalten zu werden. 2.) Wir müssen das Odium der Impotenz von uns loswerden!

Wenn der Kaiser was zu wissen wünscht, dann kann er uns haben. 3.) Antwort. 4.) Verantwortung sonst ablehnen!

**Fischbeck:** Ich stimme zu, daß wir abwarten Antwort. Ist es negativ, dann muß mit aller Kraft dazwischengeschlagen werden.

**Südekum** schildert Lage der Sozialdemokratie zu Unabhängigen.<sup>55)</sup> Stellt fest, daß alle Parteien in Auffassung einig sind, M. sei unter allen Umständen unmöglich. Dringt darauf, gegen Winkelzüge der Gegner diese Auffassung möglichst bald bekannt zu geben. Willigt in Vertagung Bekanntmachung bis nach Eingang Antwort von V. ein.

**Richthofen:** Bei M. können wir uns nicht beruhigen. Wir erwarten, von V. unterrichtet zu werden. Wir werden dann antworten, evt. auf Wunsch Namen nennen. Sonst jede Verantwortung ausdrücklich ablehnen, freie Hand.

**Fischbeck** will Antwort abwarten. Ist sie negativ, dann mit aller Kraft dazwischenschlagen.

wort erhalten / Sagen: daß wir auf Anfrage S. M. Namen nennen / Veröffentlichung besprechen.

**Südekum:** Würzburg bedeutet rückhaltlosen Standpunkt als Reformpartei.<sup>15)</sup> Der Versuch uns zu isolieren ist uns parteipolitisch erwünscht. Das treibt uns zusammen mit den Unabhängigen die wieder in die Partei kommen.<sup>55)</sup>

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte, daß das Verbleiben von Dr. Michaelis im Amt schärfsten Konflikt mit seiner Partei bedeute, wenn er auch nicht wünsche, daß aus der ganzen politischen Situation ein Duell Michaelis contra Sozialdemokratie erwachsen würde.

Ein volksparteilicher Redner erklärt auf das Bestimmteste, daß, falls Dr. Michaelis im Amt belassen würde, mit aller Entschiedenheit neue

**Junck:** Keine Geheimhaltung mehr.<sup>56)</sup>

**Junck:** Geheimhaltung nur noch bis Eintreffen der Antwort, dann öffentlich vorgehen<sup>56)</sup>, keinen Zweifel an Unmöglichkeit M.'s lassen.

<sup>55)</sup> Vgl. den ersten Diskussionsbeitrag Südekums, oben Nr. 61b und d.

<sup>56)</sup> Vgl. auch Anm. 3.

<sup>57)</sup> Vgl. auch Anm. 12.

Schritte zu ergreifen seien; welche, könne man morgen überlegen.

Hierauf wurde folgendes beschlossen:

1.) Abgeordneter Trimborn gibt sich heute oder morgen zu Kabinettschef Valentini, um sich zu erkundigen, was in Folge des gestrigen Besuches der Abgeordneten zu geschehen hat.

2.) Abgeordneter Trimborn erklärt die Bereitwilligkeit der Mehrheitsparteien, auf Wunsch des Kaisers Namen<sup>57)</sup> zu nennen.

3.) Wenn Kabinettschef Valentini von der Möglichkeit der Beibehaltung der Reichskanzlerschaft Michaelis spricht, erklärt Abgeordneter Trimborn, daß dann alle Verantwortung lediglich auf die Krone falle, daß der Reichstag in allen seinen Schritten vollkommen frei sei und daß das verabredete

Schluß 7 Uhr. Nächste Sitzung  
25. Okt. 4 Uhr.<sup>60)</sup>

<sup>60)</sup> Vgl. Erzberger S. 291 f.: „Beim Kabinettschef wurde tags darauf [vgl. Nr. 63a—d] eine erneute Vorstellung unternommen, um festzustellen, was seit dem gestrigen Besuch [vgl. Nr. 58 und Nr. 59a—d] geschehen sei, und erneut zu erklären: die Mehrheitsparteien seien bereit, auf Wunsch des Kaisers Namen für einen Nachfolger zu nennen. Sollte der Kabinettschef von dem weiteren Verbleiben von Michaelis sprechen, so müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß dann alle Verantwortung für die Folgen auf die Krone falle, der Reichstag bleibe vollkommen frei; das verabredete Programm habe nur für einen dem Reichstag genehmen neuen Reichskanzler Gültigkeit.“ Ferner den Brief Richthofens an Schönaich-Carolath vom 26. 10. 1917 (s. Nr. 55a—c Anm. 58a): „Auf Grund der Berichte der vier Herren über ihre Unterhaltung mit Herren von Valentini kamen wir in der interfraktionellen Sitzung zu dem Beschluß, Trimborn noch einmal zu Valentini zu entsenden und ihm folgendes sagen zu lassen: Wir hätten mit Rücksicht auf die ganze Sachlage uns wissen zu lassen, wann eine Lösung der Krisis etwa zu erwarten sei. Ferner wollten wir

nicht den Gedanken aufkommen lassen, der in den ersten Besprechungen hervorgetreten sei, daß der Reichstag gänzlich negativ arbeite, dagegen nicht in der Lage sei, seinerseits eine oder mehrere Persönlichkeiten namhaft zu machen. Wir hätten uns streng im Rahmen unserer verfassungsrechtlichen Befugnis gehalten. Sollte der Kaiser aber den Wunsch haben, vom Reichstage Persönlichkeiten, die für den Reichskanzlerposten und eine ersprießliche Zusammenarbeit mit dem Parlament geeignet erscheinen, zu erfahren, so würden wir uns dem nicht entziehen, sondern nach Rücksprache mit den Fraktionen zu einem oder mehreren Vorschlägen gelangen.“

<sup>61)</sup> Im Or. versehentlich: „24. Oktober“.

<sup>62)</sup> Der Niederschrift über die Sitzung schließt sich im Or. noch folgende Notiz an: „Abends dringendes Telegramm an Ebert: ‚Dringend nachtelegraphieren. Halte weiteres Fernbleiben für unverantwortlich.‘ Vormittags Telegramm an David, Wiesbaden, daß Anwesenheit notwendig sei.“ — Vgl. Nr. 60.

Programm nur für einen neuen Reichskanzler Gültigkeit habe.<sup>61)</sup>

4.) Abgeordneter Trimborn teilt mit, daß in der Angelegenheit des gestrigen Besuches der Abgeordneten bei Kabinettschef Valentini gegen den Willen der Parteien Veröffentlichungen in der Presse erfolgt sind. Die Mehrheitsparteien wünschten die Niederschrift, die sie gestern überreicht haben, zu veröffentlichen, um ihren Standpunkt klar darzustellen.

Nächste Sitzung Donnerstag [25.] Oktober<sup>62)</sup>, nachmittags 4 Uhr.

## 62.

**25. 10. 1917: Unterredung des Abg. Erzberger  
mit dem Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller**

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Zur Kanzlerkrise. Donnerstag, 25. Oktober 1917.“

Um 12 Uhr Besprechung mit Exzellenz Admiral von Müller. Ich legte ihm die Situation, wie sie sich seit Juli entwickelt hat, offen dar und betonte besonders:<sup>2)</sup>

1. Der Reichskanzler ist ganz unhaltbar. Jeder Versuch, seine Stellung zu festigen, ist ausgeschlossen. Er hat weder im Inland noch im Ausland Vertrauen. Sein Verbleiben im Amt wirkt kriegsverlängernd und schädigt die Krone.<sup>3)</sup>
2. Eine neue Mehrheit zu bilden, unter Ausschluß der Sozialdemokratie, ist vergebliches Bemühen und führt in seinen Folgen zum Ruin des Reiches. Die Abspaltung der Sozialdemokratie von der Mehrheit wird durch das Verbleiben von Michaelis wohl herbeigeführt werden, auf der anderen Seite werden dann die beiden sozialdemokratischen Parteien sich einigen und eine passive Resistenz wird einsetzen. Eine Mehrheit mit den Konservativen kann die Reichsgeschäfte nicht führen.
3. So ist ein Kanzlerwechsel unabwendbar und Seine Majestät sollte ihn aus eigenem herbeiführen.
4. Mit dem neuen Reichskanzler wird vor der Übernahme des Amtes das verabredete Programm festgelegt werden und dieses dann bis Kriegsende ohne jede Krisis durchgehalten werden. Nur diese Lösung verbürgt den Sieg, jede andere schädigt Reich und Krone.

Admiral von Müller dankte bestens für den gegebenen Aufschluß. Er stimme meiner Beurteilung der Situation bei. Er selbst könne keinen politischen Einfluß nehmen, werde aber an allen Stellen, wo er Gelegenheit habe, zu Wort zu kommen, diese Auffassung vertreten. Ganz falsch sei die Behauptung, daß er an der Berufung von Michaelis schuld sei. Er habe Michaelis erst nach seiner Ernennung in Kreuznach kennengelernt.<sup>4)</sup> Mit dem Kaiser selbst sei er in den kritischen Ta-

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 292 und Nr. 63a—c.

<sup>2)</sup> Für Punkt 1, 3 und 4 vgl. die von Erzberger in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 22. 10. 1917 aufgestellten Forderungen; s. Nr. 55a—e bes. Nr. 55d. Für Punkt 2 vgl. Nr. 61a—d.

<sup>3)</sup> Vgl. Erzberger S. 292: er habe dem Chef des Marinekabinetts erklärt, „daß jeder Versuch, Michaelis zu halten, aussichtslos sei und für die Krone selbst den größten Schaden bringe.“

<sup>4)</sup> Bei Erzberger S. 292 heißt es in enger Anlehnung an diesen Passus: „Der Marinekabinettschef verwahrte sich gegen die Behauptung, daß er an der Berufung Michaelis schuld sei; er habe ihn überhaupt erst nach seiner Berufung kennen gelernt.“ — Für die Version, daß Admiral v. Müller Michaelis vorgeschlagen habe, vgl. V. Naumann, Dokumente S. 267, der sich auf mündliche Mitteilungen des Kronprinzen beruft; ferner Herre S. 98, der seine Darstellung in dieser Frage ausschließlich auf V. Naumann stützt. Bei Hiller S. 77 Anm. 266 ist folgende Notiz Bülow's abgedruckt: „Michaelis: Ernennung (Adj.-Zimmer, Plessen-Valentini zu S. M. mit Müller), dann Mich. (10 Minuten Bedenkzeit, Gebet, freudige Annahme).“ Hingegen berichtet Valentini S. 168 f., daß er zunächst Hindenburg und Ludendorff und darauf den Kaiser gemeinsam mit Plessen und Lyncker aufgesucht habe. Damit übereinstimmend WUA 2 S. 155 (Bethmann). — S. in diesem Zusammenhang auch Nr. 18a.b Anm. 4.

gen überhaupt nicht zusammengetroffen. Die Absplitterung der Sozialdemokratie halte er für den denkbar größten Fehler, auch die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei bedauere er sehr, da sie die Uneinigkeit nur vergrößert habe. Er fragte dann, welchen Einfluß die Deutsche Vaterlandspartei wohl haben könne und ob Neuwahlen einen mehr konservativ gerichteten Reichstag herbeiführen würden.

Ich bestritt das Letztere auf das Entschiedenste. Der neue Reichstag würde nur radikaler werden, was die natürliche Folge des langen Krieges sei.

Admiral von Müller stimmte mir bei und meinte, daß er auch die Wahlen für undurchführbar halte. Er sprach dann über einzelne Kandidaten, wobei er ausdrücklich bemerkte, daß bei dem Kaiser die angebliche Abneigung gegen den Fürsten Bülow nicht so groß sei, daß sie ein Hindernis für die Übernahme des Kanzleramts bilden würde. Darauf erkundigte er sich nach dem Befinden des Fürsten, den er seit 10 Jahren nicht gesehen habe. Ich gab ihm den entsprechenden Aufschluß.

## 25. 10. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

63a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup>  
Überschrift: „25. 10. 1917“.

Ohne Stresemann.<sup>3)</sup> Mit Scheidemann  
und Ebert.<sup>4)</sup>

Trimborn: [Heute] morgen Reise nach  
Potsdam.<sup>5)</sup> Valentini. Drei Fragen:

1.) Was ist geschehen, bekommen wir  
eine Antwort?<sup>6)</sup> Antwort wird erteilt, in  
Form, die noch nicht zu übersehen. Ob  
mündlich oder schriftlich. Entscheidung  
vor Mitte nächster Woche nicht zu er-  
warten. Die Herren können ruhig reisen.  
Kaiser will keine überstürzte Entschei-  
dung fassen.

2.) Stellen uns ausdrücklich zur Ver-  
fügung, wenn unsere Meinung gewünscht  
würde. Eine solche Frage nach positivem  
Vorschlag wird ganz gewiß nicht gestellt

63b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung  
vom 25. Oktober 1917 nachmittags  
4 Uhr.“

Es fehlt Stresemann wegen Krankheit.<sup>3)</sup>  
Scheidemann und Ebert<sup>4)</sup> anwesend.

Trimborn teilt mit, daß er am selben  
Morgen in Potsdam bei Valentini<sup>5)</sup> ge-  
wesen sei. Er habe ihm drei Fragen vor-  
gelegt:

1. Was ist bisher geschehen auf Grund  
unseres ersten Besuchs, und bekommen  
wir eine Antwort?<sup>6)</sup> V. habe darauf er-  
widert: Eine Antwort wird erteilt werden,  
es läßt sich aber noch nicht übersehen, in  
welcher Form, ob mündlich oder schrift-  
lich. Vor Mitte der nächsten Woche ist  
eine Entscheidung nicht zu erwarten, da  
der Kaiser keine überstürzte Entschei-  
dung treffen will.

63c: Nachlaß Haußmann 26, eigenhändig mit  
Bleistift.<sup>1)</sup> Überschrift: „IA?<sup>2)</sup> / 25. X.  
1917“.

Trimborn: Ich war bei Valentini heute  
Vormittag<sup>5)</sup> u. stellte 3 Fragen.

Bekommen wir 1 Antwort[?]<sup>6)</sup>

Antwort wird erteilt in einer Form, die  
ich he[ute] / vor Mitte nächster Woche  
nicht zu erwarten / Kaiser will keine über-  
stürzte Entscheidung.

Wir stellen uns ausdrückl. zur Verfügung.  
Eine Frage nach 1 positiven Vorschlag  
nicht gestellt.

Die Besprechung, die Sie verlangen ist  
nicht ausgeschlossen.<sup>7)</sup>

Die Veröffentlich[un]g bitte ich zu unter-  
lassen, sie wäre durchaus inopportun. Ein-

1) Vgl. Nr. 63d und Nr. 65.

2) „I.A.“ mit Blaustift.

3) S. auch Anm. 9.

4) Vgl. Nr. 61b Anm. 60.

5) Vgl. auch Helfferich S. 507.

6) Auf die Valentini am 23. 10. 1917 überreichte „Verbalnote“. Vgl.  
Nr. 57a—d und Nr. 58.

7) Vgl. den Brief Richthofens an Schönaich-Carolath vom 26. 10. 1917  
(s. Nr. 55a—c Anm. 58a): Valentini habe auf die Fragen Trimborns

„nach einiger Zeit erwidert, daß die Entscheidung in der ganzen Frage  
um die Mitte der nächsten Woche zu erwarten sei. Der Kaiser wolle  
noch mit einer Reihe von Persönlichkeiten eingehend konferieren.  
Eine Anfrage über die auszuwählende Persönlichkeit an den Reichstag  
sei nicht beabsichtigt. Dagegen sei auch der Kaiser der Meinung  
daß es gut sei, wenn bei einem Kanzlerwechsel sich der Betreffende  
vor der endgültigen Ernennung mit den Parteien zu der Vereinbarung  
des Programms in Verbindung setze. Auf Grund dieser Mitteilung  
haben wir uns bis Mittwoch nächster Woche vertagt.“

werden. Wohl aber ist es nicht ausgeschlossen, daß die Besprechungen, die gefordert wurden im Schriftstück, stattfinden. Hatte das Gefühl: es wird dazu kommen.<sup>7)</sup>

3.) Die Veröffentlichung bitte ich unter allen Umständen zu unterlassen. Gewisse Rücksicht auf den Kaiser läßt das geboten erscheinen.

Stresemann schreibt zu diesem Punkt:<sup>9)</sup> Lebhaftes Bedenken gegen Veröffentlichung der Verbalnote = Schriftstück. Jedenfalls erst Fraktion hören, da Akt von internationaler Bedeutung.

Dann hat Valentini noch über gesamte Lage gesprochen. Sein Argument spricht für die einstweilige Belassung.

Verständigung mit der Sozialdemokratie hielte ich<sup>12)</sup> für absolut notwendig, weil eine Mehrheit im Reichstag nur links möglich sei wegen Wahlreform. Mehrheit der Linken sei ohne Sozialdemokratie undenkbar. Da sagte er: Unter diesem Gesichtspunkt spricht eines für Michaelis. Das Allerdingendste ist Durchführung der preußischen Wahlreform. Nämlich<sup>14)</sup> die schnelle Durchführung. Daher haben

2. Wir haben uns in mündlicher Auseinandersetzung für direkte kaiserliche Frage wegen Nachfolgerschaft zur Verfügung gestellt; ist eine solche Frage zu erwarten? Antwort: Eine solche Frage nach positiven Vorschlägen wird ganz gewiß nicht gestellt werden; wohl aber ist nicht ausgeschlossen, daß die Besprechungen, die in dem Schriftstück gefordert werden, stattfinden werden. T. hatte den Eindruck, daß es dazu kommen werde.<sup>7)</sup>

3. Frage: Stehen der Veröffentlichung des Schriftstücks Bedenken entgegen? Antwort: Die Veröffentlichung bitten wir unter allen Umständen zu unterlassen; besondere Rücksichten auf Kaiser lassen das geboten erscheinen, der sich ohnehin bereits unter einem gewissen Druck fühlt.

Zu diesem Punkt hatte Stresemann an Trimborn einen Brief gesandt<sup>9)</sup>, worin er seine lebhaften Bedenken gegen eine Veröffentlichung des Schriftstücks ausdrückte; jedenfalls müßten vor der Veröffentlichung erst die Fraktionen gehört werden, da die Veröffentlichung unter Umständen ein Akt von ganz internationaler Bedeutung sein könne.

Trimborn gibt dann weiter ein privates Gespräch wieder, das zwischen ihm und V. stattfand. V. habe wiederum erklärt, daß die preußische Wahlreform ein starkes Argument für Beibehaltung von M. im Amt sei. T. darauf, daß Verständigung mit Sozialdemokratie unbedingt notwendig, weil im Reichstag nur Linksmehrheit wegen Wahlreform möglich.

wandsfrei ist die Erwähnung des Besuchs. Die Note soll mit Rücksicht auf den Kaiser unterlassen werden.

Stresemann<sup>8)</sup> protestiert gegen die Veröffentlichung<sup>9)</sup> / Der einleitende Satz<sup>10)</sup> ist gar nicht anders zu verstehen denn als Wunsch der Entlassung<sup>11)</sup> / Es war eine Eselei.

Das allerwichtigste ist die schnelle Durchführung der Wahlrechtsvorlage. Der Herr Drews<sup>13)</sup> kann nicht. Die Vorlage führt zu kolossalen Kämpfen / der Ministerpräsident muß das mit aller Wucht vertreten.

Ich<sup>12)</sup> erklärte Verständigung mit der Sozialdemokr. für nötig.

Kaempff soll orientiert werden von Fischbeck.

Beantragt: nächste Sitzung auf Mittwoch.<sup>16)</sup> Ich<sup>12)</sup> habe Helfferich nicht gesprochen.

wir veranlaßt, daß mit schnellstem Dampf [gearbeitet wird], daß die Vorlage möglichst am 6. November<sup>15)</sup> erscheine. Wenn ein neuer Reichskanzler kommt, der will sich die Sache ansehen. Drews<sup>13)</sup> könne das nicht besorgen, denn die Vorlage sei so wichtig und werde zu so starken Kämpfen führen, daß nur die ganze Autorität der Staatskr[äfte]<sup>17)</sup> helfen könne. Die bisherigen Verzögerungen haben das Volk schon nervös gemacht. Neue Verzögerung gibt neue Beunruhigung. Was soll geschehen? Die nächste Sitzung sollten wir auf Mittwoch<sup>18)</sup> anberaumen.

**Rießer:** Was uns geboten wird, ist eigentlich die Unterstellung, daß wir unmündige Kinder seien. Neuer Versuch, den Michaelis zu halten. Die Reform dauert lange, nachher nicht mehr zu entfernen. Wir haben Aufgabe, ihn wissen zu lassen, daß wir der Ansicht seien, daß diese Krise

Linksmehrheit ohne Sozialdemokratie undenkbar. V.: Wir haben veranlaßt, daß Wahlreform mit möglichster Beschleunigung, d. h. vielleicht schon zum 6. November<sup>15)</sup> erscheinen solle. Ein neuer Mann müsse sich erst einarbeiten. Drews<sup>13)</sup> könne die Sache nicht besorgen, denn Vorschlag sei so wichtig und werde zu so starken Kämpfen führen, daß die ganze Staatsautorität eingesetzt werden müsse. Bisherige Verzögerungen hätten Volk schon nervös gemacht. Neue Verzögerungen ergäben neue Beunruhigungen.

**Rießer:** Es handle sich hier offenbar um einen neuen Versuch, M. zu halten. Preußische Wahlreform sei langwieriges Geschäft, vielleicht bis Sommer nächsten Jahres; nachher sei M. nicht mehr zu entfernen. Daher unsere Aufgabe, ihn wissen zu lassen, daß nach unserer An-

**Rießer:** Einullungsversuch.<sup>18)</sup>

<sup>8)</sup> Von „Stresemann“ bis „mit aller Wucht vertreten“ im Or. hinter den ersten Ausführungen Erzbergers; umgestellt vom Bearbeiter.

<sup>9)</sup> Durchschlag des Briefes an Trimborn vom 25. 10. 1917 im Nachlaß Stresemann 176 (6885): Stresemann entschuldigt zunächst sein Fernbleiben von der Sitzung mit dem schlechten Wetter und äußert dann lebhaft Bedenken gegen den Plan, die sogenannte Verbalnote in der Presse zu veröffentlichen. In der benutzten Kopie des Mikrofilms war der Text des Briefes leider so undeutlich, daß er nur teilweise entziffert werden konnte. — Vgl. auch Nr. 61b Anm. 3.

<sup>10)</sup> Der „Verbalnote“. Vgl. Nr. 57a—d.

<sup>11)</sup> Vgl. auch Michaelis S. 368: „Die Parteien behandelten in diesem Schriftstück meinen Austritt als selbstverständlich.“

<sup>12)</sup> Trimborn.

<sup>13)</sup> Preußischer Innenminister.

<sup>14)</sup> Nach dem Schriftbild des Stenogramms ist auch die Lesart „namentlich“ möglich.

<sup>15)</sup> Das preuß. Abgeordnetenhaus hatte sich am 17. 10. 1917 vertagt; die nächste Sitzung sollte „voraussichtlich“ zum 6. 11. einberufen werden. Infolge des Regierungswechsels trat jedoch das Haus erst wieder am 15. 11. zusammen. Vgl. Sten. Ber. Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 6 Sp. 6027 und 6033.

<sup>16)</sup> 31. 10. 1917. — S. auch Anm. 74.

<sup>17)</sup> Die im Stenogramm benutzte Abkürzung „kr“ dürfte systemgerecht nur für „Kreis“ oder „Kreise“ stehen. Die Ergänzung zu „Staatskräfte“ erscheint jedoch im gegebenen Zusammenhang sinnvoller.

<sup>18)</sup> Die im Or. folgenden Notizen mit der Sprecherangabe Haußmann sind weiter unten abgedruckt, da Haußmann nach Nr. 63a.b erst später das Wort ergriff.

sich nicht hinschleppen darf. Wir dürfen keinen Zweifel lassen, daß er gehen müsse.

**Scheidemann:** Es scheint, daß, was Trimborn gesagt hat, vollständig übereinstimmt mit einer Mitteilung; Helfferich hat dem Kaiser positiv gesagt, wir ziehen die Sache hin bis zum Dezember, bis dahin garantiere ich Mehrheit gegen die Sozialdemokratie.

**Erzberger:** Mitteilungen: Chef Müller hat Michaelis nicht empfohlen. Müller läßt das unmittelbar mitteilen.<sup>20)</sup> Graf Schwerin-Löwitz<sup>21)</sup> soll empfohlen haben. Valentini hat vorgeschlagen.<sup>22)</sup>

Der Plan ist von Helfferich: heutige Mehrheit zu sprengen, neue Majorität zu schaffen. Belassung des jetzigen Kanzlers, der nicht mit der Sozialdemokratie arbeiten kann, Kreditverweigerung. Dann sei Zustand, daß man Freiheit nach allen Ecken hätte, nach rechts und links. Hatte Gelegenheit, das an einer Stelle zu sagen, Ruin des Reichs. Darüber dürfe auch Träger der Krone nicht im Zweifel gelassen werden. Wenn man Gewerkschaften herüberziehen will unter Abstoßung der Sozialdemokraten, so sei das absurd. Ob es denn richtig sei, daß Deutsche Vaterlandspartei im Volk schon so starken Zustrom gefunden hätte, daß die alte Mehrheit nicht mehr Mehrheit der Wähler hätte? Dann Reichstagsauflösung<sup>24)</sup>, neue Mehrheit. Umgekehrt ist bisher bewiesen worden.

sicht Krise nicht verschleppt werden dürfe, nochmaliges scharfes Betonen, daß er gehen müsse.

**Scheidemann** habe gehört, daß Helfferich dem Kaiser positiv gesagt habe, man brauche die Sache nur bis Dezember hinzuziehen, weil er bis dahin Garantie einer Mehrheit gegen Sozialdemokratie geben könne.

**Erzberger:** Hat mit Admiral von Müller gesprochen. Von M. habe seinerzeit Michaelis nicht empfohlen. Das lasse er ausdrücklich feststellen.<sup>20)</sup> Wie weit Graf Schwerin-Löwitz<sup>21)</sup> bei der Empfehlung mitgewirkt habe, stehe nicht klar fest. Jedenfalls habe V. schließlich den Vorschlag an Kaiser gebracht.<sup>22)</sup> Auch er habe von H.'s Plan gehört, heutige Mehrheit zu sprengen und neue Mehrheit zu schaffen. Dazu bedürfe es der Belassung des jetzigen Reichskanzlers im Amt, mit dem Sozialdemokratie nicht arbeiten könne, daher Kreditverweigerung im Dezember. Dann hätte man Freiheit nach allen Seiten. Erzberger habe nicht verfehlt, darauf hinzuweisen an einflußreicher Stelle, daß das Ruin des Reiches sei. Darüber dürfe auch Kaiser nicht im Zweifel gelassen werden. Wenn man Gewerkschaften unter Abstoßung Sozialdemokratie herüberziehen wolle, so sei das absurd. Mehrfach sei er gefragt, ob Vaterlandspartei im Volk schon so starken Zustrom gefunden habe, daß alte Mehrheit

**Scheidemann:** Helfferich hat gesagt hinzuziehen. Ich garantiere Ihnen für eine Mehrheit.

**Erzberger:** Müller hat Mich[aelis] nicht gemacht u.<sup>19)</sup> mich gebeten dies zu sagen<sup>20)</sup> / Plan Helfferichs Mehrheit zu sprengen u. die Sozialdemokratie in die Verneinung hineinzumanövrieren. Ich erklärte dies für das verhängnisvollste.

Ob Vaterlandspartei so stark sei u. wie eine [Reichstagsauflösung]<sup>23)</sup> wirke<sup>24)</sup> / Ich sagte: das Gegenteil. Neuwahl — Absprengung der Sozialdemokratie Plan von Helfferich.

In diesem Zusammenhang besteht offenbar Plan: Abspaltung der Sozialdemokraten, konservativer Reichstag durch Neuwahl, wobei Vaterlandspartei große Wahltruppe darstelle; dazu sollen die Konservativen herangeführt werden.

Stelle zur Überlegung, ob wir nicht Staatssekretär Helfferich direkt darüber stellen sollen? Dann ist der Plan kaputt. Wir verlangen Auskunft darüber, als Mehrheit. Antworten muß er.

**Trimborn:** Die Nachricht, daß ich mit Helfferich gesprochen hätte, ist falsch.<sup>25)</sup>

nicht mehr Mehrheit der Wähler hinter sich habe? Man denke für solchen Fall in manchen Kreisen an Reichstagsauflösung.<sup>24)</sup> Das Umgekehrte sei aber bisher bewiesen, denn alle Abgeordneten der Mehrheit hätten unzweifelhaft Vertrauensvoten erhalten. Er zweifle nicht am Bestehen eines Plans: Abspaltung der Sozialdemokratie, konservativer Reichstag durch Neuwahl, wobei Vaterlandspartei große Wahltruppe darstelle. Unter diesen Umständen erwägenswert, ob nicht Staatssekretär Helfferich direkt zu stellen sei. Er müsse antworten, und damit könne der ganze Plan zum Scheitern gebracht werden.

**Trimborn:** Die Nachricht Vossischer Zeitung, daß er Helfferich gesprochen habe, sei falsch.<sup>25)</sup>

<sup>19)</sup> Im Or. gestr.: „ihn“.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 62.

<sup>21)</sup> Präsident des preuß. Abgeordnetenhauses.

<sup>22)</sup> Nach Valentini S. 168 f. wurde der damalige Unterstaatssekretär Michaelis am 13. 7. 1917 durch den Generaloberst von Plessen in die Debatte gebracht. Nachdem Valentini gemeinsam mit v. Plessen und dem Chef des Militärkabinetts, General v. Lyncker, von Hindenburg und Ludendorff empfangen worden war, hielt er, wiederum in Gegenwart der beiden Generale, dem Kaiser Vortrag, der ihn beauftragte, Michaelis aufzusuchen. — Vgl. WUA 2 S. 154 f. (Aufzeichnung Bethmanns); s. in diesem Zusammenhang auch Nr. 18a. b Anm. 4.

<sup>23)</sup> Im Or.: „Reichstagswahlauflösung“.

<sup>24)</sup> Nach Westarp II S. 480 ff. wurde die Forderung nach Auflösung des Reichstages in konservativen Kreisen bereits Ende August / Anfang

September 1917 erhoben. Vgl. ferner den Bericht Westarps über seine Besprechung mit Michaelis am 28. 10. 1917, a.a.O. S. 493: „M. stellte sich auf den Standpunkt, daß äußerstenfalls der Konflikt riskiert werden muß. Er zeigt auf seinem Schreibtisch die Blanko-Kabinettsorder zur Schließung des Reichstages, die er sich für die letzte Sitzung vom September/Oktober bei Abwesenheit des Kaisers in Rumänien hat geben lassen, und von der er nur nicht Gebrauch gemacht hat, weil die Dinge zuerst mit der Rede von Stein und dann mit der von Capelle nicht einwandfrei verlaufen seien.“

<sup>25)</sup> „Vossische Zeitung“, 25. 10. 1917, Abendausgabe: Trimborn habe „gestern eine längere Unterredung mit dem stellvertretenden Reichskanzler Dr. Helfferich über die Krise“ gehabt. Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 26. 10. 1917, Abendblatt, und das Dementi am Tage darauf, a.a.O., 27. 10. 1917, 1. Morgenblatt.

**Haußmann:** Es ist interessant, daß die Väter der Vaterschaft an Michaelis schon abgelehnt werden! — Von guter Seite<sup>27)</sup> erfahren: Der Kronprinz sei nach Berlin gekommen — und gegen preußische Wahlreform ausgesprochen habe. Kaiser bat, Bethmann zu hören, Bethmann Vortrag gehalten<sup>28)</sup>, dann Kronprinz gesagt, ich bin gekommen, um Sie zu stürzen, nach dem, was ich gehört habe, habe ich eine andere Auffassung der Lage. Dann Abgeordnete gehört, ohne Vater zu fragen.<sup>29)</sup> Hat aber Angaben der Abgeordneten stenographieren lassen, und Stenogramme sind dem Kaiser vorgelegt worden, der dadurch gemeint hat, daß Bethmann Reichstag nicht mehr hinter sich habe. Darauf Entlassung [ein]gegeben, die veranlaßt war dadurch, daß Reichskanzler gehört hat, daß Hauptquartier die Fortdauer seiner Stellung abhängig macht vom Bleiben von Bethmann — zwei Entlassungsgesuche.

Chefs der Kabinette haben dann beraten, wen man vorschlage. Es ist ihnen niemand eingefallen. Dann kam Plessen ins Zimmer. Dann hat Plessen gesagt, nehmen Sie doch Michaelis. Das hat eingeschlagen, und dann hat Valentini Michaelis gefragt. Nach kurzer Zeit nach Bellevue gefahren. Zwei Stunden promeniert. Helfferich habe demnach nicht mitgewirkt an Michaelis.<sup>31)</sup>

Was wir gestern beschlossen haben, Trimborn zu entsenden, ist richtig gewesen. Lage dadurch bequemer geworden. Wir erhalten Mitte nächster Woche eine Ant-

**Haußmann:** Bemerkenswert, daß Admiral Müller Einfluß auf Ernennung von Michaelis abgeleugnet habe. Von guter Seite<sup>27)</sup> habe er folgendes erfahren: Kronprinz sei im [Juli]<sup>28)</sup> nach Berlin gekommen, um gegen preußische Wahlreform zu wirken. Kaiser bat ihn, Bethmann zu hören, der Vortrag hielt<sup>29)</sup>; dann Kronprinz: „Ich bin gekommen, um Sie zu stürzen, nach dem, was ich gehört habe, habe ich andere Auffassung der Lage.“ Dann habe er, ohne Kaiser zu fragen, die Abgeordneten rufen lassen.<sup>30)</sup> Deren Angaben seien stenographiert und Stenogramme dem Kaiser vorgelegt worden, der dadurch Eindruck gewann, daß Bethmann Reichstag nicht mehr hinter sich habe. Dieser darauf Entlassung [ein]gegeben, veranlaßt durch Mitteilung, das Hauptquartier mache seinerseits die Weiterführung der Geschäfte vom Abgang Bethmanns abhängig; Hindenburg und Ludendorff Entlassungsgesuche eingereicht oder angekündigt. Die Chefs der Kabinette hätten dann beraten, wen sie vorschlagen sollten; seien zu keiner Einigung gekommen; dann habe General von Plessen sie auf Michaelis gewiesen. V. sei sofort zu M. gefahren, und dieser habe nach wenigen Minuten Bedenkzeit eingewilligt, zum Kaiser zu fahren. Zweistündige Unterredung mit Kaiser im Garten Bellevue, darauf Annahme des Amts. Demnach habe H. an Ernennung von M. nicht mitgewirkt.<sup>31)</sup>

Gestriger Beschluß, Trimborn zu V.<sup>32)</sup> zu senden, sei richtig gewesen, weil Lage da-

**Haußmann:**<sup>26)</sup> Auskunft nicht so un bequem wie wir gestern annahmen / Un haltbar — keine schwächende Ungeduld. Plessen hat M. vorgeschlagen nicht Helfferich.<sup>31)</sup>

Gegen Plan:<sup>32)</sup> Solidarisch

wort. Wir werden darin anscheinend eine bedingte Zustimmung bekommen. Vorher nicht veröffentlichen.

Was weiter: allerdings, was Valentini weiter gesagt hat, zu sehen, daß man denkt, die Sache zu verschleppen. Gegen Versuch einer Sprengung haben wir eine starke Waffe durch Solidaritätserklärung hinsichtlich, daß er<sup>34)</sup> als Kanzler nicht mehr möglich sei. Da wir im Interesse des Reichs handeln, so sollten wir nicht davor zurückschrecken.

Keine Ungeduld in der Presse zeigen. Wir haben nicht notwendig, wenn die anderen Fehler machen, uns auch in Ungeduld zu

durch bequemer geworden. Wir wissen jetzt, daß bis Mitte nächster Woche Antwort zu erwarten. Darin anscheinend eine bedingte Zustimmung zu unseren Vorschlägen. Vorher nichts veröffentlichen. V.'s weitere Bemerkungen deuten allerdings auf Verschleppungsabsichten. Gegen Versuch einer Sprengung der Mehrheit hätten wir starke Waffen durch Solidaritätserklärung in der Presse, daß Mehrheit M.<sup>34)</sup> für ganz unmöglich nach wie vor halte. Davor im Interesse des Reichs nicht zurückschrecken. Aber in der Presse keine Ungeduld zeigen. Da wir einig sind, können wir geduldig sein. Richtig und

<sup>26)</sup> S. Anm. 18.

<sup>27)</sup> Von Fürst Philipp zu Eulenburg-Hertefeld, Liebenberg (Mark), Mitglied des preuß. Herrenhauses und Botschafter a. D. Vgl. Haußmann S. 150 (Brief an seine Frau vom 24. 10. 1917): „. . . Ich war die Nacht in Liebenberg und bin in meiner Gesamtaufassung bestärkt; es fand ein gegenseitiger Austausch von zeitgeschichtlichen Tatsachen statt.“

<sup>28)</sup> Im Or.: „Juni“; es handelt sich um einen offensichtlichen Schreib- oder Diktierfehler.

<sup>29)</sup> Vgl. Bethmann II S. 234 und WUA 2 S. 152 f. (Aufzeichnung Bethmanns vom 11. 7. 1917).

<sup>30)</sup> Bei Haußmann S. 150 (vgl. Anm. 27) heißt es: „Der Kronprinz kam am 11. Juli zum Kanzler und hörte dessen Bericht. Dann erwiderte er: ‚Ich kam nach Berlin, um Sie zu stürzen, jetzt bin ich anderer Ansicht.‘ Nachher ließ er auf Veranlassung von Maltzan [richtig: Maltzahn] die Abgeordneten kommen, deren Äußerungen ohne deren Wissen stenographiert wurden. Diese Stenogramme wurden dem Kaiser vorgelegt — der sich darauf für die Entlassung entschied; nur der Vertreter der Volkspartei habe sich für Bethmann ausgesprochen. Bekanntlich waren sie ‚ausgelesen‘.“ — Für die Unterredung des Kronprinzen mit Abgeordneten am Vormittag des 12. 7. 1917 vgl. Nr. 11 bes. Anm. 28.

<sup>31)</sup> Bei Haußmann S. 150 f. (vgl. Anm. 27) heißt es weiter: „Nach der Entlassung Bethmanns besannen sich Valentini, Chef des Zivilkabinetts, und Lyncker, Chef des Militärkabinetts, auf einen Kanzler. Es fiel ihnen keiner ein. Da kam Plessen, der Generaladjutant, fragte nach ihrem Schweigen und nannte dann Michaelis. Darauf fuhr Valentini im Auto sofort zu Michaelis, überraschte ihn mit der Frage, ob er das Amt eines Kanzlers annehmen würde, erhielt nach fünf Minuten eine nicht ablehnende Antwort, und Michaelis wurde nun im Auto sofort in das Schloß Bellevue (im Tiergarten) zum Kaiser gebracht, vorgestellt, und nach einer zweistündigen Gartenpromenade erklärte sich der Kaiser ohne weitere Befragung für einverstanden.“ — Zu dieser Darstellung, die mit Nr. 63a und b übereinstimmt, ist kritisch zu bemerken, daß Valentini erst, nachdem er dem Kaiser berichtet und einen entsprechenden Auftrag erhalten hatte, zu Michaelis fuhr, mit dem zusammen er sich dann nach Bellevue zurückbegab, um ihn dem Kaiser zu präsentieren. Vgl. Anm. 22.

<sup>32)</sup> D. h.: gegen den angeblichen Plan Helfferichs, die Sozialdemokratie aus der Mehrheit herauszudrängen.

<sup>33)</sup> Valentini.

<sup>34)</sup> Michaelis.

stürzen, namentlich<sup>35)</sup> wenn wir einig sind.

Helfferrich zu stellen, halte ich für richtig. Werde persönlich Helfferrich zwischen 5 und 6 Uhr besuchen.

Dann soll er im Auftrag der Gesamtheit sofort hingehen.

**Fischbeck:** Während unserer Frontreise hat Kronprinz agitiert, das preußische Wahlrecht zu schmeißen.<sup>36)</sup>

Michaelis sucht sich durch kleine Mittel zu halten. Man will jetzt Herrn von Graevenitz<sup>37)</sup> in die Wüste schicken. Von der Seite ist auch der Plan, Helfferrich zu opfern, um Beruhigung im Reichstag zu schaffen.<sup>38)</sup> Dann soll sich Michaelis auf innere Dinge beschränken usw. Wir können warten, aber Einmütigkeit in der Presse müßte festgestellt werden.

Dazu muß kommen, daß es nicht der Sozialdemokratie allein überlassen wird, sondern daß keine Partei mit Michaelis arbeiten will.

**Erzberger:** Instruktion für Helfferrich: Fordert Helfferrich einen Plan der Isolierung der Sozialdemokratie, mit neuer Mehrheit. Wie stellt er sich als Vizekanzler dazu, daß keine Kreditverweige-

wichtig sei, Helfferrich zu stellen, und er sei bereit, den Besuch zu machen.

Darauf Beschluß, Haußmann sofort zu Helfferrich zu entsenden.

**Fischbeck:** Während der letzten Frontreise der Abgeordneten habe der Kronprinz lebhaft dafür agitiert, das preuß. Wahlrecht zu schmeißen.<sup>36)</sup> M. suche sich durch kleine Mittel zu halten. Es verlaute jetzt, daß Unterstaatssekretär Graevenitz<sup>37)</sup> entlassen werden solle wegen Unfähigkeit, auch bestehe Plan, Helfferrich zu opfern, um im Reichstag Beruhigung zu schaffen.<sup>38)</sup> Weiterhin solle dann M. sich nur auf die inneren Angelegenheiten beschränken. Darauf könnten wir unmöglich eingehen. Ungeduld sei nicht nötig, wir könnten warten, aber die Einmütigkeit müsse in der Presse festgestellt werden. Ferner immer wichtig zu betonen, daß unabhängig von Sozialdemokratie auch keine der anderen Parteien mit M. arbeiten wolle.

**Erzberger:** Für die Fragestellung an Helfferrich müsse in den Vordergrund geschoben werden: Fördert Helfferrich einen Plan der Isolierung der Sozialdemokratie und der Bildung einer neuen Mehrheit?

Man beschließt einen Vertreter direkt bei Helfferrich anfragen zu lassen.

Haußmann wird beauftragt zu Helfferrich zu gehen u. zu fragen.

Die Frage wird formuliert / cf. Beilage.

Zum 25. Okt.[19]17 Beilage 1<sup>39)</sup>

Herrn Helfferrich teile ich im Auftrag v. I.A. mit:<sup>40)</sup>

1. Die 4 Parteien haben den Reichskanzler<sup>41)</sup>
2. den Herrn Valentini bzw. den Kaiser unterrichtet, daß wir kein[en] Glauben

rung eintritt. Marinekabinettschef hat gesagt, C's Entlassungsgesuch<sup>43)</sup> sei abgelehnt. Wie können die zwei Herren<sup>44)</sup> zusammen arbeiten. Die Krise sei nicht abgeschlossen.

Stöve: Die Sache soll auf den Weg der Vaterlandspartei abgeschoben werden. Zentrum hat gegen Vaterlandspartei

Wie stellt sich H. zu der Möglichkeit, daß Kreditverweigerung der Sozialdemokratie eintritt? Der Chef des Marine-Kabinetts habe ihm gesagt, Capelles Entlassungsgesuch<sup>43)</sup> sei abgelehnt. Wie könnten die beiden Männer weiterhin zusammenarbeiten? Admiral Müller habe Stresemanns Mitteilung<sup>45)</sup> über Konflikt M. und C.<sup>44)</sup> bestätigt. Diese Mitteilung sei kein Geheimnis. Wichtig, immer wieder zu betonen: Krise sei nicht abgeschlossen.

Stöve: Die Sache soll auf den Wagen der Vaterlandspartei abgeschoben werden. Agitation dafür nicht zu unterschätzen.

an sein Geschick u. die Fähigkeit haben/ einen Glauben, den er unwiderbringlich zerstört hat.<sup>42)</sup>

Fragen an Herrn Helfferich [von]<sup>46)</sup> mir im Auftrag des I.A. gestellt / Ich frage ihn im Auftrag[:]

Ist es richtig daß H.<sup>47)</sup> der Urheber u. Förderer eines Planes ist die Sozialdemokratie?<sup>48)</sup>

Wie stellen Sie sich zu dem Plan u. wie stellen Sie sich als Vizekanzler dazu das [zu] verhindern?

[Vaterlandspartei ist neben Wahlreform unmöglich]<sup>49)</sup>

Ich erklärte ihm im Auftrag der 4 Parteien, daß sie geschlossen einem Ausschluß od[er] einer Hinausmanövrierung

<sup>43)</sup> Könnte auch als „nämlich“ gelesen werden.

<sup>44)</sup> Vgl. WUA 7/I S. 382 f. (Fischbeck über die Äußerungen des Kronprinzen am 17. 9. 1917 in Charleville gegenüber den Abgeordneten v. Heydebrand und Trimborn).

<sup>45)</sup> Unterstaatssekretär, Chef der Reichskanzlei unter Michaelis. Vgl. Michaelis S. 383 f.

<sup>46)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 19. 10. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 18. 10.), erwähnt ein von interessierter Seite verbreitetes Gerücht, „daß Dr. Michaelis seinen unter vielen Mühen vom Reichstage bewilligten Vizekanzler preisgeben wollte, um sich zu halten.“

<sup>47)</sup> Im Or. auf besonderem Blatt.

<sup>48)</sup> Vgl. Helfferich S. 507: „An dem Nachmittag desselben 25. Oktober besuchte mich der Abgeordnete Conrad Haußmann im Auftrag seiner in der interfraktionellen Besprechung vereinigten Kollegen, um folgende Anfragen an mich zu richten:

1. ob es richtig sei, daß ich mich dem Abgang des Herrn Michaelis widersetze, oder daß ich ihn jedenfalls noch bis zum Dezember halten wolle;

2. ob es richtig sei, daß ich einen Plan entworfen habe oder wenigstens befördere, der bezwecke, die Mehrheitssozialdemokraten aus Anlaß des nächsten Kriegskredits in die Opposition zu drängen und dann eine neue Mehrheit mit scharfer Frontstellung nach links zu bilden.“

<sup>41)</sup> Im Or. gestr.: „wissen lassen, daß sie nicht für unhaltbar hält“.

<sup>42)</sup> Vgl. Haußmann S. 151 (Brief an Prof. Delbrück vom 25. 10. 1917): „Wir haben . . . intern ausgesprochen, daß Dr. Michaelis deshalb unhaltbar ist, weil der Glaube an sein Geschick unwiderbringlich von ihm zerstört worden ist.“

<sup>43)</sup> S. Nr. 55a—c Anm. 26.

<sup>44)</sup> Michaelis und Capelle.

<sup>45)</sup> Vgl. Nr. 55a—c.

<sup>46)</sup> Im Or.: „zu“.

<sup>47)</sup> Helfferich.

<sup>48)</sup> Sinngemäß etwa folgendermaßen zu ergänzen: „... die Sozialdemokratie aus der Mehrheit hinauszudrängen?“

<sup>49)</sup> Im Or. gestr.

Stellung genommen<sup>51)</sup>, aber in den Wahlkreisen des Zentrums wird dennoch viel gearbeitet für die Partei. Das zeigt die Größe der Gefahr der Vaterlandspartei. Das Plänchen ist es, gegen welches wir werden ankämpfen müssen. Man will den verfluchten Reichstag kaputt machen.

**Südekum:** Auswärtiges Amt. Helferich-Plan. usw. Presse! Einheitlichkeit der Parteien.

**Erzberger:** Was soll geschehen? Stichwort: Michaelis hat kein Vertrauen. (Bindung der Krone durch seine Halsstarrigkeit.) Unsere Blätter keinen Kampf gegen Valentini!<sup>56)</sup> Kompliziert nur.

Kein Vertrauen im Inland und Ausland. Fall Cap[elle] kann mit gebracht werden. Dann gegen die Vaterlandspartei. Aktion in der ganzen Presse. Material liegt vor. Beschlüsse aller Parteien liegen vor.<sup>57)</sup>

Zentrum zum B[ei]spiel habe offiziell gegen Vaterlandspartei Stellung genommen<sup>51)</sup>, aber in den Wahlkreisen werde dennoch viel für die Partei zum Teil unter Mitwirkung von Zentrums-Vertrauensleuten gearbeitet. Das zeige große Gefahr. Man wolle durch Vaterlandspartei Reichstag kaputt machen. Dagegen sofortiger energischer Kampf notwendig.

**Südekum:** Im Auswärtigen Amt sei man über jetzige Lage bestürzt. Wichtige Verhandlungen mit Neutralen könnten nicht gefördert werden, weil Stellung des Kanzlers unhaltbar. Hinweis auf Chiles Antwort [auf]<sup>52)</sup> Perus Ankündigung seines Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland.<sup>53)</sup> Wenn Vertagung der Kommission<sup>54)</sup> bis Mitte nächster Woche eintreten solle, dann Pause durch Presse ausfüllen lassen. Immer wiederholter Hinweis auf völlige Einmütigkeit der Parteien in den Hauptpunkten.

**Erzberger:** Stichwort für Presse: Michaelis hat auf keiner Seite Vertrauen. Kampf des Lokalanzeigers<sup>55)</sup> gegen V. nicht mit aufgreifen<sup>56)</sup>, weil nur Lage komplizierend. Zwist zwischen M. und C.<sup>44)</sup> könne in Presse verwertet werden, Kampf gegen Vaterlandspartei in der ganzen Presse. Beschlüsse aller Parteien lägen vor.<sup>57)</sup> Zurückgreifen auf guten Artikel Kölnischer Zeitung von Anfang Oktober.<sup>58)</sup>

der Sozialdemokratie aus der Mehrheit u. [ihrer Abdrängung in die] Opposition<sup>50)</sup> aus Gründen des Staatsinteresses entgegengetreten werden.

Kölnische Zeitung. Sehr guter Artikel. Ungefähr 10. Oktober.<sup>58)</sup> Reichstagsauflösung! Mehrheit des Reichstags habe nicht mehr die Mehrheit der Wähler: die Parteien haben von ihren Angehörigen stets Vertrauensvoten bekommen. Nur 60 Abgeordnete stehen abseits. Admiral Müller hält Gründung der Vaterlandspartei für ein Verbrechen am Vaterland; ebenso auch Abdrängung der Sozialdemokratie.

Nachweis der Unsinnigkeit einer Reichstagsauflösung. Nur etwa 60 Abgeordnete stehen in dieser Frage abseits. Sie könnten durch Mehrheitsparteien zerschmettert werden. Admiral Müller hält Gründung Vaterlandspartei für Verbrechen am Vaterland, ebenso auch beabsichtigte Abdrängung der Sozialdemokratie.

<sup>50)</sup> Im Or.: „u. die in Opposition“.

<sup>51)</sup> Mit einer EntschlieÙung des Reichsausschusses der Zentrumsparlei vom 12. 10. 1917, abgedruckt bei Schulthess 1917/I S. 906. Vgl. WUA 12/I S. 138 und Frida Wacker, „Die Haltung der deutschen Zentrumsparlei zur Frage der Kriegsziele im Weltkrieg 1914—1918“, Phil. Diss. Würzburg 1937, S. 55 (hier wird irrtümlich von einer EntschlieÙung der Zentrumsfraktion gesprochen).

<sup>52)</sup> Im Or.: „an“.

<sup>53)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 929 f. — Was Südekum unter der „Antwort“ Chiles, das den ganzen ersten Weltkrieg hindurch an der Neutralität festhielt, versteht, ließ sich nicht mit Sicherheit feststellen, vermutlich die Neubildung des chilenischen Kabinetts am 12. 10. 1917. Vgl. Schulthess 1917/II S. 931.

<sup>54)</sup> Gemeint ist der Interfraktionelle Ausschuß. Trimborn (vgl. oben Nr. 63a) hatte Mittwoch, den 31. 10., als nächsten Sitzungstermin vorgeschlagen. Dementsprechend wurde auch beschlossen. Vgl. unten.

<sup>55)</sup> Vgl. „Berliner Lokal-Anzeiger“, 25. 10. 1917, Abendausgabe. In dem Leitartikel „Die innere Lage“ heißt es u. a.: Herr von Valentini sei zwar „ein vortrefflicher Beamter“, aber der Chef des Zivilkabinetts müsse in seiner Eigenschaft als Berater der Krone in den wichtigsten Personalfragen „heute auch ein außergewöhnlicher politischer Kopf sein“. „Er soll für das Staatsoberhaupt eine Art Wetterbureau sein, das die politischen Strömungen, die Maxima und Minima in der politischen Atmosphäre so rechtzeitig erkennt, daß er sie auf seinem Personalgebiete der Krone und dem Staate dienstbar machen kann. Diese Gabe ist Herrn von Valentini leider versagt geblieben.“

<sup>56)</sup> Vgl. z. B. „Vorwärts“, 26. 10. 1917 (auch zitiert in der „Frankfurter Zeitung“, 27. 10. 1917, 1. Morgenblatt): „Die ganze Geschichte geht offenbar von einem rührigen Kanzlerkandidaten aus, der Vorspann sucht. Sie ist nichts weiter als ein neuer Beweis dafür, wie auf dem Boden der gegenwärtigen Verhältnisse die Personalintrige blüht. Hoffentlich aber wird das Treiben der verschiedenen Cliques, die jede ihren Mann nach vorn zu schieben versucht, diesmal vergeblich bleiben.“

<sup>57)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 858 f. (Fortschrittliche Volkspartei) und S. 906 (Zentrum); Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 488.

<sup>58)</sup> Die „Kölnische Zeitung“, 8. 10. 1917, veröffentlichte unter der Überschrift: „Führt die Regierung?“ einen längeren Artikel zu den Verhandlungen im Reichstag über die Vaterlandspartei am 6. 10. 1917, in dem es u. a. heißt: „Wenn sich Regierungsbeamte in den Dienst dieser Agitation der Vaterlandspartei gestellt haben, . . . dann haben sie sich von dem Aushängeschild täuschen lassen, das die Arbeit der Vaterlandspartei nicht nur als harmlos, sondern als geradezu erwünscht erscheinen ließ, und haben darüber übersehen, daß sich in diesem Gewande Bestrebungen verstecken, die nur von einer Minderheit im Volke vertreten und befürwortet werden.“

Aber gerade Bestrebungen von Minderheiten . . . darf keine Reichsregierung unterstützen, die in der Erhaltung der Volkseinheit die notwendigste Vorbedingung eines glücklichen Endes erkannt hat. . . . Was uns jetzt nottut, ist keine Partei . . . sondern eine Regierung, die sich ihres rechten Weges bewußt ist.“

**Richthofen:** Unser größter Atout: wir haben ein Programm.<sup>59)</sup> Wir wollen uns verbürgen für einen glatten Verlauf der ganzen Sache bis zum Ende des Krieges.

**Ebert:** Man sollte auch beim Kampf gegen Vaterlandspartei zum Ausdruck bringen, daß es sich nicht um Friedensziele handelt, sondern um innere Politik. Auch das Mißtrauensvotum!<sup>60)</sup> behandeln.

**Trimborn:** Mittwoch<sup>16)</sup> nachmittag 4 Uhr Sitzung im Zimmer 3 b.

**Haußmann:** Bei Helfferich.<sup>62)</sup> Ich<sup>47)</sup> kann mich zu den Fragen, die das Gehen oder Bleiben des Reichskanzlers betreffen, aus Gründen nicht äußern.

Von einem Plan, die Sozialdemokratie aus Anlaß der nächsten Kredite in die Opposition zu treiben, ist mir nichts bekannt.

Im Gespräch wurde auch festgestellt, daß Helfferich als wesentlichen Faktor innerer Politik anerkannt hatte, daß die Einheit der inneren Front einschließlich der Sozialdemokratie aufrechterhalten bleibt. Er anerkenne, daß wir eine zurückhaltende Politik machen. Die Presse hat

**Richthofen:** Unsere größte Stärke sei unser Programm:<sup>59)</sup> wir wollen uns für glatten Verlauf der Dinge bis Kriegsende binden. Das sei außerordentlich populär und stärke unsere Position im Lande.

**Ebert:** Bei Kampf gegen Vaterlandspartei immer betonen, daß es sich nicht sowohl um Friedensziele als um innere Fragen handle. Hinweis darauf, daß Ablehnung des Mißtrauensvotums<sup>60)</sup> nicht Vertrauensvotum für M.<sup>34)</sup> bedeute.

Darauf wurde die Sitzung unterbrochen und Haußmann fuhr zu Helfferich.

Gegen 6 Uhr berichtet über seinen Besuch **Haußmann:**<sup>62)</sup> Zur Frage des Gehens oder Bleibens von M.<sup>34)</sup> wollte sich H.<sup>47)</sup> aus begrifflichen Gründen nicht äußern. Von einem Plan, die Sozialdemokratie bei Gelegenheit nächster Kredite in Opposition zu treiben, sei ihm nichts bekannt; H. erkannte als wesentlichen Faktor innerer Politik an, daß Einheit der inneren Front einschließlich Sozialdemokratie aufrechterhalten bleibe. Zugestanden, daß Mehrheit bisher zurückhaltende Politik gemacht habe. Nur Presse wiederholt falsche Signale gegeben. Es wäre förmlicher Druck auf Krone in der Presse aller Parteien aus-

Die Sitzung wird unterbrochen

Haußmann bringt Helfferichs Antwort / cf. Beilage.

Beil[age] 2<sup>61)</sup> 25. Okt. [19]17

Staatssekretär Helfferich erklärt auf meine Frage<sup>62)</sup> wörtlich[:]

Ich kann mich zu den Fragen die Gehen oder Bleiben des R[eichs-]K[anzler]s betreffen aus naheliegenden Gründen nicht äußern.

Von einem Plan<sup>63)</sup> die Soz. Dem. aus Anlaß der nächsten Kriegskredite in die Opposition zu treiben ist mir nichts bekannt.

Im Gespräch wurde auch erwähnt, daß der St[aats-]S[e]k[retär] H.<sup>66)</sup> es als einen<sup>67)</sup> ganz wesentlich[en] Faktor der inneren Politik angesehen habe, daß<sup>68)</sup> die Einheit

falsches Signal gegeben. Es wäre förmlich Druck auf die Krone in der Presse ausgeübt. Germania hat einmal einen weitgehenden Ausdruck gebraucht. Dies belastete Freiheit der Entschließung.

Hatte keine Kenntnis, daß auch Südekum beim Kanzler war.<sup>65)</sup> Hat er nicht gewußt. Auch sonst hat er einiges nicht gewußt.

Ich gehe unbefriedigt. Nicht wegen dieses Plans. Denn ich habe nicht Sicherheit, daß man in der Umgebung des Kaisers weiß, in welcher Richtung die Politik sich entwickeln soll. Das Zusammenstehen ist nur möglich, wenn wir Führung haben in der Regierung; aller Glaube an Michaelis verloren.

geübt worden; ebenso Scheidemanns Drohung in Würzburg<sup>64)</sup> als Drohung empfunden. Haußmann erzählt ferner, daß H. über manche wichtige Vorgänge letzter Tage nicht unterrichtet gewesen sei, z. B. nicht über Besuch Südekums bei Kanzler.<sup>65)</sup> Haußmann habe dann zusammenfassend gesagt, daß er unbefriedigt weggehe, nicht weil er H. Abweisung des Planes nicht glaube, sondern weil er nicht Sicherheit gewonnen habe, daß man in Umgebung Kaisers wisse, in welcher Richtung die Politik sich entwickeln solle. Das Zusammenstehen von Regierung und Reichstag sei nur möglich, wenn feste Führung in Regierung vorhanden; alle Parteien hätten Glauben verloren, daß

der inneren Politik einschließlich der Sozialdem. aufrechterhalten<sup>69)</sup> worden sei.

<sup>65)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

<sup>66)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 6.

<sup>67)</sup> Im Or. auf besonderem Blatt.

<sup>68)</sup> Vgl. Helfferich S. 507 f.: „Ich habe Herrn Haußmann, der diese Fragen [s. Anm. 40] sehr offiziell an mich richtete, zunächst privatim und persönlich — ich stand mit ihm persönlich stets auf einem guten Fuß — meine Meinung über den Takt und die Klugheit solcher Fragen gesagt und ihm dann offiziell erklärt:

1. daß ich es ablehnen müßte, als Stellvertreter des Reichskanzlers und Staatssekretär irgendwelche Erklärungen über meine Stellung zu dem Bleiben oder Gehen des Reichskanzlers abzugeben;

2. daß ich es stets als einen wesentlichen Erfolg der Politik des Herrn von Bethmann Hollweg angesehen hätte, daß es gelungen sei, die Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und ihre parlamentarische Vertretung in der vaterländischen Front zu halten; ich hoffte, daß dieses auch weiterhin möglich sein werde.

Herr Haußmann gab sich die erdenklichste Mühe, mir die Unhaltbarkeit der Stellung des Herrn Michaelis und die unbedingte Einig-

keit der Mehrheitsparteien und der Nationalliberalen in diesem Punkte klarzumachen. Als Reichskanzler empfahl er — damals schon! — in erster Reihe den Prinzen Max von Baden, an zweiter Stelle den Staatssekretär von Kühlmann. Gegen den Fürsten Bülow, für den von den Herren Erzberger und Stresemann starke Propaganda gemacht werde, seien der größte Teil des Zentrums, seine eigenen Parteifreunde und mit der größten Entschiedenheit die Sozialdemokraten.“

<sup>69)</sup> Im Or. gestr.: „der auf Absprengung“.

<sup>64)</sup> S. Nr. 57b Anm. 5.

<sup>65)</sup> Vgl. Nr. 50, Nr. 55a—c und Nr. 55e.

<sup>66)</sup> Im Or. gestr.: „den Erfolg die Politik die Soz. Dem. in einer Front mit den Reichs“ (bricht im Wort ab).

<sup>67)</sup> Im Or. zunächst: „nicht hoch genug anzuschlagend[en] Erfolg“. Von „hoch“ ab gestr.; „nicht“ versehentlich stehengeblieben.

<sup>68)</sup> Im Or. gestr.: „es gelungen ist“.

<sup>69)</sup> Im Or. gestr.: „blieb“.

Man überlegt, weiß nicht genau, wohin man wolle. Man könne doch den Kanzler nicht gerade jetzt gehen lassen.

Wir würden bis nächste Woche nichts tun.

Bisher hätten alle Schritte nur die Festigkeit des Zusammenhaltens gestärkt. Wir hätten Möglichkeit, den Ausschuß<sup>70)</sup> zusammenzuberufen.

Krise noch nicht abgeschlossen. Längere Beratung. Eingehende Erwägungen sind vorbehalten.

Es finden Verhandlungen statt. Bis dahin tritt Kommission nicht mehr zusammen. Zu einem Abschluß gekommen ist.

Für Stampfer:<sup>71)</sup>

Kein Vertrauen / bei keiner Partei.  
Neu hinzugekommen Affäre Capelle Michaelis / alljährlich<sup>72)</sup>  
Verhandlungsunfähige Regierung.  
Tip [:] gegen Valentini nichts<sup>73)</sup>, weil kompliziert.

Vaterlandspartei. Daß sie bereits die Mehrheit hätten, hinter uns ständen die Wähler nicht.

M. dazu geeignet. II. darauf: Man überlege, wie man aus den Schwierigkeiten herauskomme; man könne doch Kanzler nicht gerade jetzt gehen lassen; preußische Vorlage. Haußmann: Wir würden bis nächste Woche nichts tun und erwarten, auf laufendem erhalten zu werden. Bisher hätten alle Schritte der Gegner nur die Festigkeit des Zusammenhaltens gestärkt. — Haußmann fügt noch hinzu, wir hätten auch noch die Möglichkeit der Einberufung des Hauptausschusses<sup>70)</sup>, um unsere Position zu stärken.

Darauf wurde erörtert, in welcher Weise die Presse informiert werden solle und als Richtpunkte ungefähr folgende festgestellt:

Bei keiner Partei Vertrauen zu M.<sup>34)</sup>; Feststellung der Einheit der Parteien; kein Abschieben auf Sozialdemokratie; neu hinzugekommen Affäre Capelle, Krise also auch deshalb schon nicht beendet; verhandlungsunfähige Regierung; Angriff gegen V. nicht mitmachen<sup>73)</sup>; Kampf gegen Vaterlandspartei, bestreiten, daß sie Mehrheit hätte oder gewinnen könne;

Krise nicht abgeschlossen. Es finden zur Zeit Verhandlungen statt. Bis zum Abschluß wird die Interfraktionelle Kommission nicht mehr tagen.

es finden zurzeit Verhandlungen statt, bei ihrem Abschluß tritt interfraktionelle Kommission wieder zusammen.

Schluß der Verhandlung 7 Uhr. Neue Sitzung Mittwoch, den 31. Oktober 4 Uhr nachmittags.<sup>74)</sup>

<sup>70)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 25. 10. 1917, Abendblatt, referiert, daß man nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ in Kreisen der Mehrheitsparteien daran zu denken scheine, den Reichstagspräsidenten zur Einberufung des Hauptausschusses aufzufordern.

<sup>71)</sup> Chefredakteur des „Vorwärts“.

<sup>72)</sup> Es ist unklar, worauf sich „alljährlich“ bezieht. Das Wort steht im Or. in geringem Abstand nach Michaelis, „Verhandlungsunfähige

Regierung“ in der nächsten Zeile. Falls gemeint sein sollte: „Alljährlich verhandlungsunfähige Regierung“, so wäre hinter „alljährlich“ noch genügend Raum für die beiden anderen Worte gewesen.

<sup>73)</sup> Vgl. oben bes. Anm. 56.

<sup>74)</sup> Da inzwischen die Kandidatur Hertlings akut wurde, trat der Interfraktionelle Ausschuß bereits wieder am 29. 10. 1917 zusammen.

63d: Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Besprechung am 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr.“

Abgeordneter Trimborn berichtet über seine Unterredung, welche er heute vormittag mit Kabinettschef von Valentini gehabt hatte.<sup>2)</sup> Herr von Valentini teilte ihm folgendes mit:

- 1) Die Mehrheitsparteien würden auf ihren Vorstoß eine Antwort erhalten, die Form derselben lasse sich derzeit noch nicht übersehen, ob mündlich oder schriftlich, ob alle vier Herren oder einer allein.
- 2) Die Entscheidung über die Kanzlerkrise werde nicht vor Mitte nächster Woche fallen, da der Kaiser die Prüfung nicht überstürzen wolle, und auch eine Reihe von Fragen, welche das Ausland betreffen, am nächsten Montag<sup>3)</sup> in Anwesenheit der Obersten Heeresleitung zur Entscheidung gebracht werden müßten.
- 3) Der Wunsch nach einem positiven Vorschlag seitens der Mehrheitsparteien für einen neuen Reichskanzler werde vom Kaiser ganz gewiß nicht geäußert werden. Die von ihm<sup>4)</sup> gestellten Fragen<sup>5)</sup> an einzelne Abgeordnete nach einem Nachfolger seien rein privat gewesen.
- 4) Es sei nicht ausgeschlossen, daß vor der evt. Ernennung eines Reichskanzlers die von den Parteien gewünschte Besprechung mit dem Reichstag stattfinden werde.<sup>6)</sup> Mit Rücksicht auf den Kaiser bitte Valentini das übergebene Schriftstück<sup>7)</sup> vorerst nicht zu veröffentlichen. — So weit die offizielle Antwort.

Privatim habe Kabinettschef von Valentini noch ausgeführt, daß die schnelle Erledigung der Wahlreform die Hauptsache sei, um die innere Geschlossenheit zu erzielen. Wenn jetzt ein neuer Reichskanzler komme, so müßte dieser sich erst in die Vorlage einarbeiten, denn man könne nicht von ihm verlangen, daß er den von anderen hergerichteten „Frasß“ einfach hinunterschlucke. So werde dann die Wahlreform wieder verzögert.

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 292, Nr. 63a—c und Nr. 65.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 61d bes. Anm. 58.

<sup>3)</sup> Valentini S. 178 f. berichtet, daß er nach dem Akutwerden der Kandidatur Hertling Michaelis nur mit Mühe davon abgehalten habe, „die Einladungen zu der in Aussicht genommenen Konferenz (Kronrat) zum Anfang der nächsten Woche zu erlassen“. Ob und wie weit die OHL. an den „ununterbrochenen lebhaften Verhandlungen“ (Valentini S. 179) beteiligt gewesen ist, die am Montag (29. 10.) und Dienstag (30. 10.) der folgenden Woche stattfanden, ließ sich nicht feststellen. Bei Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 421 heißt es nur: „Die Oberste Heeresleitung erfuhr die Berufung [Hertlings] erst, als sie schon feste Gestalt angenommen hatte“, was weder dafür noch dagegen spricht.

<sup>4)</sup> Valentini.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 58 bes. Anm. 3 und 7 und Nr. 59a—d.

<sup>6)</sup> Vgl. Erzberger S. 292: „Kabinettschef von Valentini ließ uns mitteilen, daß die Mehrheitsparteien vom Kaiser eine Antwort erhalten würden; die Entscheidung über die Krise falle aber erst in der nächsten Woche; der Kaiser werde keinen Vorschlag über die Berufung des neuen Reichskanzlers erbitten; doch sei es nicht ausgeschlossen, daß vor der Ernennung eines Reichskanzlers die gewünschte Besprechung mit den Parteien stattfinden würde.“

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 57a—d und Nr. 58.

Die Vertreter sämtlicher Parteien erklärten, daß dies kein Grund sei, den Kanzlerwechsel hinauszuschieben. Jedes politische Kind sei heute imstande, sich in die zugesagte Wahlreform in wenigen Stunden einzuarbeiten. Es sei eine Behandlung, wie man sie unmündigen Kindern zuteil werden lasse.<sup>8)</sup> Ein Hin-schleppen der Kanzlerkrise sei verfehlt. Michaelis könne unter keinen Umständen gehalten werden.

Von mehreren Abgeordneten wurde erneut mitgeteilt, daß der Plan bestehe, Michaelis im Amt zu belassen, damit die Sozialdemokraten die Kredite im Dezember nicht bewilligen können, um sie von der jetzigen Mehrheit abzuspren-gen, und eine neue Mehrheit zu bilden. Als Träger und Förderer dieses Planes wurde Staatssekretär Dr. Helfferich bezeichnet. Auf einstimmigen Wunsch der Parteien begab sich im Verlaufe der Sitzung Abgeordneter Haußmann zu Helfferich<sup>9)</sup> und legte ihm folgende Fragen vor:

- 1) Ist es richtig, daß Helfferich der Urheber oder Förderer des Planes ist, der letzten Endes die Absprengung der Sozialdemokratie von der jetzigen Mehrheit zur Folge hat?
- 2) Wie stellt sich Helfferich überhaupt zu einem solchen Plan?
- 3) Welche Mittel kann Staatssekretär Helfferich uns nennen, um die Sozialdemokratie für die Kreditbewegung im Dezember zu gewinnen?

Nach einer einstündigen Unterredung<sup>10)</sup> kehrte Abg. **Haußmann** zurück und brachte folgende Antwort Helfferichs mit: es sei diesem unmöglich, sich über das Gehen oder Bleiben des Reichskanzlers Michaelis zu äußern. Ein Plan, durch welchen die Sozialdemokratie in die Opposition getrieben werden solle, sei ihm nicht bekannt. Er stehe einem solchen Plane ablehnend gegenüber. Sein ganzes Bestreben in der inneren Politik sei, absoluteste Geschlossenheit einschließlich der Sozialdemokraten herbeizuführen. Abgeordneter Haußmann setzte dann Staatssekretär Helfferich die Gesamtsituation auseinander und erklärte ihm, daß er mit dieser Auskunft unbefriedigt von ihm scheidet.

Es wurde dann verabredet, in der nächsten Zeit in der Presse folgende Gedanken erörtern zu lassen.

- 1.) Reichskanzler Michaelis hat absolut kein Vertrauen. Die Regierung ist unter dieser Führung sowohl im Innern, wie nach außen verhandlungsunfähig. Michaelis schädigt durch sein weiteres Verbleiben im Amt die Krone.
- 2.) Die Mehrheitsparteien einschließlich der Sozialdemokraten sind bereit, ein einheitliches Programm<sup>11)</sup> mit dem neuen Reichskanzler zu vereinbaren, ein Programm, das bis Kriegsende Gültigkeit hat<sup>12)</sup>, und nur solche Forderungen ent-

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 63a (Rießler).

<sup>9)</sup> Vgl. Erzberger S. 292: „Ich drang mit anderen auf eine sofortige Lösung der Kanzlerkrise, als deren Hauptgegner Staatssekretär Helfferich bezeichnet wurde, der von dem Abgeordneten Haußmann darüber um Aufklärung gefragt wurde; die Antwort war unbefriedigend.“

<sup>10)</sup> Nach Nr. 63b berichtete Haußmann bereits um 18 Uhr im Ausschuß über seinen Besuch bei Helfferich.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 57a—d.

hält, welche bisherigen Schritten der Regierung, feierlichen Zusagen und Ankündigungen des Kaisers entsprechen und von bürgerlichen Parteien gefordert werden.

3.) Gegen die Deutsche Vaterlandspartei und ihre Behauptung, daß die Reichstagsmehrheit keine Mehrheit der Wähler hinter sich habe, ist mit aller Entschiedenheit Front zu machen.

Nächste Sitzung 31. Oktober, nachmittags 4 Uhr.<sup>13)</sup>

<sup>13)</sup> S. Nr. 63a—c Anm. 74.

## 64.

### 25. 10. 1917: Wolfgang Heine an Südekum

Nachlaß Südekum 18, eigenhändig mit Tinte. Mit dem Vermerk:<sup>1)</sup> „Eilt“.

Lieber Südekum

Die Nachrichten, die nach außen dringen machen mich sehr besorgt, wenn ich auch nicht kontrollieren kann, wie weit sie richtig sind. Da ich keine Möglichkeit habe, Dich persönlich zu sprechen kurz folgendes:

M. Erachtens müssen die Fraktionen sich auf einen Mann und ein Programm einigen. Am liebsten wäre mir ein Mann aus dem Parlament, ein homo novus. Aber Payer will nicht u. es gilt gegen ihn, was gegen Kühlmann geltend gemacht wird, daß er als Nichtpreuße die zentrale Aufgabe, die preuß. Wahlreform nicht durchführen könnte.

Als Männer kämen in Betracht Solf mit den jetzigen Staatssekretären ohne Helfferich.

Fürst Hatzfeldt-Trachenberg.<sup>2)</sup> Nur etwas zu alt, aber als Aushängeschild nicht so übel, wenn er Kühlmann für das Auswärtige neben sich hat zusammen mit einem preußischen Ministerpräsidenten von Energie.

Roedern könnte wie Solf ein kollegiales Ministerium bilden.

Batocki<sup>3)</sup> könnte in dieses eintreten.

Bülow<sup>4)</sup> verspricht alles, aber ich habe kein Vertrauen zu seiner Ehrlichkeit und

<sup>1)</sup> Im Or. mit Rotstift.

<sup>2)</sup> S. Nr. 55a—c Anm. 51.

<sup>3)</sup> Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe, Präsident des Kriegsernährungsamts bis 5. 8. 1917.

<sup>4)</sup> Heine hatte am 17. 10. 1917 eine Unterredung mit Bülow gehabt. Das Datum geht aus einem Brief Bülows an einen unbekanntenen Empfänger vom 7. 12. 1917, maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Bauer 16, hervor. In diesem Brief, der mit dem Vermerk „Streng vertraulich!“ und der Anrede „Lieber Freund“ versehen ist, heißt es: „Erst heute [s. dagegen Hiller S. 77 Anm. 264; danach hätte Bülow bereits Ende November von dem „Schreiben von Heine über meine Unterredung mit ihm in Berlin“ Kenntnis gehabt] gelangt eine Aufzeichnung zu meiner Kenntnis, die der Abgeordnete Heine über eine mit mir am 17. Oktober geführte Unterredung aufgesetzt hat.“ Damit wird die Vermutung Hillers über die Datierung der Unterredung und seine These, daß die „Zusammenstellung“ Heines vom 18. 10. 1917 wahrscheinlich erst am Tag nach der Unterredung abgefaßt worden sei (s. Hiller S. 76 Anm. 260), bestätigt. Die zur Kenntnis

Festigkeit, und die Protektion Bernhards<sup>5)</sup> macht ihn mir verdächtig. Ich glaube, daß er der Heeresleitung<sup>6)</sup> genehm wäre, weil er in Folge seiner schiefen Stellung zu S.M. ihr gegenüber noch schwächer sein würde als Bethmann. Im Auslande würde seine Ernennung als Abkehr von der Idee des Verständigungsfriedens wirken, obgleich er sich auf den 19. Juli und die Antwort an den Papst verpflichten will. Jeder der 3 anderen Kandidaten wäre m. E. besser.

Aber es ist nötig, daß die Reichstagsmehrheit, die Michaelis Abgang fordert einen anderen vorschlägt.

Einigung auf ein Programm. Die Preuß. Wahlreform, ihre sofortige Einbringung und Durchführung ist das wichtigste.

Grundsätzlich muß die Herrschaft der Militärgewalt über die Zivilgewalt beseitigt werden. Ein Mindestprogramm muß ferner Beseitigung der politischen Zensur, Schaffung einer unabhängigen Obersten Instanz, soweit sie noch bestehen bleibt, und Beschränkung des Belag[erungs]zustandes auf die Kriegsgebiete oder deren Nachbarschaft, enthalten. Koalitionsrecht, Arbeitskammergesetz u.a.m.<sup>7)</sup> Schnelles Handeln, keine Verschleppung ist nötig. Selbst Bülow wäre besser gewesen, als wenn gar nichts geschieht. Die Blamage trifft das ganze deutsche Volk und den Reichstag.

---

Bülow gelangte „Aufzeichnung“ Heines, die — in einer undatierten, ebenfalls maschinenschriftl. Abschrift — der Abschrift des Briefes vom 7. 12. 1917 beiliegt, ist mit dem nicht-adressierten Brief Heines vom 23. 10. 1917 identisch, der mit der „Zusammenstellung“ als Anlage über Prof. Hans Delbrück an Valentini gelangte. Die Frage, ob auch die „Zusammenstellung“ zur Kenntnis Bülow gekommen ist, muß offen bleiben. Beide Dokumente sind im Wortlaut abgedruckt bei Bernhard Schwertfeger, „Fürst Bülow und Rudolf von Valentini“, in: „Front wider Bülow“, hrsg. von Friedrich Thimme, München 1931, S. 326 ff. Für den ganzen Vorgang vgl. Hiller S. 74 ff., der gegenüber Schwertfeger nachweist, daß Valentini tatsächlich den Kaiser sehr einseitig über die Verhandlungen zwischen Bülow und Heine unterrichtet habe. Valentini, so argumentiert Hiller, habe dem Kaiser nur die „Zusammenstellung“ Heines vorgelegt, „die dieser als Mindestmaß dessen bezeichnete, was von jedem Kanzlerkandidaten gefordert werden müsse — mit dem Bemerkten, Bülow habe sie gebilligt. Er unterdrückte den Begleitbrief, aus dem hervorging, daß Heine dem Fürsten das [erst am Tage nach der Unterredung entstandene] Schriftstück gar nicht gezeigt, sondern nur ‚die einzelnen Fragen vortragen‘ und daß Bülow eine Einschränkung gemacht hatte. Belastend für Bülow waren in den Augen des Kaisers weniger die Forderungen, auf die auch Hertling eingehen mußte, als die allgemeine, scharf formulierte Kritik an dem bestehenden ‚System der Regierung und der Personen‘, die Bülow in dieser Form nicht kannte . . .“

<sup>5)</sup> Georg Bernhard, Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“. Vgl. auch Hiller S. 74 und Westarp II S. 494 f. — Bei Haußmann S. 207 heißt es, daß die Zeitung Bernhards während des Krieges „von Schwerindustrie und Heeresleitung nachweislich“ beeinflusst worden sei.

<sup>6)</sup> Die Behauptung Brauns, daß Heine die OHL. über seine Unterredung mit Bülow informiert habe (vgl. Nr. 55a—c Anm. 58), läßt sich zwar nicht mit Sicherheit erhärten; es erscheint jedoch bemerkenswert, daß sich im Nachlaß Bauer 16, neben der dem in Anm. 4 zitierten Brief Bülow vom 7. 12. 1917 beigegebenen, noch eine weitere Abschrift des nicht adressierten Briefes Heines vom 23. 10. 1917 befindet.

<sup>7)</sup> Vgl. die nachträgliche Stellungnahme Bülow zu den Ergebnissen der Unterredung mit Heine am 17. 10. 1917 in seinem Brief vom 7. 12. 1917 an einen unbekanntem Empfänger (s. Anm. 4): „Nachdem Herr Heine mich im vorigen Winter in Luzern aufgesucht hatte, fand im Laufe dieses Herbstes zwischen ihm und mir eine Begegnung in Berlin statt. Ich habe, wie dies mein gutes Recht ist, wenn ich in Berlin weilte, von jeher Politiker verschiedener Richtungen gesehen. Wie in allen politischen Gesprächen habe ich mich auch gegenüber dem Abgeordneten Heine mit derjenigen Zurückhaltung geäußert, die ich seit meinem Rücktritt stets beobachtet

Es ist bedauerlich, daß wir Abgeordneten, die wir in B[er][l][i]n sind, so gar nichts hören und ahnen. Ich soll Freitag mit Wiemer in Dessau sprechen und weiß nicht, ob der Block noch besteht, ob eine Krisis vorhanden oder ob sie schon eingeschlafen ist, ob man scharf oder zurückhaltend sich äußern soll.

Ich bin froh, daß Du die Fraktion vertrittst, halte aber die Abwesenheit von Ebert<sup>8)</sup> für schädlich u. die Einberufung der Fraktion für nötig.

Freundlichen Gruß Dein  
Wolfgang Heine

---

habe. Insbesondere habe ich ebensowenig Herrn Heine wie Herrn Stresemann oder irgendeinem Parlamentarier oder Politiker ein Portefeuille in Aussicht gestellt, noch die Absägung irgendeines amtierenden Ministers oder Geheimrats versprochen . . . Auf einen eventuellen Wiedereintritt in die Geschäfte angedeutet, habe ich Herrn Heine wie anderen gesagt, daß die Voraussetzung hierfür sei, daß das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers mich rufe und ich in die Möglichkeit versetzt werde, Seiner Majestät und dem Lande wirklich zu nützen. Wenn meine Reaktivierung das gegenwärtige Zusammenwirken der Parteien störe und insbesondere die patriotische Mitarbeit der sozialdemokratischen Partei in Frage stelle, so solle meine Rückberufung nicht der Anlaß werden, die im Kriege notwendige einheitliche Front gegenüber unsern auswärtigen Feinden in Frage zu stellen. Gegen eine Zuziehung von Parlamentariern, wie sie inzwischen in reichem Maße stattgefunden hat (Hertling, Friedberg, Schiffer, Payer, Spahn usw.), habe ich Bedenken nicht geltend gemacht . . . Die Oster- wie die Juli-Botschaft Seiner Majestät des Kaisers sei für uns alle maßgebend. Hinsichtlich der Zensur zweifle ich nicht daran, daß es gelingen werde, in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung den Wünschen des Reichstags entgegenzukommen. Die Zensur sei in militärischen Dingen natürlich nicht zu entbehren, auf eine politische Zensur hätte ich persönlich nie Wert gelegt, schon weil ich nach einem langen politischen Leben gegenüber Angriffen gleichgültig sei. Bei der Beurteilung der Grenzfälle zwischen militärischer und politischer Zensur würde eine Mitwirkung von Zivilinstanzen wohl erreichbar sein. Wenn das Gesetz von 1851 über den Belagerungszustand änderungsbedürftig wäre, so müßte der Regelung dieser ersten und schwierigen Materie auf dem Wege der Reichsgesetzgebung eine Verständigung unter den Parteien und Einigung der Parteien mit den Verbündeten Regierungen vorangehen. Gewiß gäbe es in der Gesetzgebung wie in der Praxis Bestimmungen und Methoden, die ihren Grund in dem früheren Mißtrauen der Verbündeten Regierungen gegenüber der Sozialdemokratie hätten. Nachdem dies alte Mißtrauen durch die patriotische Haltung der Sozialdemokratie bei Ausbruch des Krieges überwunden worden sei, bestünden keine Bedenken, in der Frage des Arbeitskammergesetzes wie der Beseitigung des Boykottparagraphen den Anträgen des Reichstags Raum zu geben. Über die Friedensfrage äußerte ich, daß das Friedensangebot unserer Regierung vom vergangenen Weihnachten, die Friedensresolution vom 19. Juli d. J. und unsere Note vom 19. September bewiesen, wie wir jederzeit zu einem ehrenvollen Frieden bereit wären. Nachdem diese unsere Angebote von unseren Gegnern mit Hohn und Spott abgelehnt worden wären, könnten weitere Friedensangebote kaum in Frage kommen, wie dies ja auch die Abgeordneten Fehrenbach und Erzberger und der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei dem Sinne nach übereinstimmend erklärt haben. Hinsichtlich der Friedensbedingungen äußerte ich, daß Fühlungnahme mit der Obersten Heeresleitung nötig wäre, schon weil es sich in erster Linie darum handle, dem Vaterlande Sicherheiten für die Zukunft zu verschaffen. Im übrigen habe ich mich immer und überall in meinen Auslassungen derjenigen Vorsicht befleißigt, die bei einem Staatsmann von einiger Erfahrung wohl als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. Die Behauptung, ich wäre schriftliche Verpflichtungen eingegangen, ist noch blödsinniger als die übrigen über mich verbreiteten Märchen.“

<sup>8)</sup> Ebert und Scheidemann nahmen an der Sitzung vom 25. 10. 1917 bereits wieder teil. Vgl. Nr. 63a—c.

P.S. Die Fraktionen sollten m. E. mit den Staatssekretären oder doch einigen von ihnen Fühlung nehmen. Vielleicht entschließen sie sich zu einem Vorgehen gegen Michaelis. Will man ein kollegiales Ministerium im Reich, so wäre dies der beste Schritt dazu.

WH

65.

27. 10. 1917: Liesching an Gothein (Greifswald)

Nachlaß Gothein, Maschinenschrift.<sup>1)</sup>

Lieber Freund und Kollege!

Das Ergebnis der Besprechung der Parteivertreter vom 25. ds. Mts.<sup>2)</sup> werden Sie in der Hauptsache aus den Berliner Zeitungen ersehen haben. Trimborn berichtete, daß Valentini ihm gesagt habe, daß auf die Anregung der Parteivertreter wegen des Kanzlerwechsels eine Antwort erfolgen werde; die Form stehe noch nicht fest. Eine Entscheidung sei vor Mitte nächster Woche nicht zu erwarten. Der Kaiser wolle keine überstürzte Entscheidung treffen. — Wegen der Besprechung über das Programm eines neuen Kanzlers vor dessen Ernennung werde auch eine Antwort erteilt werden; eine solche sei nicht ausgeschlossen. Das von den Parteivertretern übergebene Schriftstück solle zunächst noch nicht veröffentlicht werden.

Die versammelten Parteivertreter waren der Anschauung, daß die Beratungen bis Mitte nächster Woche auszusetzen seien, man müsse eben jetzt abwarten, man solle aber in vernünftiger und beruhigender Weise auf die Presse einwirken. Erzberger teilte die Vorgänge, die zwischen Michaelis und Capelle wegen des von dem Ersteren gegen den Letzteren erhobenen Vorwurfs des Überschreitens seiner Befugnisse gespielt haben, mit.<sup>3)</sup> Näheres werden Sie in der B.Z.<sup>4)</sup> von gestern<sup>5)</sup> gelesen haben.

<sup>1)</sup> Auf Briefpapier mit gedrucktem Kopf: „Oberregierungsrat Liesching / Vertreter der k. württ. Zentralstelle für Gewerbe u. Handel auf dem Gebiet der Kriegs- und Übergangswirtschaft / M.d.R.“

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 63a—d.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 63b. — Diese Vorgänge waren vorher bereits von Stresemann am 22. 10. 1917 im Interfraktionellen Ausschuß mitgeteilt worden; vgl. Nr. 55a—c.

<sup>4)</sup> „Berliner Zeitung am Mittag“.

<sup>5)</sup> Vgl. auch „Vorwärts“, 26. 10. 1917: „Zwischen der Reichskanzlei und einzelnen Reichsämtern besteht Zerfahrenheit, zwischen ihr und dem Reichsmarineamt förmlicher Kriegszustand. Herr Michaelis hat in die ‚Voss[ische] Z[ei]t[un]g‘ eine Notiz gelangen lassen, wonach Herr v. Capelle an der großen Blamage vom 10. Oktober [richtig: 9. Oktober; vgl. Nr. 48 Anm. 5] die Schuld tragen soll, da er in seinem Vorgehen gegen Haase und Genossen die vereinbarten Grenzen überschritten habe. Herr v. Capelle machte daraufhin dem Reichskanzler den Vorwurf der Illoyalität und reichte sein Abschiedsgesuch ein. Dieses Gesuch wurde aber nicht genehmigt. Jeder andere Mann an der Stelle des Herrn Michaelis hätte begriffen, daß es nun für ihn an der Zeit sei, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Dieser Mann begriff es nicht!“

Da wiederholt die Nachricht verbreitet wurde, daß Helferich den Plan habe, die Sozialdemokratie zur Verweigerung der Kredite zu treiben und dann eine Mehrheit von den anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu bilden, so wurde Haußmann beauftragt, zu Helferich zu gehen, da er sich sowieso bei ihm angesagt hatte, und ihm diesen Vorhalt zu machen, auch zu betonen, daß die versammelten Parteien einem solchen Plan aufs allerentschiedenste entgegentreten werden. Die Parteien seien vollständig einig, daß es während des Krieges ein Unglück für das Vaterland sei, wenn die Sozialdemokratie in die Opposition gedrängt werde. — Nach der Besprechung teilte Haußmann mit, daß Helferich auf das Entschiedenste bestritt, je einen solchen Plan gehabt oder Äußerungen getan zu haben, die auf einen solchen Plan hinweisen. Helferich sei fest überzeugt von der Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der inneren Front einschließlich der Sozialdemokratie!

Die nächste Sitzung findet statt Mittwoch den 31. Oktober, nachmittags 4 Uhr.<sup>6)</sup> Besondere Ladung ergeht nicht.

Also auf Wiedersehen bei dieser Besprechung.

Mit herzlichem Gruß  
Ihr Th. Liesching

<sup>6)</sup> S. Nr. 63a—c Anm. 74.

## 66.

### 28. 10. 1917: Unterredung des Abg. Erzberger mit dem Grafen Hertling

Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „29. Oktober 1917. Zur Kanzlerkrisis.“

Sonntag, 28. Oktober. Bayerischer Legationsrat von Schoen rief mich gegen 1/26 Uhr an<sup>2)</sup> und machte mir die Mitteilung, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling in Berlin weile<sup>3)</sup> und mich in dringendster Angelegenheit zu sprechen wüschte. Er sei bereit, mich im Auto abzuholen. Ich sagte sofort zu. Um 6 Uhr traf ich Graf Hertling, der mir die Mitteilung machte, daß Seine Majestät der Kaiser ihm das Reichskanzleramt angeboten habe<sup>4)</sup>, jedoch mit der Maßgabe, daß Dr. Michaelis als Ministerpräsident in Preußen bleibe, um die

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 292 f. (s. Nr. 105 Anm. 5) und die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers über den Verlauf der Kanzlerkrise vom 28. 10.—9. 11. 1917.

<sup>2)</sup> Nach Nr. 105 „gegen 5 Uhr“. Bei Erzberger S. 292 heißt es, er sei „in später Abendstunde“ von der bayerischen Gesandtschaft angerufen worden.

<sup>3)</sup> Hertling war erst am 28. in Berlin eingetroffen und wurde, nachdem er zunächst eine eingehende Aussprache mit Michaelis gehabt hatte, nachmittags vom Kaiser empfangen. Vgl. Helferich S. 509, für das Datum des Anknftstages auch Erzberger S. 292. — Die Audienz beim Kaiser fand nach Valentini S. 179 am 28. zwischen 15 und 16 Uhr statt; Valentinis Angabe, daß Hertling bereits am 27. eingetroffen sei, ist dagegen irrig, und damit auch die zeitliche Einordnung der Unterredungen Hertlings mit Erzberger und Westarp, die Valentini wiederum auf den 27. — also vor den Empfang beim Kaiser — verlegt. Vgl. auch Anm. 13.

<sup>4)</sup> Der Gedanke, Hertling zum Reichskanzler zu berufen und Michaelis in dem Amte des preußischen Ministerpräsidenten zu belassen, tauchte am 26. 10. 1917 auf. Der Vorschlag geht auf

Wahlrechtsreform schnell durchzuführen. Nachdem ihm nun zum zweiten Mal<sup>5)</sup> das Reichskanzleramt angeboten worden sei, glaube er nicht mehr ablehnen zu können, er habe jedoch Seiner Majestät gesagt, daß er sich zunächst eingehend über die gesamte politische Lage unterrichten wolle und daß er Besprechungen mit Politikern abhalten müsse.<sup>6)</sup> Ich sei nun der erste, mit dem er heute spreche. Der jetzige Reichskanzler werde die Parteiführer morgen zu ihm einladen. Er bitte mich, meine Ansicht zu äußern.

Ich äußerte eine große Freude darüber, daß dem früheren Vorsitzenden der Zentrumsfraktion<sup>7)</sup> abermals das Reichskanzleramt angeboten worden sei. Ich würde mich sehr freuen, wenn er es übernehmen würde. Ich würde mich auch deshalb freuen, weil er dann in der Lage sei, die Friedensaktion des Papstes nachdrücklich zu fördern und für alle berechtigten Wünsche des Papstes in der Lösung der römischen Frage<sup>8)</sup> nachdrücklich einzutreten. Ich sei überzeugt, daß auch die Mehrheitsparteien auf demselben Standpunkt stünden, falls er sich auf die ihm bekannten 4 Programmpunkte<sup>9)</sup> stelle. Ich bäte um Auskunft hierüber.<sup>10)</sup> Graf Hertling teilte mir mit, daß er sämtliche 4 Punkte akzeptiere und dies umso leichter könne, als er stets in seinen parlamentarischen und politischen Reden für

---

Michaelis selbst zurück und wurde in seinem Auftrage am gleichen Tage von Helfferich, der gemeinsam mit dem Hausminister Graf Eulenburg und dem Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums von Breitenbach zur Audienz befohlen war, dem Kaiser unterbreitet. Vgl. Helfferich S. 508 f. und Valentini S. 178. Michaelis S. 383 läßt fälschlich den Eindruck aufkommen, daß der Gedanke der Ämtertrennung vom Kaiser herrühre. — Hertling wurde bereits am 26. 10. durch den bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld, telegraphisch verständigt. Nach Hertling S. 14 hatte das Telegramm folgenden Wortlaut: „Bitte baldmöglichst kommen — Seine Majestät wird Ihnen erneut den Kanzlerposten anbieten — O.H.L. will sich nicht mehr in Politik einmischen — Michaelis wird preußischer Ministerpräsident — Sie sollen sich vorher mit den verschiedenen Parteiführern ins Benehmen setzen — Sie werden hier freudigst empfangen — Eine Ablehnung meiner Meinung nach unmöglich. Lerchenfeld.“ Der Satz: „O.H.L. will sich nicht mehr in Politik einmischen“, läßt auf eine vorherige Befragung der OHL. schließen, die jedoch nicht nachzuweisen ist. Vgl. Nr. 63d Anm. 3.

- <sup>5)</sup> Hertling war im Juli 1917 ursprünglich als Nachfolger Bethmanns, der ihn selbst empfohlen hatte, vorgesehen, hatte jedoch den Ruf abgelehnt. Vgl. WUA 2 S. 154 (Aufzeichnung Bethmanns vom 14. 7. 1917); Erzberger S. 264; Hertling S. 11; Valentini S. 167; Bredt S. 84.
- <sup>6)</sup> Vgl. Helfferich S. 509: „Graf Hertling kam am Sonntag, 28. Oktober, in Berlin an und hatte zunächst eine eingehende Aussprache mit Herrn Michaelis. Für den Nachmittag war er zum Kaiser befohlen. Ich sprach ihn vor der Audienz beim Grafen Lerchenfeld. Er war geneigt, den Kanzlerposten anzunehmen. Wegen der Fühlungnahme mit den Parteien riet ich ihm, sich beim Kaiser Bedenkzeit für seine endgültige Entschließung auszubitten und dann den Parteiführern zu sagen: Der Kaiser beabsichtigt, mich zum Reichskanzler zu ernennen; ich bin geneigt, anzunehmen, lege aber Wert darauf, mich vor meiner endgültigen Antwort an den Kaiser mit Ihnen über die Linien der zu verfolgenden Politik auszusprechen.“
- <sup>7)</sup> Als Nachfolger des Grafen Hompesch vom 9. 2. 1909 bis zum Antritt der bayerischen Ministerpräsidentenschaft im Februar 1912. Vgl. Bachem VII S. 97 ff.
- <sup>8)</sup> D. h. die Frage des Kirchenstaates, die erst 1929 durch die Lateranverträge gelöst wurde. Vgl. das entsprechende Kapitel bei Erzberger S. 125 ff.
- <sup>9)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.
- <sup>10)</sup> Erzbergers Hinweis auf Hertlings den Mehrheitsparteien bekannte und von ihnen nicht gebilligte Stellungnahme zur elsäß-lothringischen Frage und zum Art. 9 der Reichsverfassung, der in der zusammenfassenden Aufzeichnung (s. Anm. 1) enthalten ist, fehlt bemerkenswerterweise in der vorliegenden Niederschrift.

dieselben eingetreten sei. Darauf erwiderte ich, daß ich erhebliche Bedenken vorbringen müsse gegen die Trennung von Reichskanzleramt und Ministerpräsidium<sup>11)</sup>, Bedenken sachlicher und solche persönlicher Art, die so schwer seien, daß es ihm nicht möglich sein würde, unter diesen Voraussetzungen das Reichskanzleramt anzunehmen. Wenn man sage, daß er kein Preuße sei und deshalb die preußische Wahlreform nicht durchführen könne, so gebe es einen anderen Weg: Es müsse für die Durchführung der Wahlreform ein preußischer Vizepräsident des Staatsministeriums ohne Portefeuille ernannt werden. Der Ministerpräsident und Reichskanzler hätte dann nur die einleitende Rede im Landtag zu halten. Die übrigen Arbeiten würden der Vizepräsident und der Minister des Innern erledigen. Das Reichskanzleramt allein habe keine Kraft und keinen Gehalt. Ich versprach dann Herrn Graf Hertling meine Bedenken gegen diese Regelung schriftlich niederzulegen.<sup>12)</sup>

Er bat mich, mit den Nationalliberalen, der Volkspartei und den Sozialdemokraten morgen vormittag Fühlung zu nehmen und ihm dann Bericht zu erstatten. Nach einstündiger Unterredung kam Graf Westarp vom Reichskanzler zu Graf Hertling.<sup>13)</sup>

<sup>11)</sup> Helfferich hielt trotz aller grundsätzlichen Bedenken die von Michaelis vorgeschlagene Ämtertrennung „als eine vorübergehende Ausnahmemäßregel“ für möglich (vgl. Helfferich S. 509); und auch der Kaiser sowie Graf Eulenburg und von Breitenbach akzeptierten (nach Valentini S. 178) am 26. 10. 1917 den Plan.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 68 und Nr. 69.

<sup>13)</sup> Vgl. Westarp II S. 491 ff.: „Niederschrift über Besprechung am 28. 10. 1917, ½6 bis ½7 Uhr mit Michaelis, und von 7 bis 7.20 Uhr auf seine Veranlassung mit Graf Hertling.“

## 67.

## 28./29. 10. 1917: Tagebuchartige Notizen Haußmanns

Nachlaß Haußmann 29, eigenhändig mit Tinte.

28. Okt.[:]<sup>1)</sup> Telegramme von Hans Delbrück<sup>2)</sup> u. Theodor Wolff<sup>3)</sup> / Sturmtelefon von Hahn sofort nach Berlin zu kommen / David lasse mich bitten. Rücksprache mit Weizsäcker<sup>4)</sup>, den ich über den Stand der Sache unterrichtete u. der während meiner Anwesenheit ein Telegramm chiffriert erhält daß Hertling nach Berlin gereist ist<sup>5)</sup> / W. ist gegen Hertling u. für Prinzen Max, ohne beides zu sagen.

<sup>1)</sup> Stuttgart.

<sup>2)</sup> Telegramm vom 28. 10. 1917 im Nachlaß Haußmann 29: „Würde Ihre Anwesenheit für sehr nützlich halten. Prof. Delbrück.“

<sup>3)</sup> Telegramm vom 28. 10. 1917 im Nachlaß Haußmann 29: „Ihre Abwesenheit wird sehr bedauert. Gruß Theodor Wolff.“

<sup>4)</sup> Württembergischer Ministerpräsident.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 66 bes. Anm. 3.

29. [10.:]<sup>6)</sup> 11 Uhr Besuch bei Solf. Treffte Ebert am Reichskanzlerpalais aus dem er kommt um zu Hertling zu gehen. Er neigt dieser Lösung zu. Ich bitte ihn dringend zurückhaltend zu sein, da die Lösung große Schwierigkeiten berge. Er kommt nach dem Besuch zu mir in den Kaiserhof u. berichtet mir.<sup>7)</sup> Ich fahre ihn in sein u. Scheidemanns Bureau im Vorwärts. Scheidemann hatte in-zwischen Vorstandssitzung. Alle waren gegen Hertling. Ich vereinbare Zu-sammenkunft 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr in unserem kleinen Fraktionszimmer mit Scheidemann u. Ebert. 12 Uhr erhalte ich Einladung zu Helfferich, fahre auf die Militär[ische] Stelle<sup>8)</sup> Lindenstraße, diktiere dort Frau Prof. Richter einen Artikel fürs Tageblatt<sup>9)</sup> von dem immer einen Satz ich u. den nächsten Hahn diktiert u. der

<sup>6)</sup> Berlin.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 71a—d. — Ferner Prinz Max S. 149: „Haußmann versuchte noch vor dieser Unterredung Ebert in seinem natürlichen Widerstreben gegen die Berufung Hertlings zu bestärken. Er sagte ihm, daß keine Konzessionen, die Hertling der Mehrheit machen würde, dem konservativ gerichteten Mann das Vertrauen der Linken sichern dürften. Auch im Ausland würde sein Name keine Werbekraft haben. Es lag in Eberts Natur, rein sachlich vorzugehen: ‚Wenn Hertling in den entscheidenden Fragen auf unseren Standpunkt tritt, so können wir nichts gegen ihn einwenden‘, meinte er.

In der nun folgenden Aussprache bekannte sich Hertling zum allgemeinen geheimen gleichen Wahlrecht und zum Verständigungsfrieden. Er sagte dem Abgeordneten Ebert zu, daß Payer, der das besondere Vertrauen der Sozialdemokraten genoß, in die Regierung berufen werden würde. Ebert verweigerte zwar die Beteiligung der Sozialdemokraten an der neuen Regierung, aber machte deutlich: die sachlichen Zugeständnisse hätten ihn immerhin so beruhigt, daß seine Partei nicht in Opposition gehen würde.“ — Zu dieser Darstellung ist kritisch zu bemerken, daß sie inhaltlich, indem sie u. a. die Frage einer Berufung Payers in die Regierung zur Sprache bringt, auf die Verhandlungen der nächsten Tage vorgegreift.

<sup>8)</sup> Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes, bei der Kurt Hahn tätig war.

<sup>9)</sup> „Berliner Tageblatt“, nicht zugänglich. Vermutlich handelt es sich um den bei Prinz Max S. 149 f. auszugsweise wiedergegebenen Artikel. Haußmann, so heißt es dort, habe ein Letztes versucht, um die von ihm als unheilvoll angesehene Kandidatur Hertlings zu Fall zu bringen, und „in der Presse den folgenden Situationsbericht“ veröffentlicht: „. . . Graf Hertling hat sich Bedenkzeit ausbebeten. Er hat besonders lebhaft Bedenken gegen die Übernahme der preußischen Ministerpräsidentschaft; auch sonst bestehen noch einige Bedenken bei Graf Hertling. Er beabsichtigt, mit politischen Persönlichkeiten Rücksprache zu nehmen und hat Graf Westarp empfangen. Man muß Graf Hertling dankbar sein, daß er in so hohem Alter das große Opfer bringen will, sich um die Reichssorgen an erster Stelle zu bemühen. Die Aufgabe ist für ihn eine ungeheuer schwere. Er hat eine klerikal-konservative Vergangenheit, die ihn der Neuorientierung gegenüber auf Schritt und Tritt belastet, und bei jedem Entgegenkommen muß er noch besondere Anstrengungen machen, um den Schein zu vermeiden, daß er nur aus taktischen Rücksichten handelt. Dieser Anschein der Taktik hat schon über seiner bayerischen Ministertätigkeit sich ausgebreitet; auch seine Stellungnahme gegen die Autonomie von Elsaß-Lothringen erschwert seine Aufgabe und erlaubt ihm höchstens den Rückzug auf die Formel: einer Vertagung der Frage bis zum Friedensschluß. Auch gegen die Aufhebung des Artikels 9, Schlußsatz, hat er sich engagiert. Wir hoffen, daß der Reichstag das Gewicht dieser großen Zweifel nicht verkennt, und daß der Interfraktionelle Ausschuß auf morgen einberufen wird. Man hat an dem Reichskanzler Michaelis gesehen, eine wie grausame Aufgabe es ist, wenn der Kanzler neben den unvermeidlichen äußeren Kämpfen auch noch die inneren Kämpfe zu bestehen hat, mit denen er sich von seiner Vergangenheit losringen muß, und eine wie kostbare Zeit blutig verschwendet worden ist. Wie viel leichter und fruchtbarer würde ein Mann wirken, der der überzeugte und überzeugende Vertreter des Kurses ist, der von der Zeit klar vorgezeichnet ist, den schließlich jeder Kanzler gehen muß, der aber rascher und erfolgreicher zurückgelegt wird, wenn er in der Vorstellung des Inlandes und des Auslandes freiwillig beschritten wird.“

zwei Stunden nachher auf der Straße von mir gekauft sich gut liest / In der Deutschen Gesellschaft [von 1914] [. . .]<sup>10)</sup> mich U[nter-]St[aats-]Sekretär von Stein<sup>11)</sup> zu<sup>12)</sup>

<sup>10)</sup> Im Or. unleserliches Wort.

<sup>11)</sup> Hans Karl Frhr. von Stein, seit 1914 Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen, im November 1915 in das Reichsamt des Innern berufen und mit der Leitung der kriegswirtschaftlichen Abteilung beauftragt, seit November 1917 ständiger Vertreter des Reichskanzlers im kaiserlichen Hauptquartier, wurde am 20. 11. 1917 als Nachfolger Schwanders zum Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes ernannt.

<sup>12)</sup> Bricht im Or. im Satz ab.

## 68.

### 29. 10. 1917: Unterredung des Abg. Erzberger mit dem Grafen Hertling

Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Zur Kanzlerkrisis.“

Montag, 29. Oktober, vormittags 11 Uhr Besprechung mit Graf Hertling. Ich überreichte Graf Hertling die Denkschrift<sup>2)</sup> über die Bedenken gegen die Trennung des Reichskanzleramts und des Ministerpräsidiums und las ihm dieselbe vor.<sup>3)</sup> Ich fügte bei, daß selbstverständlich diese Bedenken nicht derart aufzunehmen seien, daß die Beibehaltung der Trennung von mir für eine *conditio sine qua non* angesehen würde. Aber das eine stehe unerschütterlich bei mir fest: daß die Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling nicht zum befriedigenden Erfolg führen werde, wenn diese Trennung aufrecht erhalten bliebe.

Da der Abgeordnete Ebert zur Besprechung erschien<sup>4)</sup>, setzte ich die Besprechung der Denkschrift mit Baron von Stengel<sup>5)</sup> fort.

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 293 und Nr. 105.

<sup>2)</sup> In seiner zusammenfassenden Aufzeichnung (Nr. 105) führt Erzberger aus, daß er die Denkschrift in der Nacht vom Sonntag auf Montag (28. auf 29. 10.) ausgearbeitet habe.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 69.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 67 bes. auch Anm. 7 und Nr. 71a—d.

<sup>5)</sup> Freiherr von Stengel, bayer. Geheimer Legationsrat, der nach Hertling S. 32 seinen „Vater nach Berlin begleitet hatte und ihm von der bayrischen Regierung in der liebenswertesten Weise für die ersten Monate in Berlin zur Verfügung gestellt worden war.“

## 69.

**29. 10. 1917: Denkschrift Erzbergers über die Trennung des Reichskanzleramts vom preußischen Ministerpräsidium**

Nachlaß Erzberger 22, maschinenschriftl. Entwurf mit eigenhändigen Korrekturen und Einschüben.<sup>1)</sup> Überschrift:<sup>2)</sup> „29. Okt. 1917 / Denkschrift über die Trennung von Reichskanzleramt und Preußischem Ministerpräsidium.“

Der Vorschlag, das preußische Ministerpräsidium vom Reichskanzleramt zu trennen, wird teils mit persönlichen, teils mit sachlichen Gründen gestützt.

Man erklärt, daß der bayrische Ministerpräsident Graf Hertling nicht recht in der Lage sei, in Preußen die vom König zugesagte Wahlreform durchzuführen. Es wird weiter gesagt, daß der Reichskanzler eine Entlastung von den ihn sehr in Anspruch nehmenden preußischen Geschäften brauche und daß für eine ruhige Entwicklung im Innern es vorteilhaft erscheine, wenn das preußische Ministerpräsidium vom Reichskanzleramt getrennt sei, so daß auch der Reichstag sich nicht mehr in die preußischen Verhältnisse „einmischen“ könnte. Gerade bis zur Durchführung der preußischen Wahlreform sei eine solche Trennung absolut geboten.

Gegen diesen Vorschlag erheben sich aber wohl unüberwindliche sachliche Bedenken und sehr erhebliche persönliche Bedenken. Soweit die für die Trennung ins Feld geführten Gründe berechtigt sind, läßt sich ihnen auf andere Weise Rechnung tragen. Die Gesamtverhältnisse des Krieges, wie die innerpolitische Situation gebieten aber, daß das Reichskanzleramt mit dem preußischen Ministerpräsidium vereinigt in einer<sup>3)</sup> Hand liege, weil nur hierdurch die Einheitlichkeit der Politik, die Geschlossenheit im Innern und die ruhige, stete Weiterentwicklung bis Kriegsende garantiert erscheinen.

**I. Sachliche Bedenken gegen die Trennung.**

1. Schädigung der Reichsinteressen. Nach der Reichsverfassung besteht Personalunion zwischen dem Kaiser und dem König von Preußen. Die logische

<sup>1)</sup> Zu der Denkschrift heißt es bei Erzberger S. 293: „Ich sah in der Trennung eine Schädigung der Reichsinteressen, da der preußische Ministerpräsident mächtiger sei als der Reichskanzler, wodurch wieder die Stellung des Reichskanzlers herabgedrückt würde; jeder bisher unternommene Versuch einer Trennung sei nach kurzer Zeit gescheitert; der Reichskanzler würde in den Reichsarbeiten bei sicher auftretenden Konflikten gehemmt; Michaelis könne bei dem allgemeinen Mißtrauen die Wahlreform überhaupt nicht durchführen; ein Kampf zwischen dem Reichstag mit seiner demokratischen Mehrheit und dem preußischen Landtag mit seiner konservativen Mehrheit sei absolut sicher, so daß ‚nicht Ruhe und Stetigkeit, sondern Konflikte die sichere Folge der Trennung‘ seien. Diese Denkschrift, welche auch dem Kaiser übergeben wurde, hatte vollen Erfolg.“ — Vgl. auch die kritische Würdigung bei Goldschmidt S. 122. Es ist anzunehmen, daß Goldschmidt die Hertling übergebene Ausfertigung der Denkschrift aus den Akten der Reichskanzlei herangezogen hat.

<sup>2)</sup> Auf besonderem Titelblatt, Datierung mit Stempel. Die Überschrift, ohne Datum, ist auf der ersten Textseite wiederholt.

<sup>3)</sup> Im Or. dick handschriftlich unterstrichen.

Folge ist, daß der leitende Staatsmann im Reich und in Preußen gleichfalls ein und dieselbe Person sind. Die Einheitlichkeit des Willens der Krone im Reich wie in Preußen wird am besten garantiert durch die Vereinigung der beiden leitenden Ämter. Das preußische Staatsministerium ist die vorbereitende und oftmals maßgebende Stelle der Reichsleitung. Dort werden die Gesetzentwürfe vorbereitet, dort werden die Richtlinien für die Ausführung der Gesetze festgelegt, selbst wenn der Bundesrat diese beschließt.

Im preußischen Staatsministerium würden nach der Trennung 8 Ressortminister und der Ministerpräsident ohne Portefeuille sitzen, neben ihnen würden nur 4 Minister (Graf Hertling, Helfferich, Graf Roedern, von Waldow), welche im Reichsdienst stehen, Sitz und Stimme haben. Auf die weitere Gestaltung und Zusammensetzung des Staatsministeriums hat der Reichskanzler kaum einen Einfluß, wohl aber einen entscheidenden, wenn er gleichzeitig Ministerpräsident ist.

Die preußischen Interessen würden, da der Vorsitz im Staatsministerium in den Händen des vom Reichskanzler losgelösten preußischen Ministerpräsidenten liegt, überwiegen und der von Bismarck so oft beklagte preußische Partikularismus gegen die Reichsinteressen in den Vordergrund treten. Preußen hat durch die Reichsverfassung und die tatsächliche Entwicklung die Stellung der Vormacht im Reich. Diese Rechte legen aber auch Verpflichtungen auf, welche nur dann ohne Reibungen erfüllt werden können, wenn das Reichskanzleramt und das preußische Ministerpräsidium in einer Hand liegen.

2. Die Stellung des Reichskanzlers wird herabgedrückt. Bei der Schaffung der Bundesverfassung im Jahre 1867 nahm Bismarck offen Stellung gegen die Bestrebungen des Herrn von Savigny<sup>4)</sup>, welcher dem Bundeskanzleramt (später Reichskanzleramt) eine selbständige Gestaltung geben wollte.<sup>5)</sup> Bismarck wußte, daß der Reichskanzler, der nicht die preußischen Stimmen im Bundesrat maßgebend beeinflussen kann, mehr ein Schemen sei. Der Vergleich des alten Kaisers Wilhelm mit dem „Charaktermajor“ trifft vollkommen zu auf einen Reichskanzler, der nicht preußischer Ministerpräsident ist. Der wirkliche Major, der das Bataillon der 17 preußischen Bundesratsstimmen führt, ist der preußische Ministerpräsident.<sup>6)</sup> Der „Charaktermajor“ wäre der neue

<sup>4)</sup> Karl Friedrich von Savigny, preuß. Diplomat, 1864 Bevollmächtigter beim Bundesrat in Frankfurt, 1866 Leiter der Verhandlungen mit den norddeutschen Staaten zur Vorbereitung des Norddeutschen Bundes, 1867 Bundesbevollmächtigter beim konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes, trat 1868 aus dem preuß. Staatsdienst aus und wurde Parlamentarier, Mitbegründer der Zentrumsfraktionen des preuß. Landtages u. des Reichstages, 1870/71.

<sup>5)</sup> Zur verfassungsgeschichtlichen Problematik vgl. Goldschmidt bes. S. 2 f. und 137 f. Dazu Eberhard von Vietsch, „Die politische Bedeutung des Reichskanzleramts für den inneren Ausbau des Reiches 1867—1880“, Phil. Diss. Leipzig 1936. Über das Scheitern von Savignys Plänen — der ursprünglich als Bundeskanzler vorgesehen war — vgl. Otto Becker, „Wie Bismarck Kanzler wurde“, in: „Beiträge zur deutschen und nordischen Geschichte“, Festschrift für Otto Scheel, Schleswig 1952, S. 335—348. Dazu Rudolf Morsey, „Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867—1890“ (Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung 3), Münster 1957, S. 30 ff.; Otto Becker, „Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung“, hrsg. und eingeleitet von Alexander Scharff, Heidelberg 1958, S. 371 ff.

<sup>6)</sup> Nach Goldschmidt S. 122 (vgl. Anm. 1), bleibt die „rechtliche Begründung . . . an der Oberfläche; Erzberger kennt nicht die Bedeutung der Stellung des preußischen Ministers des Aus-

Reichskanzler. Der Reichskanzler würde durch seine Ernennung zum Preussischen Staatsminister wohl Sitz und Stimme erhalten, würde aber unter dem Vorsitz eines preussischen Beamten arbeiten. Das schädigt die Stellung des Reichskanzlers, der der erste Beamte im Reiche<sup>7)</sup> sein und bleiben muß. Der im Krieg doppelt notwendige Einfluß des Reichskanzlers wird ausgehöhlt durch die Lösung des preussischen Ministerpräsidiums.

3. Jeder Versuch der Trennung ist nach kurzer Zeit gescheitert. Nur zweimal wurde seit Bestehen des Reichs das Ministerpräsidium vom Reichskanzleramt losgelöst: Fürst Bismarck gab am 21. Dezember 1872 das Ministerpräsidium an Graf Roon ab, aber am 9. November 1873 wurden wieder beide Ämter in einer Hand vereinigt.<sup>8)</sup> Es ist in die Weisheit des Konversationslexikons übergegangen, daß dieser Versuch der alleinigen losgelösten<sup>9)</sup> Leitung der Reichspolitik „mißglückte“. — Nach dem Scheitern des Graf Zedlitz'schen Schulgesetzes gab Reichskanzler Graf Caprivi im März 1892 das Ministerpräsidium an Graf Eulenburg [ab].<sup>10)</sup> Die Trennung dauerte bis zum Sturz beider Staatsmänner im Oktober 1894.<sup>11)</sup> Wenn sie 2½ Jahre lang aufrechterhalten bleiben konnte, so war das nur möglich, weil in diesem Zeitraum keine großen innerpolitischen<sup>12)</sup> Fragen das deutsche Volk beschäftigten. Die Militärvorlage vom Jahre 1893<sup>13)</sup> und der Abschluß der Handelsverträge, also lediglich Reichsfragen, standen im Vordergrund. Als 1894 die erste größere innerpolitische Frage auftauchte (Umsturz-Vorlage), führte die Trennung zum Rücktritt des Reichskanzlers wie des preussischen Ministerpräsidenten. Der darauf folgende Reichskanzler, auch ein früherer bayerischer Ministerpräsident, Fürst Hohenlohe, vereinigte sofort beide Ämter wieder in seiner Hand.

Fünfundzwanzig Jahre Bundes- und Reichsverfassung haben bewiesen, daß jeder Versuch einer auch nur vorübergehenden Trennung scheiterte. Wo jetzt die innerpolitische Frage des Wahlrechts so stark im Vordergrund steht, müßte ein neuer Versuch der Trennung unfehlbar zu einer politischen Krisis führen.

4. Der Reichskanzler wird in seinen Reichsarbeiten gehemmt. Die wichtigste Aufgabe des Reichskanzlers ist die Herbeiführung eines baldigen Friedensschlusses. In diesem Friedensschluß steht weit im Vordergrund die Regelung der elsass-lothringischen Frage, die je nach dem internationalen Gang der Dinge während des Krieges oder nach demselben endgültig gelöst werden muß.

---

wärtigen [vgl. dazu Goldschmidt S. 2 f.] und geht von der falschen Voraussetzung aus, daß der preussische Ministerpräsident die preussische Bundesratstimme führe.“ Er hebe jedoch „sachlich . . . durchaus richtig die Gefahr größter Unstimmigkeiten zwischen dem Reich und Preußen bei Trennung der Ämter hervor, die auch die Gegensätze zwischen den beiden Parlamenten verschärfen würden . . .“

<sup>7)</sup> Im Or. ursprünglich: „des Reichs“. Eigenhändig korrigiert.

<sup>8)</sup> Vgl. Goldschmidt S. 17 ff. und S. 158 ff.; Morsey a.a.O. S. 67 ff.

<sup>9)</sup> „losgelösten“ eigenhändig eingefügt.

<sup>10)</sup> Im Or.: „an“.

<sup>11)</sup> Vgl. Goldschmidt S. 98 ff. und S. 321 ff.

<sup>12)</sup> Im Or. handschriftlich unterstrichen.

<sup>13)</sup> Im Or. eigenhändig berichtet aus: 1892.

Der Reichskanzler hat für seine Auffassung nur seine persönliche Stimme im Staatsministerium<sup>14)</sup>, höchstens noch die der 3 Staatssekretäre, welche im Reich ihm nachgeordnete Stellen sind.

Das Gelingen des polnischen Experiments hängt<sup>15)</sup> ganz wesentlich davon ab, welche Polenpolitik im Reiche getrieben wird. Für diese ist maßgebend in erster Linie der Ministerpräsident. Die Gestaltung der litauischen und der kurländischen Frage berührt gleichfalls in erster Linie das preußische Interesse. Hier kann nur ein einheitlicher Wille, verkörpert in einer Person<sup>16)</sup> die glückliche Lösung dieser Fragen garantieren.

Unstimmigkeiten, ja Konflikte auf diesem Gebiete belasten den Reichskanzler, erhöhen seine Arbeit und hemmen seine Entschlüsse.

5. Mißtrauen im In- und Ausland. In den weitesten Kreisen des Inlandes würde die Trennung mit Mißtrauen aufgenommen werden ebenso das Verbleiben von Michaelis in einer leitenden politischen Stellung.<sup>17)</sup> Die Osterbotschaft, wie der Julierlaß des Kaisers und Königs sind adressiert an den Reichskanzler und Ministerpräsidenten<sup>18)</sup>, und zwar aus guten innerpolitischen<sup>19)</sup> Gründen. Erfolgt jetzt die Trennung, um die Wahlreform durchzuführen, so ist der neue Reichskanzler vom ersten Tage seiner Amtsübernahme ab mit schwerem Mißtrauen behaftet.

Im Auslande würde die Trennung als der Anfang der Herrschaft des preußischen „Militarismus“ über das Reich bezeichnet werden. Unklare Verhältnisse müßten eintreten.

Nachdem die überwiegende Mehrheit des Reichstags das weitere Verbleiben des Reichskanzlers Dr. Michaelis als den Reichsinteressen nicht dienlich bezeichnet hat, würde das Verbleiben des genannten Herrn im preußischen Ministerpräsidium und die Loslösung des Reichskanzleramts von diesem als eine politische innerl[iche]<sup>20)</sup> Unwahrheit bezeichnet werden. Die ganze Lösung würde nicht mit dem freudigen Vertrauen, das im Kriege doppelt notwendig ist, aufgenommen werden.

6. Wahrscheinlicher Kampf zwischen Reichstag und Landtag. Im Reichstag besteht eine sogenannte „Links-Majorität“<sup>21)</sup> aus Zentrum, Nationalliberalen, Volkspartei und Sozialdemokratie. Zur siegreichen Beendigung des Krieges ist diese „Linksmajorität“<sup>21)</sup> absolut<sup>22)</sup> erforderlich. Im preußischen Landtag ist eine solche „Links-Majorität“<sup>21)</sup> nicht vorhanden. In der Besprechung der Kriegsziele haben sich schon früher<sup>23)</sup> zwischen Reichstag und Land-

<sup>14)</sup> Im Or. ursprünglich „Bundesrat“, gestr. und eigenhändig in „Staatsministerium“ geändert.

<sup>15)</sup> Im Or. gestr.: „aber“.

<sup>16)</sup> Im Or. ursprünglich: „... Wille verkörpert werden, eine Person . . .“; eigenhändig korrigiert.

<sup>17)</sup> Im Or. ab „ebenso“ eigenhändig eingefügt.

<sup>18)</sup> Der Erlaß vom 11. 7. 1917 nur an den Ministerpräsidenten. Vgl. Schulthess 1917/I S. 687 f.

<sup>19)</sup> „innerpolitischen“ im Or. eigenhändig berichtet aus „inneren“.

<sup>20)</sup> „innerl[iche]“ im Or. eigenhändig eingefügt.

<sup>21)</sup> Anführungszeichen im Or. eigenhändig hinzugefügt.

<sup>22)</sup> Vor „absolut“ im Or. gestrichen: „ganz“.

<sup>23)</sup> „früher“ im Or. eigenhändig eingefügt.

tag (es sei nur an die U-Boot-Debatten erinnert)<sup>24)</sup> nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten aufgetan. Gerade die päpstliche Friedensnote und ihre Beantwortung durch die deutsche Regierung gibt dem Landtag die Möglichkeit, auch die Reichspolitik in seine Debatten zu ziehen, da der preußische Etat den Gesandtschaftsposten am Vatikan enthält. Der Reichskanzler müßte also unter Umständen<sup>25)</sup> im Landtag erscheinen, um die Haltung der Reichsleitung darzulegen. Die bisherige Reichsleitung konnte<sup>26)</sup> Unstimmigkeiten überbrücken. Seit der Reichstag seinen eigenen Reichskanzler und der Landtag seinen eigenen Ministerpräsidenten hat, fehlt die Vermittlung. Statt Einigkeit entsteht Uneinigkeit, die einheitliche Politik ist nicht gewährleistet.

7. Das „Hineinmischen“ des Reichstags in preußische Angelegenheiten würde vermehrt werden. Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß aus der Trennung der beiden Gewalten sich ergibt, daß der Reichstag sich nicht mehr mit preußischen Angelegenheiten befaßt. Die preußische Wahlreform ist eine Angelegenheit, welche bei der hervorragenden Stellung Preußens im Reich die allgemeinen Reichsinteressen berührt. Würde die Trennung der beiden Ämter durchgeführt, so hätte der Reichstag jeden Tag die Möglichkeit, durch Interpellationen den Gang der preußischen Wahlreform zur Sprache zu bringen. Lehnt der Reichskanzler die Besprechung der Interpellationen ab, so entstehen Konflikte. Erfolgen im Landtag Angriffe auf die Politik des Reichstages, so wächst die Schwierigkeit. Wer soll dann im Landtag antworten, wie es der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg wiederholt auf Angriffe auf den Reichstag unternehmen mußte?

Was man anstrebt, daß der Reichstag sich nicht in preußische Verhältnisse einmischen sollte, würde nicht erreicht werden, sondern das Gegenteil.

8. Nicht Ruhe und Stetigkeit, sondern Konflikte würden die sichere Folge der Trennung sein.<sup>27)</sup> Gerade das aber, was die ganze Armee und das ganze deutsche Volk ersehnt, würde durch eine solche Trennung nicht eintreten, sondern das Gegenteil.

## II. Persönliche Gründe.<sup>28)</sup>

1. Im Juli 1917 wurden dem Grafen Hertling das Reichskanzleramt und das Ministerpräsidium angeboten. Damals war bereits die kaiserliche und königliche Zusage wegen des Wahlrechts erfolgt. Die Gründe für die Trennung der beiden Ämter lagen also in demselben Maße vor wie heute jetzt. Heute würde Graf Hertling nur<sup>29)</sup> ein „Reichskanzler minderen Rechts“<sup>30)</sup> werden.

<sup>24)</sup> Im Or. gestr.: „in der Vergangenheit“.

<sup>25)</sup> Im Or. gestr.: „doch“.

<sup>26)</sup> Im Or. gestr.: „diese“.

<sup>27)</sup> Vgl. Anm. 1.

<sup>28)</sup> Im Or. ursprünglich „Bedenken“; eigenhändig geändert in „Gründe“.

<sup>29)</sup> „nur“ im Or. eigenhändig hinzugefügt.

<sup>30)</sup> Im Or. ursprünglich: „niederer Rechts“; eigenhändig geändert und Anführungszeichen nachträglich hinzugefügt.

2. Der Reichskanzler muß zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt werden. Wenn er nicht preußischer Ministerpräsident wäre, stände er im Staatsministerium als nur gleichberechtigter Kollege der Staatssekretäre<sup>31)</sup>, die gleichfalls preußische Staatsminister sind. Im Reiche ist er ihr Vorgesetzter, im preußischen Staatsminister[ium] ihr gleichberechtigter Kollege.<sup>32)</sup> Eine unangenehme Stellung für den Reichskanzler.

3. Der bisherige Reichskanzler hat durch sein Auftreten im Reichstag nicht bewiesen, daß er das erforderliche Maß von politischem Geschick besitzt. Wenn er nun die schwierige preußische Wahlreform durchführen soll, erheben sich Bedenken, ob ihm dafür das erforderliche Geschick zur Seite steht. Aller Wahrscheinlichkeit nach scheidet Michaelis auch im Landtag und zieht in seinem Sturz dann den Reichskanzler mit.

4. Der Reichskanzler ist unter Umständen genötigt, das Verhalten von Dr. Michaelis im Reichstag zu verteidigen. Das bedeutet ein Erschweren seiner Arbeit ohne Nutzen.

### III. Schaffung eines Preußischen Vizepräsidenten ohne Portefeuille.

Im preußischen Etat<sup>33)</sup> ist die Stelle eines Vizepräsidenten des Staatsministeriums bereits vorhanden. Dieselbe wird derzeit vom Eisenbahnminister von Breitenbach bekleidet. Jeden Tag kann diese Stelle aber auch einem Herrn ohne Portefeuille übergeben werden und dies erscheint als die beste Lösung.

Dieser neue Vizepräsident hätte die Wahlreform durchzuführen und den Reichskanzler und Ministerpräsidenten von der vielen Kleinarbeit in Preußen<sup>34)</sup> zu entlasten. Der neue Reichskanzler und Ministerpräsident hätte nur die einleitende Rede im Landtage<sup>35)</sup> zu halten, der Vizepräsident würde das weitere durchführen.<sup>36)</sup> Die Macht würde aber vereinigt liegen in der Hand des Reichskanzlers, der als Ministerpräsident eine rechtliche und tatsächliche Führung auch in Preußen hat.<sup>37)</sup>

Graf Hertling, der früher im preußischen Staatsdienst stand, kennt die innerpolitischen Verhältnisse in Preußen ganz genau. Er ist gar nicht „Bayer“ im engeren Sinne des Wortes.<sup>38)</sup>

So ist die Trennung der beiden Ämter abzulehnen. Der beste Ausweg ist die Schaffung eines Vizepräsidenten im preußischen Staatsministerium ohne Portefeuille.

<sup>31)</sup> Im Or. ursprünglich: „unter den Staatssekretäre[n]“; maschinenschriftl. geändert.

<sup>32)</sup> Der ganze Satz ist im Or. eigenhändig eingefügt.

<sup>33)</sup> Im Or. statt „Etat“ ursprünglich „Staat“; eigenhändig korrigiert.

<sup>34)</sup> „in Preußen“ im Or. eigenhändig hinzugefügt.

<sup>35)</sup> „im Landtage“ im Or. eigenhändig hinzugefügt.

<sup>36)</sup> Satzeinteilung im Or. eigenhändig geändert. Ursprünglich ab „Der Vizepräsident“ neuer Satz und hinter „durchführen“ statt Komma Punkt.

<sup>37)</sup> Im Or. ursprünglich „hätte“; eigenhändig geändert.

<sup>38)</sup> Im Or. unter diesem Absatz drei eigenhändige Kreuze. D. h., daß der Schlußabsatz — als Resultat der gesamten Denkschrift — mit deutlichem Abstand herausgehoben werden soll.

## 70.

## 29. 10. 1917: Unterredung des Abg. Erzberger mit Staatssekretär Solf

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Zur Kanzlerkrisis.“<sup>2)</sup>

Montag, 29. Oktober 12 $\frac{1}{2}$  Uhr vormittags Besprechung mit Staatssekretär Dr. Solf. Derselbe erklärte, er für seine Person sei sehr erfreut gewesen, daß man in den jetzigen schweren Tagen an ihn gedacht habe und ihn als Kanzler nannte. Es sei ihm eine große persönliche Genugtuung gewesen, zumal er in den letzten drei Jahren doch mehr oder weniger in Vergessenheit geraten sei. Ob die Frage praktisch an ihn herantreten werde, könne er zur Stunde noch nicht sagen. Von der Anfrage bis zur Annahme sei ein langer, dornenvoller Weg des Entschlusses. Ich teilte Staatssekretär Dr. Solf darauf mit, daß Graf Hertling die Kandidatur angeboten worden sei, daß aber erhebliche Bedenken vorhanden seien gegen die Trennung der beiden Ämter des Reichskanzlers und des Preußischen Ministerpräsidenten.

Staatssekretär Dr. Solf erwiderte, er würde es nicht für sehr günstig halten, wenn Graf Hertling jetzt das Reichskanzleramt annehmen würde.<sup>3)</sup> In protestantischen Kreisen würde es als eigenartiges Geschenk zum Reformationsjubiläum aufgefaßt werden, wenn der Zentrumsführer und Katholik Graf Hertling jetzt Reichskanzler würde.

Dazu komme zweitens: Der Friede werde doch nicht so günstig ausfallen, wie weite Kreise des Volkes es hofften, und dann würden das Zentrum, die Katholiken, Graf Hertling und, bei seinen Beziehungen zu Österreich, auch die österreichischen Katholiken<sup>4)</sup> für einen schlechten Frieden verantwortlich gemacht werden.<sup>5)</sup> Aus dieser Anklage heraus könne leicht ein großer konfessioneller Gegensatz nach dem Kriege erwachsen.

Ich antwortete, daß für einen schlechten Frieden doch nur die gesamte militärische und internationale Lage verantwortlich gemacht werden könnte und nicht die Katholiken, so daß ich diese Befürchtung nicht teilen könnte.

Ich entnahm der Unterredung, daß Staatssekretär Dr. Solf sehr gern das Reichskanzleramt annehmen würde.

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 293, wo die Aufzeichnung verarbeitet ist, jedoch der Name des Staatssekretärs Solf nicht fällt. S. Anm. 5.

<sup>2)</sup> In der linken oberen Ecke des Or. eigenhändig: „Dr. Solf“.

<sup>3)</sup> Neben diesem Satz am linken Rande des Or. ein senkrechter handschriftlicher Strich.

<sup>4)</sup> Neben diesem Passus am linken Rande des Or. ein senkrechter handschriftlicher Strich.

<sup>5)</sup> Vgl. Erzberger S. 293: „Gegen die Berufung von Hertling machte sich bereits am Montag eine Reihe von Strömungen geltend: ‚in protestantischen Kreisen würde es als ein eigenartiges Geschenk zum bevorstehenden Reformationsjubiläum aufgefaßt werden, wenn der Zentrumsführer und Katholik Graf Hertling jetzt Reichskanzler würde‘, die Katholiken würden für einen schlechten Frieden, der doch kommen werde, verantwortlich gemacht werden. Ernsthafter waren die Bedenken von Führern der politischen Parteien.“

## 29. 10. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

71a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.).  
Überschrift: „29. Oktober 1917.“

Rießer übernimmt Vorsitz.

**Erzberger:** Mitteilung: Gestern schon mit Hertling gesprochen.<sup>3)</sup> Freitag abend telephonisch nach Berlin gebeten. Gestern mittag beim Kaiser mit Mich[aelis]. Kanzlerschaft angeboten. Voraussetzung als Ministerpräsident Mich[aelis] bleiben. Wegen der Wahlreform Preußen. Hat erklärt, keine Zusage, müsse erst mit Staatsmännern und Parlamentariern besprechen. Damit war Audienz aus. Mit Mich[aelis] nicht weiter besprochen. Fragt Erzberger. Frage Programm. Vier Sätze bekannt.<sup>8)</sup> Diese Sätze akzeptieren, alle vier. Zwei Hindernisse seiner Rede<sup>9)</sup>: Da gegen Parlamentarisierung und gegen § 9<sup>10)</sup> und auch Elsaß-Lothringen.<sup>11)</sup> Legte Hauptbedenken auf die Trennung

71b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.  
Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom Montag, den 29. Oktober 1917.“

Die Sitzung war wegen der plötzlich auftauchenden Kandidatur Hertling von Erzberger auf 4 Uhr nachmittags einberufen worden.<sup>1)</sup>

Anwesend: Die Nationalliberalen außer Richthofen; vom Zentrum nur Erzberger; die anderen Parteien in der bisherigen Besetzung.

**Erzberger** berichtet über die Kandidatur Hertling und das Gespräch, das er am Sonntag, den 28. Oktober mit H. gehabt habe.<sup>3)</sup> H. Freitag telegraphisch nach Berlin berufen, Sonntag mit M. beim Kaiser.<sup>5)</sup> Kanzlerschaft ihm angeboten unter Voraussetzung, daß M. preußischer Ministerpräsident bleibe. H. erklärte keine Zusage, müsse erst mit Staatsmännern und Parlamentariern sprechen. Damit war Audienz aus. Mit M. nicht weiter verhandelt. Absicht, jetzt nach Erzberger auch andere Parlamentarier zu befragen. Vier Sätze des Programms bekannt<sup>8)</sup>, akzeptiert alle vier. Zwei Hindernisse erkennt er selbst an: Rede<sup>9)</sup> gegen Parlamentarisierung und gegen Aufhe-

71c: Nachlaß Haußmann 26, eigenhändig mit Tinte, ein Teil der Niederschrift mit Bleistift von fremder Hand. Überschrift: „I. A. 29. X. 17.“

Anwesend[:] Rießer (Altersvorsitzender) / Stöve / Keinath / Junck / Stresemann / Fischbeck / Liesching / Gothein / Haußmann / Erzberger / Scheidemann / Ebert / David / Südekum.<sup>2)</sup>

**Erzberger:** Lerchenfeld hat mich gestern zu sich — Ich traf den Graf Hertling<sup>3)</sup>, der sagte: Gestern<sup>4)</sup> habe ihm der Kaiser das Amt angeboten unter Trennung vom Ministerpräsidium / Michaelis / Er könne keine Zusage geben, er müsse sich erst mit Parlamentarier[n] u. Politikern besprechen.

Ich äußerte Bedenken. Er bat mich sie schriftlich zu machen und [ich arbeitete] folgende Denkschrift<sup>6)</sup> gegen die Trennung beider Ämter aus<sup>7)</sup> / Er erklärte mir darauf, daß er das Amt des Kanzlers nicht allein annehme / Der Kaiser bot ihm das Amt unbedingt an, hat auch nicht von einem Programm gesprochen / Nach mir 6 Uhr kam um 7 Uhr Graf Westarp, der

zwischen Kanzlerschaft und Ministerpräsidium. Längere schriftliche Aufzeichnung gemacht. Erzberger liest die Denkschrift vor.<sup>7)</sup>

Am 13. Juli 1917 ist Hertling die Kanzlerschaft schon angeboten worden<sup>12)</sup> (Freitag).<sup>13)</sup> Damals auch Ministerpräsidium angeboten.<sup>14)</sup>

Der Plan der Trennung ist von Konservativen ausgegangen.<sup>15)</sup> Zentrumsmanu vorgeschlagen, um die Mehrheit zu sprengen. Hertling hat diese Dinge gewürdigt.

Der Kaiser hat zunächst den Wunsch des Reichstags anscheinend nicht berücksichtigt, sondern die Verzögerung<sup>16)</sup> geht

zung Artikel 9<sup>10)</sup>, Haltung in Frage Elsaß-Lothringen.<sup>11)</sup> Erzberger legt Hauptbedenken gegen H. auf Trennung zwischen Kanzlerschaft und Ministerpräsidium und hat diese Bedenken in längerer Denkschrift fixiert; liest sie vor<sup>7)</sup>; in den Grundzügen allgemeine Zustimmung. Der Kanzlerposten H. schon am 13. Juli 1917 zum ersten Male angeboten<sup>12)</sup>, damals mit Ministerpräsidium. Um so weniger Anlaß, heute anders zu verfahren. Plan der Trennung geht von Konservativen aus<sup>15)</sup>, die Zentrumsmanu vorschlagen, um Mehrheit zu sprengen. H. hat diese Dinge gewürdigt. Kaiser hat

sich begeistert für die Trennung ausgesprochen habe, wie ich nachher hörte.<sup>15)</sup>

1) Erzberger war von Hertling gebeten worden, am Vormittag des 29. 10. 1917 mit den Vertretern der Mehrheitsparteien — einschließlich der Nationalliberalen — Fühlung zu nehmen. Vgl. Nr. 66.

2) Anwesenheitsliste im Or. eigenhändig mit Bleistift.

3) Vgl. Nr. 66.

4) Am 28. 10. 1917, also dem gleichen Tage, an dem auch die erste Unterredung zwischen Hertling und Erzberger stattfand.

5) Valentini S. 179 bestätigt, daß der Kaiser Hertling und Michaelis gemeinsam empfangen habe. Vgl. auch Nr. 66 Anm. 3.

6) Im Or.: „und faßte folgende Denkschrift“.

7) Vgl. Nr. 69.

8) Vgl. Nr. 55a—e.

9) Bezieht sich auf die jüngsten Ausführungen Hertlings am 23. und 26. 10. 1917 im bayrischen Landtag, in denen er seine bekannte Gegnerschaft gegen die „Neuorientierung“ in Bayern und im Reich bekräftigt hatte. Vgl. Schulthess 1917/I S. 934 und 939 f.

10) Für die Haltung Hertlings in der Frage der Parlamentarisierung und der Aufhebung des Art. 9 Absatz 2 der Reichsverfassung vgl. Bredt

S. 173, 194, 208, 382 f.; Erzberger S. 293; Westarp II S. 495; Bachem VIII S. 244 f.; Hertling S. 176. S. auch Anm. 9.

11) Hertling hatte sich erst am 10. 10. 1917 im Finanzausschuß des bayr. Landtages, wenn auch in sehr vorsichtiger Form, für die Angliederung des Elsaß „an Süddeutschland“ und Lothringens an Preußen ausgesprochen und dabei aus seiner Abneigung gegen den Gedanken „aus dem Reichsland einen autonomen Bundesstaat zu machen“, kein Hehl gemacht. Vgl. Schulthess 1917/I S. 894 f. — Ferner Erzberger S. 161, 168, 293; Payer S. 269; WUA 7/I S. 287; WUA 7/II S. 119.

12) Vgl. Nr. 66 Anm. 5.

13) Der 13. 7. 1917 fiel auf einen Freitag.

14) Dieser Absatz ist im Or. mit Bleistiftstrichen eingerahmt.

15) Vgl. dagegen Westarp II S. 495, der Hertling gegenüber die Trennung der Ämter — unter Hervorhebung der „grundsätzlichen schweren Bedenken“ — als „eine vorübergehende Maßnahme“ für annehmbar erklärte.

16) Vermutlich folgendermaßen zu interpretieren: Die Verzögerung der Regierungsbildung gehe auf Hertling zurück, da er den Wunsch gehabt habe, sich zuvor mit den Parteiführern zu besprechen.

auf den Grafen Hertling zurück.<sup>17)</sup> Kaiser hat gar nicht vom Programm gesprochen.

**Ebert:** Einladung [heute] morgen zur Reichskanzlei. Mit Hertling.<sup>18)</sup> Bestätigt das, was Erzberger sagte. Erklärte zunächst über die Trennung: er wolle nur unter Bedingung der Trennung das Amt annehmen. Darauf ähnlich wie Erzberger erhebliche Bedenken geltend gemacht. Auch hervorgehoben, daß Preußen die Macht hat. Hertling gab zu, daß Einwände erheblich und ernstlich seien. Übrige Richtlinien: Da hat Hertling erklärt, Kriegsziele auf dem Boden der Note an den Papst; gleiches Wahlrecht in Preußen sei notwendig und müsse geschaffen werden. Über dies Mich[aelis] gesprochen, der auch die Ansicht geäußert habe. Wegen politischer Zensur sagte er<sup>20)</sup>, daß die Zustände in Preußen unerträglich seien, nach Möglichkeit Remedur zu schaffen, erhebliche Schwierigkeiten lägen aber vor. Als Reichskanzler hat er die Sache zu führen und deshalb Trennung von Militär und Zivil. Arbeitskammer und 153 glatt zugestimmt.<sup>8)</sup> Elsaß-Lothringen: die neue Notiz wäre falsch<sup>11)</sup>, hätte sich nicht in dem Sinn ausgesprochen. Trennung sei erwogen worden, aber er stehe auf dem Boden der Autonomie.<sup>19)</sup> Aber nur dann, wenn es zu Friedensverhandlungen käme. Zusammenarbeit, enges Zusammenwirken

zunächst Wunsch des Reichstags nach Besprechung mit neuem Mann nicht gewürdigt, sondern Besprechung entspringt eigenem Wunsche Hertlings.<sup>17)</sup> Von Programm hat der Kaiser nichts gesagt.

**Ebert:** Hat Einladung von Reichskanzlei erhalten, sich mit H. in Verbindung zu setzen<sup>18)</sup>, bestätigt, was Erzberger sagte. H. erklärte ihm, er wolle nur unter der Bedingung der Trennung der Ämter annehmen. Darauf Ebert wie Erzberger Bedenken geltend gemacht. H. erkannte Gewicht der Einwände an. Im übrigen: in den Kriegszielen auf dem Boden der Papstnote; gleiches Wahlrecht in Preußen notwendig, auch M. sei dieser Ansicht; wegen politischer Zensur seien Zustände in Preußen unerträglich, nach Möglichkeit Abhilfe, aber erhebliche Schwierigkeiten dabei. Einwand Eberts: Er habe als Reichskanzler zu führen und müsse die Trennung von Militär- und Zivilgewalt durchführen. H.: Arbeitskammer und § 153 zugestimmt<sup>8)</sup>; Elsaß-Lothringen: Trennung sei erwogen worden<sup>11)</sup>, er stehe jetzt aber auf Boden Autonomie; aber nur dann, wenn es zu Friedensverhandlungen käme.<sup>19)</sup> Im übrigen: Zusammenarbeiten mit Reichstag, engeres Zusammenwirken mit Vertretern der großen Fraktionen; Siebener-Ausschuß solle ständige Einrichtung werden, wenn auch die Form noch erwogen werden müsse. Ebert hat auch noch Bedenken gegen Beibehaltung von M. vorgetragen. Für Dienstag, den 30. sei neue Unterredung angesetzt.

**Ebert:** referiert über sein Gespräch mit Hertling.<sup>18)</sup> Er sagte er stehe auf dem Boden der Autonomie<sup>19)</sup> / Ein enges Zusammenwirken mit dem Reichstag.

mit Vertretern der großen Fraktionen eingehalten werden müsse. Siebener-Ausschuß vielleicht ständige Einrichtung. Form noch weiter bedenken. Bedenken auch wegen Mich[aelis] vorgetragen, der Mann habe kein politisches Geschick; es sei ein Mißgriff gewesen; konsequent durchgegriffen müsse werden, hätte alles Vertrauen verbraucht. Morgen eine neue Unterredung.

[Hertling hat auch schon Westarp gehört!]<sup>21)</sup> <sup>22)</sup>

**Haußmann:** ist auf 6 Uhr geladen zu Hertling. Die Wendung „engere Fühlung“<sup>23)</sup> mit dem Parlament hat noch nichts genützt, weil es immer die Umgehung des näheren Zusammenarbeitens durch Vermeiden der Parlamentarisierung bedeutete. Über einen ganz wesentlichen Punkt ist damit noch keine Klarheit geschaffen. Artikel 9 ist schroff abgelehnt und muß Bedenken verstärken.<sup>10)</sup> Elsaß-Lothringen ist überall durchgesickert: ist

Durch eine Zwischenbemerkung wird bekannt, daß Graf H. bereits eine Unterredung mit Graf Westarp gehabt habe.<sup>22)</sup>

**Haußmann** ist auf 6 Uhr zu H. geladen. Wendung von „engerer Fühlung“<sup>23)</sup> wertlos, weil eigentlich nur Vermeidung der Parlamentarisierung. H. hat Artikel 9 abgelehnt, deshalb erhebliche Bedenken.<sup>10)</sup> In Elsaß-Lothringen-Frage lange für Aufteilung gewesen.<sup>11)</sup> Zeit verlangt einen linksgerichteten Zentrumsmann. Rechtsgerichteter versagt in Wirkung auf Inneres und auch im Äußeren. Trennung der Ämter bei rechtsgerichtetem Zen-

**Haußmann:** Ich bin auf 6 Uhr zu Hertling geladen u. möchte die Herren zuerst hören. Elsaß-Lothringen<sup>11)</sup> / Art. 9<sup>10)</sup> / Wirkung nach außen / Kein[e] demokratische Zentrumsnuance.<sup>24)</sup>

Ich werde meinen Freunden Mitteilung machen.

<sup>17)</sup> Nach Westarp II S. 493 erklärte ihm Michaelis am 28. 10. 1917, es sei in den Besprechungen mit dem Kaiser am Nachmittag des gleichen Tages „direkt ausgeschlossen worden, daß H[ertling] mit den Parteiführern im Sinne der Festlegung auf ein bestimmtes Programm verhandle; dagegen wollte er unter diesem Vorbehalt mit mir, Trimborn und Ebert informatorisch Fühlung nehmen“. — Vgl. Nr. 66 bes. auch Anm. 6.

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 67 bes. Anm. 7 und Nr. 68. — Ebert wurde von Hertling nach Erzberger empfangen.

<sup>19)</sup> Für Hertlings Interpretation seiner Haltung in der elsass-lothringischen Frage gegenüber den Vertretern der Mehrheitsparteien vgl. Nr. 72a.b, Nr. 75a.b und Nr. 76a—d.

<sup>20)</sup> Da Südekum von der stenographisch an sich gegebenen Unterscheidungsmöglichkeit zwischen „sagte ich“ und „sagte er“ nicht eindeutig genug Gebrauch macht, sind dem Schriftbild nach beide Lesarten möglich. Die in diesem Falle richtige Lesart ergibt sich aus Nr. 71b.

<sup>21)</sup> Im Stenogramm in eckigen Klammern.

<sup>22)</sup> Vgl. oben Nr. 66 bes. Anm. 13 und Nr. 71c (oben).

<sup>23)</sup> Vgl. für Michaelis Nr. 31a Anm. 11 und für Bethmann HA 168. Sitzung, 9. 7. 1917.

<sup>24)</sup> Im Nachlaß Haußmann 26 befindet sich eine undatierte eigenhändige Bleistiftaufzeichnung (auf der Vorderseite des gleichen Blattes ein

als Bayer stark engagiert.<sup>11)</sup> Kann der Mann in dieser Sache noch auf die richtige Bahn kommen? Die Zeit verlangt einen linksgerichteten Zentrumsmann! Ein rechtsgerichteter Zentrumsmann sei für Wirkung im Innern schweres Bedenken und für die Fortsetzung des Verleumdungsfeldzuges der Gegner auch gefundenes Fressen.

Die preußische Trennung ist nicht unüberbrückbar. Bei Fehrenbach ginge das natürlich.<sup>24)</sup>

**Stresemann:** Bei der Kombination ist unerträglich das Ministerpräsidium Michaelis. In einem Staatsamt von dieser Bedeutung ist er ganz unmöglich. Elsaß-Lothringen: Nationalliberale wollen nichts während des Krieges. Aber wie sich Hertling festgelegt hat nach der anderen Seite, das ist doch sehr wenig erwünscht. Wirkung auf Friedensschluß sehr schlecht. Verfassungsfrage: Artikel 9; jemand zum Reichskanzler zu machen, der sich ausdrücklich festgelegt hat, das nicht zu machen, das geht nicht. Wir sind doch nun mal auf dem Wege dazu, wenn man auch nicht jetzt drängt. Zusammenhang zwischen Reich und Preußen darf nicht ohne weiteres aufgehoben werden.

**Südekum:** Keine Trennung. Militärpartei einzige Stütze.<sup>25)</sup>

trumsmann unerträglich, während bei Fehrenbach angängig.<sup>24)</sup>

**Stresemann:** Ministerpräsidium M. ganz unerträglich, weil im Amt von solcher Bedeutung unmöglich. Elsaß-Lothringen: Nationalliberale wollen während des Krieges nichts ändern. Da sich aber H. nach anderer Seite festgelegt, so ebenfalls wenig erwünscht, weil Wirkung auf Friedensschluß sehr schlecht. In den Verfassungsfragen nicht ganz übereinstimmend mit H. Immerhin: auf dem Wege zum Fortschritt, deshalb Drängen unnötig. Zusammenhang zwischen Reich und Preußen darf nicht aufgehoben werden.

**Südekum:** Die Trennung der beiden Ämter zurzeit verhängnisvoll. H. im Sommer Kandidat der Militärpartei, daher ernst[e] Bedenken.<sup>25)</sup> Jeder neue Mehrheitskanzler muß Kampf gegen Militär aufnehmen.

**Stresemann:**

1. Michaelis muß weg.
2. Hertling hat sich in der Sache Elsaß für Teilung unrichtig festgelegt / Änderung wäre Einbuße an Autorität.
3. Er hat sich gegen Art. 9 festgelegt, das geht nicht.

Es würde mir sehr schwer werden, mich für Hertling auszusprechen. Dazu kommt die Trennung der Ämter.

**Südekum:** Ich bin mit Erzberger u. Stresemann im Wesentlich[en] einverstanden / Im Juli 1917 Kandidat der Militärpartei.<sup>25)</sup>

**Junck:** Nennung des Namens tief geschmerzt wegen des Reichsgedankens. Hertling hat sich im Reichstag zur großen Rechten bekannt: Linksmehrheit und dann Rechtsmehrheit. Wenn Westarp das begrüßt, so ist das verständlich. Ausprägung des Föderalismus im Reiche. Sieg des Wittelsbachschen Gedankens. Betonung der Selbständigkeit der Einzelstaaten. Schwere Kämpfe unvermeidlich. Parlamentarisierung ist damit überhaupt erledigt. Artikel 9 ist der Brennpunkt aller dieser Gedanken. Außerdem Elsaß-Lothringen festgelegt; es ist gar nicht möglich, daß ein Kanzler damit

**Junck:** H. ist eine Gefährdung des Reichsgedankens. Hat sich im Reichstag zur großen Rechten bekannt, wollte Rechtsmehrheit zu schaffen suchen, solange Linksmehrheit drohte. Bei starker Betonung Selbständigkeit der Einzelstaaten erhebliche Kämpfe unvermeidlich. Parlamentarisierung damit überhaupt erledigt. Art. 9 Brennpunkt aller dieser Gedanken. H. wegen Festlegung in Elsaß-Lothringen unmöglich, denn er könne nicht abschwören, was er bisher gesagt habe.

**Junck:** Ausprägung des partikularistisch[en]<sup>26)</sup> / Sieg des Wittelsbacher Gedanken, der partikularistischen Selbständigmachung / Art. 9 / Elsaß

Vom Standpunkt der fortschrittlichen Entwicklung konnte uns etwas schlimmeres nicht geboten werden.

Telegrammentwurf vom 27. 10.) mit zahlreichen Streichungen und Redigierungen, in der es heißt, Hertling habe „den Vorzug Michaelis turmhoch zu überragen u. eine starke Reichstagspartei als Stütze zu haben“; trotzdem stelle seine Berufung aus folgenden Gründen „keine glückliche Wahl“ dar:

1. Er habe „den Alldeutschen weitgehendes Gehör gegeben“ und gelte als Annexionist; der „Ausschuß zur rasch[en] Niederwerfung Englands“ sei von ihm patronisiert worden.
2. Er habe „den Plan der Aufteilung von Elsaß[-]Lothringen statt Autonomie vertret[en]“.
3. Er gelte als „Partikularist“; die Alldeutschen hätten ihn „als Vertreter der Wittelsbacher gegen die Hohenzollern ausgespielt u. nach Berlin geschickt“.
4. „Er gilt als [gestr.: „im Stillen“] mit Czernin kooperierend u. wird wenn auch zu Unrecht als Kandidat Österreichs u. des Papstes verschrien“.
5. Er sei „nach all dem ein Staatsmann der politisch schillernd u. nicht klärend wirkt“.
6. Er sei „ein Greis u. von klappriger Gesundheit“.
7. „Er würde [gestrichen: „die Preußen“] bei einer Friedenspolitik die Alldeutschen sicher dazu führen das konfessionelle Vorurteil gegen den Frieden aufzurufen / [gestrichen: „Dem lieben“] Fehrenbach ist Hertling weit vorzuziehen.“

8. Er wirke „nicht als neuer Mann in Deutschland u. im Ausland“. — Dazu eine überarbeitete Reinschrift von fremder Hand im Nachlaß Haußmann 29 mit nachträglicher eigenhändiger Datierung: „Nov. 1917“.

<sup>25)</sup> S. dagegen Hertling S. 11 ff. (Brief Hertlings an seinen Sohn vom 18. 7. 1917): „... ich fühlte mich nicht stark genug, um den Kampf mit der O.H.L., id est Ludendorff, die sich unaufhörlich in die politische Leitung einmischte, durchzuführen...“. In der Aufzeichnung Bethmanns vom 14. 7. 1917, WUA 2 S. 154 f., heißt es, am 13. 7. 1917 etwa um 13 Uhr sei ihm durch Valentini mitgeteilt worden, „Hertling habe abgelehnt, teils aus Gesundheitsrücksichten, teils weil er in den maßgebenden Fragen, namentlich der Kriegszielfrage anderer Meinung sei als die Oberste Heeresleitung.“ — Vgl. auch Nr. 66 Anm. 4 und 5.

<sup>26)</sup> Bricht im Or. im Wort ab, wäre sinngemäß zu ergänzen: „des partikularistischen Gedankens“, oder ähnlich. Es erscheint jedoch auch möglich, daß eine Verschreibung vorliegt und Haußmann „Partikularismus“ schreiben wollte, da der erste Buchstabe des Wortes dem Schriftbild nach als P gelesen werden müßte. Die Frage ob Groß- oder Kleinschreibung ist allerdings bei Haußmann in vielen Fällen nicht eindeutig zu entscheiden.

beginnt, daß er desavouiert, was er hat in der Presse sagen lassen. Persönliche Sympathien, aber sonst sehr dagegen.

**Stresemann:** Was sagte Hertling über Helfferich? Noch nichts gesagt.

**Scheidemann:** Bei der Ernennung des neuen Reichskanzlers kommt es darauf an, wie das den Friedensgedanken fördern oder hemmen kann. Bei dieser Gelegenheit Mitteilungen über Amerika: Ein Schweizer sagte, dann von einem absolut zuverlässigen Menschen und dann durch Kurt Hahn:<sup>28)</sup> Alle stimmen darin überein: Wilson wäre froh, wenn er aus dem Krieg herauskommen könne. Das setzt bei ihm voraus: in Deutschland eine Regierung, der man im Ausland Vertrauen entgegenbringen kann. Die Erfahrungen sind in der Tat entsetzlich, Schriftstück veröffentlicht, sie haben noch viele Säcke voll von all diesen Dingen.<sup>29)</sup> Darin schwer kompromittierende Dinge. Daher: Regierung voll vertrauen, unter Mitwirkung von Volksvertretung. Dann: Wilson soll erklärt haben, er wäre froh, wenn die Deutschen verstünden, etwas zu machen ohne Druck vom Auslande. Nach außen müsse es wirken wie ein Signal. Sehr schwer, solche Leute zu finden.<sup>30)</sup> Es ist auch hart über Trennung der Ämter geurteilt worden. Aber daran kann die Sache nicht scheitern! Die Leute, die wir in erster Linie ins Auge fassen müßten, sind im Parlament: Fehrenbach und Payer. Da beständen dieselben Schwie-

**Scheidemann:** Bei Kanzler-Ernennung wichtig, abzuwägen, ob für Frieden günstig oder nicht. Mitteilungen über Amerika: sichere Quellen stimmen überein, Wilson wäre froh, aus dem Krieg herauszukommen; Voraussetzung: vertrauensvolle Regierung in Deutschland. Bisherige Regierung kompromittiert, viele Schriftstücke in Händen Amerikas.<sup>29)</sup> Wichtig, daß Kanzler-Ernennung nach außen wie ein Signal wirke. Passender Mann schwer zu finden.<sup>30)</sup> Trennung der Ämter scharf ablehnen, doch dürfe Sache daran nicht scheitern, weil gerade Parlaments-Kandidaten Fehrenbach und Payer sonst ausgeschaltet. H.'s Stellung gegen Art. 9 nicht erträglich. Beste Lösung: Vorschlag aus dem Hause heraus.

**Scheidem[ann]:**<sup>27)</sup> Wirk[un]g aufs Ausland spez. auf Amerika (Hahn).<sup>28)</sup>

Wilson möchte gern heraus / Dazu in D[eut]schl[and] Reg[ie]rung, der man vertrauen kann. Amerik[a] noch sehr viel belastendes Material.<sup>29)</sup> Wilson froh, wenn Deutsche aus sich heraus demokratisierten / Wegen Trennung nicht absolut festlegen. Für Fehrenbach u. Payer dieselben Schwierigkeiten / Vertreter des Reichskanzlers als preuß. Minister Vizepräsident / Kühlmann — Drews u. neuer Minister des Innern / Wenn amerik. Blut um Elsaß geflossen, so weit schwieriger.

Solf ein braver Mann, aber nicht unsere Sache ihn vorzuschlagen.

rigkeiten wie bei Hertling. Man kann sagen: Reichskanzler und Ministerpräsident und hat dann einen Vertreter in Preußen.

Es ist ein böser Zustand, daß wir mitwirken wollen und sehen dann als den Riegel den Artikel 9 an; dann kommt Hertling, der sich gerade dagegen ausgesprochen hat!!

Wenn erst amerikanische Truppen Blut vergossen haben für Elsaß-Lothringen, dann ist es schwer, aus dem Kriege zu bleiben.

Daher beste Lösung: Vorschlag aus dem Hause heraus! Wie kommen wir dazu, einen Mann außerhalb des Hauses zu nennen?

**Erzberger:** Wenn ich Trennung so stark in den Vordergrund gestellt habe<sup>27)</sup>, so ist das ganz selbstverständlich; denn das ist der wunde Punkt. Aus taktischen Gründen sollen wir Wert auf die Nichttrennung legen! Auch aus sehr großen sachlichen Gründen. Der Reichstag ist

**Erzberger:** Starke Betonung der Bedenken gegen Trennung geschieht aus taktischen Gründen<sup>31)</sup>, allerdings auch gewichtige sachliche Gründe. Reichstag bedeutet nur soviel wie auf der anderen Seite Reichskanzler. Vater des Trennungsgedankens Helferich.<sup>32)</sup> Dieser ist der

**Erzberger konnte geg[en] Hertling nicht gut etwas anderes in den Vordergrund stellen als Unmöglichkeit der Trennung zwischen Preuß. Ministerpräsident u. Reichskanzler.<sup>31)</sup> Helferich für Trennung, die ihm Haußmann wegen Prinz Max v. Baden suggeriert hat.<sup>33)</sup>**

<sup>27)</sup> Ab „Scheidemann“ im Or. mit Bleistift von fremder Hand; ab „Haußmann referiert über den Besuch bei Hertling“ wieder mit Tinte in Haußmanns Handschrift. Der Besuch liegt in der Zwischenzeit.

<sup>28)</sup> Kurt Hahn war während des Krieges zunächst englischer Lektor der offiziell dem Auswärtigen Amt angegliederten „Zentralstelle für Auslandsdienst“ und arbeitete vom Frühjahr 1917 bis Oktober 1918 unter Oberstleutnant v. Haefen in der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes. Vgl. Prinz Max S. 27, 29, 67 f. und Jäckh S. 462.

<sup>29)</sup> Für die im September 1917 vom amerikanischen State Departement veröffentlichten deutschen diplomatischen Dokumente vgl. Schult-hess 1917/II S. 904 ff.

<sup>30)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 108 ff. („Fürstliche Kanzlerkandidaten“) über seine Unterredungen mit den Fürsten Bülow und Hatzfeldt am 26. und 27. 10. 1917.

<sup>31)</sup> Haußmann hielt dieses taktische Vorgehen Hertling gegenüber für verfehlt. Vgl. Nr. 82 (Brief Haußmanns an Payer vom 2. 11. 1917).

<sup>32)</sup> S. dagegen Nr. 66 Anm. 4 und Anm. 11.

<sup>33)</sup> Für die Unterredung Haußmanns mit Helferich am 25. 10. 1917 vgl. Nr. 63a—d; aus dem Bericht Helferichs (s. Nr. 63a—c Anm. 40 und 62) geht hervor, daß Haußmann ihm gegenüber die Kandidatur des Prinzen Max zur Sprache gebracht hat, ohne jedoch die Frage der Ämtertrennung zu erwähnen.

soviel wie der Reichskanzler auf der anderen Seite.

Stärke des Reichstags ist nur vorhanden, wenn der Reichskanzler etwas zu sagen hat. Was wird geschehen? Helfferich ist der Vater des Gedankens!<sup>32)</sup> Helfferich ist der böse Geist. Es hat mich gereut, daß ich für den Nachtragsetat gestimmt.<sup>34)</sup> Es hat mich niemals etwas so gereut. Der Mann<sup>35)</sup> kann das gar nicht mehr machen! Persönlich schon schwach und kann gar nicht mehr sehen.

Bei der positiven Seite: Hertling könnte man als Vermittler beibehalten, ihm sagen, wen man vorschlägt. Da sollte man ruhig aus dem Parlament vorschlagen. Fehrenbach und Payer. Gewissen Wert würde Hertling darauf legen, daß man die Bedenken gegen Trennung ihn nicht allein vorbringen läßt.

**Stöve:** Wenn man Hertling gar nicht kennen würde, dann wäre schon bedenklich, daß er von Helfferich<sup>36)</sup> und Westarp<sup>37)</sup> empfohlen wird. Steht nicht auf unserem Programm. Elsaß-Lothringen. Reibungen würden sich vermehren durch Trennung der Ämter. Daher nicht der richtige Mann. Schon das, was hier erwähnt worden ist, große Rechte! Wirkung auf das Ausland ist nicht so groß, wie wir erwarten müssen.

Personenfrage: scheint [wiederum]<sup>38)</sup> in den Vordergrund zu kommen. Am besten wäre: Hertling sagt nein und würde dann aus sich selbst Vorschlag des Parlaments übermitteln. Diese letzte Möglich-

böse Geist. Es hat mich gereut, daß ich neulich für den Nachtragsetat gestimmt habe.<sup>34)</sup> Niemals vorher habe ich eine politische Handlung so tief bereut. Helfferich ist nicht mehr in der Regierung zu halten! H. wird ablehnen, man könnte ihn aber als Vermittler benutzen zur Übermittlung von Parlamentsvorschlägen.

**Stöve:** H. nicht auf unserem Programm. Elsaß-Lothringen. Reibungen infolge Ämtertrennung. Seine Absicht, große Rechte zu bilden. Keine Wirkung auf das Ausland. Vorschlag immer am besten nur aus Parlament.

Hertling soll jetzt zwischen Kaiser u. Reichstag vermitteln. Payer u. Fehrenbach ihm willkommen.

**Stöve** auch gegen Hertling u. für seine Vermittlung beim Kaiser / für Payer u. Fehrenbach.

keit sollen wir nicht vorübergehen lassen ohne Nennung von Namen aus unseren Reihen. Wenn unter den vielen Namen [sich]<sup>39)</sup> wenigstens einer gefunden hat, zu dem sich der Kaiser entschieden hat, warum dann nicht im Parlament einer?

**Gothein:** Gegen Hertling kaum mehr etwas zu sagen. Wäre sehr erwünscht, ihn für Vermittlung zu gewinnen. Aber wenn Kaiser Parlamentarier ablehnt? Wenn dann ein anderer kommt? Solz z. B. würde sich von der Mehrheit leiten lassen. Dann unbedingt notwendig, daß er sich verpflichten müßte, gleichzeitig kommissarische Staatssekretäre zu ernennen und auch Behandlung aller wichtigen Fragen in kollegialer Weise vorzunehmen. Das müßte auch Hertling gesagt werden. Schwere Bedenken gegen Trennung der Ämter. Viel zweckmäßiger wäre: Reichskanzler preußischer Präsident und dann Vizepräsident. Dazu Drews<sup>40)</sup> geeignet. Große politische Fragen muß Reichskanzler in Preußen selbst vertreten.

**David:** Wenn wir ohne schwere innere Konflikte in der nächsten Zeit durchkommen wollen, nur wenn das Reich geleitet wird im Sinne der Gesichtspunkte

**Gothein:** H. für Vermittlung vielleicht zu gewinnen. Aber wenn Kaiser einen Parlamentarier ablehnt? Jeder andere müßte dann sofort verpflichtet werden, kommissarische Staatssekretäre zu ernennen und alle wichtigen Fragen kollegial zu beraten. Zweckmäßig das auch H. sagen. Trennung der Ämter bedenklich.

**David:** Reichsleitung ohne Konflikt nur im Sinne der Mehrheit möglich, daher H. nicht geeignet. 1. Aufgabe: Linksmehrheit und darauf Regierungsaufbau. Parla-

**David** geg[en] Hertling / Kandidatur Fehrenbach bewegt sich auf korrekter Linie. Hertl[ing] nicht aus voller Überzeugung für Demokratisier[un]g.

<sup>34)</sup> Am 11. 10. 1917. Vgl. Nr. 46 Anm. 10.

<sup>35)</sup> Vgl. dazu Helfferich S. 505 und Valentini S. 179 f.

<sup>37)</sup> Für die zwiespältige Einstellung Westarps zu der Kandidatur Hertling vgl. Westarp II S. 484, 492 ff., 495, 496.

<sup>38)</sup> Im Stenogramm statt „wiederum“: „wiedergrund“. Der Schreibfehler, um den es sich hier eindeutig handelt, erklärt sich als eine

<sup>35)</sup> Hertling.

in der stenographischen Verhandlungspraxis gelegentlich vorkommende sogenannte „Dublette“; das kurz darauf folgende Wort „Vordergrund“ wirkt vor.

<sup>39)</sup> Im Stenogramm als „so“ oder „sie“ zu lesen.

<sup>40)</sup> Seit 5. 8. 1917 preußischer Innenminister.

der Mehrheitsparteien. Nur eine Regierung während des Krieges, die auf der Linie des Fortschritts gestützt auf eine Kombination, die sich einig ist. Daher ist die Persönlichkeit Hertling nicht geeignet. Er geht nicht fortschrittlich. Erste Aufgabe muß sein, die Linksmehrheit zu erhalten und darauf Regierung zu bauen. Die positive Seite: vom Parlament aus ruhig Vorschläge machen. In einem parlamentarisch regierten Land würde Fehrenbach der Mann sein. Er wäre sehr geeignet. Die Schwierigkeit mit Preußen würde zwar bestehen, aber da lassen sich Auswege finden.

Artikel 9 muß fallen. Wirkliche Reichsregierung muß geschaffen werden. Kollegial. Die Schwierigkeit der Lage liegt darin, daß ein Halbgott gefunden werden soll. Die Reichsregierung muß in allen wichtigen Fragen auf kollegiale Beratung gestützt werden; da steht Hertling wieder im Wege mit seiner Überzeugung.<sup>41)</sup> Der einzelne macht immer Fehler, aber ein Kollegium kann vieles!

Die Frage Helfferich muß nochmal gestreift werden. Freude über Erzbergers Äußerung. Hertling würde auf der Linie marschieren, die Linke aufzulösen unter Einfluß von Helfferich. Nochmal Namen von Wermuth<sup>43)</sup> nennen. Solf wäre noch zu nennen. Weltpolitisch erfahren und auch verständige Stellung während des Krieges.

**Fischbeck:** Hertling ist für uns erledigt. Wenn er verworfen wird, so wird [er] auf

mentarischer Vorschlag Fehrenbach sehr geeignet, für Schwierigkeiten in Preußen Ausweg vorhanden. Artikel 9 muß fallen, wirkliche Reichstagsmehrheit geschaffen werden. Kollegiale Regierung. H. dazu nicht zu bringen.<sup>41)</sup> Helfferich strebt Auflösung der Linken an, deshalb Entscheidung zu verwerfen. Solf möglich.

**Fischbeck:** H. erledigt, auch als Vertrauensmann zwischen Parlament und Krone

David auch für Kollegialisier[un]g<sup>41)</sup>, die Gothein angeregt hatte. Sieht auch in Helfferich den bösen Geist. Jetzt Stunde Helfferich abzuhalftern.<sup>42)</sup>

**Fischb[eck]** hält Hertl[ing] für nicht geeigneten Vermittler / evtl. auch für Solf.

der anderen Seite als Vertrauensmann zwischen uns und der Krone empfohlen. Ob das aber möglich sei, ist mir zweifelhaft. Er ist dazu wohl nicht geeignet. Ich zweifle auch, daß wir Namen nennen sollen. Der Kaiser scheint das nicht zu wünschen. Die Anbieten des Postens ohne Drängen auf Verständigung ist sehr bedenklich. Hertling hat einen anderen Weg eingeschlagen. Wenn es gelingt, an irgendeiner Stelle Namen zu nennen, dann dürfen wir nicht schweigen: beide<sup>44)</sup> sind gut. Auf der anderen Seite halte aufrecht: der Reichskanzler muß preußischer Ministerpräsident sein, und zwar nicht nur der Form nach, sondern wirklich kräftig.

Da ist unsere Politik insofern schwach, als wir zwei Nichtpreußen<sup>44)</sup> vorschlagen wollen. Ob das geht, das ist sehr schwer zu glauben. Kommt etwa Solf in Frage, dann wäre er der beste. Aber überlegen wollen wir uns, ob wir in der Weise neue Forderungen stellen: es ist in die Debatte geworfen worden, parlamentarische Staatssekretäre und dann kollegiale Verhandlungen. Das dürfen wir nicht als neue Punkte des Programms<sup>45)</sup> aufstellen lassen. Das würde gegen uns sprechen.

nicht empfehlenswert. Kaiser wünscht offenbar keine Namen. Anbieten des Postens ohne vorherige Verständigung neuen Mannes mit Parlament sehr bedenklich. Nachdrücklich betont, Einheit der Ämter, und zwar nicht nur in Form, sondern auch in Sache. Unsere Schwäche im Vorschlag zweier Nicht-Preußen.<sup>44)</sup> Solf erträglich. Warnung vor Erweiterung des Programms<sup>45)</sup> durch Forderung parlamentarischer Staatssekretäre und kollegialer Regierung. Programm jetzt nicht erweitern.

Beide Posten müssen vereinigt sein.  
Keine neuen Forderungen

<sup>41)</sup> Vgl. die bei Schulthess 1917/I S. 939 f. zitierten Ausführungen Hertlings im bayerischen Abgeordnetenhaus am 26. 10. 1917, in denen er sich „im Interesse der föderativen Grundgestaltung unseres Reiches“, unter Berufung auf Windthorst und Bismarck, gegen den Gedanken der Ministerverantwortung ausgesprochen hatte: „Manches in unserer Reichsverfassung mag der Änderung bedürfen, aber an der föderativen Grundlage unserer Reichsverfassung dürfen wir nicht rütteln lassen.“

<sup>42)</sup> Helfferich hatte dem Grafen Hertling bereits am Vortage brieflich seine Bereitschaft erklärt, zurückzutreten. Vgl. den bei Helfferich S. 510 f. abgedruckten Briefwechsel zwischen Helfferich und Hertling vom 28. 10. 1917.

<sup>43)</sup> S. Nr. 55a—c Anm. 52.

<sup>44)</sup> Payer und Fehrenbach; vgl. auch Nr. 71d.

<sup>45)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

**Rießler:** Neue Forderungen dürfen wir nicht aufstellen. Das würde in den weitesten Kreisen Mißstimmung gegen uns wecken. Aber die Änderung des Artikels 9 ist zweifellos von uns allen angenommen worden, Beschluß des Verfassungsausschusses.<sup>46)</sup> Was jetzt geschehen ist, sei ein Mätzchen, um dem Reichstag einen Stein in den Weg zu schieben. Neue Etappe des alten Wegs. Neuer Versuch, die Sozialdemokratie abzudrängen. Trennung der Gewalten solle dazu dienen. Da dürfen wir nicht mitgehen. Ich glaube nicht, daß wir nach Lage der Dinge Hertling als Vertrauensmann erachten können. Deshalb doch Bitte, Frage zu erwägen, ob nicht jetzt Zeitpunkt gekommen ist, wo wir ganz offen Antrag stellen, Führer der Parteien bei Kaiser. Sonst hören wir, daß, wenn Hertling ablehnt, irgendein anderer ernannt ist. Persönlich würde bereit sein, wenn wir gehört werden und gefragt werden, die beiden genannten Namen [vorzuschlagen].<sup>47)</sup> Aber wir machen das nicht als Bedingung, vielleicht noch mit anderen Namen. Auch da müssen wir uns hüten, daß wir allein die parlamentarische Macht vergrößern wollen. Nichts gegen Solf. Aber [bei] Besprechung mit ihm müßte allerdings das kollegiale [System] gefordert werden.

**Liesching:** Trennung ist nicht angängig zur Zeit. Das muß Hertling gegenüber in den Vordergrund gestellt werden. Das schlägt aber Fehrenbach und Payer tot. Dann käme Hertling doch vor. Bei der

**Rießler:** Keine Programm-Erweiterung. Änderung Art. 9 ist Beschluß des Verfassungsausschusses.<sup>46)</sup> Kandidatur H. neuer Versuch solcher Abdrängung, mithin ausgeschlossen; daher H. nicht Vertrauensmann. Deshalb erwägen, ob jetzt nicht offener Antrag bei Kaiser, Parteiführer zu hören, Persönlich für Fehrenbach und Payer, doch nicht Bedingung; nichts gegen Solf. Kollegiale Regierung unter der Hand abmachen.

**Liesching:** Trennung der Ämter zurzeit unmöglich; das wirkt aber gegen Fehrenbach und Payer. Wenn preuß. Wahlrecht reformiert, dann später Süddeutscher möglich, vorher kaum. Antiparlamentari-

**Rießler** stimmt dem zu. Versuch Hertl[ings] ist der alte Weg. Hertl[ing] nicht unser Vertrauensmann, der beim Kaiser vermittelt / Sollen offen verlangen, daß Kaiser die Führer empfängt.

**Liesching:** Süddeutsche jetzt nicht geeignet in Preußen Wahlrecht durchzusetzen. Entscheid[ung] für Arrang[ement] b[eim] Kaiser.

Wahlrechtsreform muß man die Stimmung in Preußen berücksichtigen. Wenn erst in Preußen allgemeines Wahlrecht wäre, dann wäre auch ein süddeutscher Kanzler möglich. Ich sehe Lage recht ernst an. Die antiparlamentarischen Strömungen sind am Hofe außerordentlich stark. Am Samstag hat er<sup>46)</sup> eine Ansprache gehalten! Zwei Stunden lang.<sup>47)</sup> Schlimmste Zeit seiner früheren Beredsamkeit. Ist mal wieder ganz oben. Er will vom Parlament gar nichts wissen. „Schwätzer“. Da müßte ihm Ernst der Lage vor Augen geführt werden. Da müssen die Parteiführer hingehen. Wir müssen das Ziel der Ruhe-und-Sicherheits-Herzstellen<sup>50)</sup> zu erreichen suchen.

**Keinath:** Das Parlament hat einen Erfolg erzielt: Michaelis ist weg. Aber jetzt können wir den Erfolg verlieren. Das wäre der Fall, wenn wir mit Namen kämen,

<sup>46)</sup> Vgl. Nr. 34 Anm. 10.

<sup>47)</sup> Im Stenogramm Fehlkonstruktion: „die beiden genannten Namen einverstanden sein“.

<sup>48)</sup> Der Kaiser.

<sup>49)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 117 f.: „Mitten in unsere Beratungen über die neue Reichskanzlerschaft hinein kam Erzberger [für die Ausführungen Erzbergers s. unten Nr. 71a—c; in Nr. 71d nicht erwähnt] am 29. Oktober vom Auswärtigen Amt mit folgenden Mitteilungen: Vor den versammelten Oberpräsidenten und Staatssekretären habe der Kaiser eine Rede gehalten, die ungeheures Aufsehen gemacht habe. Der Kaiser habe auf die glänzenden Siege in Italien hingewiesen und dabei betont, daß sie nicht nach den Rezepten von Hindenburg und Ludendorff errungen seien, sondern nach seinem Rezept. Es handle sich um glänzende Siege! Italien liege am Boden wie Rußland. Mit Frankreich werde man fertig werden, so daß es

sche Strömungen bei Hofe offenbar sehr stark, Lage daher ernst. Kaiser-Ansprache bei Vorstellung neuer Staatssekretäre Sonnabend 27. Oktober, 2 Stunden lang.<sup>49)</sup> Lebhaftige Ausdrücke gegen Parlament, 2. punischer Krieg usw. Wieder einmal ganz oben. Deshalb nötig, daß Parteiführer ihm Ernst der Sachlage persönlich erklären. Möglich, daß ohne Mitwirkung des Parlaments kein Kanzler zu finden ist.

**Keinath:** gegen Nennung von Kabinett.

später an unserer Seite sei. Wenn der Krieg zu Ende sei, werde eine Militärvorlage kommen, die alle Welt in Staunen versetzen müsse. Und dann komme der zweite Punische Krieg, in dem er an der Spitze stehen und England vernichten werde. Früher habe er daran gedacht, Albert wegzujagen und Belgien dem Reich anzugliedern. Davon sei er abgekommen, denn mit Belgien bekämen wir ja noch mehr Schwätzer und davon hätten wir längst genug in der Bude — im Reichstag. Der Kaiser hatte also noch einmal von dem zweiten Punischen Krieg, den er zu führen beabsichtigte, geschwätzt. Man war allgemein im Ausschuß der Meinung, daß das Wort „geisteskrank“ den Zustand Seiner Majestät nur sehr ungenügend kennzeichne. Das Gescheiteste wäre vielleicht gewesen, wenn man ihn damals in ein Sanatorium gebracht hätte.“ — Ferner Schiffer S. 60 f.

<sup>50)</sup> Bezieht sich sinngemäß auf die Valentini am 23. 10. 1917 überreichte „Verbalnote“ der Mehrheitsparteien Vgl. Nr. 57a—d.

ohne gefragt zu sein. Außerhalb des Parlaments können und wollen wir keine Namen nennen. Vor nicht langer Zeit wäre vielleicht Helfferich genannt worden: wenn wir das getan hätten, wären wir jetzt gebunden!! Aus dem Parlament ist das etwas anderes, da kennen wir die Männer. Wenn wir gefragt würden, dann könnten wir Namen aus dem Parlament benennen. Nennen wir sie aber heute, ohne gefragt zu sein, dann werde der Spieß umgekehrt. Wir können die frühere Bereitwilligkeit, auf Anfrage zu nennen, wiederholen, aber nicht mehr; dazu geht auch Hertling eventuell.

Auch beim Kaiser: wäre unter Umständen wirkungsvoll, wenn auch Gefahr einer Niederlage darin liegt. Wenn das abgesagt wird, dann ist Konflikt da! Den wollen wir eigentlich vermeiden. Ob nicht die Zeit ganz von selbst dazu führt, daß man Vertreter des Parlaments ruft, ist mir zweifelhaft, wenn die Unmöglichkeit kommt, daß ohne das kein Mann gefunden werden kann.

**Haußmann** berichtet: Besprechung hat sich teilweise so vollzogen wie Ebert berichtete.<sup>51)</sup> Stellung zu den vier Fragen. Erwidere, ob ich offen sprechen dürfe: Mir seien die Punkte wegen Elsaß-Lothringen und [Art.] 9 von großer Bedeutung; auch Trennung<sup>52)</sup> sei sehr gewichtig; ich könne mich nicht auf den Standpunkt stellen, daß es unter allen Umständen ein Preuße sein müsse, aber es seien sehr starke Bedenken überall vor-

**Haußmann**, der inzwischen seine Unterredung mit H. gehabt hat, berichtet: Vollzug ungefähr wie bei Ebert.<sup>51)</sup> Wegen Art. 9 und Elsaß-Lothringen sowie Trennung der Ämter<sup>52)</sup> starke Bedenken, auch Nuance parteipolitische Richtung nach In- und Ausland schlecht wirken. H. fragte, wen er dem Kaiser vorschlagen solle. Eindruck: H. will ehrlich wissen, ob er Unterstützung findet oder nicht.

**Haußmann** referiert über den Besuch bei Hertling.<sup>27)</sup>

handen. Auch die Nuance seiner parteipolitischen Richtung stelle große Bedenken dar. Seine Person nicht. Ein anderer im Zentrum würde jetzt die richtige Lösung bringen. Bei ihm komme sowohl im Innern als Ausland die andere parteipolitische Stellung ins Gewicht. Dann bitte ich Sie, nur noch zu sagen, wen ich vorschlagen soll?<sup>53)</sup> Wenn Sie das dem Kaiser sagen wollen, dann muß ich erst mit meinen Freunden reden. Es wäre ihm<sup>54)</sup> recht, wenn er die anderen Herren, mit denen er noch nicht gesprochen habe, wenn er die morgen auch hören werde. Ich sehe vor mir, wie das Gespräch mit den anderen verlaufen wird! Der Mann will ehrlich wissen, ob man ihn will und ob man ihn unterstützen will. Darauf kollektiv zu antworten, wäre vielleicht das Allerehrlichste und Einfachste. Aber dann müssen wir Namen nennen.

**Gothein:** Nach dieser Erfahrung ist diese Sache auf dem besten Wege. In allen Ländern ist es so, daß die beauftragten Männer Vorschläge machen. Die Frage ist jetzt direkt gestellt. Jetzt muß Hertling gebeten werden, dem Kaiser zu sagen, daß er Führer der Parteien direkt hört. Der Kaiser hat tatsächlich keine Ahnung von den inneren Verhältnissen Deutschlands. Ernährungsverhältnisse, Kohlen usw. Ohne Zweifel fraglich, ob man durch-

**Gothein:** Sache offenbar auf bestem Wege. Frage nach Kandidaten jetzt direkt an uns gestellt. H. solle Kaiser sagen, daß Parteiführer zu hören. Kaiser keine Ahnung von inneren Verhältnissen, Ernährung, Kohlen usw. Helferich muß aus dieser Stelle, kann beim Friedensschluß doch verwertet werden.<sup>55)</sup>

**Gothein:** zu Kaiser.

<sup>51)</sup> Vgl. oben und Nr. 71d.

<sup>52)</sup> Vgl. Anm. 31.

<sup>53)</sup> Fragesteller ist Hertling; der unmittelbar folgende Satz enthält die Antwort Haußmanns.

<sup>54)</sup> Hertling.

<sup>55)</sup> Zur Frage der Weiterverwendung Helferichs nach seinem von den Mehrheitsparteien geforderten Rücktritt, die bereits im Juli und August erörtert worden war, vgl. Nr. 9 und Nr. 31a bes. auch Anm. 9.

halten kann. Helfferich muß aus seiner jetzigen Stelle heraus. Kann beim Friedensschluß doch noch verwendet werden.<sup>55)</sup>

**Erzberger:** Staatssekretäre. Zwei Stunden geredet. Am letzten Samstag.<sup>56)</sup> Unter anderem gesagt: „Wir haben glänzend gesiegt, Sache steht ausgezeichnet.“<sup>57)</sup> Das habe ich gemacht, das ist meine Idee. Nach meinen Rezepten wird hier gesiegt. England niederwerfen. Dann wird eine Militärvorlage kommen, daß die Welt nur staunen wird. Dann setze ich mich an die Spitze von ganz Europa, [verbündet]<sup>58)</sup> mit Frankreich. Wir lassen Belgien frei denn sonst [bekommen] wir<sup>61)</sup> noch mehr Schwätzer in die Bude, wir haben schon genug Schwätzer.“ Wenn der Kaiser solche Auffassungen hat, dann müssen die Parteiführer eingreifen. Kaiser lehnt es nicht ab. Aber Schwierigkeiten: wenn alle miteinander hingehen, kommt niemand zum Worte, also nacheinander. Unter vier Augen kann man mit ihm sprechen. Nennt als Preußen Spahn. Belastet durch Belgien.<sup>65)</sup> Aber ist überholt, wenn er sich auf Reichstagsresolution stellt. Steht auf demokratischem Standpunkt. Wunsch nach Parteiführer. Nur über Lage sprechen.

**Stresemann:** Aus der Rede geht hervor, daß nur bei Einzelempfang etwas zu erreichen ist.<sup>66)</sup> Diesen Wunsch äußern wir; aber bieten keine Namensnennung an. Sonst bringen wir auch unsere Kol-

**Erzberger:** Kaiser am letzten Samstag<sup>56)</sup>: „Wir haben glänzend gesiegt, Sache steht ausgezeichnet.“<sup>57)</sup> Italien habe ich gemacht, meine Idee; nach meinen Rezepten wird dort gesiegt, Hindenburg nichts zu sagen. England niederwerfen. Dann wird eine Militärvorlage kommen, daß die Welt nur staunen wird. Dann setze ich mich an die Spitze von ganz Europa, verbündet mit Frankreich und wir beginnen 2. punischen Krieg. Wir lassen Belgien frei, denn sonst kommen noch mehr Schwätzer in die Bude. Wir haben noch genug Schwätzer.“ Bei solchen Auffassungen müssen Parteiführer eingreifen. Aber nur Einzelaudienz. — Als preußischer Zentrumsmitglied käme Spahn in Betracht, zwar Belastung durch Erklärung in Sachen Belgiens<sup>65)</sup>, aber sonst Boden der Reichstagsresolution, demokratischer Standpunkt.

**Stresemann:** Rede zeigt, daß nur bei Einzelempfang etwas zu machen.<sup>66)</sup> Unterredung gut, aber keine Namensnennung anbieten. Was Kandidaten anlangt<sup>67)</sup>, so kommt Süddeutscher zurzeit nicht in

**Erzberger:** zu Kaiser. Es ist nötig, denn er hat wieder am Samstag<sup>56)</sup> 1 zweistündige Rede gehalten[:] Jetzt haben wir die Italiener geschlagen<sup>57)</sup> nach meinem Plan nicht nach Ludendorff / dann wird eine riesige Militärvorlage / wir werden uns mit Rußland u. Frankreich gegen England wend[en] / den dreckigen Albert<sup>59)</sup> wollte ich weg haben<sup>60)</sup> / Ich habe schon genug Schwätzer im Reichstag. Er sprach vom 2. punischen Krieg, wie seinerzeit<sup>62)</sup> zu mir u. Südekum. Loebell<sup>63)</sup> ließ mir das sagen.<sup>64)</sup>

<sup>60)</sup> 27. 10. 1917. S. Anm. 49.

<sup>61)</sup> Bezieht sich auf die Offensive gegen Italien, die am 24. 10. 1917 begonnen hatte. Vgl. Kuhl II S. 198 ff.

<sup>62)</sup> Im Stenogramm: „Verbündete“. — Wie sich auch aus Nr. 71b ergibt, handelt es sich um einen Schreibirrtum.

<sup>63)</sup> Gemeint ist der König von Belgien.

<sup>64)</sup> Der Sinn ergibt sich aus Nr. 71a.b.

<sup>65)</sup> Im Stenogramm: „kommen wir“. — Schreibirrtum; gemeint ist: „bekommen wir“ oder u. U. auch: „kommen mir“.

<sup>66)</sup> Am 20. 7. 1917. Die Äußerung wird berichtet bei Erzberger S. 53 und bei Scheidemann, Memoiren II S. 56 (unter Berufung auf Ebert). Vgl. auch Helfferich S. 473 und Westarp II S. 473 f.

<sup>67)</sup> Friedrich Wilhelm von Loebell, preußischer Innenminister vom 18. 4. 1914—5. 8. 1917. Seit 21. 10. 1917 Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

<sup>68)</sup> S. dagegen Anm. 49. Wenn Scheidemann, der den Bericht Lieschings überhaupt nicht erwähnt, schreibt, Erzberger habe seine Informationen aus dem Ausw. Amt erhalten, so liegt wahrscheinlich ein Irrtum, u. U. auch eine Verwechslung vor. Im übrigen spricht Scheidemann von „den versammelten Oberpräsidenten und Staatssekretären“, was die Anwesenheit Loebells bei der Ansprache des Kaisers ohne weiteres erklärt.

<sup>69)</sup> Bezieht sich auf Spahns Äußerung im Reichstag am 5. 4. 1916. Vgl. Bredt S. 297; s. auch Nr. 40a.b Anm. 15.

<sup>70)</sup> Am 25. 10. 1917 teilte Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein — ein Schwager des Kaisers, der an diesem Tage in Berlin weilte — Stresemann mit, er „habe in Potsdam noch einmal versucht darauf hinzuweisen, daß eine Besprechung durch den Kaiser mit den Führern mindestens erwünscht sei“. Gleichzeitig bat er Stresemann um Auskunft, „ob eine Kandidatur Schorlemer für den Reichstag unüberwindlich erscheint. Mir würde er immer noch als der geeignetste vorkommen. Ohne zu wissen, ob seine Person für den Reichstag ein unüberwindliches Hindernis bildet, wollte ich ihn nicht fragen, wie er sich zu dem Programm der Mehrheitsparteien stellt.“ — Eigenhändige Ausfertigung des Briefes im Nachlaß Stresemann 175 (6884).

<sup>71)</sup> Zur Kandidatenfrage nahm Stresemann in einem Brief an den Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein vom 26. 10. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 175 (6884), mit dem er das Schreiben des Herzogs vom Vortage beantwortete (s. vorige Anm.), folgendermaßen Stellung: „Die Personenfrage ist allerdings noch immer wenig geklärt. Mir scheint rebus sic stantibus immer noch die Kandidatur Bülow die wünschenswerteste. Die Widerstände Sr. Majestät des Kaisers müssen meiner Auffassung nach hinter dem Gedanken zurücktreten, Ruhe und Frieden im Innern zu schaffen. Bülow ist unbedingt der Mann dazu. Die Kriegserklärungen, die die Sozialdemokratie an seine Person jetzt ergehen läßt, nehme ich nicht für tragisch. Bülow hat 1907 die Blockwahlen gegen Sozialdemokratie und Zentrum gemacht. Man kann von den Parteien, die er damals mit großer Energie bekämpft hat, nicht erwarten, daß sie ihn jetzt auf das Schild erheben. Sobald er aber da ist, werden sie sich mit ihm abfinden.

Wünschenswert erscheint es mir auch in hohem Maße, daß wir einen Gegenspieler gegen Czernin bekommen, da sonst die Gefahr besteht, daß die diplomatische Führung des Vierbundes von Berlin nach Wien verschoben wird. Damit geraten wir aber völlig in das pazifistische Fahrwasser und kommen schließlich zu einem Frieden, der uns noch mit Ausgaben für die Wiederherstellung Belgiens belastet, ohne uns irgendwelche Kriegs- oder Gebietsentschädigungen zu bringen. Die linksstehenden Parteien propagieren die Kandidatur Solf. Den Erfolg solcher Bestrebungen würde ich für äußerst bedenklich halten, denn ich halte S. weder als Persönlichkeit noch als Charakter zum Reichskanzler für geeignet. Solf und Kühlmann zusammen gäben eine eminente Einseitigkeit der auswärtigen Politik.

Irre ich nicht, so würde die Oberste Heeresleitung eine Kandidatur Bülows mit großer Genugtuung begrüßen. Auch Bayern soll seinen Widerstand aufgegeben haben. Unter all diesen Umständen würde es mir doch sehr ratsam erscheinen, negativ das Verbleiben von Michaelis zu bekämpfen und positiv die Hindernisse der Kandidatur Bülows zu beseitigen, falls nicht ein besserer Kandidat auf dem Plane erscheint.

Die Kandidatur Schorlemer begegnet, wie ich Ew. Hoheit bereits gestern kurz mitzuteilen gestattete, unüberwindlichen Schwierigkeiten, da Schorlemer wegen seiner Bekämpfung des preußischen

sich vergegenwärtigt, dann kommt kein Süddeutscher in Frage. Solange wir über Personenfragen<sup>67)</sup> nicht einig sind, so lange dürfen wir auch nichts anbieten. Dem Kaiser könne man persönlich sagen, daß es dem Frieden dienen würde, wenn mehr Parlamentarisierung käme aus Initiative<sup>68)</sup> heraus. Was Scheidemann sagte, ist wichtig. Wilson hat es schlecht gemacht, aber wenn Krone jetzt Initiative ergriffe, dann wäre es zu machen. Kaiser bitten, Parteiführer zu bitten, bevor Kaiser neuen Mann beauftragt.

**David:** Ich glaube, daß der Kaiser gesagt hat, was hier berichtet wird. Das zeigt auch die ganze Gefahr, in der wir leben. Also ist es unsere Pflicht, den Mann persönlich aufzuklären. Einzeln mit ihm sprechen. Dann haben wir wenigstens getan, was wir tun könnten. Wir sind dann vor dem Lande gerechtfertigt. Wenn eine solche Bitte abgelehnt wird, dann ist es keine Blamage für uns. Das ist die einzige Möglichkeit, den Mann richtig zu informieren. Wir sollen nicht sagen, bereit zu sein, Namen zu nennen. Aber die Frage wird kommen. Vorbereitet müssen wir sein. Da haben wir kein positives Resultat. Süddeutscher wäre an sich nicht unmöglich. Aber ich gebe zu, daß es die Sache schwierig macht.

mehr Parlamentarisierung. Amerikas Haltung bedeutsam.

**David:** Pflicht, Kaiser persönlich aufzuklären, dann wenigstens getan, was möglich, und vor Volk gerechtfertigt. Vorbereitet sein auf Namensnennung, aber nicht anbieten. Süddeutscher an sich nicht unmöglich, wenn auch schwierig.

**Südekum:** Ich werde Hertling sagen, daß die Situation nicht für ihn ist / zu Kaiser allein / Die Gründe Scheidemanns sind sehr gewichtig.

**Haußmann:** Gegen Besuch bei Kaiser sehr erhebliche Bedenken. Wir erreichen das gleiche, wenn Hertling gesagt wird, das, was Stresemann ausgeführt hat, daß die Lage nicht für ihn eine ausschlaggebende ist, wenn das Parlament auf diese Art erkennen läßt, daß es ihn im Augenblick nicht für richtig hält. Dann muß die Krone an uns kommen. Dann haben wir großen Sieg, weil ein erster Kandidat wieder zurücktritt, weil er nicht sich mit uns verständigen kann. Dann müssen wir eine Liste vorlegen. Wenn wir uns anbieten, dann können sich für uns unangenehme Dinge ergeben. Dann haben wir keinen Rückschlag zu fürchten.

Was die Namen anlangt, so höhnt die Tägliche Rundschau heute abend schon. Da kommen wir nicht weiter. Artikel 9 noch ins Programm<sup>45)</sup> aufzunehmen.

**Scheidemann:** Bedenken gegen das Besuch, Kaiserbesuch. Das kann er wohl ablehnen! Das ist zunächst keine Blamage, das kann aber eine Blamage werden. Wenn wir nämlich unser Verhalten danach nicht einrichten. Früher selbst einmal angeregt, zum Kaiser zu gehen.<sup>70)</sup> Aber wir hören,

Wahlrechts seinerzeit als preußischer Minister zurücktrat und deshalb seine Person bei der Linken fanatisch bekämpft werden würde. Er gilt außerdem als Vertreter der reinen Produzentenpolitik. Ich halte diese letztere Politik für die richtigste, viele der gegen ihn vorgebrachten Vorwürfe für unberechtigt, halte ihn auch für einen Mann großer Geschicklichkeit mit dem Auftreten eines Grandseigneurs, aber innerpolitisch ist die Sache augenblicklich nicht zu machen.“ — Auch in einem Eilbrief an Stubmann (Hamburg) vom 27. 10. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 176 (6885), heißt es, es „sei zu hoffen, daß Bülow durchgesetzt werde“. In einem Brief vom

**Haußmann:** Gegen Besuch bei Kaiser. Dasselbe durch H. zu erreichen. Es genügt, wenn wir augenblicklich negativ wirken, dann muß Krone an uns kommen. Tritt H. zurück, dann großer Sieg, weil anerkannt, daß ohne uns Regierung unmöglich. Dann Liste angeben von angenehmen und erträglichen Namen. Art. 9 noch ins Programm<sup>45)</sup> aufnehmen.

**Scheidemann:** Bedenken gegen Kaiserbesuch. Früher selbst einmal angeregt, zu Kaiser zu gehen.<sup>70)</sup> Bei jetziger Stimmung aber bedenklich. Was, wenn er nein sagt? Auf alle Fälle erst Kandidatenliste, ehe diese Anregung.

**Haußmann:** Bedenken gegen Besuch, u. Namen nennen. Besser ihn in der Verlegenheit zu lassen. Es genügt, durch unser Nein, den Auftrag Hertlings zu stoppen. Tägliche Rundschau höhnt heute schon, daß wir keine Namen wüßten / Die Besprechung hat gezeigt, daß es falsch ist sich auf die [...] <sup>69)</sup> Rest festzulegen. Programm<sup>45)</sup> / Artikel 9 d[er] R[eichs-]V[erfassung] / Eine Liste

**Scheidemann:** Gegen sich Anbieten zum Besuch / Zuerst eine Liste

gleichen Tage an den Prinzen Schönau-Carolath (Amtitz, Kreis Guben), Durchschlag im Nachlaß Stresemann a.a.O., betonte Stresemann, daß die Berufung von solchen Persönlichkeiten wie dem „gewiß als Person hoch achtenswerten sächsischen Staatsminister Grafen Vitzthum oder dem doch recht alten Fürsten Hatzfeldt“ ernsthaft nicht diskutiert werden könne.

<sup>45)</sup> D. h.: aus Initiative des Kaisers.

<sup>69)</sup> Im Or. unleserliches Wort.

<sup>70)</sup> Vgl. Nr. 9 bes. auch Anm. 26.

in welcher Stimmung er ist. Was denn, wenn er nein sagt? Dann stehen wir wie die dummen Jungen da. Dann bekommen wir Furcht vor der eigenen Courage! Wir müßten doch im Reichstag in der ersten Sitzung in der deutlichsten Weise reden. Wenn wir annehmen dürfen, daß er ablehnt, dann dürfen wir nicht diese Unterredung anregen. Man setzt sich den unglaublichsten Situationen aus. Ich möchte gewarnt haben!

In bezug auf die Liste: Das wäre die Voraussetzung, erst müßten wir Liste haben, ehe wir hingehen können.

**Erzberger:** Es geht in der Form, wie Haußmann vorgeschlagen hat: Hertling hat ihn gefragt, wen er vorschlagen soll. Da bleiben wir dabei: wenn wir gefragt werden, dann sind wir bereit, Namen zu nennen. Wir lassen dann ruhig Krone an uns herankommen. Auch nicht Wunsch, daß Parteiführer herangeholt werden. Über Liste können wir uns einigen. Graf Hertling durch Stresemann sagen lassen, man sei gern bereit, wie bei Valentini.<sup>71)</sup>

**Südekum:** Liste! Bedenken gegen Besuch. Gehe nicht zum Fürst.

**Ebert:** Verspricht sich vom Besuch beim Kaiser nichts. Was wir wollen, weiß der

**Erzberger:** Nur wenn gefragt, bereit, Namen zu sagen. Auch nicht Wunsch äußern, Parteiführer zu hören. Graf H. durch Stresemann sagen lassen, man sei zu Äußerung bereit, aber nicht mehr.

**Südekum:** Die Liste sei möglich, weil Männer vorhanden, die einzelnen Parteien angenehm, anderen erträglich seien. In erster Linie Parlamentarier, Hinweis auf Spahn. Bedenken gegen Kaiserbesuch. Sache so drehen, daß er kommen lassen müsse.

**Ebert:** Auch Bedenken, lasse sich jetzt nichts sagen. Neuer Konflikt möglich.

**Erzberger:** Es geht so wie Haußmann vorschlug. Aber Liste

**Südekum:** Gehe nicht zu deinem Ferscht, wenn du nicht gerufen werscht / Wir müssen zeigen, daß auf unserer Seite mehr Verstand vorhanden ist, als auf der anderen Seite vielleicht vorhanden ist / Roedern, Solf, Spahn, Payer, Fehrenbach beide ernsthaft für den Vizekanzler, Rantzau.<sup>72)</sup> Prinz Max

Kaiser. Wenn wir auch einzeln verhandeln. Bei der Stimmung, in der er ist, muß man ihm im wesentlichen Punkte widersprechen. Da kann man nicht wissen, wohin das führt. Das würde in neue Konflikte hineinsteuern. Dann müßten wir auch erzählen, was der Kaiser gesagt hätte, das würde Konflikte bringen. Deshalb sollte man vermeiden, auf die Unterredung hinzusteuern, brauchen Besuch<sup>71)</sup> nicht auszuweichen. Ich verspreche mir nichts davon. Verschärfung des Konflikts. Daran hat keiner von uns Interesse.

Gewiß ist es nicht zweckmäßig, Hertling Aufträge zu geben. Aber nachdem wir mit dem Mann ganz offen über die Lage gesprochen haben, warum soll man nicht auch noch Endstück machen und auch Namen geben. Die Frage stellt er ja. Wir haben uns vorbehalten, morgen ihn wieder zu sehen. Da müssen wir reden. Da ist es besser, eine Liste zu bringen. Da kann man offen kommen. So auch kann man auch Hertling allein imponieren. Sonst stehen wir vor vollendeter Tatsache.

**Stresemann:** Wenn Hertling sagen würde: Wollen Sie nicht zum Kaiser, würde ich sagen, dann würden sich die Parteiführer nicht entziehen.

Zuerst soll Liste festgestellt werden.

Dann notwendig, Äußerungen des Kaisers zu veröffentlichen, was unmöglich. An Verschärfung des Konflikts hat keiner von uns ein Interesse. H. kann man nach offener Besprechung der Lage ruhig Namen zum Weitergeben nennen. Nur Bekanntgabe von Liste schützt uns vor vollendeten Tatsachen.

**Stresemann:** Wenn H. fragt, ob Kaiserbesuch angenehm, dürfen wir uns nicht entziehen.

<sup>71)</sup> Vgl. Nr. 58, Nr. 59a—d und Nr. 63a—d.

<sup>72)</sup> Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Gesandter in Kopenhagen.

<sup>73)</sup> Nach dem Stenogramm Lesart „Besuch“ zweifelhaft; könnte auch heißen: „aber auch“ („brauchen aber auch nicht auszuweichen“).

**Junck:** Wir müssen Namen nennen.

**Erzberger:** Wir können nur Männer auf die Liste stellen, [über] die wir mit gutem Gewissen sagen können, ja, wir treten dafür ein.

Roedern. Solf. Spahn.  
Vizekanzler: Fehrenbach und Payer.  
Fehrenbach, Payer, Spahn.

**Erzberger:** Es kommt nicht so auf den Namen an als auf die Sache: ein Kabinett! Ein solcher Mann ist überhaupt nicht mehr zu beseitigen.

**Stresemann:** Man hat bisher vom Erfolg zu sprechen.<sup>75)</sup> Daraus ergibt sich eigentlich die Situation, daß auch der Zweite das nicht wagen wird. Auf diese Weise wird Fühlungnahme mit uns erfolgen. Das ist für uns der günstigere Standpunkt. Das ist für uns eigentlich die viel bessere Lage. Wenn wir vorgeschlagen haben, dann sind wir in der Hand des Vorgeschlagenen. Junck hat ganz recht: die Liste macht ganz schlechten Eindruck.<sup>76)</sup> Es steht hinter keinem das Parlament mit Freudigkeit. „Die Sache wird sich geschichtlich entwickeln.“

**Keinath:** Die Liste in zwei Teile trennen. Gegen die und die Herren wäre bisher noch kein Widerspruch sichtbar geworden.

Es wird dann der Versuch einer Listen-Aufstellung gemacht und die verschiedensten Kombinationen erwogen: Roedern, Solf, Spahn, Fehrenbach, Payer, Brockdorff usw. Auch angeregt, Fehrenbach und Payer zu Vizekanzlern zu machen.

**Erzberger:** Es kommt nicht auf Einzelnamen an, sondern auf Kabinettsbildung.

**Stresemann:** Wenn H. wegen Mangel an Verständigung zurücktritt, kann auch ein zweiter nicht ohne Verständigung annehmen. Das jetzt günstigster Standpunkt, denn wenn wir vorschlagen, dann sind wir in Händen des neuen Mannes. Ganze Liste kein guter Eindruck, weil Parlament nicht mit Freudigkeit hinter neuem Mann. Die Sache wird sich geschichtlich entwickeln.

**Keinath:** Liste in zwei Teile trennen:  
1. Parlamentarier von uns vorgeschlagen;  
2. solche, gegen die wenig Widerspruch,

Liste: Fehrenbach, Payer<sup>74)</sup>, Solf, Roedern, v. Kühlmann

**Junck u. Stresemann:** Bedenken gegen Liste wegen Solf u. Roedern.

**Keinath:**<sup>77)</sup> 2 Listen / für Parlamentarier, die ändern im Fall X. [Falls] sie von der andern Seite vorgeschlagen werden.

Wir können demnach akzeptieren, wenn sie von anderer Seite kommen.

**David:** Wegen der preußischen Sache müssen wir auf Leute außerhalb des Parlaments rekurrieren. Namen müssen wir überhaupt nennen! Wir sind verpflichtet, das Risiko zu übernehmen. Wenn die Dinge nachher kollegial gestaltet werden, dann haben wir Garantien gegen Mißgriffe.

**Südekum** weist darauf hin, daß noch keine Antwort von Valentini<sup>71)</sup> da ist.

**Gothein:** Wir können nur Parlamentarier nennen. Nur die kennen wir. Bei anderen müssen wir erst Bedingungen formulieren.

**Erzberger:** Da könnte ich mich anschließen. Für Payer und Fehrenbach können wir eintreten, aber sonst nicht. Oberst Hoffmann<sup>78)</sup> wäre z. B. ein geeigneter Mann. Namen nennen wir aber nur auf Wunsch des Kaisers. So kommen wir am besten durch.

<sup>74)</sup> Im Or. gestr.: „Spahn“.

<sup>75)</sup> Könnte statt „zu sprechen“ auch „gesprochen“ heißen. Die Worte sind im Stenogramm so ineinanderkorrigiert, daß keine eindeutige Entscheidung für eine der beiden Lesarten getroffen werden kann.

<sup>76)</sup> S. dagegen oben (Nr. 71a), wo Junck den Standpunkt einnimmt: „Wir müssen Namen nennen.“ Es braucht jedoch kein Widerspruch vorzuliegen. Nach Nr. 71c ist anzunehmen, daß Junck inzwischen nochmals das Wort genommen hatte. Seine Bedenken gegen die Liste waren offenbar wie die Stresemanns nicht prinzipieller Art.

die also annehmbar, wenn von anderer Seite vorgeschlagen.

**David:** Risiko bei Namensnennung müssen wir übernehmen. Kollegiale Regierung mindert Gefahr von Mißgriffen.

**Südekum** weist darauf hin, daß die von Valentini versprochene Antwort<sup>71)</sup> noch nicht da ist und Gelegenheit geben kann, Sache weiter zu betreiben.

**Gothein:** Nur Parlamentarier nennen, weil nur diese bekannt. Bei anderen erst Bedingungen formulieren.

**Erzberger** schließt sich an. Geeigneter Mann wäre Oberst Hoffmann von Ober-Ost.<sup>78)</sup> Namensnennung nur auf Wunsch des Kaisers.

**David:** Wir müssen das Risiko übernehmen.

**Gothein** }  
} nur Parlamentarier u. im  
} übrigen ist unsere Bitte ein-  
} gereicht.

**Erzberger** }

<sup>77)</sup> Vor Keinath im Or. gestr.: „Davi[d]“. — Der Name war wahrscheinlich als Sprecherangabe gedacht.

<sup>78)</sup> Der Name Hoffmann taucht in Verbindung mit der Kanzlerkandidatur in Erzbergers eigenen Niederschriften nicht auf und wird auch in der Literatur nicht in diesem Zusammenhang genannt. Erzberger hatte Hoffmann gelegentlich einer Frontreise im Frühjahr 1917 kennengelernt; vgl. WUA 7/II S. 217 und 249.

**Scheidemann:** Es ist auch Brockdorff<sup>72)</sup> genannt worden. Da ich ihn genauer kenne<sup>79)</sup>, so glaube ich, daß Rantzau<sup>72)</sup> ungewöhnlich gescheit ist, und es ist ein Unglück, daß der Mann hier gehaßt wird.

**Haußmann:** Was Prinz Max anlangt, daß Kollege Haas<sup>80)</sup> ihn für einen ausgezeichneten Mann erachtete.

**Fischbeck:** Max ist beliebt. Das ist wahr. Aber grade im Land Baden sagt man: Der Mann soll nicht verbraucht werden.

**Scheidemann** spricht für Brockdorff.

**Haußmann:** Prinz Max von Baden sehr empfohlen.

Die Erörterung über Liste dann abgeschlossen.

Neue Sitzung Dienstag, den 30. Oktober 1917, 12 Uhr mittags.

Es soll Hertling erwidert werden, wenn wir vom Kaiser gefragt werden.

<sup>79)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 7, 101, 103; WUA 7/I S. 217 f. <sup>80)</sup> Dr. Ludwig Haas, M. d. R. (Fortschrittli. Volkspartei) seit 1912.

71d: Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Zur Kanzlerkrisis. Interfraktionelle Besprechung am Montag, 29. Oktober, nachmittags 5 Uhr“.

Abgeordneter **Erzberger** erstattete Referat über seine Besprechung mit Graf Hertling und gab Kenntnis von der Denkschrift<sup>2)</sup>, die er über die Trennung des Reichskanzleramts vom Preußischen Ministerpräsidium dem Grafen Hertling überreicht habe.<sup>3)</sup>

Abgeordneter **Ebert** (Sozialdemokratie) erklärte in seinem Referat, daß Graf Hertling ihm gesagt habe, der Kaiser sei damit einverstanden gewesen, daß Graf Hertling sich vor Annahme des Reichskanzleramts mit Staatsmännern und Parlamentariern über die derzeitige Lage bespreche. Er habe erhebliche Bedenken gegen die Trennung der beiden Ämter geäußert.

Was Elsaß-Lothringen betreffe, so habe ihm Graf Hertling gesagt, daß er für die Schaffung eines Bundesstaates heute eintrete, aber daß diese erst in den Friedensverhandlungen durchgeführt werden könne, das sei kein Streitpunkt mehr.

Er (Ebert) habe darauf erwidert, daß er es für taktisch falsch halte, erst in den Friedensverhandlungen diese Frage zu lösen.

Graf Hertling habe sich für ein enges Zusammenwirken und In-Verbindungs-treten mit dem Parlament ihm gegenüber ausgesprochen. Ob ein Siebeneraus-schuß gewählt werden soll oder ein anderes Mittel, stehe noch dahin.

Er (Ebert) habe noch seine großen Bedenken dagegen vorgetragen, daß Michaelis die Wahlreform durchführen soll. Dieser habe kein Vertrauen und keine Autorität und müsse scheitern.

Abgeordneter **Haußmann** (Volkspartei) erklärte, daß nun schon der dritte Reichskanzler von der engeren Fühlungnahme spreche<sup>4)</sup>, daß das aber immer gesagt werde, um das tatsächliche Zusammenarbeiten von Reichstag und Reichs-regierung nicht eintreten zu lassen. Er habe erhebliche Bedenken gegen die Kandidatur Hertling wegen dessen Stellungnahme zu Elsaß-Lothringen und der Aufhebung des Absatzes 2 des Artikels 9 der Reichsverfassung. So sehr er die Wahl eines Zentrumsmannes begrüße, so halte er es bei der jetzigen Situation für innen und außen besser, wenn ein linksgerichteter Zentrumsmann berufen würde.<sup>5)</sup> Als solchen sehe er den Abgeordneten Fehrenbach an. Er habe um

<sup>1)</sup> Der Inhalt der Niederschrift ist z. T. verarbeitet bei Erzberger S. 293 f. Vgl. auch die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers.

<sup>2)</sup> S. Nr. 69.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 68.

<sup>4)</sup> S. Nr. 71a—c Anm. 23.

<sup>5)</sup> Vgl. Erzberger S. 293 f.: „Ernsthafter [vgl. Nr. 70 bes. Anm. 5] waren die Bedenken von Führern der politischen Parteien. Graf Hertling hatte sich als bayerischer Ministerpräsident gegen die Gewährung der Autonomie für Elsaß-Lothringen ausgesprochen, ebenfalls gegen die Aufhebung des Absatzes 2 des Artikels 9 der Reichsverfassung, wonach ein Mitglied des Reichstags nicht gleichzeitig Mitglied des Bundesrats sein kann, wodurch die Parlamentarisierung bisher unmöglich war. Von den Sozialdemokraten und Demokraten wurde die Wahl eines Zentrumsmannes zum Reichskanzler begrüßt, aber gefordert, daß die Situation einen mehr links gerichteten Zentrumsmann erheische; Hertling habe im Parlament nur bei der Rechten Rückhalt, vielleicht noch beim Zentrum; so würde er genötigt sein, sich an die Oberste

6 Uhr eine Besprechung mit dem Grafen Hertling und werde dann auch ihm gegenüber diesen Gedankengang zum Ausdruck bringen.

Abgeordneter **Stresemann** (nationalliberal): Michaelis kann unter keinen Umständen preußischer Ministerpräsident bleiben. Gegen die Kandidatur Hertling habe er bedeutende Bedenken. Nicht nur das hohe Alter und das schwere Sehvermögen des Kandidaten machten ihn stutzig. Hertling habe sich auch festgelegt in der elsäß-lothringischen Frage und müßte sein neues Amt mit Entschuldigungen und Zurücknahmen antreten. Auch in der Frage der Demokratisierung stehe Hertling zu weit rechts. — Gegen die Trennung der beiden Ämter habe er die größten Bedenken.

Abgeordneter **Südekum** (Sozialdemokratie) spricht sich scharf gegen die Trennung der beiden Ämter aus. Michaelis müsse als erledigt abgelegt werden. Hertling habe beim Parlament nur bei der Rechten Rückhalt, vielleicht noch beim Zentrum, nicht aber bei den übrigen Parteien. So müßte er Anlehnung an die Oberste Heeresleitung suchen und würde schließlich deren Gefangener werden.<sup>5) 6)</sup>

Abgeordneter **Junck** (nationalliberal) spricht sich gegen die Trennung der Ämter aus. Die Kandidatur Hertling sei der Sieg des Partikularismus und des Föderalismus. Die Gedanken des Hauses Wittelsbach würden damit verwirklicht werden.<sup>5)</sup> Er hätte die größten Bedenken gegen die Kandidatur Hertling.

Abgeordneter **Scheidemann** (Sozialdemokratie): Wie ist die Wirkung der Kandidatur Hertling auf das Ausland? Nicht günstig. Amerika stehe vor der neuen Frage, ob es praktisch in den Krieg eingreifen solle. Nach allen ihm gewordenen Mitteilungen<sup>7)</sup> würde Amerika nicht in den Krieg eintreten, wenn jetzt das deutsche Volk aus eigenem die notwendigen Reformen vollziehen würde. Wilson suche nach einem solchen Ausweg, wenn diesen selbst ihm auch Deutschland sehr [schwer] gemacht habe. Man möge darum einen Kanzler aus dem Reichstag nehmen. Er sei gegen die Kandidatur Hertling.

Abgeordneter **Erzberger** unterstrich, daß alle Redner gegen die Trennung der Ämter wären. Die Kandidatur Hertling würde er selbstverständlich begrüßen, aber nur, wenn Graf Hertling Reichskanzler und Ministerpräsident würde.<sup>6)</sup> Aus dem Reichstag seien nur zwei Kandidaten vorhanden: Payer und Fehrenbach, und diese könnten bei der heutigen Lage der Dinge nicht gleichzeitig auch Preußischer Ministerpräsident werden. Graf Hertling könne das wohl. — Die Bedenken, daß Graf Hertling die jetzige Mehrheit zu sprengen beabsichtige, könne er nicht teilen.

Abgeordneter **Stöve** (nationalliberal) ist gegen die Kandidatur Hertling. Graf Hertling werde die adligen und die konservativen Elemente im Parlament bevorzugen<sup>5)</sup> und zur Herrschaft zu bringen suchen und so die Gedanken Helfferichs nach einer neuen Parteibildung unterstützen.

---

Heeresleitung anzulehnen, und ‚würde schließlich deren Gefangener werden‘. Nationalliberale Abgeordnete erklärten, die Kandidatur Hertling sei der Sieg des Partikularismus und Föderalismus; die Gedanken des Hauses Wittelsbach würden damit verwirklicht; die adligen und konservativen Kreise im Parlament würden bevorzugt werden.“

<sup>5)</sup> Vgl. die andere Nuancierung in Nr. 71a—c.

<sup>7)</sup> Scheidemann beruft sich in erster Linie auf Kurt Hahn. Vgl. Nr. 71a und c.

Abgeordneter **Gothein** (Volkspartei) ist gegen die Trennung der Ämter und gegen die Kandidatur Hertling. Aber Graf Hertling könne die Vermittlung beim Kaiser übernehmen, um dem Kaiser einen anderen Kandidaten vorzuschlagen. Abgeordneter **David** (Sozialdemokratie) erklärt, die Kandidatur Hertling sei kein Fortschritt. Der Reichstag müsse einen Kandidaten nennen. Die Schwierigkeit liege darin, daß das jetzige Reichskanzleramt einen Halbgott verlange. Kollegiale Beratung müsse der neue Reichskanzler zusagen. Helfferich müsse unbedingt aus seinem Amte scheiden. Man müsse die Parlamentarisierung und Aufhebung des Absatzes 2 des Artikels 9 noch in das Programm aufnehmen. Abgeordneter **Fischbeck** (Volkspartei): Die Kandidatur Hertling scheint ihm erledigt zu sein. Man könne Graf Hertling auch nicht als Vermittler anrufen. Er (Fischbeck) sei gegen die Trennung der beiden Ämter. Payer und Fehrenbach müßten die Kandidaten des Reichstags bleiben. Das Programm dürfe jetzt nicht erweitert werden, weil das den schlechtesten Eindruck mache. Mit dem neuen Reichskanzler müsse man darüber sprechen.

Abgeordneter **Rießler** (Nationalliberal) ist der Ansicht, das Programm könne jetzt nicht erweitert werden. Man könne sich dafür aussprechen, daß die Führer der Parteien direkt zum Kaiser gingen. Diesem sollten dann nicht nur Parlamentarier genannt werden, man müsse sich auch noch nach anderen Kandidaten umschauen.

Abgeordneter **Liesching** (Volkspartei) wünscht keine Trennung der Ämter, ist aber für eine Audienz beim Kaiser.<sup>8)</sup>

Abgeordneter **Keinath** (nationalliberal) erklärt, das Parlament habe bis jetzt einen großen Erfolg erzielt. Michaelis sei fort, müsse aber endgültig ausscheiden. Der neue Reichskanzler habe sein Amt nicht angenommen, ohne sich vorher mit den Parlamentariern zu besprechen. Einen neuen Kandidaten dürfe man nur nennen, wenn der Kaiser ausdrücklich danach frage. Ein Besuch beim Kaiser erscheine ihm wirkungsvoll.

Abgeordneter **Haußmann** (Volkspartei) kehrte inzwischen von seiner Unterredung beim Grafen Hertling zurück. Er habe mit diesem offen gesprochen und ihm die starken Bedenken gegen die Kandidatur Hertling (Elsaß-Lothringen, Parlamentarisierung) vorgetragen, habe ihm auch gesagt, daß die Kandidatur Hertling ihm nicht gefalle wegen der Nuance der politischen Richtung innerhalb des Zentrums. Die heutige Situation erfordere einen mehr demokratisch gerichteten Zentrumsmann<sup>5)</sup>, damit der neue Kanzler wirklich freudig aufgenommen werde. Bei der Kandidatur Hertling sei dies nicht der Fall.

Darauf habe Graf Hertling gefragt: Wen soll ich denn Seiner Majestät vorschlagen?

Haußmann erwiderte, darüber müßte er erst Rücksprache halten mit seinen politischen Freunden und anderen Parteien.

In der weiteren Besprechung wurden die Bedenken gegen den Besuch beim Kaiser sehr lebhaft. Wenn der Besuch abgelehnt würde, führe es zum Konflikt, wenn der Besuch ergebnislos verlaufe, was bei der derzeitigen Stimmung des

<sup>8)</sup> Es ist bemerkenswert, daß Erzberger weder Lieschings noch seine eigenen Ausführungen in der Sitzung über die Ansprache des Kaisers am 27. 10. 1917 wiedergibt. Vgl. Nr. 70a—c.

Kaisers leicht anzunehmen sei, habe man wiederum den Konflikt.<sup>9)</sup> Man müsse die Sache so formulieren, daß, wenn der Kaiser dem Wunsche nach Rücksprache mit Parlamentariern Ausdruck verleihe, man diesen Wunsch alsbald erfülle.

Was die Kandidatenfrage betrifft, so ging man zunächst an die Aufstellung einer Liste, welche neben den Parlamentariern Fehrenbach und Payer Diplomaten und Staatssekretäre enthielt.

Abgeordneter **Erzberger** schlug aber vor, man möge ja nicht eine solche Liste aufstellen.<sup>6)</sup> Nur die Parlamentarier seien uns genügend bekannt, alle anderen Herren seien dies nicht, wohl der eine oder der andere, nicht aber alle.

Alle Herren einigten sich darauf auf Folgendes, falls der Kaiser nach einem Kandidaten frage:

1. Auf Wunsch des Kaisers sei man sehr gern bereit, geeignete Kandidaten zu nennen.
2. Von den Parlamentariern könnten als geeignete Kandidaten zunächst nur genannt werden die Abgeordneten Payer und Fehrenbach.
3. Es sollte aber dem Kaiser gesagt werden, daß, falls Seine Majestät einen anderen Kandidaten in Aussicht nehme, dieser beauftragt werden müsse, vor Übernahme seines Amtes sich mit dem Reichstag zu besprechen.

Hierdurch greife man in keinerlei Auswahlrecht des Kaisers in irgend einer Weise ein, man sei auf festem Boden und man spreche sich nicht für einen Kandidaten aus, den man nicht genügend kenne.

Sämtliche Mitglieder der Besprechung schlossen sich dem an.

Die nächste Sitzung findet Dienstag vormittag um 12 Uhr statt.

---

<sup>9)</sup> Vgl. bes. die in Nr. 71a—c wiedergegebenen Ausführungen Haußmanns, Scheidemanns und Eberts.

71e: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 29. 10. 1917.

3—8½ Uhr interfraktionelle Konferenz: Alle gegen Hertling und gegen Teilung von Reichskanzler und Ministerpräsident. Für Fehrenbach u. Payer u. andere Kandidaten gesprochen.

## 72.

## 30. 10. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

72a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup> Überschrift: „Sitzung vom Dienstag, 30. Oktober, 12 Uhr mittags“.

72b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 30. Okt. 1917 12 Uhr mittags“.

Anwesend: dieselben.<sup>2)</sup>

**Fischbeck**:<sup>3)</sup> berichtet über Mich[aelis].<sup>4)</sup> Majestät nicht von ihm trennen.<sup>5)</sup> Seinerseits zu dieser Trennung gekommen.<sup>6)</sup> Ein anderer solle die Reichsgeschäfte führen. Er namentlich mit Rücksicht auf Konservative leichter in Preußen Wahlrecht.<sup>7)</sup> Dagegen wollte er nicht weiter sprechen. Darauf zu Hertling. Dieser war erstaunt,

**Fischbeck**<sup>3)</sup> berichtet über eine Unterredung mit M.<sup>4)</sup>, der sagte, Kaiser wolle sich von ihm nicht trennen.<sup>5)</sup> Er sei seinerseits auf Vorschlag Ämtertrennung gekommen<sup>6)</sup>; Preußen beibehalten, weil dann Konservative Wahlrecht nicht so schwer bekämpfen würden.<sup>7)</sup> Darauf zu H., der erstaunt war, daß M. die Ämter-

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 72c und Nr. 105. Im Nachlaß Haußmann 25 befindet sich eine kurze eigenhändige Bleistiftaufzeichnung vom 30. 10. 1917, die jedoch nur den Bericht berücksichtigt, den Fischbeck dem Interfraktionellen Ausschuß über seine Unterredung mit Hertling und Michaelis erstattete. Die von Haußmann offenbar bei einer späteren Durchsicht seiner Aufzeichnungen mit Rotstift hinzugefügte Überschrift „Fraktion?“ ist irreführend. Vgl. ferner David, Kriegstagebuch, 30. 10. 1917.

<sup>2)</sup> Vgl. die Anwesenheitsliste in Nr. 71b. c. Außerdem Richthofen, der an der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 29. 10. 1917 nicht teilgenommen hatte.

<sup>3)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 30. 10. 1917, Abendblatt, berichtete, daß Hertling, der „gestern“ mit Westarp (bereits am 28. 10.), Ebert, Erzberger (am 28. und 29. 10.) und Haußmann gesprochen habe, „heute“ mit Trimborn (die Unterredung kam erst am 31. 10. zustande), Stresemann und Fischbeck sprechen wolle.

<sup>4)</sup> Die eigenhändige Aufzeichnung Haußmanns (s. Anm. 1) lautet: „Fischbeck referiert über seinen Besuch bei Michaelis der gesagt habe[:]

1. erfahrener Parlamentarier ins Parlament [„Parlament“ offenbar ein Schreibirrtum Haußmanns; gemeint ist: Reichskanzleramt]

2. er [Michaelis] wegen seiner Beziehungen zu den Konservativen in Ministerpräsidium / er sei auf die Idee Hertling gekommen —

Dann bei Hertling

nach seinem [es folgt ein unleserliches längeres Wort] komme nicht das Aufatmen, das das Land bedürfe.

Nun [könnte dem Schriftbild nach auch „nur“ heißen] dann ist für mich die Frage entschieden / Wer dann?

Ich antwortete, wir nennen wenn Majestät es wüßte Namen.

Im übrigen rechnete [Hertling] auf Übernahme der Ministerpräsidentenschaft durch ihn“.

<sup>5)</sup> Nach Westarp II S. 492 erklärte ihm Michaelis am 28. 10. 1917: „Seine Majestät lege aber entscheidenden Wert darauf, jetzt nicht ihn fallen zu lassen, um nicht der Mehrheit nachzugeben . . .“. Vgl. auch Valentini S. 177 und Helfferich S. 509.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 66 Anm. 4.

<sup>7)</sup> Vgl. Westarp II S. 494, über seine Unterredung mit Michaelis am 28. 10. 1917: „Zu meinem Bedauern müsse ich ja aber in Aussicht stellen, daß wir in der Wahlrechtsfrage mit ihm in Gegensätze kommen würden, die unvermeidlich seien, weil er, wie ich anerkenne, die Reform vertreten müsse. Wir wollten mitarbeiten, würden aber, soweit ich voraussehen könne, im Endergebnis dem gleichen Wahlrecht doch wohl kaum zustimmen können. Er erwiderte, daß

daß Mich[aelis] das<sup>8)</sup> erfunden hätte. Hat alles beschlossen. Das Programm würde er akzeptieren. Vertrauen? Die Vertrauensfrage mit Nein beantwortet. Das Land warte auf einen neuen Reichskanzler, der Frieden bringt; dazu sei er nicht der Mann. Dann lehne ich ab.<sup>9)</sup>

Hertling hat die Gründe der Trennung selbst eingesehen und rechnet schon damit, daß die Trennung nicht Platz greift. Hat schon mit selbständigem Vertreter in Preußen gerechnet. Kam auch mit der Frage: wen soll ich vorschlagen? Darauf habe ich in dem Sinne geantwortet, wie verabredet. Nur wenn der Kaiser selbst fragen würde.

(Ebert: Stresemann ist um 11 Uhr bestellt.)

[Fischbeck:] Habe auch<sup>11)</sup> mit Hertling über Parlamentarisierung gesprochen. Halbgott ist nicht da. Muß aufgelöst werden<sup>12)</sup> in selbständige Ministerien; dem widersprechen Sie aber gerade.

Stellung zu Artikel 9: während des Krieges könne nichts geändert werden.

Hertling hat gesagt, er habe sich schon längst für das autonome Elsaß-Lothringen entschieden, es seien ihm aber inzwischen wieder einmal Zweifel gekommen.<sup>10)</sup>

trennung erfunden haben wollte. Würde Programm akzeptieren und Vertrauen? Vertrauensfrage mit nein beantwortet. Land warte auf Reichskanzler, der Frieden bringe. H. könne das nicht. Darauf H., dann lehne er ab.<sup>9)</sup> H. hat Gründe gegen Ämtertrennung selbst gewertet und rechnet damit, daß Trennung nicht Platz greife. Kam auch mit der Frage, wen soll ich vorschlagen? Darauf im verabredeten Sinne geantwortet. In Frage Parlamentarisierung darauf hingewiesen, daß Reichskanzlei aufgelöst werden müsse in selbständige Ministerien, wogegen H. gerade sei. H.: Im Kriege könne nichts geändert werden. In Elsaß-Lothringen-Frage bekannte H. schwankenden Standpunkt.<sup>10)</sup>

er natürlich für die Vorlage eintreten müsse, die Vertretung im einzelnen freilich Drews überlassen wolle. Er lege großen Wert darauf, daß er wegen seiner Vertretung der Vorlage nicht gleich von Anfang an von unserer Seite scharf angegriffen werde, und daß wir uns deswegen auch nicht von Anfang an gleich innerlich mit ihm verfeindeten. Er beabsichtige hierüber noch mit Osten [Oskar v. d. Osten, konservatives Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses, seit 1900 Landrat des Kreises Königsberg (Neumark)] und einigen anderen, die er von früher gut kenne (Delbrück [Staatssekretär des Innern bis 22. 5. 1916]), zu reden; auch hoffe er immer noch, doch eine einigermaßen beträchtliche Minderheit in der Fraktion dafür zu gewinnen, daß sie auch auf dem Boden des gleichen Wahlrechtes mitmache. Letzteres erklärte ich für sehr unwahrscheinlich; dagegen glaube ich annehmen zu sollen, daß eine feindselige Stellungnahme von Anfang an wohl kaum zu befürchten sei; die Gefahr, daß der sachliche Gegensatz sich zu einem Konflikt zwischen ihm und der konservativen Abgeordnetenhausfraktion auswache, schein mir erst nach den Kommissionsberatungen, also frühestens wohl gegen Ende des Winters, bevorzustehen; man könne ja jetzt während des Krieges überhaupt nur von der Hand in den Mund leben.“

<sup>8)</sup> Die Ämtertrennung. Vgl. Nr. 72b.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 73 Anm. 22.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 71a—c bes. auch Anm. 11 und Nr. 71d.

<sup>11)</sup> Nach dem Stenogramm wäre auch die Lesart „Hat auch“ möglich.

<sup>12)</sup> Soll heißen: Die Reichskanzlei müsse aufgelöst werden . . . ; vgl. Nr. 72b und c.

Erzberger wird gebeten, daß Hertling dem Kaiser selbst sagte, was in dieser Sache geschehen sei. Es soll dem Kaiser die Erzbergersche Denkschrift überreicht werden.<sup>13)</sup>

**Stresemann:**<sup>3)</sup> Bei Michaelis nicht empfangen worden. Von Helfferich empfangen. Hertling wünsche zu sprechen. Bei Hertling: drei Viertelstunden. Auseinandergesetzt Unmöglichkeit der Trennung. Darauf kam er<sup>14)</sup> darauf, er wolle sich den Bedenken nicht verschließen. Vizepräsidenten in Preußen, so daß er nur Einleitungsrede zu halten haben würde.<sup>15)</sup> Das sei eine Lösung, die auch nicht möglich erschiene, weil preußische Vorlage sehr schwer sei.

Über Artikel 9. Er sei ein Mann, der sehr konzilient sei; aber Konzessionen mache er nicht. Die Unterredung hat ihn erleichtert. Ich werde Kaiser sagen, daß ich nicht auf das Vertrauen stoße, das nötig ist. Werde Mandat zurückgeben.<sup>9)</sup> Was soll ich sagen, wenn der Kaiser mich fragt, ob es nicht besser sei, wenn Michaelis bliebe. Er sah ein, daß das unmöglich sei. „Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis.“

**Ebert:** Nachdem Hertling erledigt ist, haben auch unsere Vorschläge Payer und Fehrenbach keinen praktischen Wert, weil die Konferenz auf dem Standpunkt steht, daß in Preußen ein Preuße sein müsse. Nach meiner persönlichen Ansicht wäre ein Süddeutscher nicht ohne weiteres ausgeschlossen. Die Sache vom deutschen Standpunkt aus behandeln!

**Richthofen:** Nicht prinzipiell gegen einen Süddeutschen. Derjenige, der das Wahlrecht durchsetzen muß, ist der König und nicht der Minister. Sonst geht es nicht. Man sollte sich nicht ganz festlegen.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 69 Anm. 1.

<sup>14)</sup> Hertling.

<sup>15)</sup> Der folgende Satz referiert die verneinende Antwort Stresemanns.

Erzberger wird gebeten, H. zu ersuchen, mit dem Kaiser zu sprechen und ihm Denkschrift Erzbergers zu übergeben.<sup>13)</sup>

**Stresemann:**<sup>3)</sup> ist von Helfferich empfangen und dann zu H.<sup>14)</sup> geschickt worden. Auseinandergesetzt Unmöglichkeit der Trennung. Darauf Frage, ob nicht in Preußen Vizepräsident möglich. Frage verneint. Art. 9.: H. sagte, er sei konzilient, mache aber keine Konzessionen. H.: Ich werde Kaiser sagen, daß ich nicht auf das Vertrauen gestoßen bin, das nötig ist; werde Mandat zurückgeben.<sup>9)</sup> Was solle er sagen, wenn Kaiser frage, ob denn nicht Michaelis bleiben könne. Darauf schroffe Ablehnung. H. erklärte, er sehe ein, daß das unmöglich sei.

**Ebert:** Nach Erledigung H. falle auch Kandidatur Fehrenbach und Payer. Bedauerlich, weil preußische Sache vom deutschen Standpunkt zu behandeln sei.

**Richthofen:** Nicht grundsätzlich gegen Süddeutsche. Wahlrecht nur durch König, nicht durch Minister durchsetzbar.

**Erzberger:** So weit gehen wir nicht, daß nur ein Preuße Reichskanzler werden könne unter diesen Umständen. Ein süddeutscher Demokrat ist jetzt nicht möglich. Aber es gibt ja auch mitteldeutsche Staatsmänner usw. Wenn gegen Hertling keine anderen Bedenken vorliegen, dann wäre er der Mann gewesen. Aber die Bedenken auf anderen Gebieten machen es auch Hertling unmöglich, anzunehmen.

Erzberger wird ermächtigt, den Dank der Versammlung an Hertling auszusprechen.

**Fischbeck:** Man kann nicht absolut sich auf den Standpunkt stellen, daß es ein Preuße sein müsse. Aber süddeutscher Demokrat hat es natürlich schwer.

**Erzberger:** Als Kanzlerkandidat tritt Posadowsky<sup>16)</sup> immer mehr in den Vordergrund. Oberste Heeresleitung ist sehr heftig gegen diesen vorgegangen. Man sucht offenbar einen Mann aus dem Reichstag. Wenn ein preußischer Ministerpräsident kommt neben Payer und Fehrenbach, läßt sich denken, daß er Vizekanzler wird und preußischer Ministerpräsident.

**Liesching:** Da müssen die beiden Männer aber sehr miteinander verbunden sein. Siamesische Zwillinge. Da kommt die Führung der preußischen Stimmen hinzu. Es wäre eine gequälte Kombination.

**Ebert:** Wir müssen konsequent bleiben in der Vertretung unserer Auffassung. Wir haben dargelegt, daß Trennung unmöglich erscheint bei Hertling. Jetzt können wir natürlich nicht ohne weiteres wieder umsatteln. Wenn der preußische Ministerpräsident und Vizekanzler ein selbstbewußter Mann ist, dann führt der Kanzler bald nur ein Schattendasein. Wir müssen den Vizekanzler wieder abschaffen.

**Erzberger:** Mein Vorschlag ist nur gemacht, weil wir keinen Kandidaten haben.

**Erzberger:** Süddeutscher freilich nicht ausgeschlossen, wohl aber zurzeit süddeutscher Demokrat. Wenn gegen H. nichts anderes vorgelegen hätte, dann wohl erträglich gewesen. Erzberger wird ermächtigt, den Dank der Versammlung dem Grafen H. für seine loyale Verhandlungsart auszusprechen.

**Fischbeck:** Süddeutscher nicht absolut ausgeschlossen, aber süddeutscher Demokrat kaum möglich.

**Erzberger:** Posadowsky<sup>16)</sup> tritt in den Vordergrund. Oberste Heeresleitung heftig gegen ihn. Man sucht offenbar einen Mann aus dem Reichstag. Preußischer Ministerpräsident neben Fehrenbach und Payer als gleichzeitiger Vizekanzler denkbar.

**Liesching:** Gequälte Kombination, weil Instruktion preuß. Bundesratsstimmen erschwerend wirkt.

**Ebert:** Nachdem bei H. erklärt, daß Trennung unmöglich, dürfen wir sie nicht selbst wieder empfehlen. Vizekanzleramt am besten wieder abgeschafft.

**Erzberger:** Vorschlag nur gemacht, weil Konstruktion schwierig, wenn, was am

<sup>16)</sup> Arthur Graf v. Posadowsky-Wehner, 1897—1907 Staatssekretär des Innern, seit 1912 Reichstagsmitglied (zunächst fraktionslos, später Deutsche Fraktion).

Es ist das beste: Außenpolitiker als Reichskanzler. Personen sind es drei: Kühlmann, Rantzau<sup>17)</sup>, Fürst Bülow. Wie denn aufziehen? Dann muß die Wahlreform erst eingebracht werden, wenn er 300 Stimmen vom Reichstag hat. Dann ist er auch in Preußen eine Nummer. Deshalb auch haben wir unseren alten Standpunkt: am besten für Reichskanzler nur Diplomat. Der neue Mann muß erst im Reichstag vorgehen und dann dort Vertrauensvotum holen. Dann kann auch Preußen nichts mehr machen. Programm ist wichtiger als Name.

**David:** Wichtig ist beides: Programm und Name. Wie sieht die Sache mit Kandidatur Fehrenbach-Payer aus? Man könnte sagen: Vizekanzler und Vizepräsident in Preußen sein. Dann würde Reichskanzler die Autorität in seiner Stellung behalten. Es kommt dann auch noch die Person dieses doppelten Vertreters in Betracht! Dann käme in Betracht: Diplomat. Da kommen wir sofort auf die Personen: Kühlmann, Rantzau, Bülow. Bülow ist für uns nicht erträglich. Kühlmann ist bei allem Vertrauen in allen innerpolitischen Dingen zunächst ein Neuling. Er selbst wünscht wohl auch, auf seinem Posten zu bleiben. Damit ist auch auswärtige Politik gedeckt. Am besten immer noch mein erster Vorschlag. Wer käme dann für die beiden Vizeposten in Betracht[?]

**Südekum:** schildert — — —<sup>18)</sup> Gegen Waldow.<sup>19)</sup> Weist auf Batocki<sup>20)</sup> hin.

**Richthofen:** Für den Vizepräsidenten käme Schiffer oder ein Zentrumsmittglied in Frage.

besten, ein Außenpolitiker Reichskanzler wird. Drei Kandidaten: Kühlmann, Rantzau<sup>17)</sup>, Bülow. Wie dann aufziehen? Dann Wahlreform erst, wenn 300 Stimmen im Reichstag Vertrauen ausgesprochen. Dann kann Preußen nichts mehr machen. Programm ist wichtiger als Namen.

**David:** Beides wichtig. Möglich wäre neben Fehrenbach und Payer ein Mann als Vizekanzler und gleichzeitig Vizepräsident in Preußen. Dann behalte Reichskanzler seine Autorität. Möglich unter solchen Umständen auch Diplomat. Bülow nicht erträglich, Kühlmann im Innern durchaus Neuling.

**Südekum:** Veränderungen nicht auf Kanzler und Ministerpräsident beschränken, in Preußen namentlich Waldow<sup>19)</sup> entfernen. Vorschlag mit Vizekanzler und Vizepräsident einleuchtend. Für beide Posten vielleicht Batocki.<sup>20)</sup>

**Richthofen:** Für Doppel-Vize evt. Schiffer oder Zentrumsmann.

<sup>17)</sup> S. Nr. 71a—c Anm. 72.

<sup>18)</sup> So im Stenogramm.

<sup>19)</sup> Wilhelm v. Waldow, seit August 1917 Staatssekretär des Kriegsernährungsamts und preußischer Staatsminister.

<sup>20)</sup> Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe, von Mai 1916 bis August 1917 Präsident des neugeschaffenen Kriegsernährungsamts.

**Erzberger:** Wir kommen nicht weiter. Entweder ein Parlamentarier oder Außenpolitiker. Was ist richtiger? Zuerst an Parlamentarier festhalten. Da haben wir zwei. Dann bleibt Kühlmann im Auswärtigen Amt. Da wäre der Gedanke von David ganz gut gangbar. Das muß ein Nationalliberaler sein; denn ein Konservativer nützt uns nichts in Preußen. Wenn die Nationalliberalen mitmachen, dann wäre es gut. Dr. Lohmann.<sup>21)</sup> Fühlungnahme mit den Nationalliberalen vom Preußischen Landtag.

**Stresemann:** Friedberg ist im Gegensatz zu Westarp gegen die Trennung. Das ist unsinnig:<sup>22)</sup> Einfluß des Reichs auf Preußen muß sein und ertragen werden. Das Reich ist wichtiger als Preußen. Andererseits sagt er aber auch, ein ausgesprochener Süddeutscher ist jetzt nicht zu ertragen. Wenn eine preußische Vorlage kommt und das gleiche Wahlrecht bringt, dann schließt er sich an. Dagegen spricht auch nicht der Ausgang der ersten Fraktionssitzung. Wenn etwas anderes gekommen wäre, dann wäre auch seine Stellung eine andere. Wenn drei Viertel mitgehen, dann geht es! Am besten wäre es ja, wenn Friedberg selbst es macht. Aber das wird schwer sein.

**David:** Wir nähern uns damit einem gangbaren Weg. Die Aufnahme des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus hängt nicht in erster Linie von seinem Preußentum ab, sondern von der Stellung der Parteien. Wenn die Mehrheit gesichert ist, dann ist seine Stellung sicher. Kommt ein Reichskanzler mit Vertrauensvotum des Reichstags und mit Mehrheit, dann ist alles gedeckt. Dann wäre Linksmehrheit im Preußischen Abgeordnetenhaus ebenso wie im Reichstag. Wir hätten dann ein klares Programm auch gegenüber der Krone.

**Erzberger:** Die Nationalliberalen sollten mit den Herren vom Landtage sprechen. Weil da eine Linksmehrheit im Abgeord-

**Erzberger:** Methodisch vorgehen: entweder Parlamentarier oder Außenpolitiker. Was leichter? Bei unseren beiden parlamentarischen Kandidaten bliebe Kühlmann im Auswärtigen. Vorschlag Davids gangbar. Vize müßte dann Nationalliberaler werden, vielleicht Dr. Lohmann<sup>21)</sup>, weil dadurch Konstellation in Preußen günstiger. Fühlung mit preußischen Nationalliberalen durch Stresemann nehmen.

**Stresemann:** Friedberg ist im Gegensatz zu Westarp gegen Ämtertrennung, will Einfluß des Reichs auf Preußen stärken, hält aber ausgesprochenen Süddeutschen zurzeit für unmöglich. Situation in preuß. nationalliberaler Fraktion so: wenn preußische Vorlage gleiches Wahlrecht bringt, dann schließt sich Friedberg an; dagegen bedeutet auch Ausgang erster Fraktionssitzung nichts. Wenn Friedberg mitgeht, sind drei Viertel möglich.

**David:** Aufnahme Reichskanzlers in Preußen nicht sowohl persönliche Sache als abhängig von Stellung der Parteien. Wenn Mehrheit gesichert, dann Stellung sicher. Also Versuch einer Linksmehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus. Dann klares Programm auch gegen Krone.

**Erzberger:** Wichtig, daß Stresemann mit Friedberg sofort spricht. Linksmehrheit in Preußen möglich. Ginge weit über Be-

<sup>21)</sup> Dr. Walter Lohmann, nationalliberal, seit 1908 Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses.

<sup>22)</sup> „unsinnig“ zweifelhaft; im Stenogramm nicht systemgerecht geschrieben.

netenhouse möglich wäre. Das geht weit über die Bedeutung des Augenblicks hinaus.

Für Waldow<sup>19)</sup> sollte man Kardorff<sup>23)</sup> nehmen<sup>24)</sup>, damit spaltet man die Freikonservativen.<sup>25)</sup>

Zentrum 103<sup>26)</sup>  
Nationalliberale 64<sup>27)</sup> (50)

Konservative<sup>28)</sup> 146  
Nationalliberale 15

Zentrum 5  
Freikonservative 40

Konservative <sup>29)</sup>	148	Nein <sup>32)</sup>	148
Freikonservative	54		40
Nationalliberale	73		17
Volkspartei	40		15
Zentrum	103		220
Welfen <sup>30)</sup>	12		
Sozialdemokraten	10(5-5) <sup>31)</sup>	Ja	223 <sup>33)</sup>

deutung des Augenblicks hinaus. Zusammenstellung voraussichtlicher Stimmen bei Wahlreform in Preußen:<sup>25)</sup>

Nein: <sup>32)</sup> 148	Konservative	Ja:
	40 Freikonservative	
	ca. 17 Nationalliberale	
	ca. 15 Zentrum u.	
	Unabhängige	
	<hr/> 220	223. <sup>33)</sup>

Möglich aber noch Spaltung der Freikonservativen, Übergehen der Unabhängigen zur Mehrheit, so daß eine Mehrheit von 20 Stimmen immerhin denkbar.

Stresemann verspricht sofortige Verhandlung mit Friedberg.

Schluß der Sitzung. Neue Sitzung Mittwoch 4 Uhr.

<sup>23)</sup> Siegfried v. Kardorff, freikonservativ, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses seit November 1909, Landrat des Kreises Lissa seit 1908.

<sup>24)</sup> Vgl. dagegen Nr. 72c (Stresemann wird als letzter Redner angeführt; Erzberger legt ihm den Vorschlag in den Mund, Kardorff für den Posten eines Unterstaatssekretärs im preuß. Staatsministerium vorzusehen).

<sup>25)</sup> Nach Nr. 72c wäre die folgende Berechnung des Abstimmungsverhältnisses im Abgeordnetenhaus nicht auf Erzberger, sondern auf Stresemann zurückzuführen.

<sup>26)</sup> Stärke der Zentrumsfraktion nach der Fraktionsliste 1914; vgl. A. Plate, „Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1914“, Berlin 1914, S. 336 f.

<sup>27)</sup> Die Fraktionsstärke der Nationalliberalen betrug nach Plate a.a.O. S. 334 f. 73 Abgeordnete. Wahrscheinlich ging die Berechnung zuerst von einer falschen Fraktionsstärke aus und wurde dann korrigiert.

<sup>28)</sup> Diese Aufstellung resümiert offenbar erste Überlegungen über die zu erwartenden Nein-Stimmen, die dann korrigiert wurden.

<sup>29)</sup> Diese Aufstellung enthält die Fraktionsstärke nach der Fraktionsliste 1914 (ohne Berücksichtigung der 3 keiner Fraktion angehörenden Abgeordneten); vgl. Plate a.a.O. S. 331 ff.

<sup>30)</sup> Irrtum des Referenten oder Südekums. Welfen gehörten dem Abgeordnetenhaus überhaupt nicht an. Gemeint sind die Polen.

<sup>31)</sup> D. h.: 5 Mehrheitssozialdemokraten und 5 Unabhängige.

<sup>32)</sup> Für die Aufschlüsselung der Nein-Stimmen vgl. Nr. 72c. Das Gesamtergebnis beträgt bei Erzberger jedoch 219, da er nur 4 (statt 5) Unabhängige berücksichtigt.

<sup>33)</sup> Das preuß. Abgeordnetenhaus hatte seit 1908 443 Mitglieder (vorher 433). Die Berechnung, die von dieser Gesamtstimmenzahl (220 + 223) ausgeht, berücksichtigt also keine etwaigen Stimmenthaltungen.

72c: Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Zur Kanzlerkrise, Interfraktionelle Besprechung am 30. Oktober mittags 12 Uhr“.

Abgeordneter Fischbeck (Volkspartei) berichtet, daß er heute vormittag bei Reichskanzler Dr. Michaelis<sup>2)</sup> gewesen sei, welcher ihm erklärt habe, der Kaiser wolle sich nicht von ihm trennen, darum habe er (Michaelis) die Trennung von Reichskanzleramt und Preußischem Ministerpräsidium vorgeschlagen. Der Kaiser sei auf diesen Vorschlag eingegangen. Für den Reichstag wolle er einen erfahrenen Parlamentarier berufen, der dann für Ruhe und Ordnung im Reiche sorgen könne, er bleibe preußischer Ministerpräsident wegen seiner Beziehungen zu den Konservativen, weil diese dann die Wahlreform nicht so scharf bekämpfen würden.<sup>3)</sup>

Abgeordneter Fischbeck erklärte letztere Annahme für sehr unwahrscheinlich. Michaelis bat ihn, sich mit dem Grafen Hertling in Verbindung zu setzen.

Abgeordneter Fischbeck referierte dem Grafen Hertling über diese kurze Unterredung mit Michaelis, der ihm darauf sagte, er sei überrascht davon, daß der Reichskanzler Michaelis auf den Gedanken der Trennung gekommen sei. Das Programm der Mehrheitsparteien würde Graf Hertling annehmen. Er rechne auch damit, daß die Trennung nicht Platz greifen würde und daß beide Ämter in seiner Hand vereinigt würden. Graf Hertling fragte dann, ob er Vertrauen bei der Fortschrittlichen Volkspartei finde, um sein Amt ruhig weiterzuführen. Abgeordneter Fischbeck erwiderte: Nein, das Land erwarte ein Aufatmen von der Lösung der jetzigen Krisis. Die politische Vergangenheit des Grafen Hertling und seine Rechtshaltung würden in den Reihen der Volkspartei eine solche freudige Aufnahme nicht sichern.

Graf Hertling antwortete, dann sei die Frage entschieden, er lehne das Reichskanzleramt ab, wen er aber dem Kaiser vorschlagen solle?<sup>4)</sup>

Abgeordneter Fischbeck erwiderte, das Parlament werde auf Wunsch des Kaisers Namen nennen, sei aber nicht in der Lage, nach der Haltung von

1) Vgl. die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers, sowie Erzberger S. 294.

2) Michaelis im Or. leicht handschriftlich unterstrichen.

3) Vgl. Erzberger S. 294: „Michaelis machte bei den demokratischen Abgeordneten am 30. Oktober einen letzten Versuch, das preußische Ministerpräsidium für sich zu retten: der entsprechende Vorschlag sei von ihm selbst ausgegangen, und zwar wegen seiner nahen Beziehungen zu den preußischen Konservativen; diese würden im Falle seines Verbleibens die Wahlreform nicht so scharf bekämpfen.“

4) Vgl. Erzberger S. 294: „Graf Hertling war überrascht, als er erfuhr, von wem der Vorschlag der Teilung der beiden Ämter ausging, und fragte den Vertreter der Demokratie, ob er das Vertrauen seiner Partei habe. Die Frage wurde rundweg verneint, worauf Graf Hertling erwiderte, daß er dann das Reichskanzleramt nicht annehmen könne. Ich erhielt hierauf vom interfraktionellen Ausschuß den Auftrag, den Grafen Hertling zu bitten, dem Kaiser selbst die Gründe der Ablehnung des Kanzleramtes mitzuteilen, da die Parteien zu den anderen Instanzen um den Kaiser kein Vertrauen hätten, zugleich aber auch Hertling zu danken, daß er den Wünschen der Parteien gemäß mit diesen eingehende politische Aussprache gepflogen habe.“

Valentini<sup>5)</sup>, aus eigenem solche Namen zu bezeichnen. Es sei sehr schwer, für den Reichskanzlerposten einen geeigneten Mann zu finden, da eigentlich ein Halbgoth dazu gehöre. Die Stellung des Reichskanzlers müsse in den einzelnen Ministerien aufgelöst werden.

Graf Hertling lehnte diese Auffassung ab. In der elsäß-lothringischen Frage habe er sich allerdings schon längst für diese Autonomie entschieden.<sup>6)</sup>

Abgeordneter Erzberger erhält nach längerer Debatte den Auftrag, dem Grafen Hertling den wärmsten Dank der Mehrheitsparteien zu übermitteln, daß er durch sein Verhalten vollkommene Klarheit geschaffen habe, daß er den Vertretern des Reichstags Gelegenheit gegeben habe, ihre Anschauungen zum Ausdruck zu bringen und daß er unter voller Berücksichtigung der Kenntnis dieser Anschauungen die [Übernahme]<sup>7)</sup> des Kanzlerpostens abgelehnt habe.<sup>4)</sup>

Ferner erhält Abgeordneter Erzberger den Auftrag, den Grafen Hertling zu bitten, daß er die Güte haben möchte, den Kaiser persönlich über die Gründe der Ablehnung aufzuklären, da man zu anderen Instanzen nicht das Vertrauen hätte, daß sie dem Kaiser mit der nötigen Klarheit sagen würden, daß Graf Hertling das Reichskanzleramt nicht annehme, weil er nicht das volle Vertrauen im Reichstag finde.<sup>4)</sup> Graf Hertling möge dabei auch die vom Abgeordneten Erzberger ihm übergebene Denkschrift über die Trennung des Reichskanzleramts vom preußischen Ministerpräsidium überreichen, mit dem Bemerkungen, daß in dieser Denkschrift die Grundauffassung der vier Parteien zum Ausdruck gebracht worden sei.<sup>8)</sup>

Dieser Auftrag wurde einstimmig und einmütig erteilt.

Abgeordneter Stresemann (Nationalliberal) referiert über seine Konferenz mit Staatssekretär Dr. Helfferich. Er hätte ihm kurz den Stand der Dinge mitgeteilt. Dem Grafen Hertling gegenüber<sup>9)</sup> habe er zum Ausdruck gebracht, daß er die Trennung der beiden Ämter für ganz unmöglich halte. Dies habe Graf Hertling anerkannt.

Er, Stresemann, habe auch Bedenken, daß ein Vizepräsident aus Preußen<sup>10)</sup> die nötige Autorität hätte, um die Wahlrechtsreform durchzuführen. Die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung sei absolut notwendig.

Worauf Graf Hertling erwiderte, bei allem Entgegenkommen mache er auf diesem Gebiet keine Konzessionen. Er, Graf Hertling, werde dem Kaiser sagen, daß er das Amt des Reichskanzlers nicht annehme und das Mandat zurückgebe,

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 63a—d.

<sup>6)</sup> Vgl. die andere Akzentuierung in Nr. 72a.b.

<sup>7)</sup> Im Or.: „Unternahme“.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 69 Anm. 1.

<sup>9)</sup> Stresemann war direkt von dem Besuch bei Hertling in die Sitzung gekommen, die bereits begonnen hatte. Vgl. Nr. 72a.b.

<sup>10)</sup> So im Or. Zu erwarten wäre sinngemäß: „in Preußen“. Vgl. auch Nr. 72a.b.

weil er nicht allgemeines Vertrauen gefunden habe. Graf Hertling habe dann gefragt, ob nun Michaelis bleiben könne.

Er (Stresemann) hätte demgegenüber mit aller Bestimmtheit betont, daß dies ganz unmöglich sei und die Gründe im einzelnen dargelegt.

Graf Hertling hätte dieser Auffassung zugestimmt und erklärt, daß er das Reichskanzleramt ablehne. Er habe zwar den Abgeordneten Trimborn noch nicht gesprochen, aber Trimborn komme zu spät.

Nach diesen Mitteilungen ging die Auffassung einmütig dahin, daß mit einer Kanzlerschaft des Grafen Hertling nicht gerechnet werden könne. Man stehe vor einer neuen Situation.

Abgeordneter **Erzberger**<sup>11)</sup> schlug nun vor, daß der Reichstag bei seinen Kandidaten bleiben möge, die er auf Wunsch dem Kaiser nennen werde. Der Kaiser möge diese ergänzen. Der Kaiser sei aber in seinen Beschlüssen nicht gebunden. Wenn er einen anderen Herrn beauftrage, so möge dieser nur Anweisung erhalten, zunächst mit dem Reichstag Fühlung zu suchen, um eine völlige Übereinstimmung herbeizuführen. Wenn dann der Reichskanzler sein Amt übernommen habe, sei erforderlich, daß er zuerst im Reichstag auftrete, daß hier der neue Reichskanzler durch ein Vertrauensvotum gestärkt werde und daß er dann im Landtag erscheine.

Der neue Kanzler könne die Ämter des Vizepräsidenten in Preußen und des Vizekanzlers im Reich in einer Person vereinigen, es müsse dann allerdings ein Preuße sein. Die Entscheidung liege bei der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses. Wenn ein nationalliberales Mitglied des Abgeordnetenhauses Vizekanzler würde mit der Bürgschaft, daß die große Mehrheit seiner Fraktion für das gleiche Wahlrecht stimme, so sei dieses in Preußen gesichert. Es würde sich dann im Preußischen Abgeordnetenhaus eine ähnliche Mehrheit bilden wie im Reichstag und damit sei die beste Garantie für ein glattes Zusammenarbeiten gegeben.

Abgeordneter **Stresemann** teilt mit, er habe mit dem Vorsitzenden der Nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses, dem Abgeordneten Friedberg, gesprochen. Dieser sei gegen eine Trennung der beiden Ämter. Der Reichskanzler müsse preußischer Ministerpräsident sein. Das Reich sei wichtiger als Preußen. Ein ausgesprochener Süddeutscher sei allerdings als preußischer Ministerpräsident nicht zu ertragen. Er, Friedberg, sei für das gleiche Wahlrecht. 15 bis 17 nationalliberale Abgeordnete des Landtages stimmten gegen das gleiche Wahlrecht oder würden sich vielleicht enthalten. Aus den verschiedenen Fraktionen des Landtages würde das heute wahrscheinliche Abstimmungsergebnis<sup>12)</sup> lauten: Gegen das gleiche Wahlrecht: Die Konservativen geschlossen mit 148 Stimmen, Freikonservative mit 40 Stimmen, Nationalliberale mit 17 Stim-

<sup>11)</sup> Nach Nr. 72a.b nahm Erzberger nach den Ausführungen Stresemanns insgesamt noch fünfmal, das Wort im Verlauf der Sitzung. Nr. 72c faßt seine verschiedenen Äußerungen zusammen wobei sich z. T. erhebliche Abweichungen in der Akzentuierung ergeben.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 72a.b bes. auch Anm. 25, 32 und 33.

men, Zentrum mit 10 Stimmen, Sozialdemokratie mit 4 Stimmen, insgesamt 219 Stimmen. Die Mehrheit, die für das gleiche Wahlrecht sei, würde also 224 Stimmen betragen. Eine Verbesserung dieser Mehrheit sei zu erreichen, wenn der freikonservative Abgeordnete Kardorff z. B. zum Unterstaatssekretär im Staatsministerium ernannt würde.<sup>13)</sup>

Abgeordneter Stresemann erhält und übernimmt diesen Auftrag, mit dem Abgeordneten Friedberg in diesem Sinne zu sprechen und in der morgigen Sitzung, nachmittags 4 Uhr, Bericht zu erstatten.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 72a bes. auch Anm. 23 und 24.

### 73.

#### 30. 10. 1917: Besprechung der Staatssekretäre und der preußischen Staatsminister

Nachlaß Heinrichs 20, Entwurf des Vortragenden Rats in der Reichskanzlei von Schlieben, maschinenschriftl. Abschrift mit eigenhändigen Korrekturen und Einschüben des Unterstaatssekretärs des preußischen Staatsministeriums Heinrichs.

Auf Einladung des Herrn Reichskanzlers fand am heutigen Tage eine Besprechung der Herren Staatssekretäre und preußischen Staatsminister über die jetzige politische Lage und die Frage des Kanzlerwechsels statt, den Vorsitz führte der Vizepräsident des Staatsministeriums Exzellenz von Breitenbach.<sup>1)</sup> Anwesend der Vizepräsident v. Breitenbach / die Staatsminister Dr. Sydow / Dr. Helfferich / v. Stein / Graf v. Roedern / v. Waldow / Dr. Spahn / Dr. Drews / Dr. Schmidt / v. Eisenhart-Rothe / Hergt

die Staatssekretäre Solf / v. Capelle / Rüdlin / v. Krause / Wallraf / Dr. Schwander. — Der Unterstaatssekretär des Staatsminist[eriums] Heinrichs / der Vortr. Rat in der Reichskanzlei R[egierungs-]Rat v. Schlieben.<sup>2)</sup>

Exzellenz von Breitenbach teilte mit, daß Seine Majestät am vergangenen Freitage den Herrn Vizekanzler Exz. Helfferich und ihn zur Besprechung der politischen Lage und der Frage des Kanzlerwechsels empfangen habe.<sup>3)</sup> Seine

<sup>1)</sup> Die folgende Anwesenheitsliste im Or. von der Hand Heinrichs' am linken Rande des Blattes. Die ursprüngliche Anwesenheitsliste, in der Helfferich und Roedern nicht unter den Staatsministern, sondern unter den Staatssekretären rangieren und in der Drews fehlt, ist gestrichen.

<sup>2)</sup> In der ursprünglichen Anwesenheitsliste: „in Vertretung des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei der Geheime Regierungsrat v. Schlieben“.

<sup>3)</sup> Vgl. Valentini S. 178: Am 25. 10. 1917 habe er dem Kaiser vorgeschlagen, „Eulenburg, Helfferich (als Vizekanzler) und Breitenbach (als Vizepräsident des Staatsministeriums)“ zu empfangen. „Die Audienz fand dann am 26. Oktober von 11.30 bis 1.30 Uhr in meiner Gegenwart statt. Die Lage hatte sich seit gestern insofern total verändert, als Michaelis, nachdem er von der sozialdemokratischen Partei eine erneute Absage erhalten, selbst zu der Überzeugung gekommen war, daß er sich als Kanzler nicht halten könne. Sein Plan, den Helfferich vortrug, ging dahin, den Grafen Hertling zum Kanzler ernennen und — da dieser als Bayer nicht Präsident des Preußischen Staatsministeriums sein könne — ihn (Michaelis) als solchen zu belassen. Die drei Herren führten übereinstimmend aus, daß sie diesen Plan als eine glückliche Lösung betrachteten. Der Kaiser erklärte sich schließlich einverstanden, und ich erhielt den Auftrag, mich nachmittags mit dem Grafen Lerchenfeld in Verbindung zu setzen, um festzustellen, ob Hertling bereit sein würde.“ Dazu Helfferich S. 509.

Majestät sei zunächst einem Kanzlerwechsel völlig abgeneigt gewesen, einmal aus persönlichen Gründen, weil der jetzige Herr Reichskanzler noch sein volles Vertrauen genieße und ferner, weil er der Ansicht gewesen sei, daß dem Drängen der politischen Parteien auf Beseitigung des jetzigen Kanzlers von ihm nicht Folge gegeben werden könne. Im Laufe der Besprechung habe er sich jedoch der Überzeugung nicht verschlossen, daß angesichts der Vorgänge im Reichstage ein Kanzlerwechsel am Platze sei, er habe es aber für zweckmäßig gehalten, Exz. Michaelis als preußischen Ministerpräsidenten zu belassen. Als neuer Reichskanzler sei ihm Graf Hertling vorgeschlagen und von ihm gebilligt worden. Seine Majestät habe daher den Auftrag gegeben, in dem Sinne vorzugehen, daß Graf Hertling Reichskanzler werde und Exz. Michaelis Ministerpräsident bleibe. In diesem Sinne<sup>4)</sup> habe nunmehr Exz. Helfferich<sup>5)</sup> mit den Parteiführern verhandelt.<sup>6)</sup> Er bäte ihn<sup>7)</sup>, hierüber zu berichten.

**Exzellenz Helfferich:** Die Trennung des Ministerpräsidentenpostens von dem Reichskanzleramt sei nicht als dauernde Einrichtung, sondern nur für kurze Zeit gedacht. Es spreche für sie der Umstand, daß die Wahlreform ein großes Maß von Arbeitslast für den Ministerpräsidenten mit sich bringen würde und daß Graf Hertling Bayer sei oder doch als solcher gelte und die allgemeine Ansicht in Preußen die sei, daß die Wahlreform nur von einem Preußen durchgeführt werden könne. Die Idee der Trennung läge daher sehr nahe.<sup>8)</sup>

Graf Hertling habe sich Bedenkzeit ausgebeten ohne bestimmten Termin und ohne ausdrücklich zur Bedingung zu machen, daß er zu einer Einigung mit den Parlamentariern käme. Es sei ihm nur überlassen worden, mit den Parlamentariern<sup>9)</sup> Fühlung zu nehmen.<sup>10)</sup> Das Ergebnis dieser Verhandlungen sei folgendes: Die Sozialdemokraten (Ebert)<sup>11)</sup> hätten Bedenken gegen die Person und die Parteistellung des Grafen Hertling. Er gehöre dem rechten Flügel des Zentrums an, habe immer konservative Anschauungen vertreten und neige mehr nach rechts als nach links. Er habe sich erst vor kurzem gegen die Aufhebung des § 9<sup>12)</sup> der Reichsverfassung, also gegen das parlamentarische System ausgesprochen und ebenso gegen die Errichtung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen.<sup>13)</sup> Ebert habe dem Grafen Hertling mitgeteilt, daß

<sup>4)</sup> Im Or. von Heinrichs gestr.: „sollte“; eigenhändig eingefügt: „habe nunmehr Exz. Helfferich“.

<sup>5)</sup> So im Or. Helfferich berichtet jedoch anschließend nicht über eigene Verhandlungen mit den Parteiführern, sondern über die von Hertling geführten, so daß es richtig heißen müßte: „habe nunmehr Graf Hertling“.

<sup>6)</sup> Im Or. Fehlkonstruktion: „verhandelt werden.“ — „verhandelt“ leicht mit Bleistift unterstrichen, daneben am linken Heftrand ein Fragezeichen. — Handschriftl. gestr.: „Die Verhandlungen seien von Exz. Helfferich [s. vorige Anm.] geführt worden, den“.

<sup>7)</sup> „ihn“ im Or. eigenhändig von Heinrichs eingefügt.

<sup>8)</sup> Vgl. Helfferich S. 509: „Wenn Herr Michaelis als preußischer Ministerpräsident im Amte blieb, so war überdies der fatale Eindruck, als ob er den Unabhängigen Sozialdemokraten geopfert werde, wenigstens einigermaßen abgeschwächt.“

<sup>9)</sup> Im Or. von Heinrichs gestr.: „zu verhandeln“; „Fühlung zu nehmen“ eigenhändig eingefügt.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 66 bes. auch Anm. 6.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 67 bes. Anm. 7, Nr. 68 und Nr. 71a—d.

<sup>12)</sup> D. h.: Art. 9 Absatz 2. Vgl. Nr. 71a—c Anm. 9 und 10.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 71a—c Anm. 11.

er auf eine achtungsvolle Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu rechnen habe. In der interparlamentarischen Konferenz seien vier Programmpunkte<sup>14)</sup> aufgestellt worden, welche der Wiederherstellung des Burgfriedens dienen sollten. Darunter befände sich weder die Aufhebung des § 9<sup>12)</sup> der Reichsverfassung noch die Errichtung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen, da über diese beiden Punkte keine Einigung unter den Parteien zu erreichen gewesen sei. Es würden also zwei nicht auf dem Programm stehende Punkte von den Sozialdemokraten hervorgehoben, um ihre Ablehnung der Kandidatur Hertlings zu begründen.

Die Sozialdemokraten hätten weiter Bedenken gegen die Trennung von Reichskanzler- und Ministerpräsidentenposten erhoben. Der tiefere Grund ihrer Abneigung gegen die Trennung liege jedoch darin, daß der Reichstag bei der Trennung keine direkte Einwirkung auf die Wahlrechtsvorlage mehr haben würde.

Von den Freisinnigen<sup>15)</sup> habe Graf Hertling die Abg. Haußmann<sup>16)</sup> und Fischbeck<sup>17)</sup> gehört. Ersterer sei der Ansicht gewesen, daß er die Trennung des Ministerpräsidentenposten[s] von dem Reichskanzleramt im Augenblick für das Gegebene ansehe. Gegen die Person des Grafen Hertling habe er jedoch ebenfalls schwere Bedenken erhoben wegen des § 9<sup>18)</sup> und Elsaß-Lothringens. Graf Hertling würde zu weit nach rechts regieren. Auch habe er vom evangelischen Standpunkt gegen ihn Bedenken. Seine Ablehnung des Grafen Hertling beruhe also weniger auf sachlichen Gründen (Trennung der Gewalten) als auf persönlichen.

Fischbeck habe im Gegensatz zu Haußmann die Trennung der Gewalten für ganz unmöglich erklärt, im übrigen aber ähnliche Gründe wie die Sozialdemokraten angeführt.

Stresemann<sup>15)</sup> habe sich, obwohl er anerkannt habe, daß Graf Hertling ein Mann von anerkanntem staatsmännischem Ruf sei, doch stark ablehnend gegen ihn verhalten und Bedenken aus seiner früheren Parteistellung sowie aus der beabsichtigten Trennung der Gewalten hergeleitet, ferner auch, weil die Sozialdemokratie ihm eine scharfe Gegnerschaft zu erkennen gegeben habe.

Mit Abgeordneten des Zentrums sei noch nicht offiziell verhandelt worden.<sup>19)</sup> Es sei bei ihnen kein Widerstand, sondern volle Unterstützung zu erwarten. Wieweit Bedenken gegen die Trennung der Gewalten vom Zentrum erhoben würden, sei noch ungewiß, es würde dies die am morgigen Tage stattfindende Besprechung mit dem Abg. Trimborn<sup>20)</sup> und anderen Zentrumsabgeordneten ergeben.

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

<sup>15)</sup> Im Or. mit Tinte unterstrichen.

<sup>16)</sup> Vgl. Nr. 71a—c bes. auch Anm. 24 und Nr. 71d.

<sup>17)</sup> Vgl. Nr. 72a—c.

<sup>18)</sup> Art. 9 Absatz 2 der Reichsverfassung.

<sup>19)</sup> Für die Unterredungen Hertlings mit Erzberger vgl. Nr. 66 und Nr. 68.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 75a—c.

Was die Konservativen anlange, von denen der Graf Westarp gehört worden sei<sup>21)</sup>, so sei der Eindruck der, daß die Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling von ihnen zwar nicht mit Begeisterung aufgenommen, daß sie sich aber immerhin damit abfinden würden.

Mit den Freikonservativen sei noch nicht gesprochen.

Graf Hertling sei heute noch nicht entschlossen, anzunehmen oder endgültig abzulehnen, morgen sei die Entscheidung zu erwarten.<sup>22)</sup>

**Exzellenz von Breitenbach:** Die Bedenken gegen die Trennung der Gewalten wären auch bei Seiner Majestät erörtert<sup>23)</sup> und<sup>24)</sup> es sei von ihm darauf hingewiesen worden<sup>25)</sup>, daß die beiden früheren Vorgänge<sup>26)</sup> sich sachlich durchaus nicht bewährt hätten. Jetzt müsse man aber doch die Trennung der Gewalten als einen Vorzug betrachten, da, wenn der Ministerpräsident über die Wahlrechtsvorlage feile, der Reichskanzler nicht mitzustürzen brauche.

Beabsichtigt sei nur gewesen, daß eine Fühlung mit den Parteien genommen werden sollte. An Verhandlungen über von den Parteien gestellte Bedingungen sei nicht gedacht worden; es scheine aber so, als wenn es doch jetzt soweit gekommen wäre; das sei ein sehr unerwünschter Zustand und der erste Schritt zur Parlamentsherrschaft.

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 66 bes. Anm. 13.

<sup>22)</sup> Vgl. Helfferich S. 511 f.: „Die Unterhaltung mit den Parteiführern stieß zunächst auf die Schwierigkeit, daß die Vertreter der Mehrheitsparteien, trotz der von ihnen heraufbeschworenen Kanzlerkrise, zum Teil von Berlin abwesend waren; vor allem war für das Zentrum nur der Abgeordnete Erzberger anwesend, dessen Verhältnis zu dem Grafen Hertling kein ungeübtes war und der bisher offen für die Kandidatur des Fürsten Bülow eingetreten war. Die Nachteile der Trennung des Kanzlerpostens und des preußischen Ministerpräsidiums wurden in den Vordergrund geschoben. Am Dienstag, 30. Oktober, erklärte deshalb Graf Hertling Herrn von Valentini und mir, daß er seine Mission als gescheitert ansehe und am Abend nach München zurückreisen wolle. Die Berliner Abendblätter erklärten die Kandidatur Hertling auf Grund seiner Besprechungen mit den Parteiführern für erledigt.“

Graf Hertling ließ sich jedoch dazu bestimmen, zunächst noch die für den nächsten Tag in Aussicht genommene Unterredung mit dem Zentrumsführer Trimborn abzuwarten; außerdem übernahm es der Staatssekretär von Kühlmann im Einverständnis mit den Herren Michaelis und Graf Hertling, auf die Führer der Mehrheitsparteien einzuwirken.“ Damit übereinstimmend Valentini S. 180 f., aus dessen Darstellung hervorgeht, daß Helfferich und er sich Hertling gegenüber auf die Behauptung stützten, Bülow habe seine entschiedensten Parteigänger Stresemann und Erzberger „durch das Versprechen von hohen Staatsämtern gewonnen“, so daß diese „alles daran setzen müßten, seine [Hertlings] Ernennung zu hintertreiben, um Bülow heranzubringen“. — Zu dieser Behauptung vgl. Nr. 64 Anm. 7. Ferner den Brief Stresemanns an Frhr. v. Maltzahn vom 15. 11. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 178 (6887), maschinenschriftl. Abschrift im Nachlaß Bauer 16, in dem es heißt: „Über den Eintritt irgendeines nationalliberalen Parlamentariers des Reichstags oder Abgeordnetenhauses in eine etwa unter seiner [Bülow's] Kanzlerschaft stehende Regierung ist zwischen ihm und mir auch nicht ein einziges Wort gesprochen worden. Die Behauptung, daß in bezug auf meine etwaige Übernahme eines Ministerpostens zwischen ihm und mir oder zwischen ihm und irgend jemand anderem auch nur ein Wort gesprochen wäre, ist vielmehr völlig aus der Luft gegriffen.“

<sup>23)</sup> Im Or. ursprünglich: „wären auch von Seiner Majestät geteilt“; eigenhändig von Heinrichs geändert.

<sup>24)</sup> „es sei“ eigenhändig von Heinrichs eingefügt.

<sup>25)</sup> Im Or. neben diesem Passus am linken Rande des Blattes ein handschriftliches Fragezeichen.

<sup>26)</sup> Vgl. Nr. 69 bes. auch Anm. 8 und 11.

Exzellenz **Helfferich**: Graf Hertling habe Verhandlungen über Bedingungen, unter denen er annehmen solle, nicht geführt. Er sei auch in seiner Entschließung gegenüber den ihm gestellten Bedingungen vollständig frei. Es sei lediglich mit den Parteien in Fühlung getreten worden, um festzustellen, wieweit Graf Hertling auf Widerstand stoßen werde.<sup>27)</sup> Allerdings sei zuzugeben, daß, falls er das Amt noch ablehnen sollte, ein gegenteiliger Eindruck erweckt würde. Dies geschehe jedoch ohne sein Zutun.

Exzellenz **Spahn**: Diese Auffassung könne nicht entstehen, da er noch vollständig freie Hand habe. Eine Einigung mit den Parteien halte er für nicht aussichtslos, da die Wahlrechtsfrage durch die Abtrennung des Ministerpräsidentenpostens für ihn ausscheide und er hinsichtlich der Papstnote, des § 153 der R.G.O.<sup>28)</sup> und des Arbeitskammergesetzes Zugeständnisse machen könnte. Sehr verübelt sei ihm in Kreisen des Zentrums worden, daß er zuerst Erzberger empfangen habe.

Exzellenz **Sydow** stellte die Anfrage, ob der § 153 bedingungslos aufgehoben werden sollte, worauf Exz. **Helfferich** erwiderte, daß bezüglich des § 153 nichts Näheres verlangt worden sei.

Exzellenz **v. Krause** spricht sich gegen die Trennung der Gewalten aus, einmal aus Gründen der Geschichte, ferner aus dem der Sozialdemokratie entgegengesetzten Grunde. Es müsse der Ministerpräsidentenposten mit dem Reichskanzleramte verbunden bleiben, damit der preußischen Politik ein größerer Einfluß auf die Reichspolitik erhalten bleibe. Gerade jetzt werde im Ausland Preußen in Gegensatz zu Deutschland gesetzt; dieser Eindruck würde noch verstärkt werden, wenn die leitenden Ämter getrennt werden.

Exzellenz **Sydow**: Eine Trennung der Gewalten auf die Dauer sei nach den Erfahrungen in früheren Zeiten nicht durchführbar, vorübergehend würde sie vielleicht aber annehmbar sein und eine gewisse Entlastung bringen. Selbstverständlich aber sei, daß der Reichskanzler zum preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt werden müßte<sup>29)</sup>, damit er die nötige Fühlung mit den preußischen Staatsministerien erhalte.

Exzellenz **v. Breitenbach**: Hielt auch die Trennung der Gewalten vorübergehend für möglich, aber auch gewisse Sicherungen dauernder Fühlungnahme zwischen beiden Ämtern für notwendig. Die Frage wäre, ob, wenn auf Trennung verzichtet und Graf Hertling beide Ämter übernehmen würde, dann ein Teil der Bedenken der Parteien entfallen, also eine Erleichterung geschaffen würde.

Exzellenz **Helfferich**: Erklärte, daß er mit dem Grafen Hertling hierüber nicht gesprochen habe. Was die Konservativen beträfe, so habe sich anscheinend Graf Westarp sehr zurückhaltend geäußert. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sie für die Trennung seien. Bei den Sozialdemokraten halte er den Widerstand gegen die Trennung für ein taktisches Manöver, weil sie den Grafen Hertling nicht wollten und glaubten, ihn dadurch unmöglich machen zu können. Erzberger sei anscheinend gegen die Trennung der Gewalten. Das Verhältnis

<sup>27)</sup> Im Or.: „zu stoßen habe.“ Eigenhändig von Heinrichs korrigiert.

<sup>28)</sup> Reichsgewerbeordnung. Vgl. Nr. 55a—c Anm. 56.

<sup>29)</sup> S. dazu Nr. 69 Anm. 6.

zwischen Erzberger und Hertling sei aber bekanntermaßen nicht immer sehr gut gewesen. Die Unterredung mit Trimborn<sup>20)</sup> sei deshalb sehr wichtig. Die Nationalliberalen widerstrebten der Trennung aus Grundsatz. Ob sie eine Erleichterung für den Grafen Hertling bedeute, sei sehr zweifelhaft.

**Exzellenz Drews:** Erzberger habe sich in sehr bestimmter Weise gegen die Trennung ausgesprochen. Den Konservativen sei ein bayerischer Ministerpräsident sehr unsympathisch. Sie hofften, wenn ein besonderer preußischer Ministerpräsident käme, daß dann Preußen größere Selbständigkeit in seinen Entschlüssen haben würde und eine Hinausschiebung der Wahlrechtsvorlage noch möglich sei.

Die Trennung der Gewalten sei an sich sehr unerwünscht. Unser ganzes politisches Leben würde beherrscht durch die Kluft zwischen den Majoritätsverhältnissen im Reichstage und im preußischen Landtage. Wenn eine Trennung erfolge, so würde auf der linken Seite der Argwohn genährt, daß die Kluft vergrößert würde. Auf der anderen Seite würde die Abneigung gegen den Reichstag in Preußen verschärft. Werde Hertling nicht Ministerpräsident, so könne eine Trennung als Provisorium in Kauf genommen werden. Vorbedingung aber sei, daß der preußische Ministerpräsident mit dem Reichskanzler voll übereinstimme und keine Politik treibe, die der im Reiche zuwiderlaufe. Die Gefahr bestehe, daß im Reichstage der Eindruck entstehe, daß die Staatsregierung der preußischen Wahlrechtsvorlage nicht den nötigen Nachdruck verleihen wolle, es müsse daher die Vorlage in einer Weise eingebracht werden, daß an dem Ernst und der festen Absicht der Regierung, sie auch gegen den Willen der rechten Parteien durchzudrücken, nicht gezweifelt werden könne.<sup>30)</sup> Der Kampf mit den Konservativen im Landtage sei einmal unvermeidlich. Er müsse daher von vornherein von dem Ministerpräsidenten mit vollem Nachdruck aufgenommen werden; dann sei das Provisorium möglich.

**Exzellenz Spahn:** Auch er halte die Trennung der Gewalten für möglich, wenn, wie er annehme, eine eingehende Besprechung zwischen dem Grafen Hertling und Exzellenz Michaelis stattgefunden habe und eine völlige Übereinstimmung erzielt worden sei.

**Exzellenz Helfferich:** teilt mit, daß beide Herren eine lange Unterhaltung gehabt<sup>31)</sup> und sich völlig ausgesprochen haben, so daß eine völlige Einigkeit zwischen ihnen erzielt worden sei.

Auch er sei an sich gegen eine Trennung der Gewalten, halte sie aber als Provisorium für möglich.

Für die Kandidatur des Grafen Hertling sprächen vielerlei Momente sowohl außen- wie innerpolitisch. Außenpolitisch sei auch Exz. v. Kühlmann der Ansicht, daß es auch im auswärtigen Interesse sehr günstig wäre, wenn Graf Hertling Kanzler würde; innerpolitisch müsse man doch zugeben, daß die jetzige Reichstagsmehrheit nur eine Zufallsmehrheit sei und daß sie sich nur bei der Friedensresolution in dieser Zusammenstellung zusammengefunden habe. Zweifellos werde an der Person von Exzellenz Michaelis Anstoß genommen.

<sup>30)</sup> Im Or. neben den folgenden beiden Sätzen am linken Rande des Blattes ein dicker senkrechter Bleistiftstrich.

<sup>31)</sup> Vgl. Helfferich S. 509.

Man sollte aber nicht den Eindruck einer Kapitulation vor den Mehrheitsparteien machen. Wenn Seine Majestät dem jetzigen Reichskanzler weiter sein Vertrauen schenke, so müsse er, wenn irgend möglich, gehalten werden.

**Exzellenz v. Breitenbach:** betonte, daß es für den Grafen Hertling sehr wertvoll sein würde, zu wissen, wie die Herren Staatssekretäre und Staatsminister über seine Kandidatur dächten.

Die Trennung der Gewalten habe es Seiner Majestät sehr wesentlich erleichtert, sich von dem jetzigen Herrn Reichskanzler zu trennen.

**Exzellenz Sydow:** Die Trennung der Gewalten sei nur denkbar, wenn der neue Reichskanzler zugleich Mitglied des preußischen Staatsministeriums werde. Dies müsse ausdrücklich ausgesprochen werden, damit der Einfluß Preußens auf die auswärtige Politik<sup>29)</sup> gewahrt würde, was für die Frage der Vorbereitung des Friedens von großer Bedeutung sei.

**Exzellenz Graf Roedern** hat Bedenken gegen die Trennung beider Ämter auch als vorübergehende Maßnahme und schließt sich den Ausführungen von Exz. v. Krause an. Er sähe nicht ein, warum Graf Hertling nicht auch preußischer Ministerpräsident werden solle, ebenso wie es Fürst Hohenlohe gewesen sei, da die Staatsangehörigkeitsfrage bei beiden gleich läge.

**Exzellenz Hergt** teilt mit, daß er und der Minister des Innern sich mit dem Herrn Reichskanzler ausführlich über die Frage ausgesprochen hätten und sie zu der Überzeugung gekommen seien, daß die Trennung der Gewalten als vorübergehende Maßnahme möglich und sogar die glücklichste Lösung sei, besonders der Krone gegenüber, damit nicht der Eindruck erweckt werde, als ob die Krone einer Pressuren der Mehrheitsparteien nachgäbe. Dieser Ansicht tritt

**Exzellenz von Waldow** bei.

**Exzellenz Helfferich** bemerkt, daß bisher für den Grafen Hertling Vorbedingung für die Annahme des Kanzleramtes gewesen sei, daß er nicht zugleich Ministerpräsident werden müßte. Möglich sei es ja allerdings, daß inzwischen eine Wandlung in dieser Hinsicht sich bei ihm vollzogen habe.

**Exzellenz Drews** betont, daß es in Preußen nicht verstanden werden würde, wenn Graf Hertling preußischer Ministerpräsident würde.<sup>32)</sup>

**Exzellenz v. Breitenbach** faßte die überwiegende Ansicht der Herren Staatsminister und Staatssekretäre dahin zusammen, daß die Trennung der Gewalten nicht nur als vorübergehende Maßnahme möglich, sondern unter den jetzigen Verhältnissen sogar als erwünschteste Lösung zu begrüßen sei.

Schwierig würde die Sachlage nur, wenn Graf Hertling zu der Auffassung käme, daß er den Posten als preußischer Ministerpräsident anstreben müsse, um das Reichskanzleramt übernehmen zu können; dann wäre die Lage kritisch.

**Exzellenz Schmidt** hat nach einer früheren Besprechung mit Graf Hertling den Eindruck gewonnen, daß die Frage der Trennung der Gewalten für ihn bei seiner früheren Ablehnung des Reichskanzlerpostens<sup>33)</sup> von Einfluß gewesen sei. Er hält es für erwünscht, daß in der heutigen Besprechung zum Ausdruck

<sup>32)</sup> Neben diesem Absatz im Or. am linken Rande des Blattes ein senkrechter Bleistiftstrich.

<sup>33)</sup> Vgl. Nr. 66 Anm. 5.

gebracht werde, den Herren Staatsministern und Staatssekretären erscheine es erwünscht, daß Graf Hertling das Reichskanzleramt übernehme.

Exzellenz von Breitenbach erklärt sich bereit, dem Grafen Hertling mitzuteilen, daß die Herren Staatssekretäre und Staatsminister seine Reichskanzlerschaft freudig begrüßen würden, da die Beseitigung der großen politischen Schwierigkeiten davon erhofft würde.

Exzellenz Sydow betonte, daß er es direkt für ein Unglück ansehen müsse, wenn Graf Hertling jetzt nach der Verhandlung mit den Parteien zu einer Ablehnung käme, da dann gar nicht abzusehen sei, wie die großen politischen Schwierigkeiten bei der Ernennung des neuen Reichskanzlers überwunden werden sollten.

Exzellenz Helfferich erwähnt, daß er den Grafen Hertling bereits darauf hingewiesen habe, daß er sich ernstlich überlegen müsse, wie die Sache weiter laufen solle. Ein Mann, der allen Parteien gefalle, sei nicht vorhanden, bei anderen lägen die Verhältnisse noch schwieriger. Er hofft, daß Graf Hertling trotz der von den Parteien erhobenen Bedenken zur Übernahme des Amtes kommen würde.

Exzellenz Wallraf hält es für dringend erwünscht, daß die Krisis möglich[st] bald gelöst werde, da sich sonst die Situation immer mehr verschlechtere und die Stellungnahme der Parteien eine immer schroffere würde.

gez. v. Schlieben.

#### 74.

### 30. 10. 1917: Unterredung des Abg. Erzberger mit Staatssekretär von Kühlmann

74a: Nachlaß Erzberger 22, eigenhändig mit Tinte. Ohne Datum und Überschrift.<sup>1)</sup>

1. Trennung von R[eichs-]K[anzler] & M[inister-]P[räsident] tritt nicht ein.
2. Elsaß-Lothringen wird Bundesstaat.
3. § 9 Abs. 2<sup>2)</sup> steht nicht im Programm.
4. Praktisch: Michaelis — E[ntlassungs-]G[esuch] angenommen  
           Friedberg — V[ize-]P[räsident]  
           Helfferich — E[ntlassungs-]G[esuch] angenommen.  
           Kardorff — U[nter]-St[aa]tssekretär<sup>3)</sup>  
           Dove — H[andels-]M[inister]

Programm glatt angenommen.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Die Notiz skizziert die Vorschläge, die Erzberger dem Staatssekretär von Kühlmann vortrug. Vgl. Nr. 74b mit den dazugehörigen Anmerkungen, ferner die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers.

<sup>2)</sup> Art. 9 Absatz 2 der Reichsverfassung.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 72a.b (bes. auch Anm. 23 und 24) und Nr. 72c.

<sup>4)</sup> Im Or. unter der Zeile, die nach Nr. 74b ein von Kühlmann vorgebrachtes Argument resümiert, ein kurzer waagerechter Strich; wahrscheinlich als Absatztrennung gedacht, u. U. auch Unterstreichung des Wortes „angenommen“.

Parlamentarier — Ausland — Friede —<sup>5)</sup>  
 Steht mit bayr. N[ational-]Lib[eralen] gut —<sup>6)</sup>7)  
 Kaempf — Paasche — Dove —

- <sup>5)</sup> Im Or. unter der Mitte der Zeile ein waagerechter Strich; wahrscheinlich als Absatztrennung gedacht, u. U. könnte auch eine Unterstreichung von „Parlamentarier — Ausland“ angedeutet sein.
- <sup>6)</sup> „bayr. N.Lib.“ im Or. unterstrichen; der Strich könnte jedoch ebenfalls als Absatztrennung gedacht sein.
- <sup>7)</sup> Dieser Gedankengang findet in Nr. 74b und Nr. 105 keinen direkten Niederschlag.

74b: Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Zur Kanzlerkrise. Besprechung mit Staatssekretär von Kühlmann / Dienstag, 30. Oktober, nachm. 6 Uhr“.<sup>2)</sup>

Abgeordneter Freiherr von Richthofen hatte eine kurze Unterredung mit Staatssekretär von Kühlmann<sup>3)</sup>, der ihm sagte, daß die Kandidatur Hertling

<sup>1)</sup> Vgl. Erzberger S. 294 f.; ferner Nr. 105 (zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers), Nr. 75a—c und Nr. 92a—e.

<sup>2)</sup> In Nr. 75a abweichend: „7 Uhr“.

<sup>3)</sup> Für die Unterredung Richthofens mit Kühlmann am 30. 10. 1917 vgl. die Ausführungen Richthofens im Untersuchungsausschuß, WUA 7/II S. 223 f.: „Graf Hertling kündigte bereits an, er würde am Abend wieder nach München abreisen. In dieser Lage telephonierte mir Herr Erzberger, um mich von dieser Situation, die ich nicht kannte, in Kenntnis zu setzen. Er sagte mir, er habe sehr große Zweifel, ob die Ernennung des Grafen Hertling zustande kommen werde. Es sei jetzt wohl der geeignete Moment, um noch einmal den Fürsten Bülow durchzusetzen oder es wenigstens zu versuchen. Er bat mich, mit dem Fürsten Bülow, den ich aus meiner Jugendzeit und aus der Zeit, in der mein Vater Staatssekretär des Auswärtigen war, sehr gut kannte, zu sprechen. Herr Erzberger selbst mußte sich wegen der gleichen Parteizugehörigkeit mit Graf Hertling etwas zurückhalten. Der Fürst Bülow war damals in Berlin im Hotel Adlon. Ich konnte ihn nicht direkt sprechen; aber sein Sekretär ging sofort zu ihm — es war alles sehr eilig und der Fürst war wohl gerade nicht angezogen — und kam mit der Nachricht zurück, es hinge alles von dem Herrn Staatssekretär v. Kühlmann ab. Wenn der Herr Staatssekretär v. Kühlmann der Meinung sein werde, daß der Fürst Bülow die geeignete Persönlichkeit als Reichskanzler sei und überhaupt mit ihm zusammenarbeiten wolle, so zweifle der Fürst nicht an seiner Ernennung, auch nicht daran, daß sich die Schwierigkeiten beim Kaiser würden beseitigen lassen . . . Ich habe mich vom Hotel Adlon damals sofort zum Herrn Staatssekretär v. Kühlmann begeben, habe ihn davon, was er noch nicht wußte, in Kenntnis gesetzt, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien und dem Grafen Hertling an einem kritischen Punkt angelangt wären, der den Abbruch dieser Verhandlungen möglich erscheinen lasse. Ich sagte ihm, ich sei unverändert der Meinung, daß der Fürst Bülow als Reichskanzler sehr viel besser sei als der Graf Hertling. Ich habe in der Unterhaltung, die ich damals mit dem Herrn v. Kühlmann gehabt habe, insbesondere mit Nachdruck auf das Moment hingewiesen, das auch Herr Erzberger bei dieser Frage stets in den Vordergrund geschoben hatte, nämlich die Stellung des Reichskanzlers gegenüber der O.H.L. . . . Herr v. Kühlmann verhielt sich ablehnend. Er sagte mir, daß er es für ausgeschlossen halte, eine Ernennung des Fürsten Bülow beim Kaiser durchzusetzen. . . . Er war entsetzt über die Schwierigkeiten, die der Ernennung des Grafen Hertling auf einmal entgegenstanden. Darauf sagte ich ihm: Wenn Sie der Meinung sind, daß es vollständig ausgeschlossen ist, den Fürsten Bülow zu ernennen und infolgedessen kein anderer übrig bleibt als Graf Hertling, müssen Sie

nicht scheitern dürfe. Ich möchte mich sofort mit ihm in Verbindung setzen, was erfolgte.<sup>4)</sup>

Staatssekretär von Kühlmann erklärte mir, daß aus internationalen Gründen Graf Hertling die Kandidatur annehmen müsse.<sup>5)</sup> Er (Kühlmann) brauche diesen Kanzler, um im Ausland friedenfördernd zu wirken. Graf Hertling sei der erste Parlamentarier, der zum Kanzleramt berufen würde. Wenn die Kandidatur scheitere, so machte das im Ausland einen schlechten Eindruck und niemand wisse, was daraus folgen würde. Da Graf Hertling jahrelang Parlamentarier gewesen sei, so lasse sich im Ausland mit seiner Berufung, zumal unter der gewählten Form, leicht viel für Deutschland erreichen. Graf Hertling sei auch bereit, das Reichskanzleramt anzunehmen. Michaelis habe ihn (Kühlmann) ausdrücklich gebeten, dafür einzutreten, daß die Kandidatur Hertling nicht scheitere.

Ich erklärte dem gegenüber, daß es ungemein bedauerlich sei, daß nicht von Anfang an bedeutet wurde, daß Graf Hertling ein Scheitern seiner Kandidatur nicht wünsche. Aus verschiedenen Äußerungen hätte ich entnehmen müssen, daß es Graf Hertling ganz gleichgültig sei, ob die Sache zustande komme oder nicht. Ich hätte mich bisher bereits für die Kandidatur Hertling eingesetzt<sup>6)</sup>, könnte dies aber jetzt mit größerer Kraft tun. Die Hindernisse, welche bei den einzelnen Parteien beständen, müßten aber beseitigt werden. Darum würde ich folgendes Programm<sup>7)</sup> vorschlagen:<sup>8)</sup>

---

sich schon selbst der Sache annehmen; denn ich glaube nicht, daß die Ernennung sonst zustande kommt. Herr v. Kühlmann hat sich darauf sofort zum Grafen Hertling begeben, hat sich vom Grafen Hertling die Vollmacht zu Verhandlungen geben lassen, hat dann anstelle des Grafen Hertling die Verhandlungen, ich glaube noch am gleichen Tage, mit den Parteien zu Ende geführt, so daß die Schwierigkeiten behoben wurden und die Ernennung des Grafen Hertling gesichert war. Die Bemühungen, die in letzter Stunde gemacht wurden, um anstelle des Grafen Hertling den Fürsten Bülow zum Reichskanzler zu erhalten, haben daher praktisch, soweit ich damit zu tun gehabt habe, bedauerlicherweise — auf diesem Standpunkt stehe ich auch heute noch — das entgegengesetzte Resultat, d. h. die Ernennung des Grafen Hertling erzielt.“ — Vgl. auch Nr. 75a—c.

4) Nach Nr. 75a.b empfing Kühlmann am 30. 10. außer Richthofen und Erzberger noch Ebert, und zwar um 17 Uhr. Danach fanden die Unterredungen mit Kühlmann in der Reihenfolge Richthofen (vgl. Anm. 3) — Ebert — Erzberger statt. Eine Besprechung mit Stresemann schloß sich am nächsten Vormittag an; vgl. Nr. 75a—c. — Für die Nichtbeteiligung der Fortschrittler an diesen Verhandlungen mit Kühlmann vgl. Nr. 77 und Nr. 78.

5) Der Unterredung mit Kühlmann war um 17 Uhr eine Besprechung mit Hertling vorausgegangen. Vgl. Nr. 75a—c und Nr. 105; ferner Erzberger S. 294: „Als ich abends 5 Uhr Hertling aufsuchte, fand ich eine veränderte Stimmung vor; er erklärte, daß er eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen habe, so daß ich meinen Auftrag nicht ausführen konnte.“ — Die veränderte Stimmung Hertlings ist nicht nur auf die Einwirkung Kühlmanns (s. Anm. 3), sondern auch auf den Besuch Valentinis und Helfferichs am 30. 10. mittags (vgl. Nr. 73 Anm. 22) zurückzuführen.

6) S. dagegen Anm. 3.

7) „Programm“ im Or. nachträglich handschriftlich unterstrichen.

8) Vgl. Nr. 105 und Erzberger S. 294 f.: „Staatssekretär von Kühlmann, der mich aus der Unterredung mit Hertling heraus zu sich bat, betonte mit Nachdruck, daß aus internationalen Gründen Graf Hertling die Kanzlerschaft annehmen müsse, da sie friedenfördernd im Ausland wirke; Hertling sei der erste Parlamentarier, der zum Reichskanzleramt berufen würde;

1. Die Trennung von Reichskanzleramt und Ministerpräsidium tritt nicht ein.
2. Graf Hertling erklärt sich dafür, daß er Elsaß-Lothringen zum autonomen Bundesstaat machen will. Der Zeitpunkt bleibt der Vereinbarung zwischen Reichsleitung und Parlament vorbehalten.
3. Die Aufhebung des § 9, Absatz 2 der Reichsverfassung wonach ein Mitglied des Reichstags nicht gleichzeitig Mitglied des Bundesrats sein könne, steht nicht in dem unter den Parteien vereinbarten Programm. Die Frage ist nur akut geworden, weil Graf Hertling sich in München sehr bestimmt dagegen ausgesprochen hat. Die theoretischen Gegensätze zwischen der Linken und dem Grafen Hertling bleiben bestehen, ich schlage aber einen Ausweg vor, der uns in der Praxis weiter bringt und zwar nach der Richtung: Der nationalliberale Abgeordnete Friedberg wird Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, der volksparteiliche Abgeordnete Dove oder ein anderer Volksparteiler erhalten das preußische Handelsministerium, der freikonservative Abgeordnete Kardorff wird Unterstaatssekretär im preußischen Staatsministerium.<sup>9)</sup> Soweit die Herren dem Landtag angehören, bleiben sie auch nach Übernahme dieser Ämter im Landtag. Dann ist eine Parlamentarisierung tatsächlich geschaffen, welche keine Änderung der Gesetzgebung herbeiführt, welche vom Standpunkt des Grafen Hertling ebenso annehmbar ist, wie vom Standpunkt der Parteien. Gleichzeitig werden hierdurch die Nationalliberalen und die Freikonservativen enger mit dem Zustandekommen des preußischen Wahlrechts verknüpft. Wenn ein früherer Zentrumsabgeordneter und ein Nationalliberaler in Preußen die Geschäfte führen, so ist damit auch der künftigen Entwicklung im Reich und der ganzen Parteibild-Gestaltung der Weg gewiesen. Die beiden Mittelparteien gehen dann miteinander Hand in Hand.
4. Das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers Michaelis aus dem Reichskanzleramt und dem preußischen Ministerpräsidium wird angenommen, ebenso wird das Entlassungsgesuch des Vizekanzlers Helfferich angenommen.<sup>10)</sup> Da Graf Hertling sich zum Programm der Mehrheitsparteien ohne jeden Vorbehalt bekannt hat, so ist mit diesen positiven Resultaten wohl eine Verständigung herbeizuführen. Es empfehle sich aber, daß Graf Hertling die drei Präsidenten des Reichstags (Kaempf, Paasche, Dove) empfangen und mit ihnen Rücksprache halte.

---

Hertling sei jetzt auch bereit, das Kanzleramt anzunehmen. Darauf sprach ich meine Bereitwilligkeit aus, mich für die Kandidatur Hertling mit aller Entschiedenheit einzusetzen unter folgenden Voraussetzungen: Die Trennung von Reichskanzleramt und Ministerpräsidium dürfe nicht eintreten; Hertling müsse sich dafür erklären, daß Elsaß-Lothringen raschestens zum autonomen Bundesstaat ausgebaut werde; ein nationalliberaler Abgeordneter, und zwar ein rechtsstehender, müsse Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums werden, um der preußischen Wahlreform die Mehrheit zu sichern; ein Volksparteiler müsse in das preußische Ministerium, am besten in das Handelsministerium berufen werden; endlich sei das Entlassungsgesuch von Michaelis aus beiden Ämtern anzunehmen und Vizekanzler Helfferich gleichfalls zu entlassen. Kühlmann fand diese Vorschläge als annehmbar.“

<sup>9)</sup> S. Nr. 74a Anm. 3.

<sup>10)</sup> Bemerkenswert ist, daß weder hier noch in Nr. 74a, wohl aber in der späteren zusammenfassenden Aufzeichnung Nr. 105 in diesem Zusammenhang der Name Payer auftaucht. Vgl. dazu Nr. 92a—e.

Ich müßte die Antwort bis spätestens Mittwoch mittag 3 Uhr erhalten.

Staatssekretär von Kühlmann fand diese Vorschläge ausgezeichnet und auch annehmbar. Er wollte sich sofort mit Graf Hertling in Verbindung setzen. Ich sollte ihn in einer Stunde wieder aufsuchen.<sup>11)</sup>

Gegen 8 Uhr<sup>11)</sup> kehrte Exzellenz von Kühlmann vom Besuch beim Grafen Hertling zurück und teilte mir mit, daß er den Grafen nur kurz hätte sprechen können. Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Dr. von Breitenbach, sei eben bei Graf Hertling gewesen und habe diesen namens des Staatsministeriums gebeten, das Reichskanzleramt anzunehmen.<sup>12)</sup> Auch dieses novum müsse in die Waagschale geworfen werden. Er (Kühlmann) werde morgen mit dem Grafen weitere Rücksprache halten und mich spätestens bis 12 Uhr mittags informieren. Der Sozialdemokrat Ebert, den er gleichfalls informiert habe, hätte sich freundlich zur Kandidatur Hertling gestellt.<sup>13)</sup>

Abends 11 Uhr bis gegen 1 Uhr wurden dieselben Fragen in der bayerischen Gesandtschaft mit Herrn Geheimen Legationsrat von Schoen und Herrn Legationsrat von Stengel erörtert. Auch diese Herren stimmten der vorgeschlagenen Lösung zu und glaubten nur, man müsse sie nun in geschickter Form dem Grafen Hertling vorstellen.

<sup>11)</sup> Demnach wäre die Unterredung etwa um 19 Uhr beendet gewesen, so daß die von Südekum mitgeschriebene Angabe, sie habe erst um 19 Uhr begonnen (s. Anm. 2), irrtümlich sein dürfte.

<sup>12)</sup> Vgl. Erzberger S. 295: „Das preußische Staatsministerium bat Graf Hertling gleichfalls, das Reichskanzleramt anzunehmen.“ Dazu Nr. 73.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 75a—c.

75.

## 31. 10. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

75a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Mittwoch, 31. Oktober 1917. 4 Uhr.“

Anwesend: Junck, Erzberger, Liesching, Trimborn, Rießer, Herold, Mayer, Richt-hofen, Fischbeck, Dove, Ebert, Scheide-mann, Müller-Fulda, Stöve, Stresemann, David, Keinath[, Südekum].

Trimborn Vorsitz. Montag nachmittag<sup>2)</sup> Depesche aus Reichskanzlei zu kommen.<sup>3)</sup> Heute morgen erst gekommen. Reihe Besprechungen mit Hertling sind inzwischen gewesen. Morgen[s] Besuch bei Hertling<sup>4)</sup> zusammen mit Herold.<sup>5)</sup> Im allgemeinen Eindruck, daß er geneigt ist, Amt anzunehmen, allerdings erst nach Überwindung schwerer Bedenken.<sup>6)</sup> Wesentliches Be-

75b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 31. Oktober 1917 / 4 Uhr nachmittags.“

Anwesend: Junck, Erzberger, Liesching, Trimborn, Rießer, Herold, Mayer-Kauf-beuren, Richthofen, Fischbeck, Dove, Ebert, Scheidemann, David, Südekum, Müller-Fulda, Stöve, Stresemann, Kei-nath.

Den Vorsitz übernimmt Trimborn und teilt folgendes mit: Er habe Montag<sup>2)</sup> nachmittags eine Depesche aus der Reichskanzlei erhalten, nach Berlin zu kommen. Erst am 31. eingetroffen. Morgens Besuch mit Herold<sup>3)</sup> bei Hertling.<sup>4)</sup> Eindruck, daß H. geneigt sei, Amt anzunehmen, allerdings erst nach Überwindung schwerer Bedenken.<sup>6)</sup> Ursprünglich gegen preu-

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 75c—d, Nr. 105 und Nr. 107.

<sup>2)</sup> 29. 10. 1917.

<sup>3)</sup> D. h.: nach Berlin zu kommen. Vgl. Nr. 75b.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 73 Anm. 22.

<sup>5)</sup> Im Nachlaß Erzberger 22 befindet sich folgender maschinenschriftlicher Telegrammentwurf vom 27. 10. 1917 (auf postamtlichem Formular, eigenhändig datiert): „Abgeordneter Herold / Lövelinkloe b/Münster i/W / Vorerst Anwesenheit Mittwoch nicht durchaus notwendig. Werde zeitig depeschieren falls Herkommen absolut erforderlich. Erzberger.“

<sup>6)</sup> Valentini S. 180 f. berichtet, er habe, als er am Mittwoch, den 31. 10., „gegen Mittag mit Helfferich bei Hertling erschien, . . . eine völlig veränderte Lage“ vorgefunden. „Hertling sagte, er habe Trimborn gesprochen, der ihm die sichere Gefolgschaft des Zentrums zugesagt und erklärt hätte, er müsse absolut annehmen. Aber auch er hätte die Trennung der Gewalten in Reich und Staat für unmöglich erklärt, und nach eingehender Überlegung sei auch er — Hertling — selbst zu dieser Überzeugung gekommen. Er sei also bereit anzunehmen, aber nur, wenn er auch preußischer Ministerpräsident werde. Natürlich entfalle dadurch die Möglichkeit, Michaelis in der Regierung zu halten, denn Vizepräsident unter ihm könne er als gewesener Kanzler nicht werden. Da Breitenbach von diesem Posten enthoben zu werden wünsche, würde für ihn ein Parlamentarier, am besten aus der Nationalliberalen Partei, in Betracht kommen.“

Nach diesen überraschenden Eröffnungen begab ich mich mit Helfferich zu Breitenbach, wohin auch der Minister des Innern Drews zitiert wurde. Die sehr eingehende Besprechung endete damit, daß die drei Minister mich baten, dem Kaiser die Annahme der Hertlingschen Bedingung zu empfehlen. Man sah keinen andern Ausweg . . . Als Vizepräsident . . . hielt man v. Krause (Justizamt) für möglich.“ Helfferich S. 512 äußert sich im gleichen Sinne über die Wirkung des Trimbornschen Besuches. Während jedoch Valentini S. 181 betont, daß der Kaiser, als er ihm am Abend berichtete, „ohne Zögern sein Einverständnis“ erklärte, heißt es

denken ist das, ob die Trennung der Ämter eintreten soll oder nicht. Es ist bekannt, daß er sich ursprünglich gegen preußisches Amt gesträubt hat. Dieser Widerstand ist bei ihm im Schwinden, eventuell geneigt, wenn Notwendigkeit eintritt, auch preußisches Präsidium zu übernehmen.<sup>7)</sup> Fest steht das noch nicht. Über das Programm nicht weiter gesprochen, hat er Eindruck, daß die vier Punkte<sup>8)</sup> keinerlei Bedenken bei ihm haben. Artikel 9<sup>9)</sup> bleibt außerhalb dieses Programms.<sup>10)</sup> Dann auch Rede gewesen, ob bei Beamtenbesetzung parlamentarisiert werden soll, bestimmte Posten durch Parlamentarier und dadurch gewisse Garantie; nach der Richtung hin durchaus kein grundsätzlicher Widerstand. Über einzelne Personen hat er überhaupt nicht gesprochen. Mein Eindruck, daß die Sache werden wird.

**Fischbeck:** Nicht ganz klar, Trimborn sagte, Hertling habe sich zuerst gegen Preußen gesträubt<sup>7)</sup>; so liegt das nicht: Michaelis war der Erfinder der Trennung.<sup>11)</sup>

**Erzberger:** Referat: Michaelis hatte erklärt, Kaiser wolle sich nicht trennen. Darum habe er vorgeschlagen, Hertling Reichskanzler und für sich Preußen. Die-

bisches Amt gewesen, jetzt einsieht Notwendigkeit, auch preußisches Präsidium zu übernehmen.<sup>7)</sup> Gegen die 4 Punkte des Programms<sup>8)</sup> keinerlei Bedenken, Art. 9<sup>9)</sup> bleibt außerhalb des Programms.<sup>10)</sup> Praktische Parlamentarisierung durch Besetzung bestimmter Posten mit Parlamentariern, dadurch gewisse Garantien. Bei Hertling dagegen kein grundsätzlicher Widerstand.

**Erzberger referiert:** Michaelis hatte erklärt, Kaiser wolle sich nicht von ihm trennen. Darum zuerst Gedanke Ämtertrennung. Dagegen einstimmig Bedenken

bei Helfferich a.a.O.: „Sehr schweren Herzens entschloß sich der Kaiser, der angesichts der bevorstehenden Verfassungskämpfe in Preußen das Ministerpräsidium in preußische Hände zu legen wünschte, im Interesse einer glatten Erledigung der Kanzlerkrisis das Opfer seiner Überzeugung zu bringen und den Grafen Hertling auch als preußischen Ministerpräsidenten in Aussicht zu nehmen.“ — Vgl. auch Bredt S. 105 f.

<sup>7)</sup> Vgl. Helfferich S. 512: „Graf Hertling, der mir ursprünglich gesagt hatte, daß gerade die Entlastung von den Geschäften und Verantwortlichkeiten des preußischen Ministerpräsidiums ihm die Annahme des Reichskanzleramtes ermöglichte, erklärte sich jetzt nach der Unterhaltung mit Herrn Trimborn bereit, Reichskanzler zu werden, wenn der Stein des Anstoßes beseitigt und ihm entsprechend den Wünschen der Mehrheitsparteien auch das preußische Ministerpräsidium übertragen werde.“ Die Darstellung des jungen Hertling, S. 14, sein Vater habe „die Mitarbeit von Herrn Michaelis abgelehnt und es vorgezogen, auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten auf sich zu nehmen“, ist durch ihre Akzentuierung irreführend.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

<sup>9)</sup> D. h.: die von den Mehrheitsparteien erstrebte Aufhebung des Art. 9 Absatz 2 der Reichsverfassung.

<sup>10)</sup> Vgl. bes. Nr. 71a—d und Nr. 72a—c.

<sup>11)</sup> Vgl. bes. Nr. 66 Anm. 4.

sen Vorschlag hat Hertling mitgeteilt.<sup>12)</sup> Daraufhin einstimmig lebhafteste Bedenken gegen Trennung.<sup>13)</sup> Graf Hertling [hat]<sup>14)</sup> zum Ausdruck gebracht, daß Hertling nur annehmen wolle, wenn vom Vertrauen getragen. Es ist nicht restlos zum Ausdruck gebracht worden. Keine freudige Zustimmung, keine Freudigkeit. Daraufhin hat Hertling gestern schon gesagt zu zwei Vertretern:<sup>16)</sup> Nachdem er Kenntnis habe von der Gesamtstimmung, sei für ihn die Frage erledigt<sup>15)</sup>; Trimborn komme zu spät. Auf Grund dieser Information hatte ich Auftrag, Dank zu übermitteln: daß er nicht gleich angenommen habe, daß er besprochen habe und daß er zurückgetreten sei. Diesem Auftrag bin ich nachgekommen. Als ich zu Hertling kam, sagte er: Verhandlungen seien nicht ganz wunschgemäß verlaufen, er wolle erst noch mit Trimborn sprechen. Daraufhin nur Dank in den beiden ersten Punkten. Den dritten Dank konnte ich nicht mehr ausführen.<sup>17)</sup>

**Stresemann:** Heute morgen Telephon von Kühlmann. Unterredung:<sup>19)</sup> mitgeteilt, spreche im Auftrage von Hertling und Michaelis. Beide gebeten, die Verhandlungen mit Parlamentariern weiterzuführen. Hauptwiderstand hätte sich erhoben gegen Trennung. Man verstehe diesen Widerspruch. Glaube herausgehört zu haben, daß dieser Widerspruch weniger scharf sein würde, wenn Hertling beides mache und wenn er sich in Preußen durch Vizepräsidenten unterstützen ließe. Dieser Vizepräsident aus Parlament. Was wir

im Reichstag.<sup>18)</sup> Hertling wollte nur annehmen, wenn von Vertrauen getragen. Nicht restlos, keine freudige Zustimmung. Daraufhin H. abgelehnt.<sup>15)</sup> Erzberger hatte Auftrag, Dank an H. zu übermitteln, daß er vor Übernahme verhandelt habe und auf Stimmung der Parteien Rücksicht nahm. Dank für Rücktritt nicht mehr möglich<sup>17)</sup>, weil inzwischen durch Trimborn Annahme beider Ämter mitgeteilt.<sup>18)</sup>

**Stresemann:** Heute morgen Telephon Kühlmann. Im Namen von H. und M. mich gebeten, zu verhandeln.<sup>19)</sup> Kühlmann mitteilte, daß Hauptwiderstand wegen Ämtertrennung. Dieser Widerstand beseitigt, wenn H. beides mache und in Preußen Vizepräsidenten einsetze. Dieser aus Parlament. Stresemann darauf, ob H. Vizekanzler behalten wolle. Antwort: Helfferich Mandat zur Verfügung gestellt.<sup>20)</sup> H[ertling]s Bedingung überhaupt, freie Auswahl Mitarbeiter. Kühlmann glaube, für Vizekanzler kein Bedürfnis, Vize-

<sup>12)</sup> D. h.: dieser Vorschlag sei ihm, Erzberger, von Hertling mitgeteilt worden. Vgl. Nr. 66.

<sup>13)</sup> Vgl. bes. Nr. 71a—d.

<sup>14)</sup> Im Stenogramm: „ist“.

<sup>15)</sup> Vgl. Nr. 72a—c.

<sup>16)</sup> Zu Fischbeck und Stresemann.

<sup>17)</sup> Vgl. Nr. 74b Anm. 5 und Nr. 105.

<sup>18)</sup> Irrtümliche Darstellung Südekums. Als Erzberger mit Hertling sprach, hatte dessen Unterredung mit Trimborn (am 31. 10., vormittags; s. oben) überhaupt noch nicht stattgefunden. Die stenographische Niederschrift Südekums Nr. 75a ist hingegen korrekt.

<sup>19)</sup> Vgl. Nr. 74b Anm. 4.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 71a—c Anm. 42. Am 31. 10. 1917 wiederholte Helfferich sein Rücktrittsangebot. S. Anm. 21.

dazu sagen würden? Zunächst Frage, ob bei Annahme Hertling den Vizekanzler zu behalten gedenke. Darauf: Helfferich habe für den Fall Hertling sein Mandat zur Verfügung gestellt.<sup>20)</sup> Hertling würde Bedingung stellen der freien Auswahl seiner Mitarbeiter. Kühlmann glaube, [daß] kein Bedürfnis für Vizekanzler vorhanden sei. Vizepräsident solle von Nationalliberalen entnommen werden.<sup>21)</sup> Frage: ob dabei für Gelingen der Wahlreform Garantie gewonnen würde. Darauf dargestellt, was wir darüber ausgesprochen hatten.<sup>22)</sup>

Mit Friedberg habe ich auch gesprochen: Friedberg hat gesagt, er würde seinerseits über diese Frage Fehrenbach=Friedberg mit einigen Freunden sprechen, nicht a limine ablehnen, aber nur für die Kriegszeit. Definitive Antwort nicht geben. Erst besprechen. Bei diesem Gespräch natürlich allgemeines und gleiches Wahlrecht besprechen. Abends 7 Uhr wieder bei Kühlmann.

Ebert: hinzufügen, 5 Uhr gestern zu Kühlmann.<sup>19)</sup> Unterhaltung in denselben Linien wie bei Stresemann. Die beiden Parlamentarier würden wohl nicht als Kanzler durchgehen. Taktik bisher gut und vorsichtig.

präsident aus Nationalliberalen.<sup>21)</sup> Stresemann hat mit Friedberg gesprochen, der nicht a limine ablehnt, aber nur auf Kriegszeit annimmt. Erst mit Freunden besprechen. Dabei Frage des gleichen Wahlrechts erörtern.

Ebert: Am 30. Oktober 5 Uhr Unterredung mit Kühlmann.<sup>19)</sup> Dieselben Linien wie bei Stresemann. Ergänzend hinzufügend, daß nach K.'s Ansicht Fehrenbach und Payer nicht Kanzler werden würden. Anerkennung bisheriger guter und vorsichtiger Taktik.

<sup>21)</sup> Vgl. Helfferich S. 513: Kühlmann habe keinerlei Auftrag gehabt, „Fragen der inneren Politik und Fragen der Besetzung von Minister- und Staatssekretärsstellen mit den Parteiführern zu besprechen. Es stellte sich heraus, daß Herr von Kühlmann sich gleichwohl in eine solche Erörterung eingelassen hatte, und zwar so weit, daß die Mehrheitsparteien behaupteten, von ihm bestimmte Zusicherungen empfangen zu haben. So beriefen sich die Nationalliberalen darauf, daß ihnen die Ernennung des preußischen Abgeordneten Dr. Friedberg zum Vizepräsidenten des Preußischen Staatsministeriums zugesagt worden sei, und die Sozialdemokraten wie die Fortschrittler wollten verstanden haben, daß der Wunsch, den Abgeordneten von Payer zum Vizekanzler ernannt zu sehen, auf keine Schwierigkeiten stoßen werde. Als mir das zu Ohren kam, bat ich erneut den Grafen Hertling, mein Abschiedsgesuch dem Kaiser zu unterbreiten, erhielt aber noch am 31. Oktober abends vom Grafen Hertling die Antwort, von meinem Rücktritt könne gar keine Rede sein; in seinen Verhandlungen mit den Parteiführern sei von meiner Person und einem Wechsel in dem Posten des Vizekanzlers überhaupt mit keinem Wort gesprochen worden.“ — Zu Helfferichs Darstellung ist kritisch zu bemerken, daß die Vizekanzlerkandidatur Payers bei den Verhandlungen Kühlmanns mit den Parteivertretern am 30./31. 10. 1917 offenbar noch gar nicht akut war. Vgl. Nr. 74a und Nr. 74b bes. auch Anm. 10.

<sup>22)</sup> Vgl. Nr. 72a—c.

**Erzberger:** 7 Uhr<sup>23)</sup> bei Kühlmann.<sup>24)</sup> Dasselbe erzählt. Sagte: er lege größten Wert darauf, daß Parlamentarier Reichskanzler würde wie Hertling. Die Depeschen darüber seien in seinem Amt schon fertig. In Amerika Schwankungen vorhanden. Wenn Demokratisierung in Deutschland vor sich ginge, das äußerst günstig für Beendigung des Krieges sein würde. Er glaube, sagen zu dürfen, daß unter diesen Voraussetzungen Kandidatur Hertling sehr günstig wirken würde. Bedenken gegen Trennung<sup>25)</sup> ließen sich beseitigen. Auch andere Bedenken wegen Elsaß-Lothringen ließen sich beseitigen. Kühlmanns Auffassung, Elsaß-Lothringen recht bald zu erledigen. Bedenken wegen Artikel 9 durch praktische Maßnahmen beseitigen; namentlich für Preußen. Er bäte dringend, zu berücksichtigen, welche großen staatsrechtlichen Fortschritte die letzten Tage gebracht hätten. Es seien Kräfte am Werk, die nach anderer Richtung wirkten. Dann sei alles verloren, was man errungen hätte. Fehrenbach und Payer seien jetzt ganz unmöglich.

**Richthofen:** Gestern Kühlmann gesprochen.<sup>19)</sup> Morgens schon angerufen und gestern vormittag gesagt über Artikel in der Börsenzeitung. Unter Eindruck gestriger Sitzung habe ich in der Zeitung kurzen Bericht gebracht, [der]<sup>27)</sup> Kandidatur Hertling eigentlich erledigte.<sup>28)</sup> Er sagte dagegen nachmittags:<sup>26)</sup> Ich bin absolut

**Erzberger:**<sup>23)</sup> Ebenfalls Unterredung mit K.<sup>24)</sup> Inhalt derselbe. Legte ferner großen Wert auf Parlamentarisierung; Depeschen darüber im Auswärtigen Amt schon fertig. Schwankende Haltung in Amerika. Demokratisierung in Deutschland äußerst günstig für Beendigung des Kriegs. Kandidatur H. in dieser Hinsicht sehr günstig. Bedenken wegen Trennung<sup>25)</sup> und Elsaß-Lothringen seien zu beseitigen. Nach K.'s Auffassung Elsaß-Lothringen sehr rasch zu regeln. Bedenken wegen Artikel 9 durch praktische Maßnahmen beseitigen. K. bat dringend, große staatsrechtliche Fortschritte der letzten Tage zu beachten; es seien Kräfte am Werk, die nach anderer Richtung wirkten. Unter Umständen alles verloren, was jetzt erreicht.

**Richthofen:** Unterredung mit K.<sup>19)</sup> Dieser absolut für H.<sup>26)</sup> H. restlos für Programm. Auf meinen Einwand, daß noch anderes gegen H. vorliege, politische Vergangenheit, Gegnerschaft gegen Parlamentarisierung, Ämtertrennung, beruhigende Versicherungen von Kühlmann. Gedanke Ämtertrennung nur von M.<sup>11)</sup> Nachdrück-

<sup>23)</sup> Für den Beginn der Unterredung (wahrscheinlich nicht 19, sondern 18 Uhr) vgl. Nr. 74b bes. auch Anm. 2, 4 und 11.

<sup>24)</sup> Vgl. Nr. 74a. b. und Nr. 105.

<sup>25)</sup> Vgl. Helfferich S. 512: Nachdem Hertling das Zentrum, „ohne das die ‚Mehrheitsparteien‘ keine Mehrheit mehr waren“, hinter sich gebracht habe, sei seine Position sehr stark gewesen. „... Herrn Erzberger, der die Kandidatur Hertling nicht offen bekämpfen konnte und der zu den eifrigsten Vertretern der Unmöglichkeit der ‚Trennung der Gewalten‘ gehörte, war mit der Entschließung des Kaisers und Königs, dem Grafen Hertling auch das preußische Ministerpräsidium zu übertragen, der Wind aus den Segeln genommen.“ — Vgl. in diesem Zusammenhang auch Nr. 74b Anm. 3.

<sup>26)</sup> Vgl. Nr. 74b Anm. 3.

<sup>27)</sup> Im Stenogramm: „den“.

<sup>28)</sup> Der Zusammenhang ist nicht ganz klar. Das Stenogramm Südekums besagt, daß bereits am Vormittag des 30. 10. ein Telephonat zwischen Richthofen und Kühlmann stattgefunden habe. Bei dieser Gelegenheit sei über einen Artikel Richthofens in der Börsenzeitung gesprochen worden, der unter dem Eindruck „gestriger Sitzung“ entstanden sei. Die „gestrige Sitzung“

für Hertling. Darauf sagte ich: Das ist nicht ohne Interesse. Darauf fragte er nach Programm usw. Da lägen doch noch andere Dinge vor:<sup>29)</sup> Trennung und die Vergangenheit des Grafen Hertling, gegen Parlamentarisierung. Darauf hat er gleich gesagt: Frage des preußischen Präsidiums spielt keine Rolle, denn das käme von Michaelis her.<sup>11)</sup> Daran könne das nicht scheitern. Darauf gesagt: Dann spielte für Preußen Frage des Vizepräsidiums ausschlaggebende Rolle; mir schiene es, daß dann wohl auf das Abgeordnetenhaus zurückgegriffen werden müsse und dann auch wohl Nationalliberale. Frug nach Namen, und ich nannte Friedberg und Lohmann.<sup>30)</sup> Daraufhin Parlamentarisierung: Artikel 9 könne nicht ganz beseitigt werden, aber praktisches Vorgehen. Hertling würde sich beim Kaiser die Freiheit ausbitten, die Mitarbeiter auszusuchen.

**Ebert** noch ergänzend:<sup>19)</sup> Er habe großes Gewicht auf Elsaß-Lothringen gelegt; auch die Autonomie entspreche Überzeugung Hertlings. In der elsässischen Frage müsse nach außen sofort volle Klarheit geschaffen werden. Auch ein Fortschrittler<sup>31)</sup> sollte noch berufen werden.

**Scheidemann:** Änderung der Meinung Hertlings ist unsere große Überraschung gewesen. Siehe Äußerung zu Fischbeck! Fischbeck hatte nein geantwortet. Graf Hertling hatte dann gesagt: Ich danke, und für mich ist die Sache erledigt, wir sehen uns nicht wieder.<sup>22)</sup>

lich betont K., freie Personen-Auswahl durch H.

**Ebert** ergänzt:<sup>19)</sup> H. habe gesagt, Autonomie Elsaß-Lothringen entspreche seiner Überzeugung. Es müsse in dieser Frage sofort volle Klarheit geschaffen werden.

**Scheidemann:** Meinungsänderung H. große Überraschung. Seine Äußerungen vom Tage vorher zu Fischbeck.<sup>22)</sup> Allgemein: wichtig ist nicht Änderung eines Paragraphen, sondern daß Reichstag durch Tat in dieser Weise arbeitet. Mehrheit muß vertrauensvoll miteinander arbeiten

begann jedoch erst am 30. 10. um 12 Uhr mittags (vgl. Nr. 72a—c) und kann also nicht gemeint sein. Wahrscheinlich handelt es sich um die Sitzung vom 29. 10.; vgl. Nr. 71a—d. — Am 30. 10. 1917 referiert die „Frankfurter Zeitung“, Abendblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 30. 10.), folgendermaßen über die Stellungnahme der „Börsenzeitung“ zur Kandidatur Hertling: Die „linksnationalliberale“ Zeitung bringe zwar Hertling auf dem Gebiet der äußeren Politik Vertrauen entgegen, habe „aber Bedenken gegen die ablehnende Stellung des Grafen Hertling zur Frage der Umgestaltung unseres Regierungssystems“. Wenn auch das Blatt „einen außerordentlichen Erfolg der Reichstagsmehrheit“ darin sehe, daß Hertling vor Annahme des Reichskanzleramts in Verhandlungen mit den Parteien eingetreten sei, so scheine doch „die Trennung des Reichskanzlerpostens von dem des Ministerpräsidenten . . . auch ihm eine Unmöglichkeit zu sein“.

<sup>29)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Elsaß-Lothringen und dann“.

<sup>30)</sup> S. Nr. 72a. b Anm. 21.

<sup>31)</sup> In der Unterredung Erzbergers mit Kühlmann war eine Kandidatur Doves für das preuß. Handelsministerium in Aussicht genommen worden. Vgl. Nr. 74a. b.

Eins vorausschicken: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß nicht Hauptgewicht Änderung irgendeines Paragraphen, das Wichtigste ist, daß Reichstag durch seine Tat in dieser Weise arbeitet. Aber wir dürfen nicht gegenseitig unser Vertrauen erschüttern durch gegenseitiges Verhalten; wir dürfen auch nicht jeden Tag umpurzeln. Für uns kam zunächst in Betracht Trennung. Da gab es keine Differenz.<sup>32)</sup> Aber das war nicht der einzige Grund. Hertling war uns auch als Politiker nicht genehm. Da kommen alle Gründe in Betracht, die Kühlmann grade in den Vordergrund schiebt. Wir [haben]<sup>35)</sup> z. B. grade in Amerika andere Wirkung erwartet.<sup>32)</sup> Wilson sucht nachher Brücke über Elsaß-Lothringen, außerdem plausible Gründe der Parlamentarisierung, Demokratisierung. Das ist ein durchaus ehrliches Argument von Wilson, nachdem er in der schändlichsten Weise behandelt worden ist.<sup>33)</sup> Jetzt stelle man sich Wirkung einer Kanzlerschaft Hertlings vor. Zum Beispiel in Elsaß-Lothringen. Kühlmann weiß, daß sich Hertling zur Autonomie bekannt hat, aber die ganze Welt kennt nur die Rede, worin er eine Aufteilung Elsaß-Lothringens wollte.<sup>34)</sup> Hertling sagt, er hätte sich nicht so ausgedrückt. Aber von einer Berichtigung haben wir nicht einmal Kenntnis gehabt. Nun zu dem anderen Punkt Demokratisierung: Wenn wir einig sind und handeln, dann ist es gut; aber es ist etwas anderes, wenn sich einer ausdrücklich gegen Parlamentarisierung ausgesprochen hat, wie Hertling!<sup>36)</sup> Damit gilt er nicht als der erste Parlamentarier, sondern als der Gegner dieser Entwicklung. Dann kam auch noch: die Rede Hertlings gegen Mehrheitsbildung der Linken.<sup>38)</sup>

und nicht so schnell Ansichten wechseln. Vorher einstimmig gegen Ämtertrennung<sup>13)</sup>, aber das nicht einziger Grund gegen H. Uns auch als Politiker nicht genehm. Politische Vergangenheit schwächt Wirkung auf Ausland, namentlich Amerika.<sup>32)</sup> Wilson sucht Brücke über Elsaß-Lothringen, plausible Gründe der Parlamentarisierung, Demokratisierung. Dies Argument Wilsons ehrlich, nachdem er schändlich behandelt.<sup>33)</sup> H.'s zweideutige Stellung zu Elsaß-Lothringen bedenklich<sup>34)</sup>, ebenso tatsächliche Parlamentarisierung durch seine ausgesprochene Gegnerschaft kompromittiert.<sup>36)</sup> H. nicht Förderer, sondern Gegner dieser Entwicklung. Wie jetzt weiter? Wenn H. ablehnt, dann vielleicht irgendein General, obschon nicht wahrscheinlich. Wir müssen H. Mangel an allgemeinem Vertrauen ausdrücken; das war vorher allgemein vorhanden.<sup>37)</sup>

<sup>32)</sup> Vgl. die Ausführungen Scheidemanns in der Sitzung vom 29. 10. 1917, Nr. 71a—d.

<sup>33)</sup> Vgl. u. a. Nr. 5 bes. Anm. 6 und Nr. 13.

<sup>34)</sup> Vgl. Nr. 71a—c Anm. 11.

<sup>35)</sup> Im Stenogramm: „sind“.

<sup>36)</sup> Vgl. Nr. 71a—c Anm. 9 und 10.

<sup>37)</sup> Unklar formuliert. Zu interpretieren etwa: „das war vorher die allgemeine Auffassung“.

<sup>38)</sup> Bezieht sich wahrscheinlich auf die Rede Hertlings in der bayr. Abgeordnetenkammer vom 23. 10. 1917. Vgl. Schulthess 1917/I S. 930 ff.

Wie jetzt weiter? Wenn wir Hertling nicht schlucken, dann wird man uns irgend jemand bringen, z. B. irgendeinen General; möglich, aber nicht wahrscheinlich. Kühlmann droht ja sozusagen damit! Ich glaube kaum, daß wir Konflikt[-] Kandidatur zu erwarten haben. Wenn wir beharren auf dem, was wir getan und gesagt haben, dann können wir auch fest bleiben. Wir müssen das Hertling auch ausdrücken. Ich persönlich kann unmöglich sagen, daß ich das, was ich gegen Hertling gesagt habe, jetzt preisgeben kann.

**Fischbeck:** Kühlmann sagte, nachdem verhandelt worden sei, sei doch alles erfüllt. Aber wir wollen doch einen Mann unseres Vertrauens! Auch das Programm macht es an sich doch nicht.

Ich habe Hertling offen gesagt, was gegen ihn vorliege. Elsaß-Lothringen, Verfassung. Das Land verlange jetzt Aufatmen und Ruhe. Da kann ich mich doch

**Fischbeck:** Tatsächlich wollen wir Mann unseres Vertrauens. Dies ist bei H. nicht vorhanden. Auch Zustimmung zu Programm kann das nicht ersetzen. Land will jetzt aufatmen. Ruhe. H. keine Gewähr dafür, dringende Warnungsrufe aus München. Hinweis auf tolle Zustände bayrischen Ministeriums.<sup>99)</sup> H. ohne starke Kautelen daher ganz unmöglich. Es wird

<sup>99)</sup> Für die Vorgänge im bayerischen Landtag am 26. und 27. 10. 1917 vgl. Schulthess 1917/I S. 939 ff. Dazu auch „Vorwärts“, 29. 10. 1917: Es habe sich herausgestellt, daß Hertling „nicht einmal in Bayern seine Leute richtig beisammen halten kann. Zwischen dem Finanzminister v. Breunig [im Or. irrtümlich: Breuning] und dem Verkehrsminister v. Seidlein sind Unstimmigkeiten entstanden, wobei die Liberalen und Sozialdemokraten gegen Seidlein aufmarschierten, während Graf Hertling auf seiten des Verkehrsministers zu stehen scheint. Hammerschmidt (Lib.) [nach Schulthess a.a.O. nicht Hammerschmidt, sondern Dr. Müller-Meinigen, der als Abgeordneter für Hof seit 1905 der bayerischen Abgeordnetenversammlung angehörte] gab im Landtag dem Ministerpräsidenten die Schuld, daß es zum offenen Konflikt zwischen den Ministern gekommen sei und Hertling entschuldigte sich ziemlich lahm mit anderen Dienstgeschäften.“ — Bei Braun S. 155 heißt es: „Hertling . . . konnte aber erst heute [28. 10. 1917] kommen, weil, wie der bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld unter unserem zwerchfellerschütternden Lachen erzählte, in Bayern eine Ministerkrise wegen eines anderen bayerischen Ministers ausgebrochen sei.“ — Dr. Ludwig Quidde, München (lib. Mitglied des bayerischen Abgeordnetenhauses), telegraphierte am 30. 10. 1917 an Haußmann: „Wir alle warnen dringend. Quidde.“ Haußmann vermerkte eigenhändig auf dem Telegramm, das sich im Nachlaß Haußmann 29 befindet: „NB vor Hertling, den er im Sommer empfohlen hat. CH.“ — Am 12. 11. 1917 schrieb Quidde an Haußmann, eigenhändiger Brief im Nachlaß Haußmann 29: „Sie werden s[einer] Z[eit] mein Telegramm ‚Wir alle warnen auf das entschiedenste‘ erhalten und verstanden haben. Es war besonders Müller-Meinigen, der darauf drängte, aber einverstanden waren alle Landtagskollegen, die ich sprach. Wir standen stark unter dem Eindruck der absoluten Unzulänglichkeit, die Hertling wenige Tage vorher im Landtag bewiesen hatte. Auch seine Ministerkollegen sagten, daß er es körperlich nicht lange werde leisten können. Dazu die bedauerliche Haltung in der elsass-lothring. Frage und in Sachen Art. 9. . . . Einen Brief habe ich dem Telegramm nicht folgen lassen, da ich annahm, die Entwicklung werde ihn überholen, und da bei der Lösung, die bald in Sicht trat, die Vorgänge die Bedenken zu überwiegen schienen. Müller-M[einigen] blieb unentwegt ablehnend; aber das mochte er selbst vertreten.“

nicht überzeugen, daß die Dinge anders geworden sind. Aus München dringenden Warnungsruf erhalten. Vorgänge in Bayern. Dort tollste Zustände im Ministerium, zwei Minister gegeneinander.<sup>39)</sup>

Auch Zweifel, ob Hertling mit 76 Jahren<sup>40)</sup> noch Kraft habe.

Wenn Hertling wirklich kommen sollte, dann müßten wirklich starke Kautelen kommen. Ich weiß nicht, ob Hertling die Kraft dazu besitzen wird. Es wird auf Nationalliberale hingewiesen. Friedberg nehme ich an. Aber solange wie Waldow stehenbleibt, habe ich allerdings größte Besorgnisse. Erste Voraussetzung in Preußen ist Beseitigung von Waldow. Deswegen Kombination mit Waldow sehr bedenklich. Ehe nicht weithin sichtbares Zeichen gegeben ist, daß eine entschlossene Regierung eingesetzt wird, glaube ich nicht an die ganze Sache.

**Erzberger:** Scheidemann beistimmen, daß Programm<sup>8)</sup> nicht allein entscheidend sein kann. Denn es sind nur wenige Punkte! Auch Tirpitz könnte unser Programm annehmen. Darum sind auch andere Gesichtspunkte und Bedenken zu überlegen. Trennung: nach Kühlmanns Äußerung sei diese Sache beseitigt. Elsaß-Lothringen: Hertling um Äußerung gebeten, wie er sich eigentlich ausgesprochen hätte; da scheinen Irrtümer vorgekommen zu sein. Stenogramm!<sup>41)</sup> Hertling hat als

hingewiesen auf Nationalliberale, aber solange Waldow bleibt, dennoch ernste Besorgnisse. Kombination mit Waldow sehr bedenklich. Notwendig weithin sichtbare Zeichen einer entschlossenen neuen Regierung.

**Erzberger:** Programm<sup>8)</sup> freilich nicht allein entscheidend. Darum sind auch die anderen Punkte zu überlegen. 1. Trennung der Ämter — nach K.'s Äußerung erledigt; 2. Elsaß-Lothringen — H. hat Stenogramm seiner Rede eingereicht, die wesentlich anders als Zeitungsberichte lautete.<sup>41)</sup> H. als Reichstagsabgeordneter bis 1912 alle Anträge auf Autonomie von Elsaß-Lothringen unterzeichnet.<sup>42)</sup> Also in Frage Elsaß-Lothringen wenigstens erträglich; 3. Art. 9 — nicht im Programm

<sup>40)</sup> Richtig: mit 74 Jahren (Hertling wurde am 31. 8. 1843 geboren).

<sup>41)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 2. 11. 1917, 1. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 1. 11.) berichtete, daß es sich in den gestrigen Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien herausgestellt habe, daß die Erklärungen über Elsaß-Lothringen, die Hertling im Finanzausschuß des bayr. Landtags vor einigen Wochen (am 10. 10. 1917; vgl. Schulthess 1917/I S. 894 f.) abgegeben habe, in der Presse unrichtig wiedergegeben worden seien. Anschließend wird der Wortlaut, „wie ihn Graf Hertling gestern den Mehrheitsparteien zur Kenntnis gegeben hat“, nach der „Berliner Zeitung“ vom 1. 11. 1917 wiedergegeben. Die grundsätzliche Ablehnung des autonomen Bundesstaates bleibt jedoch auch in dieser Version unverkennbar: „... ich wünsche“, heißt es u. a., „den Weg zu gehen, der im deutschen Interesse zum Ziele führt. Ob der autonome Bundesstaat zum Ziele führen wird, wird vielleicht später die Geschichte zeigen. Wenn jetzt so entschieden wird, so werden wir uns darein fügen...“

<sup>42)</sup> Vgl. Erzberger S. 161; s. ferner in diesem Zusammenhang Bachem VII S. 144 ff. — Hertling, der dem Reichstag von 1875—1890 und seit 1896 ununterbrochen angehört hatte, wurde zwar im Januar 1912 wiedergewählt, schied jedoch bereits am 13. 2. 1912 infolge seiner Ernennung zum bayr. Ministerpräsidenten aus.

Reichs[tags]abgeordneter die Anträge auf Schaffung eines autonomen Bundesstaats eingebracht bis 1911!<sup>42)</sup> Also Elsaß-Lothringen ist wenigstens erträglich.

Anders beim dritten Bedenken: § 9. Dies ist nicht im Programm enthalten. Aber wie ist es mit der Praxis? Hertling ist bereit, Parlamentarier aufzunehmen. Aber theoretische Gegensätze verbieten die Aufhebung. Eventuell Nationalliberaler Vizepräsident in Preußen. Auch abgelehnt Parlamentarier im Reich.<sup>43)</sup> In Preußen können sie Parlamentarier bleiben!<sup>44)</sup> Kühlmann sagte auch: volksparteilicher Abgeordneter.<sup>31)</sup> Ein solches Kabinett würde wohl haltbar sein. Helfferich würde gehen.<sup>20)</sup>

Insofern also eine Reihe neuer Gesichtspunkte. Kühlmann hat auch neuen Bericht von Amerika. Wilson wartet auf Demokratisierung, habe auch das wissen lassen. Man solle daher Bedenken eventuell zurücktreten lassen. Es seien Kräfte am Werk, die einen ganz anderen Weg gehen wollten; es könnte verloren gehen, was gewonnen sei. In vielen Fragen sei er mit der Mehrheit einig; daher müßte auch die Mehrheit vorsichtig sein.

Wenn noch neu der Wunsch auftaucht, daß z. B. Waldow ausgeschafft werden soll, dann liegt kein Bedenken vor, solche Wünsche vorzutragen. Waldow ist auch beruflich nicht haltbar.

**Richthofen:** Ich habe nicht von mir aus gesagt, die Programmpunkte seien nicht wichtig. Kühlmann hat das gesagt. Füge hinzu: Wenn Hertling sagen muß, er habe in Verhandlungen nichts erreicht, obschon er in Programm entgegenkommend gewesen sei. Dann scheidert alles am Ar-

enthalten, in Praxis H. bereit, Parlamentarier aufzunehmen, obschon zweifellos theoretisch Gegner. Da Helfferich geht<sup>20)</sup>, und Fortschrittler<sup>31)</sup> und Nationalliberale ins Kabinett kommen also wohl erträglich. Man solle daher Bedenken zurückstellen. Kräfte am Werke, die anders wollen. Freilich müßte Mehrheit immerhin vorsichtig sein. Wunsch zur Beseitigung Waldows müsse vorgetragen werden, da W. auch beruflich nicht haltbar.

**Richthofen:** Wenn H. Kaiser sagen müsse, er habe in Verhandlungen nichts erreicht, obschon er im Programm entgegengekommen sei, dann bedenkliche Lage, weil tatsächlich Strömungen gegen Reichstag sehr stark. Deshalb wegen Differenz über Art. 9 ablehnende Haltung der Mehr-

<sup>42)</sup> Bezieht sich vermutlich auf die Unterredungen der Parteivertreter mit Kühlmann und dürfte folgendermaßen zu interpretieren sein: es sei auch abgelehnt worden, einen Parlamentarier (also Fehrenbach oder Payer) zum Reichskanzler zu machen. Vgl. oben (Ebert, Erzberger).

<sup>44)</sup> Nach der preußischen Verfassung vom 31. 1. 1850 konnten Minister auch dem Abgeordnetenhaus angehören. Art. 60 Absatz 3 bestimmte ausdrücklich: „Die Minister haben in einer oder der anderen Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind.“ Art. 78 Absatz 3 besagte allerdings: „Wenn ein Kammermitglied ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme in der Kammer und kann seine Stelle in derselben nur durch neue Wahl wieder erlangen.“

tikel 9: da muß man aber sehr vorsichtig sein, denn es sind in der Tat Strömungen im Gange, bei Scheitern von Hertling etwas ganz anderes zu machen.

Unter diesen Umständen: Artikel 9 spielt im Ausland keine Rolle. Was sie sehen, ist die Tatsache, wie sich das darstellt. Wenn Hertling allein käme, dann ginge es nicht. Auch Kühlmanns Ansicht. Es muß selbstverständlich eine völlige Umbildung des Kabinetts erfolgen. Dann geht auch Hertling. Auch Waldow wäre wohl zu machen.

Wenn es gelingt, Kabinett parlamentarisch zu machen<sup>45)</sup>, wenn in Preußen Nationalliberaler Vizepräsident ist und Garantie des Wahlrechts, wenn Vizekanzler wieder verschwindet, dann schon ein Schritt weiter. Aber dazu noch: Wie soll noch weiter prozediert werden; das Programm muß doch öffentlich im Plenum ausgesprochen werden. Sofort einberufen. Interpellation. Da kann er auch die entscheidende Rede halten. Vertrauensvotum. Wenn Hertling das macht, dann sind wir weiter, und wir würden taktisch und politisch falsch handeln, wenn wir anders handeln.

**Mayer:** Nicht bayerische Verhältnisse nach Reich übertragen. Dort eine Partei eine Mehrheit. Wir sollen lieber Hertling betrachten, als er Reichsabgeordneter war. Damals doch anderes Bild! Elsaß-Lothringen. Arbeiterbewegung! Sozialprogramm! Auch in letzter Zeit vorgeschlagen Änderung der Reichsratskammer in Bayern<sup>46)</sup>, ganz aus sich heraus und ohne

heit nicht zu rechtfertigen. Art 9 im Ausland keine Rolle. Ausland sieht nur Tatsache. H. allein unmöglich, mit entsprechendem Kabinett erträglich<sup>45)</sup>; in Preußen Vizepräsident mit Garantie des Wahlrechts. Frage, wie weiter vorgehen? Programm müsse öffentlich bekannt gemacht werden. Am besten Weg einer Interpellation, dann Kanzlerrede, dann Vertrauensvotum. Dies besondere Stärkung auch in Preußen.

**Mayer-Kaufbeuren:** Parlamentarier als Kanzler jetzt unmöglich, deshalb richtig, H. anzuerkennen. Frühere Äußerungen unbedeutend, weil ganz andere Verhältnisse. Wichtig aber Stellung zu Arbeiterbewegung, soziales Programm. Neuerdings auch Initiative zu Änderung bayrischer Reichsratskammer.<sup>46)</sup> H. Föderalist, wie auch sonst Mehrheit des Zentrums,

<sup>45)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 31. 10. 1917, Abendblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 31. 10.): „In der ‚Börsenzeitung‘, hinter der der nationalliberale Abgeordnete von Richthofen steht, wird ausgeführt, daß vom Standpunkt der internationalen Politik gegen Hertling nichts angeführt werden könne, daß er auch bereit sei, das preußische Ministerpräsidium zu übernehmen, und das in den interfraktionellen Besprechungen aufgestellte Programm finde die Zustimmung Hertlings. Aber Hertling werde sich entschließen müssen, dem Parlamentarismus doch gewisse Konzessionen zu machen und das zwischen ihm und den Parteien herzustellende Vertrauensverhältnis auch in der Art der Bildung seiner Regierung wenigstens in einem gewissen Umfang in Erscheinung treten zu lassen . . . Die Zusammensetzung seiner Regierung könne nur eine solche sein, daß die Zustimmung zu den in Aussicht genommenen politischen Zielen, die jetzt von den Parteien gegeben werden sollen, auch nach außen klar in Erscheinung träte.“

<sup>46)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 926.

Mehrheit in der Zweiten Kammer. Hertling ist Föderalist als Zentrumsabgeordneter. Da steht auch die gesamte Fraktion. Wenn Hertling als Ministerpräsident den Charakter des föderalistischen Staats aufrechterhalten will, so ist die Haltung verständlich. Deshalb ist Hertling empfehlenswert.

**Dove:**<sup>47)</sup> Eine absolut notwendige Voraussetzung ist das alsbaldige Zusammen treten des Reichstags und Festmachung im Plenum. Ein Punkt noch nicht klar: Stellung des Vizekanzlers. Kühlmann sagt: Posten überflüssig. Aber Regierung hat eben erst die Begründung gegeben.<sup>48)</sup> Gesagt worden: Helfferich würde zurücktreten.<sup>20)</sup> Sind wir sicher, daß das auch angenommen wird?<sup>21)</sup> Wird der Kaiser nicht hartnäckig bleiben und ihn halten? Das muß geklärt werden.

**Rießer:** Gegenüber Scheidemann muß man sagen: es ist eine gewisse Änderung eingetreten. 1.) keine Trennung, 2.) preußischer Vizepräsident, der nur ernannt werden kann, wenn er sich gleichzeitig verpflichtet, mit aller Kraft die Nationalliberalen für die Wahlreform festzumachen.

**Vizekanzler:** Wir dürfen uns nicht damit begnügen, Herr Kühlmann habe gesagt, er halte für überflüssig; wir müssen klar verpflichtende Erklärung Hertlings haben, daß dieser Posten wegfällt; nicht besetzt werden wird. Sonst können wir uns merkwürdigen Überraschungen aussetzen. Ferner unmöglich, daß irgendein liberaler Mann ins Ministerium eintritt, solange Waldow darin sitzt.

Artikel 9: da sollten wir sehr auf klarer und auch in Grundzügen zu vereinbarenden Erklärung bestehen müssen, denn das

daher Stellung zu Art. 9. Alles in allem H. sehr empfehlenswert.

**David:**<sup>47)</sup> Notwendig vor allem rascher Zusammentritt des Reichstags. Festlegung im Plenum. Unklar bisher noch Stellung zu Vizekanzler. K. sage, Posten überflüssig, aber Regierung eben erst Notwendigkeit begründet.<sup>48)</sup> Klärung notwendig, ob Helfferich wirklich zurücktritt.<sup>20)</sup> <sup>21)</sup>

**Rießer:** Gegen Scheidemann festzustellen, daß gewisse Änderungen der Lage tatsächlich eingetreten. 1. Keine Ämtertrennung, 2. preußischer Vizepräsident, der nur ernannt werden kann, wenn er sich gleichzeitig verpflichtet, mit aller Kraft die Nationalliberalen für Wahlreform festzumachen. In Sachen Vizekanzler Bemerkung K.'s ungenügend; am besten verpflichtende Erklärung H.'s, daß Posten nicht besetzt wird, sonst merkwürdige Überraschungen möglich. Ferner unmöglich Eintritt Liberaler in ein Ministerium mit Waldow. Bei Art. 9 klare grundsätzlich zu vereinbarenden Erklärung notwendig, denn Ausland weiß sehr gut, daß in Deutschland kein Reichstagsabgeordneter Minister werden kann, ohne Mandat zu verlieren. Deshalb notwendig zu wissen, welche Ordnung geplant. Fortschritt in diesen Dingen nur sehr bedingt anzuerkennen. Freilich hat H. verhandelt,

<sup>47)</sup> Da Nr. 75c über den letzten Teil der Sitzung nur zusammenfassend berichtet, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, wer der Redner war. Entweder ist Südekum bei der Anfertigung der maschinenschriftlichen Aufzeichnung Nr. 75b, für die das Stenogramm Nr. 75a als Quelle benutzt wurde, ein Diktier- oder Schreibfehler unterlaufen, oder aber es handelt sich — was allerdings weniger wahrscheinlich ist — um eine bewußte Berichtigung.

<sup>48)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3624 f., 3684 f.; Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 321, Drucksache 1025 bes. S. 3 und 11 f.

Ausland — um den Eindruck festzuhalten — wird sehr gut verstehen, daß in Deutschland niemand aus dem Parlament Minister<sup>48a)</sup> sein kann; es muß da doch durch Erklärung festgelegt werden, was da werden soll.

Wenn betont worden ist, wir hätten Riesenschritt nach vorwärts getan, so kann man das nur sehr bedingt bejahen. Freilich: Hertling hat Fühlung genommen. Das dünkt uns schon, bescheiden wie wir sind, ein Fortschritt. Aber Hertling ist berufen worden ohne jede Mitwirkung des Parlaments. Freilich hat er dann von sich aus Besprechungen gesucht. Bescheidener Fortschritt. Deshalb müssen wir nach irgendeiner Form suchen, um auch für die Zukunft wissen zu lassen, daß das Parlament darauf besteht, daß eine Berufung eines Kanzlers nicht ohne vorherige Fühlung mit den Parteien erfolge. Dazu ist jetzt der Moment! Also auch positive Erklärung erbeten, daß Vizekanzler und Waldow abzugehen haben.

**Stresemann:** Kühlmann läßt sagen durch von Hoesch<sup>49)</sup> er wolle sagen lassen, Hertling sei im Prinzip damit einverstanden, Vizepräsident in Preußen mit einem Nationalliberalen, Verhandlungen mit Herrn von Krause<sup>50)</sup> seien schon weiter vorgeschritten.<sup>51)</sup> Dagegen lebhafteste Bedenken von Stresemann. Friedberg. Es komme nicht auf Nationalliberale an, sondern auf Friedberg und seinen Einfluß.

**Rießer:** Muß dem vollständig beitreten. Geradezu unerhört, unter diesen Umständen von der Regierung so vorzugehen. Jetzt kommt plötzlich Herr von Krause aus der Versenkung! Dadurch wird das zu einem Schachergeschäft herabgewürdigt!

aber berufen ist er ohne Mitwirkung. Deshalb irgend eine Form, um auch für die Zukunft wissen zu lassen, daß spätere Berufungen ohne Fühlung mit Parteien unmöglich. Darüber positive Erklärungen erbitten.

**Stresemann** erfuhr während der Sitzung durch von Hoesch<sup>49)</sup>, Kühlmann lasse sagen, H. prinzipiell mit nationalliberalem Vizepräsidenten einverstanden, Verhandlungen mit Krause<sup>50)</sup> schon weit vorgeschritten.<sup>51)</sup> Dagegen sofort von allen Seiten lebhafteste Bedenken, weil Friedberg in der Kombination notwendig.

**Rießer:** Geradezu unerhört, daß Regierung so vorgeht.

<sup>48a)</sup> Im Stenogramm: „zum Minister“.

<sup>49)</sup> Leopold von Hoesch, 1917 Hilfsarbeiter des Staatssekretärs von Kühlmann im Auswärtigen Amt, in der Nachkriegszeit (seit 1924) deutscher Botschafter in Paris.

<sup>50)</sup> Dr. Paul v. Krause, nationalliberal, seit 1888 Mitglied und seit 1896 zweiter Vizepräsident des preuß. Abgeordnetenhauses, am 5. 8. 1917 zum Staatssekretär des Reichsjustizamtes ernannt.

<sup>51)</sup> Vgl. Anm. 6.

**David:** Unsere Bedenken sind noch nicht behoben. Im wesentlichen doch darin: in der Persönlichkeit haben wir nicht den geeigneten Vertreter für eine neue Orientierung. Was wird die Praxis dieses neuen Kanzlers werden? Vielleicht zerstört er die einzige Möglichkeit einer ruhigen, gesunden Entwicklung im Lande während des Krieges. Wenn das Ausgang der Sache wäre, dann müßten wir für unsere Partei die volle Bewegungsfreiheit zurückgewinnen. Dann schwere Zustände. Das ist unser schwerstes Bedenken. Wir müssen uns ganz freie Hand behalten. Werden noch Frage unter uns behandeln.

Jetzt nur einzelne Punkte zu beleuchten: In Elsaß-Lothringen würde es nicht genügen, daß Hertling eine Erklärung abgibt in dem Sinne, sondern Eindruck aufs Ausland. Rasche Tat wäre notwendig.

Dann Parlamentarisierung: Hertling zwar konziliant, aber keine Konzessionen! Dann frage ich, wenn das aufrechterhalten bleibt, was soll dann in der Praxis herauskommen? Männer aus dem Reichstag müßten dann ihr Mandat niederlegen oder halb mit [in] der Regierung ohne Bundesratsmandat. Ohne [Art.] 9<sup>52)</sup> kann nichts Entscheidendes geschehen. Dann ist demokratische Entwicklung in Deutschland lahmgelegt.

Eben gesagt: Vizekanzler nicht besetzen. Das ist freilich außer Frage, wenn neue Reichsleitung überhaupt auf Vertrauen und Mitarbeit der Sozialdemokraten rechnen sollte. Helfferich also verschwinden. Dann Vizekanzlerposten offen bleiben. Da sollte aber lieber ein Parlamentarier einrücken. Fortschrittler, z. B. Payer.<sup>21)</sup> Darin eine gewisse Garantie gegen Rechtsabmarsch. Vielleicht auch nicht unglücklich, wenn Dove<sup>31)</sup> diese Pflicht übernehme. Daß Waldow verschwinden müßte, ist klar. Überhaupt erscheint entscheidender Gesichtspunkt, daß preußische Reform garantiert sein müßte. Das ist für uns die wichtigste Frage. Da kamen wir auf Friedberg. Was jetzt da gemacht werden soll, Krause würde dem in keiner

**David:** Dreierlei Bedenken gegen H. 1. Persönlichkeit, Neuorientierung fraglich. Wenn keine Beruhigung des Landes während des Krieges eintrete, dann Mehrheitsarbeit nutzlos und Sozialdemokratie müßte Bewegungsfreiheit zurückfordern. 2. In Elsaß-Lothringen-Frage rasche Tat notwendig, nicht bloß Erklärung. 3. Parlamentarisierung: H. konziliant, aber keine Konzessionen. Ohne Art. 9<sup>52)</sup> keine entscheidende Besserung. Helfferich muß verschwinden. An freien Posten fortschrittlicher Parlamentarier, Payer<sup>21)</sup>, das wäre gewisse Garantie gegen Rechtsabmarsch, außerdem Dove.<sup>31)</sup> Waldow muß verschwinden. Preußische Reform muß garantiert sein; dazu Friedberg notwendig, Krause unmöglich. Zwischenspiel Krause zeigt Gefahr, daß wir geprellt werden können. An Reform-Mehrheit in Preußen als Unterbau der Kanzlertätigkeit unbedingt festhalten.<sup>15)</sup> Scheitern einer Kandidatur H. nicht sehr tragisch; wer Konflikt will, muß auch Verantwortung übernehmen.

<sup>52)</sup> D. h.: ohne Änderung des Artikels 9 (Streichung des Absatz 2) der Reichsverfassung.

Weise entsprechen. Das zeigt, wie unsicher alle diese Kombinationen sind. Gefahr, daß wir geprellt werden.

Wir hatten an Mehrheit in Preußen gedacht als Unterbau des Kanzlers.<sup>15)</sup> Daran muß festgehalten werden. Wenn Mehrheit unsicher ist, dann ist Reform unsicher. Wenn da Verzögerung kommt, dann ist gar nichts zu wollen. Diese Frage muß ganz sicher gestellt werden bei der neuen Kombination. Man könnte vielleicht auch kleine Gruppe von Freikonservativen engagieren! Neue Regierung Programm natürlich vor der Öffentlichkeit entwickeln.

Scheitern der Kandidatur Hertling nicht sehr tragisch. Wenn die anderen Konflikt wollen, dann haben wir keine Verantwortung.

**Liesching:** Vom Verstand der Regierung haben wir keine guten Begriffe. Wichtigstes ist preußisches Wahlrecht. Bei Vizekanzler sollte man nur Garantie haben gegen Helfferich. Nicht besetzen ohne Befragung des Parlaments.

**Südekum:** Antwort Valentini?<sup>53)</sup> Krause!!

**Ebert:** Auch nach Unterredungen mit Kühlmann hat Hertling große Bedenken. Noch hinzuzufügen, daß auch uns aus Bayern von Fraktion und Parteileitung Mitteilungen zugegangen, dringende Warnung. Vom Arbeiterstandpunkt: Verhalten gegen Gewerkschaft in Staatsarbeiterfragen. Auch in Verfassungsfrage ist auf Isolierung Sozialdemokraten in Bayern hingearbeitet worden. Aber die Gefahr, daß das Kabinett Hertling einen Block rechts anstrebt, ist vorhanden und wird befürchtet. Dem nur entgegenwirken wie durch Davids Plan: Vizekanzler durch Fortschrittler.<sup>21)</sup> Das würde uns die Sache erträglicher machen. Größter Gesichtspunkt: Wahlrecht. Wenn Nationallibera-

<sup>53)</sup> Vgl. Nr. 63a—d.

**Liesching:** Vom Verstand der Regierenden nichts zu erwarten, daher liegt Verantwortung auf uns. Wichtigstes ist preußische Reform. Helfferich Abgang, dann Parlamentarier.

**Südekum** fragt Trimborn nach Valentinis versprochener Antwort<sup>53)</sup> und geht auf das Zwischenspiel Krause näher ein. Gegen Kandidatur H. im ganzen noch immer Bedenken.

**Ebert** schließt sich an. Aus Bayern von Fraktion und Parteileitung dringende Warnung: Verhalten gegen Gewerkschaften in Staatsarbeiterfrage; in Verfassungsfragen Versuch Isolierung bayrischer Sozialdemokratie. Gefahr besteht, daß das Kabinett H. Rechtsblock anstrebt. Gegenmittel nur fortschrittlicher Vizekanzler<sup>21)</sup>, das würde uns Sache erträglich machen. Wenn Wahlreform-Mehrheit in Preußen, dann für uns Sache leicht.<sup>15)</sup> Also Krause unmöglich. Auch Art. 9 muß zum Abschluß gebracht werden. In Preußen Parlamentarier Minister<sup>44)</sup>, im Reiche nicht. Das nicht lange erträglich. Wir brauchen noch Garantien. Bei der ganzen Regelung kam es uns darauf an, daß wir

ler mit seiner Fraktion sich einsetzt, das macht uns die Sache leicht.<sup>15)</sup> Aber Voraussetzung ist dabei, daß der Nationalliberale der Mann von entscheidendem Einfluß ist. Krause würde die Sache für uns unüberwindlich machen. Auch notwendig wegen § 9 zum Abschluß zu bringen. Jetzt in Preußen [parlamentarische]<sup>54)</sup> Minister<sup>44)</sup> und im Reiche nicht! Das würde uns im Lande Schwierigkeiten machen. Diese Änderung, die im Verfassungsausschuß beschlossen<sup>55)</sup>, ohne weitere Konsequenzen durchführbar! Auch dieser Punkt ist von Bedeutung. Wenn da Garantien gegeben werden können, dann wäre das von großer Bedeutung. Bei der ganzen Regelung kam es uns darauf an, daß wir zu ruhigen Verhältnissen kommen, die auch nach außen hin Ruhe schaffen.

**Herold:** Heute morgen Hertling von Krause<sup>51)</sup> noch keine Ahnung. Hat nur den Namen Friedberg genannt. Artikel 9: im Zentrum doch sehr wichtige Bedenken. Meinung mindestens sehr geteilt; Mehrheit dagegen. (Trimborn bestätigt das.)

**Erzberger:** Hertling zum § 9: noch keine endgültige Stellung genommen. Objektiv Stellung nehmen. Würde Beschluß im Reichstag abwarten. Keine Konsequenzen, daß die Frage für ihn unmöglich sei. Krause: Kabinettschef sagte: Name Krause sei von einem Zentrumsmann genannt! (Das wird aber bestritten!) (Herold hat nur Röchling<sup>57)</sup> genannt.) Krause ist nicht genannt worden. Zu Stengel<sup>56)</sup> gesagt, daß die ganze Kombination über den Haufen falle. Es gibt keinen anderen als Friedberg! Hat gesagt, werde sofort Hertling sagen: offen sagen: mit mir spricht man über Friedberg; deshalb ist es

zu ruhigen Verhältnissen kommen, die auch nach außen hin Ruhe schaffen.

**Herold:** H. nichts von Krause<sup>51)</sup> gesagt, habe nur Friedberg genannt. Bei Art. 9 föderalistische Stimmung [des] Zentrums. Mehrheit des Zentrums sicher gegen Änderung.

**Erzberger:** H. will bei Art. 9 Beschluß des Reichstags abwarten. Andere Regelung für H. nicht unmöglich. Erzberger berichtet, daß er von Stengel<sup>56)</sup> mitgeteilt habe, ganze Kombination würde an Krause scheitern. Stengel sofort an H. berichtet.

<sup>54)</sup> Im Stenogramm: „parlamentarielle“.

<sup>55)</sup> Am 27. 9. 1917 nahm der Verfassungsausschuß nach längerer Aussprache den von Nationalliberalen, Fortschrittlern und Sozialdemokraten gestellten Antrag auf Streichung des Schlusssatzes im Artikel 9 der Reichsverfassung mit 15 gegen 12 Stimmen an. Vgl. Schulthess 1917/I S. 820 f.

<sup>56)</sup> S. Nr. 68 Anm. 5.

<sup>57)</sup> Dr. Karl Röchling, nationalliberales Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses seit 1903 (mit Unterbrechung von Juni bis Sept. 1906).

für mich sehr peinlich! Auch gegen Stresemann unerhört. So kann man nichts antworten! Wer hat dazwischengepfuscht. Da verliert man bald jede Lust, noch etwas zu machen.

**Junck:** Die Ernennung eines linksliberalen Nationalliberalen ist das beste Mittel, die Wahlreform unmöglich zu machen. Über Artikel 9 recht ruhig zu urteilen. Das ist nicht Prüfstein für Parlamentarismus. Das Zentrum ist aus föderalistischen Gründen dagegen, nicht aus antiparlamentarischen Gründen. Ich kann auch nicht zugeben, daß Reichstagsabgeordneter, der Staatssekretär würde, nur halb wäre, wenn er nicht Bevollmächtigter zum Bundesrat wäre.

**Trimborn** stellt fest:

- 1.) Reichstag bald zusammenkommen. Programmatische Erklärung ganz klar.
- 2.) a) Hertling seine Stellung dazu,  
b) möglichst baldige Elsaß-Lothringen-Autonomie.
- 3.) Waldow weg. Besetzung eines weiteren preußischen Ministeriums mit Parlamentarier.<sup>57a)</sup>

1.)<sup>58)</sup> Alsbaldige Entgegennahme der Erklärung des neuen Reichskanzlers im Reichstag als Antwort auf die Interpellation.<sup>59)</sup>

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die schwebenden Fragen der äußeren und inneren Politik?“<sup>60)</sup>

**Scheidemann:** Wir legen uns natürlich nicht fest auf die Einzelheiten.

**Südekum:** Jeweils erträglich der extremsten Partei.

Lange Erörterungen über Programm und Erklärung.

**Junck:** Art. 9 nicht Prüfstein für Parlamentarismus. Zentrum nicht antiparlamentarisch, nur föderalistisch. Reichstagsabgeordnete könnten Staatssekretäre ohne Bevollmächtigung zum Bundesrat werden.

<sup>57a)</sup> Die folgenden Notizen Südekums beziehen sich vermutlich nicht mehr auf die Ausführungen Trimborns, sondern auf die allgemeinen Bemühungen, die Auffassung des Ausschusses schriftlich zu fixieren.

<sup>58)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Bekanntnis zum Programm. Im Wege Interpellation. Entgegennahme der Erklärung.“

<sup>59)</sup> Im Stenogramm gestr.: „In kurzer Zeit. Vor Verhandlung Einbringung der Wahlreform“.

<sup>60)</sup> Im Stenogramm gestr.: „2.) Elsaß-Lothringen“.

Bei Elsaß-Lothringen müßten wir Gewißheit haben, daß Autonomie stellt<sup>61)</sup>, weil diese Frage unbedingt bedeutungsvoll ist. Gerade auf diesem Punkt ist klare Ausräumung notwendig, weil Hertling belastet.

2.) Klares Bekenntnis zur Autonomie und Abgabe einer entsprechenden Erklärung bei der Interpellation.

**Stöve:** Auf vier Punkte geeinigt für jeden Kanzler. Aber Hertling soll auch noch über Elsaß-Lothringen Erklärungen abgeben.

**Rießler:** Wir würden wohl doch zustimmen, wenn auch Fraktion in Mehrheit gegen die elsässischen Erklärungen sein würde.

**Richthofen:** Wenn Rede<sup>62)</sup> gut ist, dann interpellieren wir.<sup>63)</sup> Wenn nicht, dann sehen wir von Interpellation ab und lassen ihn so reden.

**Fischbeck:** Wir müssen uns vor Augen halten: wenn die Sache anders kommt? Was dann? In dieser Situation, daß Sozialdemokraten ablehnen<sup>64)</sup>, dann geht es nicht. Die Sache darf nur so geschoben werden, daß eine Bejahung herauskommt, oder es muß anders gemacht werden.

**Mayer:** In fast allen Punkten, die nicht im Programm<sup>8)</sup> stehen, sind Meinungsverschiedenheiten. Bayerischer Flügel<sup>65)</sup> z. B. im Elsaß anderer Meinung. Aber deshalb keine Vertrauensverweigerung. Kanzlerrede vorher vorlegen und dann fragen, ob Schlucken möglich oder nicht.

**Keinath:** stimmt diesem zu. Damit kommen wir jetzt mal vorwärts.

Völlige Bindung der Parteien jetzt nicht möglich. Zuviel Belastung darf nicht zu-

<sup>61)</sup> So im Stenogramm.

<sup>62)</sup> Hertlings Antrittsrede im Reichstag als Kanzler.

<sup>63)</sup> Richthofen kommt auf seinen Vorschlag, ein Vertrauensvotum für den neuen Kanzler abzugeben (s. oben), zurück.

<sup>64)</sup> Vgl. vorige Anmerkung.

<sup>65)</sup> Des Zentrums.

gemutet werden. Bei gutem Willen kommt man vielleicht darüber hinweg. Heute sind wir noch nicht so weit, daß wir das schon tun könnten.

**Ebert:** Bin mit Vorschlag einverstanden: erst Wortlaut<sup>66)</sup> ansehen.

**Elsaß-Lothringen:** Diese Frage war Gegenstand der interfraktionellen Konferenz.

Wir stellen auf, was wir an Wünschen haben, um eine Übereinstimmung zur Kandidatur Hertling zu erzielen.

**Mayer:** Bei der interfraktionellen Besprechung habe ich erklärt, daß wir noch keine Stellung zu Elsaß-Lothringen genommen hätten.<sup>67)</sup> Beim Reichskanzler<sup>68)</sup> wurde in den Vordergrund gestellt, daß elsäß-lothringisches Landtagsbekenntnis wichtig für Frieden sei; darauf habe ich erklärt, daß wir grundsätzlich anderen Standpunkt hätten, aber persönliche Kundgebung des elsäß-lothringischen Landtags so bedeutungsvoll, daß ich Bedenken zurückstelle.<sup>69)</sup>

- 1.) Wir nehmen Akt vom Bekenntnis zu den vier Programmpunkten<sup>8)</sup> wie von seiner Erklärung zugunsten der Autonomie von Elsaß-Lothringen.
- 2.) Alsbaldige Entgegennahme der Erklärung des neuen Reichskanzlers im Reichstag tunlichst als Antwort auf eine Interpellation der Mehrheitsparteien.
- 3.)<sup>70)</sup> Annahme des Rücktrittsgesuchs des Herrn Helfferich.

Es wird dann der Versuch gemacht, das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen zusammenzufassen. Doch scheitern die Bemühungen, es schriftlich zu fixieren. Immerhin ergibt sich etwa folgendes:

Reichstag bald zusammen. Erklärung der neuen Regierung. Wenn möglich Interpellation. Keine Festlegung der Parteien auf Einzelheiten. Klare Festlegung in Elsaß-Lothringen-Frage. Die 4 Programmpunkte<sup>8)</sup> für jeden Kanzler bindend. H. muß mehr erklären. Rede vorher vereinbaren. Wenn gut, dann Interpellation, wenn nicht, dann freie Verhandlung. Auf Zustimmung der Sozialdemokratie allerseits größter Wert gelegt. Bedingungen:

<sup>66)</sup> Von Hertlings Antrittsrede im Reichstag.

<sup>67)</sup> Vgl. Nr. 28.

<sup>68)</sup> Vgl. Nr. 24. Es könnte jedoch auch die Besprechung Michaelis' mit den Parteiführern am 22. 8. 1917 abends gemeint sein; vgl. Nr. 34 und Nr. 38, ferner SPD-Fraktion, 24. 8. 1917.

<sup>69)</sup> Im Or. unter den Ausführungen Mayers ein doppelter waagerechter Strich, der die folgenden 6 Punkte deutlich abhebt.

<sup>70)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Rücktritt von Helfferich“.

- 4.)<sup>71)</sup> Annahme eines Rücktrittsgesuchs des Herrn von Waldow.  
 5.) Friedberg als Vizepräsident.  
 6.) Fortschrittler als Vizekanzler und im preußischen Ministerium.

**Stresemann** berichtet von Kühlmann: Modus unglaublich erschienen. Er sei in dieser Sache gar nicht in der Lage, Auskunft zu geben. Er wisse gar nicht, wie das komme. Mehrere Stellen verhandelten. Andere Stellen mögen auch verhandelt haben. Hat mit Stengel<sup>50)</sup> und Schoen<sup>72)</sup> verhandelt. Die wußten nicht, ob schon mit Krause verhandelt worden oder nicht.<sup>51)</sup> Im Prinzip habe man erwogen. Mit Zentrum und Nationalliberalen hat man ————: <sup>73)</sup>entweder Krause, Friedberg oder Röchling! Man ließ durchblicken, daß Herr von Krause dem Kaiser angenehmer sein würde als Friedberg. Dagegen die Gründe dargelegt.

**Erzberger**: Hertling läßt sagen, ihm sei die ganze Sache Krause unbekannt. Er kennt Krause gar nicht. Hat auch keinem Mann Auftrag gegeben, in dieser Sache irgend etwas zu tun. Valentini und Helfferich haben das offenbar geschoben. Selbstverständlich nimmt Hertling auf Wünsche Rücksicht.

Rücktritt Helfferichs, möglichst Rücktritt Waldows, Friedberg Vizepräsident, Payer Vizekanzler.

**Stresemann** war inzwischen zu Kühlmann gefahren und berichtet, daß Krause-Sache dort ganz unbekannt. Offenbar verhandeln mehrere Stellen.<sup>51)</sup> Man ließ durchblicken, daß Krause Kaiser angenehmer als Friedberg. Dagegen Gründe dargelegt.

**Erzberger** berichtet, H. wisse nichts von Krause-Sache, habe auch keinen Auftrag gegeben. Offenbar Helfferichs und Valentinis Werk.

Nächste Sitzung 1. November 1917,  
 12 Uhr mittags.

<sup>71)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Entfernung des Herrn“.

<sup>72)</sup> Dr. Hans v. Schoen, Geh. Legationsrat an der bayr. Gesandtschaft in Berlin.

<sup>73)</sup> So im Or.

75c: Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 31. Oktober nachmittags 4 Uhr.“

Geheimrat **Trimborn** berichtet über seine Unterredung mit Graf Hertling. Er habe den Eindruck gewonnen, daß Graf Hertling das Amt annehmen werde, da die Trennung zwischen Reichskanzleramt und Ministerpräsidium nicht eintreten werde. Das Programm werde Graf Hertling gleichfalls annehmen. Er werde zweifellos auch einige Parlamentarier in sein Kabinett aufnehmen. Dagegen habe er keinen grundsätzlichen Widerspruch mehr erhoben.

Abgeordneter **Erzberger** teilt den gestrigen Verlauf der Unterredung mit Graf Hertling mit<sup>2)</sup>, wobei er ihm den Dank der Mehrheitsparteien gemäß seinem Auftrag ausgesprochen habe. Graf Hertling sei sehr erfreut gewesen über die Aufmerksamkeit und danke seinerseits den Herren für die Offenheit, mit der sie die Aussprachen gepflogen hätten.

Abgeordneter **Stresemann** berichtet über seine Unterredung mit Staatssekretär von Kühlmann, der ihm gesagt habe, daß die Trennung der beiden Ämter nicht herbeigeführt würde. Der Vizekanzler Helfferich habe sein Portefeuille zur Verfügung gestellt und wolle auf weiteres Verbleiben im Reichsdienst verzichten. Ein Bedürfnis für einen Vizekanzler liege nach seiner Auffassung nicht vor. Ein Nationalliberaler soll Vizepräsident im Staatsministerium werden, um die Durchführung der Wahlreform zu sichern. Abgeordneter **Friedberg** werde sich nicht ablehnend verhalten. Er solle noch Rücksprache mit seinen politischen Freunden nehmen. Er werde aber nur für Kriegszeit das Amt übernehmen.

Abgeordneter **Ebert** (Soz.) teilt den ähnlichen Verlauf seiner Unterredung mit Staatssekretär Kühlmann mit, Kühlmann werde die mäßige Politik des Reichstages anerkennen. In der elsass-lothringischen Frage werde der Kanzler Klarheit schaffen.

Abgeordneter **Erzberger** und Freiherr von **Richthofen** referieren gleichfalls über ihre Unterredungen mit Staatssekretär von Kühlmann.

Abgeordneter **Scheidemann** (Soz.): Er könne seine frühere Überzeugung nicht verleugnen, wenn auch die Trennung der beiden Ämter weggefallen ist. Wilson suche eine Brücke, das sei Graf Hertling nicht, weil er nicht die Demokratisierung fördere. Eine Konfliktskandidatur werde wohl nicht kommen.

Abgeordneter **Fischbeck**: Die Einigung auf das Programm genüge nicht. Es müsse ein Mann des Vertrauens sein. Das sei Graf Hertling nicht. Er habe noch gestern eine Warnung aus München bekommen. Neue Kautelen müssen gegeben werden. Waldow müsse aus seinem Amt scheiden.

Abgeordneter **Erzberger**: Es läge doch gegenüber gestern eine vollkommen andere Situation vor.<sup>3)</sup> Graf Hertling habe das Programm angenommen. Seine Ernennung würde ihn im Ausland tatsächlich als den ersten Minister aus dem Reichstag erscheinen lassen, was sehr friedensfördernd wirken würde. Ferner

<sup>1)</sup> Bei Erzberger S. 295 und in der als Nr. 105 abgedruckten zusammenfassenden Aufzeichnung Erzbergers wird nur sehr knapp über das Resultat der Sitzung berichtet.

<sup>2)</sup> Vgl. die andere Akzentuierung in Nr. 75a.b, Nr. 105 und bei Erzberger S. 294 (zitiert in Nr. 74b Anm. 5).

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 75a.b Anm. 25.

hatten wir gestern<sup>4)</sup> erreicht die Trennung der beiden Ämter, die Klarstellung der elsäß-lothringischen Frage und die Durchführung der Parlamentarisierung, indem eine Reihe von Abgeordneten zu Ministern ernannt würden. Das Verbleiben des Staatssekretärs von Waldow halte er für unmöglich. Wenn Graf Hertling jetzt ablehne, was dann. Einen eigenen Kandidaten, der angenommen würde, hätte man nicht. Man könne dann nur in der Öffentlichkeit sagen, daß die ganze Kandidatur an der Nichtaufhebung des § 9<sup>5)</sup> der Reichsverfassung gescheitert sei. Die Mehrheitsparteien haben dann ihre politische Unfähigkeit bewiesen, während man anders sagen müsse, die Mehrheit habe den Reichskanzler mitgeschaffen. Diesen großen politischen Gewinn dürfe man sich unter keinen Umständen entgehen lassen.

Abgeordneter von Richthofen schließt sich dem an.

Abgeordneter Mayer-Kaufbeuren erklärt, daß die Stellung des Grafen Hertling in Bayern auch darauf zurückzuführen sei, daß das Zentrum dort eine Mehrheit bilde. Graf Hertling habe sich immer sozial betätigt.

Nach längerer Debatte teilt Abgeordneter Stresemann mit, daß Staatssekretär von Kühlmann<sup>6)</sup> ihm eben telephonisch mitgeteilt habe, daß man mit dem Nationalliberalen Krause<sup>7)</sup> Verbindungen angeknüpft habe.<sup>8)</sup> Es seien diese kaum mehr rückgängig zu machen. In der Konferenz rief dies allgemein Unruhe und Unwillen hervor.

Abgeordneter Ebert erklärt, gegen Graf Hertling habe er sehr große Bedenken; auch die bayerische Landtagsfraktion warnte. Der Vizekanzler sollte einem Fortschrittler angeboten werden.<sup>9)</sup>

Nach langer Debatte einigte man sich auf folgende Punkte:<sup>10)</sup>

- 1) Die vier Parteien nehmen Akt von dem Bekenntnis des Grafen Hertling zu den Programmsätzen und seiner Erklärung energisch für die volle Autonomie Elsaß-Lothringens einzutreten.<sup>11)</sup>
- 2) Baldige Entgegennahme der Erklärungen des neuen Reichskanzlers im Reichstag, tunlichst als Antwort auf eine Interpellation.
- 3) Annahme eines Rücktrittsgesuches des Herrn Helfferich.

<sup>4)</sup> Bezieht sich auf die Gespräche der Vertreter der Mehrheitsparteien, insbesondere Erzbergers selbst, mit Kühlmann. Vgl. Nr. 74a.b, Nr. 75a.b, Nr. 92a—d und Nr. 105.

<sup>5)</sup> D. h.: der Streichung des 2. Absatzes des Artikels 9.

<sup>6)</sup> Telephoniert hatte Kühlmanns Mitarbeiter von Hoesch. Vgl. Nr. 75a.b.

<sup>7)</sup> S. Nr. 75a.b Anm. 50.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 75a.b Anm. 6. S. ferner die Ausführungen Stresemanns am Schluß der Sitzung in Nr. 75a.b.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 75a.b bes. auch Anm. 21.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 105; ferner Erzberger S. 295: „In der interfraktionellen Sitzung der Mehrheitsparteien war die Abneigung gegen Hertling noch sehr groß, doch gelang es mir, eine Verständigung dahin herbeizuführen, daß alle vier Parteien von der Annahme der Programmsätze durch Graf Hertling und seiner Erklärung, energisch für die volle Autonomie Elsaß-Lothringens einzutreten, billigend Kenntnis nahmen. Daran wurde die Forderung geknüpft, der neue Reichskanzler müsse bald im Reichstag eine Erklärung abgeben; ebenso sei der sofortige Rücktritt Helfferichs geboten.“

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

Mündlich soll Graf Hertling noch gesagt haben, daß es wünschenswert sei, daß ein rechtsstehender Nationalliberaler (Friedberg) behufs Förderung der Wahlreform zum Vizepräsidenten ernannt werde. Für die Volkspartei sei in Preußen die Kanzlei des Handelsministeriums, die notwendig geworden sei, zu reservieren<sup>12)</sup>, für den Freikonservativen Kardorff<sup>13)</sup> die Unterstaatssekretärstelle im preußischen Staatsministerium.

Der Staatssekretär Waldow sei tunlichst bald aus seiner Stellung zu entlassen.

<sup>12)</sup> Es ist zu beachten, daß hier im Gegensatz zu Nr. 75a.b die Forderung der Besetzung des Vizekanzlerpostens mit einem Fortschrittler (Payer) nicht mit in die Zusammenfassung des Sitzungsergebnisses aufgenommen worden ist.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 72a.b bes. auch Anm. 23 und 24 und Nr. 74a.b; in Nr. 75a.b wird Kardorff jedoch nicht erwähnt, während in Nr. 75d der Name genannt wird.

75d: Nachlaß Stresemann 176 (6885), eigenhändig, teilweise stenographisch. Überschrift: „Interfraktionelle Besprechung. 31. Oktober 1917.“

Elsaß <sup>1)2)</sup>

Waldow / Helfferich / Krause. <sup>3)</sup>

Sämtliche Abgeordnete sollen erklären[:]<sup>4)</sup>

- 1) *Wir nehmen Akt von seinem<sup>5)</sup> Bekenntnis zu den vier Programmpunkten und von seiner Erklärung zugunsten der Autonomie von Elsaß-Lothringen.*
- 2) *Als baldige Entgegennahme<sup>6)</sup> [der Erklärung] des neuen Reichskanzlers im Reichstage tunlichst als Antwort [auf die]<sup>7)</sup> Interpellation der Mehrheitsparteien.*
- 3) *Annahme eines Rücktrittsgesuches des Herrn Helfferich.*
- 4) *[Annahme des Rücktrittsgesuches]<sup>8)</sup>*
- 5) *Vizepräsident Staatsministeriums Friedberg / fortschrittll. Volkspartei, Kardorff. <sup>9)</sup>*

<sup>1)</sup> Bezieht sich wahrscheinlich auf die Ausführungen Erzbergers zu Hertlings Stellung in der elsäß-lothringischen Frage. Vgl. Nr. 75a—c.

<sup>2)</sup> Unter „Elsaß“ im Or.: „½6 Uhr Adlon (Hoffmann, Sarotti)“.

<sup>3)</sup> Zu den in der Sitzung erörterten personellen Problemen der Regierungsbildung vgl. Nr. 75a—c.

<sup>4)</sup> Dieser Satz im Or. rechts neben Punkt 1 und 2. Der Text der Punkte 1—4 (durch *Kursivdruck* hervorgehoben) im Or. stenographisch.

<sup>5)</sup> Hertlings.

<sup>6)</sup> Könnte evtl. auch als „Annahme“ gelesen werden.

<sup>7)</sup> Im Or. „der“.

<sup>8)</sup> Im Or. gestr. Bezieht sich auf die in der Sitzung erhobene Forderung, daß Waldow zurücktreten solle.

<sup>9)</sup> Im Or. unten auf der Seite noch die Notiz: „Emser Pastillen und Menthol“.

75e: Nachlaß Richthofen 6, eigenhändig. Überschrift: „3. November 1917“.<sup>1)</sup>

- 1.) Vizekanzler.
- 2.) Waldow.
- 3.) Vizepräsident des St[aats-]M[inisteriums]-Friedberg.
- 4.) Übriges Kabinett.
- 5.) Programmrede mit Interpellation.
- 6.) Elsaß-Lothr[ingen].

Im übrigen anheimstellen.<sup>2)</sup>

- I.<sup>3)</sup> Wir nehmen Akt von seinem Bekenntnis zu den 4 Programmpunkten und von seiner Erklärung zur Autonomie von E[lsaß-]L[othringen].
- II. Als baldige Entgegennahme seiner Regierungserklärung im Plenum, t u n l i c h s t im Wege einer Interpellation.
- III. Annahme eines Rücktrittsgesuches des Herrn Dr. Helfferich. Unser Vorschlag eines Fortschrittlers.
- IV. Waldow.<sup>4)</sup>
- V. Vizepräsident Nationalliberal.
- VI. Dove Handelsministerium.

<sup>1)</sup> Das falsche Datum ist nachträglich von fremder Hand eingefügt.

<sup>2)</sup> Diese Aufstellung umfaßt die im Verlauf der Sitzung besprochenen Punkte in der Reihenfolge, in der sie vor der Formulierung des „Ergebnisses der bisherigen Verhandlungen“ (vgl. Nr. 75b) zur Sprache gekommen waren.

<sup>3)</sup> Im Or. gestr.: „Als baldige Interpellation Regierungserklärung“.

<sup>4)</sup> Im Or. gestr.: „Unzulänglichkeit Waldows als Staatssekretär des Kriegsernährungsamts“.

75f: Nachlaß David, Kriegstagebuch, 31. 10. 1917.

4 Uhr: Interfraktionelle Konferenz: Nationalliberale u. Volkspartei durch Sitze in der Regierung gewonnen. Wir halten Bedenken aufrecht; aber: Sicherung des preußischen Wahlrechts und Erhaltung der Mehrheit Hauptsache.

## 1. 11. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

76a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup> Überschrift: „1. November 1917, 12 Uhr vormittags“.

Anwesend: Liesching, David, Rießer, Stöve, Herold, Fischbeck, Richthofen, Erzberger, Haußmann, Südekum, Ebert, Scheidemann, Trimborn, Keinath[, Junck].<sup>3)</sup>

Kühlmann legt Wert darauf, daß er im Auftrage des jetzigen Kanzlers und auf [Wunsch] Hertlings die Verhandlungen mit den Parteien geführt. **Erzberger** teilt das mit.

Stresemann hat bei Hertling gefehlt, weil er krank ist. Ebert und Fischbeck und **Trimborn**

76b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 1. November 1917, 12 Uhr vormittags“.

Anwesend dieselben<sup>3)</sup> mit Ausnahme von Stresemann, der infolge eines Unfalls erkrankte.

**Erzberger** teilt mit, K. lasse feststellen, daß er auf Wunsch von H. und M.<sup>4)</sup> Verhandlungen geführt habe.

Ebert, Fischbeck und **Trimborn** waren bei H.<sup>5)</sup> Ergebnis: H. Programm<sup>6)</sup> nochmals aus-

76c: Nachlaß Haußmann 30, eigenhändig mit Tinte.<sup>1)</sup> Überschrift: „H.A.?<sup>2)</sup> / 1. November 1917“.

Herold/Trimborn

**Trimborn** referiert[:] Hertling<sup>5)</sup> hat das Programm<sup>6)</sup> übernommen / Elsaß-Lothringen müsse

76d: Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Besprechung am 1. November“.

Abgeordneter **Trimborn** (Zentrum) berichtet über seine Unterredung mit dem Grafen

<sup>1)</sup> Vgl. die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers und Erzberger S. 295.

<sup>2)</sup> „H.A.“ im Or. mit Rotstift.

<sup>3)</sup> Vgl. dagegen die Anwesenheitsliste in Nr. 75a.b, die außer den in Nr. 76a genannten Abgeordneten noch Mayer-Kaufbeuren, Müller-Fulda und Dove verzeichnet. Haußmann hatte an der Sitzung vom Vortage nicht teilgenommen. Junck, der in den vorliegenden Niederschriften als Sprecher auftritt, wurde von Südekum in der Anwesenheitsliste Nr. 76a versehentlich nicht berücksichtigt.

<sup>4)</sup> Hertling und Michaelis.

<sup>5)</sup> Am Morgen des 1. 11. 1917 (s. Nr. 83a, Ebert: „neulich morgen“). — Da Hertling um 10 Uhr 15 den Grafen Westarp empfang und ihm mitteilte, er sei zur Annahme entschlossen (vgl. Westarp II S. 496 f.), läßt sich vermuten, daß das Gespräch mit den Vertretern der Mehrheit vorweggegangen war.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

waren da.<sup>5)</sup> Stresemann geht um 2 Uhr hin.

Ergebnis: Hertling hat das Programm<sup>6)</sup> noch einmal ausdrücklich angenommen. In bezug auf Elsaß-Lothringen, daß er auf dem Standpunkt steht, daß zu gegebener Zeit die Selbständigkeit als Bundesstaat verliehen werden müsse.<sup>7)</sup> Bei den Nationalliberalen und beim Zentrum haben einige nicht auf dem Standpunkt gestanden, hat Trimborn hervorgehoben. Reichstagsrede: er betrachtet es als selbstverständlich, daß größere Programmrede; damit beginnen, und zwar vor dem Preußischen Abgeordnetenhaus. Aber: man müsse ihm etwas Zeit lassen, damit er in München abrechnen könne. Er hat keinen Termin genannt, aber ungefähr 14 Tage bis 3 Wochen muß man ihm lassen. Gedanke der Interpellation mit nachfolgendem Vertrauensvotum<sup>8)</sup>; darauf: sachlichen Inhalt der Rede will er mitteilen, er hätte auch grundsätzlich keine Bedenken gegen Interpellation und daran anschließendes Vertrauensvotum. Ob man aber den Weg beschreiten würde, ließe sich erst entscheiden nach Kenntnis der

drücklich angenommen. Elsaß-Lothringen: Zu gegebener Zeit müsse Selbständigkeit als Bundesstaat verliehen werden.<sup>7)</sup>

Reichstagsrede: Selbstverständlich größere Programmrede. Daher zuerst im Reichstag, aber etwa 14 Tage bis drei Wochen Zeit, um in München abzubauen. Sachlicher Inhalt der Rede wird mitgeteilt; keine Bedenken gegen Interpellation und Vertrauensvotum<sup>8)</sup>; Entscheidung darüber erst möglich, wenn Kanzlerrede vorliegt. H. wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Helfferich abgehen muß; nicht widersprochen. Für den Fall der Wiederbesetzung fortschrittlicher Parlamentarier. Gegen Payer hat Trimborn auf Qualität als Süddeutscher hingewiesen. Preußischer Vizepräsident Friedberg. Ferner noch ein Fortschrittler ins Staatsministerium. Auch mitgeteilt wegen Waldow. Darauf H.: grundsätzliche Anerkennung, daß stärkere Berücksichtigung der einzelnen Parteien Gebot der Situation sei. Deshalb Bitte an Kaiser, vollkommene Freiheit in Personalien; Nationalliberaler mit Partei hinter sich Vizepräsident in Preußen. Im übrigen

die Selbständigkeit zu gegebener Zeit verliehen werde[n.]<sup>7)</sup> Ich: Das Gros des Zentrum sei dafür.

Er führe sich mit einer Programmrede ei[n] / Er müsse Zeit haben, die Koffer in München zu packen.

Interpellation mit Vertrauensvotum<sup>8)</sup>

Er hätte grundsätzlich keine Bedenken gegen Vertrauensvotum / Er werde seine Rede im Wesentlichen vorlegen.

Ich: Es solle das Demissionsgesuch Helfferich angenommen werden.

Er stimmte zu, wenn Wenn der Posten des Ich habe [mich] für meine Person über die Eigenschaften Payers ausgesprochen, freilich sei das Süddeutsche ein Gegengrund — sonst alle Qualität.

Preuß. Staatsministerium / auch dort ein Fortschrittler / Dove für das Handelsministerium.

Hertling: Grundsätzl[ich] anerkenne er[, daß] eine stärkere Berücksichtigung geboten. Er würde sich volle Freiheit ausbedingen / Wahlreform möglichst glatt durch, deshalb Nationalliberalen Politische Zensur

Hertling, die in Anwesenheit der Abgeordneten Ebert und Fischbeck stattfand.<sup>5)</sup> Abgeordneter Stresemann hatte sich wegen Unwohlseins entschuldigt und wird um 2 Uhr allein zu Graf Hertling gehen. Graf Hertling<sup>8)</sup> hat das Programm<sup>6)</sup> der Mehrheitsparteien ausdrücklich akzeptiert.<sup>8)</sup> Elsaß-Lothringen werde zu gegebener Zeit die Selbständigkeit als Bundesstaat verliehen werden müssen.<sup>7)</sup>

Graf Hertling halte es für zweckmäßig, seine erste Rede im Reichstag zu halten. Er brauche aber etwas Zeit (14 Tage bis 3 Wochen), da er in München eine Reihe von Arbeiten erledigen müsse. Er werde vor der Interpellation seine Rede den Parteien mitteilen. Grundsätzlich habe er kein Bedenken, daß daran sich eine Abstimmung knüpfen würde, die Entscheidung könne aber erst nach Kenntnisnahme der Rede erfolgen.

Was die Personalien betreffe, so habe Trimborn mitgeteilt, das Abschiedsgesuch von Helfferich solle angenommen werden. Für die Nachfolgerschaft komme in erster Linie ein Mit-

Rede. Wir haben betont, daß zur Beruhigung des Landes eine Interpellation<sup>10)</sup> nützlich sei. In bezug auf Helfferich mitgeteilt, daß der weg muß. Widersprochen hat er jedenfalls nicht. Was Besetzung dieses Postens anlangt, habe ich mitgeteilt, daß die Anschauungen auseinandergingen, aber für den Fall der Besetzung ein Mitglied der Fortschrittspartei. Dann haben wir uns über Payer ausgesprochen, und ich<sup>12)</sup> habe mich für meine Person darüber anerkennend ausgesprochen; allerdings ein gewisses Bedenken besteht gegen Payer, weil er Süddeutscher ist. Ich hielt es für nötig, das auch für mich persönlich hervorzuheben. Preußisches Staatsministerium Vizepräsident Friedberg. Dann ferner betont, daß auch im preußischen Staatsministerium noch ein Fortschrittler vertreten sei<sup>13)</sup>, weil Nationalliberale schon stark vertreten seien. Dann habe ich über Herrn von Waldow das Nötige gesagt; habe dabei auch die Minderheitsauffassung gesagt.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 75a—d (bes. auch Anm. 41 zu Nr. 75a,b).

<sup>8)</sup> Im Or. handschriftlich unterstrichen.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 75a—e.

<sup>10)</sup> Im Stenogramm gestr.: „notwendig sei“.

gen keine Äußerung in Personalien. Bei politischer Zensur Mißstände in Preußen anerkannt, Mißbilligung von Versammlungsverboten. Größere Freiheit müsse eintreten.

Längere Erörterung über Termin Reichstagseinberufung; 14 Tage Pause allgemein als notwendig zugegeben.

glied der Freisinnigen Volkspartei<sup>11)</sup> in Betracht. Zur Erleichterung der Wahlreform in Preußen sei die Berufung des Abgeordneten Friedberg erforderlich. Die Volkspartei müsse im Staatsministerium einen Sitz erhalten (Dove). Die Verabschiedung des Staatssekretärs Waldow sei erforderlich.

Man habe dem Grafen Hertling in der Frage der Zensur auf das bestimmteste erklärt, daß die Agitation der Militärs im Lande aufhören müsse. Graf Hertling habe sich grundsätzlich bereit erklärt, für eine stärkere Berücksichtigung der Parteien in der Reichsleitung und im preußischen Staatsministerium einzutreten. Er werde sich vom Kaiser volle Freiheit in der Auswahl seiner Mitarbeiter erbitten. Dabei werde entscheidend sein solche Persönlichkeiten zu gewinnen, welche die rasche Durchführung der Wahlreform sicherten, also einen rechtsstehenden Nationalliberalen. Heute könne er sich über die Personalien noch nicht definitiv äußern, sondern

<sup>11)</sup> Korrekt: Fortschrittliche Volkspartei.

<sup>12)</sup> Trimborn.

<sup>13)</sup> Wörtliche Übertragung. Gemeint ist: vertreten sein müsse.

Darauf Hertling: Er erkenne grundsätzlich an, daß eine stärkere Berücksichtigung der einzelnen Parteien ein Gebot der Situation sei. Er werde sich vom Kaiser bezüglich der Vorschläge in Personalien die volle Freiheit ausbitten; er werde dann, wenn er seine Vorschläge sich zurechtmache, beim Vizepräsidenten des Staatsministeriums die Wahlreform entscheidender Gesichtspunkt sei, deshalb Nationalliberaler, der auch Partei hinter sich hätte, das Richtige zu sein.<sup>14)</sup> Im übrigen könne er sich über Personalien weiter nicht äußern.

Bei der politischen Zensur haben wir einhellig auf die Mißstände hingewiesen, daß das Militär die Vaterlandspartei begünstigt. Er mißbillige derartige Versammlungsverbote. Größere Freiheit müsse eintreten.

**Junck:** möchte einen Punkt hervorheben. Ungünstig scheint zu sein, daß die Sitzung im Reichstag erst etwa in 3 Wochen stattfinden solle. Dahinter scheint eine gewisse Absicht zu liegen. Da müßte man Versuch machen, auf Hertling einzuwirken, daß diese Sitzung eher stattfindet.

**Junck:** Sitzung im Reichstag vor 3 Wochen

müsse sich Einzelheiten bis nach seiner Ernennung vorbehalten.

Abgeordneter Junck (National-liberal) hält es für ungünstig, daß bis zur Rede des neuen Reichskanzlers noch 3 Wochen ins Land gehen sollen. Die Rede sollte früher gehalten werden.

**Trimborn:** Das Mißtrauen scheint nicht begründet zu sein.

**Erzberger:** Das läßt sich ausgleichen, spätestens in 14 Tagen. Solange braucht man auch wiederum. Alle Ernennungen müssen vollzogen sein. Wir haben von der Kabinettsbildung gesprochen. Eine Partei haben wir gar nicht erwähnt. Sozialdemokraten. Darüber müssen wir uns klar sein, daß wir als Mehrheit Wert darauf legen, daß auch die Sozialdemokraten vertreten sein werden. Wir wollen die Mehrheit beieinanderhalten. Wie überlegen sich die Sozialdemokraten das? Ich halte mich für verpflichtet, darauf ausdrücklich hinzuweisen.<sup>14)</sup>

**Erzberger** weist darauf hin, daß Sozialdemokratie keinen Kabinettsitz habe. Klarheit darüber notwendig, daß Mehrheit Wert darauf lege, auch Sozialdemokratie vertreten zu sehen. Wir wollen Mehrheit beieinander halten. Dazu Sozialdemokratie in Regierungseigentlich nötig.<sup>17)</sup>

[Trimborn]<sup>15)</sup>

**Erzberger:** spätestens in 14 Tagen.

Kühlmann will, daß er alle Verhandlungen im Auftrag von Reichskanzler u. Hertling mit Wissen des Kanzlers geführt habe.<sup>16)</sup>

Wir haben die Sozialdemokraten nicht erwähnt.<sup>17)18)</sup>

Abgeordneter **Erzberger** (Zentrum) glaubt, daß Graf Hertling seine Rede auch bereits in 14 Tagen halten werde. Er teilt dann mit, daß Staatssekretär Kühlmann ihn gebeten habe hier zu erklären, daß er (Kühlmann) seine Tätigkeit in den letzten Tagen auf unmittelbaren Wunsch des Reichskanzlers (Michaelis) und im Einverständnis mit Graf Hertling ausgeführt habe. Es liege ein amtlicher Auftrag vor.<sup>16)</sup>

Es sei nunmehr aber auch die Frage zu erörtern, wie die Sozialdemokratie sich zum Eintritt in das Kabinett stellen würde. Bisher sei über diese Frage nicht gesprochen worden. Es müsse aber absolute Klarheit geschaffen werden. Es dürfe nicht der Anschein erweckt werden, daß die Sozialdemokratie ausgeschlossen werde.<sup>17)</sup>

<sup>14)</sup> So die wörtliche Übertragung des Stenogramms. Gemeint ist: Bei der Besetzung des Vizepräsidentenpostens in Preußen schein ihm (Hertling), da die Wahlreform der entscheidende Gesichtspunkt sei, ein Nationalliberaler, der auch seine Partei (d. h. die Fraktion des Abgeordnetenhauses) hinter sich haben würde, das Richtige zu sein.

<sup>15)</sup> Im Or. gestr.

<sup>16)</sup> Südekum registriert diese von Erzberger abgegebene Erklärung weiter oben, zu Beginn der Sitzung. Vgl. Nr. 76a.b.

<sup>17)</sup> Vgl. Erzberger S. 295: „Durch Besprechungen unter den Parteien am 1. November wurde festgestellt, daß sowohl die Nationalliberalen wie die Demokraten einen Sitz in der Reichsregierung und der preußischen Regierung erhalten müßten. Ich fragte nunmehr die Sozialdemokratie, wie sie sich zum Eintritt in das Kabinett stellte, es müsse jetzt volle Klarheit nach allen Richtungen geschaffen werden.“

<sup>18)</sup> Im Or. folgen Stichworte für eigene Ausführungen Haußmanns, die in der richtigen Reihenfolge eingeschaltet werden.

**Trimborn:** Ich habe Eindruck gehabt, daß die Sozialdemokratie in dem Punkte ihre guten Gründe gehabt haben wird, eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten. Denn sie hätten sich ja wohl sonst gemeldet.

**Ebert:** Es ist selbstverständlich, daß wir Gleiche unter Gleichen sind. Wenn nun in diese Kombination auch noch ein Vertreter von uns eingeschlossen wird, dann wäre die Sache sehr erschwert worden, und wir haben kein Interesse, die Sache zu erschweren. Wir wollen Sie nicht im Zweifel lassen: wenn wir auch Abstand nehmen, einzutreten, so müssen uns doch gewisse Garantien gegeben werden, die auch in unseren Kreisen Beruhigung schaffen. Das ist Fortschrittler im preußischen Kabinett und, daß Vizekanzler auch ein Fortschrittler sein wird.<sup>20)</sup> Der süddeutsche Einwand ist wohl wichtig, aber das ist Sache der Fortschrittler. Bei Hertling bestanden wohl keine Bedenken gegen diese Regelung.

**Fischbeck:** Ich muß sagen, daß ich mich im stillen gewundert habe, daß die Sozialdemokratie

**Ebert:** Für uns selbstverständlich, daß wir Gleiche unter Gleichen. Wir wollen Kombination zustande bringen. Sache erschwert, wenn auch noch ein Sozialdemokrat eingeschlossen. Wir haben kein Interesse, Sache zu erschweren. Wenn wir nicht eintreten, so brauchen wir doch gewisse Garantien, die bei uns Beruhigung schaffen. Das ist Fortschrittler in Preußen und als Vizekanzler.<sup>20)</sup> Einwand gegen Süddeutschen wohl berechtigt, aber Sache der Fortschrittler. Bei H. bestanden wohl keine Bedenken gegen diese Regelung.

**Fischbeck:** wundert sich, daß Sozialdemokratie keinen Anspruch angemeldet hat. Durch

**Trimborn:** Ich hatte den Eindruck gehabt, daß die Sozialdem[okraten] sich zurückhalt[en].

**Ebert:** Wir wollten die Regelung nicht erschweren / Wenn wir auch davon Abstand [nehmen] / Fortschrittler im preuß. Ministerium Bedingung: auch der Vizepräsident<sup>19)</sup> muß Fortschrittler sei[n]<sup>20)</sup>

**Fischbeck:** Er<sup>21)</sup> muß zuerst im Reich sprechen.

Abgeordneter **Ebert** (Sozialdemokratie) erklärt, die Sozialdemokratie habe kein Interesse daran, die jetzige Kabinettsbildung zu erschweren, wie das zweifellos durch ihren Eintritt in das Kabinett geschehen würde. Sie lehnte daher den Eintritt ab. Sie verlange aber Garantien dafür

1. daß die Volkspartei in das Preußische Staatsministerium eintrete.
2. daß der Vizekanzlerposten durch einen Abgeordneten der Volkspartei besetzt werde.<sup>20)</sup>

Abgeordneter **Fischbeck** (Volkspartei) ist von diesem Vertrauen der Sozialdemokratie

keine Ansprüche anmeldete. Ich habe mich gefreut über das Vertrauen der Sozialdemokraten zu uns. Im engeren Kreis wird das auch noch zur Sprache kommen bei uns.

Notwendig ist es, so bald wie möglich vorzugehen. Aber es kann kaum der Eindruck bestehen, daß Hertling absichtlich die Sache hinauschiebt. Auch die preußische Sache geht nicht so rasch. Hertling will nicht zuerst in Preußen sprechen, sondern will zuerst im Reiche kommen.

**Erzberger:** Nicht die mindeste Absicht bei Hertling, zu verschleppen. Hertling, ersten Besuch werde [er] beim Präsidenten des Reichstags machen. 15. November.<sup>22)</sup>

**Rießer:** Friedberg hat keinen endgültigen Bescheid gegeben.

Vertrauen zu Fortschrittlern sehr erfreut.

**Rießer:** Friedberg hat noch keinen endgültigen Bescheid gegeben.

sehr erfreut. Er glaubt nicht, daß die Konservativen das Vertrauensvotum für Graf Hertling nicht abgeben würden. Zuerst müßte Graf Hertling im Reichstag sprechen.

Abgeordneter Erzberger (Zentrum) hält das Letztere für selbstverständlich. Graf Hertling werde heute alsbald nach seiner Ernennung Präsident Kaempf einen Besuch machen, und dabei könne der Termin für die Rede vereinbart werden.

<sup>19)</sup> Gemeint ist nicht der Vizepräsident des preuß. Staatsministeriums, sondern der Vizekanzler im Reich. Vgl. die nebenstehenden Versionen und Anm. 20.

<sup>20)</sup> Vgl. Erzberger S. 295: „Abgeordneter Ebert erklärte, die Sozialdemokraten hätten kein Interesse daran, die jetzige Kabinettsbildung zu erschweren, wie das durch ihren Eintritt in die Regierung zweifellos geschehen würde; sie lehnten daher den Eintritt ab, verlangten aber

Garantien in der Richtung, daß die Volkspartei in das preußische Staatsministerium eintrete und daß der Vizekanzlerposten durch einen Abgeordneten der Volkspartei besetzt werde; das letztere sei *conditio sine qua non*.“

<sup>21)</sup> Hertling.

<sup>22)</sup> Soll heißen: Hertling könne seine Rede im Reichstag schon am 15. November halten.

**Haußmann:** Man kommt in ein zu plötzliches Stadium. Hertling legt uns seine Rede nicht heute vor, wo wir uns doch sachlich binden. Jetzt handelt es sich um den Vertrauenspunkt. Bei einem Mann, der sein bisheriges Programm nicht mehr vertritt, ist das eine sehr sorgenvolle Sache. Über Art. 9 ist nicht gesprochen worden. (Ist gestern abgelehnt!) – Die Kombination mit dem Fortschrittler als Vizekanzler scheitert doch daran. Wenn wir diese Frage offenlassen, dann bekommen wir bei allen künftigen Fällen immer wieder Schwierigkeiten. Wenn eine Festigkeit geschaffen werden soll, dann müßte den Sozialdemokraten angeboten werden, in die Kombination einzutreten. Lehnen sie dann ab, dann ist es etwas anderes. Wenn wir rasch was flicken und nach 4 Wochen ergeben sich daraus ernste Schwierigkeiten, dann haben wir nicht solid gearbeitet. Die große Schwierigkeit ist die, daß Hertling ein Politiker ist, der bisher auf dem rechten Flügel stand, und daß er jetzt Konzessionen macht. Welche Richtung er aber einhält, ob er nicht wieder konservativ steuert, ist doch sehr zweifelhaft.

**Haußmann:** Bedenklich, daß H.'s Rede noch nicht bekannt, während wir schon uns sachlich binden. Bedenken wegen Nichtanerkennung Art. 9. Daran scheitert vermutlich fortschrittlicher Vizekanzler. Wenn diese Frage nicht geregelt, dann auch in Zukunft wieder viele Schwierigkeiten. Notwendig Angebot eines Sitzes an Sozialdemokratie durch H. H. bisher auf rechtem Flügel; Zusammensetzung des Kabinetts noch keine Garantie für Linkspolitik; damit noch nicht neue Periode. Wenn Reichstags-Ausschuß Beschluß über Art. 9 beitrifft<sup>26)</sup>, dann Konflikt.<sup>25)</sup>

**Haußmann:**<sup>23)</sup> Die Rede nicht / Art. 9 letzter Satz nicht / Sozialdemokraten nicht Gewandt darüber weg / Sozialdemokraten nicht in der Kombination ist ein / weil Hertling<sup>24)</sup> Programm aber ein gegnerische[s] keine neue Ära / Ich habe gegen dieses Mosaik große Bedenken.<sup>25)</sup>

**Abgeordneter Haußmann** (Volkspartei) ist von dem raschen Gang der Entwicklung nicht zufrieden. Graf Hertling müsse heute schon seine Rede vorlegen können. Die Aufhebung des § 9 müsse unbedingt von ihm verlangt werden. Die Sozialdemokratie habe in das Kabinett einzutreten. Graf Hertling sei ihm ein zu weit rechts stehender Politiker.<sup>25)</sup>

<sup>23)</sup> S. Anm. 18.

<sup>24)</sup> Im Or. gest.: „kein sicherer“.

<sup>25)</sup> Von Haußmann liegt ein Entwurf für eine Vereinbarung der Mehrheitsparteien mit dem Reichskanzler vor, Durchschlag im Nachlaß Südekum 15. Dieser Entwurf wird hier abgedruckt mit kleineren handschriftlichen Änderungen, die teilweise von Haußmann, teilweise von Südekum zu stammen scheinen. Unberücksichtigt bleibt eine von Südekum dem Entwurf angefügte eigenhändige Gliederung, in der eine Umstellung der in Haußmanns Fassung aufgeführten Reihenfolge der einzelnen Punkte vorgenommen ist. Im Nachlaß Haußmann 26 finden sich zwei kürzere eigenhändige Vorstufen seines Entwurfs, die nachträglich beide eigenhändig irrtümlich „September 1918“ datiert sind. — Haußmanns Entwurf im Nachlaß Südekum 15 hat folgenden Wortlaut: „Die Mehrheitsparteien haben sich am 31. Oktober / 1. November 1917 mit dem Herrn Reichskanzler über die nächsten Forderungen geeinigt.

Die Stunde fordert eine weitergehende Einigung.

Eine einheitliche Politik ist mehr als je ein Bedürfnis des Reichs. Um ein klares und festes Regierungsprogramm wird [sich] das Volk sammeln. Die ganze Kraft muß entfaltet werden, wenn die Möglichkeit eines dauerhaften Friedens sich zeigt, und doppelt wenn der Friedenstrotz der Feinde die Kriegsfortsetzung notwendig macht. Dann muß aus Männern von annexionsreiner Gesinnung ein Ministerium des nationalen Widerstands gebildet werden.

Die Maßregeln und Einrichtungen, die Deutschland schon lange bedarf und in Gegenwart und Zukunft nicht entbehren kann, müssen getroffen, die Grundsätze, die für die Staatsleitung maßgebend sind, müssen kund gegeben werden.

I. Mitwirkung des Reichstags bei dem Friedensschluß. Vorlegung aller Staatsverträge an die Volksvertretung.

II. Bei Friedensschluß Freigabe der besetzten Länder. Anerkennung der Freiheit und Souveränität Belgiens, Serbiens und Montenegro[s]. Unterstützung einer staatlichen Organisation der befreiten Gebiete im Osten.

Frei nach dem Volkswillen zusammengesetzte Volksvertretungen sollen über Staatsform und staatliche Verbindung bestimmen.

III. Bei allen von diesen Ländern gewünschten Verbindungen mit dem deutschen Reich Einholung der Zustimmung des Reichstags.

IV. Abrüstung

V. Zur Durchführung der Abrüstung Errichtung eines völkerrechtlichen Verbands der Nationen mit schiedsgerichtlichen Einrichtungen

zur endgültigen Lösung ihrer Streitigkeiten und zum Schutz ihrer nationalen Interessen.

VI. Freiheit der Meere, grundsätzlich anerkannt und wirksam geschützt. Kein Wirtschaftskrieg nach dem Krieg der Waffen. Zollpolitische Erleichterung des Verkehrs der Grenzgebiete.

VII. Schutz der nationalen Minderheiten.

VIII. Für alle deutsche Bundesstaaten einschließlich Elsaß-Lothringen bundesstaatliche Selbständigkeit auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts.

IX. Grundsätzliche und dauernde Festlegung der konstitutionellen Führung der Staatsgeschäfte durch Berufung verantwortlicher Regierungsvertreter aus der Parlamentsmehrheit oder aus dem ihr richtungsverwandten Personenkreis.

Aufhebung des Artikels 9 Absatz 2 der Verfassung.

X. Einheitlichkeit der Regierungspolitik. Der Reichskanzler, der die ausschließliche Verantwortung trägt, hat auch die alleinige Leitung der Politik, ein verfassungsmäßiges Verhältnis, das die Krone, die militärischen Stellen und die Volksvertretung gleichermaßen zu beachten haben.

Beibehaltung der während des Kriegs eingetretenen kollegialen Beratung der Staatsgeschäfte. Ausgestaltung der tatsächlichen Verantwortung der Staatssekretäre [zu einer] staatsrechtlichen Bildung eines Ministerrats. Die politischen Auslassungen der Krone und auch der Militärbehörden sind, bevor sie an die Öffentlichkeit gelangen können, dem Reichskanzler mitzuteilen, der durch die Zustimmung zu ihrer Kundgebung die Verantwortung übernimmt.

XI. Die auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand gegen Vereine oder gegen die Presse oder aus politischen Gründen gegen die Freiheit einzelner erlassener Verfügungen haben durch den Reichskanzler zu ergehen.

XII. In besetzten Gebieten ist sofort die einheimische Zivilverwaltung einzuführen.

XIII. Völkerrechtliche Sicherstellung des Fremdenrechts, und des Eingeborenen-Rechts der Kolonien.

XIV. Völkerrechtliches Abkommen über die Kolonien und über die Hauptverkehrswege, insbesondere auch durch Rußland und Kleinasien nach Asien.

<sup>26)</sup> So im Or. — Gemeint ist: wenn der Reichstag dem Beschluß des Verfassungsausschusses, die Streichung des Schlußsatzes des Art. 9 der Reichsverfassung zu empfehlen (s. Nr. 75a.b Anm. 55), beitrete.

Mit Hertling ist auch nicht die neue Periode eingeleitet, die im Interesse von Deutschland nach innen und außen so nützlich wäre. In welche Lage kommen wir, wenn der Verfassungsausschuß seinen Beschluß über [Art.] 9 vorlegt? Dann können wir Konflikt haben! Ich bin der Meinung, daß wir erst Gewißheit haben müssen, wie er innerlich zu dieser Sache steht. Zweitens müssen wir über die Frage der Beteiligung der Sozialdemokraten noch reden: wir müssen es unterstützen, daß wenigstens einer eintritt. Wenn sie ablehnen, dann ist es etwas anderes.<sup>25)</sup>

**Junck:** Haußmann war gestern nicht da.<sup>27)</sup> Das mußte man als Realpolitiker gestern überschauen. An der Kanzlerschaft Hertlings ist nichts mehr zu ändern. Heute nachmittag wird er Kanzler. Daran ist nichts zu ändern.

Gestern haben wir bestimmtes Programm formuliert, und er ist damit einverstanden. Wir haben doch viel errungen! Auch über [Art.] 9 haben wir uns ausgesprochen. Widerstand auch im Reichstag ist föderalistisch. Der Bundesrat macht da nicht

**Junck:** Über Art. 9 nicht mehr debattieren. Übrigens nicht bedenklich, theoretisch überschätzt. Fortschrittlicher Vizekanzler viel freier, wenn nicht im Bundesrat.

Abgeordneter Junck (National-liberal): Er denke realpolitischer. Graf Hertling werde Reichskanzler, ob mit oder ohne unsere Zustimmung. Die Bedeutung des § 9 würde überschätzt. Die Sozialdemokratie müßte erklären, ob sie in das Kabinett eintreten wolle.

mit. [Art.] 9 wird theoretisch überschätzt. Der Fortschrittler als Vizekanzler ist freier, wenn er nicht von Preußen instruiert wird.

Was Sozialdemokratie anlangt, so sehen wir Anträgen entgegen.

Unsere ganze Rechnung hat noch ein Loch, ehe wir nicht wissen, was Stresemann mit Friedberg abgemacht hat.

**Scheidemann:** Über [Art.] 9 ein paar Worte. Haußmann hat sachlich ganz recht. Aber wie sich die Dinge entwickelt haben, wäre es falsch, Debatte noch einmal zu machen. Hertling hat zwar gesagt, er wolle nicht Artikel 9 abschaffen, ist aber geneigt, dem Sinne nach so zu verfahren. Er parlamentarisiert. Die Hinderung besteht freilich weiter. Widerlegt Zustand, daß es in Preußen anders ist.<sup>28)</sup> Es wurde aber schon gesagt, daß das unerträglicher Zustand sein würde, der bald beseitigt werden wird.

Zur Stunde sind die Dinge so, daß wir gestern erst wieder ge-

<sup>27)</sup> Haußmann war am Vortage „wegen eines außerordentlich wichtigen Gerichtstermins“ in Köln gewesen. Vgl. Nr. 82.

<sup>28)</sup> Vgl. Nr. 75a.b bes. auch Anm. 44.

**Scheidemann:** Haußmann sachlich ganz recht, aber dennoch Debatte nicht wieder aufnehmen. H. parlamentarisiert tatsächlich. Aus Zwiespalt zwischen Reich und Preußen wird Lösung bald kommen. Es genügt uns, daß uns von Mehrheit Posten angeboten wurde. Unter normalen Umständen würden wir annehmen. Aber jetzt Gründe, abzulehnen. Wir haben Absicht, Ministerium zu unterstützen. Wenn wir selbst darin sitzen, dann vielleicht allerlei Schwierigkeiten für uns. Wenn Payer als Süddeutscher nicht in Frage kommt, dann Dove Vizekanzler.

**Scheidemann:** Jetzt nicht Art.9/ Alle Parteien haben erklärt, daß es wichtig wäre — wir verzichten darauf.

Wir müßten unsere

Wir könnten doch Dinge mitmachen die wir nicht mitmachen könne[n]

Tritt die nationallib[erale Fraktion]<sup>29)</sup> für das Wahlrecht ein[?] <sup>30)</sup>

Abgeordneter **Scheidemann** (Sozialdemokratie) anerkennt die Bedeutung des § 9, aber die Hauptsache sei eine praktische Arbeit. Artikel 9 müsse bald fallen; denn wenn ein preußisches Mitglied des Kabinetts gleichzeitig im Abgeordnetenhaus sitzen könne, nicht aber im Reichstag<sup>28)</sup>, so sei das unhaltbar. Was den Eintritt der Sozialdemokratie in das Kabinett betreffe, so halte sie es für richtiger, nicht einzutreten. Sie verzichte auf ihre Beteiligung an der Regierung, weil sonst Erschwernisse der verschiedensten Art eintreten würden. Sie müßten auch sonst

<sup>29)</sup> Die Frage bezieht sich auf die nationalliberale Fraktion des preuß. Abgeordnetenhauses. Vgl. bes. Nr. 76d.

<sup>30)</sup> Im Or. folgen Stichworte, die zwei späteren Diskussionsbeiträgen Haußmanns zugrunde gelegt wurden. Vgl. unten.

hört haben, daß das Zentrum nicht zu haben ist für [Art.] 9. Deshalb sollten wir diesen besonderen Streitpunkt jetzt ausscheiden. Ich sehe die Entwicklung so an, daß über kurz oder lang diese Geschichte erledigt wird.

Sozialdemokrat ins Ministerium: es genügt uns vielleicht, daß die Herren uns angeboten haben. Unter normalen Umständen wäre es das Richtige. Aber wir haben Gründe, es jetzt nicht zu tun. Wir müßten Fraktion berufen. Wir können jetzt davon Abstand nehmen.<sup>31)</sup> Wir haben die Absicht, das Ministerium zu unterstützen. Aber wenn wir selbst darin sitzen, dann ergeben sich vielleicht allerlei schwierige Umstände für uns.

Wir gingen bei Friedberg von der Voraussetzung aus, daß der Nationalliberale wegen des preußischen Wahlrechts eintritt. Darüber müssen wir aber auch vollständige Klarheit haben! Friedberg muß natürlich in diesem Sinne Erklärungen abgeben.

Dann noch Vizekanzler: Payer. Es ist klar, daß die Süddeutschen ziemlich viel überwiegen. Dann müssen die Fortschrittler einen anderen nennen.

ihre Fraktion einberufen.<sup>31)</sup> Auch ohne ihre Beteiligung im Kabinett würden sie die Regierung unterstützen, falls der neue Vizepräsident des Staatsministeriums, Friedberg, die Erklärung abgebe, daß er seine Fraktion für das gleiche Wahlrecht gewonnen habe.

**Erzberger:** Wegen [Art.] 9 sollte man keine Schwierigkeiten mehr machen. Hertling will noch einen Parlamentarier als Chef der Reichskanzlei berufen. Wenn Dove eintritt ins Ministerium, dann wird der Vizepräsident im Reichstag frei.

**David:** Scheidemann ist zu Unrecht aus dem Platz eines Vizepräsidenten entfernt worden.<sup>34)</sup> Der Anspruch müßte wieder angemeldet werden.

Fortschrittler als Vizekanzler ist für uns eine entscheidende Frage, weil wir dann dem Kabinett besser gegenüberstehen als einem einzelnen Kanzler.

**Haußmann:** Nochmals auf [Art.] 9 zurück. Wenn der Fortschrittler nicht in Vizekanzlerschaft kommt, dann haben wir überhaupt nichts von Parlamentarisierung im Reiche! Es wird ein schwerer Fehler sein, diese Unklarheit bestehen zu lassen. Bei Vakanz im Reichstag<sup>37)</sup> sollte Sozialdemokrat ge-

**Erzberger:** Dann würde Vizepräsident Reichstag frei.

**David:** Damit würde Scheidemann wieder ins [Reichstagspräsidentium]<sup>33)</sup> einrücken.<sup>34)</sup> Fortschrittlicher als Vizekanzler für uns entscheidend; wir stehen Kabinett besser gegenüber als einzeitigem Kanzler.

**Haußmann:** Fortschrittlicher als Vizekanzler deshalb nötig, weil einziges Zeichen für Parlamentarisierung im Reich. Bei Vakanz im Reichstag sollte Sozialdemokrat gewählt werden, schon weil nicht in Regierung.

**David:** *Conditio sine qua non*, daß ein Fortschrittler Vizekanzler wird / sonst würden wir uns wesentlich / Die Fortschrittliche Volkspartei hat dann die Pflicht einen Mann zu präsentieren.

**Haußmann:**<sup>35)</sup> Wer kommt ins Reich aus dem Parlament[?] Payer.

Praktisch? Reichskanzlei Sozialdemokraten ins Präsidium<sup>36)</sup>

Mittelparteien in Ministerium Gegner der Parlamentarisierung / Gelächter des Auslands

[David]<sup>32)</sup>

Abgeordneter **Haußmann** (Volkspartei) kommt auf seine Bedenken wiederholt zurück.

<sup>31)</sup> Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die zuletzt am 9. 10. 1917 getagt hatte, trat erst wieder am 28. 11. zusammen. Vgl. SPD-Fraktion, 29. 11. 1917.

<sup>32)</sup> S. Nr. 76d unten.

<sup>33)</sup> Im Or. versehentlich: „Ministerium“.

<sup>34)</sup> Scheidemann hatte vom 9. 2. bis 8. 3. 1912 als Erster Vizepräsident des Reichstages amtiert. Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 206 ff.

<sup>35)</sup> Im Or. an anderer Stelle; s. Anm. 30. — Die Stichworte beziehen sich auch noch auf den nächsten Diskussionsbeitrag Haußmanns.

<sup>36)</sup> Zu ergänzen: des Reichstages.

<sup>37)</sup> D. h.: im Präsidium des Reichstages.

wählt werden, um so mehr, wenn sie<sup>38)</sup> nicht in die Regierung kommt.

**Scheidemann:** Vielleicht können wir noch mit Hertling reden über Zustimmung, wenn der Reichstag dem Verfassungsausschuß beitrifft.<sup>39)</sup>

**Rießer:** Man könnte sich doch fragen, ob man Haußmann so weit entgegenkommen könnte, daß man für die Dauer des Krieges die Herren in der Regierung von der Beengung des Artikels 9 befreie. Dafür spricht manches!

**Fischbeck:** Wenn man das macht, sagt man, daß wir auch die Parlamentarisierung nur dann machen.

**Haußmann:** Die Wirkung der Sache wird jetzt sein, daß die Mittelparteien im wesentlichen in den Besitz von Ministerium kommen. Ein Fortschrittler in Preußen. Im Reiche ist es angeregt, findet aber in der Person Payers noch Schwierigkeiten. Wenn diese Gründe für durchschlagend erachtet werden, dann scheidet die Person Payers aus. Ein anderer Parlamentarier soll überhaupt nicht in

**Rießer:** Könnte nicht Art. 9 für die Dauer des Krieges aufgehoben werden?

**Haußmann** findet bisherige Vorschläge noch ungenügende Regelung.

[**Haußmann**]<sup>40)</sup>

[**Scheidemann**]<sup>32)</sup>

[**Haußmann**]<sup>41)</sup>

die Reichsregierung berufen werden. Dann kann Hertling sagen: ich habe das Parlament dazu geführt, daß es einen Gegner der Parlamentarisierung unterstützen will. Es bleibt alles, wie es ist. Wir sind dem Gelächter preisgegeben, auch des Auslandes!

**Trimborn:** Habe mich<sup>42)</sup> in der freundlichsten Weise über Payer ausgesprochen.

**Erzberger:** Die Aufhebung des Artikels 9 hat noch keine Mehrheit im Plenum. Vorläufig erst eine Stimme Mehrheit in der Kommission.<sup>43)</sup> Wir können da nicht verlangen, daß ein Reichskanzler sich auf einen Standpunkt stellt, der noch nicht klargestellt ist.

Wenn man jetzt nochmals damit anfängt, dann kommt alles zum Scheitern. Ist es besser mit einem anderen Kanzler? Wie steht dann die Mehrheit da? Wenn es nicht gelungen ist durch Besprechungen, einen Kanzler zu schaffen? Was jetzt gemacht ist, kann keine Regierung wieder aus der Welt bring-

**Erzberger:** Art. 9 ruhen lassen, weil sonst Gefahr des Scheiterns. Wäre anderer Kanzler besser? Was jetzt erreicht wurde, läßt sich nicht wieder aus der Welt bringen.

<sup>38)</sup> Die Sozialdemokratie.

<sup>39)</sup> Vgl. Anm. 26.

<sup>40)</sup> S. Anm. 35.

<sup>41)</sup> S. Nr. 76d oben.

<sup>42)</sup> In der Unterredung mit Hertling. Vgl. oben.

<sup>43)</sup> D. h.: im Verfassungsausschuß.

gen. Das sollte man nicht gefährden.

**David:** Wenn ich Haußmann richtig verstanden habe, so ist er auch in seinen letzten Ausführungen mehr auf den Standpunkt getreten, daß es absolut notwendig wäre, daß im Reich der Vizekanzler durch Fortschrittler besetzt würde. Daß das das eigentlich Wichtige ist, daß [Art.] 9 nicht das Wichtigste wäre. In bezug auf ersten Punkt, daß, wenn die Kandidatur Payer, eben weil er Süddeutscher ist, fällt, dann an Stelle dieser Kandidatur ein anderes Mitglied der Fraktion auf diesen Posten berufen werden muß. Das ist auch für uns Bedingung<sup>45)</sup>, wenn wir dem Kabinett Hertling mit einer gewissen Beruhigung unsere Mitarbeit in Aussicht stellen können. Wenn das bei den nochmaligen Besprechungen bei Hertling zum Austrag gebracht würde, so wäre es gut. Jedenfalls wollen wir das immer wieder ausgesprochen haben. Die Fortschrittler würden also die Pflicht haben, einen anderen Kandidaten zu nennen.

**Keinath:** Artikel 9 hat sich anders zugespitzt als gestern. Hertling hat besonders hervor-

**Keinath:** Parlamentarier in Reichsregierung unbedingt notwendig.

**Keinath:** Wenn kein Parlamentarier im Reich einträte wäre das sehr unerwünscht. Art. 9

Die sozialdemokratischen Abgeordneten David und Scheidemann erklären wiederholt, daß es für ihre Partei eine *conditio sine qua non* sei, daß ein Volksparteiler die Stelle des [Vizekanzlers]<sup>44)</sup> erhalte.<sup>45)</sup>

gehoben, es liege ja noch kein Beschluß des Reichstags vor, vorher neue Prüfung keine Ursache. Man kann nicht sagen, daß jetzt Artikel 9 aufrechterhalten wird. Wenn es so wäre, wie Haußmann sagte, dann würden auch meine Bedenken wesentlich verschärft werden. Wenn es dabei geblieben ist bei der Erklärung Hertlings, dann Bedenken etwas kleiner. In die Reichsregierung muß natürlich ein Parlamentarier eintreten. Da müssen wir sehr darauf drücken.

**Richthofen über Stresemann:** Informiert. Einverstanden. Meint, daß die Geschichte mit Hertling einfach sei. In bezug auf Vizepräsident Staatsministeriums sagen, daß dafür nur Friedberg in Frage käme. Das wird er ihm aufs deutlichste sagen und ihm raten, mit Friedberg sofort zu verhandeln. Friedberg bereit, für seine Person Amt zu übernehmen und auch in der Fraktion beraten. Bisher kann man an-

<sup>46)</sup> Im Or. versehentlich: „Vizepräsidenten“.

<sup>47)</sup> Vgl. Anm. 20.

<sup>48)</sup> Vgl. Erzberger S. 295: „Von den Nationalliberalen traf inzwischen die Nachricht ein, daß der rechtsstehende Abgeordnete von [!] Friedberg, ein Freund der Wahlreform, auf wiederholtes Drängen sich bereit erklärt habe, die Stelle des Vizepräsidenten im Staatsministe-

will Hertling erst den Reichstagsbeschluß

**Richthofen[:] Stresemann:** Friedberg ist conditio / Friedberg will wegen des Wahlrechts<sup>49)</sup>

**Freiherr von Richthofen** (Nationalliberal) teilt mit, daß der Abgeordnete Stresemann, den er telephonisch gesprochen habe, mit allem einverstanden sei. Friedberg sei bereit das Amt zu übernehmen. Er berate jetzt mit dem Vorstand seiner Fraktion, um Garantien zu erhalten, daß ihn seine Fraktion in der Wahlrechtsfrage unterstütze. Er glaube jetzt schon sagen zu dürfen, daß er diese Garantien erhalten würde.<sup>46)</sup><sup>47)</sup>

rium zu übernehmen. Diese Voraussetzungen [s. auch Anm. 20] wurden mit dem Grafen Hertling verabredet und ohne Widerrede von ihm angenommen.“

<sup>49)</sup> Im Nachlaß Erzberger 22 befinden sich Abschriften von gleichlautenden Telegrammen an die Abg. Sittart, Aachen, und Wirth, Freiburg, mit dem Text: „Schwierigkeiten Parlament behoben. Hertling wahrscheinlich heute Reichskanzler u. Ministerpräsident wird. Erzberger.“

nehmen, daß es Friedberg gelingt.<sup>40)</sup>

**Herold:** In bezug auf [Art.] 9 war es im Ausschuß<sup>43)</sup> eine Zufallsmehrheit!

**Ebert:** Nachdem sich die Dinge so weit entwickelt haben, brauchen wir von Friedberg klare Erklärung, daß er sich stark macht für das gleiche Wahlrecht.

Ehe das Plenum zusammentritt, müssen wir uns wieder versammeln. 2 Tage vorher.

**Ebert:** Wir brauchen von Friedberg klare Mitteilung, daß er sich für gleiches Wahlrecht einsetzt.

Der Reichstag soll etwa zum 15. November einberufen werden<sup>40)</sup>; Fraktionen 2 Tage vorher.

Regelmäßige Sitzungen der interfraktionellen Kommission sollen nicht mehr angesetzt werden, sondern nur freie Zusammenkünfte; die nächste am 2. November, nachmittags 4 Uhr.<sup>40)</sup>

<sup>40)</sup> Vgl. „Vorwärts“, 2. 11. 1917: „Sowie die Bildung der Regierung erfolgt ist, man nimmt an, spätestens in 14 Tagen, wird Präsident Kaempf den Reichstag einberufen. Der neue Reichskanzler wird von den Parteien über die Richtlinien seiner Politik interpelliert werden und seine Anhänger werden einen Antrag einbringen, durch den der Reichstag seine Übereinstimmung mit den vorgeschlagenen Regierungsgrundsätzen zum Ausdruck bringen soll. Damit wird ein

klares Verhältnis zwischen Reichstag und Regierung geschaffen werden.“

<sup>40)</sup> Vgl. auch David, Kriegstagebuch, 1.—3. 11. 1917: „Erneute Krisis. Täglich Interfraktionelle Konferenz. — Gegenspieler: Helfferich und Hintermänner. Hintergrund: Stimmung infolge des Erfolges in Italien.“

## 2. 11. 1917: Unterredung des Abg. Erzberger mit Reichskanzler Graf Hertling

Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Kanzlerkrisis. 2. November 10 Uhr / Besprechung mit Reichskanzler Graf Hertling“.

Graf Hertling, dem ich meine Glückwünsche aussprach, erklärte mir, daß gestern beim Kaiser<sup>2)</sup> alles sehr gut gegangen sei.<sup>3)</sup> Der Kaiser habe ihn sofort zum Sitzen eingeladen, was bisher nie der Fall gewesen sei. Die Unterredung habe 1½ Stunde gedauert. Der Kaiser sei sehr gut informiert gewesen und habe ihm sofort beide Ämter übertragen und ihm in der Auswahl seiner Mitarbeiter vollständig freie Hand gelassen. Graf Hertling habe den Kaiser über die gesamten Vorgänge informiert und ihm erklärt, daß ein anderes Vorgehen als das in den letzten Tagen eingeschlagene, angesichts der Gesamtverhältnisse nicht möglich gewesen sei. Er, Graf Hertling, würde glücklich sein, an dem Tage des Friedensschlusses von Seiner Majestät seine Entlassung aus beiden Ämtern wieder erbitten zu dürfen.<sup>4)</sup>

Ich teilte Graf Hertling mit, daß in den Reihen der konservativen Partei sehr große Bedenken gegen die Berufung des Abgeordneten von Kardorff zum Chef der Reichskanzlei bestünden.<sup>5)</sup> Herr von Kardorff stehe in dem denkbar schlechtesten Verhältnis zum Vorsitzenden der konservativen Partei, Herrn von Heydebrand. Maßgebende konservative Kreise hätten mich das gestern wissen lassen mit der Erklärung, daß die Berufung des Herrn von Kardorff wie eine Kriegserklärung an die konservative Fraktion wirken würde.<sup>6)</sup> Ich hielt es daher nicht für richtig, Herrn von Kardorff zu berufen, da sonst die Durchführung der Wahlreform noch mehr erschwert und die Konservativen von Anfang an in die schroffste Opposition getrieben würden.

1) Vgl. die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers sowie Erzberger S. 295 f. Ferner Nr. 83a—c (Ausführungen Erzbergers).

2) Vgl. Valentini S. 181: „Um 6 Uhr abends [am 1. 11.] empfing dann der Kaiser den Grafen Hertling, und im unmittelbaren Anschluß daran unterzeichnete er die von mir vorgelegte Ernennungsorder und das Telegramm an König Ludwig.“

3) Der erste Absatz wurde in größtenteils wörtlicher Anlehnung bei Erzberger S. 295 f. verarbeitet: „Graf Hertling teilte mir am folgenden Tag [2. 11.] mit, daß beim Kaiser ‚alles sehr gut gegangen‘ sei; der Kaiser habe ihm sofort beide Ämter übertragen und in der Auswahl seiner Mitarbeiter vollständig freie Hand gelassen; er habe dem Kaiser auch gesagt, daß ein anderes Vorgehen als das in den letzten Tagen geübte angesichts der politischen Gesamtverhältnisse nicht möglich gewesen sei; er würde jedoch glücklich sein, am Tag des Friedensschlusses seine Entlassung aus beiden Ämtern erbitten zu dürfen.“

4) Vgl. auch die Niederschrift Westarps über seine Unterredung mit Hertling am 1. 11. 1917, Westarp II S. 496.

5) Vgl. Nr. 72a (Erzberger: Kardorff könne an die Stelle Waldows treten), sowie Nr. 72c, Nr. 74 a. b und Nr. 75c (Kardorff als Kandidat für den Posten des Unterstaatssekretärs im preuß. Staatsministerium).

6) Hertling hatte Westarp gegenüber am Vortage (vgl. Anm. 4) geäußert, daß er „auf Fortbestand seiner früheren guten Beziehungen zur Konservativen Partei“ hoffe.

Der denkbar beste Chef der Reichskanzlei, der persönlich auch Graf Hertling sehr angenehm sein würde, wäre zweifellos der frühere Minister und jetzige Oberpräsident von Loebell.<sup>7)</sup> Bewandert in den Geschäften, bekannt mit den Arbeiten der Reichskanzlei, im Parlamente gut bekannt, kurzum der beste Chef, den man sich denken könnte. Man müßte Loebell beauftragen mit der Wahrnehmung der Geschäfte (Botschafter seien während des Krieges Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt geworden, frühere Staatssekretäre hätten sich als Landräte verwenden lassen). Herr von Loebell müßte allerdings dann Mitglied des Staatsministeriums werden und eine persönliche Auszeichnung für die Annahme des Dienstes erhalten. In dieser Stellung würde Loebell dem neuen Reichskanzler ungemein viel Arbeit abnehmen und so die Kräfte des Reichskanzlers für die großen Hauptfragen frisch halten.

Wünschenswert dürfte es auch sein, wenn der neue Reichskanzler bald die Vertreter der Presse empfangen und mit einer kurzen Ansprache beehren würde.

Reichskanzler Graf Hertling war für die Mitteilung betreffend Herrn von Kardorff sehr dankbar und erklärte, er werde sich weiter informieren. Es sei selbstverständlich, daß, wenn der Tatbestand so liege, wie er ihm von mir mitgeteilt worden sei, Herr von Kardorff als Chef der Reichskanzlei nicht in Betracht kommen könnte. Er wolle sich seine Arbeit nicht erschweren.

Was Herrn von Loebell betreffe, so sei ihm dieser Vorschlag ungemein sympathisch. Er würde sogar geneigt sein, Herrn von Loebell zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums zu ernennen, da es wohl noch manche Schwierigkeiten mit der Ernennung des Abgeordneten Friedberg geben würde. Er, Hertling, habe der Mehrheit zugesagt, daß er einen solchen Mann zum Vizepräsidenten ernennen werde, welcher die geeignetste Kraft zur raschesten Durchführung der Wahlreform darstelle. Da ich ihm gesagt hätte daß Loebell ganz auf dem Boden des kaiserlichen Erlasses stünde, so sei ja diese Voraussetzung erfüllt.

Die Presse werde er sehr wahrscheinlich nächsten Sonntag empfangen.

Ich erklärte Graf Hertling, daß die Kombination mit Loebell als Vizepräsident des Staatsministeriums mir in der jetzigen Situation nicht sehr richtig zu sein scheine. Die Liberalen würden ganz erhebliche Bedenken hiergegen aussprechen, und dadurch müßte die ganze Tätigkeit des neuen Reichskanzlers von Anfang an schwer belastet erscheinen. Graf Hertling meinte, er habe noch keine Zusage über die Persönlichkeit gemacht, was ich bestätigte<sup>8)</sup>, aber mit dem Zusatze, daß alles vermieden werden müßte[, was] geeignet wäre, von Anfang an, Mißtrauen zu schaffen. Die Nationalliberalen seien der Kanzlerschaft des Grafen Hertling hauptsächlich nur unter dem Gesichtspunkt sympathisch gegenübergetreten, da man davon gesprochen habe, daß ihr Führer Vizepräsident im Staatsministerium werden sollte.

Da der bisherige Vizekanzler Helfferich gemeldet wurde und Graf Hertling

<sup>7)</sup> Im Nachlaß Erzberger 22 befindet sich der Durchschlag eines Briefes vom 3. 11. 1917 an Legationsrat Freiherr von Stengel, in dem, unter Berufung auf ein Gespräch vom Vortage, dieser Vorschlag schriftlich fixiert wird.

<sup>8)</sup> Vgl. dagegen Nr. 76a—d Anm. 46.

sofort zu Feldmarschall von Hindenburg fuhr<sup>9)</sup>, wurde die Unterredung abgebrochen. Helfferich sagte mir bei der Begrüßung, daß er das Amt des Vizekanzlers niederlege und aus dem Staatsdienst ausscheide.<sup>10)</sup>

Nach<sup>11)</sup> meiner Rückkehr auf mein Büro rief mich der Abgeordnete Fischbeck an, der sich darüber beschwerte, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der Frage der Berufung des Grafen Hertling mit den Vertretern aller Fraktionen der Mehrheitspartei verhandelt habe, nur mit der Volkspartei nicht. Ich möchte doch den Herrn Staatssekretär darauf aufmerksam machen, daß eine solche Übergehung deshalb unangenehm sei, weil dadurch die Presse nicht rechtzeitig informiert werden könnte.

Staatssekretär Kühlmann erklärte mir, er habe zu der Besprechung nur den Abgeordneten Ebert gebeten, alle anderen Herren seien spontan oder zufällig zu ihm gekommen. Nur den Abgeordneten Stresemann habe er nachher noch gesehen, damit nicht der Eindruck entstände, als wolle er mit Vertretern des Reichstages über den Kopf des Führers verhandeln. Wenn einer der Herren der Volkspartei ihn besuchen wolle, so sei er gern bereit, dies mündlich ausführlich zu erläutern.

<sup>9)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 3. 11. 1917, 2. Morgenblatt, bringt eine WTB.-Meldung aus Berlin vom 2. 11.: „Generalfeldmarschall von Hindenburg ist heute früh in Berlin eingetroffen.“ Darunter eine zweite Wolff-Meldung mit dem gleichen Datum: „Der Kaiser hörte gestern [sic!] den Vortrag des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.“ Helfferich S. 514 berichtet, daß am 2. und 3. 11. unter seiner Leitung Besprechungen über die östlichen Kriegsziele stattfanden, an denen außer den Chefs sämtlicher Reichsämters und preußischen Ministerien auch Hindenburg und Ludendorff teilnahmen.

<sup>10)</sup> Vgl. dagegen Helfferich S. 513 f.: Nachdem ihm Hertling am Abend des 31. 10. mitgeteilt habe, daß von seinem Rücktritt als Vizekanzler keine Rede sein könne, ließ „auch der Kaiser . . . mich wissen, daß er fest auf mein Verbleiben in meinem Amt als Stellvertreter des Reichskanzlers rechne und nur in dieser Voraussetzung sich mit der Kombination Hertling einverstanden erklärt habe.“

<sup>11)</sup> Für das Folgende vgl. Nr. 78.

## 78.

### 2. 11. 1917: Antwort des Staatssekretärs von Kühlmann auf eine Anfrage des Abg. Erzberger

Nachlaß Erzberger 22, Anfrage in der Handschrift Erzbergers, Antwort in der Kühlmanns.<sup>1)</sup> Nachträglich (mit Rotstift) hinzugefügte Überschrift von der Hand Erzbergers: „R[eichskanzler-]Krisis / Int[erfraktionelle] Bes[prechungen]“.

Erzberger fragt an:

Vertreter der Volkspartei<sup>2)</sup> beklagten sich, daß der Staatssekretär des A.A. in

<sup>1)</sup> Vgl. die beiden letzten Absätze von Nr. 77, in denen das vorliegende Dokument, teilweise in wörtlicher Anlehnung, verarbeitet ist.

<sup>2)</sup> Der Anfrage lag nach Nr. 77 ein Anruf Fischbecks zugrunde.

der Frage Hertling mit Vertretern aller Parteien der Mehrheit verhandelt habe, nur mit Volkspartei nicht.<sup>3)</sup> Was soll ich antworten?

Erzberger

Ich habe um Besprechung nur den Abgeordneten Ebert gebeten / alle anderen Herren sind spontan oder zufällig mit mir in Verbindung getreten, nur den Abg. Stresemann habe ich nachträgl[ich] noch gesehen damit nicht der Eindruck entstände als wolle ich mit Frhn. v. Richthofen<sup>4)</sup> über den Kopf des Führers hinweg verhandeln. Wenn einer der Herren der F.V.P. mich besucht bin ich sehr gern bereit ihm dies mündl[ich] ausführlich zu erläutern.

K[ühlmann]

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 74b Anm. 4 und Nr. 75a—c.

<sup>4)</sup> Der Name Richthofen ist in Nr. 77 nicht erwähnt, stattdessen: „mit Vertretern des Reichstages“.

## 79.

### 2. 11. 1917: Sitzung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei

Nachlaß Haußmann 25, eigenhändig mit Tinte. Überschrift: „Berlin 2. November 1917 / Fraktion d. F.V.“<sup>1)</sup>

Anwesend: Fischbeck, Wiemer, Liesching, Dove, Schulze-Gaevernitz, Weinhausen, Haußmann, Naumann, Pachnicke, Leube, Bartschat, Heyn, Gothein.

**Fischbeck** referiert [:] Payer ging auf Ladung zu Michaelis<sup>2)</sup> nach der letzten Session<sup>3)</sup> / Ebert im Plenum<sup>4)</sup>, Südekum<sup>5)</sup>, Trimborn ging hin<sup>6)</sup> / Stresemann nicht.<sup>7)</sup> Laut Helfferich hörte er nicht

letzten Montag.<sup>8)</sup> Erzberger hat einberufen laut Vereinbarung u. referiert.<sup>9)</sup>

<sup>1)</sup> Der Zeitpunkt des Sitzungsbeginns ließ sich bisher nicht feststellen, so daß eine zuverlässige Einreihung der Fraktionssitzung der Fortschrittlichen Volkspartei, zu der nach Nr. 82 nur die Berliner eingeladen worden waren, in den Ablauf der Ereignisse dieses Tages nicht möglich ist. Wahrscheinlich dürfte sie jedoch dem Zusammentritt des Interfraktionellen Ausschusses vorangegangen sein. Dafür spricht vor allem das Ergebnis der Fraktionssitzung in der Frage der Vizekanzlerkandidatur Payers.

<sup>2)</sup> Gemeint ist wahrscheinlich der Besuch Payers bei Michaelis am Spätnachmittag des 10. 10. 1917. Vgl. Nr. 48 bes. auch Anm. 17, Nr. 51 und Nr. 107.

<sup>3)</sup> Soll wahrscheinlich heißen: nach dem letzten Zusammentritt der Fraktion, denn die Session endete erst am 11. 10.

<sup>4)</sup> Bezieht sich wahrscheinlich auf die Ausführungen Eberts am 9. 10. 1917. Vgl. Sten. Berichte Bd. 210 S. 3794.

<sup>5)</sup> Bezieht sich auf den Besuch Südekums bei Michaelis. Vgl. Nr. 50, Nr. 55a—c und Nr. 55e.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 53, Nr. 55a—c und Nr. 55e.

<sup>7)</sup> Vgl. bes. die als Nr. 106 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Stresemanns.

<sup>8)</sup> 29. 10. 1917.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 71a—d.

Capelle Rencontre, im „Vorwärts“<sup>10)</sup>

Besuch bei Valentini / Verbalnote<sup>11)</sup>

Programm<sup>12)</sup>[:] 1) Auswärtige[s]: Antwort auf die Papst[note] / Stresemann referiert unloyal u. unehrlich<sup>13)</sup>

2) Preußische Wahlreform schnell u. loyal durchgeführt

3) Arbeitskammergesetz / § 153<sup>14)</sup>

4) Zensuraufhebung

Parlamentarisch / Welchen Nachfolger? Antwort abgelehnt<sup>15)</sup> / An Hertling<sup>16)</sup> Er<sup>17)</sup> wolle ein Rücktrittsgesuch Helfferichs annehmen / u. Waldows / Im „Herrenhaus keine Arbeiter“ hat Waldow gesagt<sup>18)</sup> / Krause wollte gemacht werden, wir haben dagegen protestiert, insbesondere Stresemann.<sup>19)</sup> Gegen Friedberg als getaufter Jude<sup>20)</sup>, er ließ sich taufen u. wurde nationallib[eral] u. Professor / Wir haben Grund den letzten Rest von Sympathie entschwinden [zu] lassen.

Minister in Preußen / Vizekanzler aus Volkspartei<sup>21)</sup> / Schrittweise Parlamentarisierung / Hertling: Ich werde mir die freie Hand in bezug auf Perso-

<sup>10)</sup> Vgl. bes. die als Nr. 107 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Haußmanns.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 57a—d, Nr. 58 und Nr. 59a—d.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

<sup>13)</sup> Bezieht sich wahrscheinlich auf die Interpretation, die Stresemann diesem Punkt des Programms gab. Vgl. bes. Nr. 106.

<sup>14)</sup> § 153 der Gewerbeordnung.

<sup>15)</sup> Bezieht sich auf das Gespräch der Vertreter der Mehrheitsparteien mit Valentini am 23. 10. 1917. Vgl. Nr. 58, Nr. 59a—d; sowie bes. die zusammenfassenden Aufzeichnungen Haußmanns (Nr. 107) und Stresemann (Nr. 106).

<sup>16)</sup> Wäre sinngemäß wahrscheinlich etwa folgendermaßen zu ergänzen: An Hertling habe während der Verhandlungen mit Valentini noch niemand gedacht.

<sup>17)</sup> Hertling.

<sup>18)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 2. 11. 1917, 2. Morgenblatt, berichtet (Privattelegramm aus Berlin vom 1. 11.): „Der Staatssekretär v. Waldow, dessen Entfernung von den Vertretern der Mehrheitsparteien gewünscht wird, ist u. a. als ein Gegner der preußischen Wahlreform bezeichnet worden. Solche und ähnliche Anklagen sind in der letzten Zeit gegen manchen Minister erhoben worden. Herr von Waldow protestiert, die ‚Norddeutsche‘ schreibt nämlich: ‚Die Nachrichten, die über die Haltung des Staatsministers von Waldow zur Frage der preußischen Wahlreform in politischen Kreisen verbreitet werden und auch in einzelne Zeitungen übergegangen sind, entbehren, wie wir feststellen können, jeder Unterlage. Minister von Waldow steht selbstverständlich, wie die Gesamtheit des preußischen Staatsministeriums, uneingeschränkt auf dem Boden der Allerhöchsten Botschaften vom 7. April und 11. Juli d. J.‘“ Ferner „Frankfurter Zeitung“, 3. 11. 1917, Abendblatt: Das „Berliner Tageblatt“ habe nach Waldows Erklärung, „daß die Nachrichten über seine angeblich ablehnende Stellung gegenüber der preußischen Wahlrechtsvorlage jeder Unterlagen entbehrten, behauptet, daß Herr v. Waldow vor Zeugen gesagt habe, daß im Herrenhaus das Volk nichts zu suchen habe . . . Dem gegenüber stellt Herr v. Waldow heute fest, daß er solche Äußerungen weder dem Wortlaut nach, noch dem Sinne nach getan habe.“

<sup>19)</sup> Vgl. Nr. 75a.b (bes. auch Anm. 6 und 50), Nr. 75c und d.

<sup>20)</sup> Von wem Friedberg aus diesem Grunde abgelehnt worden sein soll, läßt sich bei dem stichwortartigen Charakter der Aufzeichnung nicht mit Sicherheit sagen.

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 75a—c und Nr. 76a—d.

nalien vorbehalten. Er erhielt sie. Er verhandle mit Hindenburg u. Ludendorff.<sup>22)</sup> „Es blieb uns nichts anders übrig.[“

Ich<sup>23)</sup> muß vor Personenfrage mit Freu[n]den besprechen, Payers Name ist sofort aufgetaucht / Leichter ist es den preuß. Minister zu Erhalt[en] / Es werden starke Hebel / Payer soll sich noch einmal besinnen.

**Haußmann:** Bülow[s] Vorstoß abgeschlagen, Michaelis sei Herr der Lage<sup>24)</sup> / Verbalnote<sup>11)</sup> und Programm / nicht Art. 9 für Hertling<sup>25)</sup>

Trimborn / Tags darauf; ob Antwort<sup>26)</sup>

Anfrage an Helfferich / Plan / Einmütig für Sozi<sup>27)</sup>

Hertling aus Initiative der Krone / Keinen Auftrag zu verhandeln<sup>28)</sup>

Montag.<sup>8)</sup> Erzberger gegen Hertling. Motiv: er war froh über den Einwand<sup>29)</sup>

Trennung: Einmischung ist jetzt erfolgt / Mit Hertling verhandelt.<sup>30)</sup>

Elsaß zu gegebener Zeit für Autonomie / Art. 9 l[etzter] Satz / nicht richtige Parteischattierung

Kühlmanns Absicht<sup>31)</sup>

Haltung der Sozialdemokratie: Ebert / Vorstand<sup>32)</sup>

Zentrum

Nationalliberale / Vizeministerpräsidenten / Friedberg — Krause<sup>33)</sup>

Vertrauensvotum / nur Interpellation / Rede vorher mitgeteilt<sup>34)</sup>

Chef der Reichskanzlei

Parlamentarisierung große Fortschritte

Person. Angriff des Protestantismus / Art. 9

Württemberg } ?  
Bayern }

Hertling: Rückschlag

Sozialdemokraten haben verzichtet<sup>35)</sup>

<sup>22)</sup> Vgl. Nr. 77 bes. auch Anm. 9.

<sup>23)</sup> Der Passus bezieht sich auf den gemeinsamen Besuch von Trimborn, Ebert und Fischbeck bei Hertling. Ob mit „Ich“ Hertling gemeint ist oder einer seiner Besucher, läßt sich nicht zweifelsfrei klären. Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>24)</sup> Vgl. Nr. 59a—d (bes. Anm. 6), Nr. 61a—d (bes. Anm. 8 und 9) und Nr. 107 (über die Zeitungsmeldungen vom 26. 10.).

<sup>25)</sup> Vgl. Nr. 75a—c und Nr. 76a—d.

<sup>26)</sup> Bezieht sich auf den zweiten Besuch Trimborns bei Valentini, am 25. 10. 1917, vormittags. Vgl. Nr. 63a—d.

<sup>27)</sup> Vgl. Nr. 63a—d (Bericht Haußmanns über seinen Besuch bei Helfferich).

<sup>28)</sup> D. h.: Hertling habe keinen Auftrag gehabt, mit den Parteivertretern zu verhandeln.

<sup>29)</sup> Nämlich, daß eine Trennung der Ämter des Reichskanzlers und des preuß. Ministerpräsidenten nicht eintreten dürfe.

<sup>30)</sup> Haußmann war am 29. 10. von Hertling empfangen worden. Vgl. Nr. 71a—d.

<sup>31)</sup> Vgl. bes. Nr. 74b.

<sup>32)</sup> Vgl. bes. Nr. 67.

<sup>33)</sup> Vgl. bes. Nr. 75a—d.

<sup>34)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>35)</sup> Auf direkte Beteiligung an der Regierung im Reich und in Preußen. Vgl. Nr. 76a—d.

**Dove:** Verkopplung von preuß. Minister u. Vizekanzleramt / Persönlich.<sup>36)</sup> Ich kenne die Personen des preuß. Landtags nicht / mit Sydow gut bekannt / das läßt mir unmöglich sein<sup>37)</sup> / Ich bin mir meiner Schattenseiten bewußt, Mangel einer Gattin u. Toilette / Ich<sup>38)</sup> kenne S. Majestät. Er sagte mir einmal: „Jetzt haben wir so weit, jetzt und Sie auf die Knie[“] / Darauf habe ich erwidert: Das könnte ich als Minister nicht mehr.

**Pachnicke:** Ich sprach mit Breitenbach u. Drews: Ich frug ob Verkoppelung<sup>39)</sup> fallen gelassen: Das sei noch nicht beschlossen  
Bethmann ist nicht gehört worden, wie ich vorgestern von ihm hörte.

**Gothein:** wie Dove. Unbedingt muß Payer gebeten werden anzunehmen.

**Wiemer:** Hertlings Kanzlerschaft muß schließlich begrüßt werden. Wir werden unsere Mitwirkung nicht versagen / Ich hoffe Payer tut es. Ich möchte die ganze Stelle würde wieder aufgehoben. Aber man wird es nicht können

Dove nicht kundig

Unterstaatssekretär des preuß. Innern muß besetzt werden

**Liesching:** Wir waren in [ein]er Zwangslage gegen Hertling / Alles Persönliche muß bei Payer u. Dove gegenüber Staatsnotwendigkeit zurücktreten

**Fischbeck:** preußische Fraktion muß mitsprechen / Stellvertreter von Fraktion

<sup>36)</sup> Stellungnahme Doves zu seiner eigenen Ministerkandidatur, die zwischen Erzberger und Kühlmann und auch im Interfraktionellen Ausschuß erörtert worden war. Vgl. Nr. 74a.b, Nr. 75a—c und Nr. 76a—e.

<sup>37)</sup> Wahrscheinlich folgendermaßen zu interpretieren: aus diesem Grunde könne er unmöglich die Nachfolge Sydows antreten.

<sup>38)</sup> Trotz der Ich-Form kann es sich im Folgenden nicht um ein eigenes Erlebnis Doves handeln. Es ist möglich, daß er in lebendiger wörtlicher Rede eine Szene, die sich zwischen Sydow und dem Kaiser abgespielt haben könnte, wiedergegeben hat.

<sup>39)</sup> D. h.: die Vereinigung des Vizekanzleramtes mit einem Sitz im preuß. Staatsministerium. — Vgl. auch die in Nr. 75a berichtete Anregung Davids, daß es vielleicht auch nicht unglücklich wäre, wenn Dove die Stellvertretung des Reichskanzlers übernehme.

## 80.

### 2. 11. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

80a: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift. Überschrift: „Freie Zusammenkunft am 2. Nov. nachm. 4 Uhr“.

Die Besprechung ergibt, daß außer Helfferichs Rücktritt<sup>1)</sup> nichts wesentlich Neues vorliegt.

Abends 6 Uhr sind alle in Berlin weilenden Gesandten zu einer Besprechung bei Kühlmann, der nachdrücklich auf Parlamentarisierung hinweisen will.

<sup>1)</sup> Die Nachricht von Helfferichs Rücktritt war verfrüht. Vgl. Nr. 77 bes. auch Anm. 10.

80b: Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag. Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung am 2. November, nachmittags 4 Uhr.“

Die Sitzung wurde eigentlich nicht eröffnet. Es fand nur eine unverbindliche Aussprache statt, an der die Vertreter der 4 Parteien sich beteiligten.

Von Herren der Fortschrittlichen Volkspartei wurde auf das bestimmteste erklärt, daß sie in der Ablehnung des Herrn von Payer als Vizekanzler eine äußerst schwere Kränkung erblicken würden.<sup>1)</sup>

Die Sozialdemokraten erklärten, daß die *conditio sine qua non* für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten die Ernennung des Herrn von Payer zum Vizekanzler darstelle.

Die Nationalliberalen waren der Meinung, daß Abgeordneter Friedberg die Stellung sicher annehmen würde. Morgen mittags 3 Uhr hätte die Fraktion eine Sitzung, um in der Frage definitive Stellung zu nehmen. Es sei wünschenswert, daß morgen vormittags mit dem Abgeordneten Friedberg und Haußmann noch vor ihrer Abreise möglichst Fühlung genommen wird.<sup>2)</sup>

Morgen soll nachmittags 6 Uhr eine neue Sitzung stattfinden.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 79.

<sup>2)</sup> So im Or. Soll wahrscheinlich heißen: mit dem Abgeordneten Friedberg und mit Haußmann noch vor seiner Abreise. Weniger wahrscheinlich: mit den Abgeordneten Friedberg und Haußmann noch vor ihrer Abreise; denn Friedberg wohnte in Charlottenburg.

## 81.

### 2. 11. 1917: Haußmann an Ebert

Nachlaß Haußmann 29, Abschrift oder Konzept von fremder Hand, mit Kopierstift.<sup>1)</sup>

Lieber Kollege! (Ebert)

Wenn Sie wie ich höre morgen<sup>2)</sup> noch eine Besprechung haben, [glaube] ich zu wissen, daß nach heutigen Auslandsmeldungen das Ministerium Hertling von der

<sup>1)</sup> Die Zuverlässigkeit der Datierung „B[erlin], den 2. Nov. [19]17“ wird durch den Schluß von Haußmanns eigenhändiger Niederschrift über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 3. 11. 1917 in Frage gestellt: „Mit Südekum, David u. Liesching zurückbleibend, mache ich diese auf die hohe Gefahr getäuscht zu werden aufmerksam. Payer wird nicht Vizekanzler, der Posten geht ein / man hat dadurch Payer abgestrichen / einen Posten als Staatssekretär ohne Portefeuille nach diesem Refus anzunehmen würde ich ihm widerraten. Die Sozialdemokratie, die nach eigenem Verzicht sich auf jene *Conditio sine qua non* zurückgezogen hat, muß dies Hertling nochmal aufs Schärfste sagen.

Südekum — Ich werde sofort mit dem Vorwärts sprechen.

Nach Rückkehr vom Telephon: Der Vorwärts wird morgen früh für Payer schreiben u. Ebert wird sehr deutlich sprechen / Ich habe eben mit ihm telephonierte. Bitte schreiben Sie ihm noch mit Eilbrief Treptow Defreggerstraße. — Dies geschah cf. Copie.“ —

Da es wenig wahrscheinlich ist, daß Haußmann an zwei aufeinanderfolgenden Tagen zwei Briefe in der gleichen Angelegenheit an Ebert richtete, liegt einerseits der Schluß nahe, daß eine Fehldatierung vorliegt und die Ausfertigung des hier abgedruckten Briefes erst am 3. 11.,

Ententepresse als reaktionär verschrien werden [wird]<sup>3)</sup> und daß ein rein demokratischer Name, wie ihn Payer in Europa hat, von höchster sachlicher Bedeutung für die ganze Politik oder deren Aufnahme ist.

Ich würde auch die Eliminierung Payers mit dem Scheingrund, daß er Süddeutscher sei, als eine Treulosigkeit ansehen, die uns und auch Ihrer Partei am ersten Tage sehr zu denken geben müßte. Wir sind doch keine solchen Partikularisten, daß wir uns bei dem Mangel von staatsmännischen Politikern mit Ruf und Befähigung durch die Eigenschaft als Schwaben abhalten lassen dürfen. Vielleicht berichten Sie mir.

Mit kolleg. Gruß  
Ihr C.H.

---

abends (nach der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses), an Ebert abgesandt wurde. Andererseits steht dieser Brief in einem inneren Zusammenhang mit dem ebenfalls auf den 2. 11. datierten Brief an Payer — Nr. 82. Schließlich stellt sich die Frage, ob es sich bei dem zitierten Schluß der Niederschrift Haußmanns über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 3. 11. nicht u. U. um eine nachträglich hinzugefügte Ergänzung handeln könnte, die sich in Wirklichkeit auf die Sitzung vom 2. 11. bezieht, über die keine Niederschrift Haußmanns vorliegt. Für diese Hypothese könnte sprechen, daß der „Vorwärts“ sich bereits am 3. 11. energisch für die Kandidatur Payers einsetzte (s. dazu Nr. 82 bes. Anm. 12); dagegen, daß nach Nr. 80b die Teilnahme Haußmanns an der Sitzung vom 2. 11. fraglich erscheint.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 82: Ebert wolle, wie er „heute“ mit Erzberger vereinbarte, „morgen“ nochmals zu Hertling. — Der Besuch wurde dann jedoch auf den 4. 11. verschoben (vgl. Nr. 83a—d), so daß die Zeitangabe „morgen“ auch für den Fall zutrifft, daß der Brief erst am 3. 11. abgesandt sein sollte.

<sup>3)</sup> Im Or.: „will“.

## 82.

### 2. 11. 1917: Haußmann an Payer

Nachlaß Haußmann 29, Abschrift oder Konzept von fremder Hand, mit Kopierstift.<sup>1)</sup>

Lieber Payer,

Zur Geschichte: Montag<sup>2)</sup> haben alle Parteien Hertling abgelehnt einschließlich Erzberger, der aus Gründen Bülow, Privatgekränktheit oder wie er sagt der Parteierwägung der schwierigen Lage Hertling ausgesprochen ablehnte. Alle, Erzberger eingeschlossen, haben entgegen meinem ausdrücklichen Rat die Ablehnung auf die Untrennbarkeit des Kanzler- und Ministerpräsidentenamts gestützt. Ich refusierte ihn bei meiner Unterredung mit ihm offen wegen Elsaß-Lothringen, Art. 9 letzter Satz und namentlich weil er nicht die richtige politische Nuance für In- und Ausland sei.

<sup>1)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 4. 11. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 3. 11.): „Die Fortschrittliche Volkspartei hat gestern eine Fraktionssitzung über die mit der Ernennung Hertlings geschaffene neue Lage abgehalten und hat an Herrn von Payer nach Stuttgart einen Brief gerichtet, der ihn bittet, sich zur Verfügung zu stellen, wenn die Berufung auf den Posten des stellvertretenden Kanzlers an ihn herantreten sollte.“

<sup>2)</sup> 29. 10. 1917. Vgl. Nr. 71a—d.

Dienstag<sup>3)</sup> wurde dann Hertling namens aller Parteien durch Erzberger abgesetzt.<sup>4)</sup> Nun sprang Kühlmann, der nach Hertling Kanzler zu werden durch ein Kaiserwort Aussicht hat, als Makler ein und kam in allen Punkten entgegen, nachdem sich Hertling auch das Ministerpräsidium vom Kaiser hat anbieten lassen.<sup>5)</sup> Damit war jener sachliche Grund, der nur eine halbe Ehrlichkeit war, entwaffnet.

Die Sozialdemokraten schwenkten ein, das Zentrum plötzlich verstärkt durch Herold und Trimborn<sup>6)</sup> noch freudiger, ebenso Stresemann und Fischbeck, die sich auf der Formel von der Untrennbarkeit festgefahren hatten.

Ich war Mittwoch in Köln wegen eines außerordentlich wichtigen Gerichtstermins und fand diese in 36 Stunden umgeschlagene Stimmung.

Man hatte auch schon mit Hertling über preußische Ministerposten namens der Reichstagsabgeordneten verhandelt, was ich in dieser direkten Form zu Gehör von 4 Parteien für einen nicht empfehlenswürdigen Schritt hielt.

Die Sozialdem. haben trotz meiner Einladung und Aufforderung auf eine verantwortliche Stelle aus Verantwortungsscheu verzichtet, aber als „conditio sine qua non“ gestellt, daß die Volkspartei die Stelle des [Vize-] Kanzlers erhalte und besetze, ebenso einen preußischen Minister.

Hertling hat beides für geeignete Grundlagen erklärt, aber nicht zugesagt. Inzwischen hat sich Hertling beide Ämter übertragen lassen und vom Kaiser freie Hand in den Personalfragen geben lassen. Bietet er Dir nicht das Vizekanzleramt an, so liegt eine materielle Treulosigkeit vor. Du bist als der Mann bezeichnet worden in der letzten Audienz<sup>7)</sup> von Trimborn, Fischbeck, der in besonderem Maß alle Eigenschaften habe. Der Rheinländer<sup>8)</sup> hat eine Bemerkung einer Häufung von Süddeutschen im Gespräch einfließen lassen<sup>9)</sup>, weswegen ich ihm einen Tadel ausgesprochen habe, wohl wissend, daß ihm ein paar Berliner dankbar sein werden.

Ich bin der Meinung, daß Du vorbehaltlich Rücksprache mit Hertling und Berufung eines Volksparteilers in das preußische Ministerium annehmen muß, weil wegen der europäischen und innerdeutschen Wirkung das Ministerium Hertling dringend der demokratischen Farbe bedarf. In einer heutigen Fraktion<sup>10)</sup> hat Gothein ausgesprochen, ohne jede Widerrede, daß die Fraktion Dich und gleichzeitig Dove dringend auffordern müsse, das Opfer zu bringen. Niemand widersprach. Eingeladen waren nur die Berliner. Wiemer und Fischbeck sprachen nicht hierzu.

<sup>3)</sup> 30. 10. 1917.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 72a—c, Nr. 74b Anm. 5, Nr. 75a—c.

<sup>5)</sup> Vgl. bes. Nr. 74a,b und Nr. 75a—c.

<sup>6)</sup> Im Or. unleserlich, könnte dem Schriftbild nach etwa „Bliern“ heißen. Es kann jedoch nur Trimborn gemeint sein. Trimborn und Herold nahmen vom 31. 10. ab wieder an den interfraktionellen Besprechungen teil. Vgl. Nr. 75a—c.

<sup>7)</sup> Gemeint ist der gemeinsame Besuch von Trimborn, Fischbeck und Ebert bei Hertling am 1. 11. 1917, morgens. Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>8)</sup> Trimborn.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 76a—c.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 79.

Wenn Du nicht annimmst wird wahrscheinlich die Stelle nicht besetzt. Dann erklären die Sozialdemokraten sich für nicht befriedigt. Du repräsentierst also die ganze Linke.

Ebert will, wie er heute mit Erzberger vereinbarte, morgen nochmals zu Hertling<sup>11)</sup> und die „conditio sine qua non“ wiederholen. Der Vorwärts wird das morgen unterschreiben.<sup>12)</sup>

Ich sprach mit Erzberger. Dieser hat notiert, wie lang ich hier sei, damit Hertling mich noch rufen könne.

Liesching ist ganz meiner Meinung. In der Sache der Abmachung war er etwas zu [convenient].<sup>13)</sup>

Ich will, wenn ich ihn in den Konferenzen mit dem Hauptquartier<sup>14)</sup> noch erreiche, Kühlmann noch sprechen u. bei Helfferich Abschiedsbesuch machen. Der soll angeblich erst in [ein] paar Tagen gehen.

Sobald als möglich reise ich zu mündlichem Bericht hinaus und bin, wenn ich nichts anderes telegraphiere, Sonntag<sup>15)</sup> 10 Uhr vormittags in Stuttgart<sup>16)</sup>, um Dir über Unterredungen mit Hertling, Helfferich, Valentini und Hausminister Eulenburg zu referieren. Gute Besserung, Gothein verspricht ein ausgezeichnetes Neuralgiemittel.

Von Herzen  
Dein C.H.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 81 bes. auch Anm. 1 und 2.

<sup>12)</sup> Vgl. „Vorwärts“, 3. 11. 1917: „Herr v. Payer ist zur Übernahme der Stelle eines Kanzlerstellvertreters bereit. Der Einwand, daß er als Süddeutscher neben dem Süddeutschen Hertling nicht möglich sei, ist hinfällig.“ — Am 4. 11. erwähnte der „Vorwärts“ zwar Payer nicht namentlich, betonte jedoch: „Die Berufung eines Fortschrittlers in das Amt des Vizekanzlers und eines weiteren in das preußische Ministerium ist die erste Frage von entscheidender Bedeutung, vor die sich die neue Regierung gestellt sieht.“ — Im „Vorwärts“ vom 5. 11. heißt es: „Wenn wir neulich sagten, daß Herr v. Payer zur Übernahme des Vizekanzleramts bereit sei, so war das nicht so zu verstehen, als ob Herr v. Payer persönlich seine Ernennung wünsche und erwarte. Der Vorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei hat nur die politische Notwendigkeit seines Eintritts in die Regierung, die ihm von anderer Seite klargelegt wurde, eingesehen, so daß jetzt von seiner Seite gegen seine Berufung kein Hindernis besteht. Wir können uns nicht denken, daß die Hindernisse, die von konservativer Seite künstlich aufgebaut werden, vom Reichskanzler als unüberwindlich angesehen werden könnten.“

<sup>13)</sup> Im Or.: „conivent“.

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 77 bes. Anm. 9.

<sup>15)</sup> 4. 10. 1917.

<sup>16)</sup> Haußmann verschob seine Abreise aus Berlin. Vgl. Nr. 85.

## 3. 11. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

83a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „3. November 1917. Freie Besprechung.“

Erzberger, Richthofen, Junck, Haußmann, Liesching, Rießer, Keinath, Südekum, David, Ebert.<sup>1a)</sup>

Es werden Bedenken darüber laut, daß das Kabinett Hertling noch nicht zustande gekommen ist. Mit Friedberg habe er noch nicht gesprochen. Die Äußerungen Hertlings im Bundesrat: „er sei persönlich Gegner des Parlamentarismus.“<sup>2)</sup> Dementi im Berliner Tageblatt.<sup>3)</sup> Wenn er im Bundesrat sich so geäußert haben sollte, dann hätte er den guten Eindruck im Ausland bereits im voraus wieder vernichtet.

**Richthofen** hat persönlich festgestellt, daß jedenfalls nicht davon die Rede sein kann, daß Hertling und seine Herren der Auffassung sind, daß die Verteilung der Ämter so feststehe,

83b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Freie Besprechung von Sonnabend, den 3. November 1917.“

Anwesend: Erzberger, Richthofen, Junck, Haußmann, Liesching, Rießer, Keinath, Südekum, David, Ebert.<sup>1a)</sup>

Es wurden Bedenken laut, weil Kabinett Hertling noch nicht zustande gekommen. Aus einer Sitzung des Bundesrats waren Äußerungen H's mitgeteilt worden, wonach der angeblich gesagt hatte, er hätte die Parteien nur „zur Beruhigung des Publikums“ gefragt, er sei „persönlich Gegner des Parlamentarismus“ usw.<sup>2)</sup> Kleines Dementi im Berliner Tageblatt.<sup>3)</sup> Allgemeine Ansicht, daß, wenn H. wirklich so gesprochen, guter Eindruck im Ausland völlig vernichtet sei.

**Richthofen** hat persönlich festgestellt, daß H. und Umgebung jedenfalls eine Art passiven Widerstand leisten. Er tue nichts, empfangen niemanden, auch nicht Reichspräsidenten-

83c: Nachlaß Haußmann 26, eigenhändig mit Tinte.<sup>1)</sup> Überschrift: „I.A. 3. November 1917.“

**Rießer:** Haußmann hat Zweifel wegen der Nichtparlamentarisierung geäußert / man ist ihm entgegengetreten, als unberechtigte Sorge / Es scheint aber doch berechtigt zu sein. Er sagte er sei ein Gegner des Parlamentarismus.<sup>2)</sup>

**Richthofen:** Man hat noch mit niemand gesprochen / Friedberg sagte für ihn komme alles auf die Art der Anerbiet[un]g an / selbstverständlich stelle er sich auf dem Boden der<sup>4)</sup> Wahl-

83d: Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Besprechung am 3. November abends 6 Uhr.“

Abg. **Richthofen** (nationalliberal) berichtet über seine Besprechungen, die er gestern mit der Umgebung des neuen Reichskanzlers gehabt habe. Danach sei die Personenfrage

wie wir gedacht haben. Er [glaubte anscheinend<sup>6)</sup>], freie Hand zu haben. Ferner Tatsache, daß er nichts tut und daß er niemand empfängt, auch Reichstagspräsidenten nicht empfangen, der zwei Tage lang nachgesucht hat. Seine Absichten sind anscheinend nicht ganz klar. Krause und Schiffer haben gesagt, daß das Gesuch von Helfferich zwar vorliege, aber noch nicht angenommen, es sei auch zweifelhaft, ob es angenommen [werde].<sup>11)</sup> Im B[erliner]-Tag[eblatt] steht, daß Helfferich bis 15. November bleibt. Es könne gesagt werden, daß Hert-

ten, der 2 Tage lang nachgesucht habe. Absichten anscheinend nicht ganz klar. H. hat Krause und Schiffer gesagt, daß Abschiedsgesuch Helfferichs vorliege, noch nicht angenommen sei, auch zweifelhaft, ob angenommen werde. B. T.<sup>7)</sup> teilt mit, daß Helfferich bis 15. November bleibe. H. anscheinend Vizekanzler nicht wieder besetzen. In Preußen Auftauchen einer Kandidatur Loebell<sup>9)</sup> neben Friedberg; auch Krause<sup>10)</sup> neuerdings genannt. Friedberg bisher nicht persönlich aufgefordert. Die Sitzung der Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus war

vorlage, wenn [an]<sup>5)</sup> ihn vom König appelliert werde.

Die Stimmenverhältnisse seien günstig im Abg[eordneten-] Haus / Zentrum bis auf 4—5, die Herausgeber / Freikonservative auch meist davon / Allerdings wenn so wie bisher weitergearbeitet wird<sup>8)</sup>)

des Vizekanzlers und Vizepräsidenten noch nicht feststehend. Hertling glaube, daß er freie Hand habe, er empfangen auch niemand. Die Annahme des Abschiedsgesuches von Helfferich sei zweifelhaft. Der Vizekanzlerposten solle nicht besetzt werden. Für den Vizepräsidenten seien Krause<sup>10)</sup>, Loebell<sup>9)</sup> und Friedberg Kandidaten. An Friedberg sei man nicht herantreten. Man habe ihm gesagt, in der Sitzung der nationalliberalen Fraktion, die gut besucht gewesen sei, gingen die Ansichten, ob Friedberg annehmen solle oder nicht, auseinander. Friedberg mache alles

<sup>1)</sup> Vgl. die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers.

<sup>1a)</sup> Stresemann, der im Verlauf der Diskussion das Wort nahm, ist später in die Sitzung gekommen, wie sich aus den Ausführungen Keinaths ergibt, der in seiner ersten Wortmeldung eine „Erklärung von Stresemann“ abgab.

<sup>2)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 4. 11. 1917, 1. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 3. 11.): Hertling, der sich dem Bundesrat offiziell erst nach seiner für die nächste Woche geplanten Reise nach München vorstellen werde, habe bereits in der Vollsitzung des Bundesrates am 2. 11. zwanglos die stimmführenden Bevollmächtigten begrüßt und nach dem Schluß der Sitzung eine kleine Ansprache gehalten. „Nach der ‚B.Z. am Mittag‘ schilderte er auch seine Verhandlungen mit den Parteien und legte dar, warum er sich eine Bedenkzeit für seine endgültige Antwort an den Kaiser vorbehalten habe. Die Fühlungnahme mit den Parteien habe er zu seiner Information und zur Beruhigung der Gemüter für notwendig gehalten. In seiner persönlichen Stellung zur Frage der Parlamentarisierung habe sich nichts geändert . . .“

<sup>3)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 4. 11. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 3. 11.): Es werde „von einer Seite, die unterrichtet sein muß, erklärt, daß die Darstellung des genannten Mittagsblattes [s. Anm. 2] ganz unzutreffend sei, und daß namentlich Graf Hertling nicht gesagt habe, er habe mit den Parteiführern nur zur Beruhigung der Gemüter verhandelt. Man erfährt zwar nicht, was Graf Hertling . . . gesagt hat, aber man kann ohne weiteres annehmen, daß ein so erfahrener und überlegter Politiker das, was ihm jetzt in den Mund gelegt wird, nicht gesagt haben wird.“

<sup>4)</sup> Im Or. gestr.: „Res[olution]“.

<sup>5)</sup> Im Or.: „auf“.

<sup>6)</sup> Wörtliche Übertragung des Stenogramms: „Er scheint glaubte“.

<sup>7)</sup> „Berliner Tageblatt“.

<sup>8)</sup> In Nr. 83c andere Reihenfolge. Als nächster Sprecher wird Haußmann angeführt.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 77.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 75a—d.

<sup>11)</sup> Im Stenogramm: „wäre“.

ling den Vizekanzler nicht wieder besetzen würde. Für Preußen seien Kandidaten Friedberg und Loebell<sup>9)</sup>, auch Krause.<sup>10)</sup> Krause hat gesagt, daß es nicht an ihn herantreten würde und [er] auch wohl nicht annehmen würde. An Friedberg selbst ist man bisher nicht herantreten; nur mitgeteilt, daß Reichskanzler ihm am Sonntag mitteilte, wann er ihn sprechen wolle.

Im Abgeordnetenhaus Sitzung der Nationalliberalen / halbe Fraktion. Die Ansichten darüber, ob Friedberg eintreten solle, gingen auseinander, und zwar ungefähr  $\frac{1}{2}$  zu  $\frac{1}{2}$ . Überwiegend wohl dafür. Der rechte Flügel war zufällig stark vertreten. Im übrigen Eindruck: Friedberg könne noch keine endgültige Erklärung abgeben; entscheidend sei Art der Verhandlung mit Hertling; selbstverständlich auf dem Boden der Wahlrechtsvorlage; als Konzessionsschulze werde er nicht gehen. Wenn Friedberg annimmt, so sehe ich Situation im Abgeordnetenhaus recht günstig an. Zentrum würde wohl beinahe geschlossen für die Vorlage sein. Auch bei den Freikonservativen würde die Sache nicht viel anders laufen,

zwiespältig. Überwiegend wohl für Eintritt Friedbergs. Gesamteindruck: Friedberg könne noch nicht endgültig erklären, weil ohne Verständigung durch H.; selbst auf Boden Wahlrechtsvorlage, werde nicht als Konzessionsschulze eintreten. Ganze Sache immerhin gefährdet, weil Regiefehler und viel böser Wille.

abhängig von der Art der Fragen, mit welchen man an ihn herantritt. Wenn man an ihn herantreten würde „im Namen des Königs“, oder wenn man seine Annahme als „patriotische Tat“ für des Vaterlandes Wohl bezeichnen würde, dann werde er sicher annehmen. Wenn Friedberg annimmt, so wäre das für die Wahlreform recht günstig und das Zentrum würde geschlossen dafür stimmen. Auch unter den Freikonservativen sei eine ähnliche Auffassung verbreitet. Ein Führer der Konservativen habe erklärt, das gleiche Wahlrecht sei nicht zu vermeiden. So ergebe sich ein günstiger Ausweg und das Wahlrecht werde im Anlauf genommen werden.

wenn die Nationalliberalen mitmachen würden.

Es machen sich schon viele Regiefehler und böser Wille bemerkbar.

**Rießler:** Was hat der Kanzler getan, und was hat er bisher gesprochen? Wenn er nur noch einmal betont hätte, daß er Gegner des Parlamentarismus sei, so sei das zwar nichts Neues, aber es wäre doch sehr schädlich. Er hat sich über Personen Freiheit vorbehalten, aber sich doch festgelegt auf die bestimmten Richtungen. Was hat er nun dagegen unternommen? Warum der Zweifel bei Hertling? Was ist mit der Vertagung der ganzen Sache bis Mitte November? Kann das unser Standpunkt sein, das zuzugeben? Vielleicht einmal fragen lassen durch die Führer der sämtlichen Parteien zusammen. In der Bayerischen Gesandtschaft scheint man auf alle diese Dinge keinen großen Wert zu legen oder sich über Konsequenzen einer Ablehnung nicht klar zu sein.

**Keinath:** Stresemann hat mitgeteilt über Audienz bei Kaiser. Erzberger sagte, in der Unter-

**Rießler** nimmt Kanzleräußerungen nicht tragisch. Hat sich über Personen Freiheit vorbehalten, aber doch in bestimmter Richtung festgelegt. Bedenklich nur Vertagung der Kabinettsbildung bis Mitte November. Dürfen wir das zugeben? Zweckmäßig vielleicht direkte Anfrage.

**Keinath:** Widerspruch zwischen Erzberger, der gesagt hat, H. habe freie Hand, und

[Keinath:] Frage: Freie Hand „Wenn Sie dann so weit sind, dann reden wir miteinander“ /

Abg. Keinath teilt im Auftrage von Stresemann mit, daß der Kaiser gesagt habe, „wenn Sie

redung sei Hertling freie Hand für die Besetzung der Ämter gelassen worden. Stresemann sagte, daß das nicht richtig sei. Kaiser habe gesagt, wenn Sie dann so weit sind, dann reden wir darüber noch einmal. Es macht den Eindruck, daß jetzt plötzlich wieder von der kaiserlichen Seite allerlei Widerstände auftreten in der Personenfrage. Von der Freiheit der Hand hängt die Einschätzung der Persönlichkeit des Kanzlers ab. Wenn die Sache tagelang so weiterläuft, dann hat man den Eindruck, daß er als Person von seinen Versprechungen zurückgeht.

**Ebert:** Nach der Verhandlung von neulich morgen<sup>12)</sup> kann bei Hertling kein Zweifel über unsere Auffassung bestehen. Alles deutlich und sachlich vorgetragen. Die vier Punkte: jawohl. Dann übergegangen: Garantie andere Besetzung des Kabinetts usw. . . .<sup>15)</sup> Die und die Wünsche. Einzeln und deutlich zum Ausdruck gekommen. Bei Vizekanzler erklärt: für uns entscheidende Frage! In keiner Frage widersprochen. Wolle zum Kaiser gehen und wolle sich freie Hand ausbitten für die Ämter. Er sei fest über-

Stresemann, der das bestritten hat. Kaiser habe nach seinen Mitteilungen gesagt: „Wenn Sie dann so weit sind, dann reden wir noch einmal darüber.“ Anscheinend von Hofseite jetzt allerhand Widerstände in Personenfragen. Lange verzögerte Kabinettsbildung macht Eindruck, als ob H. Versprechungen nicht halten wollte.

**Ebert:** H. kann keinen Zweifel über unsere Auffassung haben. Alles deutlich und sachlich vorgetragen.<sup>12)</sup> Auf die Frage nach den 4 Programmpunkten hat er ausdrücklich bejahende Antwort gegeben, ebenso Garantie für Ausführung durch geeignete Kabinettsbildung versprochen. Alle unsere Wünsche einzeln und deutlich vorgetragen, so z. B. bei Vizekanzler erklärt, das sei für uns entscheidende Frage. In keinem Punkte Widerspruch erfahren. Ausdrücklich gesagt, daß er sich bei Kaiser freie Hand für

Was hat Hertling wegen des Vizekanzlers gesagt[?]?

**Ebert:** Jeder Zweifel ist ausgeschlossen.<sup>12)</sup> Es ist zur Garantie unserer Forderung Nur unter<sup>13)</sup> dieser Voraussetzung[un]g können wir das Arrangement mitmachen. Er ist in keiner Richtung entgegengetreten.<sup>16)</sup> Über die Person[en]frage könne er sich noch nicht äußern. Aber gemeinsam die Fragen lösen.

in den Personenfragen Vorschläge haben, werden wir weiter reden“.

**Abg. Ebert (Sozialdemokrat):** In der letzten Konferenz<sup>12)</sup> der Vertreter der 4 Parteien<sup>14)</sup> sei Hertling alles klar und deutlich gesagt worden, so daß kein Zweifel bestehen könne.<sup>16)</sup> Ebert habe zum Ausdruck gebracht, daß die Besetzung des Vizekanzlerpostens für die Sozialdemokratie und ihre Haltung entscheidend sei. Hertling habe gesagt, daß er sich freie Hand in der Personenfrage erbitten werde, so daß gemeinsame Arbeit mit den Parteien möglich sei. Er werde morgen Sonntag sich zu Hertling begeben.<sup>17)</sup>

zeugt, Personalfrage so zu lösen, daß gemeinsame Arbeit mit der Mehrheit möglich wäre. Meinungsverschiedenheiten könnten danach nicht auftreten. Wenn die Sache einen anderen Weg ginge, dann müßte man von Täuschung reden. Das glaube ich aber nicht.<sup>16)</sup> Habe heute morgen gleich Bayerische Gesandtschaft angerufen. Noch einmal Reichskanzler sprechen. „Ja, selbstverständlich“, sofort in Verbindung setzen. Von 10 Uhr ab Verhandlungen mit der Obersten Heeresleitung, es könne möglich sein gegen 7 Uhr. Lieber morgen früh.<sup>17)</sup>

**Erzberger:** Hertling hat nach seiner Ernennung erklärt, daß ihm Kaiser freie Hand in Auswahl gegeben. Selbstverständlich liege Entscheidung bei Kaiser. Bei einer Unterredung mit Lerchenfeld kam etwas anderes heraus. „Im übrigen hat er gar keine freie Hand.“

Ämter ausbitten werde. Hinzugefügt, er sei persönlich überzeugt, Personalien so lösen zu können, daß gemeinsame Arbeit mit Mehrheit möglich sei. Meinungsverschiedenheiten danach unmöglich. Wenn Sache anders laufe, dann offenbar Täuschung vorliegend. Das glaube er aber nicht.<sup>16)</sup> Am Morgen habe er Bayerische Gesandtschaft angerufen, um H. zu sprechen, bereitwilligst zugestanden, aber wegen anderer Verpflichtungen zunächst unmöglich, immerhin im Laufe des Nachmittags oder nächsten Morgens sicher.<sup>17)</sup>

**Erzberger:** Freie Hand sei natürlich immer so zu verstehen, daß letzte Entscheidung Kaiser habe. Bei einer Unterredung sagte Lerchenfeld von H.: „Im übrigen hat er gar keine freie Hand.“

[**Erzberger:**] Graf Hertling hat mir nach der Ernennung gesagt, daß er sich freie Hand vom Kaiser in Personenfrage ausbedungen habe. Die Ernennung liegt natürlich bei dem Kaiser.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>14)</sup> Soll heißen: in der letzten Konferenz Hertlings mit den Parteivertretern.

<sup>15)</sup> Kennzeichnung der Auslassung durch . . . wie im Stenogramm.

<sup>13)</sup> Im Or. gestr.: „unser[er]“.

<sup>16)</sup> Vgl. Prinz Max S. 149 f. Dort wird jedoch das Ergebnis der Aussprache vom 1. 11., morgens, zeitlich falsch eingeordnet und bereits vor das Eingreifen Kühlmanns verlegt. S. auch Nr. 67 Anm. 7.

<sup>17)</sup> Vgl. Nr. 81 und Nr. 82.

**Richthofen:** Gestern abend Eindruck: Hertling habe nicht freie Hand.

**Haußmann:** Die Atmosphäre ist wieder beschwert dadurch, daß man an Stellen, die rechts liegen und in Behörden liegen, Zivil und Militär, daß man da auf einmal sehr eifersüchtig drückt und einengt. Welchen Widerspruch und Widerstand Hertling hier aufzubringen hat, wird für die Beurteilung seiner Tätigkeit von großer Bedeutung sein. Er hat loyal Aussichten eröffnet. Wir könnten auch Enttäuschung über Nichteinhaltung, wäre sehr verhängnisvoll.<sup>22)</sup> Die Regie ist schon wieder sehr schlecht.

Das alles habe ich persönlich dem Grafen Hertling gesagt.<sup>20)</sup> Er könne Vorbehalte nur durch Tat widerlegen. Wenn Ebert sagt, es sei klipp und klar alles gesagt worden, so ist natürlich damit noch nichts geschehen. Heute früh Verabschiedung von Michaelis: fortgesetzt drei Monate innerer Konflikt. Deshalb muß Hertling gesagt werden, daß er sich so was erspart. Jede Zweideutigkeit schlägt diesmal ins Konfessionelle über, das ist eine große Gefahr!

**Richthofen sagt,** daß nach seinem Eindruck H. in der Tat nicht freie Hand habe.

**Haußmann:** Offenbar viele Kräfte in Zivil und Militär am Werk gegen Reichstagsmehrheit. Widerstandskraft H's gegen diese Kräfte von entscheidender Bedeutung. Er hat loyale Aussichten eröffnet, und jeder Täuschungsversuch würde verhängnisvoll sein. Jede Zweideutigkeit schlägt wenigstens diesmal ins Konfessionelle um und ist daher große Gefahr.

**Haußmann:**<sup>19)</sup> Alles hängt voll Zweifel, u. Zweifel sind ein schlechtes Düngemittel / Man ist voll fahrlässiger Sorglosigkeit. (Erzberger: Sehr richtig.) Die Regie ist nicht gut. Zweideutigkeit / nicht alles klipp u. klar.

Ich<sup>19)</sup> bin gegen Hertling gewesen u. habe es ihm offen gesagt.<sup>20)</sup> Zwiespältigkeit führt zu Zweideutigkeit u. diese schlägt ins Konfessionell[e] um. (Erzb[erger:] sehr richtig das habe ich ihm gestern<sup>21)</sup> deutlich gesagt.)

**Abg. Haußmann (Volkspartei):** Die Annahme durch Hertling habe überrascht. Behörden und Militär seien eifersüchtig und machten Hertling Schwierigkeiten. Hertling habe loyale Ansichten, aber keine formellen Verpflichtungen. Man habe angenommen, daß nun der Himmel blau werde, nun hinge er voller Zweifel. Hertling dürfe keine Zweideutigkeiten aufkommen lassen, sonst schlage alles ins Konfessionelle um.

Rießler: Versprechungen sind nicht gegeben worden, aber wenn es noch eine bona fides gibt, dann ist es wahr, daß volle Übereinstimmung erzielt worden ist. Davon ausgehend dürfen wir der Meinung Ausdruck geben, daß die Krisis nicht andauern darf, nicht bis zum 15. November. Deshalb müssen wir gemeinsam ihm erklären, daß wir der Meinung sind, daß im Inland und Ausland unter heutigen Umständen eine Verzögerung des Abgemachten nicht erfolgen dürfe. Die Regie ist vorhanden! Es soll durch immer neue Schwierigkeiten das klare Bild verdunkelt werden. Wenn möglich eine Trennung der vier verbundenen Parteien.

Neuer Versuch, die Parteien zu trennen. Morgen schon eingreifen. Hinschiebung ist von größtem Verderben. Nicht für die Parteien, sondern für das Ansehen des Parlaments und für das Land und für das Ansehen des Grafen Hertling.

Rießler: Versprechungen nicht schriftlich; wenn aber Treu und Glauben gilt, dann ist vollständige Übereinstimmung erzielt worden. Daher Überzeugung, daß Krise nicht lange dauern wird, namentlich nicht bis 15. November. Notwendig gemeinsame Erklärung an H., daß Verzögerungen verhängnisvoll wirken müssen. Offenbar Versuche, Parteien wieder zu trennen.

Rießler: In den prinzipiellen Personenfragen war eine volle Einstimmigkeit zwischen uns / Die Krisis darf nicht andauern / Wir müssen gemeinsam hingehen / Es handelt sich um Versuche die Mehrheit zu sprengen.

Abg. Rießler: Die Krisis darf nicht andauern, man wolle die 4 Parteien trennen, das Ansehen Hertlings im In- und Auslande sei in Gefahr.

<sup>18)</sup> S. Anm. 8.

<sup>19)</sup> Dieser Absatz im Or. am linken Rande des Blattes.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 71a—d.

<sup>21)</sup> Für die Unterredung Erzbergers mit Hertling am 2. 11. 1917 vgl. Nr. 77.

<sup>22)</sup> So im Stenogramm. Statt „Nichteinhaltung“ ursprünglich „Nichteinheitlichkeit“; von Südekum berichtigt.

**Ebert:** Ich hatte aus der Unterhaltung mit Hertling nicht den Eindruck, als ob er hinziehen wolle. Ich kann das auch nicht annehmen. Er ging abends zum Kaiser<sup>23</sup>); dann werde ich mit den Herren verhandeln müssen, bis Montag, Dienstag, fahre heim, komme wieder, [um] Mitte November diese Aktion im Reichstag durchführen [zu] können. Da die Sache bis jetzt nicht weitergekommen ist, so kann ich noch nicht schließen, daß hingezogen werden soll. Abgesehen von der klaren Erklärung zur Personenfrage ist auch in bezug auf die Politik deutlich gesprochen. Ich habe ihm gesagt, Politik des Lavierens sei ausgeschlossen. Sie sei verbraucht, nütze nichts mehr. Auch dem hat er nicht widersprochen. Ich kann ja Freiherrn von Stengel<sup>24</sup>) anfragen.

**Liesching:** Zu Optimismus keine Veranlassung, auch nicht zum Pessimismus. Störend ist der militärische Besuch von Hindenburg und Ludendorff.<sup>26</sup>) Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen und mit der Nervosität der hiesigen Presse. Nachdem Ebert Besprechung mit Hertling haben wird<sup>17</sup>),

**Ebert:** Hatte nicht Eindruck, als ob H. Sache hinziehen wolle. Technisch sei größere Beschleunigung kaum möglich. Deshalb Verzögerung bis heute noch kein Beweis für Verschleppungsabsichten. Abgesehen von klaren Erklärungen in Personenfragen ist auch in bezug auf Politik sehr deutlich gesprochen worden. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß Politik des Lavierens ausgeschlossen sei, weil verbraucht. Auch dem hat H. nicht widersprochen.

**Liesching:** Störend seien Besuche von Hindenburg und Ludendorff<sup>26</sup>) und Ankunft österr. Minister.<sup>27</sup>) Nervosität der Presse erheblich. Nach Eberts Erklärungen ruhig abwarten. Ebert wird bis Sonntag noch Besprechung haben<sup>17</sup>) und dann berichten. Latente Vizekanzler-Krisis nicht zu er-

**Ebert:** Ich sagte ihm die Politik des Lavierens sei verbraucht. Ich werde morgen zu Hertling gehen.<sup>17</sup>)

**Liesching:** Es ist zu Optimismus kein Anlaß. Eberts Besuch abwarten. Ebert soll sagen<sup>17</sup>) daß eine Unruhe / Eine latente Vizekanzlerkrise besteht nach der Kanzlerkrise.

**[Liesching:]**<sup>25</sup>) Es liegt weder zu Optimismus noch zu Pessimismus Veranlassung vor. In Berlin sei alles nervös. Wenn die Personenfrage gelöst sei, könne der Reichstag noch warten, sonst entstehe Mißtrauen.

sollten wir erst abwarten Ergebnis dieser Besprechung. Allerdings dann der Ansicht, daß wir Sonntag nicht vorübergehen lassen, sondern daß wir zusammenkommen, um das zu hören, was Ebert besprochen hat. Ebert wird sich sicher zum Sprachrohr dessen machen, daß Unruhe entstanden sei. Latente Vizekanzlerkrise könne nicht ertragen werden. Personalfrage nicht hinausschieben, sondern jetzt schon in Angriff nehmen. Dann könne er<sup>28)</sup> auch mit mehr Ruhe fahren.<sup>29)</sup> Wenn Personalfragen gut gelöst sind, dann kann man auch mit dem Reichstag ein paar Tage zugeben. Wenn eine ganze Woche nichts geschieht, dann muß man Reichstag forcieren.

**Stresemann:** Kühlmann hat in den Besprechungen einen sehr großen Wert auf Eindruck im Ausland gelegt. Heutige Abendblätter bringen Pressestimmen aus Ausland. 2 Parlamentarier in Vizestellen ist gut. Aber wenn 14 Tage hinausgezogen,

<sup>28)</sup> Am 1. 11. 1917. Vgl. Nr. 77.

<sup>24)</sup> S. Nr. 68 Anm. 5.

<sup>25)</sup> Im Or. als besonderer Absatz ohne Sprecherangabe. Der Zusammenhang (s. Nr. 83a—c) zeigt jedoch eindeutig, daß es sich um Äußerungen Lieschings und nicht um eine Fortsetzung der Ausführungen Rießers handelt.

tragen. Kabinettsbildung jetzt notwendig.

**Stresemann:** Kühlmann legt in Besprechungen größten Wert auf Eindruck im Ausland. Presse hüben und drüben darauf eingestellt. Dieser Eindruck verwischt, wenn Verzögerung um 14 Tage. Wenn nichts geschieht, dann Katastrophe.

**Stresemann:** Der ganze Eindruck im Ausland wird durch Nichteinlösung / Hertling nur mit liberalem Einschlag zu ertragen. So können wir es nicht aushalten / Endlich Ruhe

<sup>26)</sup> Vgl. Nr. 77 Anm. 9.

<sup>27)</sup> Czernin traf am 5. 11. 1917 in Berlin ein. Vgl. Schulthess 1917/I S. 960; Helfferich S. 514.

<sup>28)</sup> Hertling.

<sup>29)</sup> Nach München.

**Abg. Stresemann (National-liberal):** Die Ernennung von Hertling sei im Auslande mit Genugtuung begrüßt worden, besonders deshalb, weil mitgeteilt worden sei, daß Parlamentarier zu seinen Mitarbeitern berufen werden würden.

schon faul; wenn dann nichts geschieht, dann Katastrophe. Reichskanzlerschaft Hertlings ist nur zu tragen mit liberalem Einschlag in Preußen. Telegramme aus der Partei. Bei anderen Parteien wohl auch so. Es war unsere Meinung, daß das geordnet würde. Ich verstehe die Regie nicht! Das mußte alles mit Hertling gemacht werden, dann war Ruhe im Lande. Die Widerstände können groß werden, wenn nicht rasch gearbeitet wird.

**Erzberger:** Diesen Gedankengang konnte ich nicht entwickeln, weil ich seit zwei Tagen ihn nicht gesehen habe. Er sitzt immer mit der Obersten Heeresleitung zusammen.<sup>26)</sup> Das ist sehr schlimm. Hertling ist nicht zu erreichen. Auch morgen wieder von 10 Uhr. Montag Czernin.<sup>27)</sup> So läßt man ihm keine Zeit, sein Kabinett zu bilden. Bis jetzt nur mit Breitenbach gesprochen.

Ich habe gestern den bayerischen Herren gesagt, daß der Zentrumsminister nicht geht ohne seine liberalen Adjutanten. Wenn [er] es nicht gleich macht, dann sieht es aus, als ob er unter Druck arbeite.

Reichskanzlerschaft H. nur erträglich mit liberalem Einschlag, auch in Preußen. Sonst Widerstand aus nationalliberaler Partei zu heftig. Rasche Arbeit notwendig.

**Erzberger:** Seit 2 Tagen nicht bei H. gewesen. Beanspruchung durch Oberste Heeresleitung<sup>26)</sup> sehr störend. Ich habe Umgebung H.'s nicht im Zweifel gelassen, daß Zentrumsminister ohne liberalen Gehilfen unmöglich sei. Empfehle, daß Ebert zu ihm geht<sup>17)</sup>, und daß wir am Sonntag zusammenkommen.

**Erzberger:** Ich sah Hertling seit 2 Tagen nicht. Hertling will heute zu Kaempf. Anstatt sein Ministerium zu bilden, wird er herumgehetzt. Der Zentrumskanzler muß seine Adjutanten Friedberg, Payer u. Dove sofort ernennen. Ich werde ihm das alles sagen.<sup>30)</sup>

Wenn letzteres nicht geschehe, entstände eine Katastrophe. Er bittet den Abgeordneten Erzberger, dem Reichskanzler zu sagen, daß die Kanzlerschaft Hertling nur möglich sei mit stark liberalem Einschlag. Stresemann erhalte sehr viel Depeschen, die sich in scharfen Worten dagegen wenden, daß nun ein ultramontanes Regiment eingeführt werde. Eine Vizepräsidentschaft mit Krause gehe jetzt nicht, aber nur keine Verzögerung.

Empfehle: Heute oder morgen Ebert zum Kanzler gehen.<sup>17)</sup> Morgen um 12 Uhr treffen. Ich werde im Sinne Stresemanns zu wirken suchen.<sup>30)</sup>

**Richtshofen:** Die Lage ist nicht ganz so günstig, denn die Nachrichten, die von hohen Beamten stammen, besagen, daß ein effektiv feststehender Wille mit Friedberg und Payer nicht vorhanden ist.

**David:** Die Presse ist wieder mal nervös! Aber immerhin, wenn die Dinge so gehen, so hat es nach außen schlechte Wirkung. Größtes Mißtrauen am Platze. Die Tatsache, daß Oberste Heeresleitung hier ist, muß auch in bezug auf innerpolitische Gestaltung mit in Rechnung gezogen werden. Jetzt las ich, daß die Lösung: Anschluß Polens an Österreich wieder angeregt sei<sup>31)</sup>, Kühlmann betreibe das. Das wäre wieder ein Zurückgehen von dem, was man eingeleitet hat in Polen.

<sup>30)</sup> Vgl. Nr. 86.

<sup>31)</sup> Vgl. Conze, Polnische Nation S. 320 ff.; derselbe, „Nationalstaat oder Mitteleuropa?“, in: „Deutschland und Europa“, Festschrift für Hans Rothfels, hrsg. von Werner Conze, Düsseldorf 1951, S. 219 f.; Hutten-Czapski II S. 429 ff.

**Richtshofen:** Nachrichten aus hoher Beamtenquelle besagen, daß noch kein fester Wille zu Friedberg und Payer an entscheidender Stelle vorhanden sei.

**David:** Presse wiederum einmal viel zu nervös. Immerhin größtes Mißtrauen am Platze. Namentlich auch wegen neuer Nachrichten über Inhalt der Verhandlungen mit Österreich, Polen, Litauen, Kurland.<sup>31)</sup> Endgültige Lösung Ostfragen im Gegensatz zu Reichstag. Offenbar Einwirkung Oberster Heeresleitung, die mit Konservativen Verbindung hält. Wenn H.<sup>34)</sup> Konzessionen nach rechts macht und nicht klar auf Boden Mehrheitsparteien sich stellt, dann neuer Konflikt sicher. Deshalb möglichst bald

**Richtshofen:** Ein feststehender Wille Payer, Friedberg u. Dove besteht nicht.

Kühlmann sagte uns, die Sache wird fürs ganze Ausland sehr gut aufgezo-gen.  
Ein Stengel ohne Blüte

**David:** Presse zu nervös. Jetzt soll Polen an Österreich unter Führung von Czernin.<sup>31)</sup> Die O[berste] H[eereseleitung] steht in Kontakt mit der konservativen Partei.

Erzberger — die ganze Generalität<sup>32)</sup>

Die Folge kann sein, daß<sup>33)</sup> Helfferich zwischen den beiden Kräften balancieren will. Das wäre Fortsetzung der Krisis / Das Vertrauensvotum würde zusammenbrechen / Vorwürfe der Blamierten: Wir ständen verhältnismäßig gut da.

<sup>32)</sup> Vermutlich von Haußmann mitgeschriebener Einwurf Erzbergers.

<sup>33)</sup> Im Or. gestr.: „Hertling“; ersetzt durch: „Helfferich.“ — Nr. 83a hat dagegen in diesem Zusammenhang eindeutig Hertling, Nr. 83b abgekürzt: „H.“.

<sup>34)</sup> S. vorige Anm.

Abg. David (Soz.Dem.): Die Oberste Heeresleitung wolle nun mit den Konservativen arbeiten und darum sei das Mißtrauen begründet.

Es ist schon schwerer Fehler des Reichskanzlers, wenn er die Heeresleitung sich in diese Dinge hineinmischen läßt. Oberste Heeresleitung steht in enger Verbindung mit Konservativen. Das sind die starken Türme der konservativen Front. Daß konservatives Gegenspiel<sup>30)</sup> gegen Kandidatur Hertling natürlich sofort eingesetzt hat. Da müßte es seltsam sein, wenn das ohne Einfluß bliebe auf die Gestaltung der neuen Kanzlerschaft. Wenn Hertling<sup>34)</sup> versucht, Konzessionen nach rechts zu machen und nicht klar auf den Boden der Mehrheitsparteien zu stellen, dann kommt wieder kein Friede, sondern wieder Konflikt. Dann wäre Krisis fortgesetzt, und es käme zu den übelsten Dingen. Damit müssen wir jedenfalls rechnen, selbst wenn es zu schwarz gesehen ist. Deshalb möglichst bald nochmalige Kollektivvorstellung bei Hertling. Die Mehrheit würde jedenfalls blamiert sein, wenn sie sich das gefallen ließe.

**Erzberger:** Hertling hat ausdrücklich erklärt, daß er fest entschlossen sei, nur mit Links-

nochmalige Kollektivvorstellung bei H.<sup>35)</sup> Mehrheit blamiert, wenn Täuschungsversuche gelingen.

**Erzberger:** H. hat ausdrücklich erklärt, daß er fest entschlossen sei, nur mit Linksmehrheit

**Haußmann:** Ich habe mir auch nichts vorzuwerfen / Wir treiben in einen scharfen Konflikt.

**Erzberger:** Hertling sagte mir, daß er nur mit der Linken [arbeiten]<sup>37)</sup> werde.

Abg. Erzberger erklärt, es liege nicht der mindeste Anhaltspunkt dafür vor, an dem loya-

mehrheit zu regieren. Weil politische Unmöglichkeit vorliege, Wahlrecht und Frieden mit Konservativen zu machen. Hertling hat mit der Obersten Heeresleitung keine gute Fühlung. Scharfer Konflikt. Ludendorff. Über Rede.<sup>35)</sup>

**Stresemann:** David und Erzberger<sup>41)</sup> haben Meinung geäußert, daß Oberste Heeresleitung zu konservativen Gunsten arbeite. Dagegen zu sagen: Hindenburg will nicht in Politik hineingezogen werden.

Ludendorff hat mit Bassermann über nationalliberale Kandidatur verhandelt. Hat erklärt, persönlich nichts gegen Parlamentarisierung mit Sozialdemokraten in der Reichsregierung. Oberstleutnant Bauer steht noch weiter links! Sind von innerpolitisch reak-

zu regieren, weil politisch Unmöglichkeit bestehe, Wahlrecht und Frieden mit Konservativen zu machen. H. nicht sehr liiert mit Oberster Heeresleitung. Scharfer Konflikt mit Ludendorff wegen einer Rede in Bayern<sup>38)</sup>; H. hat sich Ludendorffs Einmischungen damals energisch verboten. Daher nicht wahrscheinlich, daß jetzt sehr intim.

**Stresemann:** David und Erzberger<sup>41)</sup> haben Meinung geäußert, Oberste Heeresleitung arbeite zugunsten Konservativer. Dagegen ist zu sagen: Hindenburg will nicht in Politik hineingezogen werden. Ludendorff hat mit Bassermann über nationalliberale Kandidatur verhandelt, hat auch wiederholt erklärt, er habe persönlich nichts gegen Parlamentarisierung mit Sozialdemokraten in der Reichsregierung. Der einflußreiche Oberstleutnant Bauer stehe noch weiter

Ludendorff hat bei ihm angefragt, wie H. zu einer Rede im bayer. L[and-]T[ag]<sup>38)</sup> komme / Darauf hat H. scharf geantwortet. Er hat sich ausdrükl. verboten in eine Uniform gesteckt zu werden.

**Stresemann:** Ludendorff hat mit Bassermann wegen Übernahme eines nationalliberalen Mandats (nicht eines konservativen) verhandelt / Ludendorff ist kein konserv. Hauptquartier.

len Vorgehen Hertlings zu zweifeln. Er werde das, was er in Aussicht gestellt habe, auch ausführen. Die Berliner Presse sei nervös und aufgeregt.<sup>39)</sup>

[**Stresemann:**]<sup>40)</sup> Feldmarschall Hindenburg mische sich nicht in Politik. Die Oberste Heeresleitung arbeite nicht mit den Konservativen, was Abg. Erzberger bestätigt.

<sup>35)</sup> Hertling.

<sup>36)</sup> Könnte auch gelesen werden: „Das konservative Gegenspiel“.

<sup>37)</sup> Im Or.: „antworten“; offensichtlicher Schreibfehler.

<sup>38)</sup> Welche Rede Hertlings gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden. Vgl. auch Oberst Bauer S. 157: Hertling habe „vorher in Bayern gelegentlich völlig unberechtigt die O.H.L. angegriffen.“

<sup>39)</sup> Diese Zusammenfassung der Ausführungen Erzbergers im Or.

zwischen Stresemann und David. Da sie nach Nr. 83a—c jedoch mehr seiner nebenstehend referierten Stellungnahme entspricht als seiner Äußerung im Anschluß an Stresemann, wurde die Reihenfolge geändert.

<sup>40)</sup> Im Or. ohne Sprecherangabe als besonderer Absatz direkt nach David. S. auch vorige Anm.

<sup>41)</sup> S. dagegen Nr. 83d.

tionärer Meinung wohl ziemlich weit entfernt. Feldmarschall kümmert sich nicht darum, Ludendorff wird das nicht wollen. Kandidat der Obersten Heeresleitung war Bülow.

**Ebert:** Baron Schoen<sup>42)</sup> hat sich entschuldigt wegen der Einladung. Besprechung noch zweifelhaft, ob vormittags oder nachmittags.<sup>17)</sup> Besuch bei Kaempff hat Hertling uns angekündigt.

**Richthofen:** Aus Auswärtigem Amte hat man gesagt, daß Darstellung über Bundesrats-sitzung falsch sei.<sup>43)</sup>

**Junek:** Über Ludendorff: Verhandlung mit Bauer<sup>44)</sup> und Legien.<sup>45)</sup> Durchaus nicht reaktionär. Große Denkschrift.<sup>46)</sup>

links. Oberste Heeresleitung daher von innerpolitischer Reaktion ziemlich weit entfernt. Kandidat Oberster Heeresleitung war Bülow.

**Richthofen:** Im Auswärtigen Amt hat man gesagt, daß die Darstellung von H's Rede im Bundesrat falsch sei.<sup>43)</sup>

**Junek:** Teilt vertraulich mit, daß er eine Denkschrift Ludendorffs über seine Unterredung mit Legien<sup>45)</sup> und Bauer<sup>44)</sup> gelesen habe, deren Inhalt nichts weniger als reaktionär sei.<sup>46)</sup>

**Ebert:** Ich werde morgen von Hertling empfangen.<sup>17)</sup>

**Junek:** Ludendorff ist sozialpolitisch vernünftig / das geht aus seinem Protokoll der Verhandl[un]gen mit den Gewerkschaften hervor.<sup>46)</sup>

**Haußmann**<sup>47)</sup>

Beschluß: Montag den 5. Nov. 12 Uhr zusammenzukommen.<sup>48)</sup>

Nächste Sitzung Montag mittag 12 Uhr.

<sup>42)</sup> Hans von Schoen, Legationsrat an der bayr. Gesandtschaft in Berlin.

<sup>43)</sup> Vgl. Anm. 2 und 3.

<sup>44)</sup> Gustav Bauer, 2. Vorsitz. der Generalkommission der Gewerkschaften und Reichstagsabgeordneter der SPD, wurde im Oktober 1918 Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes, im Juni 1919 Reichskanzler.

<sup>45)</sup> Carl Legien, Vorsitzender der Generalkommission und sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter.

<sup>46)</sup> Legien und Bauer waren am 12. 10. 1917 von Hindenburg und Ludendorff im Hauptquartier empfangen worden. Vgl. „Vorwärts“,

15. 10. 1917; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 422; Oberst Bauer S. 158; Urkunden der OHL S. 94 ff.; Th. Leipart, „Carl Legien, Ein Gedenkbuch“, Berlin 1929, S. 106. — Ferner W. G. Brjunin, „Der erste Widerhall in der deutschen Arbeiterklasse auf die Große Sozialistische Oktoberrevolution und den Friedensvorschlag der Sowjetregierung“, [Ost-]Berlin 1957, S. 14 f.

<sup>47)</sup> Als Sprecherangabe. Vermutlich wollte Haußmann am Schluß der Sitzung noch einmal das Wort ergreifen.

<sup>48)</sup> Der Schluß der Niederschrift Haußmanns in Nr. 81 Anm. 1.

## 84.

## 3. 11. 1917: Stresemann an Erzberger

Nachlaß Stresemann 177 (6886), Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Kollege!

Die nationalliberale Partei in Saarbrücken bittet mich, eine Entscheidung über die Reichstagsersatzwahl in Saarbrücken herbeizuführen, da sie auf ihre Anfrage wegen des Verhaltens der Zentrumsparlei bei dieser Ersatzwahl noch keine Antwort erhalten hätte. Ich würde mich gern dieserhalb mit dem Vorsitzenden der Zentrumsparlei in Verbindung setzen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, welche Persönlichkeit in dieser Beziehung bei Ihnen in Betracht kommt.<sup>1)</sup>

Bezüglich der Vizekanzlerschaft des Herrn von Payer, die ich wegen des Überwiegens des süddeutschen Elementes für unmöglich erachte, werde ich mich heute mit dem Grafen Hertling in Verbindung setzen<sup>2)</sup> und wäre auch Ihnen dankbar, wenn Sie ihm vor Augen führen könnten, daß es unmöglich ist, das neue Ministerium damit zu belasten, daß man den Gegnern das Schlagwort an die Hand gibt, man könne jetzt als Preuße nicht mehr in die Reichsleitung eintreten und daß man weiter die Bedenken mildert, die gegen die Auslieferung beider volkswirtschaftlichen Ministerien im Reiche und in Preußen an freihändlerisch, staatssozialistische Minister bestehen würden.

Mit hochachtungsvollem Gruß  
Ihr sehr ergebener

<sup>1)</sup> In seiner Antwort vom 4. 11. 1917 (Nachlaß Stresemann a.a.O.) teilt Erzberger Stresemann mit, Parteivorsitzender des Zentrums in Saarbrücken sei der Rechtsanwalt Dr. Stegemann.

<sup>2)</sup> Ob Stresemann den Grafen Hertling noch vor seinem gemeinsamen Besuch mit Erzberger am 5. 11. 1917 (vgl. Nr. 89) aufgesucht hat, ließ sich nicht feststellen.

## 85.

## 4. 11. 1917: Haußmann an Payer (Stuttgart)

Nachlaß Haußmann 29, Abschrift von fremder Hand, mit Bleistift. Überschrift: „An Payer“.

Lieber Freund!

Die Lage ist politisch ungeklärt u. zweideutig. Darum auch in den politischen Personenfragen.

So bleibe ich von Tag zu Tag, um Dir authentische Ergebnisse melden u. vorher veranlassen zu können.

Um bei dem letzten anzufangen. Ebert war heute Sonntag früh bei Hertling<sup>1)</sup>, der jetzt im Reichskanzleramt und nicht mehr in der bayer. Gesandtschaft empfängt.

Die sachlichen Zusagen, Wahlreform, Elsaß-Lothringen, der Zensur- u. Papstnote-Antwort wurden rekapituliert u. bestätigt; dann die personellen Zusagen, die de facto den Art. 9 als ein (von mir für ungenügend erklärten) Ersatz aufheben sollten.

1. Preußischer Ministerpräsidentstellvertreter Friedberg soll in Ordnung kommen; Friedberg wurde nach Ebert<sup>2)</sup> empfangen.

2. Fortschrittlicher Minister in Preußen, Dove, von Ebert empfohlen, Hertling denkt an Oeser.<sup>3)</sup> (Die preußische Fraktion der F[ortschrittlichen] V[olkspartei] kommt sich bei Oeser u. Dove übergangen vor.)

3. Vizekanzler.

Hertling sagte, Kühlmann denke an Eingehenlassen. Ebert, das widerspricht dem von uns geäußerten Verlangen, daß ein Fortschrittler Vizekanzler werden müsse. „Ich habe mir freie Hand vorbehalten“.

Ebert: Aber wir bestanden auf unserem Verlangen u. bestehen darauf.

Hertling: Dann werde ich mir noch jetzt überlegen müssen das Amt zurückzugeben.

Ebert: Für uns ist dieses Verlangen Bedingung unserer Unterstützung u. unseres Vertrauens. Payer allein gibt dem Ministerium Hertling eine Färbung, die nach innen u. außen das Ministerium genügend akkreditiert.

Hertling: Payer ist natürlich von großem Gewicht. Nur wird seine süddeutsche Eigenschaft uns entgegen gesetzt.

Ebert: Payer ist kein Partikularist.

Hertling: Ich werde eben sehen, was sich erreichen läßt. Auch ich halte einen Fortschrittler für notwendig.

Ebert: Die Entscheidung muß jetzt fallen: Meine Freunde kommen heute zur Stellungnahme zusammen.

Hertling: Am Dienstag, vorher kann ich die Personenfrage nicht zur Entscheidung bringen.

Vorher war ich<sup>4)</sup> bei Solf, der nichts weiß u. bei Helfferich.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Zur Vorgeschichte der Unterredung Eberts mit Hertling vgl. Nr. 81, Nr. 82 und Nr. 83a—d. Für den Verlauf vgl. Nr. 86 und Nr. 87a—c.

<sup>2)</sup> S. dagegen „Frankfurter Zeitung“, 5. 11. 1917, Abendblatt: Hertling habe am 4. 11., mittags, zunächst „den nationalliberalen Abgeordneten Dr. Friedberg, der bekanntlich zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums ausersehen ist, und später den fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Pachnicke und den sozialdemokratischen Abgeordneten Ebert“ empfangen. — Aus Nr. 86 geht die Reihenfolge der Unterredungen nicht eindeutig hervor. Nr. 87b gibt für die Unterredung Eberts mit Hertling die Zeit 11 Uhr an.

<sup>3)</sup> Rudolf Oeser, Fortschrittliche Volkspartei, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, hatte dem Reichstag von 1907 bis Dezember 1911 angehört.

<sup>4)</sup> Haußmann.

<sup>5)</sup> Vgl. Helfferich S. 514 f.: „Unterdessen versteiften sich die Mehrheitsparteien immer mehr auf ihre Parlamentarisierungsforderungen. Schon am Sonntag, 4. November, teilte mir der Abgeordnete Haußmann mit, diese Wünsche, die auf Grund der Unterhaltungen mit Herrn von Kühlmann Gestalt angenommen hätten, müßten im Interesse eines ruhigen Zusammenarbeitens von Reichsleitung und Reichstag erfüllt werden. Die Fortschrittler hätten ursprüng-

Der hat ein Entlassungsgesuch eingereicht, das schwebt.<sup>6)</sup> Gleichzeitig schweben sachliche Verhandlungen mit Hindenburg u. Ludendorff, denen Helfferich [präsidieren]<sup>7)</sup> muß<sup>8)</sup>, in der Zeit, in der Hertling, der zuerst präsierte, abgerufen ist. Helfferich ist vollständig im unsichern über Hertlings Absichten. Stellt sich völlig zur Verfügung, hat aber stille Hoffnungen auf Unentbehrlichkeit aus „sachlichen“ Gründen. Es ist nach der<sup>9)</sup> Gesamtstimmung auch in der Reichsregierung nicht möglich, daß er ohne Erzeugung heftigster Kämpfe, die Hertling abschneiden will, bleibt.

Die Interfraktionellen Vertreter [waren] gestern Abend versammelt.<sup>10)</sup> Es herrschte auf einmal die Stimmung, die ich als alleiniger u. damals wie ein Störenfried am Donnerstag Vormittag<sup>11)</sup>, ehe Hertling zum Kaiser ging u. sich ernennen ließ, vertreten hatte.

Nationalliberale u. Soz. kamen sich als getäuscht vor u. als angeführt, weil man manche vertrauend u. vertrauensselig nicht ganz klare Abmachung getroffen hat gegen meinen Widerspruch.

Erzberger steht auf dem Standpunkt, „die Regie sei miserabel“. Hertling habe ihm gesagt, er könne u. wolle die Geschäfte nur mit der Linken führen.<sup>12)</sup> Er werde tun, was er vermöge. Alles in allem. Es ist eine Zweideutigkeit u. Zwi-spältigkeit im Gewebe eingestellt. Hertling der Gegner des Parlamentarismus, als bekehrter Freund des Parlamentarismus findet Felsblöcke politischer u. konfessioneller Art auf seinem Weg, aber wenn die Unehrlichkeit dazu käme, dann wäre das Unglück groß.

Ich habe diesen Artikel mir mühsam entsteißt. Es ist nötig, gelassen zu scheinen u. keinen Ärger zu zeigen. Ich reise morgen Montag abend oder Dienstag, um möglichst sicher Dir berichten zu können. A. Stein<sup>13)</sup> erklärt jetzt den Pr[inzen] Max für den einzig richtigen Mann. Ludendorff grollt über Hertling.

Herzl.

Dein C. H.

---

lich dem Verlangen nach Ministerposten kühl gegenübergestanden; als aber Dr. Friedberg nach Kühlmanns Erklärungen ernstlich als Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums in Betracht gekommen sei, und nachdem die Sozialdemokraten, für sich selbst auf einen Ministerposten verzichtend, den Fortschrittlern ihre Unterstützung für die Forderung nach einem preußischen Ministerposten und dem Posten des Vizekanzlers angeboten hätten, könne die Fortschrittliche Volkspartei nicht bei ihrer Zurückhaltung bleiben; seine Freunde wünschten aber, daß ich dem Reichsdienst erhalten bliebe, und ich müsse helfen, eine Lösung zu finden.“

<sup>6)</sup> Ein förmliches Abschiedsgesuch Helfferichs lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor. Vgl. Nr. 77 Anm. 10.

<sup>7)</sup> Im Or.: „präsentieren“.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 77 Anm. 9.

<sup>9)</sup> Im Or. gestr.: „Zustimmung“.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 83a—d.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 83a—c.

<sup>13)</sup> August Stein, Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“.

## 86.

## 4. 11. 1917: Unterredung des Abg. Erzberger mit Reichskanzler Graf Hertling

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Besprechung mit Reichskanzler Graf Hertling am 4. November, mittags 12½ Uhr“.

Reichskanzler Graf Hertling teilte mir mit, daß der Abgeordnete Ebert soeben bei ihm gewesen sei<sup>2)</sup> und ihm nachdrücklichst den Wunsch unterbreitet habe, daß die Sozialdemokratie darauf bestehe, daß die Stelle des Vizekanzlers mit einem Volksparteiler besetzt werde und daß ein zweiter Volksparteiler in das preußische Staatsministerium berufen werde. Die erste Forderung sei in dieser Form noch nicht an ihn herangetreten.<sup>3)</sup>

Der Abgeordnete Friedberg habe mit ihm über seinen Eintritt in das Staatsministerium gesprochen<sup>4)</sup> und habe erklärt, daß er sich einer solchen Aufforderung nicht entziehen werde. Er könne nicht die Einstimmigkeit seiner Fraktion für die Wahlrechtsreform mitbringen, würde aber seine ganze Kraft für das Zustandekommen derselben einsetzen. Er mache aber zur Vorbedingung, daß dem Landtag nicht kirchenpolitische Fragen unterbreitet würden, die mit seiner Überzeugung in Widerspruch stünden.<sup>5)</sup>

Graf Hertling habe das selbstverständlich zugesagt, es frage sich nun, ob er das Kanzleramt weiterführen solle. Er werde am Montag<sup>6)</sup> dem Kaiser seine Vorschläge machen, dem Abgeordneten Friedberg das Vizepräsidium und dem Abgeordneten Dove das Handelsministerium zu übertragen.<sup>7)</sup> Für letzteren

<sup>1)</sup> Vgl. die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers und Erzberger S. 296. Ferner Nr. 87a—c.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 81, Nr. 82, Nr. 83a—d, Nr. 85 und Nr. 87a—c.

<sup>3)</sup> Vgl. Erzberger S. 296: „Die Frage der Besetzung der Stelle des Vizekanzlers machte große Schwierigkeit, da bekannt geworden war, daß Graf Hertling gern Helferich im Amt behalten wollte und sich scharf gegen die Berufung des vorgeschlagenen Demokraten von Payer geäußert hatte. Graf Hertling wollte, als diese Lösung allgemein abgelehnt wurde, dann den Vizekanzlerposten offen lassen. Sozialdemokraten, Nationalliberale [s. dagegen Nr. 84] und Demokraten erklärten übereinstimmend, daß die Kanzlerschaft Hertling ohne die Vizekanzlerschaft Payer sich nur wenige Tage halten könne; das neue Kabinett müsse einen stark demokratischen Einschlag erhalten. Die Sozialdemokratie ließ den neuen Reichskanzler wissen, daß sie entscheidenden Wert darauf legte, daß die Stelle des Vizekanzlers mit einem Volksparteiler besetzt würde.“

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 85 bes. auch Anm. 2.

<sup>5)</sup> Vgl. Erzberger S. 296: „Der Abgeordnete von [sic!] Friedberg hatte sein Amt als Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums übernommen unter der Voraussetzung, daß dem Landtag nicht kirchenpolitische Fragen unterbreitet würden, die mit seiner Überzeugung in Widerspruch stünden.“

<sup>6)</sup> 5. 11. 1917.

<sup>7)</sup> Vgl. Erzberger S. 296: „Hertling erklärte mir, daß er nur so weit gehen könne, dem Kaiser die Berufung von Friedberg und die des Volksparteilers Dove für das Handelsministerium vorzuschlagen. Ich machte den Reichskanzler auf das Ungenügende dieses Vorschlags aufmerksam, da die Sozialdemokraten erklärt hätten, daß ohne Herrn von Payer das Kabinett einen reaktionären Anstrich erhalte. Ein Vertreter der Volkspartei [gemeint ist vermutlich Haußmann; vgl. Nr. 83a—d] betonte, daß die politische Lage durch ein nach rechts gerichtetes Kabinett unhaltbar würde.“

Posten habe man ihm allerdings auch den früheren Abgeordneten Oeser<sup>8)</sup>, jetzt Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ genannt. Jedenfalls werde er vor seiner Abreise die Personalfragen in Erledigung bringen. Sollte dies nicht gelingen, so würde er sein Amt sofort niederlegen.

Ich legte dar, daß eine rasche Entscheidung im inner- und außerpolitischen Interesse absolut geboten sei. In den Reihen der Nationalliberalen wachse die Unzufriedenheit wegen des klerikalen Kabinetts Hertling. Zahlreiche Briefe und Depeschen gingen täglich bei dem Vorsitzenden der nationalliberalen Fraktion<sup>9)</sup> deswegen ein. Wenn erst diese konfessionelle Bewegung mehr um sich gegriffen hätte, so sei es schwer, Herr derselben zu werden. Daher sei es notwendig, daß Friedberg neben ihn gestellt werde und zwar möglichst rasch, dann sehe das Ganze nicht nach einer erzwungenen Konzession, sondern nach einem freien Entschluß aus.

Was die Besetzung des Vizekanzlerpostens betreffe, so habe das Zentrum und auch die anderen Parteien diesen Posten nur notgedrungen bewilligt, um es nicht zum Konflikt kommen zu lassen.<sup>10)</sup> Die Sozialdemokratie hätte den Posten überhaupt abgelehnt.<sup>11)</sup> Es dürfte sich daher der Ausweg empfehlen, die Stelle jetzt gar nicht zu besetzen, sondern sich freie Hand zu behalten.<sup>12)</sup> Der Reichskanzler müßte den Parteien erklären, daß er, komme es zur Besetzung, sich vorher mit ihnen ins Benehmen setzen würde. Staatssekretär Schwander im Reichswirtschaftsamt sei bereits auf das Konto der Volkspartei zu buchen, so daß diese bereits im Reiche vertreten sei.

Der Reichskanzler stimmte dieser Ansicht bei. Er fragte dann noch nach Vorschlägen betreffend den Chef der Reichskanzlei. Das Anerbieten von Staatsminister von Loebell<sup>13)</sup> sei sehr hochherzig, aber es stünden ganz erhebliche Bedenken dagegen. Gegen Kardorff<sup>13)</sup> habe sich auch Minister Drews ausgesprochen. Von wo sei nun ein geeigneter Kandidat zu nehmen?

Ich versprach dem Reichskanzler, mir die Sache nochmals zu überlegen und hoffe ihm einen geeigneten Kandidaten nennen zu können.

Abgeordneter Stresemann, der mich nachmittags telephonisch anrief, informierte mich über seine Unterredung mit den Abgeordneten Friedberg und Ebert und glaubt, daß Unterstaatssekretär Schiffer im Reichsschatzamt als geeigneter Kandidat<sup>14)</sup> bezeichnet werden könnte.

Inzwischen hatte ich eine Unterredung mit Herrn Gesandten von Bergen und wir kamen auf den Vorschlag, Geheimrat von Rosenberg vom Auswärtigen Amt Graf Hertling zu bezeichnen.<sup>14)</sup> Legationsrat von Stengel teilte ich abends diesen Vorschlag mit, er meinte, Staatssekretär von Kühlmann werde diesen Herrn kaum entlassen. Ich widersprach dem, da Exzellenz von Kühlmann

<sup>8)</sup> S. Nr. 85 Anm. 3.

<sup>9)</sup> Stresemann.

<sup>10)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3683 f., 3691, 3693.

<sup>11)</sup> Vgl. a. a. O. S. 3687 f.; Bd. 311 S. 3882 f.

<sup>12)</sup> S. dagegen Anm. 7; vgl. auch Anm. 3.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 77.

<sup>14)</sup> Für den Posten des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei.

bereits Herrn von Bergen, den der Reichskanzler wünschte, abgelehnt habe. Alle geeigneten Kräfte dürfte man dem Reichskanzler auch nicht ablehnen. Abgeordneter Stresemann teilte mir mit, daß in den Reihen der Volkspartei erhebliche Bedenken gegen die Kandidatur Dove<sup>15)</sup> beständen. Man wünsche dort lieber Mommsen.<sup>16)</sup>

---

<sup>15)</sup> Für die Leitung des preuß. Handelsministeriums.

<sup>16)</sup> Karl Mommsen, Fortschrittliche Volkspartei, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses seit März 1912, Reichstagsmitglied von 1903 bis 1911.

## 5. 11. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

87a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup>  
Überschrift: „Freie Sitzung vom 5. November 1917, mittags 12 Uhr“.

Anwesend: Rießer, Erzberger, David, Ebert, Scheidemann, Südekum, Stöve, Junck, Haußmann, Fischbeck, Wiemer, Pachnicke, Liesching.<sup>3)</sup>

Ebert referiert:<sup>4)</sup> Kanzler hatte keine Zeit. Durchgesprochen das, was vorher besprochen war. Völlige Klarheit in den Programmpunkten.<sup>5)</sup> Bei der Personalfrage diese Übereinstimmung nicht ganz da. Er könne sich jetzt nicht binden. Wegen der Besetzung herrschte Grundstimmung. Wegen Friedberg scheinen keine Schwierigkeiten zu bestehen. Wegen Fortschrittler preußischer Minister Hertling Bedenken gegen Herrn Dove. Es sei Oeser genannt.<sup>10)</sup> Diesem Vorschlag schien er erhebliches Gewicht beizulegen. Das wäre Sache der Fortschrittspartei. In

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 105.

<sup>2)</sup> Diese beiden Namen im Or. mit Bleistift.

<sup>3)</sup> Stresemann, der mehrfach als Sprecher auftritt, fehlt in der Anwesenheitsliste.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 85 und Nr. 86.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

87b: Nachlaß Haußmann 26, eigenhändig mit Tinte, teilweise mit Bleistift.<sup>1)</sup>Überschrift: „Berlin I. A. 5. Nov. 1917 12 Uhr“.

Rießer / Stöve<sup>2)</sup>

Ebert referiert über seinen Besuch gestern 11 Uhr bei Hertling<sup>4)</sup> / wir rekapituliert[en]

Er könne sich jetzt nicht binden, aber wir waren doch überzeugt, daß wir<sup>6)</sup> übereinstimmen / Er würde auf mein Gespräch<sup>7)</sup>

Kühlmann vertrat die Ansicht, den Vizekanzler fallen lassen<sup>8)</sup> / Ich habe mich dafür ins Zeug [gelegt]<sup>9)</sup> / Der Vizekanzler Payer sei für uns der entscheidende Punkt / Payer stelle eine Standarte u. ein Programm Er war davon nicht sehr erbaut. Es sei Widerstand in Preußen u. sonstigen Stellen gegen Payer

<sup>6)</sup> Im Or. gestr.: „sachlich“.

<sup>7)</sup> Bricht im Satz ab. Sinngemäß zu ergänzen: ... mein Gespräch mit Kühlmann zurückgreifen. S. Nr. 87a.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 75a—c.

<sup>9)</sup> Im Or.: „gelesen“.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 85 (bes. auch Anm. 3) und Nr. 86.

87c: Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup>  
Überschrift: „5. 11. 17. Interfraktionelle Besprechung vom 5. November mittags 12 Uhr“.

Den Vorsitz übernimmt als Ältester Abgeordneter Rießer.

Abgeordneter Ebert (Soz.) berichtet über seine gestrige Besprechung mit Reichskanzler Graf Hertling.<sup>4)</sup> Graf Hertling habe ihm erklärt, daß er das Programm der Mehrheitsparteien<sup>5)</sup> vollständig angenommen habe. Was die Personenfrage betreffe, so habe er sich freie Hand in der Auswahl seiner Mitarbeiter vorbehalten. Allerdings müsse die Krone endgültig entscheiden. Eine grundlegende Übereinstimmung sei bereits vorhanden. Als preußischer Vizepräsident komme Abgeordneter Friedberg in Betracht. Gegen Abgeordneten Dove als Handelsminister

der Konferenz<sup>11)</sup> sei Dove gewünscht. Vizekanzler: Da brachte er zum Ausdruck, ob man überhaupt besetzen solle.

Zurückgegriffen auf eine Unterredung Ebert — Kühlmann. Damals Kühlmann: man könnte auf den ganzen Posten verzichten<sup>8)</sup>; damals nicht besonders dagegen gewehrt. Damals aber auch nicht festgelegt; damals freie Hand vorbehalten. Neuerdings mit großem Nachdruck Auffassung vertreten. Wir wünschen Friedberg wegen Wahlrechtsfrage. Aber sehr weit rechts und deshalb keine Bürgschaft für uns. Gegengewicht sei Vizekanzler Payer. Entscheidender Punkt. Sonst nicht Regierung tolerieren können. Auch sachliche Gründe: Payer wirkt auch nach außen als Demokrat. Verwische Charakter des Ministeriums als reaktionäres.

Hertling meinte, daß er sehr große Schwierigkeiten dagegen hat. Kam schließlich dazu, zu sagen, daß er dann eventuell verzichten könnte. Habe gesagt, das wäre vom Standpunkt des Reichs sehr zu bedauern. Man wolle gewisse Klarheit haben, weil Unterredung mit engerem Kreis von Freunden. Wenn eben möglich, solle dieser Posten besetzt werden, und zwar mit einem Fortschrittler.<sup>12)</sup> Er selbst halte das für notwendig. Dann Zeitfrage: lange Dauer der Kabinettsbildung. Beunruhigung. Politischer Schaden. Das sei überhaupt falsch. Er hoffe, bis Dienstag<sup>13)</sup> vormittag Personalfrage zum Abschluß gebracht zu haben. Er meinte, Fortschrittler hätten etwas

Wenn eben möglich soll dieser Posten besetzt werden u. zwar mit einem Fortschrittler.<sup>12)</sup>

Die Fortschrittler hätten 2 Points u. das sei etwas viel.

Ich sagte, rechnen Sie einen für uns.

haben sich Bedenken ergeben. Man habe ihm auch Landtagsabgeordneten Oeser als geeignet bezeichnet.<sup>10)</sup> Die Stelle des Vizekanzlers soll vorerst nicht besetzt werden. Abgeordneter Ebert habe demgegenüber mit Nachdruck betont, daß diese Stelle mit Herrn von Payer zu besetzen sei. Abgeordneter von Payer bilde das Gegengewicht gegen Abgeordneten Friedberg. Das sei für die Sozialdemokratie der entscheidende Punkt. Herr von Payer als sozialdemokratischer Vizekanzler sei eine Standarte nach innen und nach außen. Ohne Herrn von Payer würde das Ministerium einen reaktionären Anstrich erhalten. Graf Hertling fährt am Dienstag<sup>13)</sup> abend nach München. „Wenn möglich, soll die Stelle des Vizekanzlers mit einem Nationalliberalen<sup>14)</sup> besetzt werden.“<sup>12)</sup> Die Besetzung soll bis Dienstag vormittags erfolgen.

zuviel, ich: einen Punkt für uns zu rechnen.

Eindruck: Kühlmann scheint einige Schwierigkeiten zu machen; scheint nicht sehr für die Sache eingenommen zu sein.

Hat gestern schon telephonierte mit Erzberger usw.<sup>15)</sup> Jetzt scheint zweckmäßig zu sein, daß Fortschrittler mit Reichskanzler spricht, um Klarheit zu schaffen.

**Fischbeck:** Präsident hat gestern auch bei Hertling Besuch gemacht. Hertling sehr erregter Stimmung. Am liebsten schmisser er die ganze Kram hin wegen der Schwierigkeiten. Die Gründe, die er Kaempff gegenüber auseinandergesetzt hat, haben sich gegen Payer gewendet. Zwei Süddeutsche an der Spitze. Anderen Grund möchte ich nicht erwähnen.

**Pachnicke:**<sup>17)</sup> Was Payer anlangt, so hat er<sup>18)</sup> auf dessen Rede über Elsaß-Lothringen hingewiesen.<sup>20)</sup> Bayerischer

**Fischbeck:** Kaempff fand Hertling in erregter Stimmung, am liebsten schmisser er die Sache hin. Die Gründe richten sich gegen Payer.<sup>16)</sup>

**Pachnicke:**<sup>17)</sup> Er<sup>18)</sup> sprach gegen Payer wegen seiner<sup>19)</sup> / Personalfragen seien Schuld der Parteien / Ein Sitz in Preußen

Abgeordneter **Fischbeck** (Fortschrittliche Volkspartei): Reichstagspräsident Dr. Kaempff habe gestern mit Reichskanzler Graf Hertling gesprochen, der erklärt habe, er reise am liebsten morgen nach München ab, um seinen Kanzlerposten hier niederzulegen. Gegen die Kandidatur Herrn von Payers habe er Bedenken.

Abgeordneter **Pachnicke**<sup>17)</sup> (Fortschrittliche Volkspartei): erklärt, diese Bedenken leiteten sich von der Rede des

<sup>11)</sup> D. h.: im Interfraktionellen Ausschuss. Vgl. Nr. 75a—e, Nr. 76a—d.

<sup>12)</sup> Nach Nr. 105 müßte diese Äußerung nicht Ebert, sondern Hertling zugeschrieben werden, was dem Zusammenhang nach unwahrscheinlich sein dürfte. Vgl. auch unten (Erzbergers Ausführungen über seine Unterredung mit Hertling).

<sup>13)</sup> 6. 11. 1917. Die Abreise Hertlings nach München verzögerte sich jedoch noch bis zum 9. 11. Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 10. 11. 1917, 2. Morgenblatt.

<sup>14)</sup> Irrtum oder Diktierfehler Erzbergers, der auch in Nr. 105 übernommen worden ist. Richtig müßte es heißen: „mit einem Fortschrittler“. Vgl. Nr. 87a.b.

<sup>15)</sup> Aus dem Wortlaut geht nicht eindeutig hervor, wer telephonierte hat (Ebert oder Kühlmann), wahrscheinlich Ebert.

<sup>16)</sup> Im Or. ist die Reihenfolge der Redner vertauscht (Haußmann direkt nach Fischbeck, dann Pachnicke und Erzberger).

<sup>17)</sup> Pachnicke war ebenfalls am 4. 11. 1917 von Hertling empfangen worden. Vgl. Nr. 85 Anm. 2.

<sup>18)</sup> Hertling.

<sup>19)</sup> Zu ergänzen: Rede über Elsaß-Lothringen. S. Nr. 87a; vgl. Anm. 20.

<sup>20)</sup> Vgl. HA 163. Sitzung, 3. 7. 1917: Payer wandte sich scharf gegen Bayern, dem er vorwarf, in Elsaß-Lothringen eine Machtvermehrung auf Kosten der übrigen süddeutschen Bundesstaaten zu erstreben. Er betonte, daß man in Württemberg keine Neigung habe, „einen Staat, der schon groß genug sei, noch größer zu machen“; es sei unmöglich, „hier eine Vergewaltigung der anderen Bundesstaaten eintreten“ zu lassen. Im übrigen wünschten die anderen süddeutschen Bundesstaaten „diejenige Form vom parlamentarischen Regierungssystem, die in Bayern eingeführt sei, . . . bei sich nicht durchgeführt zu sehen und sie hätten auch genügend Grund, sich dagegen zu wehren.“

König! Aber er behandelte das nicht in dem Sinne, daß Berufung ausgeschlossen sei. Ungefähr dasselbe wie bei Ebert.

Über Personalfragen: Wenn Schwierigkeiten entstünden, dann sei das Schuld der Parteien. Er hat Entgegenkommen bewiesen und sei dazu bereit. Einen Sitz im Staatsministerium schiene er bereit.<sup>22)</sup> Nannte Oeser und dann Dove. „Dann wohl lieber Dove als Oeser.“ Wenn beide nicht: nennen Sie mir einen. Die Verantwortung nicht persönlich auf sich nehmen, mit Freunden sprechen.

In bezug auf Friedberg schien er bereit zu sein. Betreffs Vizekanzler hat er auch einige Bedenken geäußert und es als zweifelhaft bezeichnet, ob zweckmäßig, ihn zu besetzen. Entschieden darauf hingewirkt, daß Posten nicht unbesetzt bleibe und daß Payer der Gegebene sei.

**Erzberger:** Nachher bei Reichskanzler.<sup>23)</sup> Bereit, die Besetzung des Vizepräsidenten und Handelsministers heute Kaiser vorzuschlagen. Personen: Friedberg, hat Geneigtheit ausgesprochen. Keine kirchenpolitischen Vorschläge während dieser Zeit.

Sache Handelsminister: auch hier Oeser genannt. Der sei bezeichnet worden. Vermutlich von Michaelis, Helfferich hat mitgeteilt. (Pachnicke: Vielleicht Breitenbach!)<sup>26)</sup> Bisher mehr über Dove in der Konferenz gesprochen. Aber Freiheit für Fortschrittliche Volkspartei.

Dann Vizekanzler. Ich<sup>28)</sup> merkte, daß Widerstände noch sehr groß sind. Unge-

könne bewilligt werden, er nannte Oeser oder Dove / Mit Friedberg bereit / Gegen Vizekanzler hatte er Zweifel Payer sei der gegebene

**Erzberger:** Hertling will folgendes laut Besprechung von 1 Uhr gestern.<sup>23)</sup> Preußische Stellen heute vor Kaiser, Friedberg / Handelsminister — Oeser (von Peters<sup>24)</sup> u. Breitenbach sagt Pachnicke) nein von Helfferich<sup>25)</sup>

Vizekanzler: Widerstände sehr große — Vizekanzler erst nachher

Der einzige Mann, der habe sprechen können, sei Helfferich — Ich sagte ihm, es könne nur Payer in Betracht kommen<sup>27)</sup> / Er komme

Abends<sup>29)</sup> / Er könne sich jetzt nicht entscheiden erst wenn er im Amt sei / Den Reichstag treffe<sup>30)</sup> / Ich würde ihm auch raten, die Stelle als Kanzler niederzulegen.

Reichskanzlers am 17. Juli in der Reichstagskommission ab.<sup>21)</sup> Der Reichskanzler habe ihm erklärt, die Parteien allein tragen die Schuld, wenn jetzt die Einigung nicht erzielt würde. Die Volkspartei werde einen Sitz erhalten. Er habe den Ausführungen Graf Hertlings entnehmen können, daß dieser lieber Abgeordneten Dove als den früheren Landtagsabgeordneten Oeser in sein Kabinett aufnehmen würde.

Abgeordneter **Erzberger** (Zentrum) berichtet über seine Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler.<sup>23)</sup> Danach habe ihm dieser erklärt, daß er im Laufe des Monats die Entscheidung über die Besetzung der Stelle im preußischen Staatsministerium herbeiführen werde. Die Berufung des Abgeordneten Friedberg zum Vizepräsidenten müsse man als sicher annehmen. Was die Berufung eines Volksparteilers in das preußische Staatsministerium betreffe, so könne man im Prinzip mit einer solchen rechnen. Fraglich sei die Person. Die Herren der freisinnigen Volkspartei müßten wissen lassen, welche Person ihnen angenehm sei. In der Frage

fähr acht Tage müssen wegen meiner Abreise<sup>31)</sup> Geschäfte weitergeführt werden. Also so lange Helfferich noch im Amte. Das sei auch nicht Kernpunkt. Er könne aber überhaupt noch nicht zusagen, ob er die Stellen wiederbesetze. Habe das Süddeutsche gründlich ausgedet.<sup>32)</sup> Diesen Gedanken ließ er dann etwas fallen. Dann war mehr die Rede von der elsäß-lothringischen Rede.<sup>20)</sup>

Nachmittags noch einmal Unterredung gehabt.<sup>29)</sup> Nochmals das wiederholt. Er könne jetzt die Stelle des Vizekanzlers aus technischen Gründen nicht besetzen. Die Entscheidung, ob er sie besetze, müsse er sich vorbehalten bis zur definitiven Übernahme des Amtes. Bevor er sie besetze, würde er sich mit den Parteien in Verbindung setzen. Wenn ich die Sache

des Vizekanzlers habe der Reichskanzler erklärt, daß zunächst, d. h. auf 8 Tage Staatssekretär Helfferich in seinem Amt bleiben müsse, damit die ganzen Staatsgeschäfte nicht ins Stocken geraten. Nach seiner Rückkehr aus München würde die endgültige Entscheidung auch darüber fallen. Graf Hertling neigt dahin, die Stelle zunächst nicht zu besetzen. Wenn sie besetzt würde, so würde Graf Hertling vorher mit den Parteien Fühlung nehmen. Dann habe Reichskanzler Graf Hertling erklärt, daß, wenn seine Vorschläge betreffend Auswahl der Personen nicht angenommen würden, er das Kanzleramt niederlege.<sup>33)</sup>

<sup>21)</sup> So im Or. Der Satz ist jedoch in dieser Form sinnlos. Denn gemeint ist nicht eine Rede des Reichskanzlers, sondern Payers. Diese Rede wurde zwar in der Reichstagskommission (= Hauptausschuß) gehalten, aber nicht am 17. (an diesem Tage fand gar keine Sitzung statt), sondern am 3. Juli 1917. S. Anm. 20.

<sup>22)</sup> So im Stenogramm.

<sup>23)</sup> Vgl. Nr. 86 (dort abweichend von Nr. 87b die Zeitangabe 12 Uhr 30).

<sup>24)</sup> Gemeint ist wahrscheinlich Geheimrat Peters, Ministerialdirektor im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

<sup>25)</sup> Wahrscheinlich folgendermaßen zu interpretieren: Pachnicke wirft ein, daß der Gedanke, Oeser zum Handelsminister zu machen, auf den Geheimrat Peters und seinen vorgesetzten Minister von Breitenbach zurückgehe. Nach dem Wortlaut von Nr. 87b würde man annehmen, daß Erzberger darauf erwiderte: das sei nicht der Fall, vielmehr stehe Helfferich hinter diesem Plan. Vgl. dagegen Nr. 87a; danach hätte Helfferich vermutlich nur eine Anregung von Michaelis „mitgeteilt“. Dabei bleibt unklar, ob Helfferich als Mittelsmann zwischen Michaelis und Hertling fungierte oder etwa nur, was weniger

wahrscheinlich ist, Erzberger über den Ursprung der Kandidatur Oeser aufgeklärt haben soll.

<sup>26)</sup> S. vorige Anm.

<sup>27)</sup> Vgl. dagegen Nr. 86.

<sup>28)</sup> Nicht eindeutig zu entscheiden, ob Hertling oder Erzberger; vermutlich Erzberger.

<sup>29)</sup> Es ist bemerkenswert, daß diese zweite Unterredung Erzbergers mit Hertling am 4. 11. 1917 von Erzberger (weder in Nr. 87c noch in Nr. 86 oder Nr. 105) nicht schriftlich festgehalten wurde.

<sup>30)</sup> Sinngemäß zu ergänzen: die Verantwortung. Vgl. Nr. 87a.

<sup>31)</sup> Hertlings Abreise nach München; vgl. Anm. 13.

<sup>32)</sup> So im Stenogramm. Dem Zusammenhang nach folgendermaßen zu interpretieren: Er, Erzberger, habe Hertling die Bedenken gegen ein zu starkes Überwiegen des süddeutschen Elements gründlich ausgedet. In Nr. 86 wird diese Frage nicht berücksichtigt.

<sup>33)</sup> Zu beachten ist die zurückhaltende Vorsicht, mit der Erzberger — im Vergleich zu Nr. 87a.b — seine eigenen Ausführungen wiedergibt. S. auch Anm. 29.

beim Kaiser nicht durchbringe? Dann werde ich Amt niederlegen. Verantwortung treffe dann den Reichstag. Das sei falsch. Denn Reichstag hat diese Personen nicht vorgeschlagen wegen der Personen, sondern wegen Rücksicht auf Vorschlag der Parteien. Keinen Zweifel gelassen, daß, wenn die Besetzung der Posten nicht gelinge, er um seine Entlassung bitten solle.

Er ist schon heute morgen beim Kaiser.<sup>34)</sup> Dringend wäre, einen Namen nach Bellevue zu nennen, der auch wirklich annimmt.

**Haußmann:** Personenfragen komplizieren wieder die Sache. Hertling hat die Sache dilatorisch behandeln wollen bei allen Ämtern. Der Druck der öffentlichen Meinung und eine gewisse Wachsamkeit der Konferenz haben ihn überzeugt, daß das nicht mehr geht. Er hat den Weg gewählt: 1) Befriedigung der Nationalliberalen. Deshalb Friedberg. Damit ist für die nationalliberale Presse, wie er glaubt, Beruhigung eingetreten. In Wirklichkeit ist man dadurch in Preußen dem schwarzblauen Block nähergekommen. Jetzt wird er in Preußen verankert. 2) Handelsministerium an Fortschrittler wolle er geben. 3) Vizekanzler läßt er im Anschlag. Alle Parteien hatten sich über Vizekanzler verständigt. Das hat Trimborn ihm vorgetragen.<sup>37)</sup> Da ist Kühlmann eingeschungen, um die Sache zu mildern. Hertling hat sich freilich nicht gebunden, aber alle Parteien haben das als politische

**Haußmann:**<sup>35)</sup> Eberts [Bericht] enthält eine authentische Interpretation u. eine eventuelle Absage. Er interpretiert: Die Parteien hatten sich verständigt neben den programmatischen personelle Pfänder zu verlangen / diese hatte Kühlmann grundsätzlich für möglich erklärt<sup>36)</sup> / Davon war Hertling Mitteilung gemacht.<sup>37)</sup> Jedenfalls für die Sozialdemokratie sind diese Sicherheiten *conditio sine qua non*.

Die Lage, die Klarheit fordert die Volkspartei in der Regierung nicht im Partei[-] sondern im Reichsinteresse nach innen u. außen, in Wirklichkeit auch einen Sozialdemokraten — ich habe das Hertling deutlich erklärt.<sup>39)</sup> Die Soz[ialdemokraten] haben in unserem I.A. verzichtet, aber um so mehr einen Volksparteiler verlangt.<sup>40)</sup>

Das ist ein parteipolitischer Vertrauensbeweis, den wir verzeichnen u. hono-

Abgeordneter **Haußmann** (F[ortschrittliche] Volkspart[ei]): Hiernach stünde also fest, daß die Frage des Vizekanzlers dilatorisch behandelt würde. Der Kanzler suche Auswege, um die Nationalliberalen zu befriedigen; das sei in der Frage des Vizepräsidenten der Fall. Die Nationalliberalen werden eine Stelle ähnlich wie die im Handelsministerium erhalten. Der Vizekanzler bleibe im Anstand. Das ist eine politische Lage, die nicht haltbar sei.<sup>38)</sup> Die Sozialdemokratie würde in die Kritik übergehen. Die Linke wäre allein übergangen. Es komme ein Bruch von rechts.

Notwendigkeit hingestellt. Er behandelt jetzt die Wendung, er könne sich noch nicht binden, als wenn es eine Freiheit wäre. Die Sozialdemokratie erklärt jetzt: wir haben kein Vertrauen an und für sich, nur wenn Fortschrittler hinkommt, haben wir Vertrauen, daß wir unterstützen können. Wenn die Sozialdemokratie zurücktritt von der Unterstützung in die reine Kritik, weil die Fortschrittler nicht beachtet seien, dann können wir auch nicht mitmachen. Die Lage fordert, daß er mit der Linken operiert! In meiner Besprechung mit Hertling<sup>39)</sup> habe ich gesagt, daß Sozialdemokraten mit hineinbringen. Da hat er auf Müller<sup>41)</sup> verwiesen. Wenn die Linke ganz übergangen werde, dann scheinen unsere Unterhändler halbwegs düpiert.<sup>38)</sup> Das Ausland hat auch entscheidenden Wert auf die Beteiligung der Linken gelegt. Das Vertrauen zu Hertling ist schon in einem wichtigen

rieren. Wir können nicht die Vertrauensseligen spielen wenn man aus parteipolitischen Gründen die ganze Linke ablehnt u. eine Harmonie markieren, die von Hertling verleugnet wird.

Zu dem politischen käme ein persönliches. Wir hatten zu der Person Hertlings das Vertrauen verloren / denn es wäre unloyal gegen die ganze Mehrheit ihr Verständigungsprogramm, das die Besetzung des Vizekanzlers durch einen Volksparteiler umfaßt<sup>38)</sup>, heimlich<sup>42)</sup>

<sup>34)</sup> Am 5. 11. 1917 fand unter dem Vorsitz des Kaisers eine Kronrats-sitzung statt, an der außer den preußischen Ministern und den Staatssekretären der Reichsämtler u. a. Hindenburg und Ludendorff teilnahmen. Die „Vossische Zeitung“ meldete dazu, daß sich der Kronrat in erster Linie mit der Besprechung der Ostfragen befaßt habe. Jedoch seien auch die schwebenden innerpolitischen Fragen, darunter gewisse Punkte des Programms, über das Graf Hertling sich mit den Führern der Mehrheitsparteien geeinigt habe, zur Sprache gekommen (vgl. Schulthess 1917/I S. 960). Im Protokoll des Kronrats, korrigierter maschinenschriftl. Entwurf im Nachlaß Heinrichs 22, sind allerdings innenpolitische Erörterungen nicht registriert. Bei Valentini S. 181 f. heißt es: „Schon nach der Kronratssitzung über die polnische Frage am 5. November hatte Hertling dem Kaiser mitgeteilt, daß der Staatssekretär v. Krause, der in den Vorbesprechungen für den Posten des Vizepräsidenten des Staatsministeriums in Aussicht genommen war, entschieden abgelehnt habe und daß er —

Hertling — daher auf den Führer der Nationalliberalen, Dr. Friedberg, zurückgreifen müsse.“ Vgl. dazu Conze, Polnische Nation S. 326 ff.

<sup>35)</sup> S. Anm. 16.

<sup>36)</sup> Vgl. Nr. 74a..b und Nr. 75a—c.

<sup>37)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>38)</sup> Vgl. Nr. 85 Anm. 5.

<sup>39)</sup> Bezieht sich wahrscheinlich auf Haußmanns Besuch bei Hertling am 29. 10. 1917 (vgl. Nr. 71 a—d); eine weitere Unterredung Haußmanns mit Hertling in der Zwischenzeit ließ sich jedenfalls nicht nachweisen.

<sup>40)</sup> Vgl. bes. Nr. 76a—d.

<sup>41)</sup> Dr. August Müller, am 5. 9. 1917 zum Unterstaatssekretär im Kriegs-ernährungsamt ernannt.

<sup>42)</sup> Bricht im Or. im Satz ab.

Punkte erschüttert. Das soll man ihm warnend sagen.

Payer werde auf Bitten und angesichts der Notwendigkeit das Amt annehmen.

**Fischbeck:** Aus Payers Verhalten schließe ich, daß er es annehmen würde.<sup>43)</sup>

**David:** Die Frage, ob Oeser oder Dove, will ich nicht entscheiden. Das ist Sache der Fortschrittler. Aber Dove ist Mitglied des Reichstags, und es würde dem Eindruck der Parlamentarisierung entsprechen, wenn Reichstagsmitglieder in die Regierung gehen. Friedberg ist kein Reichstagsabgeordneter, und wenn gar Payer in Frage gestellt werde, so würde aus dem Reichstag überhaupt kein Parlamentarier eintreten. Ich will Verdacht aussprechen, daß hier in der Tat der Widerstand in Potsdam liegt.<sup>45)</sup>

Hertling hat sich theoretisch gegen Parlamentarisierung ausgesprochen. Wir haben uns damit abgefunden. Aber nun würde diese ganz praktische Maßnahme auch nicht zustande kommen oder nur verkappt! Wir wollten dieses Ministerium Hertling dadurch stützen, daß wir aus dem Reichstag Garanten hineinbringen. Nun würde Helfferich noch mindestens acht Tage bleiben. So lange Unsicherheit weiter um sich fressen. Ich spreche auch Verdacht aus, daß Helfferich mit hier

**David:** Kein Reichstagsabgeordneter soll kommen. Wir wollten uns gegenüber Art. 9 mit der Tatsache<sup>42)</sup>

Helfferich will seine Rache an der Reichstagsmehrheit nehmen.

Nationallib. haben 3<sup>46)</sup> / Fortschrittler / Die Nationalliberale[n] mußten selbst verlangen, daß sie von links gestützt werden

Abgeordneter **Fischbeck** (F[ortschrittliche] Volkspart[ei]) erklärt, er habe bei Herrn von Payer angefragt, ob er die Stelle annehme. Herr von Payer habe ausweichend geantwortet; er wird wohl nicht annehmen.<sup>44)</sup>

Abgeordneter **David** (Soz.): Es wäre besser, sich für Abgeordneten Dove als für Herrn Oeser auszusprechen. Sonst würde von Mitgliedern des Reichstages wohl gar niemand berufen werden. Der Kaiser und seine Umgebung wollen, daß vom Reichstag niemand berufen würde.<sup>45)</sup> Staatssekretär Helfferich sei gleichfalls tätig, um die ganze Unsicherheit aufrecht zu erhalten. So entstehe ein Rechtsblock. Dem deutschen liberalen Bürgertum würde jetzt in den Regierungssattel geholfen. Also müsse es sich seine Stütze links suchen. Sonst kann es sich nicht halten. Die Krisis gehe in einen Konflikt über, der den starken Mann bringen soll.

hineinbläst und Rache übt gegen Reichstagsmehrheit. Er will sich halten. Beim Kaiser scheint das auch nicht ausgeschlossen. Ausgang würde überaus verhängnisvoll sein. Wenn die beiden Fortschrittler wegfielen, dann hätten wir Ministerium mit Rechtsneigung. Auch die Nationalliberalen müßten darauf dringen, daß die nötige Ergänzung aus den Fortschrittlern kommt. Das liberale Bürgertum kommt jetzt in den Sattel. Die Nationalliberalen brauchen in dieser Situation Unterstützung von links. Denn Mehrheit ist noch konservativ im Ministerium und in der Verwaltung. Ohne Fortschrittler ist kein Vertrauensvotum möglich. Die Krise würde ausgehen in einen Konflikt. Das wäre sehr bedenklich.

**Stresemann:** David spreche von Oeser als Handelsminister. Ich stelle mich auf seinen Standpunkt, daß parlamentarische Besetzung erwünscht ist wegen Eindruck nach außen. Aber darf darauf hinweisen: mir erscheint auch wünschenswert, daß die Persönlichkeiten, die eintreten, Gewicht haben. Aus Fortschrittlerkreisen sind selbst Zweifel an Oeser laut geworden. In bezug auf Parlamentarismus stehe ich auf dem Standpunkt, daß in unserer öffentlichen Meinung nur zu ertragen, wenn auch ein Fachminister Fach-

**Stresemann:** Es müssen Persönlichkeiten sein, die nach außen wirken / Die Fortschrittler haben keinen Namen genannt.

**Abgeordneter Stresemann** ([nationalliberal])<sup>47)</sup>: Vom parlamentarischen Standpunkt aus sei die Berufung von Herrn Dove erwünscht. Das Parlament müßte Wert darauf legen, daß Namen von Klang und von Fachleuten die Stellen übernehmen. In der Volkspartei herrsche große Unsicherheit; sie müsse jetzt Stellung nehmen. Die Entfernung von Sydow sei schmerzlich, denn er sei nationalliberal; ebenso müßte Staatssekretär Drews als nationalliberal angesehen werden.

in der Regierung (nämlich von Krause als Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Schiffer als Unterstaatssekretär des Reichsschatzamttes und Friedberg, dessen Ernennung zum Vizepräsidenten des preuß. Staatsministeriums gesichert schien).

<sup>43)</sup> S. dagegen Nr. 87c.

<sup>44)</sup> S. dagegen Nr. 87a.

<sup>45)</sup> Vgl. Valentini S. 182.

<sup>46)</sup> Soll wahrscheinlich heißen: die Nationalliberalen hätten 3 Vertreter <sup>47)</sup> Im Or.: „F[ortschrittliche] Volkspart[ei]“.

mann ist. Darauf ist Rücksicht zu nehmen.

Geeigneter Mann! Jede Entgleisung der Männer, die wir vorschlagen, wird uns angekreidet. Notwendig Klarheit in den Reihen der Fortschrittler. Das ist ganz wichtig. Fortschrittliche Verstärkung der Nationalliberalen ist wichtig; aber Sydow ist Nationalliberaler!

Friedberg hat über Unterredung<sup>48)</sup> gesagt: Hertling hat mit ihm über die Frage gesprochen, ihn oder Krause; Krause habe aber wohl nicht genügenden Einfluß in Fraktion. Friedberg: ich kann eine zahlenmäßige Garantie nicht übernehmen für die Fraktion; keine kirchenpolitischen Gesetze in dieser Zeit.<sup>49)</sup> Friedberg hat Fraktion berufen, und Mehrheit hat sich auf den Standpunkt gestellt, ihn zu ersuchen, Amt anzunehmen, und auch Unterstützung zugesagt.<sup>50)</sup>

**Südekum:** Schlüssel bei den Fortschrittlern.

**David:** Man könnte Hertling noch sagen: Payer würde bedeuten: kaum eine Persönlichkeit, die geeigneter wäre zum Verhandlungsführer.

**Pause.**

**Ebert:** regt Frage der Nachwahlen an. Ist Burgfrieden möglich? Saarbrücken<sup>51)</sup>, Wolmirstedt, Schiffer<sup>52)</sup> und Gräfe.<sup>53)</sup> In Saarbrücken kann der Burgfriede nicht gewahrt werden nach der Rede des

**David:** für Payer

nationalliberalen Kandidaten.<sup>54)</sup> Ich habe telegraphiert, daß man Burgfrieden nur wahren könne, wenn Nationalliberale die vier Programmpunkte<sup>5)</sup> der Mehrheit akzeptieren. Auch in Schiffers Wahlkreis hat man alldeutschen Professor<sup>55)</sup> in Aussicht genommen.<sup>56)</sup>

<sup>48)</sup> In einem Rundschreiben Stresemanns an die Mitglieder der national-liberalen Reichstagsfraktion vom 5. 11. 1917, Entwurf im Nachlaß Stresemann 177 (6886), heißt es, daß der neue Reichskanzler am 4. 11. 1917 Friedberg zu einer Besprechung empfangen habe. „Sobald feststeht, ob Herr Geheimrat Friedberg das Vizepräsidium des preußischen Staatsministeriums übernehmen wird, was für unsere Stellung zu der Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling von entscheidender Bedeutung sein dürfte, werde ich mir gestatten, den Herren Kollegen eine ausführliche Darstellung der Vorgänge der letzten Wochen zu geben.“

<sup>49)</sup> Vgl. auch Nr. 86.

<sup>50)</sup> Vgl. Nr. 83a—d (Richthofen) und Nr. 106.

<sup>51)</sup> Wahlkreis Bassermanns (gest. 24. 7. 1917).

<sup>52)</sup> Schiffer, der Abgeordneter des Wahlkreises Wolmirstedt-Neuhaldensleben gewesen war, hatte sein Reichstagsmandat durch seine Berufung in das Reichsschatzamt verloren.

<sup>53)</sup> Emil Heinrich Gräfe, Reichstagsabgeordneter (deutschkonservativ, früher Deutsche Reformpartei) für Bautzen-Kamenz, gest. am 23. 10. 1917.

<sup>54)</sup> Dr. Friedrich Herwig, Saarbrücken, nationalliberales Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Professor, Gymnasiallehrer, Major d. R.; für seinen Eintritt in den Reichstag nach vollzogener Wahl vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3943.

<sup>55)</sup> Gustav Trittel, Neuhaldensleben, Gymnasialdirektor, national-liberaler Reichstagskandidat; für seinen Eintritt in den Reichstag vgl. a.a.O. S. 3990.

<sup>56)</sup> Vgl. den dringenden Brief Stresemanns vom 4. 11. 1917 an die Reichsgeschäftsstelle der Nationalliberalen Partei in Berlin, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 177 (6886), in dem es heißt: „Wie mir der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Ebert mitteilt, besteht bei der sozialdemokratischen Parteileitung in

Wolmirstedt-Neuhaldensleben die Absicht, unserem Kandidaten Herrn Oberlehrer Trittel einen Gegenkandidaten bei der Ersatzwahl entgegenzustellen und uns damit den Burgfrieden aufzukündigen. Ebert selbst widerstrebt einem derartigen Kampf, erklärt aber, daß die Strömungen in seiner Partei sehr stark und die Stimmung eine sehr gereizte sei anlässlich der Reden, die Herr Professor Herwig und namentlich Herr Röchling [Dr. Karl Röchling, Landgerichtsdirektor in Berlin, nationalliberales Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Saarbrücken-Ottweiler-St. Wendel] in Saarbrücken gegen die gesamte Reichstagsmehrheit gerichtet hätten . . . Ebert . . . forderte von mir als Voraussetzung für die Erhaltung des Burgfriedens, daß unser Kandidat sich auf den Boden der Mehrheitsentschließung vom 19. Juli stelle. Ich erklärte ihm darauf, daß eine derartige Bindung für unseren Kandidaten ganz unmöglich sei, da wir sicherlich auf einem anderen Standpunkt ständen, andererseits auch taktisch anzunehmen wäre, daß in diesem Falle die Konservativen einen Kandidaten aufstellen würden und dies für uns eine unhaltbare Situation schüfe. Ich sagte ihm aber zu, daß ich mich meinerseits mit den beiden Kandidaten darüber ins Einvernehmen setzen würde, ob sie in der Lage und gewillt sein können, zu erklären, daß sie auf dem Boden der Erklärung des Vorstandes der Reichstagsfraktion [vgl. Nr. 106] mit den bekannten vier Punkten ständen. Ebert erklärte sich seinerseits bereit, an die Wahlkreisorganisationen beider Kreise zu telegraphieren und ihnen zu empfehlen, den Burgfrieden zu wahren, wenn eine derartige Erklärung abgegeben würde. Ich habe heute bereits, da die Sache eilt und unter Umständen beide Wahlkreise für uns auf dem Spiele stehen, an Professor Herwig geschrieben [s. folgende Anm.] . . . Ich bitte Sie aber, da die Sache anscheinend sehr eilt, sich sofort mit Herrn Oberlehrer Trittel in Verbindung zu setzen, damit nicht durch eine ähnliche Wahlrede wie die in Saarbrücken auch der Wahlkampf in Neuhaldensleben aufgezwungen wird.“

**Stresemann:** Habe mich mit Saarbrücken in Verbindung gesetzt.<sup>57)</sup> Reichsgeschäftsstelle hat gesagt, daß Berichte wohl unrichtig seien. Herwig nicht gegen Wahlrecht, sondern für kaiserliche Botschaft.<sup>58)</sup> Vorgeschlagen, auf vier Programmpunkte festzulegen.

**Erzberger:** Wichtig, den Burgfrieden aufrechtzuerhalten zwischen den vier Parteien. Aber nicht nach rechts. In Bautzen könnte man sich wohl zwischen Fortschrittlern und Sozialdemokraten verständigen.

**Ebert:** Eine Verständigung auf Grund der vier Punkte entspricht auch unserer Auffassung.

**Ebert:** Reichstagsdiäten. In der Fraktion viele arme Teufel, die nicht mehr auskommen können. Zustand ist unhaltbar.

**Erzberger:** Auch in der Zentrumsfraktion lebhafte Wünsche. Auch polnische Fraktion und Deutsche Fraktion. Unangenehmer Eindruck nach außen. Darum Belzer<sup>60)</sup> vorgeschlagen: von jetzt ab bekommt der Abgeordnete [...] <sup>61)</sup> Mark, um gegen Zahlung von vier bis fünf Mark ernährt zu werden im Reichstag.

**Stresemann:** Damit könnte ich mich befreunden. Gegen Diätenerhöhung, sehr schwer durchzusetzen.

**Erzberger:**<sup>59)</sup> Antrag auf Erhöhung der Diäten in Form von Nahrung.

**Stresemann:** hat Bedenken gegen Diäten nicht gegen Mahlzeit.

## David macht Vorschläge

Zwischensitzung d[er] F[ortschrittlichen] V[olkspartei].

Fischbeck, Liesching, Haußmann, Pachnicke, Wiemer / Dove.

Beschluß Payer für den Reichskanzler Fischbeck für den Handelsminister zu präsentieren. Gegen Oeser u. Lippmann<sup>62)</sup> wurden Bedenken laut. Dove u. Momm-  
sen<sup>63)</sup> wurden nicht unterstützt

Nach längerer Debatte zogen sich die Volksparteiler<sup>61a)</sup> zurück, um sich über die Personenfrage zu einigen.

<sup>57)</sup> Vgl. den Eilbrief Stresemanns an Herwig, Saarbrücken, vom 4. 11. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 177 (6886): Stresemann macht Herwig darauf aufmerksam, „daß voraussichtlich ein sozialdemokratischer Gegenkandidat aufgestellt werden wird, was dann unter Umständen automatisch die Aufstellung eines Zentrums-kandidaten zur Folge haben könnte. Diese Mitteilung wurde mir gestern von dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, dem Reichstagsabgeordneten Ebert, gemacht, der sich auf Berichte bezog, die ihm aus dem Wahlkreise Saarbrücken von seinen dortigen Parteifreunden zugegangen waren. Diese fügten einen Bericht der Frankfurter Volksstimme über eine in Saarbrücken abgehaltene Versammlung bei, in der Sie und Herr Röchling gesprochen hätten. Sie hätten sich in Ihren Ausführungen u. a. gegen das Reichstagswahlrecht erklärt und Herr Röchling habe direkt den Reichstag beschimpft. Wenn die nationalliberale Partei auf Burgfrieden rechnet, dann dürfen derartige Reden nicht gehalten werden. Von der sozialdemokratischen Parteileitung in Saarbrücken werde stürmisch die Aufstellung einer sozialdemokratischen Kandidatur gefordert.

Ebert fügte hinzu, daß die gewerkschaftliche Organisation im dortigen Kreise große Fortschritte gemacht hätte. Die Sozialdemokratie hoffe auf ein starkes Anwachsen ihrer Stimmenzahl. Immerhin liege ihm (Ebert) nichts an einem Wahlkampf. Es ginge aber unmöglich, daß die Nationalliberalen ihrerseits den Kampf in derartiger Weise führten.“ Auf Eberts Ansinnen, daß sich Herwig auf den Boden der Entschließung vom 19. Juli stellen müsse, habe er erklärt, „daß das für uns im allgemeinen und für Sie im besonderen ganz unmöglich sei.“ Darauf habe Ebert sich mit der Akzeptierung der vier Punkte des Programms der Mehrheit zufriedengegeben. „Ich lege Ihnen den

Beschluß des Vorstandes der Fraktion [vgl. Nr. 106] vor, in dem besonders darauf hingewiesen worden ist, daß unsere Zustimmung zu dem Inhalt der Beantwortung der Papstnote keine Zustimmung zu dem Mehrheitsbeschluß vom 19. Juli in sich birgt. Dem übrigen Inhalt der Beantwortung ohne Bezugnahme auf den 19. Juli hat übrigens auch Graf Westarp zugestimmt. Wenn Sie mir Ihrerseits nach Berlin melden könnten, daß Sie dem Beschluß des Vorstandes der Fraktion auch Ihrerseits zustimmen, bin ich überzeugt, daß ich bei der Zentrumsfraktion und wahrscheinlich auch bei den übrigen Parteien durchsetze, daß eine Gegenkandidatur gegen Sie nicht aufgestellt wird.“

<sup>58)</sup> Am 5. 11. 1917 übersandte Stresemann an Ebert und Erzberger einen Auszug aus der Kandidatenrede Herwigs nach dem Bericht der „Saarbrücker Zeitung“ vom 30. 10. 1917. Vgl. Nachlaß Stresemann 177 (6886). Erzberger dankte mit einem Brief vom 6. 11., Nachlaß Stresemann a.a.O., und stellte fest, daß gegen diese Version der Rede Herwigs „keinerlei Einwand zu erheben“ sei.

<sup>59)</sup> Schluß der Aufzeichnung Haußmanns (ab: Erzberger) eigenhändig mit Bleistift.

<sup>60)</sup> Dr. Emil Belzer, Zentrumsabgeordneter, gehörte dem Vorstande des Reichstages als Schriftführer an.

<sup>61)</sup> Im Or. zwei von Südekum wieder durchstrichene stenographische Zeichen, die kein lesbares Wort erkennen lassen.

<sup>61a)</sup> Im Or.: „Nationalliberalen“.

<sup>62)</sup> Julius Lippmann, Stettin, Rechtsanwalt, fortschrittliches Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses seit Juni 1908.

<sup>63)</sup> Vgl. Nr. 86 bes. auch Anm. 16.

Wieder aufgenommen.

**Fortschrittler: Haußmann:** Wir haben den Einwand beseitigt, daß wegen Uneinigkeit von uns und mangels Namensnennung die Situation gescheitert. Wenn sie danach gefragt werden und die politische Situation es erlaubt, Fischbeck Handelsministerium annehmen und Payer Ruf als Vizekanzler. Das gilt als Vorschlag der Fraktion. Die anderen Parteien sollten aussprechen, daß sie es für richtig halten, die Stelle des Vizekanzlers zu besetzen.

**Scheidemann:** Wir möchten uns klar aussprechen, daß wir einverstanden sind.<sup>64)</sup>

**Haußmann beantragt:** Man solle erklären Payer u. Fischbeck werden annehmen wenn sie gefragt werden u. es ihnen die politische Situation gestattet.

Wiederaufnahme

**Haußmann** gibt die Erklärung wie oben ab u. verlangt Unterstützung durch die anderen Part[eien].

Daß die Mehrheitsparteien nach wie vor auf dem bestünden, was sie am Donners-  
t[ag]<sup>64)</sup>

**Stresemann:** Man würde die Situation außerordentlich belasten.<sup>67)</sup>

Nach einiger Zeit kehrten sie zurück und erklärten, sie hätten sich geeinigt. Wenn die politische Situation es gestatte, so würden sie auch 2 ihrer Herren vorschlagen. Diese seien bereit, die ihnen angetragenen Posten zu übernehmen und zwar Herrn von Payer für die Stelle des Vizepräsidenten<sup>65)</sup> und Abgeordneter Fischbeck für das Handelsministerium.

Es wurde beschlossen dieses den Herrn Reichskanzler wissen zu lassen. Vom Abgeordneten Rießer als Vorsitzenden wurde zu diesem Zweck ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, dessen Wortlaut in der Anlage<sup>68)</sup> beigefügt ist.

Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung auf Dienstag den 6. Nov. 12 Uhr festzulegen.

<sup>64)</sup> 1. 11. 1917. Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>65)</sup> So im Or., Diktier- oder Schreibfehler. Richtig: des Vizekanzlers.

<sup>66)</sup> Im Or. folgt der stenographische Wortlaut des Briefes an Hertling. S. Nr. 88.

<sup>67)</sup> Im Or. folgt der Wortlaut des Briefes an Hertling. S. Nr. 88.

<sup>68)</sup> S. Nr. 88.

## 88.

5. 11. 1917: Schreiben der Vertreter der Mehrheitsparteien  
an Reichskanzler Graf Hertling

Nachlaß Erzberger 22, maschinenschriftl. Abschrift; ohne Anrede und Schlußformel abgedruckt bei Erzberger S. 296 f.<sup>1)</sup>

Ew. Exzellenz

beehren wir uns folgendes mitzuteilen:

Anknüpfend an die Besprechung vom 1. November d. J.<sup>2)</sup>, in welcher die Vertreter des Zentrums, der nationalliberalen Fraktion, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie darauf hingewiesen haben, daß neben der Verständigung<sup>3)</sup> über das bis zum Kriegsende einzuhaltende Programm sowohl für dessen Durchführung als für vertrauensvolles Zusammenarbeiten<sup>4)</sup> von Regierung und Parlament<sup>5)</sup> die Berufung eines Vertreters der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, sowie je eines Vertreters der Fortschrittlichen Volkspartei in das<sup>6)</sup> preußische Staatsministerium<sup>7)</sup> und in das Amt des Vizekanzlers<sup>8)</sup> erforderlich sei<sup>9)</sup>, teilen die Vertreter der genannten<sup>10)</sup> Parteien Ew. Exzellenz mit, daß sie auf baldige Regelung dieser Fragen<sup>11)</sup> im besprochenen Sinne nach wie vor den größten Wert legen müssen.

Als die in Betracht kommenden Persönlichkeiten sind von den betr. Fraktionsvertretern bezeichnet worden die Herren Abgeordneten Dr. Friedberg, Abgeordneter Fischbeck und Abgeordneter von Payer.<sup>12)</sup>

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung  
Ew. Exzellenz ergebenster<sup>13)</sup>

<sup>1)</sup> Wortlaut des Briefes mit einigen sachlich unerheblichen Abweichungen auch im Nachlaß Haußmann 26 (eigenhändiger Entwurf mit Bleistift, zahlreiche Redigierungen eigenhändig mit Tinte) und im Nachlaß Südekum 15 (Stenogramm).

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>3)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) statt „Verständigung“: „Verabredung“.

<sup>4)</sup> Bei Südekum (s. Anm. 1): „vertrauensvolle Zusammenarbeit“.

<sup>5)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) statt „Parlament“: „Reichstag“.

<sup>6)</sup> Bei Südekum (s. Anm. 1) statt „in das“: „ins“.

<sup>7)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1) statt „Staatsministerium“ nur: „Ministerium“.

<sup>8)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „das Amt eines Stellvertreters des Reichskanzlers“.

<sup>9)</sup> Bei Südekum (s. Anm. 1): „seien“.

<sup>10)</sup> Bei Haußmann (s. Anm. 1): „der gesamten Parteien“.

<sup>11)</sup> Bei Erzberger S. 297: „dieser Frage“.

<sup>12)</sup> Bei Südekum (s. Anm. 1): „die Herren Friedberg, Fischbeck und von Payer“. Bei Haußmann (s. Anm. 1): „die Abg. Dr. Fisch[b]eck [Schreibversehen, statt richtig: Friedberg] Abg. Fischbeck u. Abg. v. Payer“.

<sup>13)</sup> Schlußformel bei Südekum (s. Anm. 1): „Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung / ergebenst Rießer“. Schlußformel bei Haußmann (s. Anm. 1): „Mit ausgezeichneter Hochachtung / Im Auftrag / Rießer“. Für die Unterzeichnung des Briefes durch Rießer vgl. auch Nr. 87c.

## 89.

## 5. 11. 1917: Unterredung Erzbergers mit Stresemann und Friedberg und gemeinsamer Besuch Erzbergers und Stresemanns bei Reichskanzler Graf Hertling

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Kanzlerkrisis. Montag, 5. 11. 17“.

Abgeordneter Stresemann ruft mich abends um  $\frac{3}{4}$  8 Uhr in meiner Wohnung an, mit der Bitte, sofort bei ihm vorsprechen zu wollen, da eine plötzliche Änderung eingetreten sei, Geheimrat Friedberg befinde sich bei ihm. Um 8 Uhr treffen wir uns in der Wohnung des Abgeordneten Stresemann.

Geheimrat Friedberg erklärte, der Reichskanzler habe ihn heute abend zu sich gebeten und ihm mitgeteilt, daß Seine Majestät der Kaiser ihn zum Vizepräsidenten des Preußischen Staatsministeriums ernannt habe.<sup>2)</sup> Dabei habe der Kaiser dem Grafen Hertling gesagt, er hoffe, daß Friedberg nicht nur ein Parteiminister würde, sondern auch ein Minister der Krone. Abgeordneter Friedberg habe dem Reichskanzler zugesagt, daß das ganz selbstverständlich wäre.

Graf Hertling habe dann erklärt, ein Volksparteiler würde jetzt nicht berufen werden, er könne nicht, um einem Volksparteiler Platz zu machen, einen anderen Minister einfach entlassen.

Geheimrat Friedberg habe darauf sich Bedenkzeit ausgebeten. Der Reichskanzler habe jedoch gewünscht, daß seine Entscheidung ihm bis Dienstag<sup>3)</sup> vormittag bekannt gegeben würde, da die Kabinettsorder bereits ausgefüllt sei.

Was nun zu tun sei?

Abgeordneter Stresemann meinte, Geheimrat Friedberg dürfe das Vizepräsidium nicht ablehnen. Man dürfe es nicht zum Scheitern der Mission Hertling kommen lassen, da man nicht wisse, was nachfolgen würde. Auf der anderen Seite sei es wünschenswert, daß die Volkspartei in das Kabinett eintrete, sonst würde eine neue Krise hervorgerufen werden.

Abgeordneter Erzberger stimmte dieser Auffassung bei, daß es geboten erscheine, daß auch ein Volksparteiler in das Kabinett eintrete, zumal bei einem Anschluß der Volkspartei die Sozialdemokratie in Opposition übergehe, und dann sei die jetzige Situation doch nicht haltbar. Man könne daher Geheimrat Friedberg nicht raten, ohne weiteres die Stelle des Vizepräsidenten anzunehmen, mindestens sei eine Zusage des Reichskanzlers erforderlich, daß bis zum 22. November ein Volksparteiler in das Preußische Staatsministerium berufen würde.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. die zusammenfassenden Aufzeichnungen Erzbergers — Nr. 105 — und Stresemanns — Nr. 106; sowie Nr. 92a—d. Die Niederschriften Erzbergers sind verarbeitet bei Erzberger S. 297.

<sup>2)</sup> Vgl. Helfferich S. 515: „Am Montag, 5. November, ermächtigte der Kaiser den Grafen Hertling, mit Herrn Dr. Friedberg wegen Übernahme des Vizepräsidiums des Preußischen Staatsministeriums in Verbindung zu treten.“ Ferner Nr. 87a—c Anm. 34.

<sup>3)</sup> 6. 11. 1917.

<sup>4)</sup> Vgl. Erzberger S. 297: „Als bald nach Abgang des Briefes [s. Nr. 88] trat eine unerwartete Verschärfung der Lage ein, indem Vizepräsident von [sic!] Friedberg mitteilte, Hertling

Die Abgeordneten Stresemann und Erzberger fuhren zum Reichskanzler, der sich in der bayerischen Gesandtschaft befand und eben zum Diner in der österreichischen Botschaft<sup>5)</sup> abfahren wollte. In aller Kürze teilte Abgeordneter Stresemann ihm mit, daß es ganz unmöglich sei, daß nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs von Kühlmann<sup>6)</sup> und den vorangegangenen Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler<sup>7)</sup> jetzt die Volkspartei gar nicht berücksichtigt würde. Die nationalliberale Fraktion würde aus der Nichtberücksichtigung der Volkspartei keinen Grund ableiten, um dem Kabinett Hertlings ihr Mißtrauen auszusprechen, aber das vertrauensvolle Zusammenarbeiten würde fehlen. In den Reihen der Volkspartei und der Sozialdemokratie würde die Ablehnung mit schärfster Kritik und schroffster Opposition aufgenommen werden.

Der Reichskanzler meinte, dann sei seine Mission gescheitert, die Verantwortung dafür trügen allein die Parteien.<sup>8)</sup>

Abgeordneter Erzberger: Er glaube, daß sich noch ein Ausweg finden lasse. Man könne den Parteien nicht die Schuld zuschieben, wenn Zusagen und Inaussichtstellungen nachher nicht eingelöst würden.

Abgeordneter Stresemann und Erzberger teilten dem Grafen Hertling beim Hinabgehen der Treppe mit, daß die Sache sich doch so regeln lasse, daß ein Staatssekretariat für die besetzten Gebiete geschaffen würde.<sup>9)</sup> Dann brauchte niemand aus dem Kabinett auszuschcheiden. Dieses Staatssekretariat, dessen Träger gleichzeitig preußischer Minister werden könnte, würde der Reichstag glatt genehmigen. Es sei übrigens nicht einmal dessen ausdrückliche Zustimmung erforderlich. (Man erinnere sich an die Vorgänge bei Gründung des Reichsernährungsamts.)

Reichskanzler Graf Hertling bat die Herren, ihn am Dienstag<sup>3)</sup> vormittag 10 Uhr wieder zu besuchen, um die Angelegenheit mit ihm zu besprechen.

habe ihm wohl seine eigene Ernennung eröffnet, aber gleichzeitig gesagt, daß ein Vizekanzler jetzt überhaupt nicht berufen werden könne; daraufhin habe er sich Bedenkzeit auserbeten. Ich entgegnete, daß es ganz selbstverständlich sei, daß ein demokratischer Vizekanzler [sic!] jetzt gleichzeitig in das Kabinett eintreten müsse, da sonst sowohl diese Partei wie die Sozialdemokratie in Opposition gehen würde. Ein Kabinett Hertling/Friedberg sei unhaltbar und entspreche nicht der politischen Situation.“

<sup>5)</sup> Für den Besuch Czernins in Berlin vom 5. bis 7. 11. 1917 vgl. Schulthess 1917/I S. 960.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 74a.b und Nr. 75a—c.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>8)</sup> Vgl. Erzberger S. 297: „Abgeordneter Stresemann und ich fuhren sofort in später Abendstunde zum Reichskanzler, um ihm zu erklären, daß es nach allen Versprechungen und Abmachungen als ganz ausgeschlossen erscheinen müsse, daß die neue Regierung ohne Erfüllung dieser Zusagen haltbar sei. Der Reichskanzler meinte, daß dann seine Mission gescheitert sei und die Parteien allein die Verantwortung hierfür trügen.“ Anschließend geht Erzberger unmittelbar auf den zweiten gemeinsamen Besuch bei Hertling am folgenden Vormittag [s. Nr. 91] über.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 92a—e.

## 90.

5. 11. 1917: Stresemann an den bayerischen Reichsrat Franz von Buhl  
(Deidesheim)

Nachlaß Stresemann 177 (6886), Durchschlag.<sup>1)</sup>

Sehr verehrter Herr Reichsrat!

Die jetzige Lösung der Kanzlerfrage ist mir ebenso unerwünscht wie Ihnen. Aber Sie irren doch darin, wenn Sie annehmen, daß das Parlament den Grafen Hertling gerufen hätte. Davon ist gar keine Rede. Nacheinander haben die Vertreter der Linksparteien und ich als Vertreter der Nationalliberalen ihm gesagt, daß wir ihn als Reichskanzler nicht brauchen könnten. Nach der Unterredung mit mir erklärte Graf Hertling, daß er sich zum Kaiser begeben und diesem sagen werde, daß seine Mission gescheitert sei.<sup>2)</sup> Ich hatte in diesem Augenblick auch die Empfindung, daß ihm das ganz ernst war, denn ich kann mir nicht denken, was den Vierundsiebenzigjährigen reizen sollte, seine bequeme Position in Bayern mit der Reichskanzlerstellung in Deutschland zu vertauschen, zumal nicht einmal seine eigene Partei ganz für ihn war. Erzberger hat wenigstens Material gegen Hertling beigebracht, das er zwar nicht selber vorbrachte, aber doch Mitgliedern anderer Fraktionen zur Verfügung stellte.

Nach meinem Besuche stürzte Helfferich in die bayerische Gesandtschaft und hat anscheinend alles aufgeboten, um Hertling davon abzuhalten, nach München zurückzufahren. Ebenso ist Valentini und die Umgebung des Kaisers wohl in dem Sinne tätig gewesen, ihn zurückzuhalten<sup>3)</sup>, bis Trimborn aus Köln eintraf<sup>4)</sup> und ihm zunächst einmal die ganze Unterstützung des Zentrums gegen Erzberger zusagte. Dann kam die Mitteilung aus Hofkreisen, daß der Kaiser Hertling unter allen Umständen ernennen würde und gar nicht daran dächte, sich durch die Parteien einen anderen Kanzler aufzwingen zu lassen. Die ganze Ernennung Hertlings ist nichts anderes als die Angst des Kaisers und seiner Umgebung vor Bülow. Bülow ist, wie Sie wissen, der Kandidat der „Obersten Heeresleitung“ gewesen. Ich habe für Bülow gekämpft bis zum letzten Augenblick und hatte zuletzt auch die Fortschrittspartei für diese Kandidatur gewonnen<sup>5)</sup>, so daß sie akzeptiert worden wäre, wenn die Krone ihn vorgeschlagen hätte. Aber die Krone setzte sich erstens mit voller Macht für Hertling ein und vollzog dessen Ernennung, ehe überhaupt noch Hindenburg und Ludendorff gekommen waren, die ihre starken Bedenken gegen Hertling vorbringen wollten. Deshalb müssen Sie, verehrter Herr Reichsrat, Ihre Anklagen gegen

<sup>1)</sup> Antwort auf den Brief v. Buhls an Stresemann vom 2. 11. 1917, Nachlaß Stresemann a.a.O.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 72a—c.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 73 Anm. 22, Nr. 74b bes. auch Anm. 3 und 5.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 75a—c.

<sup>5)</sup> Das geht aus den vorliegenden und in diesem Bande veröffentlichten Quellen nicht hervor. Die generelle Aussage „die Fortschrittspartei“ trifft auf jeden Fall nicht zu, während die Frage, ob einzelne Vertreter der Fortschrittspartei von Stresemann für die Kandidatur Bülows gewonnen wurden, der Nachprüfung bedürfte. Vgl. auch Anm. 8.

Hertling, die ich voll verstehe, nicht bei dem Parlament vorbringen, sondern bei dem Kaiser, der die persönliche Empfindlichkeit und Erinnerung an die Novembertage<sup>6)</sup> höher stellte als das Reichsinteresse und uns die Kandidatur bescherte.

Wenn Friedberg, wie ich glaube, das Vizepräsidium des preußischen Staatsministeriums übernimmt, so braucht das nicht deshalb [zu geschehen], weil die Nationalliberalen für Hertling sind, sondern um zu verhindern, daß die Zentrumsherrschaft auch noch auf den preußischen Landtag übergreift.

Ich habe gestern versucht, Ludendorff zu sprechen — ich bin mit dem Hauptquartier in diesen Tagen in engster Fühlung gewesen — konnte es aber leider noch nicht. Meiner Auffassung nach ist auch die Kanzlerschaft Hertlings nur ein Provisorium, zumal er ja das Tempo der Berliner Arbeit in seinem Alter gar nicht aushält. Sollte er jemals gegen die Oberste Heeresleitung intrigieren, so seien Sie überzeugt, daß ich mit der Fraktion auf seiten der Obersten Heeresleitung stehen werde.<sup>7)</sup>

Meine Empfindungen über die Situation ersehen Sie aus dem Aufsatz, den ich in der „National-Zeitung“ über Hertlings Kanzlerschaft geschrieben habe<sup>8)</sup> und

<sup>6)</sup> Des Jahres 1908. Vgl. dazu Hiller bes. S. 165—179.

<sup>7)</sup> Vgl. auch den Brief Stresemanns an v. Buhl vom 12. 11. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann a.a.O., in dem es u. a. heißt: „Sie sprechen [bezieht sich auf den Brief v. Buhls an Stresemann vom 7. 11. 1917, Nachlaß Stresemann a.a.O.] von einer drohenden Spaltung der Partei für den Fall, daß die Partei in Konflikt mit der Obersten Heeresleitung komme. Wenn ein solcher Konflikt stattfindet, dann würde die Fraktion auf seiten der Obersten Heeresleitung stehen. Bei der Bethmann-Krise habe ich Tag für Tag mit den Vertretern der Obersten Heeresleitung Rats gepflogen. Auch diesmal bin ich mit der Obersten Heeresleitung konform gegangen und habe nochmals vor kurzem von einem ihrer Mitglieder vernommen, daß man mir mit unbeschränktem Vertrauen entgegenkomme, da man überzeugt sei, daß ich im Sinne der Obersten Heeresleitung handle. Derselbe Vertreter der Obersten Heeresleitung — einer der ersten Mitarbeiter Hindenburgs und [gestrichen: Ludendorffs] sein politischer Vertrauter — hat mir aber auch dringend aus Kreuznach telegraphiert: ‚Sorgen Sie als Vorsitzender der nationalliberalen Fraktion dafür, daß die Sozialdemokratie bei der Stange bleibt. Wir können nicht einen parzellen [sic! Gemeint ist wahrscheinlich: ‚partiellen‘] Streik auch nur von acht Tagen vertragen, da wir mit der Munition angesichts des Fortganges der Flandernschlacht nicht übermäßig bestellt sind.‘ Ludendorff ging mir gegenüber so weit zu sagen, daß er gegen den Eintritt Davids als Minister nichts einzuwenden hätte, wenn dadurch Ruhe hergestellt würde. Daß Hindenburg und Ludendorff die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Bauer und Legien empfangen und ihnen Zusicherungen gegeben haben, werden Sie gelesen haben. Bei dem jetzigen Vorgehen bestehen also keine Differenzen zwischen der Obersten Heeresleitung und mir. Unser gemeinsamer Kandidat war Bülow, unsere gemeinsame Idee war, den Burgfrieden zu haben.“

<sup>8)</sup> Zeitungsausschnitt im Nachlaß Stresemann 168 (6877), handschriftlich bezeichnet: „Abendblatt 3. Nov. 1917“: Für die Friedensverhandlungen, betont Stresemann u. a., komme es auf großes diplomatisches Geschick an. „Gerade dieses außenpolitische Moment ließ eine Kanzlerschaft des Fürsten Bülow erwünscht sein. . . Daß Fürst Bülow von den Fraktionen akzeptiert worden wäre, wenn die Krone ihn vorgeschlagen hätte, unterliegt keinem Zweifel. . . Seine Kanzlerschaft wäre, wie ein fortschrittlicher Abgeordneter mit Recht betonte, kein Experiment gewesen. Die Kanzlerschaft Michaelis war ein solches Experiment.“ Die Kanzlerschaft Hertlings scheinne zwar ihm, Stresemann, Gewähr „für die persönliche diplomatische Gewandtheit des Inhabers der Kanzlerwürde“ zu bieten, ohne daß jedoch „darüber hinaus feststände, inwieweit sie außenpolitisch uns der Hauptfrage des kommenden Friedens für Deutschland näherbringen wird“. Innenpolitisch sei „die Kanzlerschaft Hertlings sicherlich

den ich Ihnen mit gleicher Post zusende. Ein freundliches Willkommen werden Sie darin sicher nicht finden.

Mit parteifreundlichen Grüßen und  
besten Empfehlungen  
Ihr sehr ergebener

---

in weiten Kreisen des deutschen Volkes mit tiefem Mißbehagen aufgenommen worden“. Für Preußen „wäre allerdings ein Zentrumsführer als preußischer Ministerpräsident ohne sachliche und persönliche Garantien gerade vom nationalliberalen Standpunkt aus nicht erträglich. Nach diesem Gesichtspunkt ist auch die Diskussion eines nationalliberalen Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums zu bewerten“.

## 91.

### 6. 11. 1917: Unterredung der Abg. Erzberger und Stresemann mit Reichskanzler Graf Hertling

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „Kanzlerkrisis. Besprechung mit Reichskanzler Graf Hertling. Dienstag, 6. November, vormittags ½11 Uhr“.

Gemäß der Verabredung von gestern<sup>2)</sup> abend begaben sich die Abgeordneten Stresemann und Erzberger heute vormittag zu Reichskanzler Graf Hertling.

Abgeordneter Stresemann schilderte dem Grafen Hertling die Unmöglichkeit, daß Geheimrat Friedberg die Stelle des Vizepräsidenten des Staatsministeriums annehmen könnte, wenn nicht ein volksparteilicher Abgeordneter in das Kabinett berufen würde. Es sei nicht nur zu fürchten, daß dann die Volkspartei und die Sozialdemokratie zur Opposition übergängen, sondern man mache damit auch den Nationalliberalen und dem Zentrum den Vorwurf, daß sie für die Persönlichkeiten ihrer Parteien wohl gesorgt hätten, nicht aber für die der anderen Parteien. Nun verstehe man sehr wohl die Bedenken des Grafen Hertling, nicht einen Fachminister zu entlassen, um einem Parlamentarier Platz zu machen. Daher empfehle es sich, ein Staatssekretariat für die besetzten Gebiete und die Demobilisation zu schaffen. Dieses Staatssekretariat könnte mit den Herren von Payer oder Fischbeck besetzt werden. Abgeordneter Stresemann hob die trefflichen Eigenschaften beider Herren hervor. Wenn der Abgeordnete Fischbeck berufen würde, so könnte dieser gleichzeitig preußischer Staatsminister werden, eine besondere [Kreditbewilligung]<sup>2a)</sup> sei hierfür nicht erforderlich.

Abgeordneter Erzberger stimmte dem Vorredner zu und erklärte, ein sachliches Bedürfnis für eine solche Stelle liege vor. Sowohl vom Kriegsministerium wie

<sup>1)</sup> Vgl. die zusammenfassenden Aufzeichnungen Erzbergers — Nr. 105 — und Stresemanns — Nr. 106; sowie Nr. 92a—d. Die Niederschriften Erzbergers sind sehr fragmentarisch verarbeitet bei Erzberger S. 297.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 89.

<sup>2a)</sup> Im Or. irrtümlich: „Kreditbildung“.

vom Auswärtigen Amt sei wiederholt gewünscht worden, ein gesondertes Staatssekretariat für die besetzten Gebiete zu haben, da hierdurch die notwendige Zusammenfassung und die Initiative gesichert seien.

Das Verbleiben des Vizekanzlers Helfferich in seinem Amte sei ganz unmöglich, da es die politische Situation ungemein erschweren würde. Helfferich könne Vorsitzender einer privaten Kommission zur Besprechung der wirtschaftlichen Fragen im Friedensschluß werden.

Reichskanzler Graf Hertling erklärte, daß ihm dieser Vorschlag sehr sympathisch erscheine. Die prinzipiellen Ansichten blieben gewahrt, und er würde dann einen Volksparteiler in seinem Kabinett haben.

Heute abend müsse er nach München reisen<sup>3)</sup>, am 15. November sei er aber wieder in Berlin, und dann könne man bis zum Reichstagszusammentritt diese Frage besprechen. Er werde jetzt mit dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. von Breitenbach und Minister Drews über die Angelegenheit sprechen und uns vielleicht heute noch näheres wissen lassen. Man könne auch überlegen, ob nicht der Reichstag die Initiative ergreifen solle und einen Antrag auf Schaffung eines solchen Staatssekretariats einbringen könne.<sup>4)</sup>

Beide Abgeordneten [Erzberger und Stresemann] erklärten, daß es besser sei, wenn der Reichskanzler selbst die Initiative ergriffe. Die Stelle des Vizekanzlers könne dann offen gelassen werden. Der Reichskanzler könne dann später entscheiden, ob sie besetzt werden sollte und falls er dies wünsche, müsse er vorher mit den Parteien Rücksprache nehmen.

Der Reichskanzler nahm hierzu eine zustimmende Haltung ein.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 87a—c Anm. 13.

<sup>4)</sup> Vgl. Erzberger S. 297: „Tags darauf [6. 11.] setzten Stresemann und ich dem Reichskanzler erneut auseinander, daß auch Friedberg die Stelle des Vizepräsidenten nicht übernehmen könne und werde, wenn nicht ein demokratischer Vizekanzler [sic!] in das Kabinett berufen würde; das Verbleiben Helfferichs in seinem Amte sei ganz unmöglich. Der Kanzler wollte die Sache dilatorisch behandeln und sagte, daß er am Abend nach München abreise, um erst am 15. November zurückzukehren.“

## 6. 11. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

92a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „6. November 1917“.

[Wiemer, Stöve, Rießer, Haußmann, Richthofen, Erzberger, David, Liesching, Fischbeck, Scheidemann, Ebert, Stresemann, Pachnicke, Südekum, Keinath, Junck.]<sup>8)</sup>

Stresemann:<sup>5)</sup> zu Friedberg gerufen.<sup>6)</sup> Teilte mit in Gegenwart von Erzberger und Rießer, zu Hertling gerufen.<sup>7)</sup> Kaiser Ernennung vollzogen und soll publiziert werden und beglückwünscht. Aber vorläufig nicht entgegennehmen, bäte wegen der Fortschrittler. Bei passender Gelegenheit werde er darauf zurückkommen. Sehr ägriert über Brief.<sup>8)</sup> Pistole auf die Brust setzen. Auch nicht Handelsminister entlassen und Politiker an seine Stelle setzen. Patriotischer Appell, keine Schwierigkeiten zu machen. Friedberg gebeten, daß Publizierung hinausgezögert werde, um zu besprechen. Rein persönlich gehe ihn die Sache nur

92b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung am 6. Nov. 1917“.

Anwesend: Wiemer, Liesching, Fischbeck, Pachnicke, Rießer, Stöve, Richthofen, Keinath, Junck, Erzberger, David, Ebert, Scheidemann, Südekum, Stresemann.<sup>4)</sup>

Stresemann referiert:<sup>5)</sup> Er sei mit Erzberger und Rießer zu Hertling gerufen worden.<sup>7)</sup> Friedbergs Ernennung sei durch den Kaiser vollzogen und solle publiziert werden. Friedberg zunächst Glückwünsche abgelehnt, weil Schwierigkeiten wegen Fortschrittler. Hertling sei über den am Tage vorher an ihn abgesandten Brief<sup>8)</sup> sehr ärgerlich gewesen und habe davon gesprochen, er lasse sich Pistole nicht auf die Brust setzen, könne auch Handelsminister nicht entlassen und Politiker an seine Stelle setzen. Schließlich habe H. an Friedberg patriotischen Appell gerichtet, keine Schwierigkeiten zu machen. Dieser habe gebe-

92c: Nachlaß Haußmann 26, eigenhändig mit Tinte.<sup>1)</sup> Überschrift: „I.A. 5. XI. 17“.<sup>2)</sup>

Stresemann:<sup>5)</sup> Kaiser hat Friedberg ernannt / Bei passender Gelegenheit werde er die Fortschrittler berücksichtigen / Man habe ihm gestern<sup>8)</sup> Pistole auf die Brust gesetzt. Friedberg machte seine Stellung davon abhängig<sup>9)</sup> Ich ging mit Erzberger zu Hertling<sup>10)</sup> u. sagte[:] machen Sie Staatssekretär für besetzte Gebiete u. ernennen ihn als preußischen Minister Payer könne er nicht dazu machen aber Fischbeck / Ich bin grundsätzlich damit einverstanden[en] Vizekanzler Wir haben kein Mandat gehabt. Friedberg wird nachher kommen u. mit einem Herrn der

92d: Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „6. 11. 17. Interfraktionelle Besprechung am Montag, den 6. November mittags 12 Uhr“.

Abgeordneter Stresemann (natl.) berichtet über seine Unterredung mit Geheimrat Friedberg und Reichskanzler Graf Hertling.<sup>5)</sup> Graf Hertling habe Herrn Friedberg mitgeteilt, daß der Kaiser seine Ernennung vollzogen habe. Bei passender Gelegenheit werde auch ein Volksparteiler in das preußische Staatsministerium berufen werden. Abgeordneter Friedberg habe sich eine Bedenkzeit ausbeten, die heute mittags abläuft. Der gestrige Brief<sup>8)</sup> sei von Exzellenz Hertling als eine Pistole, die auf die Brust gesetzt wird, bezeichnet worden. Er werde nach München zurückfahren. Sydow könne er nicht entlassen, nur um

mittelbar an, aber Stellungnahme abhängig von Ernennung von Fortschrittler. Stresemann mit Erzberger zu Hertling um 8 Uhr gegangen.<sup>11)</sup> War gerade auf dem Wege zum österreichischen Botschafter. Sehr ägriert. Wir sagten ihm, daß die Sache so nicht ginge. Heute morgen 10 Uhr neue Unterredung gehabt.<sup>12)</sup> Ausweg gesucht, um Fortschrittler ins Ministerium zu ermöglichen ohne Ausschiffung eines Ministers. Wir haben ihm vorgeschlagen: Wenn daran Anstoß, an Ausschiffung von Sydow, dann Staatssekretär für die besetzten Gebiete und für die Demobilisierung. Diese[s] besetzen mit Herrn von der Fortschritts-

ten, Zeit zu Besprechungen zu lassen, weil er Stellungnahme von Ernennung der Fortschrittler abhängig machen müsse. Auch in einer Unterredung Stresemanns und Erzbergers mit Hertling am Montag 8 Uhr abends<sup>11)</sup> zeigte sich H. sehr ägriert. Die beiden ließen ihn nicht im unklaren, daß die Sache so nicht gehe. Dienstag morgen 10 Uhr neue Unterredung.<sup>12)</sup> Da H. auf dem Standpunkt stehe, daß Fortschrittler nach bisherigem Vorschlag nicht aufgenommen werden könnten, so Ausweg gesucht. Ist fortschrittlicher Minister in Preußen möglich ohne Ausschiffung eines anderen? Stresemann und Erzberger

V[olks-]P[artei] u. Soz[ialdemo-  
kratie] reden ob sie ihm raten die Stelle anzunehmen.

ein Mitglied des Parlaments an diese Stelle zu nehmen. Graf Hertling habe einen warmen Appell an Friedberg erlassen. Dieser habe erklärt, daß er kein Kampfminister sei, sondern ein Minister, der dem Frieden dienen wolle. Heute vormittags sei der Besuch vom gestrigen Abend von Abgeordneten Stresemann und Erzberger wiederholt worden.<sup>12)</sup> Abgeordneter Stresemann habe vorgeschlagen, man möge einen Staatssekretär für die besetzten Gebiete und die Demobilisation schaffen. Dieser neue Staatssekretär könne dann zum preußischen Staatsminister ernannt werden. Staatssekretär Helfferich könne im Reichstag

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 92e, Nr. 105, Nr. 106 und Erzberger S. 297 f.

<sup>2)</sup> Irrtümliche Datierung!

<sup>3)</sup> Anwesenheitsliste im Stenogramm mitten in die Ausführungen Fischbecks (s. unten) eingefügt; eckige Klammern wie im Or.

<sup>4)</sup> Haußmann in der Anwesenheitsliste zu Nr. 92b versehentlich weggelassen.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 89.

<sup>6)</sup> Die Unterredung mit Friedberg fand nicht bei Friedberg statt, sondern in der Wohnung Stresemanns. Vgl. Nr. 89.

<sup>7)</sup> Die Teilnahme Rießers an der Besprechung mit Hertling am 5. 11. 1917 abends läßt sich nicht nachweisen und dürfte auch unwahrscheinlich sein (vgl. auch Anm. 34). Eher läßt sich denken, daß Friedberg „in Gegenwart von Erzberger und Rießer“ (so Nr. 92a) Stresemann mitteilte, er sei zu Hertling gerufen worden. Aus Nr. 89 geht allerdings die Anwesenheit Rießers bei der Besprechung Erzbergers

und Stresemanns mit Friedberg nicht hervor, was jedoch nicht gegen die Zuverlässigkeit des Stenogramms Nr. 92a zu sprechen braucht. Der Wortlaut des Stenogramms, das Südekum als Vorlage für seine zweite, maschinenschriftliche Aufzeichnung diente, macht wiederum die Entstehung der in Nr. 92b wiedergegebenen irrtümlichen Version verständlich, zumal sich Stresemann und Erzberger nach der gemeinsamen Unterredung mit Friedberg tatsächlich zu Hertling gaben.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 88.

<sup>9)</sup> Bricht im Or. im Satz ab. Sinngemäß zu ergänzen: daß auch ein Fortschrittler berufen würde. Vgl. Nr. 92a.

<sup>10)</sup> Das Folgende bezieht sich bereits auf die Unterredung mit Hertling am 6. 11. 1917 vormittags (vgl. Nr. 91), während die Unterredung mit dem Kanzler am Vorabend (vgl. Nr. 89) in Nr. 92c übergangen wird.

<sup>11)</sup> Also anschließend an die Unterredung mit Friedberg. Vgl. Nr. 89.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 91.

partei und dann preußischer Staatsminister. Helfferich könne vor dem Parlament nicht mehr erscheinen. Rücktrittsgesuch müsse angenommen werden. Vielleicht als Vorsitzender einer Wirtschaftskommission. Vor Wiederbesetzung mit den Parteien Rücksprache nehmen. Das will er auch tun. Er müsse auch sagen: Fischbeck und Payer. Payer könne er nicht zum preußischen Staatsminister machen, wohl aber Fischbeck. Er würde sich mit Breitenbach und Drews in Verbindung setzen. Er wollte eigentlich erst Resolution des Reichstags. Das haben wir ihm ausgedet. „Ich will das machen in der Zeit vom 15. bis 22.“ In bezug auf Vizekanzler Rücktrittsgenehmigung, vorläufig nicht wieder besetzen, Fühlung nehmen mit Parteien. Friedbergs Eintritt ohne Fortschrittler, Rücktritt Hertlings liegt auch nicht im vaterländischen Interesse.

Mir hat vorgeschwebt, daß die Fortschrittler sich gerade für die besetzten Gebiete interessiert haben. Das Sekretariat wäre von besonderer Bedeutung.

Das gegenwärtiger Stand der Dinge. Friedberg wolle ½1 Uhr

Vorschlag gemacht: Staatssekretariat für besetzte Gebiete und für Demobilisierung; dieses Amt Fortschrittler, der dann preußischer Staatsminister werden soll. Weiter H. gesagt, Helfferich könne nicht mehr vor Parlament erscheinen, Rücktrittsgesuch müsse angenommen werden; Weiterverwendung vielleicht als Vorsitzender einer Wirtschaftskommission. H. behielt sich Wiederbesetzung des evt. freierwerbenden Postens Vizekanzler vor, versprach aber vor Neubesetzung Rücksprache mit Parteien. Die Lage ist also: Friedberg tritt ohne Fortschrittler nicht ein; Eintritt der Fortschrittler in bisheriger Weise nicht möglich zu erreichen; daran kann Ministerium H. scheitern, dies nicht im vaterländischen Interesse. Daher Ausweg: Staatssekretariat besetzter Gebiete, welches von besonderer Bedeutung werden könnte. Friedberg will 1 ½ Uhr im Reichstag erscheinen, um mit Fortschrittlern und Sozialdemokraten zu verhandeln.

nicht mehr erscheinen. Die Besetzung des Vizekanzlerpostens könne nach Rücksprache mit den Parteien vor sich gehen. Graf Hertling sei grundsätzlich mit diesem Vorschlag einverstanden gewesen. Nur Herr von Payer könne nicht preußischer Minister werden, wohl aber Abgeordneter Fischbeck. Er fragte, ob vielleicht die Initiative vom Reichstag ausgehen könne, was beide Abgeordneten abgelehnt haben. Der Herr Reichskanzler reise heute nach München<sup>13)</sup>, und kehre am 15. November zurück. Friedberg könne allein nicht eintreten in seinen Posten, darum wolle er um ½1 Uhr noch mit Vertretern der Volkspartei und Sozialdemokratie sprechen.

kommen. [Rücksprache]<sup>14)</sup> mit Sozialdemokraten und Fortschrittlern.

**Erzberger:** Nichts hinzuzufügen. Wir haben auch gesagt, die Stelle sei auch sachlich begründet.

**Scheidemann:** Die Lage sehr kritisch geworden. Wenn Hertling wieder weggeht, wird es schlechten Eindruck machen. Aber wenn wir dupiert sind, dann noch schlechterer Eindruck im Ausland. Nach allem, was wir vorgeschlagen haben, schiebt man alles beiseite. Fischbeck auf totes Gleis. Was als besetzte Gebiete in Betracht kommt, daran muß der Mann scheitern. Wir wollen jemand, der als Vizekanzler nach links rückensteif. Statt dessen verhimmelt der Kanzler den Helfferich. Wenn das jetzt an die Öffentlichkeit kommt, dann ist es schrecklich. Wie sieht das Ministerium dann aus? Hertling und Friedberg.

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 87a—c Anm. 13.

<sup>14)</sup> Im Stenogramm: „Sprach“.

<sup>15)</sup> Vgl. Erzberger S. 297 f.: „Graf Hertling bezeichnete den Brief [s. Nr. 88] als eine ‚Pistole, die ihm auf die Brust gesetzt‘ worden sei. Die Mehrheitsparteien ließen dies nicht gelten und stimmten einmütig dem Sozialdemokraten Scheidemann zu in der Auffassung, daß sie dupiert seien; die Dinge seien von neuem verschoben und auf ein

**Scheidemann:** Lage sehr kritisch. Abgang Hertlings im Ausland schlechten Eindruck, aber Düpierung der Mehrheit noch schlechter. Alle unsere Vorschläge zur Seite geschoben. Vorschlag Staatssekretariat besetzter Gebiete unmöglich, weil Scheitern sicher. Wir brauchen Vizekanzler zur Rückensteifung nach links, statt dessen verhimmelt H. den Helfferich. Ministerium H. + Friedberg ohne Fortschrittler für uns unerträglich.<sup>15)</sup>

**Scheidem[ann:]** Es macht auf mich einen geradezu niederschmetternden Eindruck. Nichts von Payer, nichts von Dove / Der Mann muß scheitern Die Lösung ist unglücklich.<sup>15)</sup>

**Abgeordneter Scheidemann (Soz.):** Er könne nur sagen, daß die Mehrheitsparteien dupiert sind. Die Linke sei bei Seite geschoben. Man sei auf einem toten Geleise angekommen. Der Vizekanzler sei abgelehnt. Die Situation sei ganz unmöglich. Die Stelle eines Staatssekretariats für die besetzten Gebiete sei nicht durchführbar.<sup>15)</sup>

totes Gleis gekommen; Hertling und Friedberg allein bildeten kein Kabinett, das haltbar sei; die Demokratie sei als Gegengewicht absolut notwendig. Die volksparteilichen Abgeordneten selbst waren und mußten durch dieses Vorgehen aufs höchste verstimmt sein. Abgeordneter Haußmann sagte, Hertling wolle die Mehrheit nur ausnutzen, aber nicht regieren lassen; er betrachte sie mehr als ‚lästigen Eindringling, nicht als erwünschten Mitarbeiter‘.“

Wir wissen, warum wir ihn nehmen. Aber das Volk weiß das nicht. Die Lösung scheint noch nicht zugänglich zu sein.<sup>15)</sup>

**Liesching:** Die Herren haben besprochen, daß Helferichs Gesuch angenommen wird. Da fehlt jeder Grund, warum nicht Vizekanzlerschaft durch Fortschrittler besetzt wird. Warum nicht Vizekanzler besetzen? Sachlicher Grund dafür fehlt noch. Wegen der Stellung eines Ministers für die besetzten Gebiete und Demobilisation ist unhaltbar; schon jetzt Reibungen zwischen Helferich und Schwander. Schwander ohne Übergangswirtschaft ganz unmöglich. Kriegswirtschaft und Übergangswirtschaft nicht voneinander zu trennen. Demobilisation muß dann bei Schwander bleiben. Die geplante Trennung geht absolut nicht. Rücktritt Schwanders wäre dann wohl unvermeidlich.

Das mit dem Handelsministerium haben wir immer gewußt, daß das besetzt ist. Aber Hertling hat immer zugesagt, daß ein preußisches Ministerium durch Fortschrittler besetzt werde. Noch am Sonntag wurde über preußisches Ministerium kein Zweifel gelassen.<sup>18)</sup>

**Liesching:** Bisher ist immer behauptet, Helferichs Abschiedsgesuch sei angenommen. Dann fehlt jeder sachliche Grund, Vizekanzler nicht durch Fortschrittler zu besetzen. Der neue Vorschlag ist unannehmbar, schon jetzt Reibungen zwischen Helferich und Schwander. Übergangswirtschaft muß bei Schwander bleiben. Hertling hat immer gesagt, daß ein preußisches Ministerium durch Fortschrittler besetzt werde. Noch am Sonntag darüber keinen Zweifel gelassen.<sup>18)</sup>

Zweifel immer nur wegen Helferich. Bei uns Eindruck, daß wir hintergangen sind, weil immer sachliche Änderungen kommen, wenn Personenfrage geklärt scheint. Ausdrücklich betont, H. habe freie Hand; jetzt wird plötzlich Potsdam vorgeschoben. Kein Vertrauen zu jemand, der Versprechungen nicht hält. Sehr trübe Aussichten, weil latenter Konflikt. Vorgeschlagener Ausweg zu gekünstelt: man will neues Staatssekretariat und dabei den Posten, auf den es

**Liesching:** Helferich scheidet ja aus, also ist der Posten frei. Schwander hat seh[r]<sup>16)</sup>

Wir haben kein Vertrauen / Es gibt einen latenten Konflikt / Das sind sehr schwierige Aussichten.<sup>15)</sup>

Ich bin dankbar, daß Sie einen Ausweg gesucht haben, aber er ist denkbar<sup>17)</sup>

Abgeordneter **Liesching** (Volkspart[ei]): Die Stelle des Vizekanzlers werde frei; warum werde sie nicht mit einem Volksparteiler besetzt. Das neue Staatssekretariat für die Demobilisation werde nur zu Reibungen Anlaß geben. Die Volkspartei habe den Eindruck, als ob sie hintergangen worden sei. Es komme ein latenter Konflikt. Es bestünden trübe Aussichten. Der genannte Ausweg sei nicht gangbar.<sup>15)</sup>

Zweifel bisher immer nur wegen Helfferich. Wo die Personenfrage geklärt ist, kommt man mit sachlichen Änderungen. Bei uns der Eindruck, daß wir hintergangen worden sind, in einer Weise, die sehr schlimm ist. Es wurde gesagt, daß Hertling freie Hand habe. Aber jetzt wird plötzlich Potsdam vorgeschoben. Man kann uns nicht zumuten, daß wir Vertrauen haben zu einem Mann, der Versprechungen nicht hält. Latenter Konflikt. Stimmung der Sozialdemokraten ist in dieser Frage noch entschiedener. Das sind sehr trübe Aussichten. Ich war in der ganzen Zeit nicht so sorgenvoll. Für den Versuch eines Auswegs dankbar, aber Ausweg nicht gangbar. Gekünstelte Sache: ein Staatssekretariat sucht man, den Posten, auf den es ankommt, läßt man unbesetzt.<sup>15)</sup>

**Erzberger:** Kandidatur Hertling war gescheitert. Dann ist sie durch Kühlmann auf neuen Boden gestellt worden. Kühl-

<sup>15)</sup> Bricht im Or. im Wort ab. Sinngemäß etwa zu ergänzen: sehr große Reibungen mit Helfferich. Vgl. Nr. 92a.b.

<sup>17)</sup> Bricht im Or. im Satz ab. Zu ergänzen wahrscheinlich: gekünstelt. Vgl. Nr. 92a.b.

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 86 und Nr. 87a—c.

ankommt, nicht wieder besetzen.<sup>15)</sup>

**Erzberger:** Die Lage ist so: Kandidatur H. war gescheitert, dann durch Kühlmann auf neuen Boden gestellt. Kühl-

**Erzberger:** Die Kandidatur H. war gescheitert / Kühl[mann] bat mich am Dienstag<sup>19)</sup> 5 Uhr<sup>20)</sup> zu sich.<sup>21)</sup>

<sup>19)</sup> 30. 10. 1917.

<sup>20)</sup> Nach Nr. 74b fand die Unterredung um 18 Uhr statt. Für die Differenzen in den Zeitangaben vgl. auch Nr. 74b Anm. 2 und 11.

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 74a.b und Nr. 75a—c.

Abgeordneter Erzberger (Zentrum) stellt nochmals den historischen Werdegang der Kandidatur Hertling dar. Da-

mann hat mich Dienstag abends<sup>19)</sup> ½6 Uhr<sup>20)</sup> zu sich; am selben Abend Ebert und Richthofen.<sup>21)</sup> Aus außenpolitischen Gründen muß es gemacht werden. Depeschen sind fertig über Parlamentarisierung. Man muß sich zusammenfinden. Hauptschwierigkeit war damals Trennung beider Ämter. Das geht. Zweite Schwierigkeit: Zentrumsmann und Katholik. Deshalb Begleitmänner links und rechts. Deshalb wegen preußischer Wahlreform Nationalliberaler Vizepräsidium in Preußen. Dafür könne nur Friedberg in Betracht kommen. Zweitens sollte neben Hertling noch Fortschrittler in Staatsministerium. Da habe ich auf Sydows Abgang hingewiesen und auf Dove aufmerksam gemacht. Da sagte er: das läßt sich auch machen. Er<sup>23)</sup> verhandelte auf Wunsch und Auftrag Reichskanzlers und im Einverständnis mit Hertling. Wie steht es mit Helfferich? Er wollte darüber nicht sprechen. Über die Besetzung des Vizekanzlers ist nicht gesprochen worden, weil er nicht aus persönlichen Gründen darüber sprechen wollte.<sup>25)</sup> Das waren meine Voraussetzungen. Ich selbst habe diese Vor-

mann Dienstag abend<sup>19)</sup> mir gesagt, aus außenpolitischen Gründen müsse Kanzlerschaft H. gemacht werden, Depeschen über Parlamentarisierung seien bereits fertig. Man müsse sich zusammenfinden, Ähnliches am selben Abend auch zu Ebert und Richthofen gesagt.<sup>21)</sup> Hauptschwierigkeit war damals Trennung der beiden Ämter. Darüber hinweggekommen. Zweite Schwierigkeit: H. Zentrumsmann und Katholik; deshalb links und rechts Begleitmänner notwendig. Wegen Wahlreform in Preußen nationalliberaler Vizepräsident Staatsministeriums notwendig. Dafür konnte nur Friedberg in Betracht kommen. Neben H. sollte zweitens noch Fortschrittler ins Staatsministerium; dabei Sydows Abgang als Handelsminister ins Auge gefaßt. H. auf Dove aufmerksam gemacht. Da sagte Kühlmann: Das lasse sich auch machen. Kühlmann, der auf Wunsch und im Auftrag des Reichskanzlers Michaelis und im Einverständnis mit H. verhandelte, wollte über Helfferich nicht sprechen, deshalb wurde Neubesetzung des Vizekanzlerpostens aus Unterredung ausgeschieden.<sup>25)</sup> Unter solchen

Die Depeschen liegen fertig: Der erste Parlamentarier als Reichskanzler

Ich: Ich glaube, die Schwierigkeit [besteht darin:]<sup>22)</sup> 1. Trennung unmöglich / 2. Zentrums[mann] / Deshalb rechts u. links Mitarbeiter[National]liberale[r] u. Demokrat / für W[ahlreform] Darauf K.: das ist eine sehr gute Kombination.

Ich habe dann den Namen Dove genannt.

Ich<sup>23)</sup> handle im Wunsch u. Auftrag von Michaelis u. im Einverständnis mit<sup>24)</sup>

Über Helfferich wollte er<sup>23)</sup> nicht rede[n] weil er Kollege sei.<sup>25)</sup>

Ich<sup>26)</sup> sehe das ganze als ein untrennbares Ganzes / [Eintritt]<sup>27)</sup> eines Fortschrittler[s] Das<sup>28)</sup> Entlassungsgesuch von Helfferich wird am 15. XI. erfolgen / Er<sup>29)</sup> könne nicht einen bewährten Minister wie Sydow entlassen.

Ob er die Stelle Vizekanzler[s] besetzt wisse er nicht.

Daß keine andere Kandidaten als Payer u. Fischbeck in Betracht kommen die auch wir anderen allein unterstützen steht fest.

bei sei man allerdings von Anfang an davon ausgegangen, daß die Volkspartei ein Ministerportefeuille in Preußen erhalten müsse. Das sei auch von Staatssekretär von Kühlmann in Aussicht gestellt worden.<sup>21)</sup> Er empfehle deshalb sich nochmals mit Staatssekretär von Kühlmann in Verbindung zu setzen.

schläge gemacht. Unter dieser Voraussetzung sind wir hier herangetreten am anderen Tage.<sup>30)</sup> Diese Voraussetzung wird nicht eingehalten. Damals sind keine Schwierigkeiten erhoben worden. Ob Hertling am Dienstag bei den Parteiführern Schwierigkeiten gemacht hat, weiß ich nicht. Die Voraussetzungen sind nicht erfüllt im zweiten Teile.

In bezug auf Vizekanzler: Sofortige Besetzung ist schwer, weil Helfferichs Entlassungsgesuch erst am 15. November genehmigt werden soll. Hertling hat gestern abend und heute erklärt<sup>28)</sup>, er könne nicht den Minister, der sich bewährt hätte, entlassen, um einen Parlamentarier an seine Stelle zu setzen. (Lisco!<sup>31)</sup> Beseler!<sup>32)</sup>) Da kam man auf die Idee eines Staatssekretariats der besetzten Gebiete. Das wird ein Kampfstaatssekretariat! In der Sache gibt es aber soviel Arbeit,

Voraussetzungen sind die vier Parteien am anderen Tage an die Arbeit gegangen.<sup>30)</sup> Jetzt werden die Voraussetzungen nicht eingehalten. Namentlich sind die Voraussetzungen im zweiten Teile nicht erfüllt. In bezug auf Vizekanzler sei zu sagen, daß sofortige Besetzung schwer sei, weil Helfferichs Entlassungsgesuch erst 15. November genehmigt werden solle. Auch preußisches Ministerium für Fortschrittler schwer, weil H. jetzt erkläre<sup>28)</sup>, er könne nicht einen bewährten Minister entlassen, um einen Parlamentarier an seine Stelle zu setzen (Zwischenruf: Lisco<sup>31)</sup>, Beseler!<sup>32)</sup>). Unter diesen Umständen haben Stresemann und ich Staatssekretariat besetzter Gebiete vorgeschlagen. Sachlich äußerst wichtig. Allerdings Kampfministerium. Dieser Staatssekretär dann preussischer Minister. Vizekanzler bleibt noch offen. H. wisse noch

<sup>22)</sup> Ergänzt nach Nr. 92a.b.

<sup>23)</sup> Kühlmann.

<sup>24)</sup> Bricht im Or. im Satz ab. Zu ergänzen: Hertling.

<sup>25)</sup> Vgl. Nr. 74b Anm. 10.

<sup>26)</sup> Erzberger.

<sup>27)</sup> Im Or.: „Eintreff“. Offensichtlicher Schreibfehler.

<sup>28)</sup> Vgl. Nr. 89 und Nr. 91.

<sup>29)</sup> Hertling.

<sup>30)</sup> Vgl. Nr. 75a—e.

<sup>31)</sup> Hermann Lisco, Staatssekretär des Reichsjustizamtes seit 1909, war am 5. 8. 1917 durch das nationalliberale Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses Paul von Krause ersetzt worden.

<sup>32)</sup> Maximilian von Beseler, preuß. Justizminister seit 1905, war am 5. 8. 1917 durch den Reichstagsabgeordneten des Zentrums Peter Spahn abgelöst worden.

daß eine eigene Behörde schon wichtig wäre. Man kann nicht alles dem Militär überlassen. Das Staatssekretariat wäre äußerst wichtig.

Der Staatssekretär müßte dann Preuße sein, damit er [Staatsminister]<sup>33)</sup> werden könnte. Ins preußische Staatsministerium sollte ein preußischer Fortschrittler eintreten. Vizekanzler noch offen. Hertling wisse noch nicht, ob er sie besetze; aber wenn er sie besetze, dann werde er vorher Rücksprache mit den Parteien nehmen. Als Personen kämen nur in Betracht die beiden genannten Fortschrittler. Es fragt sich, ob nicht doch dieser Ausweg gangbar wäre. Entscheidung liegt bei den Sozialdemokraten und Fortschrittlern.

**Rießer:** Ich war nicht mehr bei der Besprechung<sup>34)</sup>, wußte nichts von den Vorschlägen. Was haben wir verlangt? Wir haben nicht verlangt, daß Fischbeck Handelsminister werden müsse. Nur ins preußische Staatsministerium. Wenn die Herren bereit sind, den Kollegen Fischbeck ins preußische Staatsministerium zu nehmen, dann ist unsere Forderung erfüllt. Daß man nebenher

nicht, ob er ihn besetze, wolle aber Rücksprache mit Parteien nehmen, wenn er es tue. Die Entscheidung liege nunmehr bei Sozialdemokraten und Fortschrittlern, ob vorgeschlagener Ausweg noch gangbar sei.

**Rießer:** Was haben wir verlangt? Nicht daß Fischbeck Handelsminister werden müsse, sondern nur daß er ins preuß. Staatsministerium eintrete. Wenn man jetzt ihn nebenher noch als Staatssekretär nehmen wolle, dann gehe das über unseren eigenen Vorschlag hinaus. Dagegen sprechen aber Bedenken, die schon hervor gehoben. Wir haben weiter gefordert Payer Vizekanzler. Der

**Rießer:** Der Vizekanzler Payer muß von uns nach wie vor verlangt werden.

Sydow hat versagt.

Wir nehmen

Wir sind damit einverstanden daß Vizekanzler Payer wird, nach dem 15. Nov.

Man hat Pachnicke gefragt, wen?<sup>35)</sup>

Der sagt, ich muß mit meinen Freunden reden. Das geschieht u. wird als Pistole

Abgeordneter **Rießer** (national-liberal) erklärt, Sydow könne leicht entfernt werden, er sei ein Minister gegen Handel und Industrie. Der gestern abgesandte Brief an Graf Hertling<sup>8)</sup> enthalte nichts Neues.

Fischbeck noch als Staatssekretär nehmen will, das ist etwas, was über unseren Vorschlag hinausgeht. Dagegen sprechen die Bedenken, die schon Scheidemann und Liesching geäußert haben.

Wir haben weiter Forderung gestellt in bezug auf Vizekanzler, und zwar Payer. Dieser Posten als Vizekanzler an sich ein vorübergehender Posten nach unserem eigenen Beschluß. Am 31. März 1919 endet der Vizekanzlerposten.<sup>35)</sup> Für diesen Posten weiter zu bestehen auf der Wahl des Herrn Payer halte ich für unsere Pflicht. Aber wenn Hertling deshalb weggehen würde, dann wäre das ein gewaltiger Schaden. Während der Abwesenheit von Hertling kann Helfferich noch bleiben, aber neue Besetzung, falls sie überhaupt erfolgt, nicht ohne vorherige Rücksprache; wir teilen mit, daß wir auf der Besetzung des Postens durch Herrn von Payer bestehen bleiben müssen. Ganz und gar bin ich nicht der Ansicht, daß Sydow trefflich und bewährt sei! Handel und Indu-

Posten an sich nach unserem eigenen Beschluß vorübergehend.<sup>36)</sup> Auf Besetzung dieses Postens durch Payer zu bestehen ist unsere Pflicht. Aber wenn H. deswegen weggehen würde, dann gewaltiger Schaden. Deshalb Mitteilung an H., daß wir auf Besetzung des Postens durch Payer bestehen bleiben müssen; gegen Verwaltung des Amtes durch Helfferich während H.'s Abwesenheit nichts einzuwenden; auf jeden Fall vor Neubesetzung Rücksprache mit Parteien. Ferner wäre H. mitzuteilen, daß die Urteile über Sydow weit auseinandergehen. Wir bleiben daher auch bei Benennung von Fischbeck als notwendiges Mitglied preußischen Staatsministeriums. — Unser Brief an H. vom Montag<sup>3)</sup> hat in keiner Weise Neues verlangt. Deshalb Aufregung H.'s unerklärlich, seine Äußerung mindestens unglücklich. Wir müssen, weil die Sache doch in Öffentlichkeit kommt, objektiv feststellen, wie H. alles das schon grundsätzlich genehmigt hatte, was er jetzt als Erpressung

<sup>35)</sup> Im Stenogramm: „Staatssekretär“. Daß es sich um ein bloßes Schreibversehen handelt, geht auch aus Nr. 92b hervor.

<sup>36)</sup> Gemeint ist wahrscheinlich die Besprechung Erzbergers und Stresemanns mit Hertling am 5. 11. 1917, abends. S. auch Anm. 7.

<sup>35)</sup> Vgl. Nr. 87a—c.

<sup>36)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3885 und Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 322 S. 1817 f. (Drucksache Nr. 1076).

strie haben schon seit längerer Zeit Sydow [Minister] gegen Handel und Gewerbe getauft. Wenn ein Minister versagt hat, so ist es Sydow gewesen! Wir bleiben bei der Benennung von Fischbeck und nehmen Kenntnis davon, daß er zum Mitglied des preußischen Staatsministeriums ernannt wird. Helfferichs Ersatz erst nach dem 15. November, aber verbleiben bei Payer.

Mit unserem Brief haben wir in keiner Weise etwas Neues verlangt. Deshalb sind die Äußerungen von Hertling sehr unglücklich. Wir sind es uns selbst schuldig, auch der Öffentlichkeit gegenüber, wenn es einmal in die Öffentlichkeit kommt, daß wir objektiv feststellen, wie Hertling alles das, was er als „Pistole“ bezeichnet, grundsätzlich schon genehmigt hatte. Nur in der einen Weise ist er beigeblichen: nämlich daß er offenließ, ob er Vizekanzler besetzen würde.

**Ebert:** Wir sind erst ablehnend Hertling gegenübergetreten. Dann mit Widerwillen zugestimmt. Immer sehr vorsichtig. Erst nach dem Donnerstag<sup>37)</sup> habe ich Vertrauen zur Sache gewonnen. In der Sache einig,

usw. bezeichnet. Nur in einer Weise ist er bei der Stange geblieben, nämlich darin, daß er immer offen gelassen hat, ob er den Vizekanzlerposten besetzen würde oder nicht.

**Ebert:** Wir sind H. ablehnend gegenübergetreten, nur widerwillig zugestimmt; waren immer sehr vorsichtig. Erst nach Donnerstag<sup>37)</sup> habe ich Vertrauen zur Sache gewonnen. In der Sache selbst Parteien immer

**Ebert:** Am Donnerstag 1. Nov.<sup>37)</sup> habe ich Vertrauen nach der Besprechung mit Hertling [gewonnen]. Am Sonntag<sup>18)</sup> zweifelte ich. Heute noch mehr. Über die Duplizität eines

Abg. **Ebert** (Soz.): Die Situation sei gründlich verfahren. Anfangs habe er sich all dem gegenüber ablehnend verhalten, dann später zurückhaltend. Erst Donnerstag<sup>37)</sup> habe er Vertrauen gefaßt; nun ent-

nur Schwierigkeiten in der Personenfrage. Sonntag morgen war ich schon bedenklicher. Was Hertling jetzt sagt, steht im direkten Gegensatz zu dem, was er mir Sonntag<sup>18)</sup> gesagt hat. Das ist außerordentlich bedenklich. Auch Erregung über unseren Brief<sup>8)</sup> ist unerklärlich. Das hätte Hertling lediglich begrüßen müssen. Daraus eine Erregung herzuleiten, verstehe ich nicht. Der Fortschrittler soll ins preußische Ministerium über den Weg eines Reichssekretariats.<sup>42)</sup> Darüber läßt sich reden. Aber das Ressort ist ein überaus kompliziertes und schwieriges Ressort. Wir dürfen uns nicht in eine Lage hineindrängen lassen, daß es nicht geht. Verwaltung der besetzten Gebiete hat immer Anlaß zu heftiger Kritik gegeben. Naturgemäß wird das so bleiben müssen, denn das Militär entscheidet doch. Das ist das gefährlichste Glatteis, auf das wir geführt werden können.

<sup>37)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>38)</sup> So im Or. Was gemeint ist, geht aus Nr. 92a.b hervor.

<sup>39)</sup> Bricht im Or. im Wort ab. Sinngemäß etwa zu ergänzen: . . . als nicht gewachsen seinem Amt hinzustellen.

<sup>40)</sup> Bricht im Or. im Wort ab. Sinngemäß zu ergänzen: . . . unter allen Umständen darauf bestehen, daß in Preußen und im Reich Gegengewichte geschaffen werden.

einig. Schwierigkeiten höchstens in Personenfragen. Was H. jetzt sagt, direkt gegensätzlich zu dem, was er mir Sonntag<sup>18)</sup> gesagt hat. Das ist außerordentlich bedenklich. Auch Erregung über unseren Brief<sup>8)</sup> unerklärlich, den H. vielmehr hätte begrüßen sollen. Über jetzigen Vorschlag, Fortschrittler ins preuß. Ministerium auf Umweg über Reichssekretariat<sup>42)</sup> zu entsenden, läßt sich reden. Aber vorgeschlagenes Ressort überaus schwierig. Gefahr, daß wir in Lage kommen, die nicht haltbar. Verwaltung besetzter Gebiete gab immer Anlaß heftigster Kritik. Das bleibt so, weil Militär entscheidet. In der Hinausschiebung endgültiger Kabinettsbildung liegt große Gefahr; scheinbar das Werk Helfferichs zu sein, der seine Position halten will. Dazu kommt Auffassung H.'s, daß Helfferich unentbehrlich sei. Wenn jetzt 14 Tage Aufschub, dann Folgen unübersehbar. H.

Staatssekretärs mit preuß. Minister<sup>38)</sup> ließe sich reden. Aber es erfolgt Zerteilung der Arbeitskraft um den Mann bald als nicht gewachsen sei[nem]<sup>39)</sup> Einheitliche Kombination sein<sup>38)</sup> / Wir müssen unter all[en]<sup>40)</sup><sup>41)</sup>

Die Herren die [mit] Pessimismus auftraten, dem ich entgegengetreten bin, haben recht gehabt / Zustimmung

Man hat Friedberg zu sagen, er soll nicht<sup>43)</sup> / 1) Ein Herr Fortschrittler in's preuß. Ministerium / 2) Payer als Vizekanzler. Helfferich führt im Übergang die Geschäfte.

Auf das neue Geleise können wir uns nicht begeben.<sup>15)</sup>

stehen Schwierigkeiten bei der Personenfrage. Der gestrige Brief<sup>8)</sup> enthalte nichts Neues. Man suche alles aufs Glatteis zu schieben. Reichskanzler Graf Hertling und die Nationalliberalen allein, das ginge nicht; die Volkspartei sei als Gegengewicht notwendig. Es ginge sonst wie bei Michaelis. Ganz klare Verhältnisse müßten geschaffen werden.<sup>15)</sup>

Das hat aber der Kollege Fischbeck selbst zu entscheiden. Warum schiebt man die Sache hinaus? Einmal im Innern starke Beunruhigung, auch nach außen; und je länger hingezögert wird, desto schwieriger wird die Lage im allgemeinen. Ich sehe da offen und klar Taktik Helfferichs, der seine Position wahren will. Dazu kommt Auffassung Hertlings über Helfferich, den er für unabkömmlich hält. Dieses Spiel wird fortgesetzt werden. Was nach 14 Tagen werden wird, kann noch keiner übersehen.

Das Ganze ist eine einheitliche Aktion: Hertling und Friedberg allein würden wir nicht tolerieren können; wir müssen im preußischen Ministerium und im Reich Gegengewichte haben. Darauf müssen wir unter allen Umständen bestehen. Wir haben die allergrößten Schwierigkeiten! Das haben wir nicht alles gesagt, aber die Schwierigkeiten sind da. Wenn die Geschichte von vornherein mit solchen Schwierigkeiten beginnt und wenn Hertling so verfährt, dann geht es wie bei Michaelis!

Was soll geschehen? Friedberg will mit uns sprechen. Was sollen wir sagen? Wir würden

und Friedberg allein wären unerträglich, wir brauchen Gegengewichte in Preußen und Reich. Wir bestehen darauf unter allen Umständen, weil sonst allergrößte Schwierigkeiten. Jetzige Lage beinahe so schlimm wie Michaelis. Friedberg müssen wir sagen: nicht annehmen, bevor nicht ganze Kombination geregelt ist. Ein Fortschrittler Staatsministerium, Payer Vizekanzler. Das muß gehen.<sup>15)</sup>

Friedberg sagen müssen: lehnen Sie ab, bevor nicht ganze Kombination geregelt ist. Zweitens: Soll man unter diesen Umständen darauf bestehen, daß der Reichstag berufen wird? Das Wagnis eingehen? Wenn jetzt nichts geregelt wird, dann hat das keinen Sinn!

Ein Fortschrittler ins Staatsministerium, Payer als Vizekanzler, daß muß jetzt gehen.<sup>15)</sup>

**Wiemer:** Schwere Bedenken. Wir sind einig im Fortschritt: ein Mitglied ins Ministerium und Vizekanzler. Das Ressort ist nicht das Entscheidende. Hauptsache ist, daß jemand hinkommt, der als Stütze liberaler Politik mit beeinflussen kann. Ich bin sehr im Zweifel, ob Staatssekretär als Minister diese Voraussetzung erfüllen kann. Nehmen wir einmal an, daß Fischbeck das mache: dann wäre er Staatssekretär und ohne Ressort Minister. Dann wäre er sehr belastet und hätte keinen Einfluß in Preußen. Ein Mann würde sich geradezu aufreiben müssen in seinem Amte und hätte keine

**Wiemer:** Wir sind einig in diesen Punkten[:] ein Fortschrittler ins Ministerium, einer Vizekanzler, Ressort nicht entscheidend, sondern nur starke Stütze des Liberalismus. Staatssekretär als gleichzeitiger preußischer Minister ohne Ressort ist das nicht ganz, weil in Preußen ohne Einfluß. Auch bei Vizekanzler Abgehen von Payers Person unmöglich. Ganzes Ministerium H. [erregt] ohnehin schon Mißstimmung in unseren Kreisen; jetziges Verhalten grenzt an Michaelis und verstärkt Mißstimmung erheblich.

**Wiemer:**<sup>44)</sup> Ich habe schwere Bedenken gegen den neuen Weg, wie Ebert / Preuß. Fraktion stimmt mit uns in beiden Fällen (Fischbeck u. Payer) zur Beeinflussung der Politik. Durch Entsendung eines Staatssekretär[s] würde der Zweck nicht erreicht. Der Mann wird sich in den neuen Aufgaben aufreiben. Er hat als Ressortminister eine andere Stellung sein[en]<sup>45)</sup> Wir wollten gerade Herrn v. Payer haben, die anderen Parteien auch auf Grund seiner Erfahrungen. Ich habe gründliches Mißtrauen. Bei meinen Freunden erhebliche Mißstimmung.

Abgeordneter **Wiemer** (Fortschrittliche) Volkspart[ei]) hat schwere Bedenken gegen das neue Staatssekretariat. Die Landtagsfraktion der Volkspartei sei darin einig, daß die Volkspartei im Staatsministerium vertreten sein müsse. Das Ressort sei Nebensache. Herr von Payer müsse Vizekanzler werden, sonst sei großes Mißtrauen vorhanden und kein ruhiges Arbeiten möglich.

<sup>44)</sup> S. Anm. 41.

<sup>45)</sup> Sinngemäß etwa folgendermaßen zu ergänzen: seinen Kollegen im Ministerium gegenüber.

Zeit für Preußen. Nach Lage der Dinge ist eigentlich das Handelsministerium das einzige Amt, das in Frage kommt.

In bezug auf Vizekanzler Voraussetzungen auch nicht erfüllt. Er sollte Vermittler sein, und deshalb kam man auf Payer. Deshalb muß an dieser Forderung festgehalten werden. Diese Sache will sich also Hertling offenlassen. Ich habe gründliches Mißtrauen, ob das durchgeführt werden wird. Wie sich die Dinge entwickeln, scheint Anlaß zu Mißtrauen vorhanden zu sein. Man scheint Weg zu suchen, um mit guter Manier aus der Geschichte herauszukommen. Wie die Sache jetzt läuft, wird [sie] sehr schwere Mißstimmung bei meinen Freunden erregen. Das ganze Ministerium Hertling erregt ohnehin schon Mißstimmung. Wenn die Sache gemacht werden soll, so muß sie erfolgen mit voller Mitwirkung eines Vertreters unserer Partei. Das würde Vertrauen schaffen.

**David:** Vorschlag besetzter Gebiete ist schon in seiner Verfehltheit genügend gekennzeichnet worden. Seither hat diese besetzten Gebiete Le-

**David:** Vorgeschlagenes Sekretariat besetzter Gebiete unmöglich; Lewald<sup>46)</sup> heute schon dort Herrscher. Hauptsache: aktive Kraft im preußischen

**David:** Mittelweg. Preuß. Minister ohne Portefeuille. Payer ist das u. der Richtige. Wir werden über Polen nicht gefragt.<sup>47)</sup>

Abgeordneter David (Soz.) gibt zur Erwägung, ob nicht ein Minister ohne Portefeuille ernannt werden könne.

wald<sup>46)</sup> gemacht. Der würde eigentlich als der seitherige Macher dem Staatssekretär zwischen die Beine kommen. Das Staatssekretariat des Innern ist ja jetzt entlastet. Deshalb ist eigentlich gar kein Platz für diesen Posten.

Es kam uns darauf an, in erster Linie einen Mann im preußischen Staatsministerium zu haben als aktive Kraft. Der sollte nämlich für die Wahlreform aktives Element sein. Daran müssen wir festhalten. Wenn nicht Handelsministerium augenblicklich freizumachen ist, dann immer noch zunächst ohne Portefeuille.

(Das geht aber nicht!)

Frage des Vizekanzlers ist *conditio sine qua non*. Deshalb Zurückweichen auf dieser Linie ganz unmöglich. Wenn Hertling sagt, er wolle sich wegen Besetzung freie Hand behalten und dann eventuell mit uns zu besprechen, so ist das unmöglich für uns. (Er will Helfferich lassen!)

Wenn das Arrangement nicht zustande kommt, dann ist es

Ministerium wegen Wahlreform. Daran festzuhalten. Wenn Handelsminister nicht freizumachen, dann lieber ohne Portefeuille in Preußen (Zwischenruf: Hinweis auf Etatschwierigkeiten). Besetzung Vizekanzler Grundbedingung, deshalb Zurückweichen unmöglich; deshalb auch ablehnen H.'s Vorschlag evt. späterer Besprechungen. Ohne Vizekanzler kein Vertrauensvotum. Das ist unsere Stärke. Unsere Stellung von Anfang an nur zum Kabinett H., nicht zur Person. Hinweis auf jetzige Verhandlungen im Reiche über Polen usw.<sup>47)</sup> Das ist wieder ein Schlag gegen [Reichstag].<sup>48)</sup> Beweist, daß Staatssekretär besetzter Gebiete unlösbare Aufgabe hätte. Warum nicht Siebener-Ausschuß jetzt einberufen? Das beleuchtet innere Lage. Größere politische Erfahrung und Einsicht zweifellos in diesem Kreis. Wenn wir fest bleiben, auch gute Lösung möglich, andernfalls schwere Schädigungen sicher.

<sup>46)</sup> Theodor Lewald, Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern.

<sup>47)</sup> Für den Zusammenhang vgl. Conze, *Polnische Nation* S. 325 ff.; derselbe, „Nationalstaat oder Mitteleuropa?“, in: „Deutschland und Europa“, Festschrift für Hans Rothfels, hrsg. von W. Conze, Düsseldorf

1951, S. 219 f.; Helfferich S. 514; Ludendorff, *Kriegserinnerungen* S. 426 f.

<sup>48)</sup> Im Or.: „Reichskanzler“. Offensichtliches Versehen; gemeint ist der Reichstag. Vgl. Nr. 92a.c.

unmöglich, ein Vertrauen zu votieren für uns. Darin beruht die Stärke unserer Stellung. Die Stellung zum Ministerium war von Anfang an nur gedacht als Stellung zum Kabinett Hertling, nicht zur Person.

Wie liegen die Dinge jetzt im Reich? Jetzt tagt ein Gremium von Männern, Militärs und Zivil, und regelt die größten politischen Fragen<sup>47)</sup>, scheint neue politische Direktive zu suchen unter Ausschluß des Reichstags (Auch diese Frage!). Reichstag wird vor die Beschlüsse dieses Gremiums gestellt sein, ohne daß er im geringsten Möglichkeit hatte, bei den Beratungen Einfluß zu haben. Auch über die besetzten Gebiete fallen jetzt die Entscheidungen! Staatssekretariat für besetzte Gebiete ganz unlösbare Aufgabe.

Durch Kronrat und Militärs werden wichtigste außenpolitische und innerpolitische Fragen festgelegt. Wo ist der Siebener-Ausschuß? Nicht einmal das ist geschehen. Das beleuchtet unsere Lage. Irgendeine zufriedenstellende Regelung ist bisher nicht gefunden worden. Die Dinge bekommen ein ganz verzweifertes Gesicht. So kann es nicht bleiben.

Ich habe das Gefühl, daß die größere politische Erfahrung und politische Vernunft in diesem Kreise ist. Die Stärke unserer Position ist, daß wir die Lage retten können. Wir müssen darauf bestehen, daß unser einziger Weg auch begangen wird. Wenn wir fest bleiben, dann kann keine andere Lösung gefunden werden. Jede andere Lösung muß ins Verderben hineinführen.

**Stresemann:** David ist etwas über das Thema hinausgegangen. Kann Pessimismus nicht teilen. Regierung hat doch das Recht, auch unter sich Stellung zu nehmen. Diese Beratungen sind von Michaelis eingerichtet worden. Er wollte sich von Zeit zu Zeit mit der Obersten Heeresleitung verständigen. Das muß man der Regierung als Recht lassen. Gegen das Staatssekretariat der besetzten Gebiete sind viele Einwendungen gemacht worden. David hat aber eigentlich für das Staatssekretariat gesprochen. Wir wollen stärkeren Einfluß der Zivilgewalt. Das Amt ist gewiß nicht angenehm. Aber das ist in jedem Ministe-

**Stresemann:** Bedenken Davids wegen jetziger Verhandlungen mit Österreich und Militärs nicht begründet. Einwendungen wegen Staatssekretär besetzter Gebiete zwar wichtig, aber Notwendigkeit eigentlich allseitig anerkannt. Wir haben Empfindung, daß H. nicht ganz im Bilde; aber Reichskanzlerwechsel jetzt ganz unmöglich. Also müssen wir Ausweg suchen. H. offenbar in Potsdam nicht durchgedrungen. Was war unser Wunsch? Fortschrittler ins Ministerium; das will er erfüllen. Aber Staatsminister ohne Portefeuille unmöglich, während Staatssekretär besetzter Gebiete wohl ins Ministerium treten kann.

**Stresemann:** Spricht für den Kompromißantrag. Hertling ist nicht ganz in der Situation<sup>49)</sup>

Abgeordneter **Stresemann** hat auch keine Begeisterung für das Ministerium Hertling. Aber man müsse fragen, was geschehe, wenn das scheitere. Die Verantwortung dafür könne er nicht übernehmen.

führungen Südekums und Erzbergers an, die in Wirklichkeit an den Schluß der Sitzung gehören.

<sup>49)</sup> Im Or. schließen sich hier die Notizen über den Beschluß der Sondersitzung der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und die Aus-

rium jetzt der Fall. Nun sagt man, daß der Staatssekretär keine Zeit haben würde. Aber als Handelsminister hätte er auch viel zu tun.

Wir haben die Empfindung, daß Hertling nicht ganz im Bilde ist. Aber demgegenüber muß ich sagen: Reichskanzlerwechsel ist unmöglich. Wir müssen sehen, aus der Lage hinaus zu kommen. Hertling ist in Potsdam nicht durchgedrungen. Kaiser mag Sydow und Helfferich. Jetzt geht es offenbar nicht. Was war unser Wunsch? Fortschrittspartei ins Staatsministerium: das will er erfüllen. Bei unserer Lösung hat jetzt Lewald die Arbeit und der andere den Einfluß. Seine Stellung als preußischer Staatsminister ohne Portefeuille geht gar nicht.

Wir bekommen also jetzt den einen Mann im Staatsministerium. Wir wollen außerdem Vizekanzler. Hertling mag den Payer nicht. Payer hat ihm in die Suppe gespuckt in der elsäß-lothringischen Frage.<sup>50)</sup> Nun muß er zunächst einmal mit Payer Fühlung nehmen. Im November muß man auf ihn drücken. Helfferich geht, das sagt er zu. Allerdings keine ideale Lösung. Vielleicht kein

Wir wollen außerdem Vizekanzler; H. mag Payer nicht, jedenfalls nicht ohne persönliche Fühlungnahme. Daß Helfferich abgeht, das sagt er zu. Das ist allerdings keine ideale Lösung, aber wir müssen jetzt weitergehen ohne Kanzler-Krise.

Vertrauensvotum. Ob wir richtig prozediert haben, uns damals zu begnügen, ist eine andere Frage. Aber jetzt müssen wir weitergehen ohne Kanzlerkrise.

**Haußmann:** Frage des Kronrats hat mich zu dem Antrag veranlaßt. „Bindende Abmachungen in der polnischen Frage nicht getroffen werden sollen.“<sup>51)</sup> Man ist im Begriff, die österreichische Lösung anzunehmen. Das könnte schlechte Lage für uns werden.

In der anderen Sache muß Hertling wissen, was er will, ob mit der Mehrheit regieren will oder ob er sie nur benützen will. Er hat Tendenz, das letztere zu tun. Dunkelheit ist wegen des Gesprächs mit Kühlmann entstanden.

Wir werden als lästige Eindringlinge behandelt, nicht als erwünschte Mitarbeiter.<sup>15)</sup> Es werden Abtreibungsmittel benutzt. Er will jetzt handeln. Das ist deshalb nicht richtig, weil der Vorschlag, den wir gemacht haben, bereits ein

**Haußmann:** Die Tagung des Kronrats und die jetzigen Verhandlungen veranlassen mich zu dem Antrag: „Bindende Abmachungen in polnischer Frage können nicht ohne Anhörung des Reichstags getroffen werden.“<sup>51)</sup> H. muß erklären, ob er mit Mehrheit regieren will, oder ob er sie nur benützen will.<sup>15)</sup> Unklarheiten sind entstanden wegen Kühlmanns Verhandlungen.<sup>21)</sup> Man will jetzt Kompromißvorschlag machen, vergißt, daß schon unsere ersten Vorschläge ein Kompromiß waren. Der Grad unserer Bescheidenheit zugleich Gradmesser des Einflusses der Volksvertretung im Inland und Ausland. Statt zwei Männer in zwei Ämtern will man jetzt einen Mann in zwei Ämtern uns geben. Wenn wir fest bleiben, behalten wir Sache in Hand.

**Haußmann:** Antrag von Polen<sup>51)</sup>

Will Hertling mit der Mehrheit regieren, oder will er sie benutzen

Erzbergers Bericht akzeptieren: Vizekanzler nicht mit Kühlmann besprochen.<sup>52)</sup>

Wir<sup>53)</sup> werden als lästige Eindringlinge behandelt<sup>15)</sup> / Er will abhandeln / Kompromißantrag über den Kompromißantrag / Mit Hoffnungen können wir unseren Rucksack nicht füllen.

Erziehung der V[olks-]P[artei] zur Bescheidenheit / Plan Stresemann

Zweckmäßig gewesen wäre einen Volksparteiler zuziehen.<sup>55)</sup> Mathematische Division aus 2 mach 1

3 Nationalliberale / Friedberg<sup>56)</sup>

**Abgeordneter Haußmann:** Hertling könne nicht erklären, daß er mit der Mehrheit arbeite. Er will sie nur ausnützen, aber nicht regieren lassen. Er betrachtet sie nur als lästige Eindringlinge, nicht als erwünschte Mitarbeiter.<sup>15)</sup> Unterstaatssekretär Schwander<sup>54)</sup> will zurücktreten und auch der sozialdemokratische Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Dr. Müller denke daran, dies zu tun.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 87a—c bes. Anm. 20.

<sup>12)</sup> Vgl. oben (bes. auch Anm. 25).

<sup>13)</sup> Dieser Passus (bis einschließlich: „nicht füllen.“) im Or. links am Rande der Seite.

<sup>14)</sup> Seit 23. 10. 1917: Staatssekretär.

<sup>41)</sup> S. Nr. 93.

<sup>55)</sup> So im Or. Soll möglicherweise heißen: Es wäre zweckmäßig gewesen, einen Volksparteiler hinzuzuziehen, bevor Stresemann und Erzberger dem Reichskanzler neue Vorschläge (Staatssekretariat für besetzte Gebiete) machten.

<sup>56)</sup> Vgl. Nr. 87a—c bes. Anm. 46.

Kompromiß war. Wenn die Mehrheit sich mit einem so bescheidenen Wunsch der Kontrolle ihm nähert und dann mitarbeiten will, dann war das ein sehr bescheidener Kompromiß. Darüber will er nochmals einen Kompromiß schließen. Das ist der Versuch, uns zur politischen Bescheidenheit zu erziehen. Aber wir haben in dieser Tugend schon so außerordentliche Proben abgelegt, daß wir uns nicht so abspeisen lassen dürfen. Der Grad unserer Bescheidenheit ist zugleich der Gradmesser unseres Einflusses der Volksvertretung im Inland und Ausland.

Statt zwei Männer in zwei Ämtern will man jetzt einen in zwei Ämtern.

Nein, so geht die Sache nicht. Es zeigt sich ja auch, daß man nur festbleiben muß, um die Sache in der Hand zu behalten.

Schwander u. Müller sind im Scheiden.

Hertling unklar, ob er etwas politisches oder grundsätzliches will. Abtreibungsmittel.

Payer ist ein politischer Kopf. Elsaß — Payer Garant/Trimborn fährt<sup>57)</sup> herein u. wieder hinaus.

Hertling braucht im Reich erst recht<sup>58)</sup>

Freie Hand, ob er die Stelle besetze / Die freie Hand Hertlings ist gegen uns.

Der Grad unserer Bescheidenheit ist der Gradmesser des Einflusses der Volksvertretung.

Wir müssen kritisch teilnehmen können an der Lösung der Staatsfragen / entweder geheim in der Regierung od[er] öffentl[ich]<sup>59)</sup>

Man ist hie u. da froh aus einer momentanen Verlegenheit durch eine Vertrauensseligkeit herauszukommen u. schafft Schwierigkeiten.

Es handelt sich um tatsächl[ich]e Parlamentarisier[un]g als Ersatz [für] Art. 9.<sup>60)</sup>

Hat er freie Hand? / Dann will er.<sup>61)</sup>

Man will die Sozialdem. in die Opposition hineinmanövrieren. Wir haben die Freiheit lieber als Zweideutigkeiten.<sup>62)</sup>

**Junck:** Ich halte die Lage für schwierig, aber nicht für hoffnungslos. Wir dürfen nichts wieder fahren lassen. Ich bitte dringend, unsere Macht nicht zu überschätzen. Daß Hertling wieder geht, ist ausgeschlossen. Das wäre nationales Unglück. Das steht außerhalb einer realen Politik. Er wird bleiben. Was ist Konsequenz? Wenn die Fortschrittler und Sozialdemokraten Vertrauen nicht bezeugen können — dann müssen wir auf Vertrauensvotum verzichten. Das Zentrum läßt nicht von Hertling. Sie halten fest an ihm. Auch die Nationalliberale Partei wird vor schwere Belastungsprobe gestellt, daß Friedberg eventuell scheitert. Was würde dann die Situation sein? Dann bildet sich eventuell eine andere Mehrheit. Ich drohe nicht, aber die Möglichkeit besteht. Das dürfen wir jetzt nicht dulden. Wir müssen durchsetzen, daß Payer Vize-

**Junck:** Lage schwierig, aber nicht hoffnungslos. H.'s Abgang wäre nationales Unglück. Wenn bei seinem Bleiben Fortschrittler und Sozialdemokratie Vertrauen nicht bezeugen können, dann fällt Vertrauensvotum weg. Zentrum wird H. festhalten. Wenn Kandidatur Friedberg scheitert, dann schwere Belastungsprobe für Nationalliberale. Evt. bildet sich dann neue Mehrheit. Das dürfen wir jetzt nicht dulden. Daher müssen wir durchsetzen, daß Payer Vizekanzler wird, was zu erreichen sein wird.

Abgeordneter **Junck** (natl.) stimmt den Thesen zu. Eine neue Krisis könne man nicht tragen. Eine neue Mehrheit würde sich anbahnen.

<sup>57)</sup> Im Or. undeutlich, könnte auch „führt“ heißen. — Bezieht sich wahrscheinlich auf die Verhaltensweise Trimborns, der nur am 31. 10. und am 1. 11. an den interfraktionellen Beratungen teilgenommen hatte, deren Vorsitz er in Vertretung von Payer führte, und sich dann erst wieder zu der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 9. 11. 1917 einstellte.

<sup>58)</sup> Bricht im Or. im Satz ab. Gemeint ist möglicherweise, daß Hertling im Reich erst recht auf die Unterstützung der Mehrheitsparteien angewiesen sei.

<sup>59)</sup> Ab „entweder“ im Or. links am Rande der Seite. Hinter „öffentl[ich]“ gestr.: „in“.

<sup>60)</sup> Soll heißen: als Ersatz für die Streichung des Art. 9 Absatz 2 der Reichsverfassung, auf die die Mehrheitsparteien vorläufig verzichten wollten.

<sup>61)</sup> Dieser Passus im Or. links am Rande der Seite neben dem folgenden Absatz.

<sup>62)</sup> S. Anm. 41.

kanzler wird. Das werden wir auch erreichen. Die Fortschrittler müssen das persönliche Opfer bringen.

**Fischbeck:** Minister ohne Portfeuille geht nicht. Es handelt sich nicht darum, Handelsministerium zu besetzen, sondern bloß Fortschrittler ins preußische Ministerium eintreten. Ich würde auch äußerstenfalls Erfüllung der gegebenen Zusage darin sehen, wenn der Betreffende seine materielle Arbeit im Reiche findet und daneben ins preußische Ministerium. Aber in dieser Weise geht es nicht, weil Schiffbruch sicher wäre. Wenn von vornherein eine vernünftige Regelung der besetzten Gebiete gemacht wäre, dann ginge es. Wäre auch notwendig. Aber heute? Wer da hineingesetzt wird, wird in der Hauptsache herumreisen, müßte sich ausschimpfen lassen und hat nichts zu sagen, weil Militärs ihm nichts geben. Aus dem Handgelenk kann man das nicht machen. Hertling ist ärgerlich darüber, daß überhaupt gestern der Brief<sup>6)</sup> geschrieben worden ist. Das ist sehr verwunderlich. Hertling hat das ja gewünscht. Er wollte ja mit Oeser ver-

**Fischbeck:** Ministerium ohne Portfeuille geht nicht, bestimmtes Ressort keine Bedingung, äußerstenfalls Staatssekretär mit Sitz im Ministerium. Besetzte Gebiete unmöglich. H.'s Einwand wegen Sydow lächerlich, da er selbst mit Oeser verhandeln wollte.<sup>64)</sup> Unerläßlich Besetzung Vizekanzlers durch Payer. Payer hat Annahme des Postens mir zu treuen Händen erklärt. H. zu stürzen geht jetzt nicht. Wenn aber H. Sache so weiter treibt, dann würden wir ihm im Reichstag nur von Fall zu Fall prüfend gegenüberreten, vertrauensvolle Mitarbeit dann unmöglich.

**Fischbeck:** Die Stelle<sup>63)</sup> ist derartig, daß jeder daran scheitert. Hertling hat von Oeser gesprochen<sup>64)</sup> kann sich also über Namensnennung nicht wundern. Payer hat angenommen. Vertrauensvotum ist ausgeschlossen.

Abgeordneter **Fischbeck** hält das preußische Ministerium ohne Portfeuille für unmöglich, glaubt aber, daß die Volkspartei auch ein Staatssekretariat im Reich annehmen würde, wenn der Inhaber gleichzeitig preußischer Minister würde. Schaffe man das neue Staatssekretariat für die besetzten Gebiete und die Demobilisation, so müßten dann die Befugnisse klipp und klar umzeichnet sein.<sup>65)</sup> Graf Hertling habe gestern schon zum Kaiser gesagt, daß er bitte, seine Ernennung rückgängig zu machen. Der Kaiser habe ihm zugeredet, im Amt zu bleiben. Herr von Payer habe sich zur Annahme des ihm zugedachten Posten[s] bereit erklärt.

handeln!<sup>64)</sup> Für Oeser war doch auch kein Ministerium frei!! Hertling soll sich sogar beim Kaiser beschwert haben. Un-erläßlich ist Besetzung des Vizekanzlers. Payer hat sich bereit erklärt.<sup>65)</sup> Frage: Wollen wir überhaupt Ministerium Hertling stürzen? Fraglich, ob wir die Macht haben. Bei dem Versuche würden wir in schiefe Lage kommen, namentlich die Fortschrittler. Das geht also nicht. Aber wenn Hertling das so weiter treibt und keine Möglichkeit sucht, geeignete Kombinationen zu machen, dann würden wir beim Zusammentritt des Reichstags ihm kühl entgegentreten und uns von Fall zu Fall entscheiden müssen; dann gibt es auch kein Vertrauensvotum. Vertrauensvolle Mitarbeit ist dann unmöglich.

**Erzberger:** Vorschlag:

1. Friedberg zu bitten, nicht nein zu sagen, sondern erst zurückhalten, bis Kombination fest sei. Ablehnen wäre schädlich und Schei-

**Erzberger schlägt vor:**

1. Friedberg zu bitten, nicht nein zu sagen, sondern zurückzuhalten, bis Kombination fest ist.

**Erzberger:** Ich schlage vor, daß Friedberg erklärt er gehe erst mit einer Kombination. zu Kühlmann<sup>67)</sup> Es soll Payer bezeichnet [werden]

Abgeordneter Erzberger (Zentr[um]) fragt, was nun praktisch geschehen soll. Geheimrat Friedberg müsse heute Antwort geben. Es empfehle sich eine nochmalige Besprechung mit

<sup>63)</sup> D. h.: die Stelle eines Staatssekretärs für die besetzten Gebiete.

<sup>64)</sup> Vgl. Nr. 86.

<sup>65)</sup> Vgl. dagegen Nr. 92a—c, wo die Schaffung eines Staatssekretariats für die besetzten Gebiete in der augenblicklichen Situation eindeutig

abgelehnt wird, während bei Erzbergers Niederschrift die Möglichkeit noch offen bleibt.

<sup>66)</sup> S. Anm. 3.

<sup>67)</sup> Vgl. Nr. 95.

- tern der Wahlreform wäre möglich.
2. Abends mit Kühlmann noch einmal sprechen.<sup>67)</sup> Er hat als Mittler gewirkt. Er muß sich auch dafür einsetzen. Kühlmann muß dann mitgehen.
  3. Minister ohne Portefeuille geht technisch schon gar nicht. Wird abgelehnt. Dagegen begrüße ich sehr, daß [nach] Fischbeck Möglichkeit eines Staatssekretariats und Ministeriums bestehe. (Darüber müßte noch beraten werden.) Bedenken gegen das neue Staatssekretariat. Dem Hauptbedenken könnte Rechnung getragen werden. Kompetenzen wären klipp und klar zu umschreiben. Besetzung der Beamtenposten wäre unbedingt nötig. Nicht von vornherein ablehnen. Der Mann kann den Frieden ganz gewaltig vorbereiten. Diese Frage sollte man nicht ohne weiteres fallen lassen. Das wäre der leichteste Weg. Staatssekretariat im Reich wäre auch nur im Wege der Freimachung zu erreichen.
  4. Vizekanzler ist frei. Würden die Fortschrittler so lange
2. Abends mit Kühlmann weiter zu verhandeln<sup>67)</sup>, der sich für unsere Wünsche einsetzen muß.
  3. Fischbecks Erklärung eines Staatssekretariats mit Sitz im Ministerium begrüßenswert. Staatssekretariat besetzter Gebiete wegen Wichtigkeit für Friedensarbeit sollte nicht ohne weiteres abgelehnt werden, aber auch andere Möglichkeiten im Reich denkbar.
  4. Vizekanzler ist frei. Wenn Payer ernannt wird, würden dann Fortschrittler eine Weile auf Ministerium in Preußen verzichten können?

Staatssekretär von Kühlmann.<sup>67)</sup> Ein preußischer Minister ohne Portefeuille gehe nicht. Wenn Graf Hertling zurücktritt gibt es eine Krisis, die für den Reichstag und das Zentrum von recht schweren Folgen begleitet werden kann.

verzichten auf Ministerium, wenn Payer ernannt ist? Wenn es jetzt mit Hertling scheitert, dann ist es sehr schlimm. Hertling hat auch Bereitwilligkeit gezeigt, in der Sache entgegenzukommen.

**Stresemann:** Drängendste Frage ist die, was man Friedberg sagen will. Vorschlag: Da wir Eintrittszusage von Hertling in Preußen Fortschrittler haben, — nur annehmen, wenn Hertling bestätigt, daß er Fortschrittler ins preußische Ministerium berufen will.<sup>68)</sup>

**Ebert:** Das können wir nicht mitmachen. Voraussetzung für unsere Zustimmung war Vertretung der Fortschrittler im preußischen Staatsministerium. Das hat Kühlmann auch zugesagt. Zweites war: Fortschrittler als Vizekanzler. Das haben wir auch Hertling gesagt, daß das entscheidender Punkt wäre.

**Scheidemann:** Erzberger meinte, wir sollten Friedberg bitten, nicht nein zu sagen; besser: nicht ja zu sagen.

<sup>68)</sup> Vgl. Anm. 79.

**Stresemann:** Vorschlag. Da wir Zusage H. haben, für Fortschrittler in preuß. Ministerium, so soll Friedberg nur annehmen, wenn H. das nochmals bestätigt.<sup>68)</sup>

**Ebert:** Voraussetzung für unsere Zustimmung Vertretung der Fortschrittler im preuß. Staatsministerium und Fortschrittler als Vizekanzler. Das erste hat Kühlmann direkt zugesagt, das zweite haben wir H. klar mitgeteilt.

**Ebert:** Vizekanzler Volksparteiler ist der entscheidende Punkt.

**Scheidemann:** Friedberg soll nur annehmen, wenn Kombination Vizekanzler u. Minister.<sup>69)</sup>

<sup>69)</sup> Bricht im Or. im Satz ab. Sinngemäß zu ergänzen etwa: gesichert sei.

— Fortschrittler ziehen sich zurück —

Erklärung: **Haußmann:** Wir wären einverstanden damit, daß entweder ein preußischer Ressortminister ernannt würde, Handelsminister keine Bedingung, Vizekanzler zu besetzen, wenn das zu schwer ist, dann nur Vizekanzler heute, dagegen eine Zusage gegeben wird, daß ein Staatssekretariat und ein Minister ohne Portefeuille in Preußen in einer Person.<sup>72)</sup>

entweder damit, daß ein Fortschrittler als preußischer Ressortminister ernannt wird und daß Vizekanzlerposten jetzt besetzt wird.<sup>73)</sup>

Die Entscheidung darüber, daß der Posten des Vizekanzlers mit einem parlamentarischen Mitglied der Fortschrittler besetzt wird, soll heute erfolgen. Es soll eine bindende Zusage dahin gegeben werden, daß die Fortschrittliche Volkspartei durch einen Parlamentarier im preußischen Staatsministerium vertreten wird, sei es als Ressortminister, sei es als Staatssekretär mit Sitz im Staatsministerium.

Die Fortschrittler ziehen sich darauf zu gesonderter Beratung zurück.

Danach **Haußmann:** Erklärung: Wir sind einverstanden mit folgendem: Entscheidung darüber, daß Vizekanzler mit parlamentarischem Fortschrittler besetzt werden soll, sollte heute erfolgen; es soll bindende Zusage dahin gegeben werden, daß Fortschrittler durch einen Parlamentarier im preußischen Staatsministerium vertreten werden, sei es als Ressortminister, sei es als Staatssekretär mit Sitz im Ministerium. Wenn diese Bedingung verneint, dann machen Fortschrittler nicht mehr mit.

Sondersitzung<sup>70)</sup> der F[ortschrittlichen] V[olkspartei] / Beschluß u. Verkündigung:

[**Haußmann:**]<sup>71)</sup> es soll eine bindende Zusage dahin gegeben werden, daß die F.V. durch einen Fortschrittler im pr[eußischen] M[inisterium] vertreten ist sei es als Ressortminister od. Staatssekretär, mit Sitz im preuß. Ministerium.

Die Mitglieder der Volkspartei zogen sich zurück und kamen nach einer Beratung unter sich wieder in die Sitzung zurück.

Sie erklärten, die Volkspartei habe sich nach langem Erwägen auf folgende Bedingungen geeinigt, die sie stelle:

- 1) Eine heute zu gebende bindende Zusage, daß die Stelle des Vizekanzlers durch ein parlamentarisches Mitglied der Volkspartei alsbald zu besetzen sei,
- 2) Eine heute zu gebende bindende Zusage, daß ein parlamentarisches Mitglied der Volkspartei entweder preußischer Ressortminister oder Staatssekretär im Reich und gleichzeitig Mitglied des Staatsministeriums werde.

Wenn Verneinung erfolgt, dann machen die Fortschrittler nicht mit.

**Junck:** Will alles schlucken, was geboten ist.

**Liesching:** Die Entscheidung über Staatssekretariat für besetzte Gebiete kann heute nicht fallen. Denn diese Zusage kann gar nicht ohne weiteres erfüllt werden. Erst mit Militär reden. Das kann nicht vor Woche erfolgen. Wir gehen davon aus, daß man beim Beginn des Parlamentarismus die Fraktionen nicht damit belasten darf, daß man ihnen ein Amt gibt, das scheitern muß.

<sup>70)</sup> S. Anm. 49.

<sup>71)</sup> Im Or. gestr.: „Entweder 1 Fortschrittler ein Ressortminister  
oder „ Vizekanzler /  
die Entscheidung darüber, daß d[?]"

<sup>72)</sup> Das Folgende auch im Stenogramm eingerückt.

**Südekum:** Das trifft sich mit dem was Erzberger formuliert.<sup>74)</sup>

Abgeordneter Ebert (Soz.) erklärt nochmals, daß dies beides auch die Forderungen der Sozialdemokratie seien.

<sup>73)</sup> Bis hierher offenbar „Kladde“. Der Beschluß der fortschrittlichen Abgeordneten scheint erst jetzt seine endgültige Form erhalten zu haben, die anschließend von Südekum schriftlich fixiert wird. In Nr. 92b nur geringfügige Redigierungen. In Nr. 92d zwar etwas stärkere Abweichungen vom Wortlaut, jedoch sachlich übereinstimmend.

<sup>74)</sup> Vgl. oben Nr. 92a.b.

Erzberger: Friedberg muß heute Antwort geben. Wir hätten dringendsten Wunsch, Friedberg zu bitten: er würde Amt annehmen, wenn feststeht, daß Vizekanzler Fortschrittler und Fortschrittler in Ministerium berufen würde.<sup>68)</sup>

Stresemann: Friedberg kann nur erklären, daß für ihn nur Annahme, wenn Fortschrittler in preußisches Staatsministerium eintritt.

Dann Fortschrittler seinerseits nur annehmen, wenn im Reiche Vizekanzler<sup>76)</sup> bekommt.<sup>68)</sup>

Erzberger: Wir haben den dringendsten Wunsch, Friedberg zu bitten, er möge sagen, er würde Amt annehmen, wenn feststeht, daß Vizekanzler Fortschrittler und ein Fortschrittler in Ministerium.<sup>68)</sup>

Stresemann: Friedberg kann nur erklären, daß für ihn Annahme nur möglich, wenn Fortschrittler in preuß. Ministerium. Es ist dann Sache der Fortschrittler zu erklären, daß nur Eintritt in Ministerium, wenn fortschrittl. Vizekanzler im [Reich]<sup>77)</sup> ernannt wird.<sup>68)</sup>

Erzberger: Friedberg soll annehmen, wenn<sup>75)</sup> 1 Fortschrittler V[izekanzler] / Parlamentarier im preuß. [Ministerium]<sup>68)</sup>

Nach längerer Debatte wird folgendes festgestellt:

- 1) Geheimrat Friedberg soll gebeten werden, dem Reichskanzler zu erklären, daß er die Stelle des Vizepräsidenten im Staatsministerium annehme unter der Voraussetzung, daß ein parlamentarisches Mitglied der Volkspartei gleichzeitig zum Mitglied des preußischen Staatsministeriums ernannt wird.
- 2) Dieses Mitglied der Volkspartei erklärt im Auftrag seiner Partei und der Sozialdemokratie, daß es nur dann

dem Kabinett beitrete, wenn gleichzeitig die Stelle des [Vizekanzlers]<sup>78)</sup> im Reiche durch ein Mitglied der Volkspartei besetzt werde.<sup>79)</sup>

- 3) Die Abgeordneten Erzberger, Rießler, Ebert und Liesching suchen noch heute bei Staatssekretär von Kühlmann eine Unterredung<sup>67)</sup> nach, um mit ihm über die Durchführung der getroffenen Abmachungen Rücksprache zu nehmen.

Schluß ½3 Uhr. Nächste Sitzung 7. Nov. mittags 12 Uhr.

Kanzler zu sagen, daß er die Stelle des Vizepräsidenten nur annehme unter der Voraussetzung, daß ein parlamentarisches Mitglied der Volkspartei gleichzeitig zum Mitglied des preußischen Staatsministeriums ernannt werde; dieses Mitglied erkläre dann im Auftrag seiner Partei und der Sozialdemokratie, daß es in das preußische Kabinett nur eintrete, wenn gleichzeitig die Stelle des Vizekanzlers im Reiche durch ein Mitglied der Volkspartei besetzt werde.“

<sup>75)</sup> Im Or. gestr.: „feststände“.

<sup>76)</sup> So im Stenogramm. Soll heißen: wenn die Fortschritt. Volkspartei im Reiche den Posten des Vizekanzlers bekommt.

<sup>77)</sup> Im Or.: „Reichstag“. Offensichtlicher Schreib- oder Diktierfehler.

<sup>78)</sup> Im Or.: „Vizepräsidenten“. Offensichtlicher Schreib- oder Diktierfehler.

<sup>79)</sup> Vgl. Erzberger S. 298: „Auf meinen [sic!] Vorschlag hin beschloß die interfraktionelle Sitzung einstimmig, Friedberg zu ersuchen, dem

**92e:** Nachlaß Stresemann 177 (6886), eigenhändig. Überschrift: „6. November 1917“.<sup>1)</sup>

[Stresemann:] Kurland, Litauen, Polen, Rumänien.  
Friedberg Vizepräsident ohne Portefeuille.  
Handelsminister. Besetzte Gebiete.<sup>2)</sup>

**Scheidemann:** Besetzte Gebiete Danaergeschenk.

**Liesching:** Warum soll Vizekanzler nicht aus Fortschrittspartei entnommen werden [?]

**Erzberger:** Kandidatur Hertling gescheitert. Von Kühlmann neu auf die Beine gestellt.

Erzbergers Unterredung mit Kühlmann / a) Forderung Friedbergs Vizepräsidium. b) Eintritt Fortschrittlers in preuß. Staatsministerium.

**Kühlmann:** Verhandlung<sup>3)</sup> auf Wunsch und im Auftrage von Michaelis und Hertling.

Vizekanzler nichts verabredet.<sup>4)</sup>

**Rießer:** cf Sydow.

Vorschlag Friedberg zuerst von Erzberger genannt.<sup>5)</sup>

**Ebert:** Heftige Kritik an besetzten Gebieten. Warum schiebt man Sache hinaus?

**Wiemer:** Erhebliche Bedenken und Mißstimmung.

Schrittweise! Handelsministerium.

Beratungen R[eichsamt] des Innern.<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Die Paginierung des Or. (1.) deutet darauf hin, daß nur der erste Teil der ursprünglichen Niederschrift Stresemanns erhalten geblieben ist, obgleich auch die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß er seine Notizen im Verlauf der Sitzung eingestellt hat.

<sup>2)</sup> Vgl. die Wiedergabe der einleitenden Ausführungen Stresemanns in Nr. 92a—d.

<sup>3)</sup> Im Or. gestr.: „im Auf[trag]“.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 92a—d bes. auch Anm. 25.

<sup>5)</sup> Diese Feststellung wird in Nr. 92a—d nicht festgehalten.

<sup>6)</sup> Im Or. ohne Sprecherangabe am rechten Rande der Seite unterhalb der Notiz über die Ausführungen Wiemers. Die erste Zeile könnte sich auf eigene Ausführungen Stresemanns (im Anschluß an David, vgl. 92a.b) beziehen. Die zweite Zeile, von der ersten durch einen waagerechten Strich abgesetzt, nimmt wahrscheinlich auf die Beratungen über die östlichen Kriegsziele (vgl. u. a. Helfferich S. 514) Bezug, auf die David hingewiesen hatte und auf dessen Bedenken nach Nr. 92a.b Stresemann kurz einging.

## 93.

## 6. 11. 1917: Entwurf eines an den Reichskanzler gerichteten Antrages zur polnischen Frage

Nachlaß Haußmann 26, Entwurf Haußmanns<sup>1)</sup>, eigenhändig mit Bleistift.<sup>1)</sup>

Die Vertreter des Zentrums<sup>3)</sup>, der Nationalliberalen Fraktion, der fortsch. Volkspartei u. der Sozialdemokratie<sup>4)</sup> ersuchen den Herrn Reichskanzler vor bindenden Erklärungen über die polnische Frage den Reichstag oder Vertreter<sup>5)</sup> des Reichstags<sup>6)</sup> zu hören

Bin<sup>7)</sup> einverstanden /  
Sie können aber doch  
nicht diesen Zettel  
absenden  
                    Stresemann

Haußmann  
Liesching  
Dr. Südekum  
Dr. Wiemer  
Pachnicke  
Ebert  
Scheidemann  
Fischbeck  
David  
Erzberger<sup>8)</sup>

<sup>1)</sup> Daß eine Reinschrift des Entwurfs ausgefertigt und dem Reichskanzler zugestellt wurde, geht aus Nr. 103a.b hervor.

<sup>2)</sup> Für die Entstehung des Antrages, der als Reaktion auf die Beratungen über die östlichen Kriegsziele, die Anfang November in Berlin stattfanden, und an denen auch Hindenburg und Ludendorff teilnahmen (Vorbesprechungen unter der Leitung Helfferichs, Kronrat vom 5. 11., Verhandlungen mit Czernin), aufzufassen ist, vgl. Nr. 92a—d. Ferner Conze, Polnische Nation S. 328.

<sup>3)</sup> Ursprünglich: „der Zentrumsparthei“; von Haußmann berichtigt in: „der Zentrumsfraktion“; dann nochmals korrigiert in: „des Zentrums“.

<sup>4)</sup> Im Or. gestr.: „erachten es für selbstverständlich, daß“.

<sup>5)</sup> Im Or.: „Vertretern“.

<sup>6)</sup> Im Or. gestr.: „die Mögli[chkheit]“.

<sup>7)</sup> Dieser Passus mit Tinte von der Hand Stresemanns.

<sup>8)</sup> Alle Unterschriften eigenhändig mit Bleistift, die Südekums mit Tinte. Es ist auffällig, daß bis auf Stresemann die nationalliberalen Teilnehmer an der interfraktionellen Sitzung vom 6. 11. (Stöve, Rießer, Richthofen, Keinath, Junck) nicht vertreten sind, während die Vertreter der übrigen Parteien ausnahmslos unterzeichnet haben. Vgl. die Anwesenheitsliste in Nr. 92a.

## 94.

**6. 11. 1917: An Liesching übersandte Aufzeichnung Haußmanns über die Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei gegenüber Reichskanzler Graf Hertling**

Nachlaß Haußmann 29, Abschrift von fremder Hand (mit Tinte), Begleittext eigenhändig (mit Tinte). Überschrift (eigenhändig mit Bleistift): „Aufzeichnung an Liesching geschickt ehe dieser zu Hertling ging“.

Lieber Liesching! Dringend empfehle ich Dir, diese Punkte dem Reichskanzler<sup>1)</sup> u. Kühlmann<sup>2)</sup> zu erklären.

C. H.

[Aufzeichnung:]

Nicht die Volkspartei sondern alle 4 Parteien haben eine Vertretung der fortschrittlichen Volkspartei in einem politisch einflußreichen Reichsamt als ein politisches Erfordernis erklärt.

Nicht die Volkspartei sondern die drei anderen Parteien haben die Neubesetzung des Vizekanzleramts für ein politisches Erfordernis erklärt u. die Sozialdemokratie hat die Besetzung dieses Amtes durch ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei als *conditio sine qua non* ihrer Unterstützung erklärt.

Die ablehnende Haltung des Reichskanzlers, der sich freie Hand in Personalfragen geben zu lassen im Reichsinteresse für notwendig erkannt hat, gegen den Eintritt des Vertrauensmannes der fortschrittlichen Volkspartei ist kein Grund zu politischem Vertrauen der Linken, die zugleich mit allen andern Parteien, vor Erörterung irgend welcher Personalfragen, dem Ministerpräsident Grafen Hertling hatte mitteilen lassen, daß die politischen Voraussetzungen als Kanzler nicht gegeben seien.<sup>3)</sup>

Die fortschrittliche Volkspartei hat keinerlei persönliche oder parteiische Wünsche an der Verantwortung einer Geschäftsführung Teil zu nehmen, die andere Bahnen gehen will u. erhebt keinen Anspruch auf Ämter; sie macht die Berufung von Mitgliedern ihrer Richtung nicht zur Bedingung ihrer Bewilligung der Kriegskredite.<sup>4)</sup> Ihr politisches Vertrauen ist mitbedingt durch das Vertrauen oder Mißtrauen, das die Regierung dem Parlament, der Mehrheit u. der Linken entgegenbringt.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 97 und Nr. 98a—d.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 95 und Nr. 98a—d.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 72a—c und Nr. 75a—c.

<sup>4)</sup> Im Or. hinter „Kriegs“ gestr.: „ziele“.

## 95.

**6. 11. 1917: Unterredung der Abg. Erzberger, Ebert, Rießer und Liesching mit Staatssekretär von Kühlmann**

Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „6. 11. 17. Besprechung mit Staatssekretär von Kühlmann nachmittags 5 Uhr“.

Auf den Beschluß der interfraktionellen Sitzung von mittags 12 Uhr hin begaben sich Abgeordneter Erzberger, Ebert, Dr. Rießer und Liesching<sup>2)</sup> zu Staatssekretär von Kühlmann.

Abgeordneter **Erzberger** referierte über den Stand der Lage und teilte mit, daß Geheimrat Friedberg das Amt des Vizepräsidenten nur annehmen wolle, wenn ein Volksparteiler neben ihm in das preußische Staatsministerium eintrete. Dieser werde seinen Eintritt in das Kabinett wieder abhängig machen von der Übernahme des Vizekanzlerpostens durch Herrn von Payer. Dadurch sei die Lage kompliziert.<sup>3)</sup>

Staatssekretär von **Kühlmann** erklärte, daß er die Wünsche nur entgegennehmen könne; er werde dem Reichskanzler berichten, halte es aber für besser, wenn die Abgeordneten morgen den Herrn Reichskanzler selbst sprechen würden. Zu den Wünschen nahm Staatssekretär von Kühlmann eine freundliche Haltung ein, glaubte aber, daß es schwer sein dürfte, gleich in 2 Stellen Volksparteiler hereinzubringen.

<sup>1)</sup> Vgl. die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers, sowie Nr. 98a—d.

<sup>2)</sup> Vgl. auch Nr. 94.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 92a—e.

## 96.

**6. 11. 1917: Telefongespräch zwischen Stresemann und Erzberger**

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „6. 11. 1917“.

Abends 8 Uhr ruft mich der Abgeordnete Stresemann an und teilt mir mit, daß der Abgeordnete Friedberg nunmehr endgültig die Übernahme der Stelle des Vizepräsidenten abgelehnt habe. Er habe dies auch bereits Reichskanzler Graf Hertling mitgeteilt und habe es mit der Erklärung motiviert, da mehrere Parlamentarier verlangten, daß je ein Volksparteiler Mitglied des Staatsministeriums werden müsse und das Vizekanzleramt zu übernehmen habe, sehe er nicht die Voraussetzungen für ein gedeihliches Wirken und bitte daher auf die Stelle des Vizepräsidenten verzichten zu dürfen. Graf Hertling sei darüber sehr

<sup>1)</sup> Vgl. die als Nr. 105 und Nr. 106 abgedruckten zusammenfassenden Aufzeichnungen Erzbergers und Stresemanns sowie Erzberger S. 298.

erregt gewesen und habe seine Abreise um einen Tag verschoben.<sup>2)</sup> Die Nationalliberalen fühlten sich nunmehr vollkommen frei, die Situation sei vollständig verändert, das werde bereits die heutige Presse zeigen.<sup>3)</sup> Wahrscheinlich sei auch das Ende der interfraktionellen Besprechungen damit gekommen.<sup>4)</sup> Der Abgeordnete Friedberg werde seine Ablehnung folgendermaßen in der Öffentlichkeit motivieren:<sup>5)</sup>

[„]Der Abgeordnete Dr. Friedberg hat am Dienstag durch den Herrn Reichskanzler Seine Majestät den Kaiser und König gebeten, auf die ihm zugedachte Gnade der Ernennung zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums verzichten zu dürfen. Diese Bitte an Seine Majestät ist dadurch veranlaßt, daß von einzelnen Parteien weitere Wünsche in bezug auf die Besetzung höchster Staatsämter gehegt wurden, die keine Erfüllung finden konnten. Da aber von der Befriedigung dieser Wünsche die Schaffung einer arbeitsfähigen und zuverlässigen Mehrheit im Reichstag abhängig gemacht wurde, glaubte<sup>6)</sup> Dr. Friedberg durch seinen Eintritt in die Regierung keinen Nutzen mehr stiften zu können. Die Geneigtheit, die bei ihm anfänglich dazu vorhanden war, beruhte ganz wie bei dem Grafen Hertling auf dem vaterländischen Pflichtgefühl, seinerseits dazu beizu-

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 87a—c Anm. 13.

<sup>3)</sup> Im Nachlaß Stresemann 177 (6886) befindet sich der Durchschlag des Manuskriptes einer folgendermaßen lautenden Zeitungsnotiz (handschriftlich datiert und gekennzeichnet: „7. XI. 17./Z[e]it[un]g[e]n“), die Stresemann zuzuschreiben sein dürfte: „Es wurde vom Kanzler zugesagt, allerdings in nicht rechtsverbindlicher Form, daß mit dem Eintreten eines fortschrittlichen Abgeordneten in das preußische Staatsministerium zu rechnen sei. Bindende Zusagen für die Besetzung des Vizekanzlerpostens mit einem Parlamentarier sind nie gemacht worden. Die Parteien unter Einschluß der Nationalliberalen hielten an sich den Anspruch der Fortschrittspartei auf Besetzung des Vizekanzlerpostens für berechtigt und haben diesen Anspruch auch deshalb mit vertreten. Nachdem aber Graf Hertling erklärte, daß die Erfüllung beider Forderungen nicht möglich sei, daß er aber dem Eintritt eines Fortschrittlers in das preußische Staatsministerium nicht ablehnend gegenüberstände, ist nationalliberalerseite ein Kompromißvorschlag gemacht, dahingehend, daß die Fortschrittler [sich] mit dem Eintritt eines ihrer Mitglieder in das preußische Staatsministerium begnügen möchten, während der Posten des Vizekanzlers nach Bewilligung des Rücktrittsgesuches des Vizekanzlers Dr. Helfferich vorläufig unbesetzt bliebe, wobei sich der Reichskanzler bereit erklärte, bei einer zukünftigen Wiederbesetzung dieses Postens sich vorher mit den Parteien des Parlaments zu besprechen. Dieser Vorschlag wurde auch vom Zentrum aufs lebhafteste unterstützt. Die fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokraten beharrten aber auf der Besetzung beider Posten, und als Graf Hertling gegenüber Geheimrat Friedberg diese Forderung des Fortschritts ablehnte, bat dieser seinerseits von seiner Ernennung zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums abzusehen.“

<sup>4)</sup> Vgl. Erzberger S. 298: „Am Abend desselben Tages erfuhr ich von Friedberg, daß er die Übernahme der Stelle des Vizepräsidenten bereits abgelehnt habe, da die Voraussetzungen für ein gedeihliches Wirken nicht vorhanden seien; die Nationalliberalen fühlten sich hierdurch vollkommen frei; sie würden wahrscheinlich auch an den interfraktionellen Sitzungen nicht mehr teilnehmen; Graf Hertling sei sehr erregt gewesen und habe seine Abreise nach München um einen Tag verschoben.“

<sup>5)</sup> Die Erklärung Friedbergs wurde noch am 6. 11. 1917 in der „Nationalliberalen Correspondenz“ veröffentlicht. Die „Frankfurter Zeitung“, 7. 11. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 6. 11.) teilt sie ebenfalls im Wortlaut mit. Für die Abweichungen vom vorliegenden Text vgl. Anm. 6—9.

<sup>6)</sup> „Frankfurter Zeitung“ a.a.O. abweichend: „glaubt“.

tragen, daß die Krise<sup>7)</sup> und die Krisenstimmung endgültig beseitigt werden. Wenn das durch jene weitgehenden Wünsche verhindert worden ist, so ist es die Sache derjenigen, sich damit abzufinden, die diese Wünsche zur Bedingung ihrer Mitarbeit gemacht haben. Vielleicht wird aber auch nach dem Scheitern der Beruhigungsaktion nunmehr die Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling manchem seiner politischen Gegner aus den bürgerlichen Parteien tragbar<sup>8)</sup> erscheinen, da er durch seinen Vorschlag bezüglich Herrn<sup>9)</sup> Dr. Friedberg bewiesen hat, daß er auf keinen Fall eine einseitige Politik treiben will.“<sup>10)</sup>

Ich teilte dem Abgeordneten Stresemann mit, daß es auch meine Auffassung sei, daß wir eine vollkommen veränderte Situation hätten und daß darum auch die Zentrumsfraktion sich alle Schritte vorbehalten müsse.

<sup>7)</sup> „Nationalliberale Correspondenz“ und „Frankfurter Zeitung“ a.a.O. abweichend: „Krisen“.

<sup>8)</sup> „Frankfurter Zeitung“ a.a.O. abweichend: „tragbarer“.

<sup>9)</sup> „Nationalliberale Correspondenz“ und „Frankfurter Zeitung“ a.a.O. abweichend: „des Herrn“.

<sup>10)</sup> Helfferich S. 515 berichtet, daß Graf Hertling am 6. 11. 1917, abends, in einer Besprechung, an der die meisten Staatssekretäre und Minister teilgenommen hätten, mitteilte, „daß Herr Friedberg abgelehnt habe, und zwar weil ihm die inzwischen angemeldeten Ansprüche der Mehrheitsparteien zu weit zu gehen schienen und er sich nicht als Druckmittel für übertriebene Forderungen mißbrauchen lassen wolle. In dieser Besprechung erklärte ich dem Kanzler erneut, daß ich nichts sehnlicher wünschte als meinen Rücktritt; ich fügte aber hinzu, daß ich nicht daran dächte, ihn oder gar die Krone im Stich zu lassen; wenn man glaube, mich zu brauchen, stehe ich zur Verfügung; dann aber müßte ich für mich die ungeminderte Autorität meiner bisherigen Stellung als Vizekanzler beanspruchen.“ — Vgl. dazu auch „Frankfurter Zeitung“, 7. 11. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 6. 11., 21 Uhr): „Eine neue Krisis? Es haben heute wieder interfraktionelle Besprechungen der Mehrheitsparteien stattgefunden, über deren Resultat im Augenblick noch nichts bekannt ist, und zurzeit, in den Abendstunden, findet beim Reichskanzler Grafen Hertling eine Besprechung mit Mitgliedern der Reichs- und Staatsregierung statt, die sich vermutlich mit der in den letzten Tagen viel umstrittenen und nicht klarer, sondern unsicherer gewordenen Frage des Eintritts zweier oder mindestens eines fortschrittlichen Parlamentarierers in die Regierung, in den Posten des Vizekanzlers und des preußischen Handelsministers, befaßt. . .“ — Vgl. ferner Nr. 100 Anm. 4.

## 97.

**7. 11. 1917: Unterredung des Abg. Erzberger mit Staatssekretär von Kühlmann**

Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „7. 11. 1917. Vormittags 9 Uhr Besprechung mit Staatssekretär von Kühlmann“.

Staatssekretär von Kühlmann bat mich, man möge die ganze Angelegenheit des Grafen Hertling in der Presse ruhig behandeln und schauen, daß man einen neuen Ausweg finde.

Ich schlug ihm vor, daß vielleicht folgende Kombination denkbar sei: daß Herr von Krause Vizepräsident des Staatsministeriums würde und an seiner Stelle Herr von Payer mit der allgemeinen Stellvertretung beauftragt würde. Wenn Staatssekretär Schwander zurücktritt, dann könnte ein Volksparteiler für diese Stelle in Aussicht genommen werden. Dieser könnte dann Mitglied des Staatsministeriums werden.

Um ½10 Uhr fand beim Reichskanzler Graf Hertling eine Besprechung statt, an der auch die Abgeordneten Ebert und Liesching<sup>2)</sup> teilnahmen<sup>3)</sup>, wobei diese Fragen wieder durchgesprochen wurden.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers sowie Nr. 98a—d.

<sup>2)</sup> Vgl. auch Nr. 94.

<sup>3)</sup> Ferner war die Teilnahme von Stresemann vorgesehen, den Erzberger am 6. 11., 20 Uhr 35, telegraphisch benachrichtigt hatte: „Besprechung Reichskanzlerpalais morgen Mittwoch ½10 Uhr.“ Telegramm im Nachlaß Stresemann 177 (6886).

<sup>4)</sup> Nach Nr. 98a.b war auch Graf Roedern bei dieser Besprechung anwesend.

## 7. 11. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

98a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.)<sup>1)</sup> Überschrift: „Mittwoch, 7. November 1917“.

Wiemer, Stöve, Rießler, David, Keinath, Erzberger, Scheidemann, Ebert, Haußmann, Dove, Stresemann, Südekum, Liesching, Pachnicke.<sup>2)</sup>

Rießler: Gestern vier Herren bei Kühlmann.<sup>3)</sup> Ohne jede Ahnung, daß inzwischen Friedberg<sup>4)</sup> sein Mandat zurückgelegt hatte.<sup>5)</sup> Persönlich hatte er Friedberg gebeten, die Sache

98b: Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung vom 7. Nov. 1917“.

Anwesend: Wiemer, Stöve, Rießler, David, Keinath, Erzberger, Scheidemann, Ebert, Haußmann, Dove, Stresemann, Liesching, Pachnicke, Südekum.<sup>2)</sup>

Rießler teilt mit, daß am Tage vorher vier Herren bei Kühlmann<sup>3)</sup> gewesen seien, ohne jede Ahnung, daß inzwischen Friedberg<sup>4)</sup> Mandat zurückgegeben hatte.<sup>5)</sup> Hertling per-

98c: Nachlaß Haußmann 26, eigenhändig mit Tinte.<sup>1)</sup> Überschrift: „I. A. / 7. XI. [19]17“.

Rießler: Bei Kühlmann waren wir<sup>3)</sup> und haben den Auftrag ausgeführt  $\frac{1}{2}$  Stunde später als Friedberg seine Erklärung<sup>4)</sup> abgegeben hatte<sup>5)</sup> / Dann bei Friedberg, der sagte, daß Hert-

98d: Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „7. 11. 1917. Interfraktionelle Besprechung am Mittwoch mittags 12 Uhr.“

Abgeordneter Rießler berichtet über die gestrige Konferenz mit Staatssekretär von Kühlmann.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. die zusammenfassenden Aufzeichnungen Erzbergers (Nr. 105) und Stresemanns (Nr. 106); ferner Erzberger S. 298.

<sup>2)</sup> Fischbeck und Richthofen, die in der Diskussion als Sprecher auftraten, sind in der Anwesenheitsliste zu ergänzen.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 95.

<sup>4)</sup> Für die zuerst in der „Nationalliberalen Correspondenz“ veröffentlichte Erklärung Friedbergs vgl. Nr. 96 bes. auch Anm. 5.

<sup>5)</sup> Vgl. dazu „Frankfurter Zeitung“, 7. 11. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 6. 11., 20 Uhr 30): „In parlamentarischen Kreisen ist man von dem Vorstoß des Abgeordneten Friedberg, der in der Ablehnung seiner Berufung zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums und vor allem in der Begründung dieser Ablehnung gegen die Mehrheitsparteien des Reichstags liegt, über-

rascht und empört. Denn Herr Dr. Friedberg hat wissen müssen, daß die Verhandlungen über den Eintritt fortschrittlicher Parlamentarier in höhere Reichs- und Staatsämter noch nicht erfolgt sind. Er hat wissen müssen, daß heute Abend Vertreter der Mehrheitsparteien, von jeder Partei einer, neben den Herren Erzberger, Ebert und Liesching auch sein eigener Parteifreund Rießler, noch beim Staatssekretär v. Kühlmann gewesen sind und ihm die Situation dargelegt haben, und daß Herr v. Kühlmann, der in der vorigen Woche schon einmal vermittelte, zugesagt hat, er wolle, wenn möglich, heute noch mit dem Kanzler sprechen und versuchen, daß die Wünsche der Mehrheitsparteien durchgesetzt werden, wenigstens in der Hauptsache. Es ist danach anzunehmen, daß morgen die Vertreter der Mehrheitsparteien selber noch einmal mit dem Grafen Hertling verhandeln werden, und damit mag es sich auch, wenigstens zum Teil erklären, daß dieser seine Abreise nach München aufgegeben hat.“

noch anstehen zu lassen für einen Tag. Das hatte er abgelehnt, weil nur Frist für einen Tag. Kühlmann hat die Dinge nur ad referendum genommen und rät, direkt mit Hertling zu verhandeln. So gingen wir auseinander. Gegen Abend wurde die Sache mit Friedberg bekannt. Dann mit Erzberger in Verbindung. Nachdem Hertling in heftigster Weise erklärt hatte, eine Erpressungspolitik lasse er sich nicht gefallen.<sup>6)</sup> Da schien es richtiger, nicht hinzugehen, sondern erst kommen zu lassen. Erzberger war derselben Meinung.

**Erzberger:** Stresemann hat vorher mitgeteilt, was in der Presse mitgeteilt werden soll.<sup>4)</sup> Kühlmann heute 9 Uhr.<sup>7)</sup> Jetzt sei es unmöglich, daß wir nicht zum Reichskanzler gingen. Wir hätten um Unterredung nachgesucht, wir könnten nicht mehr fernbleiben. Stresemann hat gesagt: Er lasse sich Erpressungspolitik nicht gefallen, da könne man nicht mehr hingehen, sondern müsse sich rufen lassen.<sup>10)</sup> Liesching, Ebert und Erzberger waren dann beim Reichskanzler.<sup>7)</sup> Sehr offen und frei gesprochen. Auch Graf

sönlich Friedberg gebeten, einen Tag zu warten, der das ablehnte, weil Frist abließ. Kühlmann war der Meinung, man solle direkt mit Hertling verhandeln. Gegen Abend wurde Friedbergs Rücktritt bekannt. Ich trat mit Erzberger in Verbindung. Da bekannt geworden war, daß H. von Erpressungspolitik gesprochen hatte<sup>6)</sup>, die er sich nicht gefallen lasse, war ich der Meinung, man solle nicht zu ihm gehen, sondern sich rufen lassen. Erzberger ebenso.

**Erzberger:** Beim Reichskanzler sei vorher um eine Unterredung nachgesucht worden. Es sei also unmöglich gewesen, nicht hinzugehen, obschon H. tatsächlich die Worte von der Erpressungspolitik gebraucht habe. Liesching, Ebert und Erzberger waren beim Reichskanzler<sup>7)</sup> und haben sich dort sehr offen und frei ausgesprochen. Auch Graf Roedern teilgenommen. H. bereit erklärt, auch in personeller Hinsicht Ausweg zu finden, der unsere Wünsche restlos befriedigt, will in Fühlung bleiben und Vor-

ling sehr heftig gegen die „Pression“.<sup>6)</sup> Wir wollten nicht von uns aus zu Hertling / Dann ging ich zu Erzberger, der zu Kühlmann<sup>7)</sup>, der sagte wir müssen hin. Stresemann, wir können nicht / die Initiative ergriffen trotz<sup>8)</sup> / Erzberger Einladung

**Erzberger:** Reichskanzler<sup>7)</sup> will mit uns in Fühlung u. wir haben Aussicht daß unsere Wünsche beachtet werden. Entlassungsgesuch Helf[ferichs] liegt nicht vor, nur mündlich.

Wir sagten:

- 1) Helfferich [müsse]<sup>9)</sup> zurück[treten] /
- 2) Ich halte nicht, daß es leicht, daß Friedberg wieder annimmt / Es kommt nun in Frage, welcher andere Nationalallib[erale]
- 3) Payer Vizekanzler, u. fort-sch. Minister / Schwander<sup>11)</sup> scheidet aus rein persönli-

Abgeordneter Erzberger (Zentr[um]) referiert über die Besprechung, welche heute vormittags beim Reichskanzler stattgefunden habe.<sup>7)</sup> Aus der ganzen Konferenz habe er den Eindruck gewonnen, daß der Reichskanzler ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit Nachdruck anstrebe und daß er bereit sei, alles nach dieser Richtung zu tun, was von ihm verlangt werden könne. Zu einer Krisis dürfe es unter keinen Umständen kommen. Weder im inneren noch im äußeren Interesse wäre das erwünscht. Die Presse müßte von

Roedern hat heute morgen teilgenommen.

Hertling ist bereit, auch in personeller Hinsicht Ausweg zu finden, der unsere Wünsche restlos befriedigt. Hertling will in Fühlung mit uns bleiben und unsere Vorschläge gern entgegennehmen. Diese Vorschläge können wir auch durchsetzen mit mehr oder weniger Änderungen. Helfferich kein Entlassungsgesuch! Staatssekretär Helfferich hatte dem Reichskanzler gesagt: wenn Hertling wünsche, sei er bereit zu scheiden. Er überladet also ganz dem Reichskanzler.<sup>13)</sup> In den Besprechungen haben wir darüber keinen Zweifel gelassen, daß Helfferich nicht mehr möglich sei. Darüber vollkommen einig. Das war unge-

schläge gern entgegennehmen. Helfferich hat kein Entlassungsgesuch eingereicht, sondern nur H. Bereitwilligkeit zum Rücktritt ausgedrückt. Alle Abgeordneten keinen Zweifel gelassen, daß Helfferich unmöglich. Dadurch, daß Friedberg sofort Mandat zurückgelegt hat, fraglich, ob noch wieder reparabel. Wer kommt für ihn evt. in Betracht? Es wurde ferner Payer als Vizekanzler und Fortschrittler in Preußen erörtert, dabei Ausweg, ob fortschrittlicher Minister nicht nach fester Zusage vertagt werden könnte. Kühlmann hat gesagt, daß ein Staatssekretär noch wegen Krankheit ausscheiden würde, was ganz geheim bleiben sollte (Schwander).<sup>11)</sup> Wenn Schwander aus-

chen Gründen, dann Minister ohne Portef.

4) Payer Justizsekretär u. Stellvertreter<sup>12)</sup>

Kanzler will zu einer Verständig[un]g kommen / Offiz[ielle] Kommunikués des I.A.

uns fest in die Hand genommen werden, und es müßten täglich nur Kommunikués herausgegeben werden.

<sup>6)</sup> Die Äußerung von der Erpressungspolitik dürfte in der Unterredung mit Friedberg am 6. 11. 1917 gefallen sein, in der Friedberg die Übernahme des Vizepräsidiums ablehnte (vgl. auch Nr. 96). Allerdings hatte Hertling sich auch bereits am Vortage im gleichen Sinne ausgesprochen (vgl. Nr. 92a—d).

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 97.

<sup>8)</sup> Soll heißen: Ebert, Liesching und Erzberger hätten trotz der anfänglichen Bedenken und trotz der Weigerung der Nationalliberalen, sich zu beteiligen, die Initiative zu dem Besuch bei Hertling ergriffen.

<sup>9)</sup> Im Or.: „müssen“.

<sup>10)</sup> Vgl. dagegen Stresemanns eigene Interpretation seiner Haltung in Nr. 106: Er habe es zunächst abgelehnt, sich an den weiteren Verhandlungen mit Kühlmann und dem Kanzler zu beteiligen, „da ich

der Meinung war, daß die Fortschrittspartei zunächst von ihren zu weitgehenden Forderungen zurückgehen müßte . . .“.

<sup>11)</sup> Schwander trat am 20. 11. 1917 als Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes zurück.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 97. — Der gleiche Gedanke auch in einem Brief an den Oberpräsidenten und ehemaligen Staatsminister v. Loebell vom 7. 11. 1917, Durchschlag im Nachlaß Erzberger 22, in dem es heißt, leider sei „die Krisis derzeit ganz versandet“ und er, Erzberger, wisse „zur Stunde keinen Ausweg“; vielleicht sei jedoch folgende Kombination denkbar, „daß Herr von Krause Vizepräsident wird und daß seine Stelle für Herrn von Payer frei wird.“

<sup>13)</sup> Wohl im Sinne von „ladet dem Reichskanzler die ganze Verantwortung auf“ gemeint.

fähr der erste Punkt in den Personalien.

2.) Dadurch, daß Friedberg sofort Verzicht ausgesprochen hat und nicht um Vertagung gebeten hat, weiß man nicht, ob es möglich ist, daß Friedberg nachträglich noch einmal annimmt. Auch beim Kaiser wird es also nicht mehr gehen. Also Stelle des Vizepräsidenten neu zu besetzen. Vor wie nach richtig durch Nationalliberalen der Landtagsfraktion. Kernfrage: wer kommt in Betracht? Darüber hat man noch nicht gesprochen. Dann wurde weiter angesehen, ob es nicht doch möglich wäre, Payer als Vizekanzler zu benennen und einen Fortschrittler in Preußen zuzusagen, aber Ausführung auf später zu verlegen. Kühlmann hat gesagt, daß ein Staatssekretär wegen Krankheit ausscheiden würde; Schwander!<sup>11)</sup> Diese Sache müßte ganz geheim bleiben. Wenn Schwander ausscheidet, dann muß natürlich Fortschrittler, und zwar Preuße, der dann zugleich Mitglied des Preußischen Staatsministeriums werden könnte; auch Krause vielleicht Vizepräsident würde und Payer Staatssekretär des Justizamts werden

scheidet, dann Fortschrittler als Nachfolger zugleich Minister Staatsministerium. Zu erwägen auch, ob nicht Krause Vizepräsident und dann Payer Staatssekretär Justizamt, gleichzeitig beauftragt mit allgemeiner Stellvertretung des Reichskanzlers<sup>12)</sup>, dabei preuß. Minister auch nur zugesagt, Ausführung vorbehalten. Allgemeiner Eindruck: H. will Verständigung, bat dringend um Burgfrieden in Presse. Das legt uns Verpflichtung auf, offizielle Mitteilungen herauszugeben. Auch notwendig, weil andere Kreise am Werke, um Mißhelligkeiten zu schaffen.

könnte und gleichzeitig beauftragt mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers<sup>12)</sup>; preußischer Minister dann auch wieder bloß zugesagt und Ausführung vorbehalten. Eindruck: Reichskanzler will Verständigung herbeiführen. Reichskanzler bat dringend, in der Presse eine Art Burgfrieden zu halten. Wir müssen offiziell Mitteilungen herausgeben. Anders geht es nicht. Andere Kreise sind am Werke, um Treibereien zu machen.

Wir sollten die Sache nicht rundweg laufen lassen, sondern sollen weiterarbeiten, weil Hertling doch einmal Reichskanzler ist und es auch bleiben zu wollen scheint.

**Stresemann:** Wunsch: Wenn wir die interfraktionellen Besprechungen fortsetzen, dann erscheint es wünschenswert, daß die einzelnen Fraktionen Wert darauf legen, auch entsprechend ihrer Stärke vertreten zu sein. Das geht auf Zentrum. Trimborn<sup>14)</sup> usw. sollen benachrichtigt werden. Wir wissen nicht, ob die Zentrumsfraktion dahintersteht.

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 92c bes. Anm. 57.

**Stresemann** wünscht, daß Zentrum stärker vertreten sein solle.<sup>14)</sup> Wichtig ist jetzt nicht der Eintritt von einem oder dem anderen Abgeordneten, sondern Entwicklung zum Parlamentarismus. Diese darf nicht gestört werden. Bei Einigkeit unter Parteien rascher Fortschritt selbstverständlich. Ersatz für Friedberg nicht möglich. Krause ohne Einfluß in

**Stresemann:** Ein Wunsch: wenn die einzelnen Fraktionen mehr vertreten / Herold u. Trimborn.<sup>14)</sup> Auch Payer Die Situation: Wir hätten gestern meinen u. Erzbergers Vorschlag<sup>15)</sup> Trimborn/Was steht auf dem Spiel: ob die Parlamentarisierung fortschreitet. Wie die Sache jetzt werden soll weiß ich nicht. Friedberg

<sup>15)</sup> Bricht im Or. im Satz ab; sinngemäß zu ergänzen: annehmen sollen. — In der nächsten Zeile gestr.: „Haußmann“ (als Sprecherangabe).

Abgeordneter Stresemann gab dem Wunsch Ausdruck, Abgeordneter Trimborn<sup>14)</sup> möchte hierher kommen. Was stehe auf dem Spiel? Soll die Parlamentarisierung weiter gehen[?] Ein Ersatz für Geheimrat Friedberg wäre schwer zu finden. Wenn Helfferich bleibt, so sei das politischer Selbstmord. Herr von Payer soll Vizekanzler werden und Herr

Auch Payer wird vermißt. Besonderer Wunsch Zentrumsfraktion.

In bezug auf Lage: Bedauere sehr, daß unser gestriger Vorschlag nicht gewürdigt worden ist: Staatsministerium für Fortschrittler zu schaffen, Vizekanzler in suspenso zu lassen. Dann hätten wir Friedberg gehabt, Fortschrittler wäre dann auch sicher gewesen.

Ich möchte bitten, in Betracht zu ziehen, was auf dem Spiele steht. Ich verstehe nicht, weshalb man gegenwärtig Wert darauf legt, daß eine oder zwei Personen eintreten. Wichtig ist Entwicklung zum Parlamentarismus. Unter Michaelis hat man angefangen. Jetzt Fortschritte in dieser Beziehung gemacht. Wenn wir uns einigen, dann geht es weiter. Scheitert es diesmal, dann kommt eine Reaktion in den bürgerlichen Parteien. Deshalb habe ich gestern so dringend gebeten, anzunehmen, was da war und was in wenigen Wochen doch kommt. Ich kannte Friedberg!

Was jetzt werden soll, weiß ich nicht. Ersatz für Friedberg ist gar nicht möglich. Krause hat gar keinen Einfluß auf Landtagsfraktion. Was als Versuch

Fraktion. Was als Ausweg vorgeschlagen wurde, ist für Nationalliberale unmöglich; sie geben dann Staatssekretär auf und bleiben auch ohne Einfluß auf Landtagsfraktion. Wenn H. Payer zum Staatssekretär und Stellvertreter machen will, dann muß er auch als Vizekanzler gehen. Payer als Vizekanzler möglich, nicht aber als Fachminister. Zu erwägen wäre Verbindung zwischen Vizekanzler und Vizepräsident. Helfferich ohnehin nicht zu halten, das wäre politischer Selbstmord. Unter diesen Umständen sollte Hertling veranlaßt werden, Friedberg wieder holen zu lassen und zu drängen.<sup>16)</sup>

unentbehrlich, Kraus[e]? Payer nicht geeignet zur Justiz (!) / Hertling muß Friedberg kommen lassen.<sup>16)</sup>

Geheimrat Friedberg Vizepräsident.<sup>16)</sup>

der Lösung vorgeschlagen wird, ist für uns unannehmbar. Wir geben Staatssekretär ab und scheiden dann ganz aus; auch Einfluß auf Landtagsfraktion ist damit hinfällig. Wenn Reichskanzler kein Bedenken hat, Payer zum Stellvertreter zu ernennen, warum dann nicht zum Vizekanzler? Das ist doch eine Lächerlichkeit. Der Vizekanzler als Politiker ist ganz richtig. Aber in die Fachämter gehören Fachmänner. Vizekanzler und Vizepräsident war eine reinliche Sache. Das ist auch die einfachste Lösung. Wozu da mit Staatssekretär sich beschweren? Jetzt ist Graf Hertling gebunden, Payer als Vizekanzler zu ernennen. Helfferich ist nicht zu halten. Will er Helfferich halten, dann ist das politischer Selbstmord. Hertling sollte Friedberg kommen lassen; die Voraussetzungen sind wieder da — Sie müssen wieder annehmen! Wenn er das unter starkem Druck tut, dann kann er das meiner Meinung nach

<sup>16)</sup> Vgl. Helfferich S. 515: „Einen Augenblick schien es so, als ob die Ablehnung des preußischen Ministerpräsidiums durch Herrn Friedberg und die scharf gegen links Front nehmende Begründung dieses Schrittes durch die ‚Nationalliberale Correspondenz‘ [vgl. Nr. 96] ein Abrücken der Nationalliberalen von den Mehrheitsparteien zur Folge haben würde. Aber den Bemühungen einiger Parteifreunde des Herrn

Friedberg, die unter allen Umständen die ‚Parlamentarisierung‘ herbeiführen wollten, gelang es, einen neuen Umschwung herbeizuführen. Am Tag nach seiner Ablehnung war Herr Friedberg bereit, das Vizepräsidium, falls die anderen schwebenden Fragen befriedigend erledigt würden, doch noch anzunehmen.“

erreichen. Aber das geht nur bis heute abend.<sup>16)</sup>

**Liesching:** Unsere gestrige Unterhaltung mit Kühlmann<sup>3)</sup> hat nicht viel Wert. Wir hatten den Eindruck, daß Kühlmann bereit war, mit Hertling zu verhandeln, und daß ihm viel daran lag, daß die Sache nicht scheitert. Die Ablehnung des Staatssekretärs für die besetzten Gebiete<sup>17)</sup> geschah aus ganz sachlichen Gründen. Nun war heute morgen<sup>7)</sup> die Lage nicht so, daß der Reichskanzler irgendwie sich geneigt zeigte, nachzugeben. Die Hauptfrage bei der ganzen Sache ist nicht die Ernennung von Payer, daß er Stellvertreter wird, sondern die Frage Helfferich. Er hat uns auseinandergesetzt, daß Helfferich weggeht! Objektiv sind das starke Gründe, die dafür gesprochen haben. Erzberger und Ebert haben mit aller Schärfe betont, daß Helfferich unmöglich sei. Der Reichskanzler meinte dann, dann brauche er nicht mehr Sprechminister zu sein. Ich habe mich Ebert und Erzberger angeschlossen, auch Nationalliberale.<sup>20)</sup> Darüber, ob das geschehen wird oder nicht, haben wir keine binden-

**Liesching:** Ablehnung des Staatssekretärs für besetzte Gebiete<sup>17)</sup> geschah aus sachlichen Gründen. Hauptschwierigkeit ist nicht die Frage Payer, sondern die Frage Helfferich. Erzberger und Ebert betonten scharf, daß Helfferich unmöglich, H.<sup>18)</sup> suchte nach Auswegen, ihn doch zu halten.<sup>7)</sup> Dagegen auch ich und Nationalliberaler aufgetreten<sup>19)</sup>, aber keine bindende Zusage. In Frage preuß. Ministerium kam Erzbergers Vorschlag, Sache durch Zusage zu erledigen. Letzten Endes auch damit einverstanden.

**Liesching:** Hauptfrage Helfferich / Hertling u. Roedern sagten<sup>7)</sup> Payer sei der geeignetste.

Abgeordneter Liesching (F[ortschrittliche] Volkspart[ei]): Helfferich will bleiben.

de Zusage. Das ist der Kernpunkt der ganzen Sache. Wir haben es unsererseits an Entgegenkommen nicht fehlen lassen. Dann kam die Frage des preußischen Staatsministeriums. Zunächst Vorschlag gemacht von Erzberger: diese Frage durch Zusage zu regeln. Wir legen mehr Wert darauf, Ressortminister zu bekommen, aber auch einverstanden mit Staatssekretär und dann Platz im Staatsministerium. Eindruck: es wird die [Sache]<sup>21)</sup> laufen.

Auf die Frage Krause kam man in dem Zusammenhang, weil Friedberg abgelehnt hat, und zwar in einer Form, die es schwer macht, es rückgängig zu machen. Da war die Frage: wie kann das noch wieder eingerechnet werden?

Wenn Stresemann gesagt hat, das müsse alles heute sein, so sage ich: das ist nicht möglich. Hertling hat gesagt: Erst muß

<sup>17)</sup> Vgl. Nr. 91 und Nr. 92a—e.

<sup>18)</sup> Hertling.

<sup>19)</sup> An der Besprechung mit Hertling am 7. 11. 1917, vormittags, hatte kein Nationalliberaler teilgenommen (vgl. oben Nr. 98a. b und Nr. 97). Wahrscheinlich hat Liesching nur festgestellt, daß ja auch die Nationalliberalen in der Frage Helfferich der gleichen Auffassung seien. Mehr geht aus dem Wortlaut des Stenogramms Nr. 98a, das Südekum bei der Anfertigung seiner Niederschrift Nr. 98b als Vorlage diente, auch nicht einwandfrei hervor. Vgl. auch die folgende Anm.

<sup>20)</sup> Kann sowohl „Nationalliberale“ als auch „Nationalliberalen“ gelesen werden, da die Endung im Stenogramm weggelassen ist.

<sup>21)</sup> Im Stenogramm: „Frage“; dieses offensichtlich nicht in den Zusammenhang passende Wort ist wahrscheinlich eine (in der stenographischen Praxis so genannte) „antizipierende Dublette“, d. h. die Vorwegnahme eines in nahem Abstand folgenden ähnlichen Wortes, im vorliegenden Falle also statt des wahrscheinlich gesprochenen Wortes „Sache“ die Niederschrift des unmittelbar danach gesprochenen Wortes „Frage“ (Frage Krause).

Helfferich veranlaßt werden, Entlassung zu nehmen. Dann Vortrag beim Kaiser, ob Entlassung genehmigt wird. Dann müsse mit Payer verhandelt werden, ob er Stelle annimmt. Auch die anderen Fragen seien so wichtig und schwierig, daß man darüber verhandeln müsse.

Hertling hat zugesagt, wenn er in München sei, so solle die Sache nicht ruhen. Roedern und Kühlmann sollten weiter verhandeln. Am Schluß etwa so: Wir müssen konkrete Vorschläge machen, und die werden dann Hertling vorgelegt.

Der Sache mit der Presse habe ich nichts hinzuzufügen. Niemand Mitteilungen zu machen. Lieber offizielle Mitteilung mitmachen.

**Stresemann:** Man hat gestern spät abends Herrn von Krause dringend gebeten, das Vizepräsidium zu übernehmen. Er hat abgelehnt.

**Erzberger:** Hertling hat gesagt, Friedberg dringend gebeten, Bedenkzeit anzunehmen. Friedberg hat aber abgelehnt.

**Stresemann:** Man hat gestern spät abends Krause dringend gebeten, Vizepräsident zu werden. Abgelehnt.

**Erzberger:** H. hat Friedberg dringend gebeten, Bedenkzeit anzunehmen. Friedberg abgelehnt.

**Rießer:** Hertling hat zu Friedberg gesagt<sup>22)</sup>, wir haben ihm die Pistole auf die Brust gesetzt u. hat auf den Tisch geschlagen.

**Stresemann:** Krause hat abgelehnt, das Vizepräsidium zu übernehmen / heute um 9 Uhr.

**Ebert:** Ich stimme mit Erzberger überein, daß die Dinge mit der Presse so nicht weiter laufen können. Wir haben uns ursprünglich in unserer Presse völlig zurückgehalten, das ging aber schließlich nicht mehr. Wir haben dann vorsichtig informiert. Aber selbst vertrauliche Besprechungen unter Kollegen sind in die Presse gebracht worden. Wenn wir nicht unsere sorgfältig abgewogene Taktik jeden Tag über den Haufen werfen wollen, dann geht es nicht. Ein offizieller Bericht ist sehr schwer. Aber keinen anderen Ausweg. Zusicherung aller Kollegen, daß man sich allein daran hält. Stresemann zustimmen, daß das Zentrum vollständig vertreten sein müsse.<sup>14)</sup> Wir dürfen die Reichsleitung nicht im Zweifel lassen, daß Verhandlungen unter Mitwirkung der verantwortlichen Fraktionsleiter geschehen. Dritter Wunsch: Bei den Verhandlungen mit der Regierung sind wir sehr sorgfältig verfahren. Wir haben Gewicht

<sup>12)</sup> Vgl. auch Anm. 6.

<sup>13)</sup> Kühlmann.

<sup>14)</sup> Kühlmann wohl am 6. 11. 1917, nachmittags (vgl. Nr. 95), Roedern am 7. 11., morgens (vgl. Nr. 97 bes. Anm. 4 sowie Nr. 98a. b oben).

**Ebert** wünscht wie Stresemann stärkere Vertretung des Zentrums.<sup>14)</sup> Regierung muß wissen, daß Verhandlungen unter Mitwirkung verantwortlicher Fraktionsleiter geschehen. Wichtig auch, immer bei Regierung geschlossen vorzugehen. Wenn wir Differenzen zeigen, schwächen wir Erfolg. In der Sache durch Friedbergs brüske Ablehnung überrascht. Friedberg hätte nicht allein handeln dürfen, sondern in Übereinstimmung mit uns. Das Entscheidende ist aber Helfferich. H.<sup>18)</sup> über Unmöglichkeit Helfferichs nicht im Zweifel. Kühlmann und Roedern haben dennoch für ihn gesprochen.<sup>24)</sup> Wenn jetzt eine Kombination Krause als Vizepräsident, Payer als Staatssekretär und allgemeiner Stellvertreter und Fortschrittler in einem Ministerium erwähnt wird, so können wir ernstlich darüber reden. Wenn wir Vizekanzler durch Fortschrittler besetzen wollen, so weil wir gutes Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag wollen. Wenn Payer diese Stelle

**Ebert:** Trimborn soll kommen.<sup>14)</sup> Bericht Verhandlung durch dieselben Personen

Friedberg hat zu rasch u. zu bestimmt verzichtet. Um 6 Uhr sprachen wir mit Rießer bei Kühlmann<sup>8)</sup> u. dann wurde telephoniert als ich wegging, [daß] Friedberg niedergelegt hat. Friedberg sagte zu Kühlmann: Nein, ich will heraus.

Helfferich ist das entscheidende, K.<sup>23)</sup> u. Roedern haben für Helfferich plädiert.<sup>24)</sup> Für uns ist er unannehmbar.

Krause wäre eine zweckmäßige Lösung. Payer als Justizsekretär gewachsen u. Vizekanzler Beseitigung von Beschwerden vor der Plenardebatte. Verhandlungen mit

Schwander sollte bleiben, wir wollen ihm aber nichts nahelegen / Schwander für Elsaß<sup>26)</sup> Minister in Preußen

Sie haben [sich] nicht engagiert für unsere Lösung, die Verhandlungen sollen weitergeführt [werden.]

<sup>25)</sup> Vgl. dagegen Nr. 98a—c.

<sup>26)</sup> Im Or. gestr.: „Staatssekretär“.

Abgeordneter **Ebert** (Soz.) stimmt den Ausführung[en] des Abgeordneten Erzberger bezüglich Behandlung der Presse bei. Das Triumphgeschrei der Presse sei verfrüht. Die Mehrheitsparteien könnten geschlossen vorgehen und dieselben Personen zu den Verhandlungen senden. Geheimrat Friedberg überrascht. Staatssekretär Helfferich muß gehen. Dr. Krause wäre gut. Herr von Payer möge das Reichsjustizamt übernehmen. Schwander könne wohl im Amt nicht viel tun.<sup>25)</sup>

darauf gelegt, dort geschlossen zu erscheinen, nicht etwa zu differenzieren usw., sondern: das ist die Auffassung der Mehrheitsparteien. Die Resultate waren nie Beschlüsse, sondern immer Verständigungen. Jetzt Eindruck: kleine Differenzen: da schlüpfen die Herren dann hinein, und bei den weiteren Verhandlungen sind diese Informationen sehr wichtig. Also nur geschlossen! Wenn wir etwas auf eine Partei schieben, dann spielt man eine Partei gegen die andere aus. Darum Verhandlungen möglichst immer in einer Hand bleiben.

Zur Sache selbst: Ich wollte auch geltend machen, daß ich überrascht bin, daß Friedberg restlos abgelehnt hat. Gestern mittag, als wir mit Friedberg sprachen<sup>27)</sup>, so war ihm das wohl unbehaglich; er wollte ganz gern heraus. Aber hatte Eindruck, daß die Sache vorläufig hingezogen wird, wenigstens bis zum Abend. Das hat uns auch wieder bei den Leuten in eine unangenehme Situation gebracht. Kühlmann habe ich im Verdacht, daß er etwas gewußt hat; denn er war sehr reserviert.<sup>3)</sup> Friedberg hätte in Übereinstimmung mit uns handeln müssen. Er konnte nicht

hat, so verspreche ich mir viel davon. Wir haben immer viele kleinere Beschwerden, die wir während des Krieges durch Vermittlung der Reichskanzlei mit den Ämtern regelten. So können viele Dinge aus der Welt geschafft werden, ohne daß das Parlamenteinzugreifenbraucht. Unter Michaelis ging das schon nicht mehr. Wenn wir aber einen Parlamentarier in der Reichskanzlei haben, der sich dieser Dinge besonders annimmt, dann dürfen wir rechnen, daß alles glatt mit dem Reichstag geht. Von Schwanders Krankheit erst jetzt gehört. Richtiger Mann auf seinem Posten. Wechsel deshalb nur möglich, wenn wirklich Gesundheitsrücksichten es verlangen. Wenn Schwander gesund, dann am besten auch Staatsminister. H. bis jetzt gar nicht festgelegt, will die Dinge bis nach Rückkehr von München offen lassen. Können wir ihm jetzt festen Mehrheitsvorschlag machen? Wenn ja, dann läßt sich Lage wieder reparieren.

im Zweifel sein, daß wir diese Forderungen aufstellen würden. Stresemann hat gesagt, daß Hertling ziemlich heftig gewesen sei. Wir waren sehr überrascht, wie freundlich er heute morgen war.<sup>27)</sup> Hat Friedberg noch in der Tür gebeten, noch zu warten.

Wir dürfen keinen Zweifel darüber lassen, wie die Stellung der Regierungsleute ist. Helfferich ist das Entscheidende bei der ganzen Frage. Das hat sich gezeigt: Hertling wußte, daß Helfferich unmöglich war. Das ist festgestellt worden. Gesternabend<sup>3)</sup> plädierte Kühnmann heftig für Helfferich, auch heute Roedern.<sup>28)</sup> Das ist der eigentliche Hinderungsgrund; sie wollen Helfferich halten. Aber von keiner Seite ist eine Konzession heute morgen gemacht worden. Helfferich soll gehen. Für uns ist das unmöglich.

Neue Kombination: ich hatte den Eindruck, daß gegen Krauses Umrangierung nichts einzuwenden ist. Ich weiß nicht, inwieweit er seinen Aufgaben gewachsen sein würde. Aber wenn er an sich als erfahrener Parlamentarier im Einverneh-

<sup>27)</sup> Nach der interfraktionellen Sitzung. Vgl. Nr. 92a—d.

<sup>28)</sup> S. Anm. 24.

men mit seiner Fraktion handeln könnte, dann könnten wir uns damit abfinden. Payer als juristischer Staatssekretär würde auch gewachsen sein. Und damit allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers scheint Lösung zu sein, über die wir ernstlich reden sollten. Wenn wir Vizekanzler durch Fortschrittler so ernstlich verlangen, so deshalb, weil wir gutes Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag wollen. Wenn das Payer macht, so verspreche ich mir sehr viel.

Hunderte von Beschwerden haben wir, die wir während des Krieges mit den Ämtern besprechen, mit der Reichskanzlei. So Dinge aus der Welt geschafft. Das ging schon bei Michaelis nicht mehr. Wenn wir einen Parlamentarier haben, der sich dieser Dinge besonders annimmt, dann glatte Bahn mit dem Reichstag. Also Parlamentarier auf diesem Posten als Stellvertreter.

Schwander: Ich habe das heute morgen zuerst gehört, daß Schwander krank ist. Ich bedauere das sehr, denn Schwander wäre auf dem richtigen Posten. Wir als Arbeiterpolitiker müssen gerade Gewicht auf tiefes soziales Verständnis legen. Deshalb da nicht gern

wecheln. Der Mann hat eine Riesenaufgabe. Gesund muß der Mann sein. Nur wenn der Mann nicht kann, kann man über Wechsel reden.

Es gibt noch eine andere Möglichkeit. Schwander ist Elsässer; könnte er nicht auch in seiner jetzigen Stellung Staatsminister werden? Wenn er Staatsminister würde, dann wäre eigentlich die Sache glatt. Wenn das ginge, dann wäre das eine Möglichkeit, die Dinge glatt zu bekommen. Es darf kein Zweifel bestehen, daß Hertling und Roedern sich in keiner Weise engagiert haben. Es ist alles offengelassen. Hertling wünscht sehr, daß Verhandlungen weitergeführt werden sollten. Er müsse jetzt weg, beauftrage die beiden Herren, die Verhandlungen weiterzuführen. Wie stehen wir zu diesem Vorschlag, und was können wir präsentieren als einheitliche Auffassung? Unter diesen Umständen Lage wohl noch zu retten. Es läßt sich wieder reparieren.

**Liesching:** Gegen Vorschlag, Schwander zum Minister zu machen, da hatten Hertling und Roedern Bedenken. Aber es könnte erwogen werden.

**Rießer:** Vorschlag der offiziellen Mitteilung ist nötig. Sollte man nicht einmal die Hauptleiter der Blätter kommen lassen?

**Dove:** Habe kein großes Vertrauen zu dem Erfolg des letzten Vorschlags. Man kann die Richtungen gar nicht bestimmt feststellen. Auch die offiziellen Mitteilungen werden nicht verhindern, daß mehr in der Presse gesagt wird. Wenn man Mitteilungen herausgibt, so muß man erklären, daß alles andere unzulässig ist. — Mir scheinen zwei Punkte wesentlich: zunächst, was Schwander betrifft, so habe ich nicht den Eindruck, daß er krank wäre. Diese Krankheit ist ihm etwas imputiert. Man will ihn herausbringen, um einen Parlamentarier hineinzubringen. Die Lösung, daß er preußischer Minister wird, scheint sehr gut.

- 1) Nachdem Friedberg abgedankt hat: ist damit für die Nationalliberalen die Voraussetzung beseitigt, daß sie mitmachen? Die Frage wäre dann: wer ist an die Stelle zu setzen?
- 2) Punkt Helfferich. Nach Nachrichten will Helfferich nicht nur selbst das Amt be-

**Dove:** Zwei Punkte erscheinen wesentlich: Schwander ist nicht krank; es wäre gut, ihn zum preußischen Minister zu machen. 2. Ist nach Friedbergs Ablehnung für die Nationalliberalen die Voraussetzung weiterer Mitarbeit gegeben oder nicht? Wichtig ist auch Helfferich, hat starke Stützen. Vollständige Absägung vielleicht nicht möglich. Könnte er nicht als Staatssekretär weiter wirken?

**Dove:** Schwander ist nicht krank.

Nationalliberale müssen sagen, wie sie sich zu der Situation Friedberg stellen.

Dann: Helfferich ohne Stellvertretender<sup>30)</sup>

Abgeordneter Dove ([Fortschrittliche Volkspartei]<sup>29)</sup>): Staatssekretär Helfferich klammert sich an sein Amt und findet Unterstützung beim Marinekabinettschef von Müller.

halten, sondern einflußreiche Herren haben, die ihn stützen.<sup>21)</sup> Namentlich Admiral Müller. Der Mann<sup>22)</sup> ist auf wirtschaftlichem Gebiet so erfahren usw. Man wird sehen müssen, Helfferich eine Stelle zu belassen. Wie ist es, ihn als Staatssekretär weiter wirken zu lassen?

**Wiemer:** Schwander als preußischer Minister wohl möglich; aber hat er Einfluß dann im Ministerium? Er kennt nicht die Verhältnisse. Er kennt freilich die Wahlrechtsverhältnisse in Elsaß-Lothringen. Aber er ist auch sehr belastet. Ob er daneben noch die Stellung als preußischer Staatsminister voll ausfüllen kann, ist zweifelhaft. Lieber wäre mir, wenn wir in der früheren Kombination die Stelle bekämen. Aber eine gewisse Lösung wäre es immerhin. Voraussetzung ist natürlich, daß er gesund ist.

Reichsjustizamt durch Payer zu besetzen, darüber ließe sich reden. Da liegt die Schwierigkeit darin, daß Krause nicht ausscheiden will. Also doch nur

<sup>21)</sup> Im Or.: „Soz.“

<sup>22)</sup> Bricht im Or. im Satz ab. Soll heißen: ob man Helfferich nicht, wenn man ihm die Stellvertretung des Reichskanzlers nehme, als Staatssekretär weiter amtieren lassen könne? Vgl. Nr. 98a.b.

**Wiemer:** Schwander als Minister wohl möglich, aber sicher ohne Einfluß. Für Fortschrittler ein eigener Staatsminister wichtig. Schwander immerhin guter Ersatz. Da Krause nicht ausscheidet, so bleibt für Payer nur Vizekanzler. Für beide Kombinationen Helfferich das Hindernis. Deshalb muß Helfferich fort. Ob er im Reichsdienst bleiben kann, läßt sich noch nicht übersehen.

**Wiemer:** Schwander wäre als preuß. Ministerstaatsrechtl[ich] möglich, politisch fraglich. Payer wäre als Justizsekretär geeignet / Erste Sache ist: Helfferich muß weg.

Abgeordneter **Wiemer:** Schwander könne nicht viel leisten. Staatssekretär Helfferich müsse fort.

<sup>21)</sup> Soll heißen: er werde durch einflußreiche Herren gestützt.

<sup>22)</sup> Helfferich.

Payer als Vizekanzler. Helfferich ist für beide Kombinationen das Hindernis. Scheidet Helfferich aus, dann kann Payer Vizekanzler werden. Also Helfferich muß fort. Ob er dann im Reichsdienst bleiben kann, kann ich nicht übersehen; aber immerhin möglich.

**Richthofen:** Es scheint doch unzweifelhaft zu sein, daß alles steht und fällt mit Helfferich. Wenn Helfferich ausscheidet, sind keine Schwierigkeiten mehr vorhanden. Wenn Payer Staatssekretär werden kann und allgemeiner Stellvertreter, dann kann er auch Vizekanzler werden. Also wiederholt nachdrücklich erklären, daß Helfferich fort muß. Solange Helfferich bleibt, ist nichts zu machen.

**Über Friedberg:** Friedberg hat sein Ausscheiden in einer Form vorgenommen, die es schwer macht, wieder zurückzukommen. Ausscheiden von Friedberg ist sehr schlimm; seine Kandidatur war der geschickteste Schachzug von uns. In vielen Kreisen der Nationalliberalen ist man sehr zufrieden, daß Friedberg erledigt ist. Wenn Friedberg nicht kommt, dann kein Einfluß auf preußi-

**Richthofen:** Scheidet Helfferich aus, dann keine Schwierigkeiten mehr. Friedbergs Weigerung macht neue Kandidatur schwierig, aber doch nicht unmöglich. Ohne Friedberg kein Einfluß auf preußische Fraktion. Nationalliberaler in Preußen wichtig, darf aber nicht durch Ausscheiden aus Reich erkaufte werden.

**Richthofen:** Helfferich ist Hauptfrage.

Friedberg hat Ablehnung in einer Form vorgenommen die ihm u. Krone Umkehr schwer macht.<sup>33)</sup>

Abgeordneter Frhr. von **Richthofen** (natl.) erklärt gleichfalls, daß Helfferich fort müsse. Friedberg könne schwer zurück.

sche Fraktion. Wenn es Friedberg nicht ist, dann hat das in der Beziehung keine Wirkung. Krause kann das nicht machen. Im Gegenteil: Verhältnisse in der nationalliberalen Landtagsfraktion sicher sehr viel schwerer geworden. Notwendig ist ein Nationalliberaler im preußischen Ministerium, aber nicht zu erkaufen durch Ausscheiden aus der ganzen Reichsleitung.

(Südekum: Schiffer?)

**Erzberger:** Uns ist es darum zu tun, gewisse politische Ideen durchzusetzen. Da gibt es eine Lösung: Hertling, Friedberg, Payer. Daran müssen wir festhalten. Was sind da für Schwierigkeiten? Zuerst müssen die Sozialdemokraten und die Volkspartei darauf verzichten, daß sofort ein Fortschrittler Minister werden müßte; dagegen bindende Zusage, daß bei passender Gelegenheit ein Fort-

**Südekum** lenkt die Aufmerksamkeit auf Schiffer als Vizepräsidenten.

**Erzberger:** Zur Durchsetzung unserer Ideen nur eine Lösung. Hertling — Friedberg — Payer. Daran müssen wir festhalten. Um die Schwierigkeiten zu überwinden, müssen Fortschrittler und Sozialdemokraten auf sofortigen Eintritt Fortschrittlers in Ministerium verzichten. Dagegen bindende Zusage, daß alsbald Fortschrittler Minister werden wird. Stimmen beide Parteien zu, dann ist die Sache noch heute

**Erzberger:** Ausland. Hertling, Friedberg, Payer.

Verzicht auf sofortige Ernennung eines Mi[nisters].

Wir sind nicht verhandlungsfähig.<sup>34)</sup>

Die Mitwirkung des Zentrums ist einheitlich.

Abgeordneter **Erzberger** (Zentrum) schlägt vor, daß ein Kabinett Hertling — Payer — Friedberg gebildet werden möge. Das verlangt die innere und äußere Politik. Er bitte die Volkspartei und Sozialdemokratie, sich damit zu begnügen, daß bei passender Gelegenheit ein volksparteilicher Herr in das preußische Staatsministerium berufen werde. Wenn jetzt die Kandidatur Hertling scheitere, so sei der ganze politische

mehr erschwert durch die Mitteilung von volksparteilicher Seite [vgl. oben, Ausführungen Doves], daß Helfferich sich an sein Amt klammere, worauf alle vier Parteien sofort darin einig wurden, daß Helfferich „unbedingt fortmüsse“. Ich schlug erneut als Basis die Bildung eines Kabinetts Hertling-Payer-Friedberg vor. Auf dieser Grundlage wurde endlich die Verständigung durchgeführt.“

<sup>33)</sup> Im Or. schließen sich hier die Notizen Haußmanns zu seinen eigenen späteren Ausführungen an. S. unten.

<sup>34)</sup> Vgl. Erzberger S. 298: „Ich unternahm einen neuen Versuch, die Situation zu retten und zunächst wieder volle Einigung unter den Mehrheitsparteien herbeizuführen. Die ganze Situation wurde noch

schriftler Minister werden würde. Wenn die beiden Parteien das machen, dann könnte die Geschichte heute noch gemacht werden. Bei Friedberg könnte man wohl Schwierigkeiten noch beseitigen. Hertling hat die Sache noch offen gelassen. Friedberg persönlich zu bewegen, wieder einzutreten, wäre wohl nicht allzu schwer. Das wäre nicht ganz unmöglich. Können wir Helfferich beseitigen? Ja, das können wir in der jetzigen Situation. Hertling hat sich viel zurückhaltender ausgesprochen als Roedern und Kühlmann.

Wenn wir in dieser Form Wünsche vorbringen, haben wir das meiste erreicht, was wir wünschen. Politisch und international würde das eine kolossale Sache sein.

Wir haben zweitens Garantien für die Durchsetzung und rasche Durchsetzung der preussischen Wahlreform. Bei dieser Kombination ist doch bis Ostern die Möglichkeit, daß Wahlrecht da. Was ist das wert! Das ist mehr wert als irgendein Minister. Das verlangt einige Opfer. Aber wir würden Kombination schaffen, unüberwindlich bis Kriegsende. Das bringt uns dem Frieden näher. Wir

zu machen. Auch Friedberg läßt sich zurückführen. Helfferich können wir wohl absägen. Kabinett Hertling — Friedberg — Payer politisch und international ein großer Erfolg. Dazu Garantie für Durchsetzung preuß. Wahlreform. Das ist mehr wert als irgend ein Minister. Deshalb nicht verschiedene Vorschläge machen, sondern auf altem Boden bleiben.<sup>34)</sup>

Zentrum ist immer informiert gewesen<sup>35)</sup> und hat Erzberger zur Vertretung bestimmt.

Gewinn der letzten Tage in Frage gestellt, ja man könne sagen, sogar verloren. Die Verantwortung könne er und das Zentrum nicht übernehmen. Er bitte erneut die Sozialdemokratie und Volkspartei, hier Entgegenkommen zu zeigen.<sup>34)</sup>

sind jetzt nicht verhandlungsfähig. Wir können keinen Sieg jetzt ausnützen.

Würde es nicht das beste für uns sein, nicht alle Versuche zu machen, sondern uns auf diesem Boden zusammenzufinden? Helfferich müßte dann endgültig ausscheiden.<sup>34)</sup>

Aus meinem alleinigen Dasein<sup>36)</sup> dürfen keine politischen Schlüsse gezogen werden; Zentrum immer informiert.<sup>35)</sup> Einstimmiger Vorschlag immer: Payer Vizekanzler, Friedberg Vizepräsident, bei passender Gelegenheit Fortschrittler zum preußischen Minister zu machen. Daß Hertling eine solche Zusage halten würde, das ist sicher.

**David:** Zu dem Bericht, den wir offiziell geben müssen, möchte ich bemerken, daß dann ein gewisser Rückblick über die bisherigen Verhandlungen gegeben würde.

Die Frage Vizekanzler ist für uns die wichtigste für die Neuordnung im Reiche. Wir haben

**David:** Vizekanzler für uns wichtigste Frage im Reich. Daher Helfferich unmöglich. Dann kommt befriedigende Lösung von selbst. Bedeutungs-voll jetzige Verhandlungen über Polen und Litauen. Hinweis auf zwei Beschlüsse des Hauptausschusses. Acht geben, daß nicht

**David:** Vizekanzler ist die Kardinalfrage, durch Helfferich so schwierig / Wir müssen einheitlich bleiben / Helfferich als Vermittler im Reichstag unmöglich. Schwander krankt an Helfferich / Polen wird durch Helfferich umgebaut. Möglichst mit dem Sitz in Warschau.

**Abgeordneter David:** Die Stelle des Vizekanzlers sei das Wichtigste. Schwander leide nur an der Helfferichkrankheit. Helfferich könnte ja Staatssekretär für die besetzten Gebiete werden, wenn er durchaus behalten werden müsse. Die Sozialdemokratie würde sich mit Herrn

<sup>35)</sup> Erzberger sandte an Trimborn, Köln, noch am 7. 11. 1917 seinen Bericht über die Besprechungen des gleichen Tages; Durchschlag des Begleitbriefes im Nachlaß Erzberger 22 (ob darunter alle auf den 7. 11. datierten Aufzeichnungen, also Nr. 97, Nr. 98d, Nr. 99 und Nr. 100, zu verstehen sind, war nicht festzustellen). Ebenfalls am

7. 11. bat er Trimborn telegraphisch, ihn gleich nach seiner Ankunft in Berlin aufzusuchen; Abschrift des Telegramms im Nachlaß Erzberger 22.

<sup>36)</sup> Als Vertreter des Zentrums bei den gegenwärtigen interfraktionellen Besprechungen.

das von vornherein betont. Die Frage war durch Verbleiben Helfferichs so schwierig geworden. Ich bin der Meinung, daß die Beseitigung Helfferichs das erste ist, um Bahn freizumachen. Dann kommt weitere befriedigende Lösung von selbst. Helfferich ist als Mittelsperson mit dem Reichstag unmöglich. Die Frage Schwander ist eine Frage Helfferich. Helfferich mischt sich in sein Gebiet ein. Es wundert mich, daß Roedern und Kühlmann für Helfferich eintreten; sie haben sich früher gegen den Posten ausgesprochen. Es ist möglich, daß Roedern fürchtet, daß Helfferich dann das Reichsschatzamt wieder bekommt!

Helfferichs jetzige Verhandlungen über Polen und Osten sind eigentlich die schlimmste Brüskierung des Reichstags. Der hatte die Initiative. Zwei Beschlüsse des Hauptausschusses!<sup>36)</sup> Jetzt wird durch Helfferich die ganze Geschichte neu umgebaut, ohne es auch nur für der Mühe wert zu halten, uns einzuladen, bei der Vorberatung mitzuwirken. Wir stehen wieder vor vollendeter Tatsache.

Da sich Helfferich mit den besetzten Gebieten so sehr be-

Reichstag vor vollendete Tatsache gestellt wird. Helfferich vielleicht als Staatssekretär für besetzte Gebiete möglich. Durch Friedberg würde Wahlreform gesichert. Das wäre für weitere Entwicklung politischer Verhältnisse maßgebend. Wenn Ministerium H. zusammenbricht, dann schreckliche Zustände. Für uns Fortschrittler im preuß. Ministerium außerordentlich wichtig, aber wir könnten uns mit fester Zusage abfinden. Redensarten in feindlicher Presse über Herrschsucht des Reichstags lächerlich. Reichstag durchaus verfassungsmäßig. Aus Etatrecht folgt auch Mitbestimmung über Personalien.

Wir Sozialdemokraten könnten einen Verzicht kaum u. nicht dauernd aussprechen u. nur gegen feste Zusage

Der Reichstag hat ein souveränes Recht der Budgetablehnung.

von Payer begnügen, wenn die Volkspartei zustimmt. Die Nationalliberalen wollen v. Payer als Vizekanzler.<sup>37)</sup>

schäftigt, könnte er ja Staatssekretär für die besetzten Gebiete werden, wo möglich mit dem Sitz in Warschau. Auch diese Idee steht sicherlich dem Kopf Helfferich nicht fern.

Frage Friedberg: wenn man auf ihn einwirkt, dann wird er wohl noch annehmen. Dadurch würde Sache der Wahlreform gesichert. Das wäre für den Frieden im Reiche und alles Weitere der Entwicklung bestimmend. Wenn sie nicht zustande kommt oder verzögert würde, dann würden schreckliche Zustände entstehen.

Erzbergers Frage, ob wir auf den Verzicht uns einlassen könnten, daß jetzt Fortschrittler ins preußische Ministerium komme, ist in erster Linie an die Fortschrittler zu richten. Für uns ist Fortschrittler im preußischen Ministerium ein überaus wichtiger Posten. Wir würden nur davon absehen

<sup>37)</sup> Diese Feststellung findet bemerkenswerterweise in Nr. 98a—c keinen Niederschlag.

<sup>38)</sup> Bezieht sich auf den Beschluß vom 28. 8. 1917, HA 177. Sitzung, daß der Reichstag beschließen wolle, „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für die besetzten Gebiete Litauen und Kurland alsbald Vertretungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten, die vom Vertrauen aller Volksteile getragen sind, und, soweit die militärischen Verhältnisse es gestatten, Zivilverwaltungen zu schaffen“, und auf den Antrag der Mehrheitsparteien (ohne die Nationalliberalen) vom Vortage,

zitiert bei Bredt S. 320, auf Schaffung eines polnischen Ministeriums, Umwandlung des Staatsrats in eine Volksvertretung unter Berücksichtigung der Minderheiten und Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen den Militärgouvernements Warschau und Lublin. Dieser Antrag ist jedoch, nach Bredt a.a.O., nicht zur Erledigung gekommen und wurde auch nicht publiziert, während Schulthess 1917/I S. 776 den Beschluß vom 28. 8. 1917 aufführt. Das Protokoll der Hauptausschußsitzung vom 27. 8. 1917 fehlt in dem zugänglichen Satz der Ausschußprotokolle.

können, wenn feste Zusage gemacht wird.

Allgemeines Wort: Es wird so dargestellt, als ob der Reichstag sein verfassungsmäßiges Recht überschreite. Das ist nicht wahr. Der Reichstag hat als souveräner Faktor in der Reichskombination ein unbedingtes souveränes Veto in den einzelnen Fragen wie im Budget. In diesem Recht hat er die verfassungsmäßige Grundlage, auch auf Personen einzuwirken. Der Kaiser kann ernennen, aber wir müssen bezahlen und haben dadurch das Recht der Mitbestimmung auch in Personalien. Wir haben nicht das Recht der Krone bestritten, haben nur gesagt, daß notwendig sei harmonisches Zusammenarbeiten.

**Haußmann:** Friedberg war voreilig. Friedberg war veranlaßt zu einer unrichtigen [Reaktion]<sup>41)</sup> durch Hertling. Ist Rückzugslinie für ihn möglich? Nur wenn gebeten von der Fraktion und von Hertling eingeladen. Dann wird es auch nicht für die Krone unannehmbar.

Dann bleibt nur die Frage Helfferich. Da ist die Situation wieder die für die Regierung, daß sie wissen will, ob der Reichstag ihn als Person nicht

**Haußmann:** Unser Widerstand gegen Helfferich wird als Eingriff angesehen. Davids Vorschlag über Weiterverwendung von Helfferich nicht schlecht. Taktische und sachliche Gründe sprechen dafür.<sup>42)</sup> Die feste Zusage wegen Fortschrittler im Ministerium mußte öffentlich gemacht werden.

**Haußmann:**<sup>39)</sup> Polen Antrag<sup>40)</sup> / Helfferich – Kühlmann / Helfferich Me[hrheit]

International: nicht Sie ge auszunützen

Ich will nicht polemisieren gegen Nat[ional]lib[erale] / haben nicht einheitlich u. zu kleinmütig u. Friedberg übereilt gehandelt / kann rückgängig gemacht werden.

Ursache Hertlings Heftigkeit / Helfferich? Kann er bleiben? Reichstag muß sprechen, ob er

haben will. Das sieht sie als einen Eingriff an. Der Vorschlag von David über die Weiterverwendung von Helfferich ist gar nicht schlecht. Ich neige dazu aus taktischen und sachlichen Gründen.<sup>42)</sup> Es ist wahr, daß Roedern und Kühlmann nicht nur als anständige Kollegen so gesprochen haben, sondern daß sie persönlich unter dem Eindruck stehen, daß er in den letzten Tagen eine ganz besondere Befähigung nachgewiesen. Kaiser, Ludendorff und Bundesgenossen.

Bei Schwander: ist nicht erfreut über seinen hiesigen Aufenthalt, aber nicht wegen Helfferich!

Es fragt sich zum Schluß, ob die Zusage eines Ministers für Fortschrittler genügen würde.

<sup>39)</sup> S. Anm. 33.

<sup>40)</sup> S. Nr. 93.

<sup>41)</sup> Im Stenogramm: „Veranlassung“.

<sup>42)</sup> Nach Helfferich S. 515 f. suchte ihn Haußmann am 7. 11. 1917, nachmittags, auf und berichtete u. a., „daß in der interfraktionellen Kommission eine von ihm veranlaßte Erörterung über meine Person stattgefunden habe, dabei sei von allen Seiten, auch von den Sozialdemokraten, zum Ausdruck gebracht worden, daß keinerlei persönliche Animosität gegen mich vorliege, daß man meine Leistungen anerkenne und wünsche, daß ich auch unter der neuen Ordnung der Dinge an leitender Stelle im Reichsdienst bleibe. Da nun aber einmal Übereinstimmung darüber bestehe, daß Herr von Payer Vizekanzler werden müsse, sei man auf den Gedanken der Schaffung eines neuen Reichsamts gekommen, dem die Bearbeitung der Angelegenheiten

ihn drängt / Zweckmäßig ihn zu lassen?<sup>43)</sup> NB: Nachträglich: Staatssekretär für besetzte Gebiete ist eine geistreiche Idee.<sup>42)</sup> Payer Justizsekretär / Schwander / Preuß. Minister: Zusage ein Minister sobald erledigt.

der besetzten Gebiete und der auf die Friedensverhandlungen bezüglichen Fragen zugewiesen werden solle. Dieses neue Reichsamt solle mir angeboten werden, und gleichzeitig solle ich die Mitgliedschaft des Preußischen Staatsministeriums behalten. Die Mitglieder der interfraktionellen Kommission seien ausnahmslos mit diesem Vorschlag einverstanden gewesen, und der Vorschlag solle am Abend den vom Reichskanzler mit den weiteren Verhandlungen beauftragten Staatssekretären Graf Roedern und von Kühlmann überbracht werden.

Ich antwortete Herrn Haußmann, daß mir das Einverständnis derjenigen Person zu fehlen schein, auf die es doch in erster Linie ankomme, und das sei ich selbst. Ich sei bereit, zu gehen, wenn Kanzler und Kaiser mich gehen ließen; aber ich sei nicht bereit, ein anderes Amt zu übernehmen.“

<sup>43)</sup> Der folgende Passus ist im Or. rechts am Rande der Seite eingefügt.

Sozialdemokratie hat erklärt, daß sie feste Zusage haben [müsse].<sup>44)</sup> Müßte auch öffentlich gemacht werden.

**Fischbeck:** Wir wollen Vorschlag Erzberger folgen und die Sache beschränken auf mögliche Dinge.

**Schwander:** Da muß irgend etwas im Gange gewesen sein, ehe diese Kombination aufgetaucht ist, weil einem Mitglied unserer Fraktion Hertling vorgestern gesagt hat, Fischbeck wäre doch ein guter Ersatz für Schwander.

Ich gebe Wiemer recht, daß nicht viel gewonnen würde durch Übertritt Schwanders in preußisches Ministerium. Er kennt die Sache nicht und kann auch für Wahlrecht nicht viel helfen.

Uns ist die Frage vorgelegt worden, daß wir mit einem zufrieden sein müßten. Gestern auch schon vorgeschlagen worden. Gewiß, wir legen Wert auf preußischen Ministerposten. Es wäre wohl gegangen, ein Ressort freizumachen. Sydow! Wenn das nicht geht, dann haben wir gestern unter allen Umständen erklären müssen, daß wir die merkwürdigen Staatssekretariate nicht ma-

**Fischbeck:** Wir wollen Erzbergers Vorschlag folgen. Freimachung eines preußischen Ministeriums wäre wohl möglich gewesen. Die Sache im Reich ist uns aber wichtiger. Daher für uns möglich: Payer Vizekanzler und feste Zusage für uns in Preußen.

**Fischbeck:** Wir können nicht Schwander verdrängen.

Uns ist die Sache im Reich das Wichtigere / Auch von dem Standpunkt der Sozialdemokraten die uns ihre Vertretung<sup>45)</sup>

Wenn uns ehrlich die Anwartschaft gegeben wird, daß wir bei<sup>46)</sup> [der] nächsten passend[en] Gelegenheit<sup>47)</sup>

**Abgeordneter Fischbeck:** Wünschenswert wäre es gewesen, daß Sydow zurücktrete. Der Liberalismus verliere an ihm nichts.

chen könnten. Jetzt: die Sache im Reiche ist uns weit wichtiger. Auch vom Standpunkt der Sozialdemokratie muß es als viel höher gelten, wenn uns die Stelle im Reiche gegeben wird, als die preußische Stelle. Wenn die Sache so kommt, daß die ganze Kombination nur zustande kommt, daß wir uns dann allein mit dem Vizekanzler begnügen können, wenn in Preußen feste Zusage gemacht wird.

Fortschrittler sind damit einverstanden.

**Erzberger:** Hertling, Payer, Friedberg ist also unsere Kombination; bei der ersten Gelegenheit soll preußisches Ministerium Fortschrittler haben. Gibt es weitere Schwierigkeiten mit Helfferich, so würde ich für besetzte Gebiete sein. Staatssekretariat nicht zu etatisieren, sondern aus Kriegsfonds. Dann Reichstag keinerlei Verpflichtung und Bindung. Keinerlei Garantie für den ruhigen Gang der Reichsgeschäfte. Wir würden

**Erzberger:** Hertling — Friedberg — Payer ist also unsere Kombination, daneben feste Zusage für Fortschrittler in Preußen. Kann Helfferich nicht ganz entfernt werden, so sollte er besetzte Gebiete nehmen; dies Staatssekretariat dann auf Kriegsfonds nehmen. Wir sind Sozialdemokratie und Fortschrittler für Verzicht sehr dankbar.<sup>49)</sup>

**Erzberger:** Einheitlich Kombination Hertling, Payer — Friedberg / mit der Maßgabe<sup>48)</sup> Wenn Helfferich gehalten werden will, dann soll ohne Budget für ihn, ein Staatssekretar[iat]<sup>49)</sup> Wir sind den Soz. u. V[olksparteilern] dankbar, daß sie durch Verzicht auf Wünsche die wir für berechtigt halten, die Lösung ermöglicht, heute<sup>50)</sup>

Abgeordneter **Erzberger** (Zentr[um]) formuliert die Vorschläge dahin: Ein Kabinett Hertling — Payer — Friedberg wird von den Mehrheitsparteien unterstützt, wobei der Kanzler gebeten werden soll, Geheimrat Friedberg zu bitten, seine Ablehnung zurückzunehmen. Die Volkspartei erhält die Zusage des Reichskanzlers, daß die Anwartschaft auf eine Stelle im Staatsministerium bei erster passender Gelegenheit für sie gegeben wird. Helfferich kann,

<sup>48)</sup> Im Stenogramm: „würde“. — Offensichtlicher Schreibfehler.

<sup>49)</sup> Sinngemäß zu ergänzen: überlassen haben.

<sup>50)</sup> Im Or. gestr.: „der geeignet[en]“.

<sup>49)</sup> Sinngemäß zu ergänzen: ein Ministerium in Preußen bekommen.

<sup>48)</sup> Sinngemäß zu ergänzen: daß bei der nächsten Gelegenheit ein Fortschrittler ins preußische Staatsministerium berufen werden solle.

<sup>49)</sup> Sinngemäß zu ergänzen: für die besetzten Gebiete geschaffen werden.

<sup>50)</sup> Vgl. Anm. 34.

dann auch Sozialdemokraten und Fortschrittlern sehr dankbar sein für ihren Verzicht.<sup>50)</sup>

**Stresemann:** So wie ich Friedberg kenne, kann ich ihn nicht dazu bringen. Dazu bringen muß ihn Hertling. Und die Krone. Die Nationalliberalen sind sonst ganz einverstanden.

**Wiemer:** Wegen preußischen Staatsministeriums müßte Erklärung noch überlegt werden. Soll das öffentlich abgegeben werden? Gegen öffentliche Zusage. „Wenn uns ernstlich die Anwartschaft gegeben wird, bei der ersten passenden Gelegenheit.“ (Formulierung Fischbeck.)

Mitteilung an die Presse.

**Erzberger:** Für heute nur eine kleine kurze Notiz.

**Stresemann:** Die Wiederheranholung von Friedberg kann nur durch H. geschehen, sonst Nationalliberale ganz einverstanden.

**Wiemer:** Wir sprechen unseren Verzicht aus „wenn uns ernstlich die Anwartschaft gegeben wird, daß bei der ersten passenden Gelegenheit ein Fortschrittler in Preußen Minister wird.“ Man unterhielt sich dann noch über eine Mitteilung an die Presse und entschied sich für folgende kleine Notiz:

**Fischbeck:** Ich habe die Erklärung von Payer zu treuen Händen.

**Stresemann:** Friedb[erg] muß wissen, daß ihm der Kaiser das nicht übel nimmt.

Wenn das mit starkem Druck von Hertling ausgeht dann<sup>51)</sup>

**Rießer:** Wir sind alle einig.

**Wiemer:** Formulierung / Haußmann / Wenn uns / der fortschr. Volkspartei / ehrlich die Anwartschaft gegeben wird daß uns bei erster passender Gelegenheit ein preuß. Ministerium übertragen wir[d]  
Kommuniqué:

wenn man großen Wert darauf lege, ihn im Amte zu behalten, Staatssekretär für die besetzten Gebiete werden. Die Gelder hierfür sind nicht im Etat anzufordern, sondern können aus Kriegskosten bestritten werden.<sup>50)</sup>

Es wird beschlossen heute noch beifolgendes Kommuniqué an Wolffs-Büro zu geben.

„In der heutigen Besprechung der vier<sup>52)</sup> Parteien der Reichstagsmehrheit hat sich vollkommene Einmütigkeit in der Beurteilung der<sup>54)</sup> gegenwärtigen Lage ergeben.<sup>55)</sup> Die Lösung der schwebenden Fragen scheint hierdurch nahegerückt. Die Verhandlungen mit dem Reichskanzler dauern fort. [Alle anderslautenden Mitteilungen sind nicht als zuverlässig anzusehen.]“<sup>56)</sup>

Fischbeck, Stresemann, Ebert und Erzberger 6 Uhr im Reichsschatzamt.<sup>59)</sup>

Nächste Sitzung 12 Uhr.<sup>60)</sup>

„In der heutigen Besprechung der vier Reichstagsfraktionen hat sich eine vollständige Einmütigkeit in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der Vorschläge zur Überwindung der Schwierigkeiten ergeben. Die Verhandlungen mit dem Reichskanzler dauern fort.“<sup>57)</sup>

Fischbeck, Stresemann, Ebert und Erzberger sind auf 6 Uhr ins Reichsschatzamt geladen.<sup>59)</sup>

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr.<sup>60)</sup>

In den heutigen Verhandlungen der 4<sup>53)</sup> Reichstagsfraktion[en] hat sich eine völlige Übereinstimmung der Auffassungen der gegenwärtigen Lage u. Vorschläge zur Überwindung der vorhandenen Schwierigkeiten [ergeben]. Die Verhandlungen mit dem R[eichs-]K[anzler] dauern fort (Die Lösung der schwebend[en] Fragen scheint hie[r]durch nahe gerückt.)

Verhandlungen durch Fischbeck / Erz[berger] / Stresemann u. Ebert u[m] 6 Uhr.<sup>59)</sup>

In der heutigen Besprechung der 4 Reichstagsfraktionen hat sich eine vollständige Einmütigkeit in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der [Vorschläge zur] Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten ergeben. Die Verhandlungen mit dem Reichskanzler dauern fort.<sup>58)</sup>

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.<sup>60)</sup>

<sup>51)</sup> Sinngemäß zu ergänzen: werde Friedberg sich auch bewegen lassen, das preußische Vizepräsidium doch noch zu übernehmen.

<sup>52)</sup> Im Stenogramm gestr.: „großen Reichstagsparteien“.

<sup>53)</sup> Im Or. gestr.: „Parteien des“.

<sup>54)</sup> Im Stenogramm gestr.: „gesamten politischen“.

<sup>55)</sup> Im Stenogramm gestr.: „Verhandlungen mit dem Reichskanzler sowie über die —“.

<sup>56)</sup> Der durch eckige Klammern gekennzeichnete Satz ist im Stenogramm gestrichen. Anschließend folgt die endgültige Fassung des Kommunikés, wörtlich übereinstimmend mit Nr. 98b. S. auch folgende Anm.

<sup>57)</sup> In dieser Fassung (vgl. auch die vorige Anm.) verbreitet durch WTB. Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 8. 11. 1917, 2. Morgenblatt. — Nr. 98c weicht am meisten vom offiziellen Wortlaut ab; in Nr. 98d eine verheerende Auslassung sowie „der bestehenden Schwierigkeiten“ statt einfach „der Schwierigkeiten“.

<sup>58)</sup> Das Kommuniké liegt der Niederschrift Erzbergers auf besonderem Blatt bei.

<sup>59)</sup> Vgl. Nr. 100.

<sup>60)</sup> Die nächste Sitzung fand erst am Freitag, den 9. 11. 1917, statt. Vgl. Nr. 103a.b.

## 99.

**7. 11. 1917: Telephonische Mitteilung des Abg. Erzberger  
für Staatssekretär von Kühlmann**

Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift. Überschrift: „7. 11. 17<sup>1)</sup> / Telephongespräch mit Potsdam, Neues Palais.“

Abgeordneter Erzberger läßt Staatssekretär Kühlmann mitteilen, die 4 Parteien (Zentrum, Nationalliberale, Volkspartei, Sozialdemokratie) würden dem Herrn Reichskanzler heute folgenden Vorschlag unterbreiten:

1. Abgeordneter von Payer als Vizekanzler,
2. Abgeordneter Dr. Friedberg als Vizepräsident,
3. Wenn Staatssekretär Helfferich absolut im Amt behalten werden müßte, so sei man damit einverstanden, daß er Staatssekretär für die besetzten Gebiete würde. Es brauche dann keine neue Stelle angefordert werden, die Gehälter könnten aus Kriegsmitteln bestritten werden.<sup>2)</sup>

Dasselbe wird heute abend 6 Uhr Graf Roedern mitgeteilt werden.<sup>3)</sup> Aus dieser Kombination könne für den ruhigen und friedlichen Gang der Reichsgeschäfte bis Kriegsende garantiert werden.

<sup>1)</sup> Handschriftlich datiert.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 98a—d.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 100.

## 100.

**7. 11. 1917: Unterredung der Abg. Erzberger, Ebert, Fischbeck und Stresemann  
mit Staatssekretär Graf Roedern**

Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „7. 11. 17. Besprechung beim Reichsschatzsekretär Graf Roedern. Mittwoch den 7. November abends 6 Uhr.“

An der Besprechung nahmen teil: Abgeordneter Erzberger, Ebert, Fischbeck und Stresemann.

Abgeordneter Erzberger berichtet über die neuen Entschließungen der Mehrheitsparteien, indem er ihre absolute Einigkeit und Geschlossenheit hervorhebt.<sup>2)</sup> Die Mehrheitsparteien seien vom Willen der ehrlichen Verständigung beseelt und getragen und lieferten einen neuen Beweis hiervon, indem sie großes Entgegenkommen an die Wünsche der Regierung zeigten. Gegenüber den bisherigen berechtigten Wünschen komme die Mehrheit nunmehr der Regierung in folgender Weise entgegen: Statt sofort zwei Volksparteiler in [das]<sup>3)</sup> Kabinett zu berufen,

<sup>1)</sup> Vgl. die zusammenfassenden Aufzeichnungen Erzbergers (Nr. 105) und Stresemanns (Nr. 106) sowie Erzberger S. 298. Ferner Nr. 103a. b. — Nach Nr. 105a. b hat auch Kühlmann an dieser Besprechung teilgenommen.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 98a—d.

<sup>3)</sup> Im Or.: „der“.

würde man sich begnügen, wenn jetzt Herr von Payer zum Vizekanzler ernannt würde und einem volksparteilichen Mitglied im Staatsministerium die Anwartschaft auf eine Stelle bei der ersten passenden Gelegenheit zugesagt würde. Staatssekretär Helfferich komme als Staatssekretär und preußischer Staatsminister nicht mehr in Betracht. Wenn aber die Regierung und Krone großen Wert darauf legen, ihn im Amt zu behalten, so könne er Staatssekretär für die besetzten Gebiete werden und zur Vorbereitung für die wirtschaftliche Seite des Friedensschlusses. Das sei ein großes Opfer, das der Reichstag bringe. Wenn der Reichstag aber einen Helfferich weiterhin vertrage, dann möge die Regierung auch eine so wertvolle Kraft, wie [sie] Herr von Payer darstelle, in den Kaufnehmen, zumal Letzterer nur Gewinn bringe. Das Verbleiben von Staatssekretär Helfferich als Vizekanzler sei unmöglich. Geheimrat Friedberg zu bewegen, die Stelle des Vizepräsidenten anzunehmen dürfte dem Reichskanzler nicht zu schwer werden. So ergebe sich die Kombination, daß ein Kabinett: Hertling—Payer—Friedberg zustande komme unterstützt von der Sozialdemokratie. Das bedeutet innerpolitische Kraft und Stärkung nach außen. Kein anderes Land sei in so günstiger Lage wie Deutschland, das die absolute innere Geschlossenheit bis zum Kriegsende erhält, die Mittelparteien einschließlich die Sozialdemokratie um die Regierung schare und vor jeder weiteren Krisis bewahrt. An ein weiteres Entgegenkommen seitens der Mehrheitsparteien könne nicht mehr gedacht werden.

Die Abgeordneten **Ebert**, **Fischbeck** und **Stresemann** unterstützen diese Darlegungen.

Staatssekretär **von Roedern** versuchte anfangs zugunsten Staatssekretär Helfferichs einige Gründe anzuführen<sup>4)</sup>, kam aber dann davon ab.

<sup>4)</sup> Vgl. Valentini S. 182: Bei seiner Anwesenheit am 6. 11. 1917 in Berlin habe er gehört, daß Friedberg „seinen Eintritt in die Regierung davon abhängig gemacht habe, daß ein Mitglied der Freisinnigen Volkspartei in die Regierung einträte. Ich war mit Eulenburg, Roedern, Helfferich u. a., mit denen ich an diesem und dem folgenden Tage in Berlin konferierte, vollkommen einverstanden, daß man dieser Zumutung nicht stattgeben könne, daß vielmehr die Grenze der zulässigen Parlamentarisierung nunmehr erreicht sei. Ich war am 7. November nachmittags 4 bis 6 Uhr mit Roedern und Helfferich bei Hertling, wo wir diesen Standpunkt mit aller Entschiedenheit vertraten und den Kanzler mit dem Eindruck verließen, daß er fest bleiben werde. Insbesondere versicherte er mir persönlich, daß er nicht daran denke, sich von Helfferich zu trennen.“ Auch Helfferich S. 516 berichtet über diese Unterredung mit Hertling, ohne jedoch die Teilnahme von Roedern und Valentini zu erwähnen: „Nach dem Besuch des Herrn Haußmann [vgl. Nr. 98a—d Anm. 42] begab ich mich zum Grafen Hertling; ich bestand darauf, daß im Interesse der Sache wie auch meiner Person endlich in dem einen oder anderen Sinne Klarheit geschaffen werden müsse. Ich hätte nach wie vor in erster Linie den Wunsch, meinen Abschied zu erhalten; aber ich hätte keine Neigung, mich weiterhin in parlamentarischen Besprechungen und Verhandlungen zwischen meinen Kollegen und den Parteiführern als ‚corpus vile‘ behandeln und mich täglich dreimal in der Berliner Presse als lästigen Kleber hinstellen zu lassen. Ich könne mir auch nicht denken, daß die Autorität des Kanzlers und der Krone aus dieser Art der Behandlung der Besetzung wichtiger Reichs- und Staatsämter ohne starke Einbuße hervorgehen könne. Graf Hertling antwortete mir, er teile vollkommen meine Ansicht; es müsse unter allen Umständen jetzt Schluß gemacht werden; um sechs Uhr abends sollten die Staatssekretäre Graf Roedern und von Kühlmann die Parteiführer empfangen, aber lediglich, um sie anzuhören und ihnen für den nächsten Tag die endgültigen Entschlüsse in Aussicht zu stellen. Ich möchte mich durch keine Zeitungsangriffe und Zwischenträgereien irremachen lassen; er wie der Kaiser rechneten unbedingt darauf, daß ich in meinem Amte ausharrte.“

Um 7 Uhr war die Konferenz beendet.<sup>5)</sup>

Staatssekretär von Roedern sagte Erzberger zu, daß morgen die Entscheidung sicher fallen werde<sup>6)</sup> und Erzberger würde benachrichtigt werden. Abgeordneter Erzberger seinerseits würde dann die anderen Abgeordneten benachrichtigen, wann die interfraktionelle Besprechung sei. Es dürfte diese wahrscheinlich nachmittags stattfinden.

<sup>5)</sup> Erzberger S. 298 resümiert den Verlauf der Besprechung in einem Satz: „An demselben Abend hatte ich mit den Vertretern der anderen Mehrheitsparteien noch eine Unterredung mit Staatssekretär Graf Roedern, der einen letzten Versuch machte, Helfferich zu halten, was aber einmütig abgelehnt wurde.“

<sup>6)</sup> Helfferich S. 516 f. referiert die Forderungen, die die Vertreter der Mehrheit den Staatssekretären Graf Roedern und von Kühlmann einmütig vorgetragen hätten: „. . . sie wünschten die Ernennung Friedbergs zum preußischen Vizepräsidenten und Payers zum Vizekanzler; beide Herren seien zur Übernahme dieser Posten bereit; die Besetzung eines preußischen Ministerpostens mit einem Fortschrittler sei einstweilen zurückgestellt, aber nicht aufgegeben; ich solle [sic!] Staatssekretär für die besetzten Gebiete und die Friedensvorbereitungen werden.“ Anschließend berichtet er, daß ihm Graf Roedern noch am gleichen Abend die Entscheidung des Kanzlers mitgeteilt habe; und zwar seien Roedern und Kühlmann von Hertling beauftragt worden, „am nächsten Vormittag den Parteiführern folgende Lösung als endgültig mitzuteilen: Friedberg wird Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums; Helfferich bleibt Vizekanzler; von Payer wird Staatssekretär ohne Portefeuille mit der speziellen Aufgabe der Pflege der Beziehungen zwischen Reichsleitung und Parlament. Wenn die Fraktionsführer sich damit nicht befriedigt erklärten, so solle ihnen gesagt werden, daß der Kanzler die Wünsche des Parlaments nicht über die sachlichen Erwägungen stellen könne, die schließlich bei der Besetzung der wichtigsten Reichs- und Staatsämter ausschlaggebend bleiben müßten, und daß er unter den obwaltenden Umständen darauf verzichten müsse, jetzt überhaupt irgendwelche Personalveränderungen dem Kaiser und König vorzuschlagen.“ Roedern habe diese Mitteilung mit der „erneuten dringenden Bitte“ verbunden, Helfferich „möchte von der Einreichung eines Abschiedsgesuches Abstand nehmen.“ — Vgl. dagegen Nr. 101, wo es heißt, daß Roedern am Abend des 7. 11. in Gemeinschaft mit Kühlmann und Breitenbach versucht habe, Helfferich zur Einreichung seines Abschiedsgesuches zu bewegen. Nach Nr. 105 soll Helfferich daraufhin noch „spät in der Nacht“ um seine Entlassung gebeten haben, was jedoch nach seinem eigenen und dem damit übereinstimmenden Zeugnis Valentinis (vgl. Nr. 101 Anm. 3) nicht den Tatsachen entspricht.

## 101.

**8. 11. 1917: Unterredung der Abg. Erzberger, Ebert, Fischbeck und Stresemann mit den Staatssekretären von Kühlmann und Graf Roedern**

Nachlaß Erzberger 22, Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Kanzlerkrisis. 8. 11. 17. Besprechung bei Staatssekretär von Kühlmann, Donnerstag, 8. November, vormittags 10 Uhr“.

Graf Roedern nahm an der Besprechung teil. Erschienen waren die Abgeordneten Erzberger, Ebert, Stresemann und Fischbeck.

Staatssekretär von Kühlmann teilte mit, daß es ihm leider nicht möglich sei, jetzt schon eine Antwort zu geben, wie er geglaubt habe. Es seien einige Schwierigkeiten eingetreten. Er hoffe aber doch, daß uns im Laufe des heutigen Tages eine Antwort zuteil werden könnte, er würde diese dann an den Abgeordneten Erzberger gelangen lassen.<sup>2)</sup>

Graf Roedern glaubte, man könnte noch keinen bestimmten Termin nennen, begab sich aber sofort zum Reichskanzler.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers sowie Nr. 103a. b.

<sup>2)</sup> Erzberger telegraphierte am 8. 11. 1917, 18 Uhr 55, also unmittelbar nach der Audienz Hertlings beim Kaiser (vgl. folgende Anm.), an Stresemann: „Besprechung mit Staatssekretär von Kühlmann morgen 12 Uhr. Interfraktionelle Sitzung 1 Uhr. Bitte Ihre Freunde zu letzterer einzuladen.“ Telegramm im Nachlaß Stresemann 177 (6886).

<sup>3)</sup> Für die Unterredung Hertlings mit Helfferich am 8. 11. 1917, vormittags, deren Resultat also um 10 Uhr noch nicht vorlag, vgl. Helfferich S. 517 f.: „Über Nacht jedoch besann sich Graf Hertling eines anderen [vgl. unten sowie Nr. 100 bes. Anm. 4 und 6]. Am nächsten Morgen ließ er mich zu sich bitten und sagte mir, es falle ihm furchtbar schwer, aber nach reiflicher Überlegung aller Umstände müsse er sich doch dazu entschließen, von meinem wiederholten Anerbieten, den Posten des Vizekanzlers freizugeben, Gebrauch zu machen. Er müsse, wenn wieder Ruhe einkehren solle, den Mehrheitsparteien das Zugeständnis machen, den Vizekanzlerposten an Herrn von Payer zu geben. Meine Person müsse aber dem Reiche erhalten bleiben, und er bitte mich deshalb, alle Bedenken und Empfindlichkeiten zurückzustellen und das neu zu schaffende Reichsamt für die besetzten Gebiete und die Friedensvorbereitungen zu übernehmen. Ich erklärte mich bereit zur sofortigen Einreichung meines Abschiedsgesuchs, das ich bisher nur auf den bestimmten Wunsch des Grafen Hertling zurückgehalten hatte, lehnte es aber ab, ein neues Amt zu übernehmen. . . . Als ich bei meiner bestimmten Ablehnung blieb, bat mich Graf Hertling, als Minister ohne Portefeuille Mitglied des Preußischen Staatsministeriums zu bleiben. Ich glaubte auch dieses Angebot ablehnen zu müssen, da eine Persönlichkeit, die weder ein preußisches Ressort noch ein Reichsamt vertritt, nach meiner Ansicht in dem Preußischen Staatsministerium nichts zu suchen und zu sagen habe. Außerdem aber gehe die jetzt vom Reichskanzler und Ministerpräsidenten ins Auge gefaßte Beendigung der über fast zwei Wochen hingeschleppten Verhandlungen so sehr gegen meine konstitutionelle Staatsauffassung, daß ich es ablehnen müsse, durch mein Verbleiben im Preußischen Staatsministerium eine Mitverantwortung für den Weg zu übernehmen, den die Krone geführt worden sei. Graf Hertling war etwas betroffen. Er bekannte, die Erledigung der Sache gehe auch gegen seine Staatsauffassung. Aber er sehe keinen anderen Weg als diesen, oder seinen Rücktritt mit der Konsequenz der Militärdiktatur.“ Schließlich, nachdem er, Helfferich, auch die Übernahme eines Botschafterpostens in Wien oder Konstantinopel abgelehnt habe, sei er von Hertling um die Ermächtigung gebeten worden, „meinen an ihn gerichteten Brief vom 28. Oktober dem Kaiser [vgl. Nr. 71a—c Anm. 42] vorlegen zu dürfen. . . . Eine halbe Stunde später hatte der Reichskanzler mein an den Kaiser gerichtetes Gesuch um Entlassung aus meinen Ämtern

Abgeordneter **Stresemann** teilte mit, daß es Wunsch der Nationalliberalen sei, daß der Abgeordnete **Friedberg** im Falle seiner Ernennung den Zentralvorstand der Partei beibehalten müsse.

Auf meinem Wege zum Büro begleitete mich der Abgeordnete **Stresemann** und teilte mir mit, er sei genau informiert über den Hergang.<sup>4)</sup> Exzellenz von **Kühlmann** und **Graf Roedern** hätten gestern nach unserer Konferenz<sup>5)</sup> in einer Besprechung mit Vizepräsident **Breitenbach** Staatssekretär **Helfferrich** dargelegt, daß er sein Abschiedsgesuch überreichen müsse, die politische Situation erheische es unter allen Umständen. **Helfferrich** habe sich gestraubt, da das ein Nachgeben der Krone bedeuten würde. Unterstaatssekretär **Heinrichs**<sup>6)</sup> habe ihn in seinem Bestreben unterstützt, während **Breitenbach** ebenfalls ein Nachgeben **Helfferrichs** empfohlen habe. **Helfferrich** habe noch gestern abend sich geweigert, das Abschiedsgesuch einzureichen. Inzwischen sei ihm von den verschiedensten Seiten klargemacht worden, daß er gehen müsse.<sup>7)</sup> Auch Staatssekretär von **Krause** habe **Helfferrich** dies wissen lassen. Es sei ihm (**Stresemann**) zur Stunde noch nicht bekannt, ob **Helfferrich** nun sein Entlassungsgesuch eingereicht habe<sup>8)</sup>, oder ob **Graf Hertling** selbst zum Kaiser gehen würde, um dort die Entlassung **Helfferrichs** zu beantragen. Auf jeden Fall werde die Entlassung durchgeführt werden und **Helfferrich** werde dann wahrscheinlich Präsident der Wirtschaftskommission werden.

---

als Stellvertreter des Reichskanzlers und Mitglied des Preußischen Staatsministeriums in Händen.“

Damit übereinstimmend **Valentini** S. 182: „Da überraschte mich am 8. November früh die telephonische Mitteilung **Helfferrichs**, daß **Hertling** über Nacht umgefallen sei! Er habe ihn kommen lassen und ihn gebeten, seinen Abschied zu erbitten, da er — **Hertling** — keinen anderen Ausweg sähe, als den Posten des Vizekanzlers an **Herrn v. Payer** zu geben. Dann würde auch **Friedberg** annehmen, und alles sei geregelt! Zugleich ließ mir **Hertling** durch **Stengel** telephonisch sagen, daß **Hertling** zu 6 Uhr eine Audienz bei Seiner Majestät erbeten habe, mich aber vorher noch in **Potsdam** aufsuchen würde. Dies geschah denn auch, und **Hertling**, das Abschiedsgesuch des trefflichen **Helfferrich** in der Hand, teilte mir mit, was ich schon wußte. Nach Verlauf einer Stunde kam er vom Neuen Palais zurück mit der Nachricht, der Kaiser sei einverstanden und erwarte morgen die Vorlegung der Orders!“ — Für die Audienz **Hertlings** beim Kaiser vgl. auch Nr. 102 Anm. 5.

4) Vgl. die als Nr. 106 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung **Stresemanns**.

5) Vgl. Nr. 100.

6) Im Or. irrtümlich: **Hendrichs**. Gemeint ist jedoch zweifellos der Unterstaatssekretär im preuß. Staatsministerium **Heinrichs**.

7) In teilweise wörtlicher Anlehnung wiedergegeben bei **Erzberger** S. 298 f.: „**Stresemann** teilte mir einige Tage später [richtig müßte es heißen: am folgenden Tage] mit, daß die Staatssekretäre von **Kühlmann** und **Graf Roedern** nach dieser Besprechung [vgl. Nr. 100], unterstützt vom preußischen Minister von **Breitenbach**, **Helfferrich** nahegelegt hätten, „daß er sein Abschiedsgesuch einreichen müsse, die politische Situation erheische es unter allen Umständen“. **Helfferrich** habe sich gestraubt, da dies ein Nachgeben der Krone gegenüber dem Parlament bedeuten würde; in dieser Auffassung habe ihn Unterstaatssekretär **Hinrichs** [sic! vgl. Anm. 6] unterstützt, während **Breitenbach** ebenfalls den Rücktritt **Helfferrichs** empfohlen habe; dieser habe sich aber zunächst geweigert, dem gegebenen Rate zu folgen. Hierdurch wurde mir auch die Stellungnahme des Grafen **Hertling** etwas klarer.“

8) Vgl. Anm. 3.

## 102.

## 9. 11. 1917: Unterredung der Abg. Ebert, Erzberger, Liesching und Stresemann mit den Staatssekretären von Kühlmann und Graf Roedern

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup> Überschrift: „9. 11. 17. Besprechung bei Staatssekretär von Kühlmann um 12 Uhr.“<sup>2)</sup>

Bei Staatssekretär von Kühlmann waren [erschieden]:<sup>3)</sup> Staatssekretär Graf von Roedern, von den Abgeordneten: Abg. Ebert, Erzberger, Liesching und Dr. Stresemann.

Staatssekretär von Kühlmann teilte mit, daß die Besprechung bereits durch die öffentlichen Bekanntmachungen<sup>4)</sup> überholt sei. Die politische Krise sei hierdurch gelöst.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. die als Nr. 105 abgedruckte zusammenfassende Aufzeichnung Erzbergers sowie Nr. 103a.b.

<sup>2)</sup> Für die Einberufung der Besprechung vgl. Nr. 101 bes. Anm. 2.

<sup>3)</sup> Im Or.: „erscheinen“.

<sup>4)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 9. 11. 1917, 2. Morgenblatt („Die Entscheidung“). — Die Entlassung Helfferichs und die Ernennung Friedbergs wurden am 9. 11. 1917 vollzogen, während Payer formell erst am 12. 11. zum Vizekanzler ernannt wurde. Vgl. Schulthess 1917/I S. 962 f., 964.

<sup>5)</sup> Für die Audienz Hertlings beim Kaiser am 8. 11. 1917, 18 Uhr, in der der Kaiser den Veränderungen in der Reichsleitung und in der preußischen Staatsregierung zustimmte, vgl. Nr. 101 Anm. 3 (Valentini); ferner Helfferich S. 518 f.: „Dem Kaiser, der den Grafen Hertling am Nachmittag empfing, stellte dieser vor, daß er, falls Seine Majestät mein Gesuch um Enthebung von dem Amte des Vizekanzlers und die Berufung des Herrn von Payer auf diesen Posten ablehne, seine Mission als gescheitert ansehen und sein Amt als Reichskanzler niederlegen müsse. Graf Hertling hat mir später erzählt, der Kaiser habe erst, nachdem er von meinem Brief vom 28. Oktober [vgl. Nr. 101 Anm. 3; Helfferich ließ diesen Brief unmittelbar nach seinem Rücktritt durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verbreiten, vgl. die in der „Frankfurter Zeitung“, 10. 11. 1917, 2. Morgenblatt, wiedergegebene WTB.-Meldung vom 9. 11. 1917] Kenntnis genommen hatte, sich zu der Bewilligung meines Abschieds bereit gefunden.“ — Kühlmann S. 512 f. berichtet, daß er von Hertling gebeten worden sei, ihn zum Vortrag beim Kaiser, „wie er sagte, für alle Fälle“, zu begleiten: „Nachmittags fuhren wir hinaus, erst zu dem Kabinettschef, Herrn von Valentini, mit dem ich stets in sehr angenehmen Beziehungen gestanden habe, und dann zum neuen Palais. Wie verabredet, blieb ich im Vorzimmer beim Flügeladjutanten vom Dienst, während Hertling sofort zum Kaiser geleitet wurde. Nach etwa halbständiger Unterhaltung kam der Kanzler wieder heraus, mit ihm der Kaiser. Als er mich im Adjutantenzimmer sitzen sah, fragte er mich mit gespielter Erstaunen: ‚Na, Kühlmann, was treiben denn Sie hier?‘ Ich erwiderte: ‚Majestät, ich war als Unterstützungstrupp befohlen für den Fall, daß der Herr Reichskanzler nicht ganz durchkommen sollte.‘ — ‚Na, mein lieber Hertling,‘ erwiderte der Kaiser, ‚bei mir brauchen Sie keinen Unterstützungstrupp. Wir sind auch sehr schön allein miteinander fertig geworden.‘ Während der Rückfahrt erzählte der Kanzler mir, daß sein Vorschlag beim Kaiser so gut wie auf keinen Widerstand gestoßen sei. Jetzt sei nur noch nötig, Helfferich seine Ausbootung aus dem Kabinett in schonender Weise beizubringen.“ Besonders der letzte Satz zeigt, daß Kühlmanns saloppe Darstellung mit Vorsicht aufgenommen werden muß; denn nach Hertlings Unterredung mit Helfferich am Vormittag [vgl. Nr. 101 Anm. 3] konnte dieser kaum noch irgendwelche Illusionen hegen. Offensichtlich falsch ist aber auch die Behauptung Kühlmanns (S. 512), Hertling sei von Anfang an mit ihm einig gewesen, „daß in weiterer Durchführung des parlamentarischen Gedankens der in Reichstagskreisen äußerst unpopuläre Helfferich durch einen vertrauenswürdigen Mann aus dem Parlament als Vizekanzler ersetzt werden müsse.“

Auf Anfrage des Abgeordneten **Ebert** teilt **Graf Roedern** mit, daß bei erster passender Gelegenheit die fortschrittliche Volkspartei einen Sitz im preußischen Staatsministerium erhalten werde. Es möge aber die Sache jetzt weder nach der sachlichen noch nach der persönlichen Seite besprochen werden.

Die Debatte wandte sich der Konferenz über die Ost-Fragen zu, wobei Staatssekretär **von Kühlmann** erklärte, daß keinerlei Abmachungen mit Österreich getroffen worden seien; es sei noch nicht einmal zur Formulierung des Standpunktes gekommen.<sup>6)</sup>

Es wurde beschlossen den Reichstag am 29. November einzuberufen und die Kommissionsberatungen 2 Tage vorher zu beginnen.<sup>7)</sup> Die Kommissionsberatungen sollen jeweils von 10 Uhr vormittags bis mittags 3 Uhr dauern und abends dann Fraktionssitzungen stattfinden.

Der Reichskanzler selbst wird die Kreditvorlage einbringen und begründen.<sup>8)</sup>

---

<sup>6)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 9. 11. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 8. 11.): „Daß die Beratungen des Kronrats am Montag [5. 11.], sowie die Besprechungen mit dem Grafen Czernin, die beide in der Hauptsache den österreichischen Fragen und namentlich der Frage nach der zukünftigen Gestaltung Polens galten, . . . zu keiner Entscheidung nach irgend einer Richtung geführt haben und in diesem Stadium führen sollten, ist heute auch von einer amtlichen Stelle aus den Zeitungen erklärt worden . . .“ — Vgl. dazu Conze, Polnische Nation S. 328 f.

<sup>7)</sup> Die Hauptausschußsitzungen wurden jedoch erst am 30. 11. 1917, also am Tage nach dem Zusammentritt des Plenums, wieder aufgenommen.

<sup>8)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3944 ff.

## 103.

## 9. 11. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

**103a:** Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.).  
Überschrift: „Freitag, 9. Nov. 1917,  
nachm. 1 Uhr“<sup>1)</sup>

Trimborn, Rießler, Stöve, Junck, Liesching, Erzberger, Fischbeck, Ebert, Stresemann, Richthofen, Pachnicke, Wiemer, Gradnauer, Scheidemann, Gothein, Herold, Keinath, David.<sup>2)</sup>

Trimborn Vorsitz.

**Erzberger** referiert: Vorgestern abend waren Ebert, Fischbeck, Stresemann und Erzberger beim Reichsschatzamt, wo auch Kühlmann war.<sup>3)</sup> Zuerst Lage dargelegt und bezeichnet als äußerste Grenze Payer, Friedberg und bindende Zusage, daß das erste Ministerium Fortschrittler. Voraussetzung sei Abgang Helfferichs. Staatssekretäre äußerten sich nicht, sondern wollten nur weitergeben. Donnerstag sollte Nachricht kommen. Am späten Abend wurde mitgeteilt, daß schon Donnerstag 10 Uhr Nachricht kommen könne, aber es war nichts.<sup>4)</sup> Zweifelhaft, ob im Laufe des Tages Nachricht komme. Kanzler erst um 6 Uhr Besprechung mit Kaiser.<sup>5)</sup> Deshalb gestern abend keine Besprechung mehr.

Heute morgen bei Kühlmann und Roedern gewesen.<sup>6)</sup> Auf Anfrage von Ebert ausdrücklich bestätigt, daß nächstes Ministerium in Preußen an Fortschrittler. Dies soll aber ausdrücklich geheimge-

**103b:** Nachlaß Südekum 15, Maschinenschrift.  
Überschrift: „Am Donnerstag, den 8. Nov. 1917, 12 Uhr, fiel die interfraktionelle Sitzung aus und wurde auf Freitag, den 9. November, nachm. 1 Uhr, wieder einberufen.“<sup>1)</sup>

Anwesend: Trimborn, Rießler, Stöve, Junck, Liesching, Erzberger, Fischbeck, Ebert, Stresemann, Richthofen, Pachnicke, Wiemer, Gradnauer, Scheidemann, Gothein, Herold, Keinath, David, Südekum.

Vorsitz: Trimborn

**Erzberger** referiert: Am 7. abends mit Ebert, Fischbeck, Stresemann im Reichsschatzamt; dort auch Kühlmann.<sup>3)</sup> Lage dargelegt und als äußerste Grenze bezeichnet: Payer, Friedberg und bindende Zusage an Fortschrittler wegen Preußen. Voraussetzung Abgang Helfferichs. Staatssekretäre äußerten sich nicht, sondern wollten alles weitergeben. Die für Donnerstag vormittag erwartete Nachricht kam nicht<sup>4)</sup>, weil Kanzler erst 6 Uhr abends Besprechung mit Kaiser.<sup>5)</sup> Am 9. morgens Erzberger bei Kühlmann und Roedern mit den anderen Herren.<sup>6)</sup> Auf Anfrage Eberts ausdrücklich zugesagt, nächstes preußisches Ministerium an Fortschrittler. Dies soll aber geheim gehalten werden. Auch Ostfragen oder Preußen nicht eingehend behandeln, weil da keine Bindung, sondern nur Möglichkeiten der Lösung besprochen.<sup>7)</sup> Reichstag soll Möglichkeit haben, erst Stellung zu nehmen.<sup>8)</sup> Stresemann regte dabei an, Chefredakteure der

<sup>1)</sup> Für die Einberufung der interfraktionellen Sitzung vgl. Nr. 101 bes. Anm. 2.

<sup>2)</sup> Südekums eigener Name fehlt in der Anwesenheitsliste, ist jedoch in Nr. 103b nachgetragen.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 100.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 101.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 101 Anm. 3 und Nr. 102 Anm. 5.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 102.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 102 bes. auch Anm. 6.

<sup>8)</sup> Vgl. Nr. 93.

halten werden. Auch die Ostfragen sollte man in der Presse nicht eingehend behandeln. Es seien nur die Möglichkeiten der Lösungen durchgesprochen, keine Bindung<sup>7)</sup>, Reichstag soll Möglichkeit haben, selbst Stellung zu nehmen.<sup>8)</sup> Ostfrage angesichts der russischen Vorgänge<sup>9)</sup> nicht in Presse erörtern. Stresemann regte dann an, Chefredakteure der Zeitungen zusammenzubitten und zu bitten, die Sache ruhig zu behandeln, auch Rußland. Von der deutschen Diplomatie soll alles getan werden, um russische Vorgänge friedensfördernd zu gestalten.

Reichstag: 29. November. Budgetkommission zwei Tage vorher<sup>10)</sup> tagen, um dort Aufschluß über finanzielle Lage zu bekommen. Reichskanzler selbst Kredit einbringen und begründen<sup>11)</sup>, 15 Milliarden. Dienstag und Mittwoch<sup>12)</sup> 10 bis 3 Uhr Budgetkommission<sup>10)</sup>, dann Fraktionssitzungen. 29. erste Lesung. Freitag, den 30., frei. Samstag 3. Lesung Nachtragsetat.<sup>14)</sup> Ob Weitertagung des Parlaments dann sofort oder Mitte Dezember Weitertagung, darüber ist noch nichts gesagt worden.<sup>13)</sup> Man kennt ja auch die innere Lage noch nicht.

**Pachnicke:** Wie wäre es gedacht, was dann in Preußen geschehen soll? Grundgedanke war bisher, Reichskanzler zuerst im Reichstag, dann erst in Preußen. Soll man im Landtag bis nach 29. November warten?

**Erzberger:** Landtag wohl erst nach dem 29. Zusammentritt.<sup>15)</sup> Gedanke des Vertrauensvotums<sup>16)</sup> ist bereits aufgegeben.

Zeitungen zusammenzubringen und Ostfragen mit ihnen zu behandeln. Von deutscher Diplomatie soll alles getan werden, um russische Vorgänge<sup>9)</sup> friedensfördernd zu gestalten. Reichstag soll 29. November, Budgetkommission 2 Tage vorher<sup>10)</sup> zusammentreten. Aufschluß über finanzielle Lage. Reichskanzler selbst Kreditvorlage einbringen.<sup>11)</sup> Ob Reichstag dann sofort weitertagt oder erst Mitte Dezember noch nicht bekannt.<sup>12)</sup>

**Pachnicke:** Soll Landtag bis 29. Nov. mit Wahlvorlage warten?

**Erzberger:** Landtag in der Tat so lange Verhandlungen hinausschieben.<sup>15)</sup> Gedanke eines Vertrauensvotums im Reichs-

<sup>9)</sup> Bezieht sich auf den Staatsstreich der Bolschewisten am 6./7. 11. 1917.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 102 bes. Anm. 7.

<sup>11)</sup> S. Nr. 102 Anm. 8.

<sup>12)</sup> Der Reichstag vertagte sich am 1. 12. 1917 und wurde erst zum 19. 2. 1918 wieder einberufen.

<sup>13)</sup> 27. und 28. 11. 1917.

<sup>14)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3970 ff.

<sup>15)</sup> Das preußische Abgeordnetenhaus tagte zwar vom 15. 11.—17. 11. und vom 28. 11.—1. 12. 1917, jedoch stellte sich Graf Hertling erst am 5. 12. dem Hause vor und brachte gleichzeitig die Wahlgesetzvorlage ein.

<sup>16)</sup> Vgl. Nr. 75a—c und Nr. 76a—d.

**Trimborn:** Wie steht es mit Friedberg?

**Erzberger:** Roedern hat gesagt, daß er hoffe, es werde gehen. Mit Payer schon amtliche Verbindung.

**Stresemann:** Über Friedberg telephonische Nachricht zu erwarten. Ich nehme an, daß er annehmen wird. — Mir scheint die begrüßenswerte Lösung der Krise doch zu bedingen, daß wir auch Sorge tragen, daß die wenigen Tage der Verhandlungen freibleiben von leidenschaftlichen Erörterungen. Wenn Hertling Programmrede hält, dann nur kurze Erklärungen der Parteien, damit mit möglichster Beschleunigung [die Verabschiedung] der Kreditvorlage erfolgt; das wird bei den Parteien, die Widerstände haben, die Widerstände erleichtern. Alle Gegner lauern darauf, daß wir uns diesmal Blößen geben. Es muß sich zeigen, daß wir reibungslos arbeiten können. Auf keine Provokation reagieren. Deshalb abraten von großen programmatischen Reden, bloße Erklärungen.

**Junck:** Wehmütiger Nachruf der Idee der Interpellation. Das hätte ich vom parlamentarischen Standpunkt aus gerade sehr begrüßt.

**Erzberger:** Es bleibt kein Platz für die Interpellation. Die Hauptsache ist die rasche Bewilligung der Kredite.

**Liesching:** Ist der frühere Gedanke wegen Verständigung über Rede<sup>17)</sup> festgehalten?

**Erzberger:** Ja, natürlich, das ist ausdrücklich zugesagt.

tag<sup>16)</sup> aufgegeben. Mit Payer schon amtliche Verhandlungen im Gange, Hoffnung, daß Friedberg ebenfalls annimmt.

**Stresemann:** Wenn Krise jetzt glücklich beigelegt, dann in der neuen Tagung des Reichstags alle leidenschaftlichen Erörterungen ausscheiden. Parteien nur kurze Erklärungen zu H.'s Programm. Dann schleunige Verabschiedung der Kreditvorlage. Wir müssen zeigen, daß wir reibungslos arbeiten können, daher auf keine Provokation reagieren.

**Junck:** Wegfall der Interpellation und des Vertrauensvotums vom parlamentarischen Standpunkt aus beklagenswert.

Auf Lieschings Anfrage, ob über die Rede H.'s Verständigung mit Parteien<sup>17)</sup> stattfinden solle, sagt

**Erzberger:** das ist ausdrücklich zugesagt.

<sup>17)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

**Scheidemann:** Wir können keine bindende Erklärung abgeben, wir treten in der Fraktion für die vorgeschlagene Lösung ein. Das Vertrauen wird bekundet durch Kreditbewilligung.

[**Richthofen:** Ohne Interpellation.]<sup>18)</sup>

**David:** Die Lage am 29. kann man heute nicht voraussehen angesichts der Dinge, die sich in Rußland entwickeln, auch nicht angesichts der Tatsache, daß die östlichen Abmachungen mit den russischen Dingen in die Quere kommen. Da darf man unter Umständen vielleicht nicht schweigen. Die russischen Demokraten bieten Friedensmöglichkeiten; dies stößt aber an die Schwierigkeiten der Festlegung in der polnisch-litauischen Frage. Das wäre eine Situation, die wir nicht vorübergehen lassen dürfen.

Um dem vorzubeugen, würde ich es für ratsam halten, wenn vom Parlament aus mit der Regierung in dieser Frage Fühlung genommen wird. (Das ist gestern und heute schon geschehen!)

(**Rießer** verweist auf unseren Antrag<sup>8)</sup>, der dem Kanzler zugegangen ist.)

(**Ebert:** Wir haben konstatiert, daß Außenpolitik im Sinne der Papstnote geführt werden müsse — Hinweis auf Konferenz der Presse am morgigen Tag!)

**David:** Dann müßte aber auch ein wirkliches Dementi erscheinen.

(**Erzberger:** Man ist noch nicht einmal zur Formulierung einer österreichischen oder deutschen Formel gelangt.)<sup>19)</sup>

**Gothein:** Man muß in der Tat den ungünstigen Eindruck im Ausland aus der Welt schaffen.

(**Erzberger:** Das ist alles zugesagt.)

**Scheidemann:** Wir können keine bindende Erklärung abgeben, treten aber in Fraktion für vorgeschlagene Lösung ein. Das Vertrauen wird durch Kreditbewilligung bekundet.

**David:** Glatte Abwicklung am 29. durch östliche Dinge erschwert. Deshalb nötig, daß Parlament mit Regierung dieserhalb Fühlung nimmt.

**Rießer** verweist auf unseren Antrag<sup>8)</sup>, der dem Reichskanzler schon zugegangen ist und selbständiges Vorgehen in polnischer Sache unmöglich machen soll.

<sup>18)</sup> Im Stenogramm gestr.

<sup>19)</sup> Vgl. Conze, Polnische Nation S. 328 f.

**Stresemann:** Die Schuld liegt hier lediglich an der deutschen Presse. Kühlmann sagt, daß ein offizielles Dementi sehr schwer sei. Kühlmann wird aber der Presse seinerseits Aufklärung geben und im Hauptausschuß<sup>20)</sup> [reden].<sup>21)</sup>

**Richthofen:** Das Verfahren ist wohl richtig. Aber es soll möglichst schnell geschehen. Schuldig ist aber die österreichische Presse.

**Erzberger:** Bindende Zusage, daß nichts geschieht ohne den Reichstag.

**Ebert:** Wir hatten uns einmal verständigt über geschichtliche Darstellung durch Südekum.<sup>22)</sup> Das ist wohl nach wie vor wünschenswert. Das wäre für Fraktionen wünschenswert.

**Richthofen:** Von Veröffentlichung ab-raten.

**Trimborn:** Veröffentlicht werden soll nicht.<sup>23)</sup>

**Erzberger:** Wir haben bindende Zusage, daß im Osten nichts ohne den Reichstag geschehen soll.

**Ebert:** Eine Sachdarstellung unserer Verhandlungen wäre sehr wünschenswert, und ich bitte, Südekum um Abfassung zu ersuchen.

Allgemeine Zustimmung.<sup>22)</sup>

**Trimborn** stellt fest, daß die Darstellung aber nur zum Gebrauch für die Fraktionen sein soll, nicht zur Veröffentlichung.<sup>23)</sup>

Schluß.

<sup>20)</sup> Vgl. HA 188. Sitzung, 30. 11. 1917. Kühlmann stellte gleich zu Anfang der Sitzung fest, daß „eine eingehende Debatte der unter den Begriff Ostfragen fallenden Probleme in der heutigen Ausschußsitzung meiner Ansicht nach unter Umständen eine sehr schwere Gefährdung vitaler Interessen des Deutschen Reiches bedeuten“ würde. Dementsprechend dürftig fielen auch seine Mitteilungen an den Ausschuß aus.

<sup>21)</sup> Im Stenogramm: „geben“.

<sup>22)</sup> Das Resultat dieses Beschlusses sind die maschinenschriftlichen Protokolle — Nr. 55b, Nr. 57b, Nr. 58, Nr. 59b, Nr. 61b, Nr. 63b, Nr. 71b, Nr. 72b, Nr. 75b, Nr. 76b, Nr. 80a, Nr. 83b, Nr. 92b, Nr. 98b, Nr. 103b — die Südekum, auf seine stenographischen Aufzeichnungen gestützt, anfertigte. Für Nr. 58 und Nr. 80a liegen keine stenographischen Notizen vor, während über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 5. 11. 1917 (Stenogramm Nr. 87a) kein maschinenschriftliches Protokoll im Nachlaß Südekum aufgefunden wurde.

<sup>23)</sup> Vgl. auch Nr. 105 Anm. 46.

## 104.

## 9. 11. 1917: Stresemann an Stöve

Nachlaß Stresemann 177 (6886), Durchschlag<sup>1)</sup>; maschinenschriftlicher Entwurf mit eigenhändigen Korrekturen<sup>2)</sup> a.a.O.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Die Auffassung, als wenn die nationalliberale Fraktion ein integrierender Teil der Mehrheitsparteien sei und sich mit ihren Zwecken und Zielen identifiziere, ist vollkommen irrtümlich.

Als die nationalliberale Fraktion den Beschluß faßt[e], an den interfraktionellen Besprechungen teilzunehmen, wurde einmal festgestellt, daß diese Besprechungen nicht dazu da seien, Beschlüsse zu fassen oder die Fraktionen irgendwie grundsätzlich festzulegen, sondern lediglich festzustellen, ob und in welchen Fragen die vertretenen Fraktionen einig wären. Es wurde außerdem von der Fraktion ausdrücklich beschlossen und durch eine an die Presse gerichtete Erklärung<sup>3)</sup> festgelegt, daß die nationalliberale Fraktion neben der selbstverständlichen<sup>4)</sup> Wahrung voller Selbständigkeit ihrer Entschließungen insbesondere ihre Stellungnahme in den Fragen der Außenpolitik durch die Teilnahme an diesen Besprechungen nicht berühren lasse.

<sup>1)</sup> Antwort auf einen Brief Stöves an Stresemann vom 8. 11. 1917, Nachlaß Stresemann a.a.O., in dem Stöve u. a. feststellt, die Nationalliberalen würden „in den letzten Wochen und Tagen mehr und mehr als integrierender Teil der Mehrheit bezeichnet und mit ihren Zwecken und Zielen identifiziert in einem Sinne, der sich schon entwickelt zu der Auffassung, als seien wir in allen Teilen in Übereinstimmung mit Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten über Kriegs- und Friedensfragen und allerlei sonstige Aspirationen“. Demgegenüber erklärt Stöve, unter ausdrücklicher Berufung auf die von Stresemann im Siebenerausschuß eingenommene Haltung: „Wir müssen dabei bleiben, daß wir eine Identifizierung mit der Resolution der 3 Mehrheitsparteien vom 19. Juli 1917 nach wie vor ablehnen und andere Anschauung[en] sich nicht festsetzen lassen dürfen und wollen.“

Bei aller Mitarbeit im Sinne des aufrichtigen Wunsches, im Inneren Ruhe zu halten und nach außen Sicherheit durch Geschlossenheit zu zeigen, dürfen wir doch vor uns selbst und vor unseren Anhängern im Lande auch [„auch“ eigenhändig eingefügt] nicht zulassen, daß man uns verantwortlich macht für Taten und Unterlassungen [der] Ära Hertling mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß es an uns gelegen hätte, Hertling zum Kanzler werden oder nicht werden zu lassen.“ — Die gesperrten Worte sind im Original handschriftlich, offensichtlich von Stöve unterstrichen.

<sup>2)</sup> S. Anm. 4, 6, 7, 9, 10 und 12.

<sup>3)</sup> Vom 21. 8. 1917, abgedruckt bei Schulthess 1917/I S. 755: „Im Hinblick auf die kommenden großen Aufgaben, namentlich auf dem Gebiet der Gesetzgebung im Innern, deren Lösung die Fühlungnahme innerhalb einer großen Mehrheit des Reichstags erfordert, ist die nat[ional]-[iberale] Fraktion bereit, sich an den interfraktionellen Besprechungen zu beteiligen, unbeschadet der vollen Selbständigkeit ihrer Entschließungen, insbesondere auf dem Gebiet der gegenwärtigen auswärtigen Politik.“ — Durchschlag des Manuskriptes und des im Auftrage von Stresemann (in seiner Eigenschaft als stellv. Vorsitzender der Reichstagsfraktion) an die Redaktion des WTB. gerichteten Begleitbriefes vom 21. 8. 1917 im Nachlaß Stresemann 174 (6883).

<sup>4)</sup> „der selbstverständlichen“ im Entwurf eigenhändig hinzugefügt.

An dieser Stellungnahme der Fraktion hat sich nichts geändert. Sie weisen in Ihrem Schreiben mit Recht darauf hin, daß ich bei den Verhandlungen des Siebener-Ausschusses gegen die Bezugnahme auf die Mehrheitsentschließung vom 19. Juli in der Antwort auf die Papstnote Einspruch erhoben habe.<sup>5)</sup> Diesem Einspruch hat sich nach mir Graf Westarp angeschlossen.<sup>6)</sup>

Bei allen Gelegenheiten, bei denen ich als Vorsitzender der nationalliberalen Reichstagsfraktion seit meiner Wahl zum Vorsitzenden sprach habe ich mich ferner<sup>7)</sup> in bezug auf die Kriegsziele auf den Standpunkt gestellt, den der Zentralvorstand<sup>8)</sup> in seiner letzten Sitzung eingenommen hat, und den ich seit Anbeginn des Krieges mit aller Entschiedenheit vertreten habe. In dieser Auffassung glaube ich mich mit der überwiegenden Mehrheit der Reichstagsfraktion völlig einig zu fühlen.

Die weitere Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen hatte den Zweck, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die künftige Reichstagstagung sich ohne Schwierigkeiten vollzöge und daß insbesondere die Sozialdemokratie veranlaßt würde, ihre Kreditbewilligungen nicht von unangemessenen Forderungen abhängig zu machen. Wenn wir darauf hinwirken, daß die Sozialdemokratie bis zum Ende des Krieges Ruhe hält und von einer scharfen Oppositionsstellung absieht, so dienen wir damit vor allem der Obersten Heeresleitung, deren Erfolge durch Kämpfe im Innern nicht beeinträchtigt werden dürfen.<sup>9)</sup> Wir sind in der nationalliberalen Fraktion in dieser Beziehung in einer ähnlichen Lage wie etwa die Leiter großer wirtschaftlicher Betriebe gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft in der Kriegszeit. Wir müssen zum Teil auch unberechtigte Forderungen herunterschlucken, um während der Kriegszeit die Ruhe<sup>10)</sup> aufrechtzuerhalten. Wie wenig wir dabei aber von unserer grundsätzlichen Stellungnahme namentlich in Wirtschaftsfragen aufgeben, wird Ihnen mein Aufsatz über „Staatssozialismus und freie Wirtschaftstätigkeit“<sup>11)</sup> gezeigt haben.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 42a.b bes. Anm. 44 und 48.

<sup>6)</sup> Im Entwurf handschriftlich gestr.: „Ich bin bei diesen Verhandlungen im Gegensatz zu den Vertretern der Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit dafür eingetreten, daß irgendeine Bezugnahme auf die etwaige Räumung Belgiens in die Antwort auf die Papstnote nicht hineinkäme und habe, hier lediglich unterstützt von dem Vertreter der konservativen Partei, die entschiedene Stellungnahme der deutschen Regierung für die vlämische Bewegung und für ein unabhängiges Flandern gefordert.“

<sup>7)</sup> „ferner“ im Entwurf eigenhändig eingefügt.

<sup>8)</sup> Für die Entschließung des Zentralvorstandes vom 23. 9. 1917 vgl. Schulthess 1917/I S. 807 f. Ferner das Protokoll der Verhandlungen, Nationalliberale Partei 155.

<sup>9)</sup> Dieser Satz im Entwurf eigenhändig korrigiert; die ursprüngliche Fassung lautete: „Die Aufgabe der [sic!] Sozialdemokratie bis zum Ende des Krieges in Ruhe zu halten und von einer scharfen Oppositionsstellung der Sozialdemokratie abzusehen, ist mir namentlich von Mitgliedern der Obersten Heeresleitung ans Herz gelegt worden.“

<sup>10)</sup> Im Entwurf handschriftlich gestr.: „im Innern“.

<sup>11)</sup> Zuerst veröffentlicht in der hektographierten Korrespondenz: „Nationalliberale Beiträge. Leit- aufsätze von Abgeordneten und namhaften nationalliberalen Politikern für Tageszeitungen“, hrsg. von Richard Bahr, unnummeriert und undatiert, mit dem Vermerk: „Veröffentlichung nicht vor Freitag, den 9. November 1917“. Belegexemplar im Nachlaß Stresemann 168 (6877); Zeitungsausschnitt des Artikels (ohne Kopf, jedoch offensichtlich aus einem Straßburger Blatt) a.a.O.

Sobald, vielleicht schon in den nächsten Tagen und Wochen, die Frage der Auswirkung unserer militärischen Erfolge für die künftige Gestaltung des Deutschen Reiches praktisch wird, werden wir in der nationalliberalen Fraktion, abgesehen von einer kleinen Minderheit, hoffentlich bald vor aller Öffentlichkeit Gelegenheit haben, für die Gedanken eines größeren Deutschlands zu wirken, die uns alle beseelen, und auf deren Erfüllung ich bestimmt hoffe, eine Erfüllung, die aber in Frage gestellt worden wäre, wenn wir durch eine scharfe Frontstellung gegen die bürgerlichen Parteien des 19. Juli<sup>12)</sup> den Block des 19. Juli zusammengepreßt hätten, während heute durch unsere Mitwirkung die damalige EntschlieÙung als tatsächlich erledigt angesehen werden kann.

Mit besten Grüßen und Empfehlungen  
Ihr

<sup>12)</sup> Im Entwurf gestr.: „diese gewissermaßen mit Gewalt an die Seite der Sozialdemokratie gedrängt hätten. Mit besten Grüßen und Empfehlungen Ihr ergebener“. Das Folgende im Entwurf eigenhändig, dabei nach „während“ wieder gestr.: „wir gegenwärtig die damalige EntschlieÙung als erledigt ansehen“.

## 105.

### 9. 11. 1917: Aufzeichnung Erzbergers über den Verlauf der Kanzlerkrise vom 28. 10. bis zum 9. 11. 1917

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag, in dreifacher Ausfertigung.<sup>1)</sup> Ohne Überschrift; erstes und zweites Ex. handschriftlich datiert: „9. 11. [19]17“.

Sonntag, den 28. Oktober 1917 hatte ich Besuch aus dem Auswärtigen Amt in meiner Wohnung. Gegen 5 Uhr<sup>2)</sup> telephonierte mich der bayerische Legationsrat von Schoen an. Graf Hertling sei hier und wünsche mich zu sprechen. Ich erwiderte, ob es noch heute sein müsse. Baron von Schoen meinte ja; ich möchte sofort kommen, da die Sache sehr eilig sei. Er würde mich im Auto der bayerischen Gesandtschaft abholen. Gegen 5½ Uhr kam Baron von Schoen und teilte mir mit, daß dem Grafen Hertling der Auftrag des Kaisers geworden sei, das Reichskanzleramt zu übernehmen mit der Maßgabe, daß Michaelis preußischer Ministerpräsident bleiben werde. Die Herren der bayerischen Gesandtschaft hielten die Lösung für gut. Graf Hertling lege nun Wert darauf meine Ansicht in dieser Sache zu hören und wäre sehr dankbar, wenn ich ihn gleich begleiten würde.

<sup>1)</sup> Für die vorliegende zusammenfassende Aufzeichnung hat Erzberger offensichtlich seine oben abgedruckten Niederschriften etc. — Nr. 66, Nr. 68—70, Nr. 71d, Nr. 72c, Nr. 74a.b, Nr. 75c, Nr. 76d, Nr. 77, Nr. 78, Nr. 80b, Nr. 83d, Nr. 86, Nr. 87c, Nr. 88, Nr. 89, Nr. 91, Nr. 92d, Nr. 95—97, Nr. 98d und Nr. 99—102 — als Material benutzt. Vgl. auch die entsprechende Partie( Erzberger S. 292—299) in seinen „Erlebnissen im Weltkrieg“.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 66 bes. auch Anm. 2.

Gegen 6 Uhr waren wir in der bayerischen Gesandtschaft und ich wurde gleich zu Graf Hertling geführt. Dieser schilderte den ihm gewordenen Auftrag und meinte, er halte die Trennung der beiden Ämter für gut. Er fragte mich, was ich davon hielte und wie die Mehrheitsparteien die Wahl aufnehmen würden. Ich erklärte, daß ich mich freuen würde, wenn es ihm gelingen würde, eine starke Regierung zu bilden, aber die Trennung der beiden Ämter hielte ich für undurchführbar, was ich im einzelnen darlegte. Graf Hertling bat mich, ich möchte mich mit den Volksparteilern und Sozialdemokraten in Verbindung setzen und zwar gleich im Laufe des morgigen Vormittags, um von diesen zu erfahren, wie sie seine Ernennung aufnehmen würden. Ich war dazu gern bereit. Ich glaubte, daß seine Stellungnahme zu Elsaß-Lothringen und zu Artikel 9 der Verfassung<sup>3)</sup> keine Hindernisse im Wege seien. Graf Hertling erklärte, daß er die 4 Programmpunkte<sup>4)</sup>, die er bereits kenne, glatt annehme. Er bat mich dann auch, ihm die Gesichtspunkte, welche gegen eine Trennung der beiden Ämter sprechen, schriftlich nieder zu legen. Das geschah.<sup>5)</sup> In der Nacht vom Sonntag zum Montag arbeitete ich die Denkschrift aus und überreichte sie am nächsten vormittag dem Kanzler.<sup>6)</sup> (Anlage 1).<sup>7)</sup>

Abgeordneter Ebert sprach Montag vormittags mit mir und äußerte seine Bedenken gegen die Berufung des Grafen Hertling.

Am Montag, 29. Okt.<sup>8)</sup> nachmittags 5 Uhr war interfraktionelle Besprechung<sup>9)</sup>, in welcher Vertreter der Volkspartei, Sozialdemokratie und des Zentrums sich gegen die Trennung der beiden Ämter aussprachen.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 66 bes. Anm. 10.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 55a—c.

<sup>5)</sup> Dieser Schilderung entspricht in den Grundlinien Erzberger S. 292 f.: „Sonntag, den 28. Oktober, rief mich in später Abendstunde [s. oben, bes. auch Anm. 2] die bayerische Gesandtschaft an, daß der heute aus München angekommene bayerische Ministerpräsident Graf Hertling mich in dringender Angelegenheit sofort zu sprechen wünsche; ich erklärte mich hierzu bereit. Graf Hertling teilte mir mit, daß der Kaiser ihm das Reichskanzleramt angeboten habe, Michaelis solle preußischer Ministerpräsident bleiben, um die Wahlreform schnellstens durchzuführen; nachdem ihm (Hertling) zum zweitenmal das Reichskanzleramt angeboten worden sei, glaube er nicht mehr ablehnen zu können; er habe jedoch dem Kaiser gesagt, daß er sich zunächst über die gesamte politische Lage unterrichten und Besprechungen mit maßgebenden Politikern abhalten müsse; ich sei der erste, mit dem er spreche. Ich teilte Graf Hertling das verabredete Programm der Mehrheitsparteien mit, zu dessen Annahme er sich sofort bereit erklärte [s. Anm. 3], worauf ich erwiderte, daß ich gegen die Trennung von Reichskanzleramt und Ministerpräsidium die erheblichsten Bedenken äußern müßte; wenn Graf Hertling als Nichtpreuße Schwierigkeiten bei der Erledigung der preußischen Wahlreform finden sollte, so sei der Ausweg der, daß ein preußischer Vizepräsident des Staatsministeriums ohne Portefeuille für diese Aufgabe ernannt würde [dieser Vorschlag in Nr. 105 oben nicht erwähnt, dagegen in Nr. 66]. Graf Hertling verschloß sich den Bedenken über die Trennung der beiden Ämter nicht und bat mich, diese in einer Denkschrift, die ich ihm bereits am Tage darauf überreichte, zusammenzustellen.“ — Neben Nr. 66 vgl. auch Nr. 71a—d.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 68.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 69 bes. auch Anm. 1.

<sup>8)</sup> Für die in der zusammenfassenden Aufzeichnung nicht berücksichtigte Unterredung Erzbergers mit dem Staatssekretär Solf vgl. Nr. 70 bes. auch Anm. 5.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 71d bes. auch Anm. 1 und 5; ferner Nr. 71a—c.

Auch Nationalliberaler Stöve<sup>10)</sup> sprach sich gegen die Trennung aus. Abg. Stöve erklärte, Graf Hertling werde die adligen und die konservativen Elemente im Parlament bevorzugen und zur Herrschaft bringen und so die Gedanken Helfferichs nach einer neuen Parteibildung unterstützen.

Abgeordneter Haußmann, der während der Sitzung bei Graf Hertling war, kehrte zurück und erklärte gleichfalls, daß die Kandidatur Hertling unmöglich sei. Die Situation erfordere einen mehr demokratisch gesinnten Zentrumsmann.<sup>11)</sup> Das habe er Hertling gesagt, der ihn darauf fragte, wen er dem Kaiser vorschlagen solle. Haußmann entgegnete darauf, er müsse erst mit seiner Partei und den anderen Parteien Rücksprache nehmen.

Die ganze Besprechung endigte damit, daß sich auch alle Redner gegen die Kandidatur Hertling äußerten.<sup>12)</sup> Auf die Frage, wie man sich zu stellen habe, wenn der Kaiser nach Kandidaten frage, soll man nach folgenden Richtlinien vorgehen:

- 1) Auf Wunsch des Kaisers sei man sehr gern bereit, geeignete Kandidaten zu nennen.
- 2) Von den Parlamentariern könnten als geeignete Kandidaten zunächst nur genannt werden die Abgeordneten Payer und Fehrenbach.
- 3) Falls seine Majestät der Kaiser einen anderen Kandidaten in Aussicht nehme, so müsse dieser sich vor der Übernahme des Amtes mit dem Reichstag besprechen.

Am selben Abend war ich nochmals bei Graf Hertling<sup>13)</sup>, um diesem zu sagen, daß die Schwierigkeiten wegen seiner Ernennung im Wachsen begriffen seien.

Dienstag, den 30. Oktober mittags 12 Uhr war eine zweite interfraktionelle Besprechung.<sup>14)</sup> Abg. Fischbeck berichtete über seine Unterredung mit Reichskanzler Michaelis, der erklärt habe, daß der Kaiser sich von ihm nicht trennen wolle. Darum habe Reichskanzler Michaelis die Trennung [von]<sup>15)</sup> Reichskanzleramt und Preußischem Ministerpräsidium vorgeschlagen.

Graf Hertling erklärte dann dem Abg. Fischbeck in einer daran anschließenden Unterredung, daß er überrascht gewesen sei, daß der Reichskanzler Michaelis auf den Gedanken der Trennung gekommen sei. Graf Hertling habe ihn (Fischbeck) auch gefragt, ob er Vertrauen bei der Volkspartei finde. Fischbeck habe erwidert: nein. Die politische Vergangenheit des Grafen Hertling und seine Rechtsstellung würden in den Reihen der Volkspartei eine freudige Aufnahme ihm nicht sichern. Graf Hertling habe erwidert: dann sei alles entschieden. Wen sollte er aber dem Kaiser vorschlagen? Fischbeck habe erwidert, daß der Reichstag auf Wunsch des Kaisers Namen nennen werde. — Abg. Stresemann berich-

<sup>10)</sup> Im Or. versehentlich: „von Stöve“.

<sup>11)</sup> Die beiden ersten Sätze dieses Absatzes im Or. durch senkrechten handschriftlichen Strich am linken Rande der Seite hervorgehoben.

<sup>12)</sup> Dieser Satz im Or. durch einen senkrechten handschriftlichen Strich am linken Rande der Seite hervorgehoben.

<sup>13)</sup> Dieser Besuch bei Hertling wird sonst nirgendwo in den vorliegenden Quellen erwähnt.

<sup>14)</sup> Vgl. Nr. 72c bes. auch Anm. 3 und 4; ferner Nr. 72a.b.

<sup>15)</sup> Im Or.: „vom“.

tete in ähnlicher Weise. Graf Hertling habe ihm gesagt, er werde das Amt des Reichskanzlers nicht annehmen, wenn er nicht allgemeines Vertrauen fände. Er werde noch heute abreisen, ohne den Abg. Trimborn gesprochen zu haben, die Koffer seien gepackt.

Abg. Erzberger erhielt vom interfraktionellen Ausschuß den Auftrag, den Grafen Hertling zu bitten, er möge den Kaiser persönlich über die Gründe der Ablehnung aufklären, da man zu anderen Instanzen nicht das Vertrauen habe, daß sie dem Kaiser die Darlegungen nicht mit der nötigen Klarheit machen würden. Abgeordneter Erzberger möge weiter dem Grafen Hertling den Dank dafür aussprechen, daß er den Parteien Gelegenheit geboten habe, ihre Ansichten auszusprechen, besonderen Dank dafür, daß er nach Kenntnis der Sachlage das Amt nicht angenommen habe. — Abgeordneter Erzberger begab sich abends 5 Uhr zum Grafen Hertling mit diesem Auftrag<sup>16)</sup> und unter dem Eindruck der Ausführungen der Abgeordneten Stresemann und Fischbeck in der Annahme, daß die Kandidatur erledigt sei. Kaum hatte er begonnen, als Graf Hertling ihm mitteilte, er bleibe nun doch noch hier und warte ab, bis er Abgeordneten Trimborn gesprochen habe. Er habe noch keine Entscheidung getroffen. So konnte sich Abgeordneter Erzberger des Auftrages nicht entledigen. Unmittelbar nachher kam Freiherr von Richthofen zu ihm [Erzberger], der eben von Staatssekretär von Kühlmann kam<sup>17)</sup>, mit der Bitte, sofort zu Herrn von Kühlmann hinüber zu gehen. Am selben Abend fand noch die Unterredung statt.<sup>18)</sup> Staatssekretär von Kühlmann erklärte, daß er im Auftrag des Reichskanzlers Michaelis und des Grafen Hertling spreche. Die Mission des Grafen Hertling dürfe unter keinen Umständen scheitern. Das würde ein großer politischer Rückschlag sein.<sup>12)</sup> Die Ernennung von Hertling würde gut wirken, da ein alter Parlamentarier ernannt würde. Ich möchte mit der Mehrheit die Durchführung der Kandidatur Hertling besprechen. Abg. Erzberger erklärte darauf, das erste sei, eine Trennung der beiden Ämter dürfe nicht vorgenommen werden,

2) als Vizekanzler müsse anstelle von Helfferich von Payer treten, der gleichzeitig der Vertreter der Sozialdemokratie sei.<sup>19)</sup>

3) Vizepräsident vom Preußischen Staatsministerium müsse Friedberg werden. Nur ein so zusammengesetztes Kabinett sei marschierfähig. Graf Hertling als Reichskanzler allein werde keine 10 Tage im Amt bleiben. Staatssekretär von Kühlmann erklärte, die Absicht, die beiden Ämter zu trennen, sei bereits aufgegeben worden. Er glaube, daß die anderen Wünsche sich alle erfüllen ließen. Jedenfalls müsse man alles daran setzen, um die Kandidatur Hertling durchzuführen.

Am 31. Oktober nachmittags 4 Uhr in der interfraktionellen Sitzung<sup>20)</sup> einigte man sich auf folgende Punkte:

<sup>16)</sup> Vgl. Nr. 74b Anm. 5, Nr. 75a.b und Nr. 75c bes. auch Anm. 2.

<sup>17)</sup> Vgl. Nr. 74b bes. Anm. 3.

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 74a und Nr. 74b (bes. auch Anm. 1 und 8).

<sup>19)</sup> Sic! — Vgl. Nr. 74b Anm. 10.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 75c bes. auch Anm. 10 sowie Nr. 75a.b.

- 1) Die vier Parteien nehmen Akt von dem Bekenntnis des Grafen Hertling zu den Programmsätzen und seiner Erklärung energisch für die volle Autonomie Elsaß-Lothringens einzutreten.
- 2) Baldige Entgegennahme der Erklärungen des neuen Reichskanzlers im Reichstag, tunlichst als Antwort auf eine Interpellation.
- 3) Annahme des Rücktrittsgesuches des Herrn Helfferich.<sup>21)</sup>

Am 1. November fand eine weitere interfraktionelle Besprechung statt.<sup>22)</sup> Abgeordneter Trimborn berichtete über seine Unterredung mit dem Grafen Hertling, die in Anwesenheit der Abgeordneten Fischbeck und Ebert stattfand. Graf Hertling habe das Programm der Mehrheitsparteien akzeptiert und erklärt, Elsaß-Lothringen werde zu gegebener Zeit die Selbständigkeit als Bundesstaat verliehen werden. Graf Hertling wolle seine Rede im Reichstag bald halten (nach ca. 14 Tagen). Er werde seine Rede vorher den Parteien mitteilen. Graf Hertling habe sich weiter grundsätzlich bereit erklärt, für eine stärkere Berücksichtigung der Parteien in der Reichsleitung und im preußischen Staatsministerium einzutreten. Er werde sich vom Kaiser volle Freiheit in der Auswahl seiner Mitarbeiter erbitten. Dabei werde entscheidend sein, solche Persönlichkeiten zu gewinnen, welche die rasche Durchführung der Wahlreform sicherten. In derselben Sitzung erklärten die Sozialdemokraten, daß sie den Eintritt in das Kabinett ablehnen, sie verlangen aber Garantien dafür, daß die Volkspartei in das preußische Staatsministerium eintritt und daß der Vizekanzlerposten durch ein Mitglied der Volkspartei besetzt werde. — Abg. Haußmann meinte demgegenüber, daß die Sozialdemokraten in das Kabinett eintreten sollen. Graf Hertling sei ein viel zu rechtsstehender Politiker. Abgeordneter Scheidemann erklärte, daß die Sozialdemokratie nicht eintreten wolle, daß sie aber im Abg. Payer ihren Vertrauensmann sehe. Das sei eine *conditio sine qua non*. Freiherr von Richthofen teilte mit, daß der Abgeordnete Payer bereit sei, das Amt anzunehmen. Er berate mit dem Vorstand seiner Fraktion, um Klarheit zu schaffen, daß ihm Unterstützung in der Wahlreform gesichert sei.

Am Abend desselben Tages wurde Graf Hertling zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt.

Am 2. November hatte Abg. Erzberger eine längere Besprechung mit Reichskanzler Graf Hertling.<sup>23)</sup> Hertling erklärte, daß gestern beim Kaiser alles sehr gut gegangen sei. Der Kaiser habe ihn sofort zum Sitzen eingeladen, was bisher nie der Fall gewesen sei. Die Unterredung habe 1½ Stunden gedauert. Der Kaiser sei sehr gut informiert gewesen und habe ihm sofort beide Ämter übertragen und in der Auswahl seiner Mitarbeiter vollständig freie Hand gelassen. Reichskanzler Graf Hertling äußerte Bedenken, Payer zum Vizekanzler zu machen.<sup>24)</sup>

<sup>21)</sup> Diese drei Punkte in wörtlicher Übereinstimmung mit Nr. 75c; abweichend nur: „des Rücktrittsgesuches des Herrn Helfferich“ (statt: „eines Rücktrittsgesuches . . .“).

<sup>22)</sup> Vgl. Nr. 76a—d bes. auch Anm. 17, 20 und 46.

<sup>23)</sup> Vgl. Nr. 77 bes. auch Anm. 3.

<sup>24)</sup> In Nr. 77 wird Payer überhaupt nicht erwähnt.

Nachmittags 4 Uhr fand eine zweite<sup>25)</sup> interfraktionelle Sitzung statt<sup>26)</sup>, in welcher die Volkspartei erklärte, daß sie die Ablehnung des Abgeordneten Payer als äußerst schwere Kränkung ansehen müsse. Die Sozialdemokraten erklärten, daß die Ernennung des Herrn von Payer die *conditio sine qua non* für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten darstelle.

Am selben Abend hatten die Abgeordneten mit Herrn von Stengel eine Besprechung.

Am 3. November referierte Freiherr von Richthofen in der interfraktionellen Besprechung<sup>27)</sup> über die ihm gewordenen Mitteilungen, wonach die Personenfrage beim Posten des Vizekanzlers und des Vizepräsidenten noch nicht feststehend sei. Der Vizekanzlerposten soll nicht besetzt werden. Als Vizepräsident kämen Krause, Loebell<sup>28)</sup> und Friedberg in Betracht. Gegenüber dem Mißtrauen der Volkspartei erklärte Abgeordneter Erzberger, es liege kein Grund dafür vor, an dem loyalen Vorgehen Hertlings zu zweifeln.

Am 4. November hatte ich mittags eine längere Besprechung mit Reichskanzler Graf Hertling<sup>29)</sup>, der mitteilte, daß der Abgeordnete Ebert bei ihm gewesen sei, und den Wunsch unterbreite, daß die Sozialdemokraten darauf bestehen, daß die Stelle des Vizekanzlers mit einem Volksparteiler besetzt werde, und daß ein zweiter Volksparteiler in das preußische Staatsministerium berufen werde. Abgeordneter Friedberg habe ihm erklärt, daß er bereit sei zum Eintritt in das Staatsministerium. Er werde nun Montag dem Kaiser den Vorschlag machen, den Abg. Friedberg zum Vizepräsidenten zu machen und Dove das Handelsministerium zu übertragen. Herrn von Payer würde er nicht vorschlagen können; wenn dieses nicht genügt, dann werde er sein Amt niederlegen.

Am 5. November wurde dem Reichskanzler Graf Hertling folgendes Schreiben von den Vertretern der Mehrheitsparteien zugesandt: [. . .]<sup>30)</sup>

Am selben Tag war um 12 Uhr interfraktionelle Sitzung.<sup>31)</sup> Abgeordneter Ebert referierte über seine Unterredung mit Graf Hertling, daß dieser das Programm voll angenommen habe. In der Personenfrage habe er sich freie Hand vorbehalten. Die Stelle des Vizekanzlers soll noch nicht besetzt werden. Abgeordneter Ebert betonte, daß von Payer berufen werden müsse, weil er das Gegengewicht gegen Friedberg bilde. Das sei für die Sozialdemokratie der entscheidende Punkt, sonst habe man ein Rechtskabinett. Reichskanzler Graf Hertling habe zum

<sup>25)</sup> Insofern irreführend, als am 2. 11. 1917 nur eine interfraktionelle Besprechung stattfand.

<sup>26)</sup> Vgl. Nr. 80a.b.

<sup>27)</sup> Vgl. Nr. 83a—d.

<sup>28)</sup> Vgl. Nr. 77.

<sup>29)</sup> Vgl. Nr. 86 bes. auch Anm. 1, 3, 5, 7 und 12.

<sup>30)</sup> Im Or. folgt der Wortlaut des als Nr. 88 mitgeteilten Briefes an Hertling, dessen Wiederholung sich erübrigt.

<sup>31)</sup> Vgl. Nr. 87a—c. In dieser Sitzung wurde erst die Absendung des im Or. vorstehend wiedergegebenen Briefes an Hertling beschlossen.

Schluß noch gesagt<sup>32)</sup>, „wenn möglich, soll die Stelle des Vizekanzlers durch einen Nationalliberalen<sup>33)</sup> besetzt werden.[“] — Abgeordneter Fischbeck bestätigte, daß Reichskanzler Hertling auch Reichstagspräsidenten Kaempff gesagt habe, er habe gegen Herrn von Payer ganz erhebliche Bedenken. Er habe damit gedroht, er lege sein Amt nieder, wenn man ihm Schwierigkeiten mache.

Abgeordneter Erzberger referierte über seine Besprechung mit dem Reichskanzler, wonach die Berufung des Abgeordneten Friedberg zum Vizepräsidenten gesichert sei. Auch die Nationalliberalen<sup>33)</sup> sollten eine Stelle im preußischen Staatsministerium erhalten. Über den Vizekanzlerposten würde er sich nach Rückkehr aus München entscheiden. Zunächst soll die Stelle nicht besetzt werden. Diese Kundgebung rief bei der Volkspartei ganz erhebliche Bedenken hervor. Es wurde vorgeschlagen, den Kanzler wissen zu lassen, daß es unter allen Umständen geboten sei, daß Herr von Payer Vizekanzler würde und Abgeordneter Fischbeck für das Handelsministerium vorgeschlagen würde.

Am selben Abend<sup>34)</sup> telephonierte mich Abgeordneter Stresemann um 8 Uhr<sup>35)</sup> in meiner Wohnung an mit der Bitte, sofort in seine Wohnung zu kommen, da eine plötzliche Änderung eingetreten sei. Geheimrat Friedberg sei bei ihm. Gleich nach 8 Uhr<sup>36)</sup> trafen wir uns in der Wohnung des Abg. Stresemann. Geheimrat Friedberg erklärte, der Reichskanzler habe ihn heute abend rufen lassen und ihm gesagt, daß der Kaiser ihn zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums ernannt habe. Ein Volksparteiler werde jetzt nicht berufen. Er könne nicht, um einem Volksparteiler Platz zu machen, einen anderen Minister einfach entlassen. Abg. Friedberg habe sich darauf Bedenkzeit ausgebeten. Der Reichskanzler habe jedoch gewünscht, daß seine Entscheidung ihm bis Dienstag vormittags bekannt gegeben würde. Was nun zu tun sei? Abgeordneter Stresemann und Erzberger erklärten, daß Geheimrat Friedberg sein Amt annehmen müsse. Es sei notwendig, daß ein Volksparteiler in das Kabinett eintreten müsse, da sonst eine neue Krise hervorgerufen würde. Friedberg solle sich aber Zusage geben lassen, daß bis zum 22. November ein Volksparteiler in das preußische Staatsministerium berufen würde. — Die Abgeordneten Stresemann und Erzberger fuhren zum Reichskanzler, der sich in der bayerischen Gesandtschaft befand und erklärten diesem, daß nach dem Gang der Dinge es unmöglich sei, daß die Volkspartei nicht berücksichtigt werde. Die Nationalliberalen würden aus der Nichtberücksichtigung der Volkspartei keinen Grund ableiten, um dem Kabinett Hertlings ihr Mißtrauen auszusprechen, aber das vertrauensvolle Zusammenarbeiten würde fehlen. In den Reihen der Volkspartei und der Sozial-

<sup>32)</sup> Ob die folgende Äußerung wirklich auf Hertling zurückzuführen ist, erscheint zweifelhaft. Vgl. Nr. 87a—c bes. auch Anm. 12. Ein Irrtum Erzbergers wäre schon wegen des zeitlichen Abstandes, der zwischen den Niederschriften Nr. 87c und Nr. 105 liegt, nicht auszuschließen, zumal es sich bei der Wendung „Reichskanzler Graf Hertling habe zum Schluß noch gesagt“, um einen interpretierenden Zusatz zu seiner ursprünglichen Aufzeichnung Nr. 87c handelt.

<sup>33)</sup> Müßte richtig heißen: „Fortschrittler“. Trotz der Übereinstimmung mit Nr. 87c liegt eindeutig ein Irrtum vor. Vgl. Nr. 87a—c bes. auch Anm. 14.

<sup>34)</sup> Vgl. Nr. 89 bes. auch Anm. 1, 4 und 8.

<sup>35)</sup> Nach Nr. 89: „ $\frac{3}{4}$  8 Uhr“.

<sup>36)</sup> Nach Nr. 89: „Um 8 Uhr“.

demokratie würde die Ablehnung mit schärfster Kritik und schroffster Opposition aufgenommen werden.

Der Reichskanzler meinte, dann sei seine Mission gescheitert, die Verantwortung dafür trügen allein die Parteien.

Abgeordneter Erzberger protestierte und meinte, es lasse sich noch ein Ausweg finden. Man könne den Parteien nicht die Schuld zuschieben, wenn Zusagen und Inaussichtstellungen nachher nicht eingelöst würden.

Der Reichskanzler, der sich auf dem Weg zum österreichischen Botschafter befand, bat die Herren, ihn am andern Tag vormittags 10 Uhr zu besuchen, um die Angelegenheit weiter zu besprechen.

Am Dienstag, den 6. Nov. waren beide Herren gemäß der Verabredung beim Reichskanzler.<sup>37)</sup> — Abgeordneter Stresemann erklärte es für unmöglich, daß Geheimrat Friedberg die Stelle annehme, wenn nicht ein volksparteil[ich]er Abgeordneter in das Kabinett berufen würde. Es sei zu fürchten, daß dann die Volkspartei und Sozialdemokratie zur Opposition übergingen, sowie dem Zentrum und den Nationalliberalen der Vorwurf gemacht würde, daß sie für die Persönlichkeiten ihrer Parteien wohl gesorgt hätten, nicht aber für die der anderen Parteien. Man könne ja einen Volksparteiler berufen und ein Staatssekretariat für die besetzten Gebiete errichten. — Abgeordneter Erzberger erklärte, das Verbleiben Herrn Dr. Helfferichs im Amt sei unmöglich. Helfferich könne Vorsitzender einer privaten Kommission zur Besprechung der wirtschaftlichen Fragen im Friedensschluß werden. — Reichskanzler Graf Hertling erklärte, dieser Vorschlag sei ihm sehr sympathisch. Der Reichstag müsse die Initiative ergreifen zur Schaffung eines Staatssekretariats für die besetzten Gebiete. Die Stelle des Vizekanzlers möge man offen lassen.

Am selben Tage um 12 Uhr war interfraktionelle Sitzung<sup>38)</sup>, in welcher Abgeordneter Stresemann über die Unterredung beim Reichskanzler berichtete. Der Reichskanzler habe den ihm gestern gesandten Brief als eine Pistole auf die Brust gesetzt bezeichnet. Er werde nach München zurückreisen. — Abgeordneter Scheidemann glaubt, daß die Mehrheitsparteien düpiert seien. Die Linke sei zur Seite geschoben und der Vizekanzler abgelehnt. Die Situation sei unmöglich. — Die Volkspartei erklärte dasselbe. Auch Abg. Stresemann erklärte, daß er keine Begeisterung für das Ministerium Hertling habe. — Abgeordneter Haußmann glaubt, Hertling will nicht mit der Mehrheit arbeiten, sondern sie nur ausnützen. Er betrachtet sie als lästige Eindringlinge. — Die Herren der Volkspartei hielten eine Unterredung für sich ab und erklärten dann:

- 1) der Reichskanzler hat noch heute eine bindende Zusage zu geben, daß die Stelle des Vizekanzlers durch ein Mitglied der Volkspartei alsbald zu besetzen ist,
- 2) der Reichskanzler hat noch heute die bindende Zusage zu geben, daß ein parlamentarisches Mitglied der Volkspartei entweder preußischer Ressortminister oder Staatssekretär im Reich und gleichzeitig Mitglied des Staatsministeriums wird.

Um diese Beschlüsse mitzuteilen, soll eine Unterredung mit Staatssekretär von Kühlmann auf kürzestem Wege stattfinden.

<sup>37)</sup> Vgl. Nr. 91 bes. auch Anm. 1 und 4.

<sup>38)</sup> Vgl. Nr. 92d bes. auch Anm. 15 und 79; ferner Nr. 92a—c und Nr. 92e.

Am selben Tage nachmittags 5 Uhr war die Unterredung mit Staatssekretär von Kühlmann.<sup>39)</sup> Dieser erklärte, daß er die Wünsche sofort unterbreiten werde. Er glaube nur, daß es schwer sein dürfte gleich in 2 Stellen Volksparteiler hereinzubringen.

An diesem Abend um 8 Uhr rief mich noch Abgeordneter Stresemann an<sup>40)</sup> und teilte mit, daß Geheimrat Friedberg die Annahme des Vizepräsidiums endgültig abgelehnt habe. Die Ablehnung sei deshalb erfolgt, weil kein Volksparteiler in das Kabinett berufen worden sei. Hertling habe daraufhin seine Abreise um einen Tag verschoben. Die Nationalliberalen fühlten sich nun vollkommen frei. Die Situation sei vollkommen verändert. Friedberg habe die Ablehnung sofort in die Presse gegeben.

Am 7. November vormittags 9 Uhr hatte ich eine Besprechung mit Staatssekretär von Kühlmann und bald darauf mit dem Reichskanzler.<sup>41)</sup>

Mittags 12 Uhr war interfraktionelle Sitzung.<sup>42)</sup> Abgeordneter Erzberger teilte über seine Besprechung mit dem Reichskanzler mit, daß dieser gesagt habe, zu einer Krisis dürfe es nicht kommen. Es müsse ein Kabinett Hertling—Payer—Friedberg gebildet werden. Die Volkspartei müsse sich damit begnügen, daß man erreicht habe, daß bei passender Gelegenheit ein Volksparteiler in das preußische Staatsministerium berufen werde. Die Volkspartei erklärte hiermit ihr Einverständnis.

Am selben Tage war abends 6 Uhr Besprechung bei Graf Roedern mit Graf Roedern und Staatssekretär von Kühlmann.<sup>43)</sup> Abg. Erzberger teilte beiden Herren mit, daß die Mehrheitsparteien vollständig einig und geschlossen seien. Die Mehrheitsparteien seien vom Willen der ehrlichen Verständigung beseelt und getragen und kämen der Regierung wieder einen Schritt entgegen, indem sie sich mit der Berufung des Herrn von Payer begnügten und mit der Zusage, daß bald ein Volksparteiler in das pr[eußische] Ministerium kommen würde. Wenn Helfferich unbedingt im Amt behalten werden müsse, könne er Staatssekretär für die besetzten Gebiete werden. Der Reichstag bringe damit ein großes Opfer.

Am 8. November vormittags 10 Uhr Besprechung bei Staatssekretär von Kühlmann<sup>44)</sup>, der mitteilte, er könne keine bestimmte Auskunft geben. Man erfuhr aber, daß Helfferich sich ungemein gesträubt hat. Er soll spät in der Nacht sein Entlassungsgesuch eingereicht haben<sup>12)</sup>, nachdem Graf Roedern und von Kühlmann sehr stark darauf gedrängt haben.

Am 9. November mittags 12 Uhr war Besprechung bei Staatssekretär von Kühlmann<sup>45)</sup>, der mitteilte, daß nunmehr alles glatt gelöst sei. Helfferich habe um seine Entlassung gebeten.<sup>46)</sup>

<sup>39)</sup> Vgl. Nr. 95 sowie Nr. 98a—d.

<sup>40)</sup> Vgl. Nr. 96 bes. Anm. 4. <sup>41)</sup> Vgl. Nr. 97.

<sup>42)</sup> Vgl. Nr. 98d bes. Anm. 34; Nr. 98a—c.

<sup>43)</sup> Vgl. Nr. 100 bes. Anm. 5; Nr. 103a.b.

<sup>44)</sup> Vgl. Nr. 101; ferner Nr. 103a.b.

<sup>45)</sup> Vgl. Nr. 102; ferner Nr. 103a.b.

<sup>46)</sup> Vgl. David, Kriegstagebuch, 4.—9. 11. 1917: „Hindenburg u. Ludendorff sind anwesend. Ferner Czernin mit Stab. Verhandlungen über Polen, Litauen und Kurland! — Aufteilung? Ohne Befragung des Reichstages! Helfferich dabei ‚glänzend bewährt‘! — Dagegen Interfraktionelle Konferenz bis jetzt fest geblieben; trotz der schweren Belastungsprobe; Friedbergs eigenmächtiges Zurücktreten. — Reduzierung durch Verzicht auf sofortigen Eintritt eines Vermittlers in das preußische Ministerium.“

## 106.

## 11. 11. 1917: Aufzeichnung Stresemanns über den Verlauf der Kanzlerkrise vom 9. 10. bis zum 9. 11. 1917

Nachlaß Stresemann 168 (6877), maschinenschriftl. Entwurf mit eigenhändigen Korrekturen<sup>1)</sup> Stresemanns.<sup>2)</sup> — Die Angabe von fremder Hand, oben auf der ersten Seite des Manuskripts: „Ende Oktober 1917“, ist irreführend; darunter, ebenfalls handschriftlich, die richtige Datierung: „11. 11. 17“; am linken Rande von der Hand Stresemanns: 11. [11. 1917] / Vertraulich / Nicht für die Presse“, sowie der redaktionelle Vermerk von fremder Hand: „Korpus 11 P[unkt]“.<sup>3)</sup>

## 1. Der Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Michaelis.

In der letzten Sitzung der Reichstagsfraktion war die Frage erörtert worden, wie sich die Fraktion gegebenenfalls zu dem Verbleiben des Reichskanzlers Dr. Michaelis stellen solle. Dabei war einmütig die Auffassung zutage getreten, daß ein Verbleiben des Herrn Dr. Michaelis nicht möglich sei, weil er den Anforderungen seines Amtes zweifellos nicht gewachsen sei, wie sein unglückliches Auftreten in der letzten Plenarsitzung des Reichstags<sup>4)</sup> und bei den vorangegangenen Hauptausschuß-Sitzungen bewiesen hatte. Im Fraktionsvorstand war die Frage erörtert worden, ob unter Umständen ein gemeinschaftliches Vorgehen der Fraktionen erfolgen solle<sup>5)</sup>, um Herrn Dr. Michaelis zu bitten, von

<sup>1)</sup> Unkorrigierter Durchschlag im Nachlaß Stresemann 177 (6886).

<sup>2)</sup> Vgl. [Gustav Stresemann], „Die Herbstkrisis“, in: „Deutsche Stimmen“, 25. 11. 1917, S. 669 ff. (auch in: „Macht und Freiheit“, Vorträge, Reden und Aufsätze von Gustav Stresemann, Halle 1918, S. 130 ff.). Ferner die Artikel Stresemanns „Neue Zeiten“, Durchschlag des Manuskriptes im Nachlaß Stresemann 168 (6877), laut Vermerk auf dem Durchschlag erschienen am 10. 11. 1917 in der „Nationalzeitung“, Belegexemplar fehlt; „Zur Lage“, Durchschlag des Manuskriptes im Nachlaß Stresemann a.a.O., zuerst erschienen in der „National-liberalen Correspondenz“, 12. 11. 1917, Sonderdruck im Nachlaß Stresemann a.a.O. (der Druck weist gegenüber dem Manuskript eine Reihe von — sachlich allerdings unerheblichen — Veränderungen auf); „Von Bethmann bis Hertling“, maschinenschriftliches Manuskript mit eigenhändigen Korrekturen im Nachlaß Stresemann 188 (6897), nach beiliegendem Zeitungsausschnitt erschienen in den „Ostfriesischen Nachrichten“ vom 25. 11. 1917, weiter, wie ein stenographischer Vermerk auf dem Manuskript besagt, in der „Sächsischen Umschau“.

<sup>3)</sup> Die Aufzeichnung wurde als Manuskript gedruckt; ein Belegexemplar ließ sich bisher nicht auffinden. Stresemann kündigte die Drucksache den Mitgliedern der nationalliberalen Reichstagsfraktion, zu deren Unterrichtung sie bestimmt war, mit Rundschreiben vom 12. 11. 1917, Belegexemplar und Entwurf (vom 11. 11.) im Nachlaß Stresemann 177 (6886), an und übersandte sie ihnen am 16. 11. 1917 mit einem als vertraulich bezeichneten Begleitbrief, Nachlaß Stresemann a.a.O., in dem es heißt: er sei bei genauerer Durchsicht zu der Überzeugung gekommen, „daß es sich doch nicht empfehlen würde [bezieht sich auf das Rundschreiben vom 12. 11. 1917], diese Aufzeichnungen etwa zu Aufklärungszwecken an Parteifreunde abzugeben. Sollte eine solche Aufklärung im Sinne des Vorgehens der Fraktion erwünscht sein, so würde ich vielmehr empfehlen, von der Reichsgeschäftsstelle Sonderabdrücke des Aufsatzes ‚Zur Lage‘ [s. vorige Anm.] zu bestellen . . .“

<sup>4)</sup> Am 9. 11. 1917. Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 5. — Die zu Beginn des Absatzes erwähnte Fraktions-sitzung fand nach Stresemann, „Die Herbstkrisis“ (s. Anm. 2) S. 675 noch am Abend des 9. Oktober statt.

<sup>5)</sup> Auf Grund der Beratungen des Interfraktionellen Ausschusses am 10. 10. 1917. Vgl. Nr. 48 bes. auch Anm. 11.

seinem Amt zurückzutreten. Ich hatte mich dagegen ausgesprochen und vorgeschlagen, daß unter allen Umständen ein solches Vorgehen getrennt stattfinden solle.<sup>6)</sup> Die Zentrumsparlei stellte sich auf denselben Standpunkt.<sup>7)</sup> Herr Trimborn begab sich gleich nach Schluß des Reichstags zu Herrn Dr. Michaelis<sup>8)</sup> und trug ihm die Ansicht der Zentrumsparlei vor. Dasselbe tat Exzellenz von Payer für die Fortschrittliche Volkspartei.<sup>9)</sup> Die Sozialdemokratie hatte durch Ebert ihre Absage bereits in der Plenarsitzung deutlich zum Ausdruck gebracht.<sup>10)</sup> Meinerseits hatte ich erst später nach Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Michaelis von seiner Kurländischen Reise<sup>11)</sup> Gelegenheit, mit ihm über die politische Lage zu sprechen<sup>12)</sup> und stellte ihm dabei vor, daß er voraussichtlich mit einer starken Opposition der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei bei Wiederezusammentritt des Reichstags zu rechnen haben würde, und daß angesichts des Ruhebedürfnisses im Lande für ihn nur die beiden Möglichkeiten gegeben seien, sich entweder mit den Parteien zu verständigen oder aber die Frage in Erwägung zu ziehen, ob sein eventueller Rücktritt die Möglichkeit einer reibungsloseren Erledigung der Geschäfte gewährleiste.

<sup>6)</sup> Vgl. den Brief Stresemanns an Friedberg vom 18. 10. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 176 (6885), in dem es u. a. heißt: „Über die Stellung der nationalliberalen Fraktion zu einem Kanzlerwechsel sind in diesen Tagen verschiedene Darlegungen in der Presse erschienen. Da ich Wert darauf lege, daß Sie über die Haltung und Beweggründe der Fraktion unterrichtet sind, gestatte ich mir Ihnen ergebenst mitzuteilen, daß der Vorstand der Reichstagsfraktion es abgelehnt hat, sich an einem gemeinsamen Schritt der Mehrheitsparteien wegen Beseitigung des Kanzlers zu beteiligen. Daß er mich aber beauftragt hat, falls im Verlauf der Reichstagsvorgänge der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion über seine Stellung zur Kanzlerkrise befragt werden sollte, zum Ausdruck zu bringen, daß die Fraktion einmütig eine weitere Wirksamkeit des Herrn Michaelis nach seinem bisherigen Mißerfolge im Parlament für unmöglich ansieht.“ Bestimmend für die Reichstagsfraktion sei jedoch nicht die Bemerkung des Kanzlers über die Unabhängigen, „sondern seine wiederholt zutage getretene Unfähigkeit zu jedweder Führung und vor allen Dingen die unerhörte jedes Augenmaß vermissenlassende Rede über die Vorgänge in der Marine.“ Er, Stresemann, hoffe in den nächsten Tagen Gelegenheit zu haben, sich mit Friedberg über die Lage auszusprechen. — Am gleichen Tage ließ Stresemann der Redaktion der Telegraphen-Union folgende Notiz — Durchschläge des Begleitbriefes und des Textes im Nachlaß Stresemann a.a.O. — zusenden: „In Pressemeldungen wird gesagt, die Vorsitzenden der Mehrheitsparteien seien beauftragt worden, zum Kanzler zu gehen und diesem das Mißtrauen ihrer Partei auszusprechen. Soweit die nationalliberale Fraktion in Betracht kommt, ist diese Mitteilung, wie wir erfahren, in dieser Form unzutreffend. Tatsache ist, daß bei den Besprechungen der Mehrheitsparteien angeregt wurde, gemeinsam vorzugehen. Dieser Gedanke kam aber nicht zur Ausführung, da das Zentrum, wie auch die Nationalliberalen sich ihre eigene Stellungnahme vorbehielten. Die nationalliberale Fraktion hat dann ihrerseits in einer Fraktionssitzung sich mit den bekannten Vorgängen im Reichstage befaßt und in voller Einmütigkeit ihre Stellungnahme festgelegt. Da die Beratungen vertraulich waren, ist über den Inhalt keine Mitteilung möglich. Eine Auftragserteilung an den Vorsitzenden im Sinne der oben erwähnten Notiz ist jedenfalls nicht erfolgt.“ — Vgl. auch Nr. 55a—c.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 11.

<sup>8)</sup> Am 12. 10. 1917. Vgl. Nr. 53 und Nr. 55a—c.

<sup>9)</sup> Am 10. 10. 1917, abends. Vgl. Nr. 48 bes. auch Anm. 17 und Nr. 51.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 48 Anm. 8. — Für den Besuch Südekums bei Michaelis am 12. 10. 1917 vgl. Nr. 50.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 49 Anm. 4.

<sup>12)</sup> Am 22. 10. 1917, abends. Vgl. Nr. 57a—d.

Aus der Unterredung mit Dr. Michaelis ersah ich, daß er nicht beabsichtigte, von seinem Platze zu weichen, daß er vielmehr glaubte, sich mit der Sozialdemokratie verständigen zu können und zwar auf dem Wege über die Gewerkschaften. Er sprach von einem großen sozialpolitischen Programm, das er vortragen und durchführen wolle. Aus Äußerungen des Abgeordneten Dr. Südekum<sup>13)</sup> ging hervor, daß Herr Dr. Michaelis ihm gegenüber versucht hatte, die Sozialdemokratie dadurch zu gewinnen, daß er erklärte, er habe sich zu der Überzeugung durchgerungen, daß ein Friede nur auf der Grundlage der Reichstagsentschließung vom 19. Juli möglich sei. Nach der Richtung der Außenpolitik hin war darnach nur noch eine schärfere Einengung der Regierung auf diese Entschließung zu befürchten, während die Erklärung des Abgeordneten Müller-Meinigen<sup>14)</sup> und die Auslassungen der Zentrumspreste<sup>15)</sup>, sowie der Zentrumsparteitage<sup>16)</sup> gerade die Aussicht darauf eröffneten, daß die bürgerlichen Parteien

<sup>13)</sup> Vgl. Nr. 55c; ferner Nr. 50.

<sup>14)</sup> Vgl. Stresemann, „Die Herbstkrise“ (s. Anm. 2) S. 683: „Der Abgeordnete Müller-Meinigen hatte im bayerischen Landtag die Stellung seiner liberalen Freunde in einer Weise dargelegt, die keinen Zweifel darüber ließ, daß sie nicht für den Verzichtfrieden, sondern für den Frieden einträten, der Deutschland Gebietsvergrößerungen brächte.“ Dieser Satz könnte sich u. U. auf die Ausführungen Müller-Meinigen im bayerischen Landtag vom 26. 10. 1917 beziehen, in denen er, nach Schulthess 1917/I S. 939, „auf die Überflüssigkeit des Streites um die Friedensresolution des Reichstages“ hinwies. Damit würde jedoch die Darstellung Stresemanns dem Gang der Ereignisse vorgreifen. Wahrscheinlich liegt eine Verwechslung vor. Es ist anzunehmen, daß Stresemann keine Landtagsrede Müller-Meinigen im Auge hat, sondern sein Referat vor dem Landesausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei in Bayern, der am 22./23. September in Nürnberg tagte und, wie die „Frankfurter Zeitung“, 25. 9. 1917, 2. Morgenblatt, berichtet, nach der Aussprache über den Vortrag Müller-Meinigen einstimmig eine Entschließung annahm, in der u. a. erklärt wurde, „daß das deutsche Volk nur einem Frieden zustimmt, der auch den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten unseres Landes entspricht und in der Heimat und auf dem freien Meere ungehemmte Betätigung der Volkskräfte gewährleistet. . . . Der Landesausschuß gibt sich der stolzen Hoffnung hin, daß keine Macht der Welt den das ganze deutsche Volk durchdringenden Willen des Durchhaltens bis zum ehrenvollen Frieden brechen wird.“ Vgl. auch WUA 12/I S. 137 sowie die bei Schulthess 1917/I S. 815 abgedruckte Kundgebung des geschäftsführenden Vorstandes der Liberalen Arbeitsgemeinschaft vom 24. 9. 1917.

<sup>15)</sup> Vgl. Frida Wacker, „Die Haltung der deutschen Zentrumsparthei zur Frage der Kriegsziele im Weltkrieg 1914—1918“, Phil. Diss. Würzburg 1937, S. 37 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. Stresemann, „Zur Lage“ (s. Anm. 2): „Nach der Entschließung des Reichsausschusses der Zentrumsparthei und Müller-Meinigen Äußerungen im bayerischen Landtag [s. Anm. 14] besteht kein Zweifel, daß mindestens die bürgerlichen Fraktionen der Zentrumsparthei und des Fortschritts die Entschließung des 19. Juli nicht mehr als Bindung für ihre Außenpolitik ansehen, sondern sich mit der Grundlage eines Verständigungsfriedens im Sinne der deutschen Antwort auf die Papstnote zufrieden geben.“ Daß Stresemann sich in erster Linie auf die Entschließung des Reichsausschusses der Zentrumsparthei vom 24. 7. 1917 (vgl. Schulthess 1917/I S. 727; Wacker a.a.O. S. 39; WUA 12/I S. 137 — zu beachten ist die falsche Datierung, der Reichsausschuß tagte nicht am 25., sondern am 23. u. 24. Juli 1917; Bachem IX S. 437 ff.) bezieht, zeigt auch der Aufsatz „Die Herbstkrise“ (s. Anm. 2) S. 683: „Wer die Stimmung in Zentrumskreisen einigermaßen kennt, weiß, wie starke Widerstände gegen die Entschließung des 19. Juli in ihr lebendig waren und auch in maßgebenden Parteinstanzen zum Ausdruck kommen. Der Beschluß des Reichsausschusses der Zentrumsparthei ließ dies deutlich erkennen. Herr Fehrenbach hat in seinen Ausführungen zum Etat des Auswärtigen Amtes [Sten. Berichte Bd. 310 S. 3807 f.] ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Beschluß des 19. Juli zeitlich begrenzt sei und nicht für die Ewigkeit Dauer habe.“ — Vgl. ferner die bei Schulthess

der<sup>17)</sup> damaligen Mehrheit sich von der Entschließung des 19. Juli loszusagen begannen. Dr. Michaelis bestritt zwar mir gegenüber<sup>18)</sup>, derartige Äußerungen zu Dr. Südekum getan zu haben, aber selbst wenn hier wiederum ein Mißverständnis zwischen ihm und Dr. Südekum obgewaltet hätte, hätte dies doch nur zu neuen Zusammenstößen mit der Sozialdemokratie geführt. Zu all diesem kam noch die Empfindung, daß der kommende Friedenskongreß einen Diplomaten als Vertreter Deutschlands verlange.

Bei den interfraktionellen Besprechungen, die hierüber stattfanden, und die übrigens völlig leidenschaftslos geführt wurden, was ich im Gegensatz zu den vielfach geradezu lächerlich sensationellen Berichten der Berliner Presse bemerken muß, wurde nun der Gedanke erörtert, ob man nicht angesichts des Wunsches, für die neuen Reichstagsverhandlungen ein Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung zu gewährleisten, sich an den Kaiser wenden solle, um ihn von der einmütigen Auffassung in Kenntnis zu setzen, die über Dr. Michaelis in Reichstagskreisen herrsche. Von einer einmütigen Auffassung kann man deshalb sprechen, weil auch die konservative Partei Dr. Michaelis nicht verteidigte. Ich hatte am letzten Tage der Reichstagsverhandlungen<sup>19)</sup> eine Unterredung mit dem Grafen Westarp und hatte ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß in unserer Fraktion die Auffassung bestände, daß eine Kanzlerschaft Dr. Michaelis nicht weiter erträglich sei. Aus den Ausführungen des Grafen Westarp hatte ich meinerseits die Empfindung, daß die konservative Fraktion Herrn Michaelis zwar nicht stürzen, aber auch nicht stützen würde.

Aus den interfraktionellen Besprechungen ging der Gedanke hervor, eine Unterredung mit dem Chef des Zivilkabinetts, Herrn von Valentini herbeizuführen.<sup>20)</sup> Dies geschah auch, wobei die Vertreter der einzelnen Fraktionen jeder einzeln mit Herrn von Valentini sprachen.<sup>21)</sup> Es ist anzunehmen, daß Herr von Valentini sich alsbald mit dem Kaiser in Verbindung gesetzt hat. Wenige Tage darauf erfolgte das Abschiedsgesuch des Herrn Dr. Michaelis, und seine Kanzlerschaft fand nach 105 Tagen<sup>22)</sup> ein Ende.<sup>23)</sup> Gegenüber den Bemerkungen der Presse,

1917/I S. 797 mitgeteilten Ausführungen des bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Schlittenbauer vom 12. 10. 1917, der die Friedensresolution als „das Kind einer pessimistischen Katerstimmung bei gewissen führenden Persönlichkeiten“ abgetan und den „Versuch, die Friedensentschließung des Reichstages und jene des Reichsausschusses der Zentrumsparlei als identisch zu bezeichnen, . . . eine glatte Fälschung“ genannt hatte.

<sup>17)</sup> Im Or. gestr.: „dortigen“; stattdessen handschriftlich eingefügt: „damaligen“; ob von der Hand Stresemanns oder von fremder Hand, läßt sich nicht sicher entscheiden.

<sup>18)</sup> Bezieht sich auf die Unterredung zwischen Michaelis und Stresemann am 22. 10. 1917, über die Stresemann am 23. 10. 1917 im Interfraktionellen Ausschuß berichtete, ohne jedoch diesen Punkt zu berühren; vgl. Nr. 57a—d. Die von Stresemann über diese Unterredung angefertigte Niederschrift (vgl. Nr. 57a—c Anm. 11) liegt leider nicht vor.

<sup>19)</sup> 11. 10. 1917. Vgl. auch Westarp II S. 490 f., über seine Unterredung mit Stresemann am 21. 9. 1917.

<sup>20)</sup> Vgl. Nr. 57a—d.

<sup>21)</sup> Vgl. Nr. 58 und Nr. 59a—d.

<sup>22)</sup> D. h. von der Berufung am 14. 7. 1917 bis zur Einreichung des Abschiedsgesuches am 26. 10. 1917. Michaelis wurde jedoch formal erst am 1. 11. 1917 von seinen Ämtern entbunden.

<sup>23)</sup> Das Folgende, bis zum Schluß des Absatzes, im Or. eigenhändig am Rande der Seite.

als wären in den interfraktionellen Besprechungen Kanzlerkandidaten aufgestellt worden, ist zu bemerken, daß im Gegenteil ausdrücklich abgelehnt wurde, Herrn v. Valentini irgendwelche Namen als Kandidaten zu nennen, da die Ernennung des Kanzlers Sache des Kaisers sei. Es ist auch von keiner Seite ein Kandidat seitens der Fraktionsvertreter genannt worden.

## 2. Das Programm des Burgfriedens.

Wenn man für die Zukunft aus den Krisen herauskommen wollte, war es nötig, den Burgfrieden neu zu fundieren. Dazu mußte man<sup>24)</sup> die Frage<sup>25)</sup> erörtern, ob man sich auf ein bestimmtes Programm zu einigen vermöge. Dieses Programm würde einmal die Punkte umfassen, die unbedingt bis Kriegsende durchgeführt werden müßten. Darin läge also die Verpflichtung der Regierung gegenüber den Parteien. Andererseits läge aber in dem Programm auch die Beschränkung der Parteien, über dieses Programm hinaus an die Regierung keine weiteren Anforderungen zu stellen.<sup>26)</sup> Gleichzeitig sollte dieses Programm auch der Prüfstein für das Verhältnis des neuen Reichskanzlers zu den Parteien sein.

Auf Vorschlag von Zentrumsseite wurden folgende Punkte in das Programm aufgenommen:<sup>27)</sup>

Grundlage für die auswärtige<sup>28)</sup> Politik:  
die deutsche Antwort auf die Papstnote,  
auf dem Gebiete der inneren<sup>28)</sup> Politik:

- a) loyale baldige Durchführung der Wahlreform,
- b) möglichste Aufhebung der Zensur, eventuell Übertragung der Zensuraufsicht auf die Zivilbehörden,
- c) Einbringung eines Gesetzentwurfs über die Errichtung von Arbeitskammern,
- d) Änderung des § 153 der Gewerbeordnung.

Bei den interfraktionellen Verhandlungen wurde diesem Programm unsererseits<sup>29)</sup> mit der Einschränkung zugestimmt, daß bezüglich der Antwort auf die Papstnote nur der Standpunkt gelten könne, den der nationalliberale Vertreter im Siebener-Ausschuß entsprechend der Haltung des Grafen Westarp eingenommen hätte, indem er zu dem allgemeinen Teil der Antwort auf die Papstnote seine Zustimmung erteilte, die Berufung auf die Entschliebung des 19. Juli aber zurückwies.<sup>30)</sup> Von Zentrumsseite wurde hierzu erklärt, daß man absichtlich nicht die Berufung auf die Entschliebung des 19. Juli, sondern die Antwort auf die Papstnote als Grundlage der Außenpolitik gewählt habe, um eine möglichst

<sup>24)</sup> Vom Beginn des Absatzes bis einschließlich „man“ im Or. eigenhändig an Stelle der gestrichenen ursprünglichen Fassung: „Um den Gedanken des Burgfriedens durchzuführen, war es nötig“.

<sup>25)</sup> Im Or. gestr.: „zu“.

<sup>26)</sup> Im Or. eigenhändig korrigiert aus der ursprünglichen Fassung: „... über dieses Programm hinaus nichts von der Regierung zu verlangen.“

<sup>27)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

<sup>28)</sup> Im Or. handschriftlich unterstrichen.

<sup>29)</sup> „unsererseits“ im Or. eigenhändig eingefügt.

<sup>30)</sup> Geht aus Nr. 55a—e nicht hervor.

einheitliche Auffassung festzustellen. Es gelte damit nicht die Grundlage des 19. Juli, sondern des 19. September.<sup>31)</sup> Von der Erklärung der Nationalliberalen, daß für sie die Bezugnahme auf den 19. Juli nicht in Betracht käme, daß sie vielmehr die Entschließung des 19. Juli als durch die Tatsachen überholt betrachteten, wurde Kenntnis genommen, ohne daß von irgendeiner Seite widersprochen wurde.<sup>30)</sup>

Mit dieser Einschränkung glaubten die nationalliberalen Vertreter dem Programm zustimmen zu können, denn die loyale und baldige Durchführung der Wahlreform ist nach dem königlichen Versprechen wohl eine Selbstverständlichkeit für jeden preußischen Ministerpräsidenten. Die möglichste Aufhebung der politischen Zensur ist auch von nationalliberaler Seite wiederholt gefordert worden. Das Arbeitskammergesetz scheiterte seinerzeit an der Forderung, daß die beruflichen Arbeitervertreter für die Arbeitskammern wählbar sein sollten. Nach dem Verhalten der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsführer dürfte kein Grund vorliegen, diese Wählbarkeit in Zukunft nicht zuzugestehen. Wenn Hindenburg und Ludendorff die Gewerkschaftsführer Bauer und Legien im Großen Hauptquartier empfangen und sich mit ihnen über die Forderungen der Arbeiter unterhalten<sup>32)</sup>, dann dürfte in Zukunft auch kein Großindustrieller daran Anstoß zu nehmen brauchen, sich mit den Gewerkschaftsführern an einen Tisch zu setzen!<sup>33)</sup> Die Abänderung des § 153 der Gewerbeordnung endlich ist mehr eine formale, als eine tatsächliche Frage, denn trotz des Bestehens der

<sup>31)</sup> Geht aus Nr. 55a—e nicht hervor. Vgl. den am 11. 11. 1917 in der „Kölnischen Zeitung“ erschienenen Artikel Stresemanns: „Die deutsche Antwort auf die Papstnote und die Parteien“, Durchschlag des Manuskriptes im Nachlaß Stresemann 177 (6886), in dem es heißt, Erzberger habe in den interfraktionellen Besprechungen ausgeführt, „daß mit der Bezugnahme auf die Papstnote eine Neuorientierung auf dem Gebiete der Außenpolitik eingeleitet sei ...“ Ferner „Die Herbstkrise“ (s. Anm. 2) S. 683: „Von einem führenden Mitglied des Zentrums ist ausdrücklich bei den interfraktionellen Besprechungen betont worden, mit der Bezugnahme auf die päpstliche Antwortnote sei nicht mehr der 19. Juli, sondern der 19. September maßgebend. Der 19. Juli sei damit in den Hintergrund getreten. Von seiner Seite aus wurde richtig betont, daß die Nationalliberalen auf den Boden des 19. Juli nicht treten könnten.“

<sup>32)</sup> Vgl. Nr. 83a—d bes. auch Anm. 46.

<sup>33)</sup> Vgl. „Neue Zeiten“ (s. Anm. 2): „Wenn der Führer unserer Heere Ludendorff sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, wie die Abgeordneten Bauer und Legien im Hauptquartier empfängt und sich mit ihnen über Wünsche der Arbeiter unterhält, um dafür zu sorgen, daß hinter der Front die große Kriegsindustrie in Ruhe arbeiten kann, dann bekundet er damit, welche Bedeutung er diesen Fragen beimißt. Der verantwortliche Politiker hat diese Fragen unter demselben Gesichtspunkt anzusehen.“ Ferner den entsprechenden Passus in „Zur Lage“ (s. Anm. 2): „Wenn Hindenburg und Ludendorff in ihrem Hauptquartier die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften empfangen, um mit ihnen darüber zu verhandeln, wie sie die Heimatfront bis zum Kriegsende in Ruhe halten, dann tun sie das sicherlich nicht deswegen, weil sie politische Anhänger eines Großblockgedankens einschließlich der Sozialdemokratie sind, sondern weil sie eine Verständigung mit den Gewerkschaften für eine vaterländische Notwendigkeit halten. Genau so steht es politisch mit der nationalliberalen Partei. Sie scheidet von den Anschauungen der Sozialdemokratie eine Welt, politisch, wirtschaftlich und kulturell. Dieselbe überwiegende Mehrheit der Reichstagsfraktion, die einst unter Bassermanns Führung für den unbeschränkten U-Bootkrieg eintrat, hält heute an dem Gedanken des größeren Deutschland fest, heute mehr als je. ... Wenn wir im Innern nicht Ruhe haben, dann brechen unter Umständen unsere Kriegsziele einfach dadurch zusammen, daß unsere Siege aufgewogen werden durch die Hoffnung unserer Feinde auf den politischen Zusammenbruch im Innern.“

heutigen Vorschrift des § 153 haben sich die Gewerkschaften zu einer außerordentlichen Größe entwickelt, haben ihre Arbeiterkämpfe mit großer Entschiedenheit durchgekämpft<sup>34)</sup>, so daß es sich eigentlich bei diesem Paragraphen um ein an der Wand hängendes Schwert handelt, das in Wirklichkeit schon bisher nicht gebraucht wurde, aber erbitternd wirkte.

Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß ihre Wünsche an sich viel weitgehendere seien, daß sie aber im Interesse des Burgfriedens gewillt seien, sich auf dieses Programm zu beschränken.<sup>35)</sup> Der Vorstand der nationalliberalen Fraktion trat seinerseits am 30. Oktober zusammen, billigte das bis dahin befolgte Vorgehen der Vertreter bei den interfraktionellen Besprechungen und legte die Stellung des Vorstandes in folgenden Erklärungen fest:<sup>35)</sup>

<sup>34)</sup> Maschinenschriftlich berichtigt aus ursprünglich: „durchgeführt“.

<sup>35)</sup> Im Or. heißt es weiter: „(folgt Erklärung des Vorstandes)“; am Rande der Seite der Hinweis, möglicherweise von fremder Hand: „Anlage“, der sich auf einen mit redaktionellen Anmerkungen für den Druck (von fremder Hand: „Petit / 2 Gevierte eingezogen“) versehenen Zeitausschnitt ohne Herkunftsangabe im Nachlaß Stresemann 169 (6878) bezieht. Dieser von Stresemann selbst auf richtige Textwiedergabe überprüfte Ausschnitt — der letzte Absatz wurde von Stresemann gestrichen und eigenhändig wiederholt, da der redaktionelle Einschub „Die Erklärung schließt“ den falschen Eindruck erweckte, als ob die Erklärung gekürzt wiedergegeben sei — liegt dem folgenden Abdruck der Erklärung der nationalliberalen Reichstagsfraktion vom 30. 10. 1917 zugrunde. Bei Schulthess 1917/I S. 951 sind einige geringfügige, sachlich unerhebliche Abweichungen zu verzeichnen.

Der ursprüngliche Entwurf, Nachlaß Stresemann 165 (6874), unter dem Titel „Leitsätze“, weicht erheblich von der Endfassung ab; wir teilen ihn daher im vollen Wortlaut mit: „Die nationalliberale Fraktion begrüßt die Bestrebungen auf Herbeiführung eines neuen Burgfriedens der Reichstagsfraktionen bis zur Beendigung des Krieges, um die großen Erfolge unserer Waffen nicht durch innere Streitigkeiten in Frage zu stellen.

Die Fraktion stimmt der Auffassung zu, daß eine baldige Erledigung der preußischen Wahlreform im Interesse des inneren Friedens wünschenswert ist. Sie hält die möglichste Aufhebung der politischen Zensur ebenso für wünschenswert wie gegebenenfalls die Übertragung der politischen Zensur auf die verantwortlichen Zivilbehörden. Ebenso ist die Fraktion bereit, an der Vorlage eines Arbeitskammergesetzes mitzuarbeiten und die Beseitigung hemmender Vorschriften für die Arbeiterbewegung zu unterstützen. Wenn ein solches Programm dazu führen kann, daß unter Zurückstellung aller anderen Fragen im übrigen der Burgfrieden bis zum Friedensbeginn gewahrt wird, so wäre eine solche Vereinbarung zwischen Regierung und Parteien im Interesse des Landes auf das freudigste zu begrüßen.

Die Fraktion wünscht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik für den Kanzler die volle Bewegungsfreiheit für das Reich gewährleistet zu sehen. Mit den in der Antwort auf die Papstnote dargelegten allgemeinen Grundsätzen ist die Fraktion einverstanden, sie betont aber, daß die Beziehung auf den Mehrheitsbeschluß vom 19. Juli 1917 heute nicht mehr als Bindung auf diesen Mehrheitsbeschluß angesehen werden kann, da dieser Beschluß, wie auch von einigen seiner hervorragenden Befürworter offen anerkannt worden ist, heute jede praktische Bedeutung verloren hat. Unter Betonung dieses Gesichtspunktes ist die Fraktion damit einverstanden, daß die Antwortnote an den Papst als eine geeignete Grundlage für die Weiterführung der auswärtigen Politik anerkannt wird.

Die Fraktion widerstrebt auf das entschiedenste einer Teilung des Amtes des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten, wünscht vielmehr die enge Verbindung zwischen dem Reich und dem führenden Bundesstaat so aufrechtzuerhalten, wie sie sich bisher im Laufe der Entwicklung bewährt hat.

Die Fraktion widerstrebt jeder Ausschaltung einer einzelnen Partei oder Fraktion von der Teilnahme an den Reichsgeschäften oder von der etwaigen Übernahme der Verantwortlichkeit in einer Teilnahme von Parlamentariern an der Reichsverwaltung. Die Fraktion stellt schließlich fest, daß ihre Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen, wie wiederholt

Der Vorstand der nationalliberalen Reichstagsfraktion trat am Dienstag<sup>36)</sup> zu einer Sitzung zusammen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen führten zur Annahme folgender EntschlieÙung:

„Der Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Deutschen Reichstages begrüÙt die Bestrebungen auf Herbeiführung eines neuen Burgfriedens bis zur Beendigung des Krieges, um die großen Erfolge unserer Waffen nicht durch innere Streitigkeiten in Frage zu stellen. Er hält eine alsbaldige Erledigung der preußischen Wahlreform im Sinne der kaiserlichen Botschaft für notwendig. Erwünscht ist die Aufhebung der politischen Zensur, gegebenenfalls ihre Übertragung auf die verantwortlichen Zivilbehörden. Er ist bereit, an einem Arbeitskammergesetz mitzuarbeiten und für die Beseitigung von Vorschriften, die die Arbeiterbewegung hemmen, einzutreten. Wenn ein solches Programm dazu führen kann, daß unter Zurückstellung anderer Fragen der Burgfrieden bis zum Friedensbeginn gewahrt wird, so wäre dies im Interesse des Landes freudigst<sup>37)</sup> zu begrüßen.

Der Vorstand wünscht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik volle Bewegungsfreiheit des Reiches. Mit den in der Antwort auf die Papstnote dargelegten allgemeinen Grundsätzen ist er einverstanden, betont aber, daß die von der Fraktion<sup>38)</sup> schon früher abgelehnte Bezugnahme auf dem Mehrheitsbeschluß vom 19. Juli 1917, der, wie auch von einigen seiner hervorragendsten Befürworter anerkannt worden ist, eine tatsächliche Bedeutung nicht mehr besitzt, nicht mehr bindend ist.<sup>39)</sup> Zur Wahrung des Burgfriedens gehört, daß keine Partei von der Einwirkung auf die Politik des Reiches ausgeschaltet wird, wenn sie bereit ist, auch die entsprechende Verantwortung zu tragen.<sup>40)</sup> Die Fraktion widerstrebt entschieden einer Trennung des Amtes des Reichskanzlers von dem des deutschen Ministerpräsidenten, fordert vielmehr, daß die bewährte enge Verbindung zwischen dem Reich und dem führenden Bundesstaat aufrechterhalten wird.<sup>41)</sup> Die Beteiligung der Fraktion an den interfraktionellen Besprechungen berührt in keiner Weise ihre volle Selbständigkeit, wie dies in der Stellungnahme und den Abstimmungen der Fraktion bisher zum Ausdruck gekommen ist und weiter zum Ausdruck kommen wird.“<sup>42)</sup>

betont, lediglich den Zweck hat, ein Zusammenwirken in solchen Fragen zu ermöglichen, in denen eine Einheitlichkeit der Auffassungen sich erzielen läÙt, lehnt dagegen den Gedanken einer dadurch vollzogenen Bindung der Fraktionen auf Bildung eines politischen Blocks im Reichstag ab, wird sich in allen ihren Abstimmungen und Entscheidungen so wie bisher die volle Selbständigkeit wahren, und dies insbesondere auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, in der die Ereignisse den bisherigen Standpunkt der Fraktion voll gerechtfertigt haben entschieden zum Ausdruck bringen.“—

Diese maschinenschriftlichen „Leitsätze“ sind von Stresemann durch eigenhändige Zusätze, Streichungen und Redigierungen umgestaltet. Der so entstandene redigierte Entwurf liegt der EntschlieÙung vom 30. 10. 1917 zugrunde. Die unerheblichen Differenzen zwischen dem redigierten Entwurf und der Endfassung beruhen zumeist auf redaktionellen Veränderungen rein technischer Natur und können daher im allgemeinen übergangen werden. Soweit sie von sachlichem Interesse sind, werden sie in den Anm. 36—41 angeführt.

<sup>36)</sup> Im redigierten Entwurf (s. Anm. 35) statt „Dienstag“: „heute“.

<sup>37)</sup> Im redigierten Entwurf (s. Anm. 35): „freudig“. So auch bei Schulthess 1917/I S. 951.

<sup>38)</sup> Im redigierten Entwurf (s. Anm. 35): „von der Partei“.

<sup>39)</sup> Der nächste und übernächste Satz im redigierten Entwurf in umgekehrter Reihenfolge.

<sup>40)</sup> Im redigierten Entwurf (s. Anm. 35) von „daß keine Partei“ bis zum Schluß des Satzes stenographisch; abweichend von der Endfassung: „Verantwortung mit zu tragen“.

<sup>41)</sup> Im redigierten Entwurf (s. Anm. 35): „so aufrecht erhalten wird“. Wahrscheinlich ist jedoch „so“ nur versehentlich stehen geblieben; vgl. die in Anm. 35 wiedergegebenen „Leitsätze“.

<sup>42)</sup> Im redigierten Entwurf (s. Anm. 35) schließt sich noch der folgende, eigenhändig hinzugefügte und dann wieder gestrichene Passus an: „Unsere / Die Teilnahme der Fraktion an diesen Besprechungen bezweckt ein Zusammenwirken in solchen Fragen zu ermöglichen in denen eine Einheitlichkeit der Auffassungen sich zum Wohle des Reiches erzielen läÙt, wie dies“ (bricht im Satz ab). Vgl. die in Anm. 35 wiedergegebenen „Leitsätze“.

Aus diesen Erklärungen ist besonders zu bemerken, daß der Vorstand<sup>43)</sup> einmal über das Programm hinaus die volle Bewegungsfreiheit der Regierung in außenpolitischen Fragen fordert und sich gegen eine Boykottierung der konservativen Partei ausdrücklich verwahrt.<sup>44)</sup>

Man ging davon aus, daß unter Umständen die Berufung von Parlamentariern in die Regierung in Betracht käme und wollte für diesen Fall unsererseits die Berufung konservativer Parlamentarier nicht ausschließen.

### 3. Die Berufung des Grafen Hertling bis zur Ablehnung des Kanzleramtes durch Hertling.

Nach dem Rücktrittsgesuch des Herrn Dr. Michaelis wandte sich der Kaiser an den Grafen Hertling mit der Bitte, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen, während Herr Dr. Michaelis preußischer Ministerpräsident bleiben sollte.<sup>45)</sup> Die Persönlichkeit des Grafen Hertling war bekanntlich schon nach dem Rücktritt des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg für die Besetzung des Reichskanzlerpostens in Betracht gekommen.<sup>46)</sup> Damals hatte Graf Hertling dringendst gebeten, von seiner Berufung Abstand zu nehmen. Auf Grund der jetzigen abermaligen Berufung begab sich Graf Hertling nach Berlin<sup>47)</sup>, wünschte aber vor Annahme des ergangenen Rufes mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Zu diesem Zwecke empfing er die Abgeordneten Graf Westarp<sup>48)</sup>, Erzberger<sup>49)</sup>, Ebert<sup>50)</sup>, Fischbeck<sup>51)</sup> und mich<sup>52)</sup>, und legte ihnen die Frage vor, ob er auf ihre Unterstützung bei seiner Reichskanzlerschaft rechnen könne, indem er gleichzeitig darauf hinwies, daß Dr. Michaelis die preußische Ministerpräsidentschaft übernehmen würde. Soviel mir bekannt, hat sich nur Graf Westarp für diese Lösung ausgesprochen.<sup>53)</sup> Von seiten der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie wurde dem Grafen Hertling gegenüber ins Feld geführt<sup>54)</sup>, daß seine Äußerung gegen den Parlamentarismus in scharfem Gegensatz zu diesen Parteien stände,

<sup>43)</sup> „der Vorstand“ im Or. eigenhändig eingefügt.

<sup>44)</sup> Dieser Satz im Or. ursprünglich in verstümmelter Form: „... in außenpolitischen Fragen gefordert und eine Boykottierung“. Handschriftlich ergänzt; „ge“ in „gefordert“ gestrichen. Die Hand Stresemanns läßt sich nicht sicher erkennen, was aber darauf zurückzuführen sein könnte, daß die eingefügten Worte besonders sorgfältig geschrieben sind.

<sup>45)</sup> Vgl. Nr. 66 Anm. 4.

<sup>46)</sup> Vgl. Nr. 66 Anm. 5.

<sup>47)</sup> Am 28. 10. 1917. Vgl. Nr. 66 Anm. 3.

<sup>48)</sup> Vgl. Nr. 66 Anm. 13.

<sup>49)</sup> Vgl. Nr. 66, Nr. 68 und Nr. 71a—d.

<sup>50)</sup> Vgl. Nr. 67, Nr. 68 und Nr. 71a—d.

<sup>51)</sup> Vgl. Nr. 72a—c. Von der Fortschrittlichen Volkspartei war vorher bereits Haußmann bei Hertling gewesen; vgl. Nr. 71a—d.

<sup>52)</sup> Vgl. Nr. 72a—c.

<sup>53)</sup> Vgl. Nr. 71a—c bes. auch Anm. 15.

<sup>54)</sup> Im Or. handschriftlich gestr.: „und betont“.

ebenso wie seine Haltung zur elsäß-lothringischen Frage (Teilung zwischen Bayern und Preußen) dem Autonomiebestreben widerspreche. Seitens des Abgeordneten Erzberger wurde die Frage der Trennung des Reichskanzlers vom preußischen Ministerpräsidenten in den Vordergrund geschoben<sup>55)</sup> und betont, daß diese Trennung unmöglich sei.

Von unserem Standpunkt aus kam vor allen Dingen die Tatsache in Betracht, daß wir eine Zentrumskanzlerschaft in den Tagen der vierhundertjährigen Gedächtnisfeier der Reformation<sup>56)</sup> schwer ertragen konnten. Zudem widersprach die Trennung des Reichskanzleramtes von dem des preußischen Ministerpräsidenten vollkommen unserer Auffassung, wonach Reich und Preußen in inniger Einheit in der Reichsverfassung zusammengekettet bleiben müßten. Es kam schließlich für uns wie für die anderen Parteien die Frage in Betracht, ob Graf Hertling bei seinem hohen Alter und seinen körperlichen Schwächen in der Lage sein würde, daß ihm anvertraute Amt so auszuüben, wie es namentlich in Preußen die Durchbringung der Wahlreform, im Reiche die Führung der Reichspolitik erforderten.

Nachdem seitens aller Fraktionen, mit Ausnahme der konservativen, dem Grafen Hertling in höflicher Form die Bedenken zum Ausdruck gebracht worden waren, die sich gegen seine Kanzlerschaft erhoben, erklärte Graf Hertling mir als dem letzten der ihn besuchenden Abgeordneten, daß er entschlossen sei, nach München zurückzukehren, daß er unsere Gründe anerkenne und deshalb den Kaiser bitten werde, von seiner Betrauung mit dem Reichskanzleramt Abstand zu nehmen.<sup>52)</sup> Ich hatte dabei persönlich die Empfindung, als wenn ihm dieser Entschluß leicht fiel und als wenn er gewissermaßen von einer Bürde befreit sei.

Bemerken möchte ich dabei, daß ich mich angesichts der wichtigen Frage, ob eine Trennung des Amtes des Reichskanzlers von dem des preußischen Ministerpräsidenten erfolgen solle, mit dem Vorsitzenden der nationalliberalen Fraktion des Landtags, Herrn Geheimrat Dr. Friedberg in Verbindung setzte. Herr Geheimrat Dr. Friedberg teilte vollkommen meine Auffassung, daß eine solche Trennung unerwünscht wäre.

#### 4. Neue Verhandlungen mit den Parteien. Angebot des Vizepräsidiums im preußischen Staatsministerium an die national-liberale Partei.

Die Kandidatur Hertlings schien nach der Rücksprache mit den Fraktionen erledigt. Gerüchtweise verlautet, daß nach diesen Besprechungen mit den Fraktionen der Staatssekretär Dr. Helfferich und der Staatssekretär von Kühlmann den Grafen Hertling dringend gebeten hätten, dem Kaiser keinen ab-

<sup>55)</sup> Vgl. bes. Nr. 69.

<sup>56)</sup> In Stresemanns Aufsatz „Die Herbstkrisis“ (s. Anm. 2) S. 678 heißt es: „Dazu kam das Imponderabile, ob man der protestantischen Vormacht Europas zumuten konnte, in dem Augenblick, wo sich dieser Protestantismus anschickte, das 400jährige Reformationsfest zu feiern, einen Zentrumsführer als Kanzler zu ertragen.“ — Vgl. auch Nr. 70.

lehnenden Bescheid zu geben<sup>57)</sup>, sondern neue Verhandlungen mit den Parteien auf der Grundlage einzuleiten, daß die Ämter des Reichskanzlers und des Preußischen Ministerpräsidenten in der Hand des Grafen Hertling vereinigt würden, also von einer preußischen Ministerpräsidentschaft des Herrn Dr. Michaelis, gegen die übrigens auch Herr Geheimrat Dr. Friedberg entschieden protestiert hatte, abzusehen und andererseits den Bedenken gegen eine Einseitigkeit der Ministerpräsidentschaft des früheren Zentrumsführers in der Weise zu begegnen, daß der nationalliberalen Partei das Amt des Vizepräsidenten im preußischen Staatsministerium angeboten würde. Schon früher war bei den interfraktionellen Verhandlungen von Zentrumsseite angeregt worden, das Vizepräsidium des preußischen Staatsministeriums mit einem führenden Mitglied der nationalliberalen Partei in erster Linie mit dem Abgeordneten Geheimrat Dr. Friedberg zu besetzen.<sup>58)</sup> Als jetzt diese neuen Verhandlungen von Herrn von Kühlmann im offiziellen Auftrage des Grafen Hertling, der seinerseits wohl von weiteren persönlichen Verhandlungen nach seinem Verzicht absehen wollte, geführt wurden<sup>59)</sup>, tauchte auch die Frage dieses nationalliberalen Vizepräsidiums erneut auf. Von fortschrittlicher Seite wurde gegenüber dieser Vertretung der nationalliberalen Partei im preußischen Staatsministerium der Anspruch erhoben, daß auch die Fortschrittspartei einen Sitz im preußischen Staatsministerium erhalten müßte. Ebenso wurde auch von der Besetzung des Vizekanzlerpostens mit einem fortschrittlichen Abgeordneten gesprochen.<sup>60)</sup> Inwieweit Herr von Kühlmann den Vertretern der fortschrittlichen Volkspartei Zusicherungen nach der einen oder anderen Richtung gemacht hat<sup>61)</sup>, entzieht sich meiner Beurteilung, da ich die Verhandlungen mit ihm persönlich und nicht in Gemeinschaft mit den anderen Herren führte. Mit gegenüber<sup>62)</sup> betonte er die grundsätzliche Bereitwilligkeit, das Vizepräsidium des preußischen Staatsministeriums mit einem nationalliberalen Abgeordneten zu besetzen, um namentlich die kulturellen Bedenken zu beschwichtigen, die von meiner Seite angesichts der Berufung des Grafen Hertling stark betont worden waren. Entscheidend für unsere Stellung zu dieser neuen Situation war natürlich die Haltung des Herrn Geheimrat Dr. Friedberg selbst und die Haltung der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses. Ich setzte mich deshalb sofort mit Herrn Geheimrat Dr. Friedberg in Verbindung.<sup>62)</sup> Meine Auffassung war die, daß Dr. Friedberg grundsätzlich nicht abgeneigt war, angesichts der Bemühungen auf Wiederherstellung des Burgfriedens im Reiche und in Preußen das ihm angetragene Amt anzunehmen, daß er sich aber vorher über die Stimmung in seiner Fraktion vergewissern wollte. Zu diesem Zweck fand eine Besprechung von nationalliberalen preußischen Abgeordneten statt<sup>63)</sup>, an der etwa 25 Herren teilnahmen und in der nach mir

<sup>57)</sup> Vgl. Nr. 73 Anm. 22, Nr. 74b Anm. 3 und 5.

<sup>58)</sup> Vgl. Nr. 72a—c. — Erzberger hatte jedoch zunächst Lohmann genannt.

<sup>59)</sup> Vgl. Nr. 74a, Nr. 74b (bes. auch Anm. 3 und 4) und Nr. 75a—c.

<sup>60)</sup> Zuerst am 31. 10. 1917. Vgl. Nr. 75a,b und Nr. 75c, bes. auch Anm. 12.

<sup>61)</sup> Vgl. Nr. 74b Anm. 10 und Nr. 92a—e.

<sup>62)</sup> Vgl. Nr. 75a—c.

<sup>63)</sup> Vgl. Nr. 83a—d (Richthofen) und Nr. 87a (Stresemann).

zugegangenen Mitteilungen etwa  $\frac{2}{3}$  der Anwesenden für den Eintritt Dr. Friedbergs,  $\frac{1}{3}$ <sup>64)</sup> gegen diesen Eintritt sich ausgesprochen haben sollen. Herr Geheimrat Dr. Friedberg faßte infolgedessen noch keinen entscheidenden Entschluß, so daß bei den interfraktionellen Verhandlungen mit seiner Stellungnahme sicher nicht gerechnet werden konnte.

Auf fortschrittlicher Seite bestand einmal eine Unklarheit über das, was etwa von seiten der Fraktion bei einer weitergehenden Parlamentarisierung zu fordern wäre, ebenso aber auch Unklarheit über die vorzuschlagenden Persönlichkeiten. Herr von Payer weilte in Stuttgart und konnte krankheitshalber nicht nach der Reichshauptstadt kommen. Für das preußische Staatsministerium war zunächst der Vizepräsident Dr. Dove in Aussicht genommen<sup>65)</sup> und in der Presse genannt worden. Dieser lehnte aber nach einigen Tagen ab, und an seiner Stelle wurde der Abgeordnete Fischbeck als Anwärter auf den Posten des Handelsministeriums<sup>66)</sup> genannt. Die Sozialdemokratie endlich erklärte, ihrerseits von einem Eintritt in die Regierung abzusehen<sup>67)</sup>, legte aber großen Wert darauf, daß die fortschrittliche Partei sowohl den Vizekanzlerposten als den Sitz im preußischen Staatsministerium erhalte. Allseitig kam die Auffassung zum Ausdruck, daß Herr Staatssekretär Dr. Helfferich gut daran täte, sein Amt niederzulegen, da ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen ihm und dem Reichstag doch nicht zu erzielen sein würde, während man andererseits ebenso einheitlich betonte, daß keine Bedenken dagegen beständen, wenn er ein anderes Staatsamt übernehme, im preußischen Staatsministerium bleibe und sich für die Führung der wirtschaftlichen Friedensverhandlungen bereit hielte.<sup>68)</sup>

##### 5. Berufung Graf Hertlings. Erklärung Geheimrat Dr. Friedbergs. Ablehnung der Berufung durch Dr. Friedberg.

In diese interfraktionellen Verhandlungen hinein fiel die endgültige Berufung des Grafen Hertling zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten.<sup>69)</sup> Seitens der Fraktionen wurde erwartet, daß Graf Hertling nun seinerseits die Verhandlungen wegen Besetzung einiger Ämter durch Parlamentarier fortsetzen würde, wie dies bei den Unterredungen mit Herrn von Kühlmann erwartet worden war. Tatsächlich erfolgte denn auch die Berufung von Geheimrat Dr. Friedberg zum stellvertretenden Präsidenten des Staatsministeriums, und zwar nach einer kurzen Unterredung, die Graf Hertling mit Geheimrat Dr. Friedberg hatte.<sup>70)</sup> Herr Geheimrat Dr. Friedberg setzte sich mit mir, als er von dem Grafen

<sup>64)</sup> Im Or. handschriftlich gestr.: „sehr scharf“.

<sup>65)</sup> Vgl. Nr. 74a.b, Nr. 75a.b, Nr. 76a—d, Nr. 79, Nr. 83a—d.

<sup>66)</sup> Vgl. Nr. 87a—c.

<sup>67)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

<sup>68)</sup> Nach den vorliegenden Niederschriften nahm der Interfraktionelle Ausschuß erst am 7. 11. 1917 zur Frage der Weiterverwendung von Helfferich — eventuell als Staatssekretär für die besetzten Gebiete — Stellung; vgl. Nr. 98a—d. In Nr. 100 erklärt Erzberger, daß ein Verbleiben Helfferichs im preuß. Staatsministerium nicht in Betracht komme.

<sup>69)</sup> Am 1. 11. 1917.

<sup>70)</sup> Vgl. Nr. 89.

Hertling dessen Glückwünsche zu seiner Ernennung empfing, sofort in Verbindung<sup>71)</sup>, nachdem er dem Grafen Hertling vorher erklärt hatte, daß er sich die Annahme der Wahl noch vorbehalten müsse. Er betonte, daß er an sich selbstverständlich die Ernennung annehmen könne, da er selbst an den interfraktionellen Besprechungen nicht teilgenommen habe und auch persönlich keinerlei Verpflichtungen eingegangen sei. Andererseits sei ihm aber bekannt, daß von fortschrittlicher Seite Anspruch auf Berufung eines fortschrittlichen Parlamentariers erhoben würde. Graf Hertling habe ihm auf seine Frage nach der Berufung eines Fortschrittlers erwidert, daß diese bei „passender Gelegenheit“ erfolgen würde. Er müsse mir überlassen, ob ich als Vorsitzender der Reichstagsfraktion es tragen könne, daß er einträte, ohne daß irgendwie fortschrittliche Wünsche berücksichtigt würden. Er habe sich infolgedessen bis zum nächsten Tage Bedenkzeit erbeten. Ich setzte mich auf Grund dieser Mitteilung mit dem Grafen Hertling noch einmal in Verbindung<sup>72)</sup> und suchte die zweifellos entstandene Spitze bei Berufung Friedbergs ohne irgendwelche Berufung eines Fortschrittlers dadurch aus der Welt zu schaffen, daß ich ihm vorschlug, ein Staatssekretariat für die besetzten Gebiete zu schaffen, es mit einem Fortschrittler zu besetzen und<sup>73)</sup> diesen zum preußischen Staatsminister zu ernennen. Dieser Vorschlag wurde von mir gemacht, da mir Hertling seine auch nach meiner Auffassung berechtigten<sup>74)</sup> Bedenken dagegen<sup>75)</sup> aussprach, daß er etwa einen tüchtigen Fachbeamten<sup>76)</sup> entlassen müsse, um dafür einem Parlamentarier Platz zu machen (Handelsministerium). Graf Hertling zeigte sich auch diesem Gedanken geneigt. Am nächsten Tage<sup>77)</sup> suchte ich die Fortschrittspartei zu bewegen, sich mit diesem Vorschlage einverstanden zu erklären und wurde dabei von dem Abgeordneten Junck unterstützt, der den Fortschrittlern mit Entschiedenheit zu verstehen gab, daß sie alles aufs Spiel setzten, wenn sie auf weitergehenden Forderungen beständen. Die Herren zogen sich zu einer kurzen Beratung zurück und kamen mit der Erklärung zurück, daß sie Berufung eines Fortschrittlers als preußischen Staatsminister und die Berufung eines fortschrittlichen Vizekanzler[s]<sup>78)</sup> verlangten. Herr Geheimrat Dr. Friedberg, der von dem Ergebnis der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt wurde, erklärte dem Grafen Hertling, daß diese Forderungen von der fortschrittlichen Partei erhoben würden und als Graf Hertling erklärte, daß diese Forderungen für ihn zu undiskutierbar seien, bat er auch seinerseits, von seiner Berufung Abstand zu nehmen, da er nicht einseitig in das Staatsministerium eintreten wollte, ohne daß<sup>79)</sup> Einigkeit

<sup>71)</sup> Vgl. Nr. 89.

<sup>72)</sup> Gemeinsam mit Erzberger am 5. und 6. 11. 1917. Vgl. Nr. 89 und Nr. 91.

<sup>73)</sup> Im Or. gestr.: „ihn“; eigenhändig ersetzt durch: „diesen“.

<sup>74)</sup> „auch nach meiner Auffassung berechtigten“ im Or. eigenhändig am Rande der Seite.

<sup>75)</sup> Im Or. ursprünglich: „Befürchtungen darüber“; maschinenschriftlich ersetzt durch: „Bedenken dagegen“.

<sup>76)</sup> Im Or. maschinenschriftlich gestr.: „als Ressortminister“.

<sup>77)</sup> 6. 11. 1917. Vgl. Nr. 75a—d.

<sup>78)</sup> „und die Berufung eines fortschrittlichen Vizekanzler[s]“ im Or. eigenhändig am Rande der Seite.

<sup>79)</sup> Im Or. gestr.: „die Wünsche des linken Flügels berücksichtigt wären“; eigenhändig ersetzt durch: „Einigkeit unter den Parteien herrsche“.

unter den Parteien herrsche. Daß er selbst diese fortschrittlichen<sup>80)</sup> Wünsche als zu weitgehend ansah, betonte er in einer Erklärung, in der er darauf hinwies, daß dieses Scheitern der Verhandlungen die Schuld derjenigen wäre, die zu weitgehende Forderungen gestellt hätten.<sup>81)</sup>

#### 6. Kompromißverhandlungen zwischen der Regierung und den Parteien. Neue Berufung Friedbergs und von Payers.

Der Rücktritt Geheimrat Friedbergs schlug wie eine Bombe ein. Die fortschrittliche Presse griff Geheimrat Friedberg<sup>82)</sup> an<sup>83)</sup>, während ich meinerseits in einer Erklärung<sup>84)</sup>, die ich als aus den Kreisen der Reichstagsfraktion herrührend kennzeichnete<sup>85)</sup>, auf seine Seite trat. Ich lehnte es auch zunächst ab, mich an den weiteren Verhandlungen mit Kühlmann und dem Reichskanzler zu beteiligen<sup>86)</sup>, da ich der Meinung war, daß die Fortschrittspartei zunächst von ihren zu weitgehenden Forderungen zurückgehen müßte, um eine Einigung, falls eine solche noch möglich wäre, zu erleichtern. Tatsächlich spielten sich denn auch die interfraktionellen Verhandlungen am nächsten Tage unter dem Gesichtspunkt der Mäßigung ab.<sup>87)</sup> Fortschrittspartei und Sozialdemokratie erklärten mit der Besetzung des Vizekanzlerpostens auch dann einverstanden sein zu wollen, wenn die Berufung des Herrn von Payer in das preußische Staatsministerium vorläufig nicht erfolge.<sup>88)</sup> Bezüglich eines preußischen Ministerpostens akzeptierten sie die Erklärung des Grafen Hertling, daß eine solche Berufung eines Fortschrittlers bei passender Gelegenheit erfolgen solle. Auf dieser Grundlage wurden die Verhandlungen mit dem Grafen Roedern und mit Herrn von Kühlmann, die von Graf Hertling hierzu bestimmt worden waren, weitergeführt.<sup>89)</sup> Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums begrüßten im allgemeinen diese Lösung und hielten den Rücktritt von Helfferich im Interesse des Burgfriedens für geboten. Dr. Helfferich hatte zwar, als Graf Hertling sein Amt annahm, diesem sein eigenes Amt zur Verfügung gestellt, wehrte sich aber bis zum letzten Tage dagegen, etwa von sich aus den Kaiser um seine Entlassung zu bitten, erklärte vielmehr, wie gerüchtweise verlautet, daß seine Entlassung einen Sieg des Parlaments über die Krone bedeuten würde, den die Krone nicht mitmachen könne. Für eine Verständigung mit den Parteien trat neben Herrn von Kühlmann auch Graf Roedern mit großer Entschiedenheit ein, ebenso Staatssekretär von Krause und verschiedene preußische Staatsminister. Graf

<sup>80)</sup> „fortschrittlichen“ im Or. eigenhändig eingefügt.

<sup>81)</sup> Vgl. bes. Nr. 96.

<sup>82)</sup> Im Or. handschriftlich gestr.: „ziemlich kräftig“.

<sup>83)</sup> Vgl. z. B. Nr. 98a—d Anm. 5.

<sup>84)</sup> Vgl. Nr. 96 Anm. 3.

<sup>85)</sup> Hinter dem Komma im Or. handschriftlich gestr.: „sachlich“.

<sup>86)</sup> Vgl. Nr. 98a—d bes. auch Anm. 11.

<sup>87)</sup> Vgl. Nr. 98a—d.

<sup>88)</sup> Payer wurde während seiner ganzen Amtszeit als Stellvertreter des Reichskanzlers nicht ins preußische Staatsministerium berufen. Vgl. auch Goldschmidt S. 123.

<sup>89)</sup> Vgl. Nr. 100—102; ferner Nr. 103a.b.

Hertling begab sich zum Kaiser und erbat dessen Zustimmung zur Berufung des Herrn von Payer und Geheimrat Dr. Friedberg.<sup>90)</sup> Die Zustimmung des Kaisers erfolgte, und hierauf wurde die Ernennung beider Herren vollzogen.<sup>91)</sup> Geheimrat Dr. Friedberg litt außerordentlich unter der für ihn schweren Entscheidung. Seitens verschiedener Kollegen der Landtagsfraktion wurde ihm sein Eintritt sehr verdacht. Andererseits waren die anwesenden Mitglieder der Reichstagsfraktion und viele bekannte preußische Parlamentarier<sup>92)</sup> in der Auffassung einig, daß die nationalliberale Partei unmöglich in einem solchen Augenblick den ihr angebotenen Posten ablehnen könne, nachdem sie zunächst wegen kultureller Bedenken den Grafen Hertling abgelehnt hatte. Geheimrat Dr. Friedberg machte den Vermittlungsvorschlag, daß Staatssekretär von Krause im Reichsjustizamt bleiben, aber seinerseits Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums werden solle. Diese Lösung wurde aber von Herrn von Krause selbst ebenso abgelehnt wie von denjenigen Freunden des Herrn Geheimrat Friedberg, die für seine Berufung eingetreten waren. Sowohl Graf Roedern, wie Graf Hertling drangen am letzten Tage der Besprechungen mit Entschiedenheit auf Herrn Geheimrat Friedberg ein, im Interesse des herzustellenden Burgfriedens im Reich und in Preußen sich dem Rufe seines Königs nicht zu versagen. Darauf erklärte Herr Geheimrat Friedberg sein Einverständnis.

#### Schlußbetrachtung.

Zusammenfassend möchte ich über die Vorgänge folgendes sagen:

1. Daß Dr. Michaelis für das Amt des Reichskanzlers nicht geeignet war, wurde von allen Fraktionen anerkannt. Sein Rücktritt ist infolgedessen nicht zu bedauern, seiner Wiederverwendung auf einem Gebiete des Wirtschaftswesens würden selbstverständlich keine politischen Bedenken entgegenstehen.
2. Die Berufung des Grafen Hertling ist nicht, wie im Lande vielfach verbreitet wird, durch die Parteien erfolgt, vielmehr hat die Krone den Grafen Hertling berufen<sup>93)</sup>, Graf Hertling wünschte<sup>94)</sup> diese Berufung abzulehnen, als er auf seiten der Parteien mit Ausnahme der konservativen auf große Gegnerschaft stieß. Freunde des Grafen Hertling in der Regierung machten darauf den Versuch, eine Verständigung der Parteien auf der Grundlage herbeizuführen, daß liberale Parlamentarier dem Grafen Hertling zur Seite träten, um seiner Kanzlerschaft das einseitige Gepräge einer Zentrumsherrschaft zu nehmen. Auf dieser Grundlage kam eine Verständigung über den Eintritt eines nationalliberalen Politikers in das preußische Staatsministerium, eines fortschrittlichen Politikers für das Amt des Vizekanzlers zustande.

<sup>90)</sup> Vgl. Nr. 101 Anm. 3 und Nr. 102 Anm. 5.

<sup>91)</sup> Vgl. Nr. 102 Anm. 4.

<sup>92)</sup> „und viele bekannte preußische Parlamentarier“ im Or. eigenhändig eingefügt.

<sup>93)</sup> Vgl. auch den Artikel Stresemanns „Zur Lage“ (s. Anm. 2): „Zunächst ist festzustellen, daß Graf Hertling nicht der Kandidat des Parlaments war und nicht etwa von irgendeiner Reichstagsmehrheit als Kanzler herbeigewünscht und auf den Schild gehoben wurde. Das Gegenteil ist der Fall. Graf Hertling war diesmal, wie nach dem Sturz Bethmanns der Kandidat der Krone.“

<sup>94)</sup> Im Or. zunächst: „und Graf Hertling war bereit“; eigenhändig korrigiert.

3. Um den Burgfrieden im Reiche herzustellen<sup>95)</sup>, wurde zwischen den Parteien der Nationalliberalen und des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie ein Programm vereinbart<sup>27)</sup>, das innerpolitisch und sozialpolitisch vom nationalliberalen Standpunkt aus zu ertragen war, das außenpolitisch den Fortschritt in sich schloß, daß die Einengung der Regierung auf die Entschliebung des 19. Juli aufgehoben wurde und daß als Grundlage für die Außenpolitik der Regierung lediglich die Antwort auf die Papstnote übrig blieb, der alle Fraktionen des Reichstages im Siebener-Ausschuß zugestimmt hatten. Die Entschliebung vom 19. Juli wurde von nationalliberaler Seite ohne Widerspruch von anderer Seite als überholt gekennzeichnet und damit eine neue Bewegungsfreiheit für die Regierung geschaffen.

4. Die Bindung der nationalliberalen Fraktion an irgendeinen Block der vier Parteien hat in keiner Weise stattgefunden, gegen die politische Boykottierung der konservativen Partei hat sich der Fraktionsvorstand ausdrücklich verwahrt. In außen- und innerpolitischer Entwicklung<sup>96)</sup> behält sich die Fraktion ihre volle Bewegungsfreiheit vor.

<sup>95)</sup> Im Or. gestr.: „und“; handschriftlich, möglicherweise von fremder Hand, ersetzt durch: „wurde“.

<sup>96)</sup> Im Or. gestr.: „behält“; eigenhändig ersetzt durch: „behält“.

## 107.

**November 1917: Aufzeichnung Haußmanns über den Verlauf der Kanzlerkrise vom 9. 10. bis zum 9. 11. 1917**

Nachlaß Haußmann 26, Maschinenschrift, mit einer eigenhändigen Korrektur und handschriftlichen Unterstreichungen. Ohne Datum und Überschrift.<sup>1)</sup>

Die ausschlaggebende Rolle spielt in der deutschen Evolution der interfraktionelle Ausschuß<sup>2)</sup>, dessen Präsident Payer ist. Er heißt „Sowjet“ in Regierungskreisen. Der Ausschuß besteht aus Delegierten derjenigen Parteien, die für die Friedensresolution vom Juli 1917 gestimmt haben. (Sozialdemokraten, Freisinnige und Zentrum.) Die Nationalliberalen traten zum Teil diesem Ausschuß bei. Ein Flügel der Nationalliberalen (Richthofen, Schiffer, Junck<sup>3)</sup> etc.) steht auf dem Boden der Friedensresolution. Die Majorität der Nationalliberalen ist jedoch Gegner der Resolution, aber sie geht heute in innerpolitischen Fragen

<sup>1)</sup> Ob das vorliegende Manuskript zur internen Unterrichtung eines bestimmten Personenkreises abgefaßt wurde oder etwa für den Druck bestimmt war, ließ sich nicht feststellen. Offensichtlich ist es von dem Prinzen Max für seine „Erinnerungen und Dokumente“ mit herangezogen worden. Vgl. Anm. 13.

<sup>2)</sup> Im Or. mit blauem Farbstift unterstrichen.

<sup>3)</sup> Im Or. mit Bleistift verbessert aus ursprünglich: Jung.

mit den Majoritätsparteien. Die Nationalliberalen plus Majoritätsparteien verfügen über  $\frac{3}{4}$  der Reichstagsstimmen. (Der Reichstag wird auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts gewählt. Dieses geht weiter als die Wahlrechtsreform, die jetzt dem englischen Unterhaus vorliegt.)<sup>4)</sup>

1): Am Dienstag, d. 9. Oktober, erhielt die Regierung Michaelis ihren stärksten Stoß: Die Majoritätsparteien waren einstimmig der Meinung, daß die Regierung die unabhängigen Sozialisten unfair behandelt habe. Naumann (Fortschrittspartei) sprach für das Gewissen Deutschlands, als er sagte: „Das Rechtsgefühl des Landes steht gegen die Regierung.“<sup>5)</sup>

Dennoch unterstützten nur die Sozialdemokraten die unabhängigen Sozialisten, als sie dem Mangel ihres Vertrauens durch eine förmliche Resolution Ausdruck gaben.<sup>6)</sup>

2): Am 10. Oktober sagte Haußmann (Fortschrittspartei) am Schluß seiner großen Rede im Reichstag:

„Die nichtsozialistischen Parteien der Mehrheit haben nicht gewünscht, die Krisis zu einem offenen Konflikt zu überstürzen. Aber ich warne die Regierung, daß sie nicht aus unserer Zurückhaltung falsche Schlüsse ziehe.“<sup>7)</sup>

Dann sagte er weiter, noch seien die Vorbedingungen für eine richtige äußere und innere Politik nicht gegeben.

„Nur die Regierung von morgen wird in der Lage sein, eine solche Politik auszuführen.“<sup>8)</sup>

3): Am gleichen Tage trat der interfraktionelle Ausschuß zusammen.<sup>9)</sup> Die Nationalliberalen hatten um Aufnahme ersucht und nahmen teil. Die Versammlung kam zu dem Entschluß, daß vor der nächsten Session Michaelis entfernt sein müsse. Der Vorsitzende des Ausschusses, Payer, ging zu Michaelis und teilte ihm in höflicher Form den Standpunkt des interfraktionellen Ausschusses mit.<sup>10)</sup> Wenige Tage später verbreitete indessen das Pressebüro der Reichskanzlei eine Notiz des Inhalts, daß Capelle in seinen Behauptungen weitergegangen sei, als er von Michaelis autorisiert worden war und daß er des-

<sup>4)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 278 ff., 298 f., 302 ff., 361, 366.

<sup>5)</sup> Nach dem Protokoll, Sten. Berichte Bd. 310 S. 3795 ff., ist dieser Satz kein wörtliches Zitat, wenn er auch sinngemäß den Ausführungen Friedrich Naumanns entspricht. — Vgl. auch Nr. 48 Anm. 14.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 48 bes. Anm. 6.

<sup>7)</sup> Das Zitat ist nicht wortgetreu wiedergegeben. Vgl. Sten. Berichte Bd. 310 S. 3829: „Ich darf auch ausdrücklich hinzufügen, daß wir bei unseren gestrigen Erklärungen und unseren Abstimmungen uns von dem Entschluß haben leiten lassen, die Krisenhaftigkeit nicht in die Formen des Konflikts zu überführen, weil es für Deutschland kein Heil wäre. (Sehr gut! links.) Aber daraus sollen auch bei der Regierung keine falschen Schlüsse gezogen werden. Davor warne ich.“

<sup>8)</sup> Vgl. Sten. Berichte a.a.O.: „Nur die Regierung von morgen kann diese Politik machen.“

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 48.

<sup>10)</sup> Vgl. Nr. 48 bes. auch Anm. 17 und Nr. 51.

halb sein Entlassungsgesuch einreichen werde.<sup>11)</sup> Die gesamte Presse der Majorität, insbesondere der „Vorwärts“<sup>12)</sup> protestierte gegen diesen unfairen Versuch, Capelle zum Sündenbock zu machen. Die Hauptverantwortung trüge Michaelis.<sup>13)</sup>

4): Die Haltung der Reichstagsmehrheit wurde in einem „offenen Brief an die Deutsche Politik“ vom 19. Oktober sorgfältig präzisiert.<sup>14)</sup> Er stammte von einem führenden Mitglied der Mehrheitsparteien.<sup>15)</sup> Der Verfasser setzte auseinander, warum die bürgerlichen Parteien der Mehrheit nicht den Weg des Mißtrauensvotums gegangen seien, um Michaelis zu entfernen.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 55a—c bes. Anm. 30. Ferner: „Frankfurter Zeitung“, 12. 10. 1917, Abendblatt („Nach Reichstags-Schluß“); a.a.O., 13. 10. 1917, 2. Morgenblatt („Die schleichende Krise“); a.a.O., 14. 10. 1917, 2. Morgenblatt („Capelle und Michaelis“); a.a.O., 15. 10. 1917, Morgenblatt („Michaelis und Capelle“, Privattelegramm aus Berlin vom 14. 10.: „... die von verschiedenen Seiten als offiziös bezeichnete Darstellung . . ., als habe der Staatssekretär v. Capelle nicht in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler gehandelt“, werde von den Blättern der Rechten zurückgewiesen); sowie Schulthess 1917/I S. 906 (v. Capelle habe am 13. 10. 1917 sein Entlassungsgesuch eingereicht, das jedoch, wie am 2. 11. 1917 bekannt geworden sei, vom Kaiser abgelehnt wurde).

<sup>12)</sup> Vgl. „Vorwärts“, 14. 10. 1917: Es erscheine als „eine moralische und politische Unmöglichkeit . . ., daß in einer politischen Krise der Untergebene für den Vorgesetzten die Verantwortung übernehmen soll . . . An Herrn v. Capelles Person liegt uns nichts. Wir kennen keine Handlung dieses Herrn, die ein besonderes Vertrauen der Sozialdemokratie zu ihm rechtfertigen würde. Aber wir wenden uns energisch gegen eine nicht den Verhältnissen entsprechende Verschiebung der Verantwortlichkeit . . .

Es war nicht Herr v. Capelle, es war der Reichskanzler, der den Ausnahmezustand gegen eine Partei proklamierte und damit glücklich wieder unsere politischen Verhältnisse auf das traurige Niveau hinabstieß, auf dem sie vor dem Kriege gestanden hatten. . . . Unsere gesamte Neuorientierung hat außer Versprechungen und Reformen minderen Grades bisher nur ein einziges bedeutendes Resultat aufzuweisen: daß die Regierung seit dem 4. August 1914 aufgehört hat, die Parteien unterschiedlich zu behandeln und ihr unangenehme Strömungen mit dem großen Bannfluch zu belegen. Und dies Ergebnis hat Herr Dr. Michaelis in schroffster Weise wieder zunichte gemacht, er hat sich offen als Mann des Ausnahmezustandes und der Ausnahmebehandlung bekannt. Das allein muß genügen, um ihn als Leiter der deutschen Regierung für alle Zeit unmöglich zu machen.“ — Dazu auch „Frankfurter Zeitung“, 15. 10. 1917, Morgenblatt.

<sup>13)</sup> Vgl. Prinz Max S. 148, der sich hier eng an das vorliegende Manuskript Haußmanns anlehnt: „Der Interfraktionelle Ausschuß — Sowjet hieß er in Regierungskreisen [vgl. oben den Anfang des Manuskripts] — trat zusammen. Die Nationalliberalen hatten gebeten, aufgenommen zu werden, und so wurde er der Wortführer einer noch größeren Mehrheit. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß vor der nächsten Session Michaelis entfernt sein müsse. Der Vorsitzende des Ausschusses, Payer, erhielt den Auftrag, Michaelis schonend aufzuklären. Aber der Kanzler hielt es für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben, und ließ in der Presse verkünden: Capelle sei in seinen Behauptungen weiter gegangen, als er von Michaelis autorisiert gewesen sei, und werde deshalb sein Entlassungsgesuch einreichen. Die gesamte Presse der Majorität protestierte gegen diesen Versuch, Capelle zum Sündenbock zu machen.“

<sup>14)</sup> Veröffentlicht unter dem Titel „Brief an die ‚Deutsche Politik‘“, in „Deutsche Politik“, hrsg. von Ernst Jäckh, Paul Rohrbach und Philipp Stein, Jg. 2, 19. 10. 1917, S. 1362 f.

<sup>15)</sup> Der Wortlaut des Briefes (s. Anm. 17) legt die Vermutung nahe, daß Haußmann selbst der Verfasser sein dürfte, zumal Haußmann auch sonst in der „Deutschen Politik“ zu Worte kam, so mit seinen Ausführungen im Hauptausschuß am 23. 8. 1917 (a.a.O. S. 1141 ff.) und mit seiner Reichstagsrede vom 10. 10. 1917 (a.a.O. S. 1342 ff.).

Er führte hauptsächlich folgende Gründe an:

- a: Eine Lösung, die auf Grund des vertrauenden Einverständnisses der Machtfaktoren<sup>16)</sup> (Krone und Parlament) zustande kommt, ist für die Zukunft verheißungsvoller, als eine in offenem Konflikt von der Krone ertrotzte Lösung.
- b: Ein offener Konflikt widerstrebe den Mehrheitsparteien auch darum, weil Wilson als amerikanisches Kriegsziel einen Konflikt zwischen der Regierung und dem deutschen Volke proklamiert habe.<sup>17)</sup>

<sup>16)</sup> Im Or. mit Rotstift unterstrichen.

<sup>17)</sup> Der Text (s. Anm. 14) lautet: „Zur innerpolitischen Lage gehen uns von einem führenden Parlamentarier folgende Ausführungen über die inneren Beweggründe der Politik der Mehrheitsparteien zu:

Die kurze Reichstagstagung hat eine verwirrend große Zahl von Zwischenfällen gebracht, die, weil sie der Reihe nach die Portefeuilles verschiedener Ressortchefs berührten, jeweils an der Festigkeit der Reichsregierung gerüttelt haben. Da die Reichsregierung schon zuvor in ihrer Politik nicht sicher erschien, so pflanzten sich jene Einzelerschütterungen unwillkürlich auf die Reichsregierung als Ganzes selbst fort. Am schwersten war der Stoß am vorigen Dienstag.

1. Die Regierung hatte an diesem Tage das Rechtsgefühl des deutschen Volkes gegen sich aufgebracht. Sie bediente sich als Waffe im parlamentarischen Redekampf der Andeutung des Hochverrats, obwohl sie wußte, daß der Reichsanwalt wegen des unzureichenden Materials eine Anklage gegen die drei Abgeordneten zu erheben widerraten hatte. Naumann sprach als das Gewissen Deutschlands.

2. Die Regierung hat sich diesen drei Männern gegenüber ins Unrecht gesetzt und ihnen damit eine ganz neue Beleuchtung in den Augen der deutschen Arbeitermassen gegeben. Die Unabhängige Sozialdemokratie war gerade lahm gelegt durch die neue Kriegszielpromulgierung der Entente; wer Elsaß-Lothringen fordert, der schafft im deutschen Volk eine Atmosphäre, in der Männer nicht gedeihen, die den Frieden um jeden Preis fordern, und unseren Waffen kein Glück wünschen. Nun stehen sie als Märtyrer vor der Öffentlichkeit, und ihr Pathos klang zum ersten Male nicht so hohl wie sonst.

3. Die Regierung hat — ebenfalls als Waffe im Redekampf — über die Vorkommnisse in unserer Flotte dunkle und irreführende Andeutungen gemacht, die dazu angetan sind, die trügerischen Hoffnungen der Feinde auf unseren inneren Zusammenbruch zu ermutigen. Vom Grafen Westarp bis Scheidemann weiß jeder Abgeordnete, daß er auf den Geist und die Zucht unserer Flotte stolz sein kann. Über die Versionen, die heute Reuter von den Zuständen in der deutschen Flotte verbreitet, wird die englische Marine am meisten lächeln — sie weiß Bescheid, aber die feindlichen Völker wissen nicht Bescheid, und ihre Kriegshetzer haben eine neue und unerwartete Waffe in die Hand bekommen. Die politische Spannung ist nach Vertagung des Reichstags größer als je.

Man kann eine Spannung nach den Gesetzen der parlamentarischen Physik auf doppelte Art lösen: Entweder durch ein Votum der Volksvertretung, welches der Regierung ihr Vertrauen oder ihr Mißtrauen ausspricht. Der erstere Weg kam nicht in Frage, denn einmal würde keine einzige Partei des Reichstages am Schluß der Tagung der Reichsregierung ein generelles Vertrauensvotum ausgesprochen haben, und zum zweiten kann die Reichsregierung grundsätzlich kein Vertrauensvotum fordern, weil sie nach einer immer noch nicht aufgegebenen Tradition das Vertrauen des Parlaments nicht offen zur Grundlage ihrer Amtsführung machen soll. Bleibt der zweite Weg des Mißtrauensvotums. Dies ist der offene Konflikt im Parlament, — das fordern die Sozialdemokraten. Aber diesen Weg zu gehen, kann und will sich der bürgerliche Teil der Majorität nicht entschließen. Dafür sprechen folgende Gründe: Die bürgerlichen Parteien sind der Überzeugung, daß das Ministerium von morgen eine neue Periode der deutschen Geschichte einleiten wird in der inneren wie in der äußeren Politik. — Sie ziehen es daher vor, daß die bedeutsame Wendung vor sich

5): Der interfraktionelle Ausschuß wurde für den 22. einberufen.<sup>18)</sup> Von Anfang an wurde beschlossen, daß der Ausschuß dem Kaiser eine schriftliche Erklärung übersenden und sie durch mündliche Erläuterungen an Valentini, den Chef des Zivilkabinetts, ergänzen sollte.<sup>19)</sup> Dann wurde ausführlich die Frage erörtert, ob ein Nachfolger für Michaelis dem Kaiser vorgeschlagen werden solle oder nicht. Alle Parteien waren so gut wie einig, daß kein Mitglied des Parlaments über genügende internationale Erfahrung verfüge, um im gegenwärtigen Augenblick als Kanzler vorgeschlagen zu werden. Dann setzten sich die Nationalliberalen stark dafür ein, daß Bülow's Name dem Kaiser vorgeschlagen werde. Ein einflußreiches Mitglied der Zentrumsparthei<sup>20)</sup> unterstützte sie mit dem Argument:

„daß die komplizierte internationale Situation vor allem einen Mann von ungewöhnlicher diplomatischer Klugheit erfordere.“<sup>21)</sup>

Hier warf Haußmann unter großer Heiterkeit ein:

---

geht im vertrauenden Einverständnis aller politischen Machtfaktoren in Deutschland. Eine Lösung aus dem freien Entschluß der Krone ist willkommener und tragkräftiger, als eine ertroutete Lösung; sie ist verheißungsvoller für die Zukunft und heilsamer für die Gegenwart. Ich fasse zusammen:

1. Die Forderung, die im Parlament erhoben worden ist nach einem „Ministerium des deutschen Geistes und des deutschen Volksvertrauens“ [Haußmann am 10. 10. 1917 im Reichstage, Sten. Berichte Bd. 310 S. 3830] wird heute überall im Lande laut. Wir brauchen diese Regierung auch für die Zeit nach dem Frieden, vor allem aber gerade heute, weil der Krieg noch dauert. Das ist heute keine Forderung der Parteipolitik. Wen prinzipielle Gründe nicht überzeugen, der möge sich wenigstens von dem Gesichtspunkt der militärischen Zweckmäßigkeit leiten lassen. Unsere Heimatfront muß so fest sein wie die Front draußen. Dann, aber nur dann, werden wir den Entscheidungskampf siegreich bestehen.

2. Man schreckt vor dem offenen Konflikt auch deshalb zurück, weil Wilson als amerikanisches Kriegsziel die deutsche Uneinigkeit proklamiert hat. Das Ehrgefühl des deutschen Volkes mag Wilson keine Schadenfreude bereiten: Man erkennt in dem Ratschlag, einen Konflikt herbeizuführen, die Hoffnung des Feindes auf die Schwächung der deutschen militärischen Kraft.

3. Der Reichstag ist es der Front schuldig, daß er ihr nicht auf die Nerven geht. Die Soldaten draußen haben das Vertrauen, daß sich bei gutem Willen, in gemeinsamen Beratungen die Schwierigkeiten lösen lassen, und darum werden sie kein Verständnis dafür haben, daß Machtproben erzwungen werden.

4. Es gibt aber noch schlimmere Dinge als den Konflikt. Das ist das Treibenlassen des Staatsschiffes im gegenwärtigen Fahrwasser. Wir wollen es nicht wahr haben, daß die Führerkraft nur noch im deutschen Heere lebt. Die Majorität hofft darauf, einem Manne folgen zu können, der auf Grund einer klaren Willensrichtung ihr Vertrauen hat, und damit das Recht und die Macht, die Führung in der Hand zu behalten, die ihm dann keine Parteigruppierung streitig machen wird.“

<sup>18)</sup> Vgl. Nr. 55a—e.

<sup>19)</sup> In Nr. 55a—e ist noch nicht von einer schriftlichen Erklärung, sondern nur von einem eventuellen Empfang der Parteiführer beim Kaiser die Rede, für den ein einheitliches Vorgehen der Vertreter der Mehrheitsparteien abgesprochen wird.

<sup>20)</sup> Erzberger.

<sup>21)</sup> In seinen eigenhändigen Notizen aus der Sitzung (Nr. 55c) hält Haußmann nur fest: „Der geschickteste Diplomat“.

„Dieser Satz sei so geschickt formuliert, daß nur der ungewöhnlich kluge Diplomat selbst der Verfasser sein könne.“<sup>22)</sup>

Die Fortschrittler und die Sozialdemokraten erklärten sich einstimmig gegen Bülow. Der Nationalliberale Stresemann war nicht imstande, diesen Widerstand zu besiegen, obgleich er wieder und wieder Bülows Bereitwilligkeit anführte, bedingungslos das innerpolitische Programm der Majoritätsparteien anzunehmen. Die Sozialdemokraten und Fortschrittler wurden von mehreren Mitgliedern der Zentrumsparterie unterstützt. Daraufhin wurden andere Kandidaturen besprochen, darunter Roedern, Kühlmann, Solf, Hertling, Prinz Max von Baden<sup>23)</sup>, Hatzfeldt usw. Der Nationalliberale Stresemann widersetzte sich allen diesen Namen.

Haußmann faßte das Resultat der Debatte folgendermaßen<sup>24)</sup> zusammen:<sup>25)</sup>

- a) „Die Nationalliberalen wünschen in der auswärtigen Politik eine andere Richtung von dem neuen Kanzler, als die Mehrheitsparteien. Deshalb können sie sich unmöglich auf einen Namen einigen.
- b) Infolge der unglücklichen politischen Entwicklung nach Bismarck hatte es sich ergeben, daß es Männer von großen politischen Fähigkeiten und Charaktereigenschaften geben kann, die weder dem Parlament noch dem Publikum im allgemeinen bekannt sind. Der große Vorzug eines kräftigen politischen Lebens besteht darin, daß es alle politische Intelligenz in die Arena zieht und ihr Gelegenheit gibt, sich zu erproben. In Zukunft wird das deutsche Parlament in der Lage sein, zu sagen: Wir haben alle verfügbaren Männer kennen gelernt und erprobt. Heute sind wir nicht in dieser Lage. Typisch ist, daß gerade jetzt ein sozialdemokratischer Abgeordneter<sup>26)</sup> einen Diplomaten, Brockdorff-Rantzau, erwähnt und empfohlen hat, der vielleicht ein vortrefflicher Mann sein mag, aber nur wenigen von uns bekannt ist. Es kann auch andere geeignete Männer geben, die man wählen könnte, wenn sie bekannt wären. Es leuchtet ein, daß der Kaiser, wenn ihm Namen vorgelegt werden, aus dieser Liste wählen muß, und so kann es gerade durch die Tatsache einer parlamentarischen Vorschlagsliste geschehen, daß der beste Mann ausgeschlossen

<sup>22)</sup> Nach Nr. 55a—c äußerte sich Haußmann nicht unmittelbar im Anschluß an Erzberger, sondern erst nachdem noch Richthofen, Stresemann, Keinath, Stöve und Junck zuvor das Wort ergriffen hatten. In Nr. 55c heißt es an der entsprechenden Stelle: der von Erzberger vorgebrachte Punkt 3 sei so geschickt auf Bülow zugespielt, „wie wenn es von dem geschicktesten Diplomaten redigiert sei“.

<sup>23)</sup> Hertling und Prinz Max werden in Nr. 55a—e überhaupt nicht erwähnt.

<sup>24)</sup> Im Or. ursprünglich: „Haußmann faßte die Debatte sodann zusammen“. Von Haußmann eigenhändig mit Tinte korrigiert.

<sup>25)</sup> Nach Nr. 55a—c können die Ausführungen Haußmanns, die in dem vorliegenden Manuskript in nachträglich rekonstruierter Form dargeboten werden (Nr. 55c enthält nur flüchtige Stichworte), nicht als Zusammenfassung des Resultats der gesamten Debatte vom 22. 10. 1917 bezeichnet werden; sie gingen vielmehr der Fixierung der Forderungen der Mehrheitsparteien und ihres Programms durch Erzberger voran, wobei — nach Nr. 55a.b — zwischen Haußmann und Erzberger noch Südekum das Wort ergriff.

<sup>26)</sup> Gemeint sein kann nur Südekum, der als einziger Sozialdemokrat an der interfraktionellen Sitzung vom 22. 10. 1917 teilnahm. Vgl. bes. die von Südekum vorgetragene Liste der Kandidaten in Nr. 55e.

bleibt. Aber es gibt eine Methode, die Garantien dafür schafft, daß der neue Mann die politische Richtung der Majorität ausführt. Wir müssen von dem Kaiser verlangen, daß der Mann, den er als Michaelis' Nachfolger zu ernennen wünscht, den Auftrag erhält, sich über das innerpolitische und außenpolitische Programm mit den Mehrheitsparteien zu besprechen und einig zu werden, ehe er das Amt annimmt. Es leuchtet ein, daß nur ein solcher Mann gewählt werden wird, der unser Vertrauen gewinnen kann. Durch diese vorausgehenden Unterhandlungen werden wir immer in der Lage sein, eine Ernennung zu verhindern, wenn wir entweder den Mann oder sein Programm nicht mögen.“

Darauf wurde beschlossen<sup>27)</sup>, daß eine Erklärung, wie sie Haußmann vorschlug<sup>28)</sup>, dem Kaiser auf dem Wege über Valentini unterbreitet werden solle. Vertreter der vier Parteien wollten Valentini aufsuchen.

6): Valentini empfing die Delegierten am 23. Oktober. Er charakterisierte die Erklärung als gerechtfertigt nach Form und Inhalt. Dann fragte er die Delegierten, ob sie einen Nachfolger für Michaelis vorzuschlagen wünschten. Entsprechend ihrem Auftrag erwiderten sie, die Mehrheit beabsichtige nicht, einen Nachfolger vorzuschlagen.<sup>29)</sup>

An diesem Tage schien es, als sei die Krisis auf dem Wege, endgültig durch Übereinkunft und gegenseitiges Vertrauen beigelegt zu werden.

7): Aber schon am folgenden Tage machten sich reaktionäre Einflüsse bemerkbar.

Hier muß ein erklärendes Wort über die Haltung des Kaisers eingeschaltet werden. Im Juli, kurz vor Bethmanns Rücktritt, hatte der Kaiser die Proklamation unterzeichnet, worin eine Reform des Preußischen Wahlrechts auf der Basis des gleichen Stimmrechts versprochen wurde.<sup>30)</sup> Nach seinem Rücktritt hatte Bethmann Hollweg mehreren einflußreichen Männern innerhalb und außerhalb des Parlaments davon Mitteilung gemacht, daß es für den Kaiser eine Angelegenheit feierlicher Überzeugung geworden sei, daß eine liberale Regierung (Neuorientierung) verwirklicht werde.<sup>31)</sup> Indessen waren unmittelbar nach Bethmanns Entlassung reaktionäre Kräfte an der Arbeit gewesen, die unausgesetzt auf die kaiserlichen Empfindlichkeiten einwirkten, um das Reformwerk zunichte zu machen oder wenigstens zu verzögern. Man wußte, daß der Kaiser diesen Einflüssen nicht nachgab. Jetzt erblickten die Reaktionäre eine neue Gelegenheit, einen Keil zwischen den Kaiser und das deutsche Volk zu treiben. Sie wiesen darauf hin, daß es einem gefährlichen Prestigeverlust für die Krone gleichkommen würde, falls Michaelis unter dem Druck der Majoritätsparteien seine Entlassung nähme. An einem Tage schien es, als sollten diese

<sup>27)</sup> Dieser Beschluß wurde erst am 23. 10. 1917 in der Vormittagssitzung des Interfraktionellen Ausschusses gefaßt. Vgl. Nr. 57a—d.

<sup>28)</sup> Vgl. Nr. 57a—c (bes. auch Anm. 33) und Nr. 57d.

<sup>29)</sup> Vgl. Nr. 58 und Nr. 59a—d.

<sup>30)</sup> Am 11. 7. 1917. Vgl. Schulthess 1917/I S. 687 f.

<sup>31)</sup> Dazu auch die Aufzeichnung Bethmanns vom 11. 7. 1917, WUA 2 S. 153.

untergraben[d]en Einflüsse sich durchsetzen. Am 26. Oktober<sup>32)</sup> wurde die öffentliche Meinung durch Mitteilungen in den Zeitungen überrascht, die zweifellos inspiriert waren, daß eine Michaelis-Krisis nicht bestand. Augenblicklich trat der interfraktionelle Ausschuß zusammen.<sup>33)</sup> Man zog die Einberufung des Reichshaushalts-Ausschusses<sup>34)</sup> in Erwägung, ebenso die sämtlicher Parteifractionen und besprach weitere drastische Maßnahmen. In der Zwischenzeit wurde beschlossen, nochmals einen Vertreter<sup>35)</sup> an Valentini zu senden<sup>36)</sup>, um die Antwort des Kaisers zu erfahren. Gleichzeitig unternahm Professor Delbrück Schritte<sup>37)</sup>, um die Voraussetzung und die allgemeine Haltung der Majorität zur-

<sup>32)</sup> Das Datum 26. 10. ist falsch. Die Meldungen wurden bereits seit dem 24. 10. verbreitet Vgl. z. B. „Frankfurter Zeitung“, 25. 10. 1917, 2. Morgenblatt („Vertagung der Krisis?“ Privattelegramm aus Berlin vom 24. 10. 1917); ferner „Vossische Zeitung“, 25. 10. 1917, Abendblatt (Es sei von verschiedenen Stellen verbreitet worden, „daß eine Krise überhaupt nicht bestehe, und daß die jetzige Regierung im Amte bleiben werde“) und „8 Uhr-Abendblatt“ vom gleichen Tage („Die schleichende Krise“). — Haußmann selbst schrieb am 24. 10. 1917 an seine Frau (Haußmann S. 150): „Heute hört man: der Kaiser will Michaelis halten.“ — Vgl. auch Nr. 61a—d.

<sup>33)</sup> Der Ausschuß trat am 24. 10. 1917 zusammen, wie es ohnehin in der Abendsitzung vom 23. 10. beschlossen worden war. Vgl. Nr. 59a—d und Nr. 61a—d.

<sup>34)</sup> Vgl. Nr. 63 a—c bes. Anm. 70. — Dazu auch Haußmann S. 152 in seinem Brief an Prof. Delbrück vom 25. 10. 1917: „Wenn wir darauf [auf die „Verbalnote“ vom 23. 10. 1917; vgl. Nr. 57 a—d] die Antwort erhalten, es bestehe keine Krisis, so müssen wir erkennen, daß wir mit unseren Sorgen nicht gehört oder nicht verstanden werden. Beides ist gleich mißlich und verwirrt statt zu entwirren. Sollen wir unsere Fraktionen einberufen und sie heute, wo auch jede Unterlassung verantwortlich macht, fragen, was wir jetzt tun sollen? Oder den Hauptausschuß einberufen, damit er den Beschluß vorbereitet, den der kommende Reichstag fassen soll?“

<sup>35)</sup> Trimborn.

<sup>36)</sup> Der Beschluß wurde in der interfraktionellen Besprechung vom 24. 10. 1917 gefaßt (vgl. Nr. 61a—d) und Trimborn suchte Valentini am Morgen des folgenden Tages auf (vgl. Nr. 63a—d).

<sup>37)</sup> Haußmann berichtete Delbrück in seinem Brief vom 25. 10. 1917, Durchschlag im Nachlaß Haußmann 29, abgedruckt bei Haußmann S. 151 ff., über den Stand der Krisis. Dieser Brief ist von Delbrück noch am gleichen Tage an Valentini weitergeleitet worden. In dem Begleitschreiben Delbrücks, Abschrift im Nachlaß Schwertfeger 323, der einen sofortigen Kanzlerwechsel für notwendig hielt, hieß es u. a. über die Krise: „Die Fraktionen können sich diesen Zustand nicht länger gefallen lassen. Auch die Nationalliberalen sind entschlossen, in diesem Punkte ganz mit den drei anderen Fraktionen zusammen zu gehen. Selbst die Sozialdemokraten haben den besten Willen, aber man darf sie nicht zur Verzweiflung bringen.“ — Zu dem eigenhändigen Vermerk Haußmanns auf dem Durchschlag des erwähnten Briefes vom 25. 10. 1917 an Delbrück — „Brief an Prof. Hans Delbrück / von diesem Valentini nach Konstantinopel geschickt wo damals der Kaiser weilte. In Konstantinopel bestand, wie ich nachher erfuhr [die Absicht], den Prinzen Max zu berufen“ — ist kritisch zu bemerken, daß einerseits der Kaiser und Kühlmann bereits am 21. 10. wieder in Berlin eingetroffen waren, andererseits jedoch Haußmanns Behauptung, daß in Konstantinopel die Berufung des Prinzen Max von Baden beabsichtigt gewesen sei, durchaus zutreffen kann. Haußmann verwechselt offenbar zwei verschiedene Vorgänge; vgl. Nr. 48 Anm. 9. — Bei Haußmann S. 206 heißt es, daß ihm am 22. Juni 1918 von Delbrück berichtet worden sei, „Valentini habe ihm erzählt, er habe auf seine [Delbrücks] und Haußmanns Empfehlung vorigen Herbst den Prinzen Max als ersten empfohlen“; vgl. Nr. 48 Anm. 9, 11, 12; ferner Prinz Max S. 148 und „Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit“, Frankfurt 1923, S. 104.

Kenntnis zu bringen. Der Ausschuß erhielt sodann von Valentini die Mitteilung, binnen einer Woche werde eine Entscheidung gefällt werden.<sup>38)</sup>

8): Am Montag<sup>39)</sup> morgen wurde bekannt, daß der Kaiser nach Hertling geschickt habe, und daß dem letzteren der Auftrag gegeben sei, die Sachlage mit den Parteiführern zu besprechen. Die alldeutsche Presse protestierte sogleich gegen Hertlings bekannte Haltung in der auswärtigen Politik, die Mehrheitspresse dagegen wies darauf hin, es schein unmöglich, daß Hertling sich das innerpolitische Programm der Reichstagsmajorität zu eigen machen werde. Hertling teilte den Parteiführern mit, er sei bereit, das Kanzleramt anzunehmen unter der Voraussetzung, daß er mit ihnen zu einer Vereinbarung gelange, dagegen werde er nicht Preußischer Ministerpräsident werden.<sup>40)</sup> Dieses Amt sollte von dem Kanzlerposten getrennt und Michaelis als Präsident des Preußischen Ministeriums beibehalten werden. Die Delegierten der Mehrheitsparteien, einschließlich der Zentrumspariei, lehnten einmütig ab, sich mit dieser Lösung zufrieden zu geben.<sup>41)</sup> In erster Linie protestierten sie gegen den Plan, Michaelis beizubehalten. Sodann erklärten sie endgültig, sie würden einer Trennung der Ämter niemals beistimmen. Die Sozialdemokraten vertraten diesen Punkt am nachdrücklichsten. Von ihrem Standpunkt aus kam dem Problem des Preußischen Wahlrechtes die überragende Bedeutung zu. David drückte es so aus:

„Nur eine besondere Reform, die das gleiche Reichstagswahlrecht in Preußen einführt, kann die Vorherrschaft der Konservativen brechen.“

Es könne keine Gewißheit geschaffen werden, so führte er aus, daß die Wahlreform eingeführt und mit aller Energie und gutem Willen durchgedrückt werde, wenn nicht der Präsident des Preußischen Staatsministeriums im Reichstag zur Verantwortung gezogen werden könne. Dies könne nur geschehen, wenn er zu gleicher Zeit der Reichskanzler sei.<sup>42)</sup> Sämtliche Delegierte der Mehrheit erklärten, sie würden unter keinen Umständen auf dieses mächtige Druckmittel Verzicht leisten. Es wurden große Anstrengungen gemacht, sie zum Nachgeben auf diesem Punkt zu überreden. Man stellte ihnen vor, daß es schon schwer genug für Preußen sei, einen Bayern und einen Katholiken zum Kanzler ernannt zu sehen, daß es aber geradezu demütigend sein würde, wenn ein bayrischer Ministerpräsident Preußen die Wahlreform aufzwänge. Die Delegierten blieben dabei, daß die gleichzeitige Besetzung beider Ämter durch eine Person für sie eine politische [conditio] sine qua non sei. So schienen die Verhandlungen resultatlos geblieben zu sein. Die Delegierten gingen von Hertling unter dem Eindruck hinweg, daß er die Übernahme des Kanzlerpostens ablehnen werde.<sup>43)</sup>

9): Spät am Abend des gleichen Tages<sup>44)</sup> wurden die Parteiführer zu Kühlmann

<sup>38)</sup> Vgl. Nr. 63a—d.

<sup>39)</sup> 29. 10. 1917.

<sup>40)</sup> Vgl. Nr. 66 und Nr. 71a—d.

<sup>41)</sup> Vgl. Nr. 71a—d und Nr. 72a—c.

<sup>42)</sup> Könnte nach den Aufzeichnungen Südekums am ehesten den Ausführungen Davids in der interfraktionellen Sitzung vom 30. 10. 1917 entsprechen. Vgl. Nr. 72a.b.

<sup>43)</sup> Vgl. die Berichte Fischbecks und Stresemanns in der interfraktionellen Sitzung vom 30. 10. 1917 über ihre Unterredungen mit Hertling; Nr. 72a.b bes. auch Anm. 3 und Nr. 72c.

<sup>44)</sup> 30. 10. 1917.

gebeten.<sup>45)</sup> Er legte zunächst großes Gewicht auf die Tatsache, daß Hertlings Anschauungen in der auswärtigen Politik mit den seinen und mit denen der Mehrheit übereinstimmten. Dann sagte er, er sei autorisiert, der Mehrheit mitzuteilen, daß Hertling sich jetzt bereit erkläre, auch preußischer Ministerpräsident zu werden. Dadurch war eine gänzlich neue Situation geschaffen. Am folgenden Tage (Mittwoch) trat der interfraktionelle Ausschuß wieder zusammen<sup>46)</sup>, um im einzelnen das Programm zu besprechen, welches Hertling vorgelegt werden sollte, nachdem das Haupthindernis nun beseitigt war. Über das innerpolitische Programm war bereits Übereinstimmung erzielt; jetzt wurde es definitiv formuliert. Sodann forderte die Linke, Hertling müsse „reale“ Garantien geben, welche die Durchführung dieses Programms sicherstellten. Diese „realen“ Garantien sollten in der Ernennung von Parteiführern zu den wichtigsten Stellen in seinem Ministerium bestehen. Die Sozialdemokraten waren entschlossen, daß das Amt des preußischen Vizepräsidenten dem Führer der nationalliberalen Partei im preußischen Abgeordnetenhaus, Professor Friedberg, übertragen werden müsse; seine Hauptaufgabe sollte sein, das preußische Wahlreformgesetz durchzubringen. David gab folgende Erklärung ab, warum die Sozialdemokraten auf diese Ernennung solchen Wert legten:

„Die nationalliberale Partei ist die Schlüsselpartei im preußischen Abgeordnetenhaus. Bisher ist sie in ihrer Haltung zur Wahlreformvorlage einig gewesen. Friedberg kann die Stellung des Vizepräsidenten des Ministeriums nicht annehmen, wenn er nicht die loyale Unterstützung der nationalliberalen Partei bei der Durchführung der Wahlreform garantieren kann.“<sup>47)</sup>

Weiter wurde als wünschenswert hingestellt, daß noch für ein Mitglied der Fortschrittspartei im preußischen Ministerium ein Platz freigemacht werde. Der wichtigste Punkt des Programms aber war die Ernennung Payers zum Vizekanzler und die Entlassung Helfferichs. Das allgemeine Programm, einschließlich der Ernennung von Parteiführern, wurde ebenfalls von Hertling angenommen, aber er legte sich nicht auf bestimmte Namen fest.

10): Am nächsten Tage kündigte der „Vorwärts“ an, das Ministerium Hertling/Payer/Friedberg sei gesichert.<sup>48)</sup> Diese Zusammensetzung war Hertling als der Wunsch der Majoritätsparteien mitgeteilt worden, aber von ihm nicht aus-

<sup>45)</sup> Vgl. Nr. 74b (bes. auch Anm. 3 und 4) und Nr. 75a—c.

<sup>46)</sup> Vgl. Nr. 75a—d. Haubmann selbst nahm an der Sitzung vom 31. 10. 1917 nicht teil; vgl. auch Nr. 82.

<sup>47)</sup> Vgl. die von Südekum in Nr. 75a.b wiedergegebene Version der Ausführungen Davids am 31. 10. 1917.

<sup>48)</sup> Vgl. „Vorwärts“, 1. 11. 1917: „Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung dauerten auch den ganzen Mittwoch [31. 10.] an und werden heute voraussichtlich zu einem positiven Ergebnis gelangen. Als wahrscheinlich gilt folgende Liste: Reichskanzler und Ministerpräsident Graf v. Hertling (Z.), Stellvertreter des Reichskanzlers: v. Payer (Vp.), Stellvertreter des Ministerpräsidenten: Friedberg (natl.), Preußischer Handelsminister: ein fortschrittlicher Abgeordneter (Dove?), Staatssekretär des Reichs ernährungsamtes: noch unbestimmt. Dr. Helfferich hat sein Entlassungsgesuch bereits eingereicht [sic!], von Herrn v. Waldow erwartet man dasselbe. Ein Sozialdemokrat wird in die Regierung nicht eintreten.“ — Zitiert in der „Frankfurter Zeitung“, 1. 11. 1917, Abendblatt, mit dem Kommentar, daß der „Vorwärts“ in der Wiedergabe positiver Meldungen am weitesten gehe.

drücklich versprochen. Augenblicklich machten sich dies die reaktionären Kräfte zunutze. Öffentlich und hinter der Szene wurden die folgenden Argumente dem Kaiser dringlich vorgestellt:

Helfferich ist ein Mann von hervorragenden geistigen Fähigkeiten. Wir bedürfen seiner technischen Kenntnisse für die Friedenskonferenz. Die Abgeordneten sind auf seine Klugheit eifersüchtig. Seine Entlassung wäre ein zu großer Sieg für die Mehrheitsparteien. Der Fall Helfferich ist gerade der Prüfstein, ob der Wille des Parlaments, oder der Wille der Krone obsiegen soll. Aber selbst angenommen, daß Helfferich geht, keinesfalls sollte Payer sein Nachfolger werden. Dann würde es noch vorzuziehen sein, das ganze Amt des Vizekanzlers zu streichen, denn

a: ist Payer ein Süddeutscher mehr,

b: nennt sich Payer selbst einen Achtundvierziger nach Tradition und Überzeugung,

c: ist als Allerschlimmstes Payer Vorsitzender des Sowjet.<sup>49)</sup> Die Stellung des Vizekanzlers ist eine gehobene. Der Träger hat viel mehr Gewicht als die übrigen Kabinettsmitglieder. Daher würde Payer als Vizekanzler dem ganzen Kabinetten einen süddeutschen, demokratischen Stempel aufdrücken.

Wir haben Beweise, daß auch gewisse Nationalliberale eifrig gegen Payer intrigierten.<sup>50)</sup> Diese Intrigen schienen auch beträchtlichen Erfolg zu haben, denn die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlichte eine Notiz: es sei niemals ein Versprechen gegeben worden, Payer zum Vizekanzler zu machen.<sup>51)</sup> Dies erregte große Beunruhigung. Der interfraktionelle Ausschuß trat zusammen und stellte jetzt die Forderung, die einem Ultimatum gleichkam, daß Helfferich gehen und Payer zum Vizekanzler ernannt werden müsse.<sup>52)</sup>

Um der Parteieifersucht der Nationalliberalen entgegenzukommen, bestand die Fortschrittspartei nicht länger auf der Ernennung eines preußischen Ministers ihrer Fraktion.<sup>53)</sup> In letzter Stunde wurden Bemühungen gemacht, die Sozialdemokraten zum Eintritt in das preußische Ministerium zu bewegen<sup>54)</sup>, aber

<sup>49)</sup> D. h.: des Interfraktionellen Ausschusses. Vgl. oben.

<sup>50)</sup> Vgl. Nr. 84.

<sup>51)</sup> Nach der „Frankfurter Zeitung“ vom 8. 11. 1917, 2. Morgenblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 7. 11.), wurde diese Notiz (Kühlmann habe nicht zugesichert, daß Hertling den Vizekanzler Helfferich entlassen und Payer an seine Stelle setzen werde) erst am 7. 11. („heute“) in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht. Vgl. in diesem Zusammenhange auch die Ausführungen Erzbergers in der interfraktionellen Sitzung vom 6. 11. 1917, Nr. 92a—e.

<sup>52)</sup> Bezieht sich wahrscheinlich auf das Ergebnis der interfraktionellen Sitzung vom 7. 11. 1917 (vgl. Nr. 98a—d); obgleich mit dem „Ultimatum“ auch der Brief der Vertreter der Mehrheitsparteien an Hertling vom 5. 11. (vgl. Nr. 87a—c und Nr. 88) gemeint sein könnte, zumal sich die vorliegende Darstellung auch in anderen Punkten nicht streng an den chronologischen Ablauf der Ereignisse hält.

<sup>53)</sup> Vgl. Nr. 98a—d.

<sup>54)</sup> Die Sozialdemokraten hatten am 1. 11. 1917 im Interfraktionellen Ausschuß den Eintritt in die Regierung abgelehnt; vgl. Nr. 76a—d. Die hier erwähnten Bemühungen „in letzter Stunde“ lassen sich nach den bisher bekannten Quellen nicht belegen, was jedoch nicht ausschließt, daß gerade von fortschrittlicher Seite noch später in privaten Gesprächen der Versuch gemacht sein könnte, die sozialdemokratischen Vertreter umzustimmen.

nach einigem Zögern lehnten sie dies ab mit der Erklärung: sie zögen es vor, das Ministerium Hertling/Payer/Friedberg zu unterstützen und dabei ihre Unabhängigkeit zu bewahren...<sup>55)</sup>

Die Haltung der verschiedenen Parteien zu dieser Lösung:

Alle Liberalen und Demokraten sind mit dem gegenwärtigen Systemwechsel, den die Regierung in Deutschland durchgemacht hat, zufriedengestellt. Sie haben niemals formale Verfassungsänderungen gewünscht, vielmehr eine Änderung des Verfahrens, durch welches klare und bindende Präzedenzfälle geschaffen wurden.<sup>56)</sup>

„Sieg oder Niederlage des Liberalismus“ — das sind die Worte eines führenden deutschen Demokraten — „hängt nicht vom Programm, vom gesprochenen oder geschriebenen Wort ab, sondern davon, daß der Reichstag seinen Willen durchsetzt.“<sup>57)</sup>

Der Reichstag besaß immer die Macht, weil er das Budget kontrolliert, aber jetzt erst hat er gelernt, sie zu gebrauchen.<sup>58)</sup>

Die Mehrheitsparteien waren ohne die Nationalliberalen eine klare Mehrheit, aber es leuchtet ein, daß ihre Offensivkraft durch die Nationalliberalen sehr verstärkt wird. Es bestand aber immer die Gefahr, daß dieses Zusammenwirken einigermaßen den Charakter eines Kompromisses annahm und dadurch der reine Majoritätscharakter des neuen Ministeriums beeinträchtigt wurde. Diese Gefahr ist dadurch vermieden worden, daß man die Nationalliberalen nach Preußen verwiesen hat, wo sie unmöglich in der auswärtigen Politik Unheil anrichten können und wo sie in der inneren Politik klare Marschorder haben.

Der Nationalliberale Schiffer, der Unterstaatssekretär des Reichs gewesen war und blieb, behält diesen Posten mit der allgemeinen Zustimmung der Mehrheitsparteien, da er der Delbrück-Gruppe angehört.<sup>59)</sup> (Die drei Staatssekretäre Kühlmann, Roedern, Solf<sup>60)</sup> sind sämtlich Kandidaten der Majorität für den

<sup>55)</sup> Keine Auslassung. Der Absatz schließt im Or. mit ...

<sup>56)</sup> Im Or. mit Rotstift unterstrichen. Links neben dem folgenden Absatz ebenfalls ein dicker senkrechter Strich mit Rotstift.

<sup>57)</sup> Auf wen dieser Ausspruch zurückgeht, ließ sich nicht feststellen.

<sup>58)</sup> Vgl. dazu die Ausführungen Davids am 7. 11. 1917 in Nr. 98a—d.

<sup>59)</sup> Gemeint ist der „Mittwochabend“-Kreis unter dem Vorsitz Delbrücks, der sich 1914 nach Kriegsausbruch auf Initiative Schiffers zu regelmäßigen Diskussionsabenden zusammenfand. Vgl. Paul Rühlmann, „Delbrücks ‚Mittwochabend‘“, in: „Am Webstuhl der Zeit“, hrsg. von Emil Daniels und Paul Rühlmann, Berlin 1928, S. 75 ff.; Annelise Thimme, „Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche“ (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Heft 6), Düsseldorf 1955, S. 140; Friedrich Meinecke, „Straßburg / Freiburg / Berlin“, Stuttgart 1949, S. 166 ff.; Prinz Max S. 76, 119; Jäckh S. 188 f.

<sup>60)</sup> Diese Bemerkung scheint auf das Verhältnis der drei Staatssekretäre zu Delbrücks „Mittwochabend“-Kreis anzudeuten, das einer näheren Untersuchung bedürfte. Jäckh a.a.O. führt Solf unter den Teilnehmern auf. Rühlmann a.a.O. S. 79 nennt neben Solf auch Roedern; es bleibt jedoch unklar, ob er bereits während des Krieges oder erst nach dem Zusammenbruch den Zugang zu dem Kreis um Delbrück fand.

Kanzlerposten gewesen.) Wichtige Einzelheiten in der Bildung des neuen Ministeriums werden von verschiedenen Gruppen der Mehrheitsparteien verschieden beurteilt.

Die Sozialisten sind am zufriedensten; ihnen sagt der Mangel an Führerschaft zu<sup>61)</sup>, ebenso die Ernennung von Ministern nicht aus der Initiative des Premierministers, sondern der Fraktionsberatung, ohne Rücksicht auf die Wünsche der Krone. Die Delbrück-Gruppe ist mit diesem Verfahren nicht einverstanden. Es geht ihr zu weit. Sie weist darauf hin, daß in England und Amerika der führende Staatsmann in der Wahl seiner Kollegen freie Hand hat. Natürlich kann er nur Männer wählen, die der Mehrheit annehmbar sind, aber die Initiative bleibt bei ihm. Seine Kollegen werden ihm nicht durch parlamentarischen Druck gegeben.

<sup>61)</sup> Vgl. auch Nr. 82, wo von der „Verantwortungsscheu“ der Sozialdemokraten gesprochen wird.

## 108.

### November 1917: Manuskript Haußmanns über die innenpolitische Entwicklung seit Juli 1917

Nachlaß Haußmann 137, Durchschlag.<sup>1)</sup> Nachträglich handschriftlich auf „November 1917“<sup>2)</sup> datiert.

Auf dem gewaltigen Hintergrund der großen und erfolgreichen Verteidigungskämpfe an der Westfront, des glänzend verlaufenden Bewegungskriegs in Oberitalien und der chaotischen Katastrophen in Rußland, die unvermeidlich wurden, weil der Heldentenor Kerenski die Konsequenz der Friedenssehnsucht des Volks und Heeres nach der März-Revolution nicht gezogen hat, haben sich die innerpolitischen Entwicklungen in Deutschland ohne Lärm, aber nachdrücklich vollzogen.

Wir können jetzt die Kanzlerkrise vom [Juli]<sup>3)</sup> und die vom August, September und Oktober als einen zusammenhängenden geschichtlichen Vorgang rückschauend überblicken. Nicht [um einen]<sup>4)</sup> Plan, wie die „Deutsche Tageszeitung“ unter speziellem Vorwurf gegen mich behauptet hat, handelt es sich, wohl aber um ein politisches Entwicklungsgesetz. Der „Ruck nach links“, der im November 1917 in der Reichsregierung hervortritt, spiegelt nur den „Druck nach links“ wieder, der sich nach drei Kriegsjahren in einem Volk von der Reife und Friedensliebe des Deutschen notwendig vollziehen muß. Er ist sogar viel stärker, als in der Berufung eines einzigen Links-Parlamentariers zum Ausdruck

<sup>1)</sup> Das vorliegende Manuskript scheint bisher unveröffentlicht zu sein.

<sup>2)</sup> Darunter im Or. gestr., ebenfalls handschriftlich, die irrtümliche Datierung: „Frühjahr 1918“.

<sup>3)</sup> Im Or.: „Juni“; eindeutiger Schreibfehler.

<sup>4)</sup> Im Or.: „ein Plan“.

kommt. Das alles haben wir schon unter Bethmann Hollweg gewußt. Man wird jetzt die Unterstützung bis zum Schluß, die ihm gerade die Volkspartei trotz aller Angriffe geliehen hat, auch dort besser würdigen, wo man die Zeichen und Bedürfnisse der Zeit nicht verstand. Bethmann Hollweg war der Ausdruck der Stabilität und Regierungseinheit. Darum mußte er im Staatsinteresse während des Weltkriegs gehalten werden, von denen, die Vertrauen in seine Person, seine Reformrichtung und seine sittliche Kraft gewonnen hatten. Die Politik von rechts, die diesen einmal vorhandenen Axpunkt aus den Angeln heben wollte, trägt die Verantwortung für die mit diesem erfolgreichen Versuch unvermeidlich verbundenen Übergangswirrnisse. Dilettantische Staatskunst war es, die Regierung nach rechts zu orientieren, während sich die politische Einsicht und Stimmung des Volkes nach links orientiert hat, worauf jedermann, schon in den Mittelparteien, die Stichproben machen konnte. Reißt man also von rechts her Bethmann Hollweg vom Sockel der Regierungsgewalt und versäumten die Ratgeber der Krone, die Konsequenz aus der politischen Lage zu ziehen, so mußte das eintreten, was wir heute als die Quartalkanzlerschaft Michaelis erlebt haben. Damals, ein innerlich liberaler Vertrauensmann der Krone, ins Reichskanzleramt berufen, das unter aktiver Mitwirkung des Kronprinzen verwaist worden war, hätte uns die ganze politische Sommerbescherung, zahllose Leitartikel und Verstimmungen, die Vaterlandspartei und ihr Fiasko erspart. Der Reichstag aber, wenn er für die Unzulänglichkeit der Lösung Michaelis blind gewesen wäre, und sie Jahr und Tag hingenommen hätte, hätte sich versündigt am Staatsinteresse.

Es ist eine liebe Gewohnheit unter Zivilisten und anderen Deutschen geworden, auf den Reichstag zu schelten. Auch mein Freund Ludwig Thoma macht diese Mode mit.<sup>5)</sup> Man sagt, „der Reichstag rede zu viel“. 44 Jahre lang vom Anteil an der Macht planmäßig ausgeschlossen, hat das Parlament allerdings dem Laster des Parlierens oft überreichlich gefrönt. Aber im Sommer und Herbst 1917 hat der Reichstag nicht geredet, aber gehandelt. Er hat ein politisches Programm territorialer Mäßigung als Bedürfnis einer siegreichen Politik und Volkseinheit erkannt und aufgestellt. Er hat die Fähigkeit entwickelt, eine Mehrheit zu bilden und in seinen Wirrnissen zusammen zu halten. Er hat der Katze die Schelle angehängt und Dr. Michaelis freundlich gebeten, nicht Reichskanzler zu bleiben. Er hat die Krone ehrerbietig und mit der Festigkeit der Überzeugung gebeten, vor ihrer neuen Entschließung ihren Vertrauensmann zu bitten, sich mit der Volksvertretung ins Benehmen zu setzen. Er hat, da dies geschah, seine Bedenken und seine Wünsche offen mitgeteilt. Er hat die Programmpunkte der nächsten Monate mit dem kommenden Kanzler loyal vereinbart und er hat die Mitarbeiter bezeichnet, durch welche die Arbeit des Grafen Hertling im Reich und in Preußen durch das Vertrauen der Volksvertretungen erleichtert sein werden.

Es gibt unpolitische und politische Menschen, denen das nicht gefällt und die teils äußerlich, teils innerlich weiter schelten werden. Aber man soll wenigstens das eine nicht mehr aus alter Gewohnheit gedankenlos nachplappern, der Reichstag rede, und handle nicht.

<sup>5)</sup> Im Or. handschriftlich unterstrichen.

Auch diejenigen auf der äußersten Linken und in ihrer Nähe, welche vom „schuldigen Reichstag“ gesprochen haben, der sich anfangs Oktober vertagt und bis Dezember ausgeschaltet habe, hätten Grund, die Grundlosigkeit dieser Beschuldigung nachzuprüfen.

Die politische Geschichte wird nicht übersehen, daß sich der Reichstag im Juli 1917 aus dem Handgelenk ein neues Organ geschaffen hat. Am 5. Juli hat auf den von Naumann beantragten Beschluß seiner Partei Payer den Auftrag erhalten und sofort ausgeführt, die Nationalliberalen, das Zentrum und die Sozialdemokratie zu einem Zusammentritt von Vertretern einzuladen. Dieser Zusammentritt erfolgte schon am 6. Juli. Der Vertreter-Ausschuß hat die auswärtige Politik beraten, über die innerpolitischen Bedürfnisse sich geeinigt, die Reichstagsresolution entworfen, mit dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung sich darüber beraten, dem Reichskanzler Michaelis am 19. Juli sekundiert, durch Mitglieder an der Festsetzung der Antwort auf die Papstnote und der zu Grunde liegenden auswärtigen Politik teilgenommen und sich weiterhin in der oben angedeuteten Weise betätigt. Das sind keine Übergriffe weder gegenüber der Regierung noch dem Parlament. Er ist im Gegenteil der erste praktische Versuch, die politische Kraft des Reichstags aktiv zu machen und wie es sein Recht ist, auch seinerseits Politik zu machen. Die Art des Arbeitens im Ausschuß erwies sich fruchtbar. Die Parteien verhandelten zum ersten Mal während eines langen Zeitraums intim miteinander. Es fehlte nicht immer an Meinungsverschiedenheiten. Die Vertreter der Nationalliberalen blieben wegen der Reichstagsresolution, an der sie sich anfänglich beteiligt hatten, nachher eine Zeit lang fern. Überraschend groß war die Zahl der Fälle, in welchen durch offene Aussprache volle Einigkeit erzielt wurde, eine Einigkeit, welche die Sozialdemokratie mit umfaßte, die einen hervorragenden Anteil an den Beratungen politisch und persönlich genommen hat.<sup>6)</sup> Einberufer und nach Spahns Erkrankung und Übertritt ins Ministerium Vorsitzender war Payer.<sup>7)</sup> Die Art seiner Leitung hat in besonderem Maße beigetragen, die Verhandlungen fruchtbar zu machen.

Der Vorsitzende des Vertreterausschusses Payer ist dem neuen Kanzler und der Krone in der Zeit, in der ihn eine leichte Krankheit fern hielt, einmütig als Vertrauensmann des Parlaments bezeichnet und als Vizekanzler empfohlen worden. Die Berufung ist erfolgt.<sup>5)</sup> Graf Hertling und der Kaiser haben die politische Gradlinigkeit der Entwicklung und die Eigenschaften erkannt<sup>8)</sup>, die

<sup>6)</sup> In seinem Glückwunschtelegramm an Payer vom 9. 11. 1917, Ausfertigung im Nachlaß Payer, gab der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Rießer seiner „freudigen Genugtuung darüber Ausdruck, daß das feste Zusammenstehen der vier Parteien zu einem so glücklichen und erfreulichen Ergebnis geführt“ habe.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 1 bes. auch Anm. 3.

<sup>8)</sup> Am 21. 11. 1917 äußerte sich Haußmann in einem Briefe an Bethmann Hollweg, Durchschlag im Nachlaß Haußmann 114, über die neue Regierung, die „parlamentarisch haltbar sein [wird], wenn nicht unerwartete Dinge geschehen. Ich persönlich war nicht für den Ministerpräsidenten, trotzdem ich wußte, daß Sie ihn früher genannt haben, was Ihnen der altpreußische Adel noch als besondere Sünde angekreidet hat. Flankiert von Payer und Friedberg gewinnt Hertling's Fassade.

Friedrich Payer als langjähriger Präsident eines Einzel-Landtags<sup>9)</sup>, als den parlamentarischen Berater von drei Kanzlern, als einen der Wortführer des Reichstags vom 19. Juli 1917 und als Vorsitzenden des parlamentarischen Mehrheitsausschusses im Staatsinteresse zu beständigen Gelegenheiten<sup>10)11)</sup>

---

Aber alles in allem haben wir auch diesmal wieder nicht die moralischen und politischen Vorteile aus dieser Neuorientierung bezogen. Das Zögernde und Zähle in den Entschließungen hindert die gute Aufmachung, für welche wir Deutschen, wie für manches andere im politischen Leben wenig Talent haben . . .“ — Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ gratulierte Payer am 9. 11. 1917 mit folgendem Telegramm, Ausfertigung im Nachlaß Payer: „Die Redaktion . . . erlaubt sich ihre Freude über die Krisenlösung auszusprechen, die Sie neben dem Reichskanzler an die Spitze des Reiches führt. Im Gefühle des geschichtlichen Augenblicks, in dem das erste parlamentarische Ministerium einzieht, sprechen wir unseren herzlichsten Glückwunsch aus, daß gerade Sie mitbestimmt sind, den Eintritt einer neuen Zeit zu verkörpern.“

- <sup>9)</sup> Württembergische Abgeordnetenversammlung, der Payer seit 1894 angehörte und deren Präsidium er 1895 übernommen hatte.
- <sup>10)</sup> Die unklare und nicht korrekte grammatische Konstruktion dieses Satzes folgt dem Wortlaut des Or.
- <sup>11)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 10. 11. 1917, 1. Morgenblatt (Privattelegramm aus Stuttgart vom 9. 11. 1917) bringt unter der Überschrift „Die Lösung der Krise“ folgende Stellungnahme Conrad Haußmanns: „Die Lösung der Krise ist von Hertling dem Kaiser im Sinne des Vorschlags der Mehrheitsparteien empfohlen worden. Der Kaiser wird, wie von allen politischen Kreisen angenommen wird, seine Entschließung konstitutionell treffen. Damit wird zum ersten Mal eine streng konstitutionelle Besetzung der Regierung erfolgen. Lösung und Verlauf ist von geschichtlicher Bedeutung. Die Wahl Payers zum Vizekanzler des Reiches, gewünscht durch die Vertreter von 300 Reichstagsabgeordneten, wird in der Welt als ehrlicher Übergang zur parlamentarischen Regierungsart und als Anerkennung der demokratischen Politik empfunden werden, die der Führer Friedrich Payer 40 Jahre lang in der deutschen Volksvertretung charaktervoll und besonnen vertreten hat. Der Vorschlag, Payer zum Vizekanzler zu ernennen, ist von dem einheitlich handelnden interfraktionellen Ausschuss erstmals am 1. November gestellt und am 7. November dringend wiederholt worden. Die Berufung des Nationalliberalen Friedberg zum Vizepräsidenten des preussischen Ministeriums eröffnet nach den Verhandlungen die Hoffnung auf Durchführung des demokratischen gleichen Wahlrechts in Preußen. Die Fortschrittliche Volkspartei hat sichere Aussicht auf Berufung eines ihrer Mitglieder in das preussische Ministerium. Eine Verpflichtung, eine Neuwahl in die Volksvertretung nicht wieder anzunehmen, hatte weder Dr. Friedberg noch Payer zu übernehmen. Der 9. November werde seine hohe politische Bedeutung nicht auf Deutschland beschränken. Daß Dr. Helfferich für anderweitige Verwendung in Aussicht genommen ist, wird von der Fortschrittlichen Volkspartei, wie sie schon während der Verhandlungen erklärt hat, mit Genugtuung aufgenommen.“



## **IV.**

### **Nach der Herbstkrise**



109.

## 12. 11. 1917: Erzberger an Stresemann

Nachlaß Stresemann 177 (6886), Maschinenschrift.<sup>1)</sup>

Sehr geehrter Herr Kollege,

Das russische Manifest<sup>2)</sup> ist Ihnen wohl nunmehr bekannt, nachdem es durch Maßnahmen der Zensurstelle 2 Tage lang in Deutschland nicht veröffentlicht werden durfte. Welche Wirkung diese Maßnahme im In- und Ausland hervorrufen wird, bleibt abzuwarten.

Von einigen Kollegen ist gewünscht worden, daß wir uns am kommenden Mittwoch<sup>3)</sup> abends um 5 Uhr im Reichstag zu einer Aussprache treffen wollen.<sup>4)</sup> Hätten Sie die große Güte, die Ihrer Fraktion angehörenden Herren zu dieser Besprechung einzuladen.<sup>5)</sup>

Mit verbindlichem Gruß  
M. Erzberger  
Mitglied des Reichstags

<sup>1)</sup> Eine Abschrift dieses Briefes im Nachlaß Stresemann 178 (6887) ist nachträglich mit der falschen handschriftlichen Datumsangabe „28. 11. 1917?“ versehen worden.

<sup>2)</sup> Vom 9. 11. 1917. Vgl. Schulthess 1917/II S. 759 ff.

<sup>3)</sup> 14. 11. 1917.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 111.

<sup>5)</sup> Stresemann ließ am 13. 11. 1917 Stöve, Keinath, Richthofen, Rießler einladen; Junk, Leipzig, wurde telegraphisch verständigt. Vgl. Nachlaß Stresemann 177 (6886). Dort auch die Antwort Rießlers vom 13. 11., in der er zu der bevorstehenden „interfraktionelle[n] Aussprache über das russische Manifest (d. h. doch wohl das russische Angebot eines sofortigen Waffenstillstandes und Friedens)“ Stellung nimmt: „Ich bin mir nicht klar darüber, ob nicht gerade die auswärtigen Fragen und insbesondere die mit dem Frieden zusammenhängenden Fragen zu denjenigen gehören, die wir ausdrücklich von den gemeinsamen Besprechungen ausgeschlossen haben, glaube mich aber zu erinnern, daß dies geschehen ist. Für diesen Fall hätte ich, in Gemäßheit meines anderen heutigen Schreibens, Bedenken gegen die Teilnahme gerade an der morgigen Sitzung, zumal ich, wenn anwesend und Herr Geheimrat Trimborn oder kein anderer Älterer zugegen sein sollte, selbst bei dieser Frage, in der wir einen ganz anderen Standpunkt einnehmen, den Vorsitz zu führen haben würde. Eine kurze Vorbesprechung darüber, etwa vormittags um 12 Uhr, an einem von Ihnen zu bestimmenden Orte mit den übrigen nationalliberalen Delegierten zu den interfraktionellen Verhandlungen wäre vielleicht wünschenswert.“ — Für die von Rießler aufgeworfene Frage vgl. Nachlaß Stresemann a.a.O.: Der natl. Abg. Bartling hatte nämlich am 10. 11. 1917 aus Wiesbaden an Stresemann telegraphiert: „Höre daß Kollege Rießler Vorsitz bei interfraktionellen Besprechungen führt. Halte das für unzulässig, da es über den Rahmen hinausgeht innerhalb dessen Fraktion Teilnahme an Besprechungen beschlossen hat. Eine so weitgehende Beteiligung gibt denen recht die schon eine Teilnahme für unerwünscht halten. Bitte Rießler zu veranlassen vom Vorsitz zurückzutreten.“ Am 12. 11. 1917 übersandte Stresemann Abschrift dieses Telegramms an Rießler und fügte hinzu, die Frage der nationalliberalen Beteiligung an den interfrakt. Besprechungen solle zu Beginn der nächsten Reichstagstagung erneut zur Sprache gebracht werden; unter den obwaltenden Umständen sei er dagegen, daß ein Nationalliberaler den Vorsitz führe. Daraufhin erklärte Rießler Stresemann gegenüber in seinem oben erwähnten „anderen heutigen Schreiben“: Den Vorsitz bei den interfrakt. Besprechungen führe „als stellvertretender Vorsitzender der Zentrumsfraktion, wie Sie wissen, Herr Geheimrat Trimborn, und mir fiel der Vorsitz in dessen Abwesenheit zu, nicht, weil ich Nationalliberaler bin, sondern weil ich den wenig beneidenswerten Vorzug hatte, der dem Lebensalter nach Älteste der Anwesenden zu sein. Aus dieser Tatsache, die ich nun einmal nicht ändern kann, politische Konsequenzen zu ziehen . . ., scheint mir denn doch nicht angängig.“

## 110.

## 13. 11. 1917: Haußmann (Stuttgart) an Prof. Anschütz (Heidelberg)

Nachlaß Haußmann 30, Durchschlag, mit eigenhändiger Nachschrift.

Sehr geehrter Herr Professor!

Eine bisherige „Doktorfrage“ erhält höchstes praktisches Interesse.

Kann der Stellvertreter des Reichskanzlers in den Reichstag gewählt werden, oder verbietet dies R[eichs-]V[erfassung] Art. 9 letzter Satz?

Payer ist auf das neugeschaffene Amt eines Stellvertreters des Reichskanzlers berufen. Sein Mandat erlischt. Er steht vor der Frage, ob er sich Neuwahlen unterziehen kann. Sie wissen, daß der Verfassungsausschuß mit [15]<sup>1)</sup> gegen 12 Stimmen beschlossen hat, beim Reichstag die Aufhebung des Artikels 9 [2.]<sup>2)</sup> S[at]z zu beantragen.<sup>3)</sup> Der Reichstag hat noch nicht Beschluß gefaßt. Hertling hatte sich in Bayern gegen die Aufhebung ausgesprochen und die bayrischen Abgeordneten des Zentrums für Ablehnung stark gemacht. Fünf Zentrumsabgeordnete haben in der Kommission gegen die Aufhebung gestimmt, einer für dieselbe. Die Fraktion hat noch nicht Stellung genommen.

Im interfraktionellen Ausschuß habe ich letzte Woche beantragt, daß in den Programmpunkten, die Hertling annehmen sollte, auch die Zustimmung zu der Aufhebung des Artikels 9 enthalten sein soll. Das Zentrum opponierte lebhaft, da Hertling nicht eine Sinnesänderung zugemutet werden könne, noch ehe feststehe, ob der Reichstag dem Beschluß beitrete. Ich fand auch bei den Sozialdemokraten keine Unterstützung. Alle Anwesenden vertraten die Meinung, daß durch die gemeinsam empfohlene Berufung des Parlamentariers Payer zum Vizekanzler die Frage praktisch gelöst werde, denn die Staatssekretäre seien nicht Mitglieder des Bundesrats und wenn sie nicht preußische Minister werden, nicht Stimmführer.<sup>4)</sup>

Mit Mitgliedern des Zentrums habe ich besprochen, daß Payer sich wieder aufstellen lassen solle und habe auch Payer diese Lösung dringend empfohlen.

Jetzt kommt bereits aus Berlin die Rechtsansicht, daß Payers Stellung davon wesentlich bedingt sei, daß er den stellvertretenden Vorsitz im Bundesrat führe und dies könne er als Reichstagsabgeordneter nicht. Die Rechtsfrage spitzt sich dahin zu, ob „Mitgliedschaft“ Sitz und Stimme umfasse, oder ob schon die Beteiligung an Sitzungen durch einen Stellvertreter des Vorsitzenden eine Mitgliedschaft begründet, auch wenn im Unterschied zum Reichskanzler, welcher preußischer Ministerpräsident ist und der preußische Stimmen instruieren und führen kann, bei dem Stellvertreter dies nicht vorliegt.

<sup>1)</sup> Im Or. irrtümlich: „19“.

<sup>2)</sup> Im Or.: „1.“

<sup>3)</sup> Am 27. 9. 1917. Vgl. Schulthess 1917/I S. 820 f. Ausführlicher „Frankfurter Zeitung“, 28. 9. 1917, Abendblatt (Privattelegramm aus Berlin vom 27. 9.).

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 76a—d.

Die Staatsrechtslehrbücher geben als Grund der Bestimmung der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaften beider Körperschaften den inneren Konflikt an, der in der Person des Stimmführers entstehe, wenn er über denselben Gegenstand im Bundesrat nach Instruktion, im Reichstag nach Überzeugung zu stimmen habe.

Dieser Fall liegt aber nicht vor, wenn der stellvertretende Vorsitzende nicht Stimmführer ist.

Die Entscheidung der Frage hat große praktische Bedeutung: vertritt die Reichsregierung die Anschauung der Inkompatibilität auch bei den Staatssekretären ohne Ressort, der stellvertretender Vizekanzler ist<sup>5)</sup>, so werde ich, wenn nicht das Zentrum geschlossen abspringt, auf eine Entscheidung durch den Reichstag drängen, welche eine Mehrheit auf die Aufhebung ergibt. Dies aber trägt in die vorher nicht einfache Lage einen Gegensatz zwischen Hertling und einer wahrscheinlich nicht starken Reichstagsmehrheit herein.

Ich möchte gar sehr wünschen, daß Sie mir Ihre rechtliche Auffassung kurz mitteilen würden<sup>6)</sup> und wenn irgend möglich in Zeitkürze darüber Ihre Ansicht in der staatsrechtlichen Publizistik vertreten könnten.

Darf ich Sie freundlich bitten, von dem Inhalt dieses Schreibens Herrn Professor Max Weber Mitteilung zu geben.

Ihr sehr ergebener

Die Rechtsfrage ist seit gestern wieder Doktorfrage geworden: Payer, von Berlin gebeten und gedrängt, ist von Preußen in den Bundesrat bevollmächtigt worden<sup>7)</sup>, damit tritt die Guillotine des Art. 9 ein. Trotzdem lasse ich diesen nicht mehr „hochaktuellen“ Brief abgehen.

Mit freundl. Gruß

<sup>5)</sup> So im Or. Grammatische Fehlkonstruktion.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 120.

<sup>7)</sup> Payer wurde erst am 20. 11. 1917 offiziell zum Bundesratsbevollmächtigten ernannt. Nach Schulthess 1917/I S. 975 verbreitete WTB. am gleichen Tage folgende amtliche Feststellung: „In letzter Zeit hat die Presse aller Parteirichtungen lebhaft die Frage erörtert, ob der neue Vizekanzler, Exz. v. Payer, sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederlegen werde oder nicht; im Anschluß daran hat sie vielfach Art. 9 Satz 2 der Reichsverfassung kritisiert: ‚Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein.‘ Demgegenüber ist festzustellen, daß Exz. v. Payer Sitz und Stimme im Reichstag bereits dadurch verloren hat, daß er ein besoldetes Reichsamt angenommen hat; sein Reichstagsmandat könnte er nur durch eine neue Wahl wiedererlangen (Art. 21 Abs. 2 der Reichsverfassung), nur in diesem Falle käme die Bestimmung des Art. 9 Satz 2 der Reichsverfassung in Betracht. Somit hat sie zurzeit für die staatsrechtliche Beurteilung des Falles gar keine Bedeutung.“

## 111.

## 14. 11. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Richthofen 6, eigenhändig. Überschrift: „Interfraktionelle Sitzung: 14. 11.“

Ludendorff hat russische Note<sup>1)</sup> 48 Stunden festgehalten.<sup>2)</sup>

Hertling für Selbstbestimmungsrecht der östlichen Länder, die selbständig werden müssen.

Scheidemann direkte Verbindung mit den Leninisten.<sup>3)</sup>

Die Ernährungsverhältnisse so schlecht; im April spätestens sind wir am Ende. Die italienischen Kriegsziele<sup>4)</sup> haben nichts geändert an den öster[reichisch]-ungarischen Kriegszielen (Mitteilung des öster[reichischen] Kaisers).

Tirpitz in München hat für Vat[erlands]-Partei als Hauptstütze gegen die Demokratisierung [gesprochen].<sup>5)</sup>

Valentini: hat erklärt, daß die ganze Demokratisierung nur ein „Mummen-schanz“ während des Krieges sei.<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Gemeint ist das an alle kriegführenden Völker gerichtete Manifest der durch den bolschewistischen Staatsstreich geschaffenen „Regierung der Arbeiter und Bauern“. Vgl. Nr. 109 Anm. 2.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 109.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 119 bes. Anm. 2.

<sup>4)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 522 (Rede des italienischen Außenministers Sonnino in der Kammer am 25. 10. 1917).

<sup>5)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 16. 11. 1917, 2. Morgenblatt: Bei seinem Auftreten in München habe Tirpitz gar kein Hehl daraus gemacht, „gerade auf die innere Politik komme es am meisten an, es gelte für die Vaterlandspartei der demokratischen Entwicklung entgegen zu wirken.“

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 114 Anm. 1.

## 112.

## 14. 11. 1917: Aufzeichnung Richthofens über die Sitzung der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses

Nachlaß Stresemann 178 (6887), Maschinenschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „14. 11. [19]17“. — Eigenhändiger Entwurf dazu im Nachlaß Richthofen 6, nachträglich mit der Überschrift „Abg[eordneten]-Haus / Fraktion“ und dem falschen Datum „15. 9. [19]17“ versehen.

Hirsch erklärt seinen grundsätzlichen Gegensatz gegen Friedberg, er werde ihn loyal aber scharf und energisch bekämpfen. Friedberg habe seine Ansicht geändert, das würde für die Partei die schwersten Folgen haben.

<sup>1)</sup> Rechts oben auf der 1. Seite der Aufzeichnung handschriftlich, jedoch offenbar nicht von der Hand Stresemanns: „v. Richthofen“. — Stresemann ließ von der vorliegenden Aufzeichnung eine Abschrift anfertigen, die er mit Begleitbrief vom 15. 11. 1917, Durchschlag im Nachlaß Stresemann 178 (6887), an Friedberg zur vertraulichen Kenntnisnahme übersandte. „Ich hoffe“, heißt es in diesem Brief, „daß Sie sich über die Ihnen gewidmeten Unfreundlichkeiten ebensowenig aufregen werden als ich es meinerseits tue. Das Entscheidende scheint mir doch jedenfalls darin zu liegen, daß die Richtung Röchling-Hirsch ziemlich isoliert ist. Die Ausführungen von Dr. Lohmann klingen doch ganz anders als kürzlich. Auch die Ausführungen von Dr. Haeuser scheinen mir von großer Bedeutung.“

**Röchling** desgl.

**Hirsch** verwahrt sich gegen die Kölner Versammlung<sup>2)</sup>, solche Beschlüsse seien wertlos. Er stände auf dem Standpunkt der Partei, die Reichstagsfraktion dagegen handle gegen die offiziellen Parteiorganisationen. Gegen die interfraktionellen Besprechungen. Die Fraktion werde immer mehr nach links gezogen werden. Auch in der auswärtigen Politik werde das seinen Einfluß üben.

**Bartling** gibt über die Sitzung des Fraktionsvorstandes der Reichstagsfraktion<sup>3)</sup> Auskunft. In sehr loyaler Weise.

**Liepmann** für das gleiche Wahlrecht.

**Richthofen**: Aufklärungen über die Haltung der Reichstagsfraktion etc. etc. etc.

**Lohmann**: Eintritt Friedbergs ins Staatsministerium kein Fehler.<sup>4)</sup> Infolgedessen auch keine politische Sünde. Auch Hertling hat ein patriotisches Opfer gebracht. Er habe F. persönlich dringend abgeraten. Gegen v. Krause<sup>5)</sup> keine Bedenken. Die Fraktion sei leider stark gespalten, vor allem aus sozialpolitischen Gründen. Nur F. könne die Spaltung hindern. Das große Bedenken sei das Wahlrecht. F. habe sich schon vorher mit dem gleichen Wahlrecht abgefunden. Daher kein Opfer des Intellekts. Er glaube aber, daß F. nicht die Fraktion mit sich werde führen können. Er würde als Parteiführer mehr für das Wahlrecht habe tun können. Allerdings im Falle einer Auflösung<sup>6)</sup> werde die Lage sehr schwierig, denn gegen F. werden sich große Teile der Partei nicht führen lassen. Die Gefahr der Spaltung ist jetzt größer geworden. Wir müssen versuchen, den Weg zur Einigung zu finden, es wird schwer sein.

**Fuhrmann**: Eine Ablehnung des Wahlrechts [müßte]<sup>7)</sup> für F. die Auflösung des Abg.[-]Hauses bedeuten und damit die Spaltung der Partei. Aber auch, wenn eine Mehrheit sich für das Wahlrecht findet, halte er das Auseinanderfallen für *unvermeidlich*<sup>8)</sup>. Daher F's Eintritt in die Reg[ierung] ein Verderben für die Partei. Das gleiche Wahlrecht ist der Untergang Preußens. Die Sozialdemokratie ist unersättlich. Die Reichstagsfraktion hat unerhört gehandelt, insbesondere auch der Vorstand, als sie in den Programmpunkt betr. das Wahlrecht einwilligte.<sup>9)</sup> Die Reichstagsfraktion werde durch ihre Politik der Drohungen nichts erreichen.

<sup>2)</sup> Gemeint ist die nationalliberale Versammlung, die auf Veranlassung des Provinzialvorstandes der Nationalliberalen Partei der Rheinprovinz für den 25. 11. 1917 nach Köln einberufen worden war. Für die Ausführungen Stresemanns und die im Anschluß daran angenommene Entschliebung vgl. „Kölnische Zeitung“, 26. 11. 1917, Morgenausgabe. Ferner „Frankfurter Zeitung“, 26. 11. 1917, Abendblatt (hier ist irrtümlich von einem „national-liberalen Parteitag der Rheinprovinz“ die Rede); „Deutsche Stimmen“, 25. 12. 1917, S. 767 f. (mit Wortlaut der Entschliebung; die Datierung der Versammlung auf den 2. 12. 1917 ist falsch). Für die Vorgeschichte der Entschliebung vgl. Nachlaß Stresemann 177 (6886).

<sup>3)</sup> Am 30. 10. 1917. Vgl. Nr. 106.

<sup>4)</sup> Vgl. Anm. 1.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 75a—d.

<sup>6)</sup> D. h.: einer Auflösung des Abgeordnetenhauses.

<sup>7)</sup> In der maschinenschriftlichen Fassung und im eigenhändigen Entwurf: „mußte“.

<sup>8)</sup> In der maschinenschriftlichen Fassung „unverwindlich“; berichtigt nach dem eigenhändigen Entwurf.

<sup>9)</sup> Vgl. Nr. 55a—e sowie Nr. 106 (für den Beschluß des Fraktionsvorstandes vom 30. 10. 1917).

**Cremer:** Das Vorgehen der Reichstagsfraktion in der Wahlrechtsvorlage sei unerhört. Die Reichstagsfraktion sei eigentlich nicht mehr nationalliberal. Die Rücksichtslosigkeit der R[eichs-]T[ags-]Fraktion auch in Behandlung der Angelegenheit Friedberg sei beispiellos. Unglaublich sei die Forderung des § 153.<sup>10)</sup> Die nationalliberale Fraktion arbeitet direkt für die Sozialdemokratie. Die Reichstagsfraktion treffe die Schuld, durch Aufstellung des Abg. F. als Ministerkandidaten die Partei in die schwerste Lage gebracht zu haben und vielleicht den Ruin der Partei herbeigeführt zu haben.

**Dr. Haeuser:** Er fürchte keine Streiks. Gleichwohl sei er der Meinung, daß der Versuch zur Erhaltung des Burgfriedens gemacht werden müsse. Das Kabinett Hertling sei relativ die beste Lösung. Man darf der neuen Regierung keine Schwierigkeiten machen.<sup>4)</sup> An die Wahlrechtsfrage müsse man mit aller Autorität herantreten. Wir müßten die Schmälerung der Autorität F's möglichst vermeiden. Wenn wir das Ziel der Ruhe im Reiche erreichen, dann müsse man auch die Wahlrechtsfrage vielleicht anders beurteilen. Unter allen Umständen die Hände freibehalten. Das gleiche Wahlrecht wird kommen. Besser wäre ein Übergang. Aber bei der engen Verknüpfung zwischen Reich und Preußen müssen in beiden Staaten ähnliche Verhältnisse hergestellt werden. Es wird der Augenblick kommen, wo wir nicht mehr mitmachen. Dieser Punkt ist das Wahlrecht, wir werden das gleiche Wahlrecht nicht mitmachen. Gegen Stresemann und seine eigentümliche Kampfweise. In den letzten Artikeln habe er alles versucht, um die Haltung mundgerecht zu machen.<sup>11)</sup> Vom preußischen Wahlrecht habe er nicht gesprochen.

**Andres:** Für F's Eintritt ins St[aats-]M[inisterium.] Entscheidung in Wahlrecht schwer. Aber doch bereit, für das gleiche Wahlrecht zu stimmen; das Entgelt muß aber der Burgfriede sein. Regierung sollte in der Beziehung bestimmte Erklärungen abgeben.

**Lucas:** für F. — Die Streiks hier<sup>12)</sup> sehr ernst. Für das gleiche Wahlrecht.

**Künzer:** sehr bedauerlich, daß nicht die ganze Fraktion von F. vor der Entscheidung gehört worden sei. In der Provinz Posen<sup>13)</sup> kein Vertrauen zur Reichstagsfraktion und Stresemann. Das gleiche Wahlrecht für den Osten unannehmbar. Eine feste Polenpolitik damit unmöglich. Noch schlimmer, wenn das gleiche Wahlrecht in den Gemeinden eingeführt wird. Die N[ational-]L[iberalen] der Provinz Posen einmütig gegen das gleiche Wahlrecht. Auflösung des Landtags ausgeschlossen. Nach dem Kriege muß man aber die Sache abwarten.

**Bacmeister:** gegen die Reichstagsfraktion. Das Zusammengehen mit den drei anderen Fraktionen, die nicht als national anzusprechen sind, sei unerhört.

**Boisly und Fritsch:** Man müsse hinter F. stehen. Vaterland über der Partei.

**Gottschalk:** desgl.

<sup>10)</sup> § 153 der Gewerbeordnung. Vgl. Nr. 55a—c sowie — für das Urteil Stresemanns über diese Frage — Nr. 106.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 106 Anm. 2.

<sup>12)</sup> Es ist nicht eindeutig zu klären, worauf sich das „hier“ bezieht. Lucas, in Berlin ansässig, vertrat seit April 1909 den Wahlbezirk Düsseldorf (Mettmann).

<sup>13)</sup> Künzer war seit 1892 zweiter Bürgermeister der Stadt Posen und vertrat seit 1913 den Wahlbezirk Posen im Abgeordnetenhaus.

## 113.

**15. 11. 1917: Erklärung Stresemanns für den Kronprinzen über seine Haltung zu einer etwaigen Wiederberufung Bethmann Hollwegs**

Nachlaß Stresemann 178 (6887), maschinenschriftliche Abschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Für die Akten. Erklärung zu Händen des Herrn Freiherrn von Maltzahn“.<sup>2)</sup>

Von mir oder irgendeiner mir bekannten Seite der nationalliberalen Partei ist an keiner Stelle, vor allem nicht gegenüber Herrn von Valentini die Ansicht ausgesprochen worden, daß der Rücktritt des Herrn von Bethmann bedauert oder daß seine Rückkehr in das Amt des Reichskanzlers der Partei erwünscht oder auch nur erträglich erscheinen würde.<sup>3)</sup> Ich bin überzeugt, daß eine etwaige Berufung des Herrn von Bethmann dieselbe Stellungnahme der nationalliberalen Reichstagsfraktion hervorrufen würde, der seinerzeit Prinz Schönauich gegenüber Herrn von Valentini im Juli ds. [Jahres] Ausdruck gab, als er ihm mitteilte, daß die nationalliberale Fraktion des Reichstages sich mit allen gegen drei Stimmen dahin ausgesprochen hätte, der Rücktritt des Reichskanzlers von Bethmann liege im vaterländischen Interesse.<sup>4)</sup>

Auch bei den interfraktionellen Verhandlungen anläßlich des Rücktritts des Reichskanzlers Dr. Michaelis ist eine Berufung des Herrn von Bethmann Hollweg von keiner Seite angeregt worden.<sup>5)</sup>

Berlin, 15. November 1917.

<sup>1)</sup> Eigenhändiger Entwurf mit stenographischen Einschüben im Nachlaß Stresemann a.a.O.; der letzte Absatz der Erklärung fehlt, im übrigen nur geringfügige, sachlich unbedeutende Abweichungen. Eine maschinenschriftl. Abschrift der Erklärung im Nachlaß Bauer 16. — Für den Zusammenhang vgl. Herre S. 121 ff. bes. S. 123. Für die Vermittlerrolle Maltzahns vgl. auch Nr. 114, Nr. 117 und Nr. 118. Ferner Westarp II S. 483: Er habe am 15. 11. 1917 eine Erklärung (abgedruckt a.a.O. S. 491) unterschrieben, „daß mir Verhandlungen über den Gedanken, v. Bethmann zurückzuholen, nicht bekanntgeworden seien. Ähnliche Erklärungen von Stresemann und Erzberger finde ich in meinen Akten. Ich nehme an, ohne mich dessen genau zu entsinnen, daß v. Maltzahn sie als Waffe gegen v. Valentini benutzt hat, der den Vorschlag, auf v. Bethmann zurückzugreifen, gemacht und mit Wünschen der Parteien begründet haben sollte.“

<sup>2)</sup> Stresemann schrieb dem Freiherrn von Maltzahn am 15. 11. 1917, unter Bezugnahme auf die Unterredung, die er mit ihm an diesem Tage gehabt hatte, noch einen längeren Brief, Durchschlag im Nachlaß Stresemann a.a.O., in dem er u. a. sein Verhältnis zum Fürsten Bülow zur Sprache bringt und sich gegen das Gerücht wendet, er, Stresemann, strebe nach einem Ministerposten. Eine maschinenschriftliche Abschrift auch im Nachlaß Bauer 16.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 114 bes. auch Anm. 1.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 11 bes. auch Anm. 41—43.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 115.

## 114.

## 16. 11. 1917: Unterredung Erzbergers mit dem Frhrn. von Maltzahn

Nachlaß Erzberger 18, Maschinenschrift. Überschrift: „16. 11. 17. Besprechung vom Baron von Maltzahn vormittags 10 Uhr“.

Baron von Maltzahn besuchte mich am 16. November vormittags 10 Uhr auf meinem Büro im Auftrag des Kronprinzen. Er berichtete mir, daß Kabinettschef Exzellenz von Valentini dem Kaiser<sup>1)</sup> gesagt habe, die Parteivertreter hätten stürmisch die Rückkehr des Herrn von Bethmann Hollweg in sein Amt als Reichskanzler verlangt. Sie hätten die Entlassung desselben als einen großen politischen Fehler bezeichnet.<sup>2)</sup> Der Kaiser habe dies dem Kronprinzen gesagt, da der Kronprinz hervorragend an der Entlassung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg beteiligt gewesen sei. So [lege]<sup>3)</sup> der Kronprinz Wert darauf, über diese Frage vollen Aufschluß (siehe Anlage)<sup>4)</sup> zu erhalten, und zwar von den Abgeordneten, mit denen er im Juli<sup>5)</sup> gesprochen habe (Die Abgeordneten Dr. Stresemann<sup>6)</sup>, Erzberger und Westarp<sup>7)</sup>).

Ich betonte, daß ich gern bereit sei, eine Erklärung abzugeben.<sup>4)</sup>

Baron von Maltzahn teilte mir dann noch mit, daß die konservative Partei beschlossen habe, Graf Hertling im Kanzleramt aufrichtig und rückhaltlos zu unterstützen, und keine Schwierigkeiten zu bereiten.<sup>8)</sup> Sollte aus persönlichen

<sup>1)</sup> Herre S. 123 betont: „Das Schwergewicht der Beschuldigungen lag auf der Feststellung falscher Orientierungen des Kaisers durch den Kabinettschef.“ Dazu auch Valentini S. 184 ff. — Ferner folgende maschinenschriftliche Aufzeichnung Erzbergers vom 10. 11. 1917 im Nachlaß Erzberger 32: „Von zuverlässiger Seite erfahre ich, daß Kabinettschef Valentini eine längere Unterredung mit seinem Jugendfreund, Oberpräsident von Loebell, hatte. In dieser Unterredung erklärte er, er verstehe gar nicht die Aufregung, die in den weitesten politischen Kreisen Deutschlands herrsche. Auch die Haltung der Konservativen sei ihm unverständlich. Die Hauptsache sei jetzt, daß man den Kaiser in guter Stimmung erhalte. Die ganze sogenannte Parlamentarisierung sei doch nur ein Mummenschanz, der einige Monate dauern werde [vgl. Nr. 111]. Nach dem Kriege werde alles wieder umgeändert werden und der Kaiser allein regieren, wie er es für richtig hält. Es würde ganz verkehrt sein, wenn man dem Kaiser vollen Aufschluß über die gesamten politischen Verhältnisse geben würde.“

Oberpräsident von Loebell widersprach dieser Auffassung auf das entschiedenste und erklärte, es sei absolut erforderlich, den Kaiser über die gesamte Situation aufzuklären.

Kabinettschef Valentini meinte, daß der Kaiser sich jetzt nur mit dem bevorstehenden Besuch des Sultans beschäftige. Dieser sei seine Hauptsorge und kümmere ihn mehr als alle Schlachten in Italien. Über innere Politik dürfe man überhaupt nicht mit ihm sprechen.“ Die Aufzeichnung ist verarbeitet bei Erzberger S. 299.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 59c.d bes. auch Anm. 15. Ferner Nr. 113 und Nr. 115 — Nr. 117.

<sup>3)</sup> Im Or.: „lange“.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 115.

<sup>5)</sup> Am 12. 7. 1917. Außer den drei Genannten hatte der Kronprinz an diesem Tage noch Payer, David und Mertin empfangen.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 113.

<sup>7)</sup> Vgl. Nr. 113 Anm. 1.

<sup>8)</sup> Vgl. Westarp II S. 484 f., 495 ff., 601 ff.

Gründen (aus Gesundheitsrücksichten) sich ein Rücktritt als notwendig erweisen, so sei der Kronprinz vor wie nach für eine Kandidatur Bülow. Ich stimmte ihm vollkommen bei.

Baron von Maltzahn teilte noch mit, daß an Stelle von Kabinettschef von Valentini Oberpräsident von Berg berufen wird.<sup>9)</sup>

<sup>9)</sup> Die Entlassung Valentinis und seine Ersetzung durch v. Berg erfolgte erst am 16. 1. 1918; vgl. Valentini S. 184 ff., 223 ff.

## 115.

### 16. 11. 1917: Erklärung Erzbergers für den Kronprinzen über seine Haltung zu einer etwaigen Wiederberufung Bethmann Hollwegs

Nachlaß Erzberger 18, maschinenschriftliche Abschrift.<sup>1)</sup> Überschrift: „Erklärung:“.

1.) Bei den vielen interfraktionellen Besprechungen im Reichstag, welche vom 17. Oktober<sup>2)</sup> bis 1. November (Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler) stattgefunden haben, ist der Name des Herrn von Bethmann Hollweg als künftiger Reichskanzler überhaupt nicht genannt worden<sup>3)</sup>, obwohl eine Reihe von „Kandidaten“ für den Reichskanzlerposten erörtert wurde.

2.) Am 23. Oktober abends 7 Uhr fand eine interfraktionelle Besprechung statt<sup>4)</sup>, in welcher die Abgeordneten Trimborn<sup>5)</sup>, Südekum und Fischbeck über ihre Unterredung[en] mit dem Chef des Zivilkabinetts, Exzellenz von Valentini, berichteten. Abgeordneter Dr. Stresemann war durch leichte Erkrankung an der Berichterstattung verhindert. Nach diesen Berichten hat keiner der genannten Abgeordneten gegenüber Herrn von Valentini der Ansicht oder dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß Herr von Bethmann Hollweg als neuer Reichskanzler in Betracht kommen könne. Wohl aber hat Herr von Valentini gegenüber dem Abgeordneten Fischbeck erklärt: „Herr von Bethmann Hollweg sei doch eine große politische Persönlichkeit gewesen, an der man viel verloren habe.“ Abgeordneter Fischbeck ging auf diese Bemerkung nicht ein, sondern betonte nur, daß Michaelis nicht länger im Amt zu halten sei.<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Durchschlag im Nachlaß Erzberger 22; eine weitere Abschrift im Nachlaß Bauer 16.

<sup>2)</sup> Am 17. 10. 1917 fand keine interfraktionelle Besprechung statt. Erzberger hatte an diesem Tage eine Unterredung mit Trimborn, der ihm über seine Besprechung mit Michaelis am 12. 10. berichtete; vgl. Nr. 53. Der Interfraktionelle Ausschuß wurde erst zum 22. 10. einberufen, was aber nicht ausschließt, daß Erzberger die Zwischenzeit zu Vorbesprechungen mit einzelnen Vertretern der übrigen Mehrheitsparteien ausgenutzt haben könnte.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 113.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 59a—d.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 116.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 59c. d bes. auch Anm. 15.

3.) Die am 13. Juli 1917 namens der Zentrumsfraktion<sup>7)</sup> von mir schriftlich abgegebene Erklärung<sup>8)</sup> über die Stellungnahme zur Reichskanzlerschaft Bethmann Hollweg halte ich auch heute vollkommen aufrecht. Es ist keinerlei Änderung in der Haltung der Zentrumsfraktion eingetreten.

4.) Eine Rückkehr des Herrn von Bethmann Hollweg ins Reichskanzleramt muß ich daher für ebenso unerwünscht als unerträglich für die politische Gesamtsituation bezeichnen.

Berlin, den 16. November 1917.

gez. M. Erzberger.

<sup>7)</sup> Für die Fraktionssitzung des Zentrums vom 12. 7. 1917, nachmittags, vgl. Nr. 11 bes. Anm. 33 und 34.

<sup>8)</sup> Vgl. Erzberger S. 262 f.; dort auch der Wortlaut des Beschlusses der Zentrumsfraktion vom 12. 7. 1917, den Erzberger am folgenden Tage, mit seiner Unterschrift versehen, dem Freiherrn v. Maltzahn für den Kronprinzen aushändigte, der diesen Beschluß, gemeinsam mit ähnlichen Erklärungen, die Stresemann für die Nationalliberalen und Graf Westarp für die Konservativen abgegeben hatten, beim Kaiser gegen Bethmann Hollweg verwandte.

## 116.

### 16. 11. 1917: Telegrammwechsel zwischen Erzberger und Trimborn (Köln/Unkel)

Nachlaß Erzberger 22, maschinenschriftliche Abschrift. Überschrift: „Abschrift. 16. Nov. 1917“<sup>1)</sup>.

Erbitte Drahtantwort ob richtig daß Sie bei Besprechung in Potsdam 23. Oktober<sup>2)</sup> gewünscht hätten, daß Bethmann Hollweg wieder berufen werden soll. Solche Behauptung wird [in] hiesigen politischen Kreisen verbreitet.

Abgeordneter Erzberger

Antwort aus Köln:

Abgeordneter Erzberger, Berlin / Abgeordneter Trimborn hat zu der Minorität des Zentrums gehört, die gegen die alsbaldige Verabschiedung von Bethmann Hollweg gewesen ist. Dieses hat Trimborn von Valentini erklärt, dagegen hat er nicht davon gesprochen daß Bethmann Hollweg nunmehr zurück[zu]berufen sei.

Antwort aus Unkel a/Rhein[:]

Habe erklärt, daß ich gegen Abberufung Bethmanns gewesen, nicht aber, daß nunmehr für Rückberufung.

Trimborn.

<sup>1)</sup> Datierung im Or. durch Stempel. — Nach Nr. 117 wäre das Telegramm Erzbergers an Trimborn bereits auf den 15. 11. 1917 zu datieren.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 58 und Nr. 59a—d.

## 117.

## 16. 11. 1917: Erzberger an Frhrn. von Maltzahn

Nachlaß Erzberger 22, Durchschlag.<sup>1)</sup>

Sehr verehrter Herr Baron!

Nachdem ich gestern von der Weitergabe der Besprechung der Parteivertreter mit Exzellenz von Valentini Kenntnis erhalten hatte<sup>2)</sup>, depeschierte ich an Geheimrat Trimborn, der unsererseits an der Besprechung teilnahm.<sup>3)</sup> Ich erhalte heute folgende telegraphische Antwort: „Abgeordneter Trimborn hat zu der Minorität des Zentrums gehört, die (im Juli) gegen die alsbaldige Verabschiedung von Bethmann Hollweg gewesen ist. Dieses hat Trimborn Herrn von Valentini erklärt; dagegen hat er (Trimborn) nicht davon gesprochen, daß Bethmann Hollweg nunmehr zurück[zu]berufen sei.“<sup>4)</sup>

Durch diese Depesche ist der einwandfreie Beweis in meinen Händen, daß an keiner Stelle gesagt werden darf, daß Vertreter des Zentrums sich für die Rückberufung des früheren Reichskanzlers ausgesprochen hätten.

Ich beeile mich, dies zur Kenntnis Euer Hochwohlgeboren zu bringen.

In ausgezeichnete Hochachtung bin ich Euer Hochwohlgeborener

Mitglied des Reichstages.

<sup>1)</sup> Maschinenschriftliche Abschrift im Nachlaß Bauer 16.

<sup>2)</sup> Also bereits am Vortage seiner Besprechung mit Maltzahn. Vgl. Nr. 116 bes. auch Anm. 1.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 58 und Nr. 59a—d.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 116.

## 118.

## 17. 11. 1917: Frhr. von Maltzahn an Oberstleutnant Bauer

Nachlaß Bauer 16, eigenhändig.<sup>1)</sup> Mit dem Vermerk: „Vertraulich!“

Sehr verehrter Herr Oberstleutnant!

Anliegend die Erklärungen der Parteiführer des Zentrums<sup>2)</sup>, der Nationalliberalen<sup>3)</sup> und Konservativen.<sup>4)</sup> Es geht daraus hervor, daß Valentini den Kaiser falsch unterrichtet hat. Dem Kronprinzen habe ich auf seinen Befehl die Originale zur Weitergabe an S.M. geschickt.<sup>5)</sup> Gleichzeitig füge ich einen Brief Stresemanns an mich<sup>6)</sup> bei.

Mit ergebenstem Gruß

Ihr Frhr. v. Maltzahn.

<sup>1)</sup> Im Or. auf Kopfbogen des preußischen Abgeordnetenhauses.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 115 bes. auch Anm. 1.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 113 bes. auch Anm. 1.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 113 Anm. 1 und die Abschrift der Erklärung Westarps im Nachlaß Bauer 16.

<sup>5)</sup> Der Kronprinz wandte sich am 19. 11. 1917 von Belair aus brieflich an den Kaiser. Der Inhalt seines Briefes und die Antwort des Kaisers vom 22. 11. 1917 sind referiert bei Herre S. 123 ff. Vgl. Valentini S. 187 f. Eine Abschrift der Antwort auch im Nachlaß Bauer 16.

<sup>6)</sup> Vgl. Nr. 113 Anm. 2.

## 119.

## 17. 11. 1917: Erzberger an Scheidemann

Nachlaß Stresemann 178 (6887), Durchschlag.<sup>1)</sup>

Sehr geehrter Herr Kollege,

Von zweien unserer zuverlässigsten politischen Vertrauensleute, die seit mehr als einem halben Jahr in Stockholm tätig sind<sup>1a)</sup>, erhalte ich heute früh die Mitteilung, daß die Vertreter der Bolschewiki ihnen gegenüber den Wunsch geäußert haben, mit je einem Vertreter der Mehrheitsparteien des deutschen Reichstages in Fühlung zu treten, um mit ihnen Besprechungen über den Frieden aufzunehmen.<sup>2)</sup> Ich habe bereits nach Stockholm depeschiert, ohne daß ich die einzelnen Herren aus der interfraktionellen Besprechung benachrichtigen konnte, daß prinzipielles Einverständnis mit diesem Wunsche bestehe. Es sei aber wünschenswert, daß wir mit bevollmächtigten Vertretern der Bolschewiki und der von ihnen zu bildenden Regierung verhandeln könnten. Dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes habe ich von diesem Wunsch gleichfalls Kenntnis gegeben.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Erzberger übersandte Stresemann den vorliegenden Durchschlag mit einem ebenfalls auf den 17. 11. 1917 datierten Begleitbrief (Nachlaß Stresemann a.a.O.), in dem er darum bittet, bald die Herren der nationalliberalen Reichstagsfraktion namhaft zu machen, die bereit seien, an der Reise nach Stockholm teilzunehmen. In dem Begleitbrief heißt es weiter: „Die Vertreter der Bolschewiki haben dringend gebeten, daß der Unterzeichnete erscheinen möge.“ — Die Antwort Stresemanns auf diesen Brief ist als Nr. 121 abgedruckt.

<sup>1a)</sup> Es dürfte sich um die bei Z. A. B. Zeman, „Germany and the Revolution in Russia 1915 — 1918“, London 1958, mehrfach genannten Goldberg und Wucherpfennig handeln.

<sup>2)</sup> Nach Scheidemann, Memoiren II S. 122 f. war Dr. Helphand (Parvus) bereits am 14. 11. 1917 gebeten worden, „sofort nach Stockholm zu kommen, weil der dortige Vertreter der Bolschewiki mit den beiden sozialistischen Parteien in Deutschland in Verbindung zu treten beabsichtige.“ Wie Scheidemann anschließend berichtet, informierte Helphand, bevor er die Reise antrat, Scheidemann und Ebert und fungierte in den nächsten Tagen als Mittelsmann zwischen ihnen und der bolschewist. Vertretung in Stockholm. Dazu vgl. Zeman S. 72 f.

<sup>3)</sup> Stresemann schrieb noch am 17. 11. 1917 an den Staatssekretär von Kühlmann (Durchschlag des Briefes im Nachlaß Stresemann a.a.O.), daß von einem prinzipiellen Einverständnis der Mehrheitsparteien jedenfalls in bezug auf die Nationalliberalen keine Rede sein könne. Er habe den Fraktionsvorstand durch Rundschreiben von Erzbergers Vorschlag in Kenntnis gesetzt und seinerseits „grundsätzliche Bedenken gegen unsere Teilnahme an diesen Verhandlungen geäußert, zumal ich bezüglich eines mit Rußland zu schließenden Friedens auf dem Standpunkt stehe, den ich Ew. Exzellenz in meinem neulichen Schreiben dargelegt hatte.“ — In dem Schreiben vom 14. 11. 1917 (Durchschlag im Nachlaß Stresemann a.a.O.), auf das Stresemann sich beruft, warnt er von Kühlmann einerseits vor der Gefahr eines starken englischen Einflusses auf die Ostseeländer und erklärt andererseits: „Wir würden es geradezu als einen Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes empfinden, wenn Deutschland sich in diesem Weltkriege für die Unabhängigkeit Polens einsetzte, die Balten in den Ostseeprovinzen aber der russischen Herrschaft überließe.“ Auf jeden Fall dürfe man „um eines Augenblicksvorteils willen“ keine „deutschen Zukunftsmöglichkeiten“ preisgeben. „Ew. Exzellenz haben mir kürzlich gelegentlich eines Gespräches zum Ausdruck gebracht, daß Ew. Exzellenz die östliche Orientierung des Herrn Georg Bernhard Ihrerseits nicht teilten. Umsomehr hoffe ich, daß Ew. Exzellenz nicht die Hand dazu bieten werden, Rußland etwa in der jetzigen Situation einen status quo-Frieden anzubieten.“ Kühlmann bestätigte am 15. 11. 1917 formal den Eingang dieses Briefes, ohne auf den Inhalt einzugehen.

Ich beeile mich, Sie von diesem Vorgang alsbald zu benachrichtigen, mit der Bitte, Herrn Kollegen Ebert gleichfalls zu informieren. Nach meinen Informationen dürfte die Aussprache frühestens Ende nächster Woche in Schweden stattfinden.

Die Herren Fischbeck und Stresemann habe ich auch in Kenntnis gesetzt. Ich selbst bin bis Freitag nächster Woche verreist und stehe dann zur Verfügung. Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener  
gez. M. Erzberger<sup>4)</sup>  
Mitglied des Reichstages.

<sup>4)</sup> „gez. M. Erzberger“ im Or. nachträglich maschinenschriftlich eingesetzt.

## 120.

### 18. 11. 1917: Prof. Anschütz (Heidelberg) an Haußmann (Stuttgart)

Nachlaß Haußmann 30, eigenhändig.

Hochgeehrter Herr Haußmann,

Haben Sie zunächst vielen Dank für die interessanten Mitteilungen und Ausführungen, die Ihr Brief vom 13. d. M.<sup>1)</sup> enthält. Da die darin aufgeworfenen Dinge infolge der Berufung von Exz. v. Payer in den Bundesrat<sup>2)</sup> ja momentane praktische Bedeutung verloren haben, ließ ich mir mit der Beantwortung desselben einige Tage Zeit, — eine Verzögerung, die auch dadurch veranlaßt wird, daß ich meinen Kollegen Max Weber, dem ich Ihren Brief wunschgemäß vorgelegt habe, nicht sogleich in der Sache sprechen konnte.

Meine Ansicht über Ihre Zweifel und Fragen habe ich auf den anliegenden drei Blättern<sup>3)</sup> niederzulegen versucht. Herr Weber ist mit meiner rechtlichen Beurteilung der Sachlage einverstanden. Politisch differieren wir etwas, indem er es lieber gesehen hätte, wenn Payer auf den Sitz im B[undes-]Rat verzichtet und versucht hätte, den Gedanken einer möglichst machtvollen und selbständigen Reichsregierung außerhalb des Bundesrats zur Geltung zu bringen. Auch mir ist dieser Gedanke lieb und wert, doch halte ich den Versuch, ihn jetzt gegen die „verbündeten Regierungen“ zu realisieren, für verfrüht und deshalb für taktisch verfehlt. Zur Zeit scheint es mir wichtiger zu sein, daß P[ayer] im B[undes-]Rat als daß er im Reichstag sitzt.

Ich möchte Sie bitten, den Gedanken der Reichsleitungskommissare beim

<sup>1)</sup> Abgedruckt als Nr. 110.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 110 bes. Anm. 7.

<sup>3)</sup> Eigenhändiges Manuskript Anschütz' im Nachlaß Haußmann a.a.O.; beiliegend Durchschlag einer im Büro Haußmanns angefertigten (vgl. unten) Abschrift und Sonderdruck aus „Deutsche Juristenzeitung“, Jg. 1918 Nr. 1/2, in der das Gutachten veröffentlicht wurde.

Bundesrat einer Erwägung zu unterziehen.<sup>4)</sup> Ist er nicht der gangbare Weg, um den leidigen Art. 9 Satz 2 zu umgehen?

Sodann — einmal beim Bitten, bin ich etwas begerlich — noch zwei Wünsche. Könnten Sie nicht in Ihrem Büro eine Maschinenabschrift<sup>5)</sup> meines anliegenden Gutachtens herstellen u. mir zusenden lassen? Sodann: wäre es Ihnen möglich, mir die Drucksachen des Verfassungsausschusses des Reichstags, insbesondere die, welche sich auf Art. 9 Satz 2 und auf die Stellung der Staatssekretäre beziehen<sup>6)</sup>, — wenn auch nur leihweise auf Zeit — zu verschaffen? Verbindlichsten Dank für die hiermit erbetenen Gefälligkeiten!

In vorzüglicher Hochachtung  
Ihr sehr ergebener  
Anschütz.

<sup>4)</sup> Dazu das Gutachten Anschütz' (vgl. vorige Anm.), zitiert nach „Deutsche Juristenzeitung“, Jg. 1918 Nr. 1/2, S. 50 f., in dem es folgendermaßen heißt: „Die geltende Gesch[äfts-]O[rdnung] des B[undes-]R[ates] v[om] 26. April 1880 kennt die Beteiligung von — ich gestatte mir den Ausdruck — Kommissaren der Reichsleitung an den Sitzungen des BR. nicht. Wie die Praxis des hohen Kollegiums sich zu der Frage stellt, ist nicht bekannt. Jedenfalls möchte ich dabei bleiben, daß die Zulassung solcher Kommissare nicht verboten, sondern erlaubt ist, und daß einschlägige Zweifelsfragen als Fragen der Geschäftsordnung zu behandeln, im Streitfall also durch Bundesratsbeschluß mit einfacher Stimmenmehrheit zu erledigen sind. Selbstverständlich würde einem solchen Kommissar kein Stimmrecht zustehen, und noch weniger würde er den Vorsitz im Plenum oder einem Ausschuß des BR. beanspruchen, bez. führen dürfen. Denn beides, Stimmrecht und Vorsitz, ist durch die Mitgliedschaft bedingt.“

<sup>5)</sup> Vgl. Anm. 3.

<sup>6)</sup> Vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 322 S. 1911 ff., Drucksache Nr. 1125: „Dritter Bericht des Verfassungsausschusses über einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Reichsverfassung“. Ferner den maschinenschriftlichen Entwurf des Berichts im Nachlaß Haußmann 30, der in zahlreichen Punkten von der endgültigen Fassung abweicht und die in der Drucksache anonym zitierten Redner durch handschriftliche Namensangabe identifiziert.

## 121.

### 23. 11. 1917: Stresemann an Erzberger

Nachlaß Stresemann 178 (6887), Durchschlag.<sup>1)</sup>

Sehr geehrter Herr Kollege!

Die Frage der Beteiligung bei etwaigen Verhandlungen in Stockholm erschien mir von so grundsätzlicher Bedeutung, daß ich sie dem Vorstand der Fraktion vorlegte.<sup>2)</sup> Unser Vorstand war der Auffassung, daß die gegenwärtige Lage es

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 119 bes. Anm. 1. — Die Antwort Erzbergers auf den vorliegenden Brief ist als Nr. 123 abgedruckt.

<sup>2)</sup> Die auf die Rundfrage Stresemanns (vgl. Nr. 119 Anm. 3) eingelaufenen Antworten sind, soweit sie vorliegen, alle ablehnend. Vgl. die Briefe von Schwabach, Paasche, Bartling (bei einem Eingehen auf den Vorschlag Erzbergers seien Spaltung und Schwächung der Nationalliberalen zu befürchten), Sieg und Junck im Nachlaß Stresemann a.a.O. Es ist anzunehmen, daß die Frage trotz der eingeholten schriftlichen Stellungnahmen auch in der Sitzung des Fraktionsvorstandes, die bereits vorher auf den 22. 11. 1917 einberufen worden war, behandelt wurde.

nicht wünschenswert erscheinen ließe, daß deutsche Parlamentarier nach Stockholm gingen, um mit Vertretern der Bolschewiki-Partei zu verhandeln und daß ein solches Verhandeln überhaupt nur unter der Voraussetzung geschehen könne, daß es der Regierung erwünscht sei<sup>3)</sup>, der in diesen Fragen doch die Exekutive überlassen bleiben müsse und daß weiterhin eine Einigung über die Ziele der Besprechung vorhanden sei. Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, vermögen wir uns von einer Beteiligung an solchen Verhandlungen einen Nutzen nicht zu versprechen und würden sie für die Gegenwart ablehnen.

Befremdend wirkte die aus Ihrem Schreiben ersichtliche Mitteilung, daß Sie Ihrerseits die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Fraktionen zur Teilnahme an solchen Besprechungen nach Stockholm mitgeteilt hätten.<sup>4)</sup> Eine derartige Beschlußfassung lag doch unseres Wissens bisher seitens der interfraktionellen Besprechungen und seitens der einzelnen Fraktionen überhaupt nicht vor, und es wäre angesichts der Möglichkeit, daß Mitteilungen über derartige Depeschen in die Presse gelangen, doch wünschenswert gewesen, wenn hierüber vorher eine Befragung der Fraktionen stattgefunden hätte.

Mit kollegialer Hochachtung  
Ihr sehr ergebener

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 123.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 119 Anm. 3.

## 122.

### 25. 11. 1917: Haußmann (Stuttgart) an Fischbeck

Nachlaß Haußmann 26, mit Tinte von fremder Hand. Überschrift: „Abschrift eines Nachworts an Fischbeck. Interfrakt. Ausschuß“.

Lieber Kollege,

Hier die zurückgebliebene Einlage u. den dringenden Wunsch, daß ein Vertrauensvotum von der Mehrheit<sup>1)</sup> nach der Hertling'sischen<sup>2)</sup> Rede erfolge<sup>3)</sup>, was aus praktischen und grundsätzlichen Erwägungen gleich wichtig ist. Wenn Hertling jetzt [gegen] Clemenceau u. Lloyd George kräftig auftrumpft, hervorhebend, daß unter ihren imperialistischen, terroristischen, undemokratischen Methoden<sup>4)</sup> der öffentliche Geist ihrer Länder sichtbar leide, so ist dagegen von unserem Standpunkt aus nicht das Mindeste einzuwenden. In Eile

CH.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 75a—e, Nr. 76a—d, Nr. 103.

<sup>2)</sup> So im Or.

<sup>3)</sup> Im Or. ursprünglich „Erfolge“; eigenhändig von Haußmann berichtet.

<sup>4)</sup> „Methoden“ eigenhändig von Haußmann eingefügt.

<sup>5)</sup> Initialbuchstaben von der Hand Haußmanns.

123.

## 26. 11. 1917: Erzberger an Stresemann

Nachlaß Stresemann 178 (6887), Maschinenschrift.

Sehr verehrter Herr Kollege!

Ihre Zuschrift vom 23. November<sup>1)</sup> betreffend eine Unterredung von Vertretern deutscher Mehrheitsparteien mit Bolschewikivertretern habe ich erhalten. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese meine Anregung und mein ganzes Verhalten nur in vollkommener Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt erfolgt ist. Das Nähere darüber entzieht sich der schriftlichen Mitteilung. Ich werde mir gestatten, Ihnen in diesen Tagen hierüber mündlichen Aufschluß zu geben. Ich bin fest überzeugt, daß hiernach auch Ihre Bedenken in den Hintergrund treten.<sup>2)</sup>

In kollegialer Hochachtung  
Ihr ergebener

M. Erzberger  
Mitglied des Reichstages.

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 121.

<sup>2)</sup> Der Plan einer direkten Fühlungnahme zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien und der bolschewistischen Vertretung in Stockholm gelangte nicht zur Ausführung. Der deutsche Gesandte in Stockholm, Freiherr Lucius von Stuedten, warnte in einem bei Z. A. B. Zeman, „Germany and the Revolution in Russia 1915—1918“, London 1958, S. 91f., abgedruckten Bericht an Kühlmann vom 26. 11. 1917 vor derartigen Verhandlungen und besonders vor Erzberger als Unterhändler; aus einer Randbemerkung Kühlmanns geht hervor, daß er Lucius zustimmte. Nur Scheidemann, vgl. Memoiren II S. 125 ff., traf am 11. 12. in Stockholm ein und hatte am 14. 12. unter Beteiligung von Dr. Helphand (Parvus) ein zweistündiges Gespräch mit dem damaligen Vertreter der russischen Revolutionsregierung in Stockholm, Worowski. Wie Scheidemann berichtet, erfolgte sein Vorgehen in Stockholm in ständiger Verbindung mit den offiziellen diplomatischen Vertretern, Gesandter Lucius und Legationsrat Dr. Riezler, der sich selbst häufig mit Worowski zu Besprechungen getroffen habe. Maschinenschriftliche Abschriften von Berichten Riezlers an Hertling, u. a. auch über seine Unterredungen mit Worowski, befinden sich in den Akten des Politischen Archivs, Parlamentarischer Untersuchungsausschuß (2. Unterausschuß) XXXI/4. Die Berichte vom 12. und vom 26. 11. 1917 sind abgedruckt bei Zeman a.a.O. S. 81 ff. A.a.O. S. 101 f. auch Kühlmanns Telegramm an Lucius vom 9. 12. 1917, das Scheidemanns Eintreffen ankündigte und dem Gesandten Direktiven erteilte, wie er sich ihm gegenüber zu verhalten habe.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Brief Richthofens an Stresemann vom 13. 12. 1917, Nachlaß Stresemann 179 (6888), in dem es heißt, Stresemann sei irrtümlich informiert worden. Erzberger habe ebenso wie Richthofen selbst von Scheidemanns Reise nach Stockholm erst erfahren, nachdem derselbe bereits abgereist war. „Die Sache ist ohne Mitwirken des Herrn Erzberger gemacht worden, der damals in Wien war. Herr Erzberger sagt mir, daß er die Reise Scheidemanns bedauere und er der Meinung sei, daß gegenwärtig allein in Brest-Litowsk verhandelt werden dürfe. Er verspreche sich daher von der Reise nicht viel gutes.“ Danach mußte Erzberger unmittelbar, nachdem Scheidemann am 10. 12. abgereist war, unterrichtet worden sein. Denn nach Scheidemann a.a.O. S. 126 f. befand sich Riezler bei Scheidemanns Ankunft in Stockholm bereits im Besitz eines Chiffretelegramms, das Erzberger und v. d. Bussche aus Berlin geschickt hätten. Die Tendenz des a.a.O. referierten Telegramms stimmt mit Richthofens Brief an Stresemann überein: Scheidemann möge auf Verhandlung von Regierung zu Regierung drängen, dagegen auf eine internat. sozialist. Konferenz verzichten. Im gleichen Sinne auch das bei Zeman abgedruckte Telegramm Kühlmanns.

## 124.

**27. 11. 1917: Besprechung der Abg. Erzberger, Fischbeck, Stresemann, Ebert und Scheidemann mit Staatssekretär von Kühlmann**

Scheidemann, Memoiren II S. 119 f.

An einer Besprechung, zu der der Staatssekretär von Kühlmann am 27. November 1917 eingeladen hatte, nahmen die Abgeordneten Erzberger, Fischbeck, Stresemann, Ebert und ich<sup>1)</sup>, sowie der Unterstaatssekretär v. d. Bussche teil. Von den Ausführungen des Staatssekretärs gebe ich die wichtigsten wieder:

„Sobald Rußland direkt oder indirekt einen Waffenstillstand anregt, kann es ihn sofort haben. Regierung und Oberste Heeresleitung sind darin einig. Natürlich werde es sich um einen befristeten Waffenstillstand handeln müssen, um so bald als möglich zum Frieden zu kommen.<sup>2)</sup> Selbstverständlich könne ein befristeter Waffenstillstand immer wieder prolongiert werden. Komme es mit Rußland zum Waffenstillstand, so werde das einen Druck auf die Entente ausüben, besonders auf Italien. — Österreich sei einig, die Schlappe Italiens nicht zur Grenzverbesserung auszunützen, so wünschenswert das auch sei. (Was die Wiener Herren damals noch für möglich hielten!) In der Entente beständen Differenzen; Lloyd George habe an Prestige und Macht eingebüßt; solange Clemenceau regiere, sei freilich an einen Frieden mit Frankreich nicht zu denken.“

Ich bohre erneut: „Wenn auch kein direktes Angebot von Rußland vorliegt, so soll die deutsche Regierung, gleichviel in welcher Form, doch aller Welt erkenntlich machen, daß sie allezeit bereit ist, Schluß zu machen.“ — Erzberger unterstützt mich.

v. Kühlmann sagt: „Wenn sich in die geschlossene Rede des Reichskanzlers<sup>3)</sup> eine entsprechende Formel nicht mehr einschieben lasse, dann werde er in der Kommissionssitzung<sup>4)</sup> oder öffentlich eine uns befriedigende Erklärung abgeben.“ (Das heißt, so schrieb ich in mein Tagebuch, der Reichskanzler wird nichts sagen!)

Auf meine weitere Frage nach der Art des Friedens im Osten sagte Kühlmann: „Die Russen haben ja selbst die Formel aufgestellt: ohne Annexionen und Kontributionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wenn also russische Westvölker sich dafür erklären, von Rußland loszukommen, dann müßten deren Wünsche ja wohl erfüllt werden, selbst wenn sie eine Anlehnung in dieser oder jener Form an uns verlangen. Er glaube übrigens nicht, daß den Russen sehr viel an den ja gar nicht russischen Gebieten gelegen sei.“

<sup>1)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 28. 11. 1917. Dort ist bei der Wiedergabe der Ausführungen Scheidemanns von der gestrigen Besprechung „der vier Frakt[ions]-Führer der Mehrheit“ mit Staatssekretär von Kühlmann die Rede.

<sup>2)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 28. 11. 1917.

<sup>3)</sup> Die Antrittsrede Hertlings vor dem Reichstag am 29. 11. 1917.

<sup>4)</sup> D. h.: im Hauptausschuß.

## 125.

28. 11. 1917: Besprechung des Reichskanzlers mit den  
Vertretern der Reichstagsfraktionen

Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.). Überschrift: „Sitzung vom 28. November 1917. In der Reichskanzlei“.¹)

**Reichskanzler:** Dringender Wunsch vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Reichstag. Hauptsache ist vertrauensvolle Zusammenarbeit. Habe nur mit schweren Bedenken das Amt übernommen. Bittet um Vertrauen und Mitarbeit. Werde das auch morgen in der Öffentlichkeit aussprechen.²) Einzelheiten: Über preußische Wahlreform werde ich nur ganz wenige Worte im Reichstag sagen.³) Der Kaiser hat das Versprechen gegeben, und ich werde es möglichst einlösen. Seit 35 Jahren in Bayern tätig⁴), auch nicht von Geburt Preuße:⁵) das legt besondere Verpflichtungen auf.

Will die Situation dahin führen, daß wir in nicht allzulanger Zeit dem Frieden entgegenkommen werden. In erster Linie den Wahn der Feinde zerstören, daß Deutschland einer inneren Auflösung entgegengehe. Entschlossene Front im Innern.⁶)

**Scheidemann:** Was ist mit der Friedensfrage? Neugestaltung der Dinge im Osten.⁷)

¹) Die „Frankfurter Zeitung“, 29. 11. 1917, Abendblatt, berichtet, daß Graf Hertling am 28. 11. nachmittags die Parteiführer empfangen habe, „um ihnen das Programm seiner heutigen Rede zu übermitteln und Mitteilungen über die schwebenden Fragen der äußeren und inneren Politik zu machen“. Im Anschluß an die etwa einstündige Konferenz beim Reichskanzler seien die Mehrheitsparteien zu einer interfraktionellen Besprechung (vgl. Nr. 126) zusammengetreten. — Für den Verlauf der Sitzung in der Reichskanzlei vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 120 f. und SPD-Fraktion, 29. 11. 1917.

²) Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3944.

³) Hertling ging in seiner Reichstagsrede, a.a.O. S. 3945 f., ohne das preußische Wahlrecht direkt zu erwähnen, nur ganz allgemein auf die durch den Krieg akut gewordenen Reformbestrebungen ein und betonte dabei: „An den Grundlagen unserer Reichsverfassung soll und kann nichts geändert werden.“

⁴) Hertling, vorher Dozent und außerordentlicher Professor in Bonn, war 1882 als Ordinarius für Philosophie nach München berufen worden.

⁵) Hertling war 1843 in Darmstadt geboren.

⁶) Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 120: In der Konferenz, die Hertling einberufen habe, „um den berufenen Abgeordneten auseinanderzusetzen, was er in seiner bevorstehenden Reichstagsrede sagen werde“, sei der Kanzler „ungewöhnlich lebendig“ gewesen. Er habe u. a. folgendes ausgeführt: „1. Nachdem S.M. die Initiative in der Wahlrechtsfrage ergriffen, werde er sich energisch dafür einsetzen, allerdings als Nichtpreuße die Vertretung im Landtag in der Hauptsache seinem Vertreter überlassen. 2. Frieden, so bald als möglich!“

⁷) Vgl. Scheidemann a.a.O. S. 120 f.: „Will der Herr Reichskanzler morgen in seiner Rede nicht zum Ausdruck bringen, daß er selbstverständlich bereit sei, mit Rußland Waffenstillstand zu schließen? Ich nehme das an. Aber ich wünsche, daß er es so deutlich wie möglich tut, im Hinblick auf die Wirkung im In- und Ausland.“

**Reichskanzler:** Ich werde über die Sache reden, aber werde nicht viel sagen, weil Nachrichten noch zu unsicher und unklar sind. Gern bereit, auf Waffenstillstand einzugehen.<sup>8)</sup>

**von Schele:**<sup>9)</sup> Wird Staatssekretär des Auswärtigen noch einmal auf Elsaß-Lothringen zurückkommen? Historische Darlegung geben.

**Kühlmann:** Weiß nicht, ob ich das kann. Morgen wohl nur Reichskanzler programmatische Erklärung abgeben.<sup>10)</sup> Stellungnahme in der Beziehung vorbehalten.

**Ebert:** regt polnische Frage und Kurland und Litauen an.<sup>11)</sup>

**Reichskanzler:** Werde ein paar Worte sagen: feste Abmachungen noch gar nicht getroffen. Pressemeldungen sind den Ereignissen weit vorausgegangen. Selbstbestimmungsrecht der Völker wird gewahrt werden.<sup>12)</sup>

**Westarp:** Wird auf Papstnote Bezug genommen werden?

**Reichskanzler:** Von der Antwort werde ich sprechen<sup>13)</sup> und hoffe, daß wir gerade Rußland gegenüber in die Lage kommen werden, die dort ausgesprochenen Grundsätze in die Tat umzusetzen. Der Entente kein Freibrief gegeben, den Krieg ins Unendliche fortzusetzen.

**Westarp:** Stellungnahme dazu ganz vorbehalten.

**Ebert:** fragt nach innerpolitischen Fragen. Dringendes Verlangen nach öffentlich-rechtlicher Vertretung der Arbeiter noch im Kriege. Außerdem wäre es erwünscht, daß Hindernis des Koalitionsrechtes möglichst bald beseitigt wird.

**Reichskanzler:** Gesetzentwürfe nach beiden Richtungen sind in Vorbereitung, Koalitionsrecht und Arbeitskammer [sollen] schon in der nächsten Tagung vorgelegt werden.<sup>14)</sup>

**Stresemann:** Wie ist es mit den Riesenwahlkreisen? Verhältniswahlrecht?

<sup>8)</sup> Vgl. Scheidemann a.a.O. S. 121: „Ich werde mich sehr entgegenkommend äußern und besonders auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinweisen! Ich wünsche, daß wir so bald als möglich mit dem russischen Volke wieder in Frieden leben können.“ Ferner den betreffenden Passus in der Reichstagsrede Hertlings; Sten. Berichte Bd. 311 S. 3947.

<sup>9)</sup> Arnold Freiherr von Schele, Deutsche Fraktion (Deutsch-Hannoveraner).

<sup>10)</sup> Elsaß-Lothringen wurde in der Reichstagsrede Hertlings nicht erwähnt.

<sup>11)</sup> Vgl. Scheidemann a.a.O. S. 121: „Wird der Reichskanzler etwas über die Pläne betreffend Kurland, Litauen und Polen sagen?“

<sup>12)</sup> Vgl. Scheidemann a.a.O. S. 121: „Ein paar Worte nur: was in der Presse gestanden, ist falsch; alles ist noch in Schweben. Er erinnerte noch einmal an das Selbstbestimmungsrecht der Völker.“ Scheidemann berichtet weiter, daß Westarp und Heydebrand, die ihm gegenüber gesessen hätten, wütend gewesen seien; Westarp habe wiederholt zu Heydebrand gesagt: „Alles verabredet, Wort für Wort vereinbart!“ Diese Behauptung habe keinerlei Grundlage, „denn die gewundene Rede Hertlings hatte mindestens uns Sozialdemokraten ganz und gar nicht befriedigt. Die wiederholte Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Völker klang aus dem Munde Hertlings mehr als verdächtig, besonders für uns, die wir gute Informationen durch einflußreiche Litauer erhalten hatten.“ — Vgl. auch die sehr knappen Ausführungen zu dieser Frage in Hertlings Reichstagsrede, Sten. Berichte Bd. 311 S. 3947.

<sup>13)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3947.

<sup>14)</sup> Vgl. a.a.O. S. 3946.

**Wallraf:** Gesetz ist fertig, aber noch nicht durch den Bundesrat gebracht worden.<sup>15)</sup>

**Scheidemann:** Zensurfragen und Recht der Versammlungen. Welche Besserungen sind in Aussicht gestellt?

**Reichskanzler:** Verhandlungen mit Militär sind gewesen. Einige Erleichterungen und Besserungen sind schon eingetreten. Werde auf dem jetzt beschrittenen Wege fortschreiten, ernster Wille, Mißstände endgültig aus der Welt zu schaffen.<sup>16)</sup>

<sup>15)</sup> Die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen fand am 12. 3. 1918 statt. Vgl. a.a.O. S. 4318 ff. sowie Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 323, Drucksache Nr. 1288.

<sup>16)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3946.

## 126.

## 28. 11. 1917: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.). Überschrift: „Sitzung vom 28. November 1917“.<sup>1)</sup>

Ebert, Herold, Fehrenbach, Erzberger, Calker, Richthofen, Südekum, Junck, Müller-Meinigen, Trimborn, Fischbeck, Wiemer, Scheidemann, David, Naumann, Stresemann, Gothein, Mayer-Kaufbeuren, Liesching, Dove.

**Fischbeck:** Es ist beschlossen, formulierte Erklärungen abzugeben.<sup>2)</sup> Ist das bereits beschlossen?

**Ebert:** Scheidemann wird ungefähr 15 bis 20 Minuten reden. Das wird auch bei den anderen geschehen.

**Fischbeck:** Werde außer den vier Programmpunkten<sup>3)</sup> noch etwas erörtern.<sup>4)</sup>  
**Kühlmann** wird über Auswärtiges noch in der Kommission<sup>5)</sup> sprechen.<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 125 Anm. 1.

<sup>2)</sup> In der Reichstagssitzung am folgenden Tage.

<sup>3)</sup> Des Programms der Mehrheitsparteien. Vgl. Nr. 55a—c.

<sup>4)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3951 f. Ferner Haußmann S. 155 über die Fraktionssitzung der Fortschrittlichen Volkspartei: „Fischbeck berichtet der Fraktion als Vorsitzender über die Besprechungen mit Hertling, Roedern und Kühlmann [vgl. Nr. 124 und Nr. 125], sowie über den Inhalt der Kanzlerrede. Er verliest eine Erklärung, die er namens der Partei abgeben will. Diese hat den Mangel aller solcher Erklärungen, eine gewisse lebhaftige Farblosigkeit. Sie erwähnt den innerpolitischen Umschwung und den Eintritt unseres Vorsitzenden in die Regierung überhaupt nicht. Als ich dies beanstande, lehnt Fischbeck den Einwand zunächst ab und macht schließlich ein dünnes Einschießel.“

<sup>5)</sup> Vgl. HA 188. Sitzung, 30. 11. 1917; ferner „Frankfurter Zeitung“, 1. 12. 1917, 1. Morgenblatt.

<sup>6)</sup> Fischbeck stützt sich auf die Ankündigung Kühlmans in der Besprechung mit den Fraktionsführern der Mehrheit. Vgl. Nr. 124.

**Trimborn:** Zentrum wird die Erklärungen im wesentlichen auf die vier Punkte<sup>3)</sup> beschränken. Dabei werden wir in bezug auf Rußland und Ostfragen uns sehr reserviert verhalten. Wir werden auch mit zwei Worten zu erkennen geben, daß der Reichskanzler unser Vertrauen hat. Wir werden ihm und seinen Mitarbeitern volles Glück zu ihrer Tätigkeit wünschen. Einigkeit und Geschlossenheit wollen wir bewahren, das wird an den Schluß gestellt. Das sollten auch die anderen nicht vergessen und die 15 Milliarden bewilligen.<sup>7)</sup>

**Scheidemann:** Werde ungefähr dasselbe sagen.<sup>8)</sup>

**Fehrenbach:** Die Frage, ob erste und zweite Lesung gleich verbunden werden<sup>9)</sup>, soll im Seniorenkonvent behandelt werden. Bisher ist es üblich gewesen, daß die Kreditvorlagen nicht an die Kommission<sup>10)</sup> verwiesen wurden. Das ist auch nicht nötig. Im Hauptausschuß sollte die maßlose Verschwendung beim Militär behandelt werden. Samstag dritte Lesung.<sup>11)</sup>

Was soll im Plenum verhandelt werden? Wie lange soll Plenum tagen? Welcher Stoff im Ausschuß?<sup>10)</sup> Es sollte aber nichts behandelt werden, was die Geschlossenheit schädigt. Im Ausschuß: Militär und Gestaltung im Osten. Von Elsaß-Lothringen möchte ich abraten.

**Fischbeck:** Ich verstehe, daß gegen die baldige Vertagung Bedenken bestehen, aber sonst ist doch zu sagen, daß auch eine kurze Tagung Vorteile hat. Morgen wird nichts als Kreditvorlage drankommen.<sup>9)</sup> Freitag können wir keine Sitzung halten, weil Ausschuß<sup>10)</sup> verhandelt. Sonnabend: Dann dritte Lesung des Kredits.<sup>11)</sup> Dann nichts mehr im Reichstag, weil dann die Wahlrechtsfrage in Preußen kommt.<sup>12)</sup> Wenn wir Montag und Dienstag Plenarsitzungen halten, dann müssen wir auch Ausschuß<sup>10)</sup> tagen lassen. In den einzelnen Fraktionen bestehen Wünsche, manche Fragen zu erörtern, z. B. U-Boot-Frage. Wenn Zentrum im Seniorenkonvent<sup>13)</sup> die Frage des Mittelstandes<sup>14)</sup> anschneidet, dann können die anderen Fraktionen nicht widersprechen, schon aus Partei-egoismus.

**Calker:** In diesem Falle liegt es so, daß der Reichstag bald auseinandergehen kann. Wir müssen Einmütigkeit und Geschlossenheit sehr deutlich machen.

<sup>7)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3947 f.

<sup>8)</sup> Vgl. a.a.O. S. 3948 ff.

<sup>9)</sup> Die zweite Beratung der Kreditvorlage (3. Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1917) wurde in der Reichstagssitzung vom 29. 11. 1917 unmittelbar an die erste angeschlossen.

<sup>10)</sup> Hauptausschuß.

<sup>11)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3970 ff. (1. 12. 1917).

<sup>12)</sup> Die erste Beratung der Gesetzentwürfe zur preußischen Wahlrechtsreform im Abgeordnetenhaus wurde am 5. 12. 1917 begonnen.

<sup>13)</sup> Der Seniorenkonvent trat am 29. 11. 1917 vor der Sitzung des Plenums zusammen. Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 30. 11. 1917, 2. Morgenblatt. Ferner Haußmann S. 156: „Im Seniorenkonvent gehen die Anträge der Mehrheitsparteien, die Fehrenbach einbringt, glatt durch.“

<sup>14)</sup> Vgl. die Interpellation des Zentrums vom 6. 10. 1917, Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 322 S. 1844 f., Drucksache Nr. 1090, deren Beantwortung zu einem späteren Termin am 11. 10. 1917 von Helfferich zugesagt worden war. Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3935.

Deshalb am Samstag Schluß. Wenn anders beschlossen wird, dann wären Fragen der Bevölkerungspolitik<sup>15)</sup> zu behandeln.

**Erzberger:** Wir müssen Kredite rasch und ohne Störung verabschieden. Das muß bis Samstag geschehen. Unser Mittelstandsantrag<sup>14)</sup> war nur Mittel zu dem Zweck, den Reichstag beieinanderzuhalten in der Schicksalsstunde: Ereignisse im Osten.<sup>16)</sup> In dieser wichtigen Zeit sollte der Reichstag zusammenbleiben, weil die Fragen größte Bedeutung haben. Wenn die anderen drei Fraktionen besonderen Wert auf Geschlossenheit legen, dann könnte man am Samstag auseinandergehen, aber mit der Zusage, daß der Hauptausschuß bald wieder zusammenberufen werden wird, wenn etwas Ernstes geschieht. Diese Zusage müßte ganz bestimmt gegeben werden.<sup>17)</sup> Zweite Voraussetzung, daß der Reichstag nicht erst Mitte Februar zusammentritt, sondern daß dann etwa Mitte Januar.<sup>18)</sup>

**Richthofen:** Nicht zusammenbleiben während der preußischen Wahlrechtsbehandlung.<sup>19)</sup>

**Ebert:** Vorschlag, am Samstag schon auseinanderzugehen, hat bei uns Widerstand gefunden.<sup>20)</sup> Wenn im Osten die Dinge spruchreif werden, kann man den Reichstag nicht vermeiden. Auch wirtschaftliche Fragen harren der Erledigung: Soldatenlöhne, Renten usw.<sup>21)</sup> Darauf legt die Fraktion sehr großes Gewicht. Kohlenfrage.<sup>22)</sup> Dann Lebensmittelfrage! Haferpreis.<sup>23)</sup> Wenn Landtag Wahlrecht behandelt, kann man im Reichstag nicht tagen.<sup>19)</sup> Wenn man am Dienstag sagen könnte, daß Ausschuß für den Osten sofort berufen wird<sup>24)</sup>, dann schafft man Beruhigung. Eventuell läßt sich auch alles am Samstag erledigen.<sup>18)</sup>

<sup>15)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 4045 f. (20. 2. 1918).

<sup>16)</sup> Vgl. dagegen die Ausführungen, mit denen Fehrenbach am 1. 12. 1917 die Zustimmung des Zentrums zu der Vertagung des Reichstages begründet; a.a.O. S. 3986.

<sup>17)</sup> Vgl. Sten. Berichte a.a.O. (Fehrenbach).

<sup>18)</sup> Der Reichstag vertagte sich am Samstag, dem 1. 12. 1917, und wurde erst zum 19. 2. 1918 wieder einberufen. Der Seniorenkonvent sah jedoch nach Meldung der „Frankfurter Zeitung“, 2. 12. 1917, 1. Morgenblatt, die nächste Sitzung bereits für Mitte Januar vor, „sofern nicht die politische Lage eine frühere Einberufung angezeigt erscheinen läßt.“ Der Hauptausschuß trat, nachdem er am 30. 11. (188. Sitzung) und am 1. 12. 1917 (189. und 190. Sitzung) getagt hatte, am 3. 1. 1918 (191. Sitzung) wieder zusammen.

<sup>19)</sup> Die „Frankfurter Zeitung“, 29. 11. 1917, Abendblatt, berichtet folgendermaßen über das Ergebnis der interfraktionellen Sitzung vom Vortage: Zur Debatte gestanden habe das Arbeitsprogramm des Reichstages. „Es wurde dabei als allgemein wünschenswert bezeichnet, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht durch längere Erörterungen im Reichstage von der bevorstehenden Beratung der Wahlreform im preußischen Landtage abzulenken. Deshalb einigte man sich auch dahin, wenn irgendmöglich, die Beratungen des Reichstages am Samstag [1. 2.] zu beenden und als einzige gesetzgeberische Aufgabe nur die Kreditvorlage zu erledigen.“

<sup>20)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3983 f. und SPD-Fraktion, 29. 11. 1917.

<sup>21)</sup> Vgl. HA 188. Sitzung, 30. 11. 1917; Sten. Berichte Bd. 311 S. 3973, 3979; SPD-Fraktion, 29. 11. 1917.

<sup>22)</sup> Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3983.

<sup>23)</sup> Vgl. HA 188. Sitzung, 30. 11. 1917; 189. Sitzung, 1. 12. 1917.

<sup>24)</sup> Soll heißen: daß der Hauptausschuß sofort wieder einberufen werden solle, wenn der Stand der Verhandlungen mit Rußland es erforderlich erscheinen lasse. Vgl. Sten. Berichte Bd. 311 S. 3986; HA 190. Sitzung, 1. 12. 1917.

**Müller-Meinigen:** Wenn alles das wirklich behandelt werden soll, dann sitzen wir über den Dienstag hinaus! Man sollte also als Programm einfach festsetzen, daß man nicht über den Montag hinaus tagen will.

**Herold:** Erörterung aller Wirtschaftsfragen wird sehr lange dauern.

**Erzberger:** Löhne und Hafer kann man ganz kurz behandeln.<sup>25)</sup> Dann Verzicht auf alle anderen wirtschaftlichen Fragen. Dann aber Hauptausschuß telegraphisch berufen. Dann aber im Januar Reichstag zusammen.<sup>18)</sup>

**Liesching:** Was man am Samstagnachmittag noch fertigbringt, ist eine Sache für sich, wenn man Samstag Schluß machen will. Man sollte den Antrag auf 30 Millionen Mark an Gemeinden wegen Kohle noch annehmen, das bringt keine Debatte.<sup>22)</sup>

**Stresemann:** ist für Schluß am Samstag. Alles zurückstellen und großen Eindruck machen im Ausland.

**Mayer-Kaufbeuren:** Stein<sup>25)</sup> hat gesagt<sup>26)</sup>, daß er sich über Zwangssyndikate nicht äußern könne; über Mittelstand wollte Stein nur antworten und dann die Erörterung vertagen! „Unmöglich!“

**Südekum:** Antrag wegen Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Kriegsgesellschaften.<sup>27)</sup>

**Fehrenbach:** Für den Ausschuß: zunächst Osten. Auswärtige Politik. Löhnung der Soldaten, Rentenerhöhung.<sup>28)</sup>

**Erzberger:** Militärische Ausgaben, Verschwendung. (Antrag einer Subkommission);<sup>27)</sup> Lieferungen an das Ausland.

**Fehrenbach:** Zuerst also Polenfrage. Löhnung und Renten nur als Anfrage. (Antrag der Berichtstatter.)<sup>28)</sup> Kriegslieferungen, Kriegsgesellschaften, Lieferungen ins Ausland. (Behandelt Stresemann.) 9-Mann-Kommission.<sup>27)</sup>

**David:** Wir hatten Aussprache mit den Polen beabsichtigt.<sup>29)</sup> Am Samstag spätestens 5 Uhr im Reichstag. Morgen nach Plenum Litauer.

**Naumann:** regt Finnland an.

**Stresemann:** Darüber muß erst mit Auswärtigem Amt gesprochen werden.

**Gothein:** Dann müßte man eventuell auch für die Ukrainer Sympathieerklärung erlassen. Das wirkt aber eventuell sehr tief auf Rußland und Österreich ein.

**Richtshofen:** Die finnische Frage hat sehr große Bedenken. Man sollte die Sache lassen!

<sup>25)</sup> Frhr. v. Stein, seit 20. 11. 1917 als Nachfolger Dr. Schwanders Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes.

<sup>26)</sup> Vgl. SPD-Fraktion, 28. 11. 1917, wo Scheidemann neben dem Gespräch mit Kühlmann (vgl. Nr. 124) noch eine andere „gestrige Besprechung mit Regierungsvertretern“ erwähnt, in der v. Stein das Wort ergriffen habe. Über den Teilnehmerkreis dieser Besprechung erfolgte keine Mitteilung. Weiterhin ist im Kriegstagebuch Davids unter dem 26. 11. 1917 17 Uhr eine „Besprechung der Führer bei Hertling“ verzeichnet.

<sup>27)</sup> Vgl. HA 189. Sitzung, 1. 12. 1917. Stresemanns Antrag auf Einsetzung eines neunköpfigen Unterausschusses wurde einstimmig mit der Maßgabe angenommen, „daß er aus 10 Mitgliedern bestehen und ihm das Recht der Substitution beigelegt werden“ solle.

<sup>28)</sup> Vgl. HA 188. Sitzung, 30. 11. 1917.

<sup>29)</sup> Näheres ließ sich nicht feststellen.

**Scheidemann:** Wie ist es, den Verfassungsausschuß für Montag zu berufen?

**Junck:** Wir müssen loyal daran festhalten, daß Artikel 9<sup>30)</sup> auszuscheiden hat.

**Liesching:** Wir müssen warten, bis Payer sein Amt angetreten hat.

**David:** Ich bedauere, daß die Verfassungsausschußbeschlüsse<sup>31)</sup> so liegen bleiben. Die Welt erwartet, daß wir das große [Werk]<sup>32)</sup> weiterführen. Artikel 9, 2<sup>30)</sup> ist kein Noli me tangere für uns und den Reichskanzler.

**Stresemann:** Ich habe unsere Abmachungen so aufgefaßt, daß wir jetzt diese Fragen nicht behandeln. Das andere ruht ja. Artikel 9 bildet Gegenstand des Zwistes unter uns selbst.<sup>33)</sup> Deshalb zunächst keine Einberufung des Verfassungsausschusses.

**Dove:** Ich fürchte auch, daß eine solche Aktion die preußische Aktion beeinträchtigen könnte.<sup>34)</sup> Nicht sehr geeignet, jetzt weiterzugehen.

**Fehrenbach:** Wir wollen jetzt erst einmal Ruhe!<sup>35)</sup>

**Fischbeck:** Stellvertretender Vorsitzender.<sup>36)</sup>

<sup>30)</sup> Artikel 9 (2. Absatz) der Reichsverfassung.

<sup>31)</sup> Vgl. Nr. 34 Anm. 10.

<sup>32)</sup> Im Stenogramm: „Welt“.

<sup>33)</sup> Vgl. bes. Nr. 75a—c und Nr. 76a—d.

<sup>34)</sup> Vgl. Anm. 19.

<sup>35)</sup> Vgl. auch Anm. 13.

<sup>36)</sup> Nach dem Kriegstagebuch Davids hat auch am 2. 12. 1917 eine Sitzung des interfrakt. Ausschusses stattgefunden („11 Uhr: Polen in der Interfraktionellen Konferenz“), über die von anderer Seite keine Mitteilungen vorliegen.

## 127.

### 20. 12. 1917, vorm.: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

127a: Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.).<sup>1)</sup> Überschrift: „20. Dezember 1917.“<sup>2)</sup>

Junck, Fischbeck, Wiemer, Erzberger, Fehrenbach, Dove, Gothein, David, Ebert, Scheidemann, Schwabach, Stresemann, von Richthofen, Südekum, Keinath, Calker, Herold, Trimborn, Stöve.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 127b und Nr. 128. Vgl. David, Kriegstagebuch, 20. 12. 1917: „Interfraktionelle Konferenz: Instruktion für Friedensverhandlungen.“

<sup>2)</sup> Nach „Frankfurter Zeitung“, 21. 12. 1917, 1. Morgenblatt, begann die anderthalb Stunden dauernde Sitzung um 10 Uhr.

<sup>3)</sup> Die Teilnehmerliste ist durch die Namen Rießer und Liesching (vgl. auch Nr. 128), die beide in der Diskussion das Wort ergriffen, zu ergänzen. Für den Kreis der Teilnehmer vgl. auch den Artikel Stresemanns „Reichshauptstädtische Berichterstattung“, maschinenschriftliches Manuskript im Nachlaß Stresemann 179 (6888), mit handschriftlichem Vermerk: „Köln[ische] Z[eit]t[un]g. 21. XII. 17.“ Der Artikel beschäftigt sich mit einer am Vortage durch die Zeitungen gegangenen Notiz über die Teilnehmer an den interfraktionellen Besprechungen, welche „die Verhältnisse wieder vollkommen auf den Kopf“ gestellt habe: „Es wird z. B. gemeldet, daß von nationalliberaler Seite die Abgeordneten Stresemann und Richthofen teilgenommen hätten. Tatsächlich haben von nationalliberalen Abgeordneten die Herren van Calker, Junck, Keinath, Richthofen, Rießer, Schwabach, Stöve und Strese-

**Fehrenbach:** hat zunächst kein Programm für die Verhandlungen und wartet Bericht der Berliner ab.

**Ebert:** Wir sollten Gelegenheit wahrnehmen, uns auszusprechen über die Stellung am Nachmittag beim Kanzler.<sup>4)</sup> Dort Auskunft über Verhandlungen über Waffenstillstand und dann über Vorbereitungen zu Friedensverhandlungen. Russen werden verlangen, daß die deutsche Regierung sich über Frieden klar erklärt. Außerdem sollte Regierung gefragt werden über verunglückte Sache vom September.<sup>5)</sup>

Ich halte Berufung des Hauptausschusses für dringend notwendig, namentlich wegen Ernährungsfragen. Der Reichstag hat überaus schwere Verantwortung. Wir stehen vor einer Katastrophe! Denkschrift von Hoff<sup>6)</sup>, die dem Kriegs-ernährungsamt vorgelegt ist.

**Fehrenbach:** Was Ebert gesagt hat, ist selbstverständlich; zu diesem Zwecke sind wir wohl eingeladen. Was die Tagung des Hauptausschusses anlangt, so habe ich mir die Frage überlegt und meine, daß jetzt Zeit dazu da sei. In der „Frankfurter Zeitung“ gelesen, daß die weitere Fühlung mit der Regierung eigentlich am besten durch einen kleineren Ausschuß geregelt werden sollte.<sup>7)</sup> Geht das auf die Besprechungen zurück? (Nein!) Hauptausschuß auf Montag einzuberufen ist nicht möglich.

---

mann teilgenommen. Als Vertreter des Zentrums werden die Herren Trimborn und Erzberger genannt, während tatsächlich außerdem die Abgeordneten Herold und Fehrenbach da waren. Von der fortschrittlichen Volkspartei war nicht nur der Abg. Fischbeck, sondern auch die Herren Dove, Gothein und Liesching erschienen. Von sozialdemokratischer Seite war der nach diesem Bericht nicht genannte Herr Südekum und Herr Dr. David erschienen. Von keiner Fraktion sind die Namen der Teilnehmer richtig angegeben, vielmehr hat man sich lediglich die Namen einzelner bekannterer Parlamentarier aus den Fingern gesogen, um eine Notiz fertig zu machen. Man kann angesichts dieser Leistung der reichshauptstädtischen Presse nur auf das dringendste davor warnen, ihrem politischen Nachrichtendienst irgendeine maßgebende Bedeutung beizumessen.“ — Danach erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Südekum, wenn er Wiemer in der Anwesenheitsliste aufführt, Liesching jedoch nicht berücksichtigt, eine Verwechslung unterlaufen sein könnte.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 129.

<sup>5)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 1026 ff., über eventuelle deutsch-britische Friedensfühler im Sept. 1917. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Nr. 42a.b bes. auch Anm. 15—18. Ferner Haußmann S. 157 (zitiert in Nr. 128 Anm. 6).

<sup>6)</sup> Friedrich Ferdinand Hoff, fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter seit 1912. Die erwähnte Denkschrift ließ sich bisher nicht nachweisen. Vgl. auch die Ausführungen Hoffs am 11. 5. 1917 im Plenum, Sten. Berichte Bd. 310 S. 3246 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 19. 12. 1917, 2. Morgenblatt: „Der Reichstag hat, ohne Unterschied der Parteien, Wert darauf gelegt, daß er beim Friedensschluß nicht vor vollendete Tatsachen gestellt und nicht ausgeschaltet wird ... Es ist wahrscheinlich, daß nach der Abwicklung der Vorverhandlungen das Plenum des Reichstags zusammentreten wird. Bis dahin wird versucht werden, in anderer Weise die Verbindung mit der Volksvertretung aufrecht zu erhalten. Das gegebene Instrument dafür wäre der Hauptausschuß, an dessen sofortige Zusammenberufung im Falle einer entscheidenden Wendung in unserem Verhältnis zu Rußland noch beim Auseinandergehen des Reichstags in den ersten Tagen des Dezember gedacht wurde. Der Vorsitzende des Hauptausschusses, der Abg. Fehrenbach, gab damals gegenüber den Einwendungen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen eine bestimmte Zusage in dieser Richtung [vgl. Nr. 126 bes. auch Anm. 17 und 24] ab. Inzwischen sind aber nun bei einzelnen Fraktionen Bedenken aufgetaucht, ob der Haupt-

**Erzberger:** Als der Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen war<sup>8)</sup>, habe ich mit Ebert wegen einer Besprechung telephonierte. War der Meinung, daß Hauptausschuß einberufen werden sollte. Stresemann schlug anderen Weg vor. Regierung hat erklärt, daß sie den Hauptausschuß nicht einberufen könne, weil sie ganz besetzt sei: sie müsse zunächst ins Hauptquartier fahren<sup>9)</sup>, dann müsse Staatssekretär Donnerstagabend nach Brest-Litowsk abreisen.<sup>10)</sup> Der Reichskanzler würde lieber eine Besprechung mit den Parteien abhalten. Zuerst sollte man den Siebener-Ausschuß einberufen. Dagegen wandte ich ein, daß dann einzelne Parteien vollkommen ausgeschlossen seien. Man könne nicht die Unabhängigen ausschließen. Im allgemeinen der Siebener-Ausschuß ergänzt durch Vorsitzenden Kommission, Präsidium und Vertreter der Unabhängigen, Deutsche Partei und Polen. Entscheidung über Hauptausschuß<sup>11)</sup> dürfe dadurch nicht vorweggenommen werden. Entscheidung nach Besprechung mit Reichskanzler.

Wir sind in unangenehmer Lage: wenn wir jetzt nicht dabei sind, dann kommen wir bei keinen Friedensverhandlungen zum Zuge! Aber wir können auch nicht tagen ohne Staatssekretär.<sup>12)</sup> Deshalb Entscheidung über Hauptausschuß erst nach Besprechung mit Reichskanzler.<sup>4)</sup>

**Fischbeck:** Habe zuerst angenommen, daß gleich Hauptausschuß einberufen werden müßte. Bin dann anderer Meinung geworden. Ich halte es aber für das Richtige, in der nächsten Woche einzuberufen. Entscheidung erst möglich nach Reichskanzlerbesprechung. Empfehle nächsten Donnerstag, 28. Dezember.<sup>13)</sup>

ausschuß für den jetzigen Zweck nicht einen zu großen Kreis umfasse, und es ist deshalb der Gedanke angeregt worden, den schon einmal bei der Beantwortung der Papstnote in Erscheinung getretenen Sonderausschuß beim Reichskanzler als Bindeglied zwischen der Reichsregierung und der Volksvertretung an den Vorverhandlungen über den Friedensschluß zu beteiligen. Der damalige Sonderausschuß hatte den Nachteil, daß er einzelne kleine Fraktionen dadurch, daß er nur auf sieben Abgeordnete beschränkt wurde, von der Teilnahme ausschloß. Deshalb wird angeregt, und diese Anregung scheint von national-liberaler Seite auszugehen, den damaligen Siebenerausschuß, der aus zwei Vertretern der Sozialdemokratie, zwei Zentrumsabgeordneten und je einem nationalliberalen, konservativen und fortschrittlichen Abgeordneten bestand, zu verdoppeln. Bei einer Erhöhung dieses Sonderausschusses auf 14 Mitglieder könnten alle Fraktionen des Reichstages in ihm eine Vertretung erhalten. Dieser erweiterte Sonderausschuß würde nach diesem Vorschlag ständig über den Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk auf dem Laufenden gehalten und Einblick in alle Verhandlungsgegenstände bekommen. Eine Entscheidung darüber, in welcher Form die Verbindung mit dem Reichstag hergestellt werden wird und nach Ansicht der Fraktionen hergestellt werden soll, ist zur Zeit noch nicht gefallen. Sie bleibt der am Donnerstag Nachmittag beim Reichskanzler angesetzten Konferenz mit den Fraktionsführern vorbehalten.“

<sup>8)</sup> Die Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk hatten am 3. 12. 1917 begonnen. Nachdem am 5. 12. eine zehntägige Waffenruhe vereinbart worden war, kam es am 15. 12. zum Abschluß eines Waffenstillstandsvertrages. Wortlaut bei Schulthess 1917/II S. 956 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. u. a. WUA 12/I S. 215 ff. (Aufzeichnung über das „Ergebnis der Besprechung im Großen Hauptquartier am 18. Dezember 1917“); Walz S. 7 ff.

<sup>10)</sup> Staatssekretär v. Kühlmann reiste am Donnerstag, dem 20. 12. 1917, abends, nach Brest-Litowsk ab.

<sup>11)</sup> Vgl. Anm. 7.

<sup>12)</sup> v. Kühlmann. Vgl. Anm. 10.

<sup>13)</sup> Der „nächste Donnerstag“ fiel nicht auf den 28., sondern auf den 27. Dezember.

**Scheidemann:** Hauptausschuß sofort berufen, für übermorgen. Auf russischer Seite<sup>14)</sup> legt man die größte Bedeutung dem Umstand bei, daß die Parlamente dabei sind. Die ganze Geschichte kann wieder in die Brüche gehen, wenn ein Fehler gemacht wird.

**Dove:** Wir müssen uns zuerst klar darüber werden, in welcher Weise wir überhaupt mitwirken können. Wir können nicht formell in die Verhandlungen eingreifen. Deshalb richtig, zwischen Weihnachten und Neujahr Ausschuß<sup>15)</sup> zusammenzubерufen.

**Stresemann:** Nach den Verhandlungen mit dem Reichskanzler sollen wir über die Sache sprechen. Zwischen Weihnachten und Neujahr sollten wir berufen.

**Erzberger:** Wir müssen dafür materiell Sorge tragen, daß die politische Zensur während der Friedensverhandlungen aufgehoben wird. Es werden wichtige Dokumente der Russen den Deutschen vorenthalten. Das Material müssen wir alles bekommen. Reichskanzler hat das zugesagt. Rundruf vom 17. Dezember verbietet alle Veröffentlichungen über Waffenstillstand usw.

Dann wollen wir über Art der Friedensverhandlungen Auskunft haben. Wer sind die Russen? Wer sind die deutschen Vertreter? Johannes<sup>16)</sup>, Mirbach<sup>17)</sup>, Kriege!<sup>18)</sup> Alle abgelegten Diplomaten werden wieder hervorgeholt. Mirbach — ein Graf — wird nach Petersburg geschickt!<sup>17)</sup> Warum kein Abgeordneter?

(Scheidemann: Dringend ein Arbeiter mitgeschickt!)

[Erzberger:] Wir müssen Einfluß auf die Besetzung der Stellen bei der Verhandlung nehmen.

Wir müssen auch klipp und klar die Friedensforderungen verlangen. Davon können wir nicht abgehen. Wir dürfen uns in dem kleinen Kreis unter keinen Umständen davon abdrängen lassen. Da kommen sehr wichtige Fragen aus Differenzen. Zum Beispiel in Litauen hat man alle Versprechungen nicht gehalten. Landesausschuß<sup>19)</sup> ist schon wieder nach Hause geschickt worden!

<sup>14)</sup> Scheidemann war kurz vorher in Stockholm gewesen und mit dem dortigen Vertreter der russischen Revolutionsregierung in Verbindung getreten. Vgl. Nr. 123 Anm. 2.

<sup>15)</sup> Hauptausschuß.

<sup>16)</sup> Leiter der wirtschaftlichen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Vgl. auch „Frankfurter Zeitung“, 19. 12. 1917, 2. Morgenblatt, über die voraussichtliche Zusammensetzung der deutschen Delegation.

<sup>17)</sup> Gesandter Graf v. Mirbach-Harff, der dem A.A. angehörte, übernahm, wie die „Frankfurter Zeitung“, 27. 12. 1917, Morgenblatt (WTB.-Meldung vom 26. 12.) berichtete, die Leitung der „im Zusatz zum deutsch-russischen Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dezember vorgesehenen Kommission . . ., die die Regelung des Austauschs der Zivilgefangenen und dienstuntauglichen Kriegsgefangenen in Angriff nehmen und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern innerhalb der durch den Waffenstillstand gezogenen Grenzen treffen“ solle und die am 26. 12. abends die Reise nach Petersburg angetreten habe.

<sup>18)</sup> Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes. Vgl. auch „Frankfurter Zeitung“, 19. 12. 1917, 2. Morgenblatt.

<sup>19)</sup> Der im September 1917 gebildete litauische Landesrat hatte am 11. 12. 1917 die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates proklamiert und dabei „den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches“ erbeten. Vgl. Schulthess 1917/II S. 736, 780 f.; Erzberger S. 188 ff. S. auch Nr. 130 bes. Anm. 25.

**Scheidemann** zur Geschäftsordnung: Was Erzberger gesagt hat, beweist, daß Ausschuß<sup>15)</sup> sofort berufen werden muß! Deshalb nicht warten! Sondern jetzt telegraphieren.

**Fehrenbach**: Dann müssen wir natürlich sofort Fühlung mit der Regierung suchen.

**Stresemann**: Wenn wir sofort berufen, dann ist das wie ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Wir wollen uns doch erst mal mit der Regierung unterhalten über die Besetzung der Stellen.<sup>20)</sup> Das ist vielleicht besser. Das andere wird von den Gegnern der Sache ausgenutzt.

**Richthofen**: schlägt vor, daß Scheidemann erst mal über Stockholm referiert.<sup>14)</sup>

**Ebert**: Wir müssen entscheiden über Berufung. Was die Gegner sagen, ist gleichgültig, weil die Leute doch Schreckliches gegen uns behaupten. Es ist zugesagt, daß Ausschuß<sup>15)</sup> berufen wird, wenn die Dinge aktuell werden. Der Eindruck nach außen ist nicht zu erzielen durch Kommission von heute nachmittag.<sup>21)</sup> Große Teile der Presse haben das auch verlangt. Im Ausland Eindruck, daß der Reichstag ausgeschlossen sei. Ausschuß hat die Haltung der Regierung bei den Waffenstillstandsverhandlungen gebilligt und will sich jetzt ausschalten lassen.

**Rießer**: Jetzt wäre es doch nicht richtig. Man kann nicht sagen, Parlament werde ausgeschlossen. Führer der Parteien sprechen ja mit der Regierung. Was soll jetzt der Ausschuß? Verhandlungen könnten nur vertraulich sein. Dann kommen wieder die Kombinationen in einem Augenblick, der dazu möglichst ungeeignet ist. Vielleicht kommen wir am Nachmittag zu der Überzeugung, daß der Ausschuß<sup>15)</sup> wirklich nicht berufen werden kann.

**Gothein**: Wir müssen abwarten, was heute wird. Dann geht auch noch Berufung auf Sonnabend.

**Fehrenbach**: Was jetzt geschieht, hat auch nicht die Zustimmung des Parlaments! Der Ausschuß<sup>15)</sup> ist die eigentliche Instanz. Berufung wäre auch kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Man erwartet geradezu draußen, daß das klare Programm dem Reichstag offen mitgeteilt wird.

**Scheidemann** (berichtet):<sup>14)</sup> Die Russen wollen unter keinen Umständen Verhandlungen in Brest haben.<sup>22)</sup> Sie verlangen Öffentlichkeit der Verhandlungen, damit Presse berichten kann. Sie wollen keinerlei Vergewaltigung. Die Russen wollen, daß jede Minute die Entente eintreten kann.

Was wir für nötig halten, müssen wir machen, ganz gleichgültig, was die Presse der Gegner dazu sagt.

**Ebert**: Die Militärvorschrift über die Zensur hat schon große Nervosität hervorgerufen. Die Russen haben täglich kurze Berichte veröffentlicht. Das ging auch in die neutrale Presse und von da auch nach Deutschland. Es ist uns einfach

<sup>14)</sup> D. h.: über die Zusammensetzung der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

<sup>20)</sup> Gemeint ist die Besprechung beim Reichskanzler. Vgl. Nr. 129.

<sup>21)</sup> Vgl. dazu auch „Frankfurter Zeitung“, 19. 12. 1917, 2. Morgenblatt, Privattelegramm aus Stockholm vom 18. 12. über eine Unterredung des Stockholmer Korrespondenten der Zeitung mit dem russischen Vertreter in Stockholm, Worowski.

vorenthalten worden. Im Ausland und bei den Russen ist dadurch großes Mißtrauen erweckt worden. Deshalb muß das aufhören. Die Russen sind entschlossen, den ganzen Gang der Friedensverhandlungen unter allen Umständen zu veröffentlichen.

Ich glaube, daß die Verhandlungen sich sehr schwierig gestalten, wenn die Regierung nicht offen spricht, wie sie sich die Sache denkt. David und ich haben Kühlmann schon darauf aufmerksam gemacht<sup>22a)</sup>, daß nach unserer Meinung der Gang der Verhandlungen so sein wird, daß die Russen fragen werden, wie wir uns den Frieden denken. Tut die Regierung es nicht, kommen ausweichende Redensarten, dann erschwert man die Sache ungemein. Die Russen wollen so Verhandlungen, daß die Entente eintreten kann. Wenn wir nicht klar unsere Bedingungen sagen, dann geht eine große Hetze in Rußland los.

Wegen der Verhandlungsführung: Friedensverhandlungen werden ausschließlich von Zivilregierung geführt, ist uns gesagt worden. Dabei hätte das Militär nur einen Vertreter.

**Erzberger:** Die Russen haben nach Brest drei Leute geschickt, davon war eine eine Frau.<sup>23)</sup> Bismarck hat 1871 auch die Waffenstillstandsverhandlungen geführt, nur mit militärischer Beratung.

Auf drei Sätze sollten wir uns festlegen: 1.) Zunächst volle Veröffentlichung des Materials, 2.) Personenfragen, 3.) Friedensbedingungen.

Die russische Regierung hat heute alles, was sie braucht: den Waffenstillstand. Den Frieden brauchen wir, um wirtschaftliche Notlage zu überwinden. Die Russen werden verlangen, daß öffentlich verhandelt wird. Die Russen verlangen, daß dieselben Grundsätze, die nach dem Osten gelten, auch nach dem Westen gelten. Wir dürfen der Regierung nicht ganz freie Hand geben. Die Regierung muß auch entlastet werden: wenn es nicht zum Frieden kommt, dann hat das schlimme Folgen für das Innere. Wir brauchen nicht bloß ein paar Programmsätze, sondern man muß wissen, wie man das machen will: Selbstbestimmungsrecht z. B.?

**David:** Die Notwendigkeit der Berichte über die Verhandlungen ist unbedingt. Die Russen wollen eben öffentlich verhandeln. Da können wir nicht dagegen sein. Die Teilnehmer: die genannten Herren sind nach der alten Methode ausgesucht, und sie arbeiten in der alten Methode. Ich glaube, daß die Russen weitergehen: sie werden ihre Konstituante mit in die Dinge hineinziehen. Die Russen haben schon moniert, daß von deutscher Seite keine Vertreter des Volks dabei waren. Der Reichstag selbst sollte Vertrauensmänner bei den Verhandlungen haben, vielleicht von jeder großen Partei einen Vertrauensmann. Das Parlament kann eine solche Forderung ruhig stellen.

Eine Fortsetzung des Krieges kann nicht ohne Zustimmung des Reichstags stattfinden. Der Brief des Kaisers Wilhelm an den Zaren!<sup>24)</sup> Wir dürfen uns

<sup>22a)</sup> Am 11. 12. 1917; vgl. David, Kriegstagebuch: „12 ½ Uhr mit Ebert bei Kühlmann betr. Verhandlung im Osten. Mißtrauen gegen die Militärs in K[reuznach]. Gibt beruhigende Zusicherungen: strenge Kompetenz-Abgrenzung; er u. Czernin wollen sofort, wenn Waffenstillstand geschlossen, die Verhandlung übernehmen.“

<sup>23)</sup> Für die Zusammensetzung der russischen Delegation vgl. Schulthess 1917/II S. 954.

<sup>24)</sup> Gemeint ist wahrscheinlich der Brief Wilhelms II. an Nikolaus II. vom 14. 7. 1906, den die „Iswestija“ am 19. 12. 1917 veröffentlichte. Wortlaut auch bei Schulthess 1917/II S. 973 ff.

nicht in die Lage bringen lassen, daß es wieder zum Kriege mit Rußland kommt. Es wäre eine Verschüttung der Möglichkeit, nach dem Osten eine neue welt-politische Situation zu schaffen. Wenn wir mit Rußland zu Rande kommen, dann ist die Entente gesprengt.

Unsere Verantwortung ist sehr schwer. Da müssen wir auch verlangen, daß der Reichstag bei der Sache beteiligt ist.

**Keinath:** Die Regierung könnte sehr wohl, um den Russen entgegenzukommen, Parlamentarier heranziehen. Das würde auf die Russen günstig wirken. Aber warne davor, das als Forderung des Parlaments aufzustellen. Die Personalfragen sind wichtig, und die jetzt Gewählten sind wohl kaum geeignet.

Was die Forderung der Bekanntgabe der Kriegsziele im Osten anlangt, so meine ich, es wäre nicht das Richtige, Einzelheiten zu verlangen. Wir dürfen unsere Regierung auch nicht zu sehr fesseln. Ich habe den Eindruck, daß die Vorredner vielfach die russischen Forderungen über den *modus procedendi* eigentlich schon akzeptiert haben. Vielleicht ist es doch nicht nötig, so weit zu gehen. Die Entente kann natürlich an den Verhandlungen nicht teilnehmen!

**Gothein:** In der Zensurfrage stimmen wir alle zu.

Was die Notwendigkeit des Friedens anlangt, so ist sie für Rußland vorhanden, aber auch für uns in demselben Maße. Die Ernährungsschwierigkeiten sind sehr groß, auch bei den Verbündeten.

**Personalfrage:** Ich finde es traurig, daß man jetzt auf Kriege<sup>18)</sup> und Johannes<sup>16)</sup> zurückgreift. Da sollten geeignete Vertrauensmänner des Reichstags zugezogen werden.

**Friedensbedingungen:** Wir müssen in weitem Maße der Öffentlichkeit mitteilen, was unsere Friedensziele sind. Geheimhaltung hat gar keinen Zweck. Selbstbestimmungsrecht der Völker muß sein Korrelat haben in dem Schutz der nationalen Minderheiten. Ist es zweckmäßig, daß dieser Schutz von Mächten zu garantieren, oder nicht? Garantie ist sehr gefährlich, weil immer Gelegenheit zur Einmischung. Recht der Klage an das Haager Schiedsgericht.

**Stresemann:** Erzberger hat vorhin gesagt, daß die Regierung die Friedensziele sagen müsse. Es gibt aber ein Minimal- und Maximalprogramm! Es kommt auch auf die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit Rußland an. Wenn die Regierung zuviel sagt, dann schwächt man ihre Position. Man wird [von] uns nur Grundsätze hören können. Wenn man im Osten Volksabstimmungen zuläßt, dann wird die Entente dasselbe für Elsaß-Lothringen verlangen!

**Scheidemann:** Rußland hat großes Interesse am Frieden. Aber wir haben dasselbe Interesse. Jedenfalls müssen wir alles aufbieten, was wir können, um ein Scheitern zu vermeiden. Die Entente will das Scheitern; auch nicht ohne Erfolg, wie die Ukraine beweist. Die Gesandten der Entente hatten in einem großen neutralen Ort Zusammenkunft, um die Ukraine aufzupeitschen gegen die russische Regierung.<sup>25)</sup> Nun steht die Sache so, daß wir die Entente in eine schlechte Lage bringen können. Wenn sich die Entente-Regierungen widerspenstig zeigen, dann kommt in Italien und Frankreich die Revolution! Aber

<sup>25)</sup> Vgl. a.a.O. S. 776, 781 f.

wenn es zum Scheitern kommt, dann kommt es in Deutschland zu schlechten Dingen! Vielleicht auch zur Revolution. Deshalb ist es notwendig, daß wir die Herren nicht allein arbeiten lassen, sondern daß wir die Forderung nach Mitwirkung des Parlaments stützen.

Wenn die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, muß der Reichstag ja sagen! Wir können nachträglich nicht nein sagen. Deshalb müssen wir vorher mitwirken. Warum sollen wir zögern? Die Heeresleitung hält sich ja auch nicht zurück. Wenn der Reichstag in irgendeiner Form mitwirkt — in irgendeiner Form —, dann bringen wir auch die anderen Regierungen wieder in eine schlechte Lage, z. B. Wilson und Lloyd George usw.

Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß der Landesrat in Litauen etwa eine Volksvertretung sei. Bei diesen wichtigen Verhandlungen darf man nicht vergessen die Stimmung in unserem Heere! Die Leute setzen ihre ganze Hoffnung auf den Abschluß der Sache. Die Soldaten können nicht mehr und wollen auch nicht mehr.

Personalien: sehr schlimm. Einziger Bevollmächtigter ist übrigens Kühlmann. Man will den Russen entgegenkommen, indem man sich nicht auf Brest versteift. Es müßte in einem Ort gemacht werden, wo eine Presse ist und wo auch Unterkommen ist.

Bei Volksabstimmungen braucht man sich nicht vor Elsaß-Lothringen zu fürchten, weil wir dann mit Irland und Ägypten kommen können.<sup>26)</sup>

Wir müssen unter allen Umständen als Volksvertretung mitwirken, sonst geschieht ein Unglück.

**Erzberger:** Über die meisten Punkte vollständige Übereinstimmung. Nur das Programm ist noch zweifelhaft. Wir kommen mit ein paar allgemeinen Redensarten nicht weiter. Die Regierung muß bestimmte Sätze formulieren. Die Formel des Selbstbestimmungsrechts ist von der Obersten Heeresleitung nicht anerkannt worden.<sup>9)</sup> Die will Annexionen der Linie Grodno—Kowno. Das bringt den Frieden sofort zum Scheitern. Bei speziellen Forderungen soll die Frage nicht scheitern. Dann wird über die wirtschaftlichen Fragen zu sprechen sein. Die Unterhändlerfrage ist auch wichtig. Aber die Hauptsache ist die materielle Forderung.

**Richtshofen:** Wir können uns nicht ganz auf die Taktik der Russen einlassen. Einige Reichstagsabgeordnete wären sehr gut. Veröffentlichung der Verhandlungen ist unbedingt notwendig.

Ausschuß braucht nicht heute schon berufen zu werden. Aber nach Rückkehr von Kühlmann muß er zusammenkommen. Die Gefahr ist, daß kein Frieden zustande kommt, nicht daß ein schlechter Friede kommt. Graf Czernin ist die stärkste Persönlichkeit. Er will den Frieden. Auch den allgemeinen Frieden. Erster Grundsatz: keine Annexionen und keine Entschädigungen. Für uns bleibt es dann noch bei der Befristung! Es sollten einige Parlamentarier zugezogen werden zum Frieden. Als bald sollte Ausschuß berufen werden.

<sup>26)</sup> Vgl. auch Erich Matthias, „Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten“ (Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung, Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte 11), Tübingen 1954, S. 16 ff. (über die Stockholmer Denkschrift der SPD vom 12. 6. 1917).

**David:** Kühlmann muß bei den Verhandlungen sein. Wenn Regierung Reichstag durch Vertrauensmänner vertreten lassen wird, so würde sehr viel gewonnen sein. Nach außen wie nach innen. Auch Kühlmans Stellung wäre dann gestärkt gegen das Militär.

**Liesching:** Kühlmann muß verhandeln. Auch Parlamentarier ist zu loben.<sup>27)</sup> Aber es muß auch gesagt werden, daß ein solcher Ausschuß dann von der Mehrheit gestellt werden muß.

**Erzberger:** Ich bin nicht gegen Kühlmann als Unterhändler, aber der Hauptausschuß darf darunter nicht leiden. Bundesrat beansprucht auch, daß er beteiligt wird. Der Sächsische Gesandte<sup>28)</sup> ist schon beim Reichskanzler in diesem Sinne tätig.<sup>29)</sup>

Über deutsch-englische Beziehungen: Da sollte man nicht allzuviel machen. Es steht schon fest, daß der Spanier<sup>30)</sup> uns nicht informiert hat. Praktisch steht doch fest, daß in Berlin und London Geneigtheit bestanden hat. Aber darauf sollte man jetzt keinen Wert legen, weil das in Rußland vielleicht Schwierigkeiten machen würde. Man kann auf die Sache zurückkommen, wenn der russische Friede zustande gekommen ist. Direkte Nachricht aus England.<sup>31)</sup> ([...]) Lebensmittelverhältnisse in England sind genau so günstig wie im Frieden. Ungeheure Täuschung in Deutschland über diese Sache. Der Brief von Lansdowne<sup>32)</sup> ist darauf zurückzuführen, daß die Konservative Partei eine starke Radikalisierung in England fürchtet und will keine Vermögens-Konsultation. Deshalb will sie einen Verständigungsfrieden. Stark genug sind die Konser-

<sup>27)</sup> So im Stenogramm. Soll sinngemäß heißen: auch die Beteiligung oder Hinzuziehung von Parlamentariern sei erstrebenswert.

<sup>28)</sup> v. Nostitz.

<sup>29)</sup> Dazu auch Deuerlein S. 203 f. Der bayerische Ministerpräsident v. Dandl habe am 22. 12. 1917 den württembergischen, den sächsischen und den mecklenburgischen Gesandten zu sich gebeten und mit ihnen die Situation der Bundesstaaten bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Rußland erörtert. „Er berichtete dabei von einem Telegramm an den Reichskanzler, in dem er gebeten habe, Hertling möchte von den Absichten, welche die Reichsleitung für diese Verhandlungen habe, dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten oder, wenn dies nicht tunlich sei, den Gesandten der Einzelstaaten Kenntnis geben. Darauf sei nichts erfolgt. Es hätten sich deshalb die Gesandten an den Reichskanzler nach dessen Rückkehr aus dem Großen Hauptquartier [vgl. Anm. 9] mit der Bitte gewandt, empfangen zu werden. Der Reichskanzler habe aber diesen Empfang mit der Begründung, zunächst mit den Parteiführern sprechen zu müssen, abgelehnt. Nach dem Bericht Mosers erklärte Dandl weiter: So sei der ungeheuerliche Zustand herbeigeführt, daß die Parteiführer [vgl. Nr. 129] und darunter Leute wie Herr Haase, die Absichten der Reichsleitung in den wichtigsten Fragen drei Tage früher kennen als die leitenden Minister der Einzelstaaten.“ Dandl habe die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß noch vor dem Zusammentritt des Hauptausschusses des Reichstages, also vor dem 3. 1. 1918, dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten Gelegenheit gegeben werde, von den Plänen und Absichten der Reichsleitung Kenntnis zu erhalten. Der Bundesratsausschuß wurde daraufhin zum 2. 1. 1918 berufen.

<sup>30)</sup> D. h.: Spanien als vermittelnde, neutrale Macht. Vgl. Anm. 5 sowie Nr. 128.

<sup>31)</sup> Im Stenogramm folgt ein in Klammern eingeschlossener, nicht korrekt zu entziffernder zweiteiliger Name.

<sup>32)</sup> An den „Daily Telegraph“ vom 28. 11. 1917. Vgl. Schulthess 1917/II S. 363 ff. Ferner Haußmann S. 157.

vativen noch nicht. Hoffnung auf Aushungerung ist ganz hinfällig. Tonnageverminderung wirkt auch nicht stark. Sie beladen die Schiffe mit 40% mehr. Welttonnage ist noch groß genug.

**Trimborn:** Gegen Lieschings Vorschlag, lediglich aus der Mehrheit die Reichstagsabgeordneten zu wählen. Ich würde es für wünschenswerter halten, wenn eine solche Deputation aus allen Parteien zusammengestellt werden müßte.

**Richthofen:** folgt dieser Darlegung. So kann aber die Frage überhaupt nicht gestellt werden. Unsere Vertretung ist der Hauptausschuß. Man will doch nur aus politischen Gründen einige Parlamentarier dort haben. Dann scheidet Parteilstellung aus.

**Fehrenbach:** Im allgemeinen Übereinstimmung. Wir sollten beim Reichskanzler nicht die Unterschiede betonen.

**Herold:** Entweder muß der Gesamtausschuß<sup>15)</sup> tagen, oder es muß ein Unterausschuß gewählt werden.

**Stresemann:** Der Eindruck der Vertretung durch Johannes<sup>16)</sup> wäre ganz katastrophal gewesen.

**Ebert:** Ernährungsfrage. Gefahr der Broternährung. Heute muß man mit einer gegebenen Tatsache rechnen. Wenn wir gut rechnen, fehlen uns am Bedarf immer noch 1375 Tausend Tonnen. Monatsbedarf an Brotgetreide ist 462 Tausend Tonnen. Also ein Fehlbetrag von drei bis vier Monaten. Im April oder Mai stehen wir vor dem Nichts. Also nur verkürzte Brotration auf 110 gr pro Tag. Das ist unmöglich. Man hat Hoffnung auf Rußland. Wieweit sie sich erfüllt, ist sehr unklar.

**Kartoffeln:** Es ist höchst zweifelhaft, ob wir mit der Kartoffel auskommen. Das ist eine so ernste Frage, daß sie der Hauptausschuß erörtern muß.

127b: Nachlaß Richthofen 6, eigenhändig. Überschrift: „20. 12. 1917“.

**Ebert:** 1) Verunglückte deutsch-englische Annäherung im Sept.<sup>1)</sup>

2) Bericht der Reg[ierung] über den Waffenstillstand.

3) Katastrophale Lage der Ernährung.

Für Einberufung des Hauptausschusses.

**Fehrenbach:** Für Einberufung des Hauptausschusses.

**Erzberger:** Hauptausschuß nach Weihnachten.

**Fischbeck:** Hauptausschuß für den 28. 12.<sup>2)</sup>

**Scheidemann:** Russen gar nicht so leicht für den Frieden.<sup>3)</sup>

**Dove:** Mitwirkung des Reichstages während der Verhandlungen formell unmöglich.

<sup>1)</sup> S. Nr. 127a Anm. 5.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 127a bes. auch Anm. 13.

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 127a bes. auch Anm. 14.

- Erzberger:** 1) Aufhebung der politischen Zensur während der Friedensverhandlungen. Die russischen Funksprüche müssen sofort veröffentlicht werden.
- 2) Feststellung der Namen der Bevollmächtigten (Mirbach!! Delbrück! Johannes!!!)<sup>4)</sup>
- 3) Mitteilung der deutschen Friedensforderungen.

**Scheidemann:** Einberufung des Hauptausschusses unbedingt notwendig, schon wegen der Persönlichkeiten der Bevollmächtigten.

Desgl. Ebert.

**Rießer:** Dagegen.

**Scheidemann:** Russen wollen keine Verhandlungen in Brest, wollen die Öffentlichkeit der Verhandlungen an neutralem Platze. — Keine Vergewaltigung. — Verhandlungen so einrichten, daß die Entente jeder Zeit in sie eintreten könne.<sup>3)</sup>

**Ebert:** Zensur muß aufhören. Die Russen veröffentlichen alles.

**Scheidemann:** Auch wir müssen Frieden machen, denn auch bei uns würde Revolution kommen.

**Erzberger:** In England keinerlei Mangel an Lebensmitteln.

[**Ebert:**]<sup>5)</sup> Feststellung über Ernährung. Fehlbetrag an Brotgetreide für 3—4 Monate. Brotration auf 110 Gramm herabsetzen, was unmöglich ist.

**Kartoffeln:** Alles Futter wird aus K[artoffel]n bestritten. Die Ration kann nicht erhöht werden.

Sozialdemokraten wollen die weitere Verantwortung ablehnen.

<sup>4)</sup> In Nr. 127a statt dessen: Johannes, Mirbach, Kriege.

<sup>5)</sup> Sprecherangabe fehlt im Or.; identifiziert nach Nr. 127a.

## 128.

### 20. 12. 1917: Liesching an Haußmann (Stuttgart)

Nachlaß Haußmann 26, Maschinenschrift.

Lieber Freund!

Auf Dein gestriges Telegramm hin habe ich meinen Teil an der Schlafwagenkabine, die ich für meine Frau und mich für die Nacht von gestern auf heute reserviert hatte, leergelassen und meine Frau allein nach Stuttgart und in die Heimat geschickt.

Heute morgen war ich bei der interfraktionellen Besprechung<sup>1)</sup>, bei der nicht sehr viel besonders Wichtiges zu Tage trat.<sup>2)</sup> Es wurde die Frage des Zutritts des Hauptausschusses erörtert; alles war darüber einig, daß er noch in

<sup>1)</sup> „interfraktionelle Besprechung“ im Or. mit rotem Farbstift unterstrichen.

<sup>2)</sup> Vgl. Nr. 127a. b.

diesem Jahr zusammenkommen muß, die Meinungen waren nur geteilt, ob seine Einberufung auf den nächsten Samstag oder auf Donnerstag den 28.<sup>3)</sup> in Aussicht zu nehmen sei. Wir werden um 6 oder 7 Uhr erfahren, was in dieser Beziehung bei der Besprechung beim Reichskanzler vereinbart wurde.<sup>4)</sup>

Weiterhin wurde verlangt, daß sich jetzt die Regierung bestimmt über die Kriegsziele auch im Westen aussprechen soll, weil dies jedenfalls bei den Friedensverhandlungen mit Rußland verlangt werden werde.<sup>5)</sup> Endlich wurden einige Personen, die als Unterhändler nach Brest-Litowsk gehen sollen (Kriege und Johannes vom Auswärtigen Amt) beanstandet, auch der Wunsch ausgesprochen, daß einzelne Reichstagsmitglieder auch zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden sollen, nicht als Parteivertreter, sondern mit bestimmten Aufgaben, um eine Teilnahme der Volksvertretung an diesen Friedensverhandlungen zu dokumentieren.

Aus dem Mißverständnis mit England soll im Augenblick keine praktische Folge für neue Verhandlungen gezogen werden. England weiß ja, daß wir zur Verhandlung bereit sind.<sup>6)</sup> Das Mißverständnis rührte daher, daß Spanien es unterlassen hat, uns von der englischen Geneigtheit zu unterrichten. Die Verbindung mit Spanien ist eben eine ungenügende.

Die Besprechung heute beim Reichskanzler wird wohl einige Stunden in Anspruch nehmen, so daß ich froh bin, wenn ich das Ergebnis noch erfahren kann, ehe ich 8.16<sup>7)</sup> über Nürnberg abreise. Ich habe nämlich bis Nürnberg noch eine Schlafkarte erhalten.

Ich werde versuchen, morgen nachmittag, nachdem ich Payer<sup>8)</sup> besucht habe, Dich noch aufzusuchen, um Dir mündlich zu berichten.

Auf Deine Anfrage wegen einer Erhöhung der Sätze der Besitzsteuer auf den Zeitraum vom 1. Januar 1917 bis 1. Januar 1920 kann ich Dir mitteilen, daß jetzt eine Steuerreform zunächst nicht vorgenommen werden soll. Ob bei einer neuen Finanzreform nach dem Kriege die Sätze der alten Besitzsteuer erhöht werden, kann man heute nicht sagen; diese Besitzsteuer wird zweifellos ausgebaut werden, wobei sicher die Anfälle aus Kindeserbschaft für die Zeit nach Inkrafttreten dieser ausgebauten Besitzsteuer eine Erhöhung erfahren werden. — Über alles andere läßt sich zur Zeit nichts sagen.

Mit herzlichem Gruß in Hoffnung auf baldiges Wiedersehen

Dein Th. Liesching

<sup>3)</sup> Vgl. Nr. 127a Anm. 13.

<sup>4)</sup> Vgl. Nr. 129.

<sup>5)</sup> Vgl. Nr. 127a.b, bes. die Ausführungen Eberts.

<sup>6)</sup> Dazu auch Haußmann S. 157 über seine Unterredung mit Kühlmann am 2. 12. 1917: „Ich gab Karten bei Hertling ab und besuchte Kühlmann. ‚Die Engländer wissen genau‘, sagte er auf meinen Einwand wegen des belgischen Schweigens, ‚daß sie Antwort wegen Belgien erhalten und auch welche Antwort sie erhalten. Das versichere ich Sie. Aber ich gebe keine Antwort, ehe sie fragen, das bin ich fest entschlossen.“

<sup>7)</sup> 20 Uhr 16.

<sup>8)</sup> Payer war Ende Oktober 1917 „an einer langwierigen und äußerst schmerzhaften Kopfnervenentzündung“ erkrankt und konnte daher sein Amt als Stellvertreter des Reichskanzlers erst Anfang Februar 1918 antreten. Vgl. Payer S. 47, 50.

## 129.

## 20. 12. 1917, abends: Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses

Nachlaß Südekum 15, Stenogramm (Kr.). Überschrift: „Abendsitzung vom 20. Dezember 1917. Bericht über die Besprechung mit dem Reichskanzler, 7.25 Uhr“<sup>1)</sup>.

**Fehrenbach:** Wenn ich berichten müßte über das Neue, das wir erfahren haben<sup>2)</sup>, so ist das schwer. Es war alles sehr allgemein gehalten. Es kommt eine Mitteilung in die Zeitung, wonach es heißt, daß die Parteivertreter (sämtlicher<sup>3)</sup> Parteien) [vom Reichskanzler empfangen worden seien] und [sie] hätten Mitteilung entgegengenommen, daß der Reichskanzler<sup>4)</sup> Frieden mit den Russen zu machen [bereit sei] und seinerseits Staatssekretär des Auswärtigen als Unterhändler bestellt habe. Und so weiter (aus den Zeitungen zu ersehen). Schließlich wird allgemeine Übereinstimmung sämtlicher Abgeordneter zu den in den Ausführungen des Staatssekretärs<sup>5)</sup> enthaltenen allgemeinen Richtlinien festgestellt.<sup>6)</sup> Haase und Westarp haben sich die Freiheit der Entschliebung im einzelnen vorbehalten.<sup>7)</sup> Aber Staatssekretär hat festgestellt, daß über den

<sup>1)</sup> 19 Uhr 25. Vgl. dagegen David, Kriegstagebuch, 20. 12. 1917: „6 Uhr: Interfraktionelle Konferenz: Mitteilungen über Besprechung mit Kanzler u. Kühlmann.“

<sup>2)</sup> In der Besprechung beim Reichskanzler am gleichen Tage. Vgl. Erzberger S. 239 f. (unten zitiert in Anm. 4 und 9). Ferner Westarp II S. 566: „Zwischen dem Abschluß des Waffenstillstandes (16. [richtig: 15.] 12. 1917) und der Aufnahme der Friedensverhandlungen (22. 12. 1917) fand am 20. 12. 1917 bei Graf Hertling eine Parteiführerbesprechung über die Richtlinien statt, nach denen v. Kühlmann zu verhandeln gedanke. Ihr Verlauf war nach meiner Niederschrift [s. Anm. 7] wenig befriedigend.“

<sup>3)</sup> Einschließlich der unabhängigen Sozialdemokraten und der Polen.

<sup>4)</sup> Für die Ausführungen des Reichskanzlers in der Besprechung vgl. Erzberger S. 239: Hertling habe versichert, „daß es sein aufrichtiges Bestreben sei, mit Rußland in freundschaftlichen Verkehr zu treten und die guten Beziehungen wieder aufzunehmen; der Kaiser habe ihm das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erteilt, er habe als einzigen Unterhändler Staatssekretär von Kühlmann beauftragt.“

<sup>5)</sup> Vgl. unten (Trimborn) und Anm. 9.

<sup>6)</sup> Für den Wortlaut der durch WTB. verbreiteten amtlichen Mitteilung vgl. Schulthess 1917/I S. 1040. Nach Westarp II S. 566 wurde die Pressenotiz durch Graf Roedern angeregt.

<sup>7)</sup> Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 21. 12. 1917, Abendblatt: Graf Westarp und Haase hätten „gegenüber einzelnen Punkten der Regierungserklärungen Vorbehalte gemacht“. — Vgl. auch die Niederschrift Westarps über die Sitzung beim Reichskanzler, Westarp II S. 566 f., in der es u. a. heißt: „Scheidemann hob scharf hervor, wir brauchten den Frieden nötiger als die Russen; die Verhandlungen dürften unter keinen Umständen scheitern. Käme der Friede zustande, so gäbe es Revolution in Frankreich und Italien, sonst in den verbündeten Ländern. Er habe das Vertrauen zu Kühlmann, daß dieser vernünftig operieren werde. Erkenne Rußland die Beschlüsse des litauischen Landesrats nicht als dem Selbstbestimmungsrecht entsprechend an, so dürfte darauf nicht bestanden werden. Ich widersprach dieser Auffassung, stellte militärische Sicherung in den Vordergrund . . . Kühlmann hatte davon gesprochen, daß die bevorstehenden Verhandlungen Präzedenzfälle für den Westen schaffen würden. Scheidemann verlangte auch für den Westen unbedingtes Festhalten an der Resolution vom 19. Juli, Erzberger desgleichen für eine weitere Frist von mindestens einem Monat, während Fehrenbach die Resolution mit Ende 1917 als erledigt erklärte. Letzteres begrüßte ich und setzte als selbstverständlich voraus, daß nicht etwa, wie Scheidemann angedeutet hatte, den Russen irgendwelche Zusagen über den Westen gemacht würden.“

Geist der Verhandlungen allgemeines Einverständnis herrscht. In diesem Umfang ist die Übereinstimmung auch wirklich festgestellt. Inwieweit der demokratische Friedensschluß im Osten auch Konsequenzen im Westen hat, darüber gingen die Meinungen auseinander. Über das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehen die Meinungen auch auseinander. Man hat getadelt, daß man es den Völkern so schwer macht, uns ihre Sympathie entgegenzubringen. Nachdem ich gesagt hatte, was die Litauer alles zugestanden hatten, hat auch Westarp erklärt, daß ihm das genüge. Ob das den Russen genügt, das ist die Frage.

**Trimborn:** Zunächst hat der Staatssekretär gesagt, daß die Bolschewiki nur teilweise die Macht hätten; man wisse nicht, was später komme. Die Entente liege auf der Lauer. Aber Friedensschluß würde von großer Bedeutung, auch wenn die Bolschewiki nicht mehr an der Regierung wären. Staatssekretär alleiniger Delegierter. Heeresleitung allerdings vertreten. Umgekehrt als wie bei den Waffenstillstandsverhandlungen. Wir lassen uns nicht auf Kollektivverhandlungen ein, wir adoptieren nicht das Prinzip des offenen Forums, sondern verhandeln von Staat zu Staat. Die Bolschewiki verhandeln mit jedem Staat besonders. Das sei für uns ein großer Gewinn. Es erleichtere die Verständigung. Diese Methode habe er gewählt, weil das für spätere Verhandlungen mit den anderen Mächten so wichtig sei. Der Friede im Westen würde dann auch von Staat zu Staat und nicht mit der Koalition geschlossen werden. Was die Ziele anlangt: so bald wie möglich zum guten Frieden kommen. In diesem Gesamtsinn einig mit den Verbündeten. Es würde mit dem gesunden Menschenverstand verhandelt. Von Mensch zu Mensch, nicht von Diplomat zu Diplomat.

Zum Schluß würde schließlich nur ein Notgebäude herauskommen. Darin nur das Wesentliche festgestellt. Später würden dann noch einzelne Punkte Gegenstand von Verhandlungen sein. Erst müsse man mal die Leute festlegen.

Zu den Einzelheiten: Wesentliches Ziel sei, die Völker wieder in Beziehungen zu bringen. Dazu trügen die Zwischenstaaten bei: Litauen, Livland, Polen und Kurland. Für Finnland und die Ukraine, da wären wir nicht direkt interessiert. Sein Standpunkt sei der, diese neuen Staaten nicht anzuerkennen, wenn sie nicht von Rußland anerkannt würden, um sich nicht im kritischen Moment in Gegensatz zu Petersburg zu bringen.

---

Kühlmann empfahl sich, weil er abreisen müsse, inmitten der Verhandlungen, mit der Feststellung, daß seine Darlegungen über die Kriegsziele und über den Geist und die Methode der Verhandlungen die einmütige Zustimmung der Anwesenden gefunden habe. Ich stellte fest, daß wir nicht Gelegenheit erhalten hätten, zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen und behielt mir in dieser Beziehung alles vor.“

Nach der Sitzung sei ihm, Westarp, privatim von Stresemann mitgeteilt worden, daß Kühlmann mit folgendem Programm, das in Kreuznach [s. Nr. 127a Anm. 9] volle Zustimmung gefunden habe, nach Brest gehe: „Polen an Österreich, wobei S.M. und Hindenburg entschieden darauf bestanden hätten, daß bei Czernin die von uns verlangten Grenzveränderungen und sonstigen Kautelen durchgesetzt werden müssen; Litauen und Kurland fest angegliedert; Riga freie Hansestadt im Anschluß an uns und Freihafen; in Livland und Estland soll die Entwicklung abgewartet, unser Einfluß bis zum Peipussee aber erstrebt werden. So habe Kühlmann es ihm selbst gesagt, und er habe das durch Anfragen bei der OHL. kontrollieren können. Aus diesem Grunde habe Kühlmann die Debatte mit den Mehrheitsparteien vermieden.“

Sehr wichtig Neubelebung der Handelsbeziehungen. Bisheriger Handelsvertrag<sup>8)</sup> für eine gewisse Zeit wieder in Kraft zu setzen, und zwar um die drei Kriegsjahre zu verlängern. Ob das möglich sei, sei zweifelhaft, da in Rußland der Handelsvertrag sehr ungünstig beurteilt würde; eventuell müsse man sich mit der Meistbegünstigung begnügen, wenn das nicht die Verhandlungen mit Österreich störte. Man sagte dagegen, da entgegenzukommen. Die Kriegsgesetzgebung solle abgeschafft werden. Das sei für den Westen von großer Bedeutung. Dabei käme auch die Frage der Entschädigung von Privaten in Betracht. Sie wollten vermeiden, daß die Entscheidung vor ein Schiedsgericht gebracht würde. Das würde im Westen sehr bedenklich für uns sein. Eventuell kämen auch die Schäden durch U-Boote in Frage. Bei dem ganzen Friedensschluß müsse man im Auge behalten, daß die Westmächte Konsequenzen daraus ziehen würden.

Kriegsgefangene: Nicht zu schnell, weil wir sonst Schaden haben würden. Unsere ganze Wirtschaft beruhe auf der Arbeit der Russen. Aber was man sofort tun würde, das wäre Verbesserung des Loses der beiderseitigen Kriegsgefangenen. Man hat gesagt, daß wir nicht alle Russen freigeben könnten, weil es alles wehrfähige Leute sind.

Keine Kriegsentschädigung. Aber eine andere Frage sei die technische Entschädigung, z. B. Entschädigung für den Unterhalt der Gefangenen. Diese technischen Entschädigungen würde man regeln. Das sind die Hauptmomente in rohen Umrissen.<sup>9)</sup>

<sup>8)</sup> Von 1894/1904.

<sup>9)</sup> Vgl. Erzberger S. 239 f.: „Kühlmann entrollte das Programm dahin, die Oberste Heeresleitung habe nur einen Delegierten nach Brest-Litowsk, dem Ort der Verhandlungen, zu entsenden. Es verhandle jede der verbündeten Mächte einzeln mit Rußland, um ein ähnliches Vorgehen auch im Westen herbeizuführen. Die deutschen Friedensbedingungen seien: 1. Freies Selbstbestimmungsrecht für Polen, Litauen und Kurland. Der russischen Regierung sei bereits bekannt, daß die Volksvertretungen in diesen Ländern sich von Rußland getrennt hätten. Die Loslösung von Finnland, der Ukraine, Kaukasus und Sibirien werde Deutschland nur anerkennen, wenn es auch die russische Regierung tue. 2. Aufnahme geordneter Handelsbeziehungen in der Form, daß der alte Handelsvertrag zunächst auf drei Jahre weiterlaufe. 3. Wegfall der ganzen Kriegsgesetzgebung. 4. Gegenseitiger Austausch der Kriegsgefangenen. 5. Gegenseitiger Verzicht auf Kriegskostenentschädigung.“ — Ferner eine eigenhändige Aufzeichnung Richthofens mit der Überschrift „Erklärungen Kühlmanns / 20. 12. 1917“ im Nachlaß Richthofen 6: „Bolschewiki nur teilweise in der Macht, die Entente stark an der Arbeit.

Reichskanzler alleiniger Bevollmächtigter des Kaisers.

Verhältnis jetzt umgekehrt zum Waffenstillstand.

Keine Kollektivverhandlung, sondern jeder Bundesgenosse werde für sich verhandeln.

Dies sei wichtig wegen des Vorgangs mit Bezug auf den Westen.

Verhandelt werden müsse mit dem gesunden Menschenverstand, nicht diplomatisch.

Zunächst würde nur ein Notgebäude herauskommen, d. h. eine Art Präliminarfriede. — Völkerrechtliche Beziehungen müßten wiederhergestellt werden.

Finnland u. Ukraine sind wir nicht direkt interessiert; wir wollen sie nicht anerkennen, wenn nicht das gleiche seitens Rußlands erfolge. Beabsichtigt sei, den bisherigen Handelsvertrag wieder in Kraft zu setzen und um die 3 Kriegsjahre zu verlängern. Eventuell müsse man sich mit der Meistbegünstigung begnügen. Hierbei müsse versucht werden, sich für Verhandlungen mit Österreich freie Hand [zu] behalten.

Sehr wichtig sei die Regelung der privaten Forderungen; dasselbe gelte für die Entschädigungen, die für uns sehr heikel seien, da sich die Westmächte darauf berufen würden (U-Boote).

Ungeheure Schwierigkeiten. Die Entente wird alles tun, um Frieden zu verhindern. Dazu technische Ungewandtheit der Russen und ihre schwache politische Position. Trotzdem alle Hoffnung auf Zustandekommen eines brauchbaren Präliminarfriedens.

**Fehrenbach:** Vertraulichkeit. Den Fraktionen darf Mitteilung gemacht werden. Keine schriftlichen Mitteilungen. Über das September-Vorkommen wurde eigentlich keine rechte Auskunft gegeben.

Wegen der Einberufung des Hauptausschusses hat man sich dahin geeinigt, daß er zum 3. Januar zusammentreten soll. Jetzt muß Kühlmann erst mal weg. Ohne Kühlmann zu verhandeln, hat keinen rechten Sinn. Donnerstag, den 3. Januar, 3 Uhr nachmittags.<sup>10)</sup> Das wird wohl nur zwei bis drei Tage dauern.

Ebert hat über die Ernährung gesprochen und hat seine Zahlen mitgeteilt.<sup>11)</sup>

**Trimborn:** Amüsant war die Verhandlung über den Ort der Verhandlungen.<sup>12)</sup> Da sind Bestrebungen aufgetaucht, das zu verlegen in eine neutrale Stadt. Dagegen haben wir uns gewehrt. Kühlmann meint, eher noch nach Petersburg. Die Russen sind aber jetzt auch mit Brest einverstanden.

Weiter kam noch in Frage die parlamentarische Beteiligung. Da ist gesagt worden, drei Wege: Hauptausschuß ist da; zweitens Konferenzen wie die heutige (das scheint die Absicht zu sein); die Zuziehung von Parlamentariern. Da hatte man gesagt, daß einige hervorragende Abgeordnete zugezogen werden unter technischem Gesichtspunkt. Andere wollten aber dann nur als Vertreter des Reichstages. Diese Frage ist hängengeblieben. Hertling will der Frage nachdenken.

**Fehrenbach:** Über Personalien<sup>11)</sup> ist ziemlich deutlich Kritik geübt worden ohne Namensnennung. Die Liste soll veröffentlicht werden. Die Regierung weiß jetzt also Bescheid.

**Trimborn:** Ich habe mich wiederholt mit Kriege unterhalten. Steht durchaus auf dem Boden der Reichstagsmehrheit.<sup>13)</sup>

---

Die Kriegsgefangenen-Rückgabe solle langsam erfolgen. Man werde versuchen müssen, zu verhindern, daß nicht eine ganze Armee den Russen ausgeliefert werde.

Keine Kriegsentschädigung; etwas anderes sei[en] technische Entschädigungen, vielleicht auch für Ernährung der Gefangenen. —

Selbstbestimmung die Grundlage. —

Auf Frage wegen gleicher Stellung zu den Westmächten nichts geantwortet trotz Aufforderung von Westarp und Stresemann.“

<sup>10)</sup> Der Hauptausschuß trat am 3. 1. 1918, 10 Uhr vormittags, zusammen.

<sup>11)</sup> Vgl. Nr. 127 a.b.

<sup>12)</sup> Vgl. Nr. 127a bes. auch Anm. 22.

<sup>13)</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Mitteilung Westarps, Westarp II S. 566, daß er in der Zeit der Brester Verhandlungen bis zum Abschluß der Zusatzverträge in engem Kontakt mit Kriege gestanden habe: „Kriege besprach mit mir unter vier Augen in mancher nächtlichen Überstunde viele seiner Entwürfe zu den einzelnen Kapiteln der Verträge, auch zu den politischen und wirtschaftlichen. Daß bei diesem Verfahren der Haushaltsausschuß mehr ins Hintertreffen geriet, war bei seiner methodischen Unzuverlässigkeit in bezug auf Geheimhaltung und bei der Zugehörigkeit der Unabhängigen und Polen kein Fehler.“

**Richthofen:** Ich wundere mich, daß gegen das Verhandeln der einzelnen Staaten kein Protest gekommen ist. Das kann uns in sehr unangenehme Lage bringen. Diese Einrichtung ist für zwei Staaten ungünstig: für England und für Deutschland, weil sie die Kontrolle über das Ganze verlieren.

**Ebert:** Ich habe diese Mitteilung etwas anders aufgefaßt: es soll nicht ausschließlich die Verhandlung als Kollektivverhandlung geführt werden. Im wesentlichen wird es also wohl Kollektivverhandlung werden.

**Schwabach:** Was uns unbequem ist jetzt in getrennter Verhandlung, wird uns im Westen sehr bequem und nützlich werden.

**Fehrenbach:** In bezug auf Finnland und Ukraine werden wir uns auf den Standpunkt stellen, keine Schwierigkeiten zu machen in Petersburg: wenn Rußland anerkennt<sup>14)</sup>, werden wir auch anerkennen.

**Richthofen:** Wie ist es mit der Beteiligung der Polen?<sup>15)</sup> Seyda hat die Frage gestellt. Der Staatssekretär hat gesagt, bisher sei keine Anregung an ihn gekommen. (Neutrale Zeitungen bringen die Nachricht, daß die Russen das wollen.)

**David:** Die einzelnen Völker müssen wohl beteiligt sein.

**Fehrenbach:** Seyda will das Selbstbestimmungsrecht sehr weit ausdehnen.

**Gothein:** Ich habe unlängst Kühlmann gesagt, was Polen für uns wirtschaftlich bedeutet. Er hat gesagt, bisher nur Vorbesprechungen; wir müßten wirtschaftlich ebenso gestellt sein wie Österreich. Er scheint damit zu rechnen, daß Polen zwar Personalunion mit Österreich bekommt, aber wirtschaftlich außerhalb bleibt. Das würde auch für uns die Sache erträglich machen. Die polnische Industrie ist fertig, wenn sie in Rußland keinerlei Vorzugsstellung erhält. Sie lebt von Rußland. Unsere Ausfuhr nach Polen beruhte auf der Blüte der polnischen Industrie. Es wäre nötig, daß ihm das auch von anderer Seite gesagt wird.

**David:** Ich glaube nicht, daß die Exportverhältnisse für Polen so bleiben werden wie vor dem Kriege. Die Industrie ist zum Teil zerstört; auch nicht allein nach Rußland gegangen, sondern auch in die Zwischenstaaten. Was aus der Ukraine berichtet wird, beruht zum Teil auf Meldungen der Entente. Ich kann mir nicht denken, daß die Massen dort bereit wären, den Krieg gegen die Mittelmächte fortzusetzen. Wenn die Bolschewiki unterliegen, kämen Mächte an das Regiment, die nicht den Krieg fortsetzen würden.

**Gothein:** David überschätzt die Zerstörungen in Polen. Einige Teile sind auch intakt geblieben. Die polnische Industrie ist in der Lage, mit Rohstoffen wieder zu produzieren. Auch der Absatz nach Litauen und Kurland war verhältnismäßig unbedeutend. Der Hauptabsatz ging nach Rußland und der Ukraine.

<sup>14)</sup> D. h.: Wenn Rußland die staatliche Selbständigkeit Finnlands und der Ukraine anerkenne.

<sup>15)</sup> Dazu Conze, Polnische Nation S. 337 ff. Vgl. auch „Frankfurter Zeitung“, 21. 12. 1917, Abendblatt; 22. 12. 1917, 2. Morgenblatt; 22. 12. 1917, Abendblatt.